



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

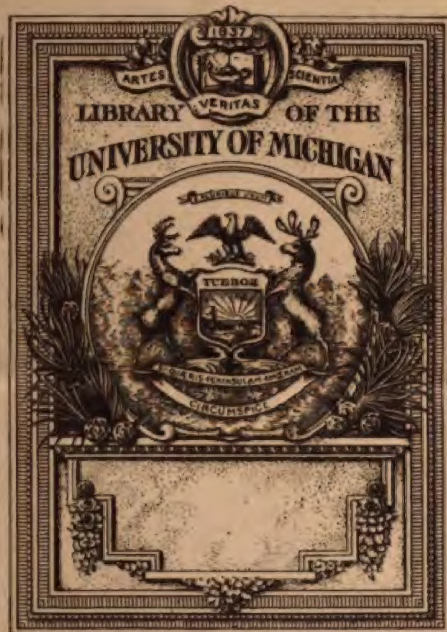
Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.

A 456809

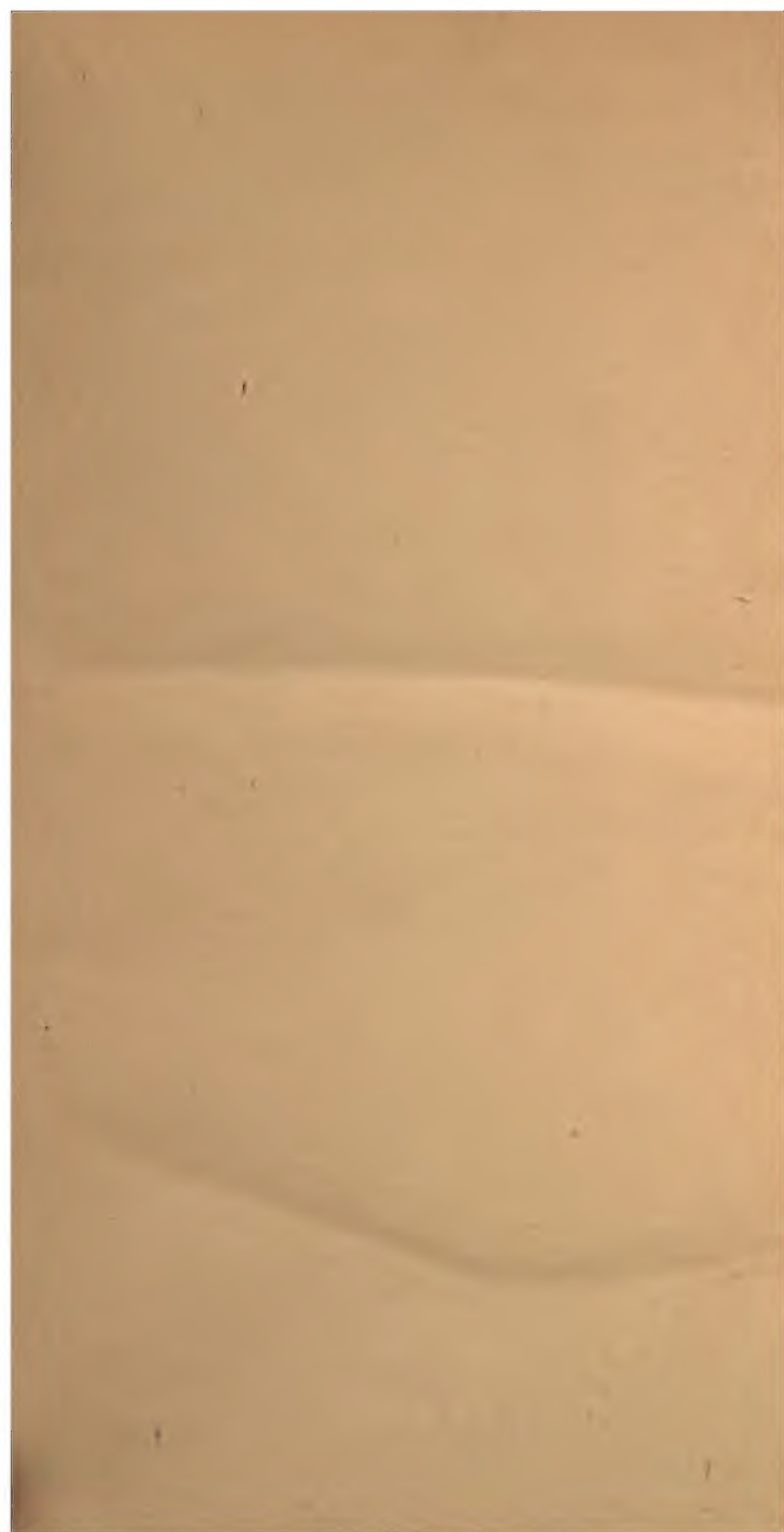


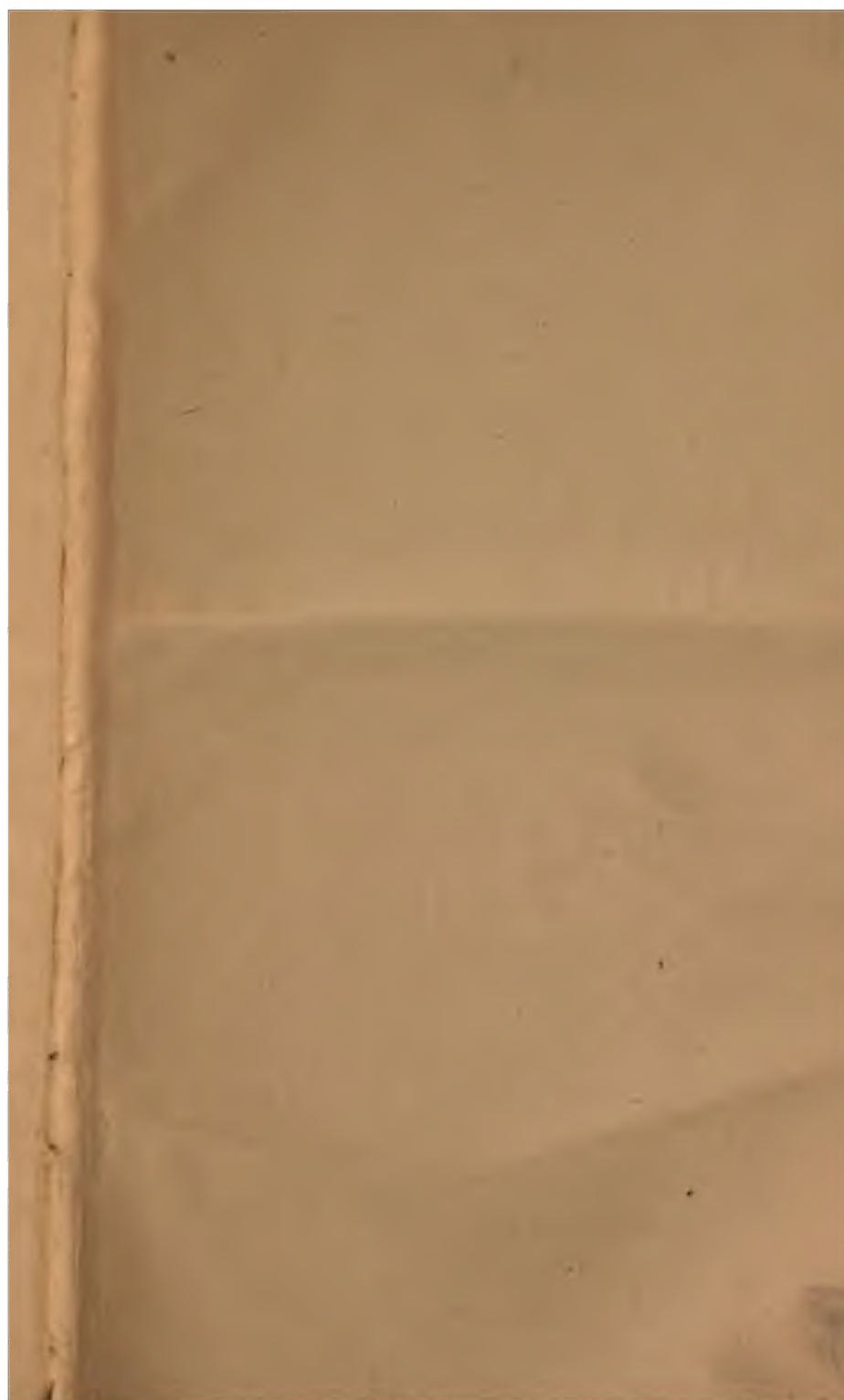
350

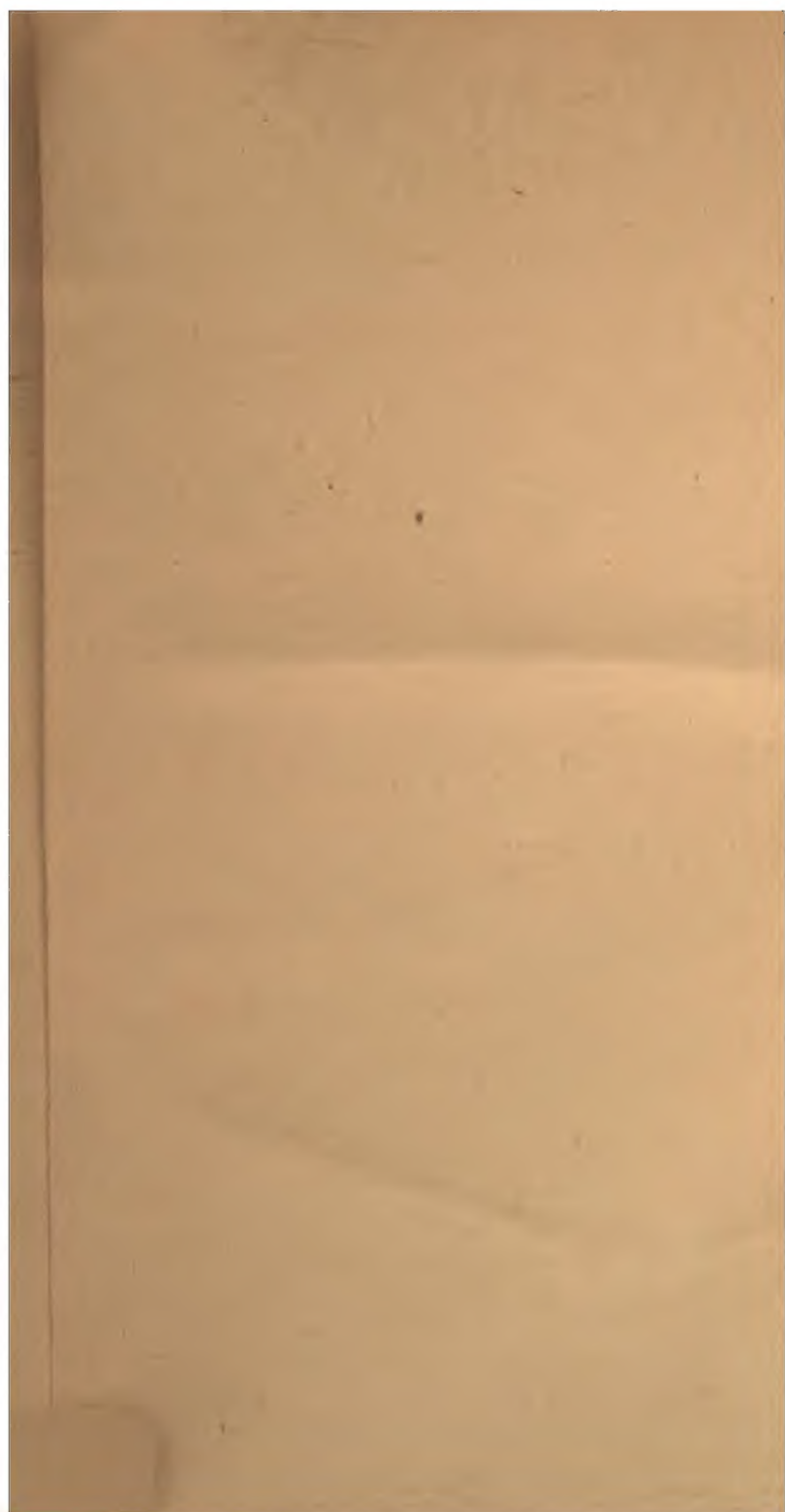
MC

184

v. 1







G r u n d r i s s

des

gemeinen deutschen.



P r i v a t r e c h t s

mit Einschluß

des

Handels-, Wechsel- und Seerechts

von

Dr. C. F. W. Rittermaier,
Geheimenrath und Professor zu Heidelberg.

In zwei Abtheilungen.

Erste Abtheilung.

Sechste, völlig umgearbeitete und sehr vermehrte Ausgabe.

Regensburg, 1842.

Verlag von C. Joseph Manz.

1900

1900

1900

1900

1900

1900

1900

1900

1900

1900

1900

1900

1900

1900

1900

1900

1900

1900

E i n l e i t u n g.

Von dem Begriffe und den Quellen des deutschen Privatrechts und von der Auffuchung des gemeinen deutschen Privatrechts.

§. 1. Deutsches Recht überhaupt.

Das in den deutschen Staaten geltende Recht enthält drei Hauptbestandtheile; nämlich 1) das fremde Recht, welches allmählig in Deutschland verbreitet und zum gemeinen Rechte erhoben wurde, 2) das einheimische Recht, welches aus den deutschen¹⁾ Verhältnissen sich ausgebildet hat und nach deutschen²⁾ Rechtsquellen beurtheilt werden muß, 3) dasjenige Recht, welches aus einer Verbindung der fremden und einheimischen Rechtsquellen besteht, so daß ein römisches Institut durch abweichende Grundsätze des einheimischen Rechts modificirt wurde³⁾, oder ein neues Institut aus Verbindung römischer und deutscher Rechtsansichten hervorging⁴⁾. Während für die Erkenntniß der Natur der dem fremden Rechte angehörigen Institute

1) Manche Rechtsinstitute sind zwar zunächst nicht in Deutschland entsprungen, aber sie sind dem fremden Rechte unbekannt und wurden bald in Deutschland einheimisch, z. B. Wechselrecht.

2) Man spricht oft von dem germanischen Rechte. Dies ist das bei den Völkern germanischen Ursprungs, die aber nicht in Deutschland wohnten, ausgebildete Recht.

3) Z. B. in der Lehre von den Erbverträgen.

4) Z. B. in der Lehre von der Infamie.

das Studium des fremden Rechts bestimmt ist, bedarf es für die aus dem einheimischen Rechte entstandenen Rechtsvorschriften und Rechtsverhältnisse ⁵⁾ einer gleichen wissenschaftlichen Behandlung. Das einheimische Recht ist entweder partikuläres Recht, das nur in einem oder andern Staate Deutschlands gilt, oder allgemeines, das in allen zum jetzigen Deutschland gehörigen Staaten angewendet werden soll (so lange nicht in dem Partikularrechte des Gebiets, von dessen Rechte die Rede ist, eine abweichende Norm besteht), und zwar entweder so, daß die aus diesem Rechte entstandenen Rechtsverhältnisse überall gelten ⁶⁾, oder daß die Natur gewisser Verhältnisse, wo nicht das Partikularrecht etwas Anderes vorschreibt, nach diesem Rechte beurtheilt werden muß. Die Aufgabe der wissenschaftlichen Behandlung dieses einheimischen Rechts ist die: für jene Bestandtheile des heutigen deutschen Rechts, die nicht nach den fremden Rechtsquellen zu beurtheilen sind, eine solche wissenschaftlich praktische Entwicklung zu gewähren, wie das Rechtsstudium für das fremde Recht eine solche leistet, und ungeachtet der Mannigfaltigkeit des deutschen Rechts durch Erforschung der Natur desselben, als eines nationalen Rechts, die innere Einheit aufzufinden ⁷⁾.

§. 2. Deutsches Privatrecht und Einteilungen desselben.

In so ferne für die in Deutschland vorkommenden Rechtsvorschriften und Rechtsverhältnisse, die dem römischen Rechte unbekannt sind, so wie für diejenigen, die zwar das römische Recht gleichfalls kennt, wo aber die römischen Rechtsätze in der Anwendung modificirt sind ¹⁾, ein allgemein anwendbares gemeines Recht geliefert werden soll, ist das gemeine deutsche Privatrecht ²⁾, der Begriff derjenigen gemeinrechtlich geltenden Grundsätze, welche sich auf die

5) Daß Rechtsinstitut und Rechtsverhältniß nicht gleichbedeutend sind, zeigt Fall Handbuch des Schleswig. holstern. Privatrechts. IV. Band. S. 4.

6) In Bezug auf die auf Reichsgesetzen oder den Bundeschlüssen beruhenden Bestimmungen.

7) Whittschli die neuern Rechtschulen der deutschen Juristen. Zürich, 1841. S. 33.

1) Z. B. die ehelichen Güterrechte, die Lehre von den Erbverträgen.

2) Ueber die Gränzen des öffentlichen und Privatrechts Mein Versuch einer wissenschaftlichen Behandlung des deutschen Privatrechts (Landshut, 1815. S. XXV.). Weiße Einl. in das gem. deutsche Privatrecht S. 1 — 3. Maurerbrecher Lehrbuch des deutschen Privatrechts S. 3.

in Deutschland rechtlich vorkommenden, dem fremden Rechte unbekannten Rechtsvorschriften und Rechtsverhältnisse und die Anwendung des fremden Rechts und Verbindung mit den deutschen Rechtsbestimmungen beziehen. — Dies umfaßt ebenso 1) die Rechtsvorschriften und Rechtsverhältnisse, welche als rein deutsche dem fremden Rechte unbekannt sind 3), als 2) diejenigen, welche auf einer modifizirten Anwendung der fremden Rechtsinstitute beruhen 4), insbesondere auch einzelne römische Rechtsätze aufheben, 3) so wie die aus der Vermischung des römischen und deutschen Rechts entstandenen Rechtsvorschriften und Rechtsverhältnisse 5), oder 4) die später nach Verbreitung des römischen Rechts aus neuen Verhältnissen des deutschen Verkehrs sich ausbildeten 6). Unter diesen Instituten sind einige, welche in allen Staaten Deutschlands vorkommen 7), während andere nur in einigen Gebieten gelten 8), andere selbst nur mehr in wenigen Staaten das Ueberbleibsel des einst allgemein verbreiteten Rechts sich erhalten haben 9), und darunter selbst solche, die gemeinrechtlich gar nicht mehr gelten dürfen 10). Unter den rein deutschen Rechtsverhältnissen sind einige solche, die selbst in Deutschland aus einheimischen Quellen entstanden sind, andere, die dagegen zunächst außer Deutschland in anderen germanischen Ländern ausgebildet wurden, aber später auch in Deutschland verbreitet wurden und gemeinrechtlich dort gelten. In das Gebiet des deutschen Privatrechts gehören auch ebenso Institute, welche bei allen Klassen von Unterthanen vorkommen, als diejenigen, welche nur bei einigen Ständen gelten, daher auch das Privatsfürstenrecht 11) (*jus privatum perso-*

3) Das Institut des Retrakts, der Einkindschaft.

4) Z. B. in Bezug auf die Aufhebung der väterlichen Gewalt durch abgeordneten Haushalt.

5) Z. B. Erbverträge, Inrestitution.

6) Z. B. Amortisirung der Staatspapiere.

7) Z. B. Wechselrecht, Affekuranzen, Erbverträge.

8) Z. B. eheliche Gütergemeinschaft.

9) Z. B. Geschlechtsvormundschaft.

10) Z. B. Einlager.

11) Griebner del. jur. priv. univ. illust. Gott. 1736. Lips. 1745. Pütter prim. lin. jur. priv. princ. Gott. 1789. Selchow elem. jur. publ. Gott. 1772. Struv. jurisprudent. heroica (edit. Hellfeld) VII. tom. Jen. 1743. Neumann inst. jur. priv. princ. Francf. 1751. Moser persönl. Staatsrecht der deutschen Reichsstände. Frankf. 1775. II Theil. Derselben Familienstaatsrecht. Frankf. 1775. Moser allgem. Einleit. in das Privatsfürstenth. Tüb. 1783. Pfeiffer Versuch eines Privatrechts des Reichsadel. Nürnberg. 1787. Pütter syll. Comm. jur. privat. princ. illustr. Gott. 1779. Reiche chron. hist. Verzeichniß zur







G r u n d r i s s

des



gemeinen deutschen.

P r i v a t r e c h t s

mit Einschluß

des

Handels-, Wechsel- und Seerechts

von

Dr. C. F. W. Mittermaier,

Geheimenrath und Professor zu Heidelberg.

In zwei Abtheilungen.

Erste Abtheilung.

Sechste, völlig umgearbeitete und sehr vermehrte Ausgabe.

Regensburg, 1842.

Verlag von **C. Joseph Mang.**

the following table. The first column shows the number of cases in each age group, and the second column shows the number of cases in each sex.

Age Group	Male	Female
0-4	10	12
5-9	15	18
10-14	20	22
15-19	25	28
20-24	30	32
25-29	35	38
30-34	40	42
35-39	45	48
40-44	50	52
45-49	55	58
50-54	60	62
55-59	65	68
60-64	70	72
65-69	75	78
70-74	80	82
75-79	85	88
80-84	90	92
85-89	95	98
90-94	100	102
95-99	105	108

The following table shows the number of cases in each age group, and the number of cases in each sex, for the year 1990.

Age Group	Male	Female
0-4	10	12
5-9	15	18
10-14	20	22
15-19	25	28
20-24	30	32
25-29	35	38
30-34	40	42
35-39	45	48
40-44	50	52
45-49	55	58
50-54	60	62
55-59	65	68
60-64	70	72
65-69	75	78
70-74	80	82
75-79	85	88
80-84	90	92
85-89	95	98
90-94	100	102
95-99	105	108

The following table shows the number of cases in each age group, and the number of cases in each sex, for the year 1991.

Age Group	Male	Female
0-4	10	12
5-9	15	18
10-14	20	22
15-19	25	28
20-24	30	32
25-29	35	38
30-34	40	42
35-39	45	48
40-44	50	52
45-49	55	58
50-54	60	62
55-59	65	68
60-64	70	72
65-69	75	78
70-74	80	82
75-79	85	88
80-84	90	92
85-89	95	98
90-94	100	102
95-99	105	108

The following table shows the number of cases in each age group, and the number of cases in each sex, for the year 1992.

Age Group	Male	Female
0-4	10	12
5-9	15	18
10-14	20	22
15-19	25	28
20-24	30	32
25-29	35	38
30-34	40	42
35-39	45	48
40-44	50	52
45-49	55	58
50-54	60	62
55-59	65	68
60-64	70	72
65-69	75	78
70-74	80	82
75-79	85	88
80-84	90	92
85-89	95	98
90-94	100	102
95-99	105	108

The following table shows the number of cases in each age group, and the number of cases in each sex, for the year 1993.

Age Group	Male	Female
0-4	10	12
5-9	15	18
10-14	20	22
15-19	25	28
20-24	30	32
25-29	35	38
30-34	40	42
35-39	45	48
40-44	50	52
45-49	55	58
50-54	60	62
55-59	65	68
60-64	70	72
65-69	75	78
70-74	80	82
75-79	85	88
80-84	90	92
85-89	95	98
90-94	100	102
95-99	105	108

The following table shows the number of cases in each age group, and the number of cases in each sex, for the year 1994.

Age Group	Male	Female
0-4	10	12
5-9	15	18
10-14	20	22
15-19	25	28
20-24	30	32
25-29	35	38
30-34	40	42
35-39	45	48
40-44	50	52
45-49	55	58
50-54	60	62
55-59	65	68
60-64	70	72
65-69	75	78
70-74	80	82
75-79	85	88
80-84	90	92
85-89	95	98
90-94	100	102
95-99	105	108

E i n l e i t u n g.

Von dem Begriffe und den Quellen des deutschen Privat- rechts und von der Auffuchung des gemeinen deutschen Privatrechts.

§. 1. Deutsches Recht überhaupt.

Das in den deutschen Staaten geltende Recht enthält drei Haupt bestandtheile; nämlich 1) das fremde Recht, welches allmählig in Deutschland verbreitet und zum gemeinen Rechte erhoben wurde 2) das einheimische Recht, welches aus den deutschen¹⁾ Verhältnissen sich ausgebildet hat und nach deutschen²⁾ Rechtsquellen beurtheilt werden muß, 3) dasjenige Recht, welches aus einer Verbindung der fremden und einheimischen Rechtsquellen besteht, so daß ein römisches Institut durch abweichende Grundsätze des einheimischen Rechts modificirt wurde³⁾, oder ein neues Institut aus Verbindung römischer und deutscher Rechtsansichten hervorging⁴⁾. Während für die Erkenntniß der Natur der dem fremden Rechte angehörigen Institut

1) Manche Rechtsinstitute sind zwar zunächst nicht in Deutschland entsprungen, aber sie sind dem fremden Rechte unbekannt und wurden bald in Deutschland einheimisch, z. B. Wechselrecht.

2) Man spricht oft von dem germanischen Rechte. Dies ist das bei den Völkern germanischen Ursprungs, die aber nicht in Deutschland wohnten ausgebildete Recht.

3) Z. B. in der Lehre von den Erbverträgen.

4) Z. B. in der Lehre von der Infamie.

das Studium des fremden Rechts bestimmt ist, bedarf es für die aus dem einheimischen Rechte entstandenen Rechtsvorschriften und Rechtsverhältnisse⁵⁾ einer gleichen wissenschaftlichen Behandlung. Das einheimische Recht ist entweder partikuläres Recht, das nur in einem oder andern Staate Deutschlands gilt, oder allgemeines, das in allen zum jetzigen Deutschland gehörigen Staaten angewendet werden soll (so lange nicht in dem Partikularrechte des Gebiets, von dessen Rechte die Rede ist, eine abweichende Norm besteht), und zwar entweder so, daß die aus diesem Rechte entstandenen Rechtsverhältnisse überall gelten⁶⁾, oder daß die Natur gewisser Verhältnisse, wo nicht das Partikularrecht etwas Anderes vorschreibt, nach diesem Rechte beurtheilt werden muß. Die Aufgabe der wissenschaftlichen Behandlung dieses einheimischen Rechts ist die: für jene Bestandtheile des heutigen deutschen Rechts, die nicht nach den fremden Rechtsquellen zu beurtheilen sind, eine solche wissenschaftlich praktische Entwicklung zu gewähren, wie das Rechtsstudium für das fremde Recht eine solche leistet, und ungeachtet der Mannigfaltigkeit des deutschen Rechts durch Erforschung der Natur desselben, als eines nationalen Rechts, die innere Einheit aufzufinden⁷⁾.

§. 2. Deutsches Privatrecht und Eintheilungen desselben.

In so ferne für die in Deutschland vorkommenden Rechtsvorschriften und Rechtsverhältnisse, die dem römischen Rechte unbekannt sind, so wie für diejenigen, die zwar das römische Recht gleichfalls kennt, wo aber die römischen Rechtsätze in der Anwendung modifizirt sind¹⁾, ein allgemein anwendbares gemeines Recht geliefert werden soll, ist das gemeine deutsche Privatrecht²⁾, der Inbegriff derjenigen gemeinrechtlich geltenden Grundsätze, welche sich auf die

5) Das Rechtsinstitut und Rechtsverhältniß nicht gleichbedeutend sind, zeigt Falk Handbuch des Schleswig. holstein. Privatrechts. IV. Band. S. 4.

6) In Bezug auf die auf Reichsgesetzen oder den Bundeschlüssen beruhenden Bestimmungen.

7) Bluntschli die neuern Rechtsschulen der deutschen Juristen. Zürich, 1841. S. 33.

1) J. B. die ehelichen Güterrechte, die Lehre von den Erbverträgen.

2) Ueber die Gränzen des öffentlichen und Privatrechts Mein Versuch einer wissenschaftlichen Behandlung des deutschen Privatrechts (Landshut, 1815. S. XXV.). Weiße Einl. in das gem. deutsche Privatrecht S. 1—3. Maurénbrecher Lehrbuch des deutschen Privatrechts S. 8.

in Deutschland rechtlich vorkommenden, dem fremden Rechte unbekannten Rechtsvorschriften und Rechtsverhältnisse und die Anwendung des fremden Rechts und Verbindung mit den deutschen Rechtsbestimmungen beziehen. — Dies umfaßt ebenso 1) die Rechtsvorschriften und Rechtsverhältnisse, welche als rein deutsche dem fremden Rechte unbekannt sind ³⁾, als 2) diejenigen, welche auf einer modifizirten Anwendung der fremden Rechtsinstitute beruhen ⁴⁾, insbesondere auch einzelne römische Rechtsätze aufheben, 3) so wie die aus der Vermischung des römischen und deutschen Rechts entstandenen Rechtsvorschriften und Rechtsverhältnisse ⁵⁾, oder 4) die später nach Verbreitung des römischen Rechts aus neuen Verhältnissen des deutschen Verkehrs sich ausbildeten ⁶⁾. Unter diesen Instituten sind einige, welche in allen Staaten Deutschlands vorkommen ⁷⁾, während andere nur in einigen Gebieten gelten ⁸⁾, andere selbst nur mehr in wenigen Staaten das Ueberbleibsel des einst allgemein verbreiteten Rechts sich erhalten haben ⁹⁾, und darunter selbst solche, die gemeinrechtlich gar nicht mehr gelten dürfen ¹⁰⁾. Unter den rein deutschen Rechtsverhältnissen sind einige solche, die selbst in Deutschland aus einheimischen Quellen entstanden sind, andere, die dagegen zunächst außer Deutschland in anderen germanischen Ländern ausgebildet wurden, aber später auch in Deutschland verbreitet wurden und gemeinrechtlich dort gelten. In das Gebiet des deutschen Privatrechts gehören auch ebenso Institute, welche bei allen Klassen von Unterthanen vorkommen, als diejenigen, welche nur bei einigen Ständen gelten, daher auch das Privatfürstenrecht ¹¹⁾ (*jus privatum perso-*

3) Das Institut des Retrakts, der Einkindschaft.

4) Z. B. in Bezug auf die Aufhebung der väterlichen Gewalt durch abgeforderten Haushalt.

5) Z. B. Erbverträge, Investitur.

6) Z. B. Amortisirung der Staatspapiere.

7) Z. B. Wechselrecht, Affekuranzen, Erbverträge.

8) Z. B. eheliche Gütergemeinschaft.

9) Z. B. Geschlechtsvormundschaft.

10) Z. B. Einlager.

11) Griebner del. jur. priv. univ. illust. Gott. 1736. Lips. 1745. Pütter prim. lin. jur. priv. princ. Gott. 1789. Selchow elem. jur. publ. Gott. 1772. Struv. jurisprudent. heroica (edit. Hellfeld) VII. tom. Jen. 1743. Neumann inst. jur. priv. princ. Francf. 1751. Moser persönl. Staatsrecht der deutschen Reichsstände. Frankf. 1775. II Thle. Derselben Familienstaatsrecht. Frankf. 1775. Majer allgem. Einleit. in das Privatfürstenth. Tüb. 1783. Pfeiffer Versuch eines Privatrechts des Reichsadelts. Nürnberg. 1787. Pütter syll. Comm. jur. privat. princ. illustr. Gott. 1779. Reiche chron. syst. Verzeichniß zur

narum illustrium) hieher gehört ¹²⁾. Man unterscheidet darnach das allgemeine deutsche Privatrecht, und zwar a) allgemein in Bezug auf die Institute und Rechtsfälle, die in allen oder in den meisten Staaten vorkommen (universelles), im Gegensatz des besonderen, welches nur Institute und Rechtsfälle enthält, die in einigen Staaten gelten (partikuläres); b) allgemein in Bezug auf Personen, in so ferne es die bei allen Ständeklassen geltenden (generelles) Institute und Rechtsfälle enthält, während das spezielle nur auf das Recht einzelner Ständeklassen sich bezieht. Nach der Art, wie in Deutschland der Staat viele nützliche Rechte erwarb, und viele Privatrechtsverhältnisse im Zusammenhange mit dem öffentlichen Rechte sich ausbildeten, kann das deutsche Privatrecht nicht rein auf die zwischen Privatpersonen bestehenden Verhältnisse beschränkt ¹³⁾, sondern muß auch auf Rechtsverhältnisse ausgedehnt werden, bei welchen die Bürger in Bezug auf gewisse Gegenstände durch Berechtigungen des Staats beschränkt werden ¹⁴⁾, sowie auf die mit dem öffentlichen Rechte zusammenhängenden Privatrechtsverhältnisse ¹⁵⁾.

§. 3. Quellen des deutschen Privatrechts.

Für einige einheimische Rechtsinstitute gaben, so lange die deutsche Reichsverfassung bestand, die Reichsgesetze, freilich nur wenige, verbindliche Normen, und in mancher Beziehung ¹⁾ erscheinen als solche Normen jetzt die Bundesgesetze und Bundeschlüsse ²⁾; für die Mehrzahl der deutschen Rechtsverhältnisse aber fehlt es an allgemeinen Rechtsquellen. Die Auffuchung des gemeinen Rechts ³⁾ in dieser Beziehung kann daher nur geschehen, wenn man die Grundlage erforscht, aus welcher auch bei dem Mangel einer allgemeinen gesetzlichen Sanktion eine innere Nothwendigkeit und Allgemeinheit sich ergibt. Diese liegt nun in jener Quelle, woraus nach dem Gange

Erl. der zum deutschen Privatsfürstent. geh. Urkunden. Lübek, 1785.
Köhler Handb. des deutschen Privatsfürstent. Sulzbach, 1832. Mauren-
brecher Grundzüge des deutschen Staatsrechts von §. 227 an, und Mauren-
brecher Lehrb. des Privatrechts. §. 9.

12) s. Weiße Einl. §. 3. Michaelis in Schunk's Jahrb. Bd. 21. S. 262.

13) s. oben not. 1.

14) Z. B. in Bezug auf Regalien.

15) Z. B. Adelsrecht, Gemeinderecht.

1) s. unten §. 17.

2) s. unten §. 20.

3) In welchem Sinne man von einem gemeinen deutschen Rechte sprechen kann, soll unten §. 14 erörtert werden.

der Rechtsbildung in Deutschland vorzüglich das Recht entstand, und zwar wird hier die aus dem Ursprunge und der allmählichen Ausbildung eines Rechtsverhältnisses erklärbare Grundvorstellung von dem Wesen dieses Rechtsverhältnisses wichtig, wie sie zuerst dem Gewohnheitsrechte, dann der Sammlung desselben und später jeder Landesgesetzgebung vorschwebt. Diese Vorstellung von der Natur eines Instituts ist es, welche auch bei Eingehung der Rechtsverhältnisse den Bürgern vorschwebt, den Richter bei Entscheidung von Streitigkeiten leitet und woran sich die wissenschaftliche Ausbildung der Institute anschloß. Sie dient zur Ergänzung und Auslegung der Partikularrechte ebenso, wie sie zugleich die beste Einleitung in das Studium der Landesrechte gewährt. Daher wird es nothwendig, die Quellen, in welchen die Volksansichten und Rechtsvorstellungen bewahrt sind, zu kennen und den Gang der deutschen Rechtsbildung zu verfolgen. Die Betrachtung derselben lehrt, wie 1) überall das deutsche Recht aus den bei jedem Volke ^{3a)} das Recht erzeugenden, insbesondere bei den deutschen Völkern ⁴⁾ wirkenden Verhältnissen als Gewohnheitsrecht zuerst hervorging, und daher wegen der Gleichförmigkeit der bei den deutschen Völkern vorkommenden Verhältnisse des Ursprungs ⁵⁾ und der Fortbildung des Rechts ⁶⁾ auch eine Gemeinschaft des deutschen Rechts vorkommen konnte, während 2) zugleich das deutsche Recht in vielen Lehren als ein vertragsmäßiges, wenigstens stillschweigend verabredetes, daher einem ganzen Stände gleichförmig vorschwebendes ⁷⁾ vorkam und in so ferne eine innere Einheit entstehen konnte. ⁸⁾

§. 4. [§. 2.] Ältestes deutsches Recht. — Alte Volksrechtsbücher.

Die deutschen Völkerschaften lebten bis zum 5ten Jahrhundert nach ihrem mündlich überlieferten Gewohnheitsrechte. Man bemerkt

3a) Hier werden die Sitten, die religiösen Ansichten, die klimatischen Verhältnisse, die Beschäftigungsweise u. wichtig.

4) Z. B. in Ansehung der Schöffenverfassung.

5) Z. B. wegen der Gemeinschaft der Abstammung der Völker, wegen Gleichheit der politischen Verhältnisse.

6) Wegen der auch im Mittelalter gleichförmig bei allen deutschen Völkern vorkommenden Ereignisse und Schicksale.

7) Z. B. bei dem Adel — bei dem Handelsstande.

8) In wie ferne ein ungeschriebenes Recht im deutschen Recht, insbesondere ein Juristenrecht Quelle sein kann, wird besser unten in §. 34 geprüft werden können.

unter den Rechten einzelner dieser Völker einen näheren Zusammenhang, was wahrscheinlich mit gewissen Grundstämmen der deutschen Völker in Verbindung steht ¹⁾ und Stammesverwandtschaften ²⁾ auch in Bezug auf das Recht dieser Völker erzeugt, in der Art, daß man auch in den späteren Rechtsammlungen eine Familie von Rechten und eine Verwandtschaft der Rechte gewisser Völker vorzüglich auch in der Hinsicht annehmen kann ³⁾, als sich ungeachtet der Gemeinsamkeit gewisser Ideen und Verhältnisse in den Rechten bestimmter Völker ⁴⁾ wegen der bei ihnen auf die Rechtsbildung einwirkenden Ursachen eine Gemeinsamkeit des Rechts zeigt ⁵⁾. Einen großen Einfluß auf diese Rechtsbildung mußten auch die Art der Wanderungen und Niederlassungen der Völker ⁶⁾, das Verhältniß, in welches sie zu einem herrschenden Staate kamen ⁷⁾, und die Verbreitung des Christenthums ⁸⁾ haben. Ungeachtet vielfacher Verschiedenheiten findet sich doch ein seinem Ursprunge nach gemeinsames, zuerst noch als Volksgebrauch vorkommendes, aus gleicher Abstammung, Nationalitäten und im wesentlichen gleichen Schicksalen und Culturstufen der deutschen Völkersämme erklärbares Recht, auf dessen Daseyn gewisse in allen deutschen Stammesrechten vorkommende gleiche Rechtsinstitute ⁹⁾ und gemeinsame leitende Rechtsansichten und Grund-

1) Man hat in dieser Hinsicht von Völkern des suevischen und unsuevischen Namens gesprochen. s. Gaupp das alte Gesetz der Thüringer oder die lex Angliorum. Breslau, 1834. S. 24.

2) Sie lassen sich auch noch jetzt nachweisen, wenn man oft benachbarte Völker z. B. in Bezug auf Sitten und Gebräuche betrachtet.

3) Ueber die Arten der Stämme ist Streit, z. B. ob man vom suevischen und unsuevischen Stamme sprechen kann (Gaupp S. 3. 19. 37.), oder suevischen, sächsischen, fränkischen Stamm trennen will. Maurenbrecher Lehrbuch. I. S. 119.

4) In Bezug auf die Schweiz habe ich den Einfluß der verschiedenen Bevölkerung nachzuweisen gesucht in der Zeitschrift für ausländ. Gesetzgebung. Band XI. nr. 8.

5) s. Phillips deutsche Geschichte S. 2—44. Maurenbrecher Lehrbuch. S. 49. Jöppf deutsche Staats- und Rechtsgesch. S. 10.

6) Man vergleiche nur die Gesetze der Völker, welche lange mit den Römern in Verbindung waren oder in römischen Provinzen sich niederließen, mit den Gesetzen der Sachsen, Anglen.

7) Vorzüglich seit der Ausdehnung der fränkischen Herrschaft.

8) T. Rothe über die Wirkungen des Christenthums auf die Völker Europas. Kopenhagen, 1774. V Bde. Fast Encyclopädie. S. 97. Münter Gesch. der Einführung des Christenthums in Dänemark und Norwegen. Leipzig, 1823. s. auch Giraud elements de droit romain. Paris, 1836. vol. I. p. 336. und Troplong in Wolososki Revue de legislation. 1841. II. p. 165. 341.

9) Z. B. Wehrgeld, Familienverbindung, Brautkauf.

ideen ¹⁰⁾ deuten. Zum Auffinden dieses ältesten Rechts dienen die Zeugnisse der Griechen und Römer ¹¹⁾, die Benützung der Nachrichten über den Zustand der Völker, welche mit den alten Deutschen auf gleicher Culturstufe gestanden haben mögen ¹²⁾, Schlüsse aus der Verwandtschaft und Abstammung der alten deutschen Völker ¹³⁾, und die Folgerungen aus den Gesetzen, welche in den ältesten Volksrechten ¹⁴⁾ und selbst in manchen zwar erst spät aufgezeichneten, aber Zeugnisse hohen Alterthums enthaltenden Sammlungen ¹⁵⁾ sich finden. Als Sammlungen dieses alten Volksrechts, von welchem jedoch ein großer Theil neben den Aufzeichnungen fortgalt ¹⁶⁾, erscheinen die vom 5ten bis 9ten Jahrhunderte gesammelten Volksrechtbücher ¹⁷⁾,

10) J. B. über Mundium, das Institut der Stammgüter, Ansicht über german. Freiheit.

11) G. Koehler de fide scriptor. veter. in reb. German. Jen. 1771. Voelkel de fontib. unde Tacitus, quae de patria nostr. trad. hauser. Marb. 1788. J. P. Anchersen in opusc. minor. nr. 5. H. Arndt quatenus Tacit. de German. lib. fid. sit hab. Lips. 1775. J. Meierotto font. quos Tacitus in trad. reb. sequutus videt. Berol. 1795. Gebauer vestigia juris german. antiq. in Tacito obvia. Gott. 1766. Adelung älteste Geschichte der Deutschen, ihrer Sprache, Literatur. Leipzig, 1806. Barth Deutschlands Urgeschichte. Baireuth, 1818. II Theil. 2te Aufl. 1840. Rühß ausführl. Erl. der ersten 10 Kap. des Tacitus. Berlin, 1821. Falk in Kieler Beitr. 11. Bd. S. 467. Luden Geschichte des deutschen Volkes. Gotha, 1825. I. Bd. S. 696. Die Germania des Tacitus, übersetzt und mit Anmerk. von Bülow, Meißte und Leutsch. Leipzig, 1828. Becker Anmerk. und Excurs. zu Tacitus Germ. Hannover, 1836. Türl Vorlesungen über das deutsche Privatrecht. Rostock, 1832. S. 29. Guizot cours d'histoire moderne. Paris, 1829. I. vol. p. 252. 258. und Abh. in den actis societatis Graecae. Lips. 1836. p. 43—116. Klimrath in der Revue de legislation. 1839. p. 289. Passow über Tacitus Germania in Wachlers Philomathie. I. S. 31. Gerlach in der wissenschaftl. Zeitschrift der Lehren der Lehrer der basler Schule. 1825. 2r Jahrg.

12) Dreyer Miscellaneen. S. 47. Falk in Kieler Blättern I. c. S. 77. Zur Vergleichung s. Martius von dem ältesten Rechtszustande der Ureinwohner Brasiliens. München, 1832. s. noch Guizot I. c. p. 271.

13) Dreyer Nebensünden zur Erl. d. R. S. 267. S. Zachariae de origin. jur. rom. ex jur. germ. Heidelb. 1817. Falk in Kieler Blättern. 1819. S. 82. Kolderup Rosenvinge de usu iuramenti in litibus. Hafniae, 1817. Sect. II. p. 9. Ueber die angebliche Abstammung von den Persern. Luden Geschichte. I. S. 14. 590.

14) Eichhorn Rechtsgesch. S. 29.

15) Hierher gehören besonders die Weisthümer, s. Grimm deutsche Rechtsalterthümer. Götting. 1828. Vorrede S. IX. u. S. 68.

16) Lex bedeutete das gesammte im Volke lebende Recht (Dreyer de usu jur. Anglosax. p. 89 in not. v. Savigny Gesch. des röm. R. I. Bd. S. 105.); daher wird oft, z. B. in Goldast script. rer. Aleman. II. p. 26. von Lex Aleman. gesprochen, während in der gesammelten Lex Aleman. nichts vorkommt. Neugart Cod. dipl. Alam. nr. 709. Dar- aus erklärt sich auch II. Feudor. 29.

17) Gesammelt in J. Sichard leges Ripuar. Baiuvar. et Aleman. Basil.

verschieden nach der Art der Veranlassung der Aufzeichnung, und danach, je nachdem die Völker, deren Recht sie enthalten, mehr oder weniger mit den Römern in Verhältniß kamen. Die uns noch vorliegenden Sammlungen enthalten selbst ein aus verschiedenen Zeiterstammendes Recht, und bestehen aus mehreren in verschiedenen Zeiträumen aufgezeichneten Theilen ¹⁸⁾. Zu den am reinsten einheimischen Recht, das damals auf dem System der Persönlichkeit des Rechts ¹⁹⁾ beruhte, enthaltenden, in lateinischer Sprache ²⁰⁾ aufgezeichneten ²¹⁾ Sammlungen ²²⁾ gehören 1) die Lex Salica ²³⁾, entstanden aus Gewohnheiten, die schon früh bei den Franken sich

1530. B. Herold orig. ac german. ant. libr. Basil. 1557. J. Tilli aur. ven. ant. lib. Paris. 1573. Lindenbrog Codex legum antiquar. Francof. 1613. Corpus Juris German. Ant. conf. et praefat. Heineccii adorn. Georgisch. Hal. 1738. J. Canciani barbar. leg. antiq. cum notis et gloss. Venet. 1781—92. V tom. Walter Corpus Juris Germanic. Antiq. Berol. 1824. III vol. Von merkwürd. MS. alter Rechtsbücher s. Perz im Archiv d. Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde. V. Bd. S. 205.

18) Dies hat in Bezug auf Lex Ripuar. gut nachgewiesen Rogge de pecul. leg. Ripuar. cum Salic. nexu. Regiom. 1824. s. noch Juden Geschichte. III. S. 737.

19) Montesquieu Lib. XXVIII. c. 2. Theorie des loix politiques de France (Paris, VIII vol., 1792, bearbeitet von einer Dame aus Poitou, wichtig weil die fränkischen großen Urkunden- und Quellsammlungen gut benützt und im Anhang die Stellen abgedruckt sind), vol. II. p. 19. und in den preuves p. 55—69. Muratori antiq. Ital. diss. XXII. v. Savigny Gesch. 1r Thl. S. 90. Rogge Gerichtsverfassung der Germanen. S. 53. Zacharia vierzig Bücher vom Staate. IV. Thl. S. 25. Barsocchini sulla sfiora di diritto romano nel med. evo del S. Savigny. Lucca 1839. pag. 13.

20) Biarda Geschichte des salischen Gesetzes. S. 57. s. andere Meinung in Dreyer de usu jur. Anglosax. p. 222.

21) Ueber den Werth der Prologe dieser Rechtsbücher s. Senkenberg. vision. de collect. leg. p. 7—17. Biarda Geschichte des salischen Gesetzes. S. 76. Milbiller in den Denkschriften der Akademie der Wissenschaften in München. Jahrg. 1815. S. 59. Guizot cours d'histoire. I. p. 330.

22) Montesquieu esprit des loix lib. XXVIII. Möser Osnabrück. Gesch. S. 32. Eichhorn Rechtsgesch. S. 29—33. v. Savigny Geschichte des röm. R. 1r Thl. S. 90—140. Juden Geschichte des deutschen Volkes. III. S. 227—320. Phillips Grundr. des deutschen Privatr. 2te Aufl. I. S. 4. Maurenbrecher Lehrb. S. 48. Jöchl Rechtsgesch. S. 28—36. Ueber den Geist dieser Sammlungen Türk Vorlesungen. S. 90.

23) Abgedruckt in Georgisch Corp. p. 1—144, in Canciani II. p. 1. und lex reform. p. 121, und nach einem Pariser Codex vol. V. p. 378; ältere Ausgaben sind: Libelli seu decreta a Chlodowaco edita. Paris. 1573. Liber leg. salic. et glossar. ex bibl. Pithöei. Paris. 1602. Wendelin leges salicae illustratae. Antwerp. 1649; auch ein Abdruck in Schilter thesaur. ant. teut. vol. I. nr. 1. Eccard leges Francor. sal. cum addit. Francof. 1720. und in Biarda s. folgende not. s. noch Feuerbach über die lex salica. Erlang. 1831. Lex salica ex variis rec. edid. Laspeyres. Hal. 1833.

ausgebildet, aber erst, jedoch nicht für einen besondern angeblich salischen Stamm ²⁴⁾, in den Niederlanden gesammelt ²⁵⁾, bald unter den einzelnen Königen ergänzt und revidirt ²⁶⁾. Merkwürdig sind bei dieser Lex die Malbergischen Glossen ²⁷⁾. — 2) Lex Ripuariorum ²⁸⁾, 3) Lex Alemannorum ²⁹⁾, 4) Lex Baiuvariorum ³⁰⁾,

- 24) Dafür wichtige Beweise in Müller lex Salica. S. 146.
- 25) Die Sammlung gehört in den Anfang des 5ten Jahrhunderts, s. verschiedene Meinungen Heineccii antiq. German. I. p. 258. Biener Comment. de progressu legum. vol. I. pars II. p. 30. Wiesand de orig. et natal. leg. salic. Lips. 1760. Vertot in den Memoires de Literature. tom. IV. p. 333. Senkenberg vision. p. 7. Biarda Geschichte und Auslegung des salischen Gesetzes und der malberg. Glossen. Bremen, 1808. Urtloff von den Handschriften und Ausgaben des sal. Gesetzes. Kobura, 1819. Weber com. de legib. Francor. Heidelb. 1821. Carrion Nisas de la loi salique. Paris, 1821. Eichhorn Rechtsg. §. 35. 36. Bent heffische Landesgeschichte. II. Bd. S. 154. Kommel Gesch. von Hessen, mit Anmerk. S. 39. Bersebe über die Völker und Völkerbündnisse. S. 165 u. S. 175. Luden Gesch. III. S. 321 und 737. und Raepsaet analyse hist. de l'origine des Belges. I. p. 210. Guizot cours I. p. 321—38. Türl Forschungen aus dem Gebiete der Geschichte. 36 Heft. Nr. 1. 2. Gaupp das alte Gesetz der Thüringer S. 202. Hans Erbrecht. IV. S. 50. Müller der lex Salica und der lex Anglor. Alter und Heimat. Würzburg, 1840. und Jöpsl Rezens. darüber in den Heidelberger Jahrbüchern. 1841. S. 121. Pardessus in biblioth. del ecole des chartes. I. p. 410.
- 26) Heineccii antiq. I. p. 272—77. Türl Forschungen. S. 131. Phillips Privatr. I. S. 29. Müller l. c. S. 13.
- 27) Berch. Ansichten in Biarda Geschichte. S. 363—474. Luden Geschichte. III. S. 738. Grimm Rechtsalterthümer. S. 801. Phillips in den Berliner Jahrb. 1831. Maiheft, und Privatrecht. I. S. 30.
- 28) Gesammelt zwischen 511—34. Bei dieser lex zeigt sich klar, wie allmählig erst die Aufzeichnungen entstanden sind: deren Erste mag nicht lange nach lex Salic. vorgekommen seyn. s. Jöpsl. S. 29. s. noch Müller d. lex Sal. S. 25. abgedruckt in Georgisch p. 145. Canciani II. pag. 296. s. Theorie de loix politiques. vol. II. p. 10. Biener Com. P. II. vol. I. p. 48. s. noch Eichhorn §. 38. v. Savigny Gesch. II. Thl. S. 91. P. F. Cramer de veter. Ripuarior. statu civili et eccles. Bonn. 1784. Themis ou biblioth. de Juriscons. tom. II. p. 305. und über die Siege der Franken. P. F. Müller Beitr. zur Bestimmung der Gränzen zwischen Franken und Sachsen. Duisb. 1804. v. Kampz Prov. und statutar. Rechte der preuß. Monarchie. II. S. 249. Vom Verhältnisse der zwei fränkischen Gesetze, s. Rogge observ. de peculiari legis Ripuariæ cum Salica nexu. Regiomont. 1824. Luden Gesch. III. S. 345. Guizot cours. I. p. 359. Gaupp Recht der Thüringer. S. 225.
- 29) Gesammelt in jenen alemannischen Ländern, die später erst unter fränkische Abhängigkeit kamen (nach 536). Phillips, I. S. 34., abgedruckt in Georgisch p. 189. Canciani II. p. 320. s. noch Königshoven Elsas Chronik. S. 623. Pfister Gesch. von Schwaben. I. S. 119. Schoepflin Alsat. III. I. p. 626. Eichhorn. §. 39. v. Savigny. II. S. 90. Luden Gesch. III. S. 355. Gaupp Recht der Thüringer. S. 15. Bluntschli Rechtsgesch. von Zürich. I. S. 20. 71. Hagenmüller Gesch. der Stadt und Grafschaft Rempfen. Rempfen, 1840. S. 13.
- 30) Gesammelt zwischen 511—534, gedruckt in Georgisch p. 249. Canciani II. p. 356, in Meederer Beitr. zur Geschichte von Baiern. Ingolstadt,

- 5) *Lex Saxonum* ³¹⁾, 6) *Lex Angliorum et Warinorum* ³²⁾,
 7) *Lex Frisonum* ³³⁾. — Auch die Gesetze der Angelsach-

1793. Varianten in Bruns Beitr. zu dem deutschen R. S. 87. f. noch Sterzinger in Abhandl. der Akad. der Wissensch. I. Thl. Nr. 2. Winter über die ältesten Gesetze Baiuvar. Landshut, 1813. Palhausen Variab. I. München, 1810. Urkundenb. S. 25. Milbiller in Denkschr. der Akad. der Wissensch. 1815. S. 59. Rudhart Abriss der Geschichte der bair. Gesetzgebung. München, 1820. Eichhorn R. S. S. 40. v. Savigny. II. S. 80. Luden. III. S. 366. Wittmann die Bojovarii und ihr Volksrecht. München, 1837. und Jahrbücher für die bair. Gesetzgebung und Rechtswissensch. Nürnberg, 1838. I. Bd. S. 77. und 38 Hft. S. 32. Freiberg in den Münchner gel. Anzeigen. 1838. S. 474. Merkwürdig wegen der Fortbildung des Rechts ist das Concilium zu Aschheim im J. 762 und das zu Dingolfing 772. Die dort errichteten Gesetze sind abgedruckt in Canciani barb. leg. vol. II. p. 391—395. Von den Zusätzen zur lex auf dem Landtage von Ranshofen f. Göringer der Landtag zu Ranshofen. München, 1835. Von dem Zusammenhang der bair. Gesetze mit den westgothischen f. Gaupp Recht der Thüringer. S. 18. Maurenbrecher. I. S. 120. Wittmann. S. 171.

- 31) Gesammelt nach 780., gedruckt in Georgisch p. 453. Canciani III. p. 137. f. Einert fragm. obs. ad veter. leg. Sax. Lips. 1779. Gaertner saxon. leg. tres quae exstant. Lips. 1730. Weiße im Museum f. die sächs. Gesch. II. Bd. S. 205. Rindlinger Münsterische Beiträge. III. Thl. S. 150. Heineccii antiq. vol. I. p. 359. Biener Com. II. vol. I. p. 76. Westphalen monum. I. praef. p. 101. III. p. 60. Gruppen disc. pag. 766. Spangenberg Beitr. zu den deutschen R. S. 179—192. Eichhorn. S. 146. Vom Corveischen Codex, in welchem mit Art. 24. ein Abschnitt mit Aufschrift: Lex Francorum beginnt. Wigand das Femgericht Westphalens. S. 48. Damit im Zusammenhang steht capitulatio de partibus Sax. (788.) und Capitulare Saxonum (797.) Wigand S. 47—62. Falk Handbuch des Schlesw. Rechts. I. S. 36. Jöppfl. S. 32.
- 32) Gesammelt in der Zeit Carl des Großen, gedruckt in Leibnitz script. rer. brunsv. I. p. 81. Georgisch. p. 445. Canciani III. pag. 31. f. noch Roessig Comm. ad tit. leg. Anglor. Lips. 1785. Westphalen mon. ined. praef. I. p. 67. III. p. 60. Dreyers Abhandl. III. S. 18. v. Kamps Rechtsb. Civilr. S. 4. Dahlmann histor. Forschungen. I. S. 441. Spangenberg Beitr. S. 182. Eichhorn. S. 147. Neue Beweise dafür, daß das Warinengesetz das der Thüringer war, f. in Sachs Handbuch des Weimar. Privatr. S. 13. und in Versen über die Völker. S. 218. f. noch Wigand Femgericht. S. 49. Luden Gesch. III. S. 378. Kraut in Falks Entan. 36 Hft. Nr. 23. Vorzüglich Gaupp das alte Recht der Thüringer. Breslau, 1834. f. dort S. 85 über Verbindung der Anglen und Warinen von S. 291 an den Text des Gesetzes mit Anmerk. Für die Ansicht, daß die lex Angl. das Rechtsbuch der Thüringer sei, f. Jöppfl. S. 32. Phillips Privatr. I. S. 36. Die neueste (wohl nicht zu billigende) Meinung von Müller (der Thoringia nach Holland verlegt) in d. Schrift: die lex Salica. S. 108.
- 33) Gesammelt unter Carl dem Großen, gedruckt in Georgisch p. 409. Canciani III. p. 1. Siccama Fris. leg. ant. not. ill. ex rec. Gaertn. Lips. 1730. Wicht Vorb. zur Ausg. des Ostfries. Landr. S. 62. V. handelungen van het Groninger Genootschap. I. p. 342. III. 46. Biarda in Duve's Zeitschrift für Gesetzg. in Hannover. I. Bd. 26. Nr. 2. Eichhorn R. S. S. 144. f. auch die fries. Gesetze, abgeleitet in Schwartzenberg Charterboek van Vriesland. tom. I. p. 1 und das angebliche Privilegium Carls des Großen für die Friesen, Micris Charterboek der Graven van Holland. vol. I. p. 8.

fen ³⁴⁾, obwohl in England entstanden, gehören hieher, in so fern sie von den ursprünglich in Deutschland wohnenden Völkern ausgehen. Eine mehr oder minder große Mischung mit römischem Rechte enthalten schon die Gesetze der Ostgothen ³⁵⁾, der Westgothen ³⁶⁾, der Burgunder ³⁷⁾, der Longobarden ³⁸⁾.

tige Notizen über eine friesische Uebersetzung des Carolingischen Privilegiums und über Fortdauer seines Ansehens s. Driessen monument. Groningana inedit. 1827. III. vol. p. 533. Lex Frisionum edid. Gaupp. Vratislav. 1832. Für Forschungen aus d. Gebiete der Gesch. V. Heft. Parchim, 1835. Beucker Andreas de origine juris municip. frisici. Traject. 1840. p. 76. v. Rithofen friesische Rechtsquellen. Berlin, 1840., wo S. XXVII lex Fris. abgedruckt ist.

- 34) Die Gesetze fangen von 561 an, gedruckt in Wilkins leges Anglosax. eccles. et civ. Lond. 1721. Canciani IV. p. 211.; auch abgedruckt in Houard traité sur les coutumes Anglo-Normandes. vol. I. pag. 9—159. Westphalen mon. I. praef. p. 78. Turner the history of the Anglosax. Lond. 1812. Galf in Vorrede S. XIV—XXV. zu Goldiz Uebers. von Blakstone's Handbuch. Schleswig, 1822. Eichhorn. §. 142. Savigny Gesch. II. S. 159. Wer die Eroberer Britanniens gewesen s. Verschie über die Völker. S. 130. s. überhaupt Philipp's Verf. einer Darstellung der Gesch. des Angelf. Rechts. Sttt. 1825. S. 60. Schmid die Gesetze der Angelsachsen. Leipz. 1832. F. Palgrave Engl. commonwealth. London, 1832. Hauptausgabe: Ancient laws and institutes of England comprising laws enacted under the Anglo Saxon Kings. London, 1840. s. auch Remble Codex diplom. aevi Saxonici. Londini 1839.
- 35) Abgefaßt a. 500., gedruckt in Georgisch p. 2199. Canciani I. p. 1. s. noch Eichhorn. §. 41. v. Savigny. I. S. 11. II. S. 164. de Rhon Comm. ad edict. Theodor. reg. Ostrog. Ital. 1816. Sartorius Verf. über die Regierung der Ostgothen, während ihrer Herrschaft in Italien. Cap. VI. Manfo Gesch. des ostgothischen Reichs in Italien. Breslau, 1824. S. 91. Neumann in Hermes, Bd. 27. Heft 1. S. 142. Gans Erbrecht. III. S. 160.
- 36) Gesammelt in der jetzigen Gestalt unter König Egica, dem aber schon viele Verordnungen vorangingen, gedruckt in Georgisch p. 1846. Canciani IV. p. 61. Kührs über die Gesetze der Westgothen. Greifsw. 1801. Eichhorn §. 34. v. Savigny. II. S. 67. Aschbach Gesch. der Westgothen. Frankf. 1827. S. 255. Wichtige Nachrichten in Fuero juzgo en latin y castellano cotejado con los mas antiguos y preciosos codices por la real academia Espannola. Madrid, 1815.; besonders in dem Discurso von Lardizabal. Eine seltene Ausgabe ist Pithöci Codex legum Wisigothor. cum Isidor. Chron. Paris, 1579. s. Senftenberg im lebhaften Gebrauch vom deutschen Recht. S. 239. Das Wichtigste über das alte westgothische Gesetz, zugleich mit einem Commentar zu der lex wisig. von Amaral in den Memorias de literatura portugeza publicadas pela Academia de Lisboa. 1792. vol. VI. p. 127—430. s. auch sehr viel in Marina ensayo historico crit. sobre la antigua legislacion. Madrid, 1811. p. 17—28. 1834. (2te Aufl.) p. 32—48. s. noch Fürk Forschungen auf dem Gebiete der Geschichte, 18 Heft (über das westgoth. Gesetzbuch.) Kofstok, 1829. Guizot in der revue française. Novembre 1828. nr. 6. Guizot cours d'histoire. I. p. 381. gut Lembke in der Geschichte von Spanien. Hamb. 1831. S. 45. 205. 232. und neue Forschungen in M. Zuaznavar. ensayo histor. sobre la legislacion di Navarra. San Sebastian, 1827. I. vol. p. 80—110. u.

§. 5. [§. 3.] Formelsammlungen. Hof- und F fizialrecht.

Als Zeugnisse der Art der Anwendung allgemeiner Recht
ten, zur Kenntniß des damaligen Gerichtsgebrauches, de
Rechtsansichten und zum Verstehen mancher Verhältnisse des
lichen Rechts wichtig sind die Formelnbücher ¹⁾. — Da n

- p. 124. Illustracion del derecho de Espana por D. Sal
vol. I. p. 10.
- 37) Gesammelt 486—517., gedruckt in Georgisch p. 333. Canci
p. 11.; eine seltene Ausgabe ist: antiquae Burgund. leges. Ly
Eichhorn §. 37. v. Savigny. II. Bd. §. 1. §. 111. Themis
du juriscons. II. p. 305. Herz Gesch. der Meroving. §.
§. 125. Türk Forschungen aus dem Gebiete der Geschichte.
§. 21. Guizot cours. I. p. 370. Frey Quellen des Balth
rechts. §. 173. Gaupp Thüringerrecht. §. 7. Lillier Gesch. v
I. §. 4. Die wichtigsten Forschungen in Gingsins-la-Sarraz
l'establissement des Burgundes dans la Gaule. 1838.
- 38) Enthalten Gef. von 643 an (bis zu A. Rotharis Zeiten hatten
gobarden nach Paul Diaconus IV. 44. die Gesetze nur mer
usu) als Lombarda gesammelt im XII. Jahrh., gedruckt in I
script. tom. I. pars II. p. 1. Georgisch p. 913. Canciani
f. noch Eichhorn §. 143. v. Savigny. II. §. 200. Heinecc
vol. I. p. 341—51. und Herz im Archiv der Gesellschaft.
§. 222—300. Rapp in der Zeitschrift für Tyrol. III. Bd. §. :
Erbrecht. III. §. 169. Türk die Longobarden u. ihr Volksrecht
1835. Gaupp Thüringerrecht. §. 19. Zachariae fragm.
graecae legum Rotharis Longobardor. Heidelb. 1835. Sclo
ria della legislazione italiana. Torino, 1840. p. 53. C. Ba
ria d'Italia. Torino, 1830. vol. II. p. 325. Pagano Iste
Regno di Napoli. Napoli, 1832. I. p. 104. und neu entdect
longob. in der Zeitschrift Il Progresso. Napoli, 1832. vol. I.
— 118. Eine neue Ausgabe (nach neu aufgefundenem MS.) befi
de Vesme wird eben gedruckt in Turin im V. vol. der monum
riae patriae.
- 1) Zu den ältesten Formeln gehören dictatus Andegavenses (von d
Angers), f. neues Lehrgebäude der Diplomatie (übers. von A
I. Thl. §. 320., abgedruckt zuerst in Mabillon Annal. tom. IV.
in Canciani III. vol. p. 468. f. noch Biener Comment. :
p. 304. Die Formeln heißen auch notitiae; f. neues Lehr
I. Thl. §. 315. Ins Jahr 653 gehören die Formeln des Wänd
culf, abgedr. in Marculf formul. edit. Bignon. Paris. 1677.
Capitular. II. p. 321. und in Canciani vol. II. p. 177. f. I
Neues Lehrgeb. der Diplomatie. VI. Thl. §. 388. Seidenstie
formulis Marculfinis. Jen. 1816. Eichhorn Rechtsgesch. §. 156.
vigny Gesch. II. Thl. §. 122. Hoffmann vermischte Beobad
III. Thl. nr. 5. Andere Formeln (ihre Benennungen deuten
Namen ihres späteren Herausgebers) sind formulae Sirmond
Baluz II. pag. 467. und in Canciani III. p. 494. und meh
Canciani III. p. 401. 414. 451. f. auch formulae Bigonian.
brog. Formulae Alemannicae in Goldast script. rer. Alem
p. 300. f. auch wichtige Urk. in Neugart Codex diplom.
St. Blas. 1791. und über die alten Formeln Bähr röm. liter. &
Suppl. II. §. 224. III. §. 224. Elsäzische Formeln in Eckhard

Charakter des damaligen Staats nur der Vollstrecke nach dem Volks-Rechte lebte, so gehören zur Kenntniß des damaligen Rechts auch 1) die alten Hofrechte, begründet durch das Verhältniß des Unfreien zum Herrn, obwohl ursprünglich auf Gnade des Herrn beruhend 2), jedoch so, daß bald die Sitte die Stelle des Rechts vertrat und gewisse allgemeine Ansichten galten 3). 2) Das Benefizialrecht 4), begründet durch den Eintritt freier Personen in das Dienstverhältniß des Königs oder eines Herrn, anfangs auch bloß auf Gnade des Herrn beruhend, bald aber auf gewisse allgemeine Gewohnheiten 5) gebracht, die allmählig durch Gesetze sanktionirt wurden.

§. 6. [§. 4.] Kapitulationen.

Als eigentliche Gesetze, schon im Jahre 544 beginnend, selbst auf einheimische Gewohnheiten verweisend 1), aus Verabredung mit dem Volke häufig hervorgegangen 2), erschienen viele Kapitulationen 3) der fränkischen Könige 4). Es müssen die für das ganze Reich gegebenen von den nur für einzelne Völker gegebenen getrennt werden 5), und unter

Sal. p. 732. s. noch Fischer Literatur des german. Rechts. S. 37. Spangenberg die Lehre von dem Urkundenbeweise. Heidelberg, 1827. I. Thl. S. 127 u. S. 294. Türk Vorlesungen. S. 100. Phillips deutsches Privatr. I. S. 42.

- 2) Albrecht die Gewer als Grundlage des deutschen Sachenrechts. S. 307.
- 3) Eine Art von Hofrecht findet man schon in edictum Pistense. s. Eichhorn in Zeitschr. für geschichtl. Rechtswiss. I. S. 202. s. über die alten Hofrechte unten bei der Lehre von den Bauern. Wichtig in dieser Beziehung sind die Cartulaires der Klöster. s. Guérard Collection des Cartulaires de France. Paris, 1840. III. vol. Hier gehören auch die alten Deffnungen u. Hofrodel. s. Bluntschli Rechtsgesch. von Zürich. I. S. 208. 238. II. S. 395. und viele dieser Deffnungen in Grimm Weisthümer. s. unten §. 7.
- 4) Die vollständige Darstellung in der Theorie des loix politiq. vol. VI. p. 4—21. mit den dazu gehörigen Stellen. s. noch Montag Gesch. der Staatsbürgerl. Freiheit. I. S. 157. Biener Comm. de orig. pag. 236. Eichhorn Rechtsgesch. I. §. 167. Labonlaye histoire du droit de propriete fonciere. Paris, 1839. p. 337.
- 5) Daraus erklärt sich auch die allmählig entstandene Erblichkeit.
- 1) Biener Comm. vol. II. p. 196. Theorie des loix politiq. vol. II. pag. 18.
- 2) Senkenberg vision. Cap. II. §. 7. Heineccii ant. vol. I. p. 373.
- 3) Gesammelt in Baluz Capitul. regum Francor. Paris. 1677.; neue Ausg. von Chiniac. Paris. 1780., auch in Georgisch p. 465—895, in Canciani III. p. 137. und vorzüglich in Monument. German. histor. edid. Pertz. vol. III. legum vol. I. Hannov. 1835. und Zusätze in vol. IV. p. 1—18. s. noch merkw. Pardessus memoire sur l'origine du droit coutumier en France. Paris, 1834. p. 46 etc.
- 4) Gute Bemerk. in Guizot Cours d'histoire moderne. II. p. 309. und 289 von Capit. Karls des Großen. s. noch Jamet in der revue de legislation. Paris, 1836. vol. III. livr. 4. p. 241.
- 5) v. Savigny Gesch. des röm. R. I. Thl. S. 143.

den letzten sind vorzüglich die zu den Rechtsbüchern der Völker gegebenen, die Fortbildung des Rechts enthaltenden Zusätze wichtig ⁶⁾. Die Kapitularien, zu denen manche Urkunden ohne Grund gerechnet wurden ⁷⁾, von welchen mehrere nur in Auszügen und mehr vorliegen ⁸⁾, sind in einigen systematischen Sammlungen auf uns gekommen ⁹⁾ und waren lateinisch verfaßt ¹⁰⁾.

§. 7. [§. 5.] Rechtszustand im Mittelalter.

Die Volksrechte aus der fränkischen Zeit wurden zwar im Mittelalter weniger als geschriebene Rechtsammlungen, als vielmehr als das im Andenken der Schöffen fortlebende Recht beobachtet ¹⁾. Je

6) Ueber den angeblichen Plan Karls des Großen, ein Corp. Jur. Germ. zu sammeln: Fischer Liter. des german. Rechts. S. 21. f. aber Senkenberg vision. p. 20.

7) Capitularia spuria führt auf Pertz in monum. German. vol. IV. pars altera.

8) Gute Notizen in Theorie des loix polit. II. p. 25—30. III. p. 147.

9) Von Ansegisus (Abt 827.) und Benedictus Levita (845.) Heinccc. ant. I. p. 382—6.; hier sind oft Stellen willkürlich aus ihrem Zusammenhang gerissen, daher die Erforschung des vollständigen Capitulare von Bedeutung ist. v. Lothars Sammlung. Bicer vol. II. p. 189. Türk S. 129. Ueber den Werth der Sammlung von Benedict levita Pertz in monum. IV. pars II. p. 19 etc.

10) f. jedoch ein Capitulare in fränkischer Sprache in Brower Annal. Trevir. c. 10. §. 14. und noch Gruppen Alterthümer. S. 48. Derselbe in Schott Samml. deutscher Landr. II. Thl. S. 228. f. noch Pertz monum. III. p. 261.

1) Perponcher et van Heylen resp. ad quaest. cujus juris scripti usus obtinuerit apud populos belgas a saec. VII. usque XIII. in den memoires sur les questions qui ont remporté le prix. Bruxell. 1776.; von Fortdauer der Capitularien f. Gruppen hannöv. Mag. 1765. S. 934—46. Heincccii ant. I. p. 388. Gruppen disc. p. 720—763. Montag Gesch. der staatsbürgerl. Freiheit. II. Bd. S. 38. Köpp heff. Gerichtsb. I. S. 20. Schultes Ceburg. Landesgesch. II. Thl. S. 146—183. Baluz praefat. ad Capitul. §. 35—37. Montesquieu esprit des loix. XXVIII. §. 10. Türk Vorles. S. 131.; von Fortdauer der Rechtsbücher f. Neller opusc. vol. I. pars II. p. 348. Müller über Bestimmung der Grenzen zwischen Franken und Sachsen. S. 60. Köpp heff. Gerichtsb. I. S. 16. Rudhart Abriss d. Geschichte d. baier. Gesetzg. S. 41. Wenk heff. Landesgesch. II. Bd. S. 154—167. Wigand corceiische Gesch. II. S. 119.; z. B. noch Urk. von lex Alem. in Meichelbek hist. Frising. I. p. 199. f. noch Urk. in Neugart Cod. dipl. Alemann. nr. 246. 276. 547. Vom jure Suevorum Urk. von 1228. in Lang regesta. vol. II. p. 178. Urk. von 926. 1050. über Anwendung der lex Salica in terris Alemannor. in Lang regest. I. p. 35. 85. f. noch Beweise der Fortdauer der Rechtsbücher von Tyrol Rapp in der Zeitschrift für Tyrol. III. S. 21. f. noch Gaupp Recht der Thüringer. S. 37. not. und merkw. von der Schweiz Frey Quellen des Basler Stadtr. S. 174.; von den Niederlanden Barnkönig von der Wichtigkeit der Kunde des Rechts der belgischen Provinzen für deutsche Rechtsgeschichte. Freiburg, 1836. S. 76. Am längsten dauerte die lex longobard. in Italien fort. f. Urk. von 991 und 1014 in Monum.

mehr aber die Gauverfassung sich auflöste, je mehr neue Territorial-Verhältnisse entstanden und die Zahl der Gemeinfreien sich verminderte und das Lehenswesen sich ausbildete ^{1a)}, desto mehr verlor das alte Volksrecht sein Ansehen, und nur da, wo die Gauen länger fortbauerten, oder große Landesgemeinden in ihrer Freiheit sich erhielten, dauerte das Volksrecht fort, dessen Ueberbleibsel ²⁾ auch in den Weisthümern ³⁾ und in den Markenordnungen ⁴⁾ gesucht werden dürfen. Je mehr damals noch die Schöffen aus dem Volke das Recht fanden, desto mehr konnte das Recht als Gewohnheitsrecht ²⁾ sich erhalten und fortgebildet werden. Die Weisthümer ⁵⁾, veranlaßt durch den Charakter des damaligen Rechts als Gewohnheitsrechts, durch die Sitte, das alte hergebrachte Recht vom Schutzherrn sich bestätigen zu lassen ⁷⁾, und durch den Gebrauch ⁸⁾, in streitigen Fällen

histor. patriae. Taurin. 1839. vol. I. p. 286. 407. (wo auch lex Italiae vorkommt.) Dann Urf. von 1015 in Morbio storie dei municipi italiani. II. p. 41. und Graf Sclopis storia della legislazione italiana. I. p. 64.

1a) Laferriere histoire du droit françois. Paris, 1836. p. 61.

2) Grim Rechtsalterthümer. S. 68.

3) Dreyer de usu juris Anglosax. p. 73. Walch de laicis judiciis veter germ. in opusc. II. p. 319. Hoffmann de Scabin. demonstrat. aliorum placitis. Marburg. 1702. Senkenberg med. III. pag. 718. Beispiele in Senkenberg corp. jur. med. aevi. I. p. 2. 11. 62. f. noch unten bei den Rechtsquellen in Dorfverhältnissen. Ein Verzeichniß von Weisthümern findet sich in Grimm Rechtsalterth. S. 957—966. f. noch mehrere merkw. Weisthümer in Richard's Wetteravia. I. Bd. nr. 14. Am wichtigsten sind aber die Weisthümer jener Gegenden, in welchen größere Landesgemeinden in einem Reichsverbande unabhängig von Territorialherren sich erhielten, z. B. das Eröverreicher Weisthum von 1491. f. unten bei Darstellung des rheinpreuß. Rechts. Eines der ältesten und vollständigsten Weisthümer (auch für Privatrecht) ist das Weisthum von Kommerßheim von 1298. in v. Kampß statutar. Rechte der preuß. Monarchie. III. Bd. S. 502., abgedruckt in v. Kampß Jahrbüchern. Heft 67. S. 91. f. auch Weisthum von Biresborn bei Kampß I. c. S. 99. — f. noch viele Weisthümer angeführt in Kindlinger Geschichte der Hörigkeit. S. 413. 419. 462. 533. u. in Lacomblet Archiv f. d. Gesch. des Niederrheins. I. Bd. S. 245. 280. 297. und ein Verzeichniß von W. in Kraut Grundriß. S. 7. Die wichtigste Sammlung ist die von Grimm Weisthümer, gesammelt von J. Grimm, Göttingen, 1840. II Theil.

4) f. unten bei der Darstellung des Gemeinderechts. — Ueber Hervorgehen der Landrechte aus Markenordn. f. Kindlinger Münsterische Beitr. III. S. 146.

5) Van Dievoet de origin. divers. consuet. local. regn. nost. Lov. 1827. und Pardessus sur l'origine du droit coutumier. p. 60.

6) f. auch Birnbaum in der Zeitschrift für ausländ. Gesetzgebung u. Rechtswissensch. I. S. 140—151. Auch unter dem Namen: consultatio und stabilimentum (etablissement) kommen solche Weisthümer vor.

7) Die Ansicht, das durch Alter geheiligte Recht als Recht zu beobachten, führte dazu. Viele oft als Stadtrecht angeführte Urkunden sind Weisthümer. f. das der Stadt Winterthur von 1297 in Bluntschli Rechtsgeschichte. I. S. 478.

und bei Zweifeln über den Rechtspunkt, daher auch über das Daseyn gewisser Gewohnheiten ⁹⁾, das im Andenken der Genossen lebende Recht durch Befragung der mit dem Rechte Vertrauten (inquestae, inquisitiones) ¹⁰⁾ zu finden, waren die Aufzeichnungen der von den Ältesten eines Bezirks oder den Schöffen auf Befragen eidllich gegebenen Antworten über geltende Rechte; sie kamen ebenso in privatrechtlichen ¹¹⁾ als in öffentlichen ¹²⁾ Rechtsverhältnissen ¹³⁾ vor. Ähnlich diesen Weisthümern sind die Notorietätsakten ¹⁴⁾. Sobald man die Mark als große Landesgemeinde betrachtet, erklärt sich auch das Vorkommen mancher auf Volksrechte bezüglicher Bestimmungen in den Markenordnungen. Vorzüglich einflußreich auf die Rechtsbildung wurde das gutherrliche Verhältniß ¹⁵⁾, nicht bloß durch die Ausbildung der Hofrechte, sondern auch dadurch, daß in manchen Bezirken, die aus erweiterten Villis hervorgingen, der Wille der Herren die Gesetzgebung bestimmte ¹⁶⁾. Die Dienstrechte ¹⁷⁾ waren conventionelle Rechte über das Verhältniß der

-
- 8) Neues Lehrgebäude der Diplomatie. I. S. 453. f. andere Ableitung in Phillips. I. S. 53.
 9) Urf. von 1272. in *histoire de Languedoc*. tom. IV. p. 40. Gegen diese Ansicht Lürk Vorlesungen. S. 135.
 10) Sie kommen auch unter dem Namen vor: Pantheidigung in Oesterreich. f. merkwürd. Beispiel in Wagners Zeitschrift für österreich. Rechtsgelchrtsamk. 1829. S. 189.; auch Deffnungen und Dingrodel in der Schweiz und in Elß, f. z. B. in Zellweger Gesch. des Appenzellischen Volkes. Urkundenbuch II. S. 381. (von 1472.) und in Schreier's Urkundenbuch von Freiburg. II. Thl. S. 97. 111. Im Zusammenhange stehen auch die Hofrodel. (Beispiele abgedr. in Pestalluz Samml. der Statute des Kantons Zürich. I. S. 168. II. S. 78.) f. noch oben §. 5. not. 3.
 11) J. B. rheingau. Landr. bei Bodmann rheingau. Alterthümer. S. 25.
 12) Eines der wichtigsten Beispiele ist das von 1260. in Bondam Charterboeck van Gelderland p. 543.; ein kölnisches von 1395. in Günther Cod. Rheno-Mosell. III. vol. 2te Abtheil. S. 911. f. noch Goldr Comm. de regno Bohem. adp. p. 39. Rindlinger Gesch. der Pf. feit. S. 190.
 13) Was unsere deutschen Weisthümer sind, sind in Frankreich die *enquêtes par turbes*; am besten darüber Bouhier Comm. sur les Coutumes Bourgogne. vol. I. p. 272.
 14) Sie kommen in Frankreich vorzüglich seit dem Verbote der *enquêtes par turbes* vor. Cossinieres in der *Encyclopedie de droit par Sr* I. p. 212. Maurentbrecher. I. S. 48.
 15) Raepsaet analyse histor. et crit. de l'origine des Belges. v. p. 119. 184.
 16) Daher erklärt es sich, wie in Frankreich, wenn eine Seigneur Seigneur wechselte, sie auch oft eine andere Coutume erhielt. Dreuß f. recueil des historiens de France. vol. XI. p. 229
 17) Eichhorn Rechtsgef. Wormsches Dienstrecht in Schaanat / scop. Worm. Cod. prob. nr. 51. Kölnisches in Rindlinger Beiträge. II. S. 68. Tellenburgisches in Ludewig rel. MS

Ministerialen und Vasallen zu ihren Herren. Die frühe Sitte, daß die Schöffen eines Orts bei den Schöffen des Hauptorts einer Gegend ¹⁸⁾ oder bei denjenigen, deren Recht anderen Städten übertragen wurde ¹⁹⁾, oder bei einem berühmt gewordenen Gerichte ²⁰⁾ in zweifelhaften Fällen Rechtsbelehrungen einholten, und später den Rechtzug den beschwerten Partheien an ein solches Gericht gestatteten, bewirkte ²¹⁾, daß die Schöffenstühle, an welche man sich

- Bambergisches in Eccard. corp. hist. med. aev. tom. II. p. 102. Goldast const. imp. tom. III. p. 230. Magdeburgisches in Menken script. rer. germ. vol. III. p. 159. Gaupp das alte Magdeburg. Recht. S. 353. Corveisches in Treuers Geschlechtsregister deren von Münchhausen. Anhang S. 6. Hildesheimisches in Bruns Beitr. nr. V. S. 160. Hennegausches Dienst. in den archives du Nord de la France et du midi de la Belgique. II. pag. 192. Barnkönig Rechtsgesch. von Glanbern. I. S. 385. v. Fürth die Ministerialen. Köln, 1836.
- 18) Rechte von Waes von 1241 in Barnkönig flandrische Rechtsgesch. II. 2te Abthl. nr. 220.
- 19) J. B. bei Lübek. s. Michelsen der ehemalige Oberhof zu Lübek und seine Rechtsprüche. Altona, 1839. S. 11. Thomas der Oberhof von Frankfurt. S. 57.
- 20) J. B. bei Magdeburg, Frankfurt. s. Thomas der Oberhof von Frankfurt. S. 53.
- 21) Eichhorn R. S. §. 258. Dreyer Beitr. zur Lit. und Kenntniß d. deutschen Rechts. S. 13. Gruben disc. p. 758. Harprecht de curiis superior. in Germ. Tub. 1732. v. Ludewig Erl. der goldenen Bulle. I. Thl. S. 547. Dreyer Einleit. in die Lübek. Verordn. S. 272. Bodmann Rheingau. Alterth. S. 662. Bondam de provocat. plerarumque urbium gelric. ad tribunal. Zutphan. Ultraj. 1778. Kopp heff. Gerichts. I. S. 341. Falk Encyclop. S. 212.; vom Frankfurter Oberhof Orth Ann. IV. Fortf. S. 212. Kirchner Gesch. von Frankf. I. S. 489.; besonders Thomas in Richards Wetteravia. I. S. 270. Der Oberhof zu Frankfurt. Ein Nachlaß von Thomas, herausgeg. v. Euler. Frankf. 1841. Vom Oberhof in Aachen s. Urk. von 1356. in König Reichsarchiv pars special. cont. IV. Thl. I. S. 1443.; vom Lübingen Oberhof Senkenberg selecta. II. nr. 4.; v. d. Görlicher, Schott in Worr. zur Samml. der Stadtr. I. S. IX.; von dem zu Dohna, Roessig de scabin. Dohn. in observ. feud. sax. nr. I., s. noch Haltaus gloss. p. 240. u. Schöttgen u. Kreißig dipl. Nachlese. VIII. Thl. S. 642. Anton dipl. Beitr. zu d. deutschen Geschichte u. Rechte. S. 243.; von dem Leipziger, Weisses ill. scab. Lips. orig. Lips. 1817.; von Brandenburg, Hymen Beitr. zur juristischen Literatur. 1r Thl. S. 213. und gut Heydemann die Elemente der Joachim'schen Constitution. Berlin, 1841. S. 403. Von dem Berh. des kölnischen Oberhofs zu der Stadt Freiburg s. Schreiber älteste Verfassung von Freiburg. S. 7. Schreiber fortgef. Beiträge zur Gesch. von Freiburg. S. 31. vorzüglich v. Oberhof in Lübek: das Werk von Michelsen (oben not. 19.). Sammlungen solcher Urtheile in Delrichs Samml. alter und neuer Gesetze der Reichsst. Bremen. S. 161. 839—43. Anderson Hamburgisches Privatrecht. I. Thl. S. 10. Eminghaus memorabil. Susatens. p. 137. Göslarsche bei Bruns Beitr. S. 178. Magdeburgische in Bopfen allgem. histor. Magaz. 26 Stüd. S. 137. Anton dipl. Beitr. zu Deutschl. Gesch. u. R. S. 223. Walch Beitr. zu d. deutschen R. VIII. Thl. S. 257. Schöppenurtheile für Brieg und Breslau in Böhme's diplom. Beitr. zur Unterf. der schles. Rechte. VI. Thl. S. 90—157. Fürcher Urtheile

wendete, als Oberhöfe ²²⁾ wichtig wurden, deren Aussprüche großes Ansehen genossen und vorzüglich zur Kenntniß des damaligen Rechts ²³⁾ dienen.

§. 8. [§. 6.]. Rechtsbücher des Mittelalters, insbesondere Sachsenspiegel.

Veranlaßt durch die Umwandlung der politischen Verhältnisse, durch die Mischung der Rechte, die Vermehrung der Gewohnheitsrechte entstanden seit dem XIII. Jahrhundert ebenso wie in anderen Ländern Europa's auch in Deutschland als Privatsammlungen zum Bedürfnisse der Schöffen Rechtsbücher, von welchen das älteste der Sachsenspiegel ist. In Bezug auf sein Alter berechneten manche Gründe zur Annahme ²⁴⁾, daß dem jetzt gewöhnlich vorliegenden von Eike von Rep-

* in hister. Zeit. Beitr. zur Historie der Eidgenoss. III. Thl. S. 9—142. für St. Gallen, Schaffhausen war Constanz der Oberhof. Muntzschl. Rechtsgeschichte. I. S. 235., von Lübeck in dem angeführten Werke von Wüchelen. Rheinische Urtheile in Bodmanns rheingan. Alterth. S. 510. Herforderischöffenprüche in Meinders de judiciis centenariis. p. 270. auch hinter der Augsburger Ausg. des Sachsenspiegels v. 1517. sind Magdeb. Schöffenprüche. Eine wichtige Sammlung soll die noch in Eisenach vorhandene seyn von Sprüchen des schon am Ende des XII. Jahrhunderts angeesehenen Schöffensitzes von Eisenach, der Oberhof für Thüringen war (Sachs. Handbuch des gem. Sächs. Weimar. Privatrechts. Weimar, 1824. S. 31.). Die Sammlung wurde 1488 veranstaltet. s. Sachs. S. 44., s. aber auch Urloff das Rechtsbuch nach Distinkt. Einl. S. LV. Eben so wichtig scheint die in Dresden befindliche Sammlung von Sprüchen der Leipziger, Dohnaischen u. Magdeburger Schöffen. s. Gottschalk anadecta Codicis Dresdensis, quo jus Magdeburgense ac scabinorum sententiae med. aev. latae continentur. Dresdae, 1824. von Magdeburg. Schöffennurtheilen überhaupt Gaupp das alte Magdeburg. und Hallische Recht. Breslau, 1826. S. 166—206. s. auch Gaupp das schlesische Landrecht. S. 217. 232. und Nießche in der Jenaischen Literaturzeit. 1826. December. nr. 222. Im Süden war Rimpfen ein Oberhof, wohin mehr als 60 schwäbische Orte appellirten. Harprecht de curiis superior. §. V.; auch Speier war Oberhof, Lehmann Speier. Chronik. lib. IV. c. 13. Viel Wichtiges ist noch unbekannt; 3. B. die Sammlung der Schöffensprüche des Oberhofs von Brünn von 1371 bis 1490, in 30 Büchern gesammelt. Neues über die ältesten Municipalrechte Brünns. S. 11. In Frankreich und der franzöf. Schweiz blieb das Einheben von Urtheilen bei einem Oberhof prendre les entreves. s. Matile declarat. des points de Coutume de Neuchatel. 1836. p. XXIV. Matile histoire des institutions judiciaires. p. 61.

22) Von der Natur der Schöffensprüche, Gaupp das alte Magdeburg. R. S. 93. 172. Von dem Verfahren bei Berufungen Wüchelen S. 20.

23) Auch in Gegenden des flachen Landes hatten Oberhöfe besonderes Ansehen. Hier ist besonders der Oberhof von Sandwell merkwürdig. s. v. Kämpf statutar. R. der preuß. Mon. II. S. 623.

1) Weiske Abh. aus dem deutschen Rechte. nr. 2. und Weiske in Revischer Zeitschrift für deutsches Recht. I. Bd. 16 H. S. 51. und Jöchl Rechtsgesch. §. 78. 2te Abthl. S. 76. Schauman Gesch. des niederräth. Volks. S. 527.

gow²⁾ bearbeiteten³⁾ Texte eine andere Sammlung⁴⁾ vorausging⁵⁾. Daß das in oberdeutschlicher Sprache geschriebene⁶⁾ Rechtsbuch ursprünglich lateinisch abgefaßt wurde, wird durch die in einigen MS. der Vorrede⁷⁾ vorkommenden Worte nicht genügend dargethan⁸⁾. Eine vollständige Darstellung aller Rechte der zum sächsischen Stamme gerechneten Völker, z. B. auch der Holsteiner zu liefern⁹⁾, lag nicht im Plane des Sammlers, und die auf die Verschiedenheit des sächsischen und schwäbischen Rechts sich beziehenden Stellen¹⁰⁾ gehen zunächst auf die in Sachsen befindliche Kolonie der Schwaben¹¹⁾. Wenn auch die Existenz einer vom Papst ausgegangenen Verdam- mungsbulle dieses Rechtsbuchs sich nicht erweisen läßt¹²⁾, so ist doch eine in Ansehung einiger Artikel (articuli reprobati)¹³⁾ aus- gesprochenen Mißbilligung des Papsts richtig, und hat selbst prak-

- 2) Kommt als Anhaltischer Vasall 1215 vor. Spangenberg Beiträge zu den deutschen Rechten. S. 11. Ropp Bilder. I. Thl. S. 143.
- 3) Hoyer v. Balthenstein, auf dessen Rath die Sammlung entstanden sein soll, kommt 1215 zuerst in Urk. bei Bedmann Anhalt. Gesch. III. S. 312. vor. f. Ropp Bilder und Schriften. I. S. 139.
- 4) Der Quedlinburger Eoder enthält schon einige wichtige in der spätern Sammlung vorkommende Stellen nicht. Vorzüglich ist die Stelle im Sachsensp. I. 3. wichtig, verglichen mit c. 8. X. de consanguin. Erst 1215 wurde die in der letzten Stelle vorkommende Erlaubniß zur Ehe im 5ten Grade der Verwandtschaft gegeben. Der Quedlinburger Eoder enthält jene Stelle nicht. Die Zusammenstimmung mancher Stellen des Sachsensp. mit Burchardi episc. Wormat. statuta famil. St. Petri. v. 1024 weist nach Weiske in der Zeitschrift. S. 56.
- 5) f. jedoch Reyscher in der Vorrede zur Ausgabe des Schwabenspiegels von Läßberg. S. XXVI. und Phillips Privatr. I. S. 71.
- 6) Ropp Bilder. S. 143. Gaupp das alte Magdeburg. Recht. S. 67. f. jedoch Gruppen in Spangenberg. S. 11. 12. Homeyer in Berliner Jahrbüchern. 1827. S. 1351.
- 7) Im Sörliger Eoder (Gaupp das alte Magdeburg. Recht. S. 102.) steht: do ers in latin hatte gebrocht. f. noch Falk Handbuch des schlesw. Rechts. I. Bd. S. 401.
- 8) Spangenberg Beitr. S. 19. f. aber Phillips l. c. S. 73.
- 9) Sachsenspiegel. III. 64. Westphalen. monum. ined. tom. III. praef. p. 35. Seeßtern Pauly die Neumünsterischen Kirchspielsgebräuche und Nordesholmschen Amtsgebräuche. Schleswig, 1824. S. 5. f. jedoch andere Meinung in Falk Handbuch I. S. 405. f. über Ansicht des Sammlers überh. Gaupp Thüringerrecht. S. 258.
- 10) Sachsenspiegel I. 17. §. 2. I. 18. §. 1. I. §. 19. I. 29. II. 12. §. 12.
- 11) Gruppen orig. German. II. obs. 5. Ropp Bilder und Schriften. I. S. 135. Eybow Erbrecht des Sachsensp. S. 24. Gaupp das Thüringerrecht. S. 34. Wilsa in Zeitschrift für deutsches Recht. I. S. 84. f. jedoch auch Maurenbrecher. I. S. 154. not. 5.
- 12) Verschied. Meinungen in Schott jurist. Wochenblatt, 1773. nr. 21. Kind de articulis reprobatis spec. sax. Lips. 1761. Heineccii antiq. germ. I. p. 409. Spangenberg Beitr. S. 94.
- 13) Verzeichniß der Artikel in Gärtners Ausg. des Sachsensp. S. 527.

tischen Einfluß gehabt ¹⁴). Dies später vielfach glossirte Rechtsbuch ¹⁵) erhielt bald ausgedehntes Ansehen ¹⁶) im nördlichen Deutschland ¹⁷), ging oft wörtlich in die Sammlungen der Rechtsbelehrungen ¹⁸) und Stadtrechte ¹⁹) über, und veranlaßte wieder die Entstehung anderer Rechtsbücher ²⁰).

- 14) Sächs. Oberhofgerichts-Ordn. v. 1493, auch Sächs. Handb. S. 43.
- 15) Bodei die Glossen aus XIV. Jahrh. von Joh. v. Buch und die neuern aus XV. u. XVI. Jahrh. wohl zu trennen sind. Spangenberg S. 29, 36.
- 16) Eine Darstellung des Rechts im Sächsensp. s. v. Weiske Grundf. des deutschen Privatr. nach d. Sächsensp. Leipzig, 1826.
- 17) Kind de specul. sax. usu et auct. Lips. 1783. Meister über Aufnahme und fortd. Gültigkeit d. Sachsenrechts in Schlesien. Breslau, 1808. und wichtige Stellen gesammelt in Ortloff deutsches Privatrecht. S. 17. Keine Spur führt darauf, daß in Süddeutschland der Sächsensp. galt.
- 18) J. B. in der Magdeburgischen nach Schlesien gesendeten. Gaupp das alte Magdeburgische Recht. S. 107.
- 19) Am wichtigsten ist hier ein Herforder Stadtr. mit überall eingeschaltetem und paraphrasirten Sächsenspiegel in Wigand Archiv. II. Bd. 16 Hft. S. 14.
- 20) s. über Sächsenspiegel überhaupt: über die Quellen des Sächsenspiegels, Schott Samml. I. S. 17. Lackmann an unquam specul. saxon. extiterit speculo Ephron. antiquior. Kil. 1747.; überhaupt Biener Com. P. II. pag. 270. Senkenberg vision. pag. 46. 66. Eichhorn S. 279—81. Ropp Bilder und Schriften der Vorzeit. S. 134. Spangenberg Beitr. zu den deutschen Rechten d. Mittelalters, vorzüglich zur Kunde der altgerman. Rechtsbücher. Halle, 1822.; von den Handschriften des Sächsenspiegels, Dreyer Beitr. zur Literatur und Geschichte. S. 146—70. Bruns Beitr. S. 124. Böhme Beitr. zur Unterf. schles. R. II. Bd. 2r Thl. S. 1., vorzüglich Spangenberg l. c. S. 8—15. und Riebsche in der Hallischen Lit. Zeit. 1827. December. nr. 294—97. und Homeyer in Borr. zu seiner Ausgabe des Sächsensp. S. XIII.; von dem Sörliger MS. s. Gaupp in der Vorrede zu seinem Grundriß der Geschichte des Reichs. S. XV. und Erpp in Hudtwalcker criminal. Beitr. II. Bd. S. 63. s. noch Nachrichten von MS. in Spangenberg neues vaterländ. Archiv. 1825. 16 Hft. S. 165 u. 215. Homeyer Verzeichniß deutscher Rechtsbücher des Mittelalters und ihrer Handschriften. Berl. 1836. S. 2. Von merkwürd. Oldenburg. MS. s. Kunde in den patriot. Phantasieen. (Oldenb. 1836.) S. 209.; von gedruckten Ausgaben, Spangenberg S. 16—18. und Riebsche in der Hallischen Lit. Zeit. l. c. nr. 296. Die ältesten sind Gouda, 1472.; Basel, 1474.; Augsburg, 1481. Ausgaben zum gewöhnlichen Gebrauche, von Ludovici, Halle, 1740.; von Gärtner, Leipz. 1732.; von Reßbach, Jen. 1764., und die neueste von Homeyer, der Sächsenspiegel. Berlin, 1827.; von Pohlischen Ausgaben s. Böhme diplomatische Beitr. zur schles. Gesch. II. Bd. S. 29—31.; von den Bilder-Codicibus von Heidelberg, Oldenburg, Wolfenbüttel, Dresden, s. Jariche in Büsching Zeitschr. der Deutschen Leben, Kunst und Wissen. (Breslau, 1819.) II. Bd. S. 1. Gruppen Alterthümer zur Erl. der sächs. und schwäb. Landr. Hannov. 1746. Ropp Bilder und Schriften der Vorzeit. Mannh. 1819. I. Bd. nr. II. Bd. nr. I. Deutsche Denkmäler, herausgegeben v. Batt, Babo, Wone, Weber. Heidelb. 1820. Spangenberg Beitr. S. 162. Auch besaß (nach Spangenberg Beitr. zur Kunde der deutschen Rechtsalterthümer S. 26) Dreyer einen Dortmunder Bilder-Codex; von latein. Uebersetzungen (wovon schon eine im 14ten Jahrhundert vorhanden) Spangenberg S. 19. Das in Antwerpen 1500 unter dem Titel: Spiegel van Sassen van allen Keyserlichen Rechten, erschienene Werk ist schon eine Umarbeitung des Sächsenspiegels.

§. 9. [§. 7.] Schwabenspiegel. Kaiserrecht.

Eine mit dem Sachsenspiegel vielfach zusammenstimmende¹⁾, aber selbstständig bearbeitete Sammlung²⁾ entstand im Süden Deutschlands, das zum Gebrauche der südlichen Gegenden bestimmte³⁾, mit neuerem Rechte und mit einiger Kenntniß des römischen und kanonischen Rechts im XIII. Jahrhundert⁴⁾ bearbeitete kaiserliche Landrecht, später⁵⁾ Schwabenspiegel genannt. Den verschiedenen, in Anordnung und Umfang zwar abweichenden⁶⁾, aber im Wesentlichen übereinstimmenden Handschriften liegt gewiß eine eigenthümliche, selbstständig bearbeitete Sammlung zum Grunde⁷⁾, die nur wieder Umarbeitungen veranlaßte⁸⁾, bei welchen jeder Bearbeiter⁹⁾ auf Eigenthümlichkeiten und Bedürfniß seiner Gegend Rücksicht nahm¹⁰⁾.

- 1) Eine genaue Vergleichung des Schwabensp. mit Sachsensp. und anderen Rechtsbüchern s. in der Ausgabe: der Schwabenspiegel von Fr. v. Löffberg, herausgegeben von Heyßner. Tübing. 1840. S. 225 K.
- 2) Dies wird jetzt immer mehr eingesehen: Finsler in Hall's Eranieen zum deutschen Rechte. 26 Hft. nr. 5. Heyßner Vorrede zur Löffberg'schen Ausgabe. S. XXII. Wilsa in der Zeitschrift für deutsches R. I. S. 85. Phillips Privatr. I. S. 83. Maurenbrecher. I. S. 133.
- 3) Dies ergibt sich aus den Gegenden, in denen er galt und aus Hervorheben der Schwaben im Rechtsbuch z. B. Art. 32 (in Löffberg's Ausgabe).
- 4) Ueber Alter. Heyßner Vorrede. S. XVIII—XXII. Nach der Mitte des XIII. Jahrh. entstand er wohl nicht.
- 5) Jedoch schon vor Goldast Spiegel genannt. Spangenberg S. 89. Die älteste gedruckte Ausgabe (Spangenberg S. 145.), ohne Druckort und Jahrzahl, enthält die Worte: Spiegel des kaiserlichen und gemeinen Landrechts.
- 6) Gonne de comment. specul. suevic. nec non jur. suév. Erlang. 1753. hat daher behauptet, daß es so viele verschiedene Schwabenspiegel gebe, als Handschriften existiren. s. auch Eichhorn Rechtsgesch. II. §. 282. Gegen ihn mit Recht Heyßner Borr. S. XXIV.
- 7) Heyßner Borr. S. XXIII.
- 8) Finsler in den Eranieen I. c. S. 21—38. und Gaupp das schles. Landr. S. 286. Gaupp Miscellen S. 40. und Weiße Einleitung in d. deutsche Privatrecht. 2te Aufl. S. 39.
- 9) Merkwürdig ist, daß das Eulmische Recht an vielen Stellen mit dem Schwabensp. zusammenstimmt. s. Schweithard über die ost- und westpreuß. Rechte. S. 28.
- 10) Vom Schwabenspiegel überhaupt Heineccii antiq. I. p. 471. Biener Com. I. p. 288. Ayrer de aetate spec. suév. Gott. 1742. Lambacher de aetate. Vienn. 1739. Lahr in praef. ad Senkenb. Corp. Jur. Germ. tom. II. Eichhorn §. 282.; von Handschriften Senkenberg vision. p. 74. Spangenberg Beitr. S. 77.; von Handschriften des Schw., in IV Bücher abgetheilt, ist merkwürdig die Heidelberger und eine Breslauische. s. Gaupp schles. Landr. S. 286. s. noch von MS. in Oldenburg Kunde in den patriot. Phantasmen. S. 221.; von MS. in Freiburg Amann de codic. MS. qui Friburg. servantur ad jurispr. spectant. Frib. 1836.; von den MS. s. noch Löffberg'sche Ausgabe. S. XXIX. (dort werden 197 angeführt); von gedruckten Ausgaben, die Sorg'schen. Augsb. 1480., auch wichtig Straßburger 1607.

Eine ähnliche Sammlung, deren Gültigkeit in den Ländern, wo die Lex Francorum zuvor galt, nachzuweisen ist, war das Kaiserrecht¹¹⁾, in seiner Anordnung vom Sachsenspiegel abweichend, als selbststän-

(Spangenberg S. 85.); gewöhnliche Ausg. f. in Schilter Thesaur. ant. tent. tom. II., in Berger Collat. codic. jur. Aleman. prov. Lips. 1726., und schon frühere von Reichener kaiserl. königl. Land- und Lehenrecht. Frankfurt. 1566—76. Goldast in den Reichstagsakten, pag. 31. Schannat Samml. allerh. histor. Schriften. I. Thl. S. 163. Lahr'sche Ausg. in Senkenberg Corp. juris germ. tom. II. v. Freiberg Sammlung hist. Schriften. IV. Bd. 33 Hft. S. 505. Der Schwabenspiegel oder schwab. Landrecht v. J. v. Laßberg mit Vorrede von Reyscher. Tübingen, 1840. Der Schwabenspiegel in der ältesten Gestalt herausgeg. von Wackernagel. Zürich, 1840.; von einem franöz. Schwabenspiegel (in Bern), v. Löw in der Zeitschrift für deutsches Recht. I. Bd. S. 158.; von der Gültigkeit des Schwabenspiegels im Mittelalter, von Eljaß: Hermann notices sur la ville de Strassbourg. tom. II. p. 24. 51.; von Baiern: Pfeffel über den ehemaligen rechtlichen Gebrauch des Schwabensp. in Baiern. München, 1764. Krenner über den churfürstl. Reichsvischatsprengel. S. 32. 33. Krenner über gemischte und folg. Weiberritterlehen. S. 21. Lori de orig. et progr. jur. boici. p. 49—52. Rudhart Abriss. S. 42. Auch das Stadtrecht von München. München, 1840. S. XXXVI. (mehrere Stellen dieses alten Stadtrechts stimmen mit dem Schwabensp. überein); über Gültigkeit in Württemberg, Gerstlacher Samml. I. S. 32. 33. Reyscher das gesammte württemberg. Privatrecht. Tüb. 1836 I. Thl. S. 11. 13.; von den Rheingegenden: Bodmann rheing. Alterth. S. 504.; von Hessen: Kopp hess. Gerichtsverf. S. 43.; von Oesterreich: Rauch script. rer. austr. tom. III. praef.; Reise der Gültigkeit in Böhmen, f. Gaupp in Streitschles. Provinzialblättern. 1827. Stück XI. S. 338.; von Frankfurt: Orth Ann. IV. Forts. S. 25.; von der Gültigkeit in der Schweiz, Frey Quellen des Basler Stadtr. S. 174. Nach Bluntschli Rechtsgech. I. S. 232. wird im Rechte von Winterthur v. 1297 auf den Schwabensp. gedeutet.

- 11) Gesammelt am Ende des XIII. Jahrh. über Alter und Charakter: Senkenberg vision. p. 25. Senkenberg in praef. ad corp. jur. german. P. I. Grupos obs. rer. et ant. nr. 30. Rudolph de veter. legum collect. Erlang. 1759. Schott unpartheische Kritik. I. Bd. S. 9. 10. Stück. II. Bd. 12. 13. 19. 20. St. Schroter verm. Abhandl. I. Bd. nr. 1. Kopp hess. Gerichtsverf. I. Thl. S. 24. Eichhorn S. 283.; gedruckte Ausg. in Senkenberg corp. jur. germ. P. I.; viel besser in der Ausgabe von Bondam, dessen gelehrter Commentar bis zu Buch II. cap. 100. (Utrecht, 1777.) gedruckt, aber noch nicht in den Buchhandel gekommen; von der Gültigkeit, in Hessen: Kopp Gerichtsverf. S. 24.; in Frankfurt: Kirchner Geschichte. I. Thl. S. 208.; in Nassau: Arnoldi Gesch. der nassauischen Länder. I. Thl. S. 250.; in Friesland: Wicht Borr. zum ostfries. Landrechte. S. 87. 94. Wiarda Borr. zum Hesegebuch. S. LII. f. jedoch dagegen Birnbaum in der Zeitschrift für ausländische Rechtswissenschaft. I. S. 154. III. S. 50.; in Holland u. Belgien: Mark inst. jur. civil. p. 96. Arntzenii instit. jur. belgici. p. 29. Eine wichtige Notiz ist es, daß nach Möser Danabrief. Geschichte III. Thl. S. 143 das Elmenhorsterechrecht oft wörtlich mit Kaiserrecht übereinstimmt. Von einem in die Zeit Karls IV. gehörigen MS. des Kaiserrechts in Innsbruck, Rapp in Zeitschrift für Tyrol. V. S. 30.; von einem MS. in der Bibliothek in Haag, Birnbaum im Archiv des Crim. XII. S. 399. f. noch Kraut de Codic. Luneburg. p. 18. Maurenbrecher. I. S. 134.

bige Sammlung bearbeitet, neueres Recht aufnehmend, überall aber mit Rücksicht auf besondere Gewohnheiten der fränkischen Länder bearbeitet ¹²⁾, nur muß bemerkt werden, daß Kaiserrecht ebenso im Mittelalter das gesammte Reichsrecht ¹³⁾, den Schwabenspiegel ¹⁴⁾ oder das römische Recht ¹⁵⁾ bezeichnet.

§. 10. [§. 8.] Spätere Nachbildungen der Rechtsbücher.

Wichtig für die Ergänzung der Rechtsbücher und für die Kenntniß ihrer Fortbildung erschienen mehrere Nachbildungen und Umarbeitungen; dahin gehört 1) der Richtsteig ¹⁾ als Darstellung des gerichtlichen Verfahrens, jedoch auch bedeutend wegen des Zusammenhanges mit privatrechtlichen Lehren; 2) die unter den Namen Cautelen und Prenus bekannten Rechtsbücher ²⁾; 3) die Blumme des Sachsenspiegels ³⁾; 4) Bearbeitungen des Sachsenspiegels oder Schwabenspiegels in Verbindung mit Stadtgewohnheiten ⁴⁾; 5) das

12) Auch ein bei Thomas Syst. fuld. Rechte. I. S. 7 — 10 angeführtes Rechtsbuch ist nach Orloff Privatr. S. 21 nur das Kaiserrecht. Weiske in Elverß jurist. Zeitung. 1830. nr. 39. 40.

13) Haltaus glossar. p. 1075. Freiberg über den hist. Gang der baier. Landesgesetzgebung. 1834. S. 9.

14) Dies ist der Fall bei einem Münchner plattdeutsch geschriebenen Eoder, s. mein Lehrbuch des d. Privatr. S. 66.; auch im Krafftschen Eoder, Spangenberg S. 79.; auch Senkenberg vision. p. 27.; auch im Heidelberger Eoder, wo Sachsensp. und Schwabensp. zusammengeschrieben sind, heißt der letzte Kaiserrecht. Ueber den Grund des Ausdrucks Kaiserr. Orloff Privatr. S. 15. Wichtig über Kaiserrecht in der Bedeutung, wo es den Sachsen- oder Schwabenspiegel bezeichnen soll. Rämmerer Beitr. zum gemeinen u. Mecklenburg. Lehenrechte: über Mantelkinder. Rostk, 1836. S. 31. 32.

15) Groninger Verhandelingen van Genootschap pro excol. jur. patr. tom. II. p. 433—35. Von verschiedenen Bedeutungen vom Kaiserr. viel Birnbaum in der Zeitschr. III. S. 50. und im Archiv des Crim. XII. S. 394—99.

1) Gesammelt im XIV. Jahrhundert von Joh. v. Buch — als Scheweslob (Schöppenglosse). Bruns Beitr. zu den deutschen Rechten. S. 138. Spangenberg Beitr. S. 66. Heineccii antiq. I. p. 468. Biener Comment. P. II. p. 311. Senkenberg vision. cap. IV. §. 25. Dreyer Beitr. zur Literat. S. 118. v. Rampus Literat. des mähr. Rechts. S. 218. Hymen Beitr. zur jurist. Literatur. I. Bd. S. 177. Abgedruckt ist der Richtsteig im Anhang von Ludovici Einl. zum Lehensprojeß. Halle, 1752.; und in Senkenberg corp. jur. german. I. p. 125.

2) Bruns Beitr. zu den deutschen R. S. 129. Spangenberg Beitr. S. 70.

3) Gaupp das schlesische Landrecht. S. 296.

4) Hier ist besonders wichtig das Herforder Stadtr. mit Sachsensp. bearbeitet, abgedr. in Wigand Archiv für Geschichte. II. Bd. 16 Hft. S. 14 u. Auch das in Constanz befindliche MS. (Lafberg Ausg. des Schwabenspiegels. S. L.) ist eine Uebersetzung des Schwabensp.

Rigische Ritterrecht ⁵⁾: 6) das von einem bayerischen Fürsprecher, Ruprecht von Freisingen, bearbeitete Rechtsbuch ⁶⁾; 7) sächsische Distinktionen ⁷⁾, in welche Klasse die von Böllmann ⁸⁾ herausgegebenen, das sogenannte Buch der Ausscheidung ⁹⁾ und das Eifenachische Rechtsbuch ^{9a)} und das von Böhme edirte ¹⁰⁾, als vermehrter Sachsenspiegel bekannte, mit Unrecht als schlesisches Landrecht betrachtete ¹¹⁾ Rechtsbuch gehört. 8) Das wahre schlesische Landrecht ¹²⁾ von 1356, eigentlich für das Fürstenthum Breslau bearbeitet. 9) Wichtig zur Kenntniß der Fortbildung des Sachsenspiegels ist besonders noch das Culmische Recht ¹³⁾.

- 5) Delrichs dat rigische Recht. Bremen, 1773. v. Bunge über den Sachsenspiegel, als Quelle des mittlern livl. Ritterrechts. Riga, 1827. Bunge Beitr. zur Kunde der livländ. Rechtsquellen. Riga, 1832. S. 89 u. v. Helmersen Gesch. des livländ. Adelsrechts. Dorpat, 1836. S. 13. 89.
- 6) Gesammelt nach MS. 1332. s. aber auch Maurer das Stadt- und Landrecht. S. LVI., abgedruckt in Westenrieder Beitr. zur vaterländ. Historie, Geographie, in Band VII. s. noch Westenrieder über d. Rechtsbuch Ruprechts. München, 1802. v. Maurer das Stadt- und das Landrechtsbuch v. Ruprecht von Freisingen. Stuttgart, 1839. Durch Maurer ist hergestellt, daß ursprünglich zweierlei Rechtsbücher gesammelt waren, nämlich ein Landrechtsbuch (der Schwabenspiegel in der Gestalt, wie er im Bisthum Freising durch Praxis sich ausbildete) und ein für Freising gesammeltes Stadtrecht (s. auch in v. Freiberg Samml. histor. Schriften und Urk. V. S. 159 u.), worauf später beide Bücher zu einem Ganzen vereinigt wurden. Dies Rechtsbuch Ruprechts stimmt vielfach zusammen mit dem baier. Rechtsbuch von R. Ludwig und dem Münchner Stadtrecht. f. Auer das Stadtr. von München. München, 1840. S. XIII und S. XXXVI.
- 7) Gaupp das schles. Landr. S. 32. S. 292. Schweifart in v. Rammß Jahrbüchern. Heft 51. S. 30—35.
- 8) Unter dem Titel: die IX Bücher des Magdeburg. oder sächsischen Rechten, welche zuvor nie in Druck ausgegangen. Magdeburg, 1577. Ortloff das Rechtsbuch nach Distinktionen. Einl. S. XLV.
- 9) Abgedr. theilweise in Longolius Vorrath allerlei brauchbarer Nachrichten. Schwabach, 1756. I. Buch. S. 62—99. II. S. 62. IV. S. 92. V. S. 133. VI. S. 28—51. s. noch Senkenberg Ged. vom lebhaftesten Gebrauch des alten d. Rechts. S. 235. Derselbe in vision. cap. IV. S. 152. Luhn in den Schriften der deutschen Gesellschaft zu Jena. S. 119. Gaupp schles. Landr. S. 28., vorzüglich Ortloff das Rechtsbuch nach Distinktionen. Jena, 1836.
- 9a) Aus XV. Jahrhundert; abgedr. in Ortloff das Rechtsbuch nach Distinktionen. S. 627 und Einleit. S. LII. Davon ist wieder verschieden das Purgoldische Rechtsbuch. s. Ortloff S. LV.
- 10) In Böhme's diplomat. Beitr. zum schles. Rechte und Geschichte. I. Bd. 4r Thl. nr. I. S. 1—104. V. S. 1—61. II. Bd. S. 16—61.
- 11) Klose neue literar. Unterhaltungen. 26 Stück. 1774. S. 67—93. Nießsche in der allgem. Lit. Zeit. 1827. Dezember. nr. 7.; vorzüglich Gaupp das schlesische Landr. S. 1—45.
- 12) Dies ist noch ungedruckt; s. die besten Nachrichten in Gaupp das schles. Landr. S. 48—201.
- 13) Davon unten bei Darstellung der preuß. Rechte. — In die Klasse solcher Umarbeitungen der Rechtsbücher gehören noch: 1) eine Umarbeitung des

§. 11. [§. 9.] Stadtrechte.

Früh schon fehlte es nicht an Ursachen, durch welche in den allmählig aufblühenden Städten ein von dem gemeinen Rechte abweichendes Recht, feinere Rechtsbegriffe und neue Rechtsinstitute sich ausbilden konnten ¹⁾, so daß das Bedürfnis der Sammlung ^{1a)} von Stadtrechten ²⁾, die von den Landrechtsbüchern abwichen, fühlbar wurde. Diese Stadtrechte ³⁾ wurden auf einen schon ausgebildeten Rechtszustand gebaut, und gingen hervor theils aus dem gemeinen Rechte des Landes, das durch städtische Bedürfnisse und Verhältnisse eigenthümlich modificirt wurde, theils aus den einzelnen Privilegien der Kaiser oder der Landes- oder Schutzherrn ⁴⁾, theils aus der Gerichtspraxis und den Schöffensprüchen ⁵⁾, theils aus Verträgen zwischen Rath und Bürgerschaft, theils aus Beschlüssen der Gemeindeobrigkeit, theils aus Weisthümern über die Rechte des Schutzherrn und der Stadt. Die Sammlungen derselben wurden durch das Bedürfnis der Bestätigung, oder durch die Gesuche fremder Städte, welche nach dem Muster einer berühmten Stadt Privilegien erhielten,

Schwabenspiegels in Spangenberg Beitr. S. 216. 2) Emerichs Frankenberg. Gewohnheiten in Schminke monum. hass. P. II. p. 726. 3) Alsfelder Gewohnheiten in den Beilagen zu Senkenberg Gedanken vom Gebrauch des uralten deutschen Rechts. S. 232. Eine merkw. Rechtsammlung, die in Flandern galt, ist die (unten bei der Literatur des französischen Rechts anzuführende) Somme rural von Bouteiller. Barnkönig flandrische Rechtsgesch. I. S. 399.

1) Phillips Privatr. I. Thl. S. 91. Auer Stadtrecht v. München. S. XV.

1a) Es ist nicht zu bezweifeln, daß die frühe Ausbildung der italienischen Stadtrechte, worin schon röm. und germanisches Recht verbunden wurden (Forti libri due delle istituzioni civili. Firenze, 1841. I. p. 299.), großen Einfluß auf die Statute der großen handeltreibenden deutschen Städte hatte.

2) Von Entstehung und Charakter s. Eichhorn S. 263. 284. Weiße Einl. S. 30. Meinen Aufsatz in v. Savigny Zeitschrift für geschichtl. R. W. II. Thl. S. 325. Forchhammer im staatsbürgerl. Magazin, herausgeg. von Carstens und Falk. III. Bd. nr. 23. und Haupp über deutsche Städtegründung. S. 81. 87. Donandt Gesch. des Bremischen Stadtr. II. S. 11. 40. Barnkönig flandrische Rechtsgesch. I. S. 387. 93.

3) Verschiedene Namen: Justitia, Willkure, Richtebrief, Ordesboch, Freiheit, Rechtsbuch, Stadtbuch, Burspreke; in den Niederlanden: chora, keure.

4) Auch bei diesen war häufig das im Privilegium anerkannte Recht schon lange in der Stadt hergebracht, oder von früheren Fürsten ertheilt, und wurde nur gesammelt oder wieder anerkannt.

5) Bei dem Augsburger Recht bezeugt das Privilegium von 1276 selbst, daß das Stadtr. entstanden sey ex sententiis definitivis seu judicialiter latis in unum collectis. s. Lünig Reichsarchiv pars spec. cont. IV. P. II. p. 89.

oder ihren Appellationszug an den Oberhof hatten, veranlaßt 6). Als Grundlagen und Mutterrechte für das Recht anderer Städte dürfen die Rechte von Freiburg 7), Straßburg 8), Magdeburg 9), Coesf 10), Köln 11), Lübeck 12), Hamburg 13), Rülthen 14),

6) Eichhorn Einleit. in das deutsche Privatrecht. S. 19. Michelsen (der ehemalige Oberhof zu Lübeck. S. 47 10.) giebt das Verzeichniß der mit Lübischem Rechte bewidmeten Städte.

7) V. 1120. Abgedr. im Anhang zur Königshevenischen Chronik in der Ausg. v. Schilter. S. 12., bei Schönow jur. Bibl. III. Thl. S. 60. und Schoepflin hist. zaring. badens. tom. V. p. 25.; auch abgedruckt bei Gaupp über deutsche Städtegründung im Anh. S. 388. f. noch Dreuer Beitr. zur Liter. u. Gesch. S. 20. Daraus ging hervor die Bernische Handfeste von 1218, abgedr. in Schnell Handbuch des Civilrechts. (Bern, 1811.) S. 529, und über Verbreitung in der Schweiz f. Henke in v. Savigny's Zeitschr. III. Bd. nr. 6. Schreiber Urkundenbuch der Stadt Freiburg. Freib. 1828. IV Bde.; dort I. Bd. S. 74 ältester Entwurf der Stadt. in deutscher Sprache Schreiber die älteste Verfassungsurkunde der Stadt Freiburg. 1833.

8) Das älteste Stadtrecht gehört ins Ende des 11ten Jahrhunderts, abgedr. bei Schilter Ausg. v. Königshevens Chronik. S. 700. Nach Grandidier histoire. vol. II. p. 37. (bei welchem S. 43—93 dies alte Stadtrecht aus 118 Art. abgedruckt ist) soll es unter Erzbischof Archimbold im 10ten Jahrh. entstanden seyn; ein zweites soll zwischen 1082—1100, und ein anderes 1245—60 gesammelt sein. f. Grandidier hist. de l'église et des évêques de Strassb. tom. II. diss. 6. p. 46. Eichhorn in Zeitschrift. I. Bd. S. 235. Camb. de ortu et progr. jur. stat. Arg. Arg. 1776. Hermann notices sur la ville de Strassbourg. tom. I. p. 7. II. p. 53. Straßburg hat übrigens noch viele alte ungedruckte Stadtrechte, von denen ich MS. besitze. — Ein Stadtr. von 1270—1283 enthält 137 Kapitel. Die im MS. bis cap. 155 gehenden Kap. stammen aus späteren Jahren bis 1320. Das vollständ. Stadtr. ist von 1322 und enthält 493 Kapitel. Im Zusammenhang damit stand das Recht von Weissenburg, wo ein Oberhof bestand. Sein Statutarrecht ist (noch MS.) unter dem Namen Mundatrecht gesammelt; f. Auszüge in Papelier de mandato Weissenburg. Argent. 1771.

9) Gaupp das alte Magdeburgische u. Hallische Recht. Breslau, 1826. f. unt. not. 16.

10) Die alte latein. Schraaz, vor der Mitte des 12ten Jahrh. abgefaßt, abgedruckt in Haerberlin analect. med. aevi. p. 507. 518, in Eminghaus memorab. Susat. p. 101 u. 120, und mit Commentar in Eminghaus comm. ad jus Susatens. antiquiss. Francof. 1755. Verschieden davon ist die neue, aus 178 Art. bestehende, erst im 13ten Jahrh. gesammelte, in Eminghaus mem. p. 137. und Westphalen mon. ined. tom. IV. p. 3064. und die neueste aus dem 16ten Jahrh. in Eminghaus p. 199. Nachrichten von MS. im Coesfer Archiv in Wigand Archiv für Gesch. u. Alterthumskunde. II. Bd. 26 Hft. S. 156—165. f. noch v. Kampz statut. Rechte der preuß. Men. II. S. 327. Nach v. Kampz S. 330 existirt noch eine Urk. von 1186 (MS.) über Erbsfolge der Ehegatten in Coesf. f. noch Mandes über Coesf. Scholz in Falks staatsbürgerl. Magazin. V. S. 40. f. überhaupt Westphalen mon. in praef. vol. IV. p. 131. Terlinden im neuen westphäl. Magazin (1790). I. Bd. S. 331. Eine Haupturk. für Coesf ist die von 1177 in Haerberlin analect. p. 222, wo schon von solidis susatensis monetae gesprochen wird. In dem ältesten Statut bei Haerberlin p. 507 kommen noch vor: tria sunt judicia, praepositi, advocati et sculteti; in dem andern Stat.

bei Haecherlin p. 518 heißt es: tria sunt judicia, videlicet domini, archiepiscopi — ac praepositi; che Soest (1180) an Köln. Herrschaft kam, gehörte es schon zur Diöcese Köln. Rechtsbelehrungen von Soest in Wigand Archiv. VII. 16 Hft. S. 57. Ueber das Verhältniß des Soesterrechts zum Lübeker: Nach das alte Lübische Recht. S. 15.

- 11) Ein gesammeltes älteres Statut existirt nicht. Die Urkunde von 1169 (in *Securis ad radicem posita* p. 191) spricht von einem produzierten privilegio, ejus scriptum vix ex nimia vetustate intueri poterat. Freiburg erhielt schon 1120 jura Coloniae und Köln war Oberhof für 72 auswärt. Schöffensühle. s. Elafen erste Gründe der Köln. Schreinspraxis. S. 46. Eine unter den Bürgern verarbeitete Verfassungsurk. (aus d. 12ten Jahrh.) steht abgedr. in Materialien zur geistl. und weltl. Statistik. I. Jahrg. 2r Bd. S. 492. Die politischen Verhältnisse Kölns werden klar aus den Urkunden, welche abgedruckt sind in Apologie des Erzstifts Köln. Bonn, 1666. und in *Securis ad radicem posita*. Bonn, 1687. Für das alte Privatr. finden sich Aufschlüsse in d. alt. Schreinsurkunden, abgedruckt in den Materialien zur geistl. und weltl. Statistik des niederrhein. Kreises. Erlangen, 1781. I. Jahrg. II Band. S. 491. und in Elafen erste Gründe der Köln. Schreinspraxis. Köln, 1782. s. noch Eichhorn in der Zeitschr. I. Br. S. 137. Gesammelt ist erst ein Stadtrecht von 1437, gedruckt 1570—72 unter dem Titel: Statuta und Concordata der freien R. Stadt Köln. Die zuvor angeführte *securis ad radicem posita* ist eigentlich ein Responsum des Spruchkollegiums zu Ingolstadt und sollte bei dem Reichsgerichte eingereicht werden. Bei dem Mangel von Köln. Urkunden werden vorzüglich die das Niederig (suburbium inferius) betreffenden Urkunden wichtig. Eine aus dem Anfang des 12ten Jahrhunderts (abgedr. bei Elafen in den zuvor angeführten Materialien S. 492) beginnt: §. 1. Nec sunt traditiones et leges nobis a patribus nostris et antecessoribus traditae. §. 2. Comes et advocatus noster tria habent placita legalia. §. 5. In his placitis legalibus quilibet civium nostrorum quidquid de hereditate sua tractare habent vel respondere impetenti persolvent. §. 6. In his placitis XII senatores nostre parochie super hereditates nostras jura dicent. §. 7. Omnis vero civium nostrorum quereimoniam facturus de cive suo coram magistris civium et senatoribus et iudicibus nostris eum interpellat. §. 8. Quicumque vero hereditatem aliquam inter nos comparaverit et nobis jura nostra persolverit nostrum est illi succurere et defendere contra quemlibet impetentem. §. 10. Si quandoque magister eligendus est quod quidem fiet legali placito vel si opus fuerit ministro, consensu magistrorum et civium eligantur et si alterutra pars horum magistrorum vel civium electioni non consenserint, irrita sit electio. Werkmüdig ist, daß in allen Urkunden vor 1220 es immer heißt: coram civibus senatoribus, iudicibus magistris. Im Jahre 1227 ging eine Umwandlung vor, die durch das (in Elafen I. c. S. 505) abgedruckte Grundgesetz bestätigt ist. §. 1. Ad declarandum jura et leges, Comitibus, advocati, senatorum, scilicet duodecim scabinorum et officiorum parochie de Niderig statutum est, quod in tribus legalibus placitis — — domus officiorum aperiatur comiti advocato et senatoribus seu scabinis et in antea ipsa domus non aperiatur scabinis ad placitandum nisi sit de voluntate officiorum. §. 2. Quicumque fuerit comes debet esse senator seu scabinus et quicumque erit scabinus seu senator debet esse haeredatus infra parochiam de Niderig. §. 3. Quidquid per ipsos senatores seu optentum determinatum fuit seu coram eis quod vulgariter dicitur *Judincke* hoc ipsi senatores indicabunt et protestabuntur officiatis ut ipsi illud secundum quod optentum in scrinio suo conscribant et conservent prout est consuetum. s. noch vom Kölnischen Rechte v. Kampf Statutar. Rechte. III. S. 588—597.

- 12) Die erste auf die Verfassung sich beziehende Urk. ist die *justitia v.* 1158 in Westphalen mon. tom. III. p. 632. f. Nettelblatt diss. qua de fontib. jur. lubec. conjectur. Gryphisw. 1728. Riccius v. Stadtgef. von 1170. S. 129. Eichhorn R. G. S. 263. not. h. Nach das alte Lübsche Recht. Lübek, 1839. S. 11. Die accession. ad justit. sind abgedruckt in Westphalen III. p. 635. Nach S. 42. Man darf glauben, daß schon 1209 ein gesammeltes Lübek. Stadtr. existierte. Beweise in Dreyer Einl. in d. Lübk. Verordn. S. 224. und (wegen art. 195 des Cod. rei Westphalen III. p. 662) in Falk Handb. I. S. 386. Eigentliche Statuten von 1235, latein. in Westphalen III. p. 619, deutsch 1240, latein. Tondern. Eoder von 1243 in Westphalen p. 620. Drei freilich jüngere Codices, abgedruckt bei Brookes select. obs. in adp. p. 4—24. p. 40—78. p. 79—181. Den Eoder für Danzig 1266, abgedruckt in Dreyer Abhandl. S. 443; Segebergischer Eoder von 1254, deutsch in Cronhelm. Corp. statut. provinc. Holsat. tom. IV., nach Falk Handb. I. S. 387 sollen darin aus dem Hamburg. Stadtrecht Artikel seyn. f. über die latein. Codices Nach S. 20. Der wahrscheinlich älteste Eoder ist abgedr. in Falk's staatsbürgerl. Magazin. IV. Band. I. Hft. S. 72—82. Dort findet sich noch die Zollverordnung, die nur in den latein. Codic. steht; daher man annahm, daß wahrscheinlich alle latein. Lübk. Codic. älter als die deutschen sind. Falk Handb. I. S. 386: f. jedoch Nach l. c. S. 35. Der Kieler Eoder ist von 1232. Der älteste deutsche Eoder ist von 1240. Nach S. 48. Von verschiedenen Codicibus f. Dreyer Einleit. in die Lübek. Verordn. S. 227—241. Westphalen mon. in praef. tom. III. p. 115. Christiani Gesch. der Herzogth. Schleswig u. Holstein. II. Thl. S. 207. Schrader Lehrb. des holst. Rechts. I. Thl. S. 162. Stein Betrachtungen über verschiedene Rechtsmat. III. Thl. S. 163. IV. Thl. nr. 10. Von den mit Lübschem Rechte bewidmeten Städten, Dreyer's Einleit. S. 275. u. v. Kampß Mecklenburg. Civilr. S. 36. f. noch Westphalen de orig. et fontib. jur. lubec. ejusque usu. Rostok, 1727. und oben not. 6.; merkwürdig über Verbreitung des Lübschen Rechts nach Schlesien f. Gaupp schles. Landrecht. S. 132, von den holstein. Städten Abb. in den Schleswig-Holstein. Anzeigen. Bd. V. S. 119. Ein durch Sorge des Kanzlers v. Bardemil 1294 verfertigter Eoder (aus 256 Artikeln) f. darüber Nach S. 56., ist abgedruckt in Nach S. 229 n. Ueber Eoder von 1348 Nach S. 60. Daß Lübek die Söckischen Gesetze schon früh erhalten habe (f. angebliche Beweise in Riccius von den Stadtgesetzen. S. 83.), wird behauptet. f. Dreyer Einl. in das Lübk. R. S. 202—9. Nach S. 15. Ueber das früheste Verhältniß von Söck und Lübek f. Scholz in Falk's staatsbürgerl. Magazin. V. S. 1—41.
- 13) In einer Urk. von 1242 (im staatsbürgerl. Magazin. IV. S. 88.) wird für den Fall, daß Kiel im Krieg mit Lübek wäre, die Stadt Kiel wegen des Rechtszuges nach Hamburg gewiesen (es heißt: Diligenter jura ejusdem perquirentes), allein daraus läßt sich nicht erweisen, daß Hamburg damals schon ein Stadtrecht hatte. Nach S. 23. In Urk. v. 1232 (Lambec. orig. reipubl. p. 29.) wird schon auf *justitia Lubecens.* für Hamburg verwiesen, daher der Streit, ob Hamburg Lübecker R. habe. Riccius S. 125. f. Westphalen Com. zum Hamburg. Stadtrecht. I. Thl. S. XIV. aber dagegen Nach S. 24. Ältestes Ordelhof von 1270 in Anderson Hamburg. Privatr. Hamburg, 1782. I. Thl. S. 10—122. und in Westphalen mon. inedit. tom. IV. p. 2084. Dies Recht v. 1270 ist das älteste Hamburg. Ordelhof von 1276 in Anderson S. 128—224. und Stadtrecht von 1292 in Anderson S. 228—350. f. überh. v. Hamburg. R. Richey M. histor. stat. hamb. 1738. Westphalen mon. in praef. tom. IV. p. 119—126. Schuback de orig. stat. hamb. mon. susat. Gott. 1749. Riccius von den Stadtgesetzen. S. 124. und Anderson l. c. S. 1. 127. 227.
- 14) Rühren war eine angesehene Stadt, und kam unter Rönissche Hoheit 1180.

Zülpfen ¹⁵⁾, Schwerin ¹⁶⁾, Frankfurt ¹⁷⁾ betrachtet werden ¹⁸⁾.

Das MS., welches von dem Stadtrecht von Râthen in Cosmann Materialien u. Beiträge zur älteren und neueren Geschichte und Rechte des westphäl. Kreises. Paderborn, 1789. nr. 1. S. 1—62., und wieder in Wigand Archiv für Westphalen. V. Bd. S. 56. und darüber S. 106., f. noch Seiberz im neuen Archiv für preuss. Recht (Arnberg, 1834. I. Bd. S. 403.) abgedruckt ist, spricht von d. Erzbischof Philipp von Köln; die Vorrede hat die Jahrzahl 1178. Die Stadt Berl ist auf Râthenisches Recht gegründet. Der abgedruckte Eoder hat 70 Artikel. f. noch v. Rammß statutar. Rechte. II. S. 698. Auch die Rechte von Arnberg, Minden, Medebach, Bielefeld, Geseke sind auf das Recht von Râthen gebaut. f. Seiberz in Wigand Archiv. I. Bd. Heft 4. S. 36. II. Bd. S. 250. Seiberz die Statuten und Gewohnh. v. Westphalen. Arnberg, 1839. S. 84.

- 15) Zülpfen war der Oberhof für die meisten niederrheinischen und gelderischen Städte. Schon in dem Privilegio von 1190 (in Bondam Charterbock der Hertogen van Golderland p. 249) heisst die Stadt civitas und erhält vollste Stadtfreiheit; instituens, heisst es, in ea duodecim scabinos, quorum consilio eadem civitas regatur, ut si quae inordinata in ea fuerint, maturiori consilio pertractent. Mehrere Städte erhielten Zülpfenische Stadtfreiheit, z. B. Emerich 1233 (in Bondam p. 398.); 1311 hatte Zülpfen schon vollständig gesammelte Statute. Teschenmacher Annales Cliviae, Juliae etc. p. 493., und das Zülpfenische Lehenrecht war so berühmt, das am Rhein allgemein danach gesprochen wurde. Rhetius de feudis Clivensium vel Zulphaniens. more concessis. Francof. 1682. f. noch vom Zülpfen. Lehenr. v. Rammß statutar. Rechte. II. S. 476. Auch in Westphalen belehnte man nach dem Zülpfenischen R. Urk. von 1365 in Riefert Münserischem Urkundenbuche. S. 216. Ueber Emerichs Recht f. v. Rammß statutar. Rechte. III. S. 57—64.
- 16) Von 1220 abgedruckt in Westphalen monum. tom. I. p. 2027. und nach andern MS. p. 2045.; das älteste Schwerin. Recht gehört schon ans Ende des XII. Jahrh. f. Trendelenburg Abh. in den gelehr. Beitr. zu den Mecklenburg-Schwerin. Nachrichten von 1766. Stück 22. 23—26. S. 87. v. Rammß Eivilr. der Herzogthümer Mecklenburg I. Thl. S. 258. Ein Abdruck nach 8 Codicibus findet sich in Rammß 2te Abth. I. c. S. 145. Dies Recht war Mutterrecht für viele mecklenburgische und pommerische Städte. f. Rammß I. c. 1ste Abthl. S. 270. Eine eigene Bearbeitung und Ausgabe des Schwerinischen Rechts kommt vom Rathsherrn Hövisch a. 1759. Rammß S. 260.
- 17) Stadtrecht von 1297 in Richard Wetteravia I. S. 252., und dort S. 257 von den Orten, die nach Frankf. R. sich richteten. Thomas der Oberhof von Frankfurt. S. 83 u. 217.
- 18) Zu den Stadtrechten des XII. Jahrh. rechnet man auch das Schleswigsche Stadtrecht, angeblich von 1156; das in Corp. stat. Slesvic. tom. II. p. 1. abgedruckte ist das neue Stadtr. (aus dem XIV. Jahrh.) f. darüber Westphalen monum. praef. tom. I. p. 107. III. p. 55.; das alte ist abgedruckt in Ancher Lovhistorie im Anhang S. 1. und in Ancher farrago legum antiquar. Dan. p. 1—18. (Dort ist von p. 19 an das neuere mit dem Commentar von Cypraeus abgedruckt; allein das zwar immer merkwürdige Stadtrecht von Schleswig kann nicht vor dem Jahre 1200 aufgezeichnet seyn.) f. über die Geschichte desselben Förschhammer in dem staatsbürgerl. Magazin, herausg. von Carstens und Falk. III. Thl. nr. 23. f. noch Falk Handbuch. I. Thl. S. 376. und Paulsen im staatsbürgerl. Magazin. V. S. 56. Eine besondere Wichtigkeit für die Erläuterung der Rechte niederdeutscher Städte, welche mit den holländischen in so vielfachem Verkehre standen, haben die vielen durch

Von manchen dieser Mutterrechte ist uns die ursprüngliche Sammlung nicht bekannt, sondern es kann darauf nur aus Rechtsbelehrungen, die eine Stadt für andere Städte sammelte, geschlossen werden;

Alter, Vollständigkeit und rein german. Recht sich auszeichnenden Stadtrechte holländischer Städte, abgedr. in *Mieris groot Charterbook der Graaven van Holland, van Zeeland en Herren van Vriesland*, IV vol. Fol. Leyden, 1753.; f. B. in *Mieris* vol. I. p. 170. Stadtrecht von Middelburg v. 1217, von Westcappel v. 1223 in *Mieris* p. 182., von Domburg 1223 in *Mieris* p. 190., und besonders die vollständigen Statuten von Harlem von 1245 in *Mieris* I. p. 223., von Delft v. 1246 in *Mieris* I. p. 232. Im XIII. Jahrhundert gehören von wichtigen Stadtrechten: 1) das von Lüneburg v. 1247, in *Rhetmeners Braunsch. Lübeck. Chronik*, III. Thl. S. 1832. 2) v. Braunschweig von 1232, in *Leibniz script. rer. brunsvic.* tom. III. nr. 17. 3) von Oeslar in *Leibniz* *ibid.* tom. III. p. 484. und dazu *Brunns Beitr.* zu den deutschen Rechten. S. 169. 341., und vorzüglich noch v. Kampz statut. Rechte. I. S. 369–78. 4) von Stade von 1209, in *Pufendorf obs. app.* tom. II. p. 152.; von 1279 *ibid.* tom. I. p. 163. *Grothaus statut. Stadens, cum introd.* Gott. 1766. *Hülsemann obs. ad jus Stad.* Gott. 1820. Das von 1259 steht in *Senkenberg sel. jur. et hist.* tom. IV. p. 269. 5) von Blesfen, in *Hoffmann Samml. ungedr. Urkunden*, I. Thl. S. 248. 6) von Weissensee 1265, in *Wald Beitr.* zu d. d. R. S. 5. 7) von Augsburg von 1274, in *Wald Beitr.* IV. Bd. S. 23. (6 MS. verwahrt die Heidelberger Bibliothek.) Nach einer Mittheilung des Herrn Prof. Michaelis befindet sich in Tübingen ein MS. des Augsburger Stadtr. in Verbindung mit einem MS. des Schwabenspiegels. f. noch v. *Kreiberg Samml. deutscher Rechtsalterthümer*, Mainz, 1828. nr. 1. *Morell de jure statut.* III. reip. Aug. Alt. 1743. *Tröltsch Abhandl. über verschied. Theile der Rechtsgelehr.* II. Bd. nr. 1.; von den spätern Augsb. Ges. f. v. *Huber Abhandl. über die Abweichung der Augsb. Statuten vom gemeinen Recht*, Augsburg, 1821. 8) von Saalfeld in *Wald Beitr.* I. Bd. S. 13. (nach *Wald* v. 1276), allein nach *Schultes Neuburg. Landesgesch.* II. Thl. S. 50. gehört das Stat. erst ins XIV. Jahrh. 9) von Stettin von 1243, in *Sibbrand kurze Nachr. aus begl. Urk. v. Stettin*, Stettin, 1713. 10) von Mühlhausen in *Grashof de orig. et ant. lib. civ. Mühlhus.* pag. 231–59. 11) Stadtbuch von Wismar (beginnend mit 1246). Bürgermeister Alterthümer des Wismar. Stadtrechts, Hamburg, 1838. Zu den Hauptstadtrechten des XIV. Jahrhunderts gehören: 12) das Stadtrecht von Bremen v. 1303, in *Delrichs vollständiger Samml. alter und neuer Ges. der freien Stadt Bremen*, Bremen, 1771. S. 5. (sie enthalten 13 Artikel des bürgerl. und 16 des Criminals. Von dem Privilegium von 1186, *Donandt Gesch. d. Brem. Stadtr.* I. Thl. S. 114.; von *Privil.* v. 1206, *Donandt* II. S. 12.; von d. *Reversalen* von 1246, *Donandt* I. c. S. 23., und von der Sammlung von 1303 *Donandt* S. 35 r. Dazu kamen 1304 noch 35 Art. hinzu, und darauf folgen 149 Ordeele). f. auch abgedruckt in *Nettelbladt Grenier, oder Nachlese vom Alten und Neuen, Fremden und Eigene*, Stockholm, 1764. 38 Stück, S. 46–108. Auf die Brem. Statute sind die von Oldenburg von 1345 in *Delrichs* I. c. S. 787.) gegründet. 13) Stadtr. v. Nordhausen von 1308, in *Senkenberg vision.* p. 318–54. 14) Stadtrecht von Heiligenstadt von 1335 in *Wolfs Gesch. von Heiligenstadt* in *Anlage* nr. 3. 15) Stadtr. von Duderstadt aus XIV. Jahrh., in *Wolfs Gesch. von Duderstadt*, *Anlage* nr. 35. 16) Das Stadtr. von Bortehude v. 1328 (gegründet auf *Staderrecht*) abgedruckt in *Dove Zeitschrift für Gesetzgebung und Rechtswissensch.* in Hannover, 38 Hft. S. 47–92.

z. B. bei dem Magdeburgischen Stadtrecht¹⁷⁾. Die Uebertragung des Rechts einer Stadt an eine andere geschah nicht immer wörtlich nach einem bestimmten MS., sondern gewöhnlich mit manchen Abänderungen und Zusätzen²⁰⁾, bezog sich auch nicht immer auf das Privatrecht²¹⁾. Bedeutend wegen ihres Alters und ihrer frühen Vollständigkeit sind die Stadtrechte der brabantischen und flandrischen Städte²²⁾, insbesondere von Brügge²³⁾, Gent²⁴⁾ und Brüs-

-
- 17) Stat. von Verden v. 1330, in Vogt mon. ined. tom. I. p. 276., in Pufendorf obs. tom. I. app. nr. 3., und die unten §. 17 bemerkten Stadtrechte von Göttingen, Celle. 18) von Erfurt v. 1306, in Balh Beitr. zu d. Rechten. I. Thl. S. 95., und in Heinemann die statutar. Rechte für Erfurt und sein Gebiet. Erfurt, 1822. S. 67—98. 19) von Freiberg (gesammelt zwischen 1294—1305); nach Adelungs Directorium S. 140 existirt ein Codex von 1294. s. Seger de statut. Friberg. Lips. 1766. Klossch Gesch. des Freiberg. R. in Schott Sammlung zu d. Land- u. Stadtr. III. Thl. S. 1—78.; abgedr. in Schott l. c. S. 155 bis 286. Werkw. Auszüge aus Freiberg. Statuten sind auch in Klossch Abhandl. des Bergzellen. Dresd. 1765., im Anhang. 20) Stadtr. von Ulm v. 1296, in Jäger schwab. Städtewesen d. Mittelalters. Stuttgart, 1831. S. 729. Es war Mutterrecht vieler schwab. Stadtr. Jäger S. 147. 21) Stadtr. von Saarbrück von 1321, in Kremer's Gesch. der alt-ardennischen Geschlechter, im Anh. S. 241. 22) Stadtr. von Bamberg aus XIV. Jahrh. in Jöyß das alte Bamberger Recht. Heideb. 1839.
- 19) Unter diesen Sammlungen sind wichtig: a) Privileg. von 1188, von Bischof Weichmann für Magdeburg ertheilt, und 1211 für die Stadt Goldberg verliehen. Morhs neues Archiv für die Geschichte Schlesiens und der Lausiz. II. Thl. S. 111. und in Gaupp das Magdeburg. R. S. 215., und in Ischoppe und Stenzel Urkundensamml. zur Gesch. des Ursprungs der Städte und der Einführung deutscher Kolonisten in Schlesien. Hamburg, 1832. S. 266. f. dort S. 270 noch eine andere wichtige Magdeburg. Urkunde. b) Das Schöffengericht von Magdeburg für Goldberg, bald nach 1211, in Gaupp S. 219. f. noch darüber Gaupp S. 80. c) Rechtsbelehrung für Breslau von 1261, von 1283 und 1295 in Gaupp S. 230, 259. Ischoppe und Stenzel S. 351 u. 428., und Gaupp in der Schrift: Schles. Landrecht. S. 238. d) Die 1235 von den Schöffen zu Halle für Neumarkt in Schlesien gegebene Sammlung in Böhme diplom. Beitr. zum schles. Recht. II. Thl. S. 1., und in Mathis jurist. Monatsschrift. XI. Bd. S. 86., und in Gaupp S. 223. Ischoppe und Stenzel S. 294. e) Das Schöffengericht 1304 der Stadt Görlitz, mitgetheilt in Schott Samml. zu d. deutschen Land- und Stadtr. I. Thl. nr. 1., und in Gaupp S. 269. Ischoppe und Stenzel S. 448. f) Recht der Stadt Brieg von 1250 u. 1327, in Böhme Beitr. I. Thl. S. 20. und in Gaupp S. 327—31.; über MS. des Magdeb. Rechts Rechte in Jen. Lit. Zeit. 1826. nr. 222. g) Schweidnitzerrecht aus XIII. Jahrh. in Gaupp das schles. Landr. Leipz. 1828. S. 215—232. Ischoppe u. Stenzel S. 518. h) Leobschützrecht v. 1270, in Ischoppe u. Stenzel S. 371. i) Hierher gehört auch das unter dem Namen Eulm. Recht in Preußen im XIV. Jahrh. verbreitete Magdeburg. Schöffentr., abgedr. in Leman das alte Kulmische Recht. Berlin, 1838. f. noch über Verbreitung des Magdeburg. Rechts Heydemaier die Elemente der Joachim. Constitution. S. 48.
- 20) Gute Bemerkungen in Stenzel u. Ischoppe Urkunden. S. 109.
- 21) Stenzel und Ischoppe S. 110.
- 22) Vorzüglich Barnkönig flandrische Staats- und Rechtsgesch. Tübing. 1835. II. Bd., und Barnkönig von der Wichtigkeit der Kunde des Rechts der

sel²⁵⁾, wobei als gewiß anzunehmen ist, daß nach dem lebhaften Handelsverkehr zwischen diesen Städten und den niederdeutschen und niederrheinischen Städten das Recht der Ersten nicht ohne frühen Einfluß auf das der Letzten geblieben ist. Beachtungswürdig ist in Deutschland das Magdeburgische oder sächsische Weichbild²⁶⁾, das

belgischen Provinzen für deutsche Rechtsgesch. Freiburg, 1836. Wichtige Urkunden von Stadtr. in dem fast nicht in den literar. Verkehr gekommenen Werke von St. Genois: monuments anciens essentiellement utiles à la France aux provinces de Hainault, Flandre, Brabant. Paris, 1782. Dort sind Urk. von 1164 für St. Omer (p. 476.), von 1176 für Haspre (p. 479.), von 1191 für Laudrecies (p. 488.), von 1228 für Basserode (p. 521.), von 1240 für Chatellenie de Bourbourg (p. 543.); eben so finden sich sehr alte Stadtrechte in Miraei oper. diplomat., z. B. von 1127 für St. Omer (Miraei vol. IV. p. 195.), von 1068, von 1200 für Gramont (Miraei I. p. 291.); sehr viele Stadtturf. in d'Achery collect. vet. scriptor. (nova edit. per de la Barre. Par. 1723.) besonders in vol. III. p. 551., für Tournai von 1187. p. 553., für Aire in Artois von 1188. — s. noch Nachrichten von niederländ. Stadtrechten in de Bast l'institution des Communes dans la Belgique. Gand. 1819. s. noch Charta pacis von Valenciennes von 1114 in Barnkönig von der Wichtigkeit ic. S. 35.

- 23) Ueber das Recht von Brügges Barnkönig l. c. II. Bd. S. 100. Der erste Keurbrief von 1189, abgedr. in Beaucourt Jaerboeken van den Lande van den Vrgen tot Bruge 1786. vol. I. p. 165—179. Spätere Stadtr. von Brügges von 1240, von 1281 in St. Genois monuments. p. 546. 684., und Barnkönig l. c. Urkundenb. II. S. 102. und von 1301 ibid. S. 119.
- 24) Ihre Urkundensammlung ist vorzüglich reichhaltig; darüber die Schriften von Diericx memoires sur les loix, les coutumes et les privileges des Gantois, depuis l'institution de leur commune. II vol. Gand. 1817.; derselbe memoires sur la ville de Gand. Gand. 1814. III vol. und der nämliche het Gends Charterboekje. Gend. 1821. s. überh. sehr gut Barnkönig flandr. Rechtsgesch. II. Bd. S. 1 ic. Die ersten Statute sind von 1172 (Keurbrief) in Barnkönig flandr. Rechtsgesch. Urkundenbuch. S. 33.; von 1176 (abgedruckt in Diericx memoires sur les loix. vol. I p. 17—50. Stat. von 1192 in Barnkönig l. c. II. Urkundenbuch S. 14. Dann Stadtr. von 1228 ibid. p. 320—342. Stadtr. von 1296, abger. ibid. vol. IV. p. 320.
- 25) Urk. (in flamänd. Sprache) von 1229 für Brussel — von 1234, über Schöffeneinrichtung; vollständ. Stadtr. von 1260. 1292, abgedruckt in Loovens practyke stiel ende manieren van procederen in Raede van Brabant. Brussel, 1745. im III. Thl. p. 1—22.
- 26) Gedruckte Ausgaben: Augsburg, 1492.; eine von Jöbel besorgte, Leipzig, 1537., und eine Ausg. von Ludovici. Halle, 1721. Von Handschriften: Spangenberg Beitr. zum d. R. S. 59. Senkenberg vision. pag. 160. Biener Comm. vol. I. p. 252—63. von einem MS. zu Jena. Martin spec. hist. studior. et meritor. quib. in theor. ordin. juriscons. p. 36. Nach Gottschalk Annal. Cod. Dresdensis quo jus magdeb. cont. (Dresd. 1824) p. 3—11. ist zu Dresden ein a. 1300 dahin gebrachter Codex, den man mit Unrecht für MS. des Weichbildrechts hielt, s. über MS. des Weichbilds Nießsche in Jen. Lit. Zeit. 1826. nr. 222., und Ortlöff deutsches Privatr. S. 28. Vom Görlicher Codex von 1387 und andern MS. Gaupp S. 153. — Eine lateinische Uebersetzung in Goldast collect. consuet. imper. p. 168. s. noch Gaupp f. 100. s. noch Ortlöff in Schum's Jahrb. Bd. X. S. 304—14. und über den Weichbild.

aus zwei ²⁷⁾ von verschiedenen Sammlern herrührenden Theilen besteht, die im XIV. Jahrhundert schon in ein Ganzes vereinigt waren. Der Sammler scheint eine Darstellung des in den Städten des sächsischen Rechts in Uebung gewesenen Rechts beabsichtigt zu haben ²⁸⁾. Nicht überall, wo eine Stadt die jura civitatis einer andern erhält, darf man schon glauben, daß eine geschriebene Privatrechtsammlung dadurch mitgetheilt worden sei ²⁹⁾. Eben so wenig darf man annehmen, daß, wenn das Recht einer Stadt secundum jura einer andern verliehen wurde ³⁰⁾, ein gesammeltes Stadtrecht dieser Stadt verliehen worden sei, und der Ausdruck justitiae deutet nicht nothwendig auf ein vorhandenes Stadtrecht, sondern oft auf alte Privilegien, z. B. in Bezug auf öffentliches Recht ³¹⁾.

§. 12. [§. 10.] Älteste Landrechte.

Von den für große Landesgemeinden gegebenen oder gesammelten Landrechten als Nachbildungen der Rechtsbücher und Stadtrechte, veranlaßt durch die Mischung der Rechte, erscheinen 1) manche nur als Privatsammlungen und entstanden aus Schöffengerichten ¹⁾; 2) andere sind Anerkennungen von Privilegien und Aussprüche über Verhältnisse des öffentlichen Rechts ²⁾; 3) andere sind von der

berger Codex) von Thüngen das sächs. Reichsbild, herausg. von Thüngen. Heidelberg, 1837.

27) Und zwar beginnt der 2te Theil von Art. 27 an. Gaupp S. 124—135. f. noch verschiedene Meinungen in Riccius von den Stadtgesetzen. S. 187. Gruppen in Schott Samml. II. S. 204. Senkenberg vision. cap. IV. Dreyer Beitr. zur Lit. S. 126.

28) f. jedoch Spangenberg Beitr. S. 53.

29) Rettelblad hist. jurist. Abh. v. d. Ursprung der Stadt Rostof Gerechtsame. II. sect. S. 41. f. aber Dreyer Einleit. in die Lüb. Berordn. S. 219.

30) Daher kann aus der Urk. von 1182, nach welcher die jura Sositiae an Lübeck verliehen wurden, nicht die Verleihung des Soesterrechts gefolgert werden. f. Westphalen mon. ined. tom. IV. p. 130. Cronhelm Corp. statut. provinc. hols. im hist. Bericht. S. 94. Dreyer Einl. in die Lüb. Berordn. S. 212. Scholz im staatsbürgerl. Magazin. V. Bd. S. 42—46.

31) Daher beweist auch der Ausdruck justitia in Lübeck. Urk. von 1182 keine Lübeckische Privatrechtsammlung. Terlinden im neuen westphäl. Magazin. I. Bd. S. 336. Scholz im staatsbürgerl. Magazin. V. S. 44.

1) Dahin gehört das rheingauische Landrecht vom XIV. Jahrh. im Auszug in Bodmann's rheingau. Alterthümer. S. 625.

2) Dahin österreichisches Landrecht aus XIII. Jahrh. in Ludewig rel. MS. tom. IV. p. 1., in Senkenberg vision. p. 213. Nach Kurz (Österreich unter Ottokar II.), 1r Thl. S. 19, stammt das Landrecht schon aus XII. Jahrh. f. noch Kurz Gesch. der Militärverfass. Österreichs. Linz, 1825. S. 261.

gesetzgebenden Gewalt der Regenten ausgegangen³⁾; 4) andere sind Ausflüsse reiner Volksautonomie, entweder a) auf den Landtagen als Konventionen verbündeter freier Landesgemeinden⁴⁾, oder b) durch die Autonomie für einzelne Gaue entstanden⁵⁾; 5) einige erscheinen als Verleihungen von Rechten für ganze Distrikte, wo die Herren entweder durch Freiheiten Ansiedler anlocken wollten⁶⁾, oder wo der Herr eines größeren Landesbezirkes herkömmliche Rechte und Einrichtungen sanktionirte⁷⁾. Einzelne Gesetze, oft schon tiefer in das bisherige Recht eingreifend, finden sich fast in allen Territorien schon seit dem XIII. Jahrhundert; vollständigere Landesordnungen kommen erst am Ende des XV. Jahrhunderts vor⁸⁾. Merkwürdig sind noch die

- 3) Im wichtigsten bayer. Landrecht von Kaiser Ludwig, gewöhnlich ins Jahr 1346 gesetzt; allein nach Urk. früherer Jahre (von 1340—43) in Mon. boic. I. p. 437. 444., XVIII. p. 167. 658., XXI. p. 7. u. nach ein. Urk. von 1336 in Monum. boic. XXII. 294. muß es schon früher gesammelt gewesen seyn. Krenner über gemischte und folgende Weisritterlehen. S. 60. Mannert Kaiser Ludwig. S. 458. Rudhart Abriß. S. 44. Freiberg über den hist. Gang. S. 13.; gedruckt ist das Rechtsbuch. Augsb. 1844., und in Heumann opusc. Norimb. 1747. p. 64., und neuerlich in v. Freiberg Samml. hist. Schriften u. Urkunden. Stuttg. 1834. IV. Thl. S. 387. Nach den Forschungen v. Auer das Stadtrecht von München. S. IX—XV. ist das ursprüngliche Rechtsbuch schon 1300 oder bald darnach publiziert, und 1346 ist erst die Umarbeitung bekannt gemacht. Nur dies Buch a. 1346 ist in Heumann abgedr. — In die Klasse dieser Landrechte gehört auch Landrecht der Grafschaft Saarbrücken von 1321, abgedr. in Krenner's Gesch. der alt-ardenischen Geschlechter. Frankf. 1785. S. 203. u. Anhang. S. 551. s. noch v. Kampff statut. Rechte. III. S. 379.
- 4) Hieher gehören die friesischen Leges Upstalbroomiane von 1323. (s. unten bei dem friesischen Rechte) und die wichtige Erneuerung mit Zusätzen von 1361. . . (unten.) Vorzüglich wichtig sind auch die konventionell entstandenen Statuten tyrolischer Thäler (aus XII. Jahrh.), s. darüber Rapp in der Zeitschrift für Tyrol. III. S. 36 ff. und die Statuten aus XIV. Jahrh. bei Rapp. III. S. 64.
- 5) Hieher die Chaucenrechte, z. B. von Hunsingow von 1252, Langewolt von 1207, Riwelgow von 1227. s. unten bei d. friesischen Rechte.
- 6) Eine Haupturkunde ist hier die von 1161 von Grafen von Flandern in Sanderus Flandria illustr. tom. III. p. 126.
- 7) Vorzüglich bedeutend ist der Keurbrief v. 1190 von dem Gebiete: le franc de Bruges. Warkönig flandr. Rechtsgesch. II. Bd. S. 159. und abgedruckt dort im Urkundenbuch. S. 83. Vorzüglich wichtig ist die Keure van Waes van Graven Thomas von 1241, abgedr. in Verzameling van XXIV origineele chartres, privileg. en keuren van de provincie van Vlandern. Gend. 1787. nr. 1. Dies Recht (abgedruckt in Warkönig flandr. Rechtsgesch. II. Bd. 2te Abthl. S. 178.) enthält ein wahres Landrecht. s. Warkönig S. 123. s. noch andere Keuren für Landesbezirke in Warkönig a. a. O. z. B. S. 209. 219. 234. Eine ähnliche Urkunde von 1248 ist für die Leute des Landes de Langle in St. Genois monuments. p. 570. s. noch von ähnlichen Keuren Warkönig Rechtsgesch. von Flandern I. S. 400.
- 8) Hessische Landesord. von 1455 in Senkenberg Corp. jur. med. aev. tom. II. p. 139. — Hessische Gerichtsordn. (von Art. 27 an Privatrecht enthaltend) von 1497 in Kleinschmids Samml. fürstl. hess. Landesordn.

aus dem Ende des XV. Jahrhunderts stammenden Gewohnheitssammlungen, deren Aufzeichnung schon zum Zwecke geschah, eine geschriebene Rechtsquelle zu haben ⁹⁾).

§. 13. [§. 11.] Reichsgesetze im Mittelalter.

Wenn auch die im Mittelalter gegebenen Reichsgesetze meist nur auf öffentliche Rechtsverhältnisse sich beziehen, so sind sie doch wegen ihrer Rechtsansichten und für das Ständerecht auch im Privatrechte wichtig. Privilegien für einzelne Reichsstände oder Klassen von Unterthanen, Landfrieden, Reichsjustiz und Kriegsverfassung waren die Hauptgegenstände der R. O. bis zum XVI. Jahrhundert ¹⁾.

§. 15. — Eine Nassauische Landesordn. von 1475. 1498, abgedruckt in den Dillenburger Nachrichten. 1774. S. 97.; eine thüringische von 1446, abgedr. in Müller's Reichstags-theater unter Max I. Borsf. III. cap. 27. S. 86. Sachse Handb. des Weimar. R. S. 67.; — sächsische Landesordnung von 1428. 1434, Landesordn. von 1482 in Cod. August. I. p. 1—12. Haubold Lehrb. S. 12. Württembergische von 1493, gedruckt 1515. Gerstlacher Einl. in die alte und neue Verf. S. 107. Bayerische von 1474 in Krenner bair. Landtagshandl. VII. Bd. S. 485. und von 1491 in Westenrieder glossar. nr. V.

9) Hieher 1) das Balduinische Rechtsbuch v. 1434—43, abgedr. in Spangenberg Beitr. zur Kunde der deutschen Rechtsalterth. S. 119. 2) Dithmars. Landr. von 1447. 3) Landrecht der Insel Fehmarn. 4) Landrecht der 5 Harden im Nordstrand, davon unten bei den Rechten von Holstein und Schleswig. 5) Das Billwärderrecht von 1498 mit Anm. von Lappenberg, herausg. Schleswig, 1828. Hieher gehören auch das wichtige Landrecht von 1200 von Balduin für Hennegau. f. Chartes du Hainault de l'an 1200 en langue gauloise par Delattre. Mons, 1822.; ferner das Landrecht 1256 für Seeland in Mieris Charterboek. I. p. 203. f. noch Birnbaum in der Zeitschrift für ausländ. Rechtswiss. I. S. 154 in not.

1) Sammlungen der R. O. in Goldast collect. constitut. imper. Francof. 1613. III tom.; auch Goldast Reichsfassungen des heil. röm. R. von 774—1576. Frankf. 1609. 2r Thl. und Goldast collectio consuetud. imperial. Francof. 1613. Pachner von Eggenstorf vollständige Samml. der Reichsges. Regensb. 1740. IV Bde. Neue Sammlung der Reichsabschiede (v. Senkenberg). Frankf. 1747. IV Bde. Gerstlacher Handbuch der deutschen Reichsges. Carlstruhe, 1780. XI Bde. Oesterreicher Inhalt einiger noch nicht bekannter Gesetze des ehemaligen deutschen Reichs. Erlangen, 1809. Eine neue zweckmäßige Samml. f. in Eminghaus Corp. jur. german. tam public. quam privat. Jen. 1824. II vol. Ueber Geschichte der R. O. f. Mauritius de recessibus imperii. Tübing. 1664. Joachim Geschichte der deutschen Reichstage. Halle, 1762. 2 Bde. Gullmann Abhandl. von der Geschichte der ehem. Reichsgrundgesetze. Frankf. 1767. Delenschlager Einleit. in die Geschichte der Reichsabschiede (vor dem I. Theil der neuen Samml.). Pfessinger vitriar. illustr. tom. I. p. 49—72. Eichhorn R. O. f. 262. 408. 436. 440. Eine Sammlung der ältesten Reichsgesetze (beginnend mit Gesetzen von Heinrich I.) ist abgedr. in Pertz monum. German. histor. vol. IV. von p. 10 an etc. Viele davon beziehen sich auf öffentl. Recht, andere auf Italien, bei andern (f. B. pag. 331. const. de jure protimiseos) ist weder die Zeit noch die Bedeutung des Gesetzes ganz klar.

Manche Reichsschlüsse scheinen gar nicht aufgezeichnet worden zu seyn ²⁾. Auch muß man sich hüten, die häufig vorkommenden, über einzelne Fälle auf Reichshöfen von den Reichsschöffen gesprochenen Urtheile als Reichsgesetze zu betrachten ³⁾. Manche Verordnungen der Kaiser, die allgemeine Reichsgesetze seyn sollten, sind irriger Weise nur als Vorschriften für einzelne Länder betrachtet und in die Sammlung der Partikularrechte aufgenommen worden ⁴⁾.

§. 14. [§. 12.] Rechtszustand im Mittelalter. Bedeutung des damaligen gemeinen Rechts.

Die Betrachtung der Rechtsprechung im Mittelalter lehrt das Daseyn gewisser Gründe, welche eine große Zahl von Rechtsinstitutionen und Rechtsfällen erklären, die in allen deutschen Staaten gleichförmig vorkamen. Zu diesen Gründen gehörte I. der Gang der damaligen Rechtsbildung ¹⁾ überhaupt, insbesondere die Schöffenverfassung, nach welcher das Recht, hervorgegangen aus den bürgerlichen, religiösen und sittlichen Ansichten des Volks, und angepasst den Bedürfnissen und Verhältnissen des Lebens, von den Schöffen, die in schwierigen Fällen den Rath des Volkes einholten ²⁾, gefunden und als Gewohnheitsrecht fortgebildet wurde, bis es erst durch eine spätere Sammlung den Charakter eines ständigen Rechts erhielt ³⁾. II. Auch der Umstand, daß damals der Staat in eine Masse einzelner

2) Über Vorlesungen. S. 275. f. gute Nachrichten in Böhmers die Reichsgesetze von 800—1400. Frankf. 1832.

3) Wiener von der kaiserlichen Machtvollkommenheit. S. 146—150. Das oft angeführte angebliche Reichsgesetz von 1293 über die Inseln ist nur ein solcher Rechtspruch; s. unten §. 147. not. 1.

4) Dies ist der Fall bei einer wichtigen Verordn. von K. Heinrich II. von 1004, gegeben auf dem Reichstag in Straßburg. Sie handelt von Verwandtenmord, von ehelichen Güterrechten und von Tödtung; sie ist abgedruckt bei Grandidier *histoire ecclésiast. milit. civile*. Strassb. 1787. vol. I. in den Beilagen p. 194. und jetzt auch in Pertz *monum. Germ.* IV. p. 38. In einem unvollständigen und schlechten Abdruck ist sie unter die *Leges Longobardorum* bei Georgisch p. 1273 und bei Canciani vol. I. p. 234. (irrig von dem Letzten dem K. Heinrich I. zugeschrieben) eingereiht.

1) f. Eichhorn *Rechtsgesch.* §. 258. Meyer *esprit orig. et progrès des institut. jud.* tom. I. p. 396. Feuerbach *Betr. über Wesentlichkeit*. I. Thl. S. 78.

2) f. Urk. in *Monum. boic.* vol. X. p. 526.; damit im Zusammenhange steht auch die *Collaudatio* des Umstands, f. Maurer *Gesch. des altgermanischen öffentl. mündlichen Gerichtsverf.* S. 103. 111. 179. f. noch Grimm *Rechtsalterthümer*. S. 769.

3) f. Einleit. in die *Landbücher* Urkunde von 1423 in v. Savigny's *Zeitschr. für geschichtl. Rechtswissenschaft*. II. Bd. S. 325.

Korporationen und Stände aufgelöst war, und in jedem Kreise die Standesgenossen ⁴⁾ das Recht fanden, daher gleiche Standesansichten, ohne Rücksicht auf Territorialgränzen, ein gemeinsames Recht erzeugten, welches allen Schöffen in ähnlichen Verhältnissen bei ihren Entscheidungen vorschwebte ⁵⁾, verbunden mit der Rücksicht, daß gewisse allgemeine politische Umwälzungen und Ereignisse alle germanischen Staaten erschütterten ⁶⁾ und auf die Fortbildung des Rechts wirkten, macht das gemeinsame Recht begreiflich. III. Vorzüglich fanden sich mehrere Vereinigungspunkte des Rechts, und zwar wurden 1) die (oben §. 8—10. genannten) Rechtsbücher wichtig, welche, obwohl nur Privatsammlungen, bald in Schöffengerichten hohes Ansehen erhielten, und zwar so, daß insbesondere der Sachsenspiegel vielen Sammlern der Gewohnheitsrechte vorschwebte ⁷⁾, und daß bei der Abfassung der Stadt- und Landrechte ganze Stellen aus den Rechtsbüchern in die Statute übergingen ⁸⁾, weil man das Recht in den Rechtsbüchern als dasjenige Recht betrachtete ⁹⁾, welches die Schöffen schon bisher anzuwenden gewohnt waren. 2) Nach der Art der Städtebildung und der Sitte, nach welcher das Stadt-

4) Sachsensp. III. 70. Dreyer's Abhandl. zum d. R. III. Thl. S. 1152.

5) Nicht bloß bei dem Adel, sondern auch bei Handwerkern und insbesondere vornehmeren Zünften, z. B. den Steinmetzen, galt die Ansicht, daß sie durch ganz Deutschland in einer Verbindung standen, und ihre Streitigkeiten durch Genossen mit Appellationszug an Oberhöfe (z. B. in Straßburg, Köln) entschieden.

6) J. B. Lehensweisen (s. darüber Laferriere histoire du droit françois. Paris, 1836., wo aber dem Feudalismus ein zu großer Einfluß zugeschrieben wird), Kreuzzüge. s. Regenbogen Comm. de fructib. quos hum. libertas, mercatura per junctam Europam e bello sancto perceper. Amstelod. 1809. Heeren Versuch einer Entw. der Folgen der Kreuzzüge für Europa. Göt. 1808.

7) Wertwürdig ist, daß Münster in seiner Cosmographie S. 461 (am Anfang des XVI. Jahrh.) vom Schwabenspiegel sagt: Wer mer lesen will, der nem den Sachsenspiegel, in dem das Sachsenlandrecht beschrieben wird, die fast zusammenstimmen mit den Landrechten der schwäbischen Nation.

8) So finden sich im Rechtsbuche R. Ludwigs von 1340—46 mehr als 20 Stellen aus dem Schwabenspiegel. — Von Uebereinstimmung der Hamburgischen und Bremischen Gesetze mit dem Sachsenspiegel s. Dreyer Beitr. zur Lit. u. Gesch. S. 141.; von Uebereinstimmung des Rechts von Stade mit Sachsenspiegel s. Hülsemann obs. ad jus Stadense p. 53. s. noch Donandt Gesch. des Brem. Stadtr. II. S. 9.

9) Vom Sachsenspiegel s. Urkunden von 1421 in Dreyer's Beiträgen zur Liter. S. 166. Vom Schwabenspiegel s. Samml. bayer. Freiheitsbriefe. S. 75. Vom Kaiserrechte s. Bondam ad specul. franc. belgic. p. 77. Nach einer Urkunde bei Dreyer de usu jur. anglosax. P. LXXXII. wurden 1447 bei einem Gerichte Kapitel aus dem Sachsenspiegel wie Gesetze vorgelesen. s. noch Ortloff deutsches Privatrecht. S. 17.

recht einer sehr alten und berühmten Stadt von dem Regenten andern neu gegründeten Städten verliehen ¹⁰⁾ oder freiwillig von den Städten angenommen wurde, können, ungeachtet der großen Masse von Statuten, doch nur einige Mutterrechte ¹¹⁾ hervorgehoben werden, die zugleich Vereinigungspunkte für die Rechte anderer Kreise wurden. Je mehr die Sammler solcher Rechtsbelehrungen nur das wirklich praktische Recht aufnahmen, und auf ein schon allgemein bekanntes Recht, das ihnen vorschwebte, verwiesen, desto schneller fanden diese Rechtsbelehrungen Anerkennung ¹²⁾. 3) Die oben §. 7. bezeichnete Sitte, nach welcher einige Schöffenstühle und Oberhöfe in Deutschland ein vorzügliches Ansehen erhielten, machte das Recht des Oberhofs zum Vereinigungspunkte für die Fortbildung des Rechts der anderen Orte ¹³⁾. Alle diese Gründe erklären das Daseyn eines allgemeinen Rechts in dem Sinne, daß überall gewisse Rechtsinstitute und Sätze vorkamen ¹⁴⁾, und gewisse allgemeine Rechtsideen die Schöffen in ihren Aussprüchen leiteten, und das natürliche Rechtsgefühl, sowie die Beachtung gleichförmiger Bedürfnisse und Verhältnisse zu einem materiell übereinstimmenden deutschen Rechte führten ¹⁵⁾. Daraus folgt aber nicht das Daseyn eines formell gemeinen Rechts in dem Sinne, daß es vermöge seiner rechtlichen Kraft die Richter in allen deutschen Staaten verpflichtet hätte, dies Recht anzuwenden. Ein gemeines geschriebenes Recht konnte um so weniger vorkommen, als schon in den alten Volksgesetzen durch eigenthümliche, von Andern abweichende Rechtsansichten Stammesrechte lagen, und diese Ansichten noch im Mittelalter fortwirkten ^{15a)}, und jedes der bedeutenden Rechtsbücher des Mittelalters (§. 8 — 10.) nur in gewissen Bezirken innerlich verwandter Völker Ansehen

10) Eichhorn in der Zeitschr. f. gesch. Rechtsw. I. Thl. S. 137. Diese Nachbildung eines Stadtrechts nach einem andern geschah nicht ängstlich buchstäblich. s. Gaupp über deutsche Städtegründung, Städteverfassung im Mittelalter. S. 87. Ueber Verbreitung des Münchner Stadtrechts auf andere Städte s. Auer d. Stadtrecht v. München, p. XXVI.

11) s. oben §. 11. not. 4—15.

12) Gaupp das alte Magdeburg. u. Hallische R. Breslau, 1826. S. 92.

13) s. oben §. 11. not. 3. So appellirte man nach Frankfurt von Limburg, Nassau, Hessen. Thomas der Oberhof von Frankfurt. S. 119 u. Nach Köln appellirten 72 Schöffenstühle.

14) J. B. über Erbschaftsantretung, über Investitur.

15) Raurenbrecher Privatr. I. Thl. S. 147—115.

15a) Dies ist z. B. wichtig in Bezug auf das rechtliche Verhältniß des weiblichen Geschlechts. Es läßt sich beweisen, daß in den Ländern des burgundischen Rechts (z. B. in der franz. Schweiz) die Weiber früher als an andern Orten rechtlich selbstständiger wurden.

hatte¹⁶⁾. Selbst ein ungeschriebenes gemeines Recht in dem Sinne, wie in England das *common law* ein solches ist, kam nicht vor; denn ungeachtet der Gleichförmigkeit gewisser Rechtsideen schwebten doch den Schöffen, die nicht daran dachten, aus einem gemeinen Rechte schöpfen zu müssen, die Rechtsansichten ihrer Gegend, ihrer Landesgewohnheiten, das Recht des Oberhofes vor¹⁷⁾, mit dem ihre Gerichte zusammenhingen. Die Sitte, sich an das, was einmal bei einem Gerichte für Recht angesehen wurde, in Urtheilen zu halten¹⁸⁾, führte eine Gleichförmigkeit derselben herbei. Gab es auch überall vorkommende allgemeine Rechtsideen und Rechtsinstitute, so herrschten doch im Detail der Durchführung¹⁹⁾, in der größeren oder geringeren Strenge an einem Satze festzuhalten²⁰⁾, in den Formen und in der Art der Ausbildung eines Instituts²¹⁾ große Verschiedenheiten, die um so wichtiger wurden, je mehr jedes Gericht zunächst an die Gewohnheiten seines Landes sich hielt²²⁾. In einem ausgedehnteren Sinne, als in dem oben aufgestellten, ein gemeines Recht anzunehmen²³⁾, wird auch nicht durch manche auf dasselbe deutende Ausdrücke²⁴⁾ gerechtfertigt. — Nicht selten bezeichnet der Ausdruck: deutsches Recht, nur den Gegensatz anderer Rechte, die in

16) Man wird nie beweisen können, daß der Sachsenspiegel in den schwäbischen Gegenden galt. In den einzelnen Rechtsinstituten sind aber z. B. zwischen Sachsenrecht und Schwabenrecht so viele Unterschiede, daß man von einem gemeinen Rechte nicht sprechen kann.

17) In diesem Sinne mag man sagen, daß in den mit Lübischem Rechte bewidmeten Städten das Lübische Recht das gemeine Recht war.

18) Darauf deutet das Gesetz von Kaiser Friedrich von 1235 in Pertz mon. II. p. 318.

19) Z. B. schon früh zeigte sich dies in Bezug auf die Wirkung der Unterlassung der Investitur. S. 160 unten.

20) Z. B. in Bezug auf das Recht Stammgüter zu veräußern.

21) Z. B. bei ehelichen Güterrechten.

22) Stellen in Maurenbrecher. I. S. 151. not.

23) s. jedoch Meyser in der Zeitschrift für deutsches Recht. I. S. 17.

24) Oft spricht man von Rikerecht, Reichsrecht; z. B. Urkunde von 1438 in Niefert Münstersches Urkundenbuch. S. 93. Auch im Staatsrecht sprach man von Urtheilen vom gemeinen R. s. Pfeffinger vitriar. illustr. vol. III. p. 618. Am gewöhnlichsten heißt es gemeines Recht, z. B. Urk. von 1360 in Glassey anecdot. p. 322. und Haltaus Glossar. p. 461. Ueber den Ausdruck: *jus commune* in den fürstlichen Statuten: Wigand Archiv für die Geschichte Westphalens. Hamm, 1825. S. 98. Oft heißt es auch Landrecht, z. B. Urk. in Haltaus Glossar. p. 1171. So wird auch im sogenannten Buche der Ausscheidung (bei Bongoliuß Borrath allerlei brauchbarer Nachrichten, II. Band. S. 67.) überall Landrecht und Reichslandrecht getrennt, und das erste bedeutet das gemeine, überall geltende, das zweite aber das Städterecht. Meyser würtemberg. Privatr. I. Thl. S. 31. Ueber Bedeutung von Kaiserrecht oben S. 9 not. 13—15. s. noch Maurenbrecher. I. Thl. S. 152.

einer Gegend galten ²⁵). Daß noch im Mittelalter verschiedene Stammesrechte in Deutschland praktisch galten, ist gewiß ²⁶).

§. 15. [§. 13.] Römisches und canonisches Recht im Mittelalter.

Durch das Verhältniß, daß in den Ländern, welche zuvor römische Provinzen waren, das römische Recht fortdauernte, und für die Geistlichen selbst in allen Staaten das eigentliche persönliche Recht wurde ¹), durch den großen Einfluß auf die Sammlungen mancher Volksrechte ²), durch die Einwirkung der Geistlichen auf die Abfassung der Urkunden ³), durch das Interesse deutscher Kaiser für römisches Recht und für die Juristen, welche römisches Recht betrieben, durch die Erhaltung des römischen Rechts in Italien, wo das römische früh als ein gemeines Recht Ansehen erhielt und auf die ganze Rechtsbildung wirkte ⁴), durch die Achtung, welche das

25) J. B. in Schlesien, wo oft in Urk. vom *jure teutonico* gesprochen wird. s. Tschoppe u. Stenzel *Urkundensammlung von Schlesien*. S. 94–109. Man verwies dadurch auf die Ansiedlungen, die im Gegensatz des slavischen Rechts, deutschen Ursprung hatten und deutsches Recht behielten. Gaupp in *Reyscher Zeitschrift für deutsches Recht*. I. S. 60–67.

26) So spricht man in den staatsrechtlichen Quellen vom fränkischen Rechte (im Gegensatz des sächsischen). *Goldene Bulle*. cap. V. *Pfessinger in vitriar. illustr.* tom. III. p. 595. *Günderode sammtl. Werke*. 11r Bd. S. 55. *Gruppen discept.* I. p. 759. II. *Griebner in opuscul. jur. publ.* tom. II. p. 137. *Eichhorn Rechtsgesch.* III. Thl. S. 42. in not. *Ueber die Bedeutung viel in Birnbaum im Archiv des Crim.* XII. Bd. S. 393. *Weiske Einl. in das deutsche Privatr.* §. 19. *Gaupp Miscellen*. S. 47. 57. *Gaupp altes Recht der Thüringer*. S. 259. Oft bezeichnet in Urkunden, z. B. in Schlesien, das *jus francoicum* das deutsche Recht, oft das fränkische Recht im engeren Sinne. *Gaupp in Reyscher Zeitschrift*. I. S. 66.

1) v. Savigny *Gesch. des röm. R.* I. S. 116. Die Ansichten v. Savigny's bedürfen aber der Berichtigung nach den Forschungen von Pieri *de usu juris longobardici apud ecclesiasticos*. Florenz, 1744. und Barsochini in der oben in §. 4. not. 19 angeführten Schrift. p. 15.

2) *Riccius specil. quo jur. justin. usus in anlis German. adopt. erunt*. Francof. 1738. *Senkenberg method. jurispr.* Francof. 1756. *Pütter Beitr. zum d. Staats- und Fürstenrecht*. II. Thl. nr. 23. *Eichhorn II. §. 269. Memoires sur la question: depuis quand le droit romain est-il connu dans les provinces des pays-bas*, par Berg Heylen d'Outrepont. Braxell. 1773. *Gesch. des röm. Rechts im Mittelalter*. IV. Bd. Heidelb. 1825–26. *Maurer Gesch. des altgerman. Gerichtsverf.* S. 308. *Sarau über Gesch. des röm. R. in Schleswig in Fals Staatsbürgerl. Magazin*. VIII. nr. 11. IX. nr. 10. X. nr. 3.

3) Daraus stammen so viele Verzichtsklauseln, wo man auch römisches Recht mit hereinzog. s. *Kopp Nachrichten von den geistl. u. weltl. Gerichten in Hessen*. I. Thl. S. 69.

4) *Conte Sclopis storia della legislazione italiana*. p. 15–30. *Forti libri due delle istituzioni civili*. Firenze, 1841. p. 273.

canonische Recht dem römischen Recht bewies ⁵⁾, und durch den Einfluß des römischen Rechts auch auf manche spätere Rechtsammlungen ⁶⁾ und auf einige Reichsgesetze ⁷⁾ wurde das römische Recht wichtig in Bezug auf die Rechtsbildung in Deutschland. Das Aufblühen der Universitäten im Mittelalter, die Sitte, daß Juristen, die mit dem römischen Rechte bekannt waren, in den Hof- und Stadtgerichten angestellt wurden ⁸⁾, das Ansehen der geistlichen Gerichte bewirkte bald noch mehr, daß das römische Recht auf einzelne Rechtstheile Einfluß gewann, durch die Verbreitung seiner Ansichten deutschrechtliche Sätze verdrängte, bald auch auf die Sammlungen der Statuten und Gewohnheitsrechte wirkte, und in den Reichsgerichten ein solches Ansehen erhielt, daß die Erhebung desselben zum gemeinen Rechte leicht vorbereitet werden konnte ⁹⁾. Den wichtigsten Einfluß hatte erst das römische Recht, das, allmählig allgemein verbreitet ¹⁰⁾, die Idee begründete, daß es ein Recht bilde, das für Alle verbindlich sei, woraus man in allen Fällen schöpfen und das übrige Recht ergänzen müsse (gemeines Recht), so daß man selbst nicht verkennen kann, daß durch das römische Recht die wissenschaftliche Ausbildung des deutschen Rechts angeregt wurde ¹¹⁾. Das canonische Recht, als das schon früh in allen christlichen Staaten verbreitete gemeine Recht, erzeugte neue, überall beobachtete Rechtsansichten ¹²⁾, verdrängte manche unpassende deutsche Rechtsinstitute ¹³⁾, trug zur Fortbildung des Civilrechts bei ¹⁴⁾, und wird selbst für das Studium des deutschen Rechts wichtig, da es an das nationale Recht sich angeschlossen und oft Hinweisungen auf deutsche Rechtsinstitute ent-

5) Sclopis storia. p. 97. Das canon. R. verwies häufig auf römische Stellen.

6) J. B. auf Schwabenspiegel.

7) J. B. goldene Bulle. cap. 24.

8) Lappenberg in Hugo's civil. Magazin. VI. Thl. S. 198. Ueber Verbreitung des röm. R. in Württemberg: v. Wächter Handb. des württemberg. Privatrechts. I. S. 73 ff.

9) f. noch Heumann opusc. p. 43. Ropy Nachrichten l. c. I. S. 81.

10) Ueber die Verbreitung in der Schweiz: Bluntschli Rechtsgesch. von Zürich. II. S. 46. und Matile de l'autorité du droit romain, de la Coutume de Bourgogne dans le princip. de Neuchâtel. Neuchâtel, 1838.

11) Bluntschli Vorrede zur Rechtsgeschichte. II. Thl. S. VII.

12) Donandt Gesch. des Brem. Stadtr. II. S. 40. Ueber Geist des canon. R. und seinen Einfluß: Forti libri due. (f. in not. 4) p. 273. f. noch Jörs in Reyscher's Zeitschr. für deutsches R. IV. S. 114.

13) J. B. in Bezug auf die Beweislehre.

14) Rocco jus canonicum ad civilem jurisprudent. perficiendam quid attulerit. Panormi, 1839.

hält ¹⁵⁾, und selbst manche Institute des canonischen Rechts ihre Erklärung aus deutschen Rechtsansichten erhalten ¹⁶⁾. Daß in allen Fällen die canonische Vorschrift der römischen vorgeht, läßt sich nicht nachweisen ¹⁷⁾.

§. 16. [§. 14.] Ausbildung des Rechts seit dem XVI. Jahrhundert, insbesondere durch Einfluß des römischen Rechts.

Durch den Untergang ¹⁾ der Schöffenverfassung, durch den Verfall vieler Oberhöfe ²⁾, durch die Besetzung der Gerichte mit den nur mit dem römischen Recht vertrauten Juristen wurde allmählig das einheimische Recht verdrängt, und das römische Recht, obwohl nur mit großen Widersprüchen ³⁾, selbst von Seite der Stände ⁴⁾, an manchen Orten und nicht auf einmal ⁵⁾ als ein gemeines Recht betrachtet, welches die Richter leiten mußte. Diese Ansicht wurde vom XVI. Jahrhundert an durch die Reichsgerichte ⁶⁾ und die ihnen

15) C. 2—10. X. de consuetud. c. 1. de immunit. eccl. in 6to.

16) J. B. bei der Lehre vom Spolium, Verwandtschaft, dem Reinigungsseide. s. überhaupt Estor vestigia juris german. in jur. canon. Marburg. 1750. Hommel de jure canon. ex leg. german. explicand. Lips. 1755. Tittmann de caus. auctor. jur. can. — in Martin collect. diss. crim. p. 191.

17) Graf Sclopis in der Revue de legislation. 1841. p. 268. und Forti libri due. p. 381. dagegen zwar v. Savigny Rechtssystem. I. Thl. S. 266.

1) Kopp Nachrichten. I. S. 291 von den im XVI. Jahrh. entstand. Obergerichten. s. Meine Schrift: Der gemeine deutsche Prozeß. III. Hft. S. 11.

2) Dreyer Einleit. in die Lübek. Verordn. S. 267. insbesondere Michelsen der ehemal. Oberhof zu Lübek. S. 30 1c.

3) Lübek protestirte noch 1555 bei dem Kammergericht gegen Anwendung des röm. Rechts. Dreyer Einleit. in die Lübek. Verordn. S. 310. s. von der Anhänglichkeit Sachsens an einheimisches Recht: Weiße Lehrs. des sächs. Staatsr. S. 20.

4) Stellen in Phillips Privatrecht. I. S. 103. Auch mit der Volksstimmte zeigte sich häufig ein Widerspruch.

5) Ueberall, wo die alte Schöffenverfassung länger fortbauerte, z. B. in den friesischen Gegenden, erhielt auch das römische Recht erst spät Eingang. Ueberhaupt fand es im Süden schneller Aufnahme, als im Norden. s. noch Bunge das röm. Recht in den deutschen Ostseeprovinzen. Dorpat, 1833. s. von der Schweiz: Frey die Quellen des Basler Stadtrechts, im Anhang S. 124. Von Württemberg gut Reyscher Würtemb. Recht. I. S. 55. Ueber das Verhältniß des röm. R. zum Landesrechte ist überhaupt viel Streit. s. von den Ostseeprovinzen theor. Erört. aus den livl. esthl. und in Curland geltenden Rechten, herausg. von Bunge und Madai. I. Bd. S. 67.

6) Kammergerichtsordn. von 1495. §. 3. Reichshofrathsordn. Tit. I. §. 15. Tit. VII. §. 24. s. aber über die Auslegung dieser Stellen Eichhorn Rechtsgesch. III. §. 440—42., und Tönßen Grundr. eines allgem. posit. Privatr. Kiel, 1828. Vorwort S. XXII—XXXVII.

nachgebildeten Obergerichte der einzelnen deutschen Staaten, so wie durch Reichsgesetze ⁷⁾ und Landesrechte anerkannt. Diese allmähliche Verbreitung des römischen Rechts in Deutschland veranlaßte mehrere Juristen, Rechtsbücher, welche das deutsche Recht in Verbindung mit dem römischen systematisch darstellen ⁸⁾, und sogenannte Formularbücher ⁹⁾ zu liefern, welche für die Kenntniß der Art, mit welcher man römisches Recht damals betrachtete und mit deutschem Rechte verband, wichtig sind. Das Ansehen, welches bald römisches Recht in den Gerichten erhielt, die Schwierigkeit, das einheimische Recht in den Gerichten zu beweisen und die vielfachen Kollisionen veranlaßten die Abfassung von Statuten ¹⁰⁾, zu deren Bearbeitung

7) Reichsabschied v. d. Gotteslästerern von 1495. Reichsabschied von 1529 über Erbfolge der Geschwisterkinder. Notariatsbördn. von 1512.

8) Das wichtigste ist ein (wahrscheinlich in der 2ten Hälfte des XV. Jahrh. gesammeltes) friessches Rechtsbuch, worin das röm. und canonische Recht systematisch bearbeitet ist; gedruckt unter dem Titel: Jurisprudentia frisiaca or frieseche regtkenis door J. Montanus Hettema. III vol. Leuwarden, 1834. 35. Hierher gehört auch das oben §. 8. not. 17 am Ende genannte Rechtsbuch: Spiegel van Sassen.

9) Rhetorica und Formular 1488. Formulari, darin begriffen sind allerhand Brief. Augsb. bei Sorg. 1485. Neue prakt. Rhetorik und Briefformulari v. Gefler. Straßb. 1493. Nieberer Spiegel der wahren Rhetorik. Freiburg, 1493. H. Tengler Laienspiegel v. rechtmäßigen Ordnungen in bürgerl. und veinl. Regimenten. Augsb. 1509. Brand der richterl. Klagspiegel. Straßb. 1516. Hugen Rhetorica und Formular. Tübingen, 1528. Ordnung und Unterweisung, wie sich ein jeglicher halten soll vor den Rechten. Heidelberg, 1490. J. Gobler der Rechten Spiegel. Frankf. 1558. Statutenbuch, Gesetz, Ordn. und Gebrauch kaiserl. Land- und Stadtrechte. Frankf. 1558.; überh. Senkenberg vis. de collect. leg. p. 113—126. Eichhorn §. 443. Wichtig ist auch Polmann Handbuch, darin zu finden, was sich bei Gericht zuträgt. Bittenberg, 1576. 1590. Magdeburg, 1603. Polmann das laufende Urtheil, so man täglich bei Gericht braucht. Elbing, 1558. Königsb. 1563. s. darüber Nießsche in der Hall. Lit. Zeit. 1829. nr. 5.; aber richtiger Kraut Grundriß, Vorrede S. VI. s. überh. über die Formularbücher Spangenberg vom Urkundenbeweise. S. 130. und Nietzsche de prolocutor. p. 2. not. 3.

10) Dahin gehören vorzüglich: Wiener Stadtrecht v. 1435 in Rauch rer. austr. script. vol. III. nr. 33. Nürnbergische Reformation von 1484, begonnen 1479. Riccius von den Stadtges. S. 61. Köhler, histor. jur. statut. Norimb. 1721. Hamburgisches Stadtr. von 1497 in Walch's Beitr. zum d. R. VI. Thl. S. 57. in (Nettelblad) thes. jur. statut. Thl. I. S. 633—720., und in Anderson Hamburg. Privatr. I. Thl. S. 351. Wormsische Reformation von 1498, gedruckt 1513, später 1561. s. Walch Beitr. II. Thl. S. 345. III. Thl. S. 343. Freiburger Stadtrecht von 1520 (wichtig, weil es den meisten Stadtrechten der schwäbischen Städte zum Muster diente, und selbst 1552 bei Abfassung des würtemberg. Landrechts zum Grunde gelegt wurde). Von Landrechten sind wichtig: die Tyrolische Landesordn. von 1526. Fennebergische Landesordn. von 1539.; der Markgraffschaft Baden Statute und Ordnungen von 1511. Die bairischen Gesetze (Landpot von 1516.) Reformation des Landr. 1518. Lehrreich über den Gang der damaligen

man sich schon häufig eines römischen Doktors bediente ¹¹⁾, wodurch freilich das einheimische Recht sehr litt, und wo die allmählig entstandenen Gesetze weniger mehr mit Rücksicht auf das bisher bestehende Recht, sondern nach individuellen Ansichten der Sammler gegeben erschienen. Auch die Gerichtsordnungen ¹²⁾ des XVI. Jahrhunderts sind wichtige Quellen des Privatrechts, und für die Kenntniss des einheimischen Rechts sind die im XVI. Jahrhundert entstandenen Gewohnheitsammlungen ¹³⁾ bedeutend.

§. 17. [§. 15.] Rechtsquellen seit dem XVI. Jahrhundert.

Die Reichsgesetzgebung, deren Streben mehr auf die Feststellung der Landfrieden, auf Organisation der Reichsgerichte, auf Ordnung des Verfahrens, auf Münzgesetze, auf Anordnung der Religionsverhältnisse und auf öffentliches Recht sich bezog, war schon durch das Mißtrauen der Landesherren gegen den Kaiser gelähmt, und konnte über privatrechtliche Verhältnisse höchstens in so ferne etwas anordnen, als ein Institut mit Verhältnissen des öffentlichen Rechts zusammenhing ¹⁾, oder als die Reichspolizei eine gleichförmige Anordnung eines leicht streitig gewordenen Verhältnisses, bei welchem eine Grundansicht des deutschen Rechts fortwirkte ²⁾, forderte. Aber auch

Gesetzgebung sind die Verhandlungen mit den Landständen über die Reformation d. Rechtsbuchs von 1346 am Ende des XV. Jahrh. s. in Krenner's baier. Landtagshandlungen. VII. Bd. S. 372. VIII. S. 505. XII. S. 58—184. XIII. S. 156. XVI. S. 353.

11) Hier sind besonders merkwürdig: 1) Zasius, der Verfasser des Freiburg. Stadtr. v. 1520 und des badiſchen Landrechts von 1511 (geb. 1461, † 1535), Biographie in Jüngers Beitr. zur jur. Biographie. III. Band. S. 227. 2) Richard, der Verf. d. Frankfurterischen und Solmsſchen Rechts, † 1581. Seine Erklärung, wie er sich bei der Abfassung benommen, s. in Erth. Ann. zur Frankf. Reformation. IV. Forts. S. 43. 3) Cl. Caniancula, Verf. der Nürnberg. Reformation und Rath Carl V. s. von ihm Adam de vitis juriscons. p. 59. und Schneidert thes. jur. franc. I. vol. p. 57.

12) So enthält die Mainziſche Untergerichtsordn. von 1531 einen Titel über Vormundschaft, über Einkindschaft; eben so die Kölniſche Gerichtsordn. von 1538, die Untergerichtsordn. von Trier von 1539, wo sich auch ein besonderer Titel über Verjährung und über Abtriebsrecht findet.

13) Ein wichtiges Beispiel gibt die in Senkenberg select. jur. et hist. tom. III. p. 267—300 abgedruckte Samml. der Gewohnheiten einzelner Ämter in Hessen über Erbfälle zwischen Ehegatten. — Sieher gehören auch die Sammlungen von Euttinger. s. unten bei der Literatur des Österreich. Rechts nr. 1. und von Diesfelmeier und Schöpflig unten bei Literatur d. preuß. R. §. 19. not.

1) Z. B. im Ständerecht.

2) Z. B. über Vormundschaft.

andere Reichsgesetze werden in so ferne privatrechtlich wichtig, als sie wenigstens nebenher etwas über einzelne Rechtsätze aussprechen ³⁾, oder deutsche Rechtsansichten enthalten und Institute ⁴⁾ als allgemein vorkommend voraussetzen ⁵⁾. Unter den Reichsgesetzen können unterschieden werden 1) die eigentlichen Reichsabschiede, d. h. die in eine Urkunde zusammengefaßten, vom Kaiser ratifizirten und am Ende eines Reichstags publicirten Beschlüsse einer Reichsversammlung ⁶⁾. 2) Die Reichsschlüsse, d. h. die nach dem Gutachten der drei Kollegien entstandenen, vom Kaiser genehmigten Beschlüsse der Reichsversammlung ⁷⁾. 3) Die Reichsdeputationsabschiede waren die in eine Urkunde zusammengefaßten kaiserlich genehmigten, von einer Reichsdeputation oder Ausschuss gefaßten Beschlüsse. 4) Ordnungen entstanden, in so ferne über besondere Gegenstände oder Organisationen gewisser Verhältnisse Gesetze gegeben wurden. 5) Wahlkapitulationen waren die bei der Kaiserwahl von dem Kaiser über seine künftige Regierungsart zugesicherten und von ihm beschworenen Verabredungen zwischen ihm und den Churfürsten ⁸⁾. — Jedem Landesherrn stand übrigens das Recht zu, in seinem Lande ohne alle kaiserliche Bestätigung Gesetze zu geben, selbst dadurch die Reichsgesetze, vorzüglich wenn die salvatorische Klausel beigefügt war, abzuändern, wenn er nur die Fundamentalgesetze der Reichsverfassung oder absolut gebietende und verbietende Reichsgesetze, die auf öffentliches Recht sich bezogen, nicht verletzte ⁹⁾. Die im Reichsgesetze ausgesprochenen Rechtsätze ¹⁰⁾ galten aber immer als Quellen

3) Z. B. über Zinsen.

4) Ueber Nachsteuer, über Wechselrecht.

5) Eine Sammlung des in den Reichsgesetzen enthaltenen Privatrechts (systematisch geordnet) findet sich in Gerstlacher Handbuch der deutschen Reichsgesetze, nach dem möglichst ächten Text (Stuttg. 1791.) im Xten Theil.

6) Häberlin Repertorium d. Staatsrechts. I. S. 41. Der letzte Reichsabschied (daher der jüngste genannt) ist von 1654.; seit dieser Zeit war der Reichstag bis zur Auflösung des deutschen Reichs überhaupt fortdauernd, daher keine Reichsabsch. mehr entstanden.

7) Seit 1654 gibt es Reichsschlüsse, aber keine Reichsabschiede.

8) Gönners Staatsrecht. §. 12. 13.

9) Thomasius de statu imper. potest. legislator. contra jus comm. Hal. 1708. Silberrad de potest. imper. leg. in imper. contr. Argent. 1756. Glück Comm. I. S. 160. Häberlin Repertorium. I. S. 44. Rettelblad Samml. jur. Abhandl. S. 101 — 110. Gönners deutsches Staatsr. §. 290. Lütz Vorlesungen. S. 381.

10) Brauchbar wegen des Verhältnisses der Reichsgesetze zum röm. Recht ist Grass collat. jur. civil. rom. cum recess. imp. Tub. 1703. Bunge über die Anwendbarkeit der d. Reichsgesetze in den Ostseeprovinzen in d. Erörter. aus dem Liv. Esth. u. Curländ. R. I. S. 289.

des gemeinen Rechts, in so ferne sie so lange angewendet werden mußten ¹²⁾, bis in einem Lande eine landesgesetzliche Abweichung angeführt werden konnte. Den Reichspolizeiordnungen ¹²⁾ nachgebildet, entstanden viele Landespolizeiordnungen ¹³⁾, auch oft Landesordnungen genannt ¹⁴⁾, wichtig für Rechtsverhältnisse, die mit Landeskultur und öffentlichem Rechte zusammenhängen, obwohl auch oft Landesordnungen reines Privatrecht enthalten ¹⁵⁾. Das Eindringen des römischen Rechts, der veränderte Geist der Rechtsbildung, die mit Ausbildung der Landeshoheit erweiterte Ansicht von der gesetzgebenden Gewalt, und von einer gewissen Obervormundschaft des Staats, der nun für alle Verhältnisse der Unterthanen sorgen wollte ¹⁶⁾, erzeugten das Bedürfnis der Umwandlung der einheimischen Landesrechte, oder der Veranstaltung neuer Sammlungen, unter denen die für Privatrecht bestimmten gewöhnlich ¹⁷⁾ Landrechte hießen, während über einzelne Gegenstände unter verschiedenen Namen ¹⁸⁾ einzelne Verordnungen erschienen. Die nur mit römischem Rechte vertrauten Doktoren hatten bei Abfassung jener Rechtsbücher die Oberhand ¹⁹⁾. Jemehr die Landstädte unter landesherrliche Macht kamen, und jemehr die Landesherren ein gleichförmiges Recht für alle Unterthanen zu begründen suchten, desto unbedeutender wurde die Gesetzgebung ²⁰⁾ der Landstädte ²¹⁾, und nur in Reichstädten bildete

11) Reichsdeputationsabschied von 1600. §. 15. Im Reichsabsch. v. 1654. §. 137.

12) Reichsabschied von 1500. Tit. 22—34. Reichsabschied von 1530. Reichs-Poliz. von 1548 u. 1577.

13) Der Ausdruck Polizei kommt zwar schon 1384 in einer Ordnung bei Kleinschmidt Sammlung hess. Ordn. S. 5 vor, allein die Aufschrift ist erst später gemacht. s. noch Vog im neuen Archiv d. Criminalr. III. S. 573—81.

14) Sächsische von 1556, Anhaltische von 1572, Mecklenburgische von 1572, Berg u. Jülichische von 1581, Weimariſche von 1589, Bremische von 1585.

15) J. B. die Hennebergische Landesordnung von 1539 ist ein reines Landrecht über Erbfolge, Eherecht, Obligationenrecht u. a.

16) Eine gute Entwicklung der württemberg. Gesetze im XVI. Jahrh. in v. Wächter Handb. des württemberg. Privatr. I. S. 92—187.

17) Es kommen jedoch sehr verschiedene Namen vor, besonders in Städten, z. B. Willkür, Reformation, Stadtrolle, Dingbuch, Richtbrief; oder vom Einband benannt, z. B. das rothe Buch. Dreyer de variis codicum germ. denominat. Hil. 1761.

18) J. B. Constitutionen, Decisionen, Edikte, Mandate, Generalien, Ordnungen. s. Curtius Handb. d. sächs. Civr. I. S. 28. Paulsen Lehrb. d. schleswig. Privatr. S. 11.

19) Daher wurde die Beachtung des einheimischen Rechts und der Statute sehr vernachlässigt. v. Wächter l. c. S. 227.

20) Unter dem Namen Reformation kommen die im XVI. Jahrh. durch das Bedürfnis wegen eingedrungenen röm. R. veranlaßten Umarbeitungen der früheren Stadtrechte vor.

21) Eichhorn Einleit. in d. Privatr. S. 60. §. 18. Wenn zwar der größte

man das Recht selbständiger durch neue Sammlungen fort ²²⁾. In manchen Städten dauerte das alte Recht ohne Umarbeitung fort, wo dann freilich durch Gerichtsgebrauch und Einwirkung des römischen Rechts vom alten Rechte allmählig sich viel verlor ²³⁾.

§. 18. [§. 16.] Ausbildung vollständiger Civilgesetzbücher.

Obwohl die Mehrzahl der deutschen Landesgesetze das römische Recht als ein gemeines Recht betrachtete, und nur zur Ergänzung oder als Modificationen desselben Sammlungen veranstaltet wurden, so gingen doch schon im XVIII. Jahrhundert aus der Einsicht, daß das römische Recht dem gemeinen Manne unverständlich, an sich kontrovers sey, und durch die Kollision mit den einheimischen Rechten die Rechtsanwendung erschwere, vollständige Civilgesetzbücher hervor ¹⁾. Dahin gehört die bayerische Civilgesetzgebung, welche

Theil von Rechten der Landstädte aus Polizeigesetzen oder auf Verfassung und Gemeindeverhältnisse sich beziehenden Normen besteht, so kommen doch auch größere Stadtrechte, die eigentliches Privatrecht haben, seit dem XVI. Jahrh. vor, z. B. Breslauische von 1577. 1591, Arensberg von 1608, Lüneburg von 1582. 1679, Celle von 1537, Leipzig von 1593, Weimar von 1590. 1670, Coburg von 1651.

- 22) Sammlungen von Statutarrechten und Landesgesetzen enthalten: A. Saveri fascic. ord. judic., d. h. schöner Ausbund. Frankf. 1588. J. Weingarten fascicul. diversor. jur. Nürnberg. 1690. M. de Ludolf collect. quorund. statutor. provinc. et urb. Germ. Wetzlar, 1734. (Nettelbladt) thesaur. jur. provinc. et stat. Germ. Giessen, 1757. II vol. H. A. Geise deutsches Corpus Juris, oder Verfassung der deutschen Nation Rechte. Hannov. 1703. Moser reichsstädtisches Handbuch. 2 Bde. Tüb. 1732. Pufendorf observ. jur. univ. Hannov. 1744. IV vol. (als Anhang zu jedem Theile.) Baldi Beitr. zu dem deutschen Rechte. Jen. 1771. VIII Bde. A. Schott, Samml. zu d. deutschen Land- u. Stadtr. Leipzig, 1775. III. Thl. Beitr. zu den deutschen Land- u. Stadtr. Wezlar, 1777. Gesammelt sind noch viele Statute in Dreyers, Senkenbergs Schriften. Eine Uebersicht der deutschen Partikularrechte liefert Pütter in der jurist. Encyclopädie. S. 116.; bes. Selchow specim. biblioth. jur. germ. provinc. et stat. Gott. 1782. (auch bei einigen Auflagen seiner Elementa) und Staudner fontium atque comment. juris privati spec. provinc. germ. collectio. Norimb. 1775. Einzelne Landesgesetze sind gesammelt in Wegels Samml. der kaiserl. kur- u. landesherrl. Verordnungen. Hanau, 1769. Samml. der im J. 1767 ergangenen. Frankf. 1782. Bergius Samml. außerlebhener deutscher Landesges. Frankf. 1781. XIV Bde. Fortges. v. Beckmann. f. auch noch Niccius jurist. Entw. von d. Stadtgesetzen. Frankf. 1740. Wegelin reichsstädt. Statutenbibliothek in Jägers jurist. Magazin. I. Thl. S. 423—52. f. noch insbesondere Gröndler Uebersicht der Quellen der in den deutschen Bundesstaaten geltenden Land- und Lehenrechte. Jümenau, 1832. und Ortloff deutsches Privatrecht. S. 69—110. Maurenbrecher Privatrecht. I. Thl. S. 185.

23) J. B. in Köln, Bremen.

1) Das von Maurenbrecher Privatr. I. S. 188. dem bair. Codex an die

auf dem Streben beruhte, alle Kontroversen abzuschneiden, und systematisch und verständlich das ganze römische noch anwendbare und das einheimische Recht in einem Gesetzbuche, das an die Stelle aller andern Rechte treten sollte, darzustellen ²⁾. Der Verfasser des Gesetzbuches, B. v. Kreitmaier ³⁾, ungeachtet er wohl fühlte, daß manche römische Vorschriften nicht passend wären, wagte doch nicht von dem nun einmal überall recipirten gemeinen Rechte abzuweichen ⁴⁾. Schon einen Schritt weiter ging die preussische Gesetzgebung. Veranlaßt durch die Kabinettsordre vom 31. Dec. 1746 ⁵⁾ entstand ein von Cocceji ⁶⁾ 1749 bearbeiteter Entwurf ⁷⁾, der jedoch keine Gesetzeskraft erhielt; erst eine Kabinettsordre vom 14. April 1780 ⁸⁾ brachte die Sache wieder in Anregung, worauf als Produkt der Thätigkeit von Garmer ⁹⁾ und Suarez ein Entwurf von 1784 — 88 vorgelegt, durch einzelne Gelehrte und die Stände geprüft und 1794 mit Gesetzeskraft publizirt wurde, nachdem eine Kabinettsordre von 1793 die Umarbeitung des Entwurfs geboten hatte ¹⁰⁾. Mit Unrecht würde man das preuß. Landrecht ¹¹⁾, welches übrigens

Seite gestellte (zwar für seine Seite sehr gute) Landrecht v. Geldern (f. unten S. 19.) gehört nicht hieher, da keine Absicht der Vollständigkeit bei Abfassung jenes Landrechts zum Grunde lag.

- 2) Unter dem Titel: Codex Maximilianus bavaric. civil., oder neu verbessertes und ergänztes kurbair. Landr. von 1756, aus IV Bänden (am Schluß auch das Lehenrecht). Hiezu gehören 5 Bde. Anmerkungen, bearbeitet von Kreitmaier.
- 3) Seine Biographie in Rheingruber Abhandl. über dunkle Gesetzesstellen. Landshut, 1814. S. 31—48. Kreitmaier war geboren 1705, gestorben 1790.
- 4) Man sehe z. B. seine Anmerkungen über den Satz: Nemo pro parte testatus, pro parte intestatus etc.
- 5) Abgedruckt in Matthis jurist. Monatschrift. XI. Bd. S. 194.
- 6) Samuel v. Cocceji, geboren zu Heidelberg 1679, † 1755.
- 7) Unter dem Titel: Corpus juris Fridericianum, d. i. in Vernunft und Landesverfassungen gegründetes Landr. Berlin. Fol. 1749—52.
- 8) Matthis l. c. S. 197.
- 9) Geboren 1721, † 1801.
- 10) Interessante Notizen in v. Oppen Vergleichung der französ. und preuß. Gesetze. Köln, 1827. I. Heft. S. 1—25. Nach der im Texte oben angeführten Kabinettsordre sollten neue, aus den bisherigen Gesetzen nicht fließende, zu deren Bestimmung und Ergänzung nicht dienende Vorschriften aus dem Entw. weggelassen werden. f. auch noch über die Umgestaltung des Entw. Material zur wissenschaftl. Erklärung der neuesten allgem. preuß. Landesges. I. Heft. S. 143. Maurenbrecher Privatr. I. S. 171.
- 11) Es besteht aus 2 Theilen, der erste aus 23 Titeln: I—X. Lehre vom Eigenthum und dinglichen Rechten überhaupt; XI. von Verträgen; XII. Erwerbung d. Eigenthums aus Verordnungen von Todeswegen; XIII. XIV. von Verträgen; XVII. von gemeinschaftl. Eigenthum; XVIII. von Lehen; XX. Unterspändern; XXI—XXIII. von Servituten, Erbpacht u. a. Der zweite Theil aus 20 Titeln: I. von Ehe; II. von väterl. Gewalt;

nicht bloß reines Privatrecht, sondern auch Regierungsprivatrecht, Kirchen-, Kunst- und selbst Criminalrecht enthält, als ein alle Statuten und Provinzialgesetze aufhebendes Gesetzbuch betrachten; das Landrecht wollte vielmehr nur künftig das werden, was bisher das römische Recht, oder in einigen Provinzen das Sachsenrecht war; daher sollten die Rechtsverhältnisse nach den Provinzialgesetzen und Statuten beurtheilt werden ¹²⁾, der Gesetzgeber verlangte aber ordentliche Sammlungen der Provinzialrechte ¹³⁾, und wies selbst häufig den Richter auf diese Rechte hin ¹⁴⁾. Nur in denjenigen Provinzen, welche 1807 von Preußen getrennt und 1814 damit wieder vereinigt wurden, wurde das Landrecht unbedingt eingeführt, ohne

III. IV. Familienverhältnissen; V. Gesundheitsverhältnissen; VI. Gesellschaftsrecht; VII. Bauernrecht; VIII. Stadt-, Handwerks- und Handelsrecht; IX—XIII. vom Adel, Pfarreien, Schulen; XIV—XVII. von Staatsseinkünften und Regalien. XVIII. Vermundtschaft; XIX. Armenanstalten; XX. Criminalrecht. Ueber den Werth des preuß. Landr. v. Savigny vom Verfall unserer Zeit für Gesetzgebung. S. 81—95.

- 12) Publikationspatent Art. 3., selbst die neue Gemeinheitstheilungsordnung vom 7. Jan. 1821 weist den Richter an die Provinzialrechte. Was aber unter Provinzialrecht zu verstehen ist, s. bei Bieliß Comm. zum preuß. Landr. I. Thl. S. 25. Weichsel Comm. zur Gemeinheitstheilungsorden. S. 82.
- 13) Für alle Provinzen liegen schon die Vorarbeiten bereit, z. B. für die Marken von G. H. Wille, für Pommern von Nassow, für Westpreußen von Scheibler bearbeitet. s. v. Kampß Jahrbücher der Gesetzgebung. Heft 35. Bd. 18. S. 99 u. Privatarbeiten für das Recht einzelner Provinzen werden in §. 19. bei diesen Provinzen angeführt werden. Eine auch für jeden Germanisten höchst wichtige Sammlung sind die offiziell redigirten Provinzialrechte von Preußen. Die Arbeit kam unter Leitung des H. Justizministers v. Kampß zu Stande. Nicht bloß die historischen Nachrichten in den Motiven, die Nachweisungen der Quellen und der Ausbildung des Gerichtsgebrauchs, sondern auch das häufig mitgetheilte Ergebniß der Beratungen der ernannten Commissäre über Vortheile und Nachtheile eines Instituts sind sehr belehrend. — Vor uns liegen: Zusammenstellung der in den osthein. Theilen des Reg.-Bezirks Coblenz noch geltenden Provinzialrechte. Berlin, 1837. Revid. Entw. des osthein. Provinz. R. 1837. Revid. Entw. des Provinz. R. v. Eichsfeld. 1837. Revid. Entw. des Provinz. R. des Herzogth. Elbe ostwärts Rheins und Grafsch. Essen, Berden, Eltin. 1837. Revid. Entw. des ostpreuß. Prov. R. 1836. Revid. Entw. des Danziger Part. R. 1837. Revid. Entw. des Prov. R. v. Westphalen. 1837. Revid. Entw. des Prov. R. des Herzogth. Berg, Herrsch. Simborn. 1837. Entw. des Halberstädtischen P. R. 1836. Entw. des westpreussischen R. 1837. Entw. des Prov. R. v. Münster. 1836. Prov. R. der Grafsch. Mark, Stadt Dortmund, Soest. 1836. Prov. R. v. Halberstadt u. Hohenstein. Rev. Entw. des westhein. Prov. R. 1837. Rev. Entw. des Prov. R. v. Pommern. 1836. Prov. R. der Standesherrsch. Lingen u. Tecklenburg.
- 14) Verzeichniß der Stellen, gesammelt in v. Kampß Jahrbücher. Heft 35. S. 196—210.

daß man die alten Statute wieder herstellte ¹⁵⁾. Für die Fortbildung des Landrechts werden die Anhänge und Ergänzungen wichtig ¹⁶⁾.

§. 19. [§. 17.] Uebersicht der in Deutschland vorkommenden Partikulargesetzgebung und Regeln für ihre Anwendung.

Bei der Auffassung der Partikularrechte der deutschen Staaten muß man unterscheiden: I. das Recht, welches in jedem einzelnen Theile des Staatsgebiets vor der Einverleibung desselben mit dem Staate galt ¹⁾. II. Das allgemeine für alle Provinzen und Theile des Landes geltende Landesgesetz. III. Das subsidiarisch geltende Recht ²⁾. In der ersten Beziehung wird es wichtig, aufzusuchen, zu welchem Lande vor der Einverleibung mit dem jetzigen Staate jenes Gebiet gehörte und welches Recht dort galt. In mehreren deutschen Staaten ³⁾ gelten vollständige Gesetzbücher ⁴⁾, während die Mehrzahl derselben nur Länder des gemeinen deutschen Rechts sind. Auch in Ländern der ersten Art hat das Studium der Partikularrechte praktischen Werth a) theils zur Beurtheilung älterer schon vor Einführung des neuen Gesetzbuches begründeter Verhältnisse ⁵⁾, b) theils zum Verstehen und zur Benützung des Gewohnheitsrechts, theils c) für Verhältnisse, für die das Landesgesetzbuch keine Normen enthält ⁶⁾. Eine vorzügliche Beachtung verdient überall, wo ein Staat aus sehr verschiedenen Landesheilen besteht, in denen besondere Statute gelten, die Frage: ob nach der Einverleibung des Landes

15) Biesitz Commentar. I. Thl. S. 23. 3. B. dahin gehören die Länder, in denen das französ. Recht galt.

16) Erster Anhang, Berlin, 1803. Ergänzungen und Abänderungen, sammelt Paalzow Magazin VI. Bd. S. 235. VII. Bd. S. 187. Ergänzungen des allgem. Landrechts, enth. vollständ. Zusammenstellung aller noch geltenden Ges. Berlin, 1823. 2 Thle. Strombel Ergänzungen des allg. Landr. Leipzig, 1824. Nachträge 1829, 1834 u. 1837.

1) Nothwendig ist es hier, die einzelnen Rechtsgebiete zu unterscheiden, z. B. in Holstein und Schleswig, wo vom Gebiete d. sächs. Rechts, des röm. Rechts u. die Rede sein kann. Paulsen Lehrb. d. Privatr. in Holstein. S. 2—8. Eine gute Arbeit ist: Bunge das liv- u. estländische Privatr. Dorpat, 1838. 2 Thle., wo sehr gut die verschiedenen Rechte nach den einzelnen Gebieten abge sondert sind.

2) 3. B. in manchen Gegenden das sächs. Recht.

3) In dieser Rücksicht ist ein Hauptwerk das unten bei dem preuss. Recht anzuführende von Kappß, und für die Rheingegenden das unten anzuführende Werk von v. d. Nahmer.

4) 3. B. Oesterreich, Preußen, Baiern, Baden.

5) 3. B. wenn eine Ehe schon früher geschlossen wurde.

6) 3. B. häufig in Bezug auf Wasserrecht.

theils die früheren Statute als gültig beibehalten, oder durch die Gesetzgebung des Hauptstaates ersetzt wurden ⁷⁾, und im letzten Falle in wie ferne ihnen dennoch subsidiarische Kraft zukömmt. In Ländern, wo das gemeine deutsche Recht gilt, wo daher das römische Recht das gemeine Recht ist, hat das Partikularrecht noch mehr Werth, und besteht theils 1) aus größeren Gesessammlungen ⁸⁾, die neben dem römischen Rechte gelten, theils 2) aus Gesetzen über einzelne Rechtsverhältnisse ⁹⁾, theils 3) aus Statuten einzelner Kreise, theils 4) aus dem Gewohnheitsrechte. Ueberall bedarf es auch der Prüfung, wie das Lokalrecht selbst durch Einfluß späterer Gesetze und durch Gerichtsgebrauch fortgebildet wurde ¹⁰⁾. Darnach ist der Zustand der Rechtsquellen ¹¹⁾ zu betrachten in Oesterreich ¹²⁾,

7) In Baiern bestehen z. B. die meisten Provinzialrechte fort; in Württemberg wurden die alten Statute aufgehoben. Ueber den Umfang ihrer fortdauernden Kraft in Württemberg herrscht viel Streit. s. Reyscher die Einführung der württemberg. Gesetze in den neuen Landen. Tübingen, 1838. Dagegen v. Wächter in Sarwey Monatsschrift für d. Justizpflege in Württemb. II. Bd. S. 13. und Kanzler v. Wächter in Sarwey. IV. Bd. S. 399. s. aber wieder Reyscher in Sarwey. V. S. 219.

8) Landrechte, Landesordnungen genannt.

9) s. verschiedene Namen in §. 17. not. 17.

10) Ein treffliches Werk ist daher: Arnold Beitr. zum deutschen Privatrecht. Ansbach, 1840. (enthaltend das fränkische Partikularrecht).

11) s. das oben §. 17. not. 22. angeführte Werk von Gröndler.

12) I. Oesterreich. Zur Kenntniß älterer Rechte s. altes österr. Landr. aus dem XIII. Jahrhundert; von Stadtrechten: Wiener von 1198 in Lazius vienn. austr. Lib. II. c. 73.; deutsch in Abermann histor. Besch. von Wien. II. Buch. S. 85., auch in Lambacher österr. Interregnum im Anh. S. 146. Stadtrecht von 1296 in Senkenberg vision. p. 283. Stadtrecht von 1351 im Auszuge in Fijcher Versuch über die Geschichte der Erbfolge im Urkundend. S. 302—15.; spätere von 1435 in Rauch script. tom. III. p. 144. Von Rechten von Enß u. a. Städten s. Kurz Oesterreichs Handel in den älteren Zeiten. Linz, 1822. Ein sehr vollständiges Stadtrecht für Enß von 1212 latein. in Hormayr's Taschenbuch für vaterländ. Gesch. 1812. S. 44.; deutsch in Kurz Oesterreich unter Ottokar II. 2r Thl. nr. 47. Stadtrecht v. Neustadt v. 1239 in Hormayr's Taschenbuch. 1812. S. 74—80. Stadtrecht von Kremß und Stein in Rauch script. III. p. 259—391. Ueber österreichische Gewohnheitsfamml. (genommen aus dem Consuetudinarium von 1555, der Landtafel und dem Notizenbuch). s. darüber Binwartner das österr. bürgerl. Rechtspf. Wien, 1831. I. Thl. S. 3. s. Suttinger observat. pract. Wien, 1650.; verneuerte observat. practica. Nürnberg. 1678. Suttinger Consuetud. Austriac. accessit tract. auct. B. Walter. Norimb. 1710. 18. Walter's Consuet. Austr. sind, obwohl erst als Anhang von Suttinger gedruckt, schon vor 1560 gesammelt. s. noch Vossii legum et consuet. Austriac. collat. Vienn. 1774. Wichtig ist tract. de iuribus incorporal., auch abgebr. in Weingarten fasc. II. p. 162. B. Finsterwalter obs. ad consuetud. Archid. Austr. Salisb. 1687. Gesessammlungen in Codex Austriac. ordin. alph. comp. (v. Guarient.) Vienn. 1704. II vol. Con-

tinuat. 1748–52. II vol. (von Heerenleben) Supplementbände, Gesetze von 1740–1770. Wien, 1777. II vol. (v. Pöf.) Theres. Gesetzb. aller Verordn. u. Ges. v. 1740–80. Wien, 1789. VIII Bde. Handbuch aller unter der Regierung Joseph II. ergangenen Verordn. von 1780–90. Wien. XIX Bde. Leopold Gesetzb. aller Verordn. von 1790–92. Wien. V Bde. Französisches Gesetzbuch aller Verordnungen bis 1806. (v. Kropatschek.) XVII Bde. Forts. der von Kropatschek verfaßten Sammlung, herausgegeben von v. Goutta. Wien, 1818. 36 Bde., 44r Bd. 1824. Auszüge aus Gesetzen in de Lucca polit. Codex. Wien, 1789–95. XIV Bde. und desselben Justizcodex. Wien, 1793. X Bde. ferner die offizielle Sammlung der Gesetze s. darüber Winimarter das österr. bürgerl. R. I. Thl. S. 15. Literatur: Kreuzer Handbuch der Literatur d. österr. Privatr. Wien, 1808. und gut Winimarter l. c. S. 19–24. f. noch Beckue von Püttlingen Darstellung der Literatur des österreich. bürgerl. Gesetzb. Wien, 1827. Von den Rechten der einzelnen Provinzen. A) Steyermark und Kärnthen, s. Steyerische Stadtr. von 1278 in Preuenhuber Steyerische Annalen. S. 35. Steyerische Landhandfest. Wien, 1554. Augsb. 1583.; neu verfaßte Reformation 1574. 1583. Ordnung guter Polizei. 1577. f. Walch Beitr. zum deutschen R. V. Bd. S. 272. Beckmann idea juris stat. Stiriac. et Austr. Graec. 1688.

B) Salzburg. Nachr. in (Kleinmayer) unparth. Abhandl. v. dem Staate des hohen Erzstifts Salzburg und dessen Grundverfass. 1765. Auszüge und Notizen daraus in Hofmann Ehreacht. S. 416. f. Jauner in Siebenkees neuem jurist. Magazin. I. Bd. S. 244. und in Siebenkees Beitr. zum deutschen Recht. III. Thl. S. 35. — Salzburgerisches Landthding von 1534 in Walchs Beitr. II. Bd. S. 149. Jauner Auszug der wichtigsten Salzburg. Landesgesetze. III Thle. Salzburg, 1785–90.

C) Tyrol. Nachrichten im Anh. zu de Pauli über das Erbrecht der Ascendenten. Landshut, 1811. S. 4–20. Eine gute Rechtsgeschichte von Tyrol findet sich von Rapp in der Zeitschr. für Tyrol und Vorarlberg (Innsbruck, 1827. im Bde. III, V u. VIII), wo auch viele Urkunden sich befinden. Schon früh im Mittelalter hatten einzelne Thäler ihre Statute u. Freiheiten (im XII. Jahrh.) (Rapp in d. Zeitschrift III. S. 38.) Die Stadt Innsbruck hat Stadtr. von 1239 (Rapp III. S. 51.) Im XIV. Jahrh. wurden die Sammlungen von Statuten einzelner Dörfer noch häufiger (Rapp III. S. 64.; über Bundesbrief von 1323, Rapp III. S. 71.; von allgemeinen Landesgesetzen, Rapp III. S. 75. 95.) Bei der Betrachtung der Statuten Tyrols muß man die des deutschen und die des italienischen Tyrols unterscheiden. Für die Grafschaft Tyrol erging Landesordnung von 1526 (wegen des Einflusses der Bauernschaft die Bauern-Landesordnung) gedruckt Augsb. 1826. f. Schilderung Rapp V. S. 33. Revidirte LandesD. v. 1532 (durch Dr. Frankfurter) Rapp V. S. 65. In den einzelnen Thälern bestanden besondere (oft rein deutsches Recht enthaltende) Statute, z. B. im Gericht Ennsberg von 1524 (Rapp V. S. 122), in Buchenstein von 1541. In Mattenberg, Rißbüchel und Ruffstein galt das alte bayer. Rechtsbuch v. 1346 unter dem Namen Buchsag fort (Rapp V. S. 127.) Im italienischen Tyrol bildete die Tridentinische Gesetzgebung die Grundlage, enthalten im Statutum Tridentinum von 1504 (Rapp VIII. S. 6.), vermehrt 1528 (über Ausgaben und Inhalt Rapp VIII. S. 7.). Einzelne Thäler haben wieder ihre besonderen (häufig sehr wichtigen) Statute, z. B. das Thal Ampezzo 1354, Statuta della comunita di Ladore. Venet. 1693. (Rapp VIII. S. 62.) Statut von Ivano Telve e Castellalto. Bassano, 1721. Statut von Arco v. 1645. Weist. Statuten von Roveredo, gedruckt 1610; die merkw. (noch MS.) Statuten vom Thal Fiemme; Statuta della Valle di Ledro. Trento, 1777.; von Riva, bestätigt 1774. (f. über alle diese Rapp VIII. S. 67.) Ein Verzeichniß aller Tyroler Statuten (am vollständigsten in der Bibliothek des Präsidenten de Pauli in Innsbruck) hat geliefert Karpe in der Beilage zur Innsbrucker Nationalzeitung von 1835.

f. noch tyrolische Gewohnheitsrechte, gesammelt in der tyrol. Monatschrift v. 1769. f. noch Reichenfeld comm. pract. ad jus statutar. Tyrol. Genip. 1716.

D) Böhmen. Hierher gehören die Untersuchungen über slavisches Recht überh. Macielowski slav. Rechtsgegeschichte übers. von Bug und Nowroki. I—III. Stuttgart, 1835—39. Cafaryt slavische Alterthümer. Prag, 1836. A. Rucharsti älteste Denkmäler der slovenischen Rechte. Warschau, 1839. Von alten böhm. Landr. f. Cosmas († 1125) in Chron. Lib. II. p. 26.; nach der Ausg. von Pelzel script. rer. Bohem. tom. I. u. von d. Gesetzen v. Przemisl (merk. Codex im Wenzelslocher zu Prag). Dohner in historisch krit. Anmerk. auf das Jahr 676. S. 79. Die Gesetzgebung von 1197—1228 in Habrich Jura primaevae Moraviae collegerunt et notis illustr. Benedictini. Brun. 1781. f. noch Voigt Geist der böhm. Gesetze. S. 68—79. Mehrere böhmische Städte richteten sich nach Magdeburger Recht. Voigt Geist l. c. S. 107.; von böhm. R. des Mittelalters f. Gaupp in dem Ergänzungsbogen zu Streitschles. Provinz. Plättern, November 1827. Stück 11. S. 332—346. Merkwürdig ist die majestas Carolina (von Carl IV.) 1348, die jedoch von den Ständen nicht angenommen wurde. f. Pelzel Leben Karls IV. I. Thl. S. 311. Voigt S. 139—163. Es existiren noch unbenutzte böhmische Landrechte aus XIII. Jahrh. und Commentar dazu von Duba (unter Carl IV.), auch eine Gerichtsordn. aus XIV. Jahrh. f. Gaupp l. c. S. 338—41. Landesordnung von Ferdinand I. ist schon gesammelt 1492 und 1500, in der jetzigen Form redigirt 1530, 1534, 1538, 1564, 1565 wieder aufgelegt, wurde (übersetzt von Sturba) deutsch 1604 (Frankf. u. Leipzig, 1617) herausgegeben als erneuerte Landesordn. von 1627; schon 1341 begannen die Vorarbeiten zur Sammlung. Voigt S. 182., und Deklaration und Novellen hiezu 1640. Böhmische Stadtrechte waren schon unter Wladislaw gesammelt; die gedruckte Ausgabe ist: Böhm. Stadtr. in Prag und andern Städten. Leipz. 1607. Die Sammlung erfolgte böhmisch 1536, revidirt 1579. Voigt S. 185 vollst. deutsche Stadtrechte in Böhmen. Wien, 1721. Weingarten Auszug der vermehrten Landesordn. mit Anh. Prag, 1686. Ejusd. fascic. divers. jur. tom. IV. Norimb. 1690.; ejusd. codex Ferd. Leop. Joseph. pro regno Bohem. etc. Prag. 1720 Zur Rechtsgesch. Voigt über den Geist der böhmischen Gesetze in verschiedenen Zeitaltern. Dresden, 1788. Zur Literatur: Fr. de Serponte et Bregazzii prompt. jur. bohem. Prag. 1678. Grana veter. et nov. leg. oder alphab. Ausg. Prag, 1690. Feigel inst. jur. bohem. Prag. 1765. Gross instit. Prag. 1764. Stöhr Handbuch der älteren bürgerl. Gesetze für Böhmen. Prag, 1788. Keffenbrink med. ad jus stat. Prag. spec. I. II. Francof. 1760. f. noch v. Kampp stat. Rechte der preuß. Monarchie. I. Thl. S. 516. Angekündigt ist eine böhmische Rechtsg. von Dr. Glückfeld aus Prag.

E) Mähren. Wichtig Putschek Codex dipl. Morav. Brün. 1837. Die ältesten Gesetze von Ottokar von 1229 in dem Werke Jura primaevae Moraviae colleg. Benedictini. Rayhrad. Brunn. 1781. Brünnener Stadtr. von 1243. 1268 in Senkenberg vision. p. 297. Jglaun hatte schon 1248 Statute, in Dohner mon. IV. p. 191. Ueber die älteren Gesetze Mährens f. Dohner monument. Bohemiae. tom. IV. p. 205 etc. Dohner über die Gesetze des Fürsten Ulrichs in den Abhandl. der böhm. Gesellschaft. Jahrgang 1786. S. 462. v. Wense über die alten Municipalrechte daselbst. Jahrg. 1787. S. 75. Tschoppe u. Stenzel Urkundebuch. S. 371. Eine Sammlung d. Mährischen Gewohnheitsrechte ist 1490 von Tobitschau gemacht. f. Elvert in Wagners Zeitschrift für österr. Rechtsgelehrsamkeit. 1829. I. Bd. S. 56. Ref. mährische Landesordn. von 1628. Das erste mährische Landrecht ist gedruckt Leikomisch, 1538. Olmütz, 1604. Elvert in Wagners Zeitschrift. S. 67. Böhmische Stadtrechte wurden in Mähren unter Rudolph ein-

Preußen ¹³), Bayern ¹⁴), Hannover ¹⁵), Braunschweig ¹⁶),

geführt; gedruckt in Brünn, 1701. f. noch Luskhe das alte und neue Recht Mährens und Schlesiens. Brünn, 1818. 2 Bde. Auch bedienten sich die mährischen Städte des Magdeburger und Breslauer Rechts. Eschoppe u. Stenzel Urkundenb. S. 568. Fischer Gesch. von Olmütz. S. 112. und Elbert S. 72. Ein Oberhof war in Brünn, dessen Aussprüche 1350 und 1471 gesammelt wurden. Elbert S. 76.

- 13) Preußen. Rechte einzelner Landestheile. Das Hauptwerk darüber ist v. Kampe die Provinzial- und statutar. Rechte der preuß. Monarchie. Berlin, 1826—28. III Bde.

A) Märkisches Recht. f. v. Kampe Literatur d. märkischen R. in den Jahrbüchern für die preuß. Gesetzgebung. Heft 25. nr. II. v. Kampe statut. R. I. Bd. S. 1—142. Die Statute der märkischen Städte sind unmittelbar oder mittelbar auf das Magdeburgische Recht gegründet. Das erste z. B. ist in Stendal, Prenzlau, Seehausen, Salzwedel geschehen; mit dem Stendalischen Rechte wurden wieder bewidmet Bittstorf, Neuruppin, Kyritz. f. v. Kampe in Beitr. zu dem Mecklenburg. Staats- und Privatr. II. Bd. S. 180. f. Urk. in Gerken fragm. march. tom. II. nr. 8. III. nr. 4. 5., und noch v. Kampe Litr. des märk. Rechts. S. 194—196. und v. Kampe in Mathis jurist. Monatsschrift. XI. Bd. S. 38—90 f. v. Kampe Jahrbücher. Heft 53. nr. 1. und v. Kampe statut. Rechte. I. S. 21—56. und Heydemann die Elemente der Joachimischen Constitution. S. 47. In der Mark überhaupt galt Sachsenrecht (v. Kampe Lit. S. 120.). Zur Vergleichung des älteren Rechtszustandes wichtig: Landbuch des Churf. und Mark Brandenburg unter Carl IV. 1375 verfertigt, herausg. v. Herzberg. Berl. 1781. Von älteren Gesetzen wichtig: Polizeiordn. der Städte v. 1515. Kammergerichts-Ordn. v. 1516 (viel für Privatrecht). Joachimische Constitution wegen Erbfälle von 1527. und darüber das Werk v. Heydemann. Landtagsregeste von 1527. 36. 39. Landesordnung Georgs 1594 (nicht als Gesetz gültig). Die märkischen Gesetze, gesammelt in Mylius corp. Constit. Marchicar. VI Theile mit 4 Fortsetzungen. Berlin, 1636. Repertorium hiezu 1755. Als Gewohnheitsfassungen u. Commentare dienen: eplische Statute und Gewohnheiten der Chur u. Mark Brandenburg, gezogen aus Reversen, Ordnungen und Observationen. H. Diestelmaieri cura Scheplitz. Jen. 1608., Lips. 1670. u. Scheplitz consuetud. Elector. et March. Brandenb. recogn. et auxit Chr. Pape. Berol. 1744. (und über Schepfig f. v. Kampe f. 9.) Hierher gehören noch: Söge die Provinzialrechte der Altmark. II Theile. 1836. Scholz Provinzialr. der Kurmark. 1834. v. Kunov Prov. R. der Neumark. Berlin, 1836. f. noch über Märk. R. Kiebel Magazin des Provinz. u. statutar. R. der Mark Brandenburg. Berlin. I—III Bde.

B) Herzogthum Preußen. (Rechtsgeschichte davon ist als Einleitung. S. 1—64, vor der Ausg. des Culm. Rechts ex ultim. revis. Dort auch in den Beilagen S. 273—85.) v. Kampe statutar. Rechte. I. Theil. S. 143—298. Grundlage ist hier das Culmische Recht und zwar Handveste v. 1233 von Hermann v. Salza, latein. in Hartknoch, altes und neues Preußen. S. 665. Handveste von 1251 latein. in Bandike jus Culmena. p. 283. und Schottky Zeitschrift: Borzeit und Gegenwart. Posen, 1823. I. Bd. Heft 2. nr. 13., deutsch in Spangenberg Beitr. zu den deutschen Rechten. S. 208. f. noch Wersche Gesch. der niederl. Kolon. I. Theil. S. 155. II. Theil. S. 674. Schweikhart in v. Kampe Jahrbüchern. Heft 53. Ergänzungen in v. Kampe Jahrbüchern. Heft 61. S. 225. f. noch Voigt Darstellung der Rechtsverfassung Preußens während der Zeit der Ordensherrschaft. Marienwerder, 1834. S. 3. Das eigentliche alte Culmische Recht (gesammelt 1394, eine Mischung von Sachsen-, Magdeburgischem u. Culm. R.) ist gedruckt Thörn, 1584.; höchst wahrscheinlich gründet sich dies Recht auf die Rechtsprüche

des Schöffenstuhls zu Eulm, ferner auf Breslauerrecht, und in so ferne mittelbar auf Magdeburgisches. f. Gaupp das alte Magdeburg. Recht. S. 123. f. darüber Schweithart. S. 20. und Gaupp Schles. Landrecht. S. 9. not. S. 240—255. Voigt S. 16. Vorzüglich Lemann das alte Eulmische Recht. Berlin, 1838. Auch die Statute der einzelnen preuß. Städte gründen sich auf Eulmishes Recht, f. Erl. Preußen, I. Bd. S. 205. II. S. 456. III. S. 464.; z. B. Königsberger Statute von 1394, verm. 1420. f. Sahmeio de stat. civit. Regiom. Rog. 1741., und Danzig Willkür von 1388, von 1597, neu revid. 1761. Linde de origin. libris jur. et stat. Gedaneus Dantisc. 1680. Elbing hatte Lübisches Recht, f. Hartknoch altes u. neues Preußen. P. II. cap. 7. p. 562. f. überh. von den Rechten der Städte im Herzogthum Preußen v. Kampß statutar. Rechte. I. S. 177. 259—277. u. v. Kampß Jahrbücher. Bd. XI S. 109. Schweithart l. c. S. 24—32. Im Jahr 1534 begann die Reformation des Eulmischen Rechts, Schweithart S. 40.; 1549 wurde der Entwurf vorgelegt; wichtig hiezu ist die Heilsbergische Revision von 1555 und die von 1566, gedr. 1711 in Braunsberg; davon verschieden ist die Neumarkter Revision, Bandtko jus Culmense cum appendic. Varsav. 1814. Schweithart S. 43. und der Danziger Eulm. Schweithart S. 45—54. Wegen Nichtvereinigung des Adels und der Städte entstand 1599 das jus terrestre nobil. Pruss. Thörn, 1599. 1622.; Danzig, 1728—36. f. über die Gültigkeit Kleins Annalen XXII. Bd. S. 297. XXXIII. nr. 1. f. v. Kampß statutar. Rechte. I. S. 248. und das jus Culmense ex ultima revis. 1711. Danzig, 1765 u. 1767. und Landrecht des Herzogthums Preußen von 1620. Schweithart S. 55. Neu revid. Landrecht. Königsb. 1685., und verbessertes Landrecht des Königreichs Preußen, 1721. Von Landesordnungen von Preußen, Landesordnung von 1309 in d. Samml. preuß. Urk. II. Thl. S. 113. von 1526. Königsb. 1529. Sakung und Landesordn. von 1577 und Landesordn. von 1640. Sahme Einleit. zur preuß. Rechtsgelehrsamkeit. Königsb. 1741. Corpus Constit. Prutenic. (v. Grube.) Königsb. 1721. III Thle., und Abweichungen vom preuß. Landr. sind gesammelt in ostpreuß. Provinzialrecht. Berlin, 1801. Lemann Handb. des ostpreuß. Provinzialrechts. Jasterburg, 1821. Lemann Einl. in die Provinzialrechte von Westpreußen. Marienwerder, 1830.

C) Provinz Sachsen. f. v. Kampß statutar. Rechte. I. Thl. S. 299—486. 1) Magdeburger Provinzialrecht, viel in Dreihaupt Beschreibung des Saalkreises. Halle, 1755. — Magdeburg. Kirchen-, Polizei- und Prozeßordn. von 1652. 1673. Augusti Administratores Magdeburg. Ordnungen. Leipz. 1673. Brandenburg im Herzogth. Magdeburg publizierte Polizeiordn. v. 1688. Mylii Corp. const. Magdeburg. Magdeb. 1714. — Recht der Stadt Magdeburg f. oben §. 11. not. 19. Dazu v. Kampß statutar. Rechte. I. S. 309—16. Magdeburg. Willkür 1568; reform. Willkür und Statuten von 1625. 1663; revidirte Willkür, oder Stadtrecht v. 1712. (Diez Archiv Magdeburg. Rechte. S. 64.); von Rechten anderer Städte v. Kampß S. 319. f. noch überh. über Magdeburg. neueres Recht v. Kampß Jahrbücher. Hft. 43. S. 50. v. Klevis Provinzialr. des Herzogth. Magdeburg. 1837. II Bde. 2) Fürstenthum Halberstadt. Lenze Provinzialrecht des Fürstenthums Halberstadt und Grafschaft Hohenstein, herausgeg. von Strombeck. Leipzig, 1827.; in v. Kampß statutar. Rechte. S. 317 einzelne Verordnungen. — Von Rechten der Städte, z. B. Halberstadt, wo Goslarisches Recht galt, f. oben §. 11.; übrigens hat es ein eigenes altes Stadtr. f. v. Kampß S. 368.; vom Rechte von Uchersleben v. Kampß S. 379. 3) Herzogthum Sachsen. v. Kampß stat. Rechte. I. S. 395 u. Interessant sind hier besonders die Rechte einzelner Städte, z. B. Wittenberg. Stadtr. von 1424, u. Willkür v. 1504. f. v. Kampß S. 405.; von thüringischen Städten, Raumburg. Gerichtsordnung von 1461, Wersburg. v. 1506. v. Kampß S. 437.; Erfurt. f. oben §. 11. — Das alte Für-

ßenrecht v. 1234. 1289, Willkür von 1306. v. Kamph S. 471. und Heinemann die statutar. Rechte für Erfurt und sein Gebiet. Erfurt, 1822. Pinder Provinz. R. der vorm. sächs. Landestheile. II Thle. 1836.

D) Lausitz. v. Kamph statutar. Rechte. III. S. 609 u. Geschichte in Oberlausitzischen Beitr. zur Gelehrsamkeit. I. Stück. S. 3 und 33. Stück IV. S. 49. Stück IX. S. 129. Stück XI. S. 161. Meißner Literatur des Oberlaus. Rechts. Zittau, 1800. Weinart Rechte u. Gewohnh. der beiden Markgrafenthümer Lausitz. Leipzig, 1793. II Thle. Noch gehört hieher ein großer Theil des Rechts von Sachsen, unter welchem die Lausitz stand. — s. noch Corp. jur. provinc. March. Lusatie super Badissia. 1715. Cont. 1770. Landesordn. v. 1551. Von Rechten der Städte ist wichtig das von Görlitz (gegründet auf Magdeb. R.), v. Kamph III. S. 614.

E) Pommern. v. Kamph Jahrbücher. Heft 56. S. 199. und v. Kamph statutar. Rechte. II. S. 1—247. In den Städten gilt theils Lübisches Recht, z. B. Anclam, Camin. Dreyer Einleit. in Lüb. Verordn. S. 275. Balthasar histor. Abhandl. von d. in pommerschen Städten geltenden R. Greifsw. 1777. v. Kamph stat. R. II. S. 34. Andere Städte, z. B. Stettin, Pölitz, Garz haben Magdeburg. Rechte. s. Brüggenmann ausführl. Beschreib. des gegenwärtigen Zustandes des H. Pommern. I. Thl. 68 Hauptst. S. 77. Eine eigene Ausbildung erhielt Stettinisches R. s. Sibrand kurze Nachrichten aus beglaubigten Urkunden vom Stettin. Rechte. Stettin, 1713. Auch das Schwerinische Recht hat Ansehen auf dem Lande. Balthasar l. c. S. 24. Homeyer hist. jur. pomeran. p. 30.; auch Culm. Recht galt in einigen Städten, z. B. Lauenburg, Bülow; s. Balthasar histor. Abhandl. S. 17. Statute von Rügenwalde s. in Schott Samml. I. Thl. nr. 2.; von Gützkow in Schott l. c. nr. VII.; von Anclam s. v. Kamph II. S. 52.; von den Rechten in Neupommern (ehemals Schwedisch-Pommern) v. Kamph II. S. 64. Für das Fürstenthum Rügen (v. Kamph II. S. 84) gilt der (von W. v. Normann 1529) gesammelte Wendisch-Rüganischer Landbrauch. Strals. 1777, herausgeg. von Gadebusch, auch abgedruckt in Dreyer mon. anecd. ant. I. p. 209. Die erste Sammlung ging schon 1496 von Waldemar aus; s. noch Helwig orat. de Cod. jur. prov. Vandal. rug. Gryphsw. 1724. Sammlung von Gesetzen in Balthasars apparat. dipl. historic., oder Verzeichniß aller pomm. Landesges. Constitut. Greifsw. 1730. Quittmann Ordn. oder Samml. der pomm. Verordn. 1750 in Dähnert Samml. gemeiner u. besond. pomm. Landesurf. u. Ges. Strals. 1765. 3 Thle. v. Dreyer Codex pom. et vic. terrar. Stettin, 1748. mit Anhang. Berlin, 1795. Delrichs Verzeichniß der v. Dreyerischen Samml. Stettin, 1795. s. vom pomm. Recht Schwarz Einl. in die pomm. u. Rügian. Justizhistorie. Greifsw. 1735., und die oben angeführte Schrift von Balthasar in Pistor amoenitat. jur. P. IV. p. 935. Hymen in den Beitr. zur jurist. Literat. III. Thl. S. 343. Homeyer hist. jur. pom. cap. Berol. 1821. Von Hinterpommern, v. Kamph II. S. 90. Provinzialr. des Herzogth. Alt-, Vor- und Hinterpommern. Stettin, 1837. Prov. R. des Herzogth. Neuvorpommern und des Fürstenth. Rügen. VI Thle. 1837.

F) Schlesien. s. Literat. des schles. R. in v. Kamph Jahrbüchern. I. Bd. S. 291. II. Bd. S. 203. Ludewigs Zusätze im Heft XX. S. 335. Schubert de legib. Siles. Lips. 1720. Schroer de Sternfels hist. jur. Siles. Lips. 1736. Friedensberg Abhandl. von den in Schlesien üblichen Rechten. Breslau, 1738. II. Thl. Jachmanns Beitr. zur jurist. Literatur in Schlesien. Breslau, 1787. Vaters Privatrechtw. eines Repert. der schles. Verfassung. Breslau, 1798. s. v. Kamph statutar. Rechte. I. S. 487. Es galt dort sächs. Recht. v. Kamph. — s. über den sogenannten vermehrten Sachsenspiegel oben S. 10. Das wahre für Schlesien (obwohl nicht publizierte) schles. Landr. ist noch ungedruckt. s. oben S. 10. und Gaupp das schles. Landrecht. Leipzig, 1828. Kretschmer de jur.

Siles. Saxon. Hal. 1704. in Stryk diss. Halens. II vol. nr. 8. Meißter über Aufnahme und fortdauernde Gültigkeit des Sachsenrechts in Schlesien. Breslau, 1808. Vater über die heutige Gränze der behaupteten Gültigkeit des Sachsenrechts. Breslau, 1818. Wegen der ehemaligen Verbindung werden noch wichtig polnisches Recht, z. B. für Glogau. f. Kamphs Jahrbücher. I. Bd. S. 317. v. Kamphs I. S. 518. und böhmisches, z. B. in Grafschaft Glatz, f. darüber v. Kamphs I. c. S. 319. v. Kamphs I. S. 515. Nachrichten u. Sammlungen von den schles. Rechten f. in Böhme diplomat. Beiträgen zur Untersuchung der schles. Rechte u. Geschichte. I—IV. Thl. Breslau, 1771. Ehrhard neue diplomat. Beitr. Bresl. 1773. Sammlung aller in Herzogth. Schlesien u. Glatz publicirten Ordn. I—XIX. Bd. Breslau, 1742—90. Neue Samml. der Ordn. Breslau, 1792—1804. VII Bde. und (Suarez) Sammlung alter und neuer schles. Provinz. Gesetze. Breslau, 1771—73. II Thle. J. a Weingarten fascic. divers. jur. Nürnberg. 1690. Friedenberg tract. de general. et part. Siles. jur. Bresl. 1738. II vol. Von den schlesischen Städten sind mit Magdeburg. Recht bewidmet: Goldberg, 1211; Neumarkt, 1235; Breslau, 1261. 1295; Brieg, 1327. Schweidnitz (diplomat. Beiträge I. c. I. Thl. S. 1. S. 20.) f. überhaupt Gaupp das alte Magdeburg. u. Hallische R. Breslau, 1826. v. Kamphs statut. Rechte. I. S. 513. v. Kamphs Jahrbücher. Heft 53. S. 24. Gaupp schles. Landr. S. 215—76.; vom Recht von Schweidnitz, merkw. v. Kamphs I. S. 562. Gaupp S. 215. Am meisten scheint das Breslauische Recht auf andere schles. Städte sich verbreitet zu haben. Von einem Stadtrecht v. Löwenberg (a. d. XIII. Jahrh.) gibt gute Nachricht Homeyer in d. Uebers. von Rosenbings Grundr. der dän. Rechtsgesch. S. 97.; auch mit flämmischem Rechte sollen einige schles. Städte, z. B. Neisse, Oltmachau, bewidmet gewesen seyn. Gaupp I. c. S. 46. f. oben §. 11. not. 19. und die Urkundensamml. von Tschoppe und Stenzel. Hamb. 1832. und Stenzel script. rerum Silesiac. vol. I. Bresl. 1835. Ueber deutsches und flämmisches Recht in Schlesien Gaupp in der Zeitschrift für deutsches Recht. III. Bd. S. 41 u. Eigene Statute haben Breslau von 1577, verm. 1588. 1591, revid. 1710. f. Statutarr. der Stadt Breslau mit den Abweichungen vom allgem. Landr. Brieg, 1794. v. Kamphs statut. Rechte. I. S. 527—37.; von Leobschütz Willkür in Böhme diplom. Beitr. II. Thl. S. 4. Brieg Statut von 1551, auch in Köllners Wolagiographia p. 117. Schweidnitz. Statut, in Weingarten fascic. L. II. p. 295.; von Landeshut. Stat. f. Kleins Annalen III. Thl. S. 238. Von den noch ungedruckten Statuten anderer schles. Städte Auszüge in diplomat. Beitr. VI. Thl. S. 57—62. und das unten angeführte Werk von Wenzel. An vielen Orten gelten zwar keine geschriebenen Statute, aber doch von Privatpersonen gesammelte Gewohnheitsrechte, z. B. in Wenzel II. Thl. von S. 314 an. Für einzelne schles. Territorien (v. Kamphs stat. R. I. S. 557.) gelten besondere Landesordnungen. Landesordn. für Oppeln und Ratibor 1562 in Weingarten II. p. 288. Landesordn. für Troppau v. 1673 in Weingarten p. 342. Landesordn. für Teschen von 1573 in Weingarten p. 334. Saganißches Landr. von 1614—1651 in Weingarten p. 415. Delnßische Landesordn. v. 1517. 1617 in Weingarten p. 154. Eine gute Sammlung der verschiedenen schlesischen Provinzialrechte in der Schrift: Beitr. zur Kenntniß des schlesischen Provinzialrechts. Bresl. 1830. und vorzüglich Wenzel die jetzt bestehenden Provinzialrechte d. Herzogthums Schlesien u. d. Grafschaft Glatz. Breslau, 1839. II Thle. und Koch u. Baumeister schles. Archiv f. prakt. Rechtsw. Breslau, 1838.

G) Westphälische Provinzen u. Grafschaft Marl. v. Kamphs statutar. Rechte. II. von S. 248 an, und gut Seiberg die Statutar- und Gewohnheitsrechte des Herzogth. Westphalen. Arnberg, 1839. Die Statuten der Städte gründen sich a) auf die Rechte von Soest (oben §. 11.

not. 10.), z. B. Minden, Lippstadt, Attendorn, Bartenberg, Corbach. f. Westphalen mon. IV. praef. p. 130. Terlinthen im neuen westphäl. Magazin. I. Bd. S. 331. Sommer von deutscher Verfassung im german. Preußen. S. 19–55. Auf Lippstädterrecht (Pulendorf obs. III. Anhang p. 406 und spätere Statute in Kunde Beitr. II. S. 397) gründet sich das Recht der Stadt Büren (f. in Wigand Archiv. III. Bd. S. 29.; ferner das Recht der Stadt Rheda in Wigand Archiv. VI. Bd. S. 259.; b) auf das Recht von Rütthen (oben S. 11.) z. B. Berl. Seiberg die Statutarrechte. S. 212. c) auf Dortmunder Recht, z. B. Corvei und Hörter. Dortmunder Stat. von 1379, abgedr. in Dreyer Nebenstunden. nr. V., ältere aber in Wigand Geschichte von Corvei und Hörter. Hörter, 1819. Urkundenb. II. Thl. S. 209. Von Statuten v. Hörter Wigand Archiv für Gesch. Westphalens. I. 38 Hft. S. 35., und Bd. III. Heft 3. S. 14. Redebach gegründet auf Recht v. Soest, nach Privileg. von 1124. v. Kampß statut. R. II. S. 691. Privil. von 1165, daselbst, und (obwohl nicht vollständig) in Rindlinger Münster. Beitr. III. Thl. nr. 5–19.; es kommt dort auch ein Stadtrecht aus XIV. Jahrh. vor (mit wichtigen Bestimmungen). v. Kampß statut. R. II. S. 693. f. noch über Recht von Redebach Seiberg S. 238. Bocholt hat gesammelte Statute von 1481, einige Artikel in v. Kampß Jahrbücher. II. S. 612. f. noch Statuten aus XV. Jahrhundert. in Wigand Archiv. III. Bd. 16 Heft. S. 1., und Bd. III. Heft 1. S. 1. Coesfeld 1197 ibid. S. 104. Coesfeld hat gesammeltes Stadtrecht (MS.) aus 43 Titeln; Sammlung beginnt mit 1344. Das letzte Statut in der Sammlung, die ich besitze, ist von 1535. f. v. Kampß statut. Rechte. II. S. 62. von der Stadt Brilon Seiberg l. c. S. 218. Mehrere Städte sind gegründet auf Münsterisches Recht, wo das Privilegium Ottonianum galt. f. liefert Münsterisches Urkundenbuch aus vaterländischen Archiven. Münster, 1823. I. Bd. S. 472. 498. Stat. von Bochum. Polizeiordn. Auszüge im neuen westphäl. Magazin 1790. 7 Hft. S. 194. Das Bochumer Land- und Stoppelrecht. ibid. 78 Hft. S. 205. f. noch Bochumer Gerichtsordn. von Johann II. in v. Kampß statut. R. II. S. 311. Warberg hat Bursprache aus XV. Jahrh. f. neues westphäl. Magaz. 76 Heft. S. 265. f. v. Kampß stat. R. II. S. 612. Münster hatte schon Stat. 1326, die geltenden in der Polizeiordn. von 1740. Die Münsterischen Stat. von 1326 sind zu sehen aus dem Privilegium Ottonian. für Bielefeld, abgedruckt in v. Kampß II. S. 501. Rechte des Bisthums Münster. v. Kampß stat. R. II. S. 491. Münster. Landesprivil. von 1309 in Rindlinger Münster. Beitr. II. Thl. Urk. S. 303. Gemeine Münster. Landesordn., publ. 1517. Münster, 1671. Landurtheile von Sandwell, f. in Wigand Archiv. VI. S. 339. Arensberg hat Stat. von 1608. Morgensprache von 1608. Arensberg ist auf Recht von Rütthen gegründet. v. Kampß stat. R. II. S. 687. Seiberg S. 266. f. noch Provinzialr. des Fürstenth. Münster, herausgeg. von Strombel. Leipz. 1829. Paderborn. Polizeiordn. von 1665 und Paderborn. Landesordn. 4r Thl. Paderborn, 1585–88.; vom Paderborn. R. überhaupt. v. Kampß statut. R. I. S. 529.; von Stadt Paderborn. Gebrüchen in Wigand Archiv. II. Heft 1. nr. 3. v. Kampß II. S. 535. Wigand Provinzialr. der Fürstenthümer Paderborn und Corvei. Leipzig, 1832. III Thle. Einzelne Gebiete haben eigene Landrechte, merkwürdig unter diesen das Delbrücker Landrecht. f. über Geschichte des Landes Wigand Archiv. IV. S. 430. Wigand Provinzialr. von Paderborn. II. S. 395. f. dessen Gesch. von Paderborn. II. Thl. S. 145., noch Urk. von 1415 in Rindlinger Geschichte der Hörigkeit. S. 548., und abgedr. das Delbrück. Landrecht in Kampß Jahrbücher. Heft 57. S. 62., vorzüglich in Wigand Archiv für Gesch. Westphalens. Bd. V. Heft 3. S. 221. Vom Ravensberger Rechte f. Meinders de judiciis centenariis p. 283. und Hymen Beitr. zur Literatur. V. S. 406. v. Kampß stat. R. II. S. 873. Das Recht der freien Hagen in Ravensberg in Wigand

Archiv. V. S. 385. f. noch Wigand Provinz. Recht des Fürstenthums Minden und der Grafschaft Ravensberg. Leipz. 1834. Von Städten sind wichtig: Bielefeld, das Rünkerische Recht hat. Urkunden von 1287. v. Kampß. II. S. 384. Bielefelder Stat. von 1578 in Baldi Beitr. III. S. 97. Herford besitzt altes Schöffenbuch (v. Kampß S. 387.) und das Herforder Stadtr. (mit Sachsenspiegel) abgedruckt in Wigand Archiv. II. Bd. 16 Hft. S. 7. — Vom Fürstenthum Minden f. v. Kampß II. S. 399. Eulemann Sammlung Mindenischer Landesverordn. Minden, 1748. Von der Stadt Minden. Stat. von 1830, rev. Stat. von 1813; überh. Crusius jus statutar. reipubl. Mindens. Mind. 1074. Wigand Provinzialr. des Fürstenth. Minden. Leipz. 1834. Grafschaft Tecklenburg, v. Kampß Stat. R. II. S. 415. Tecklenburg. Landgerichtsordn. von 1613. Provinzialr. der Grafschaft Tecklenburg von Strombeck. Leipzig, 1830., als 2ter Thl. der Provinz. R. von Westphalen von Schlüter. v. Kellingshausen Prov. R. v. Schlüter in Strombeck Samml. der Provinz. R. III. Thl. und Zweit in v. Kampß Jahrbücher. Hft 59. Von Geldern Gelrische Land en Stadtrechten mit Overquartier van Ruremond. Ruremond, 1620. 1665, neu Venlo, 1740. Schraessert Codex Gelro Zutphanic. oste Handboek verraltende het summeer van veele jacken de Politie ende justitie in Gelro etc. Hardervyk. 1740. d. 2te Theil enthält viele Dokumente. f. v. Kampß II. S. 431–491. Von Corvei v. Kampß Stat. Rechte. II. S. 548. u. Wigand in v. Kampß Jahrbüchern. Hft 58. nr. 1. Wigand Prov. R. von Paderborn und Corvei. Leipzig, 1832. III Bde. Von der Stadt Corvei f. oben und Wigand Archiv. I. Bd. Hft 3. S. 35–48. Hft 1. S. 96. und Hft 2. S. 34. Vom Stift Essen v. Kampß Stat. R. II. S. 561.; die Stadt Essen hat Stat. von 1668 in v. Kampß II. S. 564., noch merkw. Stat. über Gütergemeinschaft der Ehegatten in v. Kampß Jahrb. Hft 37. S. 100. Vom Stift Werden ist eine Landesordn. von 1734 merkwürd. in v. Kampß Jahrb. Hft 58. S. 243. u. v. Kampß Stat. R. II. S. 576. Grafschaft Wittgenstein hat Polizeiordnung von 1569 u. 1573. Gerichtsordn. von 1569 (in v. Kampß Stat. R. II. S. 585.) und ein Landrecht aus XVI. Jahrh. v. Kampß. S. 594. In der Herrschaft Berth soll das Eulenburgische Landrecht von 1318 gegolten haben. v. Kampß II. S. 618. Ein merkwürdiges Landrecht (Gehobheitsammlung mit alten Gebräuchen) hat Grafsch. Kriebberg, abgedr. in v. Kampß Jahrbüchern. Hft 58. S. 183. f. noch Statut. R. II. S. 630. und vorzüglich in Wigand Archiv. V. Bd. S. 132 ff. Wigand Provinz. R. des Fürstenth. Minden. Leipzig, 1834. I. S. 111. 403. II. S. 28. Rekenbergisches Landrecht in Wigand Archiv. V. S. 409. In der Grafschaft Limburg gilt ausführl. Verordnung v. 31. Mai 1786 über chel. Gütergemeinschaft. v. Kampß Statut. R. II. S. 644. In dem Herzogthum Westphalen unter kölnischer Hoheit mehrere von köln ausgegangene Verordnungen; vorzüglich die kurkölnische verbesserte Polizeiordnung für das Herzogthum Westphalen vom 20. Sept. 1723. v. Kampß Statut. R. II. S. 672–77. Rösler Repertorium über die von alten Zeiten bis 1812 für H. Westphalen erlassenen Gesetze. Arnberg, 1813. Vom Rechte der Grafschaft Mark insbesondere v. Kampß Statut. R. II. S. 279. und Scotti Sammlung der Gesetze u. Verordn., welche in Cleve und Grafschaft Mark von 1418 an ergingen. Düsseldorf, 1826. V Thle.; — eine Amtsordnung von 1431 (in Scotti V. S. 2955.) ist hier wichtig. Statute von märkischen Städten f. Steinen westphäl. Geschichte, 1. B. von Tierlohn I. Bd. S. 1015., von Schwerte I. S. 1507., von Unna II. S. 1081., von Brekerfeld III. S. 1271, von Schwelm III. Thl. S. 1363., von Hamm IV. Thl. S. 636. 649. Auszüge aus geltenden Statuten der märkischen Städte in Terlinde Entwurf der Rechtslehre v. d. Gemeinschaft der Güter. S. 40–49. Zur Kenntniß westphälischer Rechte überhaupt sind wichtig Rindlinger Rünker. Beitr. zur Gesch. Deutschlands, hauptsächl.

Westphalens, III. Tbl. Münster, 1787—94. und Klöntrupp alphabetisches Handbuch der besonderen Rechte und Gewohnheiten von Sönnabruß, mit Rücksicht auf die benachbarten Provinzen, III. Bd. Sönnabruß, 1799.; viel in den westphäl. Zeitschriften, z. B. Weddigen westphäl. Magazin. Lemgo, IV. Bde. 1785—88.; neuestes Magazin, III. 1789—92. Malin-fredt neuestes Magazin. Dortmund, 1816. Seiberg westphäl. Beiträge. Darmst. 1819—23. II. Bd.; vorzüglich Wigand Archiv für Gesch. und Alterthumskunde Westphalens. Hamm, 1825—35. VIII Bde. s. noch über westphäl. Provinz. Recht Seiberg in v. Kämpf Jahrb. Heft 61. S. 235.; auch viel in dem unten anzuführenden Archiv von Ulrich und Sommer.

11) Rheinische Länder (auf fränkisches Recht gebaut). s. v. Kämpf statut. Rechte, III. Tbl. Maurenbrecher die rheinpreuss. Landrechte. Bonn, 1830. 1831. Zur Kenntniß der verschiedenen Landestheile und welches Recht dort galt, s. v. d. Nahmer Entw. der rheinischen Territorial- und Verfassungsverhältnisse. Frankfurt, 1832. v. d. Nahmer Handbuch des rhein. Partikularrechts. Frankfurt, 1831. II Bde. 1) Herzogthum Cleve. Teschenmacher Annales Cliviae Jul. Mont. Westphal. eum cod. dipl. eura Dithmar. Presf. 1721. Scotti Samml. der Gesetze und Verordnungen, welche in d. ehemal. Herzogth. Jülich, Cleve, Berg von 1475 an galten. Dusseldorf, 1821—22. IV Tble. Ein von manchen Autoren, z. B. auch Gelschow, behauptetes allgem. Clevisches Landrecht existirt nicht. s. v. Kämpf III. S. 7.; desto reichhaltiger ist das Recht der Städte. Das Recht von Jütphen, wo ein Oberhof bestand, scheint den größten Einfluß auf dies Recht gehabt zu haben. Cleve hat Stadtprivileg. von 1348. 1360. 1368. Es existirt ein sehr vollständiges (aus 277 Titeln) Stadtrecht (MS.) mit sehr alten Rechten, obwohl später erst gesammelt. s. Kützing in v. Kämpf S. 24 u. Cassar mit weith. Stat. aus XIV. Jahrh. Kämpf S. 44. Duisburg mit alten Privil. von 1129. 1279.; altes Coerbuch, im XVI. Jahrh. gesammelt, aber altes Recht enthaltend, v. Kämpf S. 47. Jura municipalia, gesammelt 1662, v. Kämpf S. 49—55. Emerich Privileg. von 1233, wodurch es Recht von Jütphen erhielt. Bondam Charterboek van Gelderland. p. 398. Schöffengericht von 1306, revid. im XVI. Jahrh. v. Kämpf III. S. 58. Gennep mit Statuten von 1441 abgefaßt. Auszüge in v. Kämpf S. 64. Kerß Stat. aus XV. Jahrh. Kämpf S. 73. Grieth Stat. v. 1254 in Teschenmacher Annal. Cliviae. Cod. nr. 23. Huesen Stat. von 1318 in Teschenmacher nr. 23. Wesel alte Privileg. in Teschenmacher nr. 1. (gegründet auf Recht von Jütphen). Justizpunkte (eigentlich Stadtrecht) von 1682 in v. Kämpf III. S. 76. Privilegien von Wesel in Wigand Archiv für Westph. IV. S. 407. V. Bd. S. 27. Fauten (auf Recht von Nimwegen), Teschenmacher P. II. nr. 2. Stat. von 1495, ansehnlich. Stat. von 1596. 2) Herzogthum Jülich u. Berg. Voet hist. jur. civil. Mont. Düsseldorf. 1693. Buijnk mod. jur. statut. Mont. Düsseldorf. 1803. Altenhofen und Zudenont observ. über d. Jülich. Rechtsordn. Köln. 1760. Beitr. zur Aufklärung der Berg. u. Jül. Länd. Düsseldorf. 1729. Rennen Bemerk. über das Bergische Land. Düsseldorf. 1803. Wever Samml. einiger bei den Jülich. Disasterien entst. Rechtsfälle. Düsseldorf. 1799. VII Bde. Sommer prakt. Comment. über Jülich. Rechtsordn. Köln. 1801. Scotti's oben angeführtes Werk und Correns Abhandl. über den vorzögl. Unterschied zwischen den ehemal. Landesrechten. Gewobnh. von Köln, Jülich, Berg. Köln. 1826. Lacomblet Archiv für die Geschichte des Niederrheins. I. Bd. S. 30. s. dort S. 79 das merkw. Jüliche Mitterrecht von 1511, und S. 111 das Jüliche Landrecht von 1537. Jülich u. Bergische Rechtsordn. von 1555, rev. 1562 (über Abfassung Lacomblet l. c. S. 64.), letzte Revision von 1696 unter Titel: Jülich und Bergische Rechts-, Leben-, Gerichtsschreiber-, Bruchten-, Polzei- und Reform. Ordn. von Herzog Wilhelm. Düsseldorf. 1696.

f. v. Kampß III. S. 115—128. Gute Nachrichten über den Geist der Süllich. Rechtsordn. Davies Lichtstrahlen aus d. Verfassungsgeschichte. Köln, 1833. S. 12—31. Das Recht des Herzogthums Berg ist gesammelt im revid. Entw. des Provinz. R. des Herzogth. Berg. Berlin, 1837. Von Stadtrechten f. nur Stadtr. von Düsseldorf von 1228 in Aschenberg niederrhein. Blättern. I. Bd. S. 108. Stat. von Plankenberg ibid. V. Bd. S. 330. 3) Reichsherrschaft Wiltensberg. Gerichtsordn. und Landr. v. 1592, revid. 1607. f. v. Kampß S. 188. 4) Erzstift Trier. Hontheim prodrom. hist. Trevir. Aug. Vind. II vol. 1757. — Idem hist. Trevirens. diplom. A. Vindel. 1750. III vol. Neller opusc. omn. Col. 1788. VI vol. Günther Cod. Rheno-Mosellan. Cobl. 1822—26. IV vol. Trierisches Landr. v. 1666, revid. 1713, beste Ausgabe 1772, abgedruckt in v. d. Rahmer Handbuch. I. S. 593. Voraus ging schon eine (viel Privatrechtliches enthaltende) Untergerichtsordnung von 1533. f. v. Kampß III. S. 225—38. Stadtrechte. Trier hat keine gesammelten Statute; einzelne Ordnungen und Privileg. in Hontheim und in der Trierischen Chronik (eine Wochenschrift) Jahrgang 1820. S. 24. 40. 45. 55. Boppard Gerichtsordn. v. 1291 in Günther Cod. II. Thl. S. 47. Coblenz, Günther Gesch. der Stadt Coblenz, 1813, wo z. B. S. 101 Manches von Stat. der Stadt vorkommt. Höchst reichhaltig ist Trier an Weisthümern, die 1574 auf Befehl gesammelt wurden, viele in Hofmann de seab. placit. p. 183. Ludolf observ. III. fasc. II. p. 263., besond. in Günther Codex. Von den mit Trier einverleibten Gegenden ist wichtig Landesordn. von der Herrschaft Homburg von 1566. f. v. Kampß III. S. 247. Vorzüglich bedeutend ist das Eröverreich Weisthum. Die Dörfer Eröv, Rinheim, Keil, Erden, Kinderbeuern, Bengel waren Reichsdomäne, die später Pfandschaft wurde; sie hießen das Eröverreich, wo ein Schöffensuhl war, der großes Ansehen hatte (f. Hontheim histor. II. p. 261. 340. III. p. 247., und Simon Annalen der innern Verwaltung an den linken Rheinufern. Köln, 1827. I. Thl. S. 320.). Dort bestand ein höchst wichtiges (über öffentl. Privat- und Criminalrecht sich verbreitendes) Schöffensweisthum von 1491, jetzt abgedr. von Engelmann in Lechbur Archiv für preuß. Geschichtskunde. XIV. Bd. S. 298 ff. Auszüge in v. Kampß III. S. 349. 5) Erzstift Köln. Nachrichten in Daniels Abhandl. von Testam. nach Kurköln. R. Bonn, 1791. von S. 19 an. Brewer elem. jur. statut. Archiepisc. et elect. Col. Bonn. 1786. Idem systema jur. rom. in for. Colon. Bonn. 1779. Correns in der oben angef. Schrift. Vollst. Samml. von Edikten, die Verfassung des Erzstifts betreffend. Köln, 1772. II Thle. Samml. einiger älteren und jüngern Verordn. zur Erl. des Kurköln. Privatr. Bonn, 1793. Köln. Rechtsordn. von 1663, oft herausgegeben, z. B. durch Becker 1723, auch in der Edikten-samml. des Erzstifts Köln; Reformation der weltlichen Gerichts-, Rechts- und Polizeiordn. von 1537 in Saurii fasc. p. 38. Polizei- und Landesordn. v. 1595. Von den Städten f. oben §. 11. von Köln und dazu v. Kampß statut. R. III. S. 589.; die Statuten sind erst gesammelt in Statuta und Concord. der heil. Reichsstadt Köln. 1437, gedr. 1570. Abdruck u. gem. Begriff der Polizeiordn. Plebisciten. Köln, 1562. f. v. Kampß III. S. 597. Von Andernach. Gerichtsordn. 1171 in Günther Cod. I. p. 407. Bonn hat keine Statuten; von Rempen existirt ein rothes Buch de divers. mater. Juribus etc. in Breder vaterländ. Chronik. Heft VI. S. 341. VIII. S. 433. Stat. v. Lechnich v. 1279 in Kindlinger Samml. merkw. Nachr. u. Urk. S. 107. Stat. von Deuz ibid. S. 133. Ähnliche Statuten von 1285 (die ich in MS. besitze) hat Brühl. Reich sind die einzelnen Gegenden an Schöffensweisthümern. v. Kampß III. S. 285. 6) In manchen Landestheilen, z. B. Bacharach, Simmern, Beldenz, Sponheim galt pfälzisches Recht. In Sponheim bestand Untergerichtsordn. von 1544. 1578. f. noch v. Kampß. In andern Gegenden galt Nassauisches Recht, v. Kampß statut. R. II.

S. 351. und Hertel in v. Kamptz Jahrbüchern. Heft 55.; in Saarbrück bestand eigenes Landrecht, s. oben S. 12. not. und v. Kamptz stat. R. III. S. 379. 7) Luxemburg. Ein Statut von 1182 in Bertholet histoire du duché de Luxembourg. V. p. 336. Ordonnance edit. perpetuel des Archiducs. 1611. Coutumes general. des pays duche, de Luxembourg et Comté de Chiny von 1623. 1692. s. v. Kamptz III. S. 407. Stadt Wittsburg hat Stat. von 1264 in Bertholet V. p. 152. 8) Lothringen. Coutumes de Lorraine (aus XVI. Jahrh.) Cout. general. Nancy, 1614. 1682. 1683. Landesgebrauch in Lotharingen, verdeutscht durch Huarten. Frankf. 1599. (sehr selten.) 9) Limburg. Costumes, ordon., usances du duché de Limbourg. Anvers, 1682. (sehr altes Recht und sehr ausführlich); auch in Christyn Brabands-Recht, dat is generale Costumen. vol. II. p. 1373. s. v. Kamptz III. S. 441. 10) Von Solms s. unten bei Hessen. 11) Grafschaft Bied. v. Kamptz III. S. 472., hier für obere Grafsch. wichtig Polizeioron. von 1622.; interessant ist hier uralter Landbrauch des Oberamts Niederst. v. Kamptz III. S. 489. 12) In der ehemaligen Abtei Prüm bestand ein wegen seiner Vollständigkeit sehr geachtetes Weisthum unter dem Titel: Landesgebrauch (zwar erst 1785 aufgezeichnet). Auszug in v. Kamptz Jahrb. III. S. 496. 13) Von der Abtei Stablo (viel in Nitz Hist. u. Abhandl. I. nr. 1. Abts Ernst Reform. der CrimD. am Ende des XVI. Jahrh.) Loix, statuts, reglements, ordonn. de la justice du pays de Stavelot. 1618. Liege, 1618., gedruckt latein. 1619. s. v. Kamptz stat. R. III. S. 511. 14) Stift Cornelimünster. Gerichtsprot. von 1475. 1481., abgedr. in Engels Erbfolgeschichte der Ehgatten. S. 46. 49. 15) Grafschaft Salm und Wildgrafschaften zu Stein. Landesordn. von 1754 in Wald Beitr. V. S. 212. v. Kamptz III. S. 535. 16) Reichsgräflich Wanderscheidische Rechts- u. LandesD. von 1768 in v. Kamptz III. S. 542. 17) Reichsstadt Aachen hat keine gesammelten Statute, einzelne in Ludolf obs. P. III. p. 504. Ludolf collect. stat. S. 417. Meyer Chronik von Aachen. S. 117. und in Noppii Chronik (Köln, 1632.), z. B. die Tafel des neuen Gesetzes von 1456 in Noppii Chronik. S. 116. Zu den unter dem Ausdruck: ost-rheinisches Recht vereinigten Ländern gehören: a) Gayn, Altensiech mit Gewohnheitsrecht, von 1743. b) Solmische Bezirke mit Solms-Land. von 1741. c) Linz, Schönstein mit Kölnisch. Recht. d) Trierische Länder (s. dessen Recht oben). e) Wehlar, wo Reformat. v. 1608 und seit 1803 das Mainzerrecht galt. f) Ständesherrschaft Bied.: wo Katzenellenboger Landr. galt. —

1) Allgemeine preussische Gesetze. Mylius Corp. Const. Marchie. VI Theil. Berlin, 1736. Continuatio corp. const. I—II tom. Berol. 1755. Cont. 1775. I—IV. tom. Novum corp. const. Boruss. vol. I—IX. Berol. 1778.; v. d. allem. preuss. Landrechte s. oben S. 18. Commentare zum Landrechte: Merkel histor. krit. exeget. Comm. zu d. allg. Landr. Breslau, 1804. 2te Ausf. 1812. Bielzig Comm. z. allg. Landr. für die preuss. Staaten. Erfurt. VI Bde. 1823—28. Rürthenhal Institut des allem. preuss. Civil- u. Crim. R. Berlin, 1827. Eböne system. Handb. des preuss. Privatr. I. Theil. Leipzig, 1833. Bornemann system. Darstellung des preuss. Rechts. Berlin, 1835. 39. VI Bde. Literatur: s. in v. Kamptz Lit. des preuss. Rechts. I. Bd. Gießen, 1806. Zusätze in Mathis jurist. W. XI. Bd. S. 166.; in Heidelberg. Jahrb. 1811. Heft 12. S. 1138. und v. Kamptz Jahrb. I. Bd. S. 150. Von Re-peritorien: Kamptz I. c. S. 29. Sammlungen: Homen Beitr. zur jurist. Liter. in d. preuss. R. Berlin, 1775—85. 8 Hefte. Klein Annalen der Gesetzg. u. Rechtsgelchr. in Preussen. Berlin, 1788—1808. 26 Bde. Eisenberg und Stengel Beitr. zur Kenntniss der Justizverfass. und der jurist. Liter. in den preuss. Staaten. Halle, 1795—1804. 16 Bde. Paalzow obs. ad jus Boruss. Berol. 1795. 1803. VIII. Sammlung. Paalzow Magazin der Rechtsgelchr. Berlin, 1801—4. 7 Bde.

Matthiä u. Hoff allg. jurist. Monatsschr. f. d. preuß. R. Berl. 1805—12. XI Bde. v. Kampff Jahrbücher für die preuß. Gesetzg., Rechtswissenschaft. u. Rechtsverw. Berl. 1813—14, bis jetzt 111 Hefte. v. Kampff Annalen der preuß. innern Staatsverw. Berl. 1817—21. 4 Bde. Zeitschrift für wissenschaftl. Bearbeitung des preuß. Rechts, herausg. von Simon und Strampf. Berl. 1828. 16 Hefte, fortgesetzt noch 1830. Sans Zeitschrift zur Revision der preuß. Gesetzgebung. Berlin, 1830. 5 Hefte. Zeitschrift für Theorie u. Praxis des preuß. Rechts von Bobrik. Marienwerder, 1835. Neues Archiv für preuß. Recht u. Verfahren von Ulrich, Sommer u. Böle (viel Interessantes für deutsches Recht enthaltend). Arnberg, 1835. bis jetzt VIII Bände. Brauchbar ist: Regebauer Uebersicht der in den preussischen Staaten bestehenden Gesetzgebungen und Gerichtsverf. Hamm, 1822.

- 14) Bayern. Bis zum Rechttuche R. Ludwigs von 1340 dienten Schwabenspiegel und Ruprechts Rechttuch zur Belehrung den Schöppen. Von den Städterechten. Die Münchner älteren Privilegien in Bergmanns beurt. Geschichte der Stadt München. München, 1783. Das Münchner Stadtr., abgedruckt in Bergmann im Urkundeb. S. 103. f. auch Nachr. in Lipowsky Urgeschichte von München. München, 1814. Dies Münchner Stadtrecht vom Kaiser Ludwig, unter dem Namen: das versiegelte Buch, ist eigentlich ein für alle bayerischen Städte vom Kaiser bestimmtes Stadtbuch. f. gute Notizen in v. Freiberg über den histor. Gang der bayerischen Landesgesetzgebung. München, 1834. S. 14—17. Eine Sammlung von Münchner Gesetzen aus dem Ende d. XIII. Jahrh. befindet sich im städtischen Archive. Auszüge daraus in Suters Abh. in den histor. Abhandl. der bayer. Akademie der Wissenschaften. München, 1813. II. Bd. S. 475—548. Polizeiordn. des Magistrats von 1370 an, abgedruckt in Westenrieder's Beitr. zur vaterl. Histor., Geogr. VI Bd. S. 87—165. Auszüge aus dem Münchner Stadtgerichtsbbuch von 1417 an und andere Ordn. in Riedels Schrift: das Zwiggelbinstitut (München, 1819), in Urkundensammlung. Die Hauptschrift über Münchner R. ist: Auer das Stadtrecht von München, nach ungebr. Handschr. München, 1840. Mit dem Münchner R. stimmen die Stat. der übrigen Städte zusammen; das bei Heumann in opusc. p. 145. scheint das Ingolstädtsche zu seyn. Die Ingolstädter Rechte in Hübner Werkwüdigk. der Stadt Ingolstadt aus Urkunden. Ingolst. 1803. II Hefte, und in Krenners Anleit. zur näheren Kenntniss der bayer. Landtage. nr. 27. Stat. von Landshut von 1279 in Krenners Anl. S. 107. Stat. von 1341 ibid. S. 113. Stat. von 1423 in Savigny's Zeitschr. für geschichtl. Rechtswissenschaft. II. Bd. S. 318. Stat. von Schongau in Lori Gesch. des Lechrains. II. Thl. S. 49.; von Rain ibid. S. 50. Stadtrecht von Traunstein von 1375 in Westenrieder Glossar. P. XXIII—XXXII. Stadtrecht von Rosenheim (MS.) von 1328. Stadtr. von Detting (MS.) von 1351. f. überh. Auer l. c. XXIII. Wie weit das alte Recht noch fortdauert Auer S. LXVI. Wichtig zur Rechtsgeschichte des Mittelalters: Monumenta boica edid. acad. scient. Max. 1769—1818. XXIV Bde. neuerlich wieder fortgesetzt; hiezu Westenrieder's akadem. Reden, als Betrachtungen über einzelne Monumentenbände, und Linger Betrachtungen über die bürgerliche Rechtsverfassung Baierns nach dem Aussterben der Carolinger bis Ludwig d. Bayern. Landsh. 1815. und Zeitschr.: die geöffneten Archive für die Geschichte d. Königr. Baiern, herausg. von Fink. München, 1822—24. XXIV Hefte. Zum Gebrauche der Urk. und als Nachweisung der Archivsurk. ist wichtig: Lang regesta sive rerum boic. autographa ad annum usque 1300 e regni acrinis in summas contr. Monaci. 1722. II vol. Als allgemeine Gesetze gingen aus den ständischen Berathungen hervor die Landesordn. von 1471, das Landgebot von 1491, die neue Landesordn. v. 1501 u. Landpat von 1516. Das alte Rechttuch v. 1340 (s. oben S. 12.) wurde unter dem Titel: Reform. der bayer. Landr. 1518 umgearbeitet

publizirt, s. über die Reformation Freiberg über den hist. Gang. S. 21–30. Eine Umarbeitung der Landesordn. erfolgte 1553, und mit Zusätzen 1557 u. 1579; darüber v. Freiberg S. 31–36. Ein vollständigeres Landrecht (enthaltend Prozeß, Civilrecht, Polizeiordnung, Jagdordnung, Malefizordn.) wurde 1616 gegeben, s. darüber Wolf Geschichte Maximilians und seiner Zeit. I. Thl. S. 317–356. v. Freiberg vragm. Geschichte der baier. Gesetzgebung seit Max I. Cyp. 1836, I. Thl. Von dem jetzt noch geltenden allgem. Landrechte s. oben §. 18. not. Zur Rechtsgeschichte: H. Senkenberg comm. de legibus gent. Rav. Giess. 1742. Lori comm. de orig. et progr. jur. boic. ant. Ingolst. 1748. Alton Versuch einer Geschichte der baier. Gesetze. Landshut, 1801. Gröndler Einl. zum baier. Privatrecht, als Vorbereitung. Erlang. 1817. Rudhart Abriss der Geschichte der baier. Gesetzgebung. München, 1820. Baierns Gesetzgebung von Ruffman. München, 1835. Sammlungen von Gesetzen in Freimaur Sammlung der neuesten und merkwürd. kurpfälzbaier. Generation. München, 1771. Raier Samml. der kurpfälzbaier. Landesverordn. München, 1784. II Bde. 1795. III–V. Bde. Neue Samml. der Verordnungen von 1799–1802. III Bde. Preßb. vollständ. Nachr. aller baier. Gesetze. V Thle. München, 1798–99. Handbuch der Staatsverfassung u. Verw. im Königreiche Baiern. München, 1809–11. VII Bde. (enthält eine Samml. von allgem. organischen Gesetzen.) Dörfer Real-Zunder über alle in Regierungsblättern von 1802–17 vorkommenden Ges. München, 1818. Dollinger Repertorium der Staatsverwalt. des Königreichs Baiern. München, 1814. VI Bde. (Meier) Novellen zum baier. Landrechte. Memmingen, 1820. Literatur, wichtig zum Landr. von 1616. C. Schmid Comm. in fus province. Bavar. Monach. 1695. III tom. Zum geltenden Landr. Krüll Handbuch des baier. gem. bürgerl. Rechts, mit Rücksicht auf fränk. Recht. Landsh. 1807. III Thle. Reingruber Abhandl. über dunkle Civilgesetzsstellen. Landsh. 1814. Zeitschriften: Schellhaß Magazin des b. baier. Staats- und Privatrechts. Ulm, 1807. 4 Hefte. Jahrbücher der Gerechtigkeitsspflege in Baiern, herausgeg. von Aretin, Neuburg, 1811–18. II Bde. Jahrb. der Gesetzgeb. u. Rechtspflege in Baiern, herausg. von v. Götter und Schmidlein. Erlangen, 1818–20. III Bde. v. Zurborn Beitr. zur Gesetzg. u. pract. Jurisprudenz in Baiern. Würzb. 1830–32. III Bde. v. Zurborn Zeitschrift für Theorie und Praxis des baier. R. München, 1835, 1839. III Bde. Seuffert Blätter für Rechtsanwendung zunächst in Baiern. Ansbach, 1836–1841. und Jahrbücher für die baier. Gesetzgebung u. Rechtswissenschaft. Nürnberg, 1838, 3 Hefte. Rechte einzelner zum Königreiche Baiern gehöriger Gebiete:

A) Oberpfalz. Stat. von Amberg, ältere Privilegien, s. in Lorenthal Gesch. vom Ursprung der Stadt Amberg (im Urkundenbuche). München, 1801. Stadtrechte von 1360–81 in Schenk Samml. der Freiheiten, Rechte, Gesetze, Gewerh. der Stadt Amberg, aus dem XIV–XVI. Jahrh. Amberg, 1820, S. 9–26.; das zweite Heft besteht aus Ambergischen Vertrag- und Gerichtsbriefen von 1279–89. Stadtrecht von 1254; von den Stat. von Neumarkt s. Lorenthal Gesch. des Stadtschultheissenamts und der Stadt Neumarkt. München, 1805.; von andern pfälzischen Städten: Reismaier Gesch. vom alten Rhythmannte Lengsfeld. München, 1800. Von den Rechten der Vogteien Vilseck u. Habubach in der Zeitschr.: die geordneten Archive. I–III. Hest. Ehebastr. der Vogtei Habubach von 1559 in der Zeitschr. IV. Hst. S. 361. Ein Stadtr. von Nabburg von 1296 s. in Reismaiers Gesch. S. 52. Eine alte rechtshist. Darstellung in Zink Versuch einer Geschichte des Vicedomenamts Nabburg. München, 1819. Pfälzische Gesetze überhaupt: Landesordn. v. 1599. Landr. der Oberpfalz 1606. Landr. 1657. Münchmaier Comp. das oberpfälz. Landr. Sulzb. 1699. Arnold Beitr. zum d. Privatr. S. 550.

B) Frankische Gegenden überh. Nachr. in Demeradt diss.

jur. commun et francon. Wirc. 1681. Außg. von Carlier. 1742. Schneidt thes. jur. francon. Thl. I. aus 21. II. aus 15. Heften. Herbig. 1787—89.; über fränk. R. manches in v. Schelhaß Beitr. zur deutschen Gefesessunde. Bamberg, 1827. (nur 1. Heft). f. Kumpf Gefesessstatistik von Mittelfranken. Ansbach, 1839. und vorzüglich Arnold Beitr. zum deutschen Privatrecht. Ansbach, 1810. I. Thl. Ueber Würzburger R. f. Land- und Gerichtsordn. des Herzogth. Franken und Stift Würzburg, 1528. in Schneidt II. sect. S. 834.; kaiserl. Landgerichtsordn. von 1512 in Schneidt ibid. S. 783.; alte Landesgebräuch des kaiserl. Landgerichts, gesammelt von Stieber 1536 und verm. von Griesse in Senkenberg Abhandl. v. d. kaiserl. höchsten Gerichtsbarkeit im Anh. S. 33. Revidirte Landesbräuch 1570 in Schneidt I. c. p. 897. Landg. Ordn. von 1580 in Schneidt p. 913.; des hochst. Stifts Würzburg Landg. Ordn. in Ludolf collect. stat. p. 1—302. Ref. u. Ordn. der Stadt Würzburg von 1527 in Schneidt I. c. p. 826. Grundquelle der fränkischen Landgerichtsordn. ist die Nürnberger Reform. f. Schneidt I. p. 49. Samml. der hochst. Würzburg. Landesverordn. Würzburg. III. Theil. 1776—1801. Grandauer Die Gesetzg. des Fürstenth. Würzburg unter bair. Regierung. Würzb. 1802. Von Bamberg: Vom alten Bamberg Stadtr. Schubert histor. Verf. über die geistl. u. weltl. Staats- u. Gerichtsv. Bamberg, Erlangen, 1790. S. 152. Ein vollst. Bamb. Stadtrecht von 1478 befindet sich in Gotha (Cyprian. Catal. MS. bibl. Goth. nr. 214.) Vorzüglich Jöpsl das alte Bamberger R. als Quelle der C. C. C. Heideberg, 1839. Ueber Gewohnheitsrecht J. Veracii (nur angenommener Name) libell. consuetud. Bamb. 1681. 1733.; auch in Ludewig script. tom. I. p. 935. Des Hochstifts und Fürstenth. Bamberg. Landrecht. Bamberg. 1769. Hanauer comm. system. jur. prov. Bamb. Bamberg. 1769. Petschka's Register zum Landr. Bamberg. 1779. v. Weber Grundr. des Bamberg. Landr. Bamberg, 1814. 2 Theile in 4 Abtheilungen. Spies Handbuch des Bamberg. Provinzialr. Bamb. 1836. Recht von Ansbach, Arnold Beiträge. S. 1—150. Corp. constitut. Brandenburg. Culmbach. Baireuth, 1706—51. III vol. Hirsch Real-Zunder oder Extrakt der hochfürstl. brandenburg. enochl. Landesconsist. Ansbach, 1774. Heuber Real-Zunder der enochl. Verordn. Schwabach, 1785. Krause sammtl. Verordnungen für die königl. preuss. Provinzen in Franken. Baireuth, 1803. Baireuther Recht, Arnold S. 152—220. Landesconsist. v. 1722. u. revid. Polizeiordn. v. 1746. Recht v. Castell, Arnold S. 222. Landesverordn. v. 1801. f. in Arnold S. 234. v. Dünfelsbühl Arnold S. 258. Statuten von 1738. Weber Darstellung sammtl. Provinzialr. v. Baiern. II. S. 969. Eichstädt, Arnold S. 302. Weber Darstellung. II. Bd. (hat nur einzelne Verordn.). Hohenlohe. Arnold S. 366. Hohenlohisches Landrecht von 1738. Dethringen. Weber Darstellung. II. S. 201. Recht v. Dethringen, Arnold S. 560. Dethring. Landrecht v. 1584 (obwohl nie promulgirt, aber als Gewohnheitsr. beobachtet). Arnold S. 565. Deutschordensisches R. Arnold S. 753. In den ehemals zu Mainz gehörigen Orten gilt Mainzisches Landr. Nur einige Städte, z. B. Altsassenburg, Stadt Proßleben hatten das Albertinische Privilegium von 1528 (zwar mehr in Bezug auf Polizei und städtische Einrichtung). Stadt Amerbach hat Stadtr. (MS.) von 1679. Merkw. Quellen für Privatr. sind auch die Jurisdiktionalbücher fränkischer Aemter; ich besitze ein solches vom Amt Orb und Haufen 1608, wo viel Privatrecht vorkommt.

C) Rechte einiger ehemaligen Reichsstädte: Von Augsburg f. oben S. 11.; von Regensburg, das zwar kein gedrucktes Stadtr. hat, f. die einzelnen Privil. und Ordnungen in Gemeiner Regensburg. Chronik. III. Bde. 1800., gesammelt scheinen sie im Friederichsbuch (MS.) 1390 gewesen zu seyn. (Gemeiner II. S. 282. not.) Die einzelnen Rathskreite sind 1552 von Keyser gesammelt; eine neue Sammlung ist von 1802. Regensburg, herausgeg. von Wiesand; von

Nördlingen, Stat. von 1318 in Senkenberg vision. p. 355. f. auch in Tröltsch Annmerk. u. Abhandl. aus versch. Theilen der Rechtsgelchr. S. 81—124. Tröltsch annal. ad sing. stat. Noerdh. Gott. 1779. Stat. von 1630 in Schotts Samml. zu den Land- u. Stadtr. I. Thl. S. 201. Arnold Beiträge. S. 470. 91. Memmingen, Stat. v. 1713, von 1751 u. Stat. in Baldy Beitr. II. Thl. nr. 10. IV. Thl. S. 419.; Nürnberg, Münch. Vel. Ges. von 1286—1304 in Murr Journ. zur Kunstgeschichte. VI. Thl. S. 47. Nürnberg. Reformation, begonnen 1479, gedr. 1484. 1488. 1498, erneuert unter dem Titel: erneuerte Reformation 1504. 1595. f. Köler hist. codic. statut. sive ref. Norimb. Altorf. 1721. Siebenkees jurist. Magazin. I. Bd. nr. 20. Wolkern comm. succ. in cod. jur. stat. Nor. Norimb. 1737. III tom. Lahner Samml. der zur Erl. der Stadtr. ergangenen Additionen. Nürnberg, 1773. Lahners Real-Zudex. Nüemb. 1795. Strommer von Reichenbach Einl. in die Nürnberg. Rechte. Nümb. 1778.; dies zwar gewöhnlich angeführte Buch existirt aber nicht gedruckt, f. allgem. Anzeiger der Deutschen. 1824. nr. 23. Lahners Einleitung. Nümb. 1780. Arnold S. 494. und Literatur dort S. 497. Kaufbeuren, Stat. in Baldy Beitr. III. Thl. S. 298. und viele Nachrichten in Hörmann de Gattenberg de civit. Kaufbur. priv. praec. Erl. 1763.; von Weissenburg, Stat. von 1739. Ein merkwl. altes Weisthum als Art von Stadtrecht: Arnold S. 816. Stadtrecht von 1739. Altdorf f. in Siebenkees neues Magazin. I. Bd. S. 426—435. Die Stadt Rothenburg a. d. Tauber hat ein Willkürbuch in Bensens hist. Anters. über die ehemal. Reichsstadt Rothenburg. Nümb. 1837. S. 487. und darüber S. 134. Arnold in den Beiträgen. S. 680. Kempten hat eine sehr vollständige Landesordn. vom Fürsten Johana Erhard aus dem XVI. Jahrh. und eine Sammlung aller noch jetzt brauchbaren, die fürstl. Kemptische Gerichtsverfassung u. d. Kemptische Privatr. betreffenden Verordn. Kempten, 1793. (enthalt viel rein deutsches Recht). Von Dünkelshühl f. zuver unter B. Stadt Schweinfurt (wichtig weil sie ein Oberhof war, Lunig pars spec. cont. IV. in Suppl. ult. vol. p. 39. und Coburg schen Schweinfurter Recht erhielt, Höen hist. Coburg. p. 153.) hat vollständ. nach der Ordnung der fränkischen LandgerichtsD. eingerichtete Statuten von 1724, und eine für Privatr. sehr brauchbare Sammlung der vornehmsten Pflichten und Ordn. der Reichsst. Schweinfurt, 1780.

D) Rechte von Rheinbairern. Dort galten und gelten noch jetzt für die Beurtheilung der vor Einführung des franzöf. Rechts geschlossenen Eheverhältnisse, und wichtig wegen der Gewohnheitsrechte, vorzüglich folgende Rechte (viele gesammelt in den Supplementheften zu den fünf franzöf. Gesetzbüchern. Heft 2—6. Zweibrücken, 1837.; auch manche abgedr. in v. d. Rahmer Handbuch der rhein. Partikularrechte. Frankfurt, 1831. II Bde.): a) In den ehemals bischöflichen Orten, z. B. Biber, Heinfeld, Deidesheim, Rheinzabern die Bruchsal. Verordnungen, gesammelt in Samml. der hochfürstl. Speierischen Gesetze u. Landesverordnungen. IV Theile. Bruchsal, 1788. (die Gesetze beginnen mit 1470); für die ebel. Verhältnisse entscheidet die Ausfauteiordn. vom 2. Jan. 1772 in d. Samml. IV. Thl. S. 152.; b) in den zum Weissenburger Mundat gehörigen Orten, z. B. Bobenthal, Scheidenbach, Fischbach galt Weissenburger Mundatrecht (f. oben §. 11. not. 5); c) im Gutskenberger Amte, z. B. Kandel, Minsfeld, galt eigene Erbordnung v. 1541 (MS.); d) in den pfälzischen Orten, z. B. Neustadt, Edenkoben, Germersheim, Frankenthal, galt das pfälzische Landrecht von 1582, erneuert 1611. Heidelberg, 1657. Weinheim 1700. (auch darüber unten bei den Stat. von Baden); e) in den Zweibrückischen Orten galt die Zweibrückische Untergerichtsordnung von 1640. 1722., abgedruckt in v. d. Rahmer Handbuch. II. S. 1020.; f) von der Reichsstadt Speier, die älteren Rechte sind nicht gesammelt, nur einzelne Urtheile und Stat. aus dem XIV. Jahrhundert., z. B. über Erbsfolge der

Ehegatten s. in Lehmann Speierische Chronik. Buch IV. cap. 21., gedr. Stat. über Erbfolge vom 20. Nov. 1667.; g) die Stadt Landau hat (in Speier 1660 gedruckte) Statuten über Erbfolge, beide Statute stehen in den erwähnten Supplementheften; h) in den ehemals Leiningischen Orten, z. B. Dürkheim, Wachenheim, gilt ausschließweise Solmischs Recht und eine eigene Erbordnung der Ehegatten vom 30. Sept. 1779 und eine ErbfolgeD. von 1724, beide abgedr. im 3. Supplem. Hefte; i) das Weisthum des Dorfes Fischbach von 1586 ist abgedr. in der Zeitschr.: die geöffn. Archive f. die Gesch. d. Königr. Baiern. 46 Hest. S. 377.; k) in den Leiningen-Grünstädtischen Gebieten gilt eine sehr vollst. Successionsverordn. v. 12. Dec. 1796.; l) in der Grafschaft Falkenstein (zuletzt österreichisch) galt das Josephinische Gesetzbuch v. 1786. Simon Annal. I. Bd. 2te Abth. S. 416. und Statute im 4. Supplementhefte; m) in den ehemals Nassau-Weilburgischen Legenden, z. B. Kirchheimboland, Morfchheim, Goelheim, galt Nassauisch resp. Solmisch Landrecht; n) in den reichsritterschaftlichen Orten war in dubio kurpfälz. Landr. recipirt; o) in den ehemal. Besitzungen der Wild- und Rheingrafen galt die rheingräfliche Landordn. (vom Rildgraf Magnus) vom 2. Mai 1754 mit Nachträgen von 1756—65, abgedr. in Balch Beitr. zu den deutschen R. V. Tbl. nr. 8. S. 213., besser im 5ten Supplementhefte; p) in den Nassau-Saarbrücken. Besitzungen das Landr. von Saarbrücken von 1321. im 5ten Supplementhefte. — Eine Samml. der in Rheinbaiern geltenden Gesetze u. Verordn. in Siebenpfeiffer Handb. der Verfass. und Verw. von Rheinbaiern. Zweibrücken, 1831. V Bde.

- 15) Königreich Hannover. A) In den Fürstenthümern Calenberg, Göttingen, Grubenhagen galt ehemals wohl auch Sachsenrecht, jetzt aber das gemeine Recht. Grefe Leitfaben des hannöv. Privatrechts (neue Aufl.). 1838. S. 14. Die meisten Städte haben eigene Statute. Hannover (ehemals nach Mindenschem R. Gruppen disc. p. 735—53). Statute von 1392 in Pufendorf obs. tom. IV. adp. p. 142. Manske Extr. der hannöversichen Stadtkundigungen von 1536. 1544. in Pufendorf ibid. p. 215. Grefe S. 40. Göttingen. Stat. von 1354 in Pufendorf III. adp. p. 145. Stat. aus XV. Jahrh. in Seidensticker obs. et anecd. quae ad jus germ. pertin. Jen. 1809. P. 1. p. 1. Meyenberg Auszug aus einigen Statuten. Götting. 1790. Grefe S. 45. Hameln (Gruppen disc. p. 756.) Stat. von 1277—79 in Pufendorf II. adp. p. 276., von 1355. 1407 in Pufendorf I. c. S. 270. und Ludewig rel. MS. tom. X. p. 26—63. Grefe S. 42. Einbek Stat. von 1340 in Ludewig rel. MS. tom. X. p. 101. von 1549, rev. 1658 in Pufendorf tom. II. adp. p. 203. Osterode Stat. von 1580 in Pufendorf II. adp. p. 233. Bodenwerder Stat. von 1287 in Orig. Guelfic. tom. IV. p. 495. und Baring clavis dipl. p. 478.; von Ründen (das zwar kein eigenes Statut hat), s. Willigerod das Ründen. Stadtr. Ründen, 1817. Allgemeine Landesgesetze für diese Landestheile in (Tappe, Silberbek und Barings) Eburbraunschw.-Lüneburg. Landesverordn. u. Gesetze. Göt. 1739—40. in IV Bdn. mit Suppl. Willichs Auszug aus d. Eburbr. Landesgesetzen. Göt. 1780—82. III Bde. m. Suppl. I—III. 1792—1815.

B) Fürstenthümer Lüneburg und Grafsch. Hoya und Diepholz. s. Engelbrecht de genuin. decision. jur. font. in terr. Brunsvic. Lüneb. Helmst. 1719. Mascov. notit. jur. et indic. Brunsvic. Lüneb. Gott. 1738. Grefe S. 47. Von Gültigkeit des Sachsenrechts s. Scheid prolus. quam ob causam jar. Saxon. abrog. fuerint. Gott. 1738. Selchow in den hannöv. Beitr. 1760. S. 1369—96. s. Selchow von den Quellen des Braunschw. Lüneburg. Privatr. Göt. 1760. Ueber Statute der Städte f. von Lüneburg (s. Gruppen disc. p. 754.) Stat. von 1247 in Dreyers Nebenründen. S. 361. und Kethmeier Braunschw.-Lüneb. Chronik. III. Tbl.

S. 1852. Stat. von 1300 bei Leibniz script. rer. Brunsvic. tom. III. p. 754., von 1582 (von Husanus redigirt), von 1679 bei Pufendorf obs. tom. IV. adp. nr. 21. de Vassel consuetud. reipubl. Luneb. Hamb. 1592. Krüger diss. jur. civ. et Luneb. Helmst. 1716. Stat. von Celle (Gruppen disc. p. 756.) Stat. von 1301 in Pufendorf tom. I. adp. p. 229. und Leibniz script. tom. III. p. 483., confirm. 1447. Stat. von 1537, revid. 1712. Ausg. von Bilderbek. Celle, 1712. 1739.; von Hagemann, m. Anmerk. Hannover, 1800. Verbesserungen und Zusätze dazu 1822. s. noch Grefe S. 56. Soltau hat Cellerisches Recht. Hagemann prakt. Erl. VII. S. 214. Stat. von Uelzen; Stat. von 1270 in Pfeffinger Braunschw. Hist. P. II. S. 241.; in Hofmanns Samml. ungedr. Urkunden. S. 238. und in Pufendorf obs. adp. tom. I. p. 239. Stat. von Dannenberg von 1373 bei Pufendorf III. adp. p. 413., von 1499 in Duve Zeitschr. 38 Hft. S. 23—34. Stat. von Diepholz; von 1313 in Pufendorf tom. I. adp. p. 137. Gewohnh. des Amts Diepholz in Schlüter Beitr. S. 304.; von Nienburg; Stat. von 1314 in Rathlef Gesch. der Grafsch. Hoya und Diepholz. Thl. III. S. 101., von 1569 in Pufendorf tom. II. adp. p. 322.; von Harburg; Stat. von 1739 in Pufendorf IV. p. 236.; von Landeßgesetzen in Hoya überh. s. Hagemann prakt. Erörter. VII. nr. 1. Grefe S. 74. 80. Allgemeine Gesetze, gesammelt von der Justizkanzlei. 1698, 1700, und Suppl. 1716—20. Churbraunschw.-Lüneb. Landeßgerdn. u. Gesetze. Lüneburg, 1741—45. V Bde. m. Supplem. Wagner Samml. derjenigen Verordn. u. Ausschreiben, welche in der Braunschw. Landeßgerdn. ic. Hannover, 1791. II Bde. Von Gewohnheitsrechten ist merkwürdig das Wiegenmühlenrecht v. 1570, abgedr. in Mascov. not. jur. et judicior. im Anh. S. 1—46. und Spangenberg in Duve's Zeitschr. f. Gesetzg. in Hannover. I. Bd. S. 57. Grefe S. 60.

C) Herzogthümer Bremen und Verden (hier galt neben dem sächsischen auch friesches Recht). Stat. der Städte: von Stade s. oben §. 11. Buxtehude bedient sich des Stader Statuts, s. Hagemann prakt. Erört. VI. Thl. S. 225. Stat. von Verden, Stat. der Altstadt v. 1330 in Vogt mon. ined. tom. I. p. 276. Spiel vaterl. Archiv. I. Bd. 26 Hft. S. 77. 81. Stat. der Neustadt in Pufendorf obs. I. adp. p. 77.; die neuen noch gültigen (MS.) sind v. 1607—84. Koch synops. stat. Verd. et Brem. Brem. 1684. Höchst merkwürdig ist das Baldunische, aus Schöffensprüchen von 1434—43, auf Befehl des Erzbischofs Baldun, gesammelte Rechtsbuch, abgedr. in Spangenberg Beitr. zur Kunde der deutschen Rechtsalterthümer. S. 119—132. s. noch darüber Mascov. notit. jur. et judicior. p. 115. Partikularrechte einzelner Landestheile u. Gewohnheitsfassungen (s. Spangenberg in Duve's Zeitschrift. I. Bd. S. 63—85.) sind Osterfader Landrecht von 1581 in Pufendorf obs. tom. III. adp. p. 1—32.; s. auch darüber in Spiel vaterl. Archiv. V. Bd. S. 93. Bremisches Ritterrecht von 1577, gedr. S. 1673 in Pufendorf obs. tom. IV. adp. p. 1—39. und dazu Pratz Altes und Neues, Bd. III. S. 46—82. Wurster Rißfür von 1508 in Pufendorf obs. tom. III. adp. p. 36. Wurster Landr. von 1611 in Pufendorf obs. tom. I. adp. p. 61. s. noch Schlüter Beitr. S. 80. Redinger Stat. von 1662 in Pufendorf obs. tom. I. adp. p. 141—162. Rechtsbuch des alten Landes von 1588 in Dreyer Abhandl. I. Thl. S. 532. und dazu Pufendorf obs. adp. tom. IV. nr. 2 u. 3. Eine Darstellung sämtlicher im Herzogthum Bremen und Verden geltenden Gewohnheitsrechte (vorzüglich auf eheliche Güterverh. und Rekrut bezogen). s. Spangenberg in Duve's Zeitschrift. I. Bd. 26 Hft. S. 73—94. Landeßgesetze, der Herzogthümer Bremen u. Verden Polizei, Feich-, Holz-, Jagdordn., nebst Anh. von Verordn. Stade, 1723. Ferner weiterer Anh. Stade, 1740. Wolf system. Auszug sämtl. für die Herzogth. neuen Verordn.

Stade, 1809. Schlüter in den Beiträgen für das hannöv. Landesrecht. I. Hft. nr. 3 u. 4. Grefe S. 89.

D) Land Hadeln. Hadelseracologia historica, Hamb. 1720. Stat. von Otterndorf von 1541 in Pufendorf tom. II. adp. p. 161. Landrecht von Hadeln von 1581, gedr. Hamburg. 1581. 1671. und in Pufendorf obs. tom. I. adp. p. 3—39. Eine Samml. der allg. Gesetze enthält der III. Thl. des IV. Bandes der Spangenbergischen Sammlung. Grefe S. 104.

E) Osnabrück. Stat. der Stadt von 1348. Mascov notit. jur. et jud. p. 369.; andere Stat. in Monum. Osnabrug. adp. nr. IV. p. 137. und Acta Osnabrug. tom. II. p. 98.; von alt. Stat. v. Osnabrück überh. im Ergänzungshefte nr. 3. zur jurist. Zeitung von Schlüter u. Wallis. Rechte von Fürstenaun in Act. Osnabrug. II. S. 155.; von Borden ibid. S. 164.; von Yburg ibid. S. 172.; von Wiedendruck ibid. 24 Stück. S. 144.; Polzeiorden. v. 1618—48. Rechte des Landes f. in Codex const. Osnabrugens. Osnabr. 1783. II. Bd. 1820. f. noch Lottmann var. jur. civil. capita. Osnabr. 1774.; derselbe in den Acta Osnabrug. Osnabr. 1778. III vol. Klentrupp alphab. Handbuch der besond. Rechte und Gewohnheiten von Osnabrück. III Bde. Osnabr. 1793—1800.

F) Hildesheim. Mascov. notitia jur. et jud. p. 391. Stat. der Stadt Hildesheim von 1422 in Pufendorf obs. tom. IV. adp. nr. XV. Hildesheim. Privil. und Stat. Hildesh. 1783. Hagedorn über das Hildesheim. Stadtrecht. Hildesh. 1835.; für das Hochstift f. Polzei-Ordn. von 1665.; von besondern Gewohnheitsrechten einzelner Districte f. Spangenberg in Duce's Zeitschrift. I. Thl. S. 107—109., mehrere abgedruckt in Pufendorf introd. in proc. Brunsv. Luneb. adp. p. 867—76. und in Noltenii diatr. jur. patrie. de jurib. p. 135—82. Hildesheim. Landesverordnung von 1781—91. III Bde. Hildebrand Samml. der Stadt Hildesheim. Verordn. 1791. Grefe S. 120.

G) Lauenburg (das zwar größtentheils an Dänemark abgetreten ist). Von Stadtrechten gehören hieher Lauenburg. Stat. von 1610 in Pufendorf tom. III. adp. p. 384. Razenburger von 1582 in Pufendorf tom. IV. p. 232. In Röllin gilt Lübisches Recht. Die Landesgesetze, gesammelt in Spangenberg corp. const. ducat. Lauenburg. Hannov. 1822. als IV. Thl. 2te Abth. der Samml. der Verordn. des hannöv. Staats. Von der Gültigkeit des Sachsenrechts in Lauenburg f. in Duce's Zeitschr. I. Bd. S. 114. und 26 Hft. S. 176.

H) Friesland. Die alten friesischen Gesetze dauerten bis in das späte Mittelalter fort. Wiarda in Duce's Zeitschrift. I. Bd. 26 Hft. S. 170. Das Kaiserrecht war ein geachtetes Rechtsbuch. Sieco Beninga Chronik. p. 20. Nachrichten vom friesschen Rechte f. in Wiarda Vorrede zum ostfries. Landr. Wiarda in der Vorrede zum Megabuch und in Groninger Verhandelingen pro excolend. jur. patr. tom. II. p. 152. Die wichtigste Sammlung ist (Schwarzenberg) groot Placaat en Charterboek van Vriesland. Leuward. 1768. V Thle.; wichtige früher ungedruckte fries. Rechte und einzelne Statute in Driessen monument. Groningana veter. aevi inedita. Groning. III vol. p. 1824—1827. Dort sind auch (z. B. vol. II. p. 231. III. p. 600.) interessante Gildbriefe. Auf den allgemeinen Versammlungen der Friesen entstanden mehrere Gesetze, dahin gehören: a) die XVII Keuren und XXIV Landrechte; sie sind sowohl dem alten fries. Landrechte als den Rechten der einzelnen Baue gewöhnlich vorgesetzt; nach Wiarda Vorr. zum Megabuch. S. XX. aus der Carolingerzeit (f. Halsema in den Groninger Verhandelingen. tom. II. p. 153. p. 416.), abgedr. in Nichtesfen friessche Rechtsquellen. S. 2—28. b) die Overkeuren, Wiarda Willküren der Brokmänner. S. VII. (sie finden sich bei dem Hunzinger Rechte in Groninger Verhandl. tom. II. in der Veltage von S. 33 an), und Wiard ostfriesisches Landrecht. S. 823. Nichtesfen S. 98.

c) Hystorisch-boonische Rechte von 1323. Halsema in den Verhandelingen. II. p. 418. Wicht Borr. S. 126. (abgedruckt in Sicama leges Frision. p. 53.). Schotanus bescreyvinge. p. 18. und Wiarda von den Landtagen der alten Friesen. S. 19. und in den jurisprudent. Frisiaca (Leuwarden, 1835.) vol. III. p. 1.) Nichthofen S. 102. 531. Eine Erneuerung dieser Rechte mit neuen Artikeln aufgerichtet zwischen Landschaften ist von 1361. Driessen monum. inedit. vol. II. p. 229.; d) eine Berechnung der Bußen und Bräuen von 1276 (Halsema l. c. p. 156.), abgedruckt in Schwartzenberg Charterboek. I. p. 97—120. und zum Theile gehört hierher das Schuldenrecht (Scheltenriucht). Halsema l. c. p. 156. Schwartzenberg Charterboek. I. p. 78. Wicht Borr. S. 98.; nach Wiarda Vorrede zum Hsegabuch gehört es ins XII. Jahrh. Aus allgemeinen fries. Rechten und den erwähnten Rechten und Gewohnheiten besteht das sogenannte altfriesische Landrecht (nach Wicht Borr. S. 134. zwischen 1309—1328 von Abt Sibranda gesammelt. Wiarda Hsegabuch. S. LVII., gedruckt Köln zwischen 1468—70); dann von Schotanus seiner Bescreyvinge en Chronik van de Heerlikheid van Friesland (S. 36—106. eingerückt) und von Wierdsma und Brantsma, Campen und Leuwarden 1782 wieder herausgegeben. Außer diesen Rechten hatte wieder jede einzelne Provinz oder jeder Gau seine besondere Sammlung, von welchen die meisten ins XIII. Jahrh. gehören. Dahin sind zu rechnen: a) Die Willkeuren von Langewolt 1207, aus 34 Art., in Groninger Verhandel. tom. I. in der Beil. S. 1—16. und die von 1282 aus 33 Art. ibid. S. 16—39. Nichthofen S. 366. b) Das Fivelgouw von 1227 aus 22 Art. in Groninger Verhandel. tom. III. in Beil. S. 53. Nichthofen S. 283. c) Hunzingoor Recht (f. über dessen Wichtigkeit Wicht Vorrede. S. 153.) von 1252, altfriesisch in Groninger Verhandel. tom. II. in Beil. S. 1—64. und latein. in denselben Verhandel. tom. III. Beil. S. 1—32. (mit Einleit. von de Roehre, ibid. S. I—XXX.) Nichthofen S. 328. d) Stat. v. Fredewold von 1396 in den Verhandel. tom. IV. Beil. S. I—XXX. Nichthofen S. 377. e) Die Willküren der Brodmänner, wohl schon vor 1340 (Wicht Borr. S. 155.), herausgegeben von Wiarda: die Willküren der Brodmänner. Berlin, 1820. Nichthofen S. 135. f) Die Emsischen Domanen von 1312 (Wicht Borr. S. 123.), abgedruckt in Wicht ostfries. Landr. S. 645—669. f. auch das Emsiger Landr., abgedruckt in Spangenberg Beitr. zur Kunde der d. Rechtsalterth. nr. III. S. 108., besser in het Emsiger Landregt v. 1312 door Montanus Heitema. Leuward. 1830. Nichthofen S. 182. g) Das Recht der Rüstringer (Hsegabuch genannt), Wicht Borr. S. 170., schon vor 1355 gesammelt. Wiarda Hsegabuch. S. LXX. plattdeutsch in Pustendorf obs. tom. III. adp. p. 48.; vollständiger u. mit fries. Text herausgeg. von Wiarda: Hsegabuch. Berlin, 1805. Nichthofen S. 115. h) Willkeuren von Htingerad v. 1450 in Schwartzenberg Charterboek. tom. II. p. 534. i) Stat. von Hunsingerland (a. XIV. Jahrh.), abgedr. in Groninger Verhandel. tom. III. in Beil. S. XI bis XXXVI. und Unmerk. hiezu. S. 1—44. Jude Landrecht von Westerwold von 1470, in Gron. Verhandel. IV. Thl. 2te Abtheil. Beil. S. 1—69.; das Landrecht von 1567 aus 285 Art., in Groninger Verhandelingen im IV. Thl. 2te Abth. S. 1—209. Allg. Gesetze des Westerlauwerschen Frieslands in Nichthofen S. 385. Fries. Gesetze aus den Seemwolsen. Nichthofen S. 510. Gesetze der Nordfriesen. Nichthofen S. 561. Diese alten Statute sind später revidirt (jedoch mit Beibehaltung vieler alten Rechte), z. B. Landrecht van Hunsingo, Fyvelgo en Westerquartier. Groning. 1664. Landrecht der beyden Oldambten. Groning. 1654. Außer diesen haben noch die einzelnen friesischen Städte eigene Statute aus dem XV. Jahrh.; f. Beispiele in Schwartzenberg Charterboek. I. p. 558. 577. Statut von Wpingadam in Hackenroth Ostfries. Oorsprong. S. 552. Besonders wichtig ist

wegen der Vollständigkeit das Groninger Stadtbuch v. 1426, abgedruckt (mit trefflichen Anmerk.) in Verhandelingen der Groninger Genootschap. vol. V. Hieher gehört auch das oben (§. 16. not. 8.) angeführte Rechtsbuch aus XV. Jahrh. jurisprudentia frisiaea. Eine sehr wichtige, im Anfange des XVI. Jahrh. aufgezeichnete, Rechtsammlung von Friesland ist die in Leuwarden 1772 unter dem Titel gedr. Schrift: dit zyn die statuten en landrechten van den landen van Westfriesland, also by di sassenischen tyden in ghesetelt waren. Aus den Partikularrechten der Friesen ist das unter Graf Edzard 1515 publizierte ostfriesische Landrecht entstanden, herausg. m. Anmerk. von Wicht. Aurich, 1745.; über dessen jetzige Gültigkeit, Spangenberg in Duvé's Zeitschrift. I. Bd. S. 104.; dem ostfriesischen Landr. von 1515 ging schon ein früheres unter Graf Ulrich 1453 voraus. Wicht S. 190. Wiarda Hsagabuch. Bore. S. XLVII.; gut zur Kenntniss des frisischen Rechts Huber heedensdag regtsgeleerdheid in Friesland. Leuward. 1690. Noch ist bei dem freis. R. interessant das sogenannte Theelrecht, geltend für die Theelbauern (eine Genossenschaft im Norder- und Berumeramst). f. Wonkebaech de diff. jur. rom. et Theelandici in succ. ab int. Gron. 1746. Wenkebaech neu revid. Theelr. Halle, 1759. Spangenberg in Duvé's Zeitschrift. I. Bd. S. 98. Wiarda Hsagabuch. S. LI. Jetzt gilt in Ostfriesland das preuß. Landrecht. Grefe Zeitsfaden. S. 64.

1) Grafschaft Lingen. Statut von 1555 und das zuletzt geltende Recht in Landrechten en Ordonantien van Lingen. Grafenhaag. 1639. f. Auszüge in Homen Beitr. zur jur. Lit. III. Thl. S. 396. IV. S. 392. und in Acta Usnabrugens. vol. II. p. 159. f. noch v. Kamys statut. Rechte. II. S. 427. Jetzt gilt preuß. Landr. Grefe Zeitsfaden. S. 53.

Allgemeine hannöversche Gesetze für alle Landesheile, gesammelt in Hagemann Samml. der hannover. Landesverordnungen und Ausschreiben (enthält die seit 1813—17). V Bde. Hannover, 1815. Spangenberg Samml. der Verordn. u. Ausschr., welche für samml. Provinzen des hannöv. Staats ergangen sind. Hannover. 1819—22., bis jetzt IV Thle., der letzte aus 2 Abth. Zur Kenntniss des hannöv. Rechts überhaupt dienen: Selchow Anfangsgründe des Braunschw.-Lüneb. Privatr. Gött. 1700. Struben rechtliches Bedenken. V Thle. Hannover. 1760. und vorzüglich neu herausg. von Spangenberg. Hannover. IV Bde. 1827. Pufendorf observ. jur. univ. tom. IV. 1744—1770. Namdehr jurist. Erfahrungen, oder Repertorium der wichtigsten Rechtsmaterien. III Thle. Hannover. 1809—10. Willew u. Hagemann prakt. Erörterung. VIII Thle. 1798. 1824, fortgesetzt v. Spangenberg. Bd. IX. Zeitschriften: Spiel vaterland. Archiv, oder Beitr. zur allseitigen Kenntniss von Hannover. IV Bde. Lüneburg. 1819—21. Neues vaterland. Archiv, fortgesetzt von Spangenberg. IV Bde. Duvé's Zeitschr. für Gesetzgebung, Rechtswissenschaft, u. Rechtspflege im Königreiche Hannover, und in Lauenburg und Helstein. Lüneburg, 1821—22. I. Bd. 1—38 Hft. Gans Zeitschrift für die Civil- und Criminalrechtspflege in Hannover. Hannover, 1826—28. 4 Hefte. Wallis u. Schlüter jurist. Zeitung für Hannover wird seit 1827 bis jetzt fortgesetzt. Beitr. für das hannöv. Landesrecht von Schlüter. Celle, 1834. 2 Hefte. f. Grefe Zeitsfaden zum Studium d. hannöv. Privatrechts. Gött. 1833. neue Aufl. 1838. I. Thl.

- 16) Braunschweig-Wolfenbüttel. Von Statuten d. Städte. Braunschweig: die von 1227 in Orig. Quell. IV. Cod. prob. p. 107.; von 1232 Leibniz script. tom. III. p. 434.; von 1532 in Pufendorf obs. tom. IV. adp. p. 73.; von braunschw. Stat. Liebhaber Einleit. II. S. 235—50. Von Helmstädt: Stat. von 1247 bei Kress indic. justit. judic. recuperat. p. 327., erneuert von 1580. f. auch Liebhaber Einleit. II. Thl. S. 251. Von Heinrichstadt v. 1592, gedr. 1692 bis 62, auch in der braunschw. Hofgerichtsordn. 1663. S. 565. Landesgesetze: gesammelt in Schlüter Samml. der Wolfenbüttelschen Landesverordn. Wolfenb. 1729—31. III Bde. Wellereck kurzer Begriff der

Königreich Sachsen 17), in den einzelnen sächsischen Fürstenthüm-

Wolfsenbütt. Landesordn. Braunsch. 1750. (herausgegeben v. Lichtenstein 1771). Fredericksdorf Promptuarium der fürstl. braunsch. Landesverordn., in einem Auszuge. Braunsch. 1775—97. Leiste Repertor. der Verordn. u. Rescripte, welche im Herzogthum Braunschweig 1750—1804 erlassen sind. Braunsch. 1805. 3. u. 4. Bd. system. Anl. zur Kenntniss d. Quellen und Literatur der Braunsch.-Wolfsenbütt. Staats- u. Privatr. Braunschweig, 1792. v. Liebhaber Einleit. in das braunsch. Landr. Braunschweig, 1791. 2 Thle. Rosenthal Vers. einer richtigen Beantw. mehrerer in das gemeine u. Braunsch.-Wolfsenbütt. Landr. einschlagenden Rechtsfragen. Götting. 1805. Schneider Fragmente über Privatrecht, Civilprozeß im Herzogthum Braunschweig. Braunsch. 1835. Scholz jurist. Magazin. Braunsch. 1834. 35. IV Bde.

- 17) Königreich Sachsen. In den Städten gelten besondere Statute. Dresden hatte Magdeb. Recht, s. Gottschalk Annal. Codic. Dresdens. quo jus Magdeburg. p. 3. Dresden Stat. v. 1659, erneuert 1728, wieder gedr. 1785. Leipzig, Leipz. Reichbild von 1504. Reformation von 1550, erneuert 1593. 1608.; auch in Schneider Chronik. S. 241., erneuerte Stat. von 1701. Freiberg s. oben S. 11. und dazu Stat. der Stadt Freiberg von 1776, mit Anmerkungen herausg. von Gerlach. Freiberg, 1803. Meissen, Willkür über Erbfälle. 1525. Schöttgen u. Kreißigs Nachlese. P. II. S. 306. Chemnitz, Stat. v. 1607 in Schott Samml. zu d. Landr. II. Thl. nr. 4. Budissin, Stat. von 1678 in Schott Samml. II. Thl. nr. 1. Zittau, Stat. von 1567 in Schott Samml. I. Thl. S. 91. Ueber die oberlausitzischen Rechte s. oben bei dem preussischen Rechte Lit. D.

Allgemeine Landesgesetze. Landesfassung Churf. Friedrichs von 1428 u. 1434. Herzog Wilhelms Landesordn. von 1446 und 1482 (s. Haubold Lehrbuch. S. 12.). Landesordn. von 1543. 1550. 1555, von 1572 an (von Churfürst August) beginnen Constitutionen. Haubold l. c. S. 16.; zum Versehen derselben s. Friderus Mindanus Consult. saxon. a celeberr. Assessoribus decis. Francof. 1616.; über die Bedeutung dieses Werks s. Bemerk. u. Erläut. zu Curtius Handb. I. S. 4—27. Torgauisches Aufschreiben von 1583. Erledigung der Landesgebrechen von 1661; ältere Decisionen von 1661 und neue von 1746. Resolutionen über Rechtsfragen v. 1780. Sammlungen der Gesetze: Ordnungen Herzogs Ernst, Albrecht, Moriz. Dresden, 1573. 1609. — Corpus novum Saxonicum. Dresd. 1660. Codex Aug. oder neu verm. corp. jur. Sax. (herausg. von Lünig). I—III. Bd. Leipzig, 1724., fortges. von Benningfen. I—III. Thl. 1772. II. Fortf. I—III. Thl. 1805—6. III. Fortf. Dresden, 1824. Handbuch der chursächs. Gesetze. VIII Bde. Zeiz, 1804. Repertorien: Hayme digest. jur. Saxon. Lips. 1734. Richter dig. jur. Sax. Lips. 1774. Hommel chronol. Register über den churs. Cod. Aug. Leipzig, 1778. II Bde. Schwarz Wörterbuch über die churs. Ges. V. Thl. Dresd. 1792. Literatur: M. Berlich conel. pract. sec. ord. const. Aug. V vol. Lips. 1615. Carpzov jurispr. for. rom. Sax. Francof. 1638. 1721. Schaumburg Einleit. zum sächs. R. IV. Thl. Leipz. 1778. Hegner kurze Versh. der in Chursachsen üblichen Rechte. Leipzig, 1780. Schott inst. jur. Sax. Lips. 1778., ed. Haubold 1795. Schwarz System des in Chursachsen geltenden Privatr. II. Thl. Dresd. 1795. Curtius Handbuch des in Chursachsen geltenden Civilrechts (fortgesetzt von Richter u. Hänel). IV. Bd. 1797—1819, und dazu Hänel Bemerk. u. Erläut. über das im Königr. Sachsen gültige Civilr. nach Anl. v. Curtius. Leipz. 1828. I. Thl. III. Bd. 1833. Vinther allg. Landr. für das Königreich Sachsen. I. Thl. Dresden, 1807. Haubold Lehrbuch des Königl. sächs. Privatr. Leipz. 1820.; neu herausg. von Guntker. Leipz. 1829. s. noch Köchy thes. jur. Sax. tom. II. Lips. 1796. Kind quaest. for. IV tom. Lips. 1792. 1807. Gott-

mern ¹⁸⁾, Churheffen ¹⁹⁾, Großherzogthum Hessen ²⁰⁾, Nassau ²¹⁾,

sehall Annal. jur. Sax. Lips. 1804. und idem sel. discipl. forens. III tom. Dresd. 1816—22. 1830. Meiste Archiv für prakt. Rechtskunde mit vorzüglicher Rücksicht auf sächs. Recht, Zwickau, 1834. 2 Hefte. Codex juris Saxon. privat. oder Handb. der gesammten im Königreiche Sachsen gült. privatrechtl. Gesetze von Schaffrath. Altenburg, 1841. (sehr brauchbar wegen der neuern Gesetze) und Zeitschrift für Rechtspflege u. Verw. in Sachsen. Leipz. 1838—41. V Bde.

- 19) A) Sachsen = Weimar u. Eisenach. s. überh. Sachs. Handb. des großherzogl. sächs. Privatr. Weimar, 1824. Ueber die Rechte der fürstl. sächsischen Länder überhaupt: s. Kober v. Koppensfeld Nachrichten von der Verfassung der Gesetze in den fürstl. sächs. Ländern in Frankens Beitr. I. Thl. S. 157. Delloss Grundr. des d. Privatr. S. 103—106. Von Rechten der Städte: Weimar erhielt 1371, 1407 Privileg., und 1410 das Weisenfeer Stadtr. von 1250 (abgedruckt in Schmidt Gesetzsamm. für Weimar). VIII. Bd. S. 85. Walch Beitr. II. S. 5—79.; spätere Stat. von 1590, revid. 1670. 1693 u. gedr. 1702, und in Schmidt l. c. S. 101. Allstädt Stat. von 1565. 1578, abgedruckt in Schmidt Gesetzsamm. für Weimar). VIII. Bd. S. 85. Walch Beitr. II. S. 5—79.; spätere Stat. von 1590, revid. 1670. 1693 u. gedr. 1702, und in Schmidt l. c. S. 101. Allstädt Stat. von 1565. 1578, abgedruckt in Schmidt Gesetzsamm. für Weimar). VIII. Bd. S. 85. Walch Beitr. II. S. 5—79.; spätere Stat. von 1590, revid. 1670. 1693 u. gedr. 1702, und in Schmidt l. c. S. 101. Berka von 1674. 1688 in Schmidt S. 206. Buttelschädt, Böhme über die Buttelsch. Statut. Leipz. 1775.) Stat. von 1431. 1482. 1736, in Schmidt S. 295. Eisenach, Stat. von 1221 u. 1283 (abgedr. in Paulini annal. Isenac. in synt. rer. et ant. p. 57.); Sachs. Handb. S. 49. Die aus den Schöppensprüchen entnommenen Stat. von 1670, abgedr. in Frankens neue Beitr. zu der Gesch. von Sachsen. I. S. 172. (vergl. Schott Samml. I. Thl. S. 6.) Jena, Stat. 1677 u. 1704 in Schmidt l. c. S. 379. Jlmeneau von 1426 in Schultes Beschreib. der Grafsch. Henneberg. II. Thl. nr. X., und von 1555. 1636. 1752 in Schmidt S. 428. Lobda von 1407. 1644 in Schmidt S. 497. Magdala von 1406 in Schmidt XI. Bd. S. 343., und von 1671 in Schmidt VII. S. 501. Rastenberg v. 1481. 1688 in Schmidt VIII. S. 1. Neumark von 1510 in Schmidt VII. S. 518. — Allgemeine Landesgesetze s. in Schmidt Gesetzsamm. für die Fürstenthümer Weimar und Jena. Jena. 1810—19. VI. Bd. Ueber Repertor. oder alphab. Ausg. d. weimariſchen Ges. Jena. 1783. Hellfeld Real-Repertorium der in Weimar seit 1783 ergangenen Ges. Jena. 1789. Von dem einverleibten Erfurter Gebiet oben S. 11. und bei Darstellung des preuß. Rechts.

B) Sachsen = Gotha. Stat. der Städte: s. von alten gothaischen Stadtr. Sachs. Handb. S. 45. Brückner Handb. d. herzogl. gothaischen Privatr. Gotha, 1830. in Einl. S. VI. Gotha, Stat. von 1579 in Rudolphi Gotha dipl. tom. III. p. 173. und in Brückner S. 251. s. Hef juristische Anmerk. über einige Art. des Goth. Stadtr. Gotha, 1770. Von altenburgischen Städten: Stat. von Altenburg von 1555 in Walch Beitr. III. Thl. nr. 4.; und erneuert 1725. Stat. v. Eisenberg in Walch II. Thl. S. 204.; von Orlamünde aus dem XIV. Jahrh. in Walch Beitr. II. Thl. S. 61. Stat. von Ohrdruf in Brückner. S. 279. Landesgesetze: Gotha, sächs. Landesorden. v. Fr. Wilh. u. Joh. Wilhelm. 1556. (Brückner Einl. S. XXIII.) neu aufgerichtet. Coburg, 1720. Beisügung 1738; neue Beisügung 1781. Zusätze mit Register v. Salbach. 1817. Gothaische Landesverorden. Gotha, 1659. Zusätze. 1738. Von altenburgischen Gesetzen: Landesorden. von 1509. Altenburg. Landesorden. von 1705. Sammlung der altenb. Gesetze. 1750. 2te Samml. 1775, 3te 1820. Nachtrag zur 1ten Samml. 1823. Schultes u. Haberland Realrepertor. sämtl. Landesgesetze des Fürstenth. Altenburg. Cobla, 1786. Von der Gültigkeit der sächs. Constitution in Gotha; Brückner Einl. S. XXV.

C) Sachsen = Coburg, Saalfeld. Stat. der Städte: Stat. von

Coburg, gesammelt zuerst 1651 (durch Gündel), dann 1675. f. Kreyßig Beitr. zur Histor. der sächs. Lande. I. Thl. S. 354. und Ortleff Stat. d. herzogl. sächs. Residenzstadt Coburg, Coburg, 1818., u. dort S. 58—90. in d. Anh. viele rechtshistor. Notizen v. Log. Mit den Coburger Statuten stimmen überein die Stat. von Heldburg (in Kreyßig III. Thl. nr. 8.), Amersdorf, Eißfeld, Schalkau. Von älteren Stat. von Saalfeld s. oben S. 11. not. 15. nr. 8. Die späteren Statute von 1558 in Schultes Coburg. Landesgesch. II. Thl. S. 50. — Allgemeine Landesgesetze: Coburg. Landesordn. von 1531 in Schultes Coburg. Landesgesch. II. Thl. Urkundenb. nr. 29. Abschied Casimir von 1612. Neue Beitr. zu den Coburg. Landesgesetzen von 1760—90., herausg. v. Grunner. Realrepertorium der Coburg. Landesgesetze. Coburg, 1820—21. II. Thl. f. noch Rösler dec. jur. Sax. Cob. 1696. edit. nov. 1782.

D) Sachsen-Meinungen. Stat. der Stadt Meinungen von 1565 in Kreyßig Beitr. V. Thl. nr. 9. Stat. von Wärsungen von 1561 in Kreyßig. I. S. 399. In Meinungen gilt Henneberger Landesordn. von 1539 (s. darüber Kämpel Handb. des Sachsen-Meinungischen Privats. Meinungen, 1828. S. 13.), wieder gedr. Meinungen, 1720. Eine Gerichtsordnung von Henneberg von 1427 in Schultes dipl. Gesch. des gräfl. Hauses Henneberg. I. Thl. S. 431. II. Thl. S. 248. Gerichtsordn. von 1527 in Schultes II. S. 316. f. über Henneberg. R. v. Kämpf statut. Rechte. I. Thl. S. 411—451. und merkw. Martin Jahrb. des sächs. H. I. Bd. 1828. 38. Heft. S. 289.

E) Sachsen-Hildburghausen. Stat. der Stadt Hildburghausen, s. gegründet auf d. Coburgischen, gesammelt 1659 bis 1680 mit späteren Zusätzen, s. von den Rechten des Landes Rohe v. Koppenfeld in Kreyßig Beitr. zur Histor. der sächs. L. VI. Thl. S. 389.

- 19) Churhessen. Nachr. in Waldschmid de singul. quibusd. et ant. Hassiae jur. Marb. 1715. Senkenberg de jure Hassor. priv. ant. Giess. 1740. Kuchenbecker annal. Hassiac. Marb. 1738—42. XII tom. Schminke monum. Hass. Cassel. 1747. IV tom. Von Städtestatuten: Stat. von Cassel von 1239 in Kopp Nachr. von den geistl. u. weltl. Ger. in Hessen, in den Beilagen. I. Thl. S. 22. Stat. von 1300 in Kuchenbecker IV. p. 262. Stat. von 1413 in Kopp I. c. S. 24 u. 27.; von Grünenberg in Kuchenbecker VII. p. 67.; von Hersfeld in Hofmann Samml. ungedruckter Nachr. II. Thl. S. 84.; von Marburg in den Marburg. Beitr. III. Stück. S. 10. Gewohnheiten einzelner Distrikte s. eine Samml. des XVI. Jahrh. in Senkenberg sel. jur. et hist. tom. III. nr. 5. Gewohnh. der Oberfürstenth. Marburg in den Marburg. Beitr. III. Stück. S. 11. Landesgesetze: Privatrechtl. Bestimm. in d. Gerichtsordn. von 1497 in (Kleinschmid's) Samml. hess. Ordnungen. S. 15—28. Reform. Ordn. v. 1511 in Kleinschmid. S. 33. Reform. Ordn. in Polizeisachen von 1526 ibid. S. 49. Die von Geise in Corp. Jur. S. 458 bekannt gemachte Landesordn. von 1583—92 ist nur Entwurf geblieben. f. Kleinschmid Samml. I. Thl. S. 462.; über die Gültigkeit ist unter den hess. Juristen noch Streit, s. Jannas Beitr. zum deutschen R. I. Thl. S. 7. 8. not. Dies Landrecht hat jedoch großen Werth für die hess. Praktiker, f. Pfeiffer pratt. Ausführungen. I. S. 184. II. S. 208. Samml. der hess. Landesordn. und Ausschreiben von 1337 an. Cassel, 1767—82. Handbuch der Hessen-Cassel'schen Landesverfassungen u. Rechte in alphabet. Ordnung. I. u. II. Bd. von Kopp, die über. von Wittich herausg. Cassel, 1798—1804. VII Bde. Wittich delin. jur. civ. in terr. Hass.-Cassel. Cass. 1791—93. II vol. Viel zum hess. Rechte in Hombergh Vach. Comm. jur. Hass. de usufr. parent. in s. comm. Marb. 1773—80., und Canngiesser collect. decis. supr. trib. Hass.-Cass. Cass. 1768—71. XII vol., und vorzüglich in Pfeiffer pratt. Ausführungen aus allen Theilen der Rechtswissenschaft. Hannov. 1825—41. VI Theile. In den mit

Hessen vereinigten Ländern, und zwar in der Grafsch. Schaumburg, gilt die Polizeiordn. von 1615; in Solms das Solmische Landr. von 1571. 1599. 1688 u. 1719, gedruckt f. Orth in Anmerk. zur Frankf. Reform. I. Thl. S. 243. V. Thl. S. 41. und Walch Beitr. II. Thl. S. 345. III. S. 341.; neu abgedruckt in v. d. Rahmer Handbuch. I. S. 1—112. In Hanau gilt Solmisches Recht. Hofmann Ehrechr. S. 530. f. noch Merig Magazin über mitteldeutsche Rechte u. Geschichte. Frankf. 1803. 16 Hest. nr. 5. Viel Privatrecht enthält auch die Hanauische Untergerichtsordn. vom 2. Jan. 1764. Von dem Fuldischen Rechte f. Thomas System aller Fuldischen Privatr. Fulda, 1788—90. III Theil., und manche Fuldische Ordnungen in Ludolf collect. statut. p. 605—42. Schüller Erörter. von Fragen aus dem Fuld. Privatrechte. Fulda, 1835.

- 20) Großherzogthum Hessen. In der Provinz Starkenburg wie in der Stadt Darmstadt gilt das (obwohl nie publicirte) Landrecht der Obergrafschaft Katzenellenbogen, abgedruckt in Seldow Magazin für deutsches R. I. Thl. S. 47., besser abgedr. Darmstadt, 1795.; dies Landrecht ist 1589 auf Befehl des Landgrafen Georg aus Gewohnheiten gesammelt worden, f. Jaugen Beitr. zum deutschen Rechte. I. Thl. S. 6. II. Thl. S. 206. Jaugen in den Bemerkungen zum Abtriebsr. S. 20—28. Von den Rechten von Altdorf f. Jaugen Samml. prakt. Rechtsörterung. II. Thl. S. 69. Vießener Stadtdruch in Senkenberg de jur. Nassor. im Anh. p. 2—36.; vom Grund Breitenbach ibid. S. 57. und bei v. d. Rahmer Handbuch. I. S. 885. In der Provinz Oberhessen gilt Solmisches Landrecht; dasselbe gilt auch in dem vormals Hanauischen Amt Schaaheim und in dem Hensburgischen, so wie in der Stadt und Burggrafschaft Friedberg. Das Erbachische hat eigene Samml. von Gewohnheitsrechten; das ziemlich vollständige Erbachische Landr. von 1520—1552 besteht aus einer Centgerichtsordnung, Untergerichtsordnung, in welcher auch das Privatr. vorkommt, Hain- und Zersgerichtsordnung. Das Erbachische Landr. ist 1824 mit Erläuterungen von Red u. Lauteren in Darmstadt gedruckt erschienen. In den ehemals pfälzischen Nentern Lindenfels, Ogberg gilt hurspfälzisches Landrecht. In den vormals hunsrückischen Landestheilen Herbornheim, Vörsch, so wie in dem Mainischen Gebiete gilt Mainisches Recht; vor 1755 galt der sogenannte Landesherrsch. (gesammelt von Jstheim 1643) in Auszügen bei Bodmann rheingauische Alterthümer. S. 504.; auch die Mainische Intergr.-D. v. 1534, auch abgedr. in Saur fascicul. judic. ordin. P. I. fasc. I. p. 1. enthielt viel Privatrechtliches. Das geltende Mainische Landrecht ist von 1755, abgedr. in v. d. Rahmer Handbuch. I. S. 685. In der Stadt Wimpfen gilt Stadtrecht von 1775, abgedr. in v. d. Rahmer. II. S. 1045. Von Rechten der Stadt Mainz (die keine gesammelten Statute hat) f. Codex Cod. dipl. exhib. Francos. 1743—68. V vol., und von älterem Rechte Senkenberg med. jus publ. et priv. conc. III. p. 474. und merkiv. Rechte u. Ordn. von 1422 in Siebenkees Beitr. zum b. R. I. Thl. S. 41. f. noch Mainzer Rechte v. Ramph stat. R. III. S. 217. In Worms galt die (oben S. 10.) beschriebene Reformation. Samml. hess. Verordn. in Samml. hochfürstl. hess. Landesges. Gießen, 1786. Eisenbrod Handb. der großherzogl. hess. Verordn. Darmstadt, 1817—19. IV Bde. Nüßl das gemeine deutsche Privatr., mit vorz. zügl. Hinweisung auf die Privatrechtsquellen in Hessen. Darmst. 1824. Bopp Mittheilungen aus den Material. der Gesetgeb. und Rechtspflege in Hessen. Darmstadt, 1830. IV Hefte. — Der hessische Rechtsfreund, Handbuch zur Gesetzkunde (von Bopp herausgegeben). Darmstadt, 1835. 4 Hefte.

- 21) Nassau. f. Rechtslehre. v. Soest für Siegen in Wigand Archiv VII. S. 57. Von Stadtrechten kömmt vor das von Siegen, gegründet auf Soesterrecht aus dem XV. Jahr. (nach einigen MS. schon aus XIII. Jahrh.) in Dillenburg. Intelligenznachr. 1774. S. 1., auch abgedruckt in

Württemberg ²²⁾, Baden ²³⁾, Holstein und Schleswig ²⁴⁾, Mek-

Corpus Constit. Nassovic. tom. I. p. 1—6. v. d. Rahmer Handbuch des rhein Partikularrechts. I. Thl. S. XLIV. Alle Landesgesetze sind: Graf Johann Landesgesetz von 1446 und 1465, in Dillenburg. Intell. Nachr. 1774. S. 6. 17. Landesordnung des Grafen Johann von 1475, publ. 1498 in Dillenburg. Nachr. I. c. S. 97. Nassauische Polizeid. von 1615. Nass. Cagencellend. Gerichts- u. Landordn. v. 1616. Wezlar, 1711., abgedr. bei v. d. Rahmer Handbuch. I. S. 117. Diese Gerichts- u. Landordnung von 1616 ist von Schorck entworfen und von Schildhaus revidirt. s. Reinhard kleine Ausführungen. I. S. 248. s. noch über Nass. Recht v. Kämpf statut. Rechte. III. S. 354 ff. Sammlungen: Corp. Constit. Nassov. Dillenburg, 1773—96. VI Bde. Weisthum der Gesetze, Ordn. u. Vorschriften, welche in den Nassauischen Ländern ergangen. Hadam. 1802. III. Thl. Samml. der landesherrl. Edikte und Verordnungen. Wiesbaden, 1816—25. III Thle. In den einzelnen Landestheilen gelten verschiedene Statutarrechte. s. v. Dalwigk Versuch einer Darstellung des Erbrechts. Wiesbaden, 1820. Vorrede S. XXII. 3. B. das Schliche Recht in den vormals Nassau-Nassauischen und Weilburgischen und Leiningischen Landen; das Trierische Landrecht in den Trierischen Aemtern Limburg, Montabaur, Ramberg, Lahmstein; das Mainzische im Rheingau, Höchst, Hochheim; pfälz. Landrecht in Taub. s. noch Wiederholt coll. jur. Nassov. et Solm. cum jur. comm. Herb. 1725. Böttger Analecten des Solm. u. Nassauischen Rechts. Herborn, 1805. s. noch v. d. Rahmer Sammlung der merkwürd. Entscheidungen des Nassauischen Oberappellationsgerichts. Frankf. 1824. 2r Bd. 1825.

- 22) Württemberg. Ueber Gültigkeit der Rechtsbücher des Mittelalters in Würtemb. s. Wächter Handbuch des württemberg. Privats. Stuttg. 1839. I. S. 61. (obwohl die dortige Ansicht vom Schwabenspiegel kaum richtig ist). Von Städtestatuten: s. Stuttgarter Stat. (aus dem XIV. Jahrh.) in Sattler Gesch. des Herzogthums Württemberg. V. Bd. in Beil. nr. 15. Stadtr. v. Tübingen v. 1493 in Kaufler Zeitschr.: Merklei. Tüb. 1798. nr. 1. v. Wächter Handb. S. 69. 73. Die meisten Städte und Flecken hatten eigene Gewohnheitsrechte, gesammelt 1553 (das MS. existirt noch). s. darüber v. Wächter Handb. I. S. 193. Fächer v. der Deutschen Erbfolge in der Vorr. Auszüge aus diesen Rechten bei Fächer. ibid. im Urkundenb. S. 131—302.; vorzüglich Reyscher Samml. altwürttemberg. Statutarrechte. Tübingen, 1831., 3. B. dort S. 109. Stadtrecht von Alperg. Nach Jäger schwäbisches Städtewesen. I. S. 145 waren die Mutterrechte der schwäb. Städte die Rechte von Speier, Freiburg, Eßlingen, Heberlingen, Lindau. s. dort S. 147 von Rechten der einzelnen Städte. Stat. von den würtemb. vereinigten Städten, 3. B. Ulm. Das geltende in der Stadt Ulm Gesetz, und Ordnungen neu revid. Ulm, 1783.; von älteren Rechten Ulms: Jäger Magazin. III. Thl. S. 496. Morell de jur. stat. reipubl. Aug. p. 12. not. Neubronner diss. jur. civ. et Ulm. Jen. 1680., vorzüglich Jäger Städtewesen. I. S. 144. S. 729. Neutlingen, Erbrecht von 1500. Eßlingen, Ordn. u. Satzungen eines churfürstl. Rathes 1532, verbessertes Erbrecht v. 1712. Heilbrunn, Stat. v. 1549. Schwäb. Hall, Stat. v. 1516. Von den mit Württemberg vereinigten Ländern hat Hohenlohe ein sehr vollständiges Landr. von 1737. s. oben bei dem bair. Rechte. Nach Mittheilung des Hrn. Prof. Michaelis finden sich in der Stuttgarter Bibliothek noch merkwürd. Stat. in MS., 3. B. altes Bopfingen Statut oder f. g. Merzenrecht, dann altes Herkommen v. Wimpfen, 1544. Wächter Handb. I. S. 83. Württembergische Landesgesetze: Landesorden. von 1495, erneuert 1515, 1521. 1536. 1567. Ueber Abfassung v. Wächter S. 226. und über das von 1567 Wächter S. 264—79. Neu württemberg. Landrecht von 1554 (über die Abfassung s. Pfister Herzog

Christoph. S. 245.). Revision des Landr. 1567 und des Herzogthums Württemberg erneuertes gem. Landr. 1610. f. v. Wächter. S. 345. Zur Geschichte: Harprecht praec. quaedam hist. leg. punct. Tubing. 1767. H. Weiser Nachr. von den Gesetzen des Herzogth. Württemberg. Stuttg. 1781. Hochstetter spec. jur. germ. jur. Wuertemb. ant. Stuttg. 1780. Lauterbach different. jur. civil. et Wuertemb. Tub. 1692. und vorzüglich das schon angeführte Werk v. Wächter. Doctrinelle Werke: Griesinger Comment. über d. herzogl. würtemb. Landr. Frankf. 1793—99. VIII Bde. IX. u. X. Bd. 1808. Weishaar Handb. des würtemb. Privatr. Stuttg. 1801. 2te Aufl. 1816. III Bde. 3te Aufl. 1831. Reinhard das Landr. des Königr. Württemberg, mit Comment. III. Thl. Stuttg. 1822. IV. Thl. 1825. Reyscher das gesammte württemberg. Privatr. Tüb. 1836. bis jetzt I Thl. Samml. der Gesetze: Hochstetter Extract der würtemb. Generalreskripte. Stuttg. 1735—42. II Bde. Gerstlacher Samml. aller einzelnen ergangenen würtemb. Verordn. Stuttg. 1759. II Bde. Kapfs Samml. einzeln ergangener Verordn. Tüb. 1800. III Bde. Hartmann Gesetze des Herzogth. Württemberg. Stuttg. 1791—98. IV Bde. Knapp Repert. über die württemberg. Gesetzg. v. 1797—1811. Tüb. 1810—11. V Thle. Daran schließen sich an: Knapp Annalen der würtemb. Gesetzgeb. (Ges. von 1817—19.) 1818 bis 20. Tübingen. Christlieb Real-Znder der würtemb. Ges. u. Ordn. Gmünd, 1814. Hezel Repertor. der würtemb. Pol. Ges. Elnwangen. 1814—21. X Bde. u. 1 Supplem. Reyscher Samml. aller württemberg. Rechtsquellen. 1r Bd. 1829. Rechtsfälle: Kapf merkw. Civilrechtsprüche d. Gerichtsh. Würtemb. Tüb. 1821. Eine neue Zeitschrift ist: Jahrbücher der Gesetzgebung u. Rechtspflege in Württemberg, herausg. von Hofaker. I. Bd. 3 Hefte. Stuttg. 1824. IV. Bd. 1834. Reinhard verm. Auff. 1821. Bolley verm. jurist. Aussäße. Stuttg. 1831. Bolley Entw. von Gesetzen für Württemberg. 1835. Wöhl, Schewerlen u. Wächter, die Literatur des würtemb. Rechts. Stuttg. 1830. Sarwey Monatsschrift für die Rechtspflege von Württemberg. Ludwigsburg, 1839—1841., bis jetzt VI Bände.

- 23) Baden: A) Markgrafschaft Baden. Landesgesetze: Der Markgrafschaft Baden Stat. u. Ordn. von 1511, bearbeitet von Jassus; vergl. mit der Landesordn. von 1508 für die Grafsch. Eberstein in v. Krieg Gesch. der Grafen v. Eberstein. Carlsruhe, 1836. S. 442. Landrecht für die Markgrafschaft Baden. Baden, 1588., abgedr. in d. Samml. der Landrechte, Landesordn. (Carlsru. 1805.) I. Bd. nr. 1. Der Herrsch. Lehr und Wahlberg Stat. in Test., Erb. u. Vorm. 1566, abgedr. in der Samml. der Landr. II. Thl. S. 61—104., von 1726 an galt in der Herrschaft Lehr das Nassauische Recht. Mayer S. 705. Landrecht des Fürstenth. u. d. Markgr. Baden u. Hochberg. 1622, publ. 1654. Landr. der Fürstenth. u. Landen der Markgr. Baden. Durlach, 1710. Landesordn. der Fürstenth. und Landen. Durlach, 1715. Sammlungen: Gerstlacher Samml. aller Bad.-Durlach. Verordn. Carlsru. 1773—74. III Bde. Der neuern bad. Gesetzgeb. wesentl. Inhalt, oder Handb. in alphab. Ausg. Carlsru. 1782. IV Bde. Zur Geschichte u. Literatur des bad. Rechts: Harprecht diff. jur. comm. et prov. March. Bad. Tub. 1691. Maler prim. lin. diff. jur. civ. et March. Carlsru. 1757. Waffenträger der Gesetze. I. Bd. S. 301. Mayer in den Blättern für Justiz u. Verwaltung in Baden. I. Bd. S. 85 u. S. 585. B) Für die vormals kurpfälzischen Lande galt kurpfälz. Landr. v. 1582. 1594. 1611.; Churpfälz bei Rhein ern. u. verbess. LandesO. von 1610, von neuem gedr. Heidelb. 1657.; churf. pfälz. erneuertes u. verb. Landr. 1700, abgedruckt in v. d. Nahmer Handbuch. I. S. 402. verbesserte und erneuerte Landesordn. Weinheim, 1710. Janson Materialien zu einem künftigen Gesetz, d. i. kurpfälz. Verordn. (von 1196—1743.) Heidelb. 1791. C) Für die bruchsalischen Lande galt die oben unter der Rubrik Rheinbaiern angeführte Samml. der hochfürstl. Speier. Gesetze.

- Bruchf. 1788. IV Thle. Mayer S. 711. Eigene Statute hatten noch die Städte Freiburg, s. eben S. 16, not. 9. Offenburg. Stat. (aus dem XVI. Jahrh.) in Walsch Beitr. III. S. 112, besser in der Samml. der Landrechte und Statute. (Carlr. 1806.) II. Thl. nr. 1. Stadtrecht von Zell am Hammerbach in der Samml. II. Thl. nr. 2. Stadtr. von Gengenbach *ibid.* S. 58 u. S. 105. Für das zu Baden gehörige Wertheim ist merkwürdig eine Erbverordn. von 1325 u. ein ziemlich vollständiges Stadtrecht (MS.) 1466 von Schultheiß Hevles gesammelt. Die Reichsstadt Heberlingen hatte Statute v. 1707 (Mayer I. c. S. 588.). Wiesburg hatte Statute v. 1480. 1517. 1555, gesammelt 1725 (Mayer S. 594.). Oberkirch hatte Statute (Mayer S. 701.). Neue allgem. Gesetzgebung: Landrecht des Großherzogth. Baden, nebst Handelsgesetzen von 1809; hiezu Brauer Erläuterungen über den Code Napol. u. d. großh. bad. bürgerl. Gesetzgebung. Carlr. 1809—12. VI Bde. s. dazu Tressurt System des bad. Civilrechts. Carlr. 1824. u. Heinhorst Jahrbücher des badischen Oberbesger. Mannheim, 1824. VII. Bd. 1833. Neue Folge der oberbesgerichtl. Jahrbücher bis 1841. Fundamentalgesetze (auch für Privatrecht wichtig) finden sich in XIII Organisationsedicten von 1803 u. VIII Constitutionsedicten von 1807. Mors alphabet. Repertorium über sammtl. badische ältere und neuere Gesetze von 1710—1810. Freiburg, 1811. II. Bd., und fünf alphabet. Repertor. der großh. bad. Gesetze von 1811 an. 1te Aufl. Heidelberg. 2 Bde. 1834. Nützlich die Polizeigesetzgebung des Großherzogth. Baden. Carlsruhe, 1826. Belfs Annalen der badischen Gerichtshöfe. Carlsruhe, jährlich I Band seit 1832 bis 1841. Duttlinger Archiv für Rechtspflege u. Gesetzgebung in Baden. Freiburg, seit 1829 bis jetzt 4 Bde. Blätter für Justiz und Verwaltung in Baden, herausgegeb. von Mayer. Nützlich. Freiburg, 1841. 2 Hfte.
- 24) Holstein u. Schleswig. In Holstein gilt theils 1) das gemeine Recht, z. B. in Pinneberg, in Ranzau, Altona, s. Paulsen Lehb. des Privatr. in den Herzogth. Holstein und Schleswig. (Altona, 1834) S. 4.; theils 2) das sächsische Recht, z. B. in den holsteinischen Städten, in denen nicht Lübisches Recht gilt, ferner im Gebiete des Land- u. Marschrechts, auch in Neumünster; 3) römisch-deutsches Recht, z. B. in Dithmarsen; 4) friesisches Recht, z. B. Nordstrand; 5) altdänisches Recht, s. Aufsatz in der Samml. der wichtigsten Abhandl. zur Erl. der vaterländischen Geschichte und des vaterl. Rechts. I. Bd. 23 Hft. nr. XLVII., und dazu Falk S. 509. Falk Handb. I. S. 406. Schaenburg VolD. v. 1615. Gewisse alle Formen und Gebräuche galten unter dem Namen Ding u. Recht; eine Sammlung davon ist das Holsten Landrecht 1649. 1750. und von Lehmann mit Anmerkungen herausg. Olufstadt, 1735., und von Fuchs, unter dem Titel: Holsteinisches Ding und Recht. Kiel, 1698. s. auch in Pauly Seestern. Neumünster. Kirchspielsgebräuche. Schleswig, 1824. S. 1—35. s. Falk Handb. I. S. 457. Von den Rechtsquellen in der Herrschaft Pinneberg s. Aufsatz in der Samml. der wichtigsten Abhandl. (herausg. v. Falk.) III. Bd. nr. 26. III. Ueber Gebrauch des Lüb. R. s. staatsbürgerl. Magaz. IV. Bd. S. 90. s. noch Gadendam historia jur. eimbrie. p. 101—104. In den Städten Holsteins gilt Lübisches R., und zwar halten sich die großfürstl. Städte an das alte Lüb. R. s. Westphalen mon. ined. vol. IV. p. 3203. s. jedoch Falk Handb. I. S. 388—400. Im Herzogth. Schleswig gilt das sächsische Lombuch von 1240 u. Zusätze von 1269, 82; hiezu gehören Ekenbergers Uebersetzung u. Blüttings Glossen. s. Westphalen monum. III. p. 2154. Meier comp. jur. eimbrie. in Westphalen IV. p. 1715. Das sächsische Low. in Westphalen IV. p. 1766.; gute Ausgaben von Falk: das sächsische Low., aus dem Dänischen übers. von Matius Ekenberger. Altona, 1819. Kolderup Rosenvinge Kong Valdemar Jydske Lov or Thord Degns Artikler. Kjøbenhavn, 1837. s. noch Schrader Lehrb. des holstein. R. I. Bd. S. 38—48. und Dreper Beitr. zur Lit.

der nordischen Rechtsgelehrs. S. 33—51. Gadendam histor. p. 32—56. Röm. Recht gilt in Schleswig nicht. Falk Handb. I. S. 132. In einzelnen Landestheilen gelten besondere Statute, z. B. in Eiderstedt von 1573 (gedr. Hamburg, 1573), erneuert 1591, gedr. Lunden, 1737.; auch in Corp. statut. Slesvic. vol. I. p. 1 abgedruckt. (s. noch Falk Handb. I. S. 431. Hierher gehört auch das fries. Statut in Eiderstedt, Everischoh u. Utholm von 1428 in Dreyers Abhandl. III. S. 1457.; in Nordstrand. Landr. v. 1555 mit späteren Zusätzen, s. darüber Heimreichs nordfriesische Chronik (herausgegeben von Falk. Tondern, 1819. I. Thl. S. XXXII und S. 410—34. II. Thl. S. 1—22.). Nordstr. Landr. von 1572, abgedr. in Corp. stat. Slesvic. I. p. 428. In Fehmarn gilt eigenes Landr. v. 1326 in Dreyers Abhandl. II. S. 1019. Das Fehmarnsche Stat. ist auch abgedruckt in Suhm dänische Gesz. XII. S. 332.; auch im staatsbürgerl. Magazin. IV. S. 710. Landr. von 1558 in Corp. stat. I. p. 686. Auf der Insel Föhr hat sich das friesishe Statut von 1426 (s. Dreyers Abhandl. S. 475—528) im Gebrauch erhalten. Ueberhaupt stehen das Nordstrand, das Eiderstedt, das Stapelhelmer Recht, das Recht der schlesw. Inseln und der 4 friesischen Harden unter sich im Zusammenhang und enthalten friesisches R. Gadendam hist. jur. Cimbr. p. 57—72. Falk Handb. I. S. 423. In Dithmarsen gilt das Dithmars. Landrecht, älteres von 1447 in Westphalen mon. III. nr. 33., und über Geschichte und Ausz. Dreyer Beitr. zur Literatur der nordischen Rechtsgelehrs. nr. IV.; neues Dithmars. Landr. v. 1576. Glückstadt, 1711. (s. von Zusätzen Dreyer l. c. S. 223.) Giesebert peric. statutor. harmon. introd. III. nr. 75. p. 20. Gadendam hist. jur. Cimbr. p. 87—92.; merkwürdig über die Abfassung der letzten Samml. des Dithmars. R. Neocorus im Auszuge in Kieler Blättern. V. Bd. S. 236. Ein merkwürd. Rechtsbuch von 1498 ist das Billewärdrecht, herausg. mit Anmerkungen von Lappenberg. Schleswig, 1828. und im staatsbürgerl. Magazin von Falk. VII. Bd. In den schlesw. Städten gelten eigene Stadtrechte, s. darüber Paulsen in dem staatsbürgerl. Magazin. V. S. 54—198. Von dem Schleswiger Stadtr., und zwar von dem alten, s. oben S. 11. not. 15. Das neue, aus dem Ende des XIV. Jahrh. (latein. übers. v. Cypraeus), abgedr. in Corp. stat. Slesvic. vol. II. p. 1. Das alte Schlesw. Stadtr. wurde das Mutterrecht für die anderen schlesw. Stadtrechte, jedoch hat Flensburg 1295 ein eigenes Stadtr., abgedr. in Westphalen mon. ined. III. vol. p. 92., besser im staatsbürgerl. Magaz. IV. S. 710. (umgeard. u. übers. im XV. Jahrh.), abgedr. in Westphalen IV. p. 1817 und im Corp. statut. II. p. 175. Apenrade hat Stadtr. v. 1284 u. 1335 in Dreyer verm. Abhandl. III. S. 1275. Westphalen IV. p. 1849. u. in Corp. stat. Slesv. III. p. 355.; eine Apenrader Skrae ist in Dreyer ibid. S. 1437. und in Corp. stat. II. p. 415. Husum hat Stadtr. 1608, gedr. 1688, abgedr. in Corp. statut. vol. II. p. 555. Friedrichstadt v. 1635, abgedr. in Corp. statut. vol. III. Abtheil. I. p. 1. Eternsförder Stadtr. in Corp. statut. vol. II. p. 152. Löniger Stadtr. in Corp. stat. III. vol. II. Abth. S. 1. Gardinger ibid. p. 117. — Eine Bauernsprache z. B. von Oldenburg s. im staatsbürgerl. Mag. IV. S. 715. Von Gewohnheitssammlungen s. Neumünster. Kirchspielsgebräuche in Dreyers Abhandl. II. Thl. S. 1053. Die Neumünst. Gebräuche enthalten alt holstein. Recht. Gadendam hist. p. 82. Eine sehr gute Ausgabe in Seeftern Pauls; die Neumünsterischen Kirchspielsgebräuche und die Bordesholmschen Amtsgebr. Schleswig, 1824. s. jedoch Falk Handb. I. S. 450.; ein merkwürd. Gewohnheitsrecht ist das Land- und Marschrecht (in den Marschen des Amts Steinburg) friesischen Ursprungs. Falk Handb. I. S. 455. Allgemeine Verordnungen für alle Theile beginnen 1477, vorzügl. Landgerichtsordn. von 1573, und revidirt 1636. Ueber Abfassung der Landgerichtsordn. Gadendam hist. p. 109—115. Zur Rechtsgeschichte: v. Cronhelm histor. Bericht von

lenburg ²⁵⁾, Oldenburg ²⁶⁾, Anhalt ²⁷⁾, Schwarzburg ²⁸⁾,

den alten und neuen Gerichten in Holstein. Altona, 1750.; vor seinem Corp. const. tom. IV. P. Ancher de font. leg. patr. Hafn. 1778. Andier Danffe Lovhistor. Kiöbenhavn, 1769. Gadendam hist. jar. cimbr. spec. Slesvie. 1770. Schrader Lehrb. der holstein. Rechte. I. Thl., und einzelne Abhandl. in Samml. der wichtigsten Abhandl. zur Erl. der vaterländ. Geschichte u. Rechts, welche in d. holstein. Anzeiger erschienen sind, herausgegeben mit Anmerk. von Falk. V Bde. Londern, 1820—28. Staatsbürgerl. Magazin, mit besond. Rücksicht auf die Herzogth. Schleswig-Holstein, herausg. v. Carstens u. Falk Schleswig, seit 1821—1831. X Bde.; von da an als neues staatsbürgerl. Magazin von Falk bis 1841. IX Bde. Samml. zur nähern Kunde des Vaterlandes von Falk. Altona, 1825. III Bde. (im I. Bd. 2tem Hft. nr. 19 von Falk Bemerk. über die Quellen des vaterländischen Rechts.) Sammlungen in (Cronhelm) corpus const. reg. Holsaticar. I—III. Bd. mit 11 Supplem. Altona, 1749—1753. Cronhelm corp. statut. prov. Holsat. Ibid. 1750. Corp. stat. Slesvie. I—III. Bd. Schlesw. 1794., neuester Band 1812. Dazu Brünner Samml. der Verordn. des Pön. Herzogth. Pön., 1757. Samml. der gemeinschaftl. Verordnungen. Glückstadt, 1773. Chronolog. Samml. der 1788—89 ergangenen Verordnungen. Kiel, 1792. Eggers chronolog. Samml. der 1808—9 ergangenen Verordn. Kiel, 1811. Repertor, der für die Herzogth. Holstein und Schleswig erlassenen Verordn. Kiel, 1824. II Bde. Literatur und Bearbeitungen: f. Schrader Handb. der vaterländ. Rechte. III Thle. Hamburg, 1784—93. Schrader Lehrb. der holst. Landesrechte. III Thle. Kiel, 1800. Schrader collect. diss. ac tract. ad jus Slesvie. Kil. 1799. Einige der merkwürdigsten Urtheile und Bescheide des holstein. Landgerichts. Glückstadt, 1774. Eggers Beiträge zu neuen Erfahrungen d. Rechts- u. Gesezkunde. Altona, 1795—97. Hennings Hülfsbuch der vaterländ. Rechte des Herzogthums Holstein. 1821. 1826. II Bde.; vorzügl. Falk Handb. des Schleswig-Holstein. Privatr. Altona. I. Bd. 1825. II. 1831. III. IV. Bd. 1841. Paulsen Lehrbuch des Privatrechts in den Herzogth. Schleswig und Holstein. Altona, 1834. Falk landrechtl. Erörterungen. I. Thl. Schleswig, 1836. und Schleswig-Holstein. Anzeigen von Schirach und Nickels seit 1837 bis 1841.

- 25) Mecklenburg. Im Mittelalter galt außerhalb den Städten und für Rittersmäßige das sächsische Recht (v. Kampp mecklenburg. Civilr. S. 6. 12.). Die Hauptquellen des mecklenburg. Rechts sind: 1) Das Lübische Recht; es gilt im ganzen Umfange in Rostok, Güdebusch, Boizenburg, Marlow u. a. (f. v. Balthasar Abhandl. von dem in pommerischen Städten geltenden Lübischen Recht, mit Anhang in Absicht Mecklenburg. Greifswalde, 1777. v. Kampp in Rettefblatt Rechts für die Rechtsgelahrtheit. II. Bd. S. 293. und v. Kampp Civilrecht. S. 38.), oder in einzelnen Theilen, z. B. in Bezug auf Gütergemeinschaft in Güstrow, Hagenow; selbst in einigen Dörfern gilt Lübisches Recht (v. Kampp Civilr. S. 150.); f. über Art der Gültigkeit des Lüb. Rechts in Mecklenburg v. Kampp l. c. S. 41—46.; von Wismar, Burmeister Alterthümer des Wismar. Stadtr. Hamburg, 1838. 2) Das märkische Recht, welches aus dem Magdeburgischen Rechte geflossen, zuerst nach Stendal und Altbrandenburg, und von da in die anderen Städte des Stargardischen Kreises überging, z. B. in Friedland, Neubrandenburg (f. v. Kampp in den Beitr. zum mecklenburg. Staats- u. Privatrecht. I. Bd. S. 241 bis 268. und v. Kampp Civilr. S. 47—50.). Von den einheimischen Stadtrechten sind wichtig: a) das Schwerinische v. 1220; es galt in Güstrow, Malchow, Röbel, Malchin u. a. f. v. Kampp Civilrecht. S. 256—272. u. 2te Abth. S. 145—160. b) Das Rostokische von 1557 (welchem nur älteres, auf Lübische Rechte gegründetes Gewohnheitsr. vorausging). v. Kampp S. 272—34. c) Das von Parchim,

theilweise abgedr. in Ringwicht diss. exh. quaedam juris stat. Parchim. Rost. 1757. s. v. Rampus S. 284–89. d) Das Neubrandenburgische (v. Rampus S. 290.). Eine Samml. der in mecklenburgischen Städten vorhandenen Gewohnheitsrechte von 1589 in Westphalen mon. tom. I. p. 2050–2106 (s. treffliche Nachrichten in v. Rampus Civilrecht. S. 152–247.). Die meisten Städte haben ihre Bürger-sprachen (s. v. Rampus 307–17. u. in der 1ten Abtheil. S. 244–340.). Allgemeine Gesetze sind die Polizeiordn. v. 1516 in der neuen Samml. mecklenburg. Landesgesetze IV. Thl. nr. II. und die revidirte v. 1542 (neue Samml. IV. Thl. Supplem. nr. 250. und die spätere von 1562. 1572). s. über die Geschichte v. Rampus Civilrecht. S. 56–87. Hierher gehören auch die Landesbreverialen von 1572, von 1621 und der landesgrundgesetzliche Erbvergleich von 1755. Von den allgemeinen Landesconstitutionen s. v. Rampus S. 115–120. Ein allgem. Landr. war schon seit 1583 in Antrag, und hatte einen Entwurf von 1589 und einen von Revisus 1657 bearbeiteten (in Westphalen mon. tom. I. p. 651–860 abgedruckten) Entwurf zur Folge. s. v. Rampus S. 21–29. und Haupt über die Idee eines neuen Gesetzbuchs für Mecklenb. Schwerin, 1822. s. jedoch Kämmerer Beitr. zum gemein. u. mecklenb. Lehenrecht. Kofstol, 1830. S. 90–97. Zur Geschichte u. Literatur des mecklenb. Rechts s. v. Rampus Beitr. zum mecklenb. Staats- u. Privatrecht. I. Bd. nr. 6. und Literatur in v. Rampus Civilrecht. S. 345–413. Sammlungen: im Herz. M. Güstrow. Verordn. Güstrow, 1619. Jura Mecklenburgica. Neubrandenb. 1724. Constitut. Mecklenburg., oder Abdruck der mecklenburg. Landesgesetze. Frankfurt. 1741. (Bärensprung) neue Samml. mecklenburg. Landesges. IV Thle. Supplem. 1769–80. (Arb) Samml. einiger mecklenburg. Landesgesetze u. Verfass. Schwerin, 1739–41. (Schröder) neueste Samml. für das Herzogth. Mecklenburg-Schwerin. 1802–4. IV Bde. v. Both Samml. der seit 1802–1816 für die in M. Schwerin ergangenen Verordnungen. Schwerin, 1817. Dittmar Samml. neuer mecklenburg. Gesetze u. Urkunden. Kofstol, 1811–17. Neue vollständige Gesetzsammlung für die Mecklenburg-Schwerinischen Lande von Anbeginn der Thätigk. der Gesetzgebung. Parchim, 1835–41. V Bde. Repertorien: Spalding Repertor. juris Mecklenburg. Rost. 1781. Dittmar erstes Supplem. hiezu. Kofst. 1789. v. Rampus Repertor. der im Herzogth. Mecklenburg-Strelitz geltenden Verordnungen. Neubrandenb. 1794. Boccius Repertor. der im Herzogth. Mecklenburg-Strelitz geltenden Verordnungen. Neubrand. 1820. Literarische: E. Mantzel jus Mecklenb. et Lub. illustr. Rost. 1749–53., und desselben Pandectar. Mecklenburg. spec. I. II. Rost. 1731. Ejusd. Stricterae hist. et legal. Gustrow, 1732. Ejusd. select. jurid. Rostoch. Rost. 1741–58. Warnemünde diss. jur. civ. et Mecklenb. Gustrow, 1750. Eschenbach Beiträge zum mecklenburg. Rechte. Kofstol, 1813. Rettelblatt Archiv für die Rechtsgelehrsamkeit im Herzogth. Mecklenburg. Kofstol, 1803–10. IV Bde. v. Rampus Beitr. zum mecklenb. Staats- u. Privatr. VI Bde. Neustrelitz, 1795–1805. v. Rettelblatt u. Wachenhusen neues Archiv für die Rechtsgelehrsamk. I Thl. v. Rampus mecklenburg. Rechtsprüche. Kofstol, 1800. v. Rettelblatt Rechtsprüche d. Oberappellat. Gerichts. Berlin, 1821. III. Bd. 1830. s. noch überh. v. Rampus Civilr. der Herzogthümer Mecklenburg. 1ste Abtheil. Schwerin, 1805. 2te Abtheil. 1806. 2r Bd. 1825.

- 26) Oldenburg. Allgemeine Verordnungen und Quellsammlungen: J. v. Ootken Corp. const. Oldenburgic. bis 1722. P. I–VI. Oldenburg. 1722. Suppl. I. bis 1731., II. Suppl. (cura Schäfer) 1775. Verzeichniß u. summar. Inhalt der seit 1774 ergangenen Verordnungen. Oldenb. 1794–1802. II Bde. Auszug aus den Verordnungen enthält halem jetzt geltendes Oldenburg. Partikularr. Oldenb. 1804–6. III Bde. Besondere Quellen: Butjadinger Stadt- und Landrecht von 1664 in Oetken III. p. 91–110. (Halem oldenburgische Geschichte.

Reuß 29), Lippe-Deimold 30), Schaumburg-Lippe 31), Waldeck 32), Hohenzollern 33) und in den freien Städten 34).

- I. S. 105. II. S. 194.) Rüder Landrecht von 1574 in Oetken III. p. 87. Statuten des Stedingen Landes von 1525 in Oetken III. p. 114. Amersches II. von 1614 in Oetken III. p. 120. Stadtrecht von Oldenburg, gegründet auf Bremisches Statut von 1433 in Oetken VI. p. 228—361.; eigentlich gilt durch stillschweigende Rezeption die Krefingische Samml. der Bremischen Gesetze, s. Halem eldenb. Privatr. I. Thl. S. 105—408. und Vorrede zum II. Theil. S. 101. Eine Uebersicht der Rechtsveränderungen in Oldenburg gewährt Kunde kurzgefaßte Oldenburg. Chronik. Oldenb. 1823. Für einen größeren Theil Oldenburgs, den alten Hüftringergau, welcher die Herrschaft Jever, die Vogtei Hüftringen, die Kemter Neuenburg und Barel, das Putjadinger und das Stadland begriff, galt das (oben unter der Rubrik Friesland angeführte) Hüftringerrecht oder Asegabuch. Durch den Vergleich von 1568 wurde aber römisches Recht eingeführt, und das Asegabuch dauerte als Gewohnheitsrecht noch fort; eine versprochene Revision kam nicht zu Stande. Warda Asegabuch. Vorrede S. LXXVII—LXXXIII. Eine Sammlung Jeverischer Verordnungen ist 1800 von Hübling erschienen. Die Hauptverordnung für Jever ist von 1806 über Verhältnisse der Ehegatten, Vormundschaft und Erbsfolge. Ueber Oldenburg. Partikularrecht Siegen jur. Abhandl. Göttingen, 1834. S. 286. und viel Brauchbares in den Oldenburg. Zeitschriften. s. auch Kunde in den patriot. Phantasieen. Oldenburg, 1836. S. 286.
- 27) Anhaltische Gesetze. Anhaltische Polizei- und Landesordnung von Cöthen, 1572; Zerbst, 1666; Dessau, 1725, und Anhang von 1666. Vom Stadtrecht zu Zerbst, Bemann Anhalt. Hist. III. Thl. Bd. II. Kap. 1. Codex Anhaltin., oder von Landtags-Deput. u. Ausschreibern. Zerbst, 1794. Die fürstl. Anhaltische revidirte und verbesserte Landes- u. Prozeßordnung, herausgegeben von Lobethan. Cöthen, 1804. Erläuterungen, Veränderungen und Zusätze zu einigen Titeln der Anhaltischen Landesordnung (vom 10. Jul. 1822). Dessau, 1822. Samml. landesherrl. Verordnungen, die im Herzogth. Anhalt-Dessau ergangen sind. Dessau, 1818—19. II Bde. Gesetzsammlung für das Herzogth. Anhalt-Bernburg. Bernburg. I—V. (1838.)
- 28) Schwarzburg. A) Sonderhausen. Successionsedikt Günthers v. 1551 in Baldi Beitr. VIII. Thl. S. 43. Schwarzburg. Polizeiordn. v. 1650. 1663. Landgerichtsordn. v. 1529. Samml. in Hellbach Handbuch des Schwarzb.-Sonderh. Privatr. in einem Repert. Arnstadt, 1820. v. Schröf Repert. d. schwarzb. Verordn. 1841. Stat. einzelner Städte: von Arnstadt v. 1543 (s. Hellbach l. c. S. XXII.), von Gehren v. 1718, v. Sonderhausen v. 1554 (s. Hellbach S. XXVI.), von Greußen v. 1556 in Baldi Beitr. VII. Thl. S. 61. B) Schwarzburg-Rudolstadt. Stadtrechte von Rudolstadt v. 1401 im Waffenträger der Gesetze. II. Bd. 88 Hauptst. nr. 2. S. 134. und von 1591 in Baldi Beitr. V. S. 26. Statuten von Frankenhäusen von 1588 in Baldi Beitr. V. Thl. S. 185. Müldener de reliq. jur. german. in stat. Francohus. 1739., und dessen Abhandl. von der Geschichte des Frankenhäuser Stadtrechts. Frankenhäusen, 1747—51.; von Blankenburg v. 1594 in Baldi V. S. 27.; von Ilm v. 1596 in Baldi V. S. 120. Königsee v. 1723 in Baldi V. S. 192.
- 29) Reußische Rechte. Statuten von Gera von 1487 in Baldi Beitr. II. Thl. S. 87. erneuert 1567; neue Statuten von 1658 in Schott Samml. I. Thl. nr. V. S. 145. Statuten von Schleiz von 1625 in Baldi VIII. S. 58.
- 30) Lippe-Deimold. Polizeiordn. von 1620. Gesetze u. Landesverordn. der Grafschaft Lippe. I—VII. Bd. Lemgo, 1799—1894. Lemgo muß

nach Senkenberg de jur. egress. a potest. parent. p. 25. ein Stadtrecht gehabt haben.

- 31) Schaumburg-Lippe. Polizeiordn. von 1615 mit Anmerk. v. Rottmann. Rinteln, 1717. Haube primitiae Schaumb. Fasc. I. p. 60.
- 32) Baldek. Landesordn. von 1581 u. Verordn. gesammelt in Barnhagen Versuch eines Handb. für die Oberjustiz u. Oerpolizeibeamten in Baldek. Pyrmont. Krosen, 1821.; dort auch S. 153 die Landordnung abgedruckt.
- 33) Hohenzollern. Erneuerte und verbesserte Landesordnung von 1698. Samml. der Gesetze und Verordn. für d. Fürstenth. Hohenzollern v. 1808 bis 1820. Sigmaringen, 1822.
- 34) Freie Städte; insbesondere Hamburg. An die oben S. 11. not. 10 angeführten Statuten reihen sich an: der Stadt Hamburg Gerichtsordn. u. Statuta. Hamb. 1605. und Burispraken v. 1594, abgedruckt in Anderson Nachtrag zum I. Bde. der Erläut. d. Hamburger Rechts. Hamburg, 1810. Sammlung der Gesetze: Kiefeler Samml. der Hamb. Gesetze u. Verordn. Hamb. 1763—73. VI Thle. Anderson Hamb. Privatr. erläutert. Hamb. 1782. III Bde. Desselben Samml. von Hamb. Verordn. Hamb. 1783—1810. VIII Thle. Desselben Samml. der Verordn. der freien Stadt Hamburg, seit ihrer Wiederbefreiung. 1814—21. VII Bde. Dissertat. zum Hamb. Stadtbuch sind gesammelt in Nettelbladt thes. jur. prov. et stat. Germ. (Giess. 1756.) in tom. II. Zur Kenntniß des Rechts der Städte Hamburg, Lübek, Bremen s. viel in Heise und Erpp jurist. Abhandl. Hamb. 1827. 1830. II Bde. und Commentar zum Hamburg. Stadtrecht v. 1603, herausg. v. Westphalen. Hamburg, 1837. II Bände.

Lübek. Merkwürdige Notizen über Lübisches Recht aus alten Lübischen Testamenten s. bei Dreyer in Siebenkees Beitr. III. S. 7. und in Pauli die ehel. Erbrechte nach Lüb. R. Lübek, 1840. und von den Lübischen Burispraken s. Dreyer Einleit. S. 100. 586. Das ältere Recht (S. 11. oben) wurde vorzüglich auf Anbringen fremder Städte (Dreyer Einleit. S. 251.) durch Lubinghausen, Schein und von Stiten revidirt, und das revidirte erschien unter dem Titel: der kaiserl. freien Stadt Lübek Statuten und Stadtr., aufs neue übersehen. Lübek, gedruckt bei Balhorn 1586. f. noch Falk Handb. des holftein. R. I. S. 394. Das von Kollius in Hamburg 1586 edirte Lübische Rechtsbuch ist nur Privatarbeit (Dreyer Einleit. S. 254—60. Stein Betracht. IV. Thl. S. 65.) f. noch nach das alte Lübische Recht. S. 155 u. Sammlungen und Erläuterungen in Bunekau bibl. jur. Lubec. Lub. 1776. Carstens access. ad bibl. jur. Lubec. Lub. 1803. Gesterding thes. jur. Lub. Rost. 1787—96. II vol. Gesterding annal. jur. Lubec. Gryphisw. 1800. J. Mevius comm. ad jus Lubec. Francof. 1709. 1744. Stein Abhandl. des Lüb. Rechts. Lübek, 1738. V Bde. Stein Einleit. in das Lüb. R. Rostok, 1751. Stein Betrachtungen einzelner Rechtmater. Rost. 1777. IV Bde. Dreyer Einleit. zur Kenntniß der Lüb. Verordn. Lüb. 1769. Hach's Beitr. zur Erläut. des in Lübek geltenden Privatr. Lüb. 1801. Carstens Beitr. 1ste Samml. 1801. 2te Samml. 1814.

Bremen. Das ältere Recht (S. 11. not. 15. nr. 11. oben) wurde 1433 revidirt, besteht aus 106 Stat., 5 Art., 102 Ordeelen, auch abgedr. in Pufendorf obs. adp. II. nr. III. Der Bürgermeister Kresting († 1611) hat diese Statuten in eine andere Form gebracht, allein seine Arbeit wurde nicht als Gesetz angenommen; abgedruckt ist sie in Oeiken corp. const. Oldenb. VI. p. 231—368. Zu der Kenntniß der Bremischen Gesetze gehört noch der Vertrag, die Tafel genannt, von 1433, die neue Eintracht von 1534 und die kundige Kulle (eine Samml. von Polizeigesetzen) v. 1489; alle diese sind abgedr. in d. oben S. 11. angeführten Sammlung von Delrichs u. in Köller Grundges. der Stadt Bremen. Bremen, 1798. f. noch Deneken Vorles. über wichtige Gegenst. d. Brem. Stadtr. Bremen, 1798. Silbemeister Beitr. zur Kenntniß der vaterl.

§. 20. [§. 18.] Rechtsquellen des XIX. Jahrhunderts.

Die Auflösung des deutschen Reichs im J. 1806 wirkte zwar auf die Rechtsquellen, welche das Bestehen des Reichs voraussetzten; allein dennoch gelten die Reichsgesetze noch immer als Theile des recipirten Rechts ¹⁾ überall fort, wo nicht die Landesgesetzgebung sie abgeschafft hat, und man ist nicht befugt, aus dem Art. 2. der Rheinbundesakte, wodurch nur die souveränen Fürsten das Recht erhielten, die Reichsgesetze abzuschaffen, auf die Aufhebung aller Reichsgesetze, die für das Privatrecht geltend waren, zu schließen ²⁾, so daß noch jetzt alle Reichsgesetze, die nicht auf das öffentliche Recht des deutschen Reichs sich bezogen, in den Ländern gelten, in denen sie nicht in der Rheinbundeszeit gesetzlich aufgehoben wurden ³⁾. Die neuen Bundesgesetze und Schlüsse werden für die mit öffentlichem Rechtsverhältnisse im Zusammenhange stehenden Privatrechte,

Bremen, 1806—9. II Bde. Zur Geschichte noch Cassel historische Nachrichten von den Gesetzen von Bremen in Rittersblatt Nachlese von alten und neuen Abhandl. II. Thl. S. 203. und vorzüglich das oben §. 11. not. 15 angeführte Werk von Donandt, und Werk über das Bremische Güterr. der Ehegatten. Bremen, 1832., wo überhaupt die Fortbildung des Brem. R. gezeigt ist.

Frankfurt. Eine Sammlung von Rechten von 1352 ist abgedruckt in Senkenberg select. jur. et hist. tom. I. p. 1—84. f. noch Kirchner Gesch. von Frankfurt. I. Thl. S. 483., am besten Thomas d. Oberhof zu Frankfurt. S. 92. Eine vollständige Sammlung begann 1509. Darüber Thomas der Oberhof. S. 96. Reform der Stadt Frankfurt, 1509. Die Umarbeitung begann 1571, vollendet 1578. (v. Richard) der Stadt Frankfurt era. Reformation. 1578. 1588. (f. Senkenberg select. I. p. 507.) Thomas S. 108., erneuert 1611. Thomas S. 113. Gesetze zur Reform. in Senkenberg ibid. pag. 504. Zur Reformation: Nöthig und nützlich erachtete Anmerk. über die erneuerte Reform. von Orth. Frankf. 1731—1757. V Thle. v. Adlersb. das Privatrecht der freien Stadt Frankfurt. IV Thle. Frankfurt, 1824. Sammlungen: Beyerbach Sammlung der Verordnungen der Reichsstadt Frankfurt. 1798—1801. X Bde. Versuche zur Erl. des Privatr. der Reichsstadt Frankfurt. Frankfurt, 1804. Vender Ehrb. des Privatr. der fr. Stadt Frankfurt. Frankf. 1835.

1) Berg über die durch die rhein. Bundesakte aufgehobene verbindliche Kraft der deutschen Reichsgesetze, in d. Abhandl. zur Erl. d. Bundesakte, Han. 1808. nr. III. Gönner über den Umsurz der deutschen Staatsverfassung und den Einfluß auf die Quellen. Landsh. 1807. Brauer Beitr. zu d. allgem. Staatsr. d. Bundesst. nr. III. Zeitschr. der rhein. Bundesst. Hft. 30. nr. 33. Hft. 32. nr. 11. Wiesand de abrogatione legum germ. vi et effectu in civitat. foeder. Rhenan. ads. Servest. 1810. Gründler Polémik. I. Thl. S. 46.

2) Weiße Einleit. in das deutsche Privatrecht. S. 37. Klüber öffentl. R. des deutschen Bundes (2te Aufl.) S. 49—51 a.

3) Bunge in Crört. aus den liv. Estländ. Rechten. I. Bd. S. 292—94. H. Zachariau deutsches Staatsrecht. Götting. 1841. I. S. 90.

Rechtsquellen ⁴⁾). Wenn man davon ausgeht, daß der deutsche Bund keine gesetzgebende Gewalt hat, und die Bundesbeschlüsse nur vertragsmäßig errichtet sind ⁵⁾, so ist zwar jeder deutsche Regent durch sein Verhältniß zum Bunde verpflichtet, kein den Bundesgrundgesetzen widersprechendes Landesgesetz zu geben ⁶⁾, und kein denselben widersprechendes aufrecht zu erhalten ⁷⁾; allein für die Staatsbehörden und Unterthanen eines Landes erlangen die Bundesbeschlüsse eine verbindende Kraft erst, wenn sie verfassungsmäßig von der Staatsregierung als verbindlich publizirt sind ⁸⁾, in so ferne nicht eine Verbindlichkeit für den Staatsbürger schon daraus folgt, daß in manchen Verfassungsurkunden deutscher Staaten ⁹⁾ der Satz ausgesprochen ist, daß die Beschlüsse des deutschen Bundes, welche die verfassungsmäßigen Verhältnisse Deutschlands oder die Verhältnisse deutscher Staatsbürger im Allgemeinen betreffen, einen Theil des inländischen Staatsrechts bilden sollen. Auch die Verfassungsurkunden ¹⁰⁾ werden für den Staat, in dem sie gegeben sind, wegen des Zusammenhangs des Privatrechts mit öffentlichem, Rechtsquellen für das Erste, in so ferne sie für die Bürger Rechte und Pflichten begründen. In konstitutionellen Staaten ist die Unterscheidung von Gesetzen, d. h. den nach Zustimmung der Kammern erlass-

4) Deutsche Bundesakte v. 8. Jun. 1815 und Beschlüsse des Wiener Congresses v. 9. Jun. 1815. Klüber Alten des Wiener Congresses. Erl. 1815. VI Bde. Klüber Uebers. der diplomatischen Verhandlungen des Wiener Congr. Frankf. 1816. Beschlüsse der über Ausbildung und Befestigung des deutschen Bundes gehaltenen Ministerialkonferenzen vom 15. Mai 1820. Neue Bundestagsbeschlüsse u. einzelne Gesetze s. auch in Eminghaus Corp. Jur. Germanici (oben S. 15 angeführt) und in Michaelis Corp. Jur. publici. Tübing. 1825. G. Meyer Corp. Jur. confœd. germ. oder Samml. der Quellen des deutschen Bundes. Frankf. 1822.

5) Klüber öffentl. Recht. S. 156 a. neue Ausg. S. 214. 15.

6) Klüber öffentl. Recht. S. 156 b. Behr von den rechtl. Gränzen der Einwirkung des d. Bundes auf das Innere der Bundesstaaten. Würzb. 1820. s. noch Dresch öffentl. R. des d. Bundes. S. 64. s. jedoch Maurenbrecher Grundf. des d. Staatsrechts. Frankf. 1837. S. 115.

7) Kunde deutsches Privatr. S. 45.

8) Klüber öffentl. Recht. S. 164. Jordan deutsches Staatsrecht. I. Thl. S. 343. Volkey Entwürfe von Gesetzen für Württemberg. S. 170. Ueber Mitwirkung der Landstände s. braunschw. Verfass.-Urk. S. 8. v. Roy Lehrbuch des bair. Staatsrechts. I. S. 19.

9) J. B. in d. Württembergischen v. 1819. S. 3. (Ueber die richtige Auslegung Mohl württemberg. Staatsrecht. I. S. 565. u. neue Aufl. S. 677.); in den bairischen Verfass.-Urk. S. 1. 2.

10) Verzeichniß derselben in Klüber öffentl. Recht. S. 219, neue Ausg. S. 288. Zu den dort angeführten sind beizufügen: die königl. sächsischen, die kurhessischen, die braunschweigischen, hannöversischen u. hohenzollern-stgaaringischen.

seinen Normen, im Gegensatz der Verordnungen, die von der Staatsregierung ohne solche Zustimmung erlassen werden, wichtig ¹¹⁾).

§. 21. [§. 19.] Neue Gesetzgebungen der deutschen Staaten.

Von vollständigen Civilgesetzgebungen der neuern Zeit sind nur das badische (modifisirten Code Napoleon enthaltende) Landrecht ¹⁾ und das österreichische Civilgesetzbuch vom 1. Juni 1811 ²⁾ erschienen. Das badische Landrecht ist in so ferne als selbstständiges Gesetzbuch zu betrachten, als überall darin für deutsche Rechtsinstitute, die der Code Napoleon nach seinen Grundsätzen nicht aufnehmen konnte, vollständige Vorschriften vorkommen ³⁾, oder nachtheilige Lücken des französischen Gesetzbuchs ausgefüllt ⁴⁾, oder gewisse Härten desselben gemildert sind ⁵⁾. Da man jedoch die französische Prozessordnung und manche Einrichtungen, auf welchen die Wirksamkeit

11) Pfeiffer Gesch. der landständ. Verf. in Churbessen. S. 104. 175. Archiv für civil. Praxis. XVI. S. 318. XVI. nr. 6. XVII. S. 309. Wohl würtemb. Staatsrecht. I. Thl. neue Aufl. S. 198. Jöchl Grundf. des allgem. u. konstit. Staatsrechts. Heidelb. 1841. S. 200.

1) s. oben §. 19. not. 13. Ein ähnliches Gesetz hätte das 1808 nur bis zu 3 Hefen erschienene bayerische werden sollen. Feuerbach Themis, oder Beitr. zur Gesetzgebung. nr. 1.

2) Schon veranlaßt durch legislative Arbeiten seit 1767. Der Titel ist: Allgem. bürgerl. Gesetzbuch für die gesammten deutschen Erbländer d. österr. Monarchie. 1811. III Thle. s. dazu Zeiller jährl. Beitr. zur Gesetzg. u. Rechtspflege in den österr. Staaten. Wien, 1800—1811. IV Bde. Zeiller Comm. über das allgem. bürgerl. Gesetzbuch. Wien, 1811—13. IV Bde. Scheidelein Handbuch des österr. Privatrechts. Wien, 1814. III Bde. Unden das früher in Oesterreich übl. gem. u. einheim. R., nach der Ordn. des bürgerl. Gesetzb. Wien, 1815. III Thle. Schuster Comm. über das allgem. Gesetzb. II Thle. Prag, 1818. Scheidelein Comm. über die bürgerl. Gesetze, welche seit eingetretener Wirksamkeit des allg. bürgerl. Gesetzbuchs nachträglich erschienen sind. Wien, 1819. Protobevera Material für die Gesetzg. u. Rechtspf. in Oesterr. Wien, 1816—24. VIII Bde. Scheidelein Miscell. aus dem Gebiete der bürgerl. Gesetzgebung. Wien, 1820—21. 5 Hefte. Wagner Zeitschr. für österr. Rechtsgel. u. Gesetzg. Wien, 1825—36. (fortgef. seit Wagners Tode von Rudler u. Dollner bis jetzt.) s. noch Besque v. Pittlingen Darstellung d. Literatur d. österr. allg. Gesetzbuchs. Wien, 1827. Moppel Erl. des allg. bürgerl. Gesetzb. Grätz, 1830—39. IX Bde. Unden das früher in Oesterreich übl. gemeine Recht. Wien, 1815. III Bde. Winivarter Handbuch der polit. Gesetze u. Verordn., die sich auf das bürgerl. Gesetzbuch beziehen. Wien, 1829. III Bde., und Winivarter das österr. bürgerl. Recht systematisch dargestellt. Wien, 1831—37. VII Bde. neue Auflage. 1838—41. III Bde. Viele Abh. in d. Zeitschr. der Jurist. herausg. v. v. Wildner. Wien, 1839—41. 4 Hft. jährl.

3) J. B. in den Zusätzen zum Sage 515. 577. 710. 1981. Das franz. Civilgesetzbuch für d. Großherzogthum Baden v. Thile. Carlsruhe, 1838.

4) J. B. 577 d. a. 939 a. 1100 a. u. 1583 a.

5) J. B. Zusatz zu Art. 340.

französischer Bestimmungen beruht ⁶⁾, nicht zugleich angenommen hatte, und da der gemeine Prozeß bis zu 1832 fortbestand, so mußten in allen Lehren, die mit dem Prozesse oder den erwähnten Einrichtungen zusammenhängen, große Zweifel und Nachtheile in der Rechtsanwendung ⁷⁾ entstehen ⁸⁾. Das österreichische Gesetzbuch gründet sich schon auf Vorarbeiten von 1767 von Professor Wroni, auf den von Rees 1786 bearbeiteten ersten Theil des Civilgesetzbuches, woran unter Franz I. ein von Martini bearbeiteter Entwurf sich angeschlossen, der in Gallizien als Gesetzbuch versuchsweise eingeführt wurde, bis endlich der letzte Entwurf (bearbeitet von Zeißler) 1811 nach vielen Berathungen Gesetzeskraft erhielt ⁹⁾. Für die Länder, welche mit Frankreich als Provinzen vereinigt waren, und seit 1815 an deutsche Herrscher wieder gefallen sind, werden die sogenannten transitorischen Gesetze ¹⁰⁾ wichtig. Das französische Civilgesetzbuch bleibt noch immer für die Beurtheilung der Verhältnisse der Zeit wichtig, in welchen in deutschen, mit Frankreich verbundenen Provinzen das französische Recht galt, und ist noch geltende Rechtsquelle in den Provinzen ¹¹⁾, in welchen die deutschen Herrscher das französische Recht fortbestehen ließen ¹²⁾. Die neuen Gesetzbücher

6) J. B. Staatsbehörde, Notariat.

7) Beispiel s. in Hohnhorst Jahrb. des Oberhofger. II. Bd. S. 252. In der Lehre vom Besitze zeigte sich dies besonders.

8) s. noch Rosshirt Zeitschrift für Civiltrecht. III. S. 377.

9) Ueber den Werth des Gesetzb. s. v. Savigny über den Beruf unserer Zeit. S. 95—108.

10) Preuß. Verordn. für die von dem preuß. Staate getrennt gewesenen Provinzen vom 9. Sept. 1814. Hannover für die hannövr. Staaten vom 23. Aug. 1814. Hannover vom 14. April 1815 für Hildesheim. Oldenburgische vom 25. Jul. 1814 u. 10. März 1815. Lübek. Verordn. vom 16. Febr. 1814 u. 4. Mai 1814; über diese Verordn. s. Bergmann in der Schrift über rückwirkende Kraft neuer Gesetze. S. XVIII.

11) J. B. in den Rheinprovinzen. Eine Sammlung der seit 1813 für die Rheinprovinzen gegebenen preussischen Gesetze von Lottner Samml. der seit 1813 für die Rheinprovinzen gegebenen Gesetze. IV Bde. 1834—37, fortgesetzt v. Leitner. V. 1838.; s. aber auch Handb. der für d. preuß. Rheinprovinz ergangenen Gesetze, Verordn. u. aus der Zeit d. Fremdherrschaft v. Borman u. Daniels, Köln, 1833—36. IV Bde.; für Rheinbaiern v. Siebenpfeiffer Handb. d. Verfass. u. Verw. v. Rheinbaiern. Zweibrücken. V. Bd. 1832—34. Eine Darstellung des Gangs, den die Einführung des preuß. Rechts in den Rheinprovinzen genommen hat, s. in v. Kampß Jahrbücher der Gesetzgebung. Heft III. S. 333—373.

12) Von neueren Werken der Civilgesetzgebung sind folgende zu nennen: Nachbildungen des österr. Gesetzbuchs (jedoch wieder als selbstständige Legislationen zu betrachten) liefern einige Schweizerlegislationen, z. B. von Bern und Aarau. Civilgesetzbuch für die Stadt u. Republik Bern, 1825. I. Thl., III. Thl. 1828., mit Commentar von Schnell, und allgem. bürgerl. Gesetzbuch für den Kanton Aargau. Aarau, 1826. s. Meine Rezens. in Schuncks Jahrb. II. Bd. I. Heft. nr. 1. Code civil du Canton de

sind in Bezug auf deutsches Recht bedeutend, weil sie die Versuche einer Codification jenes Rechts und immer das Anerkenntniß enthalten, daß unsere Gesetzbücher ein nationales Recht enthalten müssen ¹³⁾).

§. 22. [§. 20.] Rechtsquellen einzelner Korporationen, oder für besondere Verhältnisse.

1) Statute.

Der Ausdruck: Statut wird oft gleichbedeutend mit dem Worte Gesetz genommen ¹⁾), häufiger bezeichnet er in Ländern, in welchen das römische Recht das gemeine Recht bildet, alle Partikularrechte ²⁾), welche in einem bestimmten Bezirke des Landes gelten, in einem engeren Sinne nur jene Norm, die in einem bestimmten Kreise ³⁾), oder einer Korporation ⁴⁾), vermöge der Autonomie dieses Kreises, oder der Korporation, als Gesetz gilt, zuweilen auch nur die von der gesetzgebenden Gewalt ausgehenden Normen für einzelne Korporationen ⁵⁾). In Ländern, wo neue Civilgesetzbücher eingeführt sind, erhält der Begriff von Statuten nur eine Bedeutung, in so ferne

Vaud, Vevey, 1821. Bürgerl. Gesetzbuch für d. Kanton Luzern. I. Thl. 1831. II. Thl. 1832. III. Thl. 1839. K. Pfyffer Erläut. des bürgerl. Gesetzbuchs im K. Luzern. 1831—39. Code civil du Canton de Fribourg. Frib. 1834—40. Von neuen Gesetzbüchern, auf welche der französ. Code vielfach Einfluß hatte, gehören hieher das Gesetz. von Parma. Codice civile per gli stati di Parma Piacenza. Parma, 1820. neu 1835, das holländische: Burgerlik Wetboek. Gravenhaga, 1837., das sardinische: Codice civile per gli stati di Sardegna. Torino, 1837. Codice civile della repubblica di Ticino. Bellinzona, 1837. s. überh. St. Joseph Concordance entre les Codes civils étrangers et le Code Napoleon. Paris, 1840.

13) Zum Verstehen vieler Vorschriften der neuen Gesetzbücher dient daher auch das Studium des deutschen Rechts. s. überh. Meine Vorrede zu Scholz das Schöffereicht. Braunschweig, 1837. S. XXIX. und Herz in Meyers u. Wilsa's Zeitschrift für deutsches Recht. IV. Bd. S. 91. u. V. S. 110.

1) J. B. in Bezug auf die Frage über Anwendung der statuta personalia u. realia v. Richter in Sarwey Monatschrift. IV. S. 405. Auch bei den französ. Schriftstellern wird das Wort statut wie in Deutschland in verschiedenem Sinne gebraucht. Foelix, in der Revue étrangère. 1840. pag. 100.

2) In den Reichsgesetzen und alten Rechtsquellen bedeutet oft Statutum so viel als Landesgesetz, im Gegensatz des römischen Rechts genommen. Im R. Absch. von 1654 §. 105. s. noch Riccius von den Stadtgesetzen. II. Thl. cap. 1. §. 5. in not.

3) So spricht auch preuß. Landr. Einl. §. 2. II. Thl. Tit. 8. §. 115. von Statuten. s. auch preuß. Gemeinheitsheilungsorden. vom 7. Jun. 1821. §. 59. Bietlis Comment. zum preuß. Landr. I. Thl. S. 103. Weichsel Comm. zur Gemeinheitsheilungsorden. S. 88.

4) J. B. Kunststatuten.

5) J. B. Universitätsstatuten s. noch Weishaar württemberg. Privatr. I. Thl. S. 12. s. noch über Bedeutung v. Statut: Meyers über Einführung der württemberg. Gesetze. S. 48.

noch für einzelne Lehren das Gesetzbuch die Lokalstatuten bekräftigt ⁶⁾, oder überhaupt noch Partikularrechte neben dem Gesetzbuch fortbestehen läßt, oder wenn von Statuten die Rede ist, welche nach der ihnen anerkannten Autonomie von Gemeinden oder anderen Korporationen ausgegangen, oder von der Staatsregierung den Korporationen gegeben sind. In Ländern, in welchen das gemeine Recht gilt, wird die Frage wichtig: in wie ferne bei der Einverleibung eines Bezirks mit dem Staate, zu dem er jetzt gehört, die Statuten des Bezirks als fortdauernd anerkannt worden sind ⁷⁾. I. Gemeinrechtlich kann bei der Frage: in wie ferne Statute ohne Bestätigung des Regenten verbinden, in Ansehung der älteren schon vor XVI. Jahrhundert entstandenen Statute aus dem Umstande, daß schon im Mittelalter ⁸⁾ zur größeren Sicherheit und wegen der durch einen mächtigen Schutzherrn ausgesprochenen Garantie, oft Bestätigung von Statuten nachgesucht wurde, kein Grund für die Nothwendigkeit der Bestätigung abgeleitet werden, und es genügt, wenn nur bei einem solchen Statute dargezogen wird, daß es auch seit der Verbreitung des römischen Rechts immer im Gebrauche geblieben ist. Wird behauptet, daß ein solches älteres Statut nicht mehr gelte, so muß nachgewiesen werden, daß in dem Bezirke, in welchem es galt, entweder die gesetzgebende Gewalt dasselbe ⁹⁾ aufgehoben hat, oder daß sie später alle nicht landesherrlich bestätigte Statute als aufgehoben erklärte und das in Frage stehende Statut nicht bestätigt wurde, oder daß es außer Übung kam ¹⁰⁾. In Bezug auf die erst seit der Zeit, als das römische Recht das gemeine deutsche Recht wurde, entstandenen Statute der einer Territorialgewalt unterworfenen Bezirke, ist die Ansicht wichtig, daß, wenn das Statut etwas von den Landesgesetzen Abweichendes verfügte, die Nachweisung der Bestätigung durch die oberste Gewalt als nothwendig gefordert wurde ¹¹⁾, wobei jedoch oft auch eine

6) J. B. selbst im Code civil. Art. 671. 1648.

7) s. oben darüber §. 19. not. 7.

8) Gaupp das Magdeburg. Recht. §. 55. Mein Aufsatz in Savigny's Zeitschrift für geschichtl. Rechtswissensch. II. Thl. §. 325. Maurenbrecher Privatr. I. §. 182.

9) Hier entscheiden die Worte, wie das neue Gesetz in Bezug auf Statute sich erklärte.

10) Kunde deutsches Privatr. §. 54.

11) Menken de statutor. non confirmat. effectu. Lips. 1697. und in select. diss. jur. nr. 14. Böhmer in exercit. ad Pand. vol. I. p. 683. Schnaubert Beitr. zum deutschen Staatsr. I. Thl. §. 61. Baier. Landr. I. Thl. cap. 2. §. 13. Curtius sächs. Civilr. I. §. 26. Riccius von d. Stadtgesetzen. §. 357. Gröndler Polemik. I. Thl. §. 40.

stillschweigende als hinreichend betrachtet wurde ¹²⁾. Vorzüglich muß bei der Frage über die Gültigkeit eines Statuts geprüft werden, wie weit der Korporation, von deren Statut die Rede ist, das Recht, Statute zu erlassen, zustand. Bei den Städten der alten Zeit war dies unbezweifelt ¹³⁾, ohne daß es erst eines Privilegiums bedurfte; später als die landesherrliche Gesetzgebung Einschränkungen machte, konnte es für eine Stadt wichtig seyn, darzuthun, daß sie durch unvordenkliche Verjährung in *jure statuendi* sich erhielt; erst in neuerer Zeit, als mehr die Idee begründet wurde, daß alles Recht Ausfluß der obersten Gewalt sei, schränkten die Gemeindeordnungen das Statutarrecht der Gemeinden ein, und forderten für ihre Statute landesherrliche Bestätigung ¹⁴⁾. II. Statute, welche auf civilrechtliche Gegenstände sich beziehen, wirken auf alle Personen ¹⁵⁾, daher auch auf Fremde, welche an dem Orte ein Rechtsgeschäft eingehen, soweit der Satz: *locus regit actum* zur Anwendung kommt; ausgenommen, wenn das Statut nur auf Angehörige der Korporation sich bezieht ¹⁶⁾, oder nur ihnen Verbindlichkeiten auflegt ¹⁷⁾. III. Die Stadtstatuten, welche den Besitz liegender Güter betreffen, wirken auf die Güter, welche in dem städtischen Weichbild liegen ¹⁸⁾. IV. Jedes Statut dauert auch neben allgemeinen neuen Gesetzen fort, in so ferne nicht das Gesetz ausdrücklich das Statut aufhebt ¹⁹⁾, oder ausspricht, daß kein Statut gegen das Gesetz gelten soll ²⁰⁾. V. Jedes Statut ²¹⁾ wird nach den allgemein über Auslegung der Gesetze geltenden Regeln ausgelegt ²²⁾; nur die An-

12) Wenn die Gerichte des Landes oft auf ein Statut sprachen, so begnügte man sich damit. Glück Erl. der Pand. I. S. 495.

13) Es folgte dies schon aus dem Verhältniß, daß sie Stadt war. s. auch Maurenbrecher Privat I. S. 183.

14) Alexd. preuß. Städteordnung. §. 2. 3. Königl. sächs. Städteordn. §. 5. und Verordn. über die Einführung. §. 10. Churfürst. Gemeindeordn. §. 3. Braunschw. Städteordn. §. 9.

15) Z. B. wenn die privilegierte Testamentsform eingeführt ist, z. B. in München. s. Auer Stadtr. v. München. S. LXXIX.

16) Hier wird bei Stadtstatuten das Verhältniß der Eximierten wichtig. Niccius II. cap. 13. Schnaukert I. c. S. 68.

17) Niccius I. c. II. cap. 12. Siebenkees Beitr. zum deutschen Recht. III. S. 113.

18) Eisenhart Anleit. zum d. Stadt- u. Bürgerrecht, S. 102—4.

19) C. I. de constit. in glo.

20) Rind quaest. for. I. cap. 38. Runder Beitr. zur Erl. rechtl. Gegenst. I. Thl. nr. 8. Preuss. Landr. Einleitung. §. 61.

21) Von dem Beweise der Statute s. Archiv für Civil-Praxis, XVIII. S. 68.

22) Niccius II. cap. 11.

sicht, welche alle Statute als *jura singularia* betrachtete, hat die in ihrer Allgemeinheit unrichtige Meinung ²³⁾ von der einschränken- den Auslegung der Statute erzeugt; nur da, wo ein in einem Lande des gemeinen Rechts bestehendes Statut auf eine schon im römischen Recht normirte Lehre sich bezieht, ist wohl jene Auslegung anzuneh- men ²⁴⁾, bei welcher das Statut am wenigsten vom gemeinen Rechte abweicht. Ist ein Statut erweislich aus einem andern Statute ge- floßen, oder hatte auf die Rechtsbildung des Bezirks, worin das Statut gilt, zur Zeit seiner Entstehung ein anderes Recht Einfluß ²⁵⁾, so ist bei der Auslegung das Zurückgehen auf das Mutterrecht noth- wendig ²⁶⁾.

§. 23. [§. 21.] 2) Rechtsquellen in Adelsverhältnissen.

Besondere Rechtsquellen für die Adelsverhältnisse sind 1) die in einzelnen Ländern als Anerkennungen der Adelsgewohnheiten vorkom- menden Ritterrechte ¹⁾, 2) für die ehemalige Reichsritterschaft die verschiedenen Ritterordnungen ²⁾, 3) Hausgesetze und Fa- milienstatute. Diese letztern sind gegründet auf die Autonomie des Adels ³⁾. Diese, wie überhaupt in den deutschen Genossenschaften

23) Riccius II. cap. 11. §. 11. s. noch Westphal deutsches Privatr. I. nr. 1. Sachsse Handb. des Weimar. R. S. 98.

24) Gasser diss. jur. brocard. statuta ex jure comm. esse interpre- tanda. Hal. 1731.

25) J. B. bei Stadtrechten, die aus dem Lübischen Rechte floßen.

26) Riccius II. cap. 11. §. 3. Scherer von der ehelichen Gütergemeinschaft. I. S. 334. Silbemeister Beitr. zur Kenntniß des vaterländischen Rechts. II. Thl. S. 169.

1) Beispiele sind: Bremisches Ritterrecht von 1577, revid. 1739 in Pufen- dorf obs. adp. tom. IV. p. 1. Jus terrestre nobilit. Prussiae von 1599. Thorn, 1599. Danzig, 1728. 36. Erb-Landesvereinigung der hur- föln. Landsch. in Westphalen in der Samml. der Köln. Edikte. I. Thl. S. 45. Stift Kölnische Rechtsordn. Tit. V, VI u. VII. Privileg. der Schleswig-Holstein. Rittersch., herausg. von Jensen u. Hegewisch. Kiel, 1797. Ritterrecht der Grafschaft Berg in Lacomblet Archiv für die Ge- schichte des Niederrheins, I. Heft. S. 79. s. auch zur Vergleichung lit- vänisches Ritterrecht. Reinh. von Helmersen Gesch. des litv. Adels- rechts. Dorpat, 1836.

2) Ritterordnung des schwäb. Kreises von 1560. Ritterordnung des frän- kischen Kreises von 1590, bestätigt 1591, 1652, vermehrt und bestätigt 1718. R. D. der Ritterschaft am Rhein von 1552, (als provisorisch) 1652, bestätigt 1662.

3) Dreyer Abhandl. III. Thl. S. 473. Maier von der Autonomie vorn. des Fürsten- und unmittelb. Adelsstandes. Tübing. 1782. H. Herse- meier de pact. gentilit. famil. illustr. atque nob. Mog. 1788.; über Autonomie s. noch Puchta das Gewohnheitsrecht. Erl. 1828. I. S. 159. s. Kohler Handb. des deutschen Privatrechts. Gießen, 1832. S. 319.

verfommend, bildete sich in den adelichen Familien als das zur Feststellung des häufig als Familienobservanz beobachteten oder zur Bestimmung neuer Rechtsnormen dienende gewillkürte Recht aus ⁴⁾, und zwar entweder in so ferne die autonomischen Normen von dem Familienoberhaupte ⁵⁾ oder von den vollberechtigten Agnaten als Vertretern der Familie ausgingen ⁶⁾. Auch nach der Verbreitung des römischen Rechts erhielt sich diese Autonomie ⁷⁾ bei dem hohen Adel nach seiner politischen Stellung, und bei dem Adel überhaupt wegen der Fortdauer des genossenschaftlichen Prinzips, um so mehr, als der Adel leicht einsah, daß durch die Anwendung des römischen Rechts, z. B. in der Lehre von der Erbfolge ⁸⁾, der Glanz der Familie ⁹⁾ bald vernichtet werden würde. Diese Autonomie stand zur Zeit der Reichsverfassung sowohl dem hohen ¹⁰⁾, als dem niedern Adel zu ¹¹⁾. Einer kaiserlichen Bestätigung bedurften die Hausgesetze des reichsunmittelbaren Adels nicht ¹²⁾; selbst bei dem landsässigen Adel gab es keine Norm, welche die landesherrliche Bestätigung forderte, obwohl es bei seinen Hausgesetzen gewöhnlich war, diese Bestätigung nachzusuchen ¹³⁾. Zu einem gültigen Hausgesetze ge-

4) Phillips Privatr. I. S. 172. Wilsa in Weicks Rechtslexicon. I. S. 539. Puchta Gewohnheitsrecht. I. S. 158. Beseler die Lehre v. d. Erbreverträgen. II. Thl. 2r Bd. S. 15.

5) Hier gab die väterliche Gewalt oder *Mundium* und die Herrschaft des Dienernten der Norm Kraft.

6) Beseler l. c. S. 24—31.

7) N. Betsii de statut. pact. consuet. famil. Arg. 1690. a Watzdorf de statut. et iud. gentil. gent. nob. med. Lips. 1774. Böhmer de fund. pact. fam. in exere. ad Pand. II. p. 403.

8) Wichtig über die Fortdauer des fränkischen Successionssystems bei dem Ritterstande am Niederrhein v. Kampz Jahrbücher für preuß. Gesetzg. Heft 92. S. 275.

9) Strecker diss. de splendore famil. illustr. Erford. 1747.

10) Neumann medit. de jure princip. I. p. 107. Vitter Beitr. z. deutschen Staats- und Jurisprud. II. Thl. nr. 29. 30. und über Anwendung des röm. Rechts auf hohen Adel, f. Griesinger in der Fortsetzung des Handbuchs von Danz. IX. Bd. S. 113—163.

11) Weiße Einleitung in das deutsche Privatr. S. 64. Gröndler Polemik. I. S. 51.

12) Meyer Familienstaatsrecht der deutschen Reichstände. I. Thl. S. 323. II. S. 1038. Kunde de confirmat. caesar. jur. primogenit. in famil. illustr. Gott. 1770. Gerklacher Handbuch der deutschen Reichsges. XI. S. 2251. Wiener von der kaiserl. Machtvollkommenheit. S. 282 u. f. Wahlkapitul. Art. I. §. 9. XI. §. 2. Eramer Reglar. Nebenständen. Thl. 28. nr. 1. Eichhorn Rechtsgesch. IV. Thl. §. 540. 542. Köhler Handb. des Privatrechts. §. 123. v. Wächter in Sarwey Monatschrift für Justizpflege in Württemberg. IV. Bd. S. 363.

13) Etet Ausführungen polit. u. rechtl. Mater. Berlin, 1776. S. 180. Hersemeier diss. cit. §. 9. Danz Handb. I. S. 241.

hörte ¹⁴⁾ die Einwilligung aller volljährigen männlichen Familienglieder ¹⁵⁾. Da eine Familie oft in verschiedene Linien sich zersplitterte, so kommt auch oft nur ein für eine Linie gegebenes Hausgesetz vor. Daß Dritte (nicht Familienglieder) durch solche Gesetze nicht gebunden sind ¹⁶⁾, wenn ihre schon erworbenen Rechte verändert werden sollen, ist eben so gewiß, als daß die durch solche Gesetze auf Güter gelegten Lasten und Beschränkungen da wirken, wo der Dritte später diese Güter erwirbt ¹⁷⁾, und wo die öffentlich anerkannte Natur des Gutes auch dem dritten Contrahenten bekannt seyn mußte. Die deutsche Bundesakte ¹⁸⁾ erklärt, daß den durch Auflösung des Reichs ¹⁹⁾ mittelbar gewordenen ehemaligen Reichsständen und Reichsangehörigen nach den Grundsätzen der früheren deutschen Verfassung die noch bestehenden Familienverträge aufrecht erhalten werden, und sie sichert ihnen die Befugniß zu, über ihre Güter und Familienverhältnisse verbindliche Verfügungen zu treffen, welche jedoch dem Souverän vorgelegt und bei den höchsten Landesstellen zur allgemeinen Kenntniß und Nachachtung gebracht werden müssen ²⁰⁾. Zugleich erklärt die Bundesakte, daß alle bisher dagegen erlassenen Verordnungen für künftige Fälle nicht weiter anwendbar seyn sollten. Da nun manche Staaten, welchen Reichsunmittelbare unterworfen wurden, in der Zeit des Rheinbundes die Hausgesetze aufhoben, so entsteht die Streitfrage: ob in Gemäßheit der zuletzt erwähnten Vorschrift der Bundesakte die vor Errichtung des Rheinbundes bestehenden Familiengesetze, so weit sie nicht autonomisch oder aus anderen Gründen rechtlich erloschen, sondern nur durch die in der

14) Hersemcier diss. cit. §. 3. Danz Handb. I. S. 225. Kohler Handb. S. 317.

15) Weibliche mußten freilich dann konsentiren, wenn ihre schon erworbenen Rechte verändert werden sollten. Meise Privatr. S. 59. allein deswegen gehörte nicht zum Hausgesetz als solchem die Einwilligung der Weiber.

16) Jaup de valore et efficacia pactor. seu statutor. famil. illustr. intuitu tertii. Giess. 1792.

17) Stel Ausführungen. S. 183. Danz Handb. I. S. 228. Gröndler Poletnik. I. S. 54.

18) Art. 14. Klübers öffentl. R. §. 234. 41. Zachariae deutsches Staats- und Bundesrecht. Göttingen, 1841. S. 291.

19) Ueber Einfluß des Rheinbundes Berg Abhandl. zur Erl. der Rheinbundesakte. S. 227.; f. jedoch Haus in Winkopp rhein. Bund. Heft 28. S. 70. Heffter Beitr. S. 80.

20) Ein neues Beispiel liefern die Fuggerischen Hausverträge, bestätigt von Baiern, abgedruckt im baier. Regierungsblatt. 1822, nr. 45. In Württemberg sind viele Familienstatute bekannt gemacht, z. B. 1829 (Regierungsblatt 1829. S. 425.) Gräfl. Nechbergisches Erbstatut; gräfl. Agbionisches 1835. (Regierungsblatt S. 387.)

Rheinbundeszeit ergangenen Landesgesetze aufgehoben sind, wieder (jedoch ohne rückwirkende Kraft) hergestellt seien ²¹⁾; was bejaht werden muß ²²⁾. Die Vorschrift der Bundesakte, daß die Hausgesetze den Souveränen vorgelegt werden sollen, bezieht sich, wenn nicht das Landesgesetz weiter geht ²³⁾, nicht auf Hausgesetze, welche schon nach der Reichsverfassung gültig bestanden ²⁴⁾ und geht überhaupt nur darauf ²⁵⁾, daß geprüft werde, ob das Hausgesetz nichts enthalte, was mit der Verfassung des Staats und dem staatsrechtlichen Verhältnisse der Mediatisirten im Widerspruche ist ²⁶⁾.

§. 24. [§. 22.] 3) Rechtsquellen in Dorfs- und Bauern-Verhältnissen.

Unter den besonderen vorzüglich auf Dorfs- und bäuerliche Verhältnisse bezüglichen Rechtsquellen, die jedoch oft auch reine privatrechtliche Normen enthalten ¹⁾, sind zu unterscheiden 1) die für Dörfer von Landes- oder Grundherren erteilten Dorfordnungen ^{2a)}, 2) die durch die Schutzherrn bestätigten Dingrodel ²⁾, 3) Gemeinord-

21) Dies läugnen Klüber *Abh. u. Beobachtungen I. S. 83. 125.* Pernice *de princip. comitumque subject. jur. priv. part. Ital. 1827.* Dresch *Abb. über Gegenst. des öffentl. Rechts, München, 1830. S. 165.*

22) Hefter Beiträge zum deutschen Staatsr. S. 90. Zachariae *deutsch. Staatsrecht, S. 292.* v. Wächter in *Sarwey Monatsschrift. IV. S. 368.* Seeger in *dieser Monatsschrift. I. S. 22.*

23) Der Sinn der Bundesakte ist verschieden in den Gesetzen aufgeführt. *Baier. Declarat. v. 26. Mai 1818. §. 9.* *Badische Declarat. v. 19. April 1819. §. 4.* *Preuß. Instruktion v. 30. Mai 1820. §. 16.* *Heßisches Edikt. §. 10.*

24) v. Wächter in *Sarwey I. c. S. 375.* *Vollen Entw. v. Gesetzen für das Königreich Württemberg. S. 177.*

25) v. Wächter in *Sarwey Monatsschrift. IV. S. 375—90.* v. Mey *Lehrb. des bair. Staatsrechts, I. Thl. S. 208.* Ueber Frage: ob gerichtlicher Refkurs Statt findet, wenn gerichtl. Bestätigung versagt wird, in *Sarwey Monatsschr. IV. S. 391. 94.*

26) Wenn auch die Bundesakte nur den Ausdruck: Familienverträge enthält, so ist doch anzunehmen, daß sie auch auf Familienoberservanz und einseitige (nach der Reichsverfassung) gültige Verfügungen sich erstreckt. *Hefter Beitr. S. 93.* *Beseler von den Erbverträgen I. c. S. 39.*

1) So enthalten z. B. für Westphalen die in *Seiberg: die Statut. und Gewohnheiten des Herzogth. Westphalen Arnberg, 1830.* abgedruckten Dorfrechte, z. B. S. 276 Vieles über ehel. Gütergemeinschaft.

1a) J. B. Schwarzburgische in *Fritsch de statu pagor. in opusc. tom. II. p. 49.* und *Hellbach Sonderbh. Privatr. S. XIV.* *Hessen-Cass. Brebenorden. von 1739* und die *Samml. der hess. Landesv. IV. Thl. S. 608.* *Derforden. für Minden, Ravensberg vom 7. Febr. 1755 in Polische Beschr. von Tellenburg. S. 405.*

2) J. B. in J. v. Arx *Gesch. des Buchsgau. S. 104.* auch in *Senkenberg corp. jur. I. adp. p. 59.*

nungen, Ehehaften und Weisthümer ³⁾, Deffnungen ⁴⁾, 4) die aus Schöffensprüchen hervorgegangenen Eddingsprüche ⁵⁾ und Gewohnheiten ⁶⁾, Dorfsbeliebungen ⁷⁾, und für das Verhältniß der Bauern zu ihren Herren die Hub- ⁸⁾ und Hofrechte. Da viele Dörfer als unfreie Gemeinden galten, oder doch unter der Vogtei standen, so konnten die Statuten solcher Dorfgemeinden eigentlich nur Gemeinbeschlüsse über polizeiliche Verhältnisse seyn, und nicht reines Privatrecht enthalten ⁹⁾, obwohl in Gegenden, wo größere Vereinigungen der Bewohner selbstständiger sich erhalten haben, auch umfassende autonomische Statuten vorkommen ¹⁰⁾. Vorzüglich findet man in den reichsritterschaftlichen Dörfern umständliche auch für Privatrecht wichtige Dorfordnungen ¹¹⁾. In wie ferne solche Rechtsquellen

- 3) Ein Verzeichniß in Hofmann de scabinor. placitis. §. VII. und das oben §. 7. angeführte Werk von Grimm. Beispiele in Kopp de jure pignor. p. 70. Kopp Nachr. von den geistlichen u. weltlichen Gerichten in Hessen. I. Bd. in Beil. S. 125. Dahl Beschreib. von Vorsch im Urkundenb. S. 52. 59. 77.; in Steiner Gesch. des Freigerichts Wilmundshausen. S. 246. 54. f. oben §. 7. not. 3. In Franken heißen diese Statuten Gemeinordnungen, in Baiern Ehehaften, f. unten bei Darstellung der Gemeindeverhältnisse. Auch Dorfregeln gehören hieher; Hausbold Lehrb. S. 37. f. noch Gemeinordn. in Klingner Samml. zum Dorf- u. Bauernrecht. I. Thl. S. 582. 600. 680. 715. Mohr Hausaltungsrecht. III. Thl. S. 378.; über Statutarrecht der Dörfer: Eisenhart deutsches Recht in Sprüchwörtern. I. 2. Eines der merkwürdigsten Bauernrechte, wo viel Privatrechtliches sich findet, ist die brandenburg. Bauernrechtsordnung von 1531 in v. Kamphs Jahrb. der preuss. Gesetzgebung. Heft 89. S. 81. In der Schweiz heißen sie auch Hofrodell, am Bodensee Männergebote.
- 4) So heißen sie in der Schweiz und im badischen Oberlande, f. solche abgedruckt in Grimm Weisthümer. I. S. 1—149. und dazu v. Rieden in d. Beiträgen zur Kunde u. Fortbild. d. Zürcher Rechtspflege. II. Bd. S. 126. und von Oberhausen v. 1393. in den Beiträgen. II. S. 223.
- 5) f. Acta Osnabrug. I. p. 154. Klöntrup Theorie vom Anerkennrechte. S. 29.; von Bauernhöfen f. Halem oldenburgische Landesgeschichte. II. Thl. S. 195.
- 6) Hieher gehören auch die schon genannten Bochumer Stoppelrecht, Wendehagener Bauernrecht u. a.
- 7) Beispiel in Gall staatsbürgerl. Magazin. IV. S. 727.
- 8) f. Beisp. hinter den Diss. von Rehm (praef. Schilter) de curiis dominic. 1691. Arg., und bei Schilter corp. jur. feud. p. 363. Klugkist disp. de curiis domin. Basil. 1700., u. unt. bei d. Bauernrechte.
- 5) f. jedoch Dorfrecht v. Hofstheim von 1566 in Hofmann Eherecht. S. 499. f. noch Gall im staatsbürgerl. Magazin. II. S. 740. und von den mecklenburg. Dörfern, welche Lübisck Recht haben, v. Kamphs mecklenburg. Civilrecht. S. 149.
- 10) J. B. in friesischen Gegenden.
- 11) Beispiele aus XVI. Jahrh. in Mader reichsritterschaftl. Magazin. VI. S. 200. IX. S. 345. X. S. 546. XI. S. 489. Besonders reich an Dorfordnungen ist Württemberg. f. in Reyscher Samml. alt-würtemb. Statutarrechte (Tübingen, 1834.), wo J. B. (S. 524) Dorfrecht von 1495 für Nordheim sich befindet. f. noch Reyscher würtemb. Privatrecht. I. S. 18. f. Reyscher über die Einführung der würtemb. Gef. S. 50.

einer landes- oder guthsherrlichen Bestätigung bedürfen, hängt wohl davon ab, ob das Dorf einen speziellen Dorfs- oder Schutzherrn hat, ob das Statut nur über rein polizeiliche Verhältnisse sich erstreckt und in den Formen entstand, in welchen die Gemeinde gültige Beschlüsse fassen konnte; häufig enthält das Statut nur eine in Form eines Weisethums aufgefaste Sammlung von Gewohnheiten.

§. 25. [§. 23.]. 4) Rechtsquellen im Handelsrechte.

In Bezug auf die Quellen des Handelsrechts entscheidet I. bei der Beurtheilung handelsrechtlicher Verhältnisse das in dem Lande geltende allgemeine Civilrecht ¹⁾, wenn nicht eine Abweichung in der Landesgesetzgebung in Bezug auf das in Frage stehende Handelsverhältniß ausgesprochen ist ²⁾. In so ferne das römische Recht in Deutschland ein gemeines ist, kann auch die Anwendung desselben auf Handelsrecht ³⁾ nicht bezweifelt werden ⁴⁾, und manche oft behauptete Abweichung davon erklärt sich nur daraus, daß man manche bloß lokale Gewohnheiten zu gemeinrechtlichen erheben, oder Gründe der Zweckmäßigkeit mit denen der Rechtmäßigkeit verwechseln wollte ⁵⁾. Auch für Handelsverhältnisse, welche dem römischen Rechte unbekannt waren, giebt dies Recht nicht selten Analogieen ⁶⁾. Die Art, wie überhaupt im deutschen Privatrecht ein Rechtsverhältniß behandelt werden muß, entscheidet auch, wenn es auf die Construction des Handelsrechts ankommt ⁷⁾. II. Handelsgewohnheiten (Usancen) werden wichtig ⁸⁾ theils zur Auslegung der häufig aus Usancen

1) Von Oesterreich s. Hysler in Wagner Zeitschrift für österr. Rechtsgesamtheit. 1826. I. Bd. S. 247. In Frankreich ist im Code de comm. an einzelnen Stellen auf Code civil als das allgemeine Gesetz gewiesen. (Code de comm. 2. 6. 13. 65. 92. 95. 643.) Ueber Verh. des Handelsrechts zum Civilgesetze. Revue Bretonne de droit. Rennes. 1841. p. 432.

2) In Preußen entscheidet Thl. II. Tit. 8. Der Code civil (1107. 1341. 1964. 2070. 2081) weist oft auf Ausnahmen für Handelsrecht hin.

3) Ohne Grund beschränken Busch in den Grundsätzen des Handelsrechts I. Thl. S. 600. II. S. 366., Hayde Erl. der Hamb. Fallitenorden. S. 22. die Anwendung des röm. Rechts. s. noch Gröndler Polemik. I. S. 36.

4) W. Pöhl's Darstellung des gemeinen deutschen und Hamburg. Handelsr. Hamburg. 1828. I. Thl. S. 46. Türl. Verles. S. 341.

5) Auch Bendor Grunds. des Handelsr. S. 36 beschränkt röm. R. in seiner Anwendung zu sehr. s. dagegen richtiger Thöl das Handelsrecht. Göttingen, 1841. I. Thl. S. 10.

6) J. B. bei kaufmännischen Empfehlungen.

7) Thöl I. c. S. 20.

8) Reichsabschied von 1654. §. 107. Auch in Frankreich beachtet man usances s. avis du conseil d'état vom 13. Dec. 1811 und vom 13. Dec. 1813. Vincens exposition. I. p. 56. Molinier traité de droit commercial. Paris, 1841. I. p. 14. s. überh. Rechtsfälle aus dem Gebiete des Handelsr. Hamburg. 1836. I. Thl. S. 163.

hervorgegangenen Gesetze ⁹⁾, theils in so ferne bei Auslegung von Verträgen oft aus den am Orte der Abschließung geltenden Usancen der wahre Sinn der Worte erkannt werden kann ¹⁰⁾. Die allgemeinen Erfordernisse des Gewohnheitsrechts entscheiden auch hier ¹¹⁾, ebenso die Regeln über den Beweis desselben; nur ist es richtig, daß nach der Natur des Handels häufig allgemeine Gewohnheiten vorkommen ¹²⁾, und daß der Beweis durch Zeugnisse von Handelsgesellschaften sehr erleichtert ¹³⁾ und bei gerichtskundigen Usancen entbehrlich gemacht werden kann ¹⁴⁾, indem die Gerichte schuldig sind, selbst das Daseyn einer Handelsgewohnheit zu erforschen ¹⁵⁾. III. Die Parere ¹⁶⁾ der Handelsleute können da, wo es auf Kenntniß technischer Verhältnisse oder Handelsusancen ankommt, von Amtswegen vom Gerichte eingeholt werden ¹⁷⁾, ebenso können die Partheien solche Gutachten beibringen; in wie ferne aber die Gerichte daran gebunden sind, hängt davon ab, ob diejenigen, welchen das Parere ¹⁷⁾ gegeben ist, in Bezug auf den in Frage stehenden Punkt die nöthige Kenntniß haben ¹⁸⁾ und durch ihre Stellung Vertrauen verdienen, ob denselben die entscheidenden Thatfachen hinreichend vorgelegt waren ¹⁹⁾, und ob nicht ein Fall vorliegt, in welchem es auf Erfordernisse des Beweises durch Sachverständige oder Zeugen ankam ²⁰⁾. IV. Von

- 9) Thöl S. 14.
- 10) Darauf steht der württemberg. Entw. des Handelsgesetzbuchs. §. 326.
- 11) Darnach entscheidet sich auch die Frage: wie weit sie den allgemeinen Gesetzen derogiren können. Seuffert im Archiv für civil. Praxis. XI. Bd. S. 361.
- 12) Vorzüglich in Bezug auf Modifikationen des röm. Rechts. Pöhl's Handelsrecht. S. 48. Fisker Lehrbuch des österr. Handelsr. S. 4. Wagner in der Zeitschrift. 1826. S. 260.
- 13) Thöl S. 15. Bendor Wechsler. I. S. 95.
- 14) Hamburger Rechtsfälle. I. S. 183. f. darüber die unten in §. 27. aufgestellten Grundsätze.
- 15) Dies ergibt sich aus den Reichsgesetzen. s. oben not 16 im Commissionsdecret vom 10. Okt. 1668 in der Samml. der Reichsgesetze. IV. S. 59.
- 16a) Marquard de jure mercator. lib. III. c. 6. nr. 51. Slüter de respons. mercator. Giess. 1706. Büsch Darstellung. I. S. 613. Thöl Handelsrecht. I. S. 16. Württemberg. Entw. des Handelsgesetzb. §. 899.
- 16) Reichsabschied von 1654. §. 107. Reichsschluss von 1671. Scherer Handbuch des Wechselrechts. II. S. 236. III. S. 468. Bendor Handelsrecht. S. 420. Pöhl's S. 345. Martens Handelsrecht. §. 37. Pardessus Cours. vol. V. p. 73. Glück und Geiger Rechtsfälle. III. Thl. nr. 39.
- 17) Samml. von Parere in Savary avis et conseils sur les plus importants de Commercio. Paris, 1688., und als 2r Theil seiner Schrift: parfait negociant. Leipziger Parere in Siegel corp. jur. camb. II vol. p. 1—226.
- 18) 3. B. wenn Handelskammern Parere geben.
- 19) Oft legt eine Parthei nur einseitig und verdreht die Thatfachen vor.
- 20) 3. B. wenn Beerdigung nothwendig wäre.

den Partikularhandelsrechten ist das preussische ²¹⁾ wegen seiner Vollständigkeit und wegen des Anschließens an handelsrechtliche Gewohnheiten wichtig, obwohl das Landrecht weniger Grundsätze und mehr nur Regeln aufstellt, und zu viele Beschränkungen enthält. In den einzelnen deutschen Handelsstädten gelten meist nur einzelne Verordnungen ²²⁾, so wie auch in Oesterreich nur Gesetze über einzelne handelsrechtliche Verhältnisse vorkommen ²³⁾. V. Da überhaupt das Handelsrecht mehr auf gewisse in der ganzen Handelswelt gleich vorkommende Bedürfnisse, auf Gebräuche und die Natur der handelsrechtlichen Verhältnisse sich stützt, so ist auch die Kenntniß der handelsrechtlichen Legislation anderer Staaten außer Deutschland wichtig. 1) Das ältere holländische Handelsrecht ist zwar nicht in einem Gesetzbuche gesammelt, aber reichhaltig durch die Entscheidungen der holländischen Handelsgesrichte ²⁴⁾. 2) Eines der vollständigsten Gesetzbücher ist das Handelsgesetzbuch für Bilbao ²⁵⁾. 3) Auf die älteren französischen Ordonnances de Commerce gebaut, obwohl selbstständig und ausführlich, jedoch nicht immer mit der nöthigen Genauigkeit bearbeitet und theils durch seine Lücken, theils durch Mangel der Beachtung von Han-

21) Im Landrecht II. Thl. VIII. Titel über die Abfassung: Büch Darstellung der Handlung. I. S. 605. s. noch Schunken das preuß. Handels- und Wechselrecht. Elberfeld, 1822. II Bde. Vielzig prakt. Comm. zum Landr. (gehört der VI. Theil hierher).

22) Nachrichten v. Hamburg. Handelsl. in Gries de studiis Hamburg. promov. comm. Gott. 1792.; von Bremen, Focke adumbr. jur. mere. Brem. Gott. 1797.; von Leipzig, K. O. Kösig Darst. des Leipziger Handelsl. Leipzig, 1796.; von Frankfurt s. die (dem Code de comm. nachgebildeten) Materialien zu einem Handelsgesetzbuch für die Stadt Frankfurt 1811, und Vieles in den Schriften von Orth u. Adler, slycht. Bender Frankf. Privat. S. 276.

23) Für Oesterreich: Sonnenkühner Lehrbuch des österr. Handels- u. Wechselrechts. Wien, 1820. Graf von Barthenheim österreichische Gewerks- und Handelsgesetzkunde. VII Bde. Wien, 1819—24. Hicher Lehrb. des österr. Handelsl. mit Anschluß des Wechsel- und Serechts. Prag, 1828. Entwurfs des Wechselrechts (von 1831) und des Serechts (1840) liegen vor.

24) Brauchbar ist wegen vieler gesammelter Fälle und Urtheile die Schrift: Verzameling van Casus positien, Voorstellingen en declarationen betrekelyk tot vorvallende omstandigheden in Koophandel. Amsterdam, 1795. Noch vollständiger ist ein Werk: Advysen over den Koophandel en Zeevaert, mit gaders verscheidene Turbes, memorien etc. door Carels. Amsterd. 1781. II vol. in 4to, und eine Darstellung des holländ. Handelsl. in regtsgeleerd practical en Koopmanns Handboek door van Linden. Amsterd. 1806. p. 421—554.

25) Ordenanzas de la ilustre univerzidad y casa de contratacion de villa de Bilbao. — Aprobadas por las Majestades Felipe V. 1737. y Fernando VII. 1814, con insercion des los privil. Madrid, 1819. (Es galt seit 1827 als Handelsgesetzbuch für ganz Spanien.)

Von den Quellen des deutschen Privatrechts



bedelsgewohnheiten fehlerhafter ²⁶⁾ ist der französische ²⁷⁾ Code de Commerce ²⁸⁾, als dessen Nachbildung das badische Handelsrecht ²⁹⁾ erscheint, welches jedoch einen selbstständigen Werth hat, weil es manche Lücken des franzöf. Code ausfüllt ³⁰⁾, manche Artikel deutlicher stellt, obwohl nicht selten störende Fehler des Code de Commerce beibehält ³¹⁾. 4) Weit wichtiger ist das zwar auch auf den Code de Commerce gebaute, jedoch vollständigere königl. niederländische Handelsgesetzbuch ³²⁾, das mehr das ältere niederländische Recht berücksichtigt ³³⁾, mehr Grundsätze aufzustellen und den Handelsgewohnheiten anzupassen strebt ³⁴⁾. Dies Gesetzbuch ist nicht in Wirk-

- 26) Ueber die Mängel des Code siehe vorzüglich Vincens im unten anzuführenden Werke Fremery etudes du droit commercial ou le droit fondé par la Coutum. Paris, 1833. s. noch Mein Aufsatz in Foelix Revue etrangere. Paris, 1840. p. 851.
- 27) Voraus ging die Ordonnance de commerce von 1673, auch in Siegel corp. jur. Camb. I. p. 447, und Bornier ord. de comm. enrichie des observ. Paris, 1757. Boutaric expl. de l'ordonn. de comm. Toul. 1743. Jousse comm. sur l'ordonn. Paris, 1770. Dem geltenden Code de Commerce vom 20. Sept. 1807 (dessen Redactoren le Gras, Goppeau, Vital Roux, Bignon, Bourcier, Coulomb waren) ging voraus das Projet de cod. de comm. présenté 13. frim. l'an X., hiezu Revision du projet de Code de comm. precedée de l'analyse raisonnée des obs. du tribun. de cassat. et des trib. d'appel. Paris, 1803. Exposé des motifs du Cod. de comm. Paris, 1807. s. noch vorzüglich Loaré la legislation civile commerciale de France. vol. I. p. 122. über Abfassung des Code de comm.; beste Ausgabe: Code de comm. annoté par Sirey. Paris, 1817. Uebersetzungen: von Daniels, Eschault, Müller; zu empfehlen die Uebers. von Erhard; Napoleons Handelsgesetzbuch. Dessau u. Leipzig, 1808., und mit Bemerk. von Mann. Mainz, 1807. Eine Sammlung der Gesetze, die zur Ergänzung des Code de comm. gehören, ist: Corps de droit commercial françois, ou recueil complet des loix par Thieriet. Paris, 1841.
- 28) Der Code hat 4 Bücher: I. vom Handel überhaupt u. Handelstreibenden, wo Art. 110—180 Wechselrecht vorkommt; II. Buch Seerecht; III. vom Falliment; IV. von Organisation der Handelstribunale.
- 29) Als Anhang des Landrechts, jedoch ist Buch II. u. IV. des Code weggefallen.
- 30) J. B. Zusätze zu Art. 7. 92. 110. 112. 114. 117. 125. 138. 146. 157. 165. 186. 190—203.
- 31) J. B. bei Art. 115 Code vergl. mit bad. Handelsr. Art. 115. Thilo das franzöf. Civilgesetzbuch u. Handelsrecht für Baden. Karlsruhe, 1841. (Der dritte Theil enthält das Handelsrecht).
- 32) Wetboek van Koophandel vom 23. März 1826. Handelsgesetzbuch für das Königreich der Niederlande, übersetzt v. Schumacher. Altona, 1827. (Vom Wechselrecht unten.) Dies Gesetzbuch gilt seit 1838. Verhandlungen in den Generalstaaten in Voorduin geschiedenis en begripelen der nederlandsche Wetboeken im VIII. u. IX. Thl. Utrecht, 1840.
- 33) Interessante Darstellung in opinions enoncées par Donker-Curtius sur les divers titres de ce Code de comm. Dordrecht, 1826. und wichtig Hall in Bydragen van den Tex en Hall tot regtsgeleerdheid. Amsterdam, 1829. nr. I. p. 69—162. Darstellung des Gesetzb. von Offer in der Zeitschrift für ausländ. Gesetzgebung. VIII. S. 343. IX. Bd. S. 40. — Eine franzöf. Uebersetzung in Foucher collection des loix civiles et crimin. im vol. VII. Paris, 1839.
- 34) Merkwürdige neuere Entscheidungen der holländ. Handelsgerichte. s. in

samkeit getreuen; im Königreich Holland wurde es 1824 einer neuen Berathung zum Grunde gelegt, als deren Folge das neue Handelsgesetzbuch von 1835 erschien ³⁵⁾. 5) Nachbildungen des französischen Code, jedoch mit manchen Verbesserungen, sind das neapolitanische Handelsgesetzbuch ³⁶⁾, und 6) das Edikt für den Kirchenstaat ³⁷⁾. 7) Das Gesetzbuch für Parma ³⁸⁾. 8) Das Gesetzbuch für den Kanton Tessin ³⁹⁾. 9) Zwar ebenfalls auf die Grundlage des französischen Code gebaut, aber weit besser und vollständiger bearbeitet, ist das spanische Handelsgesetzbuch ⁴⁰⁾ und 10) das portugiesische Gesetzbuch ⁴¹⁾. 11) Viele Vorschriften für das Ungarische Handelsrecht sind kürzlich verkündigt worden ⁴²⁾. England ⁴³⁾ besitzt kein Handelsgesetzbuch, sondern nur einzelne Statute über einige Handelsverhältnisse, ist aber wichtig wegen seines auf Gebrauch und Präjudizien beruhenden

Uytwerf Sterling Verzameling van Vonnissen in Zaeken van Koophandel. Amsterdam, 1826. 2 Stücken, und in den Tex en van Hahl: Bydragen tot rechtsgeleerdheid en Wetgeving. Amsterdam, 1826—41.

- 35) Im Staatsblad van Koningryk der Nederlanden vom December 1824 bis Dec. 1835. Eine Darstellung des Gesetzb. in meiner Zeitschrift für ausländ. Gesetzgebung. VIII. nr. 17. IX. nr. 2.
- 36) Ben 1819 Leggi d'esecuzione pegli affari di commercio. Eine Darstellung in Meiner Zeitschr. für ausländ. Gesetzg. III. Bd. nr. 2.
- 37) Regolamento provis. di commercio. Roma, 1821. Daraus bezieht sich das Werk von Cesarini: Principii del diritto commerciale secondo lo spirito delle leggi pontif. Roma, in 12 Bänden, 1830—36. neue Ausgabe (in 4to) in einem Bande. Macerata, 1840.
- 38) Das Handelsrecht ist enthalten im Codice civile per gli stati di Parma. Parma, 1823. neu 1835, 3. B. von den Verträgen von art. 1523 an das Wechselrecht, von art. 1806 an die Handelsgesellschaft.
- 39) Wie das Gesetzb. von Parma enthält d. Codice civile della repubblica del Ticino. Bellinzona, 1837. auch Handelsrecht, 3. B. v. art. 1221 an.
- 40) Código de comercio, Madrid vom 30. Mai 1829. s. Meine Darstell. in der Zeitschrift. Bd. II. nr. 24. III. nr. 2.
- 41) Código comercial portugez. vom 18. Sept. 1833, bestehend aus 1800 Artikeln. s. Zeitschr. für ausl. Gesetzgebung. VIII. nr. 22., und vorzögl. über das Handelsrecht vor dem Código: Silva Lisboa principios de direito mercantil. Lisboa, 1828. III vol.
- 42) Gesetzartikel des ungar. Reichstags von 1839. 40. nebst dem Wechselr. und dem Creditgesetze für Ungarn, übers. von Orosz. Preßburg, 1840., und dazu gut v. Bildner theor. prakt. Commentar der auf dem letzten Reichstage zu Stande gekommenen Gesetze. Wien, 1841. I. Bd.
- 43) England hat kein gesammeltes Handelsgesetzbuch, dafür desto mehr traditionelles Recht und Jurisprudenz, s. Cunningham merchant lawyer or the law of trade in general. London, 1778. II vol. Wyndham Beave lex mercator. red. or the merchant directory. Lond. 1783., und 6te Edition von Chitty 1813. Montefiore Commerce. dictionary containing the present state of mercantile law. London, 1803. Williams laws of trade and Commerce. 1814. s. noch gute Abhandl. in Law magazine. Lond. 1828. nr. I. p. 45—54. nr. II. p. 242. und fortgesetzt bis jetzt 16 Bdh., letzte im Heft 33. s. gut Smith Compendium of mercantile law. London, 1831.

Rechts. Das englische Recht, jedoch fortgebildet durch die Praxis und die Statuten der einzelnen Staaten, liegt auch dem nordamerikanischen Handelsrechte ⁴⁴⁾ zum Grunde. Das Handelsrecht von Rußland beruht auf einzelnen Gesetzen ⁴⁵⁾. Ein Entwurf eines Handelsgesetzbuchs für Württemberg ist erschienen ⁴⁶⁾. Für die richtige Erkenntniß des Handelsrechts ist die Kenntniß der Handelsgeschichte ⁴⁷⁾ und der technischen Verhältnisse des Handels ⁴⁸⁾ wichtig.

§. 26. [§. 24.] 5) Quellen des Seerechts. *)

Daß schon die Römer eine Sammlung von einheimischen Gesetzen über Seerecht hatten, ist unerweislich, nur über einige See-

44) Hierher gehören die Statute der einzelnen amerikanischen Staaten. Eine gute wissenschaftliche Darstellung s. in Kent Commentaries on American law. Newyork, 1827. vol. II. p. 477. vol. III. p. 1—93., sehr vermehrt in der neuen Ausgabe von 1840, und am besten ergibt sich das nordamerikanische Handelsrecht aus den Zusätzen von Beebee zu Chitty treatise on bills of exchange. Springfield, 1830. und von Phillips zu Bayley summary on the law of bills of exchange. Boston, 1836.

45) v. Bunge Darstell. des heutigen russischen Handelsr. Riga, 1829.

46) Stuttgart, 1839. mit Motiven bearbeitet von Hofacker.

47) Capmany y de Montpalau hist. crit. sobre la marina comercio della antiqua ciudad de Barcellona. Madr. 1779. 92. IV vol. Marin storia civile e politica del comercio de Veneziani. Venes. 1789. VIII vol. Wichtig ist de Guignes in den Memoires de l'Academie des inscriptions. tom. XXXVII. p. 476. und das Werk: Della decima, et delle altre gravanze della moneta e della mercatura de Fiorentini fino al secolo XVI. Lisboa e Lucca. 1765. tom. I—IV. Dort ist auch Balducci Pegolotti aus dem XIV. Jahrh. (in tom. III. p. 237.) eine practica della mercatura, und Uzzano della mercatura von 1442 in tom. IV. p. 17.; über Wichtigkeit dieser Bücher s. Martens vom Ursprung des Wechselrechts. S. 17. Schöler Versuch einer allg. Gesch. der Handlung u. Seefahrt in den ältesten Zeiten, aus dem Schwedischen überf. Kistof, 1761. Anderson hist. und chronolog. Gesch. des Handels von den ältesten bis auf die jetzigen Zeiten überf. Riga, 1773—79. VII Bde. Fischer Gesch. des deutschen Handels. Han. 1792. IV Thle. Frederlow Geschichte des Handels und der gewerb. Kultur der Ostseereiche im Mittelalter, mit Bezug auf Danzig. Berlin, 1820. Lang über den Handel in Baiern v. 1197—1294, in Langs baier. Jahrb. S. 345. Büsch Gesch. der Hamb. Handlung. Hamb. 1797. Roth Geschichte des Nürnberg. Handels. Leipzig, 1800. IV Bde. Sartorius Geschichte des hanseat. Bundes. Göt. 1802. III Bde. Hallam geschichtliche Darstellung des Zustandes von Europa. II. Bd. S. 609. Hüllmann das Städtewesen des Mittelalters. Bonn, 1826—28. III Bde.; und Viel in Pardessus collection des loix maritimes.

48) Büsch theor. praktische Darstellung der Handlung in ihren mannigfaltigen Geschäften. 3te Ausg. mit Zusätzen von Normann. Hamb. 1808. II Bde. Berghaus Handb. für Kaufleute, oder Encycl. der vornehmsten Gegenstände der Handlungswissensch. II Thle. Münster und Osnabrück, 1797. f. noch Bemann Anleit. zur Handlungswiss. Göt. 1798. Ludovici neu eröffnete Akademie der Kaufleute, umgearbeitet von Schedel. Leipz. 1797. Bleibtreu Lehrb. der Handlungswissensch. Carlshuhe, 1830. Schiebe, die Contorwissenschaft mit Ausnahme des Briefwechsels. Frankf. 1830. 2 Thle.

*) Sammlungen der Seegesetze s. Libre appellat. Consolat. de mer. Dan.

rechtsverhältnisse ¹⁾ fanden sich Normen, von denen viele jedoch aus dem rhodischen Gewohnheitsrechte geschöpft zu seyn schienen. Schon früh finden sich Beweise ²⁾ des Ansehens ³⁾, welches dies Recht genoss, nur ist es zweifelhaft, ob schon zur Römerzzeit das rhodische Recht gesammelt war ⁴⁾. Gewiß ist aber, daß die jetzt noch unter dem Namen rhodische Seegeetze bekannte, aus drei Theilen bestehende Sammlung ⁵⁾ aus dem Mittelalter stammt ⁶⁾. Aus den Zeiten der Römer kann sie nicht herkommen, da darin über den Seewurf gerade ganz abweichende Grundsätze vorkommen, als sie im römischen Rechte, als aus rhodischem Rechte stammend, angeführt werden ⁷⁾. Der Prolog der rhodischen Sammlung enthält große Unrichtigkeiten ⁸⁾, und gehört auch einer späteren Zeit an ⁹⁾. Nicht unwahrscheinlich ist es, daß die römischen Rechtsansichten auch bei den germanischen Völkern lange fortbauerten ¹⁰⁾, obwohl schon im XI. Jahrhundert in Italien eben über Seewurf abweichende Grund-

cellona, 1494. und L. Libre de Consol. dels fets maritimes. Barcelona, 1592. (s. darüber Pardessus collection. I. p. 10.) P. Boek der Zeerechten, 1594 (beste Ausg. von Verwer 1716). Verwer Nederlands Zeerechten. Amsterd. 1711. Clairac Us et coutumes de la mer. Bordeaux, 1661. A general treatise of the dominion of the sea. London (ohne Datum), übersetzt in allgemeine Verhandeling van de Heerschappy der Zee, en een complet lichaam van de Zeerechten. Amsterd. 1757. Bibliotheca di Gius nautico o le leggi delle piu culte nazioni. Firenze, 1785. Engelbrecht Corp. jur. nautici. Lubek. 1790. Gapmany Codice de las costumbres maritimas. Madrid, 1791. II vol., — und das Hauptwerk ist: Pardessus collection de loix maritimes antérieures au XVIII siècle. Paris, vol. I. 1828, vol. II. 1831, vol. III. 1835. IV. 1839. V. 1840.

1) Alle Stellen, die im römischen R. auf Seerecht sich beziehen, s. in Pardessus collect. I. p. 85—132.

2) Ueber die ersten Spuren Pardessus p. 60.

3) L. 9. D. ad leg. Rhodiam de jactu. Zweifelhaft ist es, ob das rhod. R. nur in der Lehre vom Seewurf, oder auch weiter in Rom galt. s. Glück Comm. Bd. XIX. S. 291—96. Pardessus p. 62.

4) Meier histor. leg. marit. p. 6. Pardessus p. 22.

5) Abgedruckt in Schard leg. Rhodior. naval. mil. Basil. 1561. in Leunclavii thes. jur. Graec. rom. tom. II. p. 266. Engelbrecht Corp. Jur. nr. 1., am besten in Pardessus p. 231—60.

6) Pardessus p. 220. s. noch über rhod. Seerecht Pardessus vol. V. p. 227.

7) Pardessus p. 218.

8) s. zwar Godofred de imperio maris. cap. 8. 9. s. aber Pardessus pag. 211.

9) Ueber rhod. Recht überh. Bynkershoek in oper. tom. II. Meier hist. legum maritim. med. aevi. Gott. 1824. p. 6—10. Crowher Shornberg treatise on the marit. laws of Rhod. London, 1786. Pastoret sur l'influence des loix Rhodien. Paris, 1794. Isambert in Themis I. p. 401.; vergl. v. Hall in den Bydragen tot regtsgeleerdheid. Amsterd. 1833. VII. Thl. Heft. 3. S. 321.

10) Pardessus collect. I. p. 133—147.

sätze sich bildeten ¹¹⁾. In Bezug auf das Seerecht des Orients würden die Basiliken, in welchen das Buch 53. das Seerecht enthielt ¹²⁾, wichtige Aufschlüsse geben, allein dies 53ste Buch ist noch nicht aufgefunden ¹³⁾, und was Fabrot edirte ¹⁴⁾, ist ungenügend ¹⁵⁾. Wichtig ist ein Codex der Insel Cypern ¹⁶⁾ aus dem XIII. Jahrhundert, der auch über Seerecht mehrere enthält. Für die Kenntniß des im Mittelalter geltenden Seerechts sind besonders bedeutend die aus römischem, orientalischem Rechte, aus Gewohnheiten der handeltreibenden Nationen entstandenen dem lokalen Bedürfnisse angepaßten Sammlungen der Statuten der italienischen Seestädte und zwar von Trani ¹⁷⁾, Rimini ¹⁸⁾, Venedig ¹⁹⁾, Pisa ²⁰⁾, Genua ²¹⁾, Ancona ²²⁾. Beachtungswürdig sind die in den Affisen von Jerusalem ²³⁾ [bei welchen die alte Sammlung von der späteren Bearbeitung ²⁴⁾ und der italienischen Uebersetzung ²⁵⁾

11) Wichtig wäre hier die von den Historikern angeführte Tabula von Amalfi, die über Seerecht etwas enthalten haben soll; allein es schwebt noch Dunkelheit über dem Ganzen. Pardessus collect. I. p. 142—146. vorzügl. in vol. V. p. 223—29.

12) Dies ergibt sich aus den MS., welche das Titelverzeichnis der Basiliken liefern. Pardessus coll. p. 156.

13) Ueber die Versuche der Auffindung Pardessus p. 157.

14) In seiner Ausgabe der Basiliken tom. VI. p. 655—671.

15) Pardessus p. 165—170.

16) Abgedruckt in Pardessus p. 192.

17) Das Statut soll schon von 1063 sein (in Pardessus collect. vol. V. p. 237.) s. noch darüber Pardessus l. c. p. 217. verglichen mit Sclopis storia della legislazione italiana. I. p. 168.

18) Statuten von 1303 in Pardessus vol. V. p. 116.

19) Statutum maritimum v. 1255 in Pardessus vol. V. p. 19.

20) Statuten v. 1160 in Pardessus vol. IV. p. 569. über Abfassung Pardessus p. 545.

21) Stat. v. 1316 in Pardessus vol. IV. p. 439. vergl. mit Statuten in Monum. histor. patriae Taurini. 1838. vol. II. p. 242. — Ueber das auf Seerecht sich beziehende officium Gazariae in den Monum. histor. p. 300. Pardessus vol. IV. p. 421.

22) Stat. von 1297 in Pardessus collect. vol. V. p. 116.

23) Willen Geschichte der Kreuzzüge. I. S. 307. Taillandier in Themis ou Biblioth. tom. VII. p. 505. Schmid in Hermes. XXX. Bd. S. 315. Pardessus collect. p. 261—71. s. noch Themis ou Biblioth. du Jurisconsulte. Bruxelles, 1828. L. III. p. 353 u. 444.

24) Erste Abfassung ist v. 1099. s. von der späteren Revision Schmid in Hermes S. 327. Pardessus p. 264.

25) Sie ist für Cypern auf Auftrag der Venetianer veranstaltet. Canciani barhar.-Leg. III. p. 493. s. il libro delle assise del reame di Hierusalem. Venet. 1536. Die assise della corte alta, abgedruckt auch in Thaumassiere assises et bons usages du royaume de Jerusalem. Paris, 1690. Affise vom Hofgericht, abgedruckt in Canciani barb. leg. V. p. 107., vom Niedergericht in vol. II. p. 479. Assises de Jerusalem ou recueil des ouvrages de jurisprudence composés dans le XIII. siècle. publiés par le Comte Bagnot. I vol. Paris, 1841. bei ihm neue Aufklärungen über diese Assisen. s. unten zu §. 42. not. 1.

getrennt werden muß] vorkommenden Seerechtsausprüche ²⁶⁾. Auf die Ausbildung des Seerechts in England ²⁷⁾ und Frankreich hatte vorzüglich das Seerecht von Oleron (*rooles d'Oleron*) Einfluß ²⁸⁾. Ohne genügende ²⁹⁾ Zeugnisse dem König Richard ³⁰⁾ von England oder der Herzogin Eleonore zugeschrieben ³¹⁾, ist die Sammlung kein offizielles Gesetzbuch, sondern nur Privatarbeit, nicht einmal bloß für Oleron bearbeitet ³²⁾, wahrscheinlich vor 1266. ³³⁾; in der noch jetzt uns vorliegenden Sammlung müssen die ersten 25 Artikel als die ursprünglichen von 2 nur Frankreich angehörigen, dann von 8 Artikeln, die bloß England zugehören, und von drei späteren Zusätzen getrennt werden ³⁴⁾. Das *Consolato del mare* ³⁵⁾ ist eine im Süden Frankreichs und in Spanien im XIII. Jahrhundert gebrachte wahrscheinlich in Barcellona in der Mitte des XIII. Jahrhunderts, vielleicht erst Anfangs des XIV. Jahrhunderts entstandene, durch den *rooles d'Oleron* veranlaßte ³⁶⁾ Sammlung, in welcher wieder die Cap. 45 — 297. als die ursprünglichen von den für das Seegericht von Valencia gesammelten Cap. 1 — 44. und von den Schlußcapiteln getrennt werden können ³⁷⁾. Auf die Statute der

26) In Corte de Borghesi Art. 40—46., in Canciani II. p. 485. und Pardessus coll. I. p. 275—282.

27) Pardessus collect. IV. p. 194.

28) Zuerst bekannt gemacht durch Garcie grand routier de la mer. (1542), dann in Clairac us et coutumes de la mer. Bordeaux, 1647. Merkwürdig ist die Ausgabe der Gesetze von Oleron in den alten Coutumes de la Bretagne. Rennes, 1480. 1521 (und oft noch). Dort sind auch vom Recht von Oleron mit dem Ausdruck: cout. de la mer, aber nur 27 Artikel abgedruckt, und am Ende steht: tesmonig le seel de l'ile d'auleron 1266.

29) Alles gründet sich in Bezug auf Eleonore auf das Zeugniß von Clairac.

30) s. was sich dafür sagen läßt, geprüft in Pardessus p. 289.

31) s. zwar Meier histor. sect. II.; aber Pardessus p. 300.

32) Es stimmt mit dem Statutarrechte von Oleron (1340) gar nicht zusammen. s. über dies Statutarrecht Pardessus IV. p. 229 u. p. 290.

33) Pardessus p. 300. vol. IV. p. 228.

34) Am besten abgedruckt in Pardessus coll. p. 323—354.

35) s. die oben not. * angegebenen Ausgaben. — Die älteste Ausg. (vor 1484) ist in der Pariser Bibliothek, eine spätere von 1502; die beste Ausg. in Capmany y Montpalan. Codigo de las costumbres maritimas de Barcellona. Madrid, 1791.; französ. Uebersetzungen von Merseus. Marseille 1577. 1635, und in Boucher consulat. de la mer ou Paudeet. du droit comm. Paris, 1808. II vol.; italienische (durch Pedregani). Venedig, 1544. 1576. 1599, und besonders von Casaregis spiegatione. Venet. 1637. Livorno, 1802.; eine holländische von Westermoen. Leiden, 1704.; eine deutsche in Engelbrecht Corp. Jur. nr. 6. Neuer Abdruck in Pardessus collect. II. p. 49—360.

36) Pardessus collect. II. p. 27. s. dort p. 7—10., daß aus der angeblich alten Urkunde von 1070 nichts zu folgern ist.

37) s. Azuni Diritto maritimo. tom. I. cap. 1. Boucher I. p. 63—84.

Städte des südlichen Frankreichs ³⁸⁾ erhielt dies Consolato einen vorzüglichen Einfluß, während in anderen Städten Frankreichs ³⁹⁾ (nach der Art ihres Seehandels) mehr die Sammlung von Oleron Einfluß erhielt und auch von der Gesetzgebung Frankreichs ⁴⁰⁾ eben so wie von der Englands ⁴¹⁾ als entscheidend anerkannt wurde. Das Consolato del mare hatte Einfluß auf die Seerechte Spaniens ⁴²⁾, wo schon früh die Gesetzgebung über Seerecht thätig war ⁴³⁾. Sicher ist auch die Sammlung von Oleron die Grundlage des Seerechts von Flandern, nämlich des Rechts von Damme ⁴⁴⁾ und Westcapell ⁴⁵⁾, und des Rechts von Amsterdam ⁴⁶⁾ und Enchuyzen ⁴⁷⁾. Was unter dem Namen Seerecht von Wisby vorkommt ⁴⁸⁾, ist nur

Hollam Darstellung. II. Thl. S. 595. Meier histor. Sect. I. neue Forschungen in Pardessus collect. vol. V. p. 326. Die zuletzt vorliegende Sammlung ist erst allmählig entstanden.

- 38) J. B. Arles, Montpellier (über dessen Seerecht in Pardessus collect. IV. p. 253.) Marseille. (Seegesetze in Pardessus IV. p. 256.) und überhaupt Pardessus IV. p. 231.

- 39) Pardessus IV. p. 228.

- 40) Schon in Ordonnance v. 1364. (Ordonnances du Louvre. IV. p. 423.) s. aber Pardessus coll. IV. p. 224. und bei ihm p. 295 das Edikt von 1584.

- 41) s. Selden vindic. maris clausi in opp. tom. II. p. 1419. Pardessus coll. p. 309. Wichtig ist das schwarze Buch der Admiralität, wo auch Oleron. Seerecht aufgenommen ist. Pardessus collect. IV. p. 196.; eben so wichtig Inquisitio von Guinborow von 1376, und aus den alten englischen Seegesetzen hat ein Ganzes gemacht Roughton. s. überhaupt Praxis supremae Curiae admiralitatis Francisci Clerke. London, 1743. und Dawson origo legum or a treatise of the origin of laws. London, 1694. p. 114—131. Das Oleron. Seerecht ist selbst in Staatsakten anerkannt. Pardessus IV. p. 197. s. bei Pardessus IV. p. 203. die ältesten englischen Seerechtsquellen.

- 42) Pardessus coll. vol. V. p. 322. Die Aufklärung für die Geschichte des Consolato ist hier bedeutend.

- 43) Coutume de Valence v. 1250 in Pardessus V. p. 333. Ordonnance v. 1258 über Seepolizei in Pardessus V. p. 339. Seegesetz v. 1340. p. 351. und Rechte v. Barcellona in p. 371.

- 44) In Verwer Nederlands Zeerechten, 1711. p. 5—23. in Leclercq van de Heerschappy der Zee. p. 161—177. in Pardessus coll. I. p. 371—84., vorzüglich in Barntönig flandr. Rechtsgesch. I. Bd. Urkundenbuch S. 86. s. überhaupt darüber Biben in den Tex hydragen tot regtsgeleerdheid. 1828. nr. 2. p. 240—53. u. p. 469—519., und besonders im Jahrg. 1830. Heft I. p. 33., wo auch p. 40 der alte Text mitgetheilt ist. Pardessus p. 355—64. neue Forschungen in Pardessus vol. IV. p. 2. dort p. 19 neuer Abdruck des Seerechts.

- 45) In Boixhorn Chron. Zeelandiae tom. I. p. 276. van Leuwen Batav. illustr. p. 137. 627. Pardessus coll. p. 385. verglichen mit vol. IV. p. 4. s. überh. Biben in den Bydragen I. c. p. 254—61.

- 46) In van Leuwen Batavia ill. p. 140. Wagenaar Beschryving van Amsterdam. II. p. 525. Pardessus coll. p. 405. s. überh. Biben in den Tex hydragen. 1828. nr. 3. p. 469—500.

- 47) Pardessus coll. p. 303. Seerecht v. Holland, abgedruckt in Pardessus IV. p. 29.

- 48) Ausgabe von 1505 in Kopenhagen, 1545. Ausg. von Rhode in Dania.

eine nicht einmal bloß auf Wisby berechnete Privatarbeit ⁴⁹⁾ aus dem Ende des XIV. oder Anfang des XV. Jahrhunderts, und besteht aus verschiedenen von einander unabhängigen Sammlungen, von denen eine auf Lübel ⁵⁰⁾, die andere auf Niederland ⁵¹⁾ sich bezieht. — Zur Kenntniß des alten Seerechts gehören noch die Seerechte der nordischen Staaten ⁵²⁾, holländischer Städte, z. B. Briel und Vordrecht ⁵³⁾, dann die niederdeutschen, Lübschen ⁵⁴⁾ und Hamburgischen ⁵⁵⁾ Seerechte und das hanseatische Seerecht ⁵⁶⁾. Eine wichtige Sammlung von Seegewohnheiten für die Kaufleute von Rouen ist das Buch ⁵⁷⁾ Guidon de la mer. Von größeren Legislationen über Seerecht sind hervorzuheben: die von Karl V. und Philipp II. ⁵⁸⁾ für die Niederlande gegebenen Ordnungen, die

1538.; plattdeutsch Lübel, 1575.; — auch eine in Broekes sel. observ. adp. p. 24–40., in corp. statut. Slesvicens. vol. II. p. 675., in Engelbrecht corp. jur. nr. IV.; eine schwedische Stockholm (von Haderph), 1680.; — am besten Pardessus collect. p. 463–524. Wiben in den Tex hydragen vol. III. p. 229. u. Pardessus vol. IV. p. 7.

49) Dies zeigt sich aus den Artikeln, die auf französische Seehäfen gehen, und der ganzen Sammlung. Pardessus p. 442.

50) Von Artikel 1–12 und die letzten zwei Artikel.

51) Von Art. 12–37 wörtlich Eleren., von 37–70 rein niederl. Recht. s. Meier histor. seet. III. Pardessus p. 425–48.

52) Von Norwegen Pardessus collect. III. p. 1., von Island ibid. III. pag. 45.

53) Darüber wichtige Notizen von Wiben in den Tex 1628. p. 501. u. den Tex p. 510–19.

54) Von 1299 in Dreyer spec. jur. publ. Iuh. p. 316–21.; daraus wurde das spätere rev. Lübsche Seerecht v. 1579 als VI. Buch des Stadtrechts. Vom hanseatischen Seerecht Pardessus collect. II. p. 433., u. vol. III. p. 390 vom Seerecht von Lübel.

55) Hamburger Schifferrecht von 1270 in Anderson Hamburg. Privatrecht. I. S. 103. und Engelbrecht corp. jur. p. 92. Zum Hamburg. Seerecht überhaupt Langenbet Anmerk. über Hamb. Schiff- und Seerecht. Hamb. 1727. Vom Seerecht von Hamburg Pardessus III. p. 329.

56) Von 1591 unter dem Titel: Schiffeordn. und Seerecht, revidirt 1614. Uebrigens finden sich in den niederdeutschen Stadtrechten noch viele Seerechte, z. B. altes Riga'sches Seerecht von 1542 in Engelbrecht corp. p. 109.; spätere Seerechte in dem V. Buch der Statuten von Riga, von Danzig in den Danziger Willküren von 1597, revidirt 1761. Bremer Seerecht in den Statuten von 1433 und in Engelbrecht p. 109. Vom Bremer Seerecht Pardessus collect. III. p. 209., von Koste f in dem Stadtrecht v. 1757. VI. Thl.

57) In Clairae us et cout. de la mer. p. 213., vermehrt gedr. in Rouen, 1761. s. Boulay Paty droit commercial maritime. I. p. 82. Pardessus collect. II. p. 369. p. 377 etc. ist das Buch abgedr. s. noch Pardessus vol. IV. p. 230.

58) Carl V. provisionelle Ordonantie vom 29. Jan. 1549 und 19. Juli 1551, abgedr. in Pardessus IV. p. 38. Philipp II. Seerecht für die Niederlande vom 31. Okt. 1563, abgedruckt auch mit Anmerkungen in Leclercq van de Herschappy der Zee. p. 190–257., und in Pardessus IV. p. 64. dort p. 103 die Ordonnance v. 1570. Taco van Glins

französische Ordonnance maritime von 1681. ⁵⁹⁾ und die in Spanien ⁶⁰⁾, Portugal ⁶¹⁾, England ⁶²⁾, Rußland ⁶³⁾, Dänemark ⁶⁴⁾, Schweden ⁶⁵⁾ entstandenen Seerechte. Die neuesten Seerechte sind die spanischen ⁶⁶⁾, preussischen ⁶⁷⁾, französischen ⁶⁸⁾, niederländischen ⁶⁹⁾, portugiesischen ⁷⁰⁾, italienischen ⁷¹⁾ und österreichischen ⁷²⁾.

Aenmerkingen ende Bedenkingen over de Zeerechten. Amstordam, 1665. f. auch die schon angeführten Hetboek van Zeerechten u. Verwer Nederlands Zeerechten. — Affesuranzordnungen kommen in vielen Städten vor, z. B. Amsterdamer A. D. von 1598 (die spätere vom 28. April 1744), Widdelburger von 1660, Rotterdamer von 1604.

- 59) Ordonnance maritime von 1681, abgedr. in Pardessus IV. p. 325. Boulay Paty I. p. 93., am besten commentirt von Valin comment. sur l'ordonnance mar. Rochelle, 1760, und Comm. sur l'ord. mar. par Valin, avec les notes et explications concernant l'ordonn. par Becanne. II vol. Paris, 1828.
- 60) Außer den siete partidas s. oben not. 31. Verordn. von Peter von Arragonien von 1340 in Engelbrecht corp. p. 145.; mehrere ältere Verordnungen von Barcellona in Engelbrecht p. 145—149., in der oben not. * angeführten Ausgabe des Consolato und am besten in Capmany memorias histor. sobre la marina, comercio de Barcellona. Madrid, 1792. vol. I—III., und Darstell. des span. Seerechts in Juan de Hevia Bolanos curia Philipica p. 261—519.
- 61) Sehr gut in Principios de direito mercantil e leis de marina por J. de Silva. Lisboa, 1828. III vol.
- 62) s. oben not. 41 und Reeves a history of the law of shipping and navigation. Lond. 1792. Holt system of the shipping and navigation laws of Great-Britain. Lond. 1820. Earnshaw digest. of acts relating to shipping navig. 1820, und das oben angeführte Buch: General treatise of the dominion of the sea, neue Aufl. 1824. Maxwell spirit. of the marine laws. II vol. 1808.; vorzüglich die oben s. 25. not. 36 angeführte Abhandl. in law magazine und das angeführte Compendium von Smith. — In Nordamerika richtet man sich viel nach dem englischen Rechte, brachtet aber auch die übrigen Seerechte. Kent Commentar. on American. law. vol. II. p. 509—28. III. p. 93—306. neue Ausgabe von 1840 in lect. XLII spricht Kent von einer Geschichte des Seerechts (freilich mit vielen Unrichtigkeiten) u. p. 18—20 v. engl. u. amerik. Seerecht. — s. noch gut Dunlap treatise on the practice of courts of admiralty. Philad. 1836.
- 63) Kaiserl. russische Ordnung der Handelschiffahrt, übersetzt von Arndt. Petersburg, 1781. Auch abgedruckt in Belmann Samml. ausländischer Landesgesetze. V. Thl. 3. Alphabet. S. 169. s. noch v. Bröker in der Zeitschrift für ausländische Gesetzgebung. III. nr. 16. und Pardessus collect. III. p. 505.
- 64) Seerecht von 1561 in Engelbrecht p. 175. und das geltende in Christian V. Gesetzbuch Lib. IV. Vom dänischen Seerecht Pardessus collect. III. p. 205.
- 65) Vom älteren schwedischen Seerecht Pardessus coll. III. p. 89. Schwed. Seerecht v. 12. Jun. 1667, deutsch Wismar, 1670., Riga, 1670. Flintberg schwed. Seerecht, mit Anmerk. herausg. u. übers. von Hagemeister. Greifswald, 1796.; lateinisch in Loecenius suec. regn. jus maritim. Holm. 1674., und schwedisch und französisch in Pardessus collect. III. p. 134.
- 66) Hier am wichtigsten: Ordenanzas de la illustre universidad y casa de contratacion de Bilbao por reg. maestro. 1737, neu vermehrt 1819. s. oben s. 25. und 1827 als provis. allgem. Handelsgesetzbuch für Spanien erllärt. Jetzt gilt der neue Codigo von 1829.

§. 27. [§. 25.] Gewohnheitsrecht.

Nach der Art der Ausbildung des deutschen Rechts mußte ein ungeschriebenes Recht, das nicht auf einer formellen Sanktion gesetzgebender Gewalt beruhte, vorzüglich bedeutend seyn. Ein durch Alter geschütztes Herkommen fand rechtlichen Schutz ¹⁾ in den Gerichten, und das, was das Volk durch lange Übung nach dem Bewußtseyn der Rechtmäßigkeit befolgte, wurde auch fernerhin als Gewohnheit beobachtet. Als in Deutschland römisches Recht verbreitet wurde, fingen die Juristen an (häufig aus Abneigung gegen die deutschen Partikularrechte), die Zulässigkeit an viele Erfordernisse zu binden ²⁾, und von demjenigen, der sich auf ein Gewohnheitsrecht ³⁾ berief, strenge den Beweis desselben zu fordern ⁴⁾. Je mehr später die Ansicht, daß alles Recht nur von der gesetzgebenden Gewalt im Staate ausgehen müsse, verbreitet wurde, und das Streben nach

67) Im preuß. Landr. II. Thl. Tit. VIII. — Das ältere preuß. Seerecht in l'Escoq. Auszug der Historie des allem. und preuß. Seerechts (Königsberg, 1747.), wo §. 73 ein altes Seerecht abgedruckt ist. Vom älteren preuß. Seerecht Pardessus collect. III. p. 459. Seerecht von 1727, u. hiezu Sahme Einleitung zum preuß. Seerecht im Anhang von l'Escoq. f. noch Mirus das Seerecht nach preuß. Gesetzen. Leipz. 1836.

68) Im jetzigen Code de commerce Buch II von Art. 190—436.

69) Im neuen niederländ. Handelsgesetzb. (voriger §.), Buch II. aus XI Titeln.

70) f. in dem im §. 25 angeführten neuen Gesetzbucho.

71) f. über Neapel und den Kirchenstaat §. 25. not. 36. 37. f. noch in Pardessus coll. vol. V. p. 256—66. Ein auf Auftrag des Ministeriums bearbeitetes Werk (Entwurf des Seerechts) ist von Jorio diritto marit. Napol. 1781. vol. IV.

72) Als Entwurf wichtig: Progetto del primo libro d'un Codice marittimo austriaco. Vienna, 1840.

1) Darauf deuten überall die Weisthümer. Die Lehre von der unvorventlichen Verjährung hängt damit zusammen. Buchta der unvorventlichen Befug des gem. Civilr. Heidelberg, 1841.

2) f. über die verschiedenen Ansichten Buchta das Gewohnheitsrecht. II. Thl. §. 24 u. Vergl. mit baier. Landr. I. Thl. c. 2. §. 15. Haubold Lehrbuch des sächs. Rechts. §. 37. Falk staatsbürgerl. Magazin. I. S. 369. Hänsel Bemerk. u. Excursus zu Carstens I. S. 45. Sächs. Besch. des Oberappellationsgerichts vom 6. Aug. 1836.

3) Literatur d. Gewohnheitsrechts in Thibaut §. 17. v. Wening Civilrecht. I. Thl. S. 29. Buchta das Gewohnheitsrecht. Erlangen, 1828. I. Thl. 1837. II. Thl. v. Savigny System des röm. Rechts. I. Thl. S. 34. 98. Mauntenbrecher Privatrecht. I. S. 35 u.

4) Im deutschen R. zeigt sich klar, wie der Begriff vom jus non scriptum im grammat. Sinn von dem j. n. scr. im jurist. Sinne getrennt werden muß. Wir haben so viele geschriebene (und selbst gedruckte) Rechtsfassungen einzelner Länder, die grammatisch genommen jus scriptum sind, und juristisch doch als non scriptum gelten, weil sie nicht von einer gesetzgebenden Gewalt ausgegangen, oder als Rechtsfassungen bestätigt sind, sondern nur als Gewohnheitsfassungen gelten, z. B. das in Pessen geltende Landrecht der Grafschaft Ragenellenbogen.

Codifikation flegte, nach welchem alles in einem Lande geltende Recht gleichförmig vom und im Gesetzbuche verkündet werden müsse, desto mehr wurde das Gewohnheitsrecht beschränkt; und so erklärte es sich, daß in Ländern, in welchen ein vollständiges Civilgesetzbuch eingeführt ist, kein Gewohnheitsrecht neben der Gesetzgebung als fortbestehend anerkannt wird, ausgenommen in den Lehren, in welchen das Gesetz Gewohnheiten ausdrücklich als zulässig erklärt 5), oder wenn das Gesetzbuch Provinzialgesetze noch neben sich fortbestehen läßt, als deren Theile dann auch Gewohnheitsrechte gelten können 6). In jenen Ländern aber, in welchen keine solchen Gesetzbücher gelten, und daher das römische Recht das gemeine ist, hat das Gewohnheitsrecht um so mehr eine allgemeine praktische Bedeutung, als die Reichsgesetze 7) selbst überall die Gerichte an die Beachtung der guten Gewohnheiten verwiesen 8). Darnach kann 1) in jeder Lehre das Gewohnheitsrecht eine Rechtsquelle werden, in so ferne aus der längeren Übung, die mit dem Bewußtseyn der Rechtmäßigkeit eine Rechtsregel anwendet, ein auch für die Folge in den Gerichten zu befolgendes Recht entsteht, wenn nur nicht das Landesgesetz 9) der Bildung eines Gewohnheitsrechts in der fraglichen Lehre entgegensteht. Die Observanz oder das Herkommen 10) ist die Norm, welche in einem Collegium oder in einer Korporation durch lange Übung unter den zu diesem Kreise gehörigen Personen 11) als Rechtsregel beobachtet wird. Bei der Frage, ob es derogatorische Gewohnheiten gebe, kann man zwar für Länder, in welchen vollständige Gesetzbücher der oben bezeichneten Art eingeführt sind, keine solchen Gewohnheiten zulassen,

5) Dies ist die Ansicht des österr. Gesetzb. (österr. Gesetzbuch §. 10. Zeillers Comment. I. Thl. S. 78.) und des franzöf. Code civil. s. darin Art. 671. 674. 695. 1648. 1762. Dies ist auch die Ansicht der neuen Civilgesetzbücher. s. Annali di Giurisprudenza. Torino, 1839. p. 82. Nach bairisch. Landr. §. 6a. kann das Herkommen für die Fälle, wo die Art und Weise im Gebrauch eines Rechts nicht bestimmt ist, den mutmaßlichen Willen des Gesetzgebers oder der Vertragspersonen ausdrücken.

6) Z. B. in Preußen, s. Publ.-Edikt. §. 6. 7. Bielizs Comment. zum preuß. Landr. I. Thl. S. 32—41.

7) Kammergerichtsordn. von 1555. Tit. 13. §. 1. Reichshofrathsordn. von 1518. I. §. 15.

8) Puchta Gewohnheitsrecht. I. S. 213. Maurenbrecher I. S. 35.

9) Z. B. ein Gesetz der in not. 5 bezeichneten Art; oder wenn ein absolut verbietendes Gesetz vorliegt.

10) Griebner de observant. collegior. Viteb. 1713. Gluck Pandekten. I. §. 84. Puchta II. S. 105. Maurenbrecher I. S. 36. v. Savigny System. I. Thl. S. 98.

11) Auch in einem geschlossenen Stande kann eine Observanz vorkommen.

allein wenn man dagegen in Bezug auf Länder, wo römisches Recht als gemeines gilt, erwägt, daß das römische Recht selbst nur durch allgemeine Gewohnheit in Deutschland recipirt ¹²⁾ und dem Bedürfnisse angepaßt wurde, daß in so vielen Lehren die Unanwendbarkeit einer römischen Vorschrift in ihrer Kollision mit einheimischen Verhältnissen leicht eingesehen werden mußte, so kann die Existenz derogatorischer Gewohnheiten ¹³⁾ auch nach dem Zeugnisse der Praxis ¹⁴⁾ und deutscher Landesgesetze ¹⁵⁾ nicht bezweifelt werden, in so ferne nur nicht ein absolut gebietendes oder verbietendes Gesetz jeder entgegenstehenden Gewohnheit entgegenwirkt ¹⁶⁾. In Bezug auf den Beweis des Gewohnheitsrechts muß man, dem Geiste des deutschen Rechts treu, wie er in den Reichsgesetzen ¹⁷⁾ und in Landrechten ¹⁸⁾ anerkannt ist, den Satz aufgeben, daß jeder, der in einem Rechtsstreite auf eine Gewohnheit sich beruft, den Beweis derselben führen müsse; vielmehr muß überall der Richter, wie einst die Schöffen das gültige Recht beachteten, auch das nicht formell sanktionierte Recht beachten, und daher notorische ¹⁹⁾ Gewohnheiten befolgen, und die Mittel zum Erkennen des Daseyns derselben, nämlich bisher bei den Gerichten des Landes befolgte Anwendung einer Gewohnheit ²⁰⁾, oder vorhandene Weisthümer ²¹⁾, oder Zeugnisse der Gerichte ²²⁾, oder von unpartheiischen Personen, die nach ihren Verhältnissen die

12) Auch die Reichsgesetze verweisen auf Gewohnheiten wie auf andere Rechtsquellen. Kammergerichtsorden. von 1555. I. Thl. Tit. XIII. §. 1. J. N. II. §. 105.

13) Weissé de vi consuetud. in caus. crim. p. 32. Falk im staatsbürgerl. Magaz. I. S. 372. Eichhorn Privatrecht. S. 86. Mühlenbruch doct. Pand. §. 38. 39. Seuffert im Archiv für civilistische Praxis. XI. S. 360. Paulsen holslein. Privatrecht. S. 13.

14) s. viele ältere Autoritäten, gesamm. in Scheplitz consuet. March. p. 175.

15) Baier. Landr. I. Thl. cap. 2. §. 15. Von Holslein s. Falk Handbuch. I. S. 111.; von Sachsen Curtius Handb. I. S. 36.; s. jedoch auch württemberg. Gesetz vom 12. Febr. 1807, und Weishaar I. §. 5.

16) Nur darauf kann die L. 2. Cod. quae sit long. consuet. bezogen werden. Puchta II. S. 24. v. Savigny System I. S. 420.

17) Ueberall sieht man, daß sie dem Richter die gültigen Gewohnheiten zu beachten gebieten.

18) Anmerkungen zum baier. Landrechte. I. Thl. cap. 2. §. 15. nr. 6.

19) Puchta II. S. 160. Laurentdreyer I. S. 42.

20) In so ferne werden Präjudizien wichtig sein.

21) s. oben §. 7.

22) s. Bülow und Hagemann Erört. I. Bd. nr. 40. Quistorp rechtl. Vermerk. II. 59. Bülow Abhandl. über einzelne Mat. II. nr. 25. Ein wichtiges solches Zeugniß über Brem. Gütergemeinschaft von Seite des Brem. Untergerichts vom 14. März 1840 s. in v. Kamptz Jahrb. für preuß. Gesetzgebung. Heft 110. S. 738.

Gewohnheit wohl kennen können²³⁾, über eine Gewohnheit benützen, und nur da, wo eine Parthei auf eine nicht notorische und nicht auf die bezeichnete leicht herzustellende Weise angebliche Gewohnheit sich beruft, dem Behauptenden den Beweis auflegen²⁴⁾.

§. 28. [§. 26.] Benützung alter Rechtsbücher oder Rechtsquellen.

Die aus dem Mittelalter stammenden Rechtsbücher und Quellen werden I. zwar da, wo römisches Recht das gemeine geworden ist, keine praktische Gültigkeit mehr haben, eine Bedeutung aber immer erhalten²⁾, in so ferne sie zur Auslegung von Partikularrechten, zum Verstehen des wahren Sinnes und der ratio alter deutscher Rechtsinstitute und zur Erforschung von Gewohnheitsrechten dienen. II. Eine Hauptrückficht für den Richter ist noch: welches Stammesrecht im Mittelalter in der in Frage stehenden Gegend galt; nach dem Charakter jenes Rechts ist auch das Partikularrecht der Gegend auszulegen³⁾. III. In manchen Ländern, in welchen einst sächsisches Recht galt⁴⁾, ist dieß Recht noch fortbauernb gültig geblieben, wo aber dann unter Sachsenrecht nur der Sachsenspiegel verstanden wird⁵⁾, so daß die sächsischen Konstitutionen⁵⁾ außer

23) J. B. von Handelskammern, oder von Rältern, oder in Bezug auf Observanzen von Vorständen der Korporation.

24) Mein Aufsatz im Archiv für civil. Praxis. XVIII. S. 84—87. Ein merkwürd. Beispiel einer solchen Beweisführung in Klöntrup vorläufige Bem. zur künftigen Theorie v. Auerbenrecht. S. 67.

1) Struben Nebenstunden. V. Thl. nr. 1.

2) J. B. wird bei Auslegung rheinischer Rechtsquellen das fränkische Recht vorzüglich zu berücksichtigen sein.

3) 1) Im Königreich Sachsen, Kind quaest. for. tom. III. cap. 1.; 2) in den großherz. u. fürstl. sächs. Ländern, Sachs. Handbuch §. 38—43. Koppe v. Koppensfeld Nachrichten in Franke neue Beitr. I. S. 157. Gothaische Landesordn. von 1666. P. II. cap. 1. Tit. 12.; f. von Gotha insbesondere Brückner Handbuch des gothaischen Privatrechts. Einleit. S. IX. X.; 3) im Anhaltischen, Anhalt. Landesordn. von 1666. Tit. 16. 35. 36. 37. 40.; 4) in den Preussischen Ländern; 5) in Schwarzburg; über Meiningen f. Kumpel Handb. des Meining. Privatrechts. S. 15. f. noch Mascov notit. jur. et Brunsvic. p. 86. Mann de orig. et auct. specul. sax. in terr. Anhalt. Lips. 1816. Fori in Aker's Thémis I. Bd. 26 Hft. nr. 13. Eichmann sylloge obs. prisci jur. sax. Jen. 1827. Orloff deutsches Privatrecht. S. 65. f. noch Eminghaus in Martins Jahrbüchern für Gesetzgeb. in Sachsen. I. Bd. 36 Hft. S. 281.

4) Schrader Lehrbuch. I. S. 119—138. Landgerichtsordn. II. 3. 3. IV. 6. 15. Dithmars. Landr. Art. 135. Fall im Staatsbürgerl. Magazin. I. S. 751. Fall in der Samml. der wichtigsten Abhandl. Tondern, 1821. I. Bd. S. 509. III. Bd. S. 207.; auch Westphalen mon. med. praeft. III. p. 47.

Sachs. Handbuch des weimarischen Privatrechts. S. 207. Gerdorf 40

dem Königreich Sachsen in den sächsischen Fürstenthümern nur gelten, in so ferne für ihre Gültigkeit ein spezielles Rezeptionsgesetz oder eine Gewohnheit nachzuweisen ist. Aber auch in Sachsen selbst, wo zwar im XVI. Jahrhundert das Ansehen des Sachsenspiegels wie das eines geschriebenen einheimischen Gesetzbuchs galt, hat der Sachsenspiegel durch den Gebrauch und durch den Sieg des römischen Rechts allmählig vielfache Modifikationen erlitten ⁶⁾, welche, in so ferne sie nachgewiesen sind, der Richter anzuwenden hat. IV. In anderen Ländern ist nur in einzelnen Lehren auf das sächsische Recht verwiesen ⁷⁾, in welchem Falle auch nur so weit, als auf das alte Recht verwiesen wird, dasselbe anzuwenden ist, von demjenigen, der sich auf sächsisches Recht beruft, der Beweis der Fortdauer und Gültigkeit geliefert werden muß. V. Da, wo eine Stadt auf das Recht einer anderen Stadt, z. B. auf Lübisches Recht gegründet ist, ist dies nicht so zu verstehen, daß unbedingt alle Artikel des Lübischen Rechts dort gelten ⁸⁾; auch muß immer wohl geprüft werden, ob das ältere oder das neuere Lübische Recht rezipirt worden ist ⁹⁾; im Zweifel ist die Regel zu befolgen, daß das zur Zeit der Rezeption vorhandene Mutterrecht entscheidet, wenn nicht der Lokalgerichtsgebrauch eine abweichende Ansicht rechtfertigt ¹⁰⁾.

§. 29. Von dem Verhältniß der verschiedenen Quellen des deutschen Rechts zu einander.

Nach dem Grundsatz ¹⁾, daß die spezielle Rechtsnorm der

vi et auctor. Constit. Augusti in foro Magn. Ducatus. Jen. 1816. Hankold Lehrbuch. §. 16. f. besonders Kori in Elvers Themis. I. c. S. 333.

6) Kind quaest. III. c. 1. Sachs Handb. S. 38. f. noch Gruppen discept. p. 755. Riccius spiel. p. 31. Falk Handb. I. S. 409.

7) Z. B. in Braunschweig, in Lüneburg, in Hildesheim, in Lauenburg; f. Duve Zeitschrift I. S. 115. und dort Literatur. Auch in Schlesien gilt auf diese Art das sächs. Recht, v. Kamptz stat. R. I. S. 510.; so auch im Herzogth. Magdeburg, v. Kamptz I. S. 313.; von Halberstadt f. v. Kamptz I. S. 355.; von Hannover f. Grefe Leitfaden zum Studium des hannov. Privatr. S. 19.

8) Z. B. wichtig wegen der jura fisci der Lübischen Städte.

9) v. Kamptz mecklenburg. Civilr. I. S. 37. 42. Falk im staatsbürgerlichen Magaz. II. S. 752. IV. S. 85. Balthasar Abhandl. von den in Pommern geltenden auswärtigen Rechten. S. 53—56.

10) Auch in Holstein giebt die Praxis dem neuen Lübischen Rechte den Vorzug (Falk Handb. I. S. 399.), obwohl die Konsequenz das Gegentheil forderte. Daber Westphalen mon. prael. III. p. 120. Es muß jedoch zwischen den königlichen und den ehemals großfürstlichen Städten unterschieden werden. Schleswig-Holstein. Anzeigen. V. S. 119. Pausen holstein. Privatr. S. 4.

1) Ehen angedeutet im Magdeburg Weichbild. Art. 24. Man drückt ihn

generellen, das Partikularrecht dem gemeinen Rechte vorgehe²⁾, hat der Richter 1) so oft eine gültige durch erlaubte Willkür der Partikularien entstandene Norm (Vertrag — Testament) vorhanden ist, zuerst diese zu befolgen; in Ermangelung einer solchen 2) das lokale Gewohnheitsrecht, soweit dasselbe die gesetzlichen Erfordernisse an sich trägt³⁾, anzuwenden, oder, 3) wenn ein solches nicht existirt, das Lokalstatut, und wenn dies nicht ausreicht, 4) die deutschrechtliche Quelle zu befolgen, welche subsidiarisch für dies Statut entscheidet⁴⁾; 5) wenn es an Statuten mangelt, dem allgemeinen Partikularrechte des Landes, zu welchem der Ort gehört, zu folgen, so weit dies Recht auch für den bestimmten Ort, dessen Recht in Frage ist, eingeführt⁵⁾ und nicht durch ein neueres allgemeines Gesetz verdrängt ist⁶⁾; 6) beim Mangel von Partikularrechten ist in Ländern des gemeinen Rechts das Reichsgesetz, welches über eine Lehre Normen giebt, und 7) wenn ein solches nicht da ist, das römische Recht, und für die dem römischen Rechte unbekannten Institute das ungeschriebene gemeine deutsche Recht, 8) in Ländern, wo ein neues allgemeines Gesetzbuch eingeführt ist, dies Gesetzbuch, jedoch mit geeigneter Ergänzung durch römisches und das gemeine deutsche Recht, zu befolgen.

§. 30. [§. 27.] Von der Kollision der Rechtsquellen verschiedener Bezirke des nämlichen Landes oder verschiedener Länder.

Allgemeine Grundsätze und Anwendung derselben

1) auf Verhältnisse des Personenrechts.

Die Grundsätze, nach welchen die Anwendung der Gesetze in Fällen sich richtet, in welchen der Richter eines Landes über ein im

durch das Sprüchwort aus: Willkür bricht Stadtrecht, Stadtrecht bricht Landrecht, Landrecht bricht gemein Recht.

2) Riccius von den Stadtgesetzen S. 424. Schnaubert Beiträge zum deutschen Staats- und Kirchenrecht. Beitr. 4. S. 54. Türk Vorles. S. 379.

3) Hier kommt es auch darauf an, ob das Gewohnheitsrecht noch überhaupt zulässig ist, oder z. B. nach neueren Gesetzen nur in gewissen Lehren Einfluß haben kann.

4) Z. B. wenn ein Stadtrecht auf Lübisches Recht gegründet ist, wo dann das Lübische Recht, oder in Ländern des sächsischen Rechts dies Recht subsidiarisch entscheidet.

5) Dies wird wichtig, da oft das allgemeine Landesrecht einer Provinz nicht für alle darin befindlichen Orte gilt.

6) Z. B. wenn ein neues Gesetz erging, wo es wichtig ist, zu prüfen, wie weit dasselbe noch Statuten neben sich fortbestehen ließ.

*) Ueber die Lehre von der Kollision der Rechtsquellen s. Literatur in Thi-

Auslande begründetes Rechtsverhältniß, oder ein solches entscheiden soll, wobei im Auslande wohnende Personen oder dort liegende Güter betheilig sind, können weder aus dem römischen Rechte ¹⁾ abgeleitet, noch durch eine Unterscheidung der Statute in Personal-, Real- und gemischte Statute ²⁾ geliefert werden. Nach dem Verhältnisse des Richters zum Gesetze kann nur der Grundsatz entscheiden ³⁾, daß der Richter, dessen Rechtsschutz in einem Lande in einem Streite angerufen wird, nach seinen Landesgesetzen den Fall beurtheilen muß, und fremde Gesetze nur anwenden darf, soweit sein Landesgesetz ihn dazu ermächtigt ⁴⁾. Eine solche Ermächtigung kann in dem besonderen

baut §. 38. Mühlensbruch Lehrbuch des Pandektenrechts. I. Thl. §. 72. 73. über die Ansichten der alten Juristen tractat. illustr. juriseons. de statutor. et cons. collis. Venet. 1574. Wegen der großen Vollständigkeit der Zergliederung der einzelnen Fälle sind am wichtigsten: Froland mem. concernant la nature et qualité des statuts. Paris, 1729. II vol., und derselbe diss. sur les questions qui naissent de la contrariété des loix. Paris, 1732. Boullenois traité de la personnalité et réalité des loix. Paris, 1766. II vol. Bouhier les coutumes du Duché du Bourgogne. vol. I. p. 458—502. f. ferner Eichhorn Einl. §. 34—36. Manutius de jur. quae ex divers. territor. legib. coll. Vratisl. 1833. neue Aufl. 1841. f. gut Story Com. on the conflict, of laws. Boston, 1834. Phillips Private. I. S. 188. Maurenbrecher Private. I. S. 310. (und Mein Auszug daraus in der krit. Zeitschr. für ausländ. Gesetzgebung. Bd. VII. S. 228.) Senffert Handb. des deutschen Civilprozesses. Erlangen, 1836. I. Thl. S. 231—63. Rocco dell' uso ed autorità delle leggi del regno delle due Sicilie considerate nelle relazioni con le persone e col territorio degli stranieri. Napol. 1837. Burge Commentar. on colonial and foreign laws generally and in their conflict with other. London, 1838. IV vol. — Nahn in der Monatsschrift der Zürcher Rechtsplege. XI. Bd. 53 Hft. S. 327. Mein Aufsatz in der Zeitschrift für ausländ. Gesetzgebung. XI. S. 267. Foelix in der Revue étrangère. 1840. p. 81. 200. 307. 342. 608. v. Wächter in dem Archiv für Civilpraxis. XXIV. nr. 2.

*) Die Grundsätze zur Entscheidung der Lehre von der Kollision finden sich schon in den Glossatoren und den Juristen des Mittelalters. (f. d. oben angeführten tractat. Zacharia in Oivers Themi II. Bd. S. 111.) Die Ansichten des Lebenswesens haben auf die Lehre vielfach eingewirkt. (Lasserriere histoire du droit françois. p. 211.) Die Engländer sprechen hier von international law.

1) f. darüber richtig v. Wächter im Archiv I. c. S. 243. Hartogh de regul. juris: locus regit actum. Hagae, 1838. p. 72.

2) Dies war die früher herrschende Ansicht, Gail observ. II. 124. Carpov def. p. 111. const. 12. def. 12. Baier. Landr. I. Thl. cap. 2. §. 17. f. dagegen Story p. 12—18. Foelix I. c. p. 101. v. Wächter im Archiv I. c. S. 278.

3) Foelix Revue p. 90. v. Wächter im Archiv I. c. S. 237. Thöl Handelsrecht. S. 28.

4) Bestimmungen im preuß. Landr. Einleit. §. 34. 35. Oesterreich. Gesetzb. §. 4. 34. Hülsbrand in wie fern ein Oesterreich. Unterthan im Auslande an die Gesetze seines Staats gebunden ist. Wien, 1824. Winwarter bürgerl. Recht. I. Thl. S. 57. 153. Besque von Püttlingen die gesetzl. Behandlung der Ausländer in Oesterreich. Wien, 1842. S. 47. Code civil. art. 3.

Gesetze oder Staatsverträge liegen, ist aber auch schon früh durch völkerrechtliche Verhältnisse und durch das im Verkehre der Völker begründete Bedürfnis entstanden ⁵⁾, das vermöge des Grundgesetzes der Reciprocität der Staaten, nach einer durch langen Gebrauch geschützten Convention der Völker in einem gewissen Umfang das im Auslande nach den dortigen Gesetzen erworbene Recht auch in andern Ländern zu schützen. Die Gränze wird durch die Rücksicht gesetzt, daß in vielen Lehren die Gesetzgebung der Autonomie der Bürger die Bestimmung ihrer Rechtsverhältnisse überläßt ⁶⁾, während sie in andern Lehren jede Autonomie ausschließt und im öffentlichen Interesse absolut gebietet oder verbietet ⁷⁾. Soweit nun diese Autonomie anerkannt ist, wird auch das im Auslande geschlossene Verhältniß überall geschützt werden können, wenn es den dortigen Gesetzen gemäß ist, während da, wo es auf ein Gesetz der zweiten zuvor bezeichneten Art ankommt, das ausländische Gesetz nicht in Betrachtung kommen darf ⁸⁾. Anerkannt ist in Bezug auf Personenrechtsverhältnisse 1. daß der Status einer Person als ein von ihr untrennbares, ihre Rechtsfähigkeit bestimmendes Verhältniß ⁹⁾ überall nach den Gesetzen des Vaterlandes ¹⁰⁾ der Person beurtheilt wird ¹¹⁾. Dieser Satz darf aber nicht so weit ausgedehnt werden, daß 1) auch die gesetzlichen Bestimmungen des Wohnsitzes über die Fähigkeit zu gewissen Rechtsgeschäften [z. B. Wechselfähigkeit ¹²⁾], oder 2) die durch ein Urtheil entstandenen besonderen Rechtsbeschränkungen ¹³⁾ eines Bürgers auch bei Beurtheilung der im Auslande vorgenommenen Rechtsgeschäfte anzuwenden sind, wenn das im Auslande abge-

5) Story p. 19. Rocco l. c. p. 110. Burge l. c. I. p. 25. Foelix Revue p. 92. v. Wächter im Archiv S. 268.

6) J. B. in Bezug auf die meisten Verträge.

7) J. B. bei Bürgergesetzen.

8) L. 38. D. de pactis.

9) Daß dies durch frühe deutsch-rechtliche Ansichten begründet ist: Zürcher Monatschronik. XI. Bd. S. 327.

10) Schon bei den alten Juristen anerkannt. s. gesammelt in Story p. 50. Rocco p. 104. 107. Burge l. p. 25. Foelix Revue p. 205. Spangenberg prakt. Erört. I. nr. 25. Brinkmann wissensch. Rechtsf. nr. 3. Türk Vorles. S. 378. Phillips l. S. 188. Maurenbrecher l. S. 312. s. noch Gesetze oben in not. *

11) Ueber die verschiedene Begründung des Satzes s. v. Wächter im Archiv S. 300. s. noch über Anwendung d. Gesetze über status: Köschl Zeit. schrift. III. S. 331.

12) Davon unten bei dem Wechselrecht.

13) J. B. wenn jemand in einem Lande als bürgerlich todt oder als Verschwender erklärt ist. Phillips S. 188. Story p. 96.

geschlossene Geschäft keine rechtlichen Folgen im Vaterlande des Bürgers hervorzubringen beabsichtigt, daher auch die in einem Lande erkannte Infamie nicht ipso jure in jedem anderen Lande als rechtlich wirkend erkannt wird ¹⁴⁾. 3) Auf keinen Fall werden Gründe der Rechtsbeschränkungen eines Landes im anderen Lande anerkannt, dessen Gesetz diese Gründe ausschließt ¹⁵⁾. II. In Bezug auf Ehe, bei welcher das öffentliche Interesse vorzüglich entscheidet, wird, wenn der Bürger eines Staats im Auslande heurathet, nur das Gesetz seines Vaterlandes entscheiden, in so ferne es auf gesetzliche Erfordernisse zur Eingehung der Ehe ^{15a)}, auf persönliche Verhältnisse der Ehegatten ¹⁶⁾, ihre Gütsverhältnisse ¹⁷⁾, Wirkungen der Eheverträge und Ehescheidung ¹⁸⁾ ankommt, während der Staat die im Auslande geschlossene Ehe seines Bürgers anerkennt ¹⁹⁾, wenn in Bezug auf äußere Form das dortige Gesetz beobachtet ist und gewisse absolut im Landesgesetz vorgeschriebene Formen nicht vernachlässigt wurden ²⁰⁾. Die Ehe des Ausländers wird überall anerkannt, wenn sie nur den Gesetzen des Vaterlandes des Bürgers gemäß geschlossen war ²¹⁾. III. Die Gesetze des Wohnorts bestimmen die aus der väterlichen Gewalt ²²⁾ oder der Vormundschaft ²³⁾ fließenden Rechte und Verbindlichkeiten in Bezug auf die Person und das Vermögen ²⁴⁾ der Kinder. IV. Wenn auch im Allgemeinen die Verpflichtungen aus widerrechtlichen Handlungen nach den Gesetzen des Orts, wo die Handlung verübt ist, zu beurtheilen sind ²⁵⁾, so muß doch die Frage über die Zulässigkeit der Vaterschaftsklage wegen außerehelichen Beischlafs und der Umfang der daraus begründeten

14) Würtemb. Strafgesetzb. art. 29. Hepp Comment. hiezu. I. S. 341. Falf Handbuch. IV. S. 276.

15) In Bezug auf Sklaverei s. Story p. 91. Burge IV. p. 735.

15a) Story p. 100. Burge I. p. 135. Foelix in der Revue étrangère. 1841. p. 433. Scuffert Handb. I. S. 236.

16) Story p. 128. Burge I. p. 201.

17) Hier kann nur das in § 32 zu erörternde Verhältniß der Liegenschaften in einigen Ländern wichtig werden.

18) Story p. 173. Burge I. p. 640.

19) Code civil art. 170. und darüber Foelix Revue. 1841. p. 439.

20) J. B. wegen Proklamationen.

21) Foelix Revue. 1841. p. 488.

22) Argentre ad Consuet. Britan. p. 648. Boubier Coutumes de Bourgogne chap. 24. §. 37. Story p. 385.

23) Story p. 410. Burge I. p. 930 etc.

24) Hierher gehört die Bemerkung in not. 17. s. daher auch Story p. 390. Merlin repertoire: puissance paternelle. §. 7. p. 142.

25) S. Erörterungen. III. S. 13.

Verpflichtungen des Schwängerers nur nach den Gesetzen des Orts, wo der Beklagte in Anspruch genommen wird, beurtheilt werden ²⁶⁾).

§. 31. 2) Anwendung auf Obligationenverhältnisse.

In Bezug auf Rechtsgeschäfte, welche im Auslande abgeschlossen wurden, entscheidet zwar zunächst das Gesetz des Landes, dessen Richter in dem darüber entstehenden Streite angerufen wird; allein hier hat schon früh eine allgemeine Gewohnheit ¹⁾ unter den Staaten die Regel begründet, daß der Staat auch das im Auslande abgeschlossene Rechtsgeschäft schützt, wenn es nur den am Orte der Abschließung geltenden Gesetzen gemäß ist. Man hat schon früh ²⁾ daraus den Satz abgeleitet: *locus regit actum* ³⁾ und dieser ist in der obigen Beschränkung gegründet, in so ferne der Staat auch gestattet, daß die Bürger durch Autonomie anderen Gesetzen sich unterwerfen, und sich ergibt, daß in einem Falle die Contrahenten dem Rechte des Orts der Errichtung des Geschäfts sich unterwerfen wollten ⁴⁾. Daraus darf aber nicht gefolgert werden, daß jedes Rechtsgeschäft nur nach den Gesetzen des Orts der Abschließung beurtheilt werden müsse ⁵⁾. Der Satz: *locus regit actum* steht daher 1) nicht im Wege, wenn das Geschäft nach den Gesetzen des Vaterlandes der

26) Seuffert Handb. I. S. 245. Galt die Rechtsverhältnisse aus der außer-ehel. Geschlechtsgemeinschaft. München, 1836. S. 44.; vergl. mit Kris Samml. von Rechtsfällen. I. S. 121. f. auch Phillips I. S. 192.

1) Schon Bartolus ad const. 1. Cod. de summa trin. vertheidigt den Satz: *Locus regit actum*. f. noch (mit Nachweisung aus alten Autoren): Story p. 193 etc. Burge III. p. 149. Rocco p. 143. Hartogh de regul. juris: *locus regit actum*. Hagae, 1838.

2) Daß er nicht aus röm. R. abzuleiten Hartogh p. 72. v. Wächter im Archiv I. c. S. 246.

3) Vinnius select. quæst. II. 19. Riccius von den Stadtgesetzen. II. cap. V. Meier de conflictu legum. §. 42. Thibaut §. 38. Schmid Lehrb. des Staatsrechts. S. 143. Preuß. Landr. I. Thl. Tit. V. §. 116. Mühlenbruch §. 73. Türk Vorlesungen. S. 399. Haus de princip. a quibus pendet legum sibi contrar. auctoritas in primis de regula: *locus regit actum*. Gott. 1824. Zacharia in Elvers Zeitschr. II. Thl. nr. 3. Rori Erörterungen. III. S. 4. Eichhorn §. 37. f. Wein Anst. im Archiv für civil. Praxis. XIII. S. 314. Legal observer vol. XII. p. 161. Foelix Revue p. 342. Laurentbrecher I. S. 315. Seuffert Handb. I. S. 250. Rechtsfälle aus dem Gebiete des Handelsrechts. Hamburg, 1837. III. Bd. S. 11.

4) Das österr. Geiszb. §. 35—37 erklärt, daß, wenn der Fremde in Oesterreich mit Oesterreichern Geschäfte schließt, es nur nach österr. Gesetz, wenn er es mit Fremden schließt, es nach österr. Gesetz nur beurtheilt wird, wenn nicht ein anderes Recht zum Grunde gelegt werden sollte, und daß das vom Oesterreicher im Auslande geschlossene Geschäft nach den Gesetzen des Orts der Abschließung zu beurtheilen ist, wenn nicht ein anderes Recht zum Grunde gelegt wurde. Winwartter Handb. I. S. 160.

5) v. Wächter im Archiv S. 287.

Contrahenten gültig erachtet ist ⁶⁾. 2) Auf keinen Fall kann der Satz so ausgedehnt werden, daß auch die Fähigkeit der Partheien nach der *lex loci contractus* beurtheilt würde ⁷⁾, auch kann er 3) nie die Gültigkeit des Geschäfts bewirken, das einem im Vaterlande der Contrahenten, wenn dort das Geschäft wirksam werden soll, bestehenden absolut verbotenden Gesetze ⁸⁾ widerspricht ⁹⁾. 4) Bezieht sich das Geschäft auf Erwerbung dinglicher Rechte an Liegenschaften, so kann auch das Gesetz des Orts, wo sie liegen, beobachtet werden müssen ¹⁰⁾. 5) Ist für die Erfüllung eines geschlossenen Geschäfts ein anderer Ort als der der Errichtung bestimmt, so entscheidet über die die Vollziehung betreffenden Fragen das Gesetz des Orts der Vollziehung ¹¹⁾. 6) Das Gesetz, nach welchem die Form zu beurtheilen ist, entscheidet in der Regel auch ^{11a)} über die Wirkung und Auslegung des Vertrags ¹²⁾, und über die Folgen des Einflusses von Fehlern, 7) ebenso auch über die Erlöschung ¹³⁾, wogegen 8) die Frage über die Klagbarkeit, und über die Zulässigkeit gewisser gerichtlicher Verfolgungsmittel, z. B. des Personalarrests, nach den Gesetzen des Orts zu beurtheilen ist ¹⁴⁾, wo die Klage angestellt wird. 9) In Bezug auf Klagenverjährung als mit der Dauer des vom Gesetze gewährten Schutzes zusammenhängend entscheidet das Gesetz des Prozeßorts ¹⁵⁾. 10) Besteht ein Amtsgig

6) Foelix Revue p. 357. Einß war dies nicht anerkannt, weil man von der Ansicht der Unterwerfung unter die *lex loci contractus* ausging.

7) Foelix p. 344.

8) Foelix p. 355. Story p. 203—15. v. Bangerow Zeitsaden. I. S. 52. Wagner Zeitschrift für österr. Rechtsgelehrsamkeit. 1830. S. 304. — Hildegard Annalen der Rechtspflege in Rheinbaiern. I. Bd. 28 Hest. S. 154. Story p. 204.

9) Der Staat kann auch nicht einen zur Verletzung der Rechte eines andern Staats eingegangenen Vertrag schuzen. (Wichtig wegen Schmuggel.) Pfeiffer prakt. Ausf. III. Bd. nr. 4. sehe gut Story p. 208.

10) Z. B. wenn zur Erwerbung Eintragung in öffentliche Bücher gefordert ist. Ueber Wirkung einer Legaltypothek der Ehefrau oder Pupillen auf die im Ausland gelegenen Güter des Schuldners: Foelix Revue étrangère. 1842. p. 25 etc.

11) Bullenols vol. II. p. 498. Rocco p. 340. Burge III. p. 756. Foelix p. 627.

11a) Wenn nicht ein Prohibitionsgeß des Vaterlands im Wege steht oder die Absicht, einem anderen Rechte sich zu unterwerfen, vorliegt.

12) Seuffert Handb. I. S. 248. Story p. 219. Foelix I. c. p. 636.

13) Story p. 291. Burge III. p. 781. Foelix p. 644.

14) Mein Aufsatz im Archiv für civil. Praxis. XIII. Bd. S. 300. — Story p. 444. Foelix p. 643.

15) Meier diss. S. 48. v. Bangerow Zeitsaden. I. S. 52. Mühlenthal S. 73. Story p. 482. Dieser Satz ist freilich viel bestritten, indem häufig das Gesetz des Wohnorts des Schuldners angewendet wird. s. viel Foelix p. 632. und Burge III. p. 878. Der Berliner Revisionshof entschied, daß *lex loci contractus* anzuwenden sei. s. dagegen Korte in

aus mehreren Bestandtheilen, an welchen verschiedene Gesetze gelten, so entscheidet nicht das Gesetz des Orts des Amtssitzes, sondern das des Orts, wo das Geschäft abgeschlossen wird ¹⁶⁾.

§. 32. [§. 27.] 3) Anwendung auf Sachenrechte und auf Erbrechte.

Aus den durch Lehenrecht ausgebildeten Ansichten des Mittelalters ¹⁾ über Unterwerfung entstand der Satz, daß in Bezug auf Rechte an Liegenschaften nur das Gesetz des Orts, wo sie liegen, entscheide ²⁾. Dieser noch jetzt in manchen Staaten geltende Satz ³⁾ kann aber als gemeinrechtlich in Deutschland verbindlich in seiner Allgemeinheit nicht anerkannt werden, um so weniger, als der Grund, welcher ihn erzeugte, nicht zu dem späteren Staatsrechte paßt und die Ausdehnung des Satzes manche Nachteile in der Anwendung erzeugt ⁴⁾. Auf jeden Fall ist I. da, wo das Vermögensverhältniß einer Person als ein Ganzes in Betrachtung kommt ⁵⁾, nicht das Gesetz des Orts, wo die Immobilien liegen, anzuwenden, wenn nicht das Landesgesetz oder Landespraxis den obigen Satz auch in dieser Ausdehnung annimmt ⁶⁾. II. Richtig ist dagegen, daß das Gesetz dieses Orts anzuwenden ist a) so oft es auf gewisse mit dem Besitze der Liegenschaft verbundene Pflichten und Lasten, oder staatswirthschaftliche oder polizeiliche Beschränkungen des Besizes von Immobilien ankommt ⁷⁾, oder b) als die Frage ist: welche Erfordernisse der Erwerber der Liegenschaft an sich tragen muß ⁸⁾, oder c) wo es auf die Formen und Bedingungen der Erwerbung einer

Ulrich neues Archiv für preuß. Recht. VII. S. 497 u. S. 645. Von Oesterreich Winterarter Handb. V. S. 249.

16) Martin Jahrbücher der Rechtspflege in Sachsen. 3r Jahrg. 26 Hft. nr. 13.

1) Laferriere histoire du droit françois. p. 211. Mein Aufsatz im Archiv für civil. Praxis. XI. S. 269 Foelix Revue p. 218.

2) Story p. 356. und Schäffner in seiner, mir erst während des Druckes dieser Auflage zukommenden, Schrift: Entwicklung des internationalen Privatrechts. Frankfurt, 1841. S. 65 ff.

3) J. B. in England, Burge l. c. I. p. 25. II. p. 14. 26., in Nordamerika, Story l. c. 357., in Italien, Rocco p. 104. 117., in Frankreich, Code civil art. 3., in Preußen, Landr. Einl. §. 32., in Oesterreich, Gesetzab. art. 300. —

4) Mein Aufsatz im Archiv l. c. S. 270.

5) Mühlbruch §. 72. not. 7. Paulsen holslein. Privatr. S. 313. Phillips I S. 190. v. Wächter im Archiv l. c. S. 268. Foelix Revue p. 307.

6) Dies ist J. B. in England und Amerika.

7) J. B. über die Anwendung der Marklösung — oder in so ferne gewisse Personen vom Besitze von Immobilien ausgeschlossen sind.

8) J. B. ob ein Jude Immobilien besitzen kann. f. Mein Aufsatz in der Zeitschr. XI. S. 270. f. noch Schäffner, S. 74.

Liegenschaft oder dinglicher Rechte daran ankömmt 9). Dagegen kann 10) die Gültigkeit eines auf eine Liegenschaft sich beziehenden Rechtsgeschäfts oder die Fähigkeit dazu nicht nach dem Gesetze des Orts der Lage beurtheilt werden. III. In Bezug auf Mobilien wurde früh anerkannt, daß der obige Satz, wie er bei Liegenschaften aufgestellt ist, nicht auch auf bewegliche Sachen sich beziehe 11); nur ist ebenso wenig der oft behauptete Satz: *mobilia ossibus inhaerent* 12), oder daß dabei das Gesetz des Wohnorts entscheide, richtig 13), dies paßt zwar, wo die Mobilien nur als Theile des Gesamtvermögens in Betrachtung kommen 14), während in anderen Fällen der Richter, da, wo der Streit eine bewegliche Sache betrifft, sein Landesgesetz zur Anwendung bringt 15), und da, wo es auf ein die Disposition über die Sache beschränkendes Gesetz ankömmt, selbst das Gesetz des Orts entscheiden kann, wo die Sache liegt 16). IV. Da das Vermögen einer Person nach ihrem Tode als ein Ganzes in Betrachtung kömmt, so muß auch die Frage, wer erbt, und unter welchen Bedingungen er erben kann, nur nach den Gesetzen des Orts, wo der Erblasser seinen Wohnsitz hatte, beurtheilt werden 17), ohne Rücksicht auf den Ort 18), wo die einzelnen Bestandtheile der Erbschaft liegen. Das Recht des Orts, wo Liegen-

9) J. B. wegen Eintragung in Bücher. s. noch Zirk Vorlesungen, S. 397. Renscher württemberg. Privatr. I. S. 129.

10) Wenn nicht das Landesgesetz oder Landespraxis etwas anderes vorschreibt. s. noch Schöffner, S. 76.

11) Ueber alte Schriftsteller: Foelix Revue p. 222. Story p. 308. Burge p. I. p. 28. II. 19.

12) Gail obs. II. 124. Bodmann inneres Territorialverhältniß vom Abzugsrecht, S. 167.

13) v. Wächter im Archiv I. c. S. 293—97. verglichen mit Schöffner, S. 80.

14) J. B. bei Erbrecht, Gütergemeinschaft.

15) J. B. in Bezug auf Zulässigkeit der *rei vindicatio*. v. Wächter im Archiv S. 294. Seuffert Handb. I. S. 262. s. noch Zürcher Monatschronik I. c. S. 343.

16) J. B. bei Erverationsverboten. Foelix Revue p. 227.

17) Rück Intestaterbfolge. S. 42. Martin Rechtsgutachten des Heidelberger Spruchkollegiums, S. 175. Mühlentruch I. S. 73. not. 7. Rori Erörterungen. III. S. 19. Seuffert Handb. I. S. 258. Gröndler Pelecmik. I. S. 68. Phillips I. S. 190. Foelix Revue p. 397. Mein Aufs. in der Zeitschrift für ausländ. Rechtsw. XI. S. 270.

18) In so fern nicht das Landesgesetz oder die Landespraxis etwas anderes bestimmt. J. B. in England und Amerika entscheidet wieder in Bezug auf Immobilien das Gesetz der *res sita*. Story p. 404. Burge IV. p. 151. (Hauptwerk für England: Robertson treatise on the rules of the law of personal succession. London, 1836.) Auch für Frankreich wird dies behauptet. Foelix Revue p. 311. Es scheint dies auch in Preußen zu gelten nach Landrecht Einl. §. 32.; allein richtig dagegen Capell in d. Zeitschrift für preuß. R. II. S. 189. s. noch Schöffner, S. 166.

schaften sich befinden, die zur Erbschaft gehören, kommt nur in Betrachtung 1) in so ferne nach den sub Nro. II aufgestellten Grundsätzen bei Liegenschaften überhaupt das Recht des *loci rei sitae* entscheidet, oder 2) wenn die Erbfolge in Güter in Frage steht, die eigene Vermögensmassen bilden, bei welchen eine besondere Successionsweise eintritt ¹⁹⁾. V. Bei Testamenten ²⁰⁾ entscheidet die Regel, daß dasselbe aufrecht erhalten wird, wenn es nur den Gesetzen des Orts der Errichtung gemäß ist ²¹⁾; allein auch hier entscheidet nicht der Satz: *locus regit actum*, so, daß es nur auf das Gesetz des Orts der Errichtung ankommt ²²⁾, sondern es genügt, wenn es den Gesetzen des Wohnorts des Testators gemäß ist; auf die Lage der Vermögenstheile kommt dabei nichts an ²³⁾. Auch gilt obige Regel ²⁴⁾, ohne Rücksicht darauf, ob das im Auslande errichtete Testament ein öffentliches ist oder ein Privattestament; wenn nicht das Landesgesetz etwas anderes bestimmt. VI. Ueber die Fragen, welche die Testamentsfähigkeit ²⁵⁾, Delation, die Auslegung des Willens des Testators ²⁶⁾, Accrescenzrecht betreffen, entscheiden die Gesetze des Wohnorts des Testators.

19) J. B. bei Familienfideikommissen. Mühlentbruch l. c. Tüf. S. 391. Schewerlen der deutsche Civilproceß. Tübingen, 1836. I. Thl. S. 77. Zachariä Rechtsgutachten über die Succession in das von Juydtopf gestiftete Familienfideikommiss. Heidelberg, 1836. p. 48. Foelix p. 309.

20) Daß aus röm. R. hier nicht die Gültigkeit der Regel: *locus regit actum* abzuleiten ist, zeigt Hartogh l. c. p. 84—91.

21) Glück Erl. der Pandekten, Fortf. v. Mühlentbruch XXXV. S. 30. Schewerlen S. 77. Story p. 300 Burge IV. p. 379. Code civil art. 999., wo aber nur dem Franzosen gestattet ist, ein Testament im Ausland zu machen, das den dortigen Gesetzen gemäß ist, und nur als öffentliches Testament. Nach art. 1000 muß aber das Testament, wenn es in Frankreich gelegene Güter betrifft, auch in Frankreich registrirt werden. s. überhaupt Hartogh diss. p. 131—138. s. auch Schäffner, S. 188.

22) s. zwar Haas l. c. p. 54.; richtiger aber Thibaut S. 38. not. f. Mit Modificationen, Glück Bd. XXXV. S. 38. Eine Ausnahme kann eintreten, wenn im Wohnsitz des Testators nur gerichtliche Testamente erlaubt sind.

23) Schon nach den obigen Grunds. vom *locus regit actum*. Auch hier muß man aber beachten, daß in Ländern, wo die Theorie der Realstatute absolut gilt, z. B. in England und Amerika in Bezug auf Immobilien das Gesetz des Landes beobachtet werden muß, wo die Immobilien liegen. Story p. 397. Burge II. p. 580.

24) Scuffert Handb. I. S. 259. s. noch Fall Handb. I. S. 53. not. 30.

25) Story p. 391. Burge IV. p. 312. Auch der Umfang der Verfügungsrechte, z. B. wegen Pflichttheils, bestimmt sich nach der *lex domicilii* des Testators. Winwarter Handbuch. I. S. 65.

26) Foelix Revue p. 648. Story p. 402. Burge IV. p. 576.

§. 33. [§. 28.] Verhältniß des römischen Rechts zu dem deutschen Rechte.

Wenn auch das römische Recht seit dem XVI. Jahrhundert das gemeine Recht Deutschlands geworden ist, so kann dasselbe doch nur in Bezug auf jene Institute angewendet werden, für welche im römischen Rechte Vorschriften vorkommen, allein auch hier mit der Rücksicht, daß das römische Recht nur durch allgemeine Gewohnheit ¹⁾ recipirt ist, und durch die Nothwendigkeit, einheimischen Verhältnissen und Sitten angepaßt zu werden, manche Modifikationen erhielt. Nie aber darf das römische Recht so weit angewendet werden ²⁾, daß dadurch die einheimische Natur der rein deutschen Institute zerstört würde ³⁾. In Ländern des gemeinen Rechts entscheidet demnach I. das römische Recht bei allen Rechtsinstituten, welche aus dem römischen Rechte stammen, an die Stelle der ehemaligen deutschen gekommen sind ⁴⁾, oder dem deutschen Rechte gar nicht bekannt waren, und erst durch das römische Recht in Deutschland verbreitet wurden ⁵⁾, so weit nicht das Landesgesetz oder die Gewohnheit die römische Natur des Instituts modifizierte. Landesgesetze, die sich auf solche Institute beziehen, sind, so weit nicht die Absicht vorliegt, von dem römischen Rechte abzuweichen, so anzulegen und anzuwenden, wie sie am wenigsten vom römischen Rechte abweichen. II. Institute, welche rein deutsch und dem römischen Rechte unbe-

1) Es ist zu beklagen, daß viele Romanisten die Art, wie schon im Mittelalter durch die italien. Juristen die Statute modifizirt wurden, nicht genug beachten.

2) Ueber Anwendung des römischen und deutschen Rechts: J. G. Kulpis (Cour. Sincerus) de german. leg. vet. atque jur. rom. orig. Lips. 1682. Horn de praerogat. morum german. in concurs. cum leg. rec. Viteb. 1702. Brunquell progr. quo pugna juris rom. et germ. in caus. ill. praef. off. Gott. 1735. Stein aa et quatenus jur. rom. praerog. prae veter. jur. germ. Rost. 1736. Griebner opusc. tom. IV. p. 92. Bauer opusc. I. p. 192. Stein Beitr. über verschiedne Rechtsmat. I. Thl. S. 73. Vatter Beitr. zum deutschen Staats- und Fürstenrecht. II. Thl. ar. 26–31. Kühne de adplic. jur. rom. ad instituta German. propria. Helmst. 1792. Eichhorn Privatr. S. 89. Runde S. 83–84. Phillips S. 176. Turf S. 376. Maurenbrecher I. S. 2000. Buch de hodierno juris rom. usu. Tübing. 1830. Kersch württemberg. Privatr. I. Thl. S. 97.

3) Befeler über die Stellung des röm. Rechts zum einheimischen nationalen Recht. Basel, 1830. Vergl. mit Bluntschli die neueren Rechtsschulen d. deutschen Juristen, S. 48.

4) J. B. Intestaterbfolge. Petulium.

5) J. B. Erbschaftsantretung, Superficius.

kannt waren, sind nach dem gemeinen deutschen Rechte und den Landesgesetzen und Gewohnheiten zu beurtheilen. III. Da das römische Recht als gemeines Recht seit dem XVI. Jahrhundert die ganze Rechtsbildung bestimmte und vielfach auch auf die Fortbildung und Anwendung der deutschrechtlichen Institute einwirkte, so muß zwar die Art der Einwirkung auf die Fortbildung deutscher Institute berücksichtigt werden; allein verwerflich ist es, wenn man unter der Rücksicht, daß das römische Recht eine Analogie ⁶⁾ in einer Lehre gewähre, durch Anwendung derselben die wahre Natur des deutschen Instituts zerstört ⁷⁾. Es können zwar römische Rechtsätze darauf angewendet werden, so weit erweislich der Gerichtsgebrauch ⁸⁾ in der Fortbildung des Instituts das römische Recht anwendete, und die römische Ansicht die vorwaltende später geworden ist ^{9a)}, oder in so ferne es auf allgemeine Rechtsregeln ⁹⁾ ankömmt, die bei allen Rechtsinstituten gelten ¹⁰⁾, oder wo ein römischer Satz ein allgemeiner Satz des Obligationenrechts ist, und der deutsche Vertrag nur eine Art der Verträge ist ¹¹⁾. Die bloße Namensähnlichkeit ¹²⁾ eines deutschen Instituts mit einem römischen berechtigt zu keiner analogen Anwendung römischer Grundsätze, jedoch muß der Richter prüfen, ob nicht ungeachtet des eigenthümlichen deutschen Namens doch die Natur eines römischen Instituts den Contrahenten vorschwebte ¹³⁾. IV. Da das römische Recht selbst durch allgemeine Gewohnheit und Rechtsübung in Deutschland allmählig Eingang fand und den einheimischen Bedürfnissen und deutschen Einrichtungen erst angepaßt wurde, so entstehen manche Modifikationen des römischen Rechts in der Anwendung. Bei der Verbindung der Institute des römischen Rechts mit denen des deutschen Rechts hat der Richter jedes derselben nach den Quellen, denen es angehört, anzuwen-

6) Mit Recht getadelt von Maurenbrecher I. §. 23.

7) Daher sollte man aufgeben, bei dem Wechselvertrage oder Speculation, oder Lotterievertrag römische Normen eines bestimmten römischen Vertrags anzuwenden.

8) J. B. bei dem dominium utile.

9a) Mit vorzüglicher Rücksicht auf den Lokalgerichtsgebrauch. Fall staatsbürgerl. Magaz. I. §. 742—50.

9) Kunde deutsches ehel. Güterrecht. §. 6.

10) J. B. über Privilegien, Wirkung der Protestation, über Besitz: Kepscher I. c. §. 99.

11) J. B. bei den Sätzen des Obligationenrechts, oder des Servitutenrechts.

12) J. B. bei deutschem Erbinsgut mit römischer Emphyteuse, bei dem Familienfideikommiß.

13) J. B. bei manchen deutschen Bauerngütern, die nur Arten der Pacht sind.

den ¹⁴⁾; 1) wo ein römischer Grundsatz durch deutsches Recht aufgehoben ist, dürfen auch die römischen Sätze, welche nur Folgerungen des römischen Grundsatzes sind, nicht weiter auf das deutsche Institut angewendet werden ¹⁵⁾; 2) wo der geltende römische Grundsatz gewisse Rechte überhaupt zusichert, muß das deutsche Institut so beschränkt werden, daß dadurch die gesicherten Rechte nicht vereitelt werden ¹⁶⁾. 3) Wo ein römisches und deutsches Institut miteinander zu verbinden ist, muß die Natur des Hauptinstituts, bei welchem das andere anzuwenden ist, über die Gränze der Anwendung des letzten entscheiden ¹⁷⁾. 4) Wenn auf ein rein deutsches Institut Wirkungen eines römischen ausgebehnt werden sollen, so darf dies nicht geschehen, wenn diese der Natur des einheimischen Instituts widersprechen würden ¹⁸⁾, wenn nicht erweislich die spätere Ausbildung des deutschen Instituts durch allgemeine oder Landesgewohnheit die römische Vorschrift aufgenommen hat ¹⁹⁾.

§. 34. Gemeines ungeschriebenes Recht als Quelle.

Auch nach Verbreitung des römischen Rechts in Deutschland wurde das in §. 12. geschilderte materiell gemeine Recht eine der wichtigsten Quellen, woraus der Richter bei der Anwendung des deutschen Rechts schöpfen muß. Die Verbreitung des römischen Rechts, welches deutsche Institute nicht kannte, änderte, wenn es auch vielfach auf das Detail der Fortbildung des Instituts wirkte, die Natur desselben nicht. Den Gesetzgebern einzelner Länder, wie den Statutenfassammlern schwebte dies gemeine Recht ¹⁾ ebenso vor, als den Bürgern ²⁾, wenn sie Rechtsgeschäfte abschloßen, welche sich auf solche Institute bezogen. Dies Recht kann als das ungeschriebene gemeine

14) Z. B. bei den ehelichen Verhältnissen, wo Dotalsystem u. Witthum neben einander vorkommen.

15) Z. B. bei vindicatio der Mobilien da, wo der Satz gilt: Hand muß Hand wahren.

16) Z. B. bei der Frage: ob bei dem deutschen Erbvertrag auch die im röm. R. zugesicherten Rechte der Netherben zu berücksichtigen sind.

17) Z. B. in der Lehre von den Familien-Fideicommissen.

18) Z. B. viele römische Sätze, bei Erbverträgen, Meyser I. S. 99.

19) Dies letzte wird z. B. bei der legitimatio per subsequens matrimonium wichtig.

1) Darans erklärt sich die Unvollständigkeit der alten Statute, die erst aus dem im Volke lebenden gemeinen Rechte ergänzt werden müssen.

2) Gewiß schwebte Jedem, der seiner Ehefrau ein Witthum zusagte, dabei eine gewisse, nämlich die allgemein im Volke lebende, Rechtsansicht über Witthum vor.

deutsche Recht bezeichnet werden³⁾. Der Charakter seiner Fortbildung änderte sich seit Verbreitung des römischen Rechts zwar wesentlich. Die gelehrten Juristen waren es vorzüglich, welche auf diese Fortbildung einwirkten, und zwar theils diejenigen, welche wissenschaftlich das Recht entwickelten, Grundsätze aufstellten und dadurch allmählig auch die Natur des Instituts modifizirten, theils die in den Gerichtshöfen als Richter thätigen Juristen⁴⁾, welche das Recht anwendeten, die wissenschaftliche Ausbeute prüften, Gewohnheiten berücksichtigten und die Ansichten des Gerichts in Urtheilen aussprachen. Im Gewohnheitsrechte und zwar entweder in allgemeinen Gewohnheiten (§. 39.) oder in lokalen Gewohnheiten erhielt sich der Einfluß, welchen das Volk auf die Fortbildung ausübte. Die seit Verbreitung des römischen Rechts entstandenen Institute gingen aus solcher Gewohnheit hervor⁵⁾. Die aus dem Bedürfnisse, der Veranlassung und der Rechtsmeinung der Contrahenten hervorgehende Natur des Instituts mußte dabei beobachtet werden, und bei der Anwendung des römischen Rechts erzeugte wieder die Rechtsübung, die sich an die deutschen Ansichten und Sitten anschloß⁶⁾, Modifikationen. So sehr man zugeben muß, daß jeder Richter bei der Rechtsanwendung zunächst auf dasjenige Rücksicht nehmen muß, was durch übereinstimmende Ansicht der Juristen und durch Präjudizien als geltendes Recht bezeugt wird, und die Urtheilssprüche vorzüglich als Zeugnisse des Gewohnheitsrechts gelten, und so wichtig eben die durch die neuen Gesetze einzelner Staaten⁷⁾ zur Verhütung ungleichförmiger Erkenntnisse vorgeschriebenen Einrichtungen sind, durch welche den Präjudizien eine gewisse Kraft beigelegt wird, so kann man doch nicht die *communis opinio doctorum* oder das sogenannte Juristenrecht⁸⁾ eine Quelle des gemeinen Rechts nennen; denn diesem Rechte fehlte es

3) Renscher Zeitschrift für deutsches Recht. I. Bd. 16 Heft. S. 40.

4) Gewiß hatte die Einrichtung der deutschen Juristenfakultäten den wohlthätigsten Einfluß auf die Rechtsbildung.

5) J. B. Staatspapiere.

6) Was man oft Praxis nennt, ist nichts weiter, als das Fortwirken der deutschen Rechtsätze, welche röm. Recht in der Anwendung modifizirten.

7) Preuß. Kabinettsordre vom 1. August 1836. Baier. Gesetz vom 17. Nov. 1837. s. darüber u. die Verhandlungen Moriz Realcommentar zu dem baier. Prozeßgesetze von 1837. Erlangen, 1840. S. 809. R. hannöver. Gesetz vom 7. Sept. 1838 (auch in v. Kamphs Jahrb. der Preuß. Gesetzg. Bd. 56. S. 315.).

8) Puchta das Gewohnheitsrecht. S. 161. Maurenbrecher deutsches Privatr. I. S. 52—88. Phillips deutsches Privatr. I. S. 175.

an aller Grundlage ⁹⁾, es beruhte auf Willkür und eine Verbindlichkeit der Gerichte, Präjudizien zu folgen, würde mit der Stellung der Richter im Widerspruche stehen. Auch die Erfahrung ¹⁰⁾ lehrt, daß die neueren Präjudiziengesetze nicht den gehofften Erfolg haben, und häufig neue Streitfragen herbeiführen ¹¹⁾.

§. 35. [§. 28a.] Aufsuchung des gemeinen deutschen Rechts. Versuche der wissenschaftlichen Behandlung des deutschen Rechts.

Die ersten Versuche einer wissenschaftlichen Bearbeitung des deutschen Rechts, nachdem zuerst die ältesten Rechtsbücher und Gesetze in Sammlungen gebracht wurden ¹⁾, beschränkten sich auf Schriften, in welchen das römische Recht und die wichtigsten, dem Bearbeiter bekannten Abweichungen des deutschen Rechts nebeneinander vorgetragen wurden ²⁾, oder in welchen von dem einheimischen Rechte vorzüglich das Sachsenrecht systematisch dargestellt wurde ³⁾. Die Sitte, in den gemeinrechtlichen Schriften auch den *usus modernus* vorzutragen ⁴⁾, andere Versuche, die Art der Anwendbarkeit des

9) Renscher Zeitschrift für deutsches Recht. I. S. 30. v. Savigny Rechts-system. I. S. 97. 148. Giese hannov. Privatrecht. I. S. 20. v. Wächter im Archiv für Civilpraxis. XXIII. S. 432.

10) Merkwürdig von Baiern Scuffert Blätter für Rechtsanwendung. 1840. S. 290. 1841. S. 81.

11) Die Gesetzgeber machten sich häufig nicht genug klar, was sie wollten, z. B. ob nur die einzeln eben schwebende Streitfrage, oder das wissenschaftliche Ganze der Rechtsfrage entschieden werden soll, und ob man dem obersten Gerichte ein Recht, eine gesetzlich bindende Norm zu geben, beilegen wollte.

1) Zu denjenigen, welche sich das Verdienst der Veranstellung solcher Sammlungen erwerben, gehören Scharf, geboren 1499, † 1552. Herold, geb. 1511, † 1558. Lindenberg, geb. 1540, † 1616. Von den Franzosen gehören hieher Tilius (du Tillet), † 1570. Pithou (Pithou), † 1621. St. Valuz, geb. 1621, † 1718. Bignon, † 1665. Von den deutschen Sammlern ist noch zu nennen M. Goldast, von Haiminsfeld, † 1635, dessen Werke jedoch mit Vorsicht zu gebrauchen sind. f. Senkenberg sel. jur. et hist. tom. 1. p. 295.

2) Eine wichtige Schrift dieser Art ist von Schubert: Gründlicher Bericht von Erbschaft, so einer ohne Testament stirbt, aus dem allgem. kaiserl. Recht, sächsischen, Culmbischen u. Lübischen Recht gezogen durch Egid Schubert. Stettin, 1597. Er stellt bei jeder Lehre römisches, sächsisches, Magdeburgisches, Culmbisches und Lübisches Recht neben einander.

3) Dahin gehören: Kling, das ganze sächs. Landrecht mit Text und Glosse in eine richtige Ordnung gebracht. Leipzig, 1572. f. über dies Werk Spangenberg Beitr. zu den deutschen Rechten. S. 144, auch Contr. Lagi Comp. jur. civil. et sax. edid. Greg. (von Priezen). Magdeburg. 1597.

4) Dahin: Schiller praxis jur. roman. in foro germ. juxta ord. edict. perp. Jen. 1698, cum praef. Thomasi. Lips. 1713. 1733. Stryk

römischen Rechts zu untersuchen ⁵⁾, und die Differentiensammlungen ⁶⁾ veranlaßten immer mehr das Bedürfnis einer vollständigen Bearbeitung des einheimischen Rechts, obwohl selbst die ersten wissenschaftlichen Vorträge auf Universitäten ⁷⁾ nur auf einzelne Theile und Stämme des deutschen Rechts gingen. Erst von der Zeit an, als man die Geschichte der einheimischen Rechtsquellen als die einzig richtige Vorarbeit für deutsche Rechtsbehandlungen betrachtete, als die älteren Rechtsquellen gesammelt wurden, als Conring ⁸⁾ eine deutsche Rechtsgeschichte begründete, als Beyer ⁹⁾ über deutsches Privatrecht Vorlesungen hielt ¹⁰⁾, wurden die Versuche einer wissenschaftlichen Behandlung über diesen Rechtstheil häufiger.

-
- usus modernus. IV vol. Hal. 1747. 3te Aufl. s. darüber Gail Encyclop. S. 237. Für das Studium des d. Rechts sind noch besonders die Praktiker des XVI. u. XVII. Jahrh. wichtig, weil sie lehren, wie man das röm. Recht damals auffaßte. s. besonders Gail observat. practic. Libr. II. Colon. 1578. Fichard consilia. Francof. 1590. Menochii consilia, ibid. 1594. Mynsinger singul. observat. Vitob. 1563. Cothman. consil. et responsa. Francof. 1597. Arumaei sentent. et decis. Jen. 1612. Besold consilia Tubingens. Tubing. 1661. Für die Ausbildung des Sachsenrechts ist besonders wichtig B. Carpzov (geb. 1595, gest. 1666. Seine Biographie in Jugler jurist. Bibliograph. I. Bd. S. 280.). Von ihm sind merkwürdig seine Jurisprud. forens. rom. Saxonie. exhibens definitiones succinetas. Fref. 1638. und öfter, und sein opus decisionum illustrium Saxonicarum causas forenses exhib. Lips. 1680.
- 5) E. Kestner de defectib. jur. commun. in republ. germ. Rinteln, 1708. Auch gehört hierher Conrad Sinceri (Hulpis) de germanicar. legum veterum ac rom. jur. in republica nostr. orig. auctor. praest. Lips. 1682.
- 6) H. Gisebert pericul. statut. harmon. pract. Pars I. Lubec, 1650. Pars II. Hamb. 1665. s. noch Gail Handb. des Schlesw. Holsteinischen Privatr. I. Thl. S. 430.
- 7) Schon 1614 wurden über das Sachsenrecht in Wittenberg Vorlesungen gehalten, Grohmann Annalen. II. Bd. S. 86. In den Statuten der Univers. Rinteln und Gießen wird das jus Saxonum et Francorum zu lehren empfohlen. Ropp Nachrichten von den geistl. u. weltl. Gerichten in Hessen. I. Thl. S. 66.
- 8) Geboren 1606, † 1681. Seine Werke gesammelt von Bödel in VI Thln. Opera. Brunsvic. 1730. Sein hierher gehöriges Werk de origine juris germanici erschien zuerst. Helmstädt, 1643.
- 9) Zu Wittenberg 1707. Beyer ist geb. 1665, † 1714. Seine Biographie steht in Jugler Beitr. zur juristischen Biographie. I Bd. S. 184. Sein Compendium wurde: Delineatio jur. germ. von Griebner (Halle 1718.) herausgegeben. Voraus gingen mehrere deutschrechtliche Dissertationen von Beyer, z. B. 1707 de utilit. lect. acad. in jur. germ. capit. 1712 diss. jur. germ. de jure personar. ex jure german. Sein Buch, das zuerst Griebner edirte, wurde 1723 von Hoffmann vermehrt und 1729. 1740 herausgegeben. Sein Buch enthält Lib. I. das jus personarum, Lib. II. das jus reale, Lib. III. das jus obligationis.
- 10) Die von Danz im Handb. I. Bd. S. 297 gegebene Nachricht, daß in Kiel 1665 ein Lehrstuhl für deutsches Privatrecht errichtet wurde, ist ungegründet. s. Gail Encycl. S. 236.

§. 36. [§. 29.] Verschiedene Systeme der Behandlung des deutschen Privatrechts.

Bei den Versuchen ¹⁾, ein deutsches Privatrecht zu konstruiren, kann man unterscheiden: I. Das System, welches gewisse überall

- 1) Außer Beyer (S. 35. not. 9.) gehören hieher: Brunne's Gedanken von dem deutschen Stadt- und Landrecht. Jena, 1720.; auch in Opusc. tom. I. p. 91. Heineccii elem. jur. germ. tom. II. Hal. 1736. 1737. Polae. syst. jurispr. civil. German. Lips. 1733. J. Engau elem. jur. German. Jen. 1737. 1752. G. Senkenberg Anfangsgründe der alten, mittleren und neuen deutschen Rechtsgelehrsamkeit. Gott. 1737., und als (unvollendeter) Commentar zu Engau's specul. jur. german. Gott. 1750. J. Pütter elem. jur. germ. Gott. 1748. 1776. Eisenhart inst. jur. Germ. priv. Hal. 1753. 1775. B. Schmid princ. jur. germ. priv. Norimb. 1755. J. Eber bürgerliche Rechtsgelehrsamkeit der Deutschen. Nürnberg, 1757. III Thle. 1. über ihn Vellgraff im Beilageheft zum 9ten Bande des civil. Archivs. S. 113. J. H. Seckow instit. jur. germ. Gott. 1757, seit der Ausg. von 1762 elem. jur. germ. genannt. 8te Aufl. 1795. J. Heumann conspect. jur. civ. com. Alt. 1756. Rudol. de jure germ. justa meth. tractand. Gott. 1767. Schröter fund. jur. priv. germ. Lips. 1777. Westphal deutsches und reichsf. Privatrecht. II Thle. Leipzig. 1783. Runde Grundr. des gem. deutschen Privatr. Gött. 1791. 7te Aufl. 1824, 8te Aufl. 1829; als Commentar hierzu Danz Handb. des d. Privatr. Stuttg. 1796—1806. VIII. Thl. (IX. Bd. 1822. X. 1824 bearbeitet von Griesinger.) Hufeland Einleitung in die Wissenschaft des heutigen deutschen Privatr. Jena, 1796. u. Beitr. zur Berichtigung und Erweiterung der pos. Rechts. 16 Stück. nr. 3. G. Tassier über die Bestimmung des Begriffs der Annalen des deutschen Privatr. Ulm, 1787. Rössig erste Grundr. des deutschen Privatr. Leipz. 1797. Th. Schmalz Handb. des deutschen Land- und Lehenrechts. Königsberg, 1796. 2te Aufl. 1819. Pöffe Abh. einiger vorzähl. Gegenstände des deutschen Staats- u. Privatr. Kestel. 1802. nr. 1. Feuerbach civil. Versuche. Gießen, 1803. nr. 3. Ulrich Versuch einer Kritik der von Hufeland und Feuerbach behaupteten Deduktion der Prinzipien des deutschen Privatr. Warb. 1804. Krüll deutsches Privatrecht. Landsh. 1805. 2te Aufl. 1821. Göde jus germ. priv. Gott. 1806. Gründler Einleit. zu dem deutschen Land- und Lehenrecht. Erl. 1808. Wittermaier Versuch einer wissenschaftl. Behandlung des deutschen Privatr. Landshut, 1815. Derselben Lehrbuch des deutschen Privatr. Landsh. 1821. Eichborn in d. Zeitschrift für geschichtl. Rechtswissenschaft. I. Bd. nr. 7. Weiße Einl. in das gemeine deutsche Privatr. Leipz. 1817. Malinckrodt über die Behandlung des deutschen Privatr. Jena, 1818. Dabelow histor.-dogmat. Grundlinien des ursprünglichen deutschen Privatr. Dorpat, 1821. Schildener Beitr. zur Kenntniss des german. Rechts. Greifsw. 1822.; 2r. Beitr. 1827. Eichhorn Einleit. in das deutsche Privatrecht, mit Einschluß des Lehenrechts. Göttingen, 1823. 1825. 1829. 1836. Nühl das gemeine deutsche Privatrecht, mit Rücksicht auf Hessen. Darmstadt, 1824. Grundrisse, neuere, sind von Michaelis, Tübing. 1819. und Walter, Bonn, 1822.; von Camp, Bresl. 1827.; Maurer, München, 1828.; Maurenbrecher, München, 1828. Die Geschichte, Alterthümer und Institutionen des d. Privatr. Halle, 1826. Gründer das Land- und Lehenrecht in den Bundesstaaten, mit Liter. Erlangen, 1828. Vrtloff Grundzüge eines Systems des deutschen Privatrechts. Jena, 1828. Kraut Grundriss über das deutsche Privatr. mit beigelegten Quellen. Gött. 1830. neue Ausg. 1838. Türk hist. dogm. Vorles. über das deutsche Privatr. Kest. 1832. Maurenbrecher Lehrbuch des heutigen gemeinen deutschen R. Bonn, 1832. II Bde.

anwendbare Rechtsätze und gemeinrechtlich nachzuweisende einheimische Rechtsinstitute aufstellen will, entweder A) indem das System die Rechtsbücher des Mittelalters als noch fortbauernnd geltende Quellen eines gemeinen deutschen Rechts und die darin enthaltenen Sätze als noch anwendbare erklärt ²⁾; B) oder auf die Uebereinstimmung der deutschen Partikularrechte unter sich das deutsche Recht baut und die durch diese Uebereinstimmung zu gewinnenden Sätze als überall anwendbar erklärt ³⁾, wo nicht Landesgesetz oder Absicht der Kontrahenten andere Normen vorschrieb; oder C) aus allgemeinen Reichsgesetzen, aus allgemeinen Gewohnheiten und aus der Natur der Sache ein gemeines deutsches Recht ableitet ⁴⁾. — II. Andere Systeme verzichten auf die Aufstellung eines praktisch allgemeinen deutschen Rechts, und wollen nur eine Einleitung in die Partikularrechte geben, indem sie nur ein deutsches Privatrecht konstruieren wollen ⁵⁾, das als Erklärungsquelle deutscher Partikularrechte dienen, und von den wenigstens in mehreren Theilen Deutschlands vorkommenden einheimischen Instituten den Begriff und die leitenden Grundsätze durch Abstraktion aus den Partikularrechten und durch Benützung der sonst gültigen allgemeinen Rechtsgrundsätze aufstellen soll. III. Andere Systeme erkennen nur die Möglichkeit der Aufstellung einer allgemeinen Theorie der einzelnen deutschen Rechtsinstitute, entweder A) durch das Zurückgehen auf den Ursprung der deutschen Institute, durch die Benützung der älteren Rechtsquellen und die daraus herzuleitenden analogischen Rechtsbestimmungen ⁶⁾, oder B) durch die Nachweisung eines analogischen deutschen Privatrechts, welches lehrt, die heutige Beschaffenheit deutscher Institute aus der Entstehung und Ausbildung des allgemeinen Begriffs und der Grundsätze zu bestimmen ⁷⁾, oder C) sie wollen nur ein gemeines deutsches

2te Aufl. 1840. (bis jetzt I Bd.) Phillips Grunds. des gem. deutschen Privatrechts. Berlin, 1829. II Bde. 2te Aufl. 1838. Beste Abhandl. aus dem Gebiete des deutschen Rechts. Leipzig, 1830. nr. 1. Gröndler Polemik des german. Rechts, Land- und Lehenrecht. Wersburg, 1832. 1837. IV Bde. Wigand im Archiv für Geschichte. III. Bd. 48 S. S. 146. Meyser in der Zeitschrift für deutsches Recht. I. Bd. 16 Heft. nr. 1. Gaupp in der Hallischen Liter. Zeitung. 1831. nr. 7.

2) Dahin gehören die Schriften von Fischer, Engau, Senkenberg.

3) Dies ist der Charakter des Systems von Selchow.

4) Dies ist Kunde's Ansicht.

5) Ansicht Hufelands.

6) Ansicht Hütters.

7) Ansicht Tasfingers.

Privatrecht der Theorie nach aufstellen, das anwendbar seyn soll, wenn in einem deutschen Staate ein Institut vorkommt, und wobei die Rechtsidee, welche bei jedem Institute leitet, durch Verfolgung der Gemeinschaft des Ursprungs und der Fortbildung aufgesucht werden soll ⁸⁾. Verschieden sind wieder einzelne Ausbildungen des letzten Systems, je nachdem sie eine gemeinrechtlich ausgebildete Ansicht von dem im Mittelalter vorhandenen gemeinen Rechte zum Grunde legen, das durch die Rechtsübung begründete Verhältniß des deutschen Rechts zum römischen berücksichtigen, und mehr oder weniger das Hervorheben partikularrechtlicher Entwicklungsformen für nothwendig halten. Weitere Verschiedenheiten der Ansichten liegen noch darin, daß Manche selbst hofften, das gemeine Recht durch gewisse Organe, die dasselbe ausdrücken ⁹⁾, nachweisen zu können, Andere durch freie Konstruktion jedes Rechts auf den Grund der Geschichte und Natur der Sache das Recht bilden lassen ¹⁰⁾. Die Gründe, aus welchen das deutsche Privatrecht auf manchem der eben bezeichneten Wege nicht jene feste Begründung erhielt, deren der Rechtstheil fähig ist, lagen in den oft unrichtigen Vorstellungen von dem gemeinen Rechte und in der Art der Bildung der Theorie. Diejenigen, welche ein gemeines Recht nur dasjenige nannten ¹¹⁾, dessen Institute überall angewendet werden müßten, trugen praktisch wirkende Irrthümer vor, und jene Schriftsteller, welche die in den alten Rechtsbüchern vorkommenden Sätze als gemeinrechtliche betrachteten, vergaßen die Natur dieser alten Gewohnheitsammlungen, und die seit dem XVI. Jahrhundert überall sichtbare Fortbildung des Rechts und Umgestaltung des Alten. Andere, welche alle irgendwo vorkommenden Institute mit allen Modifikationen vortragen wollten, entbehrten bei dem Vortrage die gehörige Begränzung ¹²⁾, und liefen Gefahr, ein bloßes Aggregat von Partikularrechten ohne innere Einheit zu liefern ¹³⁾. Andre Germanisten, welche die Aufstellung eines

8) Hierher gehört die Ansicht Eichhorn's, Weiske's und wohl der Mehrzahl der neuern Germanisten.

9) s. daher Juristenrecht oben S. 34.

10) Gute Bemerkungen in Maurenbrecher Privatr. I. S. 239—45.

11) Darnach hätte z. B. die gerichtliche Investitur, die fortgesetzte Gütergemeinschaft, die Einkindschaft überall angewendet werden müssen.

12) Von diesem Vorwurfe kann sich auch der Verf. nicht frei machen, wenn er den in früheren Schriften ausgesprochenen Plan hätte durchführen wollen. s. Eichhorn Einleit. S. 39.

13) Die neuesten Schriftsteller, welche die Möglichkeit eines gemeinen deut-

gemeinen Rechts beabsichtigten, verfehlten darin den Weg, daß sie die Rechtsregel nur aus den angeblichen Rechtsgrundsätzen aufsuchten, welche durch Schlüsse der gesunden Vernunft zu finden wären, daher sie oft nur ein philosophirtes und willkürlich abstrahirtes Recht an die Stelle des positiven setzten, und den Weg der historischen Behandlung mit dem philosophirenden verwechselten ¹⁴⁾. Die historische Methode hat sich nur davor zu hüten ¹⁵⁾, daß sie nicht zu sehr bei den vor Einführung des römischen Rechts in den Rechtsquellen vorkommenden Sätzen stehen bleibt, und die Berücksichtigung der Fortbildung der Rechtsinstitute und dabei auch des Einflusses des römischen Rechts vernachlässiget ¹⁶⁾.

§. 37. [§. 34.] Charakter des gemeinen deutschen Rechts.
Begründung der Theorie desselben.

Zum Beweise des Daseyns eines gemeinen deutschen Rechts bedarf es nicht der Nachweisung der Anerkennung eines solchen als eines äußerlich allgemeinen oder mit formeller Sanktion versehenen Rechts ¹⁾, sondern sein Daseyn in dem Sinne, daß für die dem römischen Rechte unbekannten Institute und das Verhältniß der Verbindung des römischen Rechts mit deutschem ein überall, wo nicht das Landesgesetz oder die Ortsgewohnheit abweichende Bestimmungen aufstellte, subsidiarisch anzuwendendes Recht besteht, ist verbürgt, wenn man erwägt, daß für die bezeichneten Institute Normen bestehen, welche, hervorgehend aus dem Zwecke und Begriffe eines Instituts, eine rationelle, und durch Ursprung und Fortbildung des Instituts be-

sehen Rechts bezweifeln, sind: Rigand im Archiv für Geschichte u. Alterthumskunde Westphalens. Bd. III. 46 Hest. nr. 1. und Weidhaar würtemberg. Privatrecht. 3te Aufl. Borr. zum III. Bde. S. VII.

14) Wer freilich Natur der Sache nennt, was er durch Schlüsse der gesunden Vernunft gefunden zu haben glaubt, macht seine individuellen Ansichten zum positiven Rechte. Wer von der Ungerechtigkeit der Frohnen oder der Leibeigenschaft ausgeht, wer das Ideal von unbedingter Gleichstellung des Vaters und der Mutter im Mittelalter an die Spitze der elterlichen Verhältnisse stellt, muß zu einer Reihe von Sätzen kommen, die nach dem sogenannten Naturrechte dem Gesetzgeber sich empfehlen mögen, welche aber dem positiven deutschen Rechte widersprechen. Die durch die Geschichte aufgefundenen Natur des Instituts mischt die Rücksichten der Zweckmäßigkeit nicht in das, was sie als positives Recht aufstellt.

15) Dieß über die Legitimation durch nachfolgende Ehe. Borr. S. 18.

16) Ueber die Fehler der Behandlung des d. Rechts. s. Meine Vorrede zu Scholz das Schöffereirecht. S. VIII—XIX.

1) Kunde deutsches ehel. Güterrecht. S. 9.

gründet, eine historische Nothwendigkeit haben ²⁾, welche jeden Richter, so oft das Institut vorkommt, um so mehr leiten muß, als diese Normen den über das Institut gegebenen Landesgesetzen, und den Bürgern bei Rechtsgeschäften vorschweben, und von den Gerichten immer angewendet worden sind ³⁾. Die Anwendung dieser gemeinrechtlichen Normen, welche die Wissenschaft aufstellt, welche auch in der Mannigfaltigkeit der Partikularrechte die nationale Gemeinschaft, die zur Einheit verband, aufzusuchen versteht ⁴⁾, ist nothwendig, so weit nicht durch die gültige landesgesetzliche Norm (Gesetz oder Gewohnheit) oder die erlaubte Autonomie der Bürger eine abweichende Vorschrift den Richter in einem vorliegenden Falle verpflichtet. Dies gemeine Recht ⁵⁾ kann I. für die schon dem älteren deutschen ⁶⁾ Rechte bekannten Institute ⁷⁾ gefunden werden: 1) durch Auffuchung der ersten Spuren, in welchen das Institut vorkommt ⁸⁾, durch Verfolgung seiner Veranlassung ⁹⁾, seines Zwecks und seines Zusammenhangs mit anderen deutschen Einrichtungen ¹⁰⁾ und Grundansichten ¹¹⁾, 2) durch Erforschung der verschiedenen Verhältnisse, sowohl des öffentlichen Rechts ¹²⁾, als der Fortschritte der Bildung ¹³⁾ überhaupt und der Bedürfnisse ¹⁴⁾, 3) durch Erwägung der Rechtsmeinung, mit welcher die Interessenten immer das Institut auffaßten ¹⁵⁾ und anwendeten, und 4) der Grundansichten, welche

2) Gaurp Recht und Verfassung der alten Sachsen. Vorrede S. X. Rappeler in der Zeitschrift für deutsches Recht. I. S. 40—46.

3) Pfeiffer prakt. Ausführungen. I. S. 121.

4) Bluntschli die neueren Rechtsschulen der deutschen Juristen. S. 35.

5) Verschiedene Ansichten vom gemeinen Rechte s. Gruppen disc. for. p. 792. Hufeland Beitr. zur Berichtigung der positiven Rechtswissenschaft. I. S. 85. Eichhorn Rechtsgeschichte. III. Thl. S. 440. Munde deutsches Privatr. S. 10. Weiße Einleit. S. 59. Falk Encyclopädie. 2te Aufl. S. 124.

6) Eichhorn in der Zeitschr. I. S. 129. Meiske Abhandl. S. 34.

7) Ueber den Werth, welchen die historische Erforschung für die Praxis hat, s. Meine Vorrede zu Scholz Schäfererecht. S. XIX—XXX.

8) J. B. was in Tacitus über Brautkauf, Erbordnung — und vorzüglich was in den alten Legibus vorkommt.

9) J. B. bei der Investitur.

10) J. B. bei dem Retrakt.

11) Daher ist die Erforschung des alten Nationallebens und der deutschen Volkszustände wichtig. Schildener Beitr. zur Kenntniß des german. R. II. S. 16—33. Hierzu ist das Werk von Grimm deutsche Rechtsalterthümer (Gött. 1828.) wichtig.

12) J. B. in der Lehre von den Regalien.

13) Daher ist die Betrachtung der Entwicklung des alten Kriegswesens, des Feudalismus, der Schutzverhältnisse, des Einflusses der Kreuzzüge wichtig.

14) J. B. in dem Bauernrechte.

15) J. B. bei der Einkindschaft.

den alten Schöffen bei der Entscheidung der einzelnen das Institut betreffenden Rechtsstreitigkeiten vorschwebten ¹⁶⁾, 5) durch die Betrachtung der verschiedenen technischen Verhältnisse ¹⁷⁾ bei manchen Instituten, 6) durch Verfolgung der Ansichten, mit welchen nach Verbreitung des römischen Rechts in Deutschland die Juristen das Institut auffaßten ¹⁸⁾, und dabei zulässige Analogieen anwendeten ¹⁹⁾, und endlich 7) durch die Nachweisung, wie durch den Gerichtsgebrauch, der römische Rechtsätze ²⁰⁾ hereinzog, die Natur des Instituts ausgebildet wurde. II. Bei Instituten, welche schon im Mittelalter unter verschiedenen Grundformen vorkommen ²¹⁾, oder wegen des Einwirkens anderer Institute in verschiedenen Formen sich ausbildeten ²²⁾, müssen die gemeinschaftlichen Grundideen ²³⁾ und zugleich die Grundformen mit den sie bestimmenden Verhältnissen dargestellt werden. III. Bei den seit Verbreitung des römischen Rechts entstandenen Instituten ist die Erforschung des Ursprungs ²⁴⁾ und des Zwecks des Instituts, so wie seines Zusammenhangs mit gewissen Einrichtungen, der Ansicht der Kontrahenten und der Meinung nothwendig, wie der Gerichtsgebrauch das Institut mit römischen Rechtsätzen ²⁵⁾ in Verbindung brachte.

§. 38. [§. 31.] Benützung der Partikularrechte.

Die Uebereinstimmung noch so vieler Partikularrechte kann zwar kein gemeines deutsches Recht erzeugen ¹⁾, daher ein Institut oder einen Rechtsatz nicht zu einem überall verbindlichen machen; allein die Auffuchung der Partikularrechte ist doch höchst wichtig, zwar nicht

-
- 16) *J. B.* im Erbrechte, wo der Zusammenhang desselben mit der Schug- u. Rachepflicht wichtig war.
 - 17) *J. B.* im Wechselrechte, Vergrechte.
 - 18) *J. B.* in der Lehre von der väterlichen Gewalt.
 - 19) *J. B.* bei *pacta dotal.*, bei Familienfideikommissen, bei *dominium utile*.
 - 20) *J. B.* Lehre von den Erbverträgen.
 - 21) *J. B.* eheliche Güterverhältnisse.
 - 22) *J. B.* im Bauernrechte.
 - 23) *J. B.* der Zusammenhang der ehel. Güterverhältnisse mit dem *Mundium*.
 - 24) *J. B.* bei den Staatspapieren.
 - 25) *J. B.* in Bezug auf die Bindikation der Staatspapiere.
 - 1) *f. Hall Encycl.* §. 7. *Meining Encycl.* S. 71. *Lürk Vorles.* S. 448. Kunde in der Vorrede zur ersten Ausgabe der Grundsätze des deutschen Privatrechts, und schon *Stein* in den *Betr. einzelner Rechtsmaterien*. I. Thl. S. 92. *Mein Versuch einer wissensch. Behandl. des deutschen Privatr.* §. 11. 19. *Reyscher* in d. *Zeitschrift für deutsches R.* I. S. 41. Kunde ehel. Güterrecht. S. 7. *Maurenbrecher* I. S. 192.

um daraus das gemeine Recht selbst kennen zu lernen²⁾, sondern um Zeugnisse über deutsche Rechtsansichten zu erhalten, und zwar³⁾ indem der Germanist mit den verschiedenen deutschen Instituten und Rechtsfägen bekannt wird, von dem in allen Partikularrechten begründeten Daseyn eines Instituts, auf dessen allgemeine einheimische Natur zurückzuschließen, die an einem Orte durch Gerichtsgebrauch oder Jurisprudenz vorzugsweise bewirkte Ausbildung des Rechts benützen, und in dem Vorkommen der als gemeinrechtlich aufgefundenen Rechtsfähe in Partikularrechten Bestätigungen der Ansicht erhalten kann. Die Verfolgung der Partikularrechte bis zur neuesten Zeit läßt ferner die Fortbildung des Rechts erkennen, und die verschiedene Art einsehen, wie die nämliche deutsche Rechtsidee in der äußeren Erscheinung in eigenthümlichen Gestalten hervortrat. Unter den Partikularrechten müssen aber nicht bloß die Gesetzbücher und Verordnungen, sondern alle die Gewohnheitsrechte enthaltenden Sammlungen⁴⁾ und die gewisse Rechtsansichten bezeugenden Urkunden, Weisthümer, Urtheile und die Landtagsverhandlungen benützt werden⁵⁾.

§. 39. [§. 32.] Allgemeine Gewohnheiten.

Die Art der Ausbildung des deutschen Rechts erklärt die hohe Bedeutung des Gewohnheitsrechts, bei welchem von früher Zeit an in den deutschen Gerichten das Herkommen beachtet wurde. Zwar kann

2) Die Ungenauigkeit eines Ausdrucks in meiner früheren Ausgabe tadelt nicht ohne Grund Maurentbrecher I. S. 193.

3) Eichhorn in der Zeitschrift für geschichtl. Rechtsw. I. Thl. S. 141. Zalt in Kieler Blättern 1819. S. 73.

4) Merkwürdig werden hier Sammlungen, wie z. B. das Bochumische Stoppelrecht im neuen westphäl. Magaz. 1790. 76. Heft. S. 205. Das Ritzmühlenrecht in Mascov. not. jur. et jud. Brunsvic. im Anh. S. 1—46. Das Wendehagenische Bauernrecht in Spangenberg Beitr. zum deutschen Recht. S. 199. Das Becker Heidenrecht in Steinen westphäl. Geschichte. I. Bd. S. 1809. f. auch Schmelmisches Besenrecht in Steinen westphäl. Gesch. III. Thl. S. 1353. Hicher gehören auch manche sogenannte Landrechte, die nur Gewohnheitssammlungen sind, z. B. Nietberger, Delbrücker Landrecht.

5) J. Krenners Anleitung zur näheren Kenntniß der kaiser. Landtage des Mittelalters. München, 1804. So hat Haubold im Lehrbuch des sächs. Privatrechts die Landtagsakten trefflich benützt. Auch neuere Landtagsverhandlungen werden wichtig, um die Ansichten und Bedürfnisse der verschiedenen Stände kennen zu lernen; besonders noch, weil sie, da jetzt in mehreren deutschen Staaten die Landstände an der Ausübung der gesetzgebenden Gewalt Theil nehmen, die Motive zu neuen Gesetzen oft am besten nachweisen.

aus den nämlichen Gründen, aus welchen Uebereinstimmung der Partikularrechte ein Institut oder einen Rechtsatz nicht zu einem gemeinrechtlichen erheben kann, auch aus der zufälligen Uebereinstimmung von vielen Gewohnheitsrechten, wenn nicht ein anderer Grund hinzukommt, kein gemeines Recht nachgewiesen werden; allein nach der Natur der Entstehung jedes Gewohnheitsrechts, als eines aus dem Leben und Bedürfnisse des Volks hervorgegangenen Rechts, kann man in einem gewissen Sinne allgemeine Gewohnheiten annehmen¹⁾, in so ferne ein Grund innerer Einheit für die Existenz eines Gewohnheitsrechtes behauptet werden kann. In diesem Sinne gab es im Mittelalter, wo alles Recht mehr aus dem Leben hervorging und die Schöffen an das Volksleben und Bedürfnis sich haltend das Recht fanden, allgemeine Gewohnheiten²⁾, auf deren Daseyn man auch oft in Urkunden³⁾ sich berief. Durch die Verbreitung des römischen Rechts und durch die politischen Verhältnisse Deutschlands und die Bildung vieler kleiner von einander unabhängiger Staaten wurde zwar die praktische Bedeutung allgemeiner Gewohnheiten⁴⁾ vermindert; allein die Existenz solcher läßt sich nicht läugnen; selbst in späteren Urtheilssprüchen⁵⁾ berief man sich darauf, die einflussreichen

- 1) Ob es allgemeine Gewohnheiten gebe? s. Hufeland Beitr. zur Berichtigung der posit. Rechtswissensch. 16 Stück. nr. 1. Pütter Beitr. zu dem deutschen Staats- und Fürstenrecht. II. Thl. nr. 21. Runde Grundsätze. §. 80. H. Reinhard de consuetud. germ. univers. Dresd. 1805. Weise Einleit. in das deutsche Privatr. S. 50. Bethmann-Hollweg Grundr. zu Vorles. über Civilproz. S. XXII. Türl Vorlesungen. S. 371. Gründler Polemit. I. S. 76. Phillips deutsches Privatrecht. I. S. 169. Raurenbrecher I. S. 38.
- 2) Dreyers Nebenstunden. S. 136. So wird unter communia jura terrae gewöhnlich im Mittelalter das ungeschriebene gemeine Recht verstanden. s. Westphalen mon. ined. tom. IV. praef. p. 121. Die kölnischen Schöffen berufen sich in Urk. von 1258 (in der Apologie des Erzbischofs Köln, Weil. S. 28) auf *generalem consuetudinem terrae et civitatum*. Die italienischen Praktiker im Mittelalter, wenn sie eine allgemeine Rechtsansicht bekräftigen wollen, berufen sich auf *generalis consuetudo*, z. B. Gandinus de maleficiis cap. de poenis. nr. 4—10. f. noch Jul. Clarus praxis §. homicidium nr. 14. 74.
- 3) M. Samml. der Reichsabschiede. I. Thl. S. 44. Eichhorn Rechtsgesch. III. Thl. S. 322. In einer Urkunde von 1299 in den *preuves* der Schrift: *de la condition des personnes et des terres dans les Gaules en Suisse*, 1786. nr. 103. beruft man sich bei dem Retrakt auf die *generalis consuetudo*.
- 4) Man unterscheidet oft, z. B. Hufeland in den not. 1 angeführten Beitr. I. Bd. nr. 1. historisch allgemeine und juristisch allgemeine Gewohnheiten. Historisch allgemein ist die Gewohnheit, welche aus zufälligen, nicht juristisch verbindlichen und nothwendigen Gründen an mehreren Orten auf gleiche Art vorkommt.
- 5) Stellen bei Eichhorn deutsche Staats- und Rechtsgesch. §. 558. not. 2.

Praktiker 6), die Reichsgesetze 7) deuten auf sie, und die oft angeführte Berufung auf natürliches Recht und gute Sitte ist eigentlich Berufung auf Gewohnheit 8). Die Gültigkeit des römischen Rechts in Deutschland beruht eben so auf allgemeiner Gewohnheit 9), wie die Art, auf welche dasselbe in Deutschland durch die einwirkenden deutschen Verhältnisse modifiziert wurde 10); für die in den meisten Orten noch partikularrechtlich vorkommenden Gewohnheiten läßt sich eine leitende Regel aus der einst allgemeinen Gewohnheit 11), als deren Ueberbleibsel die partikularrechtliche Gewohnheit erscheint, nicht entbehren; die allgemeine Gewohnheit muß aber ihren Grund in einer inneren Einheit haben, welche in einem nationalen oder durch eine große Verbindung zusammenhängenden Verhältnisse beruht, und zwar in so ferne durch die unter allen Nationen in einem völkerrechtlichen Interesse allmählig ausgebildete stillschweigende Convention ein gewisser Rechtsatz entstand, oder als in Bezug 12) auf das Fortwirken rein deutscher Rechtsansichten auch nach der Verbreitung des römischen Rechts bei der Anwendung desselben durch übereinstimmende Praxis der Gerichtshöfe 13) eine Modifikation des römischen Rechts erzeugt wurde, oder in Rechtsverhältnissen, welche in einem unter sich zusammenhängenden Stande 14) vorkommen, dessen Mitglieder in ihren Rechtsgeschäften nach einem unter ihnen durch Uebung begründeten Gebrauche sich richten, daher im Handelsrechte vorzüglich allgemeine Gewohnheiten vorkommen.

§. 40. [§. 33.] Natur der Sache.

Bei der Erforschung der sogenannten Natur der Sache 1) kann es nicht darauf ankommen, nur das durch philosophische Abstraktion

6) Gail obs. II. obs. 19.

7) Reichshofrathsordnung I. §. 15. Phillips deutsches Privatr. I. S. 170.

8) Hepticher Zeitschrift für deutsches Recht. I. S. 24–27.

9) v. Savigny Epitom des röm. R. I. S. 78.

10) Man erwäge die Grundsätze über den Zinsfuß, über Gültigkeit der Erbverträge, über Aufhebung der väterlichen Gewalt durch abgesonderte Haushaltung.

11) J. B. in der Lehre von den Pferdewängeln.

12) Der Satz: locus regit actum beruht eigentlich auf allgemeiner Gewohnheit. s. auch v. Wächter im Archiv für Civilpraxis, XXIV. S. 225. 286.

13) J. B. über Gültigkeit der Erbverträge, über Aufhebung der väterlichen Gewalt.

14) J. B. im Adelsrechte und unter Kaufleuten.

1) Zur Bezeichnung dessen, was man sagen will, werden freilich verschiedene Ausdrücke gebraucht. Mauvenbrecher I. S. 212. not. 5. 6.

nachgewiesene vernünftige Recht ²⁾ aufzufinden, sondern zu erforschen, welche Natur ³⁾ den deutschen Rechtsinstituten nach der Art, wie ein Institut in Deutschland durch die Rechtsübung sich ausbildete, zum Grunde lag, und aus den historischen Quellen ⁴⁾ die leitende Idee aufzufinden, welche eine aus der Art des Ursprungs und der Fortbildung des Instituts entstandene oberste Regel bildet, die einst bei der bestehenden Schöffenverfassung in der Urtheilsfindung die Schöffen leitete ⁵⁾, und noch jetzt in der Beurtheilung des Instituts und Entscheidung einzelner Fälle den gelehrten Richter leiten muß. Insbesondere wird die Natur der Sache wichtig, wo a) aus der Art der Entstehung des Instituts aus dem Zwecke desselben eine entscheidene Rechtsansicht ⁶⁾ sich nachweisen läßt, welche den Begriff und die Merkmale des Instituts, bestimmt, oder b) wenn bei einem Institute gewisse technische Beziehungen vorkommen ⁷⁾, welche zugleich die obersten Grundsätze für die Anwendung gemeiner Regeln auf einzelne Fälle bilden, oder c) wenn aus einer ununterbrochen beobachteten Rechtsansicht und verbindlich angenommenen Meinung aller Interessenten ein stillschweigend vertragsmäßiges Recht sich ableiten läßt ⁸⁾, oder d) aus dem Zusammenhange des Instituts mit einer bestimmten Art des Verkehrs, aus dem Zwecke desselben und der Absicht aller Kontrahenten bei der Eingehung des Geschäfts eine Regel sich

2) Allerdings muß den Juristen auch diese Rücksicht leiten; schon die Alten wollten dies durch ihre Rücksicht auf naturalis ratio und ähnliche Worte bezeichnen. Reyscher in d. Zeitschrift für deutsches Recht. I. S. 19—20.; allein der Richter darf nicht bloß das, was er für vernünftig hält, annehmen, sondern muß die Art, wie in seinem Lande sich das Recht ausbildete, zunächst erwägen.

3) Eichhorn in der Zeitschrift für geschichtl. Rechtswissensch. I. Thl. S. 130. Derselbe in der Einleit. in das Privatr. §. 40. Kunde Abh. der Rechtslehre von der Interimswirtschaft. Göttingen, 1832. S. 56.

4) In so ferne ist der Weg ein historischer. Mancher Tadel bei Maurenbrecher I. S. 241—53. beruht auf Mißverständnissen, obwohl er häufig Recht hat, die Unbestimmtheit von Ausdrücken zu rügen.

5) Nach einer Urk. von 1241 sollen die Schöffen, wenn in der geschriebenen Rechtsammlung der Fall nicht entschieden wäre, secundum rectam rationem entscheiden. s. Raepaet supplément à l'analyse hist. de l'origine des Belges. vol. III. p. 203.

6) Wenn z. B. die Frage entsteht: ob der Retrakt auch bei dem Tausch anwendbar ist, oder ob Laudemium auch bei Veränderung in der Person des Gutsheeren zu zahlen ist, so entscheidet die Natur des Retrakts und des Laudemiums für die verneinende Beantwortung.

7) z. B. im Deichwesen, im Bergrechte.

8) Wenn die Partheien sich einst Morgengabe, Leibgeding u. a. stipulirten, so schwebte ihnen dabei eine gewisse Rechtsansicht vor; so schwebt dem Handelsmanne bei dem Expéditeur eine gewisse Ansicht, die überall als verbindlich gilt, vor. s. noch Weiße Einleitung. S. 53.

ergiebt, welche den Richter bei Entscheidung der einzelnen Fälle leiten muß⁹⁾. Bei der Auffassung dieser Natur des Instituts leitet vorzüglich die Betrachtung der Art der Fortbildung der Institute durch alle Elemente, welche darauf theils durch Entwicklung späterer staatsrechtlichen Grundsätze¹⁰⁾, theils durch Anwendung des römischen Rechts seit der wissenschaftlichen Rechtsbildung Einfluß hatten. Diese Natur des Instituts leitet dann den Richter subsidia-
risch, so lange nicht die in dem Lande, dessen Recht er anzuwenden hat, durch die Partikulargesetzgebung und den lokalen Gerichtsgebrauch entwickelte Natur des Instituts dem Richter etwas Anderes vorschreibt.

§. 41. [§. 36.] Anwendung der Theorie des deutschen Privatrechts.

Die Anwendung der Theorie des gemeinen Rechts bei allen Instituten, für die nicht schon die Reichsgesetze oder Bundesbeschlüsse die Theorie näher bestimmten, ist in so ferne eine bedingte, als sie das Daseyn eines Instituts in dem bestimmten Lande, wo die Anwendung geschehen soll, voraussetzt, und davon abhängt, daß nicht diese Theorie durch verbindliche Landesgesetze, Gesetze, Gewohnheiten, Gerichtsgebrauch, oder durch zulässige Autonomie der Kontrahenten aufgehoben ist. I. Ist in einem Lande für einen zu entscheidenden Fall ein Landesgesetz vorhanden, so darf angenommen werden, daß dies Partikularrecht, wenn es nichts Abweichendes bestimmt, das Institut im gemeinrechtlichen Sinne habe auffassen wollen, und da, wo das Gesetz auch etwas bestimmt, ohne Detail anzugeben, ist das Gesetz doch so auszulegen, wie es am wenigsten von der gemeinrechtlichen Ansicht abweicht. a) Bei der Anwendung von Rechtsfägen, die durch die geschichtliche Forschung gewonnen werden, müssen vorzüglich immer die besondere Geschichte und die staatsrechtlichen Verhältnisse des Landes, in welchem die Anwendung geschehen soll, erforscht werden¹¹⁾. b) Bei der Auslegung und Anwendung der Partikularrechte muß der Richter zurückgehen auf die Grundquelle, woraus das Partikularrecht hervorging, oder welche immer einen

9) Z. B. im Wechselrechte, ob die *except. leg. Anastas.* auf Indossament anzuwenden sey.

10) Dies wird z. B. wichtig auch in der Lehre von der Collision der Gesetze, ferner bei dem Staatsbürgerrecht in der Lehre von den Gemeinden.

11) Z. B. wichtig in der Lehre von den Frohnen, Lehenden, im Forstrechte u. a.

entschiedenen Einfluß auf die Fortbildung hatte ²⁾, so wie er c) die Stellen des geltenden Rechts auf die älteren einheimischen Quellen zurückführen muß, woraus das Geltende floß ³⁾; d) wichtig wird auch immer die Prüfung, in welchem erweislichen Zusammenhange ein gewisser Satz des Partikularrechts mit anderen in dem Lande geltenden Rechtsätzen ⁴⁾ steht. II. Wo ein deutschrechtliches Institut in einem Lande, das dafür gar kein Landesgesetz hat, durch erlaubte Willkür der Kontrahenten vorkommt ⁵⁾, wird die im gemeinen Rechte geltende Theorie des Instituts zum Grunde gelegt werden dürfen, wieder mit Rücksicht auf die erweisliche Absicht der Kontrahenten, auf Lokalgewohnheiten oder die durch Praxis in dem Lande anerkannte Rechtsansichten.

§. 42. [§. 38.] Hülfsmittel zum Studium des deutschen Rechts.

Zur Erkenntniß älterer Rechtsansichten und Gewohnheiten gehören a) die Auffuchung alter Sprüchwörter ¹⁾. Sie können zwar für sich allein keine Gewohnheit beweisen, allein sie können bei diesem Beweise wichtig werden ²⁾, und werden es noch mehr, wenn man sieht, daß den Kontrahenten ein Sprüchwort vorschwebte ³⁾ oder wenn man oft aus dem Gebrauche einer gewissen sprüchwörtlichen Formel die Absicht der Kontrahenten, ein bestimmtes Rechtsverhältniß einzugehen, erkennt. Bedeutend sind Sprüchwörter auf jeden Fall zur Erkenntniß der wahren Volksansicht bei einem Institute oder des

2) J. B. Bremisches Recht auf oldenburgisches, Lübisches auf holsteinisches und mecklenburg. Recht.

3) f. Wiarda in Duve's Zeitschr. für Hannover. II. Heft. S. 170.

4) J. B. bei der Frage: ob die Frau, wenn sie statutar. portio wählt, Illata einwerfen muß?

5) J. B. in einem Ehevertrage wird Morgengabe oder Witthum stipulirt.

1) Hert de paroemiis jur. germ. in opusc. vol. II. P. III. pag. 252. Pistor thes. paroem. germ. jur. Lips. 1716. Eisenhart Grundf. des deutschen Rechts in Sprüchwörtern. Leipzig, 1759. 1792. (besorgt von Otto.) Leipzig, 1823. Kind de jurispr. germ. paroem. ejusque caut. usu. Lips. 1776. Eisenhart von Beweisen durch Sprüchwörter, in den kleinen Schriften. S. 17. Auch die Poesie des Mittelalters dient dem Rechtshistoriker zur Aufhellung; s. Lang in den neuesten Mannigf. meist jurist. Inhalt. S. 142. Dreyer in den Nebenstunden, nr. I. Grimm in der Zeitschrift für histor. Rechtswissenschaft. II. Bd. nr. 2. Von der Symbolik des germ. Rechts in Neyscher's Beitr. zur Kunde des deutschen Rechts. Tüb. 1833. I. Heft.

2) J. B. bei dem Sprüchwort: längst Leib, längst Gut.

3) Raurenbrecher Privatr. I. Thl. S. 47.

Altcrs und der Verbreitung eines solchen⁴⁾; b) die Kenntniß der Regeln zum richtigen Versiehen und zur Benützung alter Urkunden⁵⁾; c) die Kenntniß der deutschen Staatsgeschichte, d) insbesondere der Rechtsgeschichte⁶⁾, e) der deutschen Alterthümer⁷⁾, f) des deutschen Staatsrechts⁸⁾. Zur Benützung der Quellen gehört Kenntniß der germanischen Sprache⁹⁾.

4) Reyscher in der Zeitschrift für deutsches Recht. V. Bd. nr. VIII.

5) Plessel spec. VI. jurisprudent. diplomat. Strassh. 1779. Sammlungen der Urkunden sind verzeichnet in Gatterer prakt. Diplomatif. S. 199—259. und Eichhorn Rechtsgeschichte. I. Thl. S. 11—13. Hierzu gehört Kenntniß der Diplomatif und verwandter Wissenschaften. s. Weise Einleit. in das Privatrecht. S. 67. Sehr brauchbar wegen der eingesetzten Abhandlungen ist: Nouveau traité diplomatique par deux religieux Benedictins. Paris. 1750. IV vol. und übersetzt v. Adelung. Erfurt. 1759. IX Bde. s. noch auch Versuch einer Literatur der Diplomatif. Erlangen. 1792. Ueber Benützung der Münzen s. Hommel jurisprudent. numism. illustr. Lips. 1763.

6) Auffer Conring (oben S. 35.) Hofmann de orig. et natur. legum germ. Lips. 1715. Fijcher Entwurf einer Geschichte des deutschen Rechts. Leipzig. 1781. Biener comm. de orig. et progr. legum iurumque germ. Lips. 1787—95. III vol. Heineccii antiquit. german. jurisprudent. patr. illustr. Hahn. 1772—73. III vol. Eichhorn deutsche Staats- und Rechtsgeschichte. I. II. Bd. Göttingen. 1808. jetzt 4 Bde. und IV. Aufl. 1835. Meine Einleitung in das Studium der Gesch. des germ. Rechts. Landshut. 1812. v. Savigny Geschichte des röm. Rechts im Mittelalter. Heidelb. 1815—26. V Bde., neue Aufl. 1834. Meyer esprit, orig. et progrès des institut. judiciaires, à la Haye. 1819—23. VI vol.; viel in Raepsaet analyse histor. et crit. de l'origine et des progrès des Belges et Gaulois. Gand. 1824—26. III vol. Lindelef deutsche Rechtsgeschichte, insbesondere Entwurf des deutschen öffentl. Rechts. Gießen. 1827. Phillips deutsche Geschichte mit besond. Rücksicht auf Religion, Recht und Staatsverfassung. Berlin. II Bde. 1832—35. Löw Geschichte der deutschen Reichsverf. Heidelb. 1832. Zöpfl deutsche Staats- und Rechtsgeschichte. Heidelb. 1834—35.

7) Hachenberg German. med. Hal. 1709. Tresenreuter antiq. germ. Gott. 1761. Gruppen observ. rer. et antiq. Hal. 1763.; viel in Muratori antiq. Ital. med. aevi. Mediol. 1738. VI tom. Gruppen deutsche Alterthümer. Hannover. 1746. Hummel Bibliothek der deutschen Alterthümer. Nürnberg. 1787. Zusätze dazu 1791. Gräter's Brague. II. Bd. 2te Abtheil. nr. 1. Köpfig Alterthümer der Deutschen. Leipzig. 1801. Stahr Abhandl. über nordische Alterthümer. Berlin. 1817. Nyerup Wörterbuch der scandinav. Mythologie. Kopenh. 1816. Dreyer Abhandl. vom Nutzen der heidnischen Gottesgelenheit in Erklärung des deutschen N., in d. Abh. II. Bd. nr. 1. Wone Geschichte des nordischen Heidenthums. II Bde. Darmstadt. 1822—23. Münter Geschichte der Einführung des Christenthums in Dänemark und Norwegen. Leipzig. 1823.; am trefflichsten Grimm deutsche Rechtsalterthümer. Göt. 1828.

8) Wegen der innigen Verbindung des Staats- und Privatrechts in manchen Lehren, z. B. bei Regalien und im Ständerichte.

9) Für die lateinische Sprache des Mittelalters sind wichtige Glossarien: Carol. du Fresne dom. du Gange glossar. ad script. med. atque infim. lat. Paris. 1678. III vol. et opera Monach. St. Benedict. Paris. 1733. VI vol.; auch Basil. 1762. neue Ausgabe begonnen in Paris 1841. Carpentier Glossar. nov. ad script. med. aev. Par. 1766. IV vol. Adelung Glossar. man. ad script. med.

§. 43. [§. 39.] Rechte verwandter Völker.

Wegen der Verwandtschaft der in den germanischen Staaten außer Deutschland wohnenden Nationen und wegen Ausbreitung durch Kolonien können auch die Rechte ¹⁾ der Franzosen ^{1a)},

latin. ex magn. Gloss. in comp. Hal. 1772. VI vol. Stocker vocab. lat. ant. et med. aev. dipl. Noerdl. 1805. Für altdeutsche Sprache: Glossar. von Schilter in dem thesaur. antiq. teut. in tom. III. Wachteri Gloss. germ. Lips. 1737. Haltaus Glossar. ibid. 1757. Scherz Glossar. germ. cura Oberlin. Argent. 1781. Für plattdeutsche Sprache: Verf. eines Brem.-niederländ. Wörterbuchs. Bremen, 1767–71. V Thle. Dähnert plattdeutsches Wörterbuch. Greifswalde, 1781. Für niederdeutsches Recht: Kilian etymol. tenton. ling. Ultraj. 1588. Oelrichs gloss. ad statut. brem. Francof. 1707., und Delrichs hinter der Ausg. des Rügischen Rechts. Für einzelne deutsche Gegenden: Schüge holstein. Idiotikon. Hamburg, 1800. 1806. Hock idiot. Prussicum. Regiomont. 1759. Westenrieder Gloss. germ. lat. voc. obsolet. impriun. bavar. Monachii 1816. (ist auch als allgem. Glossar. des Mittelalters dienlich). Richey idioticon hamburg. in Nettelblatt thes. jur. I. Bd. I. Abth. S. 129. Für skandinavische Sprache: Loccenii lexic. jur. sueo goth. Holm. 1651. Spiegel gloss. sueo goth. Lund. 1712. Ihre gloss. sueo goth. Upsal. 1769. Lexicon island. lat. Danic. Biörnoms Haldorson. Havn. 1814. II vol. Für angelsächsische: hinter Wilkins leges anglosax. und Dictionarium Saxon. et Goth. latin. auct. E. Lye edit O. Manning. Lond. 1772. II vol. Ganz vorzüglich (auch wegen der eingeschalteten Abhandlungen) Spelmann Glossar. Archaeologic. Lond. 1687., und Hiccius thesaur. veter. linguarum septentrional. Oxon. 1705., und Sommer diction. saxon. latin. anglie. Oxford. 1759. Für die juristische Terminologie der deutschen Praxis findet sich viel in den juristischen Wörterbüchern, z. B. Wehner pract. jur. observ. liber singular. ad mater. de verbor. signif. ed. Schilter. Argent. 1735. Struv Samml. und rechtl. Erklär. deutscher Wörter in LandessD. Hamb. 1748. Biesand jurist. Handb. Hildburghausen, 1762.

- 1) Maurenbrecher Privatr. I. S. 225. bezweifelt, ob spanische, portugies., polnische u. a. Rechte hieher gehören; allein den zuerst genannten Rechten liegt doch westgothisches Recht zum Grunde. Vorsichtiger muß die Vergleichung der slavischen Rechte geschehen.
- 1a) Französische Rechtsgeschichte: Silberrad ad hist. jur. Heineccii. Arg. 1765., auch hinter Heineccii hist. jur. civ. Fleury hist. abrégé du droit françois. Paris, 1744. Grosley rech. pour servir a l'histoire du droit françois. Paris, 1752. Bernardi de l'origine et progrès de la legislat. françoise. Paris, 1816. Meyer esprit, origine et progrès in vol. III. Laferriere hist. du droit françois. Paris, 1836. 2ter Thl. 1838. über das alte öffentliche Recht von Frankreich (Lexardiére) Theorie des loix politiques de la France. 8 vol. Paris, 1789. und Klimrath in der Revue de legislation. vol. VII. p. 51. 105. 361. und vol. IX. p. 98. 289. Ueber den Unterschied der Länder du droit écrit et droit coutumier s. Dreyer de usu juris anglosax. p. 35. Montesquieu esprit liv. XXVIII. chap. 4. Berriat St. Prix histoire du droit p. 218. v. Savigny Geschichte des römischen Rechts. I. Thl. S. 147. Berroyer et Lauriere in der Vorrede zur Biblioth. des Coutumes, und gut Bouhier Comm. sur les Cout. de Bourgogne. vol. I. p. 219. und p. 406. Mejan de divisione juris francici in jus scriptum et non script. Utrecht, 1825. Laferriere p. 74. Ueber Verbreitung des römischen Rechts in Frank-

reich vorzüglich Arrests du parlement de Bretagne pris des memoires et plaidoyers de feu S. Frain, nouv. edit. par Hevin. Rennes, 1684. tom. II. p. VII—LXXXI. und Grosley recherches pour servir à l'histoire. p. 2—175. Gute Notizen über altfranzösische Rechtsgeschichte s. in Mignet de la féodalité, des institutions de St. Louis et de la législation de ce prince. Paris, 1822. Philipp examen de l'état du gouvernement de St. Louis. Paris, 1822. Beugnot essai sur les institutions de St. Louis. Paris, 1822. u. Beugnot in der Vorrede zu seiner Ausgabe der Assises. Auch enthält die Vorrede zu jedem Bande des recueil des ordonnances eine rechtsgeschichtliche Abhandlung. Alte norman. Quellen, gesammelt in Houard anciennes loix des François conservées dans les cout. angloises par Littleton. Rouen, 1766. II vol., und Houard traité sur les coutumes anglo-normand. Paris, 1776. IV vol. s. noch Houard dictionnaire analyt. hist. etymol. de la coutume de Normandie. Rouen, 1781. IV vol. Vorzüglich wichtig ist der Cod. legum Normanicarum (wahrscheinlich gesammelt zwischen 1270—80); eine seltene Ausgabe davon ist: Les coutumes du Pays et duché de Normandie enrichies de Commentaire. Rouen, 1599., und schon einzeln Coutumes de Normandie. Rouen, 1578., und in lateinischer Sprache abgedruckt in Ludwig reliquae Manuscriptorum. tom. VII. p. 149—418. Der alte Coutumier auch abgedruckt in Bourdot de Richelbourg coutumier general. vol. IV. p. 1 etc. noch Etablissements et coutumes assises de l'échiquier de Normandie au treizieme siecle par Marmier 1839. Sehr merkwürdig ist dieser alte Coutumier in Versen. Das MS. hat die Jahrzahl 1280, abgedruckt in Houard dictionnaire de la Cout. de Norm. IV vol. im Anhang. — Ueber das wahre Alter des Coutumier ist viel Streit; s. Houard anciennes loix des François. I. p. 212., auch in der Dissertat. preliminaire p. XIII. s. noch Meyer esprit, origine. vol. II. p. 152. Reeves history of the english law. I. p. 225. Biener Beiste, zur Geschichte des Inquisitionsprozesses. S. 230—33. Daviel recherches sur l'origine de la coutume de Normandie. Caen. 1834. Warnkönig in der Zeitschrift für ausländ. Rechtswiss. VII. Bd. S. 318. Wichtig zur Kenntniß des französ. Rechts sind die Assises de Jerusalem, s. oben S. 26. not. 20. und dazu Pardessus memoire sur un monument de l'ancien droit coutumier, connu sous le nom d'Assises. Paris, 1829. Pardessus sur l'origine du droit coutumier en France. Paris, 1834. p. 66—99. Neue Ausgaben der Assises sind von Foucher. Assises du Royaume de Jerusalem. Rennes, 1839—41. IV Hefte. — Les livres des Assises et des Usages du Beaune de Jerusalem, éditit Kaussler. Stuttgart, 1839. Assises de Jerusalem, ou recueil des ouvrages de jurisprudence pendant les XIII siecle par le Comte de Beugnot. Paris, 1841. Alte Gewohnheitssammlungen in P. Beaumanoir livre des coutumes et usages des Beauvoisis (er schrieb 1283) in Thaumassiere assises de Jerusalem ensemble les coutum. de Beauvoisis. Paris, 1680. 90., über Beaumanoir s. Laboulaye in der Revue de législation. 1840. p. 433 Pierre des Fontaines Conseil que Pierre donna à son ami huet du Cange hist. de St. Louis. Paris, 1668., in der 3. Abtheil. p. 77—160. Ein wichtiges Rechtsbuch ist das Livre de la Reine Blanche (noch ungedruckt); s. darüber du Cange in histoire de St. Louis préface zur 3ten Abtheilung; vorzüglich die Forschungen von Klimrath in dem memoire sur les monumens inédits de l'histoire du droit franc au moyen age. Paris, 1835. p. 27—47. Ein anderes bedeutendes Rechtsbuch ist das Livre du justice et de plet (noch MS.), s. darüber Klimrath memoire p. 48. Ancien coutumier de Picardie suivant les coutumes notoires au commencement du XIV siecle par Marmier. Paris, 1840. Foss de Bearn. législation inédite du XI siecle par Mazure et Hatomlet. Paris, 1841. Bedeutend sind die Notizen, welche

Beugnot in der introduction zur Ausgabe der assises p. XXXVIII etc. über den alten Philippe de Navarre giebt. Für die Kenntniß des Gewohnheitsrechts des XIV. u. XVI. Jahrh. le grand coutumier de France (Charles VI.) Paris, 1512. 15. f. Klimrath memoire p. 17., f. dort auch von andern Sammlungen und Laferriere histoire p. 66. Wichtig Bouteiller somme rural (sein Testament ist von 1402). Bruges, 1479. Abbeville, 1788. Paris, 1603. (von Charondas, mit Noten). Belehrend über Rechtszustand und Rechtssprechung in Frankreich im Mittelalter sind: Les Olim ou registres des arrêts rendus par la cour. par le Comte de Beugnot. Paris, 1839. und die Bemerkungen von Beugnot in d. preface p. XCIII. und notes p. 948. — Cartulaire de l'abbaye de St. Pere de Chartres par Guerard. Paris, 1840. 2 vol. und Cartulaire de l'abbaye de St. Bertin par Guerard. Paris, 1840. (mit den gründlichen Vorreden). Sammlung der Ordonnances: Ordonnances des rois de France de la troisieme race recueillies par ordre chronol. Paris, 1720—1825. XVIII vol.; die ersten zwei Bände von Lauriere, die letzten von Pastoret herausg. Sammlung der Coutumes in le Grand coutumier de France, publié par Carond le Caron. Par. 1598., und Coutumier général par Bourdot de Richebourg. Par. 1724. IV vol. Ueber Ausbildung, Verweigung und Aufzeichnung der Coutumes: Klimrath etudes sur les coutumes. Paris, 1837. Ueber die einzelnen Coutumes Nachweisungen in Lauriere bibliotheq. des coutum. Paris, 1699. Camus lettres sur la profession d'avocat et bibliotheque choisie. Nouv. edit. par Dupin. Paris, 1819. II vol. 1833. Zur Geschichte des Gewohnheitsrechts f. das angeführte Memoire von Pardessus und die Schrift von Laferriere. Zur Kenntniß des Gewohnheitsrechts: Fortin Conference de la coutume de Paris avec les autres coutumes. Paris, 1611. Argou instit. au droit françois. Par. 1692. Institutes coutumieres par Loisel avec des notes par Challines. Paris, 1646. Nouv. edit. par Lauriere. Paris, 1783. II vol. Nouvelle instit. coutumiere qui contient les regles du droit coutum. par Ferriere. Paris, 1701. Gin analyse raisonné du droit françois. Paris, 1782. Prevot de la Jannes les principes de la jurisprud. françoise. Paris, 1780. II vol. Bourjon le droit commun. de France et les cout. de Paris. Paris, 1747. II vol. Eine wichtige Rechtsamml. des XIII. Jahrh. (Privilegien und Schöffensprüche enthaltend) ist Coutumier de Champagne et Brie que le Roy Thiebaut a etabli (beginnt mit 1280), abgedruckt in le Grand Coutume de Troyes. Paris, 1737. II. p. 349—57. Die alten Stadtprivilegien und Statute finden sich zerstreut in dem recueil des ordonnances des rois de France. Reich an alten Städteurkunden und historischen Untersuchungen ist Thaumassiere les anciennes et nouvelles coutumes de Berry et celles de Lorris Commantees. Bourges, 1679., und Thaumassiere nouveau Comment. sur les coutumes de Berry. Bourges, 1701. f. gut über alte Coutumes de Berry in Revue de legislation. 1840. vol. XII. p. 5. u. p. 257. Das einflussreichste (auch bei der Abfassung des geltenden Code) Gewohnheitsrecht ist das von Paris, f. hiezü Dumoulin (Molinaeus) consuetud. Paris. urbis. Paris. 1575.; allein am brauchbarsten (weil die Meinungen aller Commentatoren benutzt sind) Corps et compilation de tous les commentateurs sur la coutume de Paris, par Claude de Ferriere. Paris, 1670. III tom., und 1714 in IV tom. Die besten Commentatoren zu den einzelnen Coutumes sind: Basnage coutumes de Normandie in oeuvres de Basnage. II vol. 1716. Coutumes de Maine et d'Anjou par Olivier St. Vast. Paris, 1778. IV vol. (Die Coutumes der erwähnten Orte sind wichtig wegen Alterthums und wegen Zusammentreffens mit den englischen Gesetzen.) Coutumes d'Auvergne par Chabrol. Riom. 1784. IV vol. Coutumes de Nivernois par Coquille (höchst scharfsinnige Unter-

(Engländer ²), Italiäner ³), Niederländer [Belgier] ⁴) und

(sichungen) in den Oeuvres de Coquille. Bordeaux, 1703. Bouthier comment. sur les coutumes de Bourgogne. II vol. Dijon, 1742. (Besonders treffliche rechtshistorische Abhandlungen) Coutumier de Picardie par du Fresne, Hen, darin Comm. zu den Coutumes von Amiens, Peoronne. Paris, 1726. II vol. Argentré comm. in patrias Britonum (Bretagne) leges seu consuet. Paris, 1621. (mit guten historischen Untersuchungen). Pothier comm. sur les coutumes d'Orléans in den Oeuvres de Pothier. Maillart cout. gen. d'Artois. Paris, 1756. Coutumier de Vermandois, avec les comm. de Buridan, d'Hericourt. Paris, 1728. II vol. f. auch Pontanus in Consuetud. Blensenses. Paris, 1678.

- 2) Alte englische Rechtsquellen. Außer den angelsächsl. Gesetzen (s. oben §. 4. not. 34.) f. noch leges Walliae eccl. et civil. Hoeli boni (angeblich 942 gesammelt) edit. Notton. Lond. 1730. The ancient laws of Cambria containing the institutional trials of Dynwal Moelmud. London, 1823. (angeblich schon 400 Jahre vor Christus). f. Meine Rezens. in Schurz's Jahrbücher VI. Bd. 26. Heft. S. 124—128. und von Hoel's Gesetzen, Phillips englische Reichs- und Rechtsgeschichte. I. Bd. S. 243—52. Schmid die Gesetze der Angelsachsen. Leipz. 1832. Einl. S. XXVIII—XLVII. f. jetzt die wallischen Gesetze in ancient laws and institutes of Wales (von der record-commission herausgegeben). London, 1841. Ueber den Rechtszustand unter den alten Briten: Llinfof rise and progress. p. 9—62. Zur Kenntniss der alten Landesverhältnisse gehört Doomsdaybook (gesammelt unter Wilhelm von Normandie). London, 1787., illustrated by Kelham. Lond. 1788.; auch Auszüge in Howard traité. I. p. 195—259. am besten von der record-commission herausgegeben. Liber censualis vocatus Domesdaybook. London, 1814. II vol. (Hallam geschichtliche Darstellung. II. Thl. S. 188.) f. noch Phillips engl. Rechtsgesch. I. S. 196. Von der Samml. der Gesetze Canut des Großen (1032), abgedruckt am besten in ancient laws and institutes of England. p. 153. Falsch in der Rede zu Eddis. S. XX.; noch Rosenzinge Grundriß der dänischen Rechtsgesch., übersetzt von Hemeyer. S. 14. Rosenzinge antiq. legum Canuti M. vers. latin. edit. Havniae, 1826. Das in der vorigen Note angeführte normännische Recht (als einflußreich auf englisches Recht) gilt noch jetzt auf den Inseln Jersey und Guernsey. f. Darstell. darüber in der französl. Zeitschrift Le Droit. Paris, 1836. nr. 62 u. 132. über Einfluß des normänn. R.: Llinfof the rise and progress of the laws. p. 114. Gewohnheitssammler des Mittelalters waren: a) Ranulph de Glanvilla (im XII. Jahrh.) de legib. et consuet. regn. Angl. Lond. 1604. 1780. Glanvilla († 1190. Biographie in Howard traité. I. p. 378.). Sein Buch erschien zuerst cura Stansford. Lond. 1554., auch abgedruckt in Howard traité. I. p. 37. Weiter Glanvilla's Werk (jetzt auch abgedruckt in Phillips englischer Reichs- und Rechtsgeschichte. II. Thl. S. 335—473.) f. Wiener Beitr. zur Geschichte des Inquisitionsproz. S. 219. Phillips engl. Reichs- u. Rechtsgeschichte. I. S. 232. Gang Erbrecht. IV. S. 262. Besonders kommt es darauf an, ob Glanvilla's Rechtsbuch das Original, und das schottische Rechtsbuch: Regia majestas die Nachbildung ist, oder umgekehrt. f. Wiener Beiträge. S. 229. — aber Kirnbaum in bibliothèque du juriconsulte et du publiciste. Liege, 1826 tom. I. livr. 3. p. 214. Die schottischen Juristen nehmen gewöhnlich die Regia maj. als Original an. Erskine instit. of the law of Scotland. Edinburg, 1824. vol. I. p. 12.; f. aber noch Reeves history. I. p. 225. b) Sammler der Fleia (aus dem XIII. Jahrh.), herausg. von Selden comm. jur. Angl. Lond. 1647 u. 1685., auch abgedr. in Howard traité. III. p. 1—752. c) Horne's mirror of justice (aus XIII. Jahrh.), abgedr. in Howard

IV. p. 465. d) Bracton (unter Heinrich III.) de legibus et consuet. angl. Lond. 1569. 1640. f. über den Werth und das Alter des Buchs Reeves history I. p. 85—90. Biener S. 220, aber noch Houard dictionnaire. vol. I. p. 199. Crabb history of english law. p. 157. und gut über Bracton und andere altenglische Juristen law magazine. 1841. Heft 54. p. 267. e) Britton († 1275) le Breton ex edit. Wingate. Lond. 1640., abgedr. in Houard traité. IV. p. 1. Sammlungen der Gewohnheiten aus dem XIV. u. XV. Jahrh.: Littleton les tenures, dazu schrieb Cook (geb. 1550) seine instit. jur. angl. Lond. 1628. 17te Ausgabe 1817. IV vol. Fortescue (1471) de laudib. leg. Angl. Lond. 1603., mit Noten von Selden 1775. Covell inst. jur. Angl. Cantabr. 1605. Die Gesetze der älteren englischen Könige, die nicht in die alten leges anglosaxon. gehören, f. in Wilkins leges anglosax., z. B. leges Cnuti († 1035) in Wilkins p. 126., leges Eduardi confessoris. in Wilkins p. 197., leges Guilelmi conquestoris in Wilkins p. 217. f. noch Phillips engl. Rechtsgesch. I. S. 183—196. Nachrichten über die altenglischen jurist. Schriftsteller f. in Baleus script. illustr. major. Britan. quam nunc angl. et scot. vocant. Basil. 1557. II vol. Nicolson the english, scotsch and irish libraries giving a short view and character of our historians. Lond. 1736. Zur Kenntniß der engl. Rechtsliteratur: Clarke bibliothec. legum or complete catalogue of the comon and statute Lawbooks. Lond. 1810. 1824., — u. a. general catalogue of lawbooks, by Butterworth. Lond. 1823. Vieles für altengl. Recht auch in Spelman concilia, decreta, leges, const. in re eccles. orbis brit. Lond. 1639. Salternus of the antient laws of great britain. Lond. 1605. Dugdal origenes juridic. or historical memorial of the english laws, courts of justice etc. Lond. 1671. Gatzert de jure communi Angliae. Gotting. 1765. f. noch viel Rechtshistorisches in Dawson origo legum or a treatise of the origin. of laws. Lond. 1694. Barrington observations on the more ancient statutes from magn. charta. Lond. 1769.; und von neuen Werken: Phillips engl. Rechts- u. Rechtsgeschichte seit der Ankunft der Normannen. Berl. 1827—28. II Bde. Gesesammlungen und Statutes at large from magn. charta with notes by O. Ruffhead and Runnington. Lond. 1763. XIV vol.; the statutes of the Realm printed by comand the King Georg III. VII vol. 1810—20. Statutes at large to the union with Ireland, by Tomlians. 1811. X vol., Hauptausgabe (von der record-commission): The statutes of the realm. vol. I—IX. Lond. 1810—1822. Auszüge aus den Statuten f. in abridgment of statutes von Cay, 1762. II vol., von Hawkins 1735. IX vol.; ein abridgment herausg. von Williams. III vol. 1791—1803. Gabett digested. abridg. of statute law. III vol. 1812. Suppl. 1813. Zur Geschichte: Αρχαιονομια sive de prior. anglor. legib. libr. Lombardo interpretaete. Lond. 1568. Reeves history of the english law from the times of the Saxons. Dublin, 1787., nov. 1814. IV. Bd. V. Bd. 1829. Crabb history of engl. law, to trace the rise of common law. Lond. 1829. The hist. of the common law by M. Hale ill. with notes by Runnington. Lond. 1704. II. vol., nov. 1810. 6. edit. 1821. Dreyer de usu jur. anglosax. in explic. jur. cimbr. Kil. 1747. Meyer esprit et origino. vol. II., und Galf Vorrede zu Blackstone Handbuch des englischen Rechts, im Auszuge und mit Hinzufügung neuer Gesetze von Gifford, aus dem Englischen von Goldie, mit Vorrede von Galf. Schleswig, 1822. I. Bd. f. noch eine Rechtsgeschichte von Palgrave the rise and progress of the english common-wealth, anglosaxon Periode. Lond. 1832. II vol. (wichtig der 2te). Flintoff rise and progress of the laws of England. Lond. 1840. Zur Kenntniß des englischen Rechts überhaupt W. Blackstone's Comm. on the laws of England. IV vol. Lond. 1782. 16te Ausg. 1809, neueste Ausg. (19te) mit Noten von Ho-

veden and Ryland. London, 1836. IV vol. und hiezu Gifford comm. on the laws of England principally in the order and comprising the whole substance of the Comm. of W. Blackstone. Lond. 1819., überg. v. Teltitz. Schleswig, 1822. II Bde. Comyn's digest. of laws of England by Hamond. Edinburg, 1822. VIII vol. Tomlins law dictionary explaining the rise, progress. and present state of the british law. 3. edit. II vol. 1820.; neue Ausgabe von Granger 1835. — Zur Kenntniß des englischen Rechts in seiner Ausbildung dienen die erstatteten reports on real property, ferner das oben in §. 30 angeführte Werk von Burge (wo auch das schottische und irländische Recht angegeben ist) und die 2 Zeitschriften: Law magazine, bis jetzt 54 Hefte, und Legal observer (bis jetzt 130 Hefte). Ueber römisches Recht in England Vorrede in der englischen Uebersetzung von Savigny history of the roman law von Catheart. Edinburg, 1829. s. noch Schmid Gesetze der Angelsachsen. Einleit. XXXI. Gans Gebrecht. IV. S. 265. Für schottisches Recht: Skenaci regia majestas. Edinb. 1609. 1774.; auch abgedr. in Howard traité. II. p. 36., s. auch dort p. 1 die Gesetze Malcolmes u. p. 269 leges baronum. s. noch Mahenzie observ. legum et consuetud. Edinb. 1668. Idem institut. of the laws of Scotland. Edinb. 1684. Wallace system of the principles of the laws of Scotland. Edinb. 1760. Förbe inst. of the laws of Scotl. 1722. Erskine institut. Lond. 1763, neue Ausg. by Ivory. Lond 1825. Erskine principles of law of Scotland; neue Ausg. by More. Edinb. 1820., by Ivory 1828. Bell dictionary of law of Scotland. Edinb. 1815. s. noch über schottisches R. Bell Comm. on the laws of Scotland. Edinb. 1821. II vol. Macdonall inst. of the law of Scotland. III vol. 1751—53. Stair inst. of the law of Scotland. 1681. 1693. 1759.; und für Rechtsgeschichte Schottlands interessant: The laws and actes of parliament maid by King James. Edinburg, 1597., besonders im Anhang, wo ein Buch de verbor. signif. v. Shene, Edinb. 1597, abgedruckt ist. The acts of the parliaments of Scotland. vol. II—XI. London, 1826. Ueber irländisches Recht: Thorkelin in den neuesten Schriften der königl. Akademie der Wissensch. Kopenhagen. IV. Bd. S. 553. Falk in den Kieler Beiträgen. S. 169. und viel in Beaumont l'Irlande sociale, politique etc. Paris, 1830. 2 vol.

- 3) Italienisches Recht. Dies löst sich in das Recht einzelner Staaten, Städte und Gegenden auf. Ueber Rechtsgeschichte Italiens überhaupt: Dissertazioni sopra la legislazione lucchese dell' abbate Gigliotti. Lucca, 1817. Sclopis storia della legislazione italiana. vol. I. Torino, 1840. Forti libri due delle istituzioni civile. Firenze, 1841. von p. 161 an. — Cibrario della economia politica del medio evo. Torino, 1839. — Zur Rechtsgeschichte einzelner Provinzen s. Muletti memorie storico. diplom. appartem. alla città ed ai marchesi di Saluzzo. Saluzzo. VI vol. — Cibrario delle storie di Chieri. Torino, 1827. 2 vol. Cibrario storia della monarchia di Savoia. Torino. 2 vol. 1840. 41. Eine merkwürdige ausführliche Gesetzgebung ist die von Friedrich II. 1231 für Neapel gegebene (bearbeitet von Petrus de Vineis), gedruckt in Constitut. regni Siculi. Venet. 1580.; auch in Lindenhrog Cod. leg. antiquar. p. 691., und in Canciani barbar. leges. vol. I. p. 297. Hauptausgabe unter dem Titel: Constit. regni utriusque Sicil. mandante Friderico. Neapol. 1786. Die Darstellung dieser Gesetzgebung in Raumer Geschichte der Hohenstaufen. III. Thl. S. 462—555.; hiezu Math. de Afflictis Comm. in Constit. Neap. et Sicil. Venet. 1588., und Folleri Comm. super const. Siciliae. Venet. 1568. An die Gesetze Friedrichs reihen sich viele Const. späterer Könige an; s. darüber Codicis leg. sicular. Libri IV eum glossis, notis Cancelli. Messanae, 1636. Ueber Geschichte des neapolitanischen Rechts: Torelli lezioni di diritto. Napoli, 1834. vol. I.

p. CXXXII etc. Vorzüglich wichtig ist das für die Insel Sardinien von der Fürstin der Judicatur Arborea im XIV. Jahrh. publicirte Rechtsbuch unter dem Titel: Carta di Logu, aus 198 Artikeln bestehend (mit vielen Beweisen fortgeschrittener Bildung); neuerlich herausgegeben mit Commentar von Mameli. Roma, 1805., und wieder in Buchon collection des chroniques françoises. Paris, 1826. vol. XV. p. 61 — 208. Jetzt gilt auf der Insel Sardinien ein eigenes Gesetzbuch: leggi civili e crim. del regno di Sardegna. Torino, 1827. Am wichtigsten ist die Geschichte der ital. Städtestatute. Im XII. Jahrh. kommen schon Statuten vor. Die ältesten sind von Pistoja von 1107 (in Muratori antiq. Ital.) vol. IV. p. 519. (s. aber auch Forti libri due. p. 300) Statuten von Genua von 1143 in Monum. histor. patriae. vol. II. p. 241 etc. und darüber die Vorrede von Raggio in den Monum. p. 236. Die ausführlichsten sind die von Pisa von 1160. (Forti p. 300.), von Verona von 1228. — s. überhaupt: Forti l. c. Sclopis storia della legislazione. I. p. 144. Giovanetti degli statuti Novaresi. p. 7 etc. und über alte ital. Statuten: Sclopis storia della antica legislazione del Piemonte. Torino, 1833. p. 129. Pardessus in der collection des loix maritimes in den oben §. 26. angegebenen Stellen, sowie in Hüllmann Städtewesen im Mittelalter. III. Thl. S. 596. Morbio storie dei municipi italiani illustrate con docum. Milano, 1837 — 1840. IV vol. Die richtigste Sammlung alter (bisher ungedruckter) ital. Statuten s. in Monument. historiae patriae in vol. II. Taurini, 1838. Ueber Fortbildung des italiän. Statutarrechts s. Forti libri due delle istituzioni civili. p. 374. Die gedruckten Sammlungen der Städtestatuten beginnen am Ende des XV. und Anfang des XVI. Jahrh.; allein in diesen Sammlungen finden sich überall ältere Stadtprivilegien und Statute. s. noch Auszüge aus den ital. Statuten in Sans Erbrecht. III. S. 230 u. In diesen Stadtrechten ist schon viel römisches Recht. Von wichtigen Statuten sind zu nennen: Statuta civitat. Vercellarum (gesammelt 1350), gedruckt 1541, wichtig wegen ihrer Vollständigkeit. Statut civit. Ravennae (alte Stat. in Fantuzzi, mon. Ravennat. tom. IV.), gesammelt später 1447, gedruckt Ravenna, 1580. Statuta v. Novarra (im XIII. Jahrh.) gesammelt 1460, gedruckt 1580. s. gut Giovanetti degli statuti Novaresi. Torino, 1830. Statuta almae urbis Romae, 1519. cum glossis Galganetti. Rom. 1611.; besonders Fensonnii annot. ad stat. urbis. Romae, 1665. Statuta in Perusia. Perusia, 1528. Statuta civit. Luccensis. 1539. Statuta civil. civit. Bononiae, 1566 u. 1735. Ueber Mailänderrecht (wo schon im XII. Jahrh. Statuten waren): Verri de ortu et progressu juris Mediolan. Mediol. 1747. Gute Ausg. Statuti di Milano con note Milano, 1773. Leges et statut. ducat. Mediolan. com. a Hor. Carpano. Med. 1616. Stat. et decreta antiq. civit. Placentiae (1391 verbessert). 1560. Griffo volumen statutarum legum Venetarum. Venet. 1606. (Benebig hatte schon 1242 unter dem Dogen Tiepolo gesammelte Statute, und 1244 andere Sammlung.) Statut. civit. Colon. Venet. 1593. Stat. Fossari Aug. Taurin. 1599. Novelli stat. ac jura Venetar. Venet. 1564. 1597. — Statut. civil. reipubl. Genuens. nuper reform. Gen. 1597. Valsechi de veter. Pisan. civ. statut. Flor. 1727. Grimaldi istoria delle leggi e magistrati di Napoli. Lucc. 1731. Consuetud. Neapol. cum gloss. auctore Salerno. Neapol. 1567. Consuetud. Neapol. cum addit. Felicis de Rubens. Venet. 1588. Comm. ad Consuetud. Neapolit. auct. Molfesio. Neapol. 1613. II vol. Pragmaticae edicta, decreta regni Neapol. Neap. 1682. Valetta delle leggi del regno Napoletano. Nap. 1784. III vol. s. noch Statut. civit. Veronae, 1588. (schon 1228 werden Statuten erwähnt, gesammelt 1450). Veron. 1728. Hauptausgabe Venet. 1747. Statuta et provision. duc civit. Tarvisii. Venet. 1555. Jus civile Vicentinum. 1539. Statuta civit. Belluni. Venet. 1747. (beginnen mit 1406.) Statuta Baccanensis.

- Bassano, 1506. Statut. inelyt. civit. Tergesti. Tergesti, 1625. Stat. civitat. Caesenae. Caes. 1589. (zu den ausführlichsten italiänisch. Statuten gehörend). Stat. civit. Anconae, nova edit. Feretti. Ancon. 1560. Stat. Massae. Lucca, 1592. — Stat. di Padua. Ven. 1747. II vol. Hauptausgabe Venet. 1709. Statuten von Florenz gesammelt 1415. f. Forti libri due. p. 373. Statuta Taurinensia: in Monum. histor. patr. vol. II. p. 442. — Besonders interessant sind die Statuten der kleinen ital. Landgemeinden (meist am Ende des XV. Jahrh. gesammelt) voll Ueberbleibsel des alten german. Rechts, z. B. Gemmetsbürgschaft. f. Statuta Valliscomoniae (kleine Landschaft in Benedig). Brix. 1498. Statuta terrae montis Sanctae Mariae in Cassiano Maccerata, 1555. Statut. et ordinam. communiae et hominum terrae belfortis. Camerini, 1567. Statuta Seravalli. 1603. Statuta communis. Cadubrii. Venet. 1545. Statuta terrae Coneglianae. Conegli. 1610. (gesammelt nach der Vorrede 1488). Statuta commun. Colomiae. Ven. 1593. Statuta communis. Bergami. Brix. 1491. Stat. civil. et crim. della comunità di Diano. Genova, 1623. Ueber Statute vom Thal Aosta: Sclopis storia p. 185. Leggi della comunità di Forti-Bologna, 1577. Größere historische Entwicklungen über die Ausbildung des Rechts fehlen; eine sehr gute Rechtsgeschichte von Piemont (wo viel in Bezug auf Italien überhaupt vorkommt) ist vom Grafen Sclopis, storia delle antica legislazione del Piemonte. Torino, 1833. und Sclopis in der Zeitschrift für ausländ. Rechtswissenschaft, Bd. VI. nr. 17. In den italiän. Staaten, die unter Monarchen lebten, äußert sich die gesetzgebende Gewalt schon früh durch Constitutionen, z. B. in Tessana f. darüber Forti libri due p. 423., und in Piemont das Edikt von Amadeus VIII. (1430) und Emanuel Filibert v. 1561 (Sclopis p. 111. 124.). Eine merkwürdige Samml. für Savoyen ist von 1770 (system. in 6 Büchern): Loix et constitutions de S. Maj. 1770.; neue Aufl. Turin, 1825. Neue vollständige Civilgeschbücher gelten in Italien in Neapel (1819), in Parma (1820), Sardinien (1837).
- 4) Die Niederlande, wo sich die falschen Gesetze sehr lange erhielten, sind reich an Statuten. In den oben in §. 11. angegebenen Werken von St. Genois und Baepsaet finden sich wichtige Urkunden. Am reichsten für Rechtsgeschichte von Flandern ist die oben in §. 11. angeführte Rechtsgeschichte von Warnkönig. Der III. Band ist erschienen 1841. Gesammelt sind die flandrischen Stadtrechte in: Les coutumes et loix des villes et chatellenies du comte de Flandres, traduites par le Grand. Cambray, 1719. III vol. in Fol. Eine andere Ausgabe ist unter dem Titel: Generale Tafel van de materien begrepen en de Costumen van Vlandern. Gent, 1780. XII vol. Die Edikte von Flandern f. in Ordonanrien, statuten der Graven van Vlanderen. Antw. 1662. 9 vol. Vlaemisch Recht, d. i. Costumen ende Wetten door: van der Haene. Antw. 1672. 2 vol. Die brabantischen Stadtrechte (f. über die alten Stadtrechte oben §. 11. not. 22 ff.) f. in Brabant's Recht, dat is generale Costumen van der Lande en Hertogdomen van Brabant door Christyn. Antwerp. 1682. II vol. Verloof Codex Brabantia. Brem. 1781. Vorzüglich ausgebildet und vollständig ist das Stadtrecht von Antwerpen 1581, auch gedruckt in Brabant's Recht. I. vol. p. 375—590. Von den alten Statuten f. oben §. 11. not. 22—25. und noch eine große Sammlung von Tournai, das schon ein Stadtrecht v. 1187 (in d'Achery spicileg. tom. XI. p. 463.) hat. Haverlant essai chronolog. pour servir à l'hist. de Tournai. Tournai, 1805 etc. LXIV vol. Stadtrecht von Mecheln, hiezu Christyn ad jus Mechlinens. Stat. von Brüssel, und hiezu Consuet. Bruxellens. com. illustr. studio Christyn. Brux. 1659. Stat. von Lille und Patou Comment. sur les coutumes de la ville de Lille. III vol. Lille, 1788. Von Lüttich: Grand record. de la cité de Liege conten. les anciens droits. Leod. 1669. und hiezu de Meun ad jus civil. Leodiens. obs. et rer. jud. V vol.

Holländer ⁵⁾, der Schweizer ⁶⁾, Spanier ⁷⁾, Portugiesen ⁸⁾, der

- Leod. 1654. (cura de Louvrex. 1740. VIII tom.) Recueil contenant les edits et reglemens faits pour le pays de Liège et Comtés de Loox par Louvrex, nouv. edit. par Bauduin Hodin. Liège, 1750. IV vol. Schon 1088 bestand in Lüttich ein merkw. *Judicium pacis* (Louvrex I. p. 5.) Stadtprivileg. von 1208 (ibid. p. 2.). Es bestanden in dem Lütticher Lande unter dem Namen: *paix* alle Conventionen und Statute, meist aus XIV. Jahrh. s. in Louvrex I. p. 349. 373. Daraus entstand ein Rechtsbuch unter dem Namen *Pavillart*. s. *Barnkönig* in *Falks* *Eränen* zum deutschen Rechte. 36 Hft. S. 152.; *Barnkönig* in der *Themis* vol. X. p. 121. s. dort überhaupt über Lütticherrecht. s. noch über die Sammlung *Pavillart* *Birnbaum* in der *Zeitschrift für ausländ. Rechtswissenschaft*. I. S. 163. Vorzüglich *Barnkönig* in den Beiträgen zur Geschichte und Quellenkunde des Lütticher Gewohnheitsrechts. Freiburg, 1838. s. dort S. 23 Nachrichten das *Pavillart* von S. 142—215 abgedruckt, das Lütticher Gewohnheitsrecht am Ende des XVI. Jahrh. Die zuletzt geltende Gewohnh. von Lüttich war gesammelt 1642 durch de *Meun*, der auch als eine Art von Commentar. 1670 *seine observ. et res judicat. ad jur. leodiens.* herausgab, u. eine systematische Arbeit ist: *Sohet Institut. du droit pour le pays de Liège*. III vol. 1770. III vol. Die Grafschaft *Hennegau* hat alle Stadtrechte und besonders ein altes Landrecht von 1208, herausgegeben von de *lattice chartes de Hainault*. Mons, 1822. — Später wurden vollständige Statuten entworfen: *Chartres loix et coutumes du pays et Comte du Hainault*. 1410., und reformirt 1483. 1534. 1619. s. *Barnkönig* von der Wichtigkeit der *Runde* u. s. w. S. 93. Ein prakt. Werk über *Hennegauerrecht* ist von *Boulé institutions du droit coutumier du pays de Hainault*. Mons, 1780. *Bon Sent*: *Barnkönig* *flandrische Rechtsgesch.* II. Bd. 2r Thl. III. Buch. *Jus civile Gandensium cum obs. a Knoxaert*. Brux. 1770. Ueber die alten *Coutumes* von *Niederlanden* s. eine Nachweisung in *Berg memoire sur la question: depuis quand le droit romain est-il connu dans les provinces des Pays-bas*. Brux. 1783. p. 75. 115. *Rechtsgeschichte* in *Godet essai sur l'histoire externe dans la Gaule et la Belgique*. Liège, 1830. *Meyer esprit, origine et progrès des inst. judic.* tom. IV., und *Rapsaet analyse raisonnée hist. et crit. de l'origine et progrès des droits des Belges*. Gand. 1824—26. III tom.; vorzüglich *Barnkönig* *flandrische Staats- und Rechtsgeschichte*. Tüb. 1835. 1836. und 2ten Bandes 2te Abthl. 1837. II Bde. und seine schon angeführte Schrift über die Wichtigkeit der *Runde* des Rechts der belgischen Provinzen. Freiburg, 1836. Zur *Jurisprudenz* *Niederlands*: *Jurisprudence de Flandres* par *Dubois d'Hermanville*. Lille, 1777. VI tom. *Stockmann opera omn. jurid.* Brux. 1698. tom. IV. 1700. *Compendien: Zypaeus notitia juris belgici*. Antw. 1665. *Ghewiet institut. du droit belgique*. Lille, 1730. II tom. Noch viele historische Notizen von *Birnbaum* in der *Zeitschrift für ausländ. Rechtswissenschaft*. I. Bd. S. 163—189. Sammlung der allgemeinen Gesetze: *Recueil d'anciennes ordonnances, statuts*. Liège, 1828. 2 vol.
- 5) Sammlungen der Statute und Gesetze in *Mieris Groot Charterboek der Graven van Holland, van Zeeland en Heeren van Vriesland*. Leyden, 1753. IV tom. *Bondam Charterboek der Hertogen van Gelderland en Graaven van Zutphen*. Utr. 1783. 4 Abth. *Groot Placaatboek inhoudende de Placaten en Ordonnantien van Holland*. Gravenhage, 1657—1797. IX vol. *Bon Geldern Groot Gelder Placaatboek door van Loon*. Nymwegen, 1701. III tom. Ueber die Sammlungen der Gesetze in den *Placaatbüchern* s. *Birnbaum* in der *Zeitschrift* I. S. 193. den *Tex encyclopaedia*. p. 431. Merkwürdige Abhandlungen und Mittheilungen von alten Gesetzen sind in den Beilagen zu jedem Stücke der *Verhandelinge ter nasporinge van de Wetten en*

gestelheid onzes vaderlandes door en genootschap te Groningen pro excol. jur. patr. Gron. 1773—1809. VI tom. Der V. Band ist 1828 erschienen und enthält das sehr wichtige Groningerstadtsboek von 1425 mit Commentarien. s. noch über späteres Recht von Groningen Corpus der Groningerrechten. Groning. 1735. Von einzelnen holländischen Stadt- oder Landrechten sind wichtig: Den OverysseL Landrecht van Averyssel door Winhoff, und neue Ausgabe von Chalmot. Campen, 1782. s. auch viel Historisches in Racer OverysseL Gedenkstukken. Campen, 1781. Eine wichtige rechtshistorische Erörterung von Halsoma over den Staaten regerings vorm van Omelanden in den Verhandelingen pro excol. jur. patr. vol. II. p. 1 etc.; v. Seelam Statuten v. 1257. 1290. in Mieris Charterboek. I. p. 203. s. noch Birnbaum im Archiv des Criminalrechts. XII. S. 403. Ein merkwürdiges südholändisches Landrecht von 1303 in Mieris Charterboek. II. p. 1 sq. und in der Sammlung: Korte Beschryvinge, Handvesten van Zuytholland. Dordrecht, 1628. Gereform. Landrecht van Veluven. Arnheim, 1775.; dazu Goris ad Consuet. Veluv. Arnh. 1635. und Schrassert, ad ref. Velav. Harderov. 1719. Landrecht und Gewoonten van Nymwegen, 1765. Rechten, Costumen en Gewoonten der stad Tyel. Tyel, 1660. Reformat. der Landrechten der Grafschap Zutphen. Arnheim, 1655. Generale Keuren der ses hoofdorpen van Waterland. Amstelod. 1746. S. van Leuwen costumen en Handvesten van Rynland. Leyden, 1667. II tom. Keuren der stad Leyden. Leyden, 1583. 1658. Handvesten der stad Leyden verzaameld door Mieris. Leyden, 1759. Costumen der stad Middelburg met aantoeck van Timerman. Middelb. 1771. Costumen der stad Vlissingen, 1765. Landrecht van OverysseL. Dev. 1724. Landrecht van Drenthe, 1713. Handvesten en privilegien van Enchuyzen, 1667. (sehr vollständig und alt). Handvesten van Haarlem. Haarlem, 1751. Handvesten en privil. der steden Alkmar en Hoorn. Enchuisen, 1667. Handvesten der stad Medenblich. Enchuyss. 1667.; besonders wichtig (wegen der trefflichen Commentare und rechtshistorischen Erläuterungen): de Wall Handvesten, Privil., Vryheden, Costumen der stad Dordrecht. VIII vol. Dordrecht, 1783. Statuten en Ordinant van Vriesland. Leuwarden, 1725. Keuren en ordinantien van t'Heemraedschap van Schielant. Rotterdam, 1696. Keuren en privileg. des Lands van Voorne. Rotterd. 1717. Keuren en ordinant. van Gravenhage. Gravenh. 1735. Besonders viel von alten Urkunden und Statuten findet sich in den beschryvinge der Städe; am interessantesten (wegen rechtshistorischen Untersuchungen und Urkunden) ist Beschryving van de stad Briel door Alkemade en Schelling. Rotterdam, 1729. Rooseboom recueil van verscheyde Keuren en Costumen van Amsterdam. Amsterd. 1655. Ueber friesisches Recht s. eben bei S. 19 unter Hannover; und Heltema jurisprudent. frisiae. een Handschrift uit de XV Eeuw. Leuwarden, 1831. 3 vol. In Friesland hatte das römische Recht großes Ansehen und wurde 1521 förmlich als geltend sanctionirt; dagegen weigerten 1504 die Stände die Anerkennung des Lehenrechts: Tex encyclop. p. 423. und dort p. 429. von der Autorität des röm. Rechts in Holland. Für holländisches Recht überhaupt: de Groot Inleiding tot de hollandsche Rechtsgelertheid. Harlem, 1617. Delft, 1652. Amsterd. 1783. Die beste Ausgabe mit Anmerkungen von Simon, van Groenewegen und Schorer. Middelburg, 1767.; wichtig ist hiezu (wegen der guten Urkunden und Berichtigung der Ansichten von de Groot) Vertig rechtsgeleerde Vraagen uit de Inleidinge tot de hollandsche Rechtsgele. door en Genootschap van Rechtsgeleerden. Gravenhage, 1777., und rechtsgeleerde observatien dienende tot opbeldering van verscheide duistere en tot nog toe voor het grootste gedeelte onbeweene passagen uit de Inleiding van de Groot, door Genootschap van Rechtsgeleerden. Gravenhage, 1777. IV tom., und wichtig

(wegen der guten Behandlung deutschrechtlicher Controversen) van der Keessel theses selectae juris hollandici et zelandici ad supplendum H. Grootii introductionem. Lugdun. 1800.; auch gute Notizen in Zerk Codex batavus of kerk en burgerlick Recht van Holland. Delft, 1711. 1764.; reichhaltig an vielen ungedruckten Quellen für germanisches Erbrecht ist: van der Voorn Verhandelingen van het hollandsch, zeelandsch en de westfrieslandsch Versterfrecht (in der Ausgabe von Blondeel). Amsteld. 1774.; ungedruckte alte Urkunden s. in Monumenta Groningana veteris aevi inedita, edit. Driessen. Groningen, 1822. (beginnt mit Urkunden von 1152). Eine holländische Rechtsgeschichte enthält van de Spiegel Verhandeling over den Oorsprong en de historie der vaderlandsche rechten van Holland. Goess. 1769.; auch Oosting de orig. et progr. jur. Drenthini. Harde-rov. 1805., und eine gute systematische Bearbeitung des holländischen Personen- und Familienrechts in Arntsen instit. jur. belgici de conditione comin. Gron. 1783. III tom., und ein neueres Handbuch des holländischen Rechts ist van der Linden regtsgeleerd. Handboek. Amsteldam, 1806. und den Tex encyclopaedia jurisprudentiae. Amstel. 1839. von p. 415 an und dort p. 431 bis 441 das Quellenverzeichnis.

- 6) Zur Rechtsgeschichte der Schweiz gehören: Lerher praelect. de font. jur. patr. Bern, 1748. Zu eidgenössisches Stadt- und Landrecht. Zürich, 1727—46. Dreyer Beiträge zur Literatur u. Geschichte des deutschen Rechts. nr. I. Fente in der Zeitschrift für historische Rechtswissenschaft. III Bd. nr. 6. Bluntschli Staats- und Rechtsgeschichte der Stadt und Landschaft Zürich. Zürich, 1838. 39. (kann als Rechtsgeschichte aller Schweizerkantone dienen, welche alemannisches Recht haben). s. über die verschiedenen Stammesrechte in der Schweiz: Rein Aufsatz in der Zeitschrift. XI. S. 79 ff.; gute rechtshistorische Abhandl. über Schweizerrecht s. in d. Monatschronik der Zürcherischen Rechtspflege. Zürich, seit 1833. X Bände; daran reihen sich die Beiträge zur Kunde der Zürcher Rechtspflege von Schauberg. Zürich, 1840. 4 Hefte. Rechte von Zürich: Richterbuch aus dem XIV. Jahrhundert in helvet. Bibl. Stück 11. S. 13 bis 83., und außer der Sammlung von Zürcher Urtheilen (oben S. 7. not. 21.) noch Gerichtsbuch der Stadt Zürich von 1553. (Dreyer l. c. S. 9.). Samml. der bürgerlichen und Polizeigesetze der Stadt Zürich. VI Bde. 1757—93. s. über d. Rechtbuch von 1553 Bluntschli II. S. 38. Aus einer Sammlung (MS.) von 1670 von alten Entscheidungen entstand 1715—16 Satz und Ordnungen eines löblichen Stadtgerichts Zürich. s. Bluntschli S. 39.; s. noch Samml. der vom großen Rathe zu Zürich gegebenen Gesetze. VI Theile. 1804—14. und neue Sammlung 1821—22. 2 Bände. Eine merkwürdige Sammlung von Statuten des Kantons Zürich ist von Pestalluz vollständige Samml. der Statute des Kantons Zürich. Ir Bd. 38 Hest. 1830—34. Rechte von Bern: Handveste von 1218. (s. oben S. 11.; s. auch Raltzer Geschichte des Bernischen Stadtrechts. Bern, 1794.). Der Stadt Bern alte und neue Sagen von 1539 (MS.); darüber Schnell Handbuch. S. 37—58. Gerichtsfagung von 1614, bearbeitet von J. Stet; erneuerte Gerichtsfagung von 1761. s. Schnell Handbuch des Zivilrechts, mit besonderer Hinsicht auf Gesetze von Bern. Bern, 1811. Zivilgesetzbuch für Bern 1825, mit Comment. von Schnell. Bern, 1825; II. Thl. 1828. Biel für Berner Recht in der Zeitschrift für vaterländisches Recht. Bern, seit 1837. IV Bände. Rechte von Basel: Frei die Quellen des Basler Stadtrechts. Basel, 1830. Der Stadt Basel Ordnungen von 1507. Der Stadt Basel Landesordnung von 1654. Stat. u. Gerichtsordn. von Basel. 1709. 19. Baselerische Landesordn. 1556, Reform und Polizeiordn. Basel, 1737. 50. Baselerische Landesordn., nach den bestehenden Gesetzen zusammengetragen u. erneuert. Basel, 1813. Rechte von Luzern: Altes Stadtrecht von 1252; Stadtrecht der Stadt Luzern. Luzern, 1706. 65. Ein neues Zivilgesetzbuch ist 1839 beendigt. s. hiezu Erläuterungen des bürgerlichen Gesetzbuchs von R. Wysser. Luzern.

III Bde. 1839.; von Zug: Statute von 1566 und 1591. (MS.) Dreyer l. c. S. 22.; von St. Gallen: Handveste von 1291 in Haller Versuch eines krit. Verz. VI. S. 385. Erbrecht des Gotteshaus St. Gallen von 1633. Erbrecht und Satzungen von 1721. Samml. der Gesetze, Dekrete und Beschlüsse der kleinen und großen Räte von St. Gallen von 1817 bis 21. St. Gallen, 1817—21. II Bde.; u. in neuerer Zeit in d. Sammlung der Gesetze; von Solothurn: Vollständige Statuten von 1604, erst gedruckt unter dem Titel: das Stadtrecht von Solothurn. Solothurn, 1817. Der Entwurf eines Civilgesetzbuchs (I. Thl.) ist von 1839.; vom Kanton Glarus: Das Landbuch des Kantons Glarus. Glarus, 1808 bis 1809. II Bde. (beginnt mit Gesetzen von 1448); von Uri: Das Landbuch, oder offizielle Sammlung der Gesetze u. Beschlüsse für Uri, Lucern, 1823; von Appenzell: Landbuch des Kantons Appenzell-Außerehoden, Trogen, 1828., und Landbuch des Kantons Appenzell-Innerehoden, nach der letzten Erneuerung von 1583. St. Gallen, 1828; von Nürten (das sein Stadtrecht v. H. Berthold hat): f. der Stadt Nürten Chronik und Bürgerbuch v. Engelhard. Bern, 1828; dort auch alte Urkunden; von Graubünden: f. Graubündische Grundgesetze. Chur, 1827. Samml. der Urkunden, Statute u. Gesetze des oberen Bundes. Chur, 1827. v. Mehr Gesetzsamml. der 18 Erbrechte von Graubünden. Chur, 1831. Statuti ossia legge municipale della comunità di Boschiavo. Sondrio, 1812 (beginnt mit Stat. von 1388.) Landbuch der Landschaft Davos. Chur, 1831. Landbuch des Hochgerichts Klosters. Chur, 1833. Land-satzungen der Hochgerichte der fünf Dörfer. Chur, 1837. — Satzungen v. Engadin. Chur, 1840. Ueber d. Rechtszustand v. Graubünden f. Wein Auss. in d. Zeitschrift für ausländ. Gesetzgebung. XI Bd. S. 82. — Die zur sogenannten franzöf. Schweiz gehörigen Kantone sind auf kurzund. Recht gebaut. f. Wein Auss. in der Zeitschrift. XI. S. 92. Ueber Rechtsgeschichte jener Kantone: de l'état civil des personnes et de la condition des terres dans les Gaules. En Suisse 1786. 2 vol. Mémoires et Documents publiés par la société d'histoire de la Suisse Romande. Lausanne, 1839. 4 Hefte. Recueil diplomatique du Canton de Fribourg, 1839. 2 Hefte. Mémoires et Documents publiés par la société d'histoire de Genève. Genève, 1841. 2 Hefte. Recht von Waadtland ist gesammelt in Loix et statuts du pays de Vaud. 1615. Boyvo remarques sur les loix et statuts du pays de Vaud. Neuchâtel, 1776. Das Waadtland hat seit 1821 ein auf den Code Napoleon gebautes Gesetzbuch, jedoch mit eigenthümlichen Verbesserungen. Code civil du Canton de Vaud. Vevey, 1821; v. Neuchâtel f. les loix, us et coutumes de la souveraineté de Neuchâtel et Valangin par Osterwald. Neuchâtel, 1785. Privilegien der Stadt Neuchâtel (beginnend a. 1214.) in Recueil d'actes publics relatifs aux institutions de la ville Neuchâtel, 1831, und wichtig über Fortbildung des Rechts Déclarations ou points de coutume rendus par le petit conseil a Neuchâtel, par Matile. Neuchâtel, 1836. f. noch Matile histoire des institutions judiciaires et législatives de la principauté de Neuchâtel, 1838., und Mémoires sur le Comte de Neuchâtel par le Chancelier de Montmolin. Neuchâtel, 1831. 2 vol. Nachrichten über das Schweizerrecht überhaupt in Haller Bibliothek der Schweizergeschichte (VI Thle. Bern, 1785—88.) im 16ten Bande S. 395—472. Ueber die jetzigen Schweizerrechte f. Uferi Handb. des schweizerischen Staatsrechts; hinter der Verfassung eines jeden Kantons. Auch in den einzelnen Kantonen hat fast jede Grafschaft oder jeder ein selbstständig vorhandene Landestheil sein eigenes Recht; z. B. die Stadt Aarau hat ein gesammeltes Stadtrecht (MS.) von 1665; nun existiren aber besonders für eheliche Güterrechte und für Erbfolge wichtige einzelne Rechte, z. B. Lenzburger Grafschaftsrecht von 1557, Erbrecht der Stadt Lenzburg v. 1612, Aargauisches Amtserbrecht von 1605, Erbrecht von Zurzach, Erbrecht von Klingnau, Erbrecht von Kaiserstuhl. Viele Erbrechte und Hofredel finden sich in

der oben erwähnten Zürcherischen Monatschronik. Ueber römisches Recht in der Schweiz s. Frei hinter der Schrift: die Quellen des Basler Stadtrechts. Basel, 1830. *Matile de l'autorité du droit romain etc. dans la principauté de Neuchatel.* Neuchatel, 1838, und Bluntzschli Rechtsgeschichte. II. Thl. S. 319. — Neue Civilgesetzbücher gesten in der Schweiz im Aaargau, Bern, Luzern, (s. oben) in Freiburg: Code Civil du Canton de Fribourg. Bis jetzt 3 Thle. 1840, und im Kanton Tessin: Codice civile della repubblica del Ticino. Bellinzona, 1837. In Genf gilt der französ. Code civil.

- 7) Zur Rechtsgeschichte: Marina ensayo historico critico sobre la antigua legislacion y principales cuerpos legales de los reynos leon. Madr. 1808, vermehrte Ausgabe, Madrid, 1834, in 2 Theilen. Dies Buch wurde heftig angegriffen in einem Werke: *Tratado sobre la confirmacion de los obispos.* Cadix, 1813. (s. dagegen Marina. vol. II. p. 56.) Breyer de justitia Arragon. fragm. Jen. 1800, und Ensayo histor. critic. sobre la legislacion de Navarra por D. M. de Zuaznavar. St. Sebast. 1827. III vol. Die spanische Gesetzg. gründet sich auf die Lex Wisigothor. (s. oben S. 4); diese dauerte in Spanien bis ins XII. Jahrhundert fort. (s. Marina ensayo p. 28—33. 110. Llorente in dem Werke: *Leyes del fuero juzgo* p. 19), aus der Lex Wisigoth. entstand der fuero juzgo (liber judicium). Llorente *leyes del fuero juzgo o recopilacion de las leyes de los Wisigodos espanoles.* Madr. 1792, u. Hauptausgabe die oben S. 4. not. 32 von der Akademie in Madrid 1815 besorgte. s. noch Türk in der oben genannten Schrift; der fuero juzgo ist die alte spanische Uebersetzung der lex Wisigoth. Türk l. c. S. 21. Neuspanische Uebersetzung in *foris antiquus Gothor. regum Hispaniae olim liber judicium auct. Alf. a Villadiego.* Madr. 1600, von libro juzgo de Leon. Türk S. 19. Sehr früh erhielten die spanischen Städte besondere Statute (Fueros); Fuero von Leon schon von 1020, und der von Naxera gleichzeitig. Sepulveda von 1076 (in romanischer Sprache aus 253 Kapiteln), von Logrono von 1133 (s. darüber Marina ensayo vol. I. p. 123—196. Vorzüglich finden sich jetzt alte Stadtrechte, z. B. von Nagera, Estella, Logrono, San Sebastian im Anhang zum oben angeführten Werke von Zuaznavar. Manche dieser Fueros wurden Provinzialfueros; hier ist besonders wichtig der fuero viejo di castilla, auch oft fuero de Burgos genannt, es war die Absicht, diesen fuero allgemein für Castilien zu machen. s. Marina ensayo p. 162, und el fuero viejo de Castilla, public. por J. de Asso y del Rio, y D. Miguel de Manuel y Rodriguez. Madr. 1771. Dieser fuero viejo wurde später oft noch bestätigt Marina p. 167.; aber nur für Castilien; in Leon galt der alte fuero juzgo fort. Jede Provinz hatte ihre eigene Gewohnheitssammlung und eigene Fortbildung des Rechts. Wichtig von Navarra ist die Gesetzgebung von Sancho el Sabio (s. Zuaznavar l. c. vol. II. p. 132.) und besonders der Codice foral de Navarra. s. darüber Zuaznavar vol. III. p. 67 etc. Eine allgemeine Gesetzgebung begann unter Ferdinand III., erst zu Stande gebracht unter Alfons dem Weisen; daraus ging das Gesetzbuch unter dem Namen: *Siete partidas* hervor (1254—56), mit Hülfe der mit römischem Recht schon vertrauten Juristen, z. B. Jacob Ruiz, Gonzalo Garcia. (s. überhaupt Marina ensayo vol. I. p. 350—372.) Älteste gedruckte Ausgabe Sevilla, 1491, oft glossirt besonders von Lopez. Die besten Ausgaben: *Las siete partidas del rey Alfonso glossadas*, par Lopez. Valencia, 1767. Madrid, 1789. IV vol., und *siete partidas cotejados con varios codices antiguos por la real academia.* Madr. 1807. III vol. Neben diesen sind wichtig die *Provincialfueros*: constitut. y altres drets de Cathalunya. Barcell. 1704. III vol. Fuero del regno de Valencia. Valenc. II vol. 1548. 1607. *Fueros de Aragon.* Zaragoza, 1517. *Fueros y observancias de las costumbres del regno de Aragon.* Zaragoza, 1576. *Fueros summa de todos*

los fueros y observ. Sarag. 1589, und sehr bedeutend hiezu M. de Molino repertor. foror. et observant. regni Aragon. Saragossa, 1585 (alphabetisch). Von dem Könige Alfons ist auch der zur Verdrängung der Stadtrechte und als Sammlung derselben bestimmte fuero real v. 1251. Fuero real, que hizo el noble rey Alfonso. Burgos, 1533. (s. darüber Marina ensayo p. 359. Dies Gesetzbuch heißt auch oft fuero de las leyes). Fuero real glosado dor Díaz de Montalvo. Salamanca, 1569, und Hauptausgabe Madrid, 1781. II vol. Eine Privatsammlung des Rechts ist das Buch: Especulo de fueros; s. Marina p. 351. Einzelne Städte und Gegenden haben besondere Privilegien-sammlungen, z. B. Aureum opus regalium privileg. civit. et regni Valenc. Valenc. 1515. Ordinacions y sumari dels privilegs consuetuts y bons usos del regne Mallorca. Mallorca, 1663. Der Rechtszustand im XIV. und XV. Jahrh. wurde durch die Masse von Gesetzen sehr erschwert; es begannen nun die einzelnen Gesetze; zu Sammlungen dieser Gesetze gehören: das ordenamiento d'Alcala von 1348 und die leyes de Toro von 1505. Marina II. p. 184. 227. Eine wichtige Sammlung entstand von dem Juristen Alfonso de Montalvo, gedruckt 1492. Marina p. 181. Die späteren spanischen Gesetze, gesammelt in der Recopilacion (nach dem System der siete partidas geordnet). Die erste Recopilacion ist von Philipp II. von 1567. Recopilac. de las leyes destos reynos hecha por mandado del Rey Philippe. Madrid, 1723. IV. vol. Madr. 1777. VII vol. Suplemento a la colleccion. Madr. 1799. Nueva recopilacion. Madr. 1569. 1640. 1772. 1798. 1806. Nuevissima Recopilac. 1815. 1817, wichtig über den Geist der Recop. Marina juicio critico de la nueviss. Recop. Madrid, 1820. Zur Literatur: Sotelo histor. del. derecho real de Espanna. Madrid, 1738. Mayuno y Rebes proemiales de la jurisprudenzia su origen y progrescos. Madr. 1767. III vol. Instituciones del derecho civil de Castilla do Jordan de Asso y del Rio y Rodriguez. Madrid, 1792. 1806, und english, weil spanisches Recht in den Kolonien gilt, z. B. in Trinidad in Johnston instit. of the civil law of Spain. Lond. 1825. Franchau themidis hisp. Arcanna, jurium legumque ortus, progress. Hannov. 1793. (ist ein Plagiat. s. darüber auch Zurf I. c. S. 9). Ritter de foro antiquo Gothor. regnum Hispan. Vit. 1770. Biener comm. de orig. et progress. legum. vol. I. P. II. p. 110. Apuntamientos sobre las leyes de partida al tenor de leyes recopilados por Berni y Catala. Valenc. 1759. II vol. s. noch Curia Philipica por Juan de Hevia Bolanos. Madrid, 1797. Ilustracion del derecho real de Espanna por Juan Sala. Madrid, 1834. 2 vol., und wieder Paris, 1837. s. noch über Geschichte des spanischen Rechts: Tejada in der Zeitschrift für ausländische Gesetzgebung. XI. S. 386.

- 8) Das portugiesische Recht fällt in der früheren Zeit zusammen mit dem von Spanien. Das westgothische Gesetzbuch dauerte bis ins XI. Jahrhundert fort. s. Melli Freirii histor. jur. civil. p. 34.; vorzüglich aber Amaral in den memorias de literatura portugeza vol. VII. p. 61—104., wo er das Verhältniß des portugies. Rechts unter maurischer Herrschaft schildert (p. 155—61). Beweise der Fortdauer des westgothischen Rechts noch in Urk. von 1087. 1095. Auch in den Städten finden sich schon frühe Statuten (Foral) und Privileg., z. B. Foral de Soure von 1081, Thomas von 1162, Pombal 1176. s. Memorias della literatura vol. V. p. 89. vol. VII. p. 162. s. noch Melli Freirii p. 40. Auf den Versammlungen der Cortes kamen schon allgemeine Gesetze zu Stande; wichtig sind die der Cortes de Lamego von 1143. — Von den Gesetzen der einzelnen Könige 1211. 1231. Dionys 1291. Petrus I. (Melli Freirii p. 45—77 unter Johann I. 1385) wurde von Johann ab Aregis eine Sammlung des Justinian. Codex gemacht. Von Johann I. stammt auch 1423 die berühmte lex montalis (Melli Freirii

Dänen ⁹⁾, Isländer ¹⁰⁾, Schweden ¹¹⁾, Norweger ¹²⁾, Polen ¹³⁾,

p. 79). Die Samml. der Geseze begann unter Johann I., unter Alphons V. vollendet (durch Ruy Fernandez) 1447, aus V Büchern, unter Emanuel. Diese Gesezsammlung (nach Ordnung der Decretalen gemacht) ist höchst wichtig wegen ihrer Vollständigkeit. Umarbeitung dieses Eoder, gedruckt Olisponae, 1514; neue Sammlung unter R. Sebastian 1569, gedruckt 1570; vollständiger erst unter Philipp II. 1595, gedruckt 1603. Hauptausgabe des Philippischen Eoder 1747; s. darüber *Memorias* vol. II. p. 46. Hauptsamml. *colleção de legislação antiqua e moderna do reino de Portug.* Coimbra, 1797, u. die beste Sammlung d. Geseze von Alfons V. in *Ordenações de Senhor Alfonso V.* Coimbra, 1792. V vol. Ueber Geschichte des röm. R. in Portugal: Figueiredo in den angef. *Memorias* vol. I. p. 258 und vol. V. p. 377. Zur portugies. Rechtsliteratur s. *Synopsis chronolog. de subsidios ainda os mais raros para a historia e estudo critico da legislação por J. A. de Figueiredo.* Lisboa, 1790. *Dissertações chronol. a historia e jurisprudencia eccl. e civil de Portugal publicadas por ordem da Academia pelo suo socio Ribeiro.* Lisboa, 1810—13. III vol. *Indice chronolog. remiss. da legislação portugesa, posterior a publicação do Código Filipino, por Ribeiro,* Lisboa, 1805—20. VI Thle. Vorzüglich viele Abhandl. in *memorias de literatura portugesa*, publicadas pela academia di Lisboa. Lisboa, 1792—1812. VIII vol. *Documentos para a historia da legislação portugesa pelos socios da Academia Joa Ribeiro e Joquin. de Santo Agost. de Brito. Galvao.* Lisboa, 1814. *Synopsis chronol. de subsidios uinda os mais raros para historia e legislação portug.* por Jos. Figueiredo. Lisboa, 1809. II vol. *Melli Freirii histor. jur. civ. lusit.* Olispon. 1794. *Melli Freirii instit. jur. lusit.* 1794.

- 9) Zur Rechtsgelehrsamkeit und Literatur: Dreyer Beitr. zur Literatur der nordischen Rechtsgelehrsamkeit. Hamb. 1794. S. 16—56. Grimm in der Zeitschr. für geschichtl. Rechtswissenschaft. III. Thl. Schildener Bemerk. zur Abh. Grimms. Greifswalde, 1818. Paulsen über das Studium des nordischen Rechts und des dänischen insbesondere. Kiel, 1826. Ancher farr. legum danic. Haf. 1776. Hennings de leg. danic. antiq. Alt. 1736. *Westphalen monum. ined.* vol. III. praef. p. 6. 9. 44. R. Ancher Danst Lowhistorie. Kiöbenh. 1769. II Thle. R. Ancher samlede juridiske Skrifter udgiver af Profess. Schlegel og Ryerup. Kiöbenh. 1808. III Thle. Rosenvinge Grundriss af den Danste Lowhistorie. Kiöbenh. 1822. II Thle., übersetzt u. mit Anmerk. von Homeyer. Berlin, 1825. — Rechtsquellen: *Canuti Magni jus aulicum* (gesammelt 1035) in *Langenheck script. rer. Dan.* III. p. 180, und von Resenius herausgegeben 1672; s. noch Rosenvinge übers. S. 43. Dänisches Gesezbuch von Christian V., gedruckt 1683, deutsch übers. Kopenh. 1699. *Schönische Geseze von 1158—63*, lateinisch nach der Bearbeitung von Sunesen in *Westphalen mon.* IV. p. 2029. *Seeländisches altes von 1170.* Anders Danst Lowhistorie. I. Thl. S. 527—543, vermehrt von Erich VII. Anders faml. jurid. Skrifter. I. Thl. S. 271; ein Theil übers. in Dreyers Beitr. zur nord. Literatur. S. 111. 150. Kong Erich Sjællandste Low med Inledning Oversættelse (von Rosenvinge besorgt). Kiöbenh. 1822. — Ueber die Frage: ob die Geseze Canuts d. Großen v. 1021 (die oben not. 2. angeführte Schrift von Rosenvinge) auch in Dänemark gegolten haben? s. Münters Gesch. der Einführung des Christenthums. S. 420. Ueber die alten haraldinischen Geseze s. Abhandl. im Staatsbürgerl. Magaz. IV. Bd. S. 417. Dänische Stadtrechte in *Westphalen mon.* IV. p. 1780—1876, und Ancher farr. leg. antiq. Dan. p. 185—208. s. noch Rosenvinge S. 47, auch S. 163.; vorzüglich *Samlings of gamle danske love danske Gardsretter og Stadsretter med Indledning udgivne af Kolderup Rosenvinge.*

- Kjöbenhavn. 1827—37. I—III Hfte. Vom jütischen Lawbuch schon oben bei Schleswig, s. noch Resenwinge, S. 158. Ueber Larjens Beitr. zur Gesch. der altdänischen Provinzialrechte Paulsen in der Zeitschr. für ausländ. Rechtswissenschaft. I. Thl. S. 476. Hauptwerk Versted Haandbog over den Daneske og norske Lovbundighed. Kopenhagen. VI Bände.
- 10) Altes isländisches Gesetzbuch, 1120 gesammelt, welchem schon frühere Gesetze vorhergingen (Grimm in der Zeitschrift. III. S. 104—6); verm. 1280; dänisch 1763 in Kopenhagen gedruckt. s. noch Dreyer in Vibra Journal von und für Deutschl. 1790. 8tes Stück, S. 125. Sueins Solvasyne comp. jur. island. Hafn. 1754. Oetarding Abb. von den isländischen Gesetzen. Hamb. 1748. M. Stephensen comm. de legibus quae jus islandicum hodiernum efficiant. Havn. 1819. Das älteste (1118) isländische Gesetzbuch, die graue Gans genannt (s. Dreyer Beitr. zur Literatur S. 99, s. Paulsen S. 36, Auszüge von Michelsen in Falks Cranien nr. 9. 21.) erschien unter dem Titel: Codex juris islandorum antiquiss. qui nominatur Grogas (mit Vorrede von Schlegel). Havn. 1829. II. vol. s. darüber Journal des Savans 1831. April- und Maiheft, und Homeyer in Berliner Jahrb. 1832. S. 423.
- 11) Messenii leg. Suecor. Gothor. Stockholm, 1614. Loccenii reg. Suecor. leges. Lond. Scan. 1675. Stiernhock de jure Sueon. et Goth. vetusto. Holm. 1672. Kührs in der allgemeinen Weltgeschichte Bd. 63. S. 144. Gesetze: Es bestanden mehrere gothische Landrechte, dahin Uplandslagh, gegründet auf alte Gesetze, revid. vom König Birger im J. 1295; ins Latein. übersetzt v. Loccenius: Jus vetus uplandicum quod Birgerus 1295 recogn. latin. a Loc. illustr. Radbek. Ups. 1700; altes weßgeth. Gesetz (Landslagh v. 9—12ten Jahrh.), gedruckt 1663 und in Legum Westrogoth. in Suionia liber. lat. a Loccenio, ed. Radbek. Upsal. 1692. Codex Westrogoth. ex bibl. reg. edid. Bring. Lund. 1818. Ostgetha Laghen (v. 1168—1260). Stockh. 1667. Recht der Insel Gothland: Schildener Guta Lagh, d. h. der Insel Gothland altes Rechtbuch. Greifsw. 1818. Aus den alten Landrechten entstand dann Swerikes Rikes Landslagh von 1442, von Messenius lateinisch edirt. Stockh. 1614. Das geltende R. ist von 1734, latein. Holm. 1743, deutsch 1736. Die alten Landrechte, gesammelt in Corp. jur. Sueogothor. antiq. vol. I. Codex jur. Westrogoth. cum gloss. utigsen af Collin och Schlyter. Stockh. 1827. Es bestanden auch viele alte Stadtrechte (s. B. von Hellinberg), gesammelt und verarbeitet in Swerikes Stads-Lagh 1618. Sueciae regni leg. civil. ant. civit. a Loccenio lat. Lund. 1675. Eine neue Sammlung der schwed. Gesetze ist das Corpus Juris Sueogothor., edit. Collin et Schlyter. Stockholm, 1827. 1830. II Bde. Ueber Rechtszustand in Schweden: Ziemsen in d. Zeitschrift für ausländische Gesetzgebung. XII. nro. 21. XIII. nro. 3.
- 12) Gulathingelov (940 von Hakon Adelsveen); Guloeatingslov (Verbesserung des vorigen 1274 von König Magnus); Frostathingelov (aus dem XII. Jahrh. v. Hakon Hafensson), das rev. Gulathingelov von König Magnus Hagens (Lagabüter) 1274 ist gedruckt: Regis Magni legum reform. leges Gulathingenses sive jus magnum com. Norwegie. Hav. 1817 (dort in der Vorrede S. I—LX. Geschichte und Literatur); von H. Magnus erging auch Hird'skraa (ein Recht der Ministerialen) von 1273, herausg. von Hefenius unter dem Titel: Jus anticum ant. Norwag. Hav. 1673. s. noch Thorkelin analecta quibus histor. antiq. jura regn. Norveg. illustr. Havn. 1778. Samml. norweg. Gesetze in Pans Samml. af gamle Norske Love. Kjöbenh. 1751—53. III Bde.
- 13) Auch dort hat der Sachsenspiegel Ansehen. Wiener comm. de orig. P. II. §. 21. p. 75. Meiser über Aufnahme d. Sachsrechts. S. 4. Handthe de studio juris Polonic. Vratisl. 1806. §. 28. und v. Rappst. II. III. S. 716. Auch Magdeburg, und Culm. Recht gehört dahin. — Vom polnischen Recht: Zur poln. Rechtsgesch. s. in der Vorrede der Leges, statuta, constit. Vratisl. 1732. Bröcker Beitr. 3. Kenntniß

und zum Theil der Russen ¹⁴⁾, Ungarn ¹⁵⁾ und der illyrischen

des polnisch. Rechts. Berlin, 1797. Wichtig Maciejiowski Geschichte der slavischen Gesetzgebung. Warschau und Leipzig. III Thle. 1830—34, deutsch (bisher I. Thl.) übersetzt von Busz unter dem Titel: Slavische Rechts- gesch. Stuttg. 1835. II. Thl. 1836. III. Thl. 1839. Sammlungen: Statuta regis Casimiri 1347. Oelrichs liber vetustiss. rarissimarum- que const. et stat. regn. Pol. Palaeo. Stettin, 1768. Statuta regni Polon. mand. Alexandri. Cracov. 1506 (vom Reichskanzler Lascki). Statuta Cracov. 1563 (von Juskein); das Hauptwerk: Leges, statuta, constitut., privil. regni Pol. Varsav. 1732—1782. vol. VIII. (siehe überhaupt v. Kamph Rat. Rechte. III. S. 705—7) Von den Versuchen, ein eigenes Civilr. für Polen zu geben (siehe 1613), s. v. Kamph S. 708. Handb üher: a Lasko commun. Polon. regn. privil. Cracov. 1506. (s. noch v. Kamph S. 703.) Hauptwerk: Prawo cywilne, von Ostrowskiego. Vars. 1784. 1787; deutsch: Civilrecht der polnischen Na- tion (übersetzt von Bröckler). Berlin, 1797. II Thle. Lelewel ur- sprüngliches Civil- und Strafrecht Polens bis zu den Zeiten der Jagellonen. Warschau, 1828., und in einem Auszuge: Essai historique sur la Legislation polonaise civile par Lelewel. Paris, 1830.

- 14) Vorzüglich wichtig ist das von Jaroslaw (1019—1054, größtenth. deutsche Gewohnheiten enthaltend) gegebene Gesetz, Prawda genannt. s. Büsching Abh. von und aus Rußland. I. Stück. nr. 3. Schmidt-Philfeldt Rat. zur russischen Geschichte. I. Bd. S. 19; am besten Karamsin Geschichte des russischen Reichs. Riga, 1820. II. Bd. S. 34—52. und Ewers das älteste Recht der Russen. Dorpat, 1826. Dort S. 259 die ursprüngliche Prawda abgedruckt, und S. 305. die Erweiterung der Prawda und S. 312 die Prawda des XIII. Jahrhunderts. Sehr wichtig ist das alte Stadtprivilegium (sehr ausführlich) für Nowgerod. s. Behrmann de Gra van Neugarden. Kopenhagen, 1828, und dazu Falk im Staatsbürgerl. Mag. IX. Bd. nr. 17. s. auch Neuz russ. Rechtsgesch. I. S. 109. Eine gute russische Rechtsgeschichte ist v. Neuz Verj. über die geschichtliche Ausbil- dung der russischen Staats- und Rechtsverfassung. Wiltau, 1829. II Bde. s. eine kurze russische Rechtsgesch. in V. Foucher Code civil de l'empire de Russie in der Einleitung. Das geltende russische Landr. (gesammelt 1647), lateinisch in Moscoviano, deutsch herausgege- ben von Struve; allgem. russ. Landr., wie solches auf Befehl des Zaar Alekei Michailowicz zusammengetragen worden. Danzig, 1723. Dies Landrecht von 1647 ist unter dem Namen Moschenie bekannt. s. über Ab- fassung und Geist von Neuz Gesch. II. S. 359. Ein Repertor. der seit 1710 erlassenen russ. Verordn. (deutsch) hat man in v. Bunge Repert. d. russ. Gesetze und Verordn. für Lief-, Esth- und Kurland. Dorpat, 1823— 1826. III Thle. Ueber die neuesten legislativen Arbeiten in Rußl. u. die russ. Pandekten Precis des notions hist. sur la formation du corps des loix russes. St. Petersb. 1833. Das in den auf Befehl des Kaisers bearbeiteten russischen Pandekten befindliche gesammelte russische Zivilgesetz- buch ist übers. in V. Foucher collect. des loix civiles, commerciales vol. VIII. Paris, 1841. Das Recht der Ostseeprovinzen hat eine (auch für den Germanisten wichtige) Bearbeitung gefunden an v. Bunge das liv- und estländische Privatrecht Dorpat, 1838. II Thle. — Man muß hier das Landrecht von dem Stadtrecht unterscheiden. Die Quellen des ersten bilden die einheimischen Quellen und zwar die Lehen- und Rit- terrechte. Man unterscheidet dabei (über seine Uebereinstimmung mit Sachsenspiegel: Bunge über den Sachsenspiegel als Quelle des mittleren und umgearbeiteten livl. u. estl. Ritterrechts. Riga, 1827.) das ältere (aus 67 Art. aus dem Waldemarischen Lehenrecht v. 1316.), das mittlere (aus Ende d. XIV. Jahrh.), d. umgearbeitete (aus d. XV. oder XVI. Jahrh.), s. Oelrichs das rigische Recht und das gemeine jüthtische Recht, im Recht v. Riga. Bremen, 1773. Schwarz in Supels neuen nordischen Miscellen

Provinzen ²⁶⁾ viele Aufschlüsse für deutsches Rechtsstudium gewähren.

§. 44. [§. 40.] Literatur des deutschen Privatrechts.

Die hieher gehörigen Schriften beziehen sich entweder a) auf deutsches Privatrecht überhaupt, und enthalten Lehr- oder Handbücher ²⁷⁾,

und Riga, 1794. Übers des Herzogthums Esth. Ritter- und Landrecht. Dorpat, 1821. v. Bunge Beiträge zur Kunde der liv., esth. und curländ. Rechtsquellen. Dorpat, 1832. Außerdem gelten Rechtsquellen aus der Zeit der schwedischen Herrschaft (Bunge das liv. und esthl. Recht. §. 7.) Esthland erhielt in der schwedischen Zeit das oben angeführte esthländische Landrecht. — Vorzüglich wurde später das russische Recht Rechtsquelle (Bunge l. c. §. 11.); allein die Gränze der Anwendbarkeit ist sehr bestritten (Bröckers Jahrbücher für Rechtsgel. in Russland. II. Bd. S. 30.) Die bürgerlichen Gesetze sind nicht anwendbar. (Bunge §. 12.) — Hülferecht ist das gemeine deutsche Recht (und in so fern auch der Sachsenspiegel) und römisches Recht (Bunge das röm. Recht in den deutschen Ostseeprovinzen. Dorpat, 1833., und Rütchel in den Erörterungen aus d. livl. Rechte (s. unten) Heft II. nro. 7. und III. nro. XI.; über Anwendung der deutschen Rechtsgesetze s. dort Heft III. nro. 12.). Die Städte in Livland haben wieder ihre eigenen Quellen, insbesondere Riga (Bunge §. 18.), wo das oben von Veitrichs herausgegebene rigische Recht (d. alte aus d. XIII. Jahrh., d. geltende 1673 gesammelt) gilt. In Esthland gilt in Rival d. Livische Recht. (Bunge §. 19.) Von Curland: statuta Curlandica in Nettelbladt fascic. rer. Curlandic. Rost. 1729. s. noch über liv. und esthl. Recht Bröckers Jahrbücher für Rechtsgel. in Russland. Riga 1822–24. II Bde. (Rudendroch) Sammlung der Gesetze, die das heutige livländ. Recht enthalten. Mitau, 1802. Riga, 1821. II Bde. Theor. prakt. Erörter. aus den in Liv., Esth. u. Curland geltenden Rechten von v. Bunge und Madai. Dorpat, 1839, bis jetzt 4 Hfte.

- 15) Auch in Ungarn galten bei der sächsischen Kolonie sächsische Rechte; siehe Stat. jur. municip. saxon. in transilv. primum opera Fronii. 1583, edita nunc rec. Sibin. 1721, deutsch 1726. Vom ungarischen Recht überhaupt: Steph. de Werheus (Werhöcz) opus tripart. jur. consuet. regn. Hung. Tyrn. 1696. Werhoczius illustr. Budae, 1822. Monument. veter. legis lat. hung. nunc prim. detect. vulg. Kovavich. Claudiop. 1815. E. Kelemen inst. jur. priv. hungar. Pest, 1814. Jung Kurzgef. Darstell. des ungar. Privatr. Wien, 1817. III Bde., neue Aufl. 1827. Jung jus priv. pers. regn. Hungar. Pest, 1827. Frank princ. jur. civ. hungar. Pest, 1827. Wenzel de fontib. jur. priv. hungar. Pest, 1836. Benosich repert. jur. publ. privat. et crim. hung. Pos. 1822. s. über ungar. R. Schund Jahrbücher XII. Bd. 26 Hft. Seite 115. Ueber ungarische Gesetzgebung s. Notizen über Ungarn v. Droß. Leipzig, 1835. S. 241. Ueber Fortbildung in neuerer Zeit Droß Ungarns gesetzgebender Körper auf dem Reichstag von 1830. Leipzig, 1831. II Tbl. und Droß Gesetzkartikel des ungar. Reichstags von 1836 und von 1840. Preßburg, 1840.

- 16) Es ist dies das Recht slavischer Völker und Mischung mit italiänischem Rechte. Statut. 3. B. v. Zara, v. Trau kommen schon im XIV. Jahrh. vor, s. v. Reng Verfassung und Rechtszustand der dalmatischen Küstestädte. Dorpat, 1811.

- 1) s. oben §. 36. not.

oder Sammlungen von Abhandlungen ²⁾, oder b) auf einzelne Theile des Privatrechts, insbesondere Handels- und Seerecht ³⁾.

- 2) Schottelius de singul. quibusd. jurib. in German. Frcf. 1671, und Werner, Geriken, Schottelius illustr. et cont. Lips. 1718. Hofmann obs. jur. germ. Frcf. 1738. Heumann opusc. quibus var. jur. german. hist. arg. explic. Norimb. 1747. Heumann exerc. jur. univ. IV vol. 1749. Struben obs. jur. et hist. Hannov. 1769. Heineccii antiquitates germ. jurisprudent. patr. illustr. Hafn. et Lips. 1772. III. vol. Struben Nebensünden. Hannover, 1742. VI Theile. Dreyer Sammlung verm. Abhandl. zur Erläut. der deutschen Rechte und Alterth. III Bde. Kistof, 1754. Dreyers Beiträge zur Literatur u. Geschichte des deutschen R. Lübek, 1793. Dreyers Miscellan. oder kleine Schriften über einige Gegenstände des deutschen R. Lübek, 1784. Gruppen discept. forens. cum observat. Lips. 1737. Observ. rer. agrar. German. Hannov. 1758. Gruppen observ. rer. et antiq. Halae, 1763. Gruppen deutsche Alterthümer. Hannover, 1746. Selchow elect. jur. germ. publ. et priv. Lips. 1771. Selchow Magazin für die deutschen Rechte und Geschichte. Göttingen. II Bde. 1779. Tresenreuter syllog. sel. obs. jur. germ. Gott. 1761. Eberhard Beitr. zur Erläut. des deutsch. Rechts. Frankfurt. 1769. Estor auserlesene kleine Schriften. Sießen, 1734; und neue kleine Schriften. Marburg, 1761. VI Stücke. Senkenberg meditat. ex univ. jure et histor. Giess. 1740. v. Tröltzsch Anmerk. und Abhandl. in verschied. Theilen der Rechtsgesch. Nördlingen, 1775. Schröter vermischte juristische Abhandl. zur Erläut. des deutschen Privat- und Kirchenrechts. Halle, 1785. II Bde. Sickenkess jurist. Magazin. Jena, 1782. II Bde. Dessen neues juristisches Magazin. Ansbach, 1784. Derselben Beiträge zum deutschen Recht. Nürnberg, 1786—1790. VI Bde. v. Sönderode sammtl. Werke, herausgegeben von Pöfelft. Leipzig, 1787. II Bände. Jangen Beiträge zu dem deutschen Rechte. Sießen, 1788. II Bde. Rufaus Beiträge zum deutschen Rechte. Frankfurt. 1801. Pöfse Abhandl. einiger vorzüglichsten Gegenstände des deutschen Staats- und Privatrechts. Leipzig, 1802—4. Spangenberg Beiträge zu den deutschen Rechten des Mittelalters, vorzüglich zur Kunde und Kritik german. Rechtsbücher. Halle, 1822. Spangenberg Beiträge zur Kunde der deutschen Rechtsalterthümer und Rechtsquellen. Hannover, 1824; und in der oben bei der Schweiz angeführten Monatsschrift für Zürcher Rechtspflege und vorzügl. in d. Zeitschrift für deutsches Recht u. deutsche Rechtswissenschaft v. Heyser u. Wilsa. Leipz. 1840 u. 41. bis jetzt V Bde. Manches für deutsches Recht findet sich in den Repertorien, z. B. Heilfeld repert. real. pract. jur. priv. Jen. 1753—62. IV vol., und in den Sammlungen der Urtheile und praktischen Beobachtungen, z. B. Struben rechtl. Bedenken. V Theile. Hannover, 1761; neue Ausgabe von Spangenberg. Hannover. III Theile. Pufendorf obs. jur. univ. quib. praecip. res jud. sum. trib. Hannov. 1744. IV vol. Bülow und Hagemann pract.örter. aus allen Theilen der Rechtsgelehrsamkeit, hin und wieder mit Urtheilsprüchen. 1798—1818. VIII Bde. und fortgesetzt von Spangenberg. Schorch nov. collect. respons. et sent. select. etc. Erf. 1798. Meditationen über verschiedene Rechtsmaterien von zwei Rechtsgelehrten. Hannov. 1789—1802. XI Bde.; und treffliche deutschrechtliche Abhandl. in Pfeiffer practisch. Ausführungen aus allen Theilen der Rechtswissenschaft. Cassel, 1825—41. VI Theile.; und die bei den Quellen der einzelnen Partikularrechte angeführten Kind, Canegieser, Gottschalk, Klein. Von Zeitschriften für deutsches Recht s. Zeitschrift für geschichtliche Rechtswissenschaft, herausgegeben v. Savigny, Eichhorn und Oßchen. Berlin, 1815—28. VIII Bde. v. Dalwigk Crania zum deutschen Privatrecht. I. Heft. Heidelb. 1815—28. 3 Hefte. Vom 2ten Hefte an ist Halk der Herausgeber. Hieher auch

- Wetteravia, herausgegeben von Richard. Frankfurt, 1828. I. Thl.; auch Vieles in dem staatsb. Magazin v. Falk, Schleswig (wird fortgesetzt), und in der von Wittermaier und Zacharia herausgegebenen Zeitschrift für ausländ. Gesetzgeb. und Rechtswissenschaft. Heidelberg, bis jetzt XIII Bde.; vorzüglich gehört hieher die oben genannte Zeitschrift für deutsches Recht.
- 3) Eine gute Literatur des Handelsrechts befindet sich in Pardessus cours de droit commercial. (II. edit.) vol. I. P. XVII—CCXL. Stracca mercat. juris peritus. Lugd. 1556. 1669. Lauterbach de jure in curia mercator. usitato. Tub. 1655. Bellonius decision. rotae Genuens. de mercatura. Venet. 1552. Frzf. 1592. Cotrugli della mercatura. Venet. 1573. Roccus responsa de mercatura et de assecur. de navib. Neapol. 1665. Analdi discours. de commercio. Genev. 1698. Casaregis discours. de commercio. Flor. 1719. Hevia-Bolano laberinto de Comercio terrestre y naval. Madrid, 1610. Jorio Giurisprudenza di commercio. Napol. 1799. IV vol. C. Molinai tractatus commercior. contr. monet. Paris, 1698. Scaccia de commerc. et cambio. Col. 1758. Marquard de jure mercat. et commerc. Frzf. 1662. Marperger neu eröffnetes Handelsgericht, oder wohlbestelltes Commerciencollegium. Hamburg, 1709. Casaregis disc. de commerc. Ven. 1737. Savary parfait negotiant. Paris, 1675. II. vol. 1760. Musäus Grundsätze des Handlungsrechts. Hamb. 1785. 1790. 1817. Lebethan Grunds. des Handelsr. Leipzig, 1796. Köfig kurze Darstell. d. Leipz. Handelsr. Leipz. 1796. Weillöder Entwurf eines allgemeinen Handelsrechts. Frankf. 1803. Martens Grundsätze des Handelsrechts, insbesondere Wechselrechts. Göttingen, 1797. 1805. 1819. Sonnenleithner Lehrbuch des österr. Handels- u. Wechselrechts. Wien, 1820. Schunk das preuß. Handels- und Wechselrecht. Elberfeld, 1820. II Bde. Leuch's Handelsrecht. Nürnberg, 1821. Jacobsen neue Samml. handelsrechtl. Abhandl. Altona, 1823. Bender Grundsätze des deutschen Handelsr. nach den besten Hülfsmitteln. Darmstadt, 1824. I. Bd., II. Thl. 1828. (Wechselrecht). Fischer Lehrbuch des österreich. Handelsr. Wien, 1828. Pöhl's Darstellung des gemeinen deutschen und Hamb. Handelsrechts. Hamb. 1828—1833. IV Bde. Micus Grunds. d. preuß. Handlungsrechts. Berlin, 1834. Wörterbücher für Handelsrecht: Savary dictionn. de commerce. Paris, 1741. III tom., 1766. V tom. Azuni dizionario univ. raglion. della giurisprudenza mercantile. Nizza, 1786. Baldasseroni dizzion. della giurisprud. mercantile. Firenze, 1810 II vol. Daubanton dictionn. du Code de commerce. Paris, 1818. II vol. Zeitschrift für deutsches Handelsrecht ist: Archiv für d. Handelsrecht, herausgegeben von einigen Hamburg. Rechtsgelehrten. Hamb. 1819. II Bde. Hieher auch Rechtsfälle aus dem Gebiete des Handelsrechts, mit Entscheidungen des Hamburger Handelsgerichts. Hamb. 1837. III Thle. Corso di diritto commerciale dell avvocato G. Marré Firenze, 1838. Thöl das Handelsrecht als gemeines in Deutschland geltendes Privatr. Göt. 1841. I. Bd. Für französisches Handelsrecht: Boucher instit. commercial. Paris, 1801 u. 1810. Boucher manuel des negocians ou Code commercial. Paris, 1808, II tom. Loaré esprit du Code de commerce. Paris, 1810. VII tom. Delaporte comm. sur le Code de commerce. Paris, 1808. II tom. Delvincourt instit. de droit commercial. franç. Paris, 1810. II tom. Pardessus élémens du droit commerc. Paris, 1810. 1818. Pardessus cours de droit commercial. Paris, 1810. V tom., nouv. edit. 1822. V tom., 1841. V Bde., und in freier deutscher Bearbeitung: Schwie's Lehrbuch des Handelsrechts nach Pardessus. Leipzig, 1838. Vincens exposition raisonnée de la législation commerc. et examen critiq. du Code. III tom. Paris, 1821. Dupuy le Classique des commercans ou abrégé des comment des lois de comm. Paris, 1822. II tom. f. Mongelvi et Germain analyse raisonnée du Code de commerce. Paris, 1824. II tom. Code de commerce expliqué

par motifs par Rogron. Paris, 1825. Code commerc. ou recueil complet des lois et regl. par Rouen. Paris, 1826. Fremery études de droit commercial ou du droit fondé par la coutume universelle des commerçants. Paris, 1833. Molinier traité de droit commerc. Paris, 1841. 1. Heft bis jetzt; und die beste Zeitschrift für Handelsrecht ist Journal de jurisprudence commerciale et maritime, redigé par Girod et Clariond, avocats. Marseille; erscheint seit 1820, bis jetzt XV Bände, und zum italienischen Handelsrechte s. Zuradelli diritto commerciale ora vigente nel regno lombardo veneto. Pavia, 1822. Reale del diritto commerciale. Pavia, 1822.; vorzüglich ist auch das oben §. 25. not. 37 angef. Bert von Cesarini in XII Bänden. Roma, 1834. hieher zu rechnen; das Bert v. Cesarini ist jetzt in einem Bande in 4to vermehrt erschienen. Macerata, 1841. — Zum Seerecht gehören: Literatur in Friderici de celebr. jur. marit. script. Lips. 1758. Musäus Beiträge zum deutschen Rechtsbuch nr. 2. v. Kampf Fortsetzung der Literatur des Völkerrechts. (Berlin, 1817) S. 157 ff. Schriften: Stypman de jure maritim. et nautico (suppl. a Fritz). Gryphisw. 1652. Loccenii de jur. marit. et nav. Amstel. 1651. Langendel über das Hamburg. Schiff- und Seerecht. Hamb. 1727. Weddercop introduct. in jus naut. Flensb. 1757. Kurike ad jus marit. anseatic. Hamb. 1667. Bayf. de re navali. Basil. 1537. Ferretus de jure et re naval. Venet. 1759. Peckius in tit. Digestor. et Codic. ad rem nauticam pertinent. cum notis Vinnii. Lugd. 1668. Targa ponderazioni sopra le contrattazioni maritime. Livorno, 1755. Lange brevis introduct. in notitiam legum nauticar. et script. jur. marit. Lubek. 1724. Gurland Grundsätze des europäischen Seerechts. Hannover, 1750. Cantrín Abhandl. vom Seerecht. Halle, 1800. II Theil. Clairac us et coutumes de la mer. Bordeaux, 1671. Klassisch (nicht bloß für älteres französisches Seerecht) ist Valin comment. sur l'ordonnance marit. (s. oben §. 26. not. 95.) Azuni syst. univ. dei principi del diritto marit. Firenz. 1759. II tom. Boucher instit. du droit marit. Paris, 1803. Plantanida della giurisprudenza maritima comm. antic. e modern. Mil. 1806. III tom. Jacobsen Seerecht des Friedens und Krieges. Altona, 1815. Boulay Paly Cours de droit commercial maritime. Paris, 1821—1823. IV tom. Principi di diritto publico marittimo del Conte Luchesi-Palli. Napoli, 1840.

I. B u c h.

Allgemeine Lehren des deutschen Privatrechts.

I. Hauptabtheilung.

Von den Subjekten der Rechte.

I. Abtheilung.

Von den Einflüssen des natürlichen Zustandes.

§. 44^a. [§. 41.] Lebensfähigkeit und Altersverschiedenheit.

I. Wenn auch die Gesetze schon in manchen Beziehungen ausnahmsweise dem ungeborenen Menschen (embryo) Rechte geben ¹⁾, so gehört doch zu dem Anfang der Rechtsfähigkeit regelmäßig, daß das Kind lebendig geboren wurde ²⁾, und zwar kommt es nach dem heutigen gemeinen Rechte nur auf den, nicht auf bestimmte Lebenszeichen beschränkten, Beweis des Lebens des Kindes an ³⁾, und was in einzelnen Partikularrechten ⁴⁾ noch vom Beschreiben der vier Wände vorfindet, ist Ueberbleibsel der einst allgemeinen deutschen, vielleicht auch nur in Ländern des sächsischen Rechts verbreiteten Ansicht ⁵⁾,

1) Im deutschen Rechte wird dies noch bedeutend z. B. in Bezug auf die Frage: ob ein Kind, das schon zur Zeit, als der Vater noch adelich war, concipirt war, Adelsrecht hat. Salf Handb. des hess. Privatr. IV. S. 81.

2) v. Savigny System des röm. R. II. Thl. S. 8.

3) L. 3. Cod. de posthumis haeredibus. Es ändert nichts, wenn auch das Kind, sobald es von der Mutter getrennt ist, stirbt.

4) Z. B. Würst. Landr. I. Art. 1. Eisenacher Statuten von 1670. I. Thl. Tit. IV. Art. 7.

5) Leg. Alem. Tit. 92. Sachsenspiegel I. 33. Magdeburg. Reichs. Art. 86. Tresenreuter obs. nr. I. Urk. in Italiaus gloss. pag. 2025. Walch opusc. tom. II. p. 138. Erfurter Stat. in Walch I. S. 111. Dies war allgem. Recht; s. von Schottland regia majestas lib. II. cap. 58;

die dies Erforderniß ausschließend aufstellte ⁶⁾. Durch das eindringende römische Recht ist auf jeden Fall wenigstens gemeinrechtlich ⁷⁾ die alte deutsche Ansicht verdrängt worden ⁸⁾. — II. Auch über den Zeitpunkt der Mündigkeit und Großjährigkeit entscheidet jetzt gemeinrechtlich das römische Recht; nur in den Partikularrechten kommen andere Zeitpunkte vor. Es ergibt sich, daß auch im älteren deutschen Rechte keine Gleichförmigkeit war ⁹⁾, in den älteren Rechten die Mündigkeit schon früh eintrat ¹⁰⁾, da damals die Innigkeit der Familienbände noch genugsam schützte, daß aber in Ansehung einzelner Verfügungen ¹¹⁾ auch der Mündige noch beschränkt blieb ¹²⁾, und daß allmählig der Zeitpunkt der Mündigkeit ¹²⁾ immer weiter hin-

von Frankreich etabliss. de St. Louis. I. cap. 11. und hiezu Ducange in seiner histoire de St. Louis. III. p. 165. f. auch Glanvilla in Houard traité I. p. 497. — Von nordischen Rechten Grimm in Savigny's Zeitschrift II. S. 69.

- 6) Man streitet jedoch, ob nicht etwa in der symbol. alten Rechtsprache die Beschrei nur als das sicherste Lebenszeichen, aber nicht als das einzige aufgestellt wurde. Eichhorn Privatr. S. 334. Eydow Erbr. des Sachsenspiegels S. 55. Falk Handbuch. IV. S. 85. — Dagegen hält Phillips deutsches Privatr. I. S. 233. jenen Beweis des Beschreibens der vier Bände für nothwendig nach dem rein deutschen Rechte.
- 7) Selbst in Sachsen: Coler decis. germ. dec. 258. Orloff deutsches Privatrecht. S. 165. Auch Statute des XVI. Jahrh., die sonst mehr an deutsches Recht sich angeschlossen, haben die römischen Ansichten angenommen, z. B. ostfries. Landr. cap. 193.
- 8) Ob auch zur Rechtsfähigkeit des Kindes gehört: Falk Handb. IV. S. 87. f. aber v. Savigny System. II. S. 385. v. Wangerow Zeitschen. I. S. 55.
- 9) Hofmann de termino major. aetatis legib. et morib. inprim. sanct. Hamburg. desin. Francof. 1737. Gildemeister Beitr. zum vaterl. R. II. Thl. S. 141, und gut Kraut die Vormundschaft nach den Grunds. des deutschen R. Göt. 1835. I. Thl. S. 111.
- 10) J. B. mit 10, oder nach andern Rechten mit 12 Jahren im longobard. Recht. Leg. Luitprand. c. 112, leg. sal. 28. Altes Freiburger Recht S. 34. f. Kraut I. S. 112. Kaiserrecht II. 17. Dithmars. Landrecht von 1447. art. 192. 236. f. noch Falk Handbuch IV. S. 100.
- 11) J. B. wegen Veräußerungen von Liegenschaften.
- 11 a) Zuweilen sah man mehr auf die äußeren Zeichen der körperl. Ausbildung. Sachsenspiegel I. 42. (vergl. mit alt Eulm. R. V. 50.) f. noch Grimm Rechtsalterth. S. 413. Auch der Stand, zu dem jemand gehörte, entschied über die Art der Zeichen der Selbstständigkeit eines jungen Menschen. Glanvilla in Houard I. p. 493. — Auch Familienautonomie wirkte auf die Bestimmung der Großjährigkeit ein. Dreper in Siebenkees Beitr. zum deutschen R. III. Thl. S. 10 in not.
- 12) Ueber Zusammenhang der Mündigkeit mit Vormundschaft, Beehrhaftmachung und Kriegsdienst Schildener Beitr. zum germ. Recht. I. 49. Stenzel Kriessgeschichte S. 323. Phillips Privatr. I. S. 238. Ueber Zusammenhang mit dem Rechte, Ehe zu schließen, Kraut S. 128. Interessant ist die Darstellung bei Bracton de legibus et consuet. Angl. lib. III. de corona cap. 11, wo es heißt: minor, qui infra aetatem XII. annorum est, non potest utlagari nec extra legem ponere, quia ante talem aetatem non est sub lege aliqua.

ausgerückt wurde ¹³⁾. Man trennte auch im Mittelalter oft den Zeitpunkt der Mündigkeit mit dem Ausdruck: „zu seinen Jahren ¹⁴⁾ kommen“, von dem Zeitpunkte, wo die Person als völlig selbstständig erscheint, mit der Bezeichnung: „zu seinen Tagen kommen“ ¹⁵⁾, bis später das verbreitete römische Recht die alten Ansichten modifizierte und zuletzt gemeinrechtliche Gültigkeit erhielt ¹⁶⁾. In den neuen Gesetzgebungen, welche den Volljährigkeitstermin auf eine unsern Verhältnissen entsprechende Weise festsetzen wollen ¹⁷⁾, ist selbst keine Gleichförmigkeit ¹⁸⁾. Für einzelne Stände ¹⁹⁾ und für gewisse Geschäftsverhältnisse ²⁰⁾ kommt eine besondere Mündigkeit vor, z. B. Lehensmündigkeit ²¹⁾, Fideismündigkeit ²²⁾.

13) Vorzüglich war das 18te Jahr ein gewöhnlich angenommenes. Lük. Recht von 1240. Art. 114, Hamburg. R. v. 1270. V. 3, Braunschweig. v. 1408. c. 10. f. Kraut S. 135.

14) Sachsenp. I. 42. Alt Eulm R. V. 52. Bresl. R. in Saupp Magdeb. R. S. 242.

15) Urk. in Haltaus gloss. p. 1769. Jur. Friburg. in Schöpplin hist. Zaring. V. p. 54. Goslar. Stat. Art. 10. Onde Friesche Wetten. I. p. 185. Kaiserrecht I. 18, II. 17, III. 10, IV. 1. Bondam ad specul. franc. Belg. p. 17. 46. Homper in den Berliner Jahrbüchern 1827. S. 1317. f. noch Sydow Erbr. S. 22. Grimm S. 412; vorzüglich Kraut S. 145. In Partikularrechten ist viel Verschiedenheit über Großjährigkeit, so z. B. im Hamburg. Recht von 1292 sind 18 Jahre die der Mündigkeit. Im geltenden Billwärderecht Art. 48 ebenso, f. Lappenberg zu diesem Art. S. 35 in not.

16) Wiesner Vormundschaftsrecht S. 47. 59. Kraut S. 151 und S. 157.

17) Ueber die Wichtigkeit gesetzlicher Vorschriften in dieser Hinsicht f. Mathis jurist. Monatschrift. 1r Thl. S. 316. Gönnert Jahrb. der Gesetzgebung. II. Thl. nr. 2, und Weichhaar würtemb. Privatrecht I. S. 81.

18) Nach baier. Ges. v. 26. Okt. 1813 und 1. Juni 1822, badiſchem Landr. Art. 488. Frankf. Ges. v. 8. Juli 1817, würtemb. Ges. v. 21. Mai 1828, französ. (also auch badiſchem) Rechte art. 488. tritt Volljährigkeit mit 21 Jahren — nach preuß. Gesetz vom 26. Juni 1808 (Bielig Comm. I. S. 240), österr. Gesetz. §. 21, ödemb. trans. Verordn. v. 11. Aug. 1814. §. 5, Bern. Gesetz. Art. 165 mit 24 Jahren ein. Um gewisse staatsbürgerliche Verrechte auszuüben, z. B. wahlfähig als Volksvertreter zu werden, fordern oft die Gesetze (baier. Verfassungsurk. §. 12, badiſche § 36) noch höheres Alter.

19) Der hohe Adel nahm Großjährigkeit mit 18 Jahren an. Aurea bulla cap. 7. §. 4. Urk. in Haltaus gloss. p. 993. Hanselmann von der Landeshoheit S. 164. Häberlin Repertorium des Staatsrechts. III. Thl. S. 369. Ludewig de aetat. legit. pubert. et major. caes. Hal. 1725. Das 18te Jahr gilt noch jetzt als die Zeit der Volljährigkeit in vielen fürstlichen Häusern: z. B. in Helſtein (Falk IV. S. 99.) in Baiern (Verf.-Urk. II. 7.), Würtemb. (B.-U. §. 9.) Königr. Sachs. (B.-U. §. 8.); allein Gleichförmigkeit herrscht darüber nicht. Meunendrecht Lehrbuch des Staatsr. §. 248. Zacharia Staatsr. I. S. 192.

20) z. B. Testamentsmündigkeit. Heumann exercit. I. vol. nr. 1. Falk IV. S. 105.

21) Nach sächs. Lehenrecht Art. 28 mit 13 Jahren 6 Wochen; f. noch schwäb. Lehenrecht cap. 52. Weber Handbuch des Lehenrechts. IV. Thl. S. 551.

22) f. zwar wegen 14 Jahren cap. 14. 15. C. XXII. qu. 5. Malblank de

§. 45. [§. 42.] Ansichten des deutschen Rechts über Verwandtschaft und ihre Berechnung.

Zum Verstehen der älteren Rechtsquellen und partikularrechtlichen Vorschriften ¹⁾ ist die Darstellung der altdeutschen Ansichten über Verwandtschaft ²⁾ zu erwähnen. I. Der Ausdruck *parentela* bezeichnet in den alten Rechtsquellen bald die Familie ³⁾ als geschlossene Rechtsgenossenschaft, bald eine Mehrheit von Verwandten ⁴⁾, die unter dem nämlichen Elternpaar als ihrem nächsten gemeinschaftlichen Stamm vereinigt sind. Im Mittelalter bezeichnet Sippschaft ⁵⁾, Magschaft ⁶⁾ im weiteren Sinne die Verwandtschaft überhaupt; allein im engeren Sinne trennen die Rechtsbücher Busen ⁷⁾, der selbst in der engsten Bedeutung nur die Descendenten eines Erblassers umfaßt, von der Magschaft im engeren Sinne ⁸⁾, welche nur die ent-

jurejurando p. 20. Gluck II. Thl. S. 276. f. aber auch XXII. S. 151. Nach Praxis und neuen Gesetzen f. preuß. Gerichtsordn. Tit. X. §. 264. Baiierisches Criminalgesetzbuch II. Thl. Art. 281; nach badischer Eidesordn. §. 1. darf man das 18te Jahr annehmen.

- 1) In Schweizerstatuten erhielt sich die rein deutsche Zählungsweise am längsten, z. B. in Bern; f. Schnell Handb. des Civilrechts im Kanton Bern. Bern, 1811. Dasselbe gilt im Luzern. Gesetzb. Art. 16. (Pfyster Erläut. I. S. 38.) nach Thurgauischem Erbgesetz vom 17. Juni 1839. art. 55. gilt röm. Zählung, in Zürich gilt die deutsche, Bluntschli I. S. 116. Auch kommt im Erbrechte noch jetzt in England eine ähnliche Computation vor. Blackstone comment. liv. II. cap. 14. Ausgabe von 1825, p. 206.
- 2) Hannesen de comput. graduum. Gott. 1736. Sick (Maier) de consangu. nat. ac indole. Tub. 1802. Breuning de ejurat. famil. p. 11. Mater Germaniens Urverfassung S. 99. Derselben Erbfolge-Ordn. S. 120. I. Fortsetzung. S. 17. 71.
- 3) Leg. Salior. Tit. 46. §. 10. Tit. 63. Burgund. 85. §. 1. Wisigoth. IV. Tit. 1. §. 3. Auch in Bracton de legib. Angl. lib. III. de coron. cap. 11. heist *parentela* noch Verwandtschaft. In leg. Aleman. Tit. 84. cap. III. a. 811. §. 9. ist *genealogia* soviel als *parentela*.
- 4) Leg. Rotharis (Leg. Longobard. II. 14. §. 1). f. jedoch Griesinger in der Fortsetzung von Danz Handbuch IX. S. 503.
- 5) Haltaus glossar. p. 1295. Die Verwandten heißen auch oft Bufen, Edmagen, Edelinge.
- 6) Stein Betrachtungen über verschiedene Rechtsmaterien. III. Thl. nr. 7. S. 42. 73. Grimm Rechtsalterth. S. 467. Verhandelingen der Groninger Genootschap. vol. V. p. 53.
- 7) Sachsensp. I. 17. Urk. in Haltaus gloss. p. 200. Eydow Erbr. des Sachsensp. S. 40. Weiske Grundf. des deutschen Privatr. nach Sachsenspiegel S. 55. Grimm Rechtsalterth. S. 470. f. noch Klenze Familienrecht der Cognaten und Affinen S. 175. Der Ausdruck: Busen ist von der bildlichen Darstellung genommen. Busenerbe bedeutet in der Schweiz alle vom Erblasser in gerader Linie abstammenden Verwandten. Monatschronik der Zürcher Rechtspflege. III. S. 186.
- 8) Sachsenspiegel I. 3. 17. Eydow S. 41. Das Wort: *Schooß* bezeichnet oft die Ascendenten. Vorembaren bezeichnet in holländischen und frie-

ferneren Verwandten (nach Sachsenspiegel beginnt die Magschaft mit Geschwisterkindern) bezeichnet ⁹⁾. II. In wie ferne man die väterliche und mütterliche Verwandtschaft als zwei besondere Rechtsgenossenschaften von einander trennte ¹⁰⁾, geht nicht klar aus den Quellen ¹¹⁾ hervor ¹²⁾; nur gewiß ist es, daß viele Rechtsquellen Unterscheidungen dieser Art aufstellen, und zwar Schwermagen ¹³⁾, d. h. Verwandte durch den Vater, und Spillmagen, d. h. die durch Weiber Verwandten, ohne Rücksicht auf das Geschlecht ¹⁴⁾ des Verwandten, von dem die Rede ist, was aber wohl vom Vatermagen und Muttermagen unterschieden werden muß ¹⁵⁾. III. Die Darstellung der Verwandtschaft zum Behufe der Zählung der Grade war eine zweifache, indem Einige ¹⁶⁾ in Form eines Baumes mit Zweigen, Andere ¹⁷⁾ in Form eines menschlichen Körpers die Verwandtschaft aufführten ¹⁸⁾. Auf diese letzte Darstellungsweise bezog sich

süßen Urk. die Borelftern. s. aber auch Groninger Verhandl. vol. V. (im Commentar p. 34.)

- 9) Ueber die verschiedenen Bezeichnungen der Verwandten in Urkunden: Lenzen über die Bedeutungen der latein. Verwandtschaftsnamen. Köthen, 1756. Heimreich Nordfriethsche Chronik I. S. 56. Jolt Handb. des holst. Privatr. IV. S. 300. Mercat Taschenbuch der Vorzeit. S. 260. Repp Bruchstücke zur Erläuterung der Rechte. II. S. 100.
- 10) Gebauer vestig. jur. germ. p. 355. Meineccii antiq. german. III. p. 298.
- 11) s. zwar Leg. Anglor. VI. 8. Sax. Tit. 61. Leg. Alfredi §. 27.
- 12) Diese Absonderung läugnet Deiters de civili cognat. et famil. nexu ex jur. rom. et germ. Bonn. 1825. Sydow Erbr. S. 44.
- 13) Sachsensp. I. 19. 23. 27. 45; III. 15. Schwabensp. c. 313. 409. Grimm S. 470.
- 14) Gaupp Recht der alten Sachsen. S. 157. Kraut Vormundschaft. I. S. 166.
- 15) Dies zeigt sich vorzüglich aus der Vergleichung der Schweizerrechte, worin Schwermage und Vatermage genau geschieden sind, obwohl man freilich oft die zwei Ausdrücke als gleichbedeutend nahm. Vatermagen sind alle durch den Vater, väterlichen Großvater Verwandten; Muttermagen alle durch die Mutter, die mütterlichen Großältern, väterliche Großmutter Verwandten; allein die Ausdrücke hatten auch andere Bedeutung, z. B. alle Verwandten von väterlicher Seite her, gleichviel, ob die Verwandtschaft durch Männer oder Weiber gehe, heißen Vatermagen; — s. über diese versch. Bedeutungen, bei denen also der Sprachgebrauch der Gegend zu erforschen ist: Bluntschli Rechtsgesch. I. Thl. S. 118 und in der Zürcher Monatschronik. III. S. 188; vorzüglich aber Pfiffer in den Erläuter. zu dem Luzerner Rechte. I. Thl. S. 36. in not. u. II. Thl. S. 43.
- 16) J. B. Söder, Bischof v. Sevilla († 636) in etymol. IX. 5. Canon I. c. XXXV. qu. 5.
- 17) Damiani de gradib. parentel. († 1072) in oper. in der Ausg. von Paris von 1642. tom. III. p. 179.
- 18) Der Sachsenspiegel I. 3. hat diese Darstellung. Es heißt: An dem Haupt soll Mann und Weib, die ehelich zusammenkamen, stehen. An dem Gliede des Halses die Kinder, so als leibliche Geschwister von einem Vater und Mutter geboren sind. — Leiblicher Bruder Kind stehen an demjenigen

der Ausdruck: Nagelmagen ¹⁹⁾. IV. In Ansehung der Zählung ²⁰⁾ der Grade ²¹⁾ stimmen das deutsche und das canonische Recht darin überein ²²⁾, daß nach beiden die Generationen, nicht, wie nach römischem Rechte, bis zum gemeinschaftlichen Stammvater auf beiden Seiten, sondern nur auf einer Seite gezählt werden, so daß die Verwandtschaft nach Parentelen gerechnet wird, wobei alle unter dem nächsten gemeinschaftlichen Stammvater sich vereinigenden Verwandten eine Parentel ausmachen, und daher in der Seitenlinie nur bis zu dem nächsten gemeinschaftlichen Stammvater, also nur die Entfernung auf einer Seite gezählt wird ²³⁾. Es ist wahrscheinlich, daß das canonische Recht, welches allmählig eine Grabberechnung der Verwandtschaft wegen der Eheverbote brauchte ²⁴⁾, allmählig ²⁵⁾ an die allgemein bekannte deutsche Zählungsweise um so lieber sich angeschlossen, als dadurch die Ausdehnung der Eheverbote begünstigt werden konnte. V. Die im canonischen Rechte bis Alexander II. ²⁶⁾ wahrscheinlich auch wegen der dadurch möglichen Ausdehnung der Eheverbote begünstigte Ansicht ²⁷⁾, erst mit den Enkeln der Stammeltern die Grabezählung zu beginnen, ist eine alte deutsche Ansicht ²⁸⁾, nach der man erst bei den Geschwisterkindern die Nagschaft

Glieder, wo die Schultern und Arme zusammenkommen, desgleichen auch der Schwester Kinder. Dieses ist die erste Sippschaft, die man zur Verwandtschaft rechnet (nach Cod. Lips. die man zu Nagen rechnet), nämlich Bruder- und Schwesterkind. Die andere steht bei dem Ellbogen, die dritte bei dem Gliede der Hand.

- 19) Sachsensp. I. 3. sagt: zum siebenten steht ein Nagel und kein Glied, darum endigt sich da die Sibbe und heißen nur Nagelmagen.
- 20) Ueber den Anfangspunkt der Zählung: Saupp das Thüringer Gesez. S. 343. 52.
- 21) Es wird bald mit geniculus, bald mit gradus, bald generatio (s. Grimm S. 469. Eydow S. 125), bald mit Knie bezeichnet. Nicht öftres. Landrecht. S. 159.
- 22) Griesinger in der Fortsetzung von Danz IX. S. 500, X. S. 530—8. Laspeyres canon. comput. et nuptiar. propter sanguin. prohib. sistens. Berol. 1824. Eydow Erbr. S. 117. Phillips deutsche Rechtsgeschichte I. S. 169.
- 23) Gut Zürcher Monatschronik III. S. 194—96.
- 24) s. noch Böhmer jus eccl. Protest. IV. Tit. 24. Laspeyres diss. p. 36. Eydow S. 120. Gans Erbrecht III. S. 130. Eichhorn Kirchenrecht II. S. 388.
- 25) Im Dunkeln liegt noch, wann das canonische Recht die deutsche Zählung annahm. s. Glück Comment. XXIII. S. 179. Falt Handb. IV. S. 302.
- 26) C. 1. 2. §. 4. C. XXXV. qu. 5. Laspeyres diss. p. 33—35. Boehmer lib. IV. Tit. 18. §. 6. Griesinger l. c. X. Bd. S. 539. Viel Treffliches über canon. Recht in Glück Comm. 23. Bd. S. 357.
- 27) Eydow Erbr. S. 122.
- 28) Sie ist im Sachsensp. I. 3. s. oben not. 17. Allein im Schwabenspiegel cap. 256, wo die Kinder der Stammeltern an das Schultergelenk

(im Gegensatz der engsten Familie) anfangen ließ ²⁹⁾, worauf auch der Ausdruck: Ganerben ³⁰⁾ bezogen wird. VI. Auch in der Ansicht, daß man in einem gewissen Grade die Verwandtschaft endigen läßt ³¹⁾, stimmt canonisches und deutsches Recht zusammen; nur ist es nicht zu erweisen, daß das erste ³²⁾ durch die spanische Kirche (die wieder durch römisches Recht veranlaßt worden seyn soll) dazu gebracht worden wäre ³³⁾, in der Konsequenz mit den Successionsrechten im siebenten Grade die Verwandtschaft (wichtig wegen der Ehevorbote) endigen zu lassen ³⁴⁾; viel natürlicher ist ³⁵⁾ die Annahme, daß bei der damaligen Wichtigkeit des Familienbandes in Absicht auf Beistand, Wehrgeld, Eid, die Volksansicht auch die Nothwendigkeit einsah, die Verwandtschaftspflicht nicht zu weit auszudehnen ³⁶⁾, wodurch man leicht zu einer Begrenzung der Verwandtschaft auf bestimmte Grade unabhängig vom canonischen Rechte und früher als dasselbe kommen konnte ³⁷⁾.

gesetzt werden, ist schon die neuere canonische Ansicht (seit Alexander II.) vorgedrungen.

29) Ueber die Gründe der Ansicht verschiedene Erklärungen. s. Grimm Rechtsalterth. S. 469. Meiske Privatr. S. 56. Gaupp schlesisches Landrecht S. 92.

30) Nach Sachsensp. I. 17. heißt es: Wann ein Erbe nicht auf Bruder oder Schwester fällt, so nehmen alle diejenigen, welche sich gleich nahe zur Sippe ziehen können, es sey Mann oder Weib, gleichen Theil daran, und diese heißen die Sachsen Ganerben. Die latein. Uebersetzung sagt: haeredes accelerantes. s. darüber Grimm S. 478. Gaupp schles. Landr. S. 91. nimmt Ganerbe gleichbedeutend mit Geschlechtserbe. Ganerben heißen aber auch oft alle Miterben, oft auch die in vertragsmäßiger Erbgemeinschaft sind. Haltaus, vorzüglich Spelman glossar.

31) Nach Leg. Anglor. et Wer. Tit. 6. §. 8 im 5ten, nach Ripuar. Tit. 56 im 4ten, nach Leg. Saliar. Tit. 46 im 6ten, nach Baiuwar. XIV. 9, Wisigothor. IV. 2. §. 11, nach Sachsenspiegel I. 3, endigt die Sippe im 7ten Gliede; merkwürdig ist auch I. Feud. 8. §. 1.

32) C. 1. 3. 7. 16. C. XXXV. qu. 2.

33) Dies sucht zu beweisen Sydow S. 129—133.

34) Merkwürdig ist, daß das schwäbische Recht (daher auch die Rechte jener Schweizerkantone, die auf alemannische Rechte gebaut sind) keine Begrenzung der Erbfolge kennen, während der Sachsensp. I. 19. sie annimmt. s. Zürcher Monatschronik III. S. 200.

35) Acher de orig. et sensu septimae generat. Havn. 1740. Eichhorn Rechtsgesch. §. 203. Laspeyres p. 93. Henze l. c. S. 183. s. auch Galt Handb. IV. S. 309. Einen Ueberrest der germ. Ansicht s. im Code Civil français art. 755.

36) Kießer Blätter I. S. 190. Schildener Beitr. zur Kenntniß des germ. R. I. S. 16.

37) Für den reindutschen Ursprung der Ansicht spricht auch ihr Vorkommen in den nordischen Rechten. Rosenvinge dänische Rechtsgeschichte S. 48. 52. 99.

§. 46. [§. 43.] Einfluß des Geschlechts.

Ueber das Verhältniß des weiblichen Geschlechts zum männlichen ¹⁾ entscheidet gemeinrechtlich nur römisches Recht. Zusammenhang bestimmter Pflichten, die nur ein Mann erfüllen konnte, mit Ausübung gewisser Rechte ²⁾, Ansicht von der Schutzbedürftigkeit ³⁾ des Weibes und Rücksicht auf Erhaltung der Familie ⁴⁾ erzeugten im ältern deutschen Rechte die Geschlechtsvormundschaft und Beschränkung der Weiber in der Fähigkeit der Ausübung einiger Rechte ⁵⁾; manche im alten Rechte vorkommende Zurücksetzungen der Weiber gegen die Männer betreffen besonders das Erbrecht ⁶⁾. Schon früh äußerte aber die christliche Religion ⁷⁾ einen wohlthätigen Einfluß auf eine würdigere Stellung der Frau auch im Rechte; auch bei den einzelnen germanischen Völkern zeigt sich Verschiedenheit der Ansichten ⁸⁾. Die Rechtsfähigkeit der Frauen wurde ausgedehnter, je mehr das Weib an den Geschäften des bürgerlichen Lebens Theil nahm ⁹⁾. Besondere Erwähnung nach Partikularrechten verdient das Verhältniß ¹⁰⁾ der Handelsfrau ¹¹⁾.

1) Muratori ant. Ital. diss. vol. III. nr. 20. Grupos de uxore theotisc. Gott. 1748. Eminghaus de praec. foem. jur. in germ. Jen. 1756. Baleman de foem. ex ant. legib. Alt. 1756. Quistorp kleine Schriften S. 69—98. Köllin Abhandl. von den besonderen weiblichen Rechten. Mannh. 1775—9. II Bde.; gut Engelstoft Forsøg til en Skildring af Quindehøiendets huuslige og borgerlige Aar. Kiøbenhavn. 1799. Welter in dem Staatslexikon Bd. VI. S. 630 ic. Curain traité des droits de femmes en matiere civile. Paris, 1841.

2) J. B. bei Lehen.

3) S. unten bei Geschlechtstutel.

4) J. B. im Erbrechte.

5) J. B. bei Wechsel. Die Ansichten von Eidesfähigkeit. Holderup de Rosenvinge de usu juram. in Lit. I. p. 120, II. p. 20. Von Zeugenfähigkeit: Kopp Nachr. von hess. Gerichten. I. S. 461. Sach d. alte Lüb. Recht. S. 571. Sachsensp. I. 33.

6) Grimm Rechtsalterthümer S. 403—8.

7) Gut Troplong in der Revue de Legislation. Paris, 1841. Novembre p. 391.

8) Vorzüglich war in dem burgundischen Rechte das Verhältniß der Frauen ein besseres.

9) In den Landesrechten kommen immer noch viele Zurücksetzungen d. Weiber gegen die Männer vor. s. Falk Handb. IV. S. 93.

10) Was Ludolf de jur. foemin. illustr. (Jen. 1711) von adelichen Frauen anführt, genügt nicht, um ein eigenes Recht adel. Frauen anzunehmen.

11) s. im Handelsrecht.

*) Vom Rechte der Zwitter (Altevil) Sachsenspiegel I. 4; hessisches Eigenbuch in Waldschmid de homin. propr. p. 44. Schilter comm. ad jus feud. aleman. cap. 63. Ob altevil Zwitter bedeutet, ist zwar noch zweifelhaft. Grimm S. 409. Der lateinische Text vom Sachsenspiegel übersetzt homuncio.

II. Abtheilung.

Von den Rechten der deutschen Stände.

I. Unterabtheilung.

Historische Einleitung über Freiheit und Unfreiheit.

§. 47. [§. 45. 46. 72.] Ansichten des älteren deutschen Rechts über Freiheit.

Alle Abstufungen der Personen ¹⁾ wurden im alten deutschen Rechte durch die Freiheit bestimmt. Die höchste Freiheit in ihrer politischen Bedeutung war bedingt durch den freien Grundbesitz. Daran knüpften sich die mit Theilnahme an dem politischen Regimente verbundene volle Rechtsfähigkeit zur Ausübung aller dem in einem Lande herrschenden Stamme ²⁾ zustehenden Volksrechte ³⁾. Ausflüsse dieser Freiheit waren ⁴⁾: a) das Recht freier Genossenschaft ⁵⁾, woraus ebenso die Stimmfähigkeit in der Gemeinde, als die Befugniß sich erklärte, in allen vor der Volksgemeinde und in den Volksgerichten vorgenommenen Geschäften Schöffe, Fürsprecher, Zeuge zu seyn; b) das Recht des echten Eigenthums, c) Freiheit von Lasten ⁶⁾, d) das Waffenrecht, e) die Befugniß, Andere, die sich dem freien Grundbesitzer ergaben, in der Gemeinde zu vertreten. — Neben der

1) Lex. Salic. Tit. 44. §. 7. 15. Gregor. Taron. VII. 13. Fredegar. c. 17. Verschiedene Ansichten in Maiers Urverfassung S. 44. Hüllmann l. c. I. S. 64–70. Rodmann rheingauische Alterthümer S. 773. Kindslinger Gesch. der Hörigkeit S. 12. Möser patriotische Phantasien II. S. 203. Eichhorn Rechtsgesch. §. 16. 48. 194. 343. Regge Gerichtsweisen der Germanen cap. I. v. Savigny Geschichte d. römischen Rechts. I. Thl. S. 160. 177. 186. 2te Aufl. S. 191. Phillips Geschichte des angelsächsischen Rechts. S. 122. Raepsaet origine des Belges. vol. II. p. 129. Koutorga essai sur l'organisation de la tribu traduit du Russe par Chopin. Paris, 1839. p. 144.

2) Wie weit durch die Eroberungen das Verhältniß der Provinzialen geändert wurde, war sehr verschieden bei den germanischen Völkern: de Vesme delle vicende della proprietà in Italia p. 175. Labonlaye histoire du droit de propriété p. 253. Lehuërou histoire des institutions merovingiennes. Paris, 1842. p. 169 etc.

3) G. L. Böhmer de jurib. ex statu milit. germ. pendit. Gott. 1794. Richter de vi milit. veter. Germanor. exere. II. p. 23. Honard ancienn. loix des François. II. p. 118. Grimm Rechtsalterthümer S. 281.

4) Von äußerer Auszeichnung der alten Freien s. Grimm S. 283.

5) Nur der Freie konnte daher in der Gesammbürgerschaft seyn.

6) Grimm S. 297.

bisher geschilderten Freiheit gab es auch die Freiheit der Geburt ⁷⁾ welche aber, wenn der Freigeborne keinen freien Grundbesitz hatte, und daher auf fremdem Grundstück wohnte, nicht die zuvor geschilderten Freiheitsrechte gewähren konnte, aber doch Freiheit im Gegensatze der Knechtschaft ⁸⁾ war. In diesem Sinne gab es viele Freie ⁹⁾, die nicht dem herrschenden Stamme angehörten ¹⁰⁾, nicht Grundbesitzer waren ¹¹⁾ oder auf den Grundstücken Anderer saßen ¹²⁾. Die Freiheit, die nicht mit den politischen Rechten verbunden war, erscheint auch neben dem Schutzverhältnisse, das selbst schon früh in verschiedenen Formen vorkam. A. Eines der frühesten Verhältnisse dieser Art war das der *recommandatio* ¹³⁾, und zwar indem ein Freier entweder überhaupt einem Herrn zur Treue sich verpflichtete, oder einem Schutzherrn sich unterworfen hatte, oder in den Schutz der Kirche, um gewisse Vortheile zu erlangen, mit seinem Gut und seiner Familie sich begab ¹⁴⁾. B. Auch aus den Immunitätsprivilegien ¹⁵⁾, welche manche Ablichen und die Stifter erwarben, ging

- 7) Sie konnte auch in der bloßen Abstammung von einem Freien bestehen (Freigebohrenheit); daher trennte man auch in Urkunden den *ingenuus* von *liber*. Böhmer *elect. jur. civil.* II. nr. 15. Seichow *elect. jur. germ.* p. 132. Ropp Silber S. 18. Rosenvinge *Grundriß* S. 15.
- 8) Nach der alten Rechtsansicht erlosch die Fackel der Unfreiheit, wenn jemand freigelassen wurde, erst in der folgenden Generation. Capitul. V. a. 803. §. 57. 64. Cap. VI. 159. 352.
- 9) Hieher gehört auch der Streit, was *arimani* und *boni homines* bedeuten. v. Savigny *Gesch. d. römisch. Rechts*. I. Thl. S. 193. c. Seine Forschungen sind aber von den italien. Gelehrten vielfach berichtigt: de Vesme *vicende della proprietà in Italia* p. 139. 144. Cibrario *della economia politica*. p. 13.; vorzüglich Barsocchini *sulla storia del diritto romano*. p. 35—49.
- 10) Barsocchini p. 38. Balbo *storia d'Italia*. II. p. 343. In Italien gab es auch freie *Romani possessori*. s. überh. de Vesme. p. 193.
- 11) In Leg. Luitprandi VI. 29. ist von Freien die Rede, die *nec casam nec terram habent*.
- 12) In Urkund. von Pavia (Muratori *antiq. diss.* XIII.) ist von *liberis* die Rede, welche *super alienas res resident*.
- 13) Formul. Marculf. I. 21, II. 32. Form. Sirmond. 44. Lindenbrog 177. Leg. Wisigothor. V. Tit. 3. art. I, IX. Tit. 2. art. ult. Leg. Baiuw. III. 13. §. 1. Capit. Carol. M. 813. art. 16. Capit. Carol. M. a. 806. art. 10. *Kerfwh. Urk.* aus 1288 und 1308 in der Schrift: de la condition des terres et de l'état des person. in Urk. nr. 98—108. Out Laboulaye *histoire du droit de propriété fonciere*. Paris, 1839. pag. 281. Gaupp *Recht der alten Sachsen*. S. 216.
- 14) S. über *recommandat*. du Cange h. v. und Raepsaet *analyse de l'origine des Belges*. II. p. 357; vorzüglich aber die Schrift: de la condition des terres. I. c. vol. I. p. 414—27. Winspeare *degli abusi feudali* p. 275. und in not. 21. Laboulaye p. 293.
- 15) Davon unten bei Abel. s. Montag *Geschichte der Staatsb. Freiheit*. I. S. 241.

eine Veranlassung hervor, durch welche die Lage der auf dem Immunitätsboden angesiedelten Freien ¹⁶⁾ in der Folge umgestaltet wurde. Noch wird zur Erklärung der Schutz- und Abhängigkeitsverhältnisse die Vogtei [advocatia] ¹⁷⁾ wichtig. Schon in der frühsten Zeit kommt der advocatus vor und zwar in einem zweifachen Sinne, entweder als der für eine Kirche oder ein Stift aufgestellte Schirmbeamte ¹⁸⁾, oder als ein innerhalb der Grafschaft für einen Bezirk ernannter öffentlicher Beamter ¹⁹⁾. — Im Gegensatz der Freien findet man schon in der frühen Zeit ²⁰⁾ auch eine Klasse von Unfreien ²¹⁾, welche vorzüglich durch Kriegsgefangenschaft ²²⁾ in einen Zustand geriethen, in welchem sie ohne alle Fähigkeit zum Volks-

16) Unger die altdeutsche Gerichtsverfassung. S. 263.

17) Capit. Car. M. 813 in Baluz I. p. 509. Montag Geschichte I. S. 233. Ueber die Kirchenvogtei s. du Cange sub voce: advocatia. Brüssel usage des fiefs. vol. II. p. 779 etc. Mathii de nobilitate p. 498. St. Genois histoire des avoueries en Belgique. Bruxelles, 1837. Warnkönig flandrische Rechtsgesch. III. S. 374.; und die Schriften unten in not. zu §. 48.

18) Zuerst in Urk. von 644. Mabillon Annal. Benedict. I. p. 390.

19) Dies ergibt sich vorzüglich aus Schweizerurk., in denen advocati als Beamte vorkommen. Hisely im essai sur l'origine et le developpement des libertés des Waldstätten. Lausanne, 1839. p. 12., und Bluntschli Rechtsgeschichte von Zürich. I. S. 225.

20) Tacit. germ. cap. 25. Gebauer vestig. jur. germ. nr. 10. 11. Eichhorn §. 16. Barth Ursgeschichte. II. Thl. S. 381–85. Meyer esprit, origine. vol. I. p. 120. Euden Geschichte I. S. 486–89. S. 719. Rosenzweig Grundriss §. 18. Phillips deutsche Rechtsgesch. I. S. 103.

21) Husani, Bonacassae et Erhardi tract. de servis et hom. propr., zusammen gedruckt cura Tabor. Giess. 1663. Stamm de servitute personal. Francof. 1669. Mevius Gedanken von dem Zustande und Abforderung der Bauréleute. Stralsund, 1645. Hert de homin. propr. in opuse. tom. I. II. p. 108. Meinders de jurisdict. colonar. et cur. dom. Lemg. 1713. Ejusd. tract. de orig. stat. nob. et serv. in Westph. 1713. Potgiesser de statu serv. vet. ac nov. Lemg. 1736. Senkenberg de cond. serv. Giess. 1743. Trotz jur. agr. belg. II. p. 520. T. Nothe Nordens Staatsverfassung vor der Lebenszeit, aus d. Dänischen übers. Kopenhagen und Leipzig, 1784. Calon de prise. serv. in patr. jur. (edit. Schildener). Stralsund, 1819. Hurlig, Karl, de serv. quae inter major. invaluit ind. Hafn. 1791. Gyrup von der Leibeigenschaft im Norden. Kopenhagen, 1823., übersetzt im Neuen staatsbürgerl. Magazin v. Falk. VI. Bd. S. 269. Von der Unfreiheit bei den slavischen Völkern s. slavische Rechtsgeschichte von Maciejowski übers. I. Thl. S. 138. Neug russische Rechtsgesch. I. S. 76. Phillips deutsche Rechtsgesch. I. S. 103. Biot de l'abolition de l'esclavage en occident. Paris, 1840.

22) Potgiesser de statu servor. Lib. II. cap. 4. Daß noch im XI. Jahrhundert dies vorkam, s. Chronik in Labbey bibliothec. MS. vol. II. p. 177. s. noch Grimm Rechtsalterth. S. 320. Darauf deutet auch der Sachsensp. III. 45. Von Knechtschaft zur Strafe s. noch Ewers ältestes Recht der Russen S. 52. Vergleichung der römischen und deutschen Unfreiheit: Bluntschli Rechtsgesch. I. S. 40. und Laboulaye histoire I. c. p. 428.

rechte ²³⁾ und zum echten Eigenthum ²⁴⁾ ihrem Herrn unbedingt unterworfen, unter keinem Schutze des Gesetzes gegen die Gewalt ihres Herrn standen ²⁵⁾, kein Wehrgeld erhielten und Gegenstände der freien Verfügung ihres Herrn wurden, der selbst ohne alle Beziehung auf ein gewisses Gut solche Unfreien auf dem Markte veräußern konnte ²⁶⁾. Zwischen den Unfreien und völlig Freien befand sich schon früh ²⁷⁾ die Klasse von Hörigen ²⁸⁾, deren Zahl um so mehr stieg ²⁹⁾, je mehr vorzüglich die Kirche ³⁰⁾ auf Aufhebung der alten Unfreiheit wirkte. Jene Personen [liti, lazzi ³¹⁾, litones ³²⁾,

23) Grimm Alterth. S. 349.

24) Leg. Frision. IV. 1, I. 12. s. noch diese Ansicht in Schönisch. Ges. VI. 13.

25) Daher kommt das Recht des Herrn, Sklaven zu tödten, vor. — Tacit. germ. cap. 25. Grimm S. 344. Vom Norden Resenvinge f. 15. not f. Von Böhmen Dobner monum. hist. Bohem. II. p. 23. In den legibus Walliae (Ausgabe von Wotton) p. 206 heißt es: hero eadem potestas in servum suum ac in jumentum.

26) Marculf form. II. 22. Leg. Wisigothor. VI. 2. 1, IX. 1. 10. Grimm S. 343. Noch im X. Jahrh. kam dies in Böhmen vor. Histor. Abh. von der Unterthänigkeit in Böhmen S. 19. Ueber Verkäufe der Unfreien: Biot de l'abolition. p. 263.

27) Ueber den Ursprung der Hörigkeit: Bluntschli Rechtsg. I. S. 43.; vergl. auch mit Gaupp Miscellen S. 72.

28) Münter Gesch. d. Einführung des Christenthums S. 194. Montag Gesch. d. Staatsbürgerl. Freiheit. I. S. 5. Seyfried Gesch. d. ständischen Gerichtsbar. in Baiern. II. S. 300. Biot de l'abolition p. 311. Forti delle istituzioni civili. vol. II. p. 221—28, und p. 213 über Ansprüche der Kirchenväter. — Schon in Capitul. decret. Child. a. 595. Capit. Carol. Magni II. a. 779. c. 19. Capit. addit. IV. 49. spricht sich der Einfluß des Christenthums aus. Was in den Volksrechten vorkommt, deutet zwar schon mehr oder weniger auf Wilderung durch Christenthum; allein es ist noch immer volle Unfreiheit. Leg. Baiuw. I. cap. 14. §. 1—5, VII. cap. 10. Tit. XV. cap. 9. 11. Alem. 23. 38. Saxon. II. cap. 4. Biarda Gesch. des salischen Gesetzes. II. S. 167—180. Seifried l. c. II. S. 349. Montag Gesch. I. S. 266. Von dem Verh. bei den verschied. Völkern: Sommer v. d. bäuerl. Verh. II. S. 88. Bluntschli Rechtsgeschichte I. S. 40. Laboulaye histoire p. 433. Forti delle istituz. civili. vol. II. p. 249. Biot de l'abolition p. 267.

29) Wichtige Forschungen in v. Wersebe in Spangenberg's neuem vaterländ. Archiv. 1830. I. Heft. S. 113. Wigand Provinzialrecht von Paderborn. II. S. 146. Wigand Provinzialr. v. Minden. II. S. 111.

30) Lex Sal. XIV. 6. XXXI. XXXVIII. 6. Lex Frison. XI. 2, und gut Gaupp lex Frisionum. Einleit. p. XIX. not. 11. Ripuar. Tit. 62. §. 1. 2. Aleman. XXII. Urk. v. 845 in Grandidier hist. de l'église de Strassbourg. II. p. 124. 226. Anton Geschichte der deutschen Landwirthschaft I. S. 77. Grimm Rechtsalterth. S. 305. Gaupp Miscellen S. 59. Gaupp Gesetz der Thüringer. S. 144. Lacombet Archiv für Gesch. des Niederrheins. I. S. 162.

31) Urk. von 865 in Schaten Annal. Paderb. P. I. 168. Auch lati, Urk. von 824 in Wigand Femgericht S. 220.

32) Dieser Ausdruck ist meist ein späterer. Urkunde von 1058. Schannat trad. fuldens. p. 255. Urk. von 1237 in Röser Denabr. Geschichte. III. Thl. S. 321.

aldiones³³⁾] entbehrten die staatsbürgerliche Freiheit, und wurden in der Volksgemeinde nur durch ihren Herrn vertreten. Diese Hörigen standen nur unter dem Mundium ihres Herrn³⁴⁾, und ihr Zustand war schon dadurch von dem der Unfreien verschieden, daß die Ersten³⁵⁾ eines Eigenthums überhaupt fähig waren, Wehrgeld hatten³⁶⁾, und selbst einige Rechte bei Gericht ausüben konnten³⁷⁾. Eine völlige Ausschließung der *liti* von dem Volksrechte darf nicht angenommen werden³⁸⁾. Verhältnisse der Abhängigkeit, woraus später eine Hörigkeit sich ausbildete, lagen schon früh 1) in dem Verhältnisse der deutschen Kolonisten, die bereits im römischen Reiche³⁹⁾ Ländereien zum Bau gegen Zins übernahmen, und sich unter römische Botmäßigkeit begaben⁴⁰⁾. 2) In den, kriegerischen

33) Kommt vor bei Longobarden und in bair. Hsf. Leg. Rotharis 206. 208. 211. Grimm S. 309. Savigny Beitr. S. 20. Fürst, die Longobarden S. 223.; vorzügl. Vesme *vicende della proprietà* p. 168. Dort (p. 172) werden auch die pertinentes (Hörige) besonders hervorgehoben.

34) Gut Gaupp Recht der alten Sachsen. S. 105 und 219.

35) Es war wieder große Verschiedenheit unter den Arten der Hörigen; z. B. die tributales waren besser daran, als die übrigen. Leg. Sal. 48. 7. Ripuar. 62. Act. Sanct. Bened. p. 249. Hsf. in Bouquet VI. p. 644. Nach Capitul. Carol. M. ad Leg. Longob. 801. c. 83. sollen die *aldiones* la lege in Italia leben, in servitute dominorum piorum qua fiscalini et vel *liti* vivunt in Francia.

36) Leg. Fris. III. 4, XI. 1, XV. Biarda Hefabuch S. 51. Meyer esprit. I. p. 118. Phillips Gesch. des angl. R. S. 123.

37) Die *liti* konnten bei Gericht eidlich sich reinigen. Leg. Frisioni III. 4.

38) Laboulaye l. c. p. 447. Wichtige Hsf. in Barsocchini sulla storia del diritto romano p. 25. In Huebald vita St. Lebuni in Pertz Monument. II. p. 361. (aus d. X. Jahrh.) ist von 3 *ordines* der alten Sachsen die Rede. Darunter *ordo* der *lassi* (quod latina lingua *serviles*).

39) Hierher gehört das Verhältniß der *Laeti*. Fit. Cod. Theodos. de veteranis. Gothofred ad legem 12. h. t. Forschungen darüber in der Schrift: de l'état des personnes dans les provinces gaul. vol. I. p. 256. 76. Raepsaet l'origine des droits des Belges. vol. I. p. 72. s. noch Grimm l. c. S. 307.

40) Von den tributarii Göller in actis soc. Graec. p. 72. Wie weit überhaupt römische Verhältnisse in den römischen Provinzen einwirkten, und über den Zustand des Landbanes bei den Römern, s. die Schrift: de l'état des personnes I. p. 91. Bouhier Coutumes de Bourgogne II. p. 418. v. Savigny Vergleichung der deutschen Hörigkeit mit rom. Colonat. Berlin, 1823, und vorzüglich (Garzetti) della condizione d'Italia sotto il governo dei Romani. Milano, 1836. vol. II. p. 113 etc. C. Baudi de Vesme e Spirito Fossati delle vicende della proprietà in Italia dalla caduta dell'imperio romano fin'allo stabilimento dei feudi. Torino, 1836. p. 32–60. Von den colonis verschieden waren die *adscriptitii*, *censiti*; s. Vesme p. 50, und eine Art der Colonen waren die *Laeti* s. Vesme p. 48. s. noch Forti delle istituzioni II. p. 236. Laboulaye p. 115. Biot de l'abolition. pag. 163.

Anfällen ausgesetzt, Gegenden wurden die minder Mächtigen ⁴¹⁾ genöthigt, in den Schuß der Mächtigeren sich zu begeben, und unter fremder Vertretung zu leben. 3) Durch das Anhäufen der Güter bei dem Fiskus, den Stiftern und den Adlichen entstand das Bedürfniß, diese Ländereien zum Bau an Andere zu überlassen ⁴²⁾, wodurch ein engeres Verhältniß solcher Leute zu dem Herrn, unter dessen Mundium sie sich begaben, entstand. 4) Auch bei den Eroberungen der deutschen Völker bildete sich eine mildere Sitte aus, statt der Kriegsgefangenschaft ⁴³⁾ die bisherigen Gutbesitzer in Bezug auf ihre Ländereien in ein Verhältniß der Abhängigkeit zu setzen ⁴⁴⁾.

§. 48. [§. 44. 45. 46.] Verhältnisse der Freiheit im Mittelalter.

Die Bedeutung der Freiheit und der politischen Vorrechte, die sie gewährte ¹⁾, wurde im Mittelalter vielfach verändert durch die neuen politischen Verhältnisse, insbesondere durch die Ausbildung des Adels und seiner Vorrechte, durch das Lehenswesen, durch die Ausbildung der neuen Kriegsverfassung und die entstandene Ansicht, nach welcher kriegerische Ehre als die höchste galt, und durch das immer mehr entstandene Bedürfniß für die Gemeinfreien ²⁾, sich in den besonderen Schuß eines Mächtigen zu begeben. Was in den Rechtsbüchern über die Freiheitsstufen ³⁾ vorkommt, erklärt sich schon aus

41) Gall staatsbürgerl. Magazin. V. Bd. S. 64.

42) Beweise gesammelt in Théorie des loix politiques de France. tom. II. p. 42 u. d. preuves p. 88. 265. Nach einer Stelle in d. Annales Benedict. p. 184 wird von 20000 servis eines Herrn gesprochen.

43) Die erste Milderung trat ein, als man erkannte, daß jeder Kriegsgefangene losgekauft werden konnte. Von Rußland s. Ewers ältestes Recht d. Russen S. 53 u. S. 157. s. noch Grimm S. 321.

44) s. davon unten bei der Geschichte des Bauernstandes.

1) Nach den Vorstellungen des Mittelalters konnte der Regent nur in so ferne, als Heerbannspflicht und Gerichtsbarkeit auf alle nicht eximirte Bewohner des Territoriums sich bezog, von seinen Unterthanen (Untersaaten, s. Urk. v. 1370 in Nieft Rünster. Urkundenbuch S. 309) sprechen.

2) Diese Freien sind unter den Namen: Biderleute, Gude Mannen bezeichnet. s. Hüllmann Städtewesen. II. S. 212. 217. Riccius spicileg. p. 168. Maurer Gesch. der altgerman. öffentl. Verf. S. 100. Urk. in Hitz Urk. u. Abh. zur Gesch. des Niederrheins. 16 Heft. S. 9. 20. Urk. von 1231 in Günther Codex Rheno-Mos. II. p. 170. Lappenberg im Comment. zur Ausgabe des Billwärdrechts art. 12. Die richi homines in span. und portug. Urkunden sind nur Gemeinfreie. s. noch Birnbaum in der Zeitschrift für ausländische Gesetzgeb. I. Bd. S. 202 in not.

3) Montag Gesch. der staatsbürgerl. Freiheit. I. S. 6. s. von einläufigen Leuten Bodmann rheingauische Alterth. S. 774. Sachsenspiegel I. 51.

vorhandenen Abhängigkeitsverhältnissen. Nur wer selbst regierte und über andere Freie herrschte, wer auf der Reichsfend zu erscheinen befugt war (fendbarfrei), war *semperfrei* ^{3a)}. Unter den Gemeinfreien hatten schon mannigfaltige Verhältnisse, in welche diese Freien kamen, Abstufungen bewirkt, bei welchen viele Bezeichnungen ⁴⁾ auf die Schutzverhältnisse ^{4a)}, andere auf die Gerichtsunterwürfigkeit ⁵⁾ sich bezogen. Zu diesen Gemeinfreien gehörten auch die freien Landsassen ⁶⁾, auch *hospites* ⁷⁾, *mansionarii* ⁸⁾; der Ausdruck *Mittelfreie* ⁹⁾ deutet auf Gemeinfreie ¹⁰⁾, die sich schon allmählig zu dem später genannten niederen Adel emporzuschwangen, während sie zugleich

Schwabenspiegel cap. 49. 50. Kaiserrecht III. 1. *Semperfrei* waren die freien Herren als Fürsten und die andere Freie zum Mann haben; mittelfrei waren die, welche der hohen Freien Mann waren; freie Landsassen waren alle andern Freien. f. Heinzeu antiq. II. p. 144. Pfessinger Vitriar. illustr. II. p. 759. Doe. von 1145 in Bosold doe. rediuv. p. 781. Montag Geschichte der Staatsbürgerl. Freiheit. II. Thl. S. 563. Eichhorn §. 337—42. f. noch Halkaus gloss. p. 1687. Biener Comment. P. II. vol. II. p. 249—261. Boehmer elect. jur. III. p. 365. Schmidt fortges. Beitr. zur Geschichte des Adels. S. 142. Weiske de clypeis militat. p. 52. Gaupp Witzellen cap. III—XII. u. Gaupp Gesch. der Thüringer. S. 141. Gut über die Verschiedenheit des Sachsen- und Schwabenspiegels in Bezug auf Ständerecht Welter im Staatslexikon I. S. 325.

3a) Nach Urk. bei Menken scriptor. II. p. 307. heißt ein solcher *egregiae libertatis vir*. f. merkw. Stelle im alten Eulm. Recht. V. 56. Ueber d. Bedeutung von *semperfrei*: Unger alte Gerichtsverf. S. 323.

4) Von den Pflöglasten (Sachsensp. I. 3.) Unger die altdeutsche Gerichtsverfassung S. 200.

4a) Hierher gehören die *mundmani*. (Urk. von 804 in Köfer Osnabr. Gesch. nr. 1.) Frei diss. de muntmannis. Norimb. 1749. Unger I. c. S. 285. Die harschalei in bair. Urk. Meichelbeck hist. Frising. I. Urk. Buch nr. 481. Monum. boic. I. p. 121. XIII. p. 309. Sutfried Gesch. d. ständ. Gerichtsbarf. I. S. 205. Neue Abh. der Abad. d. Wipfensch. V. S. 155. Unger I. c. S. 288.

5) Darauf deutet d. Wort; malmann. Grimm Alterth. S. 768. Unger I. c. S. 287.; ebenso *hargildus* Capit. Carol. Calv. 864. c. 32. Montag Gesch. II. S. 155. Unger S. 291—94. Schwieriger ist die Erklärung des Verhältnisses der *hiergilde* (*bergelte*) f. Wigand Fengericht. f. aber Unger I. c. S. 290.

6) Sachsensp. I. 2. 16, III. 45. Halkaus glossar. tom. V. Gaupp schlef. Landr. S. 140.

7) Barnsföng ständr. Rechtäg. III. S. 44.

8) Foppens dipl. Belg. I. p. 513. 684. 705, II. p. 857. 1219. Miraei op. dipl. I. p. 684—705. Urk. in der Schrift: de la condition des terres et personnes dans les provinces Gaulois. vol. I. p. 350. Gölter in act. soc. Graecae p. 72.

9) Darüber Schilter Comm. ad jus feudal. aleman. cap. I. §. 14. Kopp de insigni different. p. 119. Biener Comm. de orig. et progr. jur. II. p. II. p. 257.

10) Eichhorn Privatre. §. 52. f. aber Gaupp schlef. Landr. S. 139. Bluntschli Rechtsesch. I. S. 184. Die *minosledi* in d. Lex Alam. adit. 22. 39 sind freie Leute. Bluntschli I. S. 28. Reyscher Würtemb. Privatre. I. S. 302 in not. Gaupp Ges. d. Thüringer. S. 178.

in Dienstverhältnissen zu den Semperfreyen standen. Die Schöffenbaren ¹¹⁾ waren diejenigen, welche durch den Besitz einer gewissen Größe des echten Eigenthums befugt waren ¹²⁾, im Volksgerichte auch über Freie das Schöffennamt auszuüben ¹³⁾. Die Zahl der Verhältnisse, wodurch auch Gemeinfreye ¹⁴⁾ in Abhängigkeit von Andern kamen, wurde immer größer. Vorzüglich wichtig wurde hier die Vogtei ^{14a)} (advocatia). Sie bezeichnet ¹⁵⁾ überhaupt das Verhältniß, nach welchem Jemand Andere zu vertheidigen und zu schützen verpflichtet war, und war mit einer in dieser Beziehung nothwendigen Gewalt und der Befugniß die zu schützenden Personen sich zu unterwerfen verbunden, bald aber auch als das Vertretungsrecht Anderer aufgefaßt ¹⁶⁾. In dieser letzten Beziehung findet man Reichsvögte ¹⁷⁾ und Landvögte. Vorzüglich war die kirchliche Vogtei wichtig ¹⁸⁾, die selbst wieder mit verschiedenen Befugnissen vorkam; besonders einflußreich wurden die Klostervogtei ¹⁹⁾ und die gerichtliche Vogtei ²⁰⁾. Diese Vogteien wurden bald eine Quelle von Einkünften für den Vogt ²¹⁾, und eine Veranlassung zur Gewalt über

- 11) Nach dem Sachsensp. I. 3. stehen die Schöffenbaren und die Leute freier Herren im 5ten Heerschild, und nach Schwabensp. c. 8. §. 5. stehen die Mittelfreien auch im 5ten Heerschild; gut Lünzel die bauerlichen Lasten in Hildesheim S. 35. Belfer im Staatslexikon I. S. 327—9 in not.
- 12) Sachsensp. I. 2. Baupp schles. Landr. S. 138. Grimm S. 294. Eydow Erbrecht nach Sachsenspiegel. S. 161 — 64. Unger altdeutsche Gerichtsverf. S. 178 u. S. 325.
- 13) Daß noch spät die gemeinen freien Landeigenthümer (Geburen) Schöffen im allgemeinen Landgerichte waren, s. Schreiber im Urkundenbuch der Stadt Freiburg. I. S. 89, II. 91.
- 14) In Urkunden werden die Gemeinfreyen im Gegensatz der Adelsichen auch mediocres, auch Mitterleut (Oefels script. rer. boic. II. p. 132) genannt. Grimm Rechtsalterth. S. 282.
- 14a) Von der Vogtei des Mittelalters s. oben § 47. not. 17—19. s. Rechenberg de advocatis et advocatiis german. Lips. 1725. Ludewig de jure clientelar. gerin. Hal. 1717. Pfessinger Vitriar. III. p. 100. Zwierlein Nebenstunden I. Thl. nr. 12. Voigt Abhandl. nr. 8. Tröltzsch Anmerk. und Abhandl. II. Thl. S. 147. Eichhorn Rechtsgech. §. 51. 84. 185. 223. Halm glossar. p. 1981.
- 15) Mundiburdus, defensor, mamburnus sind gleichbedeutend mit advocatus, St. Genois histoire des avoueries p. 2.
- 16) Der Advocatus repräsentirte entweder den Kaiser oder den Bischof oder den Abt eines Klosters.
- 17) Hisely essai sur l'origine des libertés de Waldstetten p. 9. Bluntschli I. S. 135.
- 18) St. Genois p. 81—124. Barnkönig flandrische Rechtsgech. III. S. 375.
- 19) Auch Schirmvogt, Castaldus, St. Genois p. 14. 146. Barnkönig I. c. S. 389.
- 20) St. Genois p. 19. Barnkönig S. 391.
- 21) Ueber solche Vogtabgaben Günther Cod. Rheno. Mos. I. p. 400. 431. 465. Rindlinger Münster. Beitr. II. S. 61. Bodmann rheingauische

die Vogtspflichten ²²). Der Ausdruck „Vogtei“ bezeichnet allmählig eben so a) die Landeshoheit ²³); b) die Oberherrlichkeit ²⁴); c) die Gerichtsbarkeit ²⁵), oft auch die hohe ²⁶), am häufigsten die niedere ²⁷); d) die Schutzherrlichkeit über Städte ²⁸), über Kirchen und Stifter; e) das Schutzverhältniß eines Adellichen, welchem sich Andere unterworfen hatten ²⁹); f) die Guts herrlichkeit ³⁰). Je mehr die Bedürfnisse die Gemeinfreien bestimmten, in das Verhältniß der Vogtei oder der Mundschau ³¹) sich zu begeben, desto kleiner wurde die Zahl der Gemeinfreien ³²). Auch wurde die Ansicht von Freiheit modificirt durch die Sitte, freie und unfreie Gemeinden zu unterscheiden, und nur die Städte als freie zu betrachten, wo:

Alterthümer S. 689. Alt. Gesch. von St. Gallen. I. S. 308. Dahl Beschreibung. von Vorsch. S. 131.

- 22) Die Vogtleute hießen auch Pflagherren. Sachsenspiegel I. 2, III. 45. 64. Eichhorn Privatrecht S. 157. Wohlbrüt Geschichte der Familie Alvensleben. I. S. 26. Urk. von 1282 in Kremer rheinisches Frankreich S. 237. Gaupp schles. Landr. S. 140. Gaupp Gef. der Thüringer S. 143. Häufig ist der Ausdruck: advocatili. Miraei oper. dipl. tom. I. p. 413. du Cange voce: advocatili. Der deutsche Ausdruck „Vogtleut“ wird freilich verschiedn gebraucht. Auch in Reichsgesetzen: Friedrich II. Verordn. von 1232. Sigismunds Nürnberger Abschied von 1431. cap. V. §. 1. 2. 3. f. noch über Vogtleute Datt de pace publica. Lib. I. cap. 14. nr. 137. Haltaus voce: Vogtmann. Sattler Geschichte von Württemberg unter den Grafen. 4te Forts. S. 120. 130. Gerstlacher Handbuch der deutschen Reichsgesetze. X. Bd. S. 1822. Die Vogtei machte das Gut nicht zum unfreien. In Urk. von 1435 überträgt jemand sein freies, lediges, vogtbares Gut, f. Zeitschrift: die geöffneten Archive. I. Bd. S. 54.
- 23) Möser Osnabrück. Gesch. III. Beer. Seite XXIV. Eichhorn Privatrecht S. 157.
- 24) Honthelm hist. trevir. I. p. 634. Haltaus gloss. p. 1981. Voigt Abh. S. 251. 260. Bluntzschli Rechtsgesch. I. S. 219.
- 25) Nöder von den Erbgerichten u. Lehnsvogteien in der Pflanz Coburg. 1782. Gruppen observ. rer. p. 417. Beck de juridict. vogteie. immediat. Norimb. 1756.
- 26) Haltaus gloss. p. 1981.
- 27) Möser Osnabrück. Gesch. III. Thl. Vorrede S. XXIV.
- 28) Senkenberg medit. p. 385. Braun Gesch. der Bischöfe von Augsburg. II. S. 127.
- 29) Fink Versuch einer Geschichte des Vicedomenanats Nabburg S. 15. 19. 80.
- 30) Hist. Norimberg. diplom. p. 294. Monum. boic. V. nr. 53.; wichtig Bluntzschli S. 225.
- 31) Ueber Mundiburdium Monum. boic. II. p. 416, VIII. p. 363. Leg. salic. XIV. c. 5. LIX. Ripuar. Tit. XXXI. capit. Pipin. a. 795. cap. 18. Heinemann antiqu. tom. II. p. 487. Abhandl. d. bair. Akad. d. Wissensch. V. Thl. S. 4. Neues Lehrgebäude der Diplomatik. I. Thl. S. 302 (in der Uebersetzung von Adeling). Fischer Gesch. des Despotismus S. 10 in not. Einhorn Rechtsgesch. §. 52.
- 32) Merk. Abstufungen in westphäl. Urk. von 1438 in Sommer von den Bauernkriegen S. 268 u. Urk. v. 1457 in Kindlinger Gesch. der Hérigfreit S. 586.

durch die Mitglieder der Stadtgemeinde als Freie erschienen ³³⁾. Aus der in den Rechtsbüchern ³⁴⁾ vorkommenden Ansicht von den Heerschilde ³⁵⁾ läßt sich keine Darstellung aller Ständeklassen ableiten, da sich das Ganze nur auf die alte Reichskriegsverfassung bezog, vorzüglich die Rangordnung in dem feudalistisch geordneten Kriegsheer, bald aber auch Rangabstufungen der Freien und eine Genossenschaft der zu einem Heerschilde Gehörigen bezeichnete ³⁶⁾.

§. 49. [§. 47. 73.] Verhältnisse der Unfreiheit im Mittelalter.

Während die Zahl der völlig Unfreien theils durch die fortgesetzten Bemühungen der Kirche ¹⁾, theils durch die eigene Ueberzeugung der Herren ²⁾, welche die Nothwendigkeit fühlten, für ihre Ländereien Kolonisten unter Bedingungen zu gewinnen, die das eigene Interesse der Landbebauer ermunterten — immer mehr im Mittelalter ³⁾ sich verminderte ⁴⁾, und die oft angeführten Beweise der

- 33) Montag Gesch. der Staatsbürgerl. Freiheit. II. S. 642.
 34) Langgut de septem clypeis milit. Jen. 1723. Ph. Sperl de clypeis milit. Norimb. 1736. Senkenberg de ordin. exerc. germ. Giess. 1742. Haltaus glossar. p. 886. Schilter Comm. ad jus feudal. p. 19. Hüllmann I. c. II. Bb. S. 290. Montag Gesch. der Staatsbürgerl. Freiheit. II. Bb. S. 473. 559. Stenzel Versuch einer Geschichte der Kriegsverf. S. 221. Ropp Bilder und Schriften S. 33. 62. Eichhorn S. 294. 337. Häberlin Repertor. d. Staatsrechts. II. S. 425. Voiske de septem clypeis militar. Lips. 1830. Welker Staatslexikon. I. S. 325. Zöpfl Rechtsgesch. §. 83.
 35) Sachsensp. I. 3. Schwabenspiegel Art. 8. Schwab. Lehenr. Art. 1. Vermehrter Sachsenspiegel Thl. V. cap. 20. dist. 10. Im ersten Heerschilde war der König, im zweiten die geistlichen Fürsten, im dritten die weltlichen Fürsten, im vierten Grafen und Freiherren, im fünften Mittelfreie (nach Sachsensp. die schöppenbaren leut und der Freiherrn Manne), im sechsten die Dienstmannen, im siebenten alle Freien, die nicht ritterlicher Geburt sind (nach Schwabenspiegel jeglich Mann, der nicht eigen ist und ein Ehekind ist).
 36) Vergl. Sachsensp. I. 26. 27, III. 65.
 1) Gesenius Meierrecht. I. S. 206. Wie allgemein die Ansicht von Freisafung war, ergibt sich aus Urkunden v. 1252, wo Margaretha v. Flandern alle ihre Sklaven in so ferne freiließ, als sie dieselben nunmehr als Hörige erklärte. Vraedius Annal. Flandr. I. p. 438. Diericx mem. sur les lois de Gand. vol. II. p. 343. s. jedoch auch darüber Raepsaet analyse III. p. 8. 9.; und Barnkönig Rechtsgesch. III. S. 13.
 2) Am besten aus Urkunden v. 1347 in den preuves der Schrift: de l'état des personnes, nr. 126. s. noch vol. I. p. 508.
 3) Diese Aufhebung der Unfreiheit kommt in verschiedenen Ländern sehr verschieden vor. Sammlung der Nachrichten aus verschiedenen Ländern in Biot de l'abolition p. 308—442. und über Italien: Libri histoire des sciences mathematiques vol. II. p. 508.
 4) Vorzüglich aufklärend für das Verhältniß deutscher Hörigkeit ist das Ver-

Unfreiheit ⁵⁾ häufig nur auf Hörigkeit deuten, vermehrte sich die Zahl der Hörigen ⁶⁾, in so ferne die alte Unfreiheit in Hörigkeit ⁷⁾ überging ⁸⁾ oder neue Verhältnisse entstanden, die diese herbeiführten ⁹⁾. Der Hörige trat in ein persönliches Verhältniß ¹⁰⁾ zu dem Herrn, unterwarf sich den Statuten der Verbindung, welcher er nun angehörte, und erlitt dadurch auch manche Veränderungen an seinem Volksrechte, ohne daß man deswegen annehmen darf, daß durch die Hörigkeit immer die Freiheit der Person gelitten habe ¹¹⁾. Das Verhältniß ¹²⁾ kam aber in höchst verschiedenen Formen vor; insbe-

hältniß der französischen main-mortables (Sie heißen auch in Statuten taillables à volonté, exploitables). s. darüber Loisel instit. coutumieres I. p. 89—139, und am meisten mit hiesigen Erörterungen Bouthier coutumes de Bourgogne. vol. II. p. 417—572. Uebrigens war das Verhältniß der gens de main-mort höchst verschieden, Loisel l. c. p. 104; daher unterschied man main-morte personnelle, réelle. Bouthier l. c. p. 421. s. noch die Schrift: de l'état des personnes et de la condit. des terres. I. p. 380—411. Sehr belehrend ist die Darstellung der Verhältnisse der zu einem Kloster gehörigen Leute von Guerard cartulaire de l'abbaye de St. Pere de Chartres vol. I. p. XXXIV bis LVI.; und von Glandern Warnkönig Rechtsz. III. S. 16—25.

- 5) J. B. wenn man 1307 noch von Holstein vom Verkauf der Bauern spricht. s. Falk Handb. IV. S. 197. not. 53.
- 6) Benedey Römerthum, Christenthum, Germanenthum. S. 155.
- 7) Meyer patriot. Phantasien. III. Thl. nr. 66. Kindlinger Geschichte der Hörigkeit, insbesondere der sogenannten Leibeigenschaft, mit Urkunden. Berlin, 1819. Sethe urkundl. Entwurf der Natur der Leibeigenschaftsgüter. Düsseldorf, 1810. S. 104. 109. Müller über das Güterwesen. Düsseldorf. 1816. S. 46. 83. 102. 117. Richard Abhandl. von den Bauerngütern in Westphalen. S. 27. 88. Schrassert Cod. Gehr. Zutph. p. 219.
- 8) In den Chroniken der alten Sachsen erwähnen mehrere z. B. Nithardus (in Pertz Monum. II. p. 668.), Hucbaldus (in Pertz II. p. 361.) nur außer den edlingis und frilingis die lazzi, während in andern Chroniken (Pertz II. p. 675.) außer den 3 Ständen noch servi erwähnt werden. Falk staatsb. Magaz. VI. S. 28 und Falk Handb. IV. S. 187.
- 9) Der Ausdruck hörig kommt nicht allgemein in Deutschland vor, und hat verschiedene Bedeutungen. s. Urkund. in Treuers Geschlechtsbist. von Münchhausen. Anh. S. 47; in Kindlinger Geschichte S. 490. 604. 761. s. noch Grimm Rechtsalterthümer S. 310. In Urkund. von 1260 in Nive über das Bauerngüterwesen S. 378 heißt Hörigkeit: pertinentia.
- 10) Nive über das Bauerngüterwesen in den Grafschaften Mark, Netlinghausen. Köln, 1821. S. 42.
- 11) Daher auch nach Urkunden (z. B. in Müller über das Güterwesen nr. 68) Adelige hörig seyn konnten.
- 12) Lignus homo bedeutet zwar auch in Urkunden einen Hölzigen, allein zu weilen auch (in westph. Urk. z. B. in Hiesert Münzer. Urkundenbuch S. 86. 91) einen zur Freigrafenschaft Gehörigen; am gewöhnlichsten aber bezeichnet es eine gewisse Art von Vasallen. s. am besten (mit wichtigen Urkunden) Brüssel usage des fiefs. vol. I. p. 105—121. Lauriere gloss. vol. II. p. 56. Mathaei de nobilitate p. 977. Urk. in recueil des ordonnances des rois de France. vol. V. p. 43. Besonders gute Notizen in der Schrift: de l'état des personnes et de la condit. des terres. vol. I. p. 389—95.

sondere bildete sich eine Hörigkeit ¹³⁾ so aus ¹⁴⁾, daß Jemand in Beziehung auf Gutsbesitz einem Herrn sich unterwarf, welcher der echte Eigenthümer des Guts war, welches der Hörige baute, und daß dieser nunmehr dem von dem Herrn vorgeschriebenen Hofrechte, oder der, den in der Genossenschaft vereinigten Leuten gegebenen Lox gehorchen mußte ¹⁵⁾, und vielfach seinem Volksrechte entfremdet wurde. Diese Hörigkeit war wieder zweifach ¹⁶⁾, A) indem der Hörige einem Herrn sich unterwarf, dessen Gut er baute, ohne zu einem bestimmten Gute nothwendig zu gehören; während B) bei einer andern Art von Hörigkeit die Abhängigkeit sich nur auf das bestimmte Gut, zu dem der Bauer gehörte, bezog. Solche Verhältnisse wurden entweder dadurch bewirkt ¹⁷⁾: 1) daß die freigelassenen servi die Ländereien ihrer Herren zum Bauen erhielten; oder 2) daß bei dem Anhängen der Ländereien des Adels oder der Klöster das Bedürfnis entstand, Leute zu finden, denen man Grundstücke zum Bau überließ ¹⁸⁾; oder 3) daß die Mindermächtigen, durch den Druck der Mächtigeren veranlaßt ¹⁹⁾, sich in den Schutz der Letzteren begaben, und ihnen ihre Güter auftrugen; oder 4) daß Gemeinfreie, durch mannigfaltige Vortheile einer Verbindung mit der Kirche veranlaßt oder durch re-

13) Jus proprietatis seu litonicum genannt in Urkunde von 1395 in Kindlinger Gesch. von Bollmesteln I. nr. 112. s. noch Rive über das Bauerngüterwesen S. 42. 378. In Urkund. von 1377 bei Lünkel über bäuerl. Lasten S. 50. heißt es: teutonico latine in latino litones.

14) Die völlig Unfreien heißen auch homines de corpore. Urk. von 1263 in Bouhier Cout. de Bourgogne. II. p. 420. Die Hörigen häufig homines de mantissa. Urk. von 1253 in Perard recueil à l'histoire de Bourgogne p. 476.

15) Albrecht von der Gewer S. 304.

16) Daher unterschied man villani, qui ratione personae serviunt von denen, qui ratione tenementi serviunt. Von Frankreich: de Fontaines conseil (in Ducange) cap. 21. §. 8. Valbonois hist. de Dauphiné I. p. 94. Thaumassiere notes zu Beaumanoir p. 389. (die Schrift: de l'état des personnes. I. p. 330—35); von Italien: vortüglich Constitut. regni sicil. Lib. III. Tit. 3; von England: Britton in Houard IV. p. 133. s. überh. Houard anciennes loix. I. p. 252. 264—76. Phillips engl. Rechtsgesch. II. S. 90. Barnkönig flandrische Staats- und Rechtsgesch. III. Bd. S. 13.

17) Ueber Umwandlung der vollen Unfreiheit in Hörigkeit s. Raspaet origine des Belges II. p. 134. Bouhier l. c. II. p. 419. s. auch vom Norden Rosenvinge Grundr. S. 94. s. noch Hontheim prodr. hist. trevir. I. p. 284. Guden Codex III. p. 1053. Günther Cod. Rheno-Mos. I. p. 77. 93. 184.

18) Die Bedingungen, unter denen man Ländereien verlieh, waren freilich sehr verschieden. Pacht wurde weniger als das Verhältniß der Hörigkeit gesucht. s. Urkund. von 1337 in Röser Osnabr. Gesch. III. S. 321. Urk. von 1230 ibid. S. 287.

19) Gut dargestellt in Beaumanoir cout. de Beauvoisis chap. 25, und in der Schrift: de l'état des personnes. vol. I. p. 433—444.

ligiösen Sinn getrieben, ihre Güter einem Stifte anstrugen ²⁰⁾, oder 5) ohne diese Aufstragung nur in den kirchlichen Schutz als Altarhörige sich begaben ²¹⁾, oder 6) daß nach der Auflösung der Gauen und der Ausbildung des Lehenwesens neue Ansiedelungen ²²⁾ entstanden, bei denen die Herren die in ihren Bezirken Angesiedelten bald als freie Ansiedler ²³⁾, bald als ihnen Unterworfenen behandelten. Der Umfang der Verpflichtungen der Hörigen war höchst verschieden nach den besonderen Verabredungen. Die gemeinschaftlichen Merkmale ²⁴⁾ der Hörigkeit waren aber, daß die Hörigen der freien Volksgemeinde entzogen wurden, in ein engeres Verhältniß zu dem Herrn, der sie schützte und vertrat, kamen, sein Recht anerkennen mußten, und daß dies Verhältniß ein erbliches, die ganze von dem Hörigen ²⁵⁾ abstammende Familie umfassendes wurde. Das Hofrecht wurde dabei immer mehr dem Landrecht ²⁶⁾ nachgebildet, und ver-

20) Urk. in Miraeus oper. I. p. 348. 505. 686, II. p. 1131, IV. p. 16. 503. Calmet histoire de Lorraine preuves. I. p. 137.

21) Daraus beziehen sich auch die cencensuales. Das Verhältniß kam freilich sehr verschieden, oft ohne alle Beschränkung der Freiheit, aber auch wieder als wahre Hörigkeit vor. s. gut Seiberg in Ulrich und Sommer neues Archiv für preuß. Recht. VII. Bd. S. 209. Diese Verschiedenheit der Lage der Altarhörigen zeigt sich auch in Flandern. Barnkönig Rechtsgesch. III. S. 25—35. Die homines ecclesiae (in der Schweiz auch Gotteshausleute genannt) (Bluntschli Rechtsg. I. S. 187.) konnten völlig freie sein. Barnkönig III. S. 35.

22) Eine Art davon waren die Casalagia (du Cange h. v.). Merkw. Urk. von 1298 in Ordonn. des rois de France. vol. XII. p. 335.

23) Am lehrreichsten ist hier das Verhältniß der hospites, s. oben S. 48. not. 7; in Urkund. bezeichnet mit ostisia, die Ansiedler hießen ostes. Beaumanoir chap. 32 und Anzüge aus Urkund. vom XII. Jahrh. in Lauriere glossaire du droit françois. II. p. 165. 166. Die hospites in Frankreich und in den Niederlanden waren freilich meist eine Art von Hinterlassen (freilich wieder mit sehr verschiedenen Bedingungen). Cuervard cartulaire de l'abbaye de Chartres. I. p. XXXV. und besonders Barnkönig Rechtsg. III. S. 45 u.

24) Ueber die Ansichten der Rechtsbücher Sachsensp. I. 28, III. 42. 80. Schwabensp. cap. 51. §. 15, cap. 69. Sächs. Weichbild Art. II. Kopp Bilder der Vorzeit S. 16. Heitemeier das gem. Recht in Deutschland S. 144. Weichsel rechtshist. Unters. S. 51—58. — Das Verhältniß der Unfreiheit war höchst verschieden in einzelnen Ländern; s. von Zyröl, wo früh ein mildes Verhältniß eintrat. Kapp in der Zeitschrift für Drol. III. S. 25. 31. 34; von Flandern wichtig Barnkönig Rechtsgesch. I. Thl. S. 241.

25) Daß diese Hörigen doch eigenes Vermögen hatten, ergibt sich aus Urkunden. In Urkund. von 1166 in Lang regesta I. p. 259 übergibt ein homo proprius 2 Mansos der Kirche. In Urkund. von 1163 in Günther Cod. Rheno. I. p. 380 gibt ein Leibeigener, um sich frei zu kaufen, dem Herrn Weinberge.

26) Der Herrige war in dem Hofgerichte Schöffe über seine Beneficien, wie der Gemeinfreie im Volkengerichte. s. noch gut Bluntschli I. S. 197.

lich in der Hofgenossenschaft dem Hörigen selbst Rechte, wie sie der Freie in der Volksgemeinde hatte. Wegen der großen Verschiedenheit der Verhältnisse der Hörigkeit muß man sich hüten, aus manchen darauf deutenden Ausdrücken ²⁷⁾ auf ein strengeres Verhältniß oder selbst auf Unfreiheit zu schließen. Am nachtheiligsten wurde es, daß allmählig immer mehr reine Schutz-, Gerichts- oder Zinsverhältnisse theils durch Uebermacht der Herren ²⁸⁾, theils aus Unkenntniß der wahren Bedeutung der alten Ausdrücke ²⁹⁾, theils wegen des Zusammenwerfens verschiedener Verhältnisse, in Hörigkeit verwandelt wurden.

27) Ueber Vorsicht bei den Ausdrücken: Gruppen discept. p. 1024. Von Bedeutung servus: Richard von den Bauerngütern in Westphalen S. 395. Rindlinger Geschichte der Hörigkeit S. 65; auch ministeriales hießen servi, Urk. von 1264 in Kopp Hess. Gerichts. I. nr. 121; 999 mancipium: Anton Gesch. der Landwirthschaft. I. S. 327, III. S. 128. Rindlinger l. c. S. 64. 81. 176; vom Worte Knecht: Seifried l. c. II. S. 123; vom Worte Schalk: Mathaei de nobil. p. 938. Auch mundling scheint auf Hörigen zu deuten; priv. Otto I. a. 937 in Lindenbrog priv. hamaburg. p. 1609. Vom Ausdruck eigen Mann, Urk. in Rindlinger S. 463 und schon S. 82. Oft bezeichnet Eigen Mann den Gerichtseingesessenen; Weichsel rechtshistorische Untersuchungen I. S. 88. f. noch Eichhorn S. 448. Grimm S. 312. Ueber das Verhältniß der Tagwerker (nach Sachsenspiegel III. 44. §. 3 u. 45. §. 7) Fall Handb. IV. S. 198. Vom Worte Sklav Dreyer Abhandl. III. S. 1168. Pottgiesser de statu serv. I. cap. 3. §. 57. 58. Seifried II. S. 133. Hüllmann Staatsrecht des Alterthums S. 125 not. Vom armen Mann Siedenkes Magazin. I. nr. 24. Armer Mann bezeichnet auch Unterthanen. f. Haltaus gloss. p. 52. f. noch wichtig Kuchenbecker annal. hass. coll. III. p. 192. Grimm S. 312. Der Ausdruck leibsbanghörig kommt vor in der nassauischen Landesordn. von 1498. Art. 56. In Holstein dreht sich im Mittelalter Alles um den Unterschied von Bonden und Lansen. Westphalen monum. I. p. 6. 91. praef. von tom. II. p. 80, und Abhandl. im Staatsbürg. Magazin, herausg. von Falk. IV. Bd. S. 369, V. Bd. S. 61. Ueber das Verhältniß der Brydie (im jütischen Lombuch II. S. 67.) Fall Handb. IV. S. 200.

28) Das bloße Zinsverhältniß begründete keine Hörigkeit. Nach Urk. in Bouquet VI. p. 524 kommen liberi vor, qui censum de capite solvunt. f. Urk. in Perard recueil p. 77. p. 130. 493. Mirasi oper. I. p. 348, II. p. 1131. Foppens dipl. Belg. IV. p. 183. Schrift: de l'état des personnes. I. p. 340. 349.

29) J. B. der Ausdruck: cerocensualis. Urk. in Günther Cod. I. p. 55. Pottgiesser de statu serv. p. 201. Hanselmann von der Landeshoheit S. 207. Wigand Geschichte von Corvei. II. S. 104. Drüver Gesch. des Amts Bechte. S. 54. Hannov. Magazin 1782. Stück 45. Rindlinger Münster. Beitr. II. nr. 70. Elafen Köln. Schreibspraxis S. 69. Rive von den Bauerngütern S. 103. und merkwürdige Urk. v. 1226 bei Rive S. 390. Wichtige Urk. v. 1315 in Wigand Archiv II. S. 103. Auch ganz Freie und Adelige konnten wachszinsig seyn. Tolner Cod. palatin. nr. 36. p. 31. f. über Wachszinsige gut Wigand Provinzialr. v. Paderborn. II. Thl. S. 190. Gut über die spätere Behandlung Seibertz in Ulrich Archiv. I. c. S. 237.

§. 50. [§. 47.] Ministerialverhältniß.

Das Ministerialverhältniß ¹⁾ darf weder als Begründung eines eigenen erblichen Standes ²⁾, noch als ein Grund angesehen werden, wodurch der angeborne Stand verändert wurde ³⁾. Sie war eine Eigenschaft, nach welcher Jemand Hof- oder Beamtendienste bei einem Herrn übernahm ⁴⁾, und zwar gewöhnlich gegen eine Uebernahme eines ihm dafür verliehenen Gutes ⁵⁾. Da die Fürsten und Herren ⁶⁾ im niedern Adel ihre Dienstleute, eben so wie die Klöster ⁷⁾ und die Familien des niedern Adels unter den Freien, sich suchten, aber auch manche Kämmerer von Hörigen versehen wurden ⁸⁾, so hat der Ausdruck: ministerialis sehr verschiedene Bedeutungen. Entehrend war dies Verhältniß an sich nicht, da es selbst als Nachahmung der schon am fränkischen Hofe vorkommenden Einrichtung erschien. Bei den reichen Stiftern wurde es wegen der Anhäufung vieler Grundstücke, die nicht veräußert, aber zur Veranlagung an Andere verliehen werden konnten, wichtig ⁹⁾, indem dadurch das Stift gewisse Personen gewann, welche zu Ehrendiensten vorzüglich bei feierlichen Gelegenheiten gegen die Verleihung von Gütern sich verpflichteten ¹⁰⁾. Auf ähnliche Weise hatte wieder jedes Mitglied des hohen Adels seine Dienstmannen ¹¹⁾. Der Dienstmann ¹²⁾ hatte Rechts-

1) Mathaei de nobilit. Lib. IV. cap. 23 etc. Eichhorn Rechtsgesch. §. 49. 167. 194. v. Jürth die Ministerialen. Köln, 1836.

2) Barnföngig flandr. Rechtsgesch. III. Thl. S. 117, wo eine Darstellung der Ministerialität in Flandern vorkommt.

3) Schwabensp. c. 65. §. 2.

4) Der allgemeine Ausdruck war Dienstmann. Urk. in Kopp de insign. different. p. 108. Ueber Verh. des Sachsen- und Schwabenspiegels wegen Dienstmann s. Gaupp Miscellen nr. 8 und Weiske Abhandl. S. 62. 63.

5) Beneficium genannt. v. Jürth S. 265.

6) Leg. sal. Tit. II. c. 6. Cap. VII. 432. c. 8. Cap. III. a. 811. cap. 4. Hülsmann I. S. 33. Montag Geschichte II. S. 583.

7) Von den Klosterbeamten s. Guérard im angeführten Cartulaire p. LXX. Barnföngig III. S. 147.

8) Nichtig ist es, daß ministerialis zuweilen auch den zu Aufseherdiensten Bedienten, auch oft nur den Diener im Hause bedeutet. Jürth die Ministerialen S. 16. 21.

9) Geschichtl. Nachr. von dem Geschl. v. Alvensleben. I. S. 20.

10) Urk. Gesch. von St. Gallen. I. S. 316. Dops Geschichte v. Basel. I. S. 207. 458. Wigand Gesch. von Corvei. II. S. 59. Dahl Beschreibung von Vorsch. S. 136. v. Jürth S. 143.

11) v. Jürth I. c. S. 137. Oft besaß Jemand von dem nämlichen Herrn ein Gut jure feudali und das andere jure ministeriali. Urk. v. 1197 in Freyer Geschlechts historie im Anhang S. 7.

12) Sachsensp. III. 42. Kopp Bilder S. 103. Schwabensp. cap. 115.

fähigkeit nach Landrecht ¹³⁾, trat aber zu seinem Herrn in eine Genossenschaft, in welcher seine Verhältnisse zum Herrn vorzüglich auch in Bezug auf das ihm verliehene Gut nach Dienstrecht ¹⁴⁾ beurtheilt wurden. Vermöge dieses Verhältnisses erhielt der Dienstmann ¹⁵⁾ aber auch wichtige Rechte. Dem Vasall, welcher nach Lehenrecht beurtheilt wurde, stand der Dienstmann übrigens im öffentlichen Auftreten nach ¹⁶⁾. Die besondere Verabredung und das Dienstrecht bestimmten in jedem Falle den Umfang der Rechte und Pflichten. Seit dem XIII. Jahrhundert ging das Verhältniß ¹⁷⁾ vielfach in das Lehenverhältniß über ¹⁸⁾, und verlor seit dem XVI. Jahrhundert durch das Entstehen besoldeter Staatsdiener und die Einteilung der Juristen, das Verhältniß nach Lehenrecht zu beurtheilen, seine Bedeutung ¹⁹⁾.

§. 51. [§. 44. 46.] Ausbildung der Ansichten über Freiheit und Stand seit dem XVI. Jahrhundert.

Je mehr das Streben der Landesherren gelang, die einzelnen im Staate vorhandenen, durch verschiedene Rechte getrennten Einwohnerklassen durch die Ausbildung des allgemeinen Schutzverhältnisses in eine Unterthanskasse zu vereinigen, je mehr die Landeshoheit sich ausbildete, vermöge welcher dem Landesherrn gleiche Rechte auf alle Unterthanen zustanden, desto mehr fiel die alte Bedeutung von Freiheit weg. Die Gemeinfreien ¹⁾ wurden Unterthanen. Die ehemalige

13) Sachsensp. I. 38, III. 81. Eydow Erbrecht nach Sachsensp. S. 12.

14) Oben §. 7. not. 17 und v. Gürk S. 247.

15) Streitschriften in de Floennies de ministerial. Marb. 1719, cura Estor. Jen. 1740. Glaffey de vera quond. minist. indol. Erford. 1724. Estor comm. de minist. Arg. 1727, und in den kleinen Schriften 36 Stüd. S. 555. Semler de Minist. Altorf, 1751. Struben obs. jur. et hist. p. 48 und Nebenstunden IV. Thl. S. 355. Runde Grundzüge S. 352. f. noch Pfeffel von den baier. Dienstmannen. München, 1767. Krenner Anleit. zur Kenntniß der Landtage des Mittelalters. S. 22.

16) Kurz Gesch. der Militairverf. Oesterreichs S. 168—180. Albrecht von der Gewerr. S. 308. 314.

17) Vom Untergang des Verhältnisses v. Gürk S. 472.

18) Heuffer Abh. von den Hofämtern des Erzstifts Mainz S. 375. Nachr. von dem Geschlecht von Alvensleben S. 367.

19) In Leibniz script. rer. Brunsvic. II. p. 267 kömmt der Ausdruck 1502 noch vor. In Trier (1497) heißen minist. das Hoffgesind, f. Hontheim hist. trov. II. p. 507. In Urk. von 1535 kömmt minister. noch vor. Niccius vom Adel S. 216.

1) Beweise von der Fortdauer der Gemeinfreien f. Halsema in den Groninger Verhandlungen II. p. 235. Biarda Megabuch S. 49. de Groot Inleiding p. 95. Rechtsgeleerde observat. tot de Groot. II. p. 51—59.

Vogtei verlor immer mehr ihre Bedeutung; die landesherrliche Vogtei ging in die Landeshoheit über ²⁾, und die Privatvogtei ³⁾ wurde durch die Ausbildung des Unterthanenverhältnisses und durch den größeren Staatsschutz entbehrlich und verwandelte sich in eine Outsherrschaft oder in Patrimonialgerichtsbarkeit, oder begründete das Verhältniß von Meallasten. Der Begriff von Freiheit erhielt nur mehr einen Sinn durch den Gegensatz, in so ferne es Personen im Staate gab, welche (als Leibeigene oder Hörige) unfrei waren. Damit änderte sich auch das Verhältniß der Stände im Staate ⁴⁾. In so ferne unter Stand ⁵⁾ der Inbegriff derjenigen Personen verstanden wird, welche eine besondere Klasse im Staate ausmachen und rechtlich von andern geschieden sind. Während in dieser Beziehung im Mittelalter der Herrenstand, Stand des Adels, der Geistlichen, der Gemeinfreien zu unterscheiden war, konnte man vom XVI. Jahrhundert an ⁶⁾ statt des Standes der Gemeinfreien den Stand der Bürger und den der Bauern unterscheiden, obwohl ihre privatrechtlichen Unterscheidungen nicht bedeutend waren und in neuerer Zeit ⁷⁾ durch die Ausbildung der Rechtsgleichheit ⁸⁾ immer weniger Bedeutung hatten ⁹⁾.

Aratzen instit. jur. Belg. I. p. 100. Vünzel von den bäuerl. Lasten S. 36.

2) Wöser Osnabrück. Gesch. III. Thl. S. 50.

3) In einem bair. Gesetze von 1501 (in Krenners Landtagshandlungen XI. S. 534) wird das Vermunden der Bauern, d. h. Begeben in Privatvogtei, verboten.

4) Ueber deutsches Ständerecht s. de Courey Abhandl. über Freiheit und Leibeigenschaft, Adel und dritten Stand, übers. von Desterli. Gott. 1788. Vntter von dem Unterschied der Stände in Deutschland. Gott. 1795. Moreau Miscellen zum deutschen Staats- und Privatrecht. I. Thl. nr. 15. Hüßmann Gesch. des Ursprungs der Stände in Deutschland. Frankf. 1806. III Theile. Neue Auflage.

5) Man kann dem Ausdruck: Stand auch die Bedeutung unterlegen, die verschiedenen Klassen im Staate zu bezeichnen, die factisch von einander geschieden sind und hier von Geburtsständen und Berufsständen sprechen. Mevius würtemb. Privatr. I. S. 300. Maurenbrecher I. S. 293; allein juristisch hat dies keine Bedeutung. s. überh. Falk Handb. des heilr. Privatr. IV. S. 176 u.

6) v. Wächter Handbuch des würtemb. Privatr. I. S. 150. 384.

7) Wenn man in neuerer Zeit noch von Stand in so ferne spricht, als alle Personen, welche vermöge ihrer Hauptbeschäftigung oder Lebensbestimmung in der bürgerl. Gesellschaft gleiche Rechte haben, einen Stand ausmachen (s. B. preuß. Landr. I. Thl. I. Tit. §. 6. Zeiller Comm. zum österr. Gesetzbuch I. Thl. S. 101), so bezieht sich dieser Ausdruck auf Berufsstände, hat aber im Privatrechte keine praktische Wichtigkeit.

8) Der seit dem XVI. Jahrh. ausgebildete Beamtenstand (v. Wächter I. S. 151.) und spätere Militärstand (v. Wächter S. 384) ist kein Geburts-

II. Unterabtheilung.

Von dem Adelstande.

Historische Einleitung.

§. 52. [§. 48.] Spuren des Adels in der frühesten Zeit und Verhältnisse zur Zeit der Volkrechte.

Die frühe ¹⁾ Ausbildung eines Standes, welcher höhere Auszeichnungen als die Gemeinfreien hatte, und dessen Angehörige *adalingi* früh genannt wurden ²⁾, erklärt sich bei den Germanen vorzüglich daraus, daß bei einigen Familien der Güterbesitz so sich vermehrte ³⁾, daß daran Vorrechte geknüpft waren ⁴⁾. Daß die *Principes*, von

stand und hat mehr auf öffentliches Recht (obwohl auch einige privatrechtliche Wirkungen) Einfluß. s. noch Reyscher I. S. 332. 340. s. noch über Standesverschiedenheit: Vollgraff im Beilagenheft d. Civilarchivs. IX. Bd. S. 18. 20. 38. Zacharia deutsches Staatsrecht I. S. 310.

9) Nur in so ferne nach den deutschen Gesetzen, die bis zu den neuesten Einrichtungen galten, an den Geburtsstand des Adels, der Bürger, Bauern sich rechtlich besondere Verhältnisse knüpften, ist schon zum Versehen mancher älterer Einrichtungen das Hervorheben jener 3 Stände nothwendig.

1) Vom ältesten Adel: Tacitus German. cap. 7. 13 (verglichen mit Vollej. Patercul. I. 108, II. 118. Tacit. histor. IV. 15. Tacit. Annal. III. 40, XI. 16, XIV. 31. Caesar de bello G. V. 3, VI. 23.). Runde orat. de vera nobil. rat. pro div. temp. rat. Gott. 1703. Hontheim prodr. hist. Trev. I. p. 13. Barth Urgeschichte der Deutschen. I. Thl. S. 300. Maier german. Urverfassung S. 48. Möser Denabr. Gesch. I. Thl. S. 26. Eichhorn S. 14. Schildener Guts-Lagb Seite 218. Schildener Beitr. zum germanischen Rechte Seite 80. Zöpfl Rechtsgeschichte S. 15. Kurz Geschichte der Militärverfassung. Seite 32—42. Euben deutsche Geschichte. I. Seite 495. 721. Spence inquiry into the origin of the laws and institutions of modern Europe. London, 1826. p. 218. Raepsaet orig. vol. II. p. 122. Vom Norden Rosenvinge Grundriß S. 14. 41. Von dem Adel bei den slavischen Völkern s. Keuz russische Rechtsgesch. I. S. 36 u. Macieiowski slavische Rechtsgeschichte übers. I. S. 84. 110. s. noch über den ältesten Adel: Koutorga essai (s. oben S. 47. not. 1.) pag. 170. Löbbeck Gregor von Tours u. seine Zeit. Seite 156 u. Beilage 4. Falk Handb. IV. S. 181.

2) Ueber Ableit. v. Wort: Adel, von Aett: edhil (Wohligeborn) oder athal (vornehm) oder odling (Gutsbesitzer) oder odel (Waterland) s. noch Homyer Uebers. von Rosenvinge Grundriß S. 54. Nach Grimm Rechtsalterth. S. 265 bedeutet Adel das Geschlecht. Spielmann glossar. pag. 9.

3) Dies ergibt sich vorzüglich auch aus den angelsächsischen Quellen (ancient laws of England p. 79.), nach welchen das Wehrgeld mit der Größe des Besigthums steigt. s. Unger die altdeutsche Gerichtsverfassung S. 21. s. noch Müller die lex Salica p. 160 (der aber zuweit geht).

4) Vorzüglich zuerst in Bezug auf Wehrgeld. s. darüber Grimm S. 272. v. Savigny S. 3. 16. 22, aber auch Beller S. 303. Philippi I. S. 246.

welchen Tacitus spricht, dem Adelsstande angehörten ⁵⁾, läßt sich nicht erweisen ⁶⁾. Daß jedoch solche Familien, aus welchen Principes gewählt wurden, später in die Reihe der Adlichen ⁷⁾ gelangen konnten, ist ebenso wahrscheinlich. Gewiß ist, daß die Ausbildung des Adels ⁸⁾ bei den verschiedenen germanischen Völkern sehr verschieden war ⁹⁾. Vorzüglich war das System der Gefolgeschaft

5) Tacit. Germ. cap. 12. s. darüber v. Savigny S. 27.

6) Gaupp Recht der Thüringer S. 97. S. 103. Goeller act. soc. Graecae p. 49. 60. Lobell Gregor v. Tours. Beilage 4. Unger altdeutsche Gerichtsverf. S. 107.

7) Von einem Zusammenhang des Adels mit dem Priestererhältniß (Tacitus German. cap. 10 stellt proceres und sacerdotes in ein Verhältniß) s. Eubbeen Rechtsgefch. §. 14 not. m. Falk in Aelter Blättern. 1819. III. S. 117. Grimm Rechtsalterth. S. 267. 270. Phillips deutsche Gefch. I. Thl. S. 111; und deutsches Privatr. I. S. 217. Müller die Lex Salica p. 172. s. aber dagegen Welter I. c. S. 293.

8) Vom Adel: Tiraquell de nobilit. in operib. Francof. 1616. nr. 1. Christinaei observat. eugonialogicae sive mater nobil. in der Ausgabe von Reinhart ad Christinaeum, obs. sel. Erford. 1743. Laroque traité de la noblesse. Rouen, 1734. Nolden de statu nobil. civil. Giess. 1623. Jurisprudentia heroica seu de jure Belgarum circa nobilitat. et insign. Brüssel, 1668. A. Mathaei de nobilitate, de princip. ducib. Amstel. 1686. Hasselt tract. ad Mathaei librum de nobil. Traj. 1777. Kopp de insigni differentia inter comites et nobiles immediatos. Argent. 1728. Cramer de jur. et praerogat. nobil. avit. Lipsiae, 1730. Struben de orig. nobil. germ. Lugd. 1718. Jen. 1745. Idem de orig. ac progress. ordin. equest. in observ. jur. et hist. nr. 1. Struben in den Nebenstunden II. Thl. S. 295, III. Thl. S. 436. E. Niccius zuverlässiger Entwurf von dem Adel in Deutschl. Nürnberg, 1735. E. V. Scheidt histor. und diplom. Nachrichten vom hohen und niedern Adel in Deutschl. Hannover, 1754. Fr. Lobethan Recht des landständigen Adels. Leipzig, 1796. Schmidt Beitr. zur Gesch. des Adels und zur Kenntniss der gegenwärtigen Verfassung. Braunschw. 1794—95. Schmid fortgesetzte Beiträge zur Geschichte des Adels. Leipzig, 1795. Mayer Gesch. des Hausrechts Seite 271. Allgemeine Encyclop. v. Ersch und Gruber unter Artikel: Adel (bearbeitet von Hüllmann, Wittermaier, Nau); s. noch in den Schriften v. Müller Elem. der Staatskunt. I. Thl. S. 242; von Wagem Resultate der Sittengeschichte. Wien, 1812. II. Thl. Haller Restaur. der Staatswissenschaft. III. Thl. S. 229—267. Georgi Metamorph. des german. Adels. Nürnberg, 1810. s. noch Hellbach Adelslexikon oder Handbuch über die Nachrichten vom Adel. Jümenau, 1825. II Bde. Thierbach über den german. Erbadel. Götting, 1836. Welter in d. Staatslexikon. I. Bd. S. 257—354. v. Savigny Beitrag zur Rechtsgefch. des Adels im neueren Europa. Berl. 1836.

9) S. daher Sommer von den bayerischen Rechtsverhältn. II. S. 42. Leg. Saxon. Tit. 2. §. 1—4, Tit. 17. §. 1; vergl. mit den Stellen in den Chroniken s. v. Savigny S. 7. Anglor. Tit. 1. §. 1. Gaupp Gefch. der Thüringer S. 128, 285. Frision. Tit. 1. §. 1. 3. XV.; hiezu Halses in Groninger Verhandlungen. tom. II. p. 64. Baiuvar. Tit. II. c. 20; hiezu Palthausen Garibald im Urkundenbuch S. 77. Rudhart Gefch. der bayer. Gesetzgebung S. 27. Von Longobarden Savigny Beitr. I. S. 22, dagegen Welter S. 294; und über leg. longob. Luitprandi VI. 9. Lobell a. a. D. S. 163. Leg. Burgund. Tit. II., noch Capit. v. 797. c. 3. Cap. III. a. 813 c. 2. 3, a. 877 c. 20, und Mannert Freiheit der Franken S. 80, 204. Hüllmann Gefch. des Nr.

ten ¹⁰⁾ einflußreich, nach welchen es nicht fehlen konnte, daß die kühnen Häuptlinge, unter deren Anführung die Genossen zu gemeinschaftlichen Zügen und Eroberungen sich vereinigten, bald eine höhere Würde vor den Uebrigen erhielten, und daß ein Geschlecht, aus welchem mehrere solche Häuptlinge hervorgingen, als ein höher geachtetes Geschlecht galt. Das Verhältniß der Gefolgeschaften hatte auch bei den Eroberungen den Gefolgesherren vorzügliche Gelegenheit gegeben, größere Massen von Ländereien zu erwerben, und durch den Reichtum den Adel zu begründen; ihre Stellung zu dem Regenten als dem obersten Gefolgesherren gab ihnen eine politische Würde, und ihr Verhältniß zu ihrem Gefolge machte sie in gewisser Art zu Herren der von ihnen Abhängigen. Eine Fortbildung des Gefolgesystems war das Verhältniß, nach welchem manche Mächtige als Getreue an den fränkischen König sich angeschlossen, als Hofbeamte, oder Provinzialbeamte von ihm ernannt wurden, oder in seinen speziellen Schuß sich begaben ¹¹⁾. Die Reichsständschaft ¹²⁾ bevorrechteter

sprungs. I. Thl. S. 33. Montag Gesch. der staatsbürgerl. Freiheit I. S. 118. Richter de vi milit. p. 10—27. Eichhorn Rechtsgesch. §. 47. 164. 167. 195. v. Savigny Geschichte des römischen Rechts, I. Thl. S. 158. 177. 186, II. Theil Vorrede S. XVII. v. Savigny Beitr. S. 7—25. Verz Geschichte der merovingischen Hausmeier S. 117. Stenzel Geschichte der Kriegsverf. S. 82. s. noch Spelmann gloss. sub voce: Adalingi, und vom Adel bei d. Angelsachsen s. Phillips S. 113 u. Heywood diss. upon the distinctions of society and ranks of the people under the Anglosaxons. Lond. 1818. In den alten Wallischen Gesetzen Hoeli Boni (leg. Walliao p. 12) heißt Edling der designirte Nachfolger des Königs. s. noch Theorie des loix politiques de la monarchie françoise vol. VI. p. 80—93. Hieher gehören auch die Untersuchungen der französischen Schriftsteller: Boulainvilliers hist. de l'ancien gouvernement. Amst. 1727. Tabary essai sur la noblesse de la France. Paris, 1732. Mignot de Bussy lettres sur l'origine de la noblesse de la France. Lyon, 1763. La Roque traité de la noblesse et de ses diverses especes. Rouen, 1709. Viel Zweifel ist über Adel bei den Franken. Grimm S. 208. v. Savigny Beitr. S. 15. Welker l. c. S. 284. Sehr fleißig gesammelt sind Stellen über die frühesten Spuren des Adels bei den Franken in der Schrift: de l'état civil des personnes et de la condit. des terres dans les Gaules. I. p. 172—217, u. Stellen in Recueil des historiens de France tom. III. p. 380—652. Merkw. ist Leg. Sal. LXXII und dazu Gaupp Ges. der Thüringer S. 128. Föbels l. c. S. 165. 171. Ueber den Adel bei den Alemannen s. Bluntschli Rechtsgesch. I. S. 30.

- 10) Tacit. Germ. c. XIII. Maier Gesch. des Fausts. S. 293. Meyer esprit, origine I. p. 102. Die Germania des Tacitus von Weiske S. 211. Phillips engl. Reichs- und Rechtsgesch. I. S. 22. Schmid Gesetze der Angelsachsen. Einleit. S. LXX. Gaupp Ges. der Thüringer S. 107. v. Savigny Beitr. S. 4. 16. Föbels S. 508. Lhuërou histoir. des institut. meroving. pag. 343.

- 11) Hieher gehören die antrustiones. Marculf form. I. 18. Leg. Salic. tit. 32. 66. 74. Grimm S. 275. Feuerbach über die lex Salica p. 80. Gaupp Ges. d. Thüringer S. 107. v. Savigny Beitrag S. 101. Müller

Personen, die, als königliche Getreue, zu den Reichsversammlungen beigezogen wurden, wurde ein neuer Grund von Vorrechten gewisser Personen, und die Immunitätsprivilegien ¹²⁾, welche einzelne Adelsliche erhielten, vermehrten die Auszeichnungen mancher Familien, und wurden Veranlassung, daß manche Freie, die auf dem Immunitätsboden sich ansiedelten, in näheres, bald in Abhängigkeit übergehendes Verhältniß zum Immunitätsherrn kamen. Diese durch Reichtum, äußeres Ansehen, und politische Stellung Ausgezeichneten bildeten nun in der fränkischen Zeit die Klasse der *proceres*, *optimates* ¹⁴⁾, *nobiles* ¹⁵⁾, die zwar noch keinen Adel im späteren Sinne ausmachten, jedoch schon Vorrechte vor den Gemeinfreien genoßen, und selbst einen Geburtsadel ¹⁶⁾ bildeten, dessen Daseyn in der fränkischen Zeit ¹⁷⁾ nicht geläugnet ¹⁸⁾ werden kann ¹⁹⁾, ob-

die *lex Salica* p. 217. Gegen v. Savigny's Ansicht s. vorzüglich Löbbl Greger v. Tours S. 160.

12) Kunde vom Ursprunge der Reichsständschaft der Bischöfe. Gött. 1775: wohl zu vergleichen mit Montag Gesch. der staatsb. Freiheit. I. Bd. 2te Abtheil. S. 51—88.

13) Daß jeder Adelsliche *emunitas* gehabt habe, läßt sich nicht erweisen, und zu weit geht deswegen Montag Geschichte I. Thl. S. 134. Immunitätsprivilegien aber kommen bald vor. Urf. in Baluz capitul. im app. tom. II. p. 1400. 1405. Urf. von 898 in Nachrichten von Juvavia in Urf. S. 118.

14) Auch *seniores*, *priores* genannt. s. Stellen in Perg in der oben not. 9 citirten Schrift.

15) In einer Urf. von 894 bei Baluz Miscellan. IV. p. 424 werden *nobiles* und *ignobiles* getrennt. Freilich bezeichnet erst *nobilis* bei den Franken einen königlichen Getreuen oder höheren Beamten, oder einen freien Franken. Urf. in Annales Benedict. vol. I. p. 109. Concil. Aquisgran. von 816 in Sirmond Concil. vol. II. p. 391 und Urf. im Bouquet vol. IX. p. 307. 360, vol. X. p. 69. Theorie des loix politiques l. c. vol. VI. p. 89. s. noch Scheidt vom Adel S. 8. not. m. Montag Geschichte I. Thl. S. 134. Ueber die alten Bezeichnungen Löbbl S. 176.

16) Auf den Adel des Geschlechts deuten viele Stellen, z. B. *ortus ex illustri prosapia*, Urf. von 917 in Codex laurishamens. vol. II. p. 87. 89. 127, oder *orta ex alta Werineri prosapia*; s. Urf. von 828 in Actis Acad. Theod. Palat. vol. VI. p. 252; noch Urf. in Schöpllin Alsat. dipl. vol. I. p. 625. Auch Stellen in Chroniken sprechen von der *nobilitas carnis et parentum numerosa multitudo* in Oesele script. rer. boic. tom. I. p. 455. Auch wird von *melioribus natu* schon bei Franken gesprochen; s. Stellen gesammelt in Pistor von den Grafen S. 26. 225. Besonders wichtig sind jene Stellen, wo auch von Frauengimmern das Prädikat *nobilis* gebraucht wird, z. B. Urf. in Annal. Benedictin. saecul. II. p. 423. Bouquet II. p. 619, III. p. 599. 651.

17) Nicht wahrscheinlich ist die Ansicht von Luden deutsche Geschichte III. S. 372. 380, nach welchem erst die fränkischen Könige einigen Geschlechtern bei den Baiern und Angeln höheres Beirgeld zugestanden haben sollen.

18) Manche Familien suchen ihren Ursprung in die Frankenzeit hinaufzuführen,

wohl manche Vorrechte, die man oft dem Adel zuschreibt, nur an die Beamtenwürde ²⁰⁾ geknüpft waren ²¹⁾.

1. B. die Belfen. Gebhardi Genealogiegeschichte der erbl. Reichsstände. II. Thl. S. 142. Schmidt fortgesetzte Beiträge zur Adelsgeschichte S. 86. f. noch von den Urdynasten die Stelle in Monach. Weingartens. in Leibniz scriptor. I. p. 798; dazu Stenzel Gesch. S. 84. Kopp de insigni different. p. 33. Eichhorn R. G. S. 194. Pallhausen Urge-
schichte der Baiern S. 98.
- 19) Wichtig sind die Stellen d. Chronisten, 1. B. Huchaldus (f. oben S. 49. not. 8.), wo entschieden von den alten Sachsen erklärt wird, daß es drei Stände gab und unter diesen edlingi, hoc est latina lingua nobiles.
- 20) Besonders wichtig war das Verhältniß der marchiones (woraus die spä-
tern marchesi in Italien); f. darüber am besten Mulletti Storia di Sa-
luzzo. Saluzzo, 1829. vol. I. p. 118.
- 21) Zur Adelsgesch. einzelner Länder, f. von Oesterreich Leopolds
allgemeines Adelsarchiv von Oesterreich. Wien, 1789. III Bde. Wig-
grill Schauspiet des landfäff. niedern Adels. Wien, 1794. III Bde.
Suntlinger Unters. über die Verhältnisse des priv. Erbadeis. Wien, 1812;
vom Adel bei den alten Böhmen, Boigt Geist der böhmischen Geseze
S. 37; vom Adel bei den Slaven, Helmold Chron. I. 38. 48. 51. 55;
von Preußen und zwar dem märkischen Adel, Bersebe über die
niederländ. Kolonien. II. S. 572. J. Lippisch spec. jur. March. quo
mat. de nobil. March. expon. Lips. 1742. Dithmar Gurmärkische
Adelshistorie. Frankfurt. 1737. Grundmann Versuch einer utermärk. Adels-
historie. Prenzlau, 1744; von Schlesien, Willenberg de jur. nobil.
ducat. oppol. Francof. 1700. v. Kamps Jahrb. II. Bd. S. 321.
Vom Adel im Saalkreise Dreihaupt in der Beilage B. zu seiner Be-
schreibung des Saalkreises: von Halberstadt Lucanus in den Halber-
städtischen Blättern. I. Jahrg. I. Bd. 1791. nr. 30—33; von Pommern
v. Kamps statutar. Rechte. II. S. 144; von der Grafschaft Mark
Steinen westphäl. Gesch. I. Thl. S. 1533 u. 1869. Vom Adel in
Eseve v. Kamps III. S. 99; von Jülich Kobens der ritterbürtige Adel
des Großherzogthums Niederrhein. Aachen, 1818. IV. Bde.; von Trier
Hontheim histor. trev. II vol. p. 656; von Luxemburg Bertholet
hist. de Luxembourg. VI. p. 41, VII. 129. 255. 364. Von Baiern
Lang baier. Jahrb. von 1170—1294. S. 306—320. Hund bairisches
Stammbuch. Ingolstadt, 1598. II Thle.; III. Thl. in v. Freiberg Samml.
hist. Schriften und Urkunden. III. Bd. S. 162—796. Lang baier.
Adelsbuch. München, 1815. Nibler die Edelmannsfreiheit in Baiern.
Landshut, 1808. Gärtner die Landsassenfreiheit in der oberen Pfalz.
Landsh. 1807; von Sachsen Horns Handbibliothek. I. Thl. nr. 1. Weiße
Geschichte der sächs. Staaten. I. Thl. S. 80. Königs genealogische Adels-
historie. Leipzig, 1727. III Bde. v. Nechtritz ausführl. Nachr. adelicher
Familien. Leipzig, 1790. Beitr. zur sächs. Geschichte, besonders des sächs.
Adels. Altenburg, 1791. Römer Staatsrecht und Statistik von Sachsen.
III. Thl. S. 138—170. Haubold Lehrbuch des sächsischen Rechts S. 429;
von Westphalen Eosmann historisch-genealog. Magazin für den deut-
schen Adel, vorzüglich in Niedersachsen und Westphalen. Frankfurt, 1798.
Verken in Akenbergs niederrhein. Blätt. V. Thl. S. 34. Niefert in
Mallinkrodt Magazin der Geographie Westphalens. 1816. Heft I. v. Kamps
statutar. R. II. S. 513. f. noch Sommer von deutscher Verfassung
S. 59; von Hessen Senkenberg Samml. rarer und ungedruckter Schrif-
ten. I. Thl. S. 115. Went Hess. Landesgeschichte. I. Thl. S. 166. No-
mel Geschichte von Hessen, Anmerk. S. 280; von Mecklenburg Köhler
de orig. et increm. jur. et priv. nob. Mecklenb. Gott. 1739. v. Kamps
mecklenb. Eivilr. II. S. 524; von Holstein f. (Amthor) histor. Bericht
von dem vormaligen und gegenwärtigen Zustand der Schleswig-Holstein.

§. 53. [§. 49.] Veränderungen.

Zu den Gründen, durch welche viele Familien, die schon in der fränkischen Periode adelich waren, in einen geschlossenen Stand sich ausbilden und Vorrechte vermehren, andere Familien aber zu dem Adel gelangen konnten, gehören: I. die allmähliche ¹⁾ Erblichkeit der Ämter und Stellen ²⁾ mit der dadurch bewirkten Uebertragung der Rechte, welche nur den Beamten hätten zustehen sollen, auf Familien, II. die durch Entstehung von Geschlechtsnamen ³⁾ be-

Ritterschaft. 1714. Privilegien der Schleswig-Holsteinischen Ritterschaft, herausg. von Jensen und Hegewisch. Kiel, 1797. Schrader Lehrbuch des holstein. Rechts. II. Thl. S. 131. Hennings's Hülfsbuch S. 49—59. Falk Handbuch des holst.-schlesw. Privatr. IV. S. 180. Ueber Adel in den Ostseeprovinzen s. Reinhold von Helmersen Geschichte des livländischen Adelsrechts. Dorpat 1836. v. Bunge gesch. Entw. d. Ständeverhältn. in Liv-, Esth- und Curland. Dorpat, 1838. v. Bunge esthländ. Privatrecht. I. Thl. S. 79 u. v. Württemberg Fast Adelsbuch des R. Württemberg. Stuttgart, 1839. v. Oesterreich Springer Statistik des österreich. Kaiserstaats. I. S. 109 und bes. S. 287. Von Geschichten einzelner adelicher Geschlechter sind wichtig: Treuer Geschlechtshistor. der Herren v. Münchhausen. 1741. Gatterer hist. gen. domin. Holzschuheror. Nor. 1755. Nachricht von einigen Häusern des Geschlechts der v. Schlieffen. Cassel, 1780—84. R. Rindlinger Geschichte der Familie und Herrschaft von Bollmesteln. Osnabrück, 1801. II Bde. Wohlbrück geschichtl. Nachrichten von dem Geschlechte von Alvensleben u. dessen Gütern. Berlin, 1819. II Bde. v. Krieg Gesch. der Grafen von Erstein. Karlsruhe, 1836. Fürst Lichnowski Gesch. des Hauses Habsburg. Wien, 1836. 2 Bde.

- 1) Capit. Carol. Calvi. Tit. 53. c. 9. I. Feud. I. §. 1. V. Feud. 1. s. besonders eine Chronik aus dem X. Jahrhundert in Bouquet hist. vol. X. p. 365. s. noch Brüssel usage des Fiefs. I. p. 71.
- 2) Schöpfung Alsat. ill. I. p. 776. Miraei opera diplom. tom. I. p. 73. Schaten Annal. Paderborn. p. 403. Hontheim Prodrum. I. p. 276. Hormayr's Werke I. Thl. S. 19. 31. Hüllmann Geschichte der Stände. I. Thl. S. 115. Laroque traité p. 50. s. noch Graf Beugnot in d. preface zu den Assises de Jerusalem. p. IX.
- 3) Urk. von 1037 in Hanjelman diplom. Beweis von der Landeshoheit S. 364, von 1064 in Thuring. sacra p. 6, von 1074 in Kremer akadem. Beitr. II. Bd. S. 206, von 1086 in Kuen coll. script. hist. monaster. tom. II. p. I. p. 56, von 1089 in Rindlinger Geschichte von Bollmesteln S. 88. s. noch Muratori ant. vol. VIII. diss. 42. Wiebeck die Namen der alten Deutschen. Erlangen, 1818. Wiarla über deutsche Wer- und Geschlechtsnamen. Berlin, 1820. Wigand Gesch. von Corvei. I. S. 137. II. S. 73. Geschichte deren von Alvensleben. I. Thl. S. 7. 34. Rindlinger Münsterische Beitr. III. Thl. S. 79. Wersche Gesch. der niederländ. Kolon. I. Thl. S. 53. s. überhaupt Schmidt Beiträge zur Adelsgesch. nr. II. und viele Notizen in Estor Anleit. zur Ahnenprobe S. 423. Hüllmann Ursprung der Stände (neue Aufg.) S. 430, und über Ursprung der Namen Laroque traité de la noblesse im Anhang: Guérard Cartulaire I. c. I. p. XCII. und gut über Entstehung der adel. Namen Falk Handb. IV. S. 234.

wirkte Absonderung adelicher Familien, in welchen sich Rechte fortvererbten, III. die durch die Umwandlung der Kriegsverfassung ⁴⁾ vorzugsweise dem Adel zukommende kriegerische Ehre, und IV. das Lehenswesen ⁵⁾. In Bezug auf die Bezeichnungen ist es wichtig, daß der Wunsch, das Andenken an die vorige nur persönliche Beamtenwürde vergessen zu machen, bewirkte, daß diejenigen, welche ihre Grafschaft als Eigenthum zu behandeln anfangen, durch den Ausdruck: nobilis von anderen Grafen, die nur Beamte waren, sich unterschieden ⁶⁾. In Bezug auf den dritten Punkt entstand immer mehr die Ueberzeugung von der Wichtigkeit des Reiterdienstes ⁷⁾, wodurch aber der Kriegsdienst überhaupt kostspieliger wurde. Dies bewirkte die Erschütterung der alten Heerbannsverhältnisse, verschaffte dem Adel, der diesen Reiterdienst leistete, höhere Ehre, und nöthigte die Gemeinfreien, die sich dem Kriegsdienste entziehen wollten, zur Abfindung. Die Kriegspflicht richtete sich nach dem Grundeigenthum, und wurde durch die mit den Dienst- oder Lehensleuten geschlossenen Konventionen normirt ⁸⁾. Sehr wichtig wurde in Bezug auf die Ausbildung des Adels das Lehenswesen, dessen Charakter darin bestand, daß mit Auflösung des Volkerechts und der Staatsgemeinde

- 4) Rindlinger Geschichte von Bollmesein. I. Thl. S. 20. Richter de vi milit. veter. exerc. II. p. 20. Eichhorn Rechtsgeschichte S. 223. Stenzel Gesch. der Kriegsverf. S. 93.
- 5) Eichhorn S. 286. 345. Stenzel Gesch. der Kriegsverf. S. 113. Rindlinger Münster. Beiträge. III. Thl. S. 209. Hallam geschichtl. Darstellung des Zustandes von Europa im Mittelalter (übers. von Halem). Leipzig, 1820. I. Thl. S. 116. — Am meisten über das Lehenswesen ist gehandelt (mit vielen Urkunden) in Brüssel nouvel examen de l'usage general des Fiefs en France. Paris, 1727. II vol. s. noch Winspeare storia degli abusi feudali. Napoli 1811. v. Savigny Beitrag S. 31. Laferriere hist. du droit franç. p. 54. 100. Vesme delle Vicende della proprietà p. 252. Am besten hat den Geist der Feudalität aufgefaßt G. Beugnot in d. erwähnten preface zu den Assises p. XVIII. XXXV. s. noch Falk Handbuch III. S. 340.
- 6) Kurz Oesterreichs Militärverfassung in der älteren Zeit. S. 250. Der Ausdruck summus comes wurde gleichfalls oft zur Auszeichnung vor dem bloßen comes, der Beamter war, gebraucht. J. B. Urk. von 1031 in Falke tradit. Corbeiens. p. 459. Wigand das Femgericht. S. 108. Gut über die alte Kriegsverfassung Falk Handbuch des hollstein. Rechts. III Bd. S. 324 u. 348.
- 7) Kurz Oesterreichs Militärverf. S. 216.
- 8) Daß die oft angeführte constitutio de expeditione Romana (angeblich von 1024) nicht der alten Zeit angehört und für Deutschland nichts beweist, ist jetzt anerkannt; daher Pertz in Monum. hist. IV. p. 3. sie unter die Capitular. spuria stellt und abdrucken läßt. s. zwar noch Biegener Comm. P. II. p. 307. Fischer Literatur des german. Rechts S. 39; und noch Eichhorn Rechtsgeschichte S. 294.

in den Pflichten des Vasallen Alles erschöpft war, und statt des Bandes, welches an das Vaterland knüpfte, nur ein Lehnband entstand, welches an einen gewissen Grundbesitz Pflichten der Treue knüpfte und unendlich viele Abstufungen begründete. In Gegenden, in welchen Lehnverhältniß nicht einheimisch werden konnte, z. B. in Friesland, leistete auch der Gemeinfreie den Kriegsdienst und selbst Reiterdienst fort⁹⁾, und nobilis bedeutete häufig nur den freien Gutsherrn¹⁰⁾. Es zeigt sich daher auch große Verschiedenheit der Ausbildung der Adelsverhältnisse in den einzelnen Ländern¹¹⁾.

§. 54. [§. 50.] Herrenstand.

Die Ausbildung eines Herrenstandes (späteren hohen Adels) erklärt sich daraus, daß es vielen Familien¹⁾, welche in der fränkischen Zeit Reichsämtter besaßen, und sie nun erblich zu machen wußten, so wie andern mächtigen durch großen Güterbesitz ausgezeichneten Familien, vielleicht auch manchen Familien der Reichsdienstmannen²⁾, gelang, ihre in Erbländer verwandelten Gebiete von jeder Gewalt eines Landesherrn frei zu erhalten, ihre Rechte über das Gebiet selbst in eine Landeshoheit auszubilden, dynastische Rechte auszuüben und ihr Territorium als eine Herrschaft (Dynastie) zu behandeln. Die Besitzer solcher Dynastien³⁾, in dem vollsten Rechte

9) Beninga Chron. van Oostfriesl. p. 233.

10) Art. von 1258 in Monum. Groningana inedita p. 34.

11) So ist z. B. in Friesland noch im XIII. Jahrhundert der Adel ein Berdienstadel; daher auch das alte Beamtenverhältniß dort einflußreicher blieb. Familia Werdumana in Breunneisen ostfries. hist. tom. I. in doc. p. 23. Darauf mag sich der Ausdruck: capitaneus und hovetling beziehen. Halsema in Groninger Verhandl. II. p. 199. 214. Wiarda Megabuch S. 50. In Ländern, wo die alte Volksherrschaft sich länger erhielt, konnte auch ein Adel nicht so früh sich ausbilden; z. B. in Dithmarsen. Falk Handbuch des schleswig. Privatrechts I. S. 247. Phillips engl. Rechtsgesch. II. S. 11–32. Werkw. von den Marschgegenden, wo spät ein Adel sich ausbildete, s. Spangenberg vaterl. Archiv. 1830. I. Heft, S. 134. Von Dithmarsen Falk Handbuch IV. S. 193.

1) Gegen die Ansicht Eichhorn's Rechtsgesch. §. 254. 340. 342., nach welcher der ganze fränkische Adel in den Herrenstand übergegangen sey, s. mit Recht Reyscher würtemb. Privatr. I. S. 305. Falk Handbuch IV. S. 188.

2) Hüllmann von dem Ursprung der Stände. Neue Ausg. S. 444. Ueber die Principes de fisco Bluntzschli I. S. 56.

3) Perponcher de orig. dynast. Traject. 1765. Weisses de dynast. germ. Lips. 1788; deutsch und vermehrt in Schmidt fortges. Beitr. zur Geschichte des Adels nr. 2. Kopp de insign. diff. p. 133. 359. Schmidt vom Adel S. 141. Eichhorn §. 294. 340. Kopp Bilder S. 28. Wülken Geschichte der alten Reichseden und Dynastien von Steinfurt. Münster, 1826. Schrader die älteren Dynastienstämme zwischen der Leine und Weser. Göttingen, 1832. Von den hohen Geschlechtern am Oberrhein Fürst

des echten Eigenthums ⁴⁾, und daher im Stande, viele Ausflüsse desselben als wahre Regalien beizubehalten ⁵⁾, durch ihre erblich gemachten Grafschaftsrechte in dem Besitze der Gerichtsbarkeit und des Heerbanns geschützt ⁶⁾, ursprünglich frei von aller Lehensverbindung zum Reich ⁷⁾, bildeten den eigentlichen Adel des Mittelalters ⁸⁾, den wahren Herrenstand ⁹⁾, die Klasse der Semperefreien, die anfangs allein als *nobiles* bezeichnet wurden ¹⁰⁾. In Bezug auf die Reichsstandschaft kann man dieselbe als wesentliches Merkmal des damaligen Adels nur in so ferne aufstellen, als man darunter die Fähigkeit, auf dem Reichstag zu erscheinen, versteht ¹¹⁾, während die wirkliche Ausübung des Rechts bei den kleineren Dynasten sich nicht nachweisen läßt. In dem Herrenstande waren keine, verschiedene Rechte gründende Stufen ¹²⁾, und der Titel: Fürst ¹³⁾ gab keinen Vorrang

Lichnowski I. S. 15—19. B. d. Familien in der Schweiz: Bluntschli I. S. 183.

4) Hontheim prodrom. hist. Trev. I. p. 273. Hüllmann Geschichte der Stände. II. Thl. S. 94. Montag Gesch. der Staatsbürg. Freiheit. II. S. 550. Von der Ebenbürtigkeit des hohen Adels: v. Savigny Beitrag S. 34, der aber zu weit geht.

5) Schmidt fortgef. Beiträge S. 120.

6) Struben Nebensünden. V. Thl. S. 346. Schmidt I. c. S. 125.

7) Köhler de fide et auctor. Monachi Wingart. pag. 22. Schmidt S. 133.

8) Daher Nobilis vor der Mitte des XIII. Jahrhunderts vorzugsweise nur einen Dynasten bezeichnet. Scheidt vom Adel. S. 8 not. Eichhorn Rechtsgeschichte. II. Thl. S. 77—80; jedoch auch von anderen Bedeutungen Ludewig script. rer. Bamb. p. 300. Schannat cod. prob. hist. Fuld. p. 71. Pez script. rer. Austr. II. p. 417. Allgemeiner auch bei Rittersn angewendet war das Prädicat: erbar, ersam. Scheidt vom Adel S. 69. 149. v. Stetten Geschichte des adelichen Geschlechts S. 13. Krenner über die Siegel der Rünchner Geschlechter S. 39. Eben so die Bezeichnung: guder Hand Lude s. Dreier Nebensünden S. 213. Scheidt S. 200. Bersebe von niederländ. Kolonien. I. Thl. S. 258. Nach im Staatsbürgerl. Magazin. I. Bd. S. 455.

9) Daher nur Dynasten Domini hießen, auch Landesherren. Schmidt fortgef. Beitr. S. 94. Weiske de septem clypeis p. 52. Der franzöf. Seigneur bedeutet das, was in Deutschland Herr hieß: Lauriere glossaire II. p. 362; allein man hob wieder den haut seigneur hervor: Brüssel I. p. 132, auch capitalis dominus genannt. s. du Cange h. v.

10) Urk. angeführt in Bluntschli I. S. 184.; allein richtig ist es, daß auch schon im XIII. Jahrhundert Adelige die nicht domini waren, *nobiles* hießen. s. Urk. in Reyscher I. S. 305 in not.

11) Pistor histor.-jur. Anmerk. über den Ursprung u. Historie der Graven. Frankf. 1726. cap. 1. — Zeitschrift für deutsches Recht. III. Thl. S. 132.

12) Leibniz script. I. p. 339. Pistor scriptor. I. p. 393. Montag Geschichte II. S. 566. Hormayers Werke. I. S. 29.

13) Der Titel: Fürst kommt schon im XIII. Jahrh. vor, z. B. bei dem Hause Anhalt. Schmidt Beitr. zur Adelsgeschichte S. 35. Eine Urkunde von

vor dem Grafen ¹⁴⁾, oder einem Freiherrn ¹⁵⁾ (Baron), und wenn auch Fahnentlehen nur Fürstentlehen waren ¹⁶⁾, so ist doch gewiß, daß auch Grafen Fahnentlehen erhalten konnten ¹⁷⁾. In der Regel konnte nur ein Dynast ein Bannerherr ¹⁸⁾ werden. Die Macht der Dynasten wuchs, je mehr sie selbst andre Adelige als Vasallen oder Dienstleute hatten ¹⁹⁾, und durch den Besitz der Reichs- und Kirchenvogteien neue ²⁰⁾ Quellen von Einkünften sich eröffneten.

§. 55. [§. 51.] Ausbildung eines von dem hohen Adel getrennten Adels. Einfluß des Ritterwesens.

Neben dem Herrenstande kommen im XI. Jahrhundert schon viele Familien ¹⁾ vor, die entweder schon in der fränkischen Zeit adelich nicht zu den Dynasten sich aufschwangen, oder aus der Klasse der Gemeinfreien durch großen Güterbesitz ²⁾ oder durch ihr Dienstmannen- oder Vasallenverhältniß zum Regenten ³⁾ oder vorzüglich durch den Ritterstand höheres Ansehen sich erwarben. Durch das seit der neuen Kriegsverfassung bedeutend gewordene Ritterwesen ⁴⁾

1366 (Schmidt S. 31 in not.) spricht von gefürsteten Grafen, principes Comites.

14) Pistor von den Graven. I. Thl. S. 32.

15) Urk. von 1217 in Rottenbacher Annal. Cremis. p. 173. Urk. von 1226 in Lang regesta. II. p. 156; von 1276 in Günther Codex II. p. 414, und nach Schmidt fortges. Beitr. nr. III. Daß auch Ritter unter principis vorkommen, Wigand Hemgericht S. 119.

16) Kopp de insigni diff. p. 72. 78. Häbertin Repertorium II. S. 3. Eichhorn S. 294. 299.

17) Pistor von den Graven. III. Thl. S. 192.

18) Pistor amoen. jur. hist. vol. V. p. 1349. Urk. in Gudon Cod. I. p. 809. Dreyer Nebenstunden S. 193. Gundling de feud. vexill. S. 23. Schmidt vom Adel S. 142. Kopp Bilder S. 32. Schmidt fortges. Beitr. S. 105. Franzöf. Urk. (Brüssel usage des Fiefs I. p. 165) unterscheiden milites bannerios von aliis militibus; von diesen bannerets f. du Gange hist. de S. Louis. P. II. Diss. IX. p. 189. f. noch Mathaei de nobilit. p. 1041.

19) Ein wichtiges Kennzeichen, daß eine Familie zum Herrenstande gehörte, lag wohl darin, daß sie andere Adelige als Dienstmannen hatte. Von den Titeln des Herrenstandes f. Gruppen observat. nr. 31. Klüber de nobil. codicill. p. 17; von den Würden, die dazu qualifizierten, f. Schmidt Beitr. S. 30.

20) St. Genois histoire des avoueries p. 47—51. Birnbaum über die Rechte des Herzogs von Loth-Coréwaren. Aachen, 1830.

1) Die Zahl der Adelligen, die nicht dem Herrenstand angehörten, muß im XIII. Jahrhundert überall schon groß gewesen seyn. Es kommt schon im Urkund. die allgem. Eintheilung in nobiles u. ignobiles vor. Urk. v. 1290 in Hanselmann hohentoh. Landeshoheit S. 426. f. Barnköning Rechtsgech. III. S. 9. Bluntschli Rechtsg. I. S. 184.

2) In solchem Falle thaten sie den ehrenvollen Ritterdienst.

3) Wichtig falk Handbuch III. S. 342.

4) Dissert. von du Fresne ad Joinville; am besten in der Ausgabe von

bildete sich aus denjenigen, welche sich dem kriegerischen Berufe widmeten, und durch Erfüllung gewisser Bedingungen der Corporation der Ritter sich angeschlossen, der Ritterstand, der noch nicht als Art des Adels galt, auch ohne Erblichkeit ⁵⁾ der Ritterwürde war, jedoch bald denjenigen, welche sich dem kriegerischen Stande widmeten, eine höhere Ehre verlieh, und sie vor den Gemeinfreien auszeichnete ⁶⁾. Allmählig wurde dieser Stand Veranlassung von Entstehung ritterlicher Geschlechter, die, unter sich verbunden, zwischen dem Gemeinfreien und dem Herrenstand stehend ⁷⁾, immer mehr Vorrechte

du Fresne I. du Cange hist. de S. Louis. Paris, 1668; auch in Pistor amoen. hist. tom. I. V. VI. Das Ritterwesen des Mittelalters, nach seiner polit. und militär. Verfassung von de la Curne de St. Palaye, überf. und mit Anmerk. von Klüber. Nürnberg, 1786. III Bde. f. noch Laroque traité p. 68. 181. 200. Mathaei de nobilitate. Lib. IV. cap. 10. Kaiserer Gesch. d. Ritterwesens im Mittelalter. Wien, 1804. Heeren Versuch des Entwurfs der Folgen der Kreuzzüge S. 126. 205. Hüllmann Gesch. der Stände. II. Thl. S. 295. Eichhorn S. 241. Stenzel Geschichte S. 96. Kopp Bilder S. 21. Hallam gesch. Darstell. II. Thl. S. 666. Nachrichten des Geschlechts v. Alvensleben. I. S. 47—50. v. Helmersen Gesch. des livländ. Adels S. 9. In Friesland war der Name: pugiles gewöhnlich; f. Mathaei analect. vet. aev. III. p. 245. Der Ausdruck: infancones in span.-portugies. Urkunden bezeichnet ursprünglich den von einem Ritter Abstammenden, Molino repert. foror. h. v., bald aber überhaupt einen Adelsigen, der nicht zum hohen Adel gehört. Espanna sagrada XXVI. vol. p. 450. XXXVIII. p. 323, und vorzüglich Amaral in memorias de literatura portugesa. vol. VII. p. 216. Auch in einigen franzöf. Gegenden kommt so der Ausdruck vor. Merlin repertoire VI. p. 89. Wichtig, über Ritterthum bei den slavischen Völkern f. slav. Rechtsgeschichte überf. I. S. 117. v. Gütth die Ministerialen S. 65. v. Bunge geschichtl. Entw. d. Standesverhältnisse S. 43.

- 5) Scheidt I. c. S. 52. Auch in Frankreich galt der Satz: nul ne nait chevalier. Loisel institutes coutumier. I. p. 22.
- 6) Großer Vorſicht bedarf es bei der Ableitung aus dem Namen: miles. Er bezeichnete häufig den Ritter. Scheidt S. 54. 238. Montag Gesch. II. S. 273. Montag de milit. nobil. et ingen. Norimb. 1794. f. aber auch Stumpf Denkwürdigkeiten der deutschen Gesch. 3tes Heft. S. 95. Besonders bedeutet miles den Ritter, wenn es nach dem Namen steht; f. Urk. in Bodmann rheingauischen Alterth. S. 251. f. überhaupt Hüllmann vom Ursprung der Stände. Neue Ausg. S. 450. Es bedarf aber wohl Vorſicht; im XII. Jahrhunderte bezeichnet miles in Urk. überhaupt nur den Vasallen, oder den Kriegsdienstthuenden, oder den Reiter, erst später bezeichnet es nur den Ritter. Brüssel usage des Fiefs. II. p. 679. Eben so häufig ist statt miles — cavallarius gebraucht, Mathaei de nobil. p. 967, woraus das franzöf. Wort: Chevalier entstand; das deutsche Riddere kommt in Köln. Urk. 1263, in Günther cod. dipl. Einleit. S. 17 vor. Der Ritter hieß gestreng und ehrhaftig, der Knappe hieß tüchtig. Treuer Geschlechtshistorie von Münchhausen, Beilage S. 32. 58. 62. f. noch Barnkönig III. S. 11. Guerard Cartulaire de Chartres p. XXXII.
- 7) Hontheim Prodr. I. p. 510. Günther Cod. dipl. p. 11—21. Urk. Geschichte von St. Gallen. I. S. 485—554.

erwarben ⁸⁾, und vorzüglich, wenn dazu auch der geeignete Grundbesitz kam ⁹⁾, als Adelsklasse ¹⁰⁾ sich geltend machten. Die meisten dieser Ritter waren der Landeshoheit ¹¹⁾ der Herren unterworfen. Die Veranlassungsgründe, wodurch der Ritterstand allmählig in den Geburtsadel übergehen konnte, müssen in der Ansicht gesucht werden, daß Geschlechter, deren Familienglieder immer Ritter waren, als ritterliche Geschlechter ¹²⁾ galten ¹³⁾, so wie darin, daß man allmählig bei Ertheilung der Ritterwürde immer mehr auf Reinheit der Abstammung sah ¹⁴⁾, daß seit Friedrich II. die Abstammung ex genere militari als Erforderniß der Ritterwürde galt ¹⁵⁾, und zur Erwerbung des Ritterlebens ¹⁶⁾ Freiheit der Geburt und Abstammung von Ritterart gehörte. Je mehr die Ritterschaft einen geschlossenen Stand mit verschiedenen Vorrechten bildete ¹⁷⁾, und durch die Ritterorden noch angesehenen wurde ¹⁸⁾, desto leichter gelang es den Ritters ¹⁹⁾, die Ehrenprädikate des Herrenstandes auch auf sich auszubehnen und sich allmählig als Adel ²⁰⁾ geltend zu machen ²¹⁾. Da die Herren

8) Scheidt S. 66. Eichhorn §. 224. 341. Dreyer Nebenstunden S. 149.

9) Welker im Staatslexikon. I. S. 319. v. Savigny Beitr. S. 35.

10) Verschiedene Bedeutungen von Ritterschaft s. Urk. im Archiv für Gesch. u. Statistik des Vaterlandes. S. 109. Poße von den Rechten des deutschen Adels S. 77. Bodmann rheingauische Alterthümer S. 263.

11) Hanselmann diplom. Bemerk. der Landeshoheit S. 107.

12) Daher kommen ritterbürtige Geschlechter vor. Schmidt Beitr. S. 70; auch schildbürtige, Halkaus gloss. p. 1620; allein schildbürtig bezeichnet anfangs noch jeden Freien, da jeder weissenfährig war. Grimm Rechtsk. S. 287. Später bezog es sich nur auf den Ritter.

13) Daher ist militaris nicht gleichbedeutend mit miles. Schmidt S. 71. Eine Urk. von 1256 in Neugart Cod. dipl. Alemann. nro. 957 spricht von homines caracterem nobilitatis habentes dummodo sint de militari prosapia etsi non sunt militaribus insigniis decorati.

14) Kopp Bilder S. 24.

15) s. constit. in Goldast const. imp. tom. III. p. 398. s. noch Klüber de nobil. codicill. p. 39. 40. Wann und wie diese Forderung der Ritterbürtigkeit entstand, ist im Dunkeln. Petrus de Vincis epist. VII. 17 spricht von einem Befehl von Friedrich II. über diesen Punkt. Phillips Privatr. I. S. 257.

16) II. Feud. 10. §. 2. Sächs. Lehenrecht cap. 2. Gloss. zum Sachsensp. I. 27. Helmersen Gesch. des schwänd. Adels. S. 10.

17) Eichhorn Einleit. in das Privatrecht S. 155.

18) Der Knappe auch armiger; famulus: Schildknecht wurde strenge vom wirklichen Ritter getrennt. Dreyer Nebenstunden S. 200. Halkaus Gloss. p. 1621. Knappe wird auch oft von einem bloßen Schildknecht gebraucht.

19) Selbst der hohe Adel nannte sich, wenn er nicht miles war, nur Junker. Schmidt fortgef. Beitr. S. 263. Junker (von junior), auch in Urk. domicellus, Mathaei de nobilit. p. 23.

20) Daher erklärt es sich, daß später auch die Ritter Herren hießen. Westphalen mon. ined. tom. IV. p. 958. Schmidt fortgesetzte Beitr. S. 246. Merkwürdig ist ein altes MS. (ausgezogen in Lauriere glossaire I.

des hohen Adels strebten, gleichfalls die Ritterwürde zu erlangen, so vermehrte sich dadurch das Ansehen der Ritter. Am Ende des XVI. Jahrhunderts bemerkt man schon die Adeltichen eines Landes ²²⁾ unter dem Namen: Ritterschaft ²³⁾, obwohl darunter viele Nicht-ritter waren ²⁴⁾, im Kampfe mit den Landesherren.

§. 56. [§. 52.] Ministerialität des Adels.

Die Ministerialität schadete weder dem Adel ¹⁾, noch nothwendig der Freiheit ²⁾. Man findet sehr viele Adeltiche im Ministerialverhältniß, durch welches selbst die Adeltichen manche politische Vorrechte, größeren Reichthum, und durch ihre Stellung zum Dienstherrn Einfluß erhielten ³⁾. Die Erblandhofämter ⁴⁾, die mit dem

p. 246), wo es heißt: à la table d'un Baron ne siet aucun s'il n'est chevalier.

21) Aus Schaffensp. III. 45. ergibt sich, daß d. Wehrgeld der Fürsten, Freiherren und Schöffenbarfreien gleich war (mit unwesentlicher Ausnahme wegen der Art der Zahlung). Im Schwabenspiegel ist die Stelle weggelassen, aber dafür schon der Unterschied von hohem Adel (Semperfreien) und niederem (Mittelfreien) angedeutet. s. über Adel im Thurgau, in St. Gallen, Zellweger Gesch. von Appenzell I. S. 240.

22) Man muß sich hüten, die Ausbildung der Vorrechte, welche adeliche Familien später besaßen, zu hoch hinaufzusetzen. s. richtige Bemerk. in Meyser die grundherrlichen Rechte des württemberg. Adels. Tübingen, 1836. S. 18. Je weniger eine herrschende Dynastie die Landeshoheit größerer Bezirke an sich brachte, je mehr die Volksherrschaft sank, desto mehr stieg der Adel an Macht. Die Urk. von dem XIV. Jahrh. unterscheiden häufig Herren und Edelleute. Bluntschli I. S. 376.

23) Auch Ritterschaft u. Mannschaft; viel in v. Bunge gesch. Entwickl. S. 53. v. Württemberg s. Meyser Privatr. I. S. 304—6.

24) Beweise v. Holstein in Falk Handb. IV. S. 190.

1) Daher auch nobiles ministeriales vorkommen, s. in Schannat client. fuld. p. 345. Dohs Geschichte v. Basel. I. S. 307. s. noch Urk. v. 1149 in Lang reg. I. p. 192. Urk. von 1206 in Lang II. p. 24; daher auch ministeriales Ritter seyn konnten. Leibniz script. rer. Brunsv. I. p. 465. Guden cod. dipl. I. p. 503.

2) s. Erklärung Carl IV. von 1354, daß minist. die Freiheit nicht schände, in Bodmann rheingauische Alterthümer S. 255. Rindlinger Samml. ungedruckter Urkunden S. 100. Daher kommen liberi minist. vor. Steinen westphälische Gesch. III. S. 1527. Ropp Bilder S. 103.

3) J. B. Einwilligungsberechtigt zu allen Landesveräußerungen und Einfluß auf den Landtag. s. Struben Nebensünden IV. Bd. nr. 28. Riccius vom landständigen Adel S. 204. Stumpf historisches Archiv für Franken. II. S. 8. Montag Geschichte II. S. 588. Wigand Gesch. von Corvei. II. S. 33—36. Schmidt vom Adel S. 204. Arx Geschichte von St. Gallen I. S. 321.

4) s. Mascov de orig. offic. aulic. Hal. 1718. Wurmbrand de haered. provine. Austr. official. in collectan. genealog. p. 259. Kunde Grundf. S. 357; besonders Kuchenscheder von den Erbämtern der Landgrafschaft Hessen. Warburg, 1744. Köhler von den Erblandhofämtern des Herzogthums Braunschweig-Lüneburg. Göttingen, 1786. Struben

höchsten Adel verträglich waren, müssen von den seit dem XIII. Jahrhundert entstandenen bloßen Hofämtern getrennt werden ⁵⁾. Der Ausdruck: *ministeriales imperii* ⁶⁾ oder *regni*, deutet weder nothwendig auf Adel, noch auf Freiheit, beweist aber auch nichts dagegen ⁷⁾, und scheint vorzüglich bei denjenigen vorgekommen zu seyn, die in Aufsehung der Reichsdomänen im Ministerialamte standen ⁸⁾, oder Ministerialen des Fürsten waren, der Kaiser geworden war ⁹⁾. Die Aufnahme eines Freien in die Zahl der fürstlichen Mannen scheint, wenigstens in manchen Staaten, zugleich Erhebung in den Adelsstand gewesen zu seyn ¹⁰⁾.

§. 57. [§. 53.] Gründe der vermehrten Macht des Adels.

Der Umstand, daß die meisten Vogteien in den Händen des Adels ¹⁾ waren und allmählig erblich ²⁾ wurden, große Einkünfte gaben ³⁾, die Vogtleute selbst von dem Vogt abhängig machten, und die in manchen Ländern durch Gmündungsverhältnisse veranlaßte,

Nebensünden. III. Thl. S. 326. Bodmann Abh. von den Erz- u. Erb-landshofämtern des Erzstifts Mainz. Mainz, 1789. Wohlbrück Nachr. von dem Geschl. der v. Alvensleben I. Thl. S. 106–112. Kurz Militärverfassung S. 174.

5) Aus der großen Verschiedenheit des Sinnes, in welchem das Wort *ministerialis* gebraucht wurde, erklärt sich auch die Verschiedenheit der Rangstufen in Urkunden, z. B. daß darin *liberi* vor *minist.* gesetzt wurden; z. B. Guden cod. dipl. I. p. 242. Honthelm hist. trev. I. p. 587. Wigand Gesch. von Cerrei. II. S. 25. Urf. von 1110 in Niefer Münster. Urkundenbuch S. 259; auch oft *minister.* erst nach *nobil.* gesetzt, s. Urf. v. 1236 in Ochs Gesch. von Basel. I. S. 472. Urf. von 1150 in Lang reg. II. p. 288; in einer Urf. von 1127 in Mieris Charterboek tom. I. p. 88 kommen zuerst *liberi*, dann *ministeriales*, und unter diesen auch *comites* vor.

6) Ein Verzeichniß solcher *minist.* hat geliefert Oetler Versuch einer gegründeten Nachricht von den *ministerialibus imperii*. Frankfurt, 1766. von S. 172 an; eine merkw. Urf. von 1192 in Guden cod. dipl. tom. I. p. 312.

7) Verschiedene Meinungen in Kopp de insign. diss. p. 132. Suchenbeker von den Erbämtern der Landgrafschaft Hessen S. 92. Estor de ministerial. §. 20. Niccius vom landstädtigen Adel. S. 39, 44. Weiske Abhandl. nr. IV. v. Jürth die Ministerialen S. 124.

8) Ueber die Reichsdienstleute v. Zürich s. Bluntschli Rechtsg. I. S. 59.

9) Oetler I. c. S. 90, 106.

10) J. B. in Dänemark. Falk Handbuch III. S. 312.

1) Möser Denatr. Gesch. II. Thl. nr. 43, 46. Schaten Annal. Paderb. I. p. 521. Wersche Gesch. der niederländ. Räten. I. Thl. S. 51. Wigand Gesch. v. Cerrei. II. S. 39. Hanselmann diplom. Beweis S. 212, Montag Gesch. I. Thl. S. 188.

2) Neugart cod. dipl. Alem. II. p. 321. Tolner cod. dipl. pal. p. 32. Hund metrop. Salish. III. p. 80. Von der Erbllichkeit der Vogteien s. St. Genois des avoueries p. 56. Barnköning Rechtsg. III. S. 387.

3) Verzeichnisse in Lang kaiserliche Jahrbücher S. 326. Arx Geschichte von St. Gallen. I. S. 432.

allmählig mehr ausgebehnte, in anderen Ländern durch Verleihungen der Regenten ⁴⁾, in manchen Gegenden jedoch mehr durch Verwandelung der herrschaftlichen Gewalt ⁵⁾ oder der Vogtei ⁶⁾ in Gerichtsverhältniß begründete Gerichtsbarkeit ⁷⁾ des Adels wirkten auf die Vermehrung der Macht desselben. Zu diesen Gründen der vermehrten Macht gehörte auch die, durch Ministerialität, durch verändertes Verhältniß der Landesgenossen, durch die Nothwendigkeit, den häufigen fürstlichen Forderungen wegen Steuern entgegen zu wirken und durch eigenes Interesse der Fürsten entstandene Landständschaft des Adels ⁸⁾. Durch die Gerichtsbarkeit erlangte der Adel eine Reihe von Vorrechten, die die Landesherren allmählig zugestehen mußten, die Gerichtsholben wurden mehr der landesherrlichen Einwirkung entzogen, und der Gerichtsbezirk wurde als ein geschlossener betrachtet. Durch die Landständschaft erwarb der Adel die Rechte eines anerkannten Standes ⁹⁾ und die Möglichkeit, auf den Landtagen immer mehr Rechte für sich durch die Einwirkung auf die Landesgesetzgebung zu gewinnen.

§. 58. [§. 54.] Adel in der Ausbildung vom XVI. Jahrhundert an. — Verhältniß des hohen Adels.

Der Adel, wie er sich seit dem XVI. Jahrhundert ausgebildet hat, kam vor I. als reichsunmittelbarer ¹⁾, d. h. derjenige, welcher

4) Ueber manche angeblich frühe Verleihungen s. Houard ancienn. lois des François. vol. II. p. 161, und traité sur les coutumes Anglo-Norm. II. p. 23. Raopsaet Analyse hist. de l'Origine des Belges. II. p. 330, und Bouhier cout. de Bourgogne. II. p. 2.

5) Unger altdeutsche Gerichtsverf. S. 237—65.

6) Bluntschli Rechtsgesch. I. S. 218.

7) Montag Gesch. I. S. 134, II. S. 250. Ropp Nachr. von den geistl. u. weltl. Gerichten. I. Thl. S. 350. Schultes Koburgische Landesgesch. in Beil. nr. 9. 11. 22. Seyfried Gesch. der ständischen Gerichtsbarkeit in Baiern. II. Bde. Pest, 1791. Holler Gesch. und Würdigung der deutschen Patrimonialgerichte. Landshut, 1804. Eichhorn Rechtsgeschichte S. 303. Meyer esprit, orig. et progr. I. p. 437. Wichtig über Ausbildung in Holstein Fall Gerichtsverfassung von Holstein. Altona, 1835. S. 133. Wirsching Darstellung d. Entstehung u. Ausbildung d. Patrimonialgerichte. in Baiern. München, 1837.

8) Montag I. Thl. S. 83. Scheidt vom Adel S. 120. Gesch. Kaiser Heinrichs von 1231 in Schultes Koburg. Landesgeschichte S. 135. Runde Grundr. S. 412; vorzüglich Eichhorn Rechtsgesch. S. 423.

9) Krenner Anleitung zur Kenntniß der Landtage des Mittelalters. München, 1805. Rudhart Geschichte der Landstände in Baiern. Heidelberg, 1816. Pfeiffer Gesch. der landständischen Verfass. in Kurpfalz. Rastatt, 1834.

1) Die dazu Gehörigen werden auch als Glieder des Reichs bezeichnet.

nur der Reichshoheit unterworfen war, und in keinem Unterthansverhältniß zu einem deutschen Landesherrn stand. Dieser war wieder A) hoher Adel, oder B) niederer reichsunmittelbarer, wohin die Reichsritterschaft gehörte; oder II. er war reichsmittelbar oder landsässig, nämlich der Landeshoheit eines deutschen Reichsstandes als Unterthan unterworfen. Seit dem XV. Jahrhundert waren in den Schicksalen des Adels manche Veränderungen vorgegangen. Die landsässige Ritterschaft oder der niedere Adel stellte sich immer mehr den Landesherrn gegenüber und erwarb neue Vorrechte und durch die Landstandschaft großen Einfluß auf die Landesgesetzgebung. Von den alten Dynastenfamilien ^{1a)} waren viele zum niederen Adel herabgesunken ²⁾, da sie gegen die Zumuthungen der Landesherrn sich nicht mehr halten konnten und landsässig wurden; bei anderen Dynastien ³⁾ trat ihr altes Verhältniß mehr in den Hintergrund, da sie entweder selbst größere Herrschaften erwarben, mit welchen sie ihre Dynastien als Theile vereinigten ⁴⁾, oder diese in Herzogthümer oder Grafschaften verwandelten ⁵⁾. Die alten Dynastien, welche sich in dieser Würde erhielten, suchten ihre alte Fürsten- oder Grafenwürde geltend zu machen, oder zu erlangen ⁶⁾. Der Kaiser, als Quelle der Adelsverleihung ⁷⁾, machte dabei vielfach Gebrauch von seinem Rechte der Standeserhöhung, und verlieh eben so die höchsten Reichswürden, bis allmählig ⁸⁾ die Reichsstände gegen die Ausdehnung Einsprüche erhoben, und als selbst die Reichslandschaft, entweder weil der Beliehene ein reichsunmittelbares Gebiet besaß, oder auch, unabhängig von einem solchen

1a) Merkwürdig ist, daß fast in allen Ländern ein sehr großer Theil der adelichen Familien am Ende des Mittelalters ausgestorben war. Dies zeigt sich z. B. aus einer 1537 aufgezeichneten Triertischen Uebersicht (in Montheim hist. Trev. II. p. 636), wo 53 gräfliche und 121 dynastische und 800 ritterliche Familien als ausgestorben genannt werden.

2) Schmidt mant. doc. zur Schrift über Adel. S. 303. Moser von den Reichsständen. II. Thl. Kap. IV. S. 63. 85. 161. Schmidt Beiträge S. 111. Schmidt fortgef. Beitr. S. 180. Auch läßt sich erweisen, daß viele ehemals adeliche Familien zum Bürgerstand herabsanken. S. Versuch einer Gesch. von Rabburg S. 138.

3) Von den Schicksalen des Dynastenstandes s. Schmidt fortgef. Beiträge S. 139. Pfeffinger Vitriar. illustr. II. vol. p. 737—758. Hüllmann Gesch. der Stände. II. Thl. S. 167. s. noch Bülow nonnulla de dynastis in Saxonia. Lips. 1833.

4) Schmidt l. c. S. 145—153.

5) Schmidt l. c. S. 154.

6) Taber in der Zeitschrift für deutsches Recht III. S. 108.

7) Biener v. d. kaiserl. Wachtvollkommenheit S. 89.

8) Die Geschichte des hohen Adels ist vielfach (obwohl freilich nicht in allen darüber erschienenen Schriften) erst bei Gelegenheit der Bentinischen Sache gründlicher geprüft worden.

Besitz, von dem Kaiser verliehen wurde ⁹⁾; gelang es endlich von 1654 an ¹⁰⁾ dem Fürstencollegium zu bewirken, daß die wirkliche Ausübung der Reichsständenschaft nur von der Aufnahme in das Collegium durch dasselbe abhängig gemacht wurde, ohne daß deswegen die früher von dem Kaiser in den Fürsten- oder Grafenstand erhobenen Familien an ihren erworbenen Rechten leiden konnten. Auch war das Recht des Kaisers zur Standeserhöhung dadurch nicht beschränkt. In den Reichsgesetzen ¹¹⁾, wie in den Landesrechten ¹²⁾ des XVI. Jahrhunderts wird der Ausdruck: Adel zuweilen schon im weiten Sinne obwohl nicht gleichförmig gebraucht, so daß auch die Ritterschaft damit begriffen wurde. Durch den Gebrauch bildete sich die Unterscheidung von hohem und niederem Adel; in den Reichsgesetzen finden sich weder die Worte noch Merkmale zur Erklärung, was hoher Adel ist ¹³⁾. Daß zum hohen ¹⁴⁾ Adel ¹⁵⁾ wesentlich 1) die Reichsunmittelbarkeit und 2) die Landeshoheit gehörten, ist unbestritten, allein bestrittener ist es, ob auch Reichsständenschaft dahin gehöre, was häufig behauptet wird ¹⁶⁾; allein erwägt man, daß schon im Mittelalter viele Familien des Herrenstandes nicht

9) Labor l. c. S. 116 bis 125. Wilsa in der Zeitschrift für deutsches Recht. III. Jhrl. S. 242.

10) Labor l. c. S. 125—131. Verglichen mit Klüber Abhandl. I. S. 155.

11) Im Reichsabschied von 1497 §. 9—14 (neue Samml. der Reichsabschiede II. Jhrl. S. 31) wird zuerst gesprochen von Fürsten, Grafen, Herren und denen vom Adel (§. 9); dann von Bürgern, die mit von Adel oder Ritter sind (§. 11); dann von den Adelichen, so mit Ritter sind (§. 12), und §. 13 von denen vom Adel, so Ritter sind, und §. 14 allgemein von der Ritterschaft. — Ähnliche Unterschiede im Reichsabsch. von 1498 (neue Samml. II. S. 48). — Im Reichsabsch. von 1542 (neue Samml. II. S. 454) ist gesprochen von Fürsten, Prälaten, Grafen, Freyen, Herren und denen vom Adel.

12) Beiträge zur Ausbildung in einzelnen Ländern s. in Hontheim hist. Trev. tom. II. p. 656. Lothringer Landesgewohnh. von 1590. Tit. 1. §. 4. Baier. Landtagshandl. XVI. Bd. S. 83. Krenner über die Siegel vieler Münchner Bürgergeschlechter S. 44.

13) Labor l. c. S. 109.

14) Moser von den Reichsständen V. c. 1. §. 1. Springer von den Gränzen des hohen und niederen Adels. Erfurt, 1774. Scherel de vera nobil. infer. orig. Lips. 1761. Scheidt vom Adel S. 3. 70. Kunde §. 344. Danz Handbuch III. Jhrl. S. 286. Schmid Staatsrecht S. 267. Eichhorn Privatr. S. 167. Klüber öffentl. R. §. 198. Köhler Privatsfürstenrecht S. 102. Klüber Abhandl. I. S. 217.

15) Schmidt Beitr. zur Gesch. S. 24. Man kann dabei einen hohen 1) dinglichen, 2) Geburts-, 3) Amtsadel trennen. Jordan Staatsrecht S. 191. Köhler Privatsfürstenrecht S. 73 zählt die vormalig reichsständischen Familien auf.

16) Eichhorn Privatr. §. 56. Klüber Abhandl. I. S. 217. II. S. 193. Heffter Beitr. zum deutschen Staats- und Fürstenr. S. 15.

wirklich auf den Reichstagen erschienen, und später, nach der Geschichte, die kaiserliche Erhebung in den Fürsten- und Grafenstand für regierende Familien unbezweifelt die höhere Würde des hohen Adels mit der Fähigkeit zur Reichsständschaft gewährte, wenn auch die wirkliche Ausübung Hindernisse fand, so kann man zu dem hohen Adel außer Reichsunmittelbarkeit und Landeshoheit nicht auch Reichsständschaft fordern ¹⁷⁾, obwohl man sagen kann, daß jede Familie, bei der die zwei obigen Merkmale eintraten, die Fähigkeit zur Reichsständschaft hatte ¹⁸⁾. Völlig grundlos ist die Annahme eines mittlern Adels ¹⁹⁾, wenn man zuweilen die bloßen Titulargrafen ²⁰⁾ oder nicht reichsständischen in diese Klasse rechnen wollte ²¹⁾. Dagegen kam eine Klasse von Familien vor, die einst zu dem Herrenstande gehörten, in der Folge aber der Oberherrschaft eines deutschen Landesherren, jedoch nicht unbeschränkt, unterworfen wurden, daher auf jeden Fall vor dem niedern Adel standen, und zwar gehörten dahin (eine Art von Mittelklasse zwischen hohem und niedern Adel bildend) a) solche uralte reichsgräfliche Häuser, die mit Verlust ihrer Reichsunmittelbarkeit der Hoheit eines anderen Reichsstandes, jedoch auf eine vertragmäßige Weise, so sich unterwarfen ²²⁾, daß sie doch eine gewisse obwohl beschränkte Landeshoheit sich erhielten. b) Die Besitzer gewisser reichsunmittelbarer Bezirke ²³⁾, die zwar nicht

17) Schmidt Beiträge zur Geschichte des hohen Adels S. 83. 91. Taber in der Zeitschrift I. c. S. 145. Wilda in der Zeitschrift I. c. S. 216. Zacharia deutsches Staats- und Bundesrecht I. S. 262.

18) Von dem Ausdruck fürstenmäßig: Robert de iis qui dicuntur Fürstenmäßig. Marb. 1705. Pfessinger Vittear. III. II. p. 707. Kammergerichtsordn. von 1555. II. Tit. 2. 3. Reichsabsch. von 1570 §. 102. Pütter inst. jur. publ. §. 25. Kunde §. 339. not. a. Schmidt Beitr. S. 35. Klüber öffentliches Recht. §. 198 not. d.

19) Wie Hommel rhaps. obs. 899. ihn aufstellt. s. noch Hüllmann Geschichte der Stände. II. S. 172.

20) Ein noch so hoher Titel begründete für sich allein nie den hohen Adel, wenn dazu nicht die Reichsunmittelbarkeit und Landeshoheit kam. s. Schmidt I. c. S. 26. Reichsabsch. von 1548 §. 66. Wahlkapitulat. III. 21, XXII. 5, XXIV. §. 9.

21) s. gegen diesen mittlern Adel Klüber de nobil. codicill. §. 7.

22) J. B. das Haus Schönburg. Römer Staatsrecht von Sachsen. II. Thl. S. 73-83. s. noch über das Haus Schönburg. Protokolle der Bundesversaml. Thl. XVII. S. 185. Feststellung der Verh. des Hauses Schönburg durch Egl. sächs. Verordn. vom 23. Nov. 1835. Reggö. Blatt Nr. 29. Pernice quaest. de iure public. germ. P. I. Hal. 1828. Auch Stollberg wegen Wernigerode u. Hohnstein. Der Grund lag darin, daß ihnen ungeachtet der Unterwerfung die persönliche Reichsunmittelbarkeit und Reichsständschaft zustand. s. überh. gut Zacharia Staatsr. I. S. 271-76.

23) Moser von den Reichständen S. 1506. Klüber öffentl. R. §. 240.

reichsständisch waren, aber gewisse höhere Vorrechte, als der niedere Adel, genossen ²⁴⁾.

§. 59. [§. 54a.] Niederer Adel.

Hervorgegangen aus den alten ritterbürtigen Familien oder reichen Ministerialen, oder aus alten Gemeinfreien, die sich empor-
schwangen, oder aus den Nebenlinien von Dynastenfamilien, oder selbst aus dynastischen Familien, die sich nicht als solche erhalten konnten, und aus Briefadelichen entstand der niedere Adel ¹⁾, entweder bei der bestehenden deutschen Reichsverfassung als reichsunmittelbar (§. 58.), oder als mittelbar und landsässig vorkommend, in so ferne er der Landeshoheit eines Reichsstandes unterworfen war. In diesem Adel kamen verschiedene Abstufungen vor ²⁾, und wenn auch einst Grafen ³⁾ und Freiherren ⁴⁾ [Baronen =] ⁵⁾ Würde auf hohen Adel deuteten ⁶⁾, so bezeichneten doch später diese Titel nur Abstufungen des niederen Adels. Jede adeliche Familie hat das Recht, die Partikel „von“ ihrem Familiennamen vorzusetzen; allein mit

24) In manchen Ländern machte man bei dem landsässigen Adel einen Unterschied von hohem und niederem, und rechnete zum letztern die Besitzer größerer Lehnsherrschaften, z. B. in Sachsen. Römer Staatsrecht von Sachsen. III. Thl. S. 138–144.

1) Schmidt Beiträge S. 47; vom Unterschiede des hohen und niederen Adels, Schmidt S. 75.

2) Nämlich 1) Grafen (nicht reichsständische), 2) Freiherren oder Barone, 3) Edle und Bannerherren, 4) Ritter des heil. römischen Reichs, 5) Edle von, 6) Adelige mit dem Prädikat von. s. Estor kleine Schriften I. S. 844.

3) Von Ableitung der Worts: Pistor Abhandlungen von den Grafen. I. Thl. S. 107. Schilter thesaur. III. p. 404. Hormayr Werke. I. Thl. S. 12. Wersebe Gesch. der niederl. Colon. I. Thl. S. 349. Ueber Grafen s. noch Grimm Rechtsalterth. S. 752. Gaupp Gesetz der Thüringer S. 107. Weiske die Grundlagen der früheren Verfass. Deutschlands. Leipzig, 1836. S. 67. Von den Comites s. noch Mathaei de nobilit. p. 29. 37; von den Comtes (in Frankreich) gute Notizen in du Cange glossar. und besonders in Brüssel des Fiefs I. p. 57. 138. 174. 370, und eigene Diss. in Papon histoire de Provence. vol. II. p. 475.

4) In einer bairischen Urk. von 1292 in Lang bairische Jahrbücher kommt Freiherr vor.

5) Neues Lehrgebäude der Diplomati. VI. Thl. S. 339. Spelman Glossar. p. 64–72. Leg. Sal. Tit. 33. §. 12. Ripuar. 58. §. 12. Capit. Carol. Calvi. II. 77. Ein Titularfreiherr kommt vor in Glassey anecdot. p. 352 in Urk. von 1360. Von den Baronen s. noch Mathaei de nobilit. Lib. III. cap. 7. Brüssel des Fiefs. I. p. 149. 173. 398. du Fresne hist. de St. Louis. II. p. 189. Gut Vesme Vicende della proprietà p. 141.

6) Von verschiedenen Schicksalen des Worts Baron: Schmidt fortgesetzte Beiträge nr. III. Mein Artikel: Baron in der allgem. Encyclopädie von Ersch und Gruber. s. noch Stryk dissert. jur. Hal. vol. I. nr. 12.

Unrecht schließt man daraus, daß eine Familie die Partikel *de* oder *von* vor ihrem Namen hat, auf Adelsqualität 7); denn bei vielen altadelichen Familien kam das Prädikat von anfangs nicht vor, sondern wurde erst später angenommen 8), während in manchen Gegenden auch bürgerliche Familien ihrem Namen von vorsetzten 9).

§. 60. [§. 55.] Reichsritterschaft.

Aus den in Schwaben, Franken und am Rhein von den dortigen Verhältnissen begünstigten Rittern 1), welche sich nicht der Landeshoheit der Fürsten, sondern nur unmittelbar dem Reiche unterwarfen 2), entstand 3), als ein Ueberbleibsel der alten Freiheit 4), die durch ihre Korporationen 5) mächtiger gewordene Reichsritterschaft 6) mit ihrer eigenen Verfassung, mit manchen vom Reiche anerkannten Vorrechten 7) (bei welchen die Vorrechte der Gesamt-

7) Schmidt Beitr. S. 124. Hommel de particula: von nostris tempor. nobil. charact. Lips. 1752. Goede jus german. §. 225. not. e.

8) v. Kampz meissenburg. Privatv. II. S. 527. f. überh. über Prädikat von und zu Ester kleine Schriften. I. Bd. S. 7 u. S. 798. Wichtig über Holstein Falk Handb. IV. S. 235. v. Preußen Vielzig Darst. der Rechtsverf. des Adels §. 1.

9) Insbesondere kommt z. B. in Westphalen und am Niederrhein von oft vor dem Familiennamen vor und deutet nur auf Abstammung von einem gewissen Orte.

1) Eine Hauptstelle, worauf man sich für das frühe Alter der Reichsunmittelbarkeit bezog, war die bei Wippo in vita Couradi in Pistor scriptor. p. 435; f. aber Oetler von den ministerial. imperii p. 51—54.

2) Kopp de insigni different. p. 150. Pütter Entwurf der Staatsverfass. I. Thl. S. 22. Hontheim prodr. hist. Trev. I. p. 520. Arnoldi Gesch. von Nassau. III. Thl. S. 241.

3) Vollgraff die deutschen Standesherrn. Darmst. 1823. S. 51. 71.

4) Vielleicht geschah dies auf ähnliche Art, wie bei den Freischöffen in Westphalen. Wigand das Zengericht S. 124. 130.

5) Häberlin Repertor. des Staatsr. IV. Thl. S. 534. Eichhorn Rechtsgeschichte §. 401. Von kaiserlichen Privilegien von Ferdinand I. an. Eichhorn Rechtsgesch. §. 539. Meff in Winkopp rheinischer Bund. VI. S. 161.

6) Als unmittelbar anerkannt Religionsfrieden von 1555 art. 260. Dep. A. von 1564. §. 21. 32. Reichsabschied von 1566. §. 29. Westphäl. Friede. V. §. 28. Moser von den deutschen Reichst. S. 1380. Sammlungen von Urkunden zur Reichsritterschaft in Burgermeister corp. jur. oder eod. dipl. equestr. Ulm. 1707. Thesaur. jur. equestr. publ. et priv. Ulm. 1718. II vol. Lünig collect. nova von der mittelbaren oder landsässigen Rittersch. in Deutschland. Leipz. 1730. II Thle. (gehört zu Quellensamml. über Adelsgesch. überhaupt) und Knipschilt tract. de jurib. et privileg. nobil. et ordin. equestr. Campodun. 1693.

7) M. Aligaver (Gregel) Versuch einer Bestimmung der wesentlichen Merkmale und Begriffe der Unmittelbarkeit. Würzb. 1795. Ferner Staatsrecht der freien Reichsritterschaft. Lemgo, 1786. III Thle. Klüber isag. in element. jur. publ. quo utunt. nob. immed. Erlang. 1793.

heit oder der Rittercantons⁸⁾ von denen der einzelnen Mitglieder zu trennen sind), jedoch nicht zum hohen Adel gehörig⁹⁾ und von demselben dadurch geschieden, daß den Reichsrittern die fürstlichen und gräflichen Rechte fehlten, daß sie keiner Reichsstandschaft¹⁰⁾ fähig waren¹¹⁾, daß sie zwar Reichsunmittelbarkeit und manche Reglements- und Territorialrechte, aber keine eigentliche Landeshoheit besaßen. Unbezweifelt war die Mehrzahl der reichsritterschaftlichen Familien in älterer Zeit nicht unmittelbar, sondern stand unter den Grafen und Landesherren¹²⁾, und nur spätere Exemtionen und glückliche Kämpfe erzeugten einen Besitzstand, der durch das Korporationswesen geschützt, und durch die Privilegien der Kaiser anerkannt wurde¹³⁾. Die Ritterschaft bildete den unmittelbaren niederen Adel¹⁴⁾ und machte sich in dem Lande, in dem sie lebte, durch mannigfaltigen Einfluß auf die öffentlichen Verhältnisse geltend, auch ohne Unterthan zu seyn, und daher ohne Theilnahme an den Landeslasten¹⁵⁾.

§. 61. [§. 56.] Städteadel.

Die in den Städten früh vorkommenden Patricier¹⁾ entstanden theils aus den Abstämmlingen der zur Römerzeit schon blühenden

8) Von Ritterordnungen der Kreise oben §. 23; hier kommt der Retrakt und das Besteuerungsrecht vor.

9) Felz de dign. nobil. immed. Lips. 1747. Kunde §. 343. Schmid Staatsrecht S. 299.

10) Labor in d. Zeitschrift III. S. 108.

11) Uebrigens wurden sie oft z. B. in dem Osnabrück. Frieden V. 28, V. 48. den Reichsständen gleichgestellt, z. B. in Religionsfachen §. 2. 9. 10. 11. art. II. §. 3. f. Kerner Staatsrecht I. c. I. Thl. S. 68. Häberlin Repertorium I. c. S. 558. Einzelne Rechte der Landeshoheit hatte wohl die Reichsritterschaft. Eichhorn IV. §. 539.

12) Pistor Abhandl. von den Grafen. II. Thl. S. 241.

13) Eine der merkwürdigsten Urk. ist die von Carl IV. in Senkenberg Samml. rarer ungedruckter Schriften. I. Stück nr. 1, wo von Rittern, die zum Reiche gehören, gesprochen wird.

14) Schmidt Beitr. S. 47. Eichhorn Privatr. S. 164.

15) Weishaar württemberg. Privatr. Neue Ausg. I. S. 398. Ueber die Stellung der Rittersch. in Württemberg: v. Bächter Privatr. I. S. 111.

1) f. Urkunde von 1306 in Lunig cod. dipl. tom. I. p. 122. Urk. von 1373 und 1378, wo boni homines nati patritii vorkommen, in Miraei oper. dipl. II. p. 1024—27; progeniosi genannt in Urk. von 1284 in Martene collect. V. p. 121. Geschichte der Patrizier f. Leyser de orig. patric. in opusc. nr. 14. Haller ab Hallerstein de patric. Regiom. 1684 und (von Senkenberg edirt) 1740. Sonne in Schott jurist. Wochenblatt. II. Thl. S. 63. Gunderode Werte. I. Thl.

senatorischen Familien 2)), theils aus alten Burgministerialen 3)), oder aus eingewanderten adelichen oder anderen freien reichen 4)) Familien 5)), oder aus manchen schon früh blühenden Geschlechtern 6)), durch Verhältnisse des Ritterwesens, indem angesehene Bürger Ritter wurden und schildbürtige Familien gründeten. Diese Patrizier (auch oft als die Alten bezeichnet), vorzugsweise Bürger genannt, wurden mächtiger durch den Besitz der Rathsstellen 7)) und dadurch, daß andere Bürger sich in ihre Mundschaft begaben 8)).

S. 461. Eichenhart Anleit. zu d. Städte- u. BürgerR. S. 70. Scheidt vom Adel S. 180. Hufsch. Kulturgesch. der Städte S. 80. Eichhorn Rechtsgesch. §. 311. Zur Geschichte der Patrizier in einzelnen Städten s. Stetten Geschichte der adelichen Geschlechter von Augsburg. Augsb. 1762; von Mühlhausen Grashof orig. p. 14; von München Lipowsky Urgeschichte S. 132. 326. Krenner über die Siegel vieler Münchener Bürgergeschlechter in histor. Abhandl. der Akademie der Wissensch. (1813.) II. Bd. nr. 1; von Regensburg Gemeiner Chronik. I. S. 373. 429. 464; von Frankfurt Orth Anmerk. I. Thl. S. 272. Moritz Frankf. Stadtverk. I. Thl. S. 212. Kirchner Gesch. von Frankf. I. Thl. S. 177. Richard Entstehung der Reichsstadt Frankfurt. Frankf. 1819. Für Frankfurt ist besonders wichtig das Verb. der adelichen Gesellschaft Altmünster, s. darüber mehrere bei dem Bundestag eingereichte Schriften: 1) Bittschr. der adelichen Hanerhsch. an die Bundesversammlung vom 30. Okt. 1816. 2) Angrund des von der adelichen Gesellschaft angesprochenen Rechts auf bestimmte Zahl von Stellen im Senat. 1816. 3) Nachtrag der überreichten Bittschrift. 1817. Der adelichen Gesellschaft Altmünster angesprochenes Recht mit Anlagen. 1817; von Lübel Dreyer Einleit. in die Lüb. Verordnungen S. 88. Becker Lüb. Geschichte. I. S. 446; von Basel Schöb Geschichte. I. Thl. S. 476; von Koblenz Günther Geschichte von Koblenz S. 97; von Mainz Joannis script. rer. Mogunt. vol. III. p. 453. In die Klasse der Patrizier gehören auch die Erbmänner in Münster, s. Pfessinger Vitr. illustr. IV. p. 384. v. Kämpf statut. N. II. S. 513; von Ulm Jäger Gesch. von Ulm S. 89. 750; von Bremen Denandt Geschichte des Brem. Stadtr. I. S. 425. 52; von Metz (wo das Verhältniß der patricies höchst wichtig ist) in der histoire de Metz. Metz, 1775. vol. II. p. 324; von Flandern Warnkönig flandr. Rechtsgesch. I. S. 349.

- 2) Man sieht aus Gregor v. Tours, daß man auf diese Abstammung besondern Werth legt. Löbell Gregor v. Tours S. 168. In den italiän. Städten stammen viele altadeliche Geschlechter aus den patricischen ab.
- 3) Hüllmann Geschichte der Stände. III. Thl. S. 29; auch aus Ministerialen des Abts, z. B. zu St. Gallen. Ayr Geschichte von St. Gallen. I. Thl. S. 455.
- 4) Jäger Gesch. von Ulm S. 89.
- 5) Dreyer Nebenstunden S. 91. Grashof orig. Mühlhus. p. 14. Wolf Geschichte von Heiligenstadt S. 31.
- 6) Z. B. in Köln, s. Elafen das edele Cöln, oder Beiträge zur Abhandlung von den rittermäßigen Cöllnern. Köln, 1769, u. Geschichte der kölnischen Familie Overstolz in den Materialien zur Statist. II. Bd. S. 520.
- 7) Krenner über die Siegel S. 56. Hüllmann Städtewesen des Mittelalters. II. S. 218 und S. 384.
- 8) Urk. von Köln in Securis ad rad. pos. p. 243 Hüllmann Städtewesen. II. S. 229.

Die ältere ⁹⁾ oft gewöhnliche Ableitung der Patrizier von den angeblichen *militibus agrariis* ist ungegründet ¹⁰⁾. Ein großer Theil von Patriziern, die eben so wie in Reichsstädten auch in Landstädten ¹¹⁾ vorkamen, verdankt seine Würde nur kaiserlichen Privilegien ¹²⁾, obwohl häufig diese Privilegien mehr nur Erneuerungen und Anerkennungen scheinen ¹³⁾. Die Abstammlinge dieser Geschlechter, wenn sie nicht durch ihre Beschäftigung mit dem gemeinen Bürgerstande sich vermischten, wurden als Adel anerkannt ¹⁴⁾, bis seit der Mitte des XIV. Jahrhunderts ¹⁵⁾ der Sieg der Zünfte dem Städteadel viele auf das städtische Regiment sich beziehenden Vorrechte entzog, und dem Landadel Veranlassung gab ¹⁶⁾, den Städteadel geringer zu achten, so daß überall Lokalverhältnisse ¹⁷⁾ und die Rücksicht, ob die alten Patrizier sich im Besitze der Vorrechte erhielten, entscheiden. Den wirklich rein von Patriziern abstammenden Geschlechtern, deren Vorfahren im Besitze adelicher Vorrechte waren ¹⁸⁾, kann die Eigenschaft des niedern Adels nicht abgeläugnet werden ¹⁹⁾. Der bloße Umstand, daß sich einzelne Glieder solcher patrizischen Familien mit Personen aus bürgerlichen Familien verheiratheten ²⁰⁾, schadet ihrem Adel eben so wenig, als die Betreibung von Gewerben, sobald das Gewerbe nur nicht ein solches war, welches als unverträglich mit dem Adel gilt ²¹⁾. Wenn eine patrizische Familie aus der Stadt, in der sie wohnte und ihre patrizische Würde

-
- 9) In den zur Römerzeit blühenden Städten können vielleicht auch die alten *cives honorati* sich länger erhalten haben. Lambert Schafnaburg. in Pistor script. I. p. 251.
 10) Riccius *spicileg.* p. 238—246.
 11) Ludewig *reliq. MS. praef.* tom. X. p. 57.
 12) Manche gewöhnlich angeführte Urkunden dieser Art scheinen zwar nicht ächt zu seyn, z. B. Urk. von 1198 für Nürnberg, s. Riccius *spic.* p. 292.
 13) J. B. Urk. für Augsburg in Lünig R. Archiv Pars spec. cont. IV. p. 159.
 14) Gemeiner Chronik. I. Thl. S. 373. Stetten Geschichte S. 385. Oefelo *script. rer. boic.* I. p. 743. Riccius vom Adel S. 327. Gatterer *hist. Holzschuh.* Pars gen. §. 6. Land- und Stadt-Adel verheirathete sich auch mit einander; Krenner l. c. S. 37.
 15) In Köln 1372, in Nürnberg 1378, in Augsburg 1368, in Straßburg 1332. Eichhorn §. 432.
 16) Burgermeister *cod. dipl. equest.* I. p. 17.
 17) Jäger *jurist. Magazin.* II. Thl. S. 302. Eisenhart *Anl.* S. 76.
 18) Daher der Unterschied von *patres primi et cooptati.* s. Runde *Grundsätze* S. 441. Maurenbrecher II. S. 837.
 19) Cramer *de nobil. avit.* p. 247. Westphäl. Friede Art. V. §. 17.
 20) Dies kann wohl der Reinheit der Ahnenprobe schaden, aber nicht den Adel überhaupt tilgen.
 21) Schmidt *Beiträge* S. 55.

ausübte, wegzog, so könnte daraus nur ein Verlust des Adels dann gefolgert werden, wenn das Patriziat als rein lokale Würde an den Aufenthalt in der Stadt geknüpft war ²²⁾.

§. 62. [§. 57.] Briefadel.

Schon früh ¹⁾ ist zwar durch Verleihung von Vorrechten oft der Grund zu späteren Adelserwerbungen gelegt worden, auch sind Urkunden nicht selten, in welchen bei Entlassungen eines Dienstmannes aus der Dienstmannschaft der Kaiser die Rechte eines Freien der Sicherheit wegen noch als unverlezt einer Person zustehend aussprach ²⁾, oder wo der Kaiser einem Ministerialgeschlechte eine Anerkennungsurkunde der vollen Adelsfähigkeit verlieh ³⁾. Als der Grundsatz entstand, daß zur Erwerbung der Ritterwürde Abstammung von einem ritterlichen Geschlechte gehörte, wurden auch Urkunden nicht selten, in welchen die Ritterwürde unter Umständen, wo dem Kandidaten die Erfordernisse fehlten, verliehen wurde ⁴⁾. Allein alle solche Urkunden können nicht als wahre unmittelbare Adelsverleihungen angesehen werden. Die Aufnahme in landesherrliche Dienstmannschaft mag schon früh die Veranlassung ⁵⁾ der Erwerbung des Adels gewesen seyn. Gewisse höhere Adelswürden ⁶⁾ wurden wohl schon früher ertheilt, während Verleihungen des niedern Adels in Deutschland ⁷⁾ erst seit Karl IV. ⁸⁾ entstanden ⁹⁾. Aus dem Wappenbriefe, der nur das Recht ein Wappen zu führen gab, ist kein Beweis des verliehenen Adels abzuleiten ¹⁰⁾, wenigstens gilt dies bei den seit

22) Riccius spicil. p. 304.

1) Zu weit geht aber Montag Geschichte. I. Thl. S. 153.

2) Nachr. von dem Geschlechte derer v. Alvensleben. I. Thl. S. 360.

3) Urf. von 1278, abgedr. in Spangenberg die Lehre vom Urkundenbeweise. II. S. 123.

4) Riccius von dem landsässigen Adel S. 295. Klüber de nobil. cod. §. 15. Urf. in Goldast const. imp. tom. III. p. 398. Eichhorn S. 242. Die Ansichten des Mittelalters s. in Bartolus ad leg. I. cod. de dignitat.

5) Wenigstens von Dänemark nachzuweisen. s. Jalf Handbuch. IV. S. 230.

6) Klüber de nobilit. codicillar. §. 6, auch p. 31.

7) Außer Deutschland kommen Adelsverleihungen schon früher vor. Hallam geschichtl. Darstellung. I. Thl. S. 173. s. von Frankreich: Etablissements de St. Louis. I. Chap. 128. Bouteiller somme rural. Lib. 2. Tit. 2. p. 672. la Roque traité de la noblesse. Chap. 22. Loisel instit. coutum. I. p. 19.

8) Klüber de nobil. p. 46.

9) Älteste Urf. von 1457, abgedr. in Klüber de nobil. adp. nr. 2. und Urf. von 1460 in Spangenberg l. c. II. S. 125.

10) Esor kleine Schriften. 46 Stück. S. 915. Siebenkees Beitr. V. S. 70. Pöffe vom deutschen Adel S. 106.

dem XVI. Jahrhundert ausgefertigten Wappenbriefen ¹¹⁾. Die Verleihung des Briefadels ¹²⁾, d. h. des durch ein Dokument von demjenigen, der das Recht der Adelsverleihung hat, erworbenen Adels, stand bei der bestehenden Reichsverfassung dem, später wegen zu häufigen Verleihungen durch Wahlkapitulationen ¹³⁾ eingeschränkten Kaiser, den Reichsvikarien, den Reichsständen und selbst einigen mittelbaren Familien zu, die das besondere Privilegium der Verleihung hatten ¹⁴⁾. Uebrigens verlieh der Briefadel, obgleich er nicht alle Vorrechte des alten Adels dem Neuadelichen geben konnte, doch gleichen Stand mit dem alten Adel ¹⁵⁾.

§. 63. [§. 58.] **Dogmatische Darstellung.** Adel in seiner heutigen rechtlichen Bedeutung. Arten des Adels.

Adel ist derjenige Stand, welcher in dem Staate vermöge der Abstammung bestimmte gesetzlich anerkannte politische und bürgerliche Vorrechte vor den übrigen Bürgern erblich genießt ¹⁾. Er ist entweder Geburtsadel ²⁾, d. h. der durch rechtmäßige Ehe vom adelichen Vater seinen Descendenten mitgetheilte Adel, oder Briefadel (§. 62.). Nur der Adel, welcher erbliche Ständesvorrechte ³⁾ begründet, ist ein wahrer Adel; uneigentlich spricht man von einem

11) Eitor kleine Schriften. I. S. 964. Christynaei observ. eugenialog. Lib. I. cap. 10. f. noch über Wappenbriefe: Hagen de armigeris. Erlang. 1836.

12) v. Ludewig Erläut. der goldenen Bulle. I. Thl. S. 48. Ch. de Leipziger de orig. nob. dipl. Viteb. 1738. Klüber de nobil. codicill. Erlang. 1788. Runde Beiträge zur Erl. rechtl. Gegenstände. I. nr. 19. Montag Gesch. der Staatsbürgerl. Freiheit. I. S. 153. Eichhorn S. 446. Rein Artikel: Briefadel in der Encyclopädie von Ersch und Gräber. XIII. S. 13.

13) Wahlkapitul. Art. 22. f. auch über die Verleihung des Fürstentitels oben S. 58.

14) Pfeffinger Vitriar. illustr. III. p. 1029. Scheidemantel Repertorium. I. Thl. S. 80. Klüber de nobil. p. 54. Runde Beitr. zur Erläut. I. Bd. nr. 19. §. 7. Beispiele, daß auch Landesherrn ihre Landassen nobilitirten, kommen vor (schon von 1460, 1485) in Spangenberg Lehre v. Urkundenb. I. S. 339 in not.

15) Klüber l. c. p. 70.

1) Neuere Ansichten f. in Stahl Philosophie des Rechts. II. Thl. S. 326. v. Geisler über den Adel als Vermittlung zwischen Monarchie und Demokratie. Minden, 1835. v. Savigny Beitrag S. 1. v. Woy Lehrb. des bayer. Staatsr. I. S. 184.

2) Ortloff im deutschen Privatr. S. 182 bemerkt, daß der Ausdruck: Erbadel uneigentlich sey, weil von einer Vererbung keine Rede ist, und ein Todesfall des Vaters nicht vorausgesetzt wird.

3) Und zwar wird Erblichkeit ohne Begränzung gefordert.

Personaladel 4), in so ferne gewisse sonst nur dem erblichen Adel zustehende Rechte auch Nichtadelichen wegen besonderer bürgerlicher Verhältnisse ohne Recht der Uebertragung auf Nachkommen zustehen 5). Gemeinrechtlich giebt es keinen solchen Adel; was auch in Reichsgesetzen den Kammergerichtsbeisitzern und Andern zugestanden war 6), bezog sich nur auf einzelne Auszeichnungen, zu denen gewisse Personen, ebenso wie der Adel, berechtigt seyn sollen, begründet aber bei uns keinen gemeinrechtlichen Amtsadel, der, wo er vorkommen soll, nur durch Landesgesetze 7) nachgewiesen seyn muß; selbst aus dem Umstande, daß Beamte in gewissen einzelnen Verhältnissen durch ein Landesgesetz dem Adel gleichgestellt sind 8), folgt noch kein Personaladel dieser Beamten. Auch der Verdienstadel, welcher den mit einem gewissen Orden Ausgezeichneten einen Personaladel nach manchen Landesgesetzen verleiht, ist nur partikularrechtlich 9). Daraus, daß man ehemals in der allgemeinen Meinung den Stand der Gelehrten für so hoch als den des Adels hielt, oder daß man in einzelnen Verhältnissen 10) die Doktoren gleicher Ehre, wie sie der Adel genoß, für fähig hielt, oder einzelne äußere Auszeichnungen 11), die der Adel hatte, ihnen zugestand, folgt kein Doktorenadel 12), dessen Existenz häufig

4) Leyser med. ad Pand. spec. 661. med. 5. *Über de nobilit. codicill.* §. 4. *Stef vom Geschlechtsadel* S. 51. *Runde deutsches Privatr.* §. 419. Daß es keinen Personaladel giebt s. richtig *Jalf Handb.* IV, S. 228.

5) In *Meerius spic.* p. 189 kommt schon in *Art.* von 1220 eine Art von Personaladel vor; s. noch *Loisel inst. coutumieres* I. p. 14. 19.

6) *Reichsabsch.* von 1548. *Art.* 11. §. 2. s. darüber zwar *Cramer observ. jur. tom.* IV. obs. 1049 p. 104. s. aber *Runde l. c.*

7) *Preuß. Landr.* II. *Thl.* *Tit.* IX. §. 32. *Badijsche Grundverfass.* der verschiedenen Stände (*VI Const. Edikt v. 1808*) §. 20. *Curtius sächs. Civilr.* I. *Thl.* S. 255. *Christynaei observ. eugenialog.* I. cap. 17.

8) *J. B.* wenn in einem Gerichte neben der adelichen auch eine gelehrte Bank sich befindet. *Ortloff deutsches Privatr.* S. 192.

9) *Baier. Edikt* vom 22. *Dez.* 1812. Nach dem *Adelsedikt* vom 26. *Mai* 1818 §. 5 kann aber aus dem Verdienstadel unter gewissen Bedingungen ein Geburtsadel entstehen. v. *Mey baier. Staatsr.* I. S. 170. v. *Württemberg: Wohl Staatsrecht.* I. S. 252—5 und besonders S. 515.

10) *J. B.* bei Besetzung von gewissen Gerichtsstellen.

11) *J. B.* nach der *Reichskleiderordn.* v. 1500. *Tit.* 23 in Bezug auf das Recht, gewisse Kleiderauszeichnungen zu tragen.

12) v. *Savigny Geschichte des römischen Rechts.* III. *Thl.* S. 186. *Ayrer de equit. legum.* Götting. 1718. *Reichsabschied* von 1498 §. 39, von 1500 *Tit.* 15. *Reform guter Polizei* von 1530. *Art.* 15. *Seuffert Versuch einer Geschichte des deutschen Adels in hohen Erz- und Domstiftern* S. 58. *Poffe vom deutschen Adel* S. 101. *Runde Grundsätze* §. 420. *Eidhorn* §. 447. Der Ausdruck: *Chevaliers des loix* ist alt. *Bouteiller somme rural.* II. *Tit.* 2. p. 672. s. noch vom Doktorenadel *la Roque traité de*

nur durch Mißverständnisse ¹³⁾ behauptet wurde. — Die Auflösung der Reichsverfassung bewirkte in den Adelsverhältnissen ¹⁴⁾, daß der Adel mit Ausnahme des hohen Adels nur als ein Unterthanenverhältniß erscheint ¹⁵⁾, daher auch das ehemalige Mittel, durch kaiserliche Verleihung ohne landesherrliche Concession zum Adelsstand zu gelangen, jetzt aufhört, obwohl begreiflich diejenigen Familien, welche zur Zeit der Reichsverfassung dem Adelsstande zugehörten, auch jetzt demselben fortbauernb angehören ¹⁶⁾, da das Wegfallen der Veranlassung der Adelsverleihung keinen Einfluß auf die Fortdauer eines begründeten Rechts hat. Wie weit der Adel an den ihm gemeinrechtlich zustehenden Vorrechten in einem einzelnen Lande etwas verloren hat, oder welche besondere Rechte er genießt, hängt von der Landesverfassung und den Partikularrechten ¹⁷⁾ ab, welche jedoch immer aus den durch langen Gebrauch ausgebildeten Ansichten über Adelsrecht anzulegen sind ¹⁸⁾. Die allgemeine Umgestaltung der politischen Verhältnisse, das Wegfallen mancher Institute, worauf der Reichtum des Adels, oder sein äußerer Glanz berechnet war, und das überall mehr oder weniger sichtbare Streben, eine Gleichheit der Unterthanen vor dem Gesetze zu begründen, und Standesvorrechte, welche Lasten auf andre Stände wälzen würden, aufzuheben, haben fast in jedem Lande auf das Adelsverhältniß gewirkt.

-
- la noblesse. Chap. 42. Tiraquell de nobilit. Cap. 8. f. Christyn. observat. eugep. I. 34.
- 13) Man berief sich auf L. 2. f. ult. D., L. 4. D. de excus. tut., L. 4. f. 1. Cod. de postul. Scheplitz consuetud. Marchiae p. 7 u. p. 491. Gröndler Polemik. I. S. 112. Maurenbrecher II. S. 777.
- 14) Mein Artikel Adel in der Encyclop. S. 382. Klüber Alten des Wiener Kongresses, I. B. 2. St. S. 124. I. 2. S. 106. Europäische Annalen von 1815. 8. und 9tes Stück. Neue Adelsedikte: bairisches vom 28ten Jul. 1818, vom 26ten Mai 1818; badische Grundverf. der verschiedenen Stände vom 4ten Juli 1808. f. 21. Ueber Einfluß des französischen neuen Adels: Eggers über den neuen franz. Erbadel. Hamb. 1808. Göttinger Anzeigen 1814. Stück 6.
- 15) Klüber Abhandl. I. S. 269.
- 16) Klüber öffentl. Recht f. 412.
- 17) Schweizer öffentl. Recht von Weimar S. 59. Lucumus Staatsr. von Baiern S. 135. v. Mop Staatsr. von Baiern. I. Thl. S. 184.; von Würtemberg: Wohl Staatsrecht I. S. 495. Kayscher würtemb. Privatrecht. I. S. 516.; vom Großherzogth. Hessen: Weiß System des öffentlichen Rechts S. 261.; von Preußen: Bielig Darst. der Rechtsverh. des Adels in Preußen. Berlin, 1840.; von Oesterreich: Springer Statistik des österreichischen Kaiserstaats. I. S. 240. Biskinger vergleichende Darstellung der Staatsverfassung S. 309.; von Holstein: Falk Handbuch. I. S. 222.
- 18) J. B. in Bezug auf einzelne Streitfragen.

§. 64. [§. 58^a.] Verhältniß des hohen Adels im
heutigen Sinne.

Der zur Zeit der Reichsverfassung (§. 58.) wichtige Unterschied des hohen und niederen Adels hat eine Bedeutung noch jetzt in so ferne, als vermöge der deutschen Bundesakte die Familien, welche zur Zeit der Reichsverfassung zum hohen Adel gehörten, gewisse von allen Bundesstaaten anzuerkennende, und durch die Landesgesetzgebung nicht zu entziehende Vorrechte genießen, welche als Ueberbleibsel der ihnen einst zustehenden Regierungsgewalt anzusehen sind. Die deutsche Bundesakte behält den Ausdruck: hoher Adel, bei, ohne deswegen die Absicht zu haben ¹⁾, den reichsstaatsrechtlichen Begriff (soweit nicht durch die neuen politischen Verhältnisse eine Umgestaltung von selbst sich ergab) abzuändern; sie sprach zwar von den mittelbar gewordenen ehemaligen Reichsständen, wollte aber dadurch nicht erklären, daß nur die reichsständischen Familien den hohen Adel bilden sollten. Darnach müssen auch alle Familien, die zur Zeit des deutschen Reichs zum hohen Adel gehörten, wenn sie auch keine Reichsständschaft hatten, noch jetzt zum hohen Adel gerechnet werden, und da die Bundesakte ²⁾ diese ehemaligen fürstlichen und gräflichen Familien nichts desto weniger (also ungeachtet ihrer politischen Umgestaltung) zu dem hohen Adel rechnet, so setzt sie voraus, daß der Ausdruck: hoher Adel, auch auf die Mitglieder der souveränen Familien sich beziehe ³⁾. Man kann noch bei dem hohen Adel einen zweifachen Begriff in so ferne unterscheiden, als a) der bundestagsmäßige hohe Adel jene Familie umfaßt, welche, vermöge der ihnen nach der Reichsverfassung zustehenden Würde des hohen Adels, durch die Bestimmung des deut-

1) Labor in der Zeitschrift für deutsches Recht. III. S. 140, Wille in der Zeitschrift l. c. S. 252.

2) Die Bundesakte Art. 14 a erklärt, daß diese fürstl. und gräflichen Häuser fortan nichts destoweniger zu dem hohen Adel in Deutschland gerechnet werden, und ihnen das Recht der Ebenbürtigkeit in dem bisher damit verbundenen Begriffe verbleibt. Maurenbrecher Grundr. des Staatsrechts §. 132 spricht von zwei Arten des hohen Adels in einem bisher nicht gekannten Sinne.

3) Hier ist die Frage bedeutend, ob es einen souveränen hohen Adel gebe. Nein, nach Klüber öffentl. R. §. 197; f. aber auch Eichhorn Privatr. S. 166. f. vorzüglich Dresch Abhandl. über Gegenstände des öffentl. Rechts. München, 1830. S. 135; f. dagegen Klüber Abhandl. I. S. 269. Daß auch die Mitglieder der souveränen Familien zum hohen Adel gehören nimmt an v. Roy Staatsr. I. S. 186. u. Falk Handb. IV. S. 30. Zacharia Staatsr. S. 263. Weiß heftiges Staatsr. S. 262.

schen Bundes zu gewissen den Standesherrn zustehenden Vorrechten berechtigt sind ⁴⁾, und b) der landesgesetzliche hohe Adel ⁵⁾, welcher, vermöge der Willenserklärung eines deutschen Souveräns, gewissen Familien mit erblichen, für das Land dieses Souveräns gültigen Vorrechten zusteht. Daß die Bundesakte den Standesherrn einen wahren hohen Adel, der freilich in gewisser Hinsicht eine Mittelklasse zwischen Souverän und Unterthanen bildet ⁶⁾, begründen wollte ⁷⁾, ist unbezweifelt ⁸⁾. Die den Standesherrn bundesgesetzlich garantierte Ebenbürtigkeit bezeichnet nicht blos, daß die Standesherrn unter sich ebenbürtig seyn sollen ⁹⁾, sondern daß sie es auch in Bezug auf alle souveränen deutschen Fürsten sind ¹⁰⁾. Die Mediatisirten sind, in so ferne sie einem Landesherrn unterworfen sind, als Unterthanen zu betrachten, ihr Rechtsverhältniß ist zwar als Theil des öffentlichen Rechts durch den deutschen Bund garantiert, und soweit der Bund ihr Rechtsverhältniß vertragsmäßig festgestellt hat, kann ihnen auch die Landesgesetzgebung nichts entziehen; in allen übrigen Punkten aber müssen sie für sich und ihre Güter die Gesetzgebung des Staats anerkennen, welchem sie unterworfen wurden ¹¹⁾.

- 4) Ob auch die in §. 54 oben am Ende bezeichneten Familien alle Rechte der Standesherrn nach der Bundesakte haben, bezweifelt v. Dresch Abh. S. 127. 137. s. noch Klüber Abhandl. I. S. 219.
- 5) Schon in der Rheinbundeszeit wurde einigen Häusern diese Standesherrlichkeit verliehen, z. B. von Hessen an Schütz (Weiß hess. Staatsrecht. I. S. 283.), von Baden an Zwingenberg, von Baiern an Pappenheim (Klüber öffentl. R. S. 239 not. b) und ein Beispiel von neuerer Zeit ist die Verleihung an den Herzog v. Leuchtenberg (Klüber S. 240 b). v. Mey baier. Staatsr. I. S. 205.
- 6) Die Existenz dieses hohen Adels läugnet Bollgraf in seiner Schrift: Gibt es noch einen hohen Adel in Deutschland? Darmstadt, 1823.
- 7) Klüber öffentliches Recht §. 197. Eichhorn S. 186. Rudhart Recht des deutschen Bundes S. 207. Eucumus Staatsrecht von Baiern S. 96. 144.
- 8) Ob die Standesherrn eine Curiatstimme in der Bundesversammlung erhalten sollen, ist noch nicht ausgemacht. Klüber öffentl. Recht §. 231. Zacharia Staatsr. S. 287.
- 9) Dies behauptet Klüber Abhandl. I. S. 290.
- 10) v. Dresch Abhandl. S. 140. Hefter Beitr. S. 57. 83. Jordan Lehrbuch des Staatsrechts S. 393—5. Köhler Privatfürstenrecht S. 108. Zacharia Staatsr. S. 288; aber auch v. Mohl Staatsr. I. S. 474.
- 11) Archiv für standesherrl. Rechte und Verhältnisse. 18 Hft S. 154. v. Mey Staatsr. von Baiern. I. S. 206—8. Meyser die grundherrl. Rechte d. würtemb. Adels. Tüb. 1836. v. Mohl würtemb. Staatsrecht. I. S. 477—84. Zacharia Staatsr. I. S. 286.

§. 65. [§. 59.] Rechtsverhältniß der Standesherrn und der ehemaligen Reichsritterschaft.

Der Ausdruck Standesherrn ¹⁾ umfaßt jene bevorrechteten Familien, welche auf den Grund ihrer bei der deutschen Reichsverfassung ihnen zustehenden Reichsunmittelbarkeit und Landeshoheit nach der Auflösung des deutschen Reichs zwar der Hoheit deutscher Souveräne unter gewissen Bedingungen untergeordnet, aber mit bestimmten bundestagsmäßig garantirten Vorrechten versehen worden sind ²⁾. Zur Ausübung der dinglichen Vorrechte gehört der Besitz einer Standesherrschaft, nämlich eines zur Zeit des Reichs mit Landeshoheit besessenen Gebiets; es ist nicht nothwendig, daß dingliche Reichsstandeschaft darauf ruhte ³⁾. Durch die Veräußerung der Standesherrschaft gehen die Rechte des hohen Adels des Standesherrn nicht verloren ⁴⁾; so lange ein nicht persönlich Berechtigter die Herrschaft besitzt, ruhen die dinglichen Vorrechte ⁵⁾. Den Standesherrn stehen überhaupt zu ⁶⁾: 1) die Auszeichnung der Würde des hohen Adels mit der Ebenbürtigkeit ⁷⁾; 2) sie bilden die privilegiirteste Klasse in jedem Staate und haben Anspruch auf das Prädikat: Durchlaucht und Erlaucht ⁸⁾; 3) sie haben das Recht, frei ihren Aufenthalt in jedem, dem deutschen Bunde angehörigen oder mit dem Bunde in Frieden lebenden Staate zu wählen; 4) sie haben privilegirten

1) Daß dieser Ausdruck zweckmäßiger ist, als der: Mediatisirte, s. Klüber öffentl. R. §. 230 a.

2) Wellgraf die deutschen Standesherrn; ein histor.-publiz. Versuch (Darmstadt, 1823), wo auch im zweiten Theile die wichtigsten Edikte abgedruckt sind.

3) s. zwar v. Mohl Staatsr. I. S. 409. s. aber Zacharia S. 285.

4) s. zwar Dreßch Abh. S. 206; aber Zacharia S. 285. Jöyß Grundr. des Staatsrechts S. 346.

5) Ueber Wirkungen d. Veräußerung s. v. Mohl Staatsr. I. S. 479. v. Mey Staatsr. I. S. 219. Weß hessisches Staatsrecht S. 285. Jöyß l. c. S. 347. Strenge Bestimmungen hat d. preuß. Edikt s. Wielig S. 35.

6) Bundesakte Art. 14 und von Partikularedikten baier. Deklar. v. 19. März 1807 und vom 16. Mai 1818. Eucumus Staatsrecht von Baiern S. 140. Württemberg. Edikte vom 8. Aug. und 25. Aug. 1819. Badisches vom 16. April 1819, und Verhandlungen der ersten Kammer (1819). 43. Heft. S. 464. Verhandl. der zweiten Kammer. 63. Heft. S. 46. Großherzogth. Hess. Edikt vom 21. Juni 1819. Preuß. Edikt vom 21. Juni 1815, vom 30. Mai 1820. Die Bundesakte erklärte, daß bei Regulirung des Rechtszustandes der Standesherrn die baier. Deklarat. v. 1807 zum Grunde gelegt werden soll. s. überh. v. Mohl Staatsr. I. S. 468 ff. v. Mey Staatsr. S. 206.

7) v. Dreßch öffentl. Recht des deutschen Bundes S. 277—88.

8) Bundeschluß vom 19. Aug. 1825.

Gerichtsstand; 5) Freiheit von Militärpflichtigkeit; 6) in Bezug auf ihre standesherrlichen Besitzungen Recht der bürgerlichen und peinlichen Gerichtsbarkeit; 7) Forstgerichtsbarkeit, Ortspolizei, Aufsicht in Kirchen-, Schul- und Stiftungssachen; 8) das Recht, daß ihre Familienverträge aufrecht erhalten werden, und daß sie über ihre Güter und Familienverhältnisse autonomische Verfügungen treffen können ⁹⁾ [oben §. 23.]. Die Fiskusrechte, welche die Ständesherrn ehemals besaßen, können ihnen nicht mehr zuerkannt werden ¹⁰⁾, in so ferne diese Rechte Ausflüsse der Landeshoheit waren, mit deren Wegfallen auch die Rechte des Fiskus untergingen, wenn nicht die Ständesherrn in Ansehung einiger dieser Rechte beweisen können, daß sie auch nach Auflösung der Reichsverfassung im Besitze dieser Rechte geblieben sind, oder daß diese Rechte Ausflüsse anderer Rechte sind, welche ihnen bundestagsmäßig zustehen. In Bezug auf den reichsritterschaftlichen Adel entscheidet die Rücksicht ¹¹⁾, daß er schon bei der Reichsverfassung weit geringere Rechte als der hohe Adel hatte, daher auch die Bundesakte nur einige den standesherrlichen analoge Rechte der Ritterschaft einräumte, bei welcher man wieder zwei Arten unterscheiden kann, 1) diejenigen, welche zur Zeit der Auflösung der Reichsverfassung noch reichsunmittelbar waren ¹²⁾; 2) diejenigen, welche schon vor dieser Auflösung durch den Luneviller Frieden an Frankreich abgetreten, und nun wieder mit deutschen Staaten vereinigt wurden ¹³⁾. Bei den letzteren bedurfte es einer durch die Bundesakte wirklich geschehenen Wiederherstellung ihres vorigen niederen Adelsandes. — Der Reichsritterschaft sind die Rechte des freien Aufenthalts, die Familien-Autonomie (§. 23.), der Antheil der Begüterten an der Landstandschaft, Patrimonialrecht, Forstgerichtsbarkeit, Ortspolizei, Kirchenpatronat und privilegirter Ge-

9) Ueberhaupt Klüber öffentl. R. §. 230—40.

10) Hertel im Archiv für civil. Praxis. VII. Bd. nr. 14. Evers Themis. I. Thl. S. 541, und Emmerich über die Ansprüche der Ständesherrn auf die jura fisci. Hanau, 1834. Ueber die Natur der Fiskusrechte: v. Rohl Staatsr. II. S. 740.

11) Klüber öffentl. Recht §. 241. Zachariae Staatsrecht S. 303. v. Rohl Staatsr. I. S. 495.

12) Von den Versuchen der Reichsritterschaft, bei der Bundesversammlung ihren Rechtszustand zu begründen: Wollgraff in der Schrift: die deutschen Ständesherrn S. 501 ff.

13) Klüber öffentl. R. §. 245 a. Klübers Akten des Wiener Congresses. II. S. 468.

rechtsstand zugesichert. Der Umfang ¹⁴⁾ der besonderen Rechte in jedem Lande ist durch Partikulargesetze oder Konventionen bestimmt.

§. 66. [§. 60.] Erwerbung des Adels.

Erwerbungsgrund *) des Adels ist I. die Geburt, in so ferne auf alle von einem adelichen Vater ¹⁾ Abstammenden in einer günstigen Ehe Gebornen ²⁾ der Adel fortgepflanzt wird. II. Die Adoption ³⁾ dagegen kann eben nach diesem Grundsatz der Fortpflanzung der Geburt, und nach der Rücksicht, daß der Adel kein Privatrecht ist, worüber beliebig verfügt werden kann, kein Erwerbsgrund des Adels seyn; ohnehin würden durch die Adoption mehr oder weniger Rechte der Agnaten verletzt werden. Nur in so ferne die landesherrliche Bestätigung der Adoption ausdrücklich den Adel des von einem Adelichen adoptirten Bürgerlichen ausspricht ⁴⁾, kann man von einem Adel durch Adoption sprechen. III. Die Legitimation, und zwar a) die durch *rescriptum principis* ⁵⁾, gibt den Adel nur, in so ferne das Rescript die Adelsverleihung zugleich ausspricht; b) in Bezug auf die Legitimation durch nachfolgende Ehe ist weder ein sicherer Reichsherkommen ⁶⁾, noch ein anerkannter ⁷⁾ Sieg des römi-

14) Zacharia Staatsr. I. S. 304. v. Mohl l. c. S. 498, dort S. 499 über Geschichte des Entw. des Adelsstatuts. v. Moyer Staatsr. I. S. 223. Weiß hess. Staatsr. S. 332.

*) Bei den älteren Juristen ist viel Streit, ob Adel durch unordentliche Verführung entsteht. Tiraquell de nobilit. Lib. I. cap. 7. la Roque de la noblesse p. 189. s. darüber noch Mauvencrcher II. S. 780.

1) Daher gibt es keinen Kunkeladel. Gundling an nobilitet venter. Halae, 1718. Riccius vom landsässigen Adel S. 287. Runde §. 368. Häberlin Repertorium. II. Thl. S. 714. Daher sagte man in Frankreich: la verge annoblit. Loisel instit. coutum. I. p. 33. Es gab aber auch Coutumes, wo die Regel galt: le ventre annoblit, s. B. Coutum. de Troyes I. 1, Chalons 2, Artois 198; über diesen Kunkeladel in der Champagne s. gute Abhandl. in Grosley in seinen recherches sur le droit franç. p. 186—250.

2) Daß er in einer solchen Ehe erzeugt worden (wie d. Sachsensp. I. 36. fordert), scheint nicht mehr nöthig. Falk Handb. IV. S. 231; und Wita in der Zeitschrift für deutsches Recht. IV. S. 289.

3) la Roque de la noblesse p. 41. Christyn. observ. eugénial. I. cap. 21. Knorre diss. jur. rom. et germ. in nobil. adopt. Hal. 1721. Tenzel an adoptione aquiratur nobil. Erl. 1727. Link an adoptio confer. nob. Argent. 1730. Kreitzmaier Anmerk. zum baier. Civilcodex. V. Thl. S. 1672. s. noch Knipschild de fideicommiss. cap. VIII. nr. 409.

4) Preuß. Landr. II. Thl. 2. Tit. §. 684. Baier. Adelsedikst §. 2. Ueber die Rechte des Adoptionsadels. München, 1817. Falk Handb. IV. S. 232.

5) Hesse de liberor. legit. an et quatenus nobil. conferat. Gott. 1792. Ludewig Erl. der goldenen Bulle. I. S. 673.

6) Normann de legitimatione secund. jus patrium. Hafa. 1823. p. 100. 128. Pütter princ. jur. priv. princ. §. 27. Klüber de nobil. codic.

schen Rechts in dieser Lehre und Ausdehnung des römischen Sages auf die Erwerbung von Adelsrechten nachzuweisen, vielmehr bemerkt man zur Zeit, als schon römisches Recht in Deutschland galt, noch vielfach die Ansicht, daß Mantelkinder nicht den Adel erhielten, auch nicht lehenfähig ⁸⁾ wären. Die Landesgesetzgebung und Landespraxis wird daher zunächst bei der Frage eben so entscheiden, wie die Rücksicht auf die Familienstatuten, bei deren Auslegung die Zeit ihrer Abfassung und die damals in dem Lande geltende Ansicht über die Rechte der Mantelkinder zu beachten ist. Wenn nun auch am meisten dafür spricht, daß bei dem niedern Adel ⁹⁾ die Legitimation durch nachfolgende Ehe alle Adelsrechte giebt ¹⁰⁾, so folgt noch nicht, daß auch das Successionsrecht in Stammgüter und Familiensidealkommissionen ¹¹⁾ dadurch begründet wird ¹²⁾; die Legitimation kann auch nicht solche Rechte verleihen, zu deren Genuß nach deutschem Rechte oder nach Statuten adeliche Geburt und Abstammung aus rechter Ehe gefordert ist; nach der Art, wie in dem Privatsfürstenthum die rein deutsche Ansicht sich immer mehr erhalten hat, muß, wenn nicht Landesgesetz oder Praxis etwas Anderes bestimmt, bei dem hohen Adel angenommen werden, daß diese Legitimation nicht die Wirkung wie die eheliche Geburt hat ¹³⁾. IV. Die landesherr-

p. 11. Niccius vom Adel. P. II. cap. 8. §. 8. Runde §. 369 beruft sich auf ein Reichshofrathconclusum (in Dieser Reichshofrathsprög. III. Thl. S. 271), worin Adel durch legitim. angenommen wurde.

7) Dieß Beitr. zur Lehre von d. Legitim. durch nachfolgende Ehe. Halle, 1832. Mein seine Ansicht ist in neuerer Zeit vielfach bestritten. Kammerer Beitr. zum gem. Meßlenburg. Lehenrecht. Neßhof, 1836. Vergl. mit Hefster die Erbsolgerechte der Mantelkinder in Lehen. Berlin, 1836. Wilsa in der Zeitschrift für deutsches R. IV. S. 287. Zwar auch Michaelis Votum über den Bentink. Erbsolgestreit S. 42.

8) Nachweisungen in Hefster S. 57. Wilsa l. c. S. 300—11. Pfeiffer Ausführungen. I. n. 7.

9) Tiraquell de nobilit. cap. 15. nr. 21. Stryk opera. vol. XI. diss. 5. p. 168. Neumann medit. Lib. I. Tit. 5. Eichhorn Privatrecht S. 173. Gründler Polemic. I. S. 115.

10) Auch in Baiern (Adelsedik. I. 12. §. 5.), in Preußen (Vielig S. 5.), in Würtemberg (auch nach dem Entw. des Adelsstatuts von 1839. §. 8), wird d. Adel durch nachfolg. Ehe erworben.

11) Hans Zeitschrift für Hannover. I. Bd. 23. Heft. S. 200. Wilsa in der Zeitschrift l. c. S. 315. s. noch über die legitim. Erörter. aus d. in Gßh. und Volland geltenden Rechten. I. Bd. 35. Heft. S. 209.

12) S. noch Hesse diss. p. 15. Bauer legit. per subseq. matrim. nobil. German. non restaur. Lips. 1776. Klüber de nobil. codicill. p. 11. Wallis u. Schlüter jurist. Zeit. für Hannover. 1828. nr. 2. S. 19. Kammerer Beitr. z. gem. u. Meßlenburg. Lehenrecht. bes. S. 141.

13) Wilsa l. c. S. 320. Die Ansichten sind freilich sehr bestritten. Es entscheidet besonders Landes- und Familienherkommen.

liche Verleihung ist eine Begründungsart des Adels¹⁴⁾; jeder deutsche Souverän hat das Recht, in seinem Staatsgebiet Adel zu verleihen; der Unterthan, welcher geadelt seyn will, hat nur bei seinem Landesherrn die Nobilitirung, welche von der Gnade des Landesherren abhängt, nachzusuchen. V. Ein von einem ausländischen Souverän verliehener Adel wirkt in dem Lande des Nobilitirten nur, wenn der inländische Landesherr durch die Ertheilung der Erlaubniß, des Adels sich zu bedienen, die Verleihung bestätigt¹⁵⁾. VI. Da der Adel ein Geblütsrecht ist, das durch den Vater mit der Geburt erworben wird, so kann eine Standeserhöhung auf die zur Zeit der Nobilitirung schon geborenen Kinder des Neugeadelten den Adel nur dann übertragen, wenn der Adelsbrief sich auf diese Kinder mit bezieht¹⁶⁾, oder wenn in Form der Adelserneuerung die Verleihung erfolgt¹⁷⁾.

§. 67. [§. 61.] Gründe des Verlusts des Adels.

In Bezug auf die Gründe des Verlusts des Adels ist 1) der Verzicht auf den Adel ein Tilgungsgrund¹⁾, wenn der Adelige ausdrücklich der Staatsgewalt gegenüber den Verzicht erklärt²⁾. Den später geborenen Nachkommen³⁾ desjenigen, welcher den Adel verlor, schadet der Verlust. 2) Da die Frau dem bürgerlichen Stande des Ehemannes folgt, so verliert auch das adeliche Frauen-

14) Klüber öffentl. R. §. 411. Was das bayer. Adelsedict §. 3 enthält, ist nur particulararrechtlich.

15) s. über ältere Ansichten Scheidemantel Neyerstor. I. Zhl. S. 80. Niccius S. 299, und vom jetzigen Zustand s. badische Grundverf. §. 21. Lit. c. Preuß. Landrecht. II. Tit. 9. §. 13. Anhang §. 118. Eichhorn S. 176. Christyn. obs. eugenial. I. c. 11. Klüber öffentl. Recht. §. 411. 412. Von Sachsen: Milhauser sächs. Staater. S. 124.; von Württemberg: Reyscher Privatr. I. S. 319.

16) Klüber de nobil. codic. p. 11. la Roque de la noblesse p. 186. Christyn. observ. I. cap. 16. s. zwar Hommel rhaps. obs. 770. Man beruft sich (mit Unrecht) auf L. 5 D. de senator. und L. 9 §. 14 D. de poenis. Maurenbrecher. II. S. 780. s. aber Gröndler Polemik. I. S. 117.

17) Reyscher würtemb. Privatr. I. S. 319.

1) la Roque de la noblesse p. 338. Nolden de statu nobl. cap. 15. §. 13. Niccius vom landsässigen Adel cap. 45. s. zwar Eisenhart de renunt. nobil. Helmst. 1758, u. in opusc. nr. 18 und Ründe §. 372. Gröndler. I. S. 118.

2) Die Anzeige an die Regierung muß dabei erfolgen. Reyscher würtemb. Privatr. I. S. 321. Hall Handb. IV. S. 236. Wo Adelsmatrikeln eingeführt sind, muß der Adel in diesen gelöscht werden. Bayer. Adelsedict §. 18.

3) Anders bei den schon zur Zeit des Verzichts geborenen Kindern. Klüber de nob. codic. p. 12. Vater. Edict §. 17. Bad. Grundverfassung §. 21. Lit. c.

zimmer, welches einen Bürgerlichen heirathet 4), ihren Adel 5); jedoch tritt eigentlich hier nur eine Suspension, so lange die Ehe dauert, ein, so daß der Adel selbst nicht verloren geht 6). 3) Daß auch der Adelige, welcher von einem Bürgerlichen sich adoptiren läßt, den Adel verliert 7), ist gemeinrechtlich nicht anzunehmen 8), wenn nicht andere Umstände hinzukommen, welche den Willen, auf den Adel zu verzichten, zeigen. 4) Der Nichtgebrauch adelicher Rechte hebt den Adel nicht auf 9); die Aufhebung des Adels wegen gemeiner Handwerke oder niederer Lohndienste (nie aber wegen Betreibung der nicht zünftigen Kaufmannschaft), die der Adelige verrichtete, wird zwar oft angenommen 10), allein gemeinrechtlich spricht kein Grund dafür 11). Oft kann für eine Familie, welche durch solche Umstände den Adel verlor, die restitutio oder Erneuerung des Adels wichtig werden 12). 5) Daß der Adel zur Strafe verloren geht, wenn der Adelige zu einer entehrenden Strafe verurtheilt wird,

- 4) Seger quib. modis nob. §. 8. Etck vom Geschlechtsadel S. 76. Klüber de nobilit. p. 6. f. noch Klüber kleine jurist. Schriften. Stück 25. S. 13. Wagners Zeitschr. für österr. Rechtsgelehr. 1827. S. 393.
- 5) Daß die Frau nach dem Tode des Mannes den ihr vor ihrer Verheirathung zugestandenen Adel wieder annehmen könne, behauptet nach commun. prax. imperii Kreitmaier Anmerk. zum bair. Gesetzbuch. V. S. 1684. f. noch preuß. Landr. §. 85—90. Phillips deutsches Privatr. II. S. 86 und Gröndler Polemik. I. S. 120. In den Ostseeprovinzen verliert die Adelige durch Heirath mit dem Bürgerlichen den Adel nicht. v. Bunge das livländische Privatr. I. S. 90.
- 6) Nach Analogie v. Sachsenspiegel. I. 45. §. 1. III. 45. §. 2. Fall Handb. S. 236. Reyscher I. S. 321. not. 10.
- 7) Ortloff deutsches Privatrecht S. 184 tadelt, daß man diesen Fall und den vorhergenannten unter den stillschweigenden Verzicht stellt.
- 8) Kreitmaier Anmerk. I. c. S. 1683. Knorre diff. jur. rom. in nob. adopt. p. 24 (wegen L. 23. D. de adopt.). f. noch Eichhorn Privatr. S. 178. Fischer Polizeirecht I. S. 522. Preuß. Landr. II. Thl. Tit. 9. §. 81—90. Den Verlust behauptet Maurenbrecher II. S. 793.
- 9) Man beruft sich bei dem Streite auf L. 1. Cod. de dignitat. — f. noch preuß. Landr. §. 94. — Ueber Verlustarten überh. Martini de modis praecipuis, quibus nobil. amitt. Lips. 1766. Seger quibus mod. nob. amitt. Lips. 1776.
- 10) Tiraquell de nobil. cap. 35. La Roque traité de la noblesse. cap. 81. Christynaevi observat. III. cap. 4—6. Leyser medit. ad Pand. spec. 189. med. 1, spec. 670. med. 22. Lothringer Gewohnh. von 1599. I. §. 6. Cod. Augusteus I. p. 30. Riccius S. 525. Preuß. Landrecht §. 81—90.
- 11) Fall. IV. S. 237. v. Mohl würtemb. Staatsr. I. S. 516. Auf stillschweigenden Verzicht kann man nichts herstellen. Das bair. Adelsedikt §. 21 spricht von Suspension.
- 12) Breuning de natal. restitut. Lips. 1755. Selehow elect. jur. germ. p. 249. Etck vom Geschlechtsadel S. 82—86. Fall I. c. S. 226.

nehmen zwar Schriftsteller ¹³⁾ und neue Gesetzgebungen ¹⁴⁾ an; allein wenn das Landesgesetz dies nicht ausspricht, so kann man dies nicht annehmen ¹⁵⁾, da es weder der Art der Entstehung des Erbadeis entspricht, noch gerecht ist ¹⁶⁾, und nur auf Verwechslung verschiedener Fälle beruht ¹⁷⁾.

§. 68. [§. 62.] Beweis des Adels.

Von der Adelsprobe ¹⁾, als dem von einer Person geführten Beweise, daß ihr der Adel zukomme, unterscheidet sich die Ahnenprobe ²⁾, als der Beweis, daß jemand aus einem altadelichen Geschlechte durch eine gewisse statutenmäßig erforderliche Zahl von adelichen aus rechtmäßiger und standesmäßiger Ehe abstammenden Ahnen väterlicher und mütterlicher Seite selbst durch rechtmäßig und standesmäßige Ehe abstamme ³⁾. Diese Probe, welche nur der alte Adel zu führen hat, wenn er auf Rechte Anspruch machen will, zu deren Erwerbung die Nachweisung einer gewissen Ahnenzahl gehört, besteht

13) Kreitmaier Anmerk. V. Thl. S. 1683. Riccius cap. 46. Weiske Rechtslexikon. I. S. 114. f. aber Eichhorn S. 177.

14) Preuß. Landr. §. 91. Badische Grundverfass. §. 21. Lit. e. Baiernsches Criminalgesetzbuch §. 23. Württemberg. Strafedikt vom 17. Juli 1824. §. 36; u. würtemb. Strafgesetzb. art. 33. Oesterr. Strafgesetzb. §. 23. Jenzil Comm. hiezu. I. S. 263. Wächter über die Strafarten S. 223.

15) Falk Handb. IV. S. 239. f. darüber auch interessante Verhandlungen in den württemberg. Kammern. Hepp Commentar zum Strafgesetzbuch I. S. 336—40. Das sächs. Strafgesetzb. art. 9. spricht nicht von Verlust des Adels, sondern der politisch. Ehrenrechte (dahin gehört dann nicht der Adelstand). Auch das hessische Gesetzb. art. 22. spricht nicht von Adelsverlust.

16) Meine Schrift: Die Strafgesetzgebung in ihrer Fortbildung. I. S. 284.

17) Die polit. u. Ehrenrechte des Adels sind etwas anderes als Succession in Familien-fideikommissen, oder Anspruch auf Stipendien. f. wegen Lehen würtemb. Gesetz vom 5. Sept. 1839. art. 2.

1) Kreitmaier Anmerkungen zum baier. Landrecht. V. Thl. S. 1679. Preuß. Landr. II. Thl. Tit. 9. §. 17. Bei der Adelsprobe kommt es nur auf den adelichen Stand des Vaters und die ehel. Geburt (der Adel der Mutter kommt dabei nicht in Betrachtung), oder auf den Adel desjenigen an, der seinen Adel erweisen soll.

2) Sachsenspiegel. I. 51. Stepp Bilder S. 26. Telgmann von der Ahnenzahl cap. 1. §. 18. Steinen westphäl. Gesch. I. Thl. S. 861. Rodmann rheing. Alterthümer S. 257. Eichhorn §. 341. 342. 446. In Fröblich dipl. auc. Styriae p. 363 ist eine Ahnentafel von 1277. Eine vollständige Ahnenprobe in Urk. von 1373 bei Günther Cod. Rheno-Mos. III vol. 2. Abtheil. S. 773.

3) Scheffer de jur. nat. nobil. germ. Pub. 1733. Telgmann von der Ahnenzahl. Hamm, 1733. Estor de probat. nobil. avitae. Marb. 1744. Eßer prakt. Anleit. zur Ahnenprobe. Marburg, 1750. Runde Grundsätze §. 376—61. Nametock Darstellung des Adels- und Wappentwiefes nach allgemeinen und österreichischen Gesetzen, Wien, 1824. III Theil.

1) aus der Filiationsprobe, d. h. dem Beweise, daß alle in der Ahnentafel als Ahnen aufgeführten Personen wirklich in einer kirchlich und bürgerlich gültigen Ehe gelebt haben, und daß der von diesem Ehepaare als Abstammung aufgeführte Ahne aus einer solchen Ehe geboren worden sey; 2) aus der Ritterprobe, d. h. dem Beweise der Ritterbürtigkeit und Stiftsmäßigkeit eines jeden auf dem Stammbaume vorkommenden Geschlechts. Veranlaßt ist diese Probe durch die alten, in manchen Fällen nothwendigen Beweise der Freiheit ⁴⁾, und seit dem Entstehen gewisse Erfordernisse der Ritterwürde durch die Turnierordnungen ⁵⁾, später aber durch jene Anstalten, zu deren Genuße die Statuten alten Adel forderten. Es lag hier schon die Ansicht zum Grunde, daß man das durch Mier Begründete schützte und daher ein durch lange Zeit im Besitze des Adels befindliches Geschlecht als adelich anerkannte. Wie viele Ahnen ⁶⁾ von einem Kandidaten verlangt werden, hängt von den Statuten ab. Die Grundlage der Ahnenprobe ist die Ahnentafel ⁷⁾, welche die Abstammung einer Person in aufsteigender Linie väterlicher und mütterlicher Seite darstellt, und wozu der Stammbaum, der nur den Stammvater mit seinen Nachkommen angiebt, nur Erleichterungsmittel und Beleg ist ⁸⁾. Die Ritterprobe fordert auch eine Angabe der Wappen der auf der Ahnentafel vorkommenden Geschlechter und Nachweisung, daß sie adeliche Wappen seyen ⁹⁾. Die einem Adelichen in seinem Ahnenbriefe ertheilten Ahnen [gemalte Ahnen] ¹⁰⁾ können nicht gezählt werden, so wenig ein Neugeadelter (da er nicht von adelicher Geburt ist) mitgezählt werden kann. Ein Hauptbeweismittel ist außer den Kirchenbüchern die adeliche Kundschaft ¹¹⁾, d. h.

4) Verhandel. der Genootschap van Groningen. II vol. p. 180.

5) Die angebliche Turnierordnung von Kaiser Heinrich von 934 (in Gohlast const. imp. vol. II. p. 41), auf welcher vier Ahnen gefordert seyn sollen, ist aber unächt.

6) Ist gaben die Kaiser in den Adelsverleihungsurkunden 4 oder 8 Ahnen. Niccius spic. p. 194.

7) Wer acht Ahnen zu beweisen hat, richtet den Beweis 1) auf seinen Vater und seine Mutter, 2) auf seinen Großvater und seine Großmutter väterlicher Seite, 3) auf den Großvater und die Großmutter mütterlicher Seite, 4) auf die Urgroßeltern (also vier Urgroßeltern auf jeder Seite) oder 8 Ahnen. Bei d. Ahnenprobe von 16 Ahnen geht die Probe bis zu den Urgroßeltern auf jeder Seite. Eßer von der Ahnenprobe S. 12.

8) Eßer von der Ahnenprobe S. 8. Munde Privatr. S. 376.

9) Eßer l. c. S. 10. S. 32.

10) Cramer de jurib. et praerog. nobil. avit. p. 172. Preuß. Landr. S. 23.

11) Eßer Anleitung zur Ahnenprobe S. 128.

das eibliche Zeugniß adelicher Standesgenossen über die Richtigkeit der Ahnentafel. Zur Ergänzung des Beweises kann auch der Eid dienen ¹²⁾).

§. 69. [§. 63.] Rechte des Adels überhaupt.

Bei den Rechten des Adels müssen unterschieden werden I. jene, welche dem Adel überhaupt ohne Rücksicht auf eine gewisse Ahnenzahl zustehen; II. die Rechte, welche nur dem alten Adel zukommen. Eine andere Abtheilung scheidet A) die Rechte, welche dem Adel persönlich zustehen; B) die dinglichen Rechte, und zwar a) solche, die jedem Adelichen vermöge eines gewissen Gutsbesitzes zukommen; b) Rechte, welche gewissen adelichen Gütern anstehen, ohne Rücksicht auf den Stand ihres Besitzers ¹⁾. III. Bei den Adelsrechten trennt man noch politische und privatrechtliche Vorzüge ²⁾. IV. Eine andere Unterscheidung bezieht sich darauf, ob die Adelsrechte nur einer gewissen adelichen Korporation ³⁾, oder dem Adel überhaupt zustehen. Zu den Rechten, welche jedem Adelichen ⁴⁾ schon nach dem Range und ohne Rücksicht auf Gutsbesitz ⁵⁾ und auf eine gewisse Ahnenzahl zustehen, gehört a) das Recht, adeliche Lehen erwerben zu können ⁶⁾; b) Anspruch auf befreiten Gerichtsstand ⁷⁾, in so ferne überhaupt noch das Landesgesetz ⁸⁾ diesen anerkennt; c) Recht

12) Preussisches Landrecht I. c. §. 30. Ueber Anwendung der Immemorialsverjährung zur Erleichterung der Ahnenprobe s. Christyn. observ. eugen. I. cap. 7.

1) Wichtig sind hier die an mehreren Orten vorkommenden Rittergüter. Wenn in einem Landesgesetze in Bezug auf Adel überhaupt eine privatrechtliche Vorschrift gegeben ist (z. B. im badiſchen Landrecht §. 1393 a über die Eheverträge), so ist anzunehmen, daß sie bei dem Adel überhaupt ohne Rücksicht auf Gutsbesitz eintrete. Hohorst Jahrbücher V. S. 233.

2) Maurenbrecher II. S. 781.

3) z. B. in Holstein hat die Ritterschaft besondere Rechte. Falk Handb. IV. S. 240. In den Ostseeprovinzen sind ebenso die Rechte der verschiedenen Ritterschaften zu trennen. v. Bunge Privatrecht I. S. 86 1c.

4) de Schulenburg de privil. ac praerog. nobil. med. in german. Giess. 1733. Poſſe über die Rechte des Adels, mit vorzüglicher Rücksicht auf Eintheilung derselben in dingliche und persönliche. Rostock, 1802.

5) Erst seit adeliche Lehen durch Privilegien auch in bürgerl. Hände kamen, wurden die zuvor persönlichen Adelsrechte vom Besitze gewisser Güter abhängig gemacht. Poſſe S. 61.

6) Sächs. Lehenrecht, cap. 2. vetus auctor. de benef. Cap. 1. §. 4. Poſſe S. 110. Eichhorn Rechtsgeschichte §. 341. 446.

7) Bauer opusc. I. p. 463. Zu weit geht man, wenn man überhaupt den Adel von der städtischen Gerichtsbarkeit erimiren will; s. gut Poſſe S. 123. Falk Handb. IV. 235. v. Bunge I. c. S. 86.

8) Baier. Verfassungsurkunde Tit. V. §. 4. nr. 3. v. Mey Staatsrecht S. 228. Württemberg. 43 Organisationsedikt von 1818. §. 2—52. v. Wühl Staatsrecht. I. S. 514.

auf alle Auszeichnungen, welche Landesgesetze den Honoratioren vor den Bürgerlichen zuschreiben ⁹⁾: d) Vorrechte, welche Landesgesetze in Bezug auf Erbfolge, auf Errichtung von Familienfideikommissen geben ¹⁰⁾; e) Befreiungen von gewissen Abgaben nach Landesgesetzen ¹¹⁾; f) Anspruch auf alle Rechte, zu deren Ausübung die Statuten den Adel überhaupt fordern ¹²⁾; g) Recht auf den ausschließenden Gebrauch des Geschlechtsnamens; h) Recht, ein adeliches Wappen zu führen; i) Recht der Siegelfähigkeit; k) die Landtagsfähigkeit des Adels, die nach den Landesgesetzen oft noch an besondere Bedingungen geknüpft ist ¹³⁾; l) die Wechselfähigkeit ¹⁴⁾; m) Vorrechte in Bezug auf Militärpflichtigkeit ¹⁵⁾. Manche Landesgesetze befreien auch den Adel von gewissen Landespolizeigesetzen ¹⁶⁾.

§. 70. [§. 63^a.] Wappenrecht und Siegelmäßigkeit des Adels.

Die frühe Sitte ¹⁾, Eigenthumsgegenstände als einer gewissen Person oder Familie oder einer Korporation angehörig durch bestimmte Symbole zu bezeichnen ²⁾, wurde bald auf die Hauptstücke der Waffen

- 9) Riccius vom Adel S. 277.
- 10) Wo Siegelmäßigkeit besteht, hat sie auch der Adel. s. noch Hausbold sächs. Privatrecht S. 430. Posse S. 113. Von Vorrechten in Ansehung des Zeugnisses (L. 15. D. de jurejur.) Riccius vom Adel S. 487. Ob das Recht der Adlichen, sub fide nobili ein Zeugniß abzulegen, das wie ein eidliches gilt (Walch de testim. nobil. injurato. Jen. 1759) noch besteht, muß bezweifelt werden. Die Gleichstellung des Adels mit den Soldaten hatte in der Praxis z. B. Vernher obs. for. II. p. 127 dazu verleitet, auch das beneficium competentiae des Adels zu behaupten. s. dagegen mit Recht Hänsel Exkurse zum sächs. Civilr. II. S. 203.
- 11) J. B. im Mittelalter hatte der Adel Zollfreiheit. Senkenberg visiones p. 263. Von persönlicher Steuerfreiheit s. Posse S. 74. s. noch Köhler de orig. et increm. nob. p. 29. Solche Befreiungen kommen vor in d. Ostprovinzen, v. Bunge S. 87; v. Oesterreich: Springer Statist. I. S. 290.
- 12) J. B. bei Familienstiftungen.
- 13) Preuß. Lantr. II. Thl. Tit. 9. §. 46. Köhler de orig. et incr. nobilit. Meklenb. §. 11. Posse vom Adel S. 85. 95. Eichhorn S. 193. Weiße Staatsr. von Sachsen S. 103. In neuen Verfassungsurkunden hängt das Recht zur Landstandschafft theils mit gewissen Rangklassen des Adels, theils mit dem Gutsbesitz zusammen.
- 14) J. B. in Württemberg.
- 15) J. B. in Baiern: v. Mey S. 228; in Holstein: Falk S. 235; von Oesterreich: Springer S. 290.
- 16) J. B. in Sachsen durch das Recht der Hausstrauung.
 - 1) Kopp in der unten anzuführenden Schrift S. 1—12. Falk Handbuch IV. S. 249.
 - 2) Falk l. c. not. 8 spricht auch von den im Norden üblichen Hausmarken; sie finden sich auch in der Schweiz und in Tyrol.

eines Mannes angewandt ³⁾. Als das Ritterwesen ⁴⁾ dem Auftreten der Ritter mit bestimmten Waffen eine besondere Bedeutung gab, wurde der Gebrauch von Symbolen mit Abbildung von gewissen Waffen üblich, und daraus entstand die Sitte ⁵⁾, daß die Mitglieder einer adelichen Familie ⁶⁾ bei ihrem Auftreten erblicher Auszeichnungen sich bedienten ⁷⁾, die man Wappen nannte. Vorzüglich wurden diese Zeichen auch auf den Siegeln angewendet ⁸⁾. Gewiß ist es, daß auch die Gemeinfreien ⁹⁾ und die Corporationen Wappen führten und frei ein solches wählten. Anfangs wurden die Wappen noch in der nämlichen Familie beliebig verändert ¹⁰⁾, allmählig aber als erbliche, bleibende Auszeichnungen betrachtet. Der regierende Adel bediente sich zur Bezeichnung der Befigungen der Wappen, allmählig auch bei allen feierlichen Gelegenheiten des öffentlichen Auftretens, während auf gleiche Art bei dem niedern Adelschlichtbürtige Familien der allmählig von den Standesgenossen gekannt und geachteten Auszeichnung sich bedienten ¹¹⁾. Später entstand die Sitte, daß man in den Adelsdiplomen ¹²⁾ bestimmte Wappen den geadelten Familien ertheilte ¹³⁾, und daraus bildete sich die Ansicht, daß das Recht, ein Familienwappen ausschließend zu führen,

3) Heber d. Wappen Bartolus (+ 1359) de insign. et armis (ind. Venetianer Ausgabe von 1615), seiner Werke vol. X. Fesch de insign. eorumque jure. Bas. 1672. Höppling de jure insign. Norimb. 1612. Wenk de concessione insign. Lips. 1772. Pfeffinger Vitr. illustr. III. p. 1009. Neues Lehrgebäude der Diplomatik (übersetzt). VI. Thl. S. 146 u. Laroque de la noblesse, im Anhang Christyn. observ. engenal. lib. II. Phillips deutsches Privatrecht. II. S. 69, 2te Ausg. S. 182; und besonders Kopp über Entstehung der Wappen im allgemeinen und des badiſchen insbesondere. Freiburg, 1831.

4) Meeren über die Folgen der Kreuzzüge S. 227. Hallam geschichtl. Darstellung. I. Thl. S. 179.

5) Hagen de armigeris. Erlangen, 1836.

6) Von Frankreich: Menestrier abrégé methodique p. 219. Wenk comm. I. p. 19. Carpentier hist. de Cambrai. III. p. 1013. S. 69–71. Gatterer hist. Holzschuh. p. 24. Von den Niederlanden: Mathaei de nobilit. p. 1022. lib. IV. cap. 17. Von Deutschland: Duellius hist. ordin. equit. teutonic. P. III. p. 82. Fesch de insign. p. 94.

7) Neues Lehrgebäude der Diplomatik. VI. S. 157. Senkenberg select. jur. IV. p. 541. Wann Erbllichkeit allgemeiner wurde, ist freilich. Neues Lehrgeb. S. 162.

8) Falk I. c. S. 251.

9) Falk S. 255. In der Schweiz bewahren viele nicht adeliche Familien noch jetzt ihr altes Wappen.

10) Eitor von der Ahnenprobe S. 427.

11) Gatterer hist. Holzschuh. p. 24. Falk S. 252.

12) Falk S. 255.

13) In Hef. von 1416 (bei Stremer von den Siegeln der Münchner Geschlechter S. 23) nennt sie der Kaiser Sigismund arma nobilitatis insignia.

ein Vorrecht des Adels sey ¹⁴). Wappen waren häufig ein Gegenstand der Belehnung ¹⁵) und kaiserlicher Verleihung ¹⁶). Seit dem XVI. Jahrhundert kann das Recht, ein erbliches Wappen zur Bezeichnung des Standes zu führen, als Vorrecht des Adels nicht bestritten werden ¹⁷), und daran knüpft sich das Recht jeder adelichen Familie, das von ihr gewählte Wappen ausschließlich zu führen ¹⁸), und jedem Dritten, der sich das Wappen anmaßt, den Gebrauch zu verwehren ¹⁹). Mit Unrecht hat man nur die Wappen mit einem offenen Helm als adeliche Wappen betrachtet, während der Unterschied zwischen Wappen mit offenem und denen mit geschlossenem Helm heraldisch gleichgültig ist ²⁰). Von dem einer bürgerlichen Familie verliehenen Wappenbriefe ist noch nicht auf Adelsverleihung zu schließen ²¹). Bürgerliche Familien können zwar ebenso sich Wappen beilegen, aber sie haben kein Recht auf den ausschließenden Gebrauch derselben; wenn sie nicht durch einen Wappenbrief geschützt sind ²²). Die Siegel, die früh vorkamen ²³), und im Mittelalter eben so von Korporationen als von Familien, die auch nicht adelich waren, gebraucht wurden ²⁴), erhielten eine neue Bedeutung, als man das Wappen in dem Siegel führte; und da damals das Siegel ²⁵) die Stelle der Unterschrift

- 14) Als röm. R. sich verbreitete, mußten d. röm. Juristen nicht, was sie aufstellen sollten. Bartolus in oper. X. p. 124. geht von dem Gesichtspunkt der Freiheit aus; allein es gab immer Juristen, die ihm widersprachen. s. Krenner S. 22. Hagen de armigeris p. 22.
- 15) Hagemann kleine jurist. Aufsätze. I. Thl. S. 1—84. Weber Handbuch. II. S. 531.
- 16) Riccius vom Adel S. 371.
- 17) Christyn. observ. eugen. Lib. II. cap. 13. Eßtor kleine Schriften S. 913. Kreitmaier Ann. zum bayer. Civilcodex. V. S. 1689. s. auch badiſche Grundverfaß. §. 22. Lit. c. Gröndler Polemik. I. S. 128.
- 18) Wahlkapitulat. Leopolds II. Art. 22. §. 12.
- 19) Höpſing cap. 13. nr. 52. Mevius dec. IX. nr. 141. Riccius p. 202. Preuß. Landr. §. 16. Bayer. Adelsedikt §. 9.
- 20) Gatterer Heraldik S. 58. Pfeffinger Vitriar. III. p. 1020. s. noch Christyn. observat. II. cap. 7. Spangenberg Lehre vom Urkundenbe-
weise S. 256.
- 21) Eßtor l. c. I. Thl. S. 913. Eichhorn S. 186.
- 22) Eichhorn Privatr. §. 63. Falk. IV. S. 258. Wie weit Anmaßung frem-
den Wappens strafbar ist s. Köpp l. c. §. 35.
- 23) Leg. Alaman. art. 23. §. 4. Tit. 28.
- 24) Falk l. c. S. 251.
- 25) Böhmer exerc. ad Pand. IV. nr. 10. nr. 67. Heineccius de sigillis. Hal. 1719. Höpſing de jure sigill. Norimb. 1642. Stryk de ex-
cept. desic. sigill. Hal. 1702. Gerten Anmerk. über die Siegel. Sten-
dal, 1786. II Thle. Pauli Einleitung in die Kenntniß des Adels S. 90.
Scheidt vom Adel S. 258. Neues Lehrgebäude der Diplomatie. VI. Thl.
S. 37.

vertrat ²⁶⁾, und die Befügung des Siegels die Ausfertigung der Urkunde mit dem Willen des Besiegelnden (Siegelberechtigten) ausdrückte ²⁷⁾, so war das Siegel, bei welchem man das große und kleine unterschied ²⁸⁾, noch wichtiger. Im Zusammenhange mit erblichem Wappenrecht war das Recht, ein Siegel zu führen, eine Befugniß des Adels ²⁹⁾, für welchen noch das Siegelrecht in so ferne wichtig wurde, als die Adelsichen als Grundherren die Urkunden über Rechtsgeschäfte ihrer Unterthanen besiegelten ³⁰⁾. In Bezug auf heutiges Adelsrecht läßt sich aber nur aufstellen, daß jeder Adelsiche eines eigenen Siegels, auf dem er sein Wappen benützen kann, bei Fertigung seiner Urkunden sich zu bedienen und jedem andern, der nicht zu seiner Familie gehört, die Führung des nämlichen Siegels, in so ferne es das Geschlechtswappen enthält, zu verwehren das Recht hat ³¹⁾; wogegen jeder Nichtadelsiche wohl eben so ein eigenes Siegel ³²⁾ führen kann ³³⁾, ohne deswegen ein Verbotungsrecht gegen Andere ausüben zu dürfen ³⁴⁾. Was dem Adel als Grundherren oder Patrimonialgerichtsinhaber in Bezug auf Urkunden seiner Grundholden oder Amtsfürsigen zusteht, ist nicht auf Adelsrecht überhaupt auszudehnen, und was in einzelnen Ländern dem Adel in der Art zusteht, daß er durch sein adeliches Siegel seinen Urkunden die Kraft öffentlicher Urkunden geben kann ³⁵⁾, ist bloß partikularrechtlich.

26) Spangenberg v. Urkundenbeweise S. 240. Schwabenspiegel cap. 283. 311. Senfenberg l. c. S. 240; auch merkw. Beaumanoir Cout. de Beauvoisis cap. 35. Ueber rechtliche Bedeutung des Siegels: Falk. IV. S. 257. III. not. 30.

27) Oft kommt vor: quia proprium sigillum non habeo. s. neues Lehrgebäude der Diplomatik l. c. S. 41. Scheidt S. 218. Hanselmann Landesherrschaft von Hohenlohe S. 112. In einer Urkunde von 1238 bei Thaumassiere anciens Cout. de Berry p. 59 kommt vor: sigillum non habeo, cum nondum miles essem nec uxoratus.

28) Falk. IV. S. 253. Das kleine Siegel hieß auch secretum, auch Signet.

29) Kaiserrecht. II. 27. Spangenberg S. 212. Neues Lehrgebäude der Diplom. VI. S. 7—52.

30) s. Baier. Rechtsbuch von 1340 (46) Tit. XVII. Art. 2.

31) Falk l. c. S. 259.

32) Die Notariatsordnung von Max I. Titel von Testamenten §. 7. unterscheidet Siegel und Signet.

33) Frühe Beispiele von Nichtadelichen, die Siegel führten: Neues Lehrgebäude der Diplomatik l. c. S. 68. Krenner von den Siegeln der Münchner Geschlechter S. 13—27. Pöffe l. c. S. 108.

34) Durch die Ausbildung der Lehre von dem Urkundenbeweise hat die Siegelfähigkeit ihre Hauptbedeutung verloren; da bei uns die Unterschrift und Interim eine öffentliche Beamten, nicht aber das Siegel einer Privatperson eine Urkunde zur öffentlichen macht. Nur in England ist noch das Siegel wichtig. Phillips law of evidence vol. I. p. 467.

35) Daraus entsteht Siegelmäßigkeit, die in einigen Ländern z. B. in Baiern vorkommt.

§. 71. [§. 64.] Rechte des alten Adels.

Als Rechte, welche nur an den Besitz des alten Adels geknüpft sind ¹⁾, in so ferne er nämlich eine gewisse Ahnenzahl nachweisen kann, die statutenmäßig zu bestimmten Rechten erforderlich ist, kommen vor: a) die Stiftsfähigkeit, als Vorrecht zur Erlangung gewisser Kirchenpfünden ²⁾, in so ferne Fundation oder Lokalherkommen dem Adel zur Seite stehen ³⁾. Gleichförmigkeit findet sich hierüber nicht; obwohl in alten Stiftern häufig die Statuten nur Adelige als aufnahmefähig erklärten ⁴⁾, so fehlt es doch nicht an andern, die *literatos aut nobiles* zulassen ⁵⁾, und der westphälische Friede schützte nur den Besitzstand; b) Vorrecht zu gewissen Höfen ⁶⁾ und nach Landesrechten selbst gewissen Staatsämtern ⁷⁾; c) Vorrecht zur Aufnahme in adeliche Orden ⁸⁾. Auch Landtagsfähigkeit und Erwerbung der Ritterlehen waren an manchen Orten an alten Adel geknüpft. Der Begriff vom alten und neuen Adel ist übrigens ein relativer, und im Zweifel, wenn die Statute nichts sonst enthalten, genügen 4 Ahnen ⁹⁾; ob das Statut, wenn es Adel fordert, nur Adel überhaupt oder alten Adel fordert, hängt von der Zeit ab, in welcher das Statut entstand; nur dann, wenn nachgewiesen werden kann,

- 1) Cramer de jur. et praerog. nobil. avit. Lips. 1739. Die Turnierfähigkeit (Riccius S. 325) kommt nicht mehr in Betrachtung.
- 2) Nicht gemeinrechtlich c. 37. X. de praeb. Eichhorn S. 333. 341. Wiese Handbuch des Kirchenrechts. II. Bd. S. 271. Seuffert Verf. einer Geschichte des deutschen Adels in hohen Erz- und Domstiftern. Frankf. 1790. Riccius vom Adel S. 332.
- 3) Westphäl. Friede. Art. V. §. 17. Seuffert S. 130. Spittler im Gött. histor. Magazin. II. Bd. 36 Stück; von Sachsen s. Haubold S. 432. Ueber von der Ahnenprobe S. 429.
- 4) Riccius vom Adel S. 333.
- 5) J. B. Stat. des Stiffts zu Regensburg 1247, in Lang regesta. II. p. 384.
- 6) Kunde S. 403. Posse S. 122.
- 7) Struben Nebenstunden. II. Thl. nr. 14. Riccius S. 349. Haubold S. 332.
- 8) Heeren von den Folgen der Kreuzzüge S. 234. Eichhorn S. 335. Dahin gehören von älteren allgemeinen Orden der deutsche Orden (entstanden 1190). Eben Einleit. in die Geschichte des deutschen Ordens. Nürnberg. 1784, und Johanniterorden (entstanden 1048). Dienemann Nachr. vom Johanniterorden und dessen Herrnmeisterthum. Berlin, 1767. s. noch Grpphius Entw. der geistl. und weltl. Ritterorden. Leipzig, 1709. Kunde S. 398—401. Histor. Notizen über den Johanniterorden s. in Pfefkinger Viriar. II. p. 905; über den deutschen Orden ibid. S. 920; über die Ritterorden s. Zacharia Staatsrecht. I. Thl. S. 299. Wichtig ist das österreichische Gesetz vom 28. Juni 1840 über d. Verh. des deutschen Ritterordens zum österr. Staat.
- 9) Schmidt Beiträge S. 49.

daß man zur Zeit der Entstehung alten Adel als den bevorrechteten betrachtete, ist alter Adel zu verlangen; im Zweifel aber da, wo überhaupt Adel zur Ausübung eines Rechts erfordert ist, bedarf es nicht der Nachweisung des alten Adels ¹⁰⁾.

§. 72. [§. 65.] Besondere Verhältnisse des Privatrechts des Adels.

Zu den Privatrechtsverhältnissen des Adels werden einflußreich die dieser Classe zustehenden Befugnisse zur Erhaltung des Glanzes der Familie a) Familienfideikommiß zu errichten ¹⁾; b) besondere, die Theilung der Güter verhindernde Successions-Ordnungen zu treffen ²⁾; c) die damit zusammenhängenden Erbverzichte der Frauen ³⁾; d) das Recht, eine besondere Art (nicht mit allen bürgerlichen Wirkungen versehene) Ehe zur linken Hand einzugehen ⁴⁾; e) die besonderen Successionsrechte adelicher Wittwen ⁵⁾. Alle diese Verhältnisse aber bedürfen zu ihrer Gültigkeit partikulargesetzlicher Nachweisung.

§. 73. [§. 66.] Besondere dem Adel analoge Institute nach manchen Partikularrechten.

Obwohl der Unterschied von Amts- und Schriftsäßigkeit sich ursprünglich auf das Outsverhältniß bezog ¹⁾, indem Schriftsäßige nur den Obergerichten unterworfen waren, so entstand doch später eine mit Rang und Würde verbundene (persönliche) Schriftsäßigkeit ²⁾. An das Vorrecht des Gerichtsstandes knüpften sich bald andere Vorrechte, z. B. einer ausgezeichneten Behandlung bei Rechts-Angelegenheiten und selbst Jagdrechte; allein wenn die Landesgesetze nichts Abweichendes bestimmen, so bringt die Schriftsäßigkeit (auch Kanzleisäßigkeit) nur das Vorrecht in Ansehung des befreiten Gerichtsstandes

10) Scheplitz consuet. p. 6. Preuß. Landr. II. Thl. Tit. 9. §. 21.

1) Unten §. 158.

2—5) S. darüber im zweiten Band in der Lehre von der Ehe und vom Erbrecht, besonders die §§. 361, 393, 399, 400 und 405, der vierten Auflage.

1) Ueber den Ursprung des Unterschieds ist großer Streit, und am wahrscheinlichsten ist Weiske's Meinung (in der Geschichte von Sachsen. II. S. 169. f. noch Weiske in der neuen Ausgabe von Zacharia's Handbuch des sächsischen Lehenrechts S. 173.

2) Bauer opusc. I. p. 163. f. noch Biener de orig. Schriftsässior. Lips. 1797. Biener de Schriftsäss. pers. Lips. 1801. Curtius sächs. Civilrecht S. 230. Hanbold Lehrbuch S. 555. Hänsel Erkurf. II. S. 207. Gröndler Pötemit. I. S. 133.

mit sich ³⁾. In andern Ländern, z. B. in Bayern, ist das, was sonst Schriftfähigkeit heißt, die Siegelmäßigkeit, welche jedoch, obwohl ursprünglich auf das Recht beschränkt ⁴⁾, mit einem eigenen Siegel die von dem Siegelmäßigen selbst ausgestellten Urkunden beglaubigen zu dürfen, allmählig eine Reihe auch privatrechtlich wichtiger Vorrechte gab ⁵⁾, und außer dem Adel vielen Staatsdienern und allen Graduirten zuwand, in neuerer Zeit aber mehr beschränkt ist ⁶⁾. In manchen Ländern ⁷⁾ stehen auch den nicht recipirten Besitzern adelicher Güter besondere persönliche Vorrechte zu.

III. U n t e r a b t h e i l u n g.

Vom Bürgerstande.

§. 74. [§. 67.] Historische Einleitung über Ausbildung des Bürgerstandes.

Die Entwicklung des Bürgerstandes steht mit den Schicksalen des Städtewesens im Zusammenhang, indem durch das Aufblühen der Städte als freier Korporationen aus den vollberechtigten Mitgliedern der Stadtgemeinde ein eigener Stand im Gegensatz des Adels und der Bauern entstand ¹⁾. Der Ausdruck: Bürger ²⁾ be-

3) Von Meßenburg f. v. Kampff meklenb. Civilproz. (2te Ausg.) S. 34; von Eshurhessen Wagner Grundzüge der Gerichtsverf. S. 11; von Hannover Oesterlei hannov. Proz. I. S. 223; von Baden bad. Grundb. verfass. §. 20.

4) Daher Siegelgenossen Ropp Lehensproben. I. Thl. S. 297. Henneberg. Landesordn. II. Thl. Tit. 1. c. 1. Baier. Rechtsbuch von 1340. Tit. 17. Art. 2. Baier. Landesordn. von 1553. II. Tit. 4. Art. 3. Krenner von den Siegeln S. 55.

5) Cod. judic. bavar. cap. 20. §. 9. Kreitmaier Anmerkungen. V. S. 1689.

6) Baier. Gesetz vom 26. Mai 1818 über Siegelmäßigkeit und baier. Verfassungsurkunde Tit. V. §. 4. 5; z. B. das Recht des siegelmäßigen Vaters, das Muttergut selbst den Kindern auszuzeigen, das Recht der Verseigerung der Erbschaft ohne Zuziehung der Obrigkeit ist stehen geblieben.

7) Z. B. in Holstein Salt Handbuch. IV. S. 260.

1) Heineccii antiqu. germ. tom. II. p. 291. Hüllmann Geschichte. III. Bd. S. 1—212. Montag Geschichte. II. Thl. S. 336. Eichhorn in der Zeitschrift für geschichtl. Rechtswissenschaft. I. Bd. nr. 8. Pauli de orig. burgens. Vit. 1763. Hannesen de statu civ. ejusque jur. Götting. 1751. Nonnen de jure civit. inprim. brem. Gott. 1800. Eisenhart Versuch einer Anleit. zum deutschen Stadt- und Bürgerrecht. Braunschw. 1791. Schilling Lehrbuch des Stadt- und Bürgerrechts in den deutschen Bundesstaaten. Leipzig, 1830. — Eine gute Entwicklung über die Geschichte der bourgeoisie Brüssel des kiefs. vol. II. p. 992 in recueil des ordonnances de France. Préface zu vol. XII. P. I—XXXIV.

2) Vom burgensis (schon in Urk. von 1081. Miraei op. I. p. 291.)

zeichnete in der Zeit, als noch die Geschlechter die Rathsstellen ausschließend inne hatten, nur die rathsfähigen ³⁾ Geschlechter ⁴⁾, während seit der Ausbildung des Kunstfleißes und des Handels, der zwischen den Geschlechtern auf einer und den Handwerkern auf der andern Seite emporgekommene, aus Handelsherren und Künstlern gebildete Stand Bürgerstand hieß ⁵⁾, dessen Bedeutung immer mehr durch die Blüthe der Städte stieg ⁶⁾. Seit der Zeit des Sieges der Handwerker, die nun auch als rathsfähig erklärt wurden ⁷⁾, und durch die Ausdehnung städtischer Kriegsverfassung ^{7^a)} auf die Zünfte, umfaßte der Ausdruck „Bürger“ alle vollberechtigten Mitglieder der Stadtgemeinde, und, wenn man auch die Schutzverwandten dahin rechnete, alle in einer Stadt als Mitglieder der Gemeinde Aufgenommenen ⁸⁾. Die Bevölkerung der Städte war selbst sehr verschieden ⁹⁾; wegen der Leistung von Kriegsdiensten, zu denen einige Personen der Stadt sich verpflichteten, entstanden Glevenbürger ¹⁰⁾.

Dreier Eink. in die Lübek. Verordn. S. 84. Hüllmann l. c. S. 11. Burgensis und civis wird auch später oft promiscue gebraucht. Riccius spic. p. 295. Ueber civis s. Vesme delle vicende della proprietà p. 178.

3) Eichhorn in der Zeitschrift. II. S. 169. Gemeiner vom Ursprung der Stadt Regensburg S. 57. 85. Richard Entstehung von Frankfurt S. 74 und 103. Es kommen in Urk. cives villae vor, z. B. in Küster opuse. March. III. P. XVI. p. 118.

4) Daher est Bürger (in diesem Sinne) ritter- und lehenfähig heißen. Kaiserrecht. IV. 1. Montag l. c. S. 642. Krenner von d. Münchener Siegelu S. 50. Dchs Geschichte von Basel. II. S. 103. Noch in einer Urkunde von 1340 in Senkenberg corp. jur. tom. I. P. II. p. 5 unterscheidet man Altbürger, Mittelbürger und Handwerker. s. noch Hüllmann vom Ursprung der Stände (neue Ausg.) S. 479.

5) Hüllmann Städtewesen. II. S. 245. In einer Urk. von 1162 von Geneve in Spon histoire de Geneve II. p. 24 werden milites, cives, burgenses unterschieden. In Urk. von Basel in Dchs II. S. 78 Ritter, Bürger, Handwerker. s. noch Königshoven elsaß. Chronik S. 305. Lehmann Speyerische Chronik S. 318. Ähnlich war auch das Verhältniß in Flandern, wo eine höhere Bürgerklasse bestand, und den Kaufherren allmählig die reicher gewordenen Geverbsteute der höheren Zünfte sich angeschlossen. Warnkönig Rechtsgeschichte. I. S. 352.

6) In manchen Gegenden wurden immer mehr die Adelsichen veranlaßt (in Italien war dies die Regel) von dem Lande in die Städte zu ziehen; so daß dadurch die Bevölkerung der Stadt an Ansehen stieg.

7) Ueber diese Umbildung Hüllmann Städtewesen. II. S. 463. III. S. 333. Bluntschli I. S. 154.

7^a) Merker über Gesch. der städt. Kriegsverfassung. Nicotti sulla milizia dei comuni italiani. Torino, 1838.

8) In den Urk. werden aber früh die Bürger von den Einfassen getrennt. Bluntschli Rechtsgech. I. S. 143.

9) Nach Knipschild de jurib. civit. imper. cap. 29. unterschied man 9 Arten von Bürgern. Bluntschli I. S. 146.

10) Abgeleitet von Gleve, d. h. einer langen Lanze. s. Wenker de Glevon-

Unter den Bürgern befanden sich auch viele Ritter ¹¹⁾. Als besonders bevorrechtet, in einer engeren Beziehung zum Kaiser stehend und in eine eigene Korporation vereinigt erschienen die Hausgenossen ¹²⁾. Angelockt durch die wachsende Zahl von Privilegien der Städte und durch die Sicherheit, welche in den Zeiten des Sturms die Städte gewährten, so wie durch den Reiz mancher Vortheile, zu deren Ausübung nur Bürgerrecht gehörte, vermehrte sich die Bevölkerung der Stadt, in welcher jedoch die vollberechtigten Mitglieder der Stadtgemeinde von denjenigen unterschieden wurden, welche wegen des Mangels gewisser Erfordernisse nur unvollkommene Bürgerrechte erlangen konnten (Schutzverwandte, §. 77.), und denjenigen, welche nur um gewisse, an städtische Bürgerrechte geknüpfte Vortheile zu erhalten, sich als Bürger aufnehmen ließen ¹³⁾, ohne ihr festes Domicil in der Stadt zu wählen oder dem angeborenen Stande zu entsagen (Aussbürger) ¹⁴⁾. Die Pfahlbürger ¹⁵⁾ waren solche, welche Angehörige der Geistlichen oder anderer Herren waren, und um ihnen sich zu entziehen, das Bürgerrecht suchten, oder auch durch Berufung auf ihr Bürgerrecht ihnen obliegenden Leistungen entgehen wollten,

burgeris. Argent. 1698. Grupos observ. rer. et antiq. p. 355. Riccius spicil. p. 274. Stenzel S. 158. Hüllmann. II. S. 183.

- 11) Von Jürich Bluntschli I. S. 145. Der Sohn des Ritters war gewöhnlicher Bürger, aber auch der Ritter, obwohl im Range ausgezeichnet, wurde zum Bürgerstand gerechnet.
- 12) Hüllmann III. S. 17. Eichhorn in der Zeitschr. II. S. 217. Rechtsgeschichte S. 206 not. u. Hanselmann von der Landeshoheit S. 49. 413. Falkenstein Gesch. von Erfurt S. 100 not. a. Nöhl I. c. II. S. 128. Gudon cod. dipl. II. p. 462. Siebenkees Beitr. I. S. 49. Hüllmann Städtewesen. II. S. 22.
- 13) Die Sitte, in förmliche Bürgerbücher die Bürger einzutragen, kommt früh vor. In Nürnberg beginnt das Bürgerbuch mit dem Jahr 1295. Murr Journal zur Kunstgeschichte. II. S. 33.
- 14) Dahin gehören die Klöster und der Adel. Monum. boic. III. p. 144, XI. p. 174. Jäger im jurist. Magazin für Reichsstädte. IV. nr. 12. Bodmann in Siebenkees Magazin. I. nr. 1. Stenzel Gesch. der Kriegsverfass. S. 154. Im Koblenzer Bürgerbuch von 1469 (Günther Gesch. von Koblenz) ist der Churfürst von Trier als Bürger eingetragen. Buytenpoorters in Flandern s. Barnkönig Rechtsgesch. I. Thl. S. 354. Der Name Aussbürger bezeichnete oft die außer der engern Stadt — aber doch im Reichsbild wohnenden Bürger. Bluntschli I. S. 380. In der Regel aber waren (Aussbürger) (conceives) die niederen Ständen Angehörigen außer der Stadt Wohnende, aber in d. Bürgerrecht Aufgenommene. Verzeichniß v. Frankfurt in Thomas der Oberhof zu Frankfurt. S. 176.
- 15) Wenker de Pfalburgeris. Arg. 1698. Mlenzlager Erl. der goldenen Bulle S. 316. Orth Anmerk. zur Frankf. Reform. 3te Forts. S. 173. Pfessinger Vitriar. illustr. tom. II. lib. I. tit. 22. §. 8. Hüllmann Geschichte der Stände. III. S. 126. Eichhorn Rechtsgeschichte. II. S. 144. Thomas der Oberhof S. 182.

daher spätere Reichsgesetze gegen sie eiferten ¹⁶⁾. Anerkannt war es immer, daß der Bürgerstand mit den höchsten Freiheitsrechten besteht, woraus auch die den Bürgern oft ertheilten Privilegien von Rechten sich erklären, die sonst nur bei dem Adel vorkamen ¹⁷⁾.

§. 75. [§. 67^a.] Bürgerstand im heutigen Sinne.

Der Begriff von Bürgerstand ¹⁾ in einem weiteren Sinne ²⁾, in so ferne man dahin entweder die Bewohner eines Staats rechnet, welche nicht zum Adel oder solche, welche nicht zu den bevorrechteten Ständen im Staate gehören ³⁾, oder solche, die ihrer Geburt nach weder zum Adel= noch zum Bauernstande gehören, und auch nachher in keinen dieser Stände übergegangen sind, hat keine andere praktische Bedeutung, als daß die dahin ⁴⁾ gehörigen Personen die allgemeinen Rechte und Pflichten eines Staatsbürgers haben, ohne die Rechte des Adels zu genießen und den Pflichten des Bauernstandes unterworfen zu seyn. Bedeutender war einst der Bürgerstand im Sinne des Mittelalters ⁵⁾, nach welchem dahin nur diejenigen gehören, welche als berechnigte und verpflichtete Mitglieder einer Stadt= oder Marktflecken=Gemeinde (§. 33.) aufgenommen sind, und vermöge dieser Eigenschaft theils gewisse Rechte in der Gemeinde, der sie angehörten, theils selbst in Bezug auf die Verfassung öffentliche Rechte ⁶⁾, theils blos wegen ihres Standes im Staate Vorrechte genossen ⁷⁾. Diese Bedeutung ist jedoch seit der Zeit, als

16) Schon Gesetze in Pertz Monum. III. p. 315. IV. p. 282. Goldene Bulle Tit. 16. Neue Sammlung der Reichsabschiede. I. S. 140.

17) Daraus erklärt sich das Privilegium, daß die Bürger adeliche Güter erwerben konnten, z. B. für Sachsen 1329. Hanbold Lehrbuch S. 437; für die thüringischen Bürger 1350 in Schultes feburg. Landesgeschichte. 2te Abth. nr. 27. Daher kommt auch die an einzelne Bürger verliehene Wappenfähigkeit. s. neues Lehrgebäude der Diplomatie. IV. S. 161; daher wurden die Bürger von Winterthur 1275 fähig erklärt, nach edler Leute Sitte Lehen zu empfangen. Bluntschli. I. S. 181.

1) Preuß. Landr. II. Tht. Tit. VIII. §. 1. Dazu Wielig Comment. VI. Tht. S. 150. In den Landesgesetzen wird hier oft von Ortsbürger im Gegensatz von Staatsbürger gesprochen.

2) Auf diesen Begriff legt Maurendrecher II. S. 802 Werth.

3) In diesem Sinne ist Bürgerstand soviel als dritter Stand (tiers état). Meyßner würtemb. Privatr. I. S. 317.

4) Weishaar würtemb. Privatr. (neue Ausg.) I. S. 397.

5) Eisenhart Anleitung zum deutschen Stadt- und Bürgerrecht §. 4. 121. Klüber öffentl. Recht S. 200, 201.

6) Z. B. wegen der Landstandschast oder Landtafelfähigkeit. In dieser Beziehung spricht man noch in Oesterreich von einem eigenen Bürgerstande. Sprenger Staatsr. des österr. Kaiserthums. I. S. 294.

7) Dies war praktisch z. B. wegen Lehenfähigkeit, wegen Rechts der Zami-

immer mehr alle Unterthanen gleiche Rechte genießen, und insbesondere Bürger und Bauern nicht mehr rechtlich unterschieden sind, untergegangen, so daß Bürgerstand nur im Zusammenhang mit Gemeinderecht zu erwähnen ist ⁸⁾. Der Unterschied von einem höheren und gemeinen Bürgerstand ⁹⁾ kommt zwar in den Reichsgesetzen ¹⁰⁾ vor, bezieht sich aber nur auf gewisse Auszeichnungen in Kleidern, welche einigen Bürgerklassen gestattet wurden. Der Unterschied hat keine gemeinrechtliche Bedeutung ¹¹⁾ und beruht auf keiner festen anerkannten Grundlage; wo in Partikularrechten ein solcher Unterschied noch vorkommt ¹²⁾, wirkt er nur bei den besonderen Rechts-Instituten, in welchen das Partikularrecht des Unterschiedes erwähnt; und zu dem höheren Bürgerstand können dann, wenn nichts anderes bestimmt ist, alle Gelehrte, Künstler, Kaufleute, Apotheker, Fabrikanten, Rathsglieder gerechnet werden ¹³⁾.

§. 76. [§. 68.] Bürgerrecht.

Das Bürgerrecht ¹⁾ ist der Inbegriff der Befugnisse ²⁾, welche den Mitgliedern der Stadtgemeinde zustehen ³⁾. Man kann dabei rein

lienfideikommiss, und noch jetzt in manchen Ländern wegen Wechselbarkeit.

- 8) Man könnte daher wohl jetzt die Aufstellung des Bürgerstandes ganz aufgeben und bei dem Gemeinderecht die daraus fließenden Rechte und Pflichten aufstellen. Der Verfasser würde dies gethan haben, wenn er nicht gewünscht hätte, wenigstens die ehemalige noch in Ueberkleidseln vorkommende Ansicht darzustellen, und in der jetzigen Auflage die Ordnung des Buchs nicht zu sehr zu ändern. s. vorzüglich über Bürgerstand v. Bunge liv.- u. estländ. Privatrecht. I. Thl. S. 94 bis 108.
- 9) Schon in alten Urkunden wurden unter dem Namen: Constaßler (im Gegensatz der jüngsten Handwerker) gewisse vornehmere Bürger verstanden. Hüllmann Städtewesen. II. S. 181.
- 10) Reichspolizeiordn. von 1530. Tit. 11.
- 11) Weishaar l. c. S. 397. Kepscher würtemb. Privatr. I. S. 347.
- 12) Baier. Landr. IV. Thl. cap. 10. §. 4. nr. 5. Kreitmaier Anm. Thl. V. S. 1751. Preuß. Landr. II. Tit. 1. §. 31. Erläuterungen zur Anhalt. Landesordn. v. 1822. Tit. V. §. 3. nr. 6. Weimarische Gesetze in Schmidt Samml. V. Thl. S. 110. 215.
- 13) Im baier. Landr. I. c. bezieht sich der Unterschied auf die Bürgerschaft, im Preuß. Landr. auf die Ehe, in andern Ländern (Scherer Handbuch des Wechselrechts. III. Thl. S. 364) auf Wechselrecht. s. noch Eichhorn Privatrecht S. 196. Klüber öffentl. R. §. 200. not. d. Gröndler l. c. S. 137. Maurenbrecher II. S. 803. Auch der Ausdruck: Honoratioren hat keine rechtliche Bedeutung. Falk Handb. IV. S. 263.
- 1) Auch concivium genannt in Act. Osnabrug. I. p. 105; auch burmal. s. Haultaus glossar. p. 108; auch burgrecht, Haultaus gloss. p. 194.
- 2) In manchen alten Rechtsquellen, z. B. in den alt. Römischen Urkunden (Elsen Schreinspraxis S. 31) wurde das große und kleine Bürgerrecht unterschieden. Das erste (urbanitas) wurde vom vollen Rathe, und das kleine von den Amtleuten des Kirchspiels ertheilt. Bürgerrecht ist auch

privatrechtliche und unter diesen wieder persönliche und dingliche Befugnisse von den politischen und Ehrenrechten als Ausflüssen des Bürgerrechts unterscheiden ⁴⁾). Zu den ersten gehören: a) der Anspruch auf städtischen Schutz und Gerichtsstand; b) das Recht der vollständigen Gewerbsbetreibung; c) Theilnahme an den Privilegien, die den Bürgern einer Stadt verliehen sind; d) an den städtischen Einrichtungen; e) an den städtischen Gütern; f) Recht, in dem städtischen Weichbilde liegende Güter zu besitzen; g) Befugniß, die Marktlung auszuüben, wenn dies Recht überhaupt noch in einem Lande besteht; h) das Recht, in der Stadt, deren Mitglied jemand ist, durch Heirath eine Familie zu gründen; i) das Recht, im Falle der Armuth aus Gemeindemitteln unterstützt zu werden. Zu den politischen Rechten gehört 1) die Stimmfähigkeit in den Versammlungen der Gemeinde; 2) die aktive und passive Wahlfähigkeit zu Gemeindegliedern; 3) das Recht der Zunsfähigkeit. Zur Ausübung einzelner Rechte werden oft nach Statuten noch besondere Erfordernisse verlangt ⁵⁾). Zu den dinglichen Rechten gehört die Theilnahme an den Nutzungen des Gemeindevermögens ⁶⁾). Auch sprechen einige Statuten noch von einem besonderen Aktivbürgerrechte ⁷⁾), in so ferne nur der, welcher in dem Gemeindebezirke, welchem er angehört, auf eigene Rechnung selbstständig lebt und sich aufhält, als Aktivbürger aller Bürgerrechte fähig ist, aber auch besondere Verpflichtungen hat, während der Nichtaktivbürger nur die im Heimathsrechte liegenden Rechte

aufgedrückt mit Gehorschaft. s. Hüllmann Städtewesen. II. S. 423. Hänel Erkunde zum sächs. Civilrecht. II. S. 247.

3) Colmar de jure civ. Norimb. Alt. 1781. Hessel de jur. civit. munic. in germ. Alt. 1788. Bodmann in Siebenkees Beitr. zum deutschen Rechte. III. Thl. S. 96. Eisenhart S. 172. Runde S. 443. Preuß. Landr. II. Thl. Tit. 8. Preuß. Städteordn. von 1808. §. 15. Badische Grundverf. §. 10. Weimar. Städteordn. vom 21. Dez. 1810. Altenburg. Städteordnung vom 17ten Juni 1831. §. 10—46.

4) S. über den Umfang des Bürgerrechts badisches Gesetz über die Rechte der Gemeindebürger vom 31. Dez. 1831 §. 1. Sächs. Städteordn. §. 65. über Königreich Sachsen: Wilschauer Staatsrecht von Sachsen S. 288. Braunschweig. §. 21. Züricher Gesetz über Bürgerrecht vom 20. Sept. 1830. §. 23. Württemberg. Bürgergesetz vom 4. Dez. 1833. — s. darüber von Mohl Staatsrecht. II. S. 15116. Hohenzollern-Sigmaringer Bürgerrechtsgesetz von 1839.

5) J. B. Weimar. Städteordn. §. 3. und Städteordn. von Jena §. 6. So bündel das Recht, Bier brauen zu dürfen, nach einigen Statuten von dem Besitze eines Hauses in der Stadt ab.

6) v. Mohl Staatsr. II. S. 177.

7) Weishaar würtemb. Privatr. I. S. 326. Württemberg. Ges. vom 4. Dez. 1833. §. 45. 46. Die sächs. Städteordn. §. 65. 73. verlangt besondere Erfordernisse zur Ausübung der Ehrenrechte des Bürgers.

genießt ⁸⁾. Das selbstständige Bürgerrecht der Frauenspersonen ⁹⁾ ist entweder gar nicht anerkannt ¹⁰⁾, oder begründet nicht alle Rechte, die der männliche Bürger hat ¹⁰⁾. Ein Unterschied des wirklichen Bürgerrechts von dem angeborenen kommt in so ferne vor, als alle ehelichen Kinder eines Bürgers, so lange sie noch nicht durch Eintragung in das Bürgerbuch und die Erfüllung gewisser Bedingungen das wirkliche Bürgerrecht angetreten haben, nur ein angeborenes besitzen ¹¹⁾, vermöge dessen sie nur das Recht des ständigen Aufenthalts in der Gemeinde, das Recht Liegenschaften zu erwerben und Unterstützung aus Gemeindemitteln haben. Das Bürgerrecht legt außer der allgemeinen Pflicht der Unterwürfigkeit unter städtische Obrigkeit ¹²⁾ auch die Unterwürfigkeit unter die Statuten der Stadt, und die Pflicht der Theilnahme an städtischen Abgaben ¹³⁾ und an Beiträgen zu Kommunalanstalten und Kommunaldiensten auf ¹⁴⁾.

§. 77. [§. 69.] Unvollkommenes Bürgerrecht.

Ein Unterschied zwischen dem vollkommenen und unvollkommenen Bürgerrechte ¹⁾ entstand in einigen Städten dadurch, daß viele Personen den städtischen Schuß suchten, jedoch die nöthigen Erfordernisse zur Erlangung des Bürgerrechts nicht besaßen, und die Stadt ihnen daher nur einige Bürgerrechte zugeth²⁾. Ein solcher Unterschied kam aber nicht in allen Städten vor, daher er auch nur da angenommen werden darf, wo er durch die Landesgesetz-

8) v. Mohl l. c. S. 182.

9) Die verheirathete Frau erwirbt freilich das Bürgerrecht, wie sie einen Bürger heirathet (eigentlich erwirbt sie nur das Genossenschaftsrecht).

9a) J. B. im bad. Gesetze vom 31. Dez. 1831. In Sachsen, s. Hinsel II. S. 250. Sächf. Städteordn. vom 2. Febr. 1832 §. 49. sind Weiber fähig des Bürgerrechts; s. jedoch sächf. Städteordn. §. 73 b. Die braunschweigische Städteordn. vom 4. Juni 1834 §. 15. spricht nur von Männern. In württemberg. Ges. von 1833 §. 26. scheinen unverheirathete Frauenspersonen des Bürgerrechts nicht fähig.

10) J. B. in Altend. Stadtorbn. §. 14, wo sie nur die Wahlrechte nicht hat.

11) Badisches Gesetz §. 6.

12) Eisenhart S. 206.

13) Fischer Polizeirecht. I. Bd. §. 1028. Eisenhart S. 313.

14) Buder de operis burgens. Jen. 1748. Orth Anmerk. III. Fortsetzung S. 891. Eisenhart §. 146.

1) Opidanus wird schon in Urk. von 1350 in Schultes Koburg. Landesgeschichte II. nr. 27. von civis getrennt.

2) Diez de discrimine civ. et incolar. Gott. 1757. Deinzer de capitib. quibusd. incol. Norimb. Alt. 1778. Eisenhart S. 228—234. Preuss. Städteordn. §. 5. §. 40—45. Schweiger öffentl. Recht von Weimar S. 74 unterscheidet Orts-, Feldbürger- und Schutzbürgerrecht.

gebung, durch Statuten oder Herkommen eingeführt ist ³⁾, so daß in der Regel jeder neu aufgenommene Bürger, wo nicht das bloße Weisassenrecht ihm verliehen wurde, das vollkommene Bürgerrecht genießt. Wo ein bloß unvollkommenes Bürgerrecht (der Schutzverwandten, Weisassen) vorkommt, gilt die Regel: 1) daß die Weisassen zwar an allen politischen und Ehrenrechten, die im Bürgerrechte liegen, nicht Theil nehmen können ⁴⁾, dagegen 2) den städtischen Schutz und Gerichtsstand, in so ferne die Bürger ein besreites Forum nach dem Landesgesetze haben, genießen, den städtischen Statuten unterworfen sind ⁵⁾ und an den darin ausgesprochenen Vorrechten Theil nehmen. 3) Alle privatrechtlichen Vorrechte der Bürger, daher Befugniß, bürgerliche Nahrung zu treiben (obwohl sie häufig von den günstigen Gewerben ausgeschlossen sind), liegende Güter in der Gemarkung der Stadt zu erwerben, die Marktlösung, wo sie noch besteht, auszuüben ⁶⁾, stehen dem Schutzverwandten zu ⁷⁾; 4) das Recht auf Nutzungen an den Gemeindegütern muß von den Weisassen, wenn sie Antheil nehmen wollen, speziell nachgewiesen werden. Der Umfang, in welchem der Weisasse zu gewissen städtischen Lasten beiträgt, ist dabei wichtig ⁸⁾, um auf die Theilnahmebefugniß an den Rechten zu schließen. 5) Eximirtre heißen solche ⁹⁾ städtische Einwohner, welche durch ihr besonderes Amt oder den höheren Stand, dem sie angehören, der städtischen Obrigkeit nicht unterworfen sind; sie nehmen an den städtischen Bürgerrechten keinen Theil, sind den allgemeinen Lokalpolizeigesetzen ¹⁰⁾, und, wenn sie liegende Güter in

3) In den neueren Gesetzen ist er häufig verschwunden, z. B. in großherzogl. hess. Gemeindeordn. vom 30. Juni 1821. §. 51. Badisches Gesetz von 1831 §. 2. Beibehalten ist er noch im württembergischen Gemeindegesetz (Gründe in Weishaar. I. S. 325. s. aber auch v. Mohl Staatsrecht. I. S. 160.), ebenso in sächs. Städteordnung §. 68. Preuß. revid. Städteordn. §. 24. In der Altenburg. Städteordn. §. 38.

4) Eisenhart Anleit. S. 210.

5) Wenn nicht darin eine besondere Einschränkung auf Bürger als vollberechtigte Mitglieder der Stadt gemacht ist. Meicus von den Stadtgesetzen S. 455.

6) Zangen prakt. Bemerk. S. 29.

7) Particularrechtlich ist große Verschiedenheit. Badische Grundvers. §. 10. Weimar. Städteordn. §. 23–29. Würtemb. Gem. Ordn. §. 6. Eisenhart S. 211. In Sachsen hat der Schutzbürger kein solches Recht.

8) Merkel Comm. zum preuß. Landr. II. Thl. S. 385.

9) Eisenhart Anleit. S. 256. 67. Preuß. Landr. II. Thl. Tit. 3. §. 3. 59. 71. Vielzig Comm. zum preuß. Landr. VI. S. 151. 183. s. noch preuß. Städteordn. §. 44. 45. Sächs. Städteordn. §. 17.

10) Eisenhart S. 260.

der Stadt besitzen, den Statuten unterworfen, welche jeden Immobilienbesitzer treffen ¹¹⁾. Im Zweifel ¹²⁾ kann nur derjenige die Exemption von Lokalstatuten geltend machen, welcher ein privilegiertes Forum genießt ¹³⁾. Das Ehrenbürgerrecht, welches die Gemeinde einzelnen Personen, welche die sonst vorgeschriebenen Erfordernisse nicht haben, oder doch nicht um Aufnahme als Bürger nachsuchten, zur Auszeichnung ertheilen kann, gibt alle bürgerlichen Rechte, ob aber auch alle bürgerlichen Pflichten dadurch aufgelegt werden, hängt von der Art der Verleihung ab ¹⁴⁾.

§. 78. [§. 70.] Erwerbung des Bürgerrechts.

I. Das Stadtbürgerrecht wird durch Aufnahme der ordentlichen städtischen Obrigkeit, welcher die Aufnahmebefugniß zusteht ¹⁾, erworben; allein dies Bürgerrecht muß als Recht betrachtet werden, welches das Landesbürgerrecht voraussetzt, daher auch ein Ausländer durch magistratische Aufnahme das Bürgerrecht nur erwerben kann ²⁾, wenn er zuvor das Landesbürgerrecht ³⁾ erworben hat ⁴⁾.
II. Die Geburt ist nur in so ferne ein Erwerbungsgrund ⁵⁾, als ein

11) Riccius von d. Stadtgesetzen. II. cap. 16. 17. Eisenhart S. 268.

12) Es giebt auch an manchen Orten Freihäuser, die von öffentl. Abgaben frei sind, ohne daß deswegen die Besitzer nicht der Stadtohrigkeit unterwürfig wären. Eisenhart S. 144. not. 4.

13) Riccius l. c. S. 471.

14) In den neuen Gesetzen verschieden bestimmt. Revid. preuß. Städteordn. §. 18, sächs. §. 59, braunschw. §. 27. Das badische Gesetz erwähnt das Verhältniß nicht; die Verleihung des Ehrenbürgerrechts kommt aber auch in Baden vor, jedoch steht dann der aufgenommene Bürger völlig den andern Bürgern gleich. Ein merkw. Institut des Ehrenbürgerrechts mit Ausdehnung von Vorrechten des Bürgerstands auf gewisse Personen besteht in Rußland (Gesetz von 1832). v. Bunge Privatrecht d. Ostseeprovinz. I. S. 97.

1) Eisenhart S. 176.

2) Eminghaus de acquir. vel amitt. jur. civ. hamburg. Lips. 1777. f. noch würtemb. Gesetz über Gemeinde-, Bürger- und Beisitzrecht vom 15. April 1828. Rev. Gesetz vom Dez. 1833. Badisches Gesetz von 1831 §. 6. 66. und die angeführten preuß. und braunschweig. Städteordnungen.

3) Württemberg. Gesetz vom 15. April l. c. §. 17. Es genügt, wenn ihm wenigstens die Ertheilung des Staatsbürgerrechts durch die Staatsgewalt für den Fall der Erwerbung des Ortsbürgerrechts zugesichert worden ist. f. überhaupt badisches Gesetz §. 40. Würtemb. Gesetz von 1833 §. 17, sächs. §. 21, braunschw. §. 20.

4) Was von besonderen Bedingungen zur Aufnahme, z. B. gewisses Vermögen, Religion, oft vorkommt, ist nur partikularrechtlich. Dreper Einl. in die Lüb. Verordn. S. 83. Ayres anal. jur. stat. Nordling. cap. 1. §. 4. Suttner von der ältesten Gewerbsverfassung in München S. 591.

5) Weiter ausgedehnt zwar nach L. 6. D. ad municip., daher auch manche

Bürgerkind durch die Geburt das Recht erwirbt, die Ausnahme als Bürger in der Stadt, wo der eheliche Vater Bürger war, zu fordern, wenn der Aufzunehmende die nöthigen Bedingungen des Bürgerrechts erfüllen kann; bis dahin hat er nur das angeborene Bürgerrecht ⁶⁾). Die Landesgesetze fordern nämlich zum Austritt des wirklichen Bürgerrechts von Seite einer Person, welcher das angeborene Zustand, noch Volljährigkeit und Nachweisung eines den Unterhalt einer Familie sichernden Vermögens oder Nahrungsweiges. Auch uneheliche Kinder haben dies angeborene Bürgerrecht da, wo die Mutter ihr Bürgerrecht hatte ⁷⁾). Adoptirte erwerben durch Adoption keinen solchen Anspruch auf Bürgerrecht ⁸⁾), während die meisten Gesetze den Legitimirten den Anspruch zugesichern ⁹⁾).

§. 79. [§. 71.] Verlust.

Von den ehemals nach Statuten vorkommenden Verlustarten, zu welchen man auch nach einigen Statuten die Ausschlagung eines städtischen Amtes ¹⁾), oder das Wegziehen vom Orte ²⁾), oder mehrjährige Nichterfüllung bürgerlicher Lasten ³⁾ rechnet, können als gemeinrechtliche Verlustarten nur angesehen werden: 1) die ausdrückliche Aufgebung ⁴⁾), wobei von dem bloßen Wegziehen aus der Stadt noch nicht auf den Willen der Aufgebung zu schließen ist ⁵⁾). Die

Schriftsteller (Pufendorf obs. I. obs. 80. Mevius dec. P. VII. dec. 188) die Geburt als Erwerbungsgrund betrachten.

6) Häufel Exkurs II. S. 218. Badisches Gesetz von 1831. §. 6. Züricher Gesetz §. 2. 6. Württemberg. Gesetz von 1833. §. 13. f. aber §. 45.

7) Badisches Ges. §. 14. Züricher Ges. §. 2. Würtemb. Ges. §. 14.

8) Hommel rhapsod. obs. 661. Eisenhart §. 132. Häufel Exkurs II. S. 248.

9) Eisenhart de legitimat. liberor. illegit. §. 15. Würtemb. Ges. §. 14. Badisches Gesetz §. 8. Züricher Gesetz §. 4.

1) Hamburg. Stadtbuch. I. Thl. Tit. 1. Art. 6. Eisenhart S. 226. Nach Altent. Stadtordn. §. 23 kann ihm der Verlust der Ehrenverzüge zuerkannt werden.

2) Riccius spe. p. 272.

3) Pufendorf obs. I. 80. §. 6. Eisenhart S. 227. f. noch badische Grundverfassung §. 12. Wie lange der Säumlige die Pflichten unterlassen muß, um das Bürgerrecht verlustig zu werden, ist verschieden in den Gesetzen bestimmt. In Würtemb. durch 5jährige Nichtzahlung. v. Mehl Staater. II. S. 169. Altent. Stadtordn. §. 20.

4) Stoyk diss. jur. Hal. vol. I. nr. 21.

5) Eisenhart S. 223. In den neuen Gesetzen ist das Recht, zu verzichten, vielfach beschränkt. Badisches Ges. §. 69. Sächs. Stadtordn. §. 77.

neueren Gesetze sprechen von einem ruhenden Bürgerrechte ⁶⁾, wenn der Bürger auf längere Zeit abwesend ist, oder so lange Hindernisse eintreten, welche gesetzlich bewirken, daß er das Bürgerrecht nicht erlangen konnte. 2) Der Verlust des Staatsbürgerrechts. 3) Die Verheirathung einer Frauensperson mit dem Bürger einer andern Gemeinde ⁷⁾. Dagegen tilgt die Verurtheilung zu gewissen Strafarten ⁸⁾, wenn nicht Landesgesetze abweichen ⁹⁾, nicht die gemeinen Bürgerrechte, sondern nur die politischen und Ehrenrechte ¹⁰⁾.

IV. Unterabtheilung.

Von dem Bauernstande.

I. Abschnitt.

Ursprüngliche Verhältnisse.

§. 80. [§. 82.] Historische Einleitung.

Die geschichtlichen Forschungen beweisen den Irrthum der Ansicht von der ursprünglichen Unfreiheit der Bauern ¹⁾, und irrig ist

- 6) Badisches Gesetz §. 66. Braunsch. Städteordn. §. 25. Preuß. rev. Städteordn. §. 22.
- 7) Würtemberg. Ges. vom 15. April. §. 62.
- 8) Da, wo ewige Landesverweisung noch vorkommt, kann sie auch als Aufhebungsgrund des Bürgerrechts gelten.
- 9) Killebrand de jure civ. orig. cap. IV. §. 5. Preuß. Städteordn. §. 39. Die Landesgesetze sind sehr verschieden. Das badische Gesetz nimmt diese Verlustart gar nicht an. Nach Würtemberg. Ges. von 1833 §. 47 gehen wegen Verurtheilungen nur die Wahlrechte verloren. Nach Braunsch. Städteordn. §. 22 tritt Verlust ein, wenn jemand in die Lage kommt, daß er absolut unfähig würde, das Bürgerrecht zu erlangen. Die rev. preuß. Städteordn. §. 19 entzieht das B. R. wegen Verurtheilung zu größeren Strafen, und giebt nach §. 20 dem Stadtrath noch ausgebehntere Rechte. s. noch sächs. Städteordn. §. 74.
- 10) Weimar. Städteordn. §. 21. Baier. Gemeinde-Edikt §. 78. Hessisches §. 34. Würtemberg. §. 6. Nach Altenburg. Städteordn. §. 35 gehen wegen entziehender Strafen nur die Ehrenvorzüge verloren.
- 1) Von dem Bauernrechte und Geschichte überhaupt s. Ludewig de jure clientel. germ. in feud. et col. Hal. 1717. Trots jur. agrar. helg. Franeg. 1751. III vol. Anton Gesch. der deutschen Landwirtschaft. Götting, 1799. 1802. III. Thl. Seifried Geschichte der sächsischen Gerichtsbarkeit in Baiern. II. Bde. Pesth, 1791. Hüllmann histor. und staatsrechtl. Untersuchung über die Naturaldienste d. Gutsunterthanen. Berlin, 1803. Derselben Gesch. der Stände. I. Thl. S. 191, II. S. 315. Rindlinger Gesch. der Familien und Herrschaften zu Bollmeselein. Dönnbrück, 1804 (und desselben Rünsterische Beiträge an verschiedenen Orten). Richard von den Bauerngütern in Westphalen. Göttingen, 1818. Gese-nius das Weierrecht mit Hinsicht auf Wolfenbüttel. I. Bd. S. 227-244.

die Ansicht, daß die Landwirthschaft als eine nur von Unfreien betriebene Beschäftigung ²⁾ in der alten Zeit gegolten habe. Ueberall findet man schon früh die Beweise ³⁾ einer landwirthschaftlichen Bebauung des Bodens eines gesonderten Privateigenthums ⁴⁾, und der völligen Freiheit einer großen Zahl von Grundeigenthümern, von denen viele schon große Strecken und Gutsbezirke besaßen. Neben ihnen gab es aber früh schon eine Klasse von Personen, welche in Abhängigkeit von den freien Grundeigenthümern die Ländereien derselben mit Verpflichtung zu gewissen Leistungen bauten. Die Veranlassung zum Ursprunge einer solchen Klasse abhängiger Landbebauer ergab sich 1. schon durch die Art der Ansiedelungen ⁵⁾, wobei die großen Land-

Mittermaier Artikel: Bauer, in der Encyclopädie, herausg. von Ersch und Gruber. VIII. Thl. S. 159. Swinderen in den Verhandlungen van Groninger Genootschap. III. p. 95. 210. Weichsel rechtschifter. Untersuchung: das gutsherrliche und bäuerliche Verhältniß in Deutschland. Bremen, 1822. Ueber rechtliches Verhältniß der Bauern s. Seip de statu rustie, ex med. aev. cond. Götting. 1749. Leiser jus Georgicum. Lips. 1698. 1741. Denekens verbessertes Dorf- u. Landrecht. Leipzig, 1739. 1804. Göbel de jure et judicio rustie. Helmst. 1723. Noltenius diatribe jur. patr. de juribus et consuetud. circa villas. Brunsv. 1738. Strube Comm. de jure villicor. Cell. 1720. 1735. Accession. 1739. Hannov. 1768. Furi ausführliche Abhandl. von den Bauerngütern mit Anmerkungen von Kunde. Gießen, 1783. Klingner Samml. zum Dorf- und Bauernrechte. I—IV. Thl. Leipz. 1749. Gablen Grundzüge des Dorf- und Bauernrechts. Halle, 1780. Pagemann Handbuch des Landwirthschaftsrechtes. Hannover, 1807. Hauer prakt. Darstell. der in Oesterreich geltenden Gesetze für das Unterthansfach (neue Ausgabe von Köppler). Wien, 1811. IV. Bde. Graf v. Barthenheim die pol. Verh. der verschiedenen Gattungen der Obrigkeit zum Bauernstand in Oesterreich. Wien, 1818. III Thle. Hierher gehören auch die Schriften von Müller über das Güterwesen. Düsseldorf, 1816. Seine urkundliche Entwicklung der Natur der Leibgewinnsgüter. Düsseldorf, 1810. Sommer Darstell. d. Rechtsverhältnisse im Herzogthum Westphalen. Hamm, 1823. Nive über das Bauerngüterwesen in der Grafschaft Mark, Reddinghausen, Dortmund, Essen, Elver. Köln, 1824. I. Thl.

- 2) Zerriger Weise wurde diese Unfreiheit angenommen, angeblich wegen Lex Baiuw. VI, Cap. 2. §. 1. Capit. Car. M. 879. C. 79. Meyer Gesch. des Kaufrechts S. 32. Hüllmann von Naturaldiensten S. 6. Dagegen Seifried Geschichte. II. S. 220. s. noch Trotz jur. agrar. I. p. 12—23. Weichsel rechtschifter. Unterf. S. 7—22. Sommer. II. S. 195.
- 3) Moser die bäuerlichen Lasten der Württemberger. S. 99.
- 4) S. verschiedene Erklärungen der in not. 5 angeführten Stellen. s. Rouvorge essai sur l'organis. de la tribu p. 192. Müller die lex Salica p. 175. Ueber d. frühern Dorfnamen deutsch. Ursprungs s. Bluntschli I. S. 25.
- 5) Caesar de bello Gall. IV. 1, VI. 21. 22. Tacit. Germ. C. 24. 25. 26. Meier german. Urverfass. S. 34. Anten Geschichte der Landwirthschaft. I. S. 24. Barth Urgeschichte. II. S. 255. Eichhorn §. 13. Uden deutsche Geschichte. I. Bd. S. 483—86. Wigand Provinzialrecht von Paderborn. II. Thl. S. 146.

strecken nach Familien okkupirt wurden, und zwar so, daß das Land unter die Familienhäupter vertheilt wurde ⁶⁾, während diese ⁷⁾ wieder auf ihre Ländereien einen Mann als eine Art Pächter setzten, und auf dem zuerst unvertheilten Gemeindeland spätern Ansiedlern Niederlassungen gestatteten; II. durch die Art der älteren Eroberungen ⁸⁾ der Deutschen, welche in manchen Gegenden die Provinzialen, die sie in den eroberten Ländern fanden, auf mannigfaltige Weise zinsbar machten, und häufig keine vollen Eigenthumsrechte der Eroberten erkannten ⁹⁾; III. durch das Verhältniß der Gefolgsherren ¹⁰⁾, die bei den Ansiedelungen Ländereien an ihre Getreuen zum Baue überließen; IV. durch die Fortdauer des römischen Colonatsystems insbesondere bei den Gütern der Kirche ¹¹⁾; V. in dem Anhäufen der großen Gütermassen ¹²⁾ bei dem Könige, den Klöstern und dem Adel, und in dem leicht entstehenden Bedürfnisse, diese Güter wieder an Andre zum Baue zu verleihen. Die Verhältnisse derjenigen, welche Güter bauten, deren echtes Eigenthum Anderen gehörte, waren selbst wieder verschieden, je nachdem a) Unfreie, b) Hörige, oder c) bloß Zinspflichtige die Güter inne hatten, oder d) nur Schutze-

6) Vorzüglich (nach einer dänischen Schrift von Oluffen) in Falcks neuem Staatsbürgerl. Magazin. III. Bd. 1. Heft. S. 75; und besonders noch Staatsbürgerl. Magazin. VI. Bd. 1. S. 111.; verglichen mit Goeller in Actis societ. graecae. I. p. 104—8.

7) Diese Uransiedler hießen im Dänischen Adelsbönder (Magazin l. c. S. 125).

8) Satorius in den Göttinger gelehrten Anzeigen 1821. nr. 27. Eichhorn Rechtsgesch. I. S. 15, und in der Zeitschrift. I. S. 158. Hüllmann Geschichte der Naturaldienste S. 17. Kortüm, Königsthum, Dienstmannschaft und Landestheilung. Basel, 1822. Meyer esprit, origine et progrès des institutions. I. p. 275. Grimm S. 321. Perz Geschichte der meroving. Hausmeier S. 3. 123—25. Köbel Gregor von Tours S. 129. Laboulaye histoire p. 261; vorzüglich Gingins La Sarraz. Essai sur l'établissement des Burgunden dans la Gaule, wo er (p. 29. p. 82) zeigt, wie die erobernden Burgunden in der Schweiz mit den Landeseinwohnern friedlich theilten.

9) Leg. Burgund. Tit. 54. §. 3, Tit. 84. §. 1. Wisigothor. X. 1. VIII. 14. 16. v. Savigny Gesch. I. S. 254—67. Gut über Verhältniß der gothischen Eroberungen von Amaral in memorias di literatura portugeza. vol. VII. p. 66. Hier gehört vorzüglich die oben §. 47 not. * angeführte Preisschrift: delle vicende della proprietà pag. 163. 185. 229. Daß die Provinzialen nicht zu Hörigen gemacht wurden, sondern ihre Freiheit behielten s. p. 193.

10) Phillips Rechtsgeschichte. I. S. 405.

11) Birnbaum über die rechtliche Natur der Zehenden S. 98. 122. 130 und Vesme delle vicende p. 170. Ueber röm. Colonat s. oben §. 41a und unten im §. 82.

12) Der Ausdruck sors, praedium wird häufig promiscue gebraucht. Grimm Alterthümer S. 534; nur nie gleich mit villa. s. noch Müller lex Salica p. 164. Ueber den Ursprung der homines singulares (einlufe Leute) s. Wigand Provinzialrecht von Minden. II. S. 113.

unterworfen, nur lag darin bei den zwei ersten Klassen immer, häufig bei der dritten Klasse auch, ein gemeinschaftliches Merkmal zum Grunde, daß alle diese Landbebauer kein volles Eigenthum an ihren Gütern hatten, daß sie zu Abgaben vermöge des Gutsbesitzes pflichtig waren, und in ihrer staatsrechtlichen Freiheit beschränkt waren.

§. 81. [§. 83.] Älteste Hofsverhältnisse.

Das beste Bild der alten Grundbesitzungen giebt das Willkations-system. Dies entstand durch die wahrscheinlich Familienweise ¹⁾ gebildeten Ansiedlungen ²⁾ auf Höfen ³⁾. Ein solcher Hof [curtis] ⁴⁾, wenn er einen größeren Umfang hatte als villa bezeichnet, und ein landwirthschaftliches Ganzes bildend, enthielt viele Ländereien ⁵⁾ und landwirthschaftliche Ansiedlungen nach einem wahrscheinlich früh vorkommenden gewissen Umfang. Eine solche ländliche von einer Familie bewohnte Besitzung war ein mansus ⁶⁾. Die Bebauer dieser mansi ⁷⁾

- 1) Darauf deuten auch die frühern Namen der Höfe; Bluntschli I. S. 26.
- 2) Ob diese zerstreut lagen oder in frühen Dörfern vorkamen s. Müller lex Salica p. 160.
- 3) Bluntschli I. S. 78. Unger altdeutsche Gerichtsverf. S. 73. Müller I. c. S. 158. 166. Guerard Cartulaire de St. Pere de Chartres. I. p. XXVIII.
- 4) Bodmann rheingau. Alterthümer S. 681. Diplom. Beitr. zum Lehenrechte. II. Zhl. S. 28. Rigaud Gesch. von Corvei. II. Zhl. S. 97. Dahl Beschreib. von Lorsch S. 121, von der Villa Eichhorn in der Zeitschrift. I. S. 149. Hoba bezeichnet einen größeren Gutcomplex. Grimm S. 534. s. Dahl Beschreibung S. 124. In späteren Urkunden, z. B. 1202 in Günther Cod. II. p. 73, ist es gleichbedeutend mit mansus.
- 5) Dieser Haupthof hieß mansus indominicatus. Anton Gesch. der deutschen Landwirthschaft. I. S. 298. Bodmann rheingau. Alterth. S. 681. Grimm S. 561. Salbuhe Codex Laurishamens. II. S. 423. Kremer rhein. Franzen S. 233. Später entstand der Name: Amts-, Herren-, Schulden-Dinghof; auch Schwaighof. Monum. boica I. p. 407, IV. p. 112; auch Kellhof, v. St. Gallen. I. S. 156. s. über sala und curtis in domin. Guerard in der Biblioth. de l'Ecole des Chartes. tom. III. Novemb. pag. 121.
- 6) Mansus bezeichnet aber auch soviel als überhaupt eine Landstelle, die ein Pfluggespann beschäftigt, und daher schon das bei der ersten Ansiedlung dem Freien zufallende Loos. Es ist das dänische hool. (Schonjide Gesetze IV. 1.) Zalk neues staatsbürgerl. Magaz. III. S. 86. Gleich stand das engl. hida. Spelman glossar. p. 177. 261. Mansus hat übrigens sehr verschiedene Bedeutungen. Guerard I. c.
- 7) Wenk Hess. Landesgesch. II. Bd. S. 97. Versehe über niederländ. Koslen. I. S. 43. Seifried Geschichte II. S. 57—92. Anton Gesch. I. S. 293. Eichhorn in der Zeitschrift. I. S. 152. Grandidier hist. de l'Eglise de Strassb. II. p. 351. Bondam Charterboek van Gelderland p. 534; es giebt kein bestimmtes Maas, wie viel ein mansus betrug, z. B. in Urk. von 856 bei Martene nova collect. I. p. 146 hat der mansus 30 banarios, nach Urk. von 1275 in Miraeus oper. dipl. II. p. 865 hat er 12. s. noch Raepsaet origine des Belges II. p. 193. Grimm S. 536.

wurden je nach Verschiedenheit der Bedingungen der Verleihung und des Verhältnisses — *mansi lediles*, *ingenuiles* oder *serviles* genannt; sie besaßen ihre Ländereien häufig in unvollkommenem Eigenthum und gehörten zur Familie des Herrn, dessen Güter sie bebauten. Auch wurden ihre *mansi*⁸⁾ als zum *mansus indominicatus* gehörig betrachtet⁹⁾, so daß sie unter der Aufsicht des *villicus*¹⁰⁾ [auch *major*¹¹⁾ genannt] standen und wahrscheinlich zu verschiedenen Leistungen zum Besten des Haupthofs pflichtig erschienen. Auf eine sehr geordnete Einrichtung deutet das *capitulare de villis*¹²⁾, nach welchem die *villae* Landbauern sehr verschiedener Art umfaßten¹³⁾.

§. 82. [§. 84.] Bäuerliche Verhältnisse in der fränkischen Zeit.

Bedeutende Erscheinungen in der Geschichte der bäuerlichen Verhältnisse in der fränkischen Zeit sind: I. die Vermehrung der Zahl jener Verhältnisse, wodurch Landbebauer mit unvollkommenem Eigenthum entstanden. Die Anhäufung der großen Gütermassen¹⁾ der Stifter und Klöster wirkte dazu vorzüglich mit. II. Eine sehr verbreitete²⁾ Klasse von Landbauern waren die *Coloni*³⁾, höher ge-

8) Der Ausdruck hat zweierlei Bedeutungen. Grimm S. 560.

9) Ueber den Ausdruck: einkaufige Leute s. oben §. 80 not. 12.

10) Wigand Provinzialrecht von Paderborn. II. S. 146. Unger S. 133. 246.

11) Guerard l. c. p. LXXIV.

12) Capitul. Carol. M. de villis mit Anmerkungen in Bruns Beiträgen zum deutschen Rechte S. 359. Carl des Großen Capit., erläutert von Res. Helmstädt, 1794. Tresenreuter spec. de villis reg. Francor. Altorf, 1758. Hüllmann Finanzgesch. S. 20. Eichhorn in der Zeitschrift. I. S. 169. 173. 211. Haepsaet origine des Belges. II. p. 181. Weiske d. Grundlagen der früheren Verfassung Deutschlands. S. 107. Das Capitul. de villis ist abgedruckt in Pertz Mon. III. p. 181.

13) Insbes. auch Freie: Unger l. c. S. 91.

1) Am reichlichsten sind hier die Traditionensammlungen. s. auch Kremer orig. Nassovic. II. p. 111. Falke tradit. Corbeiens. p. 33. Meibom servit. I. p. 741. Aus den in not. 10 §. 86 angeführten Güterbeschreibungen kann man schon Schlüsse ableiten.

2) Schon durch das Antreffen der *Coloni* in den römischen Provinzen mochte dies Verhältniß häufiger werden. Varro de re rustic. II. in proem. Columella l. cap. 7. l. 20. pr. D. de instr. vel inst. legat. l. 15. 25. D. locati. s. noch v. Savigny über d. röm. Colonat. Berlin, 1823. Winspeare degli abusi feudali p. 105, und Vesme delle vicende della proprietà p. 38. 168.

3) Leg. Alem. Tit. IX. XXIII., wo liberi *Coloni* vorkommen. Anton I. S. 76. 330. Geisfried II. S. 230. Urk. in Schannat Buchon vet. p. 352. Hormayr Werke. I. S. 245. Gudon Cod. V. p. 15. Gruppen disc. p. 1019. Wigand Provinzialrecht von Minden. II. S. 114. Laboulaye histoire p. 457. Hellweger Gesch. von Appenzell. I. S. 58. Biot de l'abolition. p. 259.

stellt als andere Hörige 4), der Freiheit selbst fähig 5), und schon zuweilen mit erblichen Rechten vorkommend 6), obwohl der Ausdruck (dem deutschen Worte: Baumann gleichkommend) vielleicht später oft ausgedehnter alle Landbebauer umfasste 7). III. Die Praecarei bestand 8) im engeren Sinne 9) in dem Verhältnisse, durch welches der echte freie Eigenthümer sein Gut einem anderen (wohl zuerst nur einem Stifte oder Kloster) auftrug, und für sich lebenslänglichen Nießbrauch dieses Guts vorbehielt, oder auch seinen Nachkommen (wieder mit verschiedenem Umfang) den Besitz des Guts sicherte 10). Die Gründe waren theils religiöse, theils der Wunsch durch Begebung in den Schuß eines Stifts gewisse Vortheile zu erlangen. IV. Unter den Landbauern waren schon vielfache Abstufungen, und insbesondere scheinen die Hörigen des Fiskus 11) durch Vorrechte vor den Hörigen der Privatpersonen begünstigt gewesen zu seyn 12). Aus den Bezeichnungen: malmanni 13), masmani 14), cereales 15), ho-

4) Merkw. Urk. von 861 in Dubois *histoire de l'église de Paris*. I. p. 491. In Urk. von 845 bei Grandidier *histoire de l'église de Strassbourg* II. p. 226 wird von colonis et fiscalis equestri ordine gesprochen.

5) *Liberi coloni*. Codex Laurisham. II. p. 97. Gruppen discept. p. 1019. Montag *Gesch. d. bürgerl. Freiheit*. I. S. 270—78.

6) Dies folgt aus edictum Pistense cap. 30.

7) Grimm *Altcrth.* S. 559.

8) Im weiteren Sinne kommt der Ausdruck auch vor für die Verleihung eines Grundstücks an einen andern praecario jure. Grimm *Rechtsalterth.* S. 560. f. *Bienbaum* rechtliche Natur der Lehenden S. 129—142. Moser die bürgerlichen Lasten S. 191.

9) Buri von den Bauerngütern S. 508; besser aber in Neller opusc. vol. II. P. I. p. 162. Montag *Gesch.* I. Thl. S. 282, und eine Sammlung alter Praestarei-Briefe in Klz Urk. und Abhandl. zur Geschichte des Niederrheins S. 3—52.

10) Bluntschli *Rechtsg.* I. S. 94. Wie weit dies auf das Standesverhältniß wirkte s. dort S. 96. Laboulaye p. 296—303.

11) Daher Capit. Carol. M. 805. cap. 20 von den servis fisci nach weß geth. N. trefflich. Amaral in *memorias di literatura*. vol. VI. p. 260. Ueber das besrriene Verh. der Fiscalinen gut Bluntschli I. S. 49. Laboulaye p. 449.

12) Von den alten hubis fiscalis stammt in Rheinbaiern der Ausdruck: Fiskushebe und von den fiscalis kommen gewiß die Pallasbauern. Kremer *Gesch. des rheinischen Franzisens* S. 213.

13) Urk. in Bondam *Charterboek van Gelderland* p. 111. 160. Seifried *Gesch.* II. S. 234. Hütlmann *Städtewesen* I. S. 13 betrachtet sie als Erbzinsbauern; deutlich spricht übrigens die Urk. von 803 in Fürstenberg mon. Paderborn. p. 325 von liberis malmannis. f. jedoch auch Wigand *Provinzialrecht von Minden*. II. S. 109. Ueber malmanni s. oben S. 48 not. 5.

14) Urk. von 1108 in Bondam *Charterboek* p. 160.

15) Urk. in Bondam p. 108 und Günther *Cod. dipl.* p. 46.

barii ¹⁶⁾ darf keine Unfreiheit gefolgert werden, da häufig diese Bezeichnungen auf reine Gerichts- oder Schutzverhältnisse deuten. V. Besonders einflussreich wurde das Immunitätsverhältniß ¹⁷⁾, nach welchem durch Privilegien bald das zuerst nur den königlichen Villis zugestandene Vorrecht ¹⁸⁾ einer Befreiung des Bezirks von dem ordentlichen Gerichte des Gaues, und einer Stellung der auf dem Bezirke Wohnenden unter einen eigenen Richter, anfangs einzelnen Stiftern ¹⁹⁾, bald regelmäßig jedem Stifte, und häufig auch adelichen Familien ²⁰⁾ ertheilt wurde ²¹⁾, wodurch bald die Zahl der Personen, und zwar selbst völlig freier ²²⁾, welche die Immunitätsvortheile suchten, sich vermehrte, und die Stellung der Immunitätsleute unter eine eigene lex und einen besonderen Richter entstand ²³⁾. VI. Das durch die villae veranlaßte Verhältniß wurde bald noch ausgedehnter, die Schließung des Bezirkes wurde enger, und die Unterwerfung der Leute, welche die zur villa gehörigen Ländereien bauten, unter Aufsicht des villicus ²⁴⁾, unter eine besondere lex des Hofverbandes wurde allgemeiner. Dadurch erscheinen Aufzeichnungen der Güter als nöthig ²⁵⁾, und als immer mehr Freie

16) Grimm S. 317.

17) Gute Darstellung in *Théorie des loix politiques de France*. vol. VII. p. 38. Montag *Gesch. der staatsb. Freiheit*. I. S. 130. Eichhorn *Rechtsgesch.* S. 88. Eichhorn in der *Zeitschrift*. I. S. 191. Phillips *Rechtsgeschichte*. I. S. 498 und Meiste über die Grundlagen S. 96 (der aber zu sehr das Verhältniß einschränkt). s. noch von Italien Vesme *delle vicende della proprietà* p. 249.

18) Marculf *form.* I. 14. 17. Laboulaye p. 322.

19) Mabillon *annal. Bened.* I. p. 31, II. p. 20. Urf. von 989 in Günther *Cod. Rheno-Mosell.* I. p. 85. Montag I. S. 216. s. noch Laboulaye p. 327. Bluntschli I. S. 66. Rœck *de potestatis civilis episcoporum in regno Francorum*. Traject. 1838. p. 78—92. Unger *alte Gerichtsverf.* S. 269.

20) Capit. V. 195. Capit. 779. cap. 9. *Merkw. priv.* von Childeric II. von 662 in Bouquet IV. p. 652.

21) In den alten Privileg. geht die Immunität auf *homines ipsius ecclesiae tam ingenuos quam servos super terram ipsius commanentes*. Montag *Gesch.* I. Thl. S. 223. Haepsaet *origine des Belges*. II. p. 330.

22) *Merkw. Diplom in histoire de Languedoc* II. preuves p. 17; und über Verhältniß der Freien zur Immunität s. Unger *Gerichtsb.* S. 283.

23) Damit scheinen die Sokemanni zusammen zu hängen. Phillips *Gesch. d. angelsächf. Rechts* S. 84; s. aber auch Hüllmann *Städtewesen*. I. S. 11—15, und noch Houard *traité* I. p. 205, III. p. 9. Phillips *engl. Rechtsgeschichte*. II. S. 91.

24) Anton *Geschichte*. I. S. 320, II. 141. Bigand II. S. 89. Gruppen *disc.* p. 1035. *Merkw.* ist das Vorkommen von zwei Schulzen bei dem nämlichen Hofe. s. Wilkens *Geschichte von Münster* S. 5.

25) *Polypctica* s. unten §. 86 not. 10. s. noch Massoi *historia dipl.* p. 139.

in den mit Immunität bevorrechteten Verband der villa sich begaben ²⁶⁾, als überhaupt immer mehr Personen unter den Schutz eines Herrn oder in Abhängigkeit wegen ihrer Besitzverhältnisse kamen, wird die Ausbildung eines Hofrechts ²⁷⁾, welches alle zur villa Gehörigen oder von dem Herrn Abhängigen ²⁸⁾ in eine eigene Korporation vereinigte und unter eine gleiche lex stellte, begreiflich ²⁹⁾.

§. 83. [§. 85.] Neue Verhältnisse der Abhängigkeit.

Die Zahl der Verhältnisse, durch welche jemand vermöge seines Guts von anderen Freien abhängig wurde, vermehrte sich seit der Zeit, als 1) der Druck des Heerbauns ¹⁾ manche Freien nöthigte ²⁾, durch Begeben in den Schutz Anderer die Wohlthaten der Schutzgenossen zu erhalten, und 2) religiöser Sinn ³⁾ und Absicht ⁴⁾, an gewissen Vortheilen ⁵⁾ der Leute der Kirche Theil zu nehmen, immer mehr Freie zur Austragung ihrer Güter an die Kirche veranlaßte ⁶⁾; 3) als dadurch, und durch Anwachsen der Schenkungen, die Masse der Güter ⁷⁾ sich mehrte und die Stifter bewog ⁸⁾, die Güter zum

Neues Lehrgebäude der Diplomatie (übers.). I. Thl. S. 450. Merkw. ist auch hier das *breviarium rerum fiscalium* in Bruns Beitr. zum deutschen Rechte S. 55.

26) s. oben §. 81 not. 13.

27) *Ius curiale* in Urk. bei Kindlinger Münser. Beitr. III. S. 340.

28) Eine merkw. Urkunde von 817 in Schöpplin *Alsatia diplom.* I. p. 66, wo von familia tota sive militaris sive censualis vel et servilis die Rede ist.

29) Eichhorn in der Zeitschrift. I. S. 204. Bluntschli I. S. 97.

1) Capit. a. 807. c. 1—9. Cap. 812. c. 5. Hüßmann Geschichte der Naturaldienste Seite 41. Gruppen disc. p. 893. Eichhorn §. 100. 193. s. Lang Gesch. der Steuerverf. S. 52. 103.

2) In Urkunde von 1058 in Lang *regesta* I. p. 91 übergibt sich eine Freie mit Verzicht der Freiheit, und mit Leistung des census und nach dem Tode optimi jumenti an die Kirche. In Urkunden in Monum. boic. II. p. 323, III. p. 297 übergeben sich Freie defensionis causa. s. auch Urkunden in Wigand Archiv. III. Handb. I. S. 89. 100.

3) In Frankreich hießen solche Personen sanctuarii (sainteurs). Merlin repertoire. vol. XII. p. 215, und Urk. in Lauriere glossaire vol. II. p. 339. In Flandern heißen sie auch oblati. Sie sind unter den tribuales begriffen, welche nicht als Unfreie zu betrachten sind. Warnkönig Rechtegeich. I. S. 244.

4) Leg. Alem. Tit. 1. §. 1. Hontheim prodr. hist. trev. I. p. 269. Hüßmann Gesch. der Stände. I. S. 113. 117. 203. Anton Gesch. I. S. 359, III. S. 80. Montag Geschichte II. S. 656. Eichhorn in der Zeitschrift. I. S. 163. 199. Moser von den bäuerlichen Lasten S. 187.

5) Wegen der omunitas der Stifter und Privilegien, s. Montag I. c. S. 653.

6) Merkwürdige Urk. v. 905 in Günther Cod. p. 55. — St. Gallen hatte im X. Jahrh. 1723 Hofsleute. Arr Geschichte. I. S. 159.

7) St. Gallen besaß im X. Jahrh. 160,000 Jaudert. Arr I. S. 156.

8) Eichhorn in der Zeitschr. I. S. 163. Anton Geschichte. III. S. 87.

Baue an Andere zu vereinzeln; 4) als die Ausrottung großer Waldungen das Bedürfnis Kolonisten zu gewinnen, erzeugte ⁹⁾, 5) und das Entstehen des neuen Reiterdienstes den freien Gutsbesitzern, die diese Dienste nicht leisten konnten, viele Steuern und Abgaben auflegte ¹⁰⁾. Alle diese Verhältnisse erzeugten aber an sich nur Schuß- und nicht nothwendig Unfreiheitsverhältniß. Die Formen, unter welchen man sich in fremden Schuß begab ¹¹⁾, waren höchst verschiedenen, häufig mit Vorbehalt der Freiheit ¹²⁾, oft auch ohne Güter von demjenigen, in dessen Schuß man sich begab, anzunehmen, oft unter der Form von *pariage* ¹³⁾, indem man einen Theil seiner Güter einem Mächtigen austrug, um seinen Schuß für die übrigen Güter zu genießen. Aus solchen Verhältnissen darf man aber nicht nothwendig auf das Daseyn gutherrlicher Rechte der Schußherren schließen ¹⁴⁾. Vorzüglich wichtig wird die Umwandlung der Vogtei an vielen Orten in ein grundherrliches Verhältniß ¹⁵⁾.

§. 84. [§. 85^a.] Hofsystern.

Das Hofsystern kommt im Mittelalter in einer mehrfachen Bedeutung vor: 1. in so ferne das in §. 81. geschilderte Villikations-systern immer mehr ausgedehnt wurde, so daß eine große Zahl von ¹⁾ Höfen zu einem Haupthof gehörten, und die Besitzer der Unterhöfe eine Art von Gemeinde bildeten ²⁾, in welcher sie Rechte erhielten

- 9) Kommel Geschichte von Hessen, Num. C. 298. Arnoldi Gesch. v. Nassau. I. C. 240. Bessen Gesch. v. Paderborn. I. C. 157.
- 10) Gruben disc. p. 921. Rindlinger Münster. Beitr. II. C. 233.
- 11) So kommen in französ. Urk. *hommes de poote* (*de potestate alterius*) vor. Beaumanoir cout. chap. 3. 18. 35, und viel in Bouhier Cout. de Bourgogne vol. II. p. 28. Houard anciennes lois I. p. 252 not.
- 12) Urk. von 1120 in Miraei opera dipl. I. p. 816. Urk. von 1040 in Miraei IV. p. 503.
- 13) Urk. von 1179 in Recueil des Ordonnances XI. p. 213 und Raepsaet origine des Belges. II. p. 350.
- 14) Auch aus der Vogtei, in der jemand stand, darf nicht auf eine Unfreiheit geschlossen werden. Urk. von 1375 in Fink Versuch einer Geschichte von Rabburg C. 89 not. 49. In Urk. von 1171 in Lang regest. I. p. 278 heißt *villicatio quas libera dicitur* ein Vogthof. s. auch noch als wichtige Urk. über die damaligen Verhältnisse Urk. von 1136 in Günther Cod. Rheno-Mos. I. p. 223, und Urk. von 1361 in Fink l. c. C. 95.
- 15) Dies ergibt sich vorzüglich in Baiern und in der Schweiz. s. Bluntschli Rechtsgesch. I. C. 218—32. Aus dem Ausdruck: Vogtleute, *homines de advocatia*, ist nicht zuviel zu folgern, da häufig freie und unfreie Leute dazu gerechnet werden. Bluntschli I. C. 185; vergl. mit Barnköning Rechtsg. III. C. 38.
- 1) Fürt Vorlesungen C. 106. 116.
- 2) In einer Urk. von 1377 in Lünzel C. 55 wird von *universitas hominum qui latere dicuntur*, gesprochen.

und Pflichten übernahmen. Dies Hofrecht ³⁾ wurde noch dadurch erweitert, daß viele freie Grundeigenthümer in das Hofrecht traten, um durch die Hofverbindung Vortheile zu erlangen, II. in so ferne die Schutz- und Grundherren in dem in §. 82. geschilderten Sinne alle Leute, die sich ihnen unterwarfen, unter eine lex stellten ⁴⁾. Das vorzüglich in Westphalen ⁵⁾ und am Niederrhein ⁶⁾ ausgebildete Hofsystem ⁷⁾, nach welchem die Besitzer von Unterhöfen zu einem Oberhofe hörig und huldig waren, in Bezug auf die Veräußerung ⁸⁾ ihrer Höfe, und auf die Erbfolgsrechte an den Höfen unter einer gewissen lex [dem Hofrechte] ⁹⁾ standen, und überhaupt eine das Interesse der Hofverbindung bezweckende Korporation ¹⁰⁾ bildeten, entstand häufig aus einer freiwilligen Vereinigung mehrerer Grundeigenthümer ¹¹⁾ unter einem mächtigeren Hofeigenthümer, dessen Hof dann der Oberhof wurde, obwohl auch dies Hofsystem zuweilen durch die großen Reichshöfe und Reichsgüter veranlaßt seyn kann ¹²⁾, indem die

3) Das bei Schilter cod. jur. feud. aleman. p. 577 abgedruckte Hofrecht von 814 für die Abtei Ebersheim (auch in Granddier hist. de l'église de Strassbourg II. P. CLVI.) gehört nicht in das in der Art. angegebene Jahr. Eichhorn in der Zeitschr. I. S. 165. f. Grimm Rechtsalterth. S. 562.

4) Merkw. sind die Forschungen über die durch den Adel in der Schweiz gebildeten Hofrechte nach Stettler Versuch einer Geschichte der Gemeindeverh. im Kanton Bern. Bern, 1840 (wo nur zuviel generalisirt wird.)

5) Sommer Darstellung der bürgerlichen Rechtsverhältn. II. S. 267.

6) Lacomblet Archiv für die Geschichte des Niederrheins. I. S. 106.

7) Nive von den Bauerngütern S. 25—42.

8) S. eine merkw. Art. König Alberts über die Hofsgüter v. 1310 in Nive von den Bauerngütern S. 392.

9) Das vollständigste und wichtigste ist das Hofrecht von Lohn von 1363, abgedruckt in Strodtmann de jure litonico p. 1; besser in Schrassert Stücken en docum. tot Cod. Gelro. Zutphan. p. 355. f. auch Hofrecht von Lohn, herausgeg. von Riefert. Eoesfeld, 1819. f. noch Hofrecht von Lochum in Schrassert p. 276, von Vreede in Schrassert p. 308, von Vahrwark daselbst p. 310. Hofrecht von Stokum in Kindlinger Gesch. der Hörigkeit S. 475; von Eikel in Kindlinger S. 645. 695. Hofrecht von Schwelm in Steinen westphäl. Gesch. III. S. 1350; von Bräsel in Steinen V. S. 1819; f. noch Nive S. 75. 225. Hofrecht von Elmshorst in Steinen III. S. 1350; von Westhoven in Steinen I. S. 1721; von Ehor, Nive S. 236; von Dorsten in Nive S. 449; von Essen in Nive S. 511. f. darüber auch Bondam Charterboek p. 422, und Kindlinger Geschichte der Hörigkeit S. 257.

10) Daß Gericht dort gehalten wurde, liehman de curia dominie. vulgo Dintshöfen, Arg. 1691; auch in Schilter cod. p. 549.

11) Kindlinger Gesch. der Hörigkeit S. 9. Sommer Darstellung. II. S. 268; f. dagegen zwar Maurenbrecher II. S. 914.

12) Nive von den Bauerngütern S. 25—42. Die Verpfändung solcher Reichshöfe (Beispiele in Nive S. 367) geschah oft an Stifter oder Adelige, wo, wegen der möglichen Einlösung, der Pfandeshaber die Güter in der geschlossenen Verbindung erhalten mußte.

Herren unter den zu dem Reichshof gehörigen Gütern eine solche Verbindung gründeten, bei welcher dann freilich das Interesse des Haupthofs vorzüglich berücksichtigt wurde. Wenn auch die meisten größeren gesammelten Hofrechte erst im XIV. Jahrhundert aufgezeichnet sind, so enthalten sie doch häufig schon früheres Gewohnheitsrecht, und andre aus dem XI. und XII. Jahrhundert stammende Aufzeichnungen ¹³⁾ verdienen ebenfalls als Arten von Hofrechten betrachtet zu werden ¹⁴⁾.

§. 85. [§. 85^b.] Wechselnde Schicksale des Bauernstandes im Mittelalter.

Eine wichtige Erscheinung im Mittelalter ist die Vermehrung der Verhältnisse, durch welche die kleinen Grundeigenthümer ¹⁾ sich unter sehr verschiedenen Conventionen ²⁾ andern Mächtigeren oder Stiftern und Klöstern unterwarfen, während allmählig die Herren versuchten, die ihrem Schutze unterworfenen Leute und diejenigen, welche Güter von ihnen bebauten, ohne Rücksicht auf ihre Freiheit unter einem gemeinschaftlichen Namen zu behandeln ³⁾, und einem Gesetze zu unterwerfen. Hier kommen die Ausdrücke: [Baumann] ⁴⁾, Mansionarius ⁵⁾, Villanus ⁶⁾, Hoevere ⁷⁾, Curtulanus ⁸⁾, Frei-

13) Z. B. vom Kloster Weingarten (aus dem IX. Jahrh., erneuert im XI.) in Kindlinger S. 220; vom Kloster St. Michael von 1015 in Kindlinger S. 222; von Friglar von 1101 in Kindlinger S. 228.

14) Sehr merkwürdig ist das bei Schilter Cod. Alem. p. 580 abgedruckte Dinghofbuch von Ebersheim, gesammelt 1320 (es beginnt mit dem Eide der Hübner); f. noch andere Hubrechte in Schilter p. 588. 608. Sicher gehören auch die bei Grimm in d. Weistümern gesammelten Ding- und Hofrodell der verschiedenen Gegenden.

1) Moser von den bürgerlichen Lasten S. 212.

2) In der nämlichen Gegend kommen hier große Verschiedenheiten vor. Auch konnten oft die sich Unterwerfenden mannigfaltige Rechte sich vorbehalten, z. B. die Gotteshausleute in der Schweiz; f. Zellweger Geschichte von Appenzell. I. S. 251. Merkw. ist die Verschiedenheit der Verb. der dem Stifte Rempten unterworfenen Leute. Die meisten waren Freizinsler, d. h. freie Leute, die nur gegen Zins in den Schutz des Stifts sich begaben; man bemerkt aber bald, wie allmählig ihre Lage drückender gemacht wurde. f. Saggenmüller Geschichte von Rempten S. 101. 215.

3) Wigand Provinzialrecht von Paderborn. II. S. 253. Ueberall findet man z. B. unter den tributales auch völlig Freie. Warntönig Rechtsgeschichte von Flandern. I. S. 244.

4) Monum. boic. XXI. p. 416. Wostenrieder glossar. p. 41.

5) Urk. von 1140 in Lang regest. I. p. 159.

6) S. oben S. 49.

7) Urk. von 1202 in Günther cod. II. p. 72.

8) Urk. von 1295 in Günther II. p. 342.

faß⁹⁾, Meier¹⁰⁾, Laeten¹¹⁾, vor, aus welchen Ausdrücken aber kein sicherer Schluß auf die Unfreiheit einer der so bezeichneten¹²⁾ Personen gemacht werden darf. Nie fehlte es an völlig freien Landeigenthümern¹³⁾ [Bauern]¹⁴⁾ im Mittelalter. Einflußreich wurde schon an manchen Orten die Zersplitterung des Villikationsystems^{14a)}, indem die Herren der ehemaligen Villen die Benützungsart durch den villicus (Meyer)¹⁵⁾ als unzumuthig erkannten, und damit begannen, durch neue Conventionen¹⁶⁾, vorzüglich durch Fixirung bestimmter Leistungen von den Gütern der ihnen unterworfenen Leute neue Gutsverleihungsarten zu begründen¹⁷⁾. Das besondere Bauernverhältniß und der Umfang des Drucks der Bauern hing in den verschiedenen Ländern davon ab, ob ein größerer Bezirk mehr im Schutze eines Herrn blieb und mehr ein landesherrliches Verhältniß sich ausbildete¹⁸⁾, oder ob mehr das Land in kleine den Privatguts-herren gehörige Bezirke zersplittert war¹⁹⁾, ob mehr durch Einungen sich Gemeinfreie erhielten²⁰⁾, oder in den Schutze einer blühenden

9) Mon. boie. IV. p. 487, XV. p. 378. Lünkel S. 119.

10) Nolt. de jurib. et consuet. p. 13. Ludewig de jure client. Sect. III. cap. 8. §. 1. Groninger Verhandeling. III. p. 104. Grimm Rechtsalterthümer S. 315.

11) Lacomblet Archiv für Geschichte des Niederrheins. I. Bd. 1. H. S. 164. Barndtzig I. S. 244. III. Bd. S. 42.

12) Der Hoppbauer, auch Amerbauer, war der, welcher den Haupthof, wenigstens den Rest desselben besaß. Westenrieder glossar. p. 13. 259.

13) S. Beweise in not. 1 zu §. 86.

14) Urk. in Niefert Münster. Urkundenbuch. 2te Abth. S. 384—385.

14a) Ein Hauptbeweis der Freiheit liegt in Normanns Rügian. Landbrauch (1529 abgefaßt) Tit. 106, wo er sagt: it is war, dat de Vuhr in Ruigen so frey is, dat he sinen Hof Erve oder Katten mach verkopen.

15) Ueber d. Verhältnisse des Meyers s. Bluntschli Rechtsg. I. S. 244. Dies Verh. ist sehr verschieden, da häufig die Meyer ihre Stelle erblich zu machen wußten. (Bluntschli S. 246.)

16) Merkwürdig ist hier das Bauernverhältniß in Tyrol, wo früh schon locatio ad perpetuum vorkommt (Urk. v. 1178) und Erbrechte der Bauern an ihren Gütern anerkannt wurden. s. Urk. in Rapp Zeitschrift für Tyrol. III. S. 31. 32. Insbesondere machte man schon mit den ehemaligen Leibeigenen Conventionen. Rapp l. c. S. 34 und Urkunden nr. 9—11 bei ihm.

17) Wigand Provinzialrecht von Paderborn. II. S. 185. Provinzialrecht von Minden. II. S. 110.

18) Wichtig z. B. in dem Lande Delbrück. Wigand Archiv für Gesch. Westphalens, IV. S. 430.

19) Beneke Grundr. des Meier-Rechts. S. 71. Wo in großen geschlossenen Begutten, die z. B. an den Landesherren verpfändet wurden, Bauern saßen, war ihre Lage meistens sehr gut; s. merkw. in der Zeitschrift: die geöffneten Archive. I. Bd. 1. Heft. S. 44—55.

20) Z. B. in Tyrol, im Hauensfeinischen, in Friesland.

Stadt sich begaben ²¹⁾, ob in einem Lande mehr die Kriege die alten Verhältnisse erschütterten ²²⁾, als in anderen, oder ob der Adel mächtiger wurde und weniger Steuern zahlte ²³⁾, und ob früher die Landesgesetzgebung die Bauern gegen den Adel in Schutz nahm ²⁴⁾.

§. 86. [§. 86.] Verschiedenheit der Verhältnisse des Bauernstandes im Mittelalter.

Die Annahme einer Unfreiheit aller Bauern im Mittelalter wird auf das bestimmteste durch das Vorkommen so vieler völlig freier Landbebauer in verschiedenen Gegenden ¹⁾ Deutschlands und durch die geschichtlichen Nachrichten widerlegt, nach welchen eben an Orten ²⁾, an welchen später Unfreiheit der Bauern vorkam, im Mittelalter noch die Bauern aller Rechte in der Volksgemeinde fähig waren, welche nur einem völlig Freien zustanden ³⁾. Auch beweist der Ausdruck: Bauer ⁴⁾ [Bur] ⁵⁾, rusticus ⁶⁾ nichts für die Unfreiheit

21) J. B. in Oberhasli im Berner Oberland; s. Stettler l. c. S. 33.

22) Rösler Ösnabr. Geschichte. I. Thl. S. 86. Beneke Grundsätze des Meierrechts in Braunschweig S. 51.

23) Urk. von 1392 in Beneke S. 68.

24) Aus d. Reichsges. v. Friedrich II. in d. neuen Samml. der Reichsabschiede I. Thl. S. 18 läßt sich ableiten, daß die Reichsgesetze schon das Bedürfnis fühlten, der Ueberladung der Bauerngüter mit Lasten entgegen zu wirken; zu ausdehnend erklärt dies Gesetz Rösler Ösnabr. Geschichte. III. Thl. S. 140—143. Merkwürdig ist, daß an manchen Orten, z. B. in Hauenstein (im Breisgau) durch Einung der Bauern, die zum Theil selbst leibeigen waren, ein Verhältniß gegründet wurde, nach welchem die Bauern wichtige Rechte, die sonst nur Freie übten, durch ihre Eintracht erwarben. s. Merk in Pölig Jahrbücher der Geschichte und Staatskunst. 1833. Auguß. S. 126—157.

1) Beweise in Gerken cod. dipl. vet. March. I. nr. 7. p. 25, in Lang baier. Jahrb. S. 331. Hergott geneal. Habsb. I. p. 290. Seifried Geschichte. II. S. 228. Bigand Geschichte von Corvei, II. S. 25. Schultes Koburg. Landesgesch. S. 161. Monum. boic. XI. p. 53, XIII. 373. 397. Urk. in Kalinkrodt: der Bauernstand S. 58. Ludewig script. rer. hamb. II. p. 402; in Steiner Gesch. des Freigerichts Wilmundshaim. S. 39. 239. Geschichte des Geschlechts von Alvensleben. I. S. 52. J. Arr Gesch. von St. Gallen. I. S. 322. 449. Gruppen orig. german. tom. II. p. 341. Urk. in Rösler Ösnabr. Geschichte. III. Thl. S. 136; in Fink Gesch. von Rabburg S. 66; in Lang regesta I. p. 97. 116. 121. Lünzel von den bäuerlichen Lasten S. 83. Beweise aus den Ostseeprovinzen in v. Bunge gesch. Entw. d. Standesverb. S. 5. 21. Von vielen freien Bauern im Stifte Kempen s. Haggenmüller Gesch. von Kempen S. 215.

2) J. B. in Lauenburg; eine gute Nachweisung in Falck staatsbürgerlichem Magazin. VI. Bd. S. 32 ic.

3) Wichtige Urk. von 1280 in Westphalen monum. II. p. 2198.

4) Urk. in Rindlinger Münster. Beitr. II. S. 362. 378. Ludewig rel. MS. I. p. 260. Gruppen disc. p. 1062. Buren heißen auch alle Markgenossen, s. Riefert Münster. Urkundenbuch. II. S. 134; auch alle Boll-

des damit Bezeichneten. — Die Meinung von einem unfreien Zustande der Slaven 7) ist eben so irrig, da vielmehr erst durch die erobernden Germanen 8) in die slavischen Länder drückende Verhältnisse der Unfreiheit eingeführt wurden 9). Aus den Güterbeschreibungen 10) des Mittelalters ergibt sich die große Zahl der verschie-

freien, s. Wiarda Hefabuch S. 50. Gut Wigand Provinzialrecht von Paderborn. II. S. 253. Bluntschli I. S. 186.

5) Grimm Aelterth. S. 316. Ueber Ableitung des Worts s. nach Müller lex Salica S. 159. 160.

6) Urf. in Günther Cod. I. p. 378.

7) In den slavischen Gegenden kommt eine eigene Art von Freibauern unter dem Namen Wutzschken, auch Wuezass vor; s. Haltaus glossar. p. 2140.

8) Arndt Geschichte der Leibeigenschaft S. 59. 77. Anton Geschichte der Landwirtschaft. III. S. 4. Eichhorn in der Zeitschr. I. S. 159. Hülsmann Geschichte der Naturaldienste S. 82. Weiße Gesch. von Sachsen. I. S. 20. Wichtig über die durch die Germanen bei den Slaven erst verbreitete Unfreiheit: Maciejowski slavische Rechtsgeschichte (übersetzt). I. Thl. S. 138.

9) Von slavischen Kolonisten in Deutschland s. Arndt S. 80. Berken in niederrhein. Blättern. V. S. 168. Wigand Geschichte. II. S. 103. Von solchen Kolonisten in Franken: Echart comm. de reb. frang. orient. I. p. 393. 507. 802, und in Baiern: Urf. in Ried cod. episcop. Ratishon. I. 112.

10) Solche Beschreibungen in Polyptico Fossatensi, in Baluz Capit. tom. II. p. 1387 und in Venet. Ausg. 921. Eine wichtige Beschreibung ist das Polypt. Irminonis v. St. Germain herausgegeben mit Anmerk. v. Guérard. Paris, 1839. s. darüber auch Naudet in d. Memoires de l'Academie des inscriptions, tom. VIII, und Laboulaye l. c. p. 468. Hier gehören auch die schon angeführten, von Guérard herausgegebenen Cartulaires. Besonders wichtig ist eine Frekenherster Heberolle (aus dem IX. bis XI. Jahrh.), in deutscher Sprache abgedruckt in Mieser Numismatisches Museumbuch 2te Abtheil. S. 581, und in Dorev Denkmäler alter Sprache und Kunst. Berlin, 1824. 1stes und 2tes Hft. Anlage A, u. Wigand Archiv für d. Geschichte Westphalens. 28 Hft. S. 10. s. vom Stift Emmeram 1031 in Pez thes. anecd. tom. I. p. III. p. 67; von Utrecht in Bondam Charterboek p. 510; vom Petersstift zu Mainz 1264 in Kindlinger Geschichte der Horigkeit S. 289; vom Maurmünster 1120 in Schöpllin Alsat. dipl. I. p. 199; von Niederaltaich (angeblich 814) in mon. boic. XI. p. 14; vom Schultenhof zu Soest von 1275 in Kindlinger Münster. Beitr. III. S. 262; vom Grafen v. Dale 1188 in Kindlinger l. c. III. S. 81. (Münsterisches aus dem XIV. Jahrhundert in Kindlinger Geschichte von Bollnesstein. II. S. 481.) Öffentliches in Kindlinger l. c. S. 473. Güterverzeichn. der Familie Rinckenrode (aus dem XIII. Jahrh.) in diplom. Beiträgen zum Lehenrechte, herausg. von Köster. II. Thl. S. 159 u. Kindlinger Gesch. von Bollnesstein. II. S. 289. Güterbeschreib. vom Amt Hesne von 1400 in Kösters diplom. Beitr. zum Lehen. II. S. 467. Güterverzeichn. und Einkünfte von Corvei (aus dem XII. Jahrh.) in Kindlinger Münster. Beitr. II. Thl. S. 107. 110. 221, und das Register Sarachonis in Falke tradit. Corbeiens. p. 1 etc. Der Corveische Güterbezug, dargest. von Wigand. Lemgo, 1831. Registrum Prumiense v. 1222 in Hontheim hist. Trevir. I. p. 661. Aehnliche Beschreibungen aus dem XIII. Jahrh., in Kremer orig. Nassov. P. II. p. 217; in Hergott Geneal. Habsb. vol. III. p. 566. Rauch rer. Austr. script. I. p. 391; wichtig über die Güterregister Wigand Archiv. III. Bd. I. Hft. S. 54. s. nach den eben herausgegebenen Codex traditionum Wizenburgens. edidit Zeus. Spirac, 1842.

denartigsten Verhältnisse der damaligen Gütervertheilung. Ein Grund, aus welchem die Bauern ihre Interessen noch oft gegen die Herren geltend machen konnten, lag darin, daß häufig die unter einem Herrn vereinigten Gutsleute als Schöffen in dem Gerichte urtheilten, vor welchem über die auf die Güter bezüglichen Streitigkeiten entschieden wurde.¹¹⁾ Je mehr die Herren angingen, alle Leute, die in ihrem Schutze waren, oder Güter von ihnen besaßen, als ihre Hörigen zu betrachten, je mehr die Gemeinfreien in andre Stände übergingen oder in Abhängigkeit sich begaben, und daher allmählig in vielen Gegenden nur Leute, die fremde Ländereien bauten, Bauern waren, je schärfer der Stand des Adels, der Ritter und der Bürger durch Vorrechte sich auszeichnete, desto mehr entstand die Sitte, alle nicht bevorrechteten Landbautreibenden Bauern zu nennen¹²⁾, und mit dem Ausdruck den Begriff eines nicht mehr Vollfreien zu verbinden.

§. 87. [§. 87.] Mildebernde Einflüsse bei dem Bauernstand.

Interesse der Guts Herren, vermehrt durch politische Ereignisse, insbesondere die durch die Kriege veranlaßten Auswanderungen vieler Familien¹⁾, die Kreuzzüge²⁾ und das schnelle Emporblühen der Städte, zu deren Privilegien auch bald die Befreiung der in die Städte fliehenden Leibeigenen von der Unfreiheit gehörte³⁾, beförderte die Freilassungen vieler Unfreien⁴⁾ und begünstigte die Versuche

11) Urf. in Günther Cod. p. 223. Mon. boic. XII. p. 344. Rive von den Bauerngütern S. 300. Raepsaet analyse III. p. 136. Albrecht von der Gower S. 307. Dies ergiebt sich noch aus d. alten Hofrodeln. s. noch Unger alte Gerichts. S. 328. Von dem alten spät noch vorkommenden Raspel - u. Rohrgerichte in Pommern s. v. Kampf Jahrbücher. Heft 111. S. 374.

12) Meichelbek hist. Fris. II. P. I. p. 196. Gerken cod. dipl. III. p. 103. Schultes Koburg. Landesgeschichte S. 161. Guden cod. dipl. I. p. 635.

1) J. B. die Auswanderungen von holsteinischen Familien nach dem Harz. Helmold Chron. Slavor. I. cap. 26. und Hein in den hannoverschen Anzeigen 1751. Stück 15. Auch die Niederlassungen der Sachsen in Ungarn gehören hierher. Lennep von der Leibe zu Landsiedelrecht S. 861. Grundverfassung der Sachsen in Siebenbürgen. Offenb. 1792.

2) Regenbogen de fructibus o bello sancto. pag. 61. Herren von den Folgen der Kreuzzüge S. 168. Beneke Grundzüge des Meierrechts S. 37.

3) Urf. von 1188 in Miraei op. dipl. I. p. 719 und Oudegherst I. p. 133. Anton Gesch. der Landwirthschaft. II. S. 22. Bodmann rheing. Alterthümer. S. 383. Ueber Einfluß der Städte auf den Bauernstand: Wiganb Provinzialr. von Paderborn. II. Thl. S. 172.

4) Boehmer de imperf. libert. rust. in German. §. 17—20. Anton l. c. II. S. 233. Oesenius Meierrecht. I. S. 319—345. Verhandelingen van het Groning. Genootsch. III. p. 102.

der Hörigen, sich erbliche Rechte an den Gütern zu verschaffen ⁵⁾. Durch die seit 1106 ⁶⁾ gegründeten niederländischen Colonien ⁷⁾ wuchs die Zahl freier Bauern an, und ähnliche Colonien entstanden bald auch in mehreren deutschen Gegenden ⁸⁾. Durch diese Colonien entstanden freie Zinsgüter mit festregulirten Abgaben, mit vollen Eigenthumsrechten und selbst mit einer befreiten Gerichtsbarkeit dieser Colonisten. Je länger an manchen Orten sich die Gemeinfreien erhielten, je mehr der gefestete Bauer früh durch Conventionen mit dem Landesherrn oder dem fremden Eroberer sein Rechtsverhältniß sicher zu stellen wußte ⁹⁾, je länger der Gemeinfreie selbst den Kriegsdienst leistete ¹⁰⁾, desto besser blieb das Schicksal des Bauernstandes, während an anderen Orten der Bauer der Uebermacht der Adlichen unterlag, der Mangel des Staatsschutzes die Zahl der Abhängigkeitsverhältnisse vermehrte, und die bereits vorhandenen zu mißbrauchen gestattete, so daß der Begriff des echten Eigenthums bei dem Bauernstande an manchen Orten nicht mehr anwendbar wurde.

§. 88. Ausbildung der Gutsherrlichkeit.

Das Verhältniß einer Gewalt über Güter, welche Andere besitzen, und über die Personen derselben findet schon seine Grundlage in der alten Herrschaft über die villa ¹⁾, in den Immunitätsrechten,

5) Hef. in Gudon cod. dipl. I. nr. 112. Mon. boic. VII. p. 125. 169. Thuring. sacra p. 101. Merkw. Urkunde von 1154 in Schöttgen Geschichte Conrads des Großen S. 158. In manchen Gegenden konnten die Bauern es nur zum Lehnssysteme bringen, s. Thomas Fuldisches Privatrecht. I. Thl. S. 190. Repp Lehnssproben. I. S. 269. Gesenius I. S. 322. 349. s. noch vorzügl. Hef. v. 1289 in Lünzel S. 81. s. Wigand Provinzialr. von Vadderborn. II. S. 252 über die Verhältnisse gegen Ende des XIV. Jahrhunderts.

6) Zuerst um Bremen, Urkunde in Lindenhrog. priv. Archiep. eccl. in script. rer. sept. p. 148; auch abgedr. in Mieris Charterboek. I. p. 79.

7) Eelling de Belgis sec. XII. in German. advenis. Gott. 1770. Hoche hister. Unters. über die niederländ. Kolonien. Halle, 1791. v. Wersebe über die niederländ. Kolonien, welche im nördlichen Deutschland gestiftet. Hannover, 1815—16. II Bde.

8) Vom slawischen H. in d. Mark Brandenburg s. v. Kampe Prov. v. d. preuß. Monarch. I. S. 58; v. dem slaw. H. in Schlesien s. Tschoppe und Stenzel Urkundenbuch S. 101; und Gaupp in der Zeitschrift für deutsches H. Bd. III. S. 66 u.

9) J. V. die Constitutionen in Hessein, s. staatsbürgerl. Magazin. IV. Bd. S. 371.

10) J. V. in Oldenburg stellte vor 1180 noch der Bauernhof seinen Mann zum Kriege. Halem Geschichte des Herzogthums Oldenburg. I. S. 104.

1) Raepsaet analyse vol. II. p. 334.

und vorzüglich in den spätern Schutzverhältnissen ²⁾ und zwar in der advocatia (Vogtei) die reinen conventionell begründeten Schirmrechte. Der Umfang der dadurch begründeten Rechte war verschieden; je mehr die Verhältnisse der Verleihung von Gütern zum Bau an Andere unter verschiedenen Formen vorkamen, so daß der Herr das echte Eigenthum und der Bebauer das abgeleitete Eigenthum hatte, desto mehr entstand das Verhältniß, nach welchem die echten Eigenthümer, die Schirm- und Vogtherren über die Besitzer der ihnen unterworfenen Güter eine Herrschaft geltend zu machen suchten ³⁾, welche (verschieden in einzelnen Ländern) als Grund- oder Gutsherrschaft sich ausbildete ⁴⁾, und durch die Patrimonialgerichtsbarkeit noch einflußreicher gemacht werden konnte ⁵⁾. Die Gutsherrschaft ⁶⁾ kommt darnach in sehr verschiedenem Sinne vor; und bezeichnete oft eine gewisse Hoheit über einen Bezirk, in welchem Güter eines Andern liegen, oder jeden Inbegriff von Rechten, welche jemanden in Bezug auf die Besitzer von Bauerngütern, vorzüglich in Ansehung gewisser davon zu leistender Reichtnisse zustehen ⁷⁾. In diesem weiten Sinne genommen löst sich das Verhältniß immer in eine Gerichtsherrschaft ⁸⁾, oder Markenherrschaft ⁹⁾, oder Schutzherrschaft, oder in das Recht, Reallasten von einem Gutbesitzer zu fordern ¹⁰⁾. Die Grundherr-

2) Boigt Abhandl. über einzelne Gegenstände S. 271. s. eine wichtige Urk. über Trennung von Vogtei, Jurisdictio und Gutsherrschaft in Tröltzsch Anmerk. und Abhandl. II. S. 147—153.

3) Baier. Rechtsbuch v. 1340. Tit. 13. Art. 13 redet von den Leuten, die der Herr mit Thür und Thor beschloßen hat. s. noch jütisch Lombuch. I. 32.

4) In dem baier. Rechtsbuch von 1340 Tit. XIII. ist vom Herrn, in Urk. von 1497 bei Senkenberg med. jur. et hist. spec. IV. p. 721. vom Grundherrschaft, und bei Meiergütern 1557 vom Gutsherrschaft die Rede. s. Gesenius I. S. 425.

5) Köfer Osnabr. Geschichte. II. S. 215. Weichsel rechtshistorische Untersuchungen S. 173. Kopf die Grundherrlichkeit in Baiern. Landshut, 1809. Gröndler Polemik. I. S. 154. Kopscher würtemb. Privatr. I. S. 394.

6) Maurenbrecher Privatrecht. II. S. 909. Zachariae der Kampf des Grundeigenthums mit der Grundherrlichkeit. Heidelberg, 1832. S. 6, womit gut zu vergleichen Kopscher die grundherrl. Rechte des württemberg. Adels S. 52. 60.

7) Kopf die Grundherrlichkeit in Baiern. Landshut, 1809. Koch-Sternfeld Beitr. zur deutschen Länder- und Völkerrunde. III. S. 483. v. Freiberg pragm. Gesch. II. S. 220.

8) Nach der Art der Ausbildung der Patrimonialgerichtsbarkeit (§. 57) konnte auch Jemand, der nicht Gutsherr war, Gerichtsherr in einem Bezirke seyn.

9) Klöntrupph alphab. Handb. II. S. 111. v. Löw über die Marken-Genossenschaften S. 47.

10) J. B. bei dem Zinsherrn.

schaft ¹¹⁾ im engeren Sinne ist der Inbegriff von Rechten ^{11a)}, die theils in Ansehung von Gütern, die dem Grundherrschaft gehören, aber von Anderen bebaut werden, theils in Bezug auf den ganzen Complex dieser Güter und die Besitzer derselben, einer Person zustehen ¹²⁾. Das dingliche Verhältniß ist verschieden nach dem zum Grunde liegenden Vertrag. Die Herrschaft über die Personen äußert sich aber 1) in einer freiwilligen Gerichtsbarkeit über die Geschäfte der Grundholden ¹³⁾; 2) in dem Selbstpfändungsrecht ¹⁴⁾ wegen gutherrlicher Abgaben ¹⁵⁾; 3) in der niedern Polizei über die Gutskleute ¹⁶⁾; 4) in einer gewissen Aufsicht über die Gemeindeverhältnisse derselben ¹⁷⁾; 5) häufig in gewissen Rechten über Kirchen und Schulen ¹⁸⁾. Daß auch Gerichtsbarkeit mit der Gutsherrlichkeit verbunden ist, muß von demjenigen, der sich darauf beruft, bewiesen werden ¹⁹⁾.

11) Man könnte Gutsherrlichkeit auch nennen den Inbegriff gewisser obrigkeitlicher und Eigenthumsrechte über gewisse Güter.

11a) Sachsenspiegel. I. 53. Schwabenspiegel cap. 335. Kopp de jure pign. convent. Marburg. 1738. Kopp Lehenproben. I. S. 309. Walther consuetud. Austr. p. 1006. Acta Osnabrug. I. p. 144. Albrecht von der Geyer S. 21. 74. 159.

12) v. Mey baier. Staatsrecht. I. S. 297.

13) Schon im baier. Rechtsbuch von 1340. XVII. art. 2 kommt das Siegelrecht der Gutsherren vor.

14) Vom ältern Rechte Witba in der Zeitschrift für deutsches Recht. I. S. 50. 215.

15) Hannover. Gesetze über Patrimonialgerichte vom 28. März 1821 §. 13. Bair. Ges. vom 26. Mai 1818 §. 118. 127. Würtemb. Verordn. vom 30. Dec. 1819. Würtemb. Exekutionsgesetz vom 15. April 1825. Art. 81. Von Baiern v. Mey baier. Staatsr. I. S. 306.

16) v. Kamph Jahrb. der preuß. Ges. 67. S. 236. S. 240. f. auch von den Ostseeprovinzen v. Bunge Privatr. I. S. 118.

17) Hutten §. 125.

18) J. B. in Baiern, v. Mey I. c. S. 304.

19) S. auch v. Kamph I. c. S. 271. Die geschichtliche Ausbildung der Gerichtsbarkeit führt zu dem obigen Satze.

* Zur Vergleichung der deutschen gutherrlichen Verhältnisse mit ausländischen ist wichtig, für Frankreich: Guyot traité des matieres feudales tant pour le pays coutumier que pour celui de droit écrit. Par. 1738. VII vol. Hervé theorie des matieres feudales et censuelles. Par. 1785. VI vol. Henrion de Pansey dissertat. feudales. Paris, 1789. II vol. Renauldon traité historique et pratique des droits seigneuriaux. Par. I. 1765. Bontarie traité des droits seigneuriaux. Toul. 1741. Fremyville la pratique univers. sur la redevat. des droits seigneuriaux. Par. I. 1748, II. 1759. Lauriere glossaire I. p. 488, II. p. 352. Laferriere histoire du dr. français. — Für die Niederlande: f. Ghewiet institution du droit belgique. tom. I. p. 232. Barnkönig fland. Rechtsgech. III. S. 74 u. Für Italien, wo vorzüglich als Arten der emphyteuse die beni livellari vorkommen, f. Muratori diss. 36. Statutum Tridentin. cap. 99—102. Napp in der Zeitschrift für Tyrol. VIII. S. 36; und vorzüglich Poggi saggio di un trattato teorico. pratic sul sistema livellare. Firenze

§. 89. [§. 89.] Ausbildung neuerer Verhältnisse.

Die durch Mißverständnisse immer mehr verbreitete Verufung auf die völlig grundlose Vermuthung der ursprünglichen Unfreiheit der Bauern ¹⁾, durch den Einfluß der Gutsherren auf die Gesetzgebung ²⁾ und die Verdrängung deutscher Begriffe durch römische Juristen, so wie die Ausdehnung der Vogtei in eine Landesunterthänigkeit ³⁾, und der Umstand, daß Adel und Bürgerstand immer mehr ihre Rechte sich sicherten, während der nicht vertretene Bauernstand als ein abhängiger betrachtet wurde ⁴⁾, verschlimmerten zwar auf einer Seite ⁵⁾ das Loos der Bauern; allein auf der andern Seite wirkten die Bauernkriege ⁶⁾, wodurch wenigstens manche milbernde Conventionen veranlaßt wurden ⁷⁾, die Ausbildung der landesherrlichen Gesetzgebung ⁸⁾, eigenes Interesse der Gutsherren, vorzüglich

1829. IV vol. Für England: Houard ancienn. loix des François conservées dans les coutumes angloises recueillies par Littleton. Rouen, 1766. Meyer esprit, origine des instit. jud. vol. II. chap. 4. Blakstone Comment. on the engl. laws. Lib. II. cap. 6 (vorzüglich gehört hieher villein socage); wichtig ist Wynne Euromus or dialogues concerning the law and constitut. of England. 5. edit. with notes by Bythewood. London, 1822. I. vol. p. 174—183 und II. p. 318—332. Das Hauptwerk ist Cruise a digest of the laws of England respecting real property. 4te Ausg. von White. Lond. 1835. VII vol., wo im ersten Bande auch die beste Geschichte der Gutsverleihung sich findet. Vom Uebergang zum Sage: nulle terre sans seigneur, Lauriere institutes coutumieres I. p. 169. Basnage Comm. aux cout. de Normandie. I. p. 160. Ferriere Corps des Commentateurs de la cout. de Paris. II vol. p. 124. Raepsaet origine des Belges. II. p. 233.

- 1) Sethe von der Natur der Leibgenußgüter §. 24. Weichsel rechtshist. Unters. II. §. 43, und Reineccii comm. de rustico quondam servo. Jen. 1745. Estor de praes. contra rustic. Giesa. 1734. Hauschild de praes. pro libert. nat. in caus. rust. Dresd. 1738. Hauschild Abhandl. von den Bauern, deren Frohndiensten und der Vermuthung ihrer Freiheit. Dresden, 1771. Westphal deutsches Privatrecht. I. nr. 32. Rindlinger Samml. zum Bauernrecht. I. Thl. §. 43. Kunde §. 484. 499. Bersebe von niederländischen Colonien. I. Bd. §. 138.
- 2) Daher Versuche der Einführung der Leibeigenschaft, Rindlinger Geschichte der Fröigkeit §. 721.
- 3) Eichhorn Rechtsgeschichte §. 448. Ueber Schutzverhältnisse in Württemberg: v. Bächter würtemb. Privatr. I. §. 161.
- 4) Gut Wigand Provinzialrecht von Minden. II. §. 117.
- 5) Malinrodt der Bauernstand an seinen gerechten König §. 59.
- 6) Sartorius Geschichte der deutschen Bauernkriege, oder Empörung in Deutschland. Berlin, 1795, und dort §. 384 Art. der Bauerschaft.
- 7) J. B. im Stifte Kempten. 1525. f. Hagenmüller Gesch. v. Kempten §. 544.
- 8) Schon 1433 wurden in Wolfenbüttel durch Ketz die Ausflüsse der Leibeigenschaft sehr beschränkt. Oesenius I. §. 397. Spittler Geschichte vom Hannover. I. §. 109—113.

wegen der Steuern ⁹⁾, allmähliche Mischung der Stände, und vorzüglich der durch die Reformation bewirkte Geist der Freiheit ¹⁰⁾ wohlthätiger auf den Bauernstand. Einen solchen Einfluß hatte auch in mancher Hinsicht auf die Stellung der Bauern der Umstand, daß sie landsteuerpflichtig, und dadurch mit dem Regenten mehr als Unterthanen verknüpft wurden ¹¹⁾, so wie das Verhältniß, in Folge dessen nach dem neueren Militär-System auch der Bauer an allen Rechten und Pflichten des Soldatenstandes Theil nahm ¹²⁾.

II. Abschnitt.

Von der Unfreiheit der Bauern in ihrer praktischen Ausbildung.

§. 90. [§. 74.] Begriff von Leibeigenschaft und Hörigkeit.

Aus den in §. 47 — 49. und den bisher geschilderten Verhältnissen ergibt sich, daß immer eine Klasse von unfreien Bauern bestand, daß aber früh diese Unfreiheit von der Hörigkeit verdrängt wurde, und daß viele Verhältnisse entstanden, durch welche die Landbauern in Abhängigkeit vom Herrn kamen. Die Geschichte lehrt, daß in den meisten Ländern seit dem XVI. Jahrhundert ¹⁾ durch Mißverständnisse, Unkenntniß der älteren Verhältnisse ²⁾, ungeeignetes Hereinziehen des römischen Rechts ³⁾, durch das Aufhören der alten Schöffengerichte, die Ausdehnung der Patrimonialgerichte und die an manchen Orten vorzüglich ausgebildete Uebermacht ⁴⁾ der Guts-

9) Eichhorn Rechtsgesch. §. 545.

10) Bluntschli Rechtsg. II. S. 13. So erfolgte 1525 in Zürich durch den Rath Aufhebung der Leibeigenschaft.

11) Halem Geschichte von Eldenburg S. 329.

12) Partikularrechtlich wirkten viele Beziehungen ein. Markw. Verhandl. in der Mark über das Recht des Adels, den Bauern ihre Güter anzufaufen, nur unter der Bedingung, daß der Adel diese Güter selbst brauchen will. Schepplitz consuet. March. p. 384. Einflußreich wurde besonders noch der Umstand, daß an manchen Orten der Bauer das Recht landständischer Vertretung behielt. Lang Geschichte der Steuerverfassung S. 227.

1) Gut Wigand Provinzialr. v. Wünden. II. S. 160. R. A. v. 1555 §. 24.

2) Ueber die staatsrechtl. Umgestaltung Albrecht von d. Gewere S. 314.

3) Böhmer exere. I. nr. 18. Schloekwerder observ. jur. rom. et germ. in doct. de serv. Lips. 1765.

4) Gewiß ist, daß eben an Orten, wo später drückende Leibeigenschaft galt, hohe Freiheit der Bauern vorkam. s. Anton Geschichte der Slaven S. 83; von Polen: Grevénitz der Bauer in Polen S. 16. Arndt Geschichte der Leibeigenschaft in Pommern S. 104. Homeyer de jure pomeran. p. 20. — Auch in Holstein ist erst später durch Uebermacht der Gutsbesitzer die Leibeigenschaft drückender geworden; staatsbürgerl. Magazin. IV. S. 380.

herren, durch die Bildung der adelichen Güter, bei denen man nun größere Hofdienste forderte ⁵⁾, und durch die Weise, wie man im XVI. Jahrhundert auf eine für die Bauern drückende Weise in den Lagerbüchern die bäuerlichen Lasten eintrug ⁶⁾, sich ein neues Verhältniß der Unfreiheit unter dem Namen Leibeigenschaft ausbildete ⁷⁾, nach welchem eine Person für sich und ihre Nachkommen in eine Abhängigkeit von einer andern Person versetzt wurde, nach welcher sie dem Herrn zu gewissen Leistungen verpflichtet war. Das Verhältniß hat sich auf sehr verschiedene Weise ⁸⁾ in Deutschland ausgebildet; am drückendsten da, wo eine wahre Leibeigenschaft ⁹⁾

5) Falk Handbuch. IV. S. 202.

6) Es läßt sich überall leicht nachweisen, wie man bei dieser Eintragung willkürlich zu Werke ging. v. Richter würtemb. Privatr. I. S. 152.

7) Neyscher würtemb. Privatr. I. S. 350. Ueber die allmähliche Ausbildung der strengern Unfreiheit in den Ostseeprovinzen s. v. Bunge gesch. Entw. der Standesverhältnisse S. 8. 9.

8) An manchen Orten, z. B. in Sachsen, ist die Hörigkeit in ein Colonatsverhältniß übergegangen. s. Haubold Lehrbuch S. 522, u. in der Altmark Schepplitz consuet. p. 384; in Baden hieß sie Erbpflicht; bairische Grundverf. S. 18.

9) Von Böhmen, histor. Abhandl. von der Unterthänigkeit und Leibeigenschaft in Böhmen. Prag, 1775; von Mähren, Willenberg de jure person. auc. oppol. p. 1. 22; von Pommern, Bauernordn. in Dähners Samml. pommer. Landesurt. III. Thl. S. 835. Balthasar de homin. propr. eorumque orig. in Pom. Gryphsw. 1735. 1779, und Arndt Versuch einer Gesch. der Leibeigenschaft in Pommern und Rügen. Berlin, 1803. Dähner pommer. Bibl. II. Bd. II. Thl. S. 153. v. Kampß statut. Rechte. II. S. 142; von Mecklenburg, Erbland. Vergl. S. 19. S. 325—336. Mantzel de condit. et statu hom. in Megapol. Bütt. 1763. Fabri geogr. Magazin. III. Bd. 126 S. S. 401. Niedersächf. Magazin. I. nr. 10; gel. Beitr. zu den mecklenb. Anz. 1766. Stück 18—20. Eggers über den gegenwärtigen Zustand und mögliche Aufhebung der Leibeigenschaft. Schwerin, 1784. Haupt über die Idee eines neuen Gesetzbuchs S. 39; v. Kampß mecklenburg. Civilr. II. Thl. S. 504—523; von Polen, Zaluzowsky jus regn. Pol. tom. II. p. 1036. Grevenitz der Bauer in Polen. Berlin, 1818. Thoma über die Verhältnisse der bäuerl. Einw. in Posen. Berlin, 1808; v. Köln historisches Archiv der preuß. Prov. Verf. 48 und 56 Heft. v. Kampß stat. Rechte. III. S. 721; von der Lausitz, Schacher de hom. propr. in Lusat. sup. Lips. 1716. Meissner de ortu et progress. servitut. Lips. 1762. Wiesand de dom. pot. ex jur. lusat. Vit. 1769. Anton über die Rechte der Herrsch. auf ihre Unterthanen. Leipzig, 1791, und die Schrift: Versuch einer Darstellung des in der Lausitz zwischen Erbherrn und Erbunterthanen statt findenden Verhältnisses. Dresden, 1829; von Holstein, Schrader Lehrb. I. Thl. S. 1; und vorzüglich Falk Handbuch. IV. Bd. S. 194 u.; von Baiern, darüber Kopf die Grundherrschaft in Baiern S. 87. Ischolle Geschichte von Baiern. I. Thl. S. 219. Geschichte der früheren Gesetze in Geisfried Geschichte. II. Bd. S. 366—386. Baier. Landrecht. I. Thl. cap. VIII. In dem heutigen Franken war Leibeigenschaft schon seit langer Zeit verschwunden z. B. in Bayreuth s. Arnold Beitr. zum deutschen Privatr. II. Bd. S. 243 in not.; von Büttemberg, Sattler Gesch. des Herzogthums Büttemberg unter Reg. der Grafen. IV. Thl.

in der Art vorkam, daß eine Person, ohne Rücksicht auf ein bestimmtes Gut, welches der Leibeigenen Familie nicht entzogen werden dürfte, vermöge ihrer Geburt für sich und ihre Nachkommen in persönlicher Abhängigkeit von einem Herrn steht ¹⁰⁾, wogegen aus der alten Hörigkeit das Verhältniß der Unfreiheit sich an den meisten Orten so ausbildete, daß eine Person vermöge ihres Grundbesitzes dem Herrn desselben zu gewissen Leistungen verpflichtet ist und für sich und ihre Nachkommen in einer persönlichen Abhängigkeit von diesem Herrn steht und ohne Willen des Herrn von dem Verhältniß sich nicht losmachen kann ¹¹⁾. An manchen Orten hat sich das Verhältniß als Gutsunterthänigkeit ausgebildet. Am härtesten war

- §. 109. Weishaar württemberg. Privatrecht. I. Thl. S. 41; neue Ausgabe S. 390. Moser von den bauerlichen Lasten S. 169. Reyscher württemberg. Privatr. I. S. 350. v. Wächter württemberg. Privatr. I. S. 152.; von Hohenlohe: Hohenloh. Landr. III. Thl. Tit. 8. §. die oben §. 88 not. 7 angeführten Schriften v. Zacharia und Henrich; von Hesse n, Weisk. hess. Landesgesch. I. Thl. S. 169—172. Schmidt Gesch. des Großherzogth. I. S. 112. Rommel Geschichte von Hessen S. 188. Esfor in Kuchenbecker annal. III. p. 92. Eiter kleine Schriften. 2tes Stück. S. 239. Waldschmidt de hom. propr. Hass. Marb. 1716. Kopp Handbuch des hessischen Rechts. VI. Thl. S. 300, §. noch überhaupt Runde §. 538; von Fulda, Thomas Fulda. Privatr. I. Thl. S. 189; von Riederer sachsen, §. Struben comm. de jur. villic. cap. 1. §. 8. Strubden rechtl. Bedenken. IV. Thl. nr. 90. Spittler Geschichte von Hannover. I. S. 105. Besenius Meierrecht. I. Thl. S. 367 u., II. S. 91; seine Nachweisungen zum Rechte der Gutsherren und Bauern. Lüneburg, 1831. Grefe hannov. Privatr. S. 20. Struermann pratt. Beitr. zur Kenntniß des Donabrück. Eigenthumsrechts. XX Beitr. Lüneb. 1826—35; von Oesterreich, tract. de jur. incorpor. in Weingarten fasc. II. p. 163. Hauer pratt. Darstellung der in Oesterreich unter der Ens für das Unterhansfach gelt. Gesetze. Wien, 1811. IV Thle. Ueber Gutsunterthänigkeit in Oesterreich Wagners Zeitschr. 1834. II. S. 123; und Springer Statistik des österreichischen Kaiserstaats. I. S. 300 u. (Die Gutsunterthänigkeit kommt nur vor in Böhmen, Gallizien, Land ober und unter der Ens, Steyermark, Kärnten). Ueber Umfang Springer I. S. 304—17; von Preußen, preuß. Landr. II. Thl. Tit. 7. §. 93. Mathis jurist. Monatschrift. III. Thl. S. 55 u. Schmalz über die Erbsunterthänigkeit. Berlin, 1808. Weichsel rechtshist. Untersf., das gutsherrl. bauerl. Verhältniß in Deutschland betref. (Bremen, 1822) im II. Theil; von Brandenburg §. noch v. Kampz statutar. Rechte. I. S. 78; vom Herzogthum Preußen v. Kampz I. S. 219.
- 10) Zacharia über die Souveränitätsrechte der Krone Württemberg (Heidelberg, 1836) S. 25. scheidet eine rein persönliche und eine gemischte Leibeigenschaft, §. dagegen Reyscher über die grundherrl. Rechte des württemberg. Adels S. 36.
- 11) Laurentbrecher II. S. 891. Wie verschieden der Sprachgebrauch ist, zeigt z. B. das oldenburgische Gesetz vom 2ten August 1830 über die aufgehobenen gutsherrlichen Rechte, wo in §. 1 gesagt ist: die Leibeigenschaft an sich, so wie die damit verbundene Herigkeit, oder das Verhältniß, vermöge dessen der Leibeigene oder Hörige an den Grund und Boden gebunden ist.

das Verhältniß da, wo nach der obigen ersten Bedeutung die persönliche Unfreiheit den Herrn berechtigte, selbst von einem Gute auf das andere die leibeigne Familie wie Tagelöhner zu versetzen, und die von dem Leibeignen bisher bebauten Felder mit dem Hofsfelde zu vereinigen ¹²⁾. Die Leibeigenschaft unterscheidet sich eben so von der römischen *servitus* als dem römischen *Colonate*, und muß eben so von dem rein gutherrlichen wie von dem schutzherrlichen und solchen Verhältnissen getrennt werden, die nur aus dem alten Hofverbande oder Ministerialität sich erklären. Bei der verschiedenartigen Ausbildung der deutschen Unfreiheit läßt sich ein bestimmter Umfang der Verpflichtungen nicht angeben, und nur folgende Merkmale sind sichere Ausflüsse des Verhältnisses:

1) Die persönlich ohne Rücksicht auf Gutsbesitz jedem Leibeigenen obliegende Verpflichtung zu Abgaben und Diensten an den Herrn. 2) Nothwendigkeit eines Freikaufs, wenn der Leibeigene in ein anderes freies Verhältniß treten will. 3) Pflicht, das von dem Herrn angewiesene Gut ohne Willen des Herrn nicht zu verlassen, so daß der Herr den Entlaufenen von jedem Dritten abfordern kann ¹³⁾; 4) Uebergang des Verhältnisses auf alle Nachkommen. In Bezug auf die Stellung der Leibeigenen zum Staate ging seit der Ausbildung des Unterthanenverhältnisses und der Gleichheit vor dem Gesetze die Veränderung vor, daß sie der allgemeinen Bürgerrechte, wie die übrigen Unterthanen, für fähig gehalten wurden. Die Landesgesetzgebung dachte selbst immer mehr darauf, das Verhältniß der Leibeigenen zu mildern. Wenn in einem Lande gesetzlich die Leibeigenschaft aufgehoben ist, kann auch einem Fremden, in dessen Lande die Leibeigenschaft noch besteht, kein Recht zur Ausübung seiner leibherrlichen Rechte zugestanden werden ¹⁴⁾.

12) Dies geschah in Mecklenburg, in Holstein; s. Falk IV. §. 212. Man sprach von dem Niederlegen der Bauernstellen.

13) v. Bunge gesch. Entw. §. 13.

14) Kind quæst. for. II. p. 385. Wagner Zeitschrift für Österreich. Rechtsgelchrksamkeit. I. Bd. I. H. §. 6. s. jedoch preuß. Landr. §. 196. Hymen Beiträge zur jurist. Literatur in d. preuß. Staaten. VI. Heft nr. 4. s. aber Bielig Comment. zum preuß. Landrecht. VI. Thl. §. 90. bes. Falk de servo libertate donato, si Europæ solum attigit. Amstelod. 1834. Burge Comment. on foreign law I. p. 682. Story on conflict of laws p. 92.

§. 91. [§. 75.] Eigengehörigkeit in Westphalen.

Als eine Art der Unfreiheit entwickelte sich theils aus der Zersplitterung ¹⁾ der ältern Hofverhältnisse ²⁾ und aus Mißverständniß oder dem Mißbrauch ³⁾ derselben, theils durch den großen Einfluß der Gutsherren auf die Abfassung der Eigenthumsordnungen ⁴⁾, je nach den verschiedenen Gebieten wieder sehr verschieden ⁵⁾, in

- 1) Rive über Bauerngüter S. 263.
- 2) Möser Einleit. in die Osnabr. Gesch. I. §. 45, und Struve in der Vorrede zum 3ten Theile von Möser's Osnabr. Gesch. S. XIII. Gruppen discept. p. 1026. Richard von den Bauerngütern S. 157. Kinkelinger Geschichte der Hörigkeit S. 82. Sehr erläuternd ist das Verhältniß der geldrischen und holländischen Verhältnisse, s. Schrassert Stukken tot den Codex Celro-Zurphau. Harder. 1710, und gut Engberts de jure curiali litonico. Lugd. 1818. v. Kampff stat. Rechte. II. S. 454.
- 3) Die Ausdrücke Eigendom und Behörigkeit deuten ursprünglich nur auf das jus litoniceum. Urk. in Gruppen disc. p. 1206.
- 4) Münsterische vom 10. Mai 1770. Ludolf obs. cont., obs. 149. p. 163; Osnabr. vom 25. April 1722; auch recipiert in Nietberg, v. Kampff statut. Rechte. II. S. 610; Ravensbergische von 1669 und preuß. Eigenthumsorden. s. Minden und Ravensb. v. 26. Nov. 1771 (auch für Lellenburg s. Pölsche Beschr. Lellent. S. 275); von Kellinghausen von 1781 in den Mater. zur Statistik des niederheinisch-westphäl. Kreises. II. Jahrgang. I. Bd. S. 177. s. noch vorzüglich die in der not. 5 angeführten wichtigen Schriften von Struflmann und Wigand.
- 5) Strodtmann de jure curial. liton. Gott. 1754. Slegtendahl de jur. cur. lit. Germ. inter. praes. Oliy. Duisb. 1772. Neowald de ant. Westph. Colon. Vit. 1566. Osnabr. 1674. Palm Entw. des Leibeigenthumsrechts, insbesondere in der Grafschaft Hoya. Han. 1797. Bornmann Osnabr. Eigenthumsrecht. Osnabr. 1771. (Winke) Ged. über das Osnabr. Eigenthumsrecht. Lemgo, 1721. Friedrichs Entwurf der Rechtslehre von Eigengehörigen, vorzüglich in Ravensb. Lemgo, 1792. (Möller) Zwei Abhandlungen über Entschung der westphälischen Leibeigenschaft. Doven, 1799. Stähle über den Ursprung des Leibeigenthums. Münster, 1802. v. Kampff statut. Rechte. II. S. 391. S. 515; von Corvei von Kampff II. S. 559; von der Grafschaft Marl. II. S. 351. Führer meierrechtl. Verf. in der Grafschaft Lippe S. 32 u. Gräbe Nachr. von der Eigengehörigkeit in Schaumburg. Lemgo, 1802. Westphäl. Magazin. II. Bd. S. 49. Neues westphäl. Magazin. I. 9. Heft. S. 46. Berken in den niederhein. Blätt. V. Bd. S. 163. Malinckrodt: der Bauernstand an seinen gerechten König. Dortmund, 1816. Sommer Darstell. der Rechtsverhältnisse der Bauerngüter im Herzogthum Westphalen. S. 124. 185. Rive über das Bauerngüterwesen in den Grafschaften Marl, Kellinghausen, Dortmund, Hohenlimburg. Köln, 1824. s. noch vorzüglich über Paderborn Wigand Provinzialr. von Paderborn. Leipzig, 1832. I. Thl. S. 67; jetziges Recht II. Thl. S. 333. Geschichte des dortigen Meierrechts im III. Thl. S. Quellen; von Corvei ebendasselbst I. Thl. S. 320; über Recht in Minden und Ravensberg Wigand Provinzialrecht von Minden u. (Leipzig, 1834) im I. Thl. S. 117 u.; über heutiges Recht im II. Thl. S. 100; über Geschichte s. dort S. 180. S. 231 merkwürdige Tabellen über die verschiedenen Klassen der Bauern; von Münster v. Strombeck Provinzialrecht von Westphalen. Leipz. 1829. I. Thl. S. 11; von Osnabrück außer den oben angeführten Werken

der Grafschaft Mark und in westphälischen Gegenden das Leibeigenthum oder die Eigengehörigkeit als das Verhältniß, nach welchem jemand in Absicht auf einen gewissen Hof einem Herrn, gegen erblichen Nießbrauch des Guts ⁶⁾ hergebrachte Leistungen abzutragen persönlich verpflichtet ist. Dem größten Theile dieser Verhältnisse liegt Hörigkeit zum Grunde ⁷⁾, obwohl Versuche der Gutsherren, in Gegenden, die keine Leibeigenschaft kannten, das Verhältniß einzuführen, sich nicht läugnen lassen ⁸⁾, und daher in jeder Gegend eine genaue Prüfung, wie das Verhältniß sich dort ausbildete, nothwendig ist. Von der Leibeigenschaft, die in anderen deutschen Ländern sich ausbildete, unterscheidet sie sich durch die Dinglichkeit des Verhältnisses, in so ferne dasselbe nur in Beziehung auf ein gewisses Gut vorkommt (daher sie mehr eine Hörigkeit genannt werden kann), so wie durch die anerkannten eine Art von Erbrecht enthaltenden Ansprüche der eigengehörigen Familie auf das Gut ⁹⁾. Damit ist nicht zu verwechseln das Verhältniß der Hofhörigen ¹⁰⁾ und Hausgenossen ¹¹⁾, deren Rechte (ohne wahre Unfreiheit) nach dem Haupthofe und dem speziellen Hofrechte beurtheilt werden, während andre Benennungen auf ältere Ministerialverhältnisse deuten ¹²⁾.

besonders Struikmann prakt. Beitr. zur Kenntniß des Osnabrück. Eigenthumsrechts. Lüneburg, 1826—35 (enthält 20 Abhandlungen). f. noch überhaupt Sommer Entwicklung der bauerlichen Rechtsverhältnisse. II. Bd. S. 140—426. Seiberg in Ulrich neues Archiv für preuß. R. VII. Bd. S. 210 und dort S. 233, wie man später frühere nicht unfreie Verhältnisse zur Begründung von Leibeigenthum mißbrauchte.

6) Klöntrup alphabet. Handbuch. I. Thl. S. 290—323. II. S. 113. Holsche Beschreib. von Tecklenburg S. 189.

7) Es kommen auch in Westphalen, obwohl selten und zerstreut, wahre Leibeigene vor. Sommer von den Bauerngütern S. 124; von der Grafschaft Mark f. Rive S. 96.

8) Sethe von den Leibgewinnsgütern S. 24. 97, und dazu Rive S. 96.

9) Die Münsterische Eigenthumsordnung Thl. I. Tit. I. §. 1. spricht von einem Erbnießbrauch. Merkwürdig ist es, daß die Bauern im Münsterischen, als man ihnen Verwandlung des Leibeigenthums in Erbpacht anbot, dies verweigerten. Rindlinger Geschichte der Hörigkeit S. 141. Gut über westphäl. Leibeigenschaft Wigand Provinzialrecht von Paderborn. II. S. 340.

10) Auch hier ist große Verschiedenheit in den einzelnen Gegenden. Strodtmann de jur. curial. Einleit. §. 6 und Böhmers Vorrede. Klöntrup alphabetisches Handbuch. II. S. 175. Sethe von den Leibgewinnsgütern S. 24. v. Strombeck Provinzialrecht von Westphalen. I. S. 27.

11) Acta Osnabrug. I. p. 113—126. Osnabr. Unterhaltungen. 1770. V. S. 66. Klöntrup II. S. 139—149. Richard S. 394. Nekenberger Hausgenossenrecht in Kress Erläut. des Archidiaconalwesens im Anhang. S. 154. Gut Wigand Provinzialrecht von Minden S. 137.

12) J. B. bei den Kammerlingen, Strodtmann de jure curial. lit.

§. 92. [§. 76.] Entstehung der Unfreiheit.

Begründungsarten der Unfreiheit sind 1) die Geburt, wobei früh zweierlei Systeme galten, indem nach dem einen, wenn ein Theil der Ehegatten unfrei war, das Kind der ärgeren Hand folgen sollte ¹⁾, während später nach dem Satz: *partus sequitur ventrem* das Schicksal des Kindes nach dem Stande der Mutter bestimmt wurde ²⁾; 2) freiwillige (jedoch die schon gebornen Kinder nicht verbindende) Ergebung, wobei schon früh die *chartae* ³⁾ *obnoxiationis* ⁴⁾ vorkommen. Als Arten stillschweigender Ergebung konnten betrachtet werden a) die Heirath einer freien mit einer unfreien Person, jedoch nur, wenn damit der *animus* der Ergebung unter die Leibeigenschaft des Herrn des anderen Ehegatten verbunden war ⁵⁾; b) die Uebnahme eines unfreien Gutes ohne alle Reservation, wo das Landesgesetz diese stillschweigende Eigengebung aufstellt ⁶⁾, c) die Ansiedlung an Orten, wo die Lust eigen machte ⁷⁾, obwohl dies Sprüch-

p. 105. 128. Schraßert Stücken tot den Codex p. 387. Engberts diss. p. 30—32. Wigand Prov. v. Minden. II. S. 114.

- 1) Ripuar. Tit. 58. §. 11. Urk. in Kremers rhein. Franzien S. 237 und Urk. in Hiltaus gloss. p. 795. Sachsenspiegel. I. 51. III. 73. Schwabenspiegel cap. 328. Oesterreich. Landrecht in Ludewig rel. MS. IV. p. 8. Gute historische Nachrichten in Lauriere glossaire du droit françois. II. p. 103.
- 2) Nach Analogie von L. 24 Cod. de agricolis. Diese Ansicht galt in Schwaben allgemein; Hagenmüller Geschichte von Kempten. S. 216. Grimm Rechtsalterthümer S. 325. s. noch Schönsches Gesetz. VI. 5; s. aber Rosenwinge S. 17. Balthasar de homin. propr. II. cap. 1. §. 4. Eggert von der Leibeigenschaft S. 50. Münster. Eigenthumsordn. II. 1. Senabr. II. 2. Baier. Landrecht. VIII. §. 5. Wächter würtemb. Privatr. I. S. 152. Hall Handb. IV. S. 205.
- 3) Leg. Alem. I. cap. 1. Bainwar. V. §. 6. Sachsensp. III. 42. Münster. Eigenthumsordn. II. 9. Senabr. II. 3. v. Kampz mecklenb. Civilrecht. II. S. 507. Grimm S. 327.
- 4) Marcull form. II. 19. 28. s. noch Schwabensp. cap. 54. §. 13.
- 5) Ripuar. 18. 58. Marcull II. 29. Eisenhart Recht in Sprüchwörtern S. 75. Daher kommt das Sprüchwort: „Treiffst du mein Huhn, so wirfst du mein Hahn.“ Münster. Eigenthumsordn. II. §. 7. Baier. Landr. VIII. §. 7. Martini de nat. et ind. hom. propr. cap. III. Balthasar I. cap. 2. §. 11. Eggert S. 50. v. Kampz I. c. S. 507. s. noch gut Bouthier Cout. de Bourg. II. p. 416. Grimm Alterthümer S. 326. Strufmann Beitr. zur Kenntniss nr. XVII. S. 9.
- 6) Münsterische Eigenthumsordn. I. 2. Neue Ravensberg. Eigenthumsordn. II. §. 3. Eichhorn Privatr. S. 204. Gemeinrechtlich kann man aus der bloßen Uebnahme des unfreien Guts keine Eigengebung folgern; gut Montigny I. S. 309. Strufmann I. c. S. 10—12.
- 7) Eisenhart Sprüchw. S. 73. Möser patriet. Phantasien. II. 24; auf diese Regel bezieht sich der Ausdruck: Wildfang. Weishaar würtemb. Privatr. I. S. 44. Riccius spic. p. 86.

wort nicht immer auf eine wahre Leibeigenschaft deutete ⁸⁾. Auch kam es hier darauf an, ob dies nur bei denjenigen wirkte, die nicht das Bürgerrecht an dem Orte erwarben, oder allgemein, und ob im letzten Falle die Leibeigenschaft nur so lange dauerte, als er an einem gewissen Orte sich aufhielt, oder überhaupt so begründet wurde, daß auch nach dem Wegziehen die Unfreiheit fortbauerte ⁹⁾. 3) Die Verjährung ¹⁰⁾, jedoch nur in so ferne sie als unvordenkliche oder als gewöhnliche Klagenverjährung die Klage des Unfreien ausschließt ¹¹⁾.

§. 93. [§. 77.] Verhältnisse des Unfreien zum Herrn.

Die Abhängigkeit des Unfreien vom Leiherrn äußert sich außer den Rechten, welche dem Leiherrn als dem vollen Eigenthümer des vom Unfreien bebauten Guts zustehen, a) in der Verpflichtung zu Diensten ¹⁾, welche häufig als unbestimmte Frohnen ²⁾ vorkommen, b) in gewissen vorzüglich bei Leibeigenen gewöhnlichen Abgaben ³⁾, ohne daß man von Leistung des Leibzins ⁴⁾ oder Kopfszins ⁵⁾ sicher auf Leibeigenschaft schließen kann; c) in dem Zwangsdienste ⁶⁾,

8) Bodmann vom Besthaupt. §. 101.

9) In Württemberg kommen die verschiedenen Arten vor. v. Wächter Handb. I. §. 154 in not.

10) Stamm tract. Lib. III. cap. 13. Martini cap. III. §. 3. Eggers §. 58. Darstell. der in der Laufs geltenden Rechte §. 28. Münster. Eigenthumsordn. II. 12. Kellinghauser Eigenthumsordn. I. §. 10. Minden Eigenthumsordn. I. 1. Baier. Landrecht §. 6. Falk I. c. §. 205. v. Wächter I. §. 155.

11) §. zwar Unterholzner Verjährungslehre. II. §. 394. gegen Annahme der Verjährung. Struckmann Beitr. XVII. §. 15.

1) Versuch einer Darstellung der in der Oberlausitz Statt findenden Rechte §. 39. Man behauptet zu viel, wenn man Pflicht zu ungemessenen Frohnen bei Leibeigenen als Regel annimmt. v. Kampff II. §. 514. Zu weit geht Maurenbrecher II. §. 888. s. noch über das Merkmal der Ungemessenheit Falk §. 209.

2) Die Dienste der Besitzer des Guts sind wieder verschieden von denen der übrigen Anangesessenen. Von der Frohnenpflicht ist aber nicht auf Leibeigenschaft zu schließen. Gruppen disc. for. p. 1012. s. über die Dienste Falk Handb. IV. §. 207.

3) J. V. census capitalis, Bodmann vom Besthaupt §. 9. Pottgiesser de statu servor. Lib. II. cap. 6. Grimm §. 383.

4) Geisfried Geschichte der ständischen Gerichtsbarkeit. II. Bd. §. 121.

5) Rindlinger Geschichte der Hörigkeit §. 198. v. Wächter Handb. I. §. 157. Koppfer württemberg. Privatrecht. I. §. 361. Die Abgabe hieß auch oft Mannssteuer. Oft mußte nur jeder, der sich verheirathete, oft jeder, der eine eigne Haushaltung gründete, den Zins zahlen.

6) Klöntrup Abhandl. der Lehre vom Zwangsdienste. Osnabr. 1801. Rindlinger Geschichte der Hörigkeit §. 98. Richard von den Bauernknechten §. 424. — Daß jeder Leiherr das Recht hatte, Zwangsdienst zu fordern, läßt sich nicht behaupten. Struckmann Beitr. nr. XVII. §. 39.

als der Verbindlichkeit der Kinder des Leibeigenen, eine gewisse Zeit hindurch unentgeltlich dem Herrn Dienste zu verrichten; zuweilen geht jedoch der Zwang nur darauf, daß die Kinder, wenn sie aus dem väterlichen Hause traten, vorerst ihrem Herrn ihre Dienste anbieten, und gegen Lohn gewisse Zeit dort dienen mußten 7). Da der Zwangsdienst manchmal bloß aus Vogtei- oder aus polizeilichen Gründen, um dem zu häufigen Verlassen des Bauernstandes entgegen zu wirken, entstanden ist, so beweist dieser Dienst nicht nothwendig für das Daseyn der Leibeigenschaft 8). Auch das Recht des Herrn, die freie Standeswahl zu beschränken, hängt mit Dienstzwang zusammen 9). d) In dem Rechte des Herrn, mit dem Gute, zu welchem die unfreie Familie gehört, den Unfreien zu veräußern 10), was aber, wenn nicht das Partikularrecht diese Ausdehnung gestattet, nicht zu dem Rechte ausgedehnt werden kann, den Leibeigenen ohne Beziehung auf das Gut zu veräußern 11); e) in dem Rechte des Herrn, den Leibeigenen, der ohne seinen Consens sich dem Herrn entzog, zurückzufordern [Besatzungsrecht genannt] 12); das Reclamationsrecht ist gegen den Unfreien selbst oder gegen einen andern, der ihn vorenthält, zu richten 13); f) in der Pflicht des auf dem Gute sitzenden Unfreien 14), sich ohne Consens des Herrn nicht

7) In diesem Sinn kommt das Verhältniß oft ohne Rücksicht auf Leibeigenschaft vor, z. B. in Sachsen; hier hat dann der Dienstzwang die Natur eines *juris protimiseos* der Herrschaft auf Dienstmische gewisser Personen. s. Dorn *Geänderecht* S. 111. s. noch Hänsel *Exsurje zum säch. Civilrecht* II. Thl. S. 138.

8) Haubold *sächs. Privatrecht* S. 101. Fischer *Kameral- und Polizeirecht* I. S. 757. Sommer von den Bauerngütern S. 191.

9) Riccius *spicil.* p. 93, und Eggers über Beschaffenheit der Leibeigenschaft S. 90.

10) Manzel *de eo quod circa homines proprios* II. §. 3. Eggers §. 20. *Denabr. Eigenthumsorden.* cap. 2. §. 4. Münster. *E. D. I.* Tit. 2. §. 11.

11) Nach dem älteren Rechte kamen freilich auch Veräußerungen ohne das Gut vor. Pottgiesser *de statu* L. II. c. 4. 5. s. noch Riccius *spicil.* p. 100. Beweise von Veräußerungen der Leibeigenen im Mittelalter v. Wächter I. S. 157; und von späterer Zeit Falk IV. S. 218.

12) Unrentlich *vindicatio* genannt. Eichhorn *Privatrecht* S. 206. s. noch Falk *Handb.* S. 206.

13) Pottgiesser II. cap. 9. *Daries de jure vindic. servos fugitivos*. Francof. 1761. *Mevius vom Zustand der Bauern* qu. 4. nr. 9. Preuß. Landr. §. 155. *Kind quaest.* tom. II. p. 378. Ueber Einfluß d. Bundesakte Art. 18. s. Bundeschluß über Abzugsfreiheit von 1817 §. 4. in *Eminghaus corp. jur.* vol. II. p. 671.

14) *Gruppen de uxore theat.* p. 1—35. Pottgiesser *de statu serv.* p. 361. *Kindlinger Geschichte der Hörigkeit* S. 115. Richard I. c. S. 419. Hofmann *Eherecht* S. 10. Piper von dem Bodemuthsrecht in Westphalen.

zu verheirathen ¹⁵⁾, und für den Consens gewisse Abgaben zu bezahlen ¹⁶⁾, obwohl aus dem Daseyn dieser Abgabe kein Recht des Herrn gefolgert werden kann, den Consens zu verweigern; auch kann der verweigte Consens obrigkeitlich ergänzt werden ¹⁷⁾; der Mangel des Consenses kann auf keinen Fall der Gültigkeit der Ehe des Unfreien schaden ¹⁸⁾. Abgaben für die Consensertheilung können nur gefordert werden, soweit Herkommen oder Landesgesetz dafür spricht ¹⁹⁾. Was von dem Rechte der Leihherren auf die erste Nacht (*droit de culage* ²⁰⁾, ou de *prélibation*) behauptet wird, beruht auf einer Verwechslung ²¹⁾ der an manchen Orten vielleicht faktisch vorgekommenen Mißbräuche mit einem begründeten Rechte, oder mit Abgaben, die oft für gewisse kirchliche Dispensationen bezahlt wurden, obwohl man nach Urkunden glauben kann, daß selbst Usurpation der Leihherren sich das Recht auf Abgaben für die Ausübung des ehelichen Rechts des neuvermählten Leibeigenen an einigen Orten verschaffte ²²⁾. Gewiß ist der Glaube an dies Recht der ersten

Halle, 1761. Grimm S. 384. Mit Unrecht deht man dies so aus, daß auch der nicht auf dem Gute Wohnende den Consens des Herrn zur Ehe einholen soll. Struikmann Beitr. nr. III.

- 15) Im Mittelalter veranlaßten die Streitigkeiten mit den Leihherren oft die Bestimmung, daß die Ehe der Leibeigenen mit Ungenossen, d. h. die einem andern Leihherren gehörten, nicht gestattet seyn sollte. Bluntschli S. 499. Haggenmüller l. c. S. 217. Oft war für den Fall eine besondere Abgabe (*ungenossenanii*) bestimmt; Moser die bayerl. Lasten der Würtemberger S. 170. 173.
- 16) Unter den Namen: Bettelund, Bumed, Braatlauf, Frauenzins, Hemb-schilling, Bunzengroschen, Bauermiethe, Schürzengeld, Gürtelgeld; s. noch Bluntschli Rechtsg. I. S. 189. Reyscher I. S. 359.
- 17) Münster. Eigenthumsordn. Tit. 9. §. 5. Lausiger Unterthanen: Ordn. Art. 2. Preuß. Landr. §. 161. Reyscher würtemb. Privatr. I. S. 357.
- 18) Pottgiesser de statu serv. p. 360. Richard von den Bauerngütern S. 396—400. v. Kampß II. S. 518. Falk Handb. IV. S. 206. not. 82. Merkwürdig ist die Geschichte, wie die christliche Kirche allmählig erst noch die Ehen der Leibeigenen als wahre Ehen schützte. (s. Tit. X. de coning servor.) Boehmer Jus eccl. Protest. ad Lib. IV. Tit. 9. Forti istituzioni civili. vol. II. p. 255 etc.
- 19) Eichhorn S. 208; von Marchetta, Dümge, Symbolik german. Völker S. 18—28. Bettelund in Westphalen bezeichnet auch die Summe, die der Gutsherr, dessen leibeigene Knecht geschwängert wird, erhält. Klöntrup Handb. I. Thl. S. 140.
- 20) Merlin repertoire du droit françois. III. p. 277. VIII. p. 107. s. noch Raepsaet recherches historiques sur l'origine du droit connu sous le nom de droit de premiere nuit. Gand. 1817.
- 21) Gruppen de uxore theotisca. p. 34. Pottgiesser p. 378. s. jedoch grundlose Ansichten in Fischer Polizeirecht. I. Theil. Seite 749. s. auch gegen dies Recht Houard anciennes loix des François. I. p. 332, und Houard traité. II. p. 259.
- 22) Spuren dieses Rechts kommen nur vor in Rußland; s. Zwerß ältestes

Nacht durch manche obscöne Bezeichnungen des Heirathsgelds der Leibeigenen entstanden. g) Die Abhängigkeit des Leibeigenen äußert sich noch in der oft ohne Rücksicht auf Unfreiheit durch Schutzverhältnisse entstandenen ²³⁾ [auch oft bei Ministerialen ²⁴⁾ und selbst vertragsweise bei Zinspflichtigen ²⁵⁾ vorkommenden] Pflicht zum Sterbfall ²⁶⁾, als dem Rechte des Leiherrn, zu verlangen, daß ihm aus dem Nachlasse des Unfreien eine pars quota des Nachlasses (dann oft Erbtheilung ²⁷⁾ genannt), oder ein durch Wahl des Herrn zu bestimmendes bewegliches Stück ²⁸⁾, gegeben werde. Manche Gründe sprechen für die Annahme, daß dieser Sterbfall bei Hörigen aus der nämlichen Grundansicht, wie das *reuerium* ²⁹⁾ bei dem Lehen hervorging, und als Beschränkung des Rechts der natürlichen Erben erschien. Das Vorkommen dieser Abgabe unter Umständen,

Recht der Russen S. 70. und nach Grimm S. 384 in einem Weisthum von Mure bei Zürich S. 4. f. über dies Weisthum Bluntshli I. S. 190. Von Frankreich und Savoyen f. Lauriere glossaire du droit françois. I. p. 307. Die wichtigsten Beweise dieses Rechts in Frankreich in dem alten Gedichte: le Jongleur. f. historial de Jongleur, chroniques et legendes publiées par Langlet et Morice. Paris, 1829. — Den 3ten Beweis in Winspeare degli abusi feudali p. 130. f. noch Urk. von 1166 Rapp in der Zeitschrift für Tyrol. III. Bd. S. 43.

23) Kindlinger I. c. S. 117—121. Richard S. 87. 346. Heinzeel ant. II. p. 475. 504. Urkunde von 812 in Leukfeld annal. etc. Lit. B. p. 243. Wigand Gesch. v. Corvei. II. S. 109. Neyscher S. 363.

24) Montag Geschichte. II. S. 618.

25) Urk. in Hanselmann Bew. von der Landeshoheit S. 207. Beweis, daß Adelige mortuarium gaben, in Sethe von der Natur der Zeitgewinnsgüter S. 162 und in Urk. im Anhang S. 173. f. noch vom Todfall bei den Freizinsern Hagenmüller S. 216.

26) Pottgiesser de statu. L. II. cap. 11. Rodmann histor.-jurist. Abhandlung von dem Veshaupt. Mainz, 1794. Buri von den Bauerngutern S. 131. Schneidt thes. jur. L. VIII. p. 1364.

27) In den fränkischen Gegenden (Urk. von 1115 hat ervideila in Günther cod. dipl. p. 184). Kindlinger S. 141. Sommer Entw. II. S. 395. Von den schwäbischen Gegenden im Mittelalter Hagenmüller Gesch. von Kempten. S. 217.

28) Genannt: mortuarium, Kurmede, Fallrecht, todte Hand, Hainrecht, Bankebung, Veshaupt, Buttheil, vorzüglich Hauptrecht. f. von Würtemb. v. Wädter Handb. I. S. 158; auch Todlait, z. B. in Monum. boie. II. p. 29. IV. p. 378; auch bescheiden Bett; in Frankreich hieß es meilleur cattel, f. Merlin repert. VIII. p. 163; auch echute, f. Boubier Cout. de Bourgogne. II. p. 537. Kunde S. 549. Lauriere gloss. L. p. 205. Raepsaet analyse de l'origine des Belges. III. p. 25. Gegen Kindlingers Hypothesen mit Recht: Sommer Entw. II. S. 389. Die Größe des Sterbfalles ist nach den Quellen höchst verschieden, f. bei Sommer I. c. S. 391.

29) In England kommt auch relief de vilain vor. Leg. Guilel. conquest. f. Phillips engl. Rechtsgesch. II. S. 215—17; auch in Frankreich Lauriere gloss. II. p. 299. Grimm Rechtsalterth. S. 361—74.

wo sie oft auch bei Freien vertragsmäßig ³⁰⁾ stipulirt wurde ³¹⁾, während wieder Leibeigene vorkommen ³²⁾, die gar kein Besthaupt geben, macht es unmöglich, vom Sterbfall auf Unfreiheit zu schließen. Völlig ungegründet ist die Vorstellung, daß der Leihherr den Sterbfall nur *jure dominii* ziehe ³³⁾, daher kann auch vom Separationsrecht im Concurse nicht gesprochen werden ³⁴⁾. Die Pflicht zum Sterbfall kann als dingliche oder persönliche vorkommen ³⁵⁾; in der ersten Qualität trifft sie nur das Vermögen des verstorbenen unfreien Gutbesizers; wo sie (als persönlich) auch bei allen (daher den nicht hofgeessenen) Unfreien, ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht, vorkommt ³⁶⁾, trifft sie diejenigen, welche eigenes Vermögen besitzen ³⁷⁾. Nur bei dem Tode einer Person tritt regelmäßig Besthauptpflicht ³⁸⁾ ein ³⁹⁾, und bei Uebergaben unter Lebenden, z. B. Leihzuchtbestellung, muß der Tod des Uebergebers abgewartet werden ⁴⁰⁾. Wo Erbtheilung begründet ist ⁴¹⁾, succedirt der Leihherr mit den Kindern und dem Ehegatten des Verstorbenen im bestimmten

30) Daher kommt auch bei völlig Freien oft Besthaupt vor. Urf. von 1221 in Lang regest. II. p. 125. Nach Urf. von 1254 gab auch ein Kloster Besthaupt; s. Rindlinger Gesch. der Hörigkeit S. 279.

31) In Urf. ist Buttheil und Besthaupt oft getrennt. Guden cod. dipl. II. p. 46. Haltaus gloss. p. 203. Schneidt p. 1388. s. noch Pottgiesser p. 550.

32) Sommer von den Bauerngütern. I. S. 185. Bodmann S. 72.

33) Bodmann vom Besthaupt S. 264. Gründler Polemik. I. S. 147. Struflmann Beitr. XVII. S. 19.

34) Bodmann S. 91. s. noch Harprecht tract. de succ. P. II. p. 921. s. aber Weidhaas württemberg. Privatr. I. Thl. S. 59.

35) Bodmann S. 153, verglichen mit Struben obs. nr. 8. Maurenbrecher I. S. 349. Neue Ausg. S. 758.

36) Dies galt regelmäßig in Württemberg; Reyscher Privatr. I. S. 364.

37) Oft kommt die Pflicht nur vor bei denjenigen, die aus der ältesten Were getreten sind. Schöpllin als. dipl. II. nr. 689. Bodmann S. 109. Struflmann Beitr. XVII. S. 17. Maurenbrecher l. c. vermuthete die Persönlichkeit der Last; in der neuen Ausgabe S. 759. stellt er keine Vermuthung auf.

38) In Urf. bei Ludewig rel. MS. I. p. 1118 heißt Besthaupt der census ultimus, per quem utique omissa vel neglecta supplantur servitia.

39) Struflmann l. c. S. 26. In Baden kommt Heerdrecht vor, das nur bezahlt wird, wenn der Leibeigene in einem leibeigenen Hause stirbt. Häufig aber bezeichnet Heerd nur symbolisch den eigenen Hausbesitz, so daß Heerdgeld auch eine Keallast bedeutet. Reyscher S. 384.

40) Riccius apic. p. 112. Bodmann S. 219. Runde Rechtslehre von der Leihzucht S. 481—487. Da man bei Leihzucht eine success. anticipata annahm, so kamen die Landesrechte freilich zu verschiedenen Vorschriften. Auch in Württemberg wurde sogleich Besthaupt eingezogen bei der Uebergabe.

41) Wertwürdige Art, wie man sich der Erbtheilung entziehen konnte: Nive von den Bauerngütern S. 228.

Theil des Nachlasses; bei Berechnung des Sterbfalles werden die Schulden zuvor abgezogen ⁴²⁾. — Zu den Pflichten der Leibeigenen gehören noch nach einigen Statuten h) Unterwerfung unter den Dienstzwang ⁴³⁾ als das Recht des Leihherrn, den in Leistung seiner Pflichten säumigen Leibeigenen ohne Zuziehung des Gerichts zur Leistung zu nöthigen, z. B. durch Auspfändung, woraus aber keine Jurisdiction des Leihherrn zu folgern ist; i) Unterwerfung unter ein mäßiges Züchtigungsrecht des Herrn ⁴⁴⁾.

§. 94. [§. 78.] Verhältniß in Bezug auf das Gut.

Zu Bezug auf das Gut, welches der Unfreie bewirthschaftet, ist derselbe nur Wirth, und hat nur die zur Bewirthschaftung und Erhaltung der Stätte nothwendigen Verfügungsrechte ¹⁾. In Bezug auf die Erwerbungen wird zwar vermuthet, daß sie Zubehörungen des Guts seyen, wenn nicht der Unfreie beweist, daß er sie anderswoher erwarb ²⁾; kann aber dies erwiesen werden, so verfügt der Unfreie über seine Erwerbungen ³⁾, und eine Beschränkung in diesem Rechte kann nur durch das Recht des Herrn auf den Sterbfall eintreten. Zu Prozessen bedürfen die Unfreien Consens des Herrn nur, in so ferne über das Gut verfügt oder diesem eine Last aufgelegt werden soll ⁴⁾. Die Erbfolge unfreier Familien in das Gut ist kein wahres Erbrecht, allein in so ferne die Leibeigenschaft den Charakter einer Eigengehörigkeit angenommen hat, steht den Kindern der Leibeigenen schon durch Geburt ein Recht an der Stätte zu, wobei aber das überall hier entscheidende Interesse des Leihherrn in der Wahl des tauglichsten Nachfolgers einflußreich sich zeigt ⁵⁾. Auch bei leibeigenen Gütern findet Interimswirthschaft statt. ⁶⁾

42) Münster. Eigenthumsordn. II. Thl. Tit. 8. §. 2. Minden Ravensberg. cap. VIII. Osnabr. cap. 6. Nellinghausen cap. VIII. (in Neue S. 491.) Strufmann Beitr. nr. XIII.

43) Lodtmann acta Osnabrug. I. p. 143. Münster. Eigenthumsordn. I. Thl. Tit. 5. §. 4. Strufmann XVII. S. 43.

44) Münster. Eigenthumsordn. I. c. §. 1. Baier. Landr. I. Thl. cap. 8. §. 16. Riecius spie. p. 97.

1) Minden Rad. cap. 10. §. 1. Strufmann Beitr. XVII. S. 28.

2) Minden Ravensb. cap. III. §. 4. Osnabrück. XI. §. 1. Nellinghauser E. D. IV. §. 24. v. Kämpf II. S. 516.

3) Klentrupp Handb. I. S. 296. Ueber Recht zu schenken Strufmann I. c. S. 29.

4) Klentrupp S. 298. Osnabr. E. D. XIV. 3.

5) Buri von den Bauerngütern S. 392. Minden Rad. cap. XI. Nellinghauser Eigenth.-Ordn. Tit. VII. Münster. Eigenth.-Ordn. II. Tit. 9.

6) Eggers von der Leibeigenschaft S. 173. Kunde von der Interimswirthschaft S. 103, besonders neue Ausgabe S. 34. 196.

§. 95. [§. 79.] Allgemeine persönliche Verhältnisse der Unfreien.

In Bezug auf den Staat hat der Unfreie alle allgemeinen Bürgerrechte ¹⁾; daher kann der Leibeigene seinen freien Verwandten ab intestato succediren ²⁾, auch als Erbe eingesetzt werden ³⁾; er übt väterliche Gewalt über seine Kinder wie ein Freier aus ⁴⁾. Auch ist er völlig erwerbsfähig, und das Recht der activen und passiven Testamentsfähigkeit kann ihm nicht abgesprochen werden ⁵⁾; nur die active Fähigkeit wird durch manche Landesgesetze ⁶⁾ eben so, wie die Fähigkeit zur Vornahme mancher Handlungen ⁷⁾, durch die Rücksicht auf das Gut, worüber er nicht verfügen kann, und durch den Sterbfall beschränkt. Die Rücksicht, daß zum Genuße der vollen Bürgerrechte bürgerliche Freiheit und Ehre gehörten, erklärt in den Landesgesetzen manche Zurücksetzung Unfreier ⁸⁾, daher einige Gesetze bestimmt die Ausschließung der nicht entlassenen Leibeigenen von Aemtern und Würden ⁹⁾ aussprechen. Die Zeugnisfähigkeit der Leibeigenen überhaupt läßt sich nicht bestreiten ¹⁰⁾; aus der Notariatsordnung ließe sich höchstens ableiten, daß Leibeigene keine Solennitätszeugen seyn können ¹¹⁾, allein die Anwendung dieser Stelle ist immer in der Praxis bestritten worden ¹²⁾. Wegen des Abhängigkeits-

1) v. Rumpff Civilrecht. II. Thl. §. 510; f. aber Pottgiesser. L. III. cap. 1. Baier. Landr. cap. 8. §. 1. Münster Eigenthumsordn. III. Tit. 1. §. 1. Mathis jurist. Monatsschr. III. §. 54. Kellinghauser Eigenthumsordn. §. 70. v. Wächter Handbuch. I. §. 159.

2) Kellinghauser Eigenthumsordn. §. 20.

3) Eggers §. 197.

4) Eggers §. 189.

5) Dönabr. Eigenthumsordn. cap. 4. §. 24. Röntrupp I. §. 301. f. Balthasar de hom. propr. p. 240. Kunde §. 552. Gerflacher Handbuch der Reichsges. X. Bd. §. 1968, und noch Ravensberg. Eigenthumsordn. Tit. 11. §. 12. Huanus de homin. propr. cap. 6. Mantzel spec. 2 jur. meklenburg. p. 12. Glück Erl. der Pandecten. 34r Thl. §. 63.

6) Münster. Eigenthumsordn. III. Tit. 4. §. 1. Dönabr. cap. 6. §. 9. Wichtig Strufmann Beiträge §. 32. Ravensb. VIII. §. 1. 2. Ueber Würtemberg, wo später die Testamentsfähigkeit der Leibeigenen anerkannt war. f. Wächter Handb. I. §. 160.

7) J. B. von der Bürgerschaft, Röntrupp I. §. 204. Strufmann l. c. §. 33.

8) Wegen Aufnahme in Zünfte, Kulenkamp Recht der Handwerker §. 83.

9) Kellinghauser Eigenthumsordn. §. 85.

10) Irrig ist daher Pottgiesser lib. III. cap. 3. f. richtig v. Wächter Handb. I. §. 159.

11) Notariatsordn. von 1508. Tit. von Testamenten.

12) Eramer Beglar. Nebenstunden. Thl. II. §. 21. Kunde Priv. §. 552.

Gründler Polemik. I. §. 148. Glück Erläut. Bd. 34. §. 310.

verhältnisses vom Herrn nahm man oft den Unfreien als verdächtigen Zeugen bei Prozessen des Herrn an; auch erklärt sich daraus die Sitte, um dem Zeugnisse Glaubwürdigkeit zu verschaffen, die Leibeigenen, die zeugen sollten, ad hunc actum ihrer Pflicht zu entbinden ¹³⁾, obwohl dies eine nutzlose von der besseren Praxis nicht mehr beobachtete Formalität ist ¹⁴⁾).

§. 96. [§. 80.] Aufhebungsarten der Leibeigenschaft.

Außer der freiwilligen vom Willen des Herrn abhängigen Freilassung ¹⁾ kamen immer schon Fälle vor, in welchen die Gesetze die Leibeigenen gegen Uebermacht und Härte ihrer Herren in Schutz nahmen, und die Herren zur Freilassung nöthigten ²⁾. Als eine allgemeine Gewohnheit darf es betrachtet werden, daß Grausamkeit von Seite des Herrn dem Leibeigenen das Recht gebe, Freilassung zu fordern ³⁾. Auch das wissentliche Zugeben des Herrn, daß der Leibeigene eine mit der Leibeigenschaft nicht verträgliche Lebensart anfängt, gilt als Art der stillschweigenden Freilassung ⁴⁾. Die Verjährung muß als Erlösungsgrund in so ferne angenommen werden ⁵⁾, als die dem Leiherrn zustehende Klage zur Reclamation eines Leibeigenen in der zur Verfolgung der Rechte durch Klagen nöthigen Zeit nicht angestellt wurde, wo es dann auch auf bona fides und titulus nicht ankommen kann ⁶⁾. Das Verhältniß der Freigelassenen in der älteren Zeit ^{6a)}, wenn nicht ausdrücklich alle

13) Pottgiesser p. 610. Eichhorn Privatr. §. 212. Boubier cout. de Bourgogne II. p. 463.

14) Reinhard Handbuch des bürgerlichen Prozeßes. I. §. 329.

1) Pottgiesser lib. IV. Heinkecius ant. germ. tom. III. lib. II. cap. 10. Grimm §. 331. Eichhorn §. 51. Kindlinger Geschichte §. 30. Münser. Eigenthumsordn. Thl. IV. Sächs. VIII. Strufmann XVII. §. 45. Ravenst. cap. XIV. Baier. Landr. I. c. §. 19.

2) Capitul. Carol. M. VI. cap. 14. Cap. VII. cap. 286. Cap. 816. cap. 6. Schwabenspiegel cap. 61. 410. Baier. Landr. §. 19.

3) Leyser jus georg. cap. 7. §. 38. Mevius vom Zustande der Bauern §. 72. Eggers §. 74. Kind quæst. II. p. 389. Kreitzmaier Ann. I. Thl. §. 631. v. Kamp §. II. §. 513. Nach Falk Handb. IV. §. 211. war in Holstein der Mißbrauch kein Aufhebungsgrund.

4) Eggers §. 66.

5) Pottgiesser IV. cap. 13. Balthasar diss. II. cap. 3 p. 16. Riccius de praescript. german. cap. 17. Eggers §. 70. Eichhorn §. 215. Baier. Landr. I. c. §. 18. Strufmann Beitr. XVII. §. 45.

6) In Württemberg bestand 30jährige Verjährung. Kopsch I. §. 367. In Holstein genigte 10jähriger Aufenthalt außer dem adelichen Gute bei vererblichten Leibeigenen. Falk Handb. IV. §. 211.

6a) Heinkecii antiq. III. Lib. II. cap. 11. Eichhorn §. 51. 343. not. Rosenvinge §. 21. 56. Grimm §. 335.

Freiheitsrechte gegeben wurden, äußerte sich in einem fortdauernden Schutzverhältnisse zu dem bisherigen Herrn, später wurde der Leihherr oft Guts herr des Freigelassenen 7). Durch Freilassung treten nach der später in der Praxis entstandenen Ansicht sogleich die vollen Freiheitsrechte ein. In Bezug auf das bisherige leibeigene Gut hängt es davon ab, ob besondere neue Verhältnisse zwischen dem Herrn und dem bisherigen leibeigenen Besitzer verabredet wurden. Will der Leibeigene, im Falle eine gegründete causa manumissionis vorhanden ist, sich freikaufen, [gegen ein gewisses von dem Herrn zu bestimmendes Lösegeld, lytram] 8), so kann der Unfreie, wenn der Herr aus unerheblichen Gründen Freilassung verweigert, richterliche Hülfe imploriren 9).

III. Abschnitt.

Heutiges Verhältniß des Bauernstandes.

§. 97. [§. 90.] Begriff und Arten der Bauern.

Bauer 1), in dem nach dem juristischen Sprachgebrauche des vorigen Jahrhunderts allgemein angenommenen Sinne 2), ist derjenige, welcher auf dem flachen Lande wohnt, Landwirthschaft als Gewerbe treibt und keinem höheren Stande angehört 3). Ob der Besitzer sein Gut persönlich bewirthschaftet, oder unter seiner Aufsicht durch Andere bewirthschaften läßt, ist gleichgültig 4). Die Bezeichnungen Voll- oder Halbbauern 5), Pferdner, Ausspänner 6) beziehen sich

7) Runde §. 557.

8) Meinders de jurisdict. colon. p. 135. Hofmann collect. script. et mon. I. p. 45.

9) Kellinghauser Eigenthumsordn. §. 82. 83. Münster. Eigenthumsordn. Thl. IV. Tit. 1. §. 4.

1) Die Bedeutung ist höchst verschieden. Westphäl. Magazin. II. Bd. S. 258. f. Weishaar württembergisches Privatrecht. I. S. 259. Schöpsch lüneburg. Privatr. §. 482. Kreitmaier Anmerk. V. S. 1839. Haubold Lehrbuch S. 521.

2) Westphäl. deutsches Privatrecht. I. Thl. S. 241. Geseuius Meierrecht. II. S. 43. Hagemanns Landwirthschaftsrecht S. 83. Rixe von den Bauerngütern S. 5. Sommer von den Bauerngütern S. 19. Eichhorn Privatr. S. 598. Gut Hünfel Exkurse zum sächs. Civilrecht. III. S. 94.

3) Preuß. Landr. II. 7. §. 1. Maurenbrecher Privatr. II. S. 876. Reyscher württemberg. Privatr. I. S. 348. f. noch v. Bunge livländ. Privatr. I. S. 110.

4) Bielig Comment. zum preuß. Landr. VI. Thl. S. 45—51.

5) Litus dimidiatus in Schannat Buchonia vetus p. 331.

6) J. B. in Sachsen. Hünfel l. c. S. 108.

auf Bauern, welche einen geschlossenen Bauernhof mit Pferden bewirtschaften; eine juristische Bedeutung ist damit nicht verbunden, und nur die Größe der Besizung wird durch den Ausdruck bestimmt. Die Ausdrücke: Häuslinge ⁷⁾, Gärtner, Dreschgärtner ⁸⁾, Hinterfassen ⁹⁾, Einlieger ¹⁰⁾, Söldner ¹¹⁾, Brinkfiger ¹²⁾, Rötter ¹³⁾, deuten auf Personen, welche in der Dorfgemeinde nur einzelne Aeder oder Gärten besizen ¹⁴⁾, oder nur das Recht der Niederlassung im Dorfe haben, ohne vollberechtigte Mitglieder des Dorfs zu seyn ¹⁵⁾; allein auch solche Personen werden doch zu den Bauern im weiteren Sinne gerechnet ¹⁶⁾. Der Ausdruck: Pfarrbauer ¹⁷⁾ [Dotale] bezieht sich auf diejenigen Bauern, welche wegen ihres Grundstücks dem Pfarrer, als Gutsherrn, zu gewissen Leistungen

7) Auch Hausgenossen. Hänsel I. c. §. 111.

8) D. h. Besizer von Häuschen und etwas Gartenland, mit Verbindlichkeit, der Herrschaft dreschen und ernten zu helfen. Klein's Annalen der Gesetzgebung. XXV. Bd. S. 65.

9) Ist gleichbedeutend mit Grundhold; häufig bezeichnet es einen Tagelöhner, der um oder hinter dem Hause eines Bauern in einem Häuschen sitzt. Westenrieder gloss. p. 246. Schon d. kaiser. Rechtsbuch v. 1340. Tit. 13. Art. 26 eifert gegen die Anhäufung der Hinterfassen in den Dörfern; oft bezeichnet Hintersasse den, qui non habet haereditatem vel agros in villa. Urk. von 1264 in Kindlinger Geschichte der Horigkeit nr. 32.

10) Eggers von der Leibeigenschaft S. 78. 141. 181; von den Büdnern, s. Eggers S. 76. 139. 180. In der hessischen Landgemeindeordnung vom 2. März 1841. §. 8. sind Einlieger und Alle, die nicht im eigenthümlichen oder erbpachtweisen Besitze eines Wohngebäudes sind — nicht stimmberechtigt in Gemeindeangelegenheiten.

11) Von Burgemeiern, s. Gesenius II. S. 59; von Bonden und Lansen, Westphalen mon. ined. praef. II. p. 80. Hennings Hülfsbuch S. 95. — Bende heißt in Holstein ein Eigenthumsbauer, Lansen ist ein Pächter. s. Paulsen Lehrbuch des schleswig. Privatrechts S. 58. 62. Ueber die Bedeutung von Brodie in Holstein s. Hoff IV. S. 200.

12) Urk. in Harenberg ant. Gandersheim. p. 1174. Haltius p. 187.

13) Auch Kossate schon im Landbuch der Mark S. 45. 213. s. noch Grimm Mierth. S. 318; von Groß- und Kleinföthern, s. Gesenius II. S. 45. In Urk. heißt Kote ein domunculus, Westphalen mon. III. p. 1549. s. noch merkw. Spelman gloss. p. 153 und Möser Schnabr. Gesch. I. S. 5.

14) Eichhorn Privatrecht S. 600.

15) Ueber die prozeßualische Bedeutung s. Erläut. sächs. Prozeßordn. Tit. 18. §. 5. Preuß. Gerichtsordn. X. §. 228. nr. 10. Wichtig wird es nämlich, daß solche Leute in Gemeindeprozessen in der Regel gültige Zeugen seyn können.

16) Scholz im jurist. Magazin, neue Folge für bürgerl. R. Braunsch. 1838. II. Bd. 48. H. S. 422.

17) Auch Dotalen, Widums-, Gotteshausleute, Peterlinge, Altmänner, Märtenmänner genannt. s. Apel de orig. rustie. dotal. eorumque cond. in Sax. Lips. 1795. Kopp Grundherrlichkeit S. 73. Kopp in Kuchenbecker annal. hass. coll. IX. p. 65. Treuer Untersuch. des Ursprungs des Märtenmannes. Helmst. 1733. Steiner Gesch. d. Freigerichts S. 119.

verpflichtet sind ¹⁸⁾. Andre Bezeichnungen ¹⁹⁾ beziehen sich auf die Namen der Bauerngüter ²⁰⁾, oder auf ältere Hofe ²¹⁾ oder auf besondere Schutzverhältnisse ²²⁾. Wo in einem Landesgesetze von gewissen Zurücksetzungen ²³⁾ oder von Beschränkungen, welchen Geschäfte der Bauern unterworfen werden ²⁴⁾, oder von Ausschließung von gewissen Rechten die Rede ist, wird der Ausdruck Bauer in dem oben angegebenen engeren Sinne aufzufassen seyn, jedoch so, daß es dabei auf den Grundbesitz oder auf Theilnahme am Gemeinderechte nicht ankommt ²⁵⁾. Wo dagegen der Grund eines Gesetzes, welches bei Bauern eigne Vorschriften enthält, in der Zerstreutheit der Wohnungen auf dem Lande und der Schwierigkeit liegt, alle Förmlichkeiten der Gesetze zu erfüllen, bezieht sich das Gesetz auf alle, die auf dem Lande wohnen, ohne Rücksicht auf ihren Stand ²⁶⁾.

§. 98. [§. 91.] Rechtsverhältnisse der Bauern.

Der Bauernstand ist zwar in Deutschland häufig in den Landesgesetzgebungen als ein vielfach zurückgesetzter betrachtet; allein gemeinrechtlich läßt sich keine solche Zurücksetzung aufstellen. Die Bauern im Verhältnisse zum Staate sind in ihren Geschäften freie Staats-

18) S. gut Hänsel Exkurse. III. S. 101.

19) Der Ausdruck Petersfreier, z. B. in Dönabrüt, bezieht sich auf den Schirmverwandten des heiligen Petrus oder des zeitigen Landesherren, unter dessen Schutz (Hode) er steht, um nicht zu verbleiern. Wöser Dönabr. Gesch. I. Thl. 1r Abschn. S. 40. Klöntrup II. S. 167, III. S. 88.

20) J. B. Zinsbauern Amts-Sattelsmeier; s. Führer meierrechtliche Verfass. in Lippe S. 166.

21) J. B. von Vollschuldigen, Rindlinger Gesch. der Hörigkeit S. 88; von Sonderleuten, Rindlinger l. c. S. 47; von einläufen Leuten, Richard von den Bauerngütern S. 207; vom einläufigen Mann, s. Schatzmann de jure marcar. p. 44.

22) Von Kemeringen, s. Holsche Beschreibung von Tecklenburg S. 187. Strodman de jure curial. p. 128; von Wetterfreien Thur- oder Nothfreien, Klöntrup alphabet. Handbuch. III. S. 9. 301; von Bießerfreien, Wöser patriot. Phantas. II. S. 186. Klöntrup I. S. 151. Merker von den Freisassen in Mähren und Schlesien. s. Zeitschrift für österr. Rechtsgelehrsamkeit. 1840. Notizenblatt S. 437 1c.

23) Nach Partikulargesetzen bei den Wesseln, Lehen. Die Reichspolizeifordn. von 1530. Tit. X. §. 1. spricht bei der Kleiderordnung vom gemeinen Bauersmann.

24) J. B. wegen Bestätigung ihrer Verträge. Bülow und Hagemann prakt. Erörter. IV. nr. 83. Kunde von der Leibeucht S. 522.

25) Scholz im jurist. Magazin l. c. S. 427.

26) J. B. bei dem testamento rusticorum. — Notariatsfordn. von 1512 Tit. von Testamenten §. 2. Warezoll im Archiv für civilist. Praxis. IX. Bd. S. 304. Eminghaus im civil. Archiv Bd. XIX. S. 250.

bürger ¹⁾, und daher als fähig zu allen bürgerlichen und politischen Rechten zu betrachten, in so fern nicht das Landesgesetz eine abweichende Vorschrift enthält. Im Verhältnisse zum Dorfe erscheinen sie als Mitglieder der Gemeinde, und im Verhältnisse zum Gutsherrn sind sie zu den Leistungen, welche vertragsmäßig ihnen obliegen, pflichtig. Einzelne Zurücksetzungen sind Folgen der ehemaligen Ausschließung der Bauern von Vorrechten der Städte ²⁾, oder der Ansicht vom Bauernstande als dem niedrigsten Stande. Ohne Landesgesetz aber dürfen Bauern wegen ihres Standes eben so wenig in bürgerlichen Verhältnissen zurückgesetzt werden, als man gemeinrechtlich von Privilegien ³⁾ der Bauern sprechen kann, selbst die Entschuldigung wegen Rechtsunwissenheit ist nicht für alle Bauern als solche zu erweisen ⁴⁾, da man das, was von der *rusticitas* als bäuerischer Einfalt gesagt ist, nicht auf den Bauernstand überhaupt ausdehnen darf. Eigenthümliche Privatrechte, die sich auf den Güterbesitz beziehen, sind in der Lehre von den Bauerngütern anzuführen.

§. 99. (§. 81. 92.) Veränderungen in den Bauernverhältnissen durch neue Gesetze.

Schon seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts hatte die Ausbildung der Staatswirthschaft, die Mischung der Stände, die Vertheidigung gewisser Ideen von Gleichheit aller Unterthanen eine Milderung der Lage des Bauernstandes durch Gesetze bewirkt; durch die seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts entschiedener begründete Ueberzeugung von der Nothwendigkeit der Aufhebung der Feudalverhältnisse, durch die eigene Ueberzeugung der Herren von den Vortheilen der Freigebung der Bauern ¹⁾, und durch das Streben, die materiellen Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft zu sichern, mußte das Bedürfniß, alle Zurücksetzungen des Standes der Landeigenthümer zu vertilgen, bestimmter in der Gesetzgebung hervortreten,

1) Preuß. Landr. II. 7. §. 148. Maurenbrecher II. S. 877.

2) Haubold Lehrbuch §. 452. Curtius sächs. Civilt. I. Thl. S. 276.

3) Nettelbladt *de rusticor. jur. et obl. sing. falso vel merito susp.* obs. 3.

4) Hommel obs. 477. Mühlenbruch im Archiv für civilist. Praxis. II. Bd. S. 448. v. Savigny System des römischen Rechts. III. S. 436. s. aber auch Reyscher würtemb. Privatr. I. S. 349.

1) Einflußreich wurde die Schrift: Ueber Bedenken über die Frage, wie dem Bauernstand Freiheit zu geben. Leipzig, 1769.

und neue Verfassungen gaben auch dem Landwirth die völlige Gleichstellung mit den übrigen Bürgern durch Theilnahme an landständischen Rechten 2). Die Versuche der Gesetzgebungen zur Umgestaltung der bauerlichen Verhältnisse sind höchst verschieden. I. Am allgemeinsten ging das Bestreben dahin, die Unfreiheit der Bauern aufzuheben 3). Die Wege, welche man hiezu wählte, sind verschieden, je nachdem man 1) den Weg einschlug, die Leibeigenschaft 4) völlig so aufzuheben, daß der Leiherr keine Entschädigung erhielt und das Gut in volles Eigenthum des bisherigen Unfreien überging 5), oder 2) daß man nur gewisse rein persönliche Ausflüsse der Leibeigenschaft ohne Entschädigung aufhob 6); da aber, wo die Leibeigenschaft mit

- 2) Mein Artikel: Bauer in der Encyclopädie. VIII. Thl. S. 167. — Die Gesetzgebungen schwanken aber noch über diese Theilnahmerechte. s. von Weimar Sachs. Handbuch S. 622; baier. Verf. d. Landst. S. 8; württembergische Verfassungsurk. S. 134; badische Verfassungsurk. S. 37. Die königl. sächs. Verf.-Urk. S. 68 und die hannoversche S. 98 sprechen ausdrücklich von Abgeordneten des Bauernstandes. Auch die neueste Verfassungsurk. vom 24. Sept. 1841 für Schwarzburg-Sondershausen S. 109 spricht nur von bauerlichen Grundbesitzern.
- 3) Zu den frühen Aufhebungsgesetzen gehören die in Preußen schon seit Friedrich I. s. Krug Gesch. der staatswirthschaftl. Gesetzgeb. in Preußen. I. S. 114—235. Dohm Denkwürdigkeiten. IV. Bd. S. 403. Arndt Verf. einer Geschichte der Leibeigenschaft S. 228. Durch preuß. Landr. II. Thl. Tit. VII. S. 148 wurde die Leibeigenschaft und durch Gesetze von 1807 vom 9. Okt. wurde auch die Erbunterthänigkeit aufgehoben. 1708 wurde auf den Domänen in Preußen die Unterthänigkeit aufgehoben; das Gesetz von 1807 dehnte die Aufhebung auf alle Güter in dem ganzen Reiche aus. In Oesterreich, Aufhebung durch Joseph. Gesetz vom 20. Dez. 1782. Destr. Civilgesetzbuch S. 16. Gute Darstell. des Verhältnisses in Winwarters Handbuch der Justiz- und polit. Gesetze. Wien, 1835. I. Bd. S. 43. Springer Statistik des österr. Kaiserthums. I. S. 302. v. Kremer Darst. der für Oesterreich seit 1820 für d. Unterthanenverh. erlass. Gesetze. Wien, 1836. s. noch von Ungarn über voriges und jetziges Bauernverh.: Zeitschr. f. österr. Rechtsgelehr. 1839. Notizenblatt S. 141. In Baden, Gesetz v. 28. Juli 1783, abgedruckt in v. Drais Geschichte der Regierung u. Bildung v. Baden unter Friedrich II. S. 23. in d. Beilagen. In Holstein, Resolut. v. 23. Juni 1797; völlige Aufhebung seit 1805. v. Ranzau Altensücke zur Geschichte der Aufhebung d. Leibeigenschaft in Holstein. Hamb. 1798. Das erste Beispiel der freiwilligen Aufhebung gab 1688 der Graf Ranzau. Die Regierung bereitete die Aufhebung schon am Ende des vorigen Jahrh. vor. s. überhaupt Falk Handb. IV. S. 214—22.
- 4) Leibeigenschaft (obwohl sehr gemildert) kommt noch vor in der Oberlausitz und in einigen Theilen von Hannover (obwohl die meisten früheren Gesetze sie aufhoben). Grefe Hannov. Privatr. II. S. 20. Nach der Ablösungsordnung vom 10. November 1831 S. 18. ist Leibeigenschaft in Hannover ablösbar, und nach der Ablösungsordn. von 1833 soll sie vom 10. August 1836 von selbst aufhören.
- 5) J. B. im Königr. Westphalen v. 12. Dez. 1808, und im Bergischen v. 9. Dez. 1811, und in allen einst zu Frankreich gehörigen deutschen Provinzen.
- 6) J. B. in Baiern, Gesetz vom 31. August 1808. Würtemb. Gesetz vom 31. August 1808. Badisches Gesetz vom 17. Juni 1819. Oldenburg. Gef. vom 10. März 1814, und Gesetz vom 2. August 1830 für Vechta und Kloppenburg. Hannover. Gef. für Lingen v. 9. Mai 1823.

dem Besitze eines Guts verbunden war, zwar die rein aus der Leibeigenschaft stammenden Verbindlichkeiten aufhören sollten, wogegen die auf dem Gute haftenden bestehen blieben, und nun das Gutsverhältniß nach den Grundsätzen von dem dominium utile beurtheilt wurde 7); oder die Gesetzgebung hob 3) die Leibeigenschaft gegen Entschädigung auf 8), wenigstens in Bezug auf Leibeigene der Privatpersonen, und zwar so, daß das Verhältniß nicht blos für auflösbar, sondern selbst für aufgehoben erklärt wurde, und der Staat aus Staatsmitteln die Entschädigung übernahm; 4) andere Gesetzgebungen gaben dem Leiherrn und dem Leibeigenen das Recht, durch Aufkündigung das Verhältniß aufzulösen 9). Bei der Entscheidung, was dann, wenn Leibeigenschaft gesetzlich aufgehoben wird 10), als aufgehoben gilt, entsteht häufig eine Schwierigkeit deswegen, daß manche Prästationen eben so oft reine conventionelle auch bei freien Gütern begründete Leistungen sind 11), als sie in Verbindung mit Leibeigenschaft vorkommen. Im Zweifel können als wahre Ausflüsse der Leibeigenschaft dann nur als aufgehoben gelten: a) das bisherige Recht des Herrn 12), die Standeswahl des Leibeigenen zu beschränken,

7) v. Mey baier. Staatsrecht. II. Thl. S. 11.

8) J. B. im Großherzogthum Hessen, Gesetz vom 25. Mai 1811. Eigenth. Hess. Verordn. III. S. 223. Goldmann die Gesetzgebung des Großherzogth. Hessen in Beziehung auf die Befreiung des Grundeigenthums. Darmstadt, 1831. S. 106. Ueber die Ausführung in den ständes- und patrimonialherrl. Gebieten: Gesetz vom 5ten Juni 1827. Goldmann l. c. S. 109. Der Gegenstand ist jetzt in Hessen ganz erledigt. Ergänzung und Fortsetzung der Schrift v. Goldmann S. 73. In Nassau, Verordn. vom 1. Januar 1808, 3. September 1812. In Württemberg, Ges. vom 18. November 1817. s. darüber Weichhaar württemberg. Privatrecht. I. S. 393. Das Edict von 1817 war jedoch nicht hinreichend; erst das Gesetz vom 29. Oktober 1836 beendigte das Uebel und regulirte genau die Entschädigung; Reyscher Privatr. I. S. 369. 389. v. Mohl Staatsrecht. I. Thl. S. 341 ff.

9) J. B. in mecklenburg. Ges. vom 22. Februar 1820. s. über die ungenügende Weise dieser Aufhebung Fall neues Staatsbürgerl. Magazin. IV. Bd. S. 806. s. überh. über die verschiedenen Wege der Gesetzgebung Rau Lehrb. der politischen Oekonomie. II. Bd. 68—94.

10) Rarrende Worte über diese Aufhebung in Kleins Annalen. XXV. Bd. S. 70.

11) J. B. bei dem Behaupt, daß in Baiern, Württemberg, Nassau, im preuss. Gesetz vom 25. September 1820 §. 9. als aufgehoben erklärt ist, und in Hessen und in Lingen (Gesetz §. 8.) fortbesteht, bis die Herren entschädigt sind. Nach baier. Bestimmungen (v. Mey II. S. 16.) ist die Abgabe, welche von der Verlassenschaft eines Grundbesitzen unabhängig vom Guts werth gefordert wird, als leibeigenschaftliche zu vermuthen; s. noch bei Arnold Beitr. zum deutschen Privatrecht II. Bd. S. 245 in not., wie weit Behaupt noch zu fordern ist.

12) Hannov. Verordn. für Lingen, §. 3. Oldenburg. vom 2. August 1830. §. 1—3.

b) Nothwendigkeit des Freikaufs, und c) der Einholung des Consenses zur Heirath, d) Recht des Leihherrn, den Leibeigenen in Ansehung der Verfügung über sein Allodium zu beschränken, e) Vindikationsrecht, f) Dienstzwang. Wenn der bisherige Leihherr Abgaben, die vorher der Leibeigene leistete, noch fortdauernd als gutherrliche verlangt, muß er den Beweis ihrer von der Leibeigenschaft unabhängigen Natur führen; aber eben so muß das Recht dem Leibeigenen zustehen, den Beweis zu führen, daß eine von ihm als nicht leibrechtliche geforderte Abgabe eine leibeigenschaftliche sey. Die bloße gesetzliche Aufhebung der Leibeigenschaft giebt dem Leibeigenen keine Eigenthumsrechte an dem Gute, das er bisher baute. Wo aber Leibeigenschaft gesetzlich aufgehoben ist, bezieht sich dies auf alle im Lande bestehenden leibeigenschaftlichen Verhältnisse ¹³). II. Eine andere Richtung der Gesetzgebung ist die, das ohne Rücksicht auf Unfreiheit begründete gutherrliche Verhältniß aufzulösen, entweder a) indem das Gesetz das gutherrliche Verhältniß ¹⁴) ohne alle Entschädigung aufhebt ¹⁵), oder b) andre Gesetzgebungen davon ausgingen, daß die Guts Herren entschädigt werden müßten ¹⁶); c) einige Gesetze gestatten nur den Bauern das Obereigenthum abzulösen ¹⁷); d) einige reguliren nur die Ablösung der Reallasten ¹⁸); e) andre [insbesondere die preussischen Gesetze] ¹⁹) sind darauf gebaut, durch Ver-

13) Daher auch auf die standesherrl. Gebiete in Württemberg. Wieß rechtl. Gutachten von Tübingen, ob die Ausflüsse der persönlichen Leibeigenschaft in W. unbedingt aufgehoben (Ulm, 1835), verglichen mit Weishaar I. S. 595, und Wieß über Aufhebung der Zehenden, Leibeigenschaft (Ulm, 1833), und Keyser die grundherrlichen Rechte des würtemb. Adels. Tübingen, 1836. S. 152.

14) Gute Bemerkungen in Lünkel die bauerlichen Lasten in Hildesheim. 1830. Weichsel Beitr. zur Charakteristik der gutherrlichen Verh. Zerbst, 1830. Goldmann die Gesetzgebung des Großherzogthums Hessen in Beziehung auf Befreiung des Grundeigenthums. Darmst. 1831. v. Harthausen über Agrarverf. im Norden Deutschlands. Berlin, 1829. Hierher gehört auch die in not. 9 angeführte gute Darstellung in Rau's Lehrbuch der politischen Oekonomie. 2ter Bd. S. 68—94.

15) J. B. in den mit Frankreich vereinigten Departements. f. Stündel über die Abschaff. der Lehenverf. in Frankreich. Crefeld, 1805.

16) J. B. französ. Decret vom 12. Dezember 1808 für die neuen vereinigten Gegenden; Decret vom 13. September 1811 für das Großherz. Berg; hierzu Götter geschichtl. Entwurf der gutherrl. und bauerl. Verhältn. Deutschlands. Berlin, 1820. Hannov. Gesetz für Lingen v. 9. Mai 1823.

17) J. B. Baiern, Gesetze schon seit 1799 vom 3. Mai. Zusammenstellung im Unterricht im Hofmarkrecht. IV. Thl. S. 491. Edikt über gutherrl. Rechte vom 26. Mai 1818; von Württemberg, Edikt vom 18. Nov. 1817; von Baden vom 5. Okt. 1820, vom 20. Okt. 1821.

18) S. unten davon bei den Reallasten.

19) S. preuß. Edikt vom 25. September 1820 für die zum Großherzogthum

theilung des Bauernguts zwischen Gutsherren und Bauern nach dem Verhältnisse, in wie ferne bisher der Bauer erbliche Rechte an dem Gute hatte oder nicht, die Rechte auszugleichen. — Man muß sich bei der ganzen Lehre hüten, überall nur von der Vermuthung rein feudaler Verhältnisse auszugehen, und muß erwägen, daß auch da, wo das gutherrliche Verhältniß völlig durch Gesetze aufgehoben ist, bei dem nämlichen Gute manche Abgaben rein conventionell ohne alle Feudalbeziehung vorkommen, welche daher in ihrer Eigenschaft als Grundrenten ²⁰⁾ (*rentes foncieres*) unter der Aufhebung des gutherrlichen Verhältnisses nicht begriffen seyn können. Hier können die Namen der Abgaben, obwohl mit Vorsicht, den Richter leiten ²¹⁾. Immer muß dem Herrn, welcher behauptet, daß eine ihrem Namen nach zwar als feudal erscheinende Abgabe eine privatrechtlich begründete Reallast sey, gestattet werden, den Beweis seiner Behauptung zu führen, und wenn dieser Beweis geführt ist, die Abgabe ferner zu beziehen ²²⁾. Da, wo Landesgesetze dem Bauernstand überhaupt,

Berg und hanseat. Departement gehörigen Länder. Edikt vom 21. Juli 1821 für die Ober- und Niederlausitz; vom 8. April 1823 für Posen, Westpreußen und Kulm. s. noch Schrader *Agraria* d. preuß. Monarchie, oder Zusammenstellung aller über Landkultur und bäuerl. Verhältn. ergangenen Verordnungen. Magdeburg, 1824. Weichsel rechtshist. Unterf. über gutherrl. und bäuerl. Verhältn. II. 90. 190. Sommer von den Bauerngütern S. 214. Ueber das nach Einführung der neuen Gesetze in Westphalen bestehende Verhältniß s. Wigand *Provinzialrecht* von Paderborn. I. S. 67 u. II. Thl. S. 423. Wigand *Provinzialrecht* von Minden. I. S. 117. II. Bd. S. 271, und Welter das gutherrlich-bäuerliche Rechtsverhältniß in Beziehung auf die vormaligen Eigengehörigen u. in Westphalen. Münster, 1836.

20) Hier ist der Zustand der französischen Legislation lehrreich. s. Foelix et Henrion *traité des rentes foncieres suivant l'ordre de Pothier*. Paris, 1822. — Weiß Uebersicht des Thatbestandes, Prozeßgesch. u. Rechtsmittel in einer bei rheinhess. Gerichten anhängigen Sache. Mainz, 1827. Zacharia, welche Rechte hat der Gläubiger bei einer vorbehaltenen Rente. Heidelberg, 1828.

21) Das französ. Decret vom 9. Vendem. Jahr IX, abgedruckt in Siebenpfeiffer *Samml. der Gesetze für Rheinbairn*. V. S. 186, vermuthet als *rentes foncieres* die Erbpacht, Erbzins, Redum, Theiltraube, Grundzins; ungeachtet dieser Vermuthung darf aber der Zinsmann den Beweis beibringen, daß diese Abgaben doch feudal seyen. s. noch über französ. Recht *l'Emphyteose allemande ou bail hereditaire emphyteot* d'après les statuts. Mayence, 1813. s. noch Merlin *repertoire* vol. II. p. 455, X. p. 438. Das französ. Decret vom 9. Dezember 1811 für die Ober- und Elbsaßenden s. in Merlin XI. p. 500. Gesetz vom 9. Oktober 1807, 28. Oktober 1819, 14. September 1811. Dekret vom 9. Juni 1819. Gesetz über gutherrl. Verhältn. in Westphalen vom 25. Sept. 1825, und Gesetz vom 7. Juni 1821.

22) Die neue preuß. Cabinetsordre vom 29. Okt. 1835 erklärt, daß für alle bis 1. April 1834 bezahlten Renten die Vermuthung gelte, daß sie nicht feudal seyen.

ohne Rücksicht auf die Eigenthumsrechte an seinen Gütern, Beschränkungen auslegen, dauern sie auch fort, obgleich das gutherrliche Verhältniß aufgehoben ist, und eben so dauert, wenn das Gesetz nicht weiter geht, und bloß die Freiheit der Person und Freiheit des Eigenthums der Bauern ausdrückt, die bisher mit dem gutherrlichen Verhältnisse verbundene polizeiliche Gewalt der Herren fort ²³).

III. Abtheilung.

Von der bürgerlichen Ehre und der Verminderung derselben.

Historische Einleitung.

§. 100. [§. 93. 94.] Ansichten des deutschen Rechts.

Nach dem Charakter des öffentlichen Lebens und der damaligen Macht der Meinung, insbesondere der Standesgenossen, nach der Art der Absonderung der Stände im deutschen Rechte, mußten die Ansichten von Ehre ¹) eigenthümlich sich ausbilden ²). Nach dem Zusammenhange von Freiheit, voller Rechtsfähigkeit und Ehre stand die vollste Rechtsfähigkeit ³) nur dem völlig Freien und damit zugleich ihm die höchste Ehre zu. Wer durch sein Benehmen sich dieser Ehre nach damaligen Ansichten unwürdig machte, war rechtlos ⁴), in so ferne er die Rechte verlor, welche dem Freien im

23) v. Kampß Jahrbücher der Gesetzgebung. Heft 67. S. 337.

1) Ueber den altdeutschen Begriff: Hüllmann Städtewesen. II. S. 206. — Polit. Betrachtungen über german. Ehre Bollgraf im neuen Archiv des Criminalrechts. X. nr. 9, und Bollgraf System d. prakt. Politik. III. S. 83. Maurenbrecher I. S. 148. Neue A. I. S. 319. Phillips Grundr. II. S. 44. Neue A. I. S. 267. Kepscher würtemb. Priv. I. S. 286. Falk Handb. des holsteinisch. Privatr. IV. S. 263. Luden in Weiske Rechtslexikon. III. S. 607.

2) Heineccii elem. Lib. I. Tit. 17. p. 324. Huth spec. jur. germ. de his qui notant infam. Alt. 1723. Gündorbe Werke. Thl. II. S. 187. Marejoll über die bürgerl. Ehre, gänzliche Entziehung und theilweise Schmälerung. Gießen, 1824.

3) Der Sachsenspiegel III. 28. setzt den Rechtlosen die vollkommnern Leute an ihrem Rechte entgegen.

4) Sachsenspiegel I. 37. 40. 68, III. 16. 45. 70; verm. Sachsensp. I. c. 15. dist. 4, III. c. 10. Eichhorn Rechtsgeschichte S. 194. 394. Marejoll S. 295. 301. Weiske Privatrecht S. 3. f. vorzüglich Nietzsche de prolocutoribus. Lips. 1831. p. 13 in not. Die Bezeichnungen der Rechtlosigkeit waren verschieden, z. B. echt-, recht-, siegel-los. Urf. in Baring clavis dipl. adp. p. 79. Hergott geneal. II. p. 336. Ludewig rel. Ma. II. p. 202. Stellen gesammelt in Rumpf de nonnullis convent. german. accessor. p. 2 etc. Am häufigsten hieß ein

Gefetze oder Gebrauch zustanden, insbesondere Rechte, die sich auf Rechtsverfolgung beziehen; darnach konnte der Rechtlose nicht Richter oder Schöffe über Freie seyn, nicht für Andere bei Gericht auftreten ⁵⁾ und nicht Zeugniß gegen Freie ablegen ⁶⁾. Diese Rechtlosigkeit war nicht bloß die Folge der Verurtheilung ⁷⁾ wegen gewisser Verbrechen ⁸⁾, sondern auch Folge eines gewissen eines freien Mannes unwürdigen Gewerbes ⁹⁾, nämlich der Kämpfer ¹⁰⁾, der herumziehenden Spielleute, und trat noch bei den unehelich Geborenen ¹¹⁾ ein. Die Ehrlosigkeit ¹²⁾ bestand zunächst in dem Verluste der Standesehre und Standesrechte ¹³⁾, daher z. B. bei dem Adel Ausschließung von den Ehrenrechten des Adels ¹⁴⁾; es scheint aber, daß da, wo sie Folge von Verbrechen war, auch die Rechtlosigkeit daran geknüpft war ¹⁵⁾. Diese Ehrlosigkeit ¹⁶⁾ war theils die Folge der Verletzung eines auf gewisse Weise bekräftigten Versprechens ¹⁷⁾, theils gewisser besonders schändliche Treulosigkeit enthaltender Ver-

Rechtloser ein verzeelter Mann, s. Klosssch das Verzeellen nach seiner Bedeutung. Dresden, 1765; auch war rechtlos gleichbedeutend mit uebersaiter Mann, Mon. boic. vol. III. p. 212, IX. 298, oder vertaner Mann. Mon. XIII. p. 405. s. noch Zeyß Rechtsgesch. S. 89.

- 5) Sachsenspiegel I. 40, II. 13. Kaiserrecht III. 7. Dortmund. Statuten in Dreyer Nebenstunden S. 435. Croy in Hudtwalker II. S. 400.
- 6) Kerscher Privatr. I. S. 287. Eigenthumsunfähig wurde zwar der Rechtlose nicht, aber der Vorrechte des echten Eigenthums und der Lehen wurde er unfähig.
- 7) Der Nichtseig I. 28. sagt: es gebe allerlei Strafen — einige nehmen dem Mann seine Leib, andere sein Recht, andere sein Gehalt, die vierden seine Ehre, die fünfte den gemeinen Frieden.
- 8) Sachsenspiegel I. 85. s. noch Croy in Hudtwalker criminal. Beitr. II. S. 347. Maurenbrecher I. S. 321.
- 9) Landshuter Urk. von 1279 in Krenners Anleit. zur Kenntniß der Landtage S. 111. Wiener Stadtrecht von 1278 in Kurz: Oesterreich unter Ottocar II. S. 15. Lüneburger Statut in Dreyer Nebenstunden S. 403.
- 10) Sachsenspiegel I. 38. Grimm Rechtsalterth. S. 677; vergl. mit Weiske S. 96, und vorzüglich mit Falk Handb. IV. S. 277, not. 33.
- 11) Sachsenspiegel I. 38. Angeblich schon Leg. Sal. XIV. §. 12. Marezoll S. 303. s. noch Rechtsbuch Ruprechts Art. 169. 184. Dieß Beitr. zur Lehre von der Legitimat. S. 37.
- 12) Kaiserrecht III. 5. 7, IV. 1. Sachsenspiegel I. 40. Schwabensp. cap. 81. 288. Köln. Stat. von 1337. Art. 13.
- 13) Hultaus gloss. p. 262.—267. Dreyer Abhandl. I. S. 3, III. S. 1194. v. Savigny Gesch. des röm. R. I. Th. S. 160. Meyer esprit, origine des institutions. I. p. 63. Marezoll S. 299. Eichhorn Privatr. S. 83. Maurenbrecher I. S. 322. Phillips I. S. 274. Euden im Rechtslexikon S. 623.
- 14) J. V. Turnierfähigkeit.
- 15) Kerscher I. e. S. 288. Nietzsche de proluco. p. 13. in not.
- 16) Verschieden in Urkund. ausgedrückt, z. B. truwelos und erelos. Guden III. p. 291, auch exlex in Ludewig rel. Ms. II. p. 222.
- 17) Ludewig rel. Ms. V. p. 581. Günther Cod. Rheno-Mosell. II. p. 378.

brechen ¹⁸). Wenn als Folge von Verbrechen ¹⁹) Ehr- oder Rechtslosigkeit eintreten sollte, mußte der Schuldige durch ein rechtliches Erkenntniß verurtheilt seyn ²⁰). Da der Ausdruck: Friede im deutschen Rechte selbst verschiedene Bedeutungen hatte ²¹), und es verschiedene Arten des Friedens gab, so kommt auch das Wort: friedelos ²²) in sehr verschiedenem Sinne ²³) vor, und scheint vorzüglich bei dem (Schloßen ²⁴), Befesteten ²⁵), gebraucht zu seyn, der wegen der gegen ihn erkannten Aht aus der Friedensgenossenschaft ²⁶) [Rechtsgemeinschaft] ausgeschlossen wurde ²⁷). Hier stand die Friedelosigkeit im Zusammenhang mit der damaligen Gerichts- und Prozeßverfassung, in so fern eine Person, welche der Ladung, vor Gericht zu erscheinen, beharrlich nicht gehorchte, mit der Aht belegt wurde ²⁸), und dann nach Verschiedenheit derselben von allen oder einigen Rechten, so lange er in der Aht war, ausgeschlossen wurde ²⁹).

18) Hieher gehörte z. B. Meineid, schon Capitul. I. a. 789. cap. 62. Sachsenspiegel I. 40, III. 78. Albrecht doctrin. de probat. secundum jus German. Regiom. 1825. I. p. 68—70. Ueber Zusammenhang der Ehrlosigkeit mit Verbr. Häberlin spec. saxon. jur. crim. Lips. 1838. p. 13.

19) In den alten Quellen wird gewöhnlich das Wort: ehrlos mit Zusatz: loswelos, trumelos verstärkt; altes Dithmars. R. art. II. VI. X.

20) Sachsensp. I. 38.

21) Albrecht von der Sewer S. 18.

22) Statut. Susat. in Häberlin Annal. p. 509. 520. Biarda Asegabuch S. 263. Westphalen mon. IV. p. 981.

23) Merkw. Rügisch Ridderecht Art. 208—9; altes Holstein. Landr. (herausgegeben von Lehmann) S. 63. Bambergensis Art. 241.

24) Sachsenspiegel I. 51. Haltaus gloss. p. 261. Weiske Privatr. S. 2.

25) Sachsensp. I. 67. 68.

26) S. jedoch auch Marejoll S. 292.

27) Phillips I. S. 268 vorzüglich über Bedeutung von vredelos: Verhandlungen pro excolend. jure patrio. I. p. 436, V. vol. in den Anmerkungen p. 175.

28) Im alten Rechte kam der forbannitus vor. Leg. Sal. 59. Ripuar 87. cap. 1. anno 809. Art. 11. Im Mittelalter kommt auch der Ausdruck: utlagatus vor. Fleta in Houard traité. III. p. 89. Hauschild Gerichtsverf. S. 180. Ropp Nachrichten von den geistl. und weltl. Gerichten. I. S. 152, in Beilagen S. 240. Die Aht äußerte ihre Wirkungen nach der Gewalt desjenigen, welcher sie erkannt hatte, ging also nur auf dessen Gerichtsprängel. Ropp über Verf. d. peinlichen Gerichte S. 233. Erst nach Jahr u. Tag entstand für den in die Reichsacht Erkannten die Oberacht, die mit Ehr- und Rechtslosigkeit verbunden war. s. Wigand Femgericht S. 422. Hauschild S. 180. s. überh. Klossch vom Verjellen S. 57. Albrecht von der Sewer S. 42. Marejoll S. 306.

29) Perthes de proscript. et hanno regio. Bonn, 1834. Phillips I. S. 271.

§. 101. [§. 95.] Bildung neuer Ansichten seit Verbreitung des römischen Rechts.

Seit dem XVI.¹⁾ Jahrhunderte²⁾ änderten sich die alten Ansichten, mit welchen die deutsche Ehr- und Rechtlosigkeit zusammenhing. Als durch die Verbreitung des römischen Rechts die Lehre von der römischen infamia bekannt wurde, fehlte es freilich nicht an Juristen, welche blind römisches Recht und daher auch seine Ansichten über infamia anwendeten³⁾, ohne zu erwägen, daß die römische infamia auf anderen, von den unserigen verschiedenen Verhältnissen beruhte⁴⁾. Die Meisten fühlten doch, daß die römische infamia nicht als gleichbedeutend mit der deutschen Recht- und Ehrlosigkeit betrachtet werden könne, und daß die mit den sittlichen Ansichten eines Volkes, dem öffentlichen Leben und den Staatseinrichtungen genau zusammenhängende Lehre von der Ehrenverminderung nicht aus dem römischen Rechte entlehnt werden könne⁵⁾, daher man wenigstens zugab, daß nicht das ganze römische Recht in dieser Lehre anwendbar sey. Man mußte einsehen, daß mit der Grundansicht des damaligen Straf-

1) Zwar kommt der Ausdruck: infamis schon früh vor; z. B. im canon. H. C. 2. 20. C. III. qu. 7. c. 2. 3. 6. 17. VI. quaest. 1. Marzoll S. 318. In authent. Frideric. Auth. agricultor. VIII. 17. Allein dies beweist nicht die Gültigkeit röm. Ansichten über Infamie.

2) Die beste Aufklärung über Ansichten des XVI. Jahrhunderts über infamia s. in den Gerichtsordnungen in dem Titel: Wer nicht Zeuge seyn kann. Wormser Reform. von 1495. I. Buch. Tit. XI. Freiburger Stat. von 1520. Fol. 18. Badisches Landrecht von 1588 (in der Sammlung. I. Thl. S. 86). Eine Schrift: Processus juris, herausgegeben von Ketschig 1561, Fol. 36 handelt umständlich von den infames, die dort anrühlich genannt werden. Die Statuten des XVI. Jahrhunderts und ihre Ansichten über infamia am besten gesammelt in Giesebert periculum statutorum p. 233.

3) Man darf sich durch Ausdrücke der Landesgesetze nicht irre machen lassen; oft heißt anrühlich, was eigentlich ehrlos heißen sollte; z. B. Lübbich. Recht. IV. Cap. 14. Rulm. Recht. V. Thl. Tit. 2. Cap. 23. Hamburg. Stat. IV. Thl. Tit. 4. Art. 5.

4) Nachgewiesen von Savigny System II. S. 173. 284.

5) Verschiedene Ansichten über Anwendung des römischen Rechts: Seichow sel. Capit. doct. de infamia. Gotting. 1770. Hüner über Ehre, Ehrlosigkeit, Ehrenstrafen. Leipzig, 1800. S. 67. Hagemester in Hugo's civilist. Magazin. III. Bd. nr. 8. Köhler Entw. der Grundr. des Strafrechts S. 479, und Pandekten I. S. 149. Berg jurist. Beobachtungen. I. S. 72. Rind quaest. III. nr. 55. Kreitmair Anmerkungen zum bair. Landr. V. Thl. S. 1847. Thibaut Pandekten S. 243. Dambold Lehrbuch des sächs. Privatrechts. S. 115. Wening Ingenheim Civilrecht. I. §. 91. Marzoll S. 311. Ortloff deutsches Privatrecht S. 200. Gröndler Polemik I. S. 158. Wächter die Strafarten und Strafanstalten in Württemberg. Tüb. 1832. S. 217. Luden l. c. S. 627.

rechts, nach welcher Ehrlosigkeit als schwere Criminalstrafe ⁶⁾ galt ⁷⁾, die nur durch ein Strafurtheil aufgelegt werden kann ⁸⁾, die römischen Ansichten unverträglich seyen ⁹⁾. So entstand durch den Gerichtsgebrauch eine aus einer Vermischung römischer und deutscher Ansichten gebildete deutsche Theorie von der Ehrlosigkeit ¹⁰⁾, bei welcher die alte Rechtlosigkeit wegen verächtlichen Gewerbes aufhörte oder in Anrüchtheit überging, und die Ehrlosigkeit ihren beschränkten Zusammenhang mit Standesehre verlor, und als der Verlust erschien, den ein wegen einer strafbaren Handlung durch gerichtliches Erkenntniß Verurtheilter an gewissen Ehrenrechten erlitt ¹¹⁾. Die Reichsgesetze bedienten sich zur Bezeichnung des Verhältnisses des Ausdrucks: ehrlos ¹²⁾; es ist selbst wahrscheinlich, daß ihnen römische infamia vorschwebte; allein es lag Mißverständniß des römischen Rechts zum Grunde ¹³⁾, und die bessere Praxis selbst erkannte, daß Ehrlosigkeit nur Folge gerichtlicher Verurtheilungen wegen strafbarer Handlungen sey ¹⁴⁾. Unerweislich ist es, daß bei uns eine zweifache Ehrlosigkeit bestehe ¹⁵⁾, nämlich die des deutschen Rechts und die römische in-

6) So erklärt J. Clarus in sent. lib. V. §. fin. qu. 72. nr. 1: est gravis poena infamiae.

7) C. C. C. Art. 104. 107.

8) Carpzov Praxis P. III. qu. 135. nr. 47—50. Hübner S. 118. Tittmann Handb. S. 125. Cod. crim. Bav. von 1750. Cap. I. §. 9. f. Eichhorn S. 260. Sachs Handb. des weimar. Privatrechts S. 187. Preuß. Gerichtsordnung Tit. X. §. 227. Hannov. Gesetz über Abschaffung der Folter vom 25. März 1822. Art. 6. f. noch Schweizer weimar. Staatsrecht S. 62. Heffter Lehrbuch S. 193.

9) Phillips I. S. 279.

10) Hünfel Bemerk. zum sächs. Civilrecht. II. Thl. S. 189. Maurenbrecher I. S. 150. Weiße Grundriß d. deutsch. Privatr. Leipz. 1832. S. 19. Paulsen holstein. Privatr. S. 39. Gaupp in der Hallischen Literaturzeitung 1831. nr. 10. S. 79. Franke in d. neuen Jenaischen Literaturzeitung 1842. S. 19.

11) Falk Handb. IV. S. 273. Maurenbrecher I. S. 324.

12) Reichsnotar.-Ordn. 1512. §. 2. Reichspolizeiordn. von 1577. Tit. 10. Meinf. Gerichtsordn. Art. 107. 8. 122. Keiterbestallung Max I. Tit. II. §. 62. Reichspol. von 1548. Tit. 22, von 1577 Tit. 23. Reichschluß von 1668 (welcher letzte aber nicht als Reichsgesetz publizirt wurde). f. noch Reichschluß von 1731 §. 13, wegen der Handwerksmißbräuche. Ueber die Ausdrücke der Landesgesetze. Verläumdhet oder demafelt bezeichnet nicht immer den Ehrlosen; f. z. B. Cod. bav. civ. P. III. cap. 3. §. 14. Badiſche Eidesordn. §. 2; auch unehrlich ist nicht immer gleich mit ehrlos. Jangen Beiträge zum deutschen Recht. I. Thl. S. 77. f. Ansichten der Landesrechte in Schrader Lehrbuch des holstein. Rechts. I. S. 211. Curtius sächs. Civilrecht. I. S. 216. Selchow braunschweig. Privatrecht S. 257. Kreitmaier Anmerk. zum bair. Landrecht. V. Thl. S. 1847. Paulsen holstein. Privatr. S. 39.

13) v. Savigny l. c. S. 229.

14) Falk Handb. IV. S. 275.

15) Wie Eichhorn in seinem Privatrecht S. 257—61 behauptet. f. dagegen meine Abhandl. in Fudtwalkers crimin. Beitr. I. S. 475.

famia; denn die letztere, so weit sie der deutschen mit unsern Straf-
rechtsgrundfätzen zusammenhängenden Grundansicht widerspricht, ist
in der Praxis unanwendbar geworden. Eine *infamia immediata* im
römischen Sinne ¹⁶⁾ ist demnach nicht anzunehmen ¹⁷⁾; allein wich-
tig wurde hier, daß die Landesgesetze und Landespraxis allmählig mit
gewissen Strafarten, oder mit einer gewissen schimpflichen Vollziehung
derselben, die Ehrlosigkeit verknüpft haben, und nur in diesem Sinne,
als vermöge Urtheils eine solche Strafe gegen eine Person vollstreckt
wird, kann man von einer mittelbaren Ehrlosigkeit sprechen. Auch
die Ansicht, nach welcher neben der Ehrlosigkeit des heutigen Rechts
noch eine Ehrlosigkeit des alten deutschen Rechts gelte, welche allein
im Verlust der Standesehre bestehen soll ¹⁸⁾, läßt sich weder nach
der Praxis noch nach den neuen Gesetzen begründen.

§. 102. [§. 96.] Heutiges Recht. Fälle, wo Ehrlosigkeit
eintritt.

Der Umfang der Rechte, die an die Ehre ¹⁾, als positives In-
stitut aufgefaßt, geknüpft sind, kann nur durch Gesetz oder Gerichts-
gebrauch in jedem Staate bestimmt werden ²⁾, und zwar entscheidet
die Strafgesetzgebung, in wie ferne der Ehrenverlust eintrete, um so
mehr, als darin ein schweres Uebel liegt, daß nur in Folge eines
Strafurtheils eintreten kann, und da immer anerkannt wurde, daß
entehrende Strafen ³⁾ die schwersten sind, so daß es unzumuthig
sein würde, wenn eine Folge, die man nur bei schweren Verbrechen
eintreten läßt, auch an die nicht durch ein strafgerichtliches Urtheil,
sondern auf andere Art nachgewiesenen Handlungen geknüpft würde ⁴⁾.
— Darnach kann es zum Eintreten der Ehrlosigkeit nicht genügen,
wenn nur von einer Person auf eine andere Art ⁵⁾ als durch Straf-

16) Diese behauptet zwar noch Marezoll S. 172, zum Theil auch Martin
Criminalrecht §. 90 not. 16 und Wächter über die Strafarten S. 230 16.

17) Heffter Lehrbuch S. 194. Neue A. S. 139. Maurenbrecher Privatr. I.
S. 151. Vergl. mit neuer Ausg. S. 323. Reisse Grundriss S. 20.
s. noch v. Wächter im Archiv für Civilpraxis, XXIII. S. 40.

18) Maurenbrecher I. S. 324 und S. 331.

1) Ueber die in neuen Gesetzgebungen geänderten Ansichten von Ehre s. v. Ja-
gemann im Archiv des Criminalr. 1838. nr. 9. 15. Franke in der Je-
naischen Literaturzeitung (s. oben §. 101. not. 10.).

2) Falk Handbuch. IV. S. 268.

3) Ueber ihre Bedeutung s. meine Schrift: über die Strafgesetzgebung in
ihrer Fortbildung. I. Thl. S. 273.

4) Dies wäre der Fall, wenn man die röm. Infamie im ganzen Umfang an-
wenden wollte.

5) Eine *infamia immediata* kommt darnach nicht vor. s. §. 101 not. 16.

urtheil die Verübung einer strafbaren That erwiesen wird; eben so wenig genügt es 2) wenn eine Person überhaupt wegen eines nach römischem Recht mit Infamie belegten Delikts mit einer nur polizeilichen 6) Strafe belegt wird 7). Bei der großen Verschiedenheit der Landesgesetze und der Praxis in Bezug auf Strafarten kann darnach Ehrlosigkeit nur eintreten, 1) wenn in dem von dem competenten Gerichte ergangenen Strafurtheil die Ehrlosigkeit erkannt worden ist 8), 2) oder auch wenn jemand wegen einer Handlung bestraft wird, an welche ausdrücklich ein Gesetz des gemeinen Rechts 9) (in so fern darnach geurtheilt wird), oder das Landesgesetz, die Ehrlosigkeit knüpft; oder 3) wenn jemand zu einer Strafe verurtheilt ist, welche in dem Landesgesetze oder in der Landespraxis als entehrende Strafe erklärt ist 10). Welche Strafen entehrend sind, wird durch die Landesgesetzgebung oder die Landespraxis bestimmt 11), nach welcher in vielen Ländern die durch Henkershand vollzogenen Strafen, oder der Pranger 12) als entehrend betrachtet werden 13). Eine Verurthei-

f. noch Eichhorn §. 87. Man beruft sich zwar auf die Stellen in Reichspolizeiordnung von 1530. Tit. 1. §. 5, Reichsschluss von 1668, wo steht: soll ipso jure aller Ehren entsezt seyn. f. noch Orloff S. 201. Auch in Partikularrechten soll dies vorkommen, z. B. württemberg. Landr. III. Thl. Tit. 20. f. Wächter Lehrb. des deutschen Strafrechts. I. S. 187. Runde Privatr. §. 307. Danz Handbuch III. S. 60. Man darf aber nicht das Mißverstehen des röm. R. in den Reichsgesetzen und die Praxis vergessen. f. noch Luden im Rechtslexikon S. 627.

- 6) Dies wird behauptet von Wächter in Sarwey Monatschrift für Justizpflege in Würtemb. I. Bd. 3. Heft. S. 191.
- 7) Das würtemb. Gesetz über die privatrechtlichen Folgen der Verbr. vom 5. Sept. 1830 §. 1. hebt die bisherige röm. infamia auf. f. v. Wächter im Archiv für Civilpraxis. XXIII. S. 39.
- 8) Dies ist in allen neuen Strafgesetzgebungen anerkannt.
- 9) Z. B. bei Meineid Art. 107 d. P. §. 5. D.
- 10) Siehe vom Unterschiede der ehrenrührigen Strafen. Götting. 1750. Kleinschrod Entwurf der Grundwahrheiten 2c. III. Thl. S. 87; auch in Frankreich hielt man d. Staupfesen für infamirend. Loisel institutes cout. II. p. 362. Eichhorn Privatrecht S. 285. Marezoll S. 366. f. noch für Erfindung entehrender Strafen preuß. Landrecht. II. Thl. Tit. 1. §. 61; von Holstein: Fall in der Samml. der wichtigsten Abhandlungen. Tondern, 1824. III. Bd. 2tes Heft. S. XIII, und Schirach Handbuch des holstein. Criminalrechts. I. S. 171. Anhaltische Erl. zur Landesordn. Tit. V. VI. §. 3. Heffter Lehrbuch S. 195. Von neuen Gesetzgebungen: Meine Schrift über die Strafgesetzgebung. S. 275 — 283.
- 11) In Holstein (Fall IV. S. 275) ist nur Staupfesen oder Staupenschlag infamirend. In Mecklenburg ist be der Pranger und das Halseisen. Rämmerer Bemerk. über die Strafe des Prangers. Rostok, 1838.
- 12) Freyer von den alten Strafen S. 100. Stübel Criminalverfassung §. 2969.
- 13) Wo nicht entschiedener Gerichtsgebr. oder Landesgesetz d. Strafe als entehrend annimmt, kann keine solche Folge angenommen werden. L. 22. D. de his qui not. Lex 14. Cod. ex quib. caus. inf. Tittmann Handb. I. S. 125. Hübner S. 118. Selchow Lehrbuch §. 39. Henke Handbuch I. S. 479. Gröndler Polemik I. S. 159.

lung zu einer in der Regel als entehrend erklärten Strafe zieht Ehrlosigkeit dann nicht nach sich, wenn im Urtheil ausdrücklich die Ehre vorbehalten ist ¹⁴⁾, soweit dieser Vorbehalt gesetzlich gestattet ist ¹⁵⁾. Eine völlige Aufhebung aller bürgerlichen Rechtsfähigkeit kommt gemeinrechtlich nicht vor; nur einige Partikularrechte kennen in dem Institute des bürgerlichen Todes ¹⁶⁾ ein ähnliches Verhältniß. Nach Landesgesetzen können zwar durch gewisse Verurtheilungen einzelne Rechte, die zur bevorzugten Ehre ¹⁷⁾ gehören, verloren gehen, und zwar entweder auf das Beamtenverhältniß ¹⁸⁾, oder auf politische Wahlrechte ¹⁹⁾ wirken, ohne daß daraus auf das Eintreten der Ehrlosigkeit überhaupt geschlossen werden darf. Auch ist in neuen Gesetzgebungen der Unterschied von zeitlicher und bleibender Infamie wichtig ²⁰⁾.

§. 103. [§. 96^a.] Wirkungen der Ehrlosigkeit.

Der Umfang, in welchem die Ehrlosigkeit, oder der durch entehrende Strafen eintretende Ehrenverlust ¹⁾, gewisse Wirkungen nach sich zieht, muß nach den Landesgesetzen und vorzüglich nach den Strafgesetzen und den über politische Rechte verfügenden Gesetzen bestimmt werden. Da, wo die Landesgesetzgebung vollständige Bestimmungen über entehrende Strafen anlegt, und nur an gewisse Strafarten bestimmte

14) Gail. obs. pract., obs. 65. nr. 6. 7. Harprecht dissert. acad. vol. I. nr. 12. p. 418. Bouhier Coutumes de Bourgogne. II. p. 214. Hefster Lehrbuch S. 149, und Angaben der Praxis in Phillips I. S. 281 in not. Auch in neuerer Zeit erkennt man die Nothwendigkeit einer solchen Einrichtung. Archiv des Criminalrechts. Neue Folge. III. S. 424.

15) Meine Schrift über die Strafgesetzgebung S. 296.

16) Baier. Strafgesetzbuch §. 7. Neues Archiv des Criminalrechts. II. Thl. nr. 3. Evertz de morte civili. Grön. 1822. Dies aus dem franzöf. Code entlehnte Institut ist in den neuen Gesetzgebungen von Oesterreich, Sachsen, Württemberg, Hessen nicht mehr aufgenommen.

17) Ueberhaupt ging man von einer solchen Ehre in neuen Gesetzen aus. Baier. Strafgesetzbuch §. 23. Anmerk. zum bairischen Strafgesetzb. I. S. 105. Bauer Motive zum hannöv. Entw. S. 335.

18) Daher zieht die schimpfliche Cassation des Beamten nicht nothwendig die Ehrlosigkeit nach sich. Hefster im Archiv des Crim. XIII. 1. Heft. p. 4; ausgenommen, wenn das Landesgesetz, z. B. in Württemberg, die Dienstentsetzung als entehrend erklärt.

19) So z. B. ist in Baiern (nach Verfassungs-Urk. VI. 12.), in der hessischen §. 16 der Verlust der Wahlrechte auch schon daran geknüpft, daß jemand wegen Vergehen in Untersuchung gezogen, und nicht völlig losgesprochen wurde.

20) Die in einigen neuen Gesetzen, z. B. würtemb. Strafgesetzb. Art. 28. gedrohte zeitliche Entziehung der Dienst- und Ehrenrechte gehört dahin. v. Wächter im Archiv für Civilpraxis. 23. Bd. S. 40.

1) Die neuen Strafgesetzbücher bedienen sich des Ausdrucks: Ehrlosigkeit nicht mehr. Dymchyn ist dieser Ausdruck unpassend.

Ehrenfolgen knüpft, kann dies nicht auf die Infamie überhaupt ausgedehnt werden. Wenn darin keine besondere Vorschrift vorkommt, so können als Wirkungen des Ehrenverlusts nur angenommen werden: I. Verlust der öffentlichen Aemter und der Fähigkeit dazu ²⁾. II. Verlust der politischen, und zwar der staatsbürgerlichen und gemeindebürgerlichen Wahlrechte ³⁾; dadurch, daß die passiven Wahlrechte ⁴⁾ gänzlich verloren gehen sollen, ist noch nicht gerechtfertigt, auch die aktiven zu entziehen ⁵⁾. III. Bei dem Adel gehen nur die daran geknüpften politischen und Ehrenrechte verloren, wenn nicht das Landesgesetz allgemeiner den Verlust des Adels überhaupt annimmt ⁶⁾; IV. sie wirkt wenigstens beschränkt ⁷⁾ auf Lebensfähigkeit; V. sie schließt, wenn nicht durch Landesgesetze eine andere Ansicht aufgestellt ist, von Zünften und allen Corporationen, in welchen volle Ehre Bedingung des Eintritts ist, aus ⁸⁾; VI. sie bewirkt Unfähigkeit, Advokat, Prokurator und Notar ⁹⁾ zu seyn ¹⁰⁾. VII. Das Gemeindebürgerrecht geht aber dadurch nicht verloren, und von dem, was in Bezug auf die politischen oder Ehrengemeinderechte gilt, darf keine Ausdehnung auf die gemeinen Rechte gemacht werden. VIII. Die Glaubwürdigkeit des Ehrlosen als Zeugen kann vermindert werden; eine

2) Darauf beziehen sich auch die dignitates. Hofacker Jahrbücher des württemb. Rechts. III. S. 380. v. Wächter über Strafarten S. 220. Marezoll S. 208. Ueber Verlust der honores bei röm. infamia v. Savigny II. S. 201.

3) Die Ansichten der Verfassungsurkunden sind sehr verschieden. In Bezug auf die Landständschaft hat häufig erst die Ständeversammlung selbst zu entscheiden; z. B. churchessische Verfassungsurk. §. 67. f. überhaupt Marezoll S. 207. Hofacker Jahrb. III. S. 387. v. Wächter über Strafarten S. 221. Aus röm. R. über Verlust des Jus suffragii (v. Savigny II. S. 202) läßt sich nichts ableiten.

4) Reyscher Privatr. I. S. 292; vergl. mit v. Wächter in Sarwey Monatsschrift 1837 S. 183.

5) S. überh. über diese Entziehung: Meine Schrift über Strafgesetzgebung S. 290.

6) S. oben §. 67. Auch im Mittelalter verlor der ehrlose Adelige nur äußere Auszeichnungen.

7) II. Feud. 24. §. 10. Sächs. Lehenrecht. 2. Zacharia sächsisches Lehenrecht S. 68. Weber Handbuch des Lehenrechts. III. S. 28. Richtig ist man nur bei schweren Verbrechen diese Wirkung annehmen, und auch hier hängt Alles mehr vom Lehnsherrn ab. Hefter Lehrbuch S. 152.

8) Reichsschluß wegen der Handwerksmißbräuche §. 5. 13. Statuten der Kaufmannschaft zu Berlin §. 71. 72. f. jedoch v. Wächter über Strafarten S. 229. Nach Falk IV. S. 270 ist der Ehrlose auch unfähig, Mitglied der Universität zu seyn.

9) Notariatsordn. von 1512. §. 12. f. gut v. Wächter l. c. S. 226. f. aber auch v. Savigny II. S. 228 in not.

10) L. 1. §. 5. L. 8. 9. D. de postul.

völlige Untüchtigkeit kann man aber nicht annehmen ¹¹⁾, wenn man das heutige Prinzip der Zeugenqualität, und den bei uns angenommenen Unterschied von untüchtigen und verdächtigen Zeugen erwägt ¹²⁾, und berücksichtigt, daß das römische Recht ¹³⁾ in dieser Lehre irrig verstanden wurde. Es entscheidet daher das richterliche Ermessen ¹⁴⁾. Nur der wegen Meineids Verurtheilte gilt nach den meisten Gesetzen als zeugnisuntüchtig ¹⁵⁾. IX. Von den allgemeinen Mitteln der Rechtsverfolgung verliert der Ehrlose keines ¹⁶⁾, wenn es nicht durch besonderes Gesetz ihm entzogen ist. Da, wo nach den Gesetzen es nur vom Ermessen des Richters im einzelnen Falle abhängen soll, ob er gegen eine Person, die Schändliches verübte, nachtheilige Folgen eintreten lassen will ¹⁷⁾, kann man nicht von einer Wirkung der Ehrlosigkeit sprechen. Die römischen Vorschriften über Ausschließung gewisser Verurtheilten von Testament- und Erbfähigkeit sind unanwendbar ¹⁸⁾.

§. 104. [§. 97.] Arrüchtigkeit und Verächtlichkeit.

I. Die Arrüchtigkeit ist das Verhältniß, nach welchem gewisse Personen wegen eines bestimmten Gewerbes, oder wegen ihrer Geburt, gewisse Zurücksetzungen gegen andre ehrenhafte Personen leiden. Das Institut ist aus einem Fortwirken altdeutscher Ansichten über Recht-

11) Ueber Zeugnis des Ehrlosen: Böhmer *jus eccl. protest.* II. Tit. 20. §. 12. Glück Erläut. der Pandekten Bd. XXII. S. 144. Reinhard Handbuch des bürgerl. Prozesses. I. S. 318, und Mein Aufsatz in von Zuhorn's Jahrbüchern des Prozesses. I. Bd. nr. 9.

12) S. preuß. Gerichtsordn. X. §. 227. Preuß. Criminalordn. §. 356. nr. 6. 7. Baier. Strafgesetzbuch. II. Thl. §. 279. nr. 6 und 280. Pratobevera Materialien der Gesehskunde in Oesterreich. VII. Bd. S. 224. Pagemann prakt. Erörterungen. VI. Thl. S. 274.

13) Zivar nov. 90. cap. 1 fordert *testes bonae opinionis*. s. daher Marezoll S. 226 und 375; dagegen aber meinen erwähnten Aufsatz. Linde Civilproz. §. 258. s. noch Eichhorn §. 88. v. Savigny II. S. 222. Falk Handb. IV. S. 271. Falk S. 270 erklärt aber als unfähig zu Solennitätszeugnissen aus Gründen, die nur altdeutsches Recht berühren.

14) Darnach kann jemand als untüchtiger oder verdächtiger Zeuge erscheinen. s. badische Civilprozessordn. von 1831. §. 510. Das würtemb. Gesetz über privatrechtl. Folgen §. 4.

15) C. 51. X. de testib.

16) Wichtig wegen des Rechts, einen Eid zu leisten oder zuzuschieben: Malblanc de jurejurand. p. 93. Pratobevera Materialien. V. S. 181.

17) Daher kann man nicht die Zulässigkeit der querela inofficiosi der Geschwister, wenn Ehrlose im Testament eingesetzt sind, hieher rechnen. v. Savigny II. S. 223.

18) Wichtig ist dies auch anerkannt im würtemb. Gesetz über privatr. Folgen. Art. 3. s. v. Wächter im Archiv XXIII. S. 48.

lofigkeit und einer ungeeigneten Anwendung der angeblich römischen *levis notae macula* entstanden ¹⁾. Sie trifft gemeinrechtlich nur noch a) den Abbecker ²⁾ und seine Kinder, die schon am Gewerbe des Vaters Theil nahmen ³⁾, jedoch ohne Ausdehnung auf den Scharfrichter ⁴⁾, während die Scharfrichtersknechte anrüchtig waren ⁵⁾. Anrüchtig waren noch nach dem Rechte des Mittelalters ⁶⁾ uneheliche Kinder ⁷⁾, so lange sie nicht legitimirt waren ⁸⁾. Neue Landesgesetze hoben endlich diese grundlose Ansicht auf ⁹⁾. Diese Anrüchtigkeit bewirkte Ausschließung von Zünften und Handwerken, und bei den ersten selbst von Corporationen, die unbescholtene Ehre ihrer Mitglieder fordern ¹⁰⁾. Auf das Zeugniß hat die Anrüchtigkeit an sich keinen Einfluß ¹¹⁾. Der Nachtheil, daß Geschwister des Testators die *querela inofficiosi* anstellen können, wenn eine Person mit *levis notae macula* im Testament eingesetzt ist, ist nicht bei An-

- 1) Heineccii syll. opusc. nr. 7. Plitt de lev. not. mac. sec. jus germ. Marb. 1784. Warezoll S. 380. Kespcher Privatr. I. S. 298. Mauren- trecher I. S. 327.
- 2) Im Mittelalter nahm man freilich viele Gewerbe als unehrlich an, z. B. Weber, Föllner, Müller, Schäfer; allein Aufhebung dieser Unehrllichkeit in Reichspolizeiordn. Tit. 37. §. 1 von 1577. Tit. 38. §. 1. Diese Meinung wirkte lange fort. Falk IV. S. 278. Vom Ursprung der Unehrllichkeit des Schinders s. Falk in den Granien zum deutschen Rechte. III. S. 51. Gut Falk Handb. IV. S. 279. Das alte deutsche Recht kannte diese Unehrllichkeit nicht.
- 3) Reichsschluß von 1772. §. 5.
- 4) Warezoll S. 384—87.
- 5) Das königl. sächs. Gesetz vom 28. Februar 1840 hebt diese Anrüchtigkeit auf.
- 6) Nicht nach dem alten deutschen Rechte. Die Veranlassung der Ansicht mag in d. canon. (politisch zu erklärenden) Vorschrift der Ausschließung der Pfaffenkinder (s. daher Sachsensp. III. 45.) von den kirchlichen Weihen gelegen haben. Falk Handb. IV. S. 281.
- 7) Glück Comm. II. Bd. S. 86. Bodmann in Siebenkees Beitr. VI. S. 10—86. V. Thl. S. 210. s. auch Reichsschluß von 1731. §. 11. Normann de legitimatione secundum jus patr. Hafn. 1823. p. 36. Die Praxis neigte sich immer mehr zur Meinung, daß die Unehrllichkeit nicht anzunehmen sey. Die Beitr. zur Lehre von der Legitimation S. 40; vergl. mit Gell, die Rechtsverh. aus der außerehelichen Geschlechtsgemeinschaft. S. 227.
- 8) Darauf deutet schon Schwabensp. Art. 41.
- 9) Aufhebung dieser Unehrllichkeit ist in den neuen Civilgesetzbüchern allgem. s. auch hollst. Verordn. vom 31. Juni 1771 und 11. Dezember 1824, und badisches Gesetz vom 5. Dezember 1807. Hannoverische Zunftordn. §. 64. Destrer. Gesetzbuch §. 161. 2. Preuß. Landrecht II. Thl. Tit. 2. §. 662. Auch königlich sächsisches Gesetz vom 23. März 1831. Das württemberg. Gesetz über privatrechtl. Folgen §. 3. v. Bächter im Archiv. XXIII. S. 45.
- 10) Warezoll S. 389. Auch die Ausschließung von der *ordinatio* gehörte hieher. c. 18. X. de filiis presbyt.
- 11) Plitt diss. cit. §. 28. s. andere Meinung in Warezoll S. 393.

rüchtigen anzuwenden ¹²⁾. Daß jede Art der römischen infamia bei uns wenigstens eine infamia facti erzeuge, ist nicht erweislich ¹³⁾. Die Ehrhaftmachung tilgt den Makel der Arrüchtigkeit ¹⁴⁾. II. Die sogenannte Verächtlichkeit ¹⁵⁾ [turpitude] liegt nur in einer Zurücksetzung gewisser Personen gegen andere unberüchtigte Personen, welche guten Ruf haben, in Verhältnissen, wo volles Vertrauen nöthig, und kann daher Einfluß in so ferne haben, als gewisse Personen, weil sie in gar keinem Staats- und Gemeindeverbande stehen ¹⁶⁾, von dem Genuße mancher Bürgerrechte ausgeschlossen werden, oder als andre Personen wegen ihrer verwerflichen Lebensweise ¹⁷⁾ nicht auf volle Glaubwürdigkeit als Zeugen Anspruch haben, und von prozeßualischen Vorrechten ¹⁸⁾ ausgeschlossen sind, welche der Richter nur demjenigen zuerkennen kann, der völlig unbescholtene Ruf hat. III. In so ferne gewisse Ereignisse das öffentliche Vertrauen zu einer Person vermindern, werden auch die Erkennung der Spezialuntersuchung ¹⁹⁾, und die Begründung eines formellen Concurfes ²⁰⁾ nach einigen Landesgesetzen einflußreich, ohne daß man gemeinrechtlich die Richtigkeit dieser Ansicht vertheidigen kann ²¹⁾.

12) Heineccius de lev. not. macul. §. 34. Püttmann var. opusc. syllog. p. 215. Hind quæst. for. I. cap. 48. Linder's Zeitschrift. I. S. 192. Gröndler Polemik I. S. 159. Rosthirt Pandekten I. S. 148. Ein Urtheil des bayerischen Oberappellations-Gerichts von 1840 in Senffert's Blätter für Rechtsanwendung. VII. S. 27 erkennt, daß uneheliche Kinder mit Uebergangung der Geschwister nicht als Erben einzusetzen sind.

13) S. meinen Aufsatz in Fudtwalkers Beitr. I. S. 477. Andr. M. Eichhorn S. 261. f. jedoch Revischer S. 296.

14) Reichsbeschluß von 1772 Art. 6. Marejoll S. 397. Falf S. 284.

15) Eichhorn S. 261. Marejoll S. 398. Sachs's Handbuch S. 188. Maurenbrecher I. S. 329. Falf S. 283. Fuden S. 631.

16) J. B. Bagakunden, Zigeuner u. A.

17) J. B. Trunkendolde.

18) J. B. wegen Reinigungsseides Cod. jur. Bavar. cap. 13. §. 3. nr. 3. Hamburg. Stadtrecht. I. Thl. Tit. 34. Art. 9. Badisches Strafedikt §. 10.

19) Stübel Criminalverordn. §. 2954—57. f. jedoch I. 3. Cod. de requir. reis. Art. 218. CCC. Marejoll S. 372. Glück Comm. V. S. 216. Hess. Verfass. Urk. §. 16. Falf S. 283. Maurenbrecher I. S. 330.

20) Marejoll S. 198. Schweppe System des Concurfes (2te Aufl.) S. 52. Koburg. Gesetz über ständische Verfass. vom 8. Aug. 1821 §. 44. Baier. Gemeinde-Gesetz §. 78. Württemberg. Verfassungs-Urk. §. 135.

21) In Bezug auf Spezialuntersuchung: Mein Strafverfahren. II. Bd. Seite 178. In Bezug auf den Concurf Baver. Concurfproz. S. 73.

IV. Abtheilung.

Von dem rechtlichen Unterschiede Einheimischer und Fremder.

§. 105. [§. 98.] Historische Einleitung.

So lange der Staat ein auf Gesamtbürgerschaft beruhender Verein der freien Gemeindeglieder war, daher nur das Gemeindeglied die volle Rechtsfähigkeit in einem Rechtsbezirke haben konnte, hatte der dort sich aufhaltende Fremde die bürgerlichen Rechte dieses Bezirkes nicht; um sich in dem Bezirke aufhalten zu können, bedurfte er der Vertretung und Verbürgung durch einen einheimischen Freien ¹⁾, fehlte es ihm daran, so konnte er nur durch den Königschutz ²⁾, in so ferne nach alter Ansicht der König den Fremden verbürgte und schützte, Aufenthaltsrecht haben, blieb aber seinen persönlichen Gesetzen unterworfen ³⁾. Rechte, zu denen Angeseßtheit in der Gemeinde gehörte ⁴⁾, konnte der Fremde ⁵⁾ noch weniger ausüben. Daß der Fremde vermöge des Königschutzes in eine Art Unfreiheit versetzt worden sey, läßt sich nicht erweisen ⁶⁾. Die Grundsätze der nothwendigen Verbürgung des Fremden durch einen freien Mann der Gemeinde ⁷⁾, der dann auch wegen Delikte des Fremden

1) Meginhard in translat. S. Viti cap. 13. Leg. Eduardi Confess. cap. 27. Leg. Anglosax. Chlothar. et Eadric. art. 15. Leg. Inae §. 20. Muratori ant. Ital. III. diss. 37. Röser Osnabr. Geschichte. I. Thl. S. 28. Meyer esprit, origine I. p. 136. Grimm Alterthümer S. 396.

2) Leg. Anglosax. leg. Knuth. cap. 37, et Inae §. 23. s. noch Phillips Gesch. des angl. Rechts S. 108. Leg. Baiuw. IV. c. 30. Leg. Longob. I. 9. 28, III. 4. 2—4. Capit. II. a. 813. c. 6, III. 813. c. 8. Richter de vi milit. veter. germ. exerc. II. p. 36. Pflicht zur Gastfreundschaft, Capit. I. 802. cap. 5. 27. Grimm S. 399. Der Fremde hieß auch Wargangus. Leg. Longob. Rothar. 390. s. Rogge vom Gerichtswesen S. 54. Vorzüglich Vesme delle vicende della proprietà p. 200.

3) Dreyer de cespitalit. requisit. in test. Kil. 1749. Abhandl. III. Seite 1281. Pestel inst. et benign. leg. germ. erga peregr. Rint. 1754. Schröter Abhandl. I. S. 258. s. oben §. 4. not. 12.

4) Vom Einfluß auf Zeugniß, Dreyer diss. cit. Rogge Gerichtswesen S. 96. Augsburg. Stat. von 1276 c. 323 auf Amt. Sachsensp. III. 61.

5) Ein Fremder hieß ein Gast (s. darüber auch Vesme delle vicende pag. 149), oder auch ein Ellendiger, s. Dreyer Nebenkunden S. 377.

6) Maurenbrecher I. S. 305. Vergl. mit Phillips I. S. 298.

7) Bring de veterum Suecorum et Gothor. quae rempubl. spectant. inst. P. IX. p. 66; auch von England: Fleta I. cap. 24 in Houard III. p. 76. Besonders wichtig ist die Erklärung in Hæcton de legib.

schwur⁹⁾, dauerten noch im Mittelalter fort, wirkten auch auf Wehr-
geld⁹⁾, und wurden Veranlassung, daß der Regent die Anklage wegen
Verletzungen der Fremden übernahm¹⁰⁾. Die Entstehung der Vas-
sengerichte setzte schon voraus, daß man den Fremden wegen des städtischen
Handels begünstigte¹¹⁾. Je mehr man in den Städten¹²⁾, durch Auf-
enthalt von Fremden, den Handel beleben wollte, und in manchen
Gegenden Ansiedlungen begünstigte, je mehr auch das System der
Persönlichkeit der Rechte aufhörte, desto mehr kam man dazu, zwar
an den gemeinen Rechten des Landes auch den Fremden Theil neh-
men zu lassen, ihn aber von politischen Rechten auszuschließen, und
auch nur in Ansehung einzelner bürgerlichen Rechte, Zurücksetzungen
der Fremden beizubehalten. Das Gesetz Friedrichs¹³⁾ bezweckte
schon ein günstigeres Verhältniß der Fremden in Italien zu be-
gründen.

§. 106. [§. 99.] Partikularrechtliche Lasten der Fremden.

Die Fortdauer der zuvor bezeichneten Ansichten¹⁾ erzeugte an
manchen Orten den Grundsatz, daß man auf Fremde [Albanos]²⁾
die bei Hörigen vorkommenden Verhältnisse anwendete³⁾, und ver-

Angliae Lib. III. de corona cap. 10, wo drei Arten von Fremden ge-
trennt werden.

8) Altes schleswig. Stat. Art. 16.

9) Urf. in rechtsgeleerde observat. over de Groot Inleiding. II vol.
p. 44.

10) Hultaus gloss. p. 310. Hauptstelle im alten Rulm. II. II. Art. 89.

11) Kopp Nachrichten von den geistlichen Gerichten. I. Thl. S. 399. Urf. in
observat. over de Groot. II. p. 48. v. Kamph mecklenburg. Civilproz.
(Ausgabe von Rettelbladt) S. 113. Maurenbrecher I. Thl. S. 306.

12) In Italien war das Verhältniß der Fremden frühe schon günstig. s. über
Verhältniß der Fremden: Forti delle istituzioni civili. vol. II. pag.
12 etc.

13) Authentica Friderici II. omnes peregrini (Codex VI. 50), wo
schon ausgesprochen wird: libere hospitentur ubi voluerint; das Recht
der Fremden zu festiren, wurde darin ebenso wie das Erbrecht der Erben
des Fremden anerkannt. Ueber die Anwendung dieser Constitut. in
Neapel s. Rocco dell' uso ed autorità delle leggi del regno. Napoli,
1837. pag. 64 in not.

1) Etabliss. de St. Louis. I. c. 31. 85. Brodmänner Willkiren S. 104.
Ostfries. Landrecht. I. cap. 56.

2) Urf. von 820 in Baluz capitul. in appendix II. p. 1418 und Urf. von
1221 in Miraei op. dipl. I. p. 413. Mit Unrecht leitet man das Wort
ab von alibi natus. — Das Wort albanus zur Bezeichnung der Frem-
den in französischen Urkunden ist sehr alt. Lauriere gloss. I. p. 87;
auch in den flandrischen Urf. werden mit albani die Fremden bezeichnet,
und ihre Lage war dort oft sehr drückend. Barakönig flandr. Rechtegesch.
III. S. 14.

3) J. B. Curmede. Arntzen inst. jur. belg. I. p. 169—178. Richard von

Von dem rechtl. Unterschiede Einheimischer u. Fremder. 297

anlaßte, jedoch nur partikularrechtlich ⁴⁾, a) das Fremblingsrecht [droit d'aubaine] ⁵⁾, als das Recht des Fiskus, sich die Verlassenschaft eines im Lande verstorbenen Fremden mit Ausschluß der sonstigen Erben anzueignen ⁶⁾. Der Satz, daß das Vermögen des sterbenden Fremden dem Herrn des Bodens, auf dem er starb, gehöre ⁷⁾, mochte dazu Veranlassung gegeben haben; b) das Wildfangsrecht, d. h. das einigen Fürsten zustehende Recht ⁸⁾, die gewisse Zeit in ihrem Gebiete sich aufhaltenden ungewehrten Fremden wie andre Hördige zu behandeln ⁹⁾, c) den Erbkauf, d. h. eine gewisse Summe, welche der Frembling an eine Stadt bezahlte, um zu bewirken, daß nach seinem Tode die Erbschaft an seine Erben abgeliefert würde ¹⁰⁾.

§. 107. [§. 100.] Heutiges Recht. Staatsbürgerrecht. Bestandtheile.

Nach der Art, wie allmählig das Staatsverhältniß sich ausgebildet hat, sind wahre Mitglieder der Staatsgemeinde nur die Staats-

den Bauerngütern S. 87; von Abgaben, s. Kurz österr. Handel S. 21.

4) Nicht aus Frankreich ist dies Recht gekommen, wie Phillips I. S. 297. annimmt. Auch in andern Ländern z. B. im Norden war es früh geübt. Eigene Verhältnisse galten bei den fremden Handelsleuten z. B. den Lombarden. Cibrario opuscoli p. 236.

5) Ueber die geschichtl. Entwicklung s. Loisel instit. coutum. I. p. 81. Raepsaet origine des Belges. vol. II. p. 159. Pastoret in preface zum vol. XV. des recueil des ordonnanc. p. XXIII. Monglas de orig. et nat. albin. Arg. 1785. Pestel de usu pract. albin. Rint. 1718. Schönlaub de jur. Albinag. Arg. 1765. Arntzen inst. p. 176.

6) Von späteren Aufhebungen Kunde S. 320. Das droit d'aubaine wird in Frankreich in zweifachem Sinne genommen, nämlich in dem im Texte angegebenen, und in einem andern Sinne, nämlich als Ausschließung der Fremden von der in dem Staate, wo dies droit gilt, ihnen anfallenden Erbschaft. Ueber dies Verhältniß im älteren französ. R. Burge Commentar. I. p. 699 und von dem Fremdenrechte in England Burge p. 705 ff. Das französ. Decret vom 6. August 1790 über Aufhebung des Rechts veranlaßte viele Zweifel. Erst ein Gesetz vom 14. Julius 1819 hob das droit d'aubaine im weitern Sinne völlig auf. s. darüber interessante Notizen in Merlin repert. vol. XVI. p. 379. s. auch Abh. in Themis ou biblioth. du jurisconsulte. Bruxelles. Livr. IV. p. 514 etc., und in der Revue belge 1837. p. 393.

7) Bonhoeffer in diss. de jure detractus p. 13. spricht von einem Capit. Carol. M. von 813. Im Mittelalter galt der Grundsatz in Flandern. Urk. in Barnkönig l. c. III. S. 14.

8) z. B. in der Pfalz, in den Niederlanden, auch in Frankreich; s. von Statuten darüber ancienne coutum. de Champagne Art. 53. Cout. de Chateauf. Tit. 2. Art. 2. Hildebrand de jur. Wildfang. elect. Palat. Alt. 1717. Arntzen inst. p. 175. Grimm S. 399.

9) Kunde S. 316.

10) Es liegt darin wohl die Idee des mortuarium. Ripense Jur. in West-

angehörigen ¹⁾, Unterthanen ²⁾, oder Einheimische ³⁾. Der Ausdruck: Staatsangehörig wird in einem weitem Sinne, verschieden vom Staatsbürger, auf Personen bezogen, bei denen es darauf ankommt, ob sie aus einem Staate gewiesen, oder welchem Staate sie zugewiesen werden können, und dazu gehören außer den Unterthanen auch solche, die innerhalb des Staatsgebiets von heimatlosen Eltern geboren oder von dem Staate wegen ihres Gewerbsbetriebs oder ihres langen Aufenthalts als Staatsangehörige behandelt werden ⁴⁾. Der Ausdruck: Indigenat ⁵⁾ hat nach dem Staatsrecht verschiedener Staaten auch verschiedene Bedeutung; entweder ist er gleichbedeutend mit Staatsbürgerrecht ⁶⁾, Unterthanenrecht ⁷⁾ oder bezeichnet den Inbegriff der Rechte und Pflichten, welche der Einheimische vor dem Fremden hat. Staatsbürger sind diejenigen, welche beständige Mitglieder dieses Staats seyn zu wollen erklärten, vom Staate als solche anerkannt wurden, und noch nicht wieder aus dem Staatsver-

phalen III. p. 2008. Alenburg. ibid. IV. p. 1898. Fischer erschaftl. Versendungsrecht S. 33. Staatsbürgerl. Magazin von Jalk. V. S. 70. Rosenvinge Grundriss S. 197.

- 1) J. B. in den sächsischen Gesetzen so genannt. Hänsel Bemerk. zum sächs. Civilr. II. S. 157.
- 2) Nach manchen Verfassungsurk., z. B. meiningische von 1820 S. 6, altenburgische von 1831 S. 44.
- 3) Weishaar württemberg. Privatr. I. S. 84. s. noch überh. Jordan Versuche über allgem. Staatsrecht S. 389.
- 4) S. daher von Württemberg v. Wohl Staatsrecht II. S. 709; von Sachsen s. Schaffers Codex Juris Saxon. privati p. 24. s. Wilhauser sächs. Staatsrecht S. 34, der über Mangel klarer Bestimmungen klagt.
- 5) Strauch opusc. tom. I. nr. 1. Hofmann de jurib. indig. germ. Jen. 1747. van Vliet de jure indig. Traj. 1767. Schröter Abh. I. S. 235. Hermann de indig. in terr. haered. princ. elect. sax. Vit. 1804. Schrader Lehrbuch des hessisch. Rechts. II. S. 104. In den neueren Gesetzen und Staatsrechtsansichten ist selbst große Verschiedenheit der Ausdrücke. Badisches Ges. vom 4. Juni 1808. Oesterr. R. Ges. S. 28—31. Graf Barthenheim Beitr. zur pol. Gesetzgebung in Oesterreich. Wien, 1822. II. Bd. nr. 1. Buschmann die österreichische Staatsbürgerschaft. Wien, 1833. Preuss. Ges. vom 12. Juli 1812. Baiers. Edikt vom 26. Mai 1818. Eucumns Staatsrecht S. 127. Würtemb. Verfassungs-urk. III. S. 19. Hess. Edikt vom 18. März 1820. Koburg. landst. Ges. S. 6. Oldenburg. Ges. vom 10. Juli 1820 über Erwerb und Verlust der Unterthaneneigenschaft. Meining. Grundgesetz S. 6—17. Altenburg. Grundges. S. 44—88. Churbess. Verfass.-urk. S. 20. Auch in Holsheim giebt die Eingeborenheit (Indigenat) besondere Rechte. Jalk Handb. IV. S. 144.
- 6) In manchen Ländern bezeichnet Indigenat den Inbegriff der Vorrechte der Landeseingeborenen vor den Aufgenommenen. Hagemeister mecklenburg. Staatsrecht S. 47. — s. noch andere Bedeutung in Schweizer weimar. Staatsrecht S. 52. Köpf Grundf. des allg. Staatsrechts S. 104.
- 7) Wie Staatsbürger und Unterthanen verschieden sind s. v. Wohl Staatsr. I. S. 316.

Von dem rechtl. Unterschiede Einheimischer u. Fremder. 299

bande (freiwillig oder unfreiwillig) ausgeschieden sind ⁸⁾. Das Staatsbürgerrecht ist entweder das deutsche Bundesbürgerrecht oder Landesbürgerrecht. Das Erste ist als Inbegriff der einem Staatsbürger, welcher in einem zum deutschen Bunde gehörigen Lande aufgenommen ist, in Ansehung aller Bundesstaaten zustehende Rechte; es hat eine Bedeutung, in so ferne alle Unterthanen der Bundesstaaten das Recht haben, Grundeigenthum auch außerhalb des Staats, den sie bewohnen, zu erwerben, frei von einem Bundesstaat in den andern wegzuziehen, oder in Civil- und Militärdienste eines andern Bundesstaates zu treten ⁹⁾. Bei dem Staatsbürgerrechte muß man unterscheiden, ob dasselbe nach der Landesverfassung ¹⁰⁾ daran geknüpft ist, daß die Person dem Lande, dessen Indigenat sie besitzt, durch Besitz besteuertter Gründe, oder Rechte, oder Ausübung eines besteuerten Gewerbs, oder Eintritt in ein öffentliches Amt angezogen ist ¹¹⁾, oder ob Staatsbürgerrecht in dem obigen Sinne genommen ist, wo es gleich dem Indigenate steht ¹²⁾. In diesem Sinne aufgefaßt ¹³⁾ besteht das Staatsbürgerrecht ¹⁴⁾ 1) in dem Rechte der Theilnahme an den politischen Rechten (Activ- und Passivwahlrechte), 2) in der Fähigkeit, Staatsämter zu erlangen, 3) in dem Rechte, in einer bestimmten Gemeinde des Staats das Gemeindebürgerrecht zu erwerben, 4) in dem Rechte, in dem Staate alle Gewerbs- und Handelsbefugnisse auszuüben, in so ferne der Bürger noch den besondern gesetzlichen Erfordernissen Genüge leistet, 5) in dem Anspruch auf den Rechtsschutz des Staats (wichtig wegen der Auslieferung

8) v. Wöhl I. S. 312.

9) Bundesakte Art. 18, und darüber Klüber öffentl. Recht S. 167 u. Bemerkungen in den Kieler Blättern. II. Bd. 1. S. 160.

10) Baier. Edict über den Indigenat von 1818 S. 27. 28. Großh.-hessische Verf.-Urk. S. 12.

11) Nach baier. Gesetzen muß der Neueinwandernde 6 Jahre im Lande sein, um Staatsbürger zu seyn, außer bei dem Fremden, der in Baiern angestellt wird. Derselb. baier. Staatsr. S. 56. v. Wöhl Staatsr. I. S. 84.

12) J. B. in Württemberg. v. Wöhl I. S. 257. Uebrigens hat Maurenbrecher Privatr. I. S. 303 zum Theil Recht, wenn er der Sache nach überall den Unterschied von Unterthanen und Staatsbürgern (Vollbürger) findet. s. noch über Wirkungen des Indigenats Jöyß S. 109. 110.

13) Nach der angegebenen baier. Ansicht ist nur der Staatsbürger im engeren Sinne der politischen Rechte fähig. (Wichtig in Bezug auf Wahl zur Ständeversammlung, Gemeindeämtern.)

14) Baier. Edict von 1818 S. 7. Meining. Grundgesetz S. 7. 8. Altenburg. Grundgesetz S. 81. Sachse weimar. Privatr. S. 174. v. Wöhl württemberg. Staatsr. I. S. 312. In den Verf.-Urk. ist gewöhnlich mehr von Pflichten als von Rechten, und von den letztern in sehr unbestimmten Ausdrücken die Rede. s. über die Rechte Maurenbrecher I. S. 302.

und Vertretung durch den Staat¹⁵⁾, 6) im Anspruch auf Versorgung im Falle der Hülfbedürftigkeit, 7) in dem Rechte Grundeigenthum in dem Staate zu erwerben, 8) endlich im Recht der Beschwerverföhrung¹⁶⁾. Das Heimathsrecht¹⁷⁾ ist wichtig, in so ferne jeder Staatsbürger zu irgend einem Heimathsbezirk im Verhältniß der Heimathsangehörigkeit stehen muß; vermöge desselben hat er das Recht, 1) in dem Heimathsbezirke sich aufzuhalten, 2) im Falle der Hülfbedürftigkeit Unterstützung zu erhalten. Das Heimathsrecht kommt noch in Betrachtung, in so ferne einige Personen in einer bestimmten Gemeinde des Staats ein Heimathsrecht haben¹⁸⁾, ohne deswegen das Gemeindebürgerrecht und alle staatsbürgerlichen Rechte zu besitzen¹⁹⁾. Aus den Verhältnissen der Begründung eines Domicils ist nichts abzuleiten²⁰⁾, um zu bestimmen, ob jemand Staatsbürger sey.

§. 108. [§. 100.] Erwerbung und Verlust des Staatsbürgerrechts.

Das Staatsbürgerrecht wird erworben: 1) durch Geburt¹⁾, wenn der Vater²⁾, oder bei Unehelichen, wenn die Mutter das Staats-

15) Daß Landesunterthanen nicht ausgeliefert werden können, erkennen die Landesgesetze und der Bundesbeschluß vom 18. August 1836. Art. 2.

16) In der Lehre vom Staatsbürgerrechte und dem Verhältnisse der politischen Rechte, Actioren u. a. fehlt es noch an Klarheit. Auch in Frankreich ist viel Streit, wer eigentlich citoyen ist, und was die droits politiques seyen. s. Laferriere Cours de droit public. p. 25. und gut in d. Revue Bretonne de droit. Rennes, 1841. p. 185. s. noch Zöpsl S. 106.

17) Auch dieser Ausdruck hat in den Gesetzen sehr verschiedene Bedeutungen. s. Hänsel Bemerk. zum Civilr. II. S. 157. Königlich sächsisches Gesetz vom 26. November 1834. Weimar. Gesetz vom 11. April 1833. Schwarzburg. Gesetz vom 19. Febr. 1833. Altenburg. Gesetz vom 9. August 1833. Lippisches Heimathsgesetz vom 2. März 1841. Im weitern Sinne nimmt man Heimathsrecht für gleichbedeutend mit Unterthanenrecht. Kreyßer würtemb. Privatr. I. S. 256.

18) S. Gesetze in der vorigen Note und badisches Gesetz über Rechte der Gemeindebürger vom 31. Dec. 1831 §. 70—80. Personen dieser Art nennt das badische Gesetz Einsassen. Umständlich handelt davon auch das Züricher Gesetz vom 24. Herbstmonat 1833 über Personen, die nur Niederlassungsrechte haben. s. noch bair. Gesetz vom 11. September 1825 über Heimath, Aufassigmachung u., und hiez u. bair. Gesetz vom 1. Juli 1834. v. Roy Staatsr. I. S. 394.

19) Häufig wird es wichtig, daß durch das Gesetz bestimmt werde, an welche Gemeinden gewisse Personen zuzuwiesen sind, z. B. Heimathlose.

20) S. darüber hannov. Ges. vom 6. Juli 1827. Spangenberg prakt. Erörterungen. I. Thl. S. 144.

1) Badisches Gesetz von 1808 §. 8. Oldenburg. Ges. 2. Oesterreich. Gesetzbuch §. 28. und hiez u. wichtige Erörterungen bei Winwarter das österreich. bürgerl. R. I. Thl. S. 137—140. Altenburg. Grundgesetz §. 41. Spangenberg prakt. Erörterungen. I. S. 144.

2) Ueber die Anwendung giebt es viel Streit, z. B. ob auch das Kind, das

Von dem rechtl. Unterschiede Einheimischer u. Fremder. 301

bürgerrecht hat ²⁾, 2) durch die Aufnahme von Seite der Regierung des Staats ⁴⁾, 3) durch Verleihung eines öffentlichen Amtes ⁵⁾, 4) durch Verheirathung einer Ausländerin mit einem Landesunterthanen ⁶⁾. Nur in einigen Partikularrechten ⁷⁾ ist auch der Ablauf einer gewissen Zeit, während welcher jemand in dem Lande wohnt, ein Erwerbungsgrund des Staatsbürgerrechts. Das Heimathrecht in einem gewissen Bezirk wird auf ähnliche Weise wie das Staatsbürgerrecht erworben ⁸⁾; hiezu kommt noch die Zuweisung einer Person durch Akt der Regierung an eine gewisse Gemeinde. Verloren wird das Staatsbürgerrecht: 1) durch Auswanderung ⁹⁾, welche jedem selbstständigen von einer privatrechtlichen Gewalt unabhängigen Staatsbürger frei steht, und nur da anzunehmen ist, wenn jemand aus dem Staat, dessen Bürger er ist, in einen andern Staat mit dem Vorsatz, nicht wieder zurückzukehren, sich begiebt. Es kommt darauf an, ob die Auswanderung schon rechtlich von der Zeit des Verzichts, oder des Empfangs des Rescripts auf Anzeige der Auswanderung wirkt, oder erst von der Zeit an, als der Unterthan die Landesgränze

von einem Würtemberger erzeugt, aber geboren wurde, als er nicht mehr Würtemberger war, das würtemb. Indigenat habe, was wohl zu bezagen ist. v. Rohl Staatsr. I. S. 318; obwohl das Wort: Indigenat, dagegen zu sprechen scheint.

- 3) Die Adoption durch einen Unterthanen giebt dem adoptirten Kinde kein Indigenat des Adoptirenden, zwar Streit: Besque v. Püttlingen die gesetzl. Behandl. der Ausländer in Oesterreich. Wien, 1842. S. 6. Auch die legitim. per subsequ. matrim. giebt, wenn nicht das Landesgesetz etwas anders entscheidet, kein Indigenat. v. Rohl I. S. 320.
- 4) Auch Naturalisation genannt. Spangenberg I. c. S. 147. Biel in Winwarter I. c. S. 70. v. Rohl würtemb. Staatsr. I. S. 318.
- 5) Schröter Abhandl. I. S. 236. Bad. Verf.-Urk. §. 9. Oesterr. Gesetzbuch §. 29. Winwarter I. c. S. 65. Oldenburg. Edikt §. 6. Altenburg. Grundgesetz §. 41. Was in würtemb. Verf. §. 19, im bair. Edikt §. 3. 7. vorkommt, ist nur partikularrechtlich. v. Rohl S. 319. Welche Aemter das Indigenat übertrage, ist verschieden bestimmt. Besque v. Püttlingen Seite 6.
- 6) Oesterreichisches Gesetzbuch §. 32, und dazu neue Gesetze Winwarter I. S. 69.
- 7) J. B. in Oesterreich §. 29; dazu Winwarter I. S. 67. Seit 1833 ist der 10jährige Aufenthalt erst dann ein Grund der Erwerbung des Indigenats, wenn der Unterthanseid geleistet wird. Besque v. Püttlingen S. 20. In Baden Edikt von 1808. §. 88.
- 8) S. Gesetze in §. 107 not. 17.
- 9) Badisches Gesetz von 1808 §. 9. Baier. Edikt von 1818 §. 10. Oldenburg. Edikt §. 10. Württemberg. Ges. vom 15. August 1817. — Weichhaar würtemb. Privatr. I. S. 85. Oesterr. Gesetzb. §. 32 und das (sehr umständliche) Gesetz vom 24. März 1832 in Winwarter I. c. S. 79. Altenburg. Grundgesetz §. 66.

überschreitet ¹⁰⁾. Wie weit die Auswanderung auch auf die Ehefrau ¹¹⁾ oder die Kinder ¹²⁾ des Auswandernden wirkt, ist in den Gesetzen gewöhnlich nicht bestimmt; denjenigen, welche das Gesetz nicht zwingt ¹³⁾, dem Vatten oder Vater zu folgen, bleiben die Indigenatsrechte ebenso vorbehalten ¹⁴⁾, wie in dem Falle der unbefugten Auswanderung ¹⁵⁾. Das Indigenat geht verloren 2) durch Eintritt in auswärtigen Staatsdienst, in so ferne nicht das Staatsbürgerrecht von der Regierung vorbehalten wurde ¹⁶⁾. 3) Durch Verheirathung einer Frauensperson ¹⁷⁾ mit einem Ausländer ¹⁸⁾.

§. 109. [§. 100^a.] Verhältniß der Fremden zu den Einheimischen, und verschiedene Arten der Fremden.

Als Fremder ¹⁾ erscheint in einem Staate derjenige, welcher, wenn er auch darin sich zufällig aufhält oder Grundeigenthum besitzt, als Unterthan der Gewalt eines andern Staates unterworfen ist. Solche Fremde sind entweder ²⁾: 1) nur Durchreisende, 2) oder solche, die zu einem vorübergehenden Zwecke in dem Lande zeitlich sich aufhalten, ohne in bleibende Verbindung mit dem Staate zu treten ³⁾, oder

10) In würtemb. Verf. u. heist es: durch den Wegzug. s. v. Mohl S. 391.

11) Oldenburg. Gesetz §. 2. Würtemb. Ges. von 1817. Weishaar I. S. 85. v. Mohl würtemb. Staatsr. I. S. 388.

12) Nicht gezwungen zu folgen sind in Oesterreich die großjährigen Kinder. (Püttlingen S. 40); in Württemberg die Kinder, welche die Unterscheidungsjahre erreichten und bei denen die Polizeibehörde anerkennt, daß sie sich im Lande selbst fortbringen, oder von Unterstützung der Verwandten leben können. Keysser Privat. I. S. 269.

13) J. B. die Ehefrau ist in Württemberg nicht gezwungen dem Manne zu folgen, wenn er ohne ihre Einwilligung aus Europa zieht, oder wenn vertragmäßig die Nichtauswanderung festgesetzt war, oder die Ehefrau durch Krankheit abgehalten ist. Württemberg. Gesetz von 1817 §. 15.

14) Püttlingen S. 40. s. noch Keysser S. 270.

15) In manchen Ländern muß der außerhalb deutschen Bundesstaaten Auswandernde einen Bevollmächtigten im Lande zurücklassen. Siehe Altenburg. Gesetz über d. privatrechtl. Verh. der Ausgewanderten vom 30. Januar 1841.

16) v. Mohl Staatsr. I. S. 321.

17) Baiern. Edikt §. 6. Oesterr. Gesetzg. §. 32. s. noch von Baden Annalen der badiſchen Gerichtshöfe 1835 S. 175, wo gezeigt wird, daß das Staatsbürgerrecht nie unbedingt verloren geht.

18) Auch da, wo jemand seine bleibende Wohnung im Auslande ohne Bewilligung des Königs nimmt, verliert er in Würtemb. d. Indigenat. v. Mohl S. 321.

1) Die ausführlichste Erörterung in Besque v. Püttlingen die gesetzl. Behandlung der Ausländer in Oesterreich. Wien, 1842.

2) Weishaar würtemb. Privatrecht. I. S. 89. Badiſches Gesetz von 1808 §. 4. Altenburg. Grundgesetz §. 91. Züricher Gesetz vom 20. Herbstmonat 1833. §. 1.

3) Hier treten nur polizeiliche Rücksichten wegen Pässen u. a. ein.

3) solche, welche die Niederlassungsbewilligung in einer Gemeinde des Staats erlangt haben, ohne dem Staatsverbande anzugehören, oder
 4) solche, welche in einem Staate Liegenschaften besitzen, aber in demselben kein Staatsbürgerrecht haben ⁴⁾. Das Verhältniß dieser letzteren [Forensen ⁵⁾] genannt] ist verschieden, je nachdem voller Landsassat in dem Lande gilt oder nicht; in einigen Ländern ⁶⁾, die schon früh als geschlossene Bezirke sich geltend machen konnten ⁷⁾, vorzüglich in den größeren Reichslehen, gelang, durch Unterwerfung aller Grundstücksbesitzer des Bezirks, von welchen man das homagium forderte, und durch Ausdehnung der Vasallenpflicht, die Ausbildung des vollen Landsassats ⁸⁾, so daß auch der Forense den Pflichten eines Unterthan des Staats, in welchem er Immobilien besitzt ⁹⁾, unterworfen gilt, und nicht bloß dinglich, sondern auch persönlich den Gesetzen und Gerichten des Landes, in welchem er Güter besitzt, daher auch persönlichen Ansprüchen gegen ihn, unterworfen ist. Gemeinrechtlich gilt jedoch nur der unvollkommene Landsassat ¹⁰⁾, d. h. Inbegriff der Pflichten desjenigen, der in einem Lande Güter besitzt, vermöge seines Gutsbesitzes alle darauf bezüglichen Lasten wie ein Unterthan zu erfüllen, wegen dinglicher seine Liegenschaft betreffender Klagen Recht vor den Gerichten dieses Landes zu nehmen und wegen der Erfüllung seiner Pflichten einen Stellvertreter aus Unter-

- 4) Im badischen Gesetz §. 5. Einfassen genannt, im altenburgischen Grundgesetz §. 91. angesehene Unterthanen. Wer in einem Staate auch mit Beibehaltung des Indigenats seines Vaterlandes einen Staatsdienst hat, wird in der Regel als Staatsbürger anzusehen seyn, und hat dann doppelte staatsbürgerliche Rechte und Pflichten.
- 5) Häberlin Repertorium des Staatsrechts. III. Thl. S. 91. Klüber öffentl. Recht §. 204. Preuß. Landr. Einleit. §. 30. 35. 38. Oesterreich. Ges. §. 33. 37. Baier. Edikt §. 15.
- 6) Geissler de Landsassatu. Marb. 1741. Zachariae sächsisches Lehenrecht (2te Ausgabe) S. 47. Weiße sächs. Staatsrecht S. 87. Klüber öffentl. Recht §. 204. Hänsel Bemerk. zum sächs. Civilt. II. S. 212.
- 7) Wagner de territoriis clausis. Lips. 1752. Merkwürd. Urkunde von 1249 in Horn Henricus auceps in dipl. nr. 16.
- 8) Sachs. Handbuch des weimar. Rechts S. 175. Schweizer S. 50. Struben rechtl. Bedenken. II. nr. 25. Der volle Landsassat gilt in Sachsen, Milhauser Staatsrecht von Sachsen. I. §. 13., in einigen Gegenden Hefens: Etor kleine Schriften. 98 St. S. 155. In Lüneburg, in Baiern, wo ein Gesetz vom 12. März 1812 die Verh. der Forensen ordnet. Ebenso in Württemberg, Kopsch würtemb. Privatr. I. S. 257.
- 9) Viel Streit ist, wegen welcher Grundstücke jemand landsässig wird. Gewiß auch wegen aller, welche bei der Lehenscurie zu Lehen gehen. Viel in Hänsel l. c. S. 214.
- 10) In Oesterreich gilt nur unvollst. Landsassat. Püttlingen S. 119; ebenso in Pölslein Falk IV. S. 136.

thanen des Landes, wo die Güter liegen, zu bestellen. So lange keine besonderen Beschränkungen gesetzlich im Lande bestehen, oder nicht der Retorsionsgrundsatz Abweichungen herbeiführt (§. 110), genießt der Fremde ¹¹⁾ nach dem bestehenden Völkerrechte, alle gemeinen bürgerlichen Rechte in dem Lande, in dem er sich aufhält, und nur nicht jene Rechte, zu welchen Staatsbürgerrecht und in bestimmten Gemeinden Ortsbürgerrecht gehört. Insbesondere stehen ihm politische Rechte nicht zu. Auch geht der Rechtsschutz des Staats nicht so weit, daß er vor Auslieferung oder Wegweisung aus dem Staate gesichert ist ¹²⁾. Die Gesetze geben auch dem Fremden das Recht, in jedem Staate, dessen Bürger der Beklagte ist, Recht vor den Gerichten zu suchen ¹³⁾, er muß jedoch, wenn er in dem Staate, in dem er klagt, nicht angefaßt ist, auf Erfordern des inländischen Beklagten Caution wegen der Kosten stellen ¹⁴⁾. Daß aber auch der Fremde gegen einen anderen Fremden, der sich in einem Staate eben aufhält, ohne dort domicilirt zu seyn, Klage bei den Gerichten jenes Staats erheben kann, ist nicht allgemein anerkannt ¹⁵⁾. Beschränkungen der Fremden, in einem Lande Grundeigenthum zu erwerben, gelten nur, wo das Landesgesetz sie ausspricht ¹⁶⁾; wo sie aber auch gelten, können sie doch nicht gegen Unterthanen eines deutschen Bundesstaats in einem anderen Bundesstaat ausgeübt werden ¹⁷⁾.

11) Preuß. Landrecht §. 41. Bielitz Comment. I. S. 148. Badisches Gesetz von 1808. §. 2. Baier. Edict §. 16. Oesterreich. Gesetzbuch §. 33. Code civil. Art. 13. f. Eichhorn S. 223. Ueber Verh. der Fremden f. Platner de usu hodierno division. hom. inter cives et peregrin. Lips. 1750. Schröters Abhandl. I. Thl. S. 258, und Ranitz de distinct. homin. inter cives et peregrin. Groning. 1828; und das in not. 1. angeführte Werk von Püttlingen.

12) Meining. Grundgesetz §. 18. Altenburg. Grundgesetz §. 94. Ueber Auslieferung Fremder f. von Oesterreich Püttlingen S. 167; von Helstein Falk IV. S. 140.

13) Von Oesterreich Püttlingen S. 117. Code Civil. art. 13; und Foelix Revue étrangère 1841. p. 772.

14) Weiske Rechtslexikon II. S. 616. Code Civil. art. 14. In den Gesetzen finden sich im Detail manche Verschiedenheiten. Foelix l. c. p. 773—86.

15) Das Völkerrecht spricht gewiß für Bejahung; anerkannt auch in badischer Prozeßordn. von 1832. Art. 45; in Oesterreich unter Beschränkungen, Püttlingen S. 118. In Frankreich aber will man dies Recht der Fremden nicht anerkennen. f. zur Foelix Revue p. 786—93. und p. 962 etc.

16) Römisches Recht I. Thl. Tit. 2 Art. 5. Bremisches Recht in Pufendorf obs. II. adp. p. 45. Wally Beiträge I. S. 267; f. auch unten §. 106 der 1ten Aufl. in der Lehre vom Re tract. Solche Beschränkungen gelten noch in Württemberg. Kerscher Privatr. I. S. 257; in Oesterreich nur beschränkt, Püttlingen S. 60.

17) Wegen Art. 18. der Bundesakte.

§. 110. [§. 101.] Retorsion.

Der Grundsatz, daß die Einheimischen und Fremden in Bezug auf den Genuß der Privatrechte einander gleichstehen, kann modifizirt werden ¹⁾ durch das Prinzip der Retorsion ²⁾ (Erwiderung), d. h. der Erklärung eines Staats, nach welcher er die gleiche Behandlung der Fremden an die Bedingung knüpft, daß der Staat, dem der Fremde angehört, die Unterthanen des anderen Staates in Rücksicht auf das in Frage stehende Recht eben so wie seine Unterthanen handle. Man rechtfertigt dies Prinzip dadurch, daß ein Staat, der im Allgemeinen die Gleichheit zwischen Fremden und Einheimischen im Privatrechte ausspricht, zugleich erklärt, daß er das entgegengesetzte Benehmen eines andern Staats, welcher Fremde zurücksetzt, als Rechtsverletzung betrachten werde, deren nachtheilige Folgen durch Erwiderung des gleichen Uebels gegen die Unterthanen jenes Staates vergütet werden sollen ³⁾; zugleich hofft man, daß der andere Staat durch die Retorsion bewogen werde, seine Maaßregel zurückzunehmen. Da jede Retorsion als Erwiderung eines Rechtszustandes erscheint, den der erwidernde Staat selbst als einen von dem, was ihm als Recht vorschwebt, abweichenden erkennt, und daher keine Begünstigung verdient ⁴⁾, so kann der Richter Retorsion 1) nur dann und nur so weit eintreten lassen, als das Landesgesetz den Richter hiezu ermächtigt ⁵⁾; 2) sie tritt nur ein bei un-

1) Von Beweisen frühen Vorkommens: Muratori ant. Ital. III. p. 377. Hallam Geschichte des Zustandes im Mittelalter. II. S. 596. Kurz österr. K. Handel S. 166. Kuchenbecker anal. coll. IV. p. 268. Das Verhütungssystem des Mittelalters scheint dies Recht veranlaßt zu haben. Hüllmann Städtewesen. I. S. 198.

2) Wildvogel de jur. retors. Jen. 1700. Bauer de fundam. quo inter civit. nititur retors. Lips. 1740. Elsässer de jur. stat. var. retors. Erl. 1775. Weidner vom Erwiderungsrecht. Göttingen, 1794. Gröndler de retors. Vit. 1805. Von Neapel über Anwendung Rocco dell uso ed autorità p. 65. England kennt den Grundsatz der Retorsion nicht. (s. engl. Ministerialerklärung in Püttlingen S. 66.) In Toscana ist 1835 (s. Zeitschrift für ausländische Gesetzgebung. X. S. 113.) das Retorsionsrecht aufgehoben.

3) Gut Wagners Zeitschrift für österr. Rechtsgelehrf. 1833. S. 110. Püttlingen I. c. S. 45.

4) S. meinen Aufsatz im Archiv für civil. Praxis. XIV. S. 108.

5) Preuß. Landr. Einleit. §. 48. Oesterr. Ges. §. 33. Code civil. art. 11. Baiern. Edikt über Indigenat vom 26. Mai 1818. §. 17. 18. Altenburg. Grundgesetz §. 96. Häberlin Repert. des Staatsr. IV. S. 854. Struben rechtl. Bedenken. V. nr. 47. Keyser württembergisches Privatrecht S. 267.

gleicher Behandlung der Ausländer im Verhältniß zu Einheimischen ⁶⁾, nicht aber dann schon, wenn blos Verschiedenheit der Gesetze des fremden Landes von den inländischen vorhanden ist ⁷⁾; da kein Staat dem andern zumuthet, die nämlichen Gesetze zu haben, sondern nur verlangt, daß er den Fremden eben so behandle, wie seine eignen Unterthanen ⁸⁾. 3) Daß die den Fremden nachtheilige, auf einem gehörig publicirten Gesetze beruhende Vorschrift schon in einem Falle wirklich angewendet wurde, ist zur Begründung der Retorsion nicht nöthig ⁹⁾.

§. 111. [§. 102.] Erbschaftsgeld und Nachsteuer.

In dem Verhältnisse Fremder kommt das Erbschaftsgeld (*gabella haereditaria*) vor ¹⁾, als das Recht eines Staats oder einer berechtigten physischen oder moralischen Person, von dem Vermögen eines Bürgers, welches an einen Fremden als Erben fällt, einen gewissen Abzug zu machen ²⁾. — Davon verschieden ist die Nachsteuer ³⁾ (Abzugsgeld, *gabella emigrationis*), als die Befugniß, von dem Vermögen eines auswandernden Bürgers einen gewissen Abzug zu fordern. Von der rechtlichen Existenz eines dieser Rechte an einem Orte kann noch kein Schluß auf die Berechtigung zu dem

6) Vellej Betracht. über verschied. Rechtsmaterien nr. 8. Weishaar württemberg. Privat. I. S. 90. Sächs. Gen. vom 4. April 1805. Crasius ad leg. sax. nov. de fin. jur. ret. Lips. 1812, und in Haubold opuscul. II. p. 675. Hänsel Bemerk. zum sächs. Civile. II. S. 167. Riccius von den Stadtgesetzen. II. B. C. 19. Runde §. 319.

7) Rechenberg de bello legum contra leges retors. Lips. 1743. Runde §. 319. Vielzig Comment. I. Theil. S. 148. Gründer Polemik. I. S. 161.

8) v. Püttlingen S. 45.

9) Sächse Handbuch S. 186. Hänsel Bemerkungen. II. S. 168; dagegen aber Gründer Polemik I. S. 163.

1) Bonhöffer diss. qua detr. jur. super territ. vind. Gott. 1772. Eiter. in v. Kampe Eiter. d. Völkerr. S. 127, f. bes. Canz de jur. detract. Tab. 1773. Bodmann Gesch. Grund- und Territ.-Verh. des Abzugsg. und Nachst. Mainz, 1791. Desselben inneres Territ.-Verh. des Abzugsg. und Nachsteuer. Mainz, 1795. Reitemier das allgem. Abscheßrecht in Deutschland. Strauß. 1800. Junghans de gabell. detr. Lips. 1793. Oelrichs de eo quod just. est circa emigr. civ. Halae, 1788. Seidensticker comm. de jure emigr. ex mor. Germ. Götting. 1788. Sächs. Gen. zur Erläut. zweifelhafter Rechtsfr. in Abschn. v. 16. Febr. 1811. Wachsmuth jur. sax. de detractu. Lips. 1812. Preuß. Landr. II. Tbl. Tit. XVII. Abschn. II.

2) Wie dies Recht erst spät in Holstein und Schleswig sich ausbildete s. Falk III. S. 435.

3) Abfahrtsgeld bezeichnet häufig die Abgabe, welche von einem in das Ausland gehenden Vermögen erhoben wird.

Von dem rechtl. Unterschiede Einheimischer u. Fremder. 307.

andern gemacht werden. Das erste entstand aus alten Ansichten über die Zurücksetzung der Fremden ⁴⁾; das zweite wurde veranlaßt nicht selten durch Verhältnisse der Hörigkeit ⁵⁾ und der Vogtei und durch Feudalanfichten, durch die Idee der Geschlossenheit der Bezirke ⁶⁾, vorzüglich auch in der Anwendung auf Städte ⁷⁾, und die allmählig entstandene Ansicht von der Verpflichtung der Auswandernden ⁸⁾, gewisse schuldige Dienste abzulösen ⁹⁾. Je mehr die Vogtei, welche den Schutzherrn berechnete, Entschädigung vom abziehenden Schützling zu fordern ¹⁰⁾, ausgedehnt und in Landesvogtei verwandelt wurde, und bei der steigenden Schuldenmasse die Herren jede Gelegenheit benutzten, ihre Erlaubniß, Gegenstände zu exportiren, an eine Abgabe zu knüpfen ¹¹⁾, desto allgemeiner wurde das Recht der Nachsteuer als Regal ausgeübt ¹²⁾ und von den Reichsgesetzen ¹³⁾ als Herkommen anerkannt. Später entstand die Idee der Verbindung der Nachsteuer mit der jurisdiction, und in den Städten die Ansicht von Verpflichtung auch der auswandernden Bürger, zur Zahlung städtischer Schulden beizutragen ¹⁴⁾.

§. 112. [§. 103.] Befugnisse zur Nachsteuer.

Das Recht, Abfahrtsgehd zu erheben, ist entweder das landesherrliche, oder das grundherrliche, oder das städtische ¹⁾; allein die

- 4) Schon Worms. Dienstrecht in Schannat. hist. Worm. Cod. prob. p. 43. Freiburg. Stat. von 1520. Fol. 85. Stat. in Danz Handb. III. S. 155, und Lang Gesch. der Steuerverfass. S. 125. Aus dem Rechte des Fiskus auf Nachlaß des Fremden läßt sich nichts ableiten, da es bei jenem Rechte nur auf die Eigenschaft des Erblassers ankam.
- 5) Leg. Long. II. 14. 1. Sal. tit. 48. Aleman. 105. Capit. I. Carol. M. 806.
- 6) Rindlinger Geschichte der Hörigkeit S. 158.
- 7) Am merkwürdigsten ist eine Urk. von 1286 von Gent in Barnkönig Rechts Geschichte von Flandern, Urkundenbuch II. S. 71, wo Nachsteuer und Erbschaftsabzug regulirt sind.
- 8) Nördlinger Stat. in Tröltzsch Anmerk. I. S. 101. Gutner Gesch. der Gewerbepolizei S. 503. Bodmann rheingau. Alterth. S. 386. Balthers System der Abzugsges. aus vaterländ. Statuten. Bern, 1775. Lang Geschichte der Steuerverfass. S. 116. Stat. in Senkenberg. Corp. jur. germ. I. P. II. p. 7.
- 9) Beschränkungen der Auswanderung s. in Bruchsal. Amtsdordn. von 1470. Urk. in Steiner vom Freigerichte S. 253.
- 10) Merkw. Dingrodel aus dem XII. Jahrhundert in Sensburg von den alten Abgaben S. 14.
- 11) Phillips I. S. 304. s. dagegen Maurenbrecher I. S. 316.
- 12) Henneberg. Landesordn. von 1539. Buch 5. Tit. 1. Kap. 3.
- 13) Reichs-Absh. von 1555 §. 24, von 1594 §. 82. 84.
- 14) Lang Gesch. der Steuerverfass. S. 120. Bodmann pragmatische Geschichte des Nachsteuerrechts S. 24.
- 1) Diese drei Arten kommen noch in Oesterreich vor. v. Püttlingen S. 71.

Befugniß hiezu muß immer besonders nachgewiesen werden, da dies Recht weder durch allgemeine Gewohnheit begründet ist, noch als ein nothwendiger ²⁾ Ausfluß der Staatsgewalt, als eine gemeinrechtliche ³⁾ Befugniß behauptet werden kann. I. Wo es in einem Staate vorkommt, muß man annehmen, daß es nur der Staatsgewalt zustehe, wenn ein Bürger den Unterthansverband aufgibt; allein man betrachtete dies Recht als niederes Regal ⁴⁾, das auch von Andern, z. B. Städten, Adlichen als Grund- oder Schutzherrn, erworben werden konnte. Daraus folgt, daß das Recht wohl solchen physischen oder moralischen Personen zustehen kann; aber für sein Daseyn spricht keine Vermuthung. Wegen bloßer Schutzherrschaft, in so ferne nicht der ehemalige Berechtigte auch nach geänderten Verhältnissen sich im Besitze des Rechts zur Nachsteuer erhielt, kann eben so wenig Nachsteuer gefordert werden ⁵⁾, als wegen des Besizes der *jurisdictio*, wenn nicht dargethan werden kann, daß in dem Lande, wo das Recht ausgeübt werden soll, die Nachsteuer an die *jurisdictio* geknüpft ist ⁶⁾. II. Das Recht, Erbschaftsgeld zu erheben, muß speziell dargethan werden ⁷⁾, folgt auch aus der Natur der Staatsgewalt eben so wenig, als aus der Nachweisung der Ansichten des alten deutschen Rechts über Fremde ⁸⁾. III. Vertragsmäßig fällt Nachsteuer weg zwischen Staaten, die Freizügigkeit errichtet haben ⁹⁾, und durch das Bundesgesetz zwischen Staaten, die zum deutschen Bunde gehören ¹⁰⁾. Durch den Bundesbeschluß über

2) Es steht im Widerspruch mit der Auswanderungsbefugniß. Seidensticker *de jure emigrandi ex morib. German.* Gott. 1788. f. über die angeblichen Rechtfertigungsgründe Welker im Staatslexikon I. S. 61.

3) Nichts ist aus den in §. 111 not. 13 angeführten Reichsges. abzuleiten.

4) Preuß. Landr. I. c. §. 174. Faust: Beweis, daß das Recht der Nachsteuer ein Regal sey. Frankfurt. 1756. f. Eichhorn *Rechtsgesch.* S. 448. not. f. Hummelstoss Entwurf des Begriffs der Regalität. S. 51. 87. Kunde §. 326. v. Kamptz *mecklenb. Civilrecht.* II. S. 501. Hänsel II. S. 170.

5) Beck von der Nachsteuer S. 16. Sachs. Handbuch S. 319.

6) In dieser Hinsicht spricht man zuweilen von Nachsteuer als *fructus jurisdictionis*. Schöpflitz *Cons. March.* p. 261. Merkel *Commentar zum preuß. Landr.* II. Thl. S. 808. v. Kamptz *mecklenb. Civilrecht.* II. Thl. S. 501. f. Koburg. Bes. vom 28. April 1802 in Orloff Statuten von Koburg, Beilage S. 52.

7) In Landesrechten stellt man das Recht oft in Zusammenhang mit Fiskusrechten. Sachs. S. 318.

8) Diese Ansichten veranlaßten wohl das Entstehen des Rechts an vielen Orten, aber begründeten es nicht als gemeinrechtlich.

9) Preuß. Landr. §. 141.

10) Bundesakte Art. 18. Akten des Wiener Kongresses. II. S. 368. Akten öffentl. Recht §. 168.

Nachsteuer ¹¹⁾ ist noch näher ausgesprochen, daß jede Art von Vermögen, das entweder wegen Auswanderung, oder Erbschaftsanfalls, oder Verkauf in einen Bundesstaat geht, unter der Abzugsfreiheit des Bundes begriffen ist, und daher jede Abgabe aufhört ¹²⁾, welche bisher den Wegzug des Vermögens von einem Bundesstaate in den andern, oder den Uebergang des Eigenthums auf Angehörige eines andern Bundesstaates beschränkte, wogegen ungeachtet der Freizügigkeit jene Abgaben nicht aufhören, welche bisher unabhängig vom Wegzuge, daher ohne Rücksicht, ob das Vermögen in dem Lande bleibt, oder hinausgezogen wird, und ohne Rücksicht, ob der neue Besitzer Inländer oder Fremder ist, zu entrichten waren ¹³⁾. Eine Pflicht des Auswandernden, wegen Beiträgen zu den Kriegsschulden sich abzufinden, ist gemeinrechtlich nicht begründet ¹⁴⁾. Wahres Abzugsgeld kann nur mehr vorkommen, wenn das Vermögen in einen nicht zum deutschen Bunde gehörigen Staat, mit welchem kein Freizügigkeitsvertrag geschlossen ist, gebracht werden soll ¹⁵⁾. IV. Die durch die Bundesakte festgesetzte Abzugsfreiheit bezieht sich auch auf den Fall, wenn Patrimonialherren oder Corporationen nachsteuerberechtigt waren ¹⁶⁾. Bei den übrigen von einem Staate mit Staaten, die nicht zum deutschen Bunde gehören, durch Freizügigkeitsverträge oder Gesetze bewirkten Aufhebungen kommt es auf die Art der geschlossenen Convention an ¹⁷⁾.

11) Vom 23. Juni 1817 in Eminghaus corp. jur. german. vol. II. p. 666.

12) Klüber Akten des Wiener Kongresses. II. S. 368. Klübers Uebersicht S. 213. Klüber öffentl. Recht §. 168.

13) Ueber Loskaufsgelder von der Militärpflicht ist bundesgesetzlich nicht entschieden. s. noch Dresch baier. Staatsrecht S. 98; aber in vielen Staaten wird eine solche Abgabe genommen. v. Mey baier. Staatsr. II. S. 14. Auch besteht in Baiern die Pflicht des Auswandernden, die vom Staate genossenen Unterstützungsgelder zurück zu zahlen.

14) Eminghaus corp. jur. II. p. 670.

15) Ueber die Anwendung in einzelnen Staaten s. Keyser I. S. 261; von Oesterreich v. Püttlingen S. 75; von Holstein Fall III. S. 440.

16) Bundesbeschluß §. 6. Klüber öffentl. Recht §. 168. Klüber Akten des Wiener Kongr. II. S. 509.

17) J. B. nassauische Verordn. in d. Verordn.-Samml. I. Thl. S. 133. Preuß. Landr. §. 177—178. Badische Verordn. von 1817 §. 6. Haubold Lehrbuch S. 238. Hänsel Bemerkungen II. S. 173. s. noch Bodmann äußeres Abzugsrecht S. 57. Von Oesterreich v. Püttlingen S. 83.

§. 113. [§. 104.] Grundsätze bei Ausübung des Erbschaftsabzuges.

Nur dann 1) wenn ein Ausländer eine inländische Erbschaft ganz oder theilweise als Erbe oder Legatar ¹⁾ oder vermöge Schenkung von Todeswegen erwirbt, findet Abzug statt ²⁾. 2) Der Verstorbene, von dessen Erbschaft die Rede ist, muß auch in dem Staat, der das Recht des Abzugs ausüben will, einen gesetzlichen Wohnsitz gehabt haben. 3) Nur von dem inländischen Vermögen, das ins Ausland geht, und mit vollem Eigenthum an einen fremden Erwerber fällt, kann Abzug genommen werden. Auswärts gelegene Güter kommen nicht in Betrachtung ³⁾. Wenn ein Forense ⁴⁾ in einem Lande Güter besitzt und stirbt, so kann gemeinrechtlich von dem auswärtigen Erben eines Forensen, wenn er die ihm angefallenen Güter veräußert, kein Abzug gefordert werden ⁵⁾, wenn nicht das Landesgesetz bestimmt auch auf den Forensen geht ⁶⁾. 5) Versallen ist der Abzug, so bald es gewiß ist, daß der Ausländer das ihm angefallene Vermögen erwerben will ⁷⁾, und rücksichtlich der Immobilien wird das Geld bezahlt, wenn das Grundstück wirklich ⁸⁾ veräußert ist ⁹⁾. 6) Berechnet kann der Abzug erst werden, wenn Schulden bezahlt ¹⁰⁾, Kosten der Ausscheidung und auf dem Vermögen ruhende Lasten abgerechnet sind ¹¹⁾. 7) Zur Zahlung des Abzugs ist nur

1) Preuß. Landr. §. 161 und preuß. Verordn. vom 11. Mai 1819.

2) Württemberg. Instruktion vom 12. Juli 1823 §. 1.

3) Reyscher I. S. 261.

4) Preuß. Landr. §. 163. Würtemb. Instr. §. 2. Bodmann inneres Territorialverh. S. 164. Eichhorn Privatr. §. 78.

5) Carpzov def. P. III. const. 30. def. 1. nr. 12. Beck von der Nachsteuer S. 74.

6) Sachse Handbuch S. 320. Nach würtemb. Instr. §. 2. wird auch von Gütern des Forensen Abzug genommen. Reyscher I. S. 263. In Holstein ist Zweifel. Falk III. S. 441. Es kommt überhaupt auf das Verhältniß an, in welchem in dem Lande Landsassat besteht.

7) Bodmann I. c. S. 258. Preuß. Landr. §. 170. Würtemb. Gef. §. 5. In Oesterreich entsteht das Recht in dem Augenblick, als das Vermögen dem Ausländer zufällt. v. Püttlingen S. 72.

8) Wenn der Fremde die Güter zwar veräußert, aber dafür sogleich wieder andere in dem nämlichen Lande anschafft, so gestattet man keinen Abzug. *Lain de gabella detractus vel emigr. nisi pretium ex re vendita redactum ex uno territorio transferatur.* Vinar. 1751.

9) Falk III. S. 443. v. Püttlingen S. 72.

10) Württemberg. Instr. §. 8.

11) Ob der Erbe oder Legatar den Abschoss bezahlt, s. Beck von der Nachsteuer S. 77. Ueber den Satz, daß die conferenda nicht dem Abzug unterliegen, s. Hommel 445. Gröndler Polemik I. S. 164.

Von dem rechtl. Unterschiede Einheimischer u. Fremder. 311

der Erbe und bei Legaten der Legatar pflichtig ¹²). 8) Nur da, wo durch einen Akt von Todeswegen das Vermögen in das Ausland geht, wird im Zweifel Abzug eintreten ¹³). - 9) Nie darf der Erbschaftsabzug so weit ausgedehnt werden ¹⁴), daß dadurch eine Nachsteuer versteckter Weise gefordert würde ¹⁵).

§. 114. [§. 104^a.] Grundsätze bei Ausübung des Nachsteuerrechts.

1) Nur der im Unterthansverbande bisher lebende Eigenthümer ¹) eines Vermögens ²), das in dem Inlande sich befand, wenn er wirklich ein Domicil in dem Lande hatte und nun völlig dasselbe aufgibt ^{2a}), ist, so weit dies Vermögen ganz exportirt wird ³), nachsteuerpflichtig. 2) Der Forense, da er gemeinrechtlich kein Unterthan ist, und kein Domicil im Lande hatte, ist auch nicht nachsteuerpflichtig ⁴). 3) Aus dem Satze ⁵): *mobilia ossibus inhaerent*, kann man nicht folgern ⁶), daß auch von den im Auslande immer gelegenen und nie in das Land, welches jetzt Nachsteuer fordert, gebrachten Mobilien Nachsteuer gegeben werden müsse. 4) Im Auslande angelegte Kapitalien können dann nicht eingerechnet werden ⁷), wenn sie aus ausländischen, nie in das Land hereingejogenen Geldern entstanden sind. 5) Auch gehören nur fällige und exigible For-

12) Hänsel Bemerk. II. S. 182.

13) Daher keine Ausdehnung auf Brautshaß (s. v. Püttlingen S. 73.), Schenkung inter vivos.

14) J. B. wenn die in das Ausland heirathende Tochter ihre dos erhält. Weishaar würtemb. Privatrecht. II. S. 96. Reyscher württemberg. Privatr. I. S. 265.

15) Ob durch Abtretung der Rechte des Ausländers an einen Inländer der Abzug abzuwenden ist, Kind *cessio haered. a peregrin. in indigen. facta an detr. toll.* Lips. 1783.

1) Bed. von der Nachsteuer S. 29. Bodmann S. 56. Carpov de fin. P. III. const. 12. def. 18. Galf III. S. 441.

2) Danz Handbuch III. S. 176.

2a) Es ändert nichts, wenn er auch mit einem oder dem andern Grundstück im Lande angeheftet bleibt. Brockes obs. 140.

3) Kleins Beiträge III. S. 243.

4) Bodmann S. 161. f. §. 114 not. 6.

5) Westphal Privatr. I. Thl. nr. 4. §. 17. Sachs Handb. S. 320. Eichhorn S. 231. Gründler Polemik S. 165.

6) Bodmann S. 167.

7) Bodmann S. 150. 162. Bed. von der Nachsteuer S. 77. Preuß. Landrecht §. 151—153. Carpov P. III. const. 38. def. 19. Kind quaest. for. II. nr. 70. Galf III. S. 443. In Oesterreich (v. Püttlingen S. 73.) sind jene Kapitalien frei, welche durch ein aus fremden Ländern nach Oesterreich gebrachtes Vermögen entstanden sind.

derungen ⁸⁾ in die Masse, von welcher Nachsteuer berechnet wird. Die Schulden ⁹⁾ müssen immer abgezogen werden ¹⁰⁾. 6) Bezahlt wird die Abgabe erst, wenn der Unterthan wirklich in das Ausland geht ¹¹⁾. Die Größe der Nachsteuer ist verschieden ¹²⁾; der Beweis des Quantum liegt demjenigen ob, der das Recht fordert ¹³⁾. Einzelne Personen ¹⁴⁾ haben Befreiung von Nachsteuer, jedoch jetzt nur mehr ¹⁵⁾ nach Landesgesetzen.

V. Abtheilung.

Von dem Einflusse der Religionsverschiedenheit auf bürgerliche Verhältnisse.

§. 115. [§. 105.] Verhältniß der christlichen Religions-Parteien.

Der Einfluß der Religion kömmt hier nur in so ferne in Betrachtung, als die Religionsverschiedenheit auf den Umfang der bürgerlichen Rechtsfähigkeit wirkt, und zwar 1) in so ferne in einem Staate der Genuß gewisser Bürgerrechte an eine bestimmte Religion gebunden ist; 2) in so ferne sie die Möglichkeit der Eingehung oder Auflösung eines Rechtsverhältnisses und die Formen desselben bestimmt; 3) in so ferne in ihren Dispositionen die Ausübung oder Aenderung einer gewissen Religion von den Bürgern an den Genuß oder Verlust gewisser Rechte und Vortheile geknüpft wird. Die in den ältern Rechtsquellen ¹⁾ vorkommende rechtliche Bedeutung der Ketzerei ist durch das spätere Recht ²⁾ weggefallen. Der westphälische

8) Bodmann S. 175. Häufel II. S. 183.

9) Beck S. 88. Schmidt Abhandl. I. S. 89.

10) Wie weit die Zinsen des Vermögens eingerechnet werden s. Falk Handb. III. S. 444 not. 32.

11) v. Püttlingen S. 72.

12) Bodmann S. 299.

13) Runde Privatrecht S. 325.

14) Von ehemaligen Befreiungen Pfeffinger vitriar. III. p. 1481. Runde S. 324. Bodmann S. 103 ic.

15) S. jedoch wegen der Mediatistren: baier. Declaration von 1807. nr. 7., und wegen der Bundestagsgesandten Eminghaus Corp. jur. II. p. 661.

1) Gute Darstellung der röm. canon. und der Quellen des Mittelalters über die Keger in Forti delle istituzioni civili. vol. II. p. 26—133.

2) Zwar kommen noch nach d. XVI. Jahrh. in den Landesgesetzen Erklärungen gegen die Keger vor. Falk Handb. IV. S. 157.

Friede hatte den Mitgliedern der drei christlichen Religionspartheien gleiche bürgerliche Rechte im allgemeinen zugesichert ³⁾; allein dies hinderte nicht einen einzelnen Staat, den Genuß voller Rechtsfähigkeit an eine gewisse Religion zu binden ⁴⁾. Daher noch überall in einzelnen Staaten harte Beschränkungen der nicht die herrschende Religion Bekennenden vorkommen; eben so wenig war ein Privatmann gehindert, von dem Bekennen einer gewissen Religion gewisse Akte der Freigebigkeit abhängig zu machen ⁵⁾. II. Die Bundesakte ⁶⁾ spricht völlige Gleichstellung der christlichen Confectionen aus, daher kann auch kein Mitglied dieser Confectionen bloß wegen seiner Religion von irgend einem bürgerlichen oder politischen Rechte in einem Bundesstaate ausgeschlossen werden, und es muß jede Zurücksetzung wegfallen, welche bisher in einem Staate bloß wegen der Religion gegen den Befenner einer christlichen Confection angewendet wurde ⁷⁾. Deswegen aber bleiben die Statuten der Corporationen (oder von Privatpersonen ausgegangenen Anordnungen), in welchen das Recht zur Theilnahme an dem besonderen Vermögen an eine bestimmte Confection geknüpft ist ⁸⁾, aufrecht stehen; eben so, wie in Bezug auf Beneficien, Stipendien die bisherigen Verfügungen stehen bleiben ⁹⁾. III. Die Gleichstellung der christlichen Confectionen bezieht sich nur auf die anerkannten Religionen ¹⁰⁾, nicht auf Nebensekten, die sich

3) Meicus spicilleg. p. 269. Maier geistl. Staatsrecht. II. §. 15. Westphälischer Friede, Art. V. §. 35, VII. §. 2. Verslacher Handbuch der deutschen Reichsgesetze, X. Bd. S. 1866. Wiern westphälische Friedensband. VI. S. 272.

4) Eisenhart Anleit. zum deutschen Stadt- und Bürgerrecht S. 178. Curtius sächs. Civilrecht, I. S. 306. Weishaar württemberg. Privatrecht, I. S. 37. Hennings Hülsbuch holstein. Rechts, S. 25—39.

5) Hymen Beitr. zur jurist. Literatur in den preuß. Staaten, V. S. 144. Schellhass utrum condit. qua certa relig. in subjeet. reg. pro turpi. 1753. Danz Handbuch VII. S. 205.

6) Bundesakte Art. 16. f. baier. Religionsedikt vom 26. Mai 1818. Baier. Verfassungsurk. IV. §. 9. Würtemb. II. 25. Haubold Lehrbuch S. 119. Schweizer weimar. Staatsrecht S. 70. Ueber die Gleichstellung der Protestanten und Katholiken in den deutschen Bundesstaaten, mit besonderer Rücksicht auf Sachsen. Hann. 1828. Eine Zusammenstellung aller deutschen Landesgesetze über das landesherrliche jus circa sacra in v. Kampfs Jahrb. der Gesetzgebung, Heft 100. S. 291 ff.

7) J. B. in Bezug auf Erwerb von Immobilien, Gemeinerechten, Ausübung von Vormundschaft. Weber sächs. Kirchenrecht S. 212. Hänsel Bemerk. zum sächs. Civilr. III. S. 306.

8) Daher wird das Kirchengut einer bestimmten Religionspartei nicht auch Eigenthum anderer Confectionen. Dies aber auch auf Anstellungen der Professoren an Universitäten auszudehnen, widerspricht der Bundesakte.

9) Hänsel Bemerk. III. S. 304.

10) In den Entwürfen der Bundesakte sprach man von drei christl. Religionen.

trennten ¹¹⁾; und in Aufsehung derselben ist die Landesgesetzgebung nicht gehindert, ihre bürgerlichen Rechte durch besondere Verfügungen anzuordnen ¹²⁾. Leider fehlt es nicht an Versuchen mancher Staaten selbst in Bezug auf die Befenner der christlichen Religionen, die nicht zur herrschenden Religion gehören, Einschränkungen eintreten zu lassen ¹³⁾. IV. Kein Privatmann kann gehindert werden ¹⁴⁾, bei Dispositionen, die nur Akte seiner Liberalität enthalten, oder bei Stiftungen ¹⁵⁾ als Bedingung ¹⁶⁾ festzusetzen ¹⁷⁾, daß derjenige, welcher Anspruch auf den Genuß des Rechts machen will, einer bestimmten Confession angehören müsse ¹⁸⁾, wogegen nicht angenommen werden darf, daß jemand einen Andern von den gesetzlich zugesprochenen Rechten ¹⁹⁾ deswegen ausschließen könne, weil der Andere sich nicht zu einer bestimmten Religion bekenne. Selbst bei den Akten der Freigebigkeit läßt sich nicht als eine entschiedene Rechts-

- parteien, die Bundesakte selbst läßt die Zahl weg. In vielen Verfassungs-
Urkunden ist dagegen von drei gesprochen; z. B. Baiern, Baden u. Es
schwede der Bundesakte die Ansicht der Reichsgesetze vor. Klüber Akten
des Wiener Kongresses. II. S. 441. Klüber völkerrechtl. Beweise für die
Gültigkeit des westphäl. Friedens S. 36—42. In Baiern ist seit 1804
auch die griechische Kirche den drei Kirchengesellschaften gleichgestellt. s. noch
Erläuter. in v. Kamphs Jahrb. Heft 101. S. 104—9.
- 11) Meyscher würtemb. Privatr. I. S. 272. Merkhw. Verhältniß der Separat-
tisten in Württemberg, wo eine Verordn. von 1819 entscheidet. v. Mohl
Württemberg. Staatsrecht. II. S. 441.
- 12) v. Mohl Staatsr. II. S. 91. v. Mey Staatsrecht I. S. 91.
- 13) z. B. in Holstein und Schleswig. Falk Privatr. IV. S. 162; z. B. we-
gen Anstellung.
- 14) Klüber öffentl. Recht. §. 432 b.
- 15) z. B. in Familienfideikommissen. Selt Versuche aus dem Gebiete des
Civilrechts. II. S. 153.
- 16) S. noch Hert opusc. vol. I. P. II. p. 219. Kreitzmaier Anmerk. zum
baier. Landr. III. Thl. S. 347. V. Thl. S. 1541. Eichhorn Privatr.
S. 236. Biener interpret. et resp. ex jure sax. syll. X. Lips. 1823.
- 17) Manche Partikularrechte nehmen freilich die turpitudine dieser conditio an.
z. B. preuß. Landrecht. I. Thl. Tit. 4. §. 9. Vielzig Comment. I. Thl.
S. 412, und badisches Landr. von 1809 Cap 900, und hiezu Brauer Er-
läut. des badischen Landr. II. Thl. S. 322.
- 18) Für die Gültigkeit dieser conditio s. noch Salchow Magazin für gesammte
Jurisprudenz. I. Bd. I. Stück. S. 67. Einige Autoren, z. B. Kunde
Privatr. §. 637, sehen nur die conditio de mutanda relig. für turpis
an. Einige nehmen turpitudine nur an, wenn eine vom Staate verbotene
Religion jemanden zugemuthet würde. — s. Klüber öffentl. Recht §. 435.
Thibaut Pand. §. 803. Verschiedene Ansichten Meyscher I. S. 284. Jäger
in Linde's Zeitschr. III. nr. 16. Selt Versuche im Gebiete des Civil-
rechts. II. S. 143. Glück Comment. XXIII. S. 14. Maurenbrecher I.
S. 334. sieht beide Bedingungen als Verletzungen der Bundesakte an.
Phillips I. S. 314. findet in d. condit. de non mutanda relig. die Un-
würdigkeit darin, daß man Jemanden verführen will, wegen irdischen Vor-
theils ein Heuchler zu seyn.
- 19) z. B. wenn der Vater seinen Sohn enterben wollte.

ansicht die nachweisen, daß die Bedingung schändlich sey, nach welcher einer Person für den Fall ihres Uebertritts von ihrer Religion zu einer andern ein Vortheil zugesichert wird ²⁰⁾, in so ferne nicht aus den Umständen des Falles eine Schändlichkeit sich zeigt. V. Wenn Ehegatten verschiedener Confectionen sich verheirathen, so muß da, wo nicht besondere Landesgesetze entgegenstehen ²¹⁾, welche entweder gar keine Verträge über diesen Gegenstand gestatten ²²⁾, oder die Kinder in einer bestimmten Religion zu erziehen gebieten ²³⁾, die Befugniß der Eltern, im Ehevertrage ²⁴⁾ die Religion, in welcher die

20) Man müßte, wenn man turpitudine annimmt, vermuthen, daß der, welcher nach ausgesprochener conditio die Religion ändert oder der seinigen treu bleibt, es nur wegen irdischen Vortheils gethan habe. Darf man so vermuthen? s. noch Fall Handbuch IV. S. 164.

21) Darin ist freilich große Verschiedenheit. a) Einige gestatten gar keine Verträge über diesen Punkt; z. B. hannov. Ges. vom 31. Juli 1826. s. Mein Aufsatz in der Zeitschrift Themis, herausg. von Elvers. Göttingen, 1827. I. Bd. 1. Heft. nr. 1; b) einige erkennen nur gerichtlich geschlossene Verträge an, z. B. oldenburg. Gesetz vom 12. Februar 1816. Frankfurt. Gesetz vom 30. Dezember 1819. § 4; c) andere fordern, daß die Kinder nur in einer Religion (also nicht verschiedene Kinder in verschiedenen Religionen) erzogen werden, z. B. weimarische Berordn. vom 27. Okt. 1823 S. 51; d) nach anderen müssen die Kinder in der Religion des Vaters unterrichtet werden. Preuß. Deklarat. vom 21. Nov. 1803. Merkel Comm. II. S. 113. Darnach sind keine Verträge der Eltern zulässig, welche von der Vorschrift abzuweichen anordnen; allein §. 78. des Landr., nach welchem, wenn die Eltern über die Erziehung einig sind, Dritte sich nicht einmischen dürfen, bleibt gültig. Großh. Hess. Gesetz vom 27. Febr. 1826; e) nach dem sächs. Gesetz vom 1. November 1836 finden Verträge (jedoch unter manchen Beschränkungen, und zwar muß der Vertrag vor Gericht geschlossen werden) vor und während der Ehe Statt. s. über das königl. sächsische Gesetz Schwarze in der Zeitschrift für Rechtspflege in Sachsen. Neue Folge. I. Bd. nr. 15. In Baden (nach Gesetz vom 14. Mai 1807. §. 6 und vom 8. Juni 1826) sollen Kinder in der Religion des Vaters erzogen werden, wenn nicht durch Eheverträge etwas anders bestimmt ist, während der Ehe dürfen diese nicht geändert werden (s. Erfahrungen über dies Gesetz in Annalen der bad. Gerichtshöfe 1840. nr. 13.). In Würtemberg (Gesetz vom 15. October 1806 und spätere Erl. v. Kogl. Staatsr. II. S. 452) sind die Kinder in der Religion des Vaters zu erziehen, wenn nichts verabredet ist; die Verträge können auch während der Ehe geändert werden. Jäger in den Studien der evangel. Geistlichkeit. IX. Bd. 2. Heft, S. 3. Eine Sammlung von Landesgesetzen über diese Frage s. in v. Kamptz Jahrbüchern, Heft 101. S. 1—136.

22) Dies liegt auch im Geiste der französischen Gesetzgebung.

23) In Dänemark müssen Kinder in der protestantischen Religion erzogen werden; staatsbürgerl. Magazin III. S. 601. In Holstein sind Ehen der Protestanten mit Katholiken untersagt; die Dispensation wird nur unter der Bedingung gegeben, daß die Kinder lutherisch erzogen werden. Fall IV. S. 103.

24) Dürre de potest. patris circa relig. liberor. in Schmidt thes. jur. eccles. Tom. VI. nr. 18. Faber Staatskanzlei X. S. 805. Reichsschluß von 1650 in Eminghaus corp. jur. II. p. 257. Auch von neuen Gesetzen würtembergisches Gesetz vom 14. März 1817. Baier. Religions-

Kinder erzogen werden sollen, beliebig zu bestimmen, angenommen werden ²⁵⁾). Wenn keine Verabredung darüber existirt, und ein Landesgesetz nicht andere Normen enthält ²⁶⁾), entscheidet der Wille des Vaters ²⁷⁾), der überhaupt die Erziehung der Kinder zu bestimmen hat, über die Religion, in der das Kind zu erziehen ist ²⁸⁾); jedoch kann der Vater auch gestatten, daß die Kinder in der Religion der Mutter zu erziehen sind; bei unehelichen Kindern entscheidet der Wille der Mutter ²⁹⁾). Wenn Eheverträge etwas über die religiöse Erziehung der Kinder bestimmten, kann die Religionsänderung ³⁰⁾ des Vaters nicht berechtigen, vom Vertrage abzugehen. Wenn nicht ausdrücklich das Landesgesetz eine Beschränkung enthält ³¹⁾), können auch Verträge der Ehegatten über die Erziehung noch während der Ehe gemacht und die geschlossenen immer wieder abgeändert werden ³²⁾). VI. Wenn auch die religiöse Erziehung der

edikt vom 26. Mai 1818 cap. 3. Von Mecklenburg: v. Kamph mecklenb. Geistl. II. S. 605. Churchess. Gesetz vom 27. März 1804. Königl. sächs. Gesetz vom 19. Februar 1827; s. aber das neue von 1836. Von Oesterreich: Helfert die Rechte der Katholiken in Oesterreich S. 87.

- 25) Schon ältere Ansichten schwanken. Carpzov de eo quod iustum est circa nuptias pers. div. rel. Vit. 1735. Pestel num. pact. dotal. quibus cautum ut masculi patris, foem. matr. rel. Rinteln, 1752. Munde §. 569. Danz Handbuch VI. Thl. S. 176. Neuere Ansichten in Müller kirchenrechtl. Erörter., mit besonderer Rücksicht auf Sachsen-Weimar. 1823, nr. 1. Klien de matrim. mixtis. Lips. 1835; und Mein Aufsatz in der Revue de legislation. Paris, 1839. pag. 81—90.

- 26) Auch hier ist wieder Verschiedenheit. Nach einigen, z. B. churchess. Gesetz, Vater. Religionsedikt §. 12, sollen, wenn es an Eheverträgen fehlt, die Knaben in der Religion des Vaters, Mädchen in der der Mutter erzogen werden. s. auch preuß. Landr. II. Thl. Tit. 2, §. 76. (s. aber für jetzt geltendes Recht not. 21 oben). s. auch über diese Theilung der Kinder sächsisches Ehegesetz vom 15. August 1834 §. 18. Andere Gesetze, z. B. weimar. Gef. vom 27. Oktober 1823 §. 51. wollen, daß in der Religion des Ehegatten die Kinder erzogen werden, dessen Familie am längsten im Lande eingebürgert ist. s. merkwl. Verhandlungen darüber in den weimar. Landtagsverh. 1836. S. 717.

- 27) Schmidt thes. jur. eccles. vol. VI. p. 684. Haber Staatskanzlei X. S. 805. Mein Aufsatz in Evers Themis S. 25—29.

- 28) Ob nach dem Tode des Vaters die Mutter das Recht zu bestimmen hat, s. Mein Aufsatz l. c. S. 26. Ueber das Verhältniß geistlicher und weltlicher Behörden, wenn die Eltern den Verträgen nicht nachkommen, s. bayer. Verfügungen in v. Roy bayer. Staaten. II. S. 22. Ueber Einfluß des Todes eines Ehegatten s. Bornemann Darstellung V. S. 299.

- 29) Hannov. Zeitung 1830. 1. Juli nr. 1. Königlich sächsisches Gesetz vom 1. Nov. 1836 §. 10. Neyscher I. S. 283.

- 30) Frankf. Gesetz §. 7. Weimar. §. 52. Hannov. Gef. §. 7. Weishaar I. S. 100. Königl. sächs. Gef. §. 12. 13.

- 31) Z. B. in Baden, s. darüber Annalen l. c. S. 75.

- 32) Auch in Baiern, Württemberg, Sachsen ist dies Recht der Abänderung anerkannt, nach sächs. Gesetze von 1836 §. 8. sollen solche spätere Verträge auf die religiöse Erziehung der Kinder, welche das Gte Jahr bereits er-

Von dem Einflusse der Religionsverschiedenheit 1c. 317

Kinder durch Gesetz oder Vertrag regulirt wurde, so können doch die Kinder nach eingetretenen Unterscheidungsjahren die Religion selbst wählen ³³⁾. Ueber die Zeit, wann die Unterscheidungsjahre eintreten, ist in den Landesgesetzen große Verschiedenheit ³⁴⁾, so wie auch zwischen Katholiken und Protestanten verschiedene Ansichten darüber immer herrschten ³⁵⁾.

§. 116. [§. 106.] Verhältnisse der Juden. Historische Einleitung.

Schon ¹⁾ nach den älteren Volksrechten ²⁾, nur als Fremde und selbst als Hörige betrachtet, nur Königschutz ³⁾ genießend, das für zur freien Ausübung ihrer Religion berechtigt, galten die Juden, deren Schutzabgaben an die königliche Kammer gehörten, im Mittel-

füllt haben, keinen Einfluß haben. s. Zweifel in Schwarze Zeitschrift für Rechtspflege I. c. S. 241 1c.

33) Landesgesetze, z. B. drittes bad. Organisationsedict von 1803. §. 2, nehmen das 18te Jahr; das baier. Religionsedict §. 14, weimar. Ges. §. 61. nimmt die Volljährigkeit als Zeitpunkt an. s. auch das königl. sächsische Mandat vom 20. Februar 1827, und Hänsel Bemerk. III. S. 302. In Oldenburg (Verordn. v. 1831 §. 41) ist das 14te Jahr bestimmt. In Holstein (Fall IV. S. 164) entscheidet das gesetzliche Confirmationsalter.

34) Die Protestanten vereinigten sich über das 14te Jahr. Conclus. corp. evang. von 1752 in Eminghaus corp. jur. II. p. 257, und Schmidt thes. jur. eccl. vol. VI. p. 696. Das katholische Kirchenrecht erkennt, daß die Unterscheidungsjahre sich nicht bestimmen lassen. Schmidt instit. jur. eccl. Edit. 3; tom. II. p. 390. Frey frit. Comment. III. Thl. p. 216. Eine Analogie für die Annahme des 14ten Jahres liefert c. 1. C. XX. qu. 2. s. noch Reyscher würtemberg. Privatrecht. I. S. 285.

35) Wichtige Auszüge aus den baier. Conferenzen über diese Frage in v. May Staatsrecht II. S. 24.

1) Ueber ihr ältestes Verhältniß Gothofred. Cod. Theod. I. p. 101. Dohm über bürgerl. Verh. der Juden. I. S. 46. Fall Encyclopädie S. 114. Krebs Decret. Roman. pro Judaeis cum comm. Lips. 1768. Sans Gesetzg. der Juden in Rom nach den Quellen des römischen Rechts in der Zeitschrift für Wissenschaft des Judenthums. Berlin, 1822. 16 Heft, nr. 2, 26 Heft, nr. 8. Zimmern Gesch. des röm. Privatr. II. S. 469, und Bessel im rhein. Museum 3r Jahrg. S. 443.

2) Leg. Wisig. XII. tom. II. §. 6—8, III. §. 8. Die beste Erörterung über die Lage der Juden bei Westgothen von Amaral in memorias di literatura portugeza. vol. VI. p. 215—226, u. über die Begünstigungen der Juden in Spanien Fall neues staatsb. Magazin. I. S. 726. Edict. Chlotar. a. 615. §. 10. Capit. Aquisgr. 789. C. 44. Cap. VI. 119. Capit. Carol. Calv. 877. Tit. 53. nr. 31. Fischer de statu et jurisdict. Judaeor. sec. leg. rom. german. et als. Argent. 1763. Heusch de public. Judaeor. statu. Arg. 1745. Stark (pr. Maier) de Judaeor. toler. legum serie. Tub. 1772. Ueber Judenverhältniß vom V. Jahrh. an; Forti delle istituzioni civili. vol. II. p. 48—86. über die frühe Wilderung ihrer Lage in Toskana.

3) Daher die Abgabepflicht. Cap. Carol. M. 806, C. 20. Hüllmann Finanzgeschichte S. 171.

alter als kaiserliche Kammerknechte ⁴⁾, und waren in dieser Eigenschaft zwar seinem Schutze, dafür aber auch seiner unbeschränkten Gewalt über Leib und Gut unterworfen. Sie wurden häufig von den Kaisern an Fürsten ⁵⁾, die nicht Jüdenschutz ohnehin schon erworben hatten ⁶⁾, oder an Städte verpfändet ⁷⁾. Daß sie vor dem XIII. Jahrhundert ⁸⁾ in besseren Verhältnissen selbst als Grundrenten-
thümer ⁹⁾ und nach eigener Verfassung in manchen Städten ¹⁰⁾ lebten, beweisen die Schutzbefehle, welche die Kaiser den unmittelbar unter ihrer Vogtei stehenden Juden verliehen ¹¹⁾, eben so wie die Freiheit ¹²⁾, mit welcher Juden selbst in kirchlichen Schutz sich begaben ¹³⁾, und die Organisation der Judengemeinde unter einem

- 4) Guden Cod. I. p. 419. 866. Köhler hist. com. de Wolfstein. p. 263. Pfeffinger vitr. ill. III. p. 1390. Schwabensp. cap. 164 §. 4. Hüllmann Städtewesen II. S. 64. Jost Geschichte der Juden. V. S. 74. VII. S. 620.
- 5) Landbuch der Mark S. 16. Thomas Juid. Privatr. I. S. 376. Wenk heßische Landesgeschichte. I. S. 174. Schultes seburgische Landesgeschichte S. 153.
- 6) Darauf goldene Bulle cap. 9. §. 1. 2. Dlenstlager Erläut. der goldenen Bulle S. 191. Ludwig Erläuter. S. 857; von Sachsen: Weiße Geschichte II. S. 163; von Hohenlohe: Hanselmann S. 65. Besonders lehrreich ist die franz. Jüdingeschichte. Dort galt die Ansicht, daß jeder Baron auf die Juden in seinem Territorium Anspruch hatte, sie verkaufte und beliebig von ihnen Steuern erhob; daher stammen die Conventionen der Barone mit dem Könige über die Juden. s. wichtige Urkunden in Brüssel des siefs. vol. I. p. 569—616. s. noch interessante Notizen in du Cange histoire de S. Louis. III. tom. p. 184.
- 7) Hüllmann II. S. 68.
- 8) Judenordnung sächs. von 1235 in Horn cod. dipl. nr. 32, polnische von 1264 in Stat. regn. Pol. tom. I. p. 309, von schlesischen von 1295 in Sommersberg script. rer. Sil. III. p. 91.
- 9) Beweise in Mon. boic. IV. p. 282. Von Köln: Clasen Gründe der Schreinerpraxis S. 38; das edle Cöllen S. 30. — Ochs Gesch. von Basel. II. S. 446. s. noch Urk. von 1287 in Günther cod. II. p. 463. und von 1180 in Lang regest. II. p. 311. 321. s. noch Hüllmann Städtewesen. II. S. 64. 91.
- 10) Tröltzsch Humerf. II. S. 15. Stetten Gesch. von Augsburg. I. p. 85 u. 356; von Ulm Jäger Gesch. des schwäbischen Städtewesens. I. S. 396. Würdtwein dipl. Mog. p. 69. Kirchner Gesch. von Frankfurt. I. 196. Grashof orig. Mühlhus. p. 129. Uretin Gesch. der Juden in Baiern. Landshut, 1803. Scheyler über Aufhebung des Judenleibzells, nebst einer Geschichte der Juden. Hanau, 1805. Epifer, die ehemalige und jetzige Lage der Juden in Deutschland. Halle, 1809.
- 11) So existirt eine Urkunde von 1090 von Kaiser Heinrich, worin er einem Juden seine Besitzungen garantirt und gegen jeden Zwang ihn schützt. Ähnliche Urkunde von Kaiser Friedrich von 1237 in Hermayers Taschenbuch von 1812 S. 70. und von 1277 von Rudolph in Kurz Oesterreich unter Ottokar, in Weil. nr. 9.
- 12) Man wählte oft jüdische Zeugen zu Geschäften unter Christen, z. B. Urk. 1212 in Lang regesta II. p. 51.
- 13) J. B. Urkunde von 1184 in Lang regesta I. p. 327, wo Judaens Viris spo defensionis sein Haus dem Collegio zu Würzburg anbietet.

eigenen Bischof ¹⁴⁾; allein ihre Lage beruhte immer nur auf besondern Vergünstigungen; als Mitglieder der Volks- oder Stadtgemeinde galten sie nie. Auch fehlte es nicht an Beispielen, daß die Kaiser über die Forderungen der Juden an Christen verfügten und die Schuldner befreiten ¹⁵⁾. Da die Juden vorzüglich ausgedehnten Handel trieben, so stieg ihr Reichthum, und machte sie einflußreich ¹⁶⁾. Die kirchliche Gesetzgebung legte den Juden zwar viele Beschränkungen auf, aber behandelte sie milder als diejenigen, welche der Kirche abtrünnig wurden ¹⁷⁾; die gemeine Rechtsansicht ¹⁸⁾ erkannte jedoch die Juden als bloß geduldet und des Bürgerrechts nicht fähig. Seit den Kreuzzügen ¹⁹⁾ wurde die Lage der Juden in Deutschland durch die beginnenden Judenverfolgungen ²⁰⁾ schlimmer, und die Kaiser kamen nun öfter dazu, die christlichen Unterthanen von den Schulden an die Juden zu entbinden ²¹⁾; in Deutschland wurde vorzüglich von Kaiser Wenzel ²²⁾ diese Veraubung der Juden angewendet ²³⁾. Vermöge des den Kurfürsten überhaupt und

14) Schannat cod. prob. hist. episc. Worm. p. 161. Janson de episc. Judaeorum Wormat. Heidelb. 1786. Haupturf. von 1215 in Papon hist. de Provence. vol. II. append. nr. 39, wo die Juden in Arles berechtigt werden, more consulum Christianorum 3 rectores aus ihrer Mitte zu wählen.

15) Zuweilen ließen sich die Kaiser von den Reichsständen, die sie befreiten, etwas dafür bezahlen; z. B. in Württemberg. v. Wächter Handbuch des württembergischen Privatrechts. I. S. 181. (Hier sind wichtige ungedruckte Nachrichten über Juden mitgetheilt.)

16) In Florenz 1420 berief man selbst, um dem Bucher zu steuern, die Juden unter der Bedingung, daß sie nur 25 Prozent nehmen durften. Martens vom Ursprung des Wechselrechts S. 40. Hüllmann II. S. 61.

17) J. B. Concil. von 1267 in Wien, Lambecii comm. de bibl. Vindob. Lib. II. c. 3. p. 61; von Concil. von 1284 in Ens, Kurz Oesterreich unter Ottokar S. 140. In Bezug auf Frankreich erklärten sich die Päpste und Bischöfe immer gegen die Juden und versuchten Excommunicationen durchzusetzen. s. Brüssel des siefs. II. p. 582—83.

18) Sachsenspiegel III. 7. Schwabensp. cap. 169. 193. 349. 350. Eichhorn §. 297 not. d, §. 350. Die Auszeichnung der Juden durch bunte Hüte war allgemein. Ropp Bilder I. S. 94, II. S. 18.

19) Regenbogen Comm. p. 278. Aretin I. c. S. 31. Kirchner Geschichte I. S. 437. Doh II. S. 67. Hüllmann II. S. 61.

20) Die Judenvertreibungen kamen vorzüglich in Frankreich vor, zuerst unter Philipp August, dann Ludwig VIII., Philipp dem Schönen. s. Brüssel des siefs. I. p. 569—611.

21) Hüllmann Städtewesen. II. S. 75 2c.

22) Urf. von K. Wenzel von 1390 in Epies archival. Nebenarbeiten S. 121; vorzüglich über Württemberg, wo früh die Grafen von den Schulden entbunden wurden, Weisshaar würtemb. Privatr. I. S. 101. Entweder wurden einzelne Reichsstände oder alle Unterthanen eines Landes von den Schulden gegen die Juden befreit; v. Wächter Handb. I. S. 181.

23) Ueber das Recht der Kaiser über Leben und Tod der Juden; Epies archival. Nebenarbeiten S. 113.

anderen Landesherren vermöge besonderer kaiserlichen Verleihungen erworbenen Schutzes über die Juden konnten ihnen die Herren ²⁴⁾ beliebig Abgaben auflegen; je mehr Klagen über Judenwucher entstanden, desto mehr erfolgten an einzelnen Orten Austreibungen ²⁵⁾, oder doch harte Beschränkungen ²⁶⁾, während an manchen Orten ihre Aufnahme an Privilegien ²⁷⁾ geknüpft wurde, nach denen sie so viel Rechte hatten, als man ihnen speziell einräumte. Ueberall ging mehr oder minder das Streben der Gesetzgeber dahin, den Verkehr der Juden mit Christen, der nicht auf freien Märkten stattfand, möglichst zu hindern ²⁸⁾; überall aber scheiterte die strenge Anwendung der darauf bezüglichen Reichs- ²⁹⁾ und Landesgesetze, theils an dem Einfluß, den einzelne Juden bei den Regenten, die ihrer bedurften ³⁰⁾, sich verschafften, theils an der Auslegung der Gerichte ³¹⁾.

§. 117. [§. 107.] Gemeinrechtliches Verhältniß der Juden in Ländern, wo keine neuen Judenordnungen vorkommen.

Das Verhältniß der Juden in einem Staate wird zunächst durch die Kapitulation ¹⁾, nach der sie aufgenommen wurden, und die Judenordnungen ²⁾ und Schirmbriefe bestimmt. Nach der Reichsgesetz-

24) Selbst über die auswärts wohnenden Juden erwarben oft die Landesherren (z. B. die Grafen von Württemberg über Juden in Mainz, Trier) das Schutzrecht. v. Wächter I. S. 181.

25) Hüllmann II. S. 84; von Württemberg v. Wächter I. S. 183.

26) v. Wächter I. S. 188.

27) Von Holslein Falk Handb. IV. S. 165, 166.

28) Darauf zeigen die Verbote der Gelddarlehen, des Güterhandels, der Eheschließungen etc.

29) S. dieselben in §. 117. not. 3. Es wurde selbst auf dem Reichstag der Antrag gemacht, die Juden aus ganz Deutschland zu vertreiben.

30) Hieher gehört die Geschichte der Hofbanquiers.

31) v. Wächter I. S. 396—400. Da die Reichsgesetze von armen Christen sprachen, so bezogen die Gerichte diese Gesetze oft nur auf Unterthanen niedern Standes.

1) Z. B. in Frankfurt Senkenberg sel. jur. I. p. 634. p. 649. VI. p. 577. Orth Anmerk. zur Ref. 1. Fortf. S. 122. Kirchner Geschichte I. S. 451.

2) Von Oesterreich: Oesterr. JudenV. von 1782. Kohrer über die jüdischen Bewohner der österr. Monarchie. Wien, 1804. Graf von Barthenheim Beitr. zur polit. Gesetzkunde im österreichischen Kaiserstaat. Wien, 1821. I. Thl. nr. 1. Von Baiern: Baier. Polizeiordnung Lib. V. Tit. I. Art. 1—6. Kreitmaier Anmerk. 3. Civilcodex. V. Thl. Cap. XX. Zeitschrift: die geöffn. Archive. II. Bd. 3. H. S. 260. v. Mey Staatsr. I. S. 437. Viele Judenordnungen von Franken in Arnold Beitr. zum deutschen Privatrecht. II. Bd. S. 114; von Ansbach S. 484; von Eichstädt S. 389. Von Sachsen: Judenordn. v. 15. Sept. 1772. Biener de jure reg. recip. Judaeos. Lips. 1790. Curtius Civilrecht I.

gebung ³⁾ erschien I. das Recht, Juden aufzunehmen, als Regal ⁴⁾; jeder Reichsstand hatte die Befugniß hiezu, so wie es von ihm abhing, die Bedingungen der Schutzherrlichkeit zu bestimmen. Landstädte und Corporationen mußten zu dem Rechte des Judenschutzes besonderes Privilegium oder Herkommen nachweisen ⁵⁾. Der Judenschutz ⁶⁾ verpflichtete die Juden zur Bezahlung gewisser Abgaben ⁷⁾, deren Regulirung von dem zum Judenschutz Berechtigten abhing. Nur die, welche an einem Orte das Recht der Niederlassung erlangt hatten

S. 307. Haukold S. 112. Von Holstein: Edikt vom 14. September 1813. Hennings Hülfsbuch S. 39; vorzüglich Kalks neues staatsbürgerl. Magazin. I. Bd. S. 760. Falk Handbuch IV. S. 168. Von Meklenburg: Trendelenburg de Judaeis eorumque div. condit. sec. jur. rom. et meklenb. Bützow, 1786. Lychns Gesch. der Juden in Meklenburg in den Bürgowischen Ruhestunden. II. Thl. S. 7., III. S. 1., IV., V. u. VI. Thl. v. Kampf meklenburg. Civilrecht. II. Thl. S. 487. Von Braunschweig: Selschow braunschw. Privatrecht S. 96. Von Lauenburg: Edikt vom 9. Juni 1733 in Spangenberg corp. const. Lauenb. II. Thl. S. 473. Von Hessen: Kassel. Judenordn. von 1679, 1722, und Kopp Bruchstücke des deutschen Rechts. I. Thl. S. 155., II. S. 138. Kopp Handbuch der hess. Verordn. V. Thl. S. 474. Wiederhold de statu Jud. in Hass. Marb. 1768. Gatzert de Judaeor. in Hass. praes. Darmst. Jur. 1771. Von Württemberg: Weißhaar I. S. 38, neue Ausgabe S. 101. Winkopp rhein. Bund. Heft 45. nr. 1. v. Wohl Staatsr. I. S. 516. Reyscher würtemb. Privatr. I. S. 275. v. Wächter Handb. I. S. 178 und S. 394. s. noch über einzelne Gebiete: Geschichte der Juden in Augsburg. 1803. Schneidt elem. jur. franc. p. 81—98. Thomas Fuld. Privatr. I. S. 369. Eßer vom Zustande der Israeliten in Arensburg. Bonn, 1819. Henkel von Donnersmark Darstell. der bürgerl. Verfass. der Juden in den preuß. Staaten vor dem Edikt von 1812. Berlin, 1813. Koch die Juden im preussischen Staate. Marckenwerder, 1833. s. noch eine Geschichte der Juden in Wallerstein, in der Zeitschrift: die geöffneten Archive. 2r Jahrg. 38 Heft. Seite 271. Eine gute Darstellung des Judenrechts im Badischen (vor der Verordn. von 1809) findet sich im Magazin von und für Baden. Carlruhe, 1802. I. Bd. S. 72—104, II. Bd. S. 34—76. Von Sachsen: Hänsel Bemerk. zum sächs. Civill. III. S. 317. — Vom Judenrechte überhaupt: Beck vom Rechte der Juden. Nürnberg, 1711. Schröter Abhandl. I. Thl. S. 106. Norix de statu ac jur. Jud. in German. Mog. 1764. Thiel princip. jurispr. judaicae. per Germ. commun. Hal. 1790. Ferlinden Grundsätze des Judenrechts. Halle, 1804. Salvador histoire des institutions de Moise et du peuple hebreu. Paris, 1828.

- 3) Reichspolizeiordn. von 1530 Tit. XXI. §. 1. XXVII., von 1548 XX. §. 1, von 1557 XX. Reichsabsch. von 1551 §. 78. 79. Verslacher Handbuch X. S. 1892. Zusammenstellung in Stark de Judaeor. tolerant. serie tempor. digesta. Tübing. 1782. In mancher Beziehung gehört hieher das Privilegium Carl V. von 1541, abgedruckt in Eminghaus corp. jur. I. p. 343. s. darüber Weißhaar I. S. 105.
- 4) Reichspolizeiordnung von 1548 Tit. 20. Haderlin Repert. I. Thl. S. 551. Ayer de jure recip. Judaeos. Gott. 1741.
- 5) Pfeffinger Vitriar. illustr. III. p. 1275. Runde Privatr. §. 639.
- 6) Schröter Abhandl. I. S. 163. Sensburg von alten Abgaben S. 84.
- 7) Uhl de censu Judaico. Gott. 1755. Schröter I. S. 213. Kopp Bruchstücke zur Erl. der deutschen Geschichte. I. S. 97.

(Schutz = Schirm = Vergesellschaftete), haben Anspruch auf die an diesem Orte den Juden eingeräumten Rechte; alle übrigen [unvergesellschaftete] Juden ⁸⁾ erscheinen nur wie Vagabunden ⁹⁾. Nur an denjenigen Orten dürfen Juden wohnen, die ihnen zur Niederlassung besonders ausgewiesen sind ¹⁰⁾; soll ihnen ein freies Uebersiedlungsrecht zustehen, so muß dies besonders nachgewiesen werden. II. In so ferne die Juden nur durch besondere Privilegien einige Rechte erhielten, sollte man den Satz aufstellen, daß sie nur so viel Rechte in einem Staate haben, als ihnen dort speziell bewilligt wurden; allein im Laufe der Zeit hat sich das Verhältniß so gestaltet ¹¹⁾, daß man von der Gleichheit der Juden und Christen in Bezug auf die gemeinen bürgerlichen Rechte als Regel ausgehen kann, und darum nur Beschränkungen so weit eintreten, als sie durch Gesetze oder Herkommen an dem Orte begründet sind. Anerkannt ist nur, daß die Juden ¹²⁾ keines Rechts fähig sind, wozu volles Staatsbürgerrecht ¹³⁾ gehört. Man darf sie aber zu den anrichtigen Personen zählen. In Bezug auf Gemeindeverhältnisse ist der Jude jedes Vorrechts unfähig, wozu Ortsbürgerrecht gehört ¹⁴⁾. Ob sie den Schutzverwandten ¹⁵⁾ in der Gemeinde gleichgestellt werden können, hängt von der besondern Verfassung und dem Herkommen der Gemeinde ab. III. Auch der einem Juden erteilte Schutz ist in der Regel nur als persönliches Recht anzusehen, ohne daß deswegen die Kinder der Juden einen Anspruch auf Bürgerrecht erhalten ¹⁶⁾. IV. Ausschließung der Juden von der Doctorwürde ist nicht zu behaupten ¹⁷⁾, wenn nicht die Statuten der Universität eine Beschränkung enthalten. Ob auch alle bürgerlichen Vortheile, welche dem Doctor nach Landesgesetzen zu-

8) Schröter S. 163.

9) Von ihnen forderte man Leibzoll.

10) Von Holstein: Falk IV. S. 169.

11) Falk I. c. S. 168. Phillips Privatr. I. S. 320.

12) Schröter Abhandl. I. S. 168. Cramer wechsl. Nebenstunden. III. Thl. S. 91. (Man drückt es oft so aus: die Juden sind in civitate, aber nicht de civitate.) Ründe S. 641.

13) Daher Ausschließung von allen politischen Rechten.

14) Daher häufig Ausschließung vom Besitze liegender Güter. Hessische Juden-Ordnung §. 29. Seldow braunschweigisches Privatrecht. §. 101. Schröter I. S. 168.

15) Eisenhart Anleit. zum deutschen Stadt- und Bürgerrecht §. 173.

16) Haubold sächs. Privatr. S. 114. Magazin für Baden. I. S. 74.

17) Wälow und Hagemann. III. S. 424. s. merkw. Verh. über Promotionen der Juden. Elvers prakt. Arbeiten. Kestel, 1836. nr. 6. Falk neues staatsbürg. Magazin. I. S. 813. Nach Falk Handb. IV. S. 171. können Juden in Holstein nur mediz. und philof. Doctorwürde erlangen.

sichen, auch dem jüdischen zukommen, wird durch Landesgesetze bestimmt ¹⁸⁾. V. Aller Rechte, auf welche die Unterthanen überhaupt ohne Rücksicht auf Staats- oder Ortsbürgerrecht Anspruch haben, sind auch Juden fähig ¹⁹⁾, daher die Juden den vollen rechtlichen Schutz für ihre Person, Eigenthum, Forderungen und ihre Familienrechte genießen. Darnach genießt der Jude die Rechte väterlicher Gewalt ²⁰⁾, der Erwerbung derselben, eben so wie die Rechte, welche gesetzlich einem Ehegatten zustehen. Die Religionsänderung des Kindes entzieht dem jüdischen Vater nicht die Rechte väterlicher Gewalt ²¹⁾. Uebergang eines jüdischen Ehegatten zur christlichen Religion hebt die Ehe nicht auf ²²⁾ und kann auch kein Recht des Vaters begründen, die jüdisch gebliebenen Kinder zu enterben ²³⁾. In Bezug auf die Vorrechte der dos ²⁴⁾ der Ehefrauen scheint das römische Recht ²⁵⁾ jüdischen Ehefrauen die Vorrechte zu entziehen; wo jedoch nicht besonders das Partikulargesetz oder der Lokalgerichtsgebrauch die Privilegia dotis der jüdischen Ehefrau entzieht, oder wo das Landesgesetz den recipirten Juden alle gemeinen Privatrechte verliehen hat ²⁶⁾, darf man wohl an der Anwendung der römischen Vorschrift zweifeln. Das Recht der aktiven und passiven Testamentifikation steht Juden zu ²⁷⁾. VI. Vorrechte, die allen Unter-

18) J. B. wegen des Rechts der freien Advokatur. Gans vom Amt der Fürsprecher S. 99. Falk IV. S. 172.

19) Kunde S. 642.

20) Beck vom Judenrechte cap. 6. Mylius de patre Judaeo alimenta, sumtus studior. et legitim. denegante. Lips. 1740. Hünfel Bcm. zum sächs. Civilr. III. S. 319.

21) S. zwar C. 2. X. de convers. infidel. Terlinden Judenrecht S. 82; f. aber Gründler Polemik. I. S. 172.

22) S. zwar c. 7. X. de divort. Richter jus matrim. Judaeor. S. 11; f. aber Hünfel Bemerkungen III. S. 321. Oesterreich. Civilges. S. 136. Hartizsch Entscheid. prakt. Rechtsfragen S. 210.

23) Urtheil des bair. Oberappellations-Gerichts in den Blättern für Rechtsanwendung. V. S. 405.

24) S. verschiedene Ansichten Senkenberg de priv. dotis quoad mul. jud. Giess. 1730. Dabelow vom Concurs der Gläubiger S. 246. Bülow u. Hagemann I. S. 118, VI. S. 208. Röchy Meditationen nr. 7. Rapp württemberg. Rechtsprüche S. 413. Glück Comment. XIX. Bd. S. 111. Walch de priv. dot. jud. Jen. 1775. Kunde S. 643. Gründler Polemik I. S. 176.

25) L. un. Cod. de priv. dot. nov. 100. cap. 2.

26) Kori System des Concurses S. 279. Daß die Praxis schwankt, erkennen Alle. Phillips I. S. 321. Maurenbrecher I. S. 340. Der Rechtsfreund in Hessen. 1838. nr. 1.

27) Richter jus matrimon. I. S. 1. Schröter l. c. S. 130. Overbel Medit. VIII. nr. 427.

thanen in gewissen Lagen und Verhältnissen zugestanden werden, kommen auch den Juden zu, wenn nur nicht von Privilegien eines bevorzugten Standes die Rede ist; nur irrige Ansicht von der Glaubwürdigkeit der Handelsbücher als einem Privilegium konnte den Zweifel erwecken, ob jüdischen Kaufleuten dies Recht zustehe, was gewiß der Fall ist ²⁸⁾, wo ein wirklich als Kaufmann anerkannter Jude durch sein gehörig in deutscher Sprache geführtes ²⁹⁾ Handelsbuch Beweis führen will. VII. Ueberall, wo aus der garantierten Religionsfreiheit gewisse civilrechtliche Wirkungen stammen ³⁰⁾, oder da, wo Religionsänderung auch dem Christen erworbene Rechte nicht entziehen kann ³¹⁾, muß das nämliche auch bei Juden gelten. VIII. Die reichsgesetzliche Bestimmung ³²⁾, daß die Verträge zwischen Juden und Christen nicht ohne obrigkeitliche Bestätigung gültig seyn sollen, kann höchstens nur auf Darlehen und auf Verträge über Immobilien bezogen werden, ist aber nie auf die auf öffentlichen Märkten oder von berechtigten jüdischen Kauf- oder Gewerbsleuten in Bezug auf ihr Gewerbsverhältniß geschlossenen Verträge auszu dehnen ³³⁾. IX. Eben so darf man die reichsgesetzliche Vorschrift ³⁴⁾, daß der Jude seine Forderung gegen einen Christen einem Christen nicht abtreten soll, nie auf Handelsforderungen, oder Wechsel, oder solche Cessionen ausdehnen, bei welchen sich keine Besorgniß einer

28) Preuß. Landr. II. Thl. Tit. 8. §. 585. Ebeling von der Beweisraft der Handelsb. S. 47—50. f. aber noch Orth Anmerk. zur Frankfurter Reform. I. Thl. S. 181. Struben rechtl. Bedenken. III. nr. 136. f. richtige Meinung in Vender Handelsb. I. S. 449. Pöhl's Handelsrecht I. S. 352. Die Schrift: Ueber Beweisraft der Handelsbücher S. 74.

29) Schreiber de invalid. libror. mercat. lingua judaica. Marb. 1766. Reichspolizeiordn. von 1577. Tit. 20. §. 3. f. altch neues württemberg. Gesetz über Judenverh. §. 36.

30) J. B. bei Entscheidung der Frage: ob ein unehelich mit einer Jüdin von einem Christen erzeugtes Kind getauft werden soll? f. zwar particularrechtliche Ansichten im preuß. Landr. II. Thl. Tit. 2. §. 643. Meins Annalen I. S. 9. Wallis und Schluter jurist. Zeitung. 1826. S. 11. f. oben §. 115 not. 19a.

31) S. daher Struben rechtl. Bedenken. IV. nr. 141. Homen Beitr. zur jur. Lit. I. S. 29. Preuß. Landr. II. Thl. Tit. 2. §. 85. Runde §. 642. Gröndler I. S. 174.

32) Reichsabschied von 1551 §. 78.

33) Bed vom Judenrecht cap. 12. §. 1. Kreitmaier Anmerk. zum bayerischen Landr. IV. S. 44. Magazin für Baden. II. S. 51. Struben rechtl. Bedenken. III. nr. 66; neue Ausg. von Spangenberg II. S. 117. Eichhorn Privatr. S. 244. Gröndler I. S. 181. Blätter für Rechtsanwendung in Baiern. III. S. 177. V. S. 73. V. S. 241.

34) Reichspolizeiordn. von 1577 Tit. 20. §. 4. Ueber die Gültigkeit dieser Anordnung Samhaber in v. Zuhlein's Beitr. zur Gesetzgeb. II. Bd. nr. 13.

Gefährde zeigt ³⁵⁾. X. Alle jedem Bürger gesetzlich zustehenden Mittel der Rechtsverfolgung müssen auch den Juden zustehen, und es ist kein Grund da, einem Juden im Prozesse das Recht der Ableistung eines nothwendigen Eides abzuspochen ³⁶⁾. XI. Daß der Jude den Eid nach den Formen seiner Confession schwören muß ³⁷⁾, folgt aus der religiösen Natur des Eides und aus der Beforgniß, daß wenigstens Vorurtheil den Juden bewegen könnte, sich durch einen auf andere Art geleisteten Eid nicht für gebunden zu achten. XII. Das Zeugniß eines Juden gegen den Christen kann, bloß wegen der jüdischen Confession ³⁸⁾, nicht als unglaubwürdig angesehen werden, wenn nicht ein Landesgesetz ³⁹⁾ die Ausschließung des Juden aus-

35) Kasp. württemberg. Rechtsprüche S. 403. Eichhorn Privatrecht S. 245. Runde §. 643. s. jedoch Glüd Comment. XVI. S. 433. und Mühlensbrud von der Eessien S. 387—89. Hänsel Bemerk. III. S. 323. Gräuler I. S. 180. Das neue würtemb. Edict von 1828 §. 6. hebt die Beschränkung auf. Ueberall zeigt sich, wie schon früh die Gerichte nach der wahrscheinlichen ratio die Anwendung des Gesetzes beschränkten. v. Wächter Handb. I. S. 400. s. noch Phillips I. S. 322.

36) Bed vom Judenrecht S. 491. Malblanc de jurejurando. p. 44. Glüd Comm. XII. S. 385.

37) Kammergerichtsordn. I. Thl. Tit. 86. §. 1—10. — Schon früh hatte man sonderbare Formeln für Judeueid; s. z. B. Judeueid für Erfurt v. 1160 in Deroen Denkmäler alter Sprache. I. Bd. 26. Heft. S. IX. s. auch Bruns Beitr. zu den deutschen Rechten S. 276. Estor de lubrico jurisjur. Jud. Marb. 1744. Heisler jurist. Abhandl. III. Thl. nr. 3. Hagemann prakt. Erläut. VI. S. 236. Nettelbladt Archiv für Rechtsgechl. I. Bd. S. 272. Nothwendigkeit der jüdischen Form: Mathis juristische Monatschrift. II. Bd. S. 41. Preuss. Gesetzsammlung. 1812. S. 17. Frankfurt. Gef. vom 30. Dezember 1819. §. 40. Mühlert, kann der Eid der Juden verbindend seyn? Leipzig, 1822. s. auch noch mecklenburgische Verordn. in Roth Samml. I. S. 267. Rathsche Eideordnung §. 37. Kleins Annalen X. S. 296. Dahwig prakt. Erörterungen nr. 3. Württemberg. Edict von 1828 §. 7. Weill. hannov. Prozeßordn. v. 1827 S. 212. In Frankreich, und da, wo die Juden völlig den Christen gleichgestellt sind, ist der Streit noch größer. s. Gazette des tribunaux. 1827. nr. 414. 687. 691. Königl. sächs. Gesetz vom 11. März 1800. Churchess. Verordn. vom 14. Febr. 1828. Oldenburg. Verordn. vom 28. November 1829. Elvers jurist. Zeitung. III. S. 119. 129. Müller Archiv für die neueste Gesetzgebung. VI. Thl. S. 171. Wolf in Weis Archiv für Kirchenrecht. I. Bd. nr. 6. Würtemb. Verordn. vom 25. October 1832. Frankfurt die Eideleistung der Juden. Dresden, 1840. Das königl. sächs. Gesetz vom 30. Mai 1840 verbannt weise bei diesen Eideleistungen manche unzweckmäßige Ceremonien.

38) Zwar L. 21. Cod. de haeretie. gegen das Judenzeugniß.

39) Es herrschen hier viele Vorurtheile über den Judeueid, s. not. 37 oben. u. über das Zeugniß der Juden insbesondere s. Klotz de Jud. teste. Duisb. 1726. Böhmer jus eocl. Prot. tom. I. II. Tit. 20. §. 3. Tit. 24. §. 79. Schröter I. S. 172. Oesterlei hannov. Proz. II. S. 212. Gutachten des Ober-Rabbiners in Berlin vom 22. Juli 1820. Nassauische Prozeßordn. von 1822 §. 48. Bed vom Judenrecht S. 436. s. noch Runde §. 643 not. 1. Sommer rechtswissenschaftl. Abhandl. S. 231.

spricht; nur da, wo das Gericht aus den besondern Umständen des Falles Gründe des Mißtrauens gegen den Juden vorhanden findet ⁴⁰⁾, kann das Zeugniß des Juden als unächtlich oder verdächtig betrachtet werden. XIII. Ob alte, den Juden ertheilte Privilegien vor den Christen noch bestehen ⁴¹⁾, hängt davon ab, ob das Herkommen sie erhielt, wie das auf den Gegenstand bezügliche allgemeine Gesetz des Landes gefaßt ist, und auf welche Weise später gesetzlich an dem Orte die Gleichstellung mit Christen erfolgte.

§. 118. [§. 108.] Privatrecht der Juden.

I. Bei der Frage: ob der Jude auch da, wo nicht durch neue Gesetze eine Gleichstellung mit Christen ausgesprochen ist, dem jüdischen Rechte ¹⁾, als dem gemeinen Rechte, oder dem im Lande geltenden gemeinen Rechte überhaupt und den Landesgesetzen unterworfen ist, entscheidet für die Annahme der letzten Meinung ²⁾ in den Ländern des gemeinen Rechts die Vorschrift des römischen Rechts ³⁾ und die Rücksicht, daß da, wo man die Juden der im gemeinen Rechte begründeten allgemeinen Privatrechte fähig hält, die Consequenz auch fordert, sie den im gemeinen Landesrechte ausgesprochenen Pflichten zu unterwerfen, weil aber auch der im Mittelalter von dem gemeinen Rechte sie ausschließende Grund in der Fortbildung des Rechts weggefallen ist. Auf jeden Fall erkennt man, daß auch da, wo die Juden nach ihren eigenen Gesetzen leben, diejenigen Vorschriften nicht mehr anzuwenden sind, welche allgemeinen Verbotten und Strafgesetzen des Staats oder heutigen sittlichen Ansichten widersprechen; daher aus dem letzten Grunde die jüdische Leviratsche nicht mehr zulässig ist ⁵⁾. II. Im Ehrechte ⁶⁾ in Bezug auf Form,

40) Malblank de iurejurand. §. 23. Linde Civilprozeß §. 258. not. 9. Das neue württemberg. Gesetz von 1828 §. 5. stellt alle Juden, die sich den Wissenschaften, dem Feldbau oder ordentlichen Gewerben widmen, den andern Staatsbürgern völlig gleich in Bezug auf Zeugenschaft; nur bei Schwacherjuden entscheidet erst das besondere Ermessen des Gerichts.

41) J. B. wegen Forderung geföhlerer Sachen, oder wegen höherer Zinsen. Falk Handb. IV. S. 173. Phillips I. S. 321.

1) Dies behauptet Laurentbrecher Privatr. I. S. 165.

2) Vgl. Judenrecht Cap. IV. §. 1. Thiel princip. jurispr. jud. §. 27. Glück Comment. I. S. 153. Schröder Abhandl. I. S. 152. Geiger und Glück Rechtsfälle. II. Bd. nr. 29. Kreitmaier Anmerk. V. S. 1524. Eichhorn S. 249. Bender Frankf. Privatr. S. 65. Gröndler Polemik I. S. 186. Phillips I. S. 326.

3) L. 8. 15. Cod. de Judaeis. und Bessel im rhein. Museum. III. S. 413.

4) Falk IV. S. 173.

5) Uebersicht des Ehrerecht der Juden in Oesterreich. Wien, 1838. S. 71—74.

6) Richter jus matrim. Judaeor. in German. Lips. 1751. Vgl. Juden-

Bedingungen der Eingehung der Ehe und Ehescheidungsgründe, gilt das jüdische Recht, weil überhaupt diese Verhältnisse mit der Religion der Contrahenten zusammenhängen. Insbesondere ist der Ehemann berechtigt, der Ehefrau einen Scheidebrief zu geben, soweit das jüdische Recht dies gestattet ⁷⁾, wenn aber ein Ehegatte zur christlichen Religion übertrat, so kann ein solcher Scheidebrief nicht angewendet werden ⁸⁾. III. In Successionsfällen kann jüdisches Recht nur in so ferne entscheiden ⁹⁾, als in dem Landesgesetze Juden überhaupt in ihren Privatrechtsverhältnissen dem jüdischen Rechte und jüdischen Richter unterworfen sind ¹⁰⁾, oder es bei den unter Juden geschlossenen Verträgen, z. B. Eheverträgen ¹¹⁾, auf die Auslegung aus dem jüdischen Rechte ankommt. IV. Wer die Gültigkeit des jüdischen Rechts in einem Lande in größerer Ausdehnung behauptet, muß dies beweisen, und auch in Fällen, wo jüdisches Recht entscheiden kann, liegt der Partei, welche auf gewisse vom Gegner geläugnete Vorschriften des jüdischen Rechts sich beruft, der Beweis dieses juris singularis nach der Analogie des Gewohnheitsrechts ob ¹²⁾. V. Das jüdische Recht ist nicht mehr das reine mosaische, sondern ein durch Tradition erhaltenes, durch Schriftgelehrte fortgebildetes und dann zuerst im III. Jahrhundert ¹³⁾ gesammeltes,

recht S. 136. Schröter I. S. 115. Magazin für Baden. II. S. 68. Hagemann prakt. Erört. VII. 71. Oesterr. Civilgesetzbuch S. 123—136. Jüdisches Eherecht in Wagner Zeitschrift für Oesterreich. 1827. S. 317., und Winawarter Handb. des österr. Rechts. I. S. 324. Ueber jüd. Eherecht f. Meier in Sarwey Monatschrift für Württemberg. VI. S. 31. S. 199. — Ueber Anwendung der Ritualgesetze in Ansbach f. Blätter für Rechtsanwendung in Baiern. II. S. 157. Ueber Anwendung des jüd. R. auf Ehescheidung f. Urtheil d. baier. Oberappell.-Gerichts in v. Zurborn's Zeitschrift III. S. 164.

7) Richter dissert. S. 14. Hänsel Bemerk. III. S. 320.

8) Eine Bulle des Papstes Benedict XIV. von 1747 verbietet es dem zur cathol. Religion übergetretenen Juden. f. viel in Großl. I. c. S. 255.

9) Pfeiffer prakt. Erört. I. S. 140. Schröter I. S. 109. Badisches Magazin. II. S. 75. Runde S. 644. will auch in jüdischen Successionsfällen das jüdische Recht eintreten lassen. f. auch Gründler Polemik I. S. 191. In Oldenburg sind die Juden den gemeinen Landesrechten unterworfen. Runde deutsches ehel. Güterrecht S. 80.

10) J. B. in Holstein. Falk neues staatsbürg. Magaz. II. S. 814.

11) Pufendorf obs. I. 97, IV. 158.

12) Gut Geuffert Blätter f. Rechtsanwendung in Baiern 1842. S. 57. f. Andere Meinung in den Rechtsprüchen des nassauischen Oberappell.-S. II. S. 77. Nach den obigen Grundsätzen über Gewohnheitsrecht in S. 27. muß jedoch der Richter da, wo er leicht selbst die Rechtsquelle benützen kann, und wo ihm über ihren Inhalt kein Zweifel vorliegt, sie, ohne erst Beweis aufzulegen, benützen.

13) Mischnah (gesammelt vom Rabbi Juda), Gemara (das vollendete), wovon eine babylonische und eine jerusalemische existirt. Falk Encyclop. S. 62.

hierauf im XII. Jahrhundert in Auszug gebrachtes ¹⁴⁾ Recht, woraus die späteren ¹⁵⁾, mit Vorsicht ¹⁶⁾ zu gebrauchenden Sammlungen ¹⁷⁾ entstanden sind. VI. Ob den Rabbinen ¹⁸⁾ eine Gerichtsbarkeit in jüdischen Streitigkeiten eingeräumt werden kann, hängt von den Landesgesetzen ab ¹⁹⁾; wenn ihnen darnach eine freiwillige Gerichtsbarkeit in einem gewissen Umfange zusteht, so folgt daraus noch nicht eine streitige Gerichtsbarkeit; auf keinen Fall steht ihnen eine Gewalt in Prozessen zwischen Juden und Christen zu ²⁰⁾; am häufigsten erscheinen die Rabbinen als Schiedsrichter ²¹⁾ und werden von den christlichen Gerichten, die über jüdisches Recht ²²⁾ zu entscheiden haben, als Sachverständige zu Gutachten aufgefordert.

§. 119. (§. 109.) Umgestaltung der Verhältnisse der Juden durch neue Gesetze.

Die deutsche Bundesakte ¹⁾ spricht zwar die Absicht aus, daß über die Veranstaltung der bürgerlichen Verbesserung der Juden auf

14) Von Moses Maimonides.

15) Die übrige ist: Ritualgesetze der Juden, betreffend Erbschaft, Vormundschaft, Testam., von Moses Mendelssohn. Berlin, 1799.

16) Tychofen in *Mathis jurist. Monatschrift*. II. S. 456., III. S. 88., VI. S. 454. s. auch noch Sammlungen in Meyer sent. rabbin. de succ. ab int. Hal. 1775. s. über eine andere Sammlung *Kall Handb.* IV. S. 172.

17) Viel besser ist die auf Befehl des Königs von Frankreich von den Juden zu Metz veranstaltete Sammlung: *Recueil des loix, coutumes et usages observés par les Juifs de Metz en ce qui concerne leurs contrats de mariage, tutelles, success.* Metz, 1786.

18) Im Mittelalter hatten freilich die Rabbinen größere Rechte. — Augsburg. Statuten von 1276 in *Wald Beiträgen*. IV. S. 105. Honthelm hist. trev. II. p. 762.

19) Diese haben sie freilich nach Landesrechten. *Magaz. für Baden*. I. S. 100. (das jetzige badische Recht weiß davon nichts mehr); von *Wesslenburg*. *Recht Samml.* I. S. 270. Von ausgedehnterer Gerichtsbarkeit der Rabbinen nach Landesgesetzen s. *Böhmer exere. ad Pand.* II. nr. 23. *Pufendorf obs.* IV. nr. 255. *Thomas Fuld. Privatrecht*. I. S. 440. *Deserlei hannöv. Proj.* I. S. 297. *Oese hannov. Privatrecht*. II. S. 24. Von *Holstein*, *Pennings Hülsbuch vom holstein. Recht* S. 47. *Kall staatsbürgerl. Magazin*. I. S. 815; und *Kall Handb.* III. S. 205. IV. S. 173. *Hessen-Darmstädt. Berordn.* vom 28. März 1732. *Inhalt-Deffausche Erklärungen zur Prozeßordn.* vom August 1822, §. 19. — Eine Gerichtsbarkeit giebt als gemeinrechtlich den Rabbinen *Gründler* I. S. 194.

20) *Hänsel Bemerk.* III. S. 321.

21) *Heißer über Patrimonialgerichtsbarkeit* S. 257. s. noch *Kreitmaier Anmerk.* zum bair. *Eisencoder*. V. Thl. Kap. 20, §. 3.

22) Nur wird hier große Vorsicht nothwendig, da manche ältere jüdische Rechtsvorschriften selbst bei Juden außer Gebrauch kamen, z. B. das Ab-schuhungsrecht. *Struben rechtl. Bedenken*. IV. S. 216. *Bed. vom Judenrecht* S. 77.

1) Bundesakte Art. 16. s. *Klüber Uebersicht* S. 375. *Klüber öffentl. Recht* §. 171. *Jacharia deutsches Staatsrecht*. I. S. 314. *Maurenbrecher* I. S. 342.

übereinstimmende Weise berathen werden soll; allein eine bundesgesetzliche Feststellung dieser Verhältnisse ist noch nicht erfolgt. In den Versuchen der Landesgesetze ²⁾, die Lage der Juden zu verbessern, ist große Verschiedenheit. Bei Beurtheilung der jüdischen Verhältnisse in Ländern, wo neue Judenedikte ergingen, kommt es darauf an I. ob nach dem Gesetze ³⁾ Juden als volle Staatsbürger den Christen gleichgestellt sind ⁴⁾, oder II. ob das Gesetz ohne diese Gleichstellung nur gewisse drückende bisherige Zurücksetzungen der Juden aufgehoben habe. In dem ersten Falle müssen die Juden aller bürgerlichen Rechte, die den Christen zustehen, fähig seyn, bis nicht das Landesgesetz eine Ausnahme wegen eines Rechtes machte. Im zweiten Falle haben die Juden nur so viele Rechte, als ihnen ausdrücklich oder folgeweise im Gesetze eingeräumt wurden, oder welche sie zuvor schon herkömmlich im Lande ⁵⁾ hatten ⁶⁾. Ueberall aber

- 2) Preuss. Edikt vom 11. März 1812. Heinemann Samml. der religiösen und bürgerlichen Verfassung der Juden in den preuss. Staaten. Berlin, 1821. Baiernsch. Edikt vom 10. Juni 1813; und über die Anwendung v. Mey Staatsr. I. S. 437. Mecklenburg. vom 22. Februar 1812. Edikt vom 22. Februar 1813. Badische vom 13. Januar 1809. 4. März 1814. Morß Realrepert. I. Thl. S. 293—302. Churbess. Edikt vom 14. Mai 1816. Hessen-Darmst. Gesetze in Eigenbrod Samml. II. S. 303. Sachsen-Hildburgh. vom 11. Mai 1814. Weimar. Edikt vom 20. Juni 1823. Frankfurt. vom 1. September 1824. Württemberg. Edikt vom 25. April 1828. v. Mohl Staatsrecht von Württemberg. II. S. 521—31. Churbess. Gesetz vom 29. Oktober 1833. Königlich sächs. Gesetz vom 16. Aug. 1838.
- 3) Am weitesten geht wohl das französ. Recht. — s. zwar französ. Decret vom 17. März 1808; auch Merlin repertoire VI. p. 656—665. s. auch dort das merkwürdige vom Sanhedrin gegebene Gutachten über neun vom Kaiser vorgelegte Fragen. — Bail les Juifs au Siècle XIX., ou considerat. sur leur état. Paris, 1817; allein dies Decret von 1808 war nur provisorisch und ist erloschen, in so fern das Edikt nicht in einzelnen Ländern, z. B. in den Rheinprovinzen, wieder verlängert wurde.
- 4) Von den deutschen Gesetzgebungen geben die weimarischen (neuestes Gesetz v. 6. Mai 1833), württemberg. und churbessischen noch am meisten Rechte; aber eine Gleichstellung von Juden und Christen ist nicht darin.
- 5) Es kommen schwierige Fragen im Detail vor. Nach württemberg. Edikt §. 27. ruhen die mit dem Gutsbesitz verbundenen Patronats- oder Gerichtsbarkeitsrechte, so lange ein Jude das Gut besitzt. — Ueber die Gültigkeit der Ehe eines Juden mit einer Christin ist viel Streit. In Weimar. Edikt §. 15, mecklenburg. §. 12. ist eine solche Ehe als zulässig erklärt. Das rheinische Generalgouvernement verbietet sie. Gesetz vom 27. August 1814. Auch in Holstein wird das Verbot beobachtet, jedoch kommen Dispensationen vor. Falk staatsbürgerl. Magazin. I. S. 811. Falk Handb. IV. S. 171. In Frankreich vermieden die Rabbiner, sich darüber bestimmt zu erklären. Merlin repert. VI. p. 656.
- 6) Von neueren Schriften über Emancipation der Juden s. Rühß über die Ansprüche der Juden an das deutsche Bürgerrecht. Berlin, 1816. Fries über die Gefahren des Wohlstandes durch die Juden. 1816. Buchholz Aktenstücke, die Verbesserung des bürgerlichen Zustandes der Israeliten

äußert sich in den Landesgesetzen immer noch mehr oder minder Mißtrauen gegen die Juden, und insbesondere keine Geneigtheit, die Juden an politischen Rechten Theil nehmen zu lassen.

VI. Abtheilung.

Von Verbindung der Personen in Corporationen, und von den dadurch bewirkten Verhältnissen.

§. 120. [§. 110.] Historische Einleitung über die Bildung der Gemeinden.

Eine gleichförmige Entstehungsart der deutschen Gemeinden läßt sich nicht nachweisen. Ein großer Theil derselben ist allerdings unabhängig von Privilegien der Staatsgewalt als selbstständige Corporationen entstanden ¹⁾. Die ersten Spuren der Gemeindeverfassung finden sich schon in der Art der alten Genossenschaften, indem früh das Bedürfniß die Besitzer der einzelnen Freihöfe in eine Verbindung vereinigte ²⁾, in welcher, je mehr der Ackerbau sich ausbreitete, die Grenzen der einzelnen Besitzungen sich näher rückten, und die Besitzer sich vereinigten, einen Theil des Bodens als gemeinschaftliches Eigenthum zur Gesamtbenützung zu behandeln ³⁾, was von selbst wieder zu einer näheren Genossenschaft, und zwar selbst zu dem gemein-

betreff. Stuttg. 1815. Schmid der deutsche Bund. I. Bd. 28. Heft. nr. 1. Klüber Uebersicht der diplomatischen Verhandl. des Wiener Congresses. II. Abtheil. nr. 7. Friedländer Beitr. zur Geschichte der Judenverfolgung im XIX. Jahrhundert. Berlin, 1820. Lips über künftige Stellung der Juden in den Bundesstaaten. Erlangen, 1819. Löwische Vorlesungen über die neuere Geschichte der Juden. Wien, 1820. H. Moser die Juden und ihre Wünsche. 1827. Mayer die öffentl. Verh. der Juden 1827, und wichtig die Verhandlungen auf dem Landtage in Württemberg 1828 (Weishaar I. S. 113.) u. in Churbessen. — s. noch merkw. Erörterungen in Müller Archiv für die neueste Gesetzgebung V. S. 88., und dort VI. S. 114. 206. Erklärungen der preussischen Provinzial-Stände; dann die Schriften von Nießer über die Stellung der Befenner des mosaischen Glaubens in Deutschland. Altona, 1831, und Nießers Zeitschrift: der Jude. Altona. 1834 ff.) und von Paulus: die jüdische Nationalabsonderung. Heidelberg, 1830. Falk neues staatsbürgerliches Magazin. I. Bd. S. 821.

1) Gaupp über das alte Gesetz der Thüringer S. 131. Bosse de regiminis municipal. origine et progressu. Amstelod. 1834.

2) Leg. Salic. Tit. 47. Baiuvar. XVI. C. 1, XVII. C. 1, XXI. §. 11. Moser Denabr. Geich. I. Abschn. I. §. 9. Eichhorn in der Zeitschrift für geschichtl. Rechtswiss. I. Thl. S. 169. 181. Rogge Gerichtswesen der Germanen S. 38.

3) Bluntschli Rechtsgech. von Zürich. I. S. 78.

schafilichen Schuze führt, und allmählig selbst eine Friedensbürgschaft⁴⁾ begründete, bei welcher sich die Mitglieder⁵⁾ derselben verpflichteten⁶⁾, diejenigen, welche in der Genossenschaft Verletzungen verübten, vor Gericht zu stellen, zur Genugthuung anzuhalten, und, wenn dies nicht bewirkt wird, selbst wegen des Erfasses des Schadens zu haften. Daran knüpfte sich bald die Uebernahme von anderen genossenschaftlichen Verpflichtungen, z. B. dürftige Genossen zu unterstützen⁷⁾. Das unvertheilte zur gemeinschaftlichen Benützung bestimmte Land war die Allmende⁸⁾. Das Bedürfnis, die Gränze genau zu bezeichnen, innerhalb welcher die genossenschaftlichen Verpflichtungen auszuüben waren, führte dazu, die Mark⁹⁾, oder Gränze der Genossenschaft¹⁰⁾, als entscheidend anzusehen, und bald nannte man

- 4) Leges Anglos. Guilel. con. C. 64. Canuti C. 19. 20. Eduard. C. 19. 20. Cap. III. a. 811. C. 4. 10. Eichhorn R. G. §. 18. v. Savigny Geschichte I. S. 242. Meyer esprit, origine et progrès. I. p. 88. Rogge Gerichtswesen S. 25. Hallam geschichtl. Darstell. II. S. 167. 177. Phillips Gesch. des angelsächsl. Rechts S. 98. 104. Feuerbach de fidejussione universa. Erlang. 1826, und meine Recension in Schunk's Jahrbüchern. VI. Bd. 2. Heft S. 119—141. Grimm Alterthümer Seite 291. 529. Prosch die Rechte der Nachbarn. Schwerin, 1826. Phillips deutsches Privatr. I. Thl. S. 119. Mit Unrecht will Beiske in den Grundlagen der früheren Verf. Deutschlands S. 41. die Gesamtbürgschaft als allgemeine germanische Einrichtung läugnen. s. noch v. Borringens Beiträge zur Geschichte des deutschen Strafrechts. Berlin, 1836. Seite 42.
- 5) Unger die altdeutsche Gerichtsverfassung S. 26.
- 6) Unger S. 38; vergl. mit Feuerbach diss. p. 35. Rogge Gerichtswesen Seite 25.
- 7) Richelsen in Fests Cranien. 26 Hft. nr. 9. u. 36 Hft. S. 82.
- 8) Bluntschli S. 79.
- 9) Ueber Bedeutung des Wortes Mark: Heekeren van Nettelhorst diss. p. 14. Wachter gloss. p. 300. Nicht ostfries. Landr. S. 44. Dumbek geographia pagor. vet. German. p. 306. Grimm Alterthümer S. 496. Die ältesten Urf. von 796 in Cod. laurishamens. III. vol. nr. 3445; auch zuweilen marca, gleichbedeutend mit villa genommen. Urf. von 869 bei Schannat Cod. probat. Wormat. nr. 9. Jung hist. comitum Bentheim L. I. C. 4. p. 29. Racer Overysseel Gedenkstuk. I. p. 7. Lindenborn hist. Daventr. p. 514—22. s. noch über verschiedene Bedeutungen Vesme delle vicende della proprietà. p. 237. Schon in den Legib. Longobard. (v. Rachis) kommt marca vor. s. darüber: il progresso. Napoli, 1837. p. 109. 114.
- 10) Von Marken überhaupt s. Reinhard de jure forest. german. Francof. 1738. Schazman praes. Wahl de jure et judic. comm. quae sub nomine marc. Gotting. 1746. Broxtermann over de Marken en Markengenootschapen. Arnheim, 1798. Steiner vom Freigericht S. 24. van Heekeren v. Nettelhorst de Univ. quae Maerker-genootsch. dicuntur. Traj. 1807. Schmidt Geschichte von Hessen. I. S. 183. Piper Beschreibung des Markenrechts in Westphalen. Halle, 1763. Arntzen instit. juris Belgici. I. vol. p. 56. Loew de antiquo Germ. juro marcali. Heidelb. 1826. Löw über die Markgenossenschaften. Heidelb. 1828. Grimm Alterthümer S. 496—531. Unger altdeutsche Gerichtsverf. S. 71.

den ganzen so abgegränzten Bezirk die Mark ¹¹⁾, und allmählig diente der Ausdruck zur Bezeichnung der gemeinschaftlichen Rechte ¹²⁾, oder auch der abgegränzten Genossenschaft selbst ¹³⁾. Das spät noch erhaltene ¹⁴⁾, oben geschilderte, System der Friedens- ¹⁵⁾ und Gesamtbürgerschaft ¹⁶⁾ der Gemeinde zeigt sich besonders im angelsächsischen ¹⁷⁾ Freoborg ¹⁸⁾ und der Frankpledge ¹⁹⁾. Die Markgenossenschaft kann entweder als entsprechend unseren heutigen Landgemeinden, oder als eine größere Association ²⁰⁾ (zusammenhängend mit alten Ansiedlungen) mit einem ausgedehnten Gesamtbefitz betrachtet werden. Aus solchen alten Ansiedlungen entstanden die am Niederrhein vorkommenden Honschaften ²¹⁾, und die am Oberrhein und der Mosel früh

11) In Neugart Cod. dipl. nro. 176. kommt eine solche Urk. vor.

12) Noch in Urk. (aus XIII. Jahrhundert.) heißt es: Communia jura quae marke dicuntur. Bedmann rheingau. Alterth. S. 442.

13) Unger S. 70.

14) Von England s. Cowell instit. jur. angl. III. Lib. V. Tit. §. 2. Siehe über d. engl. Einrichtungen neue Unterf. in Palgrave rise and progress of the english commonwealth. vol. I. cap. 6. und vol. II. p. CXX. Von Schweden s. oben not. 7. Besonders reichhaltig sind die italienischen Stat.; s. Stellen in meiner Rezens. in Schunk's Jahrb. S. 141. Ueberbleibsel fanden sich auch in Frankreich; s. Toullier droit civil. XI. p. 287, und von Deutschland s. Bülow und Hagemann Erdrt. I. S. 154.

15) Die Anzeigepflicht der Verbe. bei Gericht stammt eben so aus der Gesamtbürgerschaft, daher Fleta in Houard traité III. p. 45. 79. Bractone de legibus Angl. Lib. III. de corona. Cap. 1. Die niederländische franchise verité steht damit auch im Zusammenhang.

16) Bestritten ist es, ob es bei den Franken galt; ja, nach Hesse §. 12. (wegen Leg. Sal. Tit. 61. 63, und wegen des contubernium in Leg. Sal. Tit. 45. cap. 1. 3. 46. cap. 3); dagegen Feuerbach diss. p. 74—91 s. aber noch Grimm S. 208. S. 626.

17) Von England entschiedene Beweise s. oben not. 3. s. noch Leges Inae cap. 21. — Ueber Leges Canuti Rosenvinge antiquam leg. Canuti version. latin. emend. Havn. 1826. p. 50. 51. — Von gothischen Einrichtungen s. Bring de veter. Suecor. et Gothor. praecip. quae rempubl. spectant instit. partie. IX. Lund. 1824. p. 65—92, und Bring de judicio homie. secundum jur. suegoth. Lund. 1820. p. 19.

18) Leges Eduardi Conf. 20. 22. Houard traité I. p. 112; von den Congildones Leg. Alfred. cap. 27. Feuerbach p. 63. Spelman gloss. p. 260. Uebrigens kommt diese Freoborg-Einrichtung auch in Nederland vor. Urk. von 1138 in d'Achery spicileg. tom. III. p. 553, und auch Raepsaet origine des Belges. II. p. 343. s. noch Müller hist. Entw. der engl. Staatsverfass. (übers. von Schmid.) I. S. 113 und 194. Spelman glossar. p. 248. Bring l. c. p. 88. Unger Gerichtsverfassung S. 34.

19) Houard traité I. p. 445. Bracton de leg. et cons. angl. Lib. 3. de corona. C. 10. §. 1. Meyer esprit, orig. II. p. 62; damit hängt die Ieta zusammen, Spelman gloss. p. 355.

20) Ueber die Verschiedenheit der Gegenden s. Bluntschli I. S. 85.

21) Guden Cod. dipl. II. p. 1282—84. Urk. von 1468 im Archiv für Geschichte und Statistik des Vaterlandes S. 366. Vorzüglich Lacomblet im Archiv für Gesch. des Niederrheins. I. Bd. 26 Heft. S. 209. Honschaft kommt wohl von hundert (hondert, die alte Teutschschaft).

anzutreffenden Heingeraiden ²²⁾, in welchen große Güter vorkamen, die im ungetheilten Eigenthum mehrerer Gemeinden waren. — Auch die westphälischen Burgemeinden ²³⁾, ausgezeichnet im Mittelalter noch durch Gerichtsbarkeit und Autonomie, sind aus den alten Associationen hervorgegangen, und die in den friesischen Gegenden früh vorkommenden ²⁴⁾, spät noch erhaltenen ²⁵⁾ Landesabtheilungen in Klüfte und Schlachten (bei welchen die Idee der Familienbürgerschaft sich klar zeigt) hängen mit den alten Ansiedlungen nach Familien zusammen. — Auf der Friedensbürgerschaft beruhten auch die schon zur vorchristlichen Zeit ²⁶⁾ vorhandenen und von den christlichen Priestern ²⁷⁾ später benützten, innige Verbrüderung, wechselseitige Sicherheit und geordnetes Zusammenleben ²⁸⁾ begründenden Gilden ²⁹⁾. Bei der Betrachtung der Natur dieser alten Vereine zeigt sich aber schon ihr von der römischen Bildung der universitas mit dem künstlich erzeugten neuen Rechtssubject, in welchem die Einzelnen verschwinden, abweichender Charakter ³⁰⁾ der Genossenschaft,

- 22) Schöpslin Alsat. illustr. I. p. 653. tom. II. p. 127. Essayer Beiträge zur Aufnahme der Rechtswissenschaft. 1771. Sept. Stüd. nr. 1. Monum. piet. et liter. viror. Francof. 1701. S. 250. Papelier de mound. Weissenb. p. 23. Bormann rheingau. Alterth. S. 4. 439. 761. Schatzenmann de Oberheimgeraida. Argent. 1753. Annales statistiques du departem. de Mont-Tonnerre. 1808. p. 306, 1809. p. 38, und Intelligenzblatt des baier. Rheinkreises 1827 S. 176. 243. 466, 1828 S. 328. und 1829 S. 1. Ueber das Wort: Heingeraide, v. Löw über Markgenoss. S. 3 not.
- 23) Wichtige Notizen in Spangenberg neues vaterländ. Archiv. 1827. 26 Heft S. 199.
- 24) Urk. in Verhand. van Groninger Genootschap. vol. II. p. 334. Es giebt selbst eigene Kluftbücher und die Mitglieder jeder Kluft hießen Klauwagennooten. s. besonders Verhand. van het Groninger Genootschap. V. vol. p. 36.
- 25) Biarda ostfries. Geschichte. III. S. 513. Verhandl. II. p. 350. Rieler Blätter. V. Bd. S. 231.
- 26) Acher juridische Schriften. III. S. 133. Westphalen mon. praef. III. p. 112. Hikes thes. ling. septent. diss. epist. p. 21. Röser Ödnabr. Gesch. I. S. 271.
- 27) Münster Geschichte d. Einführung d. Christenthums in Dänemark S. 180.
- 28) Die Gildbrüder schwuren für einander, sie mußten einander aus der Gefangenschaft lösen u. a. Die älteste Gilde ist die Knuts-Gilde. Die Statuten der Gilden heißen Gildenskræen; eine alte Skraa dieser Art ist die Odenseische. Westphalen mon. praef. III. p. 4. s. noch Schröter Abh. zur Erl. der d. Rechte. II. S. 85. Rosenvinge Grundriß S. 48. 166. Paulsen in Falks Staatsbürgert. Magazin. V. S. 73. s. über die Gilden Wilsa (Preisschrift) das Gildewesen im Mittelalter. Halle, 1831. Fortuyn de Gildarum histor. Amstelod. 1834.
- 29) Wilkins Glossar. sub voce: Congildon. Houard traité. I. p. 444. Hallam II. S. 177.
- 30) Gut Bluntschli Rechtsgesch. I. S. 81.

nach welchem die einzelnen Genossen durch ihren Willen der Gemeinde die Richtung geben ³¹⁾, dabei noch selbstthätig wirken, sich den Gemeindefchlüssen unterwerfen, und wogegen da, wo die Gemeinde nach Außen erscheint, diese als ein Ganzes auftritt. Während auf diese Art viele freie Genossenschaften sich bildeten ³²⁾, kann man nicht verkennen, daß ein großer Theil der späteren Landgemeinden im Mittelalter noch keine freien Gemeinden waren, nicht einmal wahre Gemeinderichte hatten ³³⁾, sondern nur durch den Willen der Gutsherren als unter einem von diesem gesetzten Beamten vereinigte landwirthschaftliche Ansiedlungen vorkamen. Die Veranlassungen zu solchen (woraus später Dorfgemeinden ³⁴⁾ wurden) lagen theils in den Immunitätsprivilegien ³⁵⁾, theils in den Vereinigungen mehrerer Hofbesitzer unter einem Haupthofe, in den großen Reichshöfen, die unzersplittert verpfändet wurden ³⁶⁾, in dem Verhältnisse der Villen ³⁷⁾ und in den späteren Dinghöfen ³⁸⁾. Verschieden von den Gemeinden im engeren Sinne kamen aber noch auf dem Lande größere Corporationen vor, die ebenfalls eine Genossenschaft bildeten ³⁹⁾, z. B. die Deich- ⁴⁰⁾ und Markgenossenschaften, während andere Corporationen nur zu besonderen Zwecken (verschieden von dem Gemeindezwecke) z. B. zu kirchlichen Zwecken ⁴¹⁾ sich bildeten.

31) Mein Aufsatz in dem Archiv für Civil-Praxis. XXII. S. 76.

32) Viele heutige Dörfer sind nur Zersplitterungen der größeren Landesgemeinden.

33) Nachweisungen über Schweiz in Stettler Versuch einer urk. geschichtl. Entwickl. der Gemeindeverhält. im Canton Bern. Bern, 1810.

34) Daraus die Hofmarken, s. Seifried ständische Gerichtsbarkeit. I. S. 40. Westenrieder glossar. p. 251. v. Mey baier. Staatsr. I. S. 391.

35) Marculf Form. I. 5. Montag Geschichte I. S. 180. 216. Eichhorn R. S. §. 86, und in der Zeitschrift S. 191. 204.

36) Kindlinger Münchenerische Beiträge. I. S. 14, II. S. 1. Derselben Geschichte der Hörigkeit S. 9—17. Sethe Entwurf der Natur der Leibeigenschaft S. 104.

37) S. oben §. 81. not. 1.

38) Die alten Hofrodel, z. B. im Elsaß, enthalten auch Gemeindeordnungen.

39) Hierher gehören die großen Lands- oder Thalgemeinden, z. B. in der Schweiz, Uri, Unterwalden, die schon früh als universitas mit eigner Siegel versehen. Misely essai sur l'origine et le développement des libertés de Waldstetten. Lausanne, 1830. p. 29. 35.

40) Abhandlungen im staatsb. Magazin, herausg. von Hall. III. Bd. nr. 14.

41) Meers de paroch. in Germania Bon. 1781. Dahl Beschreib. von Vorpommern S. 31. Bodmann rheing. Alterth. S. 833.

§. 121. [§. 110a.] Fortbildung der Gemeindeverhältnisse.

Schon früh ¹⁾ bildete sich die Ansicht, daß die Gemeinde als Abtheilung im Staatsbezirke der besondern Aufsicht der Herren, die im Bezirke die Herrschaft hatten, unterworfen seyen ²⁾. Je mehr seit dem XVI. Jahrhundert die Staatsgewalt sich ausbildete, desto mehr verwandelte sich der Schutz in eine Gewalt, welche die Gemeinden in Abhängigkeit von dem Staate stellte. Irrige Ansichten von einer Obergewalt, zuweilen selbst Egoismus des Staats, der das Gemeindevermögen zu seinen Zwecken verwenden mochte, und Mißtrauen gegen die freiere Entwicklung des Gemeindelebens bewirkten eine die Selbstständigkeit der Gemeinden lähmende Stellung der Staats- und Gemeindebehörden ³⁾. Durch die Aufnahme des römischen Rechts ⁴⁾ wurde manche irrige Ansicht verbreitet, da man nicht bloß die römischen Vorschriften, welche sich auf die Verhältnisse der Gemeinden als moralischer Personen überhaupt ⁵⁾, sondern auch andre anwendete, welche nur auf einzelne römische Corporationen sich bezogen ⁶⁾. Ein gleichförmiges Gemeinderecht ⁷⁾ konnte nicht leicht entstehen, da die Gemeinden überall auf ihre Privilegien und durch Herkommen erworbenen Rechte sich beriefen, überall aber es davon abhing, wie weit man römisches Recht hereinzog. Das würdige Gemeindeleben ⁸⁾ ging durch den Egoismus der Gemeindebehörden, durch zu ausgebreitete aristokratische Elemente in der Verfassung, durch zu großes Einwirken der Staatsbehörden, insbesondere

1) Die erste Spur ihres Einwirkens lag in den Schirmverhältnissen. v. Dalwigk in den Grenzen zum deutschen Privatr. I. Hft. S. 11.

2) Bluntschli Rechtsgesch. II. S. 54.

3) Die beste Darstellung der Entwicklung der Gemeindeverhältnisse in den letzten zwei Jahrhunderten siehe in Gachard *Precis du regime municipal en Belgique avant 1789*. Bruxelles, 1834, und *Essai sur les communes et le gouvernement municipal dans le Canton de Vaud*. Lausanne, 1828. II vol.

4) Malblank *de similitudine inter jus municip. Wirtenberg. et roman.* Tubing. 1819. Hufeland Lehrbuch des gem. Civilrechts. II. S. 32.

5) Wie weit man römisches Recht anwenden kann, v. Langen *prakt. Erört.* II. S. 8. Ueber röm. Vorschriften in Bezug auf röm. Dörfer v. Savigny *System* II. S. 251.

6) Dirksen *civilist. Abhandl.* II. Thl. nr. 1.

7) Die vollständige Darstellung des Gemeinderechts (durch Hereinziehen des röm. Rechts) ist von Lossaeus *decis. jurid. de jure universa*. Venet. 1601. Colon. 1693.

8) Was v. Lantzkow in der Schrift: *Grundzüge der Geschichte des deutschen Städtewesens* S. 104 u. in Bezug auf die Städte sagt: paßt auf alle Gemeinden.

durch willkürliche Belastungen des Gemeindevermögens und Unterdrückung freier Wahlen und Verwaltung, aber auch durch die Indolenz der Bürger unter 9). Erst in der neueren Zeit wurde die Wichtigkeit in Deutschland erkannt, durch Gesetze ¹⁰⁾ den Gemeinden die nothwendige Selbstständigkeit zu geben ¹¹⁾, ihr Verhältniß zum Staate

- 9) In manchen Ländern ergingen umständliche Gemeindeordn., z. B. in Württemberg Comm.-O. von 1702 u. 1758, s. darüber v. Wächter I. S. 401.
- 10) Baier. Gemeinde-Edikt vom 24. September 1808 und 17. Mai 1818. Baier. Gesetz vom 1. Juli 1834. Döllinger die Verf. und Verwaltung der Gemeinden in Baiern. München, 1819. v. Roy baier. Staaterg. I. S. 390 u. Nassauisches Gem.-Edikt vom 5. Juni 1816. Württemberg. Edikt vom 31. Dezember 1819 und Verm.-Edikt für die Gemeinden vom 11. März 1822. v. Mehl Staatsrecht von Württemberg. II. S. 143. Großherzogth. Hess. Gemeindeordn. vom 9. Juli 1821 und frühere hessische Gesetze in Eigenthum Samml. III. S. 175. Badische H. Konstitut.-Edikt von 1807 und Moers Repert. I. S. 200—209. Entwürfe der Gemeindeordn. von 1819 und von 1822 in den Beilagen zur 111ten Sitzung der landständ. Kammer von 1822. Badische Gemeindeordn. vom 31. Dez. 1831 und neues Gesetz vom 28. August 1835, und Gesetz vom 3. August 1837. Preuß. Städteordn. vom 19. September 1808. Preuß. revidirte Städteordn. vom 17. März 1831. Preuß. Verordn. über Gemeindehaushalt vom 2. März 1819 in v. Kamph Annalen der Staats-Verwaltung. III. S. 159. Frankfurt. Gemeindeordn. auf den Land-Dorfschaften vom 12. August 1824 in der Gesetz- und Statutensamml. v. Frankfurt. III. Bd. S. 263. Schwarzburg. Dorfgemeindeordnung vom 19. Dezember 1827. Württemberg. Gesetz über das Gemeinde-, Bürger- und Weisrecht vom 15. April 1828. Meid. G. über d. B. und BK. vom 4. Dez. 1833. — Eine gute Darstellung des württembergischen Gemeinderechts mit Bemerk. in Weishaar würtemb. Privatrecht, neue Ausg. I. Thl. S. 280—355. Braunschweig. Edikt über Gemeindeverwaltung vom 26. März 1823 und braunschw. Städteordn. vom 4. Juni 1834. Oldenburg. Landgemeinde-Ordn. vom 28. Dezember 1831. Oldenburg. Städteordn. vom 12. Aug. 1833. Gothaische Gemeindeordn. vom 30. Mai 1834. Baier. Gef. vom 1. Juli 1834, Revision des Gemeinde-Edikts von 1818 betreffend. Eurb.-Hess. Gemeindeordn. vom 23. Oktober 1834. Königl. sächs. Städteordn. vom 2. Februar 1832. Hohenzollern-Heching. Gemeindeordn. v. 19. Okt. 1833. Städteordn. vom 15. Januar 1835. Meining. Grundgesetz von 1829, §. 19—28. Altenburg. Grundgesetz von 1831, §. 100—127. Hannover. Verfassungsurk. §. 51. Hohenzollern-Sigmaring. Gemeindeordn. vom 6. Juni 1840. Königl. sächs. Landgemeinde-Ordn. vom 7. November 1838. Mißhauser sächs. Staatsrecht. I. S. 246. Weimar. Landgemeinde-Ordn. vom 2. Febr. 1840. Lippische Gemeinde-Ordn. vom 2. März 1841. K. Preussische Landgem.-Ordn. für Westphalen vom 21. Oktober 1841.
- 11) Ueber Gemeinderath, des Auslandes, s. von Frankreich, wo der Geist der Centralisation während der Revolution das Gemeindeleben vernichtete, Zeitschrift für ausländ. Rechtswissenschaft. Bd. VIII. S. 456. Das Gesetz vom 21. März 1831 enthält nur Vorschriften über die Gem.-Organisation. Das über die Attributionen ist vom 18. Juli 1837. Zeitschrift für ausländ. Gesetzgebung. VI. S. 244. und X. Bd. S. 221. Dufey histoire des communes de France et legislat. munie. Paris, 1828. Raynouard hist. du droit munie. en France. Paris, 1829. II vol. Ueber das Projekt von 1830: Wlmenstein die neuesten Entwürfe zum Gemeindegesetz in Frankreich. Köln, 1830. Isambert Code electoral et municipal. Paris, 1831. III vol. Henrion de Pansey traité du pouvoir municipal. 4te edit. par Foucart. Paris, 1840; und gut

Von Verbindung der Personen in Corporationen 1c. 337

aber so festzusetzen, daß die erforderliche Obergewalt des Staats über sie im Interesse der Gemeinden und des Staatszwecks am sichersten durchgeführt werden kann, ohne die freie Entwicklung der Gemeinden zu lähmen ¹²⁾).

§. 122. [§. 111.] Begriff und Merkmale der Gemeinde und ihr Verhältniß zum Staate.

Die Gemeinde ¹⁾ ist die von dem Staate anerkannte Genossenschaft der Bewohner einer Abtheilung des Staatsbezirks, welche durch ordentliche selbst gewählte Vorstände vertreten wird, eines als Privateigenthum erscheinenden Vermögens fähig ist, und in welcher die aufgenommenen Gemeindeglieder gewisse von der Gemeinde bestimmte Gemeinderechte erwerben ²⁾. 1) Nur die von dem Staate anerkannte Gemeinde hat Anspruch auf Gemeinderechte. Nur durch Bewilligung des Staats können Gemeinden entstehen, verändert oder aufgelöst werden ³⁾. 2) Die Wichtigkeit der Gemeinde als des Bezirks,

Laferriere Cours de droit public. Paris, 1841. pag. 543. Von Belgien: Gemeindegesetz vom 30. März 1836. Zeitschr. für ausländ. Gesetzgeb. VIII. nr. 21. — Von England: Gesetz von 1835. Zeitschrift VIII. nr. 2. 11. — Von den Schweizer Gemeinde-Ordnungen seit 1830: Zeitschr. für ausländische Rechtswiss. VI. nr. 21, VII. nr. 6. — Merktn. über die Art, wie in Rheinbaiern französische und bayerische Gemeinde-Gesetzgebung verschmolzen wurde: Siebenpfeiffer Handbuch der Verfass. Rheinbaierns. II. Bd. S. 1—349. Baier. Gesetz vom 7. November 1837. v. Roy baier. Staatsdr. I. S. 430.

12) Pagenstecher die deutsche Gemeindeverfassung. Darmstadt, 1818. v. Brederlow über Leben und Verfassung in Kreisen und Gemeinden, mit Bezug auf Preußen. Berlin, 1820. Sommer von deutscher Verfass. im german. Preußen S. 104. Sparre Wangenstein Entw. der Grundzüge einer Gemeindeordnung. Hamm, 1823. Hieher gehören auch neuere Schriften über die preuß. Städteordn. s. v. Kottick konstitutionelles Staatsrecht von Aretin. III. Bd. S. 22 1c. Pfeiffer praktische Ausführungen. III. S. 340. Heißler Betrachtungen über Gemeindeverfassung. Augsb. 1831. Graf Blome über Gemeinwesen. Hamburg, 1832. v. Savigny in Hanke historisch-politischer Zeitschrift 1832, Heft 3. S. 389. Mein Aufsatz in der Zeitschrift für ausländ. Gesetzgebung. VI. S. 447 1c. Dahlmann Politik. Göttingen, 1835. I. Thl. S. 219 1c. Mein Aufsatz im Archiv für civil. Praxis. XXII. S. 73.

1) Bezeichnung universitas in Urk. von 1230 in Bodmann rheingau. Alterth. II. S. 835. Almeida in Bodmann S. 762; auch in Urk. von 1220 in Guden syllog. p. 117; am Oberrhein Einung, Arr Geschichte vom Buchsgau S. 132; am Niederrhein Honnischast. s. auch Grupon obs. rer. p. 434; in Niedersachsen Lucht, Lüneburg. Polizeiordn. von 1618. Cap. 12. §. 3. 4. s. noch Sparre Wangenstein S. 14.

2) Preuß. Landrecht. II. Thl. Tit. 6. §. 18. Baier. Gemeinde-Erbt §. 20. Eucumus Staatsrecht S. 250. v. Roy I. S. 386.

3) Hess. Erbtl. §. 3. Badisches Gesetz von 1831 §. 4. Braunschweig. Verf. §. 41. Hannov. Verf.-Urk. §. 42.

in welchem der Staatsbürger seine politischen Rechte ausübt 4), und die Rücksicht, daß ein egoistisches Wirken der Gemeinde dem Staatszwecke nachtheilig werden kann, fordert eine Wirksamkeit des Staats, durch welche einer solchen feindseligen Stellung vorgebeugt wird, während zugleich 3) der Staat die unsichtbare nie sterbende Gesamtpersönlichkeit der Gemeinde und die Interessen aller künftigen Gemeindeglieder gegen den Egoismus der gegenwärtigen Glieder, so wie gegen die schlechte Verwaltung der Gemeindebeamten in Schutz nimmt, und eben so 4) die Interessen der Gemeinde gegen die Anmaßung, den Leichtsinns oder Unverstand der ordentlichen Gemeindebeamten sichert 5). 5) Nur in dieser Beziehung steht die Gemeinde unter dem Obergewaltrecht des Staats, durch dessen Willen sie ihr Daseyn und ihre Verfassung erhält. Nur zu irrigen Folgerungen führt aber die Annahme einer Obergewalt des Staats 6). Eben so unpassend ist die Ansicht, welche *jura minorum* 7) allen Gemeinden giebt, was nur angenommen werden kann, wo das Landesgesetz oder Herkommen dies ausdrückt, und nur so weit dies anerkannt ist 8). 6) Jede Gemeinde hat das Recht zu fordern, daß ihr Vermögen eben so wie das eines jeden Privatmannes unverletzlich geschützt werde 9), und die Verfügungen des Staats darüber beziehen sich nur darauf, daß dies Vermögen dem Gemeindegewebe gemäß verwaltet und verwendet, und die Erfüllung der obliegenden kirchlichen und politischen Zwecke 10) möglich gemacht werde. 7) Die anerkannte Gemeinde hat alle Rechte einer moralischen Person 11) und er-

4) Mein Aufsatz im Archiv. XXII. S. 78.

5) Beitzler I. c. S. 70.

6) Hannov. Verfass.-Art. §. 51. Braunschweig. Verf. §. 46. v. Mohl II. S. 145. Mein Aufsatz im Archiv S. 80. vergl. mit Phillips I. S. 334.

7) Dies wird wichtig wegen der *restitutio* der Gemeinde. Ein Gesetz, daß alle Gemeinden (also auch Dörfer) *jura minorum* haben, existirt im römischen Rechte nicht, es ist auch nicht zweckmäßig; (mit Recht daher im großherzogl. hessischen Gesetz vom 21. Juni 1836 diese *jura min.* aufgehoben, während das meiningische Grundgesetz §. 22. den Gemeinden *jura minor.* giebt); allein die Praxis dehnte die *jura minor.* im gemeinen Rechte auf alle Communen aus. Reinhard de restit. in int. univ. Erford. 1733. Glück Commentar II. §. 465. Hänsel Bemerkungen zum sächsischen Civilrecht, II. Seite 59. Burchardi von der Wiedereinsetzung S. 258, 262.

8) Die Weimar. Landgemeinde-Ordn. §. 28. giebt diese *jura.* f. überh. noch Mauntenbrecher I. S. 358. v. Savigny System II. S. 282.

9) Mein Aufsatz S. 79. v. Mohl Staatsr. II. S. 147—48.

10) v. Mey Staatsrecht I. S. 392, 398—402.

11) Beitzhaar I. S. 288. Hänsel II. S. 10.

Von Verbindung der Personen in Corporationen etc. 339

scheint als solche als Subject von Rechten und Verpflichtungen. 8) Den einzelnen Mitgliefern gegenüber, die als solche keine Rechte ausüben oder Pflichten tragen, die nur die Gemeinde treffen, erscheint die Gemeinde als eine Gewalt, welche ihren Mitgliefern in Bezug auf ihr Verhältniß zur Gemeinde Rechte verleihen und Pflichten auflegen kann, und eine Autonomie in so ferne hat, als sie über die Gemeindeangelegenheiten gütliche, alle Gemeindeglieder verbindliche Anordnungen ¹²⁾ treffen und bestimmen kann, unter welchen Bedingungen und in welchem Umfang die Gemeindeglieder an den Vortheilen der Gemeinde Theil nehmen, während 9) die Gemeinde alle andern Personen, die nicht zur Gemeinde gehören, von jenen Vortheilen ausschließt. 10) Jede Gemeinde hat ihre Markung ¹³⁾, d. h. einen bestimmten Umfang der Grundstücke, deren Besitzer zu der Genossenschaft gehören und den Anordnungen und Pflichten der Gemeinde unterworfen sind ¹⁴⁾. Die Markung hat einen zweifachen Charakter, indem sie theils die auch für die Rechte dritter Personen

12) Die frühesten Ausflüsse der Autonomie sind die Markenordnungen. Heckeren van Nettelhorst diss. p. 47. Markenordn. von 1339 in Rindlinger Münster. Beitr. III. Bd. Urkundenbuch S. 377; von 1563 in Selhe Entwurf der Leibgewinnsgüter S. 127; in Urk. von 1585 in Selhe S. 113, und Markenordnung in Piper Markenrecht S. 157—249. — Zu den interessanten Markenordnungen gehören die von 1354, 1461, 1571 von Althauslau, abgedruckt in v. Dalwigk Eränen zum deutschen Privatrecht. Heidelberg, 1825. I. Heft, nr. 1. s. noch v. Löw über Markgenossenschaften S. 14. Alte Gemeindeord. kommen auch unter andern Namen vor. Eine sehr vollständige Gemeindeordnung von Kassaß (aus d. XIV. Jahrhundert) in Mone badisches Archiv zur Vaterlandskunde. Karlsruhe, 1826. I. Thl. S. 259. — Gemeindeordn. von Westheim von 1479, abgedr. in der Zeitschrift: Argus. I. Bd. S. 384—393. Ordn. von Gürk von 1497, abgedr. in dem Urkundenbuch zu der altenmässigen Ausführung der zwischen Bamberg und Brandenburg geführten Differenz 1785, Urkundenb. II. Bd. nr. 44. Fast jedes Dorf in Franken hat eine Gemeinde-Ordnung; s. Schneidt de font. jur. Francon. p. 42. in not.; in Baiern heißen sie Ehehaftsordnungen. Ehehaftsrecht von Peitinggau von 1435 in Lohr Geschichte des Lechrains. II. S. 136. Ehehaftsrecht von Hahnbad von 1559 in der Zeitschrift: die geöffneten Archive von Baiern. I. Bd. 48 Heft, S. 361. s. von Ebenhausen in Welsch Beschreibung von Reichertshofen S. 189; von Langenpreising in Westricher Beitr. zur vaterländischen Geschichte. VII. Band. S. 322; von Greilsparg in Seifried Geschichte der ständ. Gerichte. I. S. 230. Auch viele Weisthümer enthalten Gemeindeordnungen. Wie weit die heutigen Gemeinden Lokalstatute machen können, ist gewöhnlich nicht genug in den Gesetzen bestimmt. v. Mohl Staatsr. II. S. 152. Lippische Gemeinde-Ordn. S. 2.

13) In alten Urkunden meta, oder marca villae, oder urbis genannt. Gruppen obs. rei agrar. p. 8—12. s. noch Fritsch de district. univ. agror. Jen. 1670.

14) Badisches Edikt S. 2. Hessisches S. 2. Thomas Salsches Privatrecht. I. Thl. S. 137.

wichtigen Eigenthumsgränzen der Gemeinde bezeichnet, und in so fernne ein privatrechtliches Verhältniß ¹⁵⁾ begründet, theils als Umfang des politischen Verbandes dem öffentlichen Rechte angehört ¹⁶⁾. In Bezug auf alle in der Markung liegenden Güter hat die Gemeinde in so fernne ein Aufsichtsrecht, daß sie für den Gebrauch der Liegenschaften gewisse polizeiliche Regeln vorschreiben und Bestimmungen erlassen kann, daß jeder Eigenthumsübergang nur unter Garantie der Gemeinde durch Eintragung in gewisse Bücher vorgehe. 11) Im Falle des Aufhörens der Gemeinde steht den zuletzt vorhandenen Mitgliedern kein Anspruch auf das Gemeindevermögen zu, das vielmehr dann *bonum vacans* wird ¹⁷⁾.

§. 123. [§. 112.] Von den Gemeindegliedern und dem Gemeinderechte.

Nach dem Charakter des deutschen ¹⁾ Gemeinderechts, wie es sich bis zur letzten Zeit ausgebildete, erschien die Gemeinde als eine selbstständige Corporation, welche ihre eigenen Vermögensrechte hatte, und von der es abhing, wem sie Gemeinderechte ertheilen wollte; daher ihr von dem Staate Niemand aufgedrungen werden konnte ²⁾. Erst neuere Gesetzgebungen ³⁾ haben in Erwägung des wichtigen Verhältnisses der Gemeinden zum Staate diesen Charakter der Schließung der Gemeinden modificirt, und zwar, indem sie von der Nothwendigkeit ausgehen, daß jeder Staatsbürger irgend einer Gemeinde des Staats als Bürger oder Beisitzer angehöre, so daß das Gesetz bestimmt, welcher Gemeinde jemand angehört, und die Regierung eine Person einer Gemeinde zutheilen kann, während der Gemeinde übrige

15) Man denke nur an Hypotheken- und Servitutsrechte Dritter. s. noch fgl. sächs. Landgem.-Ordn. §. 14—19.

16) Badisches 2tes Constitutionsedikt §. 2. 8. Man ist geneigt, diesen letzten Charakter als den immer entscheidenden bei der Frage über Justizsachen hervorzuheben. s. von Baden Thilo das. Prozeßordn. erläutert S. 20. Im Großherzogthum Hessen, macht ein Gesetz v. 23. Okt. 1830 einen Unterschied von Verwaltungs- und Eigenthumsgränzen; s. viel in Eigenbrod das Verh. der Gerichte zur Verwaltung S. 157.

17) Das Verhältniß ist sehr bestritten. Marezoll in Grolmanns Magazin. IV. Heft. nr. 11. Hänsel Bemerk. II. S. 196. Puchta in Meiske Rechtslexikon III. S. 74. Köhler Pandekten I. S. 159.

1) Anders nach dem französischen Recht, wo daher auch kein Einkaufsgeld vorkommt.

2) S. zwar Zachariae lib. quaest. qu. 10. §. 14; s. aber Hänsel Bemerkungen II. S. 113.

3) J. W. in Württemberg, Gesetz von 1828 und 1833. v. Mehl Staatsrecht. II. Thl. S. 146 und S. 151.

Von Verbindung der Personen in Corporationen 2c. 341

gens das Aufnahmsrecht zusteht; wogegen andere Gesetzgebungen wenigstens im Interesse des staatsbürgerlichen Lebens verordnen ⁴⁾, daß eine Gemeinde dem Staatsbürger, der gewisse gesetzlich vorgeschriebene Bedingungen erfüllen kann, die Aufnahme nicht verweigern darf. Im allgemeinen gelten die Regeln: ⁵⁾ I. Das bloße Staatsbürgerrecht giebt noch kein Gemeindebürgerrecht an einem bestimmten Orte, sondern nur Einwohnerverhältnisse. II. Unter den zu einer Gemeinde im weitern Sinne Gehörigen müssen getrennt werden ⁶⁾: 1) Gemeindegengenossen, als wirkliche zum Genuße der Gemeinderrechte befugte Mitglieder einer Gemeinde ⁷⁾, 2) Gemeindeactivbürger, in so ferne in den Gesetzen zur Ausübung aller politischen Rechte in der Gemeinde noch besondere Erfordernisse verlangt sind, 3) Schutzensgenossen oder Beisassen ^{7a)}, 4) Forensen, d. h. solche, die, ohne in der Gemeinde sich aufzuhalten, Immobilien in der Gemeindegemarkung besitzen ⁸⁾, 5) Personen, welche in der Gemeinde sich niederließen, ohne als Gemeindebürger aufgenommen zu seyn (Miethleute, Inleute), 6) Personen, die nur das Einsassen- oder Heimathsrecht in der Gemeinde erworben haben ⁹⁾. — Der bloße Aufenthalt oder ein Güterbesitz in der Gemeinde giebt noch nicht das Gemeinderrecht darin ¹⁰⁾, auch diejenigen, welche in der Gemeinde angestellt sind oder ihr Dienste

4) J. B. in Baden, Gesetz vom 31. Dez. 1831. §. 17.

5) Wichtige Unterf. über d. Frage: wer Gemeindeglied war? v. Bluntschli II. S. 57.

6) Würtemb. Edikt von 1828, §. 2. Schwarzburg. Ges. §. 1. Baier. Gesetz vom 1. Juli 1834. Königl. sächs. Landg. D. §. 24. Weimar. §. 5. v. Roy baier. Staatsrecht. I. S. 391.

7) Nach dem baier. rev. Gemeinde-Edikt §. 11. ist wirkliches Gemeindeglied nur der, welcher in dem Gemeindebezirk seinen ständigen Wohnsitz hat, oder daselbst ein häusliches Anwesen hat, und darin entweder besteuerte Gründe besitzt oder besteuerte Gewerbe ausübt. Die kgl. sächs. Landgem.-Ordn. §. 21. rechnet dahin die selbstständigen Personen, welche im Gemeindebezirk entweder Grundstücke besitzen, oder innerhalb derselben ohne Grundbesitz bleibenden Wohnsitz haben. Die Weimar. Landgemeinde-Ordn. §. 5. nennt die Gemeindeglieder in Landgem. Ortsnachbarn. — s. noch preuß. LandG.-Ordn. §. 17.

7a) Hagemann Landwirthschaftsrecht Seite 159. Gesenius Meierrecht. II. S. 50—56. Eisenhart Anleit. zum Stadtrecht S. 240. Badisches Gesetz von 1808. nr. 18. §. 10. Nach d. Gemeinde-Ordn. von 1831. §. 2. giebt es keine Schutzensgenossen mehr. Wors Repertor. II. S. 154—155. s. aber preuß. Landr. II. Thl. Tit. 7. §. 20—31. Baier. G. G. §. 11—16. v. Roy Staatsr. I. S. 394. Hess. G. D. §. 93. Weishaar I. S. 324. v. Mohl II. S. 155. Weimar. L. G. D. §. 20.

8) Baier. Gemeinde-Edikt §. 13. Sie heißen in Weimar. LandG. D. §. 23. Flurgenossen.

9) Badisches Gesetz von 1831 §. 70. Weimar. L. G. D. §. 17.

10) Preuß. Landrecht. II. Thl. Tit. 7. §. 20.

leisten, erhalten dadurch so wenig Gemeinderechte ¹¹⁾, als Geistliche und Schullehrer Gemeindeglieder sind ¹²⁾, und selbst wenn das Landesstatut ¹³⁾ solchen Personen einzelne Befugnisse in der Gemeinde giebt, folgt noch kein volles Gemeinderecht. III. Das Gemeinderecht wird erworben: 1) durch Geburt, in so ferne die ehelichen Kinder in der Gemeinde, in welcher ihr Vater, und die unehelichen da, wo ihre Mutter das Gemeinderecht hatte, ein angeborenes Bürgerrecht erhalten, nach welchem sie, wenn sie gewisse Erfordernisse nachweisen, die Aufnahme als Gemeindeglieder verlangen können ¹⁴⁾; 2) durch Aufnahme, welche zwar von der Gemeinde abhängt, jedoch so, daß sie dem, welcher die gesetzlichen Bedingungen der Aufnahme hat, diese nicht versagen kann ¹⁵⁾. IV. Das Activgemeindebürgerrecht fordert außer den Bedingungen des Gemeinderechts überhaupt noch die selbstständige Ansiedlung auf eigene Rechnung in der Gemeinde ¹⁶⁾. V. Das Gemeinderecht ¹⁷⁾ giebt 1) das Recht des ständigen Aufenthaltes in der Gemeinde; 2) Recht der Betreibung jedes Gewerbes (wenn die sonstigen Gewerbserfordernisse da sind; 3) Recht der Benützung aller Gemeindeanstalten; 4) Recht der Theilnahme an allen Gemeindevorgängen; 5) Recht des Erwerbs der Liegenschaften in der Markung, mit Ausschluß Fremder, in so ferne Marklösung im Lande gesetzlich ist; 6) Anspruch auf Unterstützung aus den Gemeindemitteln im Falle der Dürftigkeit; 7) Recht der Stimmgebung bei Gemeindeversammlungen; 8) active und passive Wahlfähigkeit in Bezug auf Gemeindeämter. Wo nicht ein besonderes Gesetz ¹⁸⁾ oder das Herkommen die Gemeinderechte an den Besitz

11) Reichel Grundsätze über gemeinschaftl. Eigenthum, Gemeinheiten u. Erbsitten. Magdeburg, 1824. S. 116.

12) Hagemann Landwirtschaftsrecht S. 470. Die Weimar. LandG.-Ordn. §. 19, erklärt, daß die im Staats-, Kirchen- und Schuldienst Angestellten außer Verbindung mit der Ortsgemeinde bleiben.

13) Von Sachsen, Haubold §. 455. s. auch Hagemann prakt. Erört. VII. S. 129. Badische Gesetze in Mörs Repert. II. S. 148.

14) Frankfurt. Edikt §. 30. Schwarzburg. Edikt §. 7. Bad. Gesetz v. 1831, §. 4. Württemberg. Gesetz v. 4. Dez. 1833, §. 13. 14. s. noch v. Mey I. S. 403. Weimar. L. G. D. §. 12.

15) Hier hängt es von der Landesgesetzgebung und Ortsstatuten ab. Königl. sächs. LandG. D. §. 26. Weimar. §. 7. Ob die Gemeinde aufnehmen muß s. v. Wohl II. S. 169.

16) Baier. Edikt §. 17. Württemberg. Edikt §. 3. Weiskopf I. S. 327. v. Wohl S. 174.

17) Weiskopf I. S. 325. Badisches Gesetz über Rechte der Gemeindebürger von 1831, §. 1. Weimar LandG.D. §. 6.

18) Z. B. in Württemberg, wo die Realgemeinderechte bestehen. Württemberg.

gewisser Erfordernisse, z. B. bestimmten Grundbesitz, knüpft, haben alle Bürger die Gemeinderechte. In Bezug auf das politische Stimmrecht, als Ausfluß des Gemeinderechts, ist in den Gesetzgebungen Verschiedenheit, in so ferne einige alle Gemeindeglieder als stimmberechtigt erkennen und nur wegen Mangels persönlicher Eigenschaften die Ausübung des politischen Rechts als ruhend erklären ¹⁹⁾, andere nur an den Besitz eines gewissen Vermögens ²⁰⁾ das Recht knüpfen, andere die Wahl der Gemeindeorgane in die Hände von Wahlmännern legen ²¹⁾, andere ²²⁾ die Bürger in Klassen theilen und nach der Steuer einen mehr oder minder großen Einfluß auf die politischen Rechte gestatten.

§. 124. [§. 112^a.] Pflichten der Gemeindeglieder.

Nach dem Grundsatz, daß die einzelnen Gemeindeglieder weder bei Rechten, die der Gemeinde, als solcher, zustehen, unmittelbar berechtigt, noch bei Pflichten, welche der Gemeinde obliegen, unmittelbar verpflichtet sind ¹⁾, kann 1) kein Gemeindeglied wegen solcher Rechte klagen ²⁾, noch wegen solcher Pflichten belangt werden. 2) Die Gemeindeglieder sind aber schuldig, zum Besten der Gemeinde ³⁾, die, vermöge Gesetze, Herkommens oder Gemeindebeschlüsse den Gemeindegliedern obliegenden Gemeinbedienste [Zrohen] ⁴⁾ zu

Gesetz von 1833, §. 6. 51. v. Mohl würtemb. Staatsrecht. II. S. 133. Vom Norden Deutschlands Hagemann prakt. Erörter. IV. S. 100. Lippiſche G. D. §. 4.

19) J. B. wegen Nichtentrichtung von Abgaben, wegen Armuth, wegen Vergehen. Kgl. sächs. LandG.D. §. 29. Weimar. §. 15.

20) Dies ist die Census-Einrichtung z. B. in Frankreich, Belgien. Die neue preuß. LandG. D. §. 40 giebt das polit. Gemeinderecht nur den Reichsberehrten, gestattet aber §. 43. auch aus besonderm Vertrauen, es Andern zu gewähren.

21) J. B. in Baiern v. Roy Staatsr. S. 410.

22) Badisches Gesetz vom 3. August 1837.

1) L. 1. §. 2, 1. 7. §. 1, 1. 8. D. quod cujuscunque univ. nom. Loesaeus l. c. p. 1. cap. 1. nr. 18. Zachariae quaest. §. 16. Hänsel Bemerk. II. S. 19. Weimar. LandG.D. §. 27.

2) Wie weit Einzelne die Rechte der Gemeinde vertheidigen können, Hänsel II. S. 22. f. unten in §. 127. über Gemeindeprozeß.

3) Kaiserrecht. II. S. 77. Rindlinger Geschichte der Hörigkeit S. 35. In Urk., z. B. von 1340, in Rindlinger Geschichte der Hörigkeit S. 437, heißen die Lasten auch Burwerk. Ein häufiger Ausdruck ist Reichswerke.

4) Henneberg. Landesordn. von 1539. Buch IV. Tit. 1. c. 1. Hagemann l. c. S. 465. Hagemann prakt. Erört. V. S. 225. Haubold §. 473. Badisches Gesetz von 1808 im Reg.-Bl. 1808. nr. 19. §. 16. Morß I. S. 181. f. aber Gesetz von 1831, §. 65—70. und Gesetz über Rechte der Gemeindebürger §. 46. Preuß. Landrecht l. c. §. 38—42. Baier. Gem. G. §. 27. Würtemb. G. §. 51—55. Gesetz von 1833, §. 56—60. v. Mohl würtemb. Staatsrecht. II. S. 174. Weimar. LandG. D. §. 35.

leisten, und zwar in der Regel nach dem Maßstabe der Berechtigung in der Gemeinde, so daß keine Befreiung ⁵⁾ gilt, wenn sie nicht besonders von einem Mitgliede nachgewiesen werden kann. Der Maßstab der Leistung wird durch die Ortsstatute und Herkommen, sonst aber durch Beschluß der Gemeindebehörden bestimmt, wobei der Grundsatz entscheiden muß ⁶⁾, daß nach der Größe der Vortheile auch die Last zu tragen ist ⁷⁾. 3) Die Gemeindeglieder sind in Bezug auf Gemeindefasten mittelbar und nur subsidiarisch in so ferne verpflichtet ⁸⁾ als die Gemeinde, wenn das Gemeindevermögen nicht zur Deckung der Ausgaben hinreicht, durch Umlagen die nöthigen Beiträge ⁹⁾ der Mitglieder erheben kann. Selbst das Allmende vermögen sollte zur Bestreitung der Gemeindeausgaben, ehe man Umlagen auflegt, zuerst verwendet werden, jedoch rechtfertigt das eigene Interesse der Gemeinde, einen Theil davon frei zu lassen ¹⁰⁾. Da es im gemeinen Rechte an einem Gesetze und an einem gleichförmigen Herkommen über den Maßstab der Umlagen fehlt ¹¹⁾, so wird zunächst das Landesgesetz, Ortsstatut und Ortschaftsherkommen entscheiden ¹²⁾, und wenn dies nicht Norm giebt, wäre der Grundsatz am gerechtesten ¹³⁾, daß Jeder nur zu den Lasten beitrage, die im

5) Ist kann jemand von der persönlichen Fahrenspflicht frei seyn, ohne deswegen von Geldabgaben frei zu seyn. Würtemb. Gesetz von 1833, §. 59. f. über Befreiungen v. Wehl II. S. 181. Kgl. sächs. LandG.D. §. 69. Weimar. §. 38. Scholz Zeitschrift für Landwirthschaftsrecht. II. Theil. S. 128.

6) Sächs. LandG.D. §. 64. 65. Weimar. §. 37. Scholz in der Zeitschrift für Landwirthsch. II. S. 123 u.

7) Eine zwar gewöhnliche sächs. Gem.-Ordn. Württemberg. Comm.-Ordn. IX. Abschn. I. §. 3; aber drückende Härte kann es seyn, wenn die Spandienste nur von denen geleistet werden müssen, welche Spannvieh halten. f. daher badische Gem.-Ordn. von 1831, §. 65. v. Wehl Staatsr. II. S. 182. f. noch Sigmaring. G. D. §. 76. 82.

8) L. 5. D. de censib., l. 12. Cod. de operib. publ. Lossaeus III. §. 8. nr. 8. Hünfel II. S. 19.

9) Gaudlitz diss. de finib. inter jus singulor. cap. IV. §. 13. p. 89. und in Haubold opuscul. p. 545. 600. Siebenpfeiffer von den Gemeindefasthufen S. 157. Vater. Gem.-Edikt von 1818, §. 34. Vater. Gef. über Gemeindefastlagen vom 22. Juli 1819. Hess. (großherzogl.) Edikt §. 76. Würtemb. Gem.-Edikt von 1822, §. 25.

10) Es kann dies durch Umlagen auf die Buzgenutzungen bewirkt werden; allein zu starke Besteuerung würde die ärmeren Klassen sehr angreifen. Badisches Gesetz vom 28. August 1835. Sigmaring. G. D. §. 57. f. noch preuß. Landg.-Ordn. §. 25.

11) S. über diese Vertheilung Scholz in der Zeitschrift für Landwirthschaft. I. Bd. nr. V.

12) Darauf weisen Weimar. Landg.-Ordn. §. 42. Kgl. sächs. §. 64.

13) Scholz l. c. S. 82. Hannov. Verf.-Urk. §. 46. Altenburg. Grundg. §. 106. Preuß. rev. Städte-Ordn. §. 40.

Von Verbindung der Personen in Corporationen etc. 345

Interesse der Klasse, in die er gehört, gemacht werden; allein die Schwierigkeit einer zuletzt auf Willkühr beruhenden Durchführung einer Klassifikation ¹⁴⁾ der Ausgaben ¹⁵⁾ rechtfertigt es, wenn man alle Ausgaben, die nicht in eine der sogleich zu erwähnenden Klassen gehörten, von allen Gemeindesteuerpflichtigen nach Verhältniß ihrer Steuer tragen läßt ¹⁶⁾, diejenigen Ausgaben, die mehr nur Socialausgaben sind, und bloß im Interesse gewisser Klassen der Gemeindeglieder gemacht werden ¹⁷⁾, oder auf Zwecke, die nicht eigentliche Gemeindef Zwecke sind ¹⁸⁾, sich beziehen, nur zur Last derjenigen setzt, in deren Interesse die Ausgabe gemacht wird ¹⁹⁾. Der Wunsch, das Gemeindevermögen nicht zu sehr anzugreifen, bewirkte, daß manche neueren Gesetzgebungen ²⁰⁾ das Verhältniß so regulirten, daß das Gemeindevermögen nur zu einem bestimmten Theile für alle Gemeindeausgaben zuerst haften muß, dann die Gemeindebürger (als vorzugsweise interessirt) einen bestimmten Präcipualbeitrag leisten müssen, und der zur Deckung der Gemeindeausgaben erforderliche Rest von sämmtlichen Steuerpflichtigen der Gemeinde (also auch von den Einwohnern) durch Umlage erhoben wird. Ein Mittel, alle Einwohner zu den Gemeindeausgaben beizuziehen, ist auch die nur mit Vorsicht zu benützende Einführung eines Octroi ²¹⁾. Da die Forenfen ²²⁾ nur in Bezug auf die Grundstücke in der Gemarkung mit der Gemeinde in Verbindung stehen, so kam man früher dazu ²³⁾, sie nur zu den Gemarkungsausgaben als beitragspflichtig zu erklären; allein die neuern Gesetze erkennen sie allgemeiner ²⁴⁾ beitragspflichtig,

14) v. Rotteck im Staatslexikon, Wort: Gemeinde, S. 417, schlägt 7 Klassen vor.

15) Maurenbrecher I. S. 364. Scholz S. 82.

16) Sächs. Städteordn. §. 92. Braunschw. Städteordn. §. 35. Oldenburg. Städteordn. §. 97. Badisches Gesetz vom 28. August 1835. Lippische G.-Ordn. §. 40. f. noch von Württemberg v. Mohl Staatsr. II. S. 179. Baier. Gesetz vom 17. November 1837. Auch preuß. Landg.-Ordn. §. 34. legt die Umlage, wenn sie im Interesse einzelner Klassen gemacht wird, nur den Mitgliedern dieser Klassen auf.

17) J. B. die nur auf Feldkultur oder nur auf Viehzucht sich beziehen. Baier. Gesetz §. 6. f. auch königl. sächs. Gesetz §. 65.

18) J. B. bei Ausgaben zu Cultuszwecken. Baier. Gesetz §. 5.

19) Ob ein einzelnes Gemeindeglied sich von der Zahlung dadurch frei machen kann, wenn es für sein Eigenthum selbst eigene Schulanstalten trifft, (z. B. Hirten anstellt.) f. hannov. jurist. Zeitung 1841. S. 86.

20) J. B. badisches Gesetz von 1835.

21) Badische G. D. §. 75. Sigmaring. G. D. §. 74. Von Württemberg wichtig v. Mohl II. S. 181 u. S. 184.

22) Günstige Ansichten für sie in v. Rotteck constitutionelles Staatsrecht. III. Seite 87.

23) Scholz I. c. S. 113.

24) Auch bei ihnen soll auf den bisherigen Zustand zunächst gesehen werden.

entweder indem man die Zahl der Ausgaben, zu denen sie beitragen müssen, ausdehnt ²⁵⁾, oder sie gleich beitragspflichtig wie die übrigen Steuerpflichtigen der Gemeinde betrachtet ²⁶⁾, oder diese Pflicht zwar als Regel annimmt, aber bei einzelnen Ausgaben eine Ausnahme macht ²⁷⁾. 4) Bei den Gemeindefschulden ²⁸⁾ haftet das Gemeindevermögen, sobald die Schuld nach den zur Aufnahme dieser Schulden landesgesetzlich nöthigen Erfordernissen aufgenommen ist; bei dem Mangel von Landesgesetzen ²⁹⁾ genügt es, wenn zur Aufnahme des Darlehns die Gemeinde selbst oder jene Gemeindebehörde zustimmt, deren Einwilligung, nach der Verfassung der Gemeinde, zu Beschlüssen der wichtigsten Art erforderlich ist ³⁰⁾, so wie auch nach den meisten Gesetzen die Genehmigung der Regierung erforderlich ist ³¹⁾. Fehlt es daran, so kann die Gemeinde nur wegen Schulden haften, wenn die Klage auf *versio in rem* gegründet wird ³²⁾. Werden Umlagen nothwendig, so muß auch der neu eintretende Bürger wegen alter Schulden Beiträge bezahlen ³³⁾. Kriegsschulden werden wie Gemeindefschulden behandelt, wenn nicht ein

nach Weimar. Landg.-Ordn. §. 75. Auf jeden Fall sollte man, wie nach bad. Gesetz von 1835, den Ausmärkern möglich machen, durch Deputirte zum Beschluß über die Umlagen mitzuwirken.

25) Badisches Gesetz vom 28. August 1835. Sigmaring. G. D. §. 72.

26) Dies ist das System des französischen Rechts.

27) Z. B. nach bair. Gesetz von 1837, §. 6; und sächs. Landgem.-Ordn. §. 65. Preuß. Landg.-Ordn. §. 29.

28) Wernher obs. P. V. obs. 11. Hommel rhaps. 601. nr. 6. Gaudlitz diss. p. 78. Strauch de oblig. civit. ex contr. mutui. Jen. 1668. Lauterbach de mutuo civit. in diss. vol. II. p. 86. Crell de senator. et quatenus ex eorum factis sen. Vit. 1737. Preuß. Landt. II. Tbl. Tit. 6. §. 91—113. Crumbiegel, unter welchen Voraussetzungen die Gemeinheit aus einem Darlehen verpflichtet wird. Rossek, 1825. Preuß. Landt. §. 91—113. Vielzig Comm. VI. S. 24. Siebenstieffer Handb. von Rheinbaiern. II. S. 211.

29) Höchst bestritten ist die Anwendbarkeit der l. 27. D. de reb. credit. Losaeus III. 4. Haubold opusc. II. p. 602. Hänsel Bem. II. S. 51 u. v. Savigny System II. S. 292.

30) Daher entweder der Ausschuß (Stadtverordneten) oder die Gemeindeversammlung. — s. noch Kind quaest. IV. c. 58. Bauer opusc. I. nr. 10. §. 8. Badische Gemeindeordn. §. 82. Bei der Gemeinde ist gewöhnlich Verschiedenheit, ob eine Stadt- oder Landgemeinde da ist. Vgl. sächsische Städteordn. §. 37. 38; sächs. Landg.-Ordn. §. 60. Weimar. §. 47. Sigmaring. G. D. §. 85. Von Württemberg v. Mehl Staatst. II. S. 206.

31) Z. B. in bad. Gem.-D. §. 151. Sigmaring. §. 148. Weimar. §. 81. Preuß. Landg.-D. §. 94.

32) Hänsel Bem. II. S. 55.

33) Bauer de eive novo in opusc. I. tom. X. §. 14. Gaudlitz diss. p. 81. Böhmers Rechtsfälle, I. Abth. 1. nr. 14. Hänsel II. S. 114.

Von Verbindung der Personen in Corporationen 2c. 347

Landesgesetz über Tragung der Kriegsschulden ³⁴⁾ besondere Bestimmungen giebt.

§. 125. [§. 113.] Oberaufsichtsrecht des Staats. Gemeindegewalt.

Der Umfang des Oberaufsichtsrechts des Staats ¹⁾ über die Gemeinde geht nicht weiter als der Grund, der dies Recht nothwendig macht, daher um die Interessen des Staats oder aller Staatsgenossen gegen Einseitigkeit der Gemeinde, die letzte selbst gegen die Gemeindebehörden und die künftigen Gemeindeglieder gegen den Egoismus der gegenwärtigen in Schutz zu nehmen ²⁾; demnach äußert es sich ³⁾: 1) in der Prüfung der Jahresetats und Rechnungen der Gemeinden, 2) in Bezug auf die Wahlen der Bürgermeister, in so ferne die Regierung die Bestätigung der Gewählten sich vorbehält [§. 126.], 3) in der Forderung, daß Gemeindebeschlüsse, durch welche die obengenannten geschützten Interessen verletzt werden können, der Genehmigung des Staats unterworfen werden, 4) in dem Rechte, über Beschwerden der durch Gemeindebeschlüsse Verletzten zu entscheiden. Die Selbstverwaltungsrechte der Gemeinden bilden die Regel, und die Landes- und Ortsgesetze entscheiden über den Umfang, in welchem die Regierung die Gemeindebeschlüsse an ihre Genehmigung bindet ⁴⁾. Die Oberaufsicht wird durch die landesherrlichen (oder Patrimonial-) Ämter und höheren Verwaltungsstellen ausgeübt. Ein Inbegriff von solchen Aufsichtsrechten ist die über Dörfer häufig einem Schutzherrn zustehende Gemeindegewalt, welche jedoch

34) Von Rheinbaiern: Siebenpfeiffer II. S. 212. Von Baden: Gem.-Ordn. §. 79. Bad. Gesetz vom 2. Nov. 1813 und 5. August 1816. Sigmaring. G. D. §. 68.

1) S. oben §. 122. Ueber d. Ursprung Bluntschli II. S. 90. Bad. Gem.-Ordn. §. 151. Weishaar würtemb. Privatrecht. I. S. 319. Hannov. Verf.-Urk. §. 51. Braunschweig. Verf.-Urk. §. 46. Ehurheff. Gem.-Ordn. §. 93.

2) Sparre Wangenstein S. 3. Preuß. Landr. I. c. §. 30. 66. Bad. Ges. von 1808 in Wors Repertor. I. S. 205. Baier. Edikt §. 21. 121—123. Hess. §. 65. Württemberg. von 1822 §. 64—66. Phillips I. S. 333. Weishaar sächs. Staatsr. I. S. 251. v. Rohl II. S. 146.

3) Bei den Dörfern äußerte sich zuerst die Curatel der Gutsherren. Bouhier Coutumes de Bourgogne. II. p. 28. — s. noch Bodmann rheingauische Alterthümer S. 761. Eine frühe Gemeindeordnung von 1470, die aus solcher Curatel hervorging, ist in der Bruchsal. Amtsordn. von 1470 in der Samml. der Landesordn. I. S. 2.

4) Würtemb. Berw.-Edikt §. 65. v. Rohl Staatsr. II. S. 152. Sigmaring. Gem.-Ordn. §. 148. Sächs. Landg.-Ordn. §. 62. Weimar. §. 80—89. Preuß. Landg.-Ordn. §. 89 1c. Von Baiern v. Rohl Staatsr. I. S. 414.

keine wahre Gerichtbarkeit ⁵⁾, sondern bloß ein Inbegriff von Schutzrechten ist, und insbesondere in dem Rechte der Dorfvorsteher, in Bestätigung der Gemeindeordnungen, Zusammenberufung der Gemeinde und Justification der Rechnungen besteht ⁶⁾. Sie muß besonders nachgewiesen werden. Aus der bloßen Guts herrschaft über das Dorf folgt kein darauf bezügliches Recht.

§. 126. [§. 114.] Verfassung der Gemeinde.

Als ordentliches aus gewählten Gemeindegliedern bestehendes Collegium, dem die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten und des Gemeindevermögens obliegt, vertritt die Rechte der Gemeinde ein Gemeinderath ⁷⁾. I. Der von der Gemeinde gewählte Vorsteher ²⁾ ist zugleich der Vorstand dieses Collegiums, hat als solcher in dem Rathe eine entscheidende Stimme, übt die vollziehende Gewalt und die Beforgung der laufenden Geschäfte aus, handhabt die Ortspolizei, verkündet und vollzieht die Gesetze, Verordnungen und die Beschlüsse des Collegiums, führt die Aufsicht über das Gemeindevermögen, und die öffentlichen Arbeiten der Gemeinde, Der Vorstand bedarf nach der Art, wie die Gemeindeordnungen sich ausbildeten ³⁾, der Bestätigung der Regierung ⁴⁾. II. In allen Gemeindeangelegen-

5) Obwohl *jurisdictio* oft genannt. s. Tenfel de *jurisdict. comm.* Alt. 1719. Will de *jurisdict. commun.* Giess. 1701. Siebenkes Beiträge zum deutschen Recht. I. nr. 7. Oster kleine Schriften. III. Thl. S. 381. Malblank *consp. rei jud.* §. 92. Bülow und Hagemann *prakt. Erörter.* II. nr. 50. Berg *Handb. des Polizeirechts.* IV. S. 140. v. Kamph *Jahrbücher*, Heft 67. S. 248.

6) Will *diss. cap. 6. §. 1.* Gruppen obs. rei agrar. p. 45. Loudorp *Act. publ. tom. IV. lib. 2. cap. 13.* Pufendorf de *jurisdict. germ.* III. Sect. 1. cap. 1. Kamdehr *jurist. Erf.* II. S. 129.

1) *Geiszworene, viri discreti, meliores* in alten Ark. Bodmann rheingau. Alterth. S. 762. Preuß. Landr. I. c. §. 114. Baier. Edikt §. 46. 57. Würtemb. Edikt von 1818 §. 9, von 1822 §. 4. Hess. G. G. §. 24. Die schwarzburg. Ordnung von 1827 nennt diesen Rath §. 9. die Gemeindevermündschaft.

2) Preuß. Landrecht §. 137. Baier. Edikt §. 46. Würtemb. Edikt v. 1822 §. 10—15. Hess. G. D. §. 12. Badische Gem. D. §. 41. Churheffische G. D. §. 59—61. Königl. sächs. Städteordn. §. 158. Weimar. Landg. D. §. 50. Sigmaring. G. D. §. 38. Königl. sächs. §. 36. Preuß. Landg. D. §. 88.

3) Wie weit nach der Selbstständigkeit der Gemeinden das Bestätigungsrecht geht, ist sehr streitig. v. Rottek *constit. Staaten.* III. S. 101. Der Hauptgrund dieser Bestätigung ist, daß der Staat den Gemeindevorsteher auch wegen der übertragene Landespolizei als einen Diener des Staats betrachtet. Verschiedenheit ist, ob der Vorsteher auf Lebenszeit (wenn er wieder gewählt wird, in würtemb. Bern. Edikt §. 6. 7), oder nur auf gewisse Jahre gewählt wird (in Baden, Sigmaringen, Hessen).

4) Württemberg. Gesetz von 1822 §. 10—12 (gut Weishaar I. S. 291).

Von Verbindung der Personen in Corporationen etc. 349

heiten verbindet der Gemeinderath 5) durch seine Beschlüsse die Gemeinde. III. Als Controle des ordentlichen Collegiums und als Vertreter der Gemeinde in den wichtigern Fällen besteht ein von der Gemeinde gewählter Ausschuss [Stadtverordneter, Gemeindebevollmächtigter] 6). Das Gutachten dieses Ausschusses kann der Gemeinderath in allen Fällen einholen, er muß es in den wichtigern Fällen 7), insbesondere wenn das Gemeindevermögen dauernd belastet, oder Rechte der Gemeinde aufgegeben werden sollen. IV. Die Vernehmung der ganzen Gemeinde 8), oder nach einigen Gemeindeerbnungen des großen Ausschusses 9), ist nur nothwendig, wenn in dem Gemeindegesetz oder dem Statut der Consens der ganzen Gemeinde besonders gefordert ist. V. Soweit der Gemeindebeamte innerhalb der Amtsgränzen handelt, wird die Gemeinde durch ihn verpflichtet 10).

§. 127. [§. 115.] Innere Rechtsverhältnisse.

I. Wichtig ist es, die Gemeindefachen von den rebus singulorum zu unterscheiden 1). Nur bei den ersten entscheidet Stimmenmehrheit, wenn Gemeindefchlüsse erforderlich sind, während bei den zweiten kein Interessent durch die Mehrheit der Stimmen der Uebrigen gebunden werden kann. Als Gemeindefachen erscheinen nur diejenigen, wo entweder die Gemeinde als solche 2), oder das Vermögen der

v. Mohl Staatsr. II. S. 188. Bad. Gem. D. §. 11. Churheff. S. D. §. 50. Baier. rev. Gem.-Edikt §. 74. 79. 96. v. Mey I. S. 410. Rgl. sächs. Städteordn. §. 207. Sächs. Landg.-D. §. 41. Sigmaring. §. 11. Nach preuß. Landg.-Ordn. §. 73. ernannt die Regierung aus den Weistheuerbeurtheilern den Vorsteher.

5) Württembergisches Edikt von 1822. §. 9. 14. Baier. §. 46. 57. Badische Gem. D. §. 42—45. Churheff. S. D. §. 65. Königlich sächs. Städteordn. §. 179.

6) Baier. Gem.-Edikt §. 81—85. Würtemb. Edikt §. 63. Gesetz von 1822 §. 47. (Weishaar I. S. 293.) Badische S. D. §. 27. Churheff. S. D. §. 122. Preuß. revidirte Städteordn. §. 75. v. Mey baier. Staatsr. I. S. 417. Milhauser sächs. Staatsr. I. S. 281.

7) Badische Gemeindeordn. §. 135. Sächs. §. 115. Revid. preuß. Städteordn. §. 114. Churheff. S. D. §. 80.

8) Badische S. D. von 1831 §. 36—40. Churheff. Gem. D. §. 37. (nur beschränkt). Sehr verschieden ist die Vorschrift, wenn Gemeindeversammlung nothwendig ist. s. Weimar. Landg. D. §. 49. Rgl. sächs. Landg. D. §. 54. (nur in kleinen Landgemeinden.) Nach preuß. Landg. D. §. 49. vertritt die Versammlung aller Weistheuerbeurtheilern die Gemeinde.

9) J. B. Königl. sächs. Städteordn. §. 110. 111.

10) Hänsel Bemerk. II. S. 15.

1) Kind quæst. III. qu. 96. Gaudlitz de finib. inter jus singul. et univ. reg. Lips. 1804. Langen prakt. Erörter. II. 33. Hänsel Bemerk. II. S. 35. Sächs. Landgem. D. §. 6.

2) Bülow und Hagemann Erläuterungen III. S. 169. Haubold Lehrbuch §. 163. Mein Aufsatz im Archiv für civil. Praxis. XXII. S. 92.

selben betheiligt sind ³⁾, oder wo das gemeinschaftliche Interesse aller Gemeindeglieder, als solcher, in Frage steht, und es auf Lasten oder Rechte ankommt, die wegen des Gemeindeverbandes gefordert werden. Dies tritt ebenso ein, wenn das von den einzelnen Gemeindegliedern benützte Vermögen der Gemeinde in Frage ist ⁴⁾, und der Streit das Eigenthum, oder ein diesem Vermögen zustehendes Recht, oder eine auf dasselbe zu legenden Verbindlichkeit betrifft ⁵⁾. Als *res singulorum* ⁶⁾ gelten alle Verhältnisse, in welchen Rechte und Pflichten der Gemeindeglieder in Frage sind ⁷⁾, die ihnen unabhängig von dem Gemeindeverbande zustehen, oder wo in einer Gemeinde Klassen oder Abtheilungen mit verschiedenen Rechten sich befinden, oder gemeinschaftliche Interessen aller oder mehrerer Gemeindeglieder ohne Rücksicht auf Gemeindeverband verhandelt werden, oder nur die Culturrechte der Gemeindeglieder dritten Personen gegenüber betheiligt sind. II. Zu so ferne die Gemeinde bisher durch Gemeindefchlüsse Rechte der Gemeindeglieder, als solcher, regulirte, kann dadurch die Gemeinde nicht gehindert werden, durch neue Gemeindefchlüsse andere Anordnungen zu treffen ⁸⁾. Darüber findet dann kein Civilprozeßstreit Statt. III. Daß zu gültigen Gemeindefchlüssen die Gegenwart von $\frac{2}{3}$ Theil der Gemeindeglieder ⁹⁾, da, wo die Zusammenberufung der Gemeinde überhaupt nothwendig ist, erfordert werde ¹⁰⁾, ist schon früh in

3) Nach Landesgesetzen gehören auch hieher Sachen, wo es auf Dienste und Lasten ankommt, die von jedem Gemeindegliede gefordert werden; es muß aber wohl das Merkmal hinzukommen, daß sie wegen des Gemeindeverbandes gefordert werden. s. neue Gothaische Prozeßorden, I. cap. 4. §. 3.

4) Blätter für Rechtsanwendung in Baiern, 1839 nr. 1. Zeitschrift für das Recht in Kurheßen. 2. Heft. S. 165. in not. Scholz Zeitschrift für Landwirthschafter. 3. Hft. S. 136.

5) Blätter für Rechtsanwend. I. c. S. 2.

6) Caudlitz p. 11. L. 28. D. commun. divid. Struben rechtliche Bedenk. V. 30. (neue Ausg.) I. Thl. S. 12. Preuß. Landr. §. 69. Pänzel I. c. Seite 37.

7) Juristische Zeitung für Hannover, 1837. 2. Heft. nr. 4.

8) Annalen der badißchen Gerichtshöfe, 1833. nr. 58. Mein Aufsatz im Archiv. 22. Bd. S. 90.

9) In Hrl. Kindlinger Münster. Beitr. III. S. 146. Hecheren de univ. quae Mark. p. 50. Preuß. Landr. §. 51—69. Munde Beitr. zur Erl. I. nr. 1. Ende jurist. Abhandl. nr. 10. Hagemann prakt. Gröter. VI. S. 49. Württemberg. Edikt von 1822. §. 19—65. Falk Handbuch IV. Seite 14.

10) Dies ist aus röm. Recht erst in das deutsche Recht übergegangen; ob es im römischen Recht nicht bloß singular vorkam, ist freilich streitig. s. Thibaut §. 219; aber Log civil. Abhandl. S. 114. Raskewy Lehrbuch §. 143; jedoch Lang de decretis ab ordina. munic. non aliter nisi duae part. adess. fac. Erlang. 1828. s. noch Langen prakt. Gröter. II. S. 22. Altenburg. Grundges. §. 111. Daß man römische Stellen irrig ausdehnte s. v. Savigny System II. S. 336.

Von Verbindung der Personen in Corporationen 1c. 351

manche Statute der Corporationen übergegangen ¹¹⁾; allein gemeinrechtlich muß man um so mehr an dem deutschrechtlichen ¹²⁾ Satze festhalten, daß einfache Mehrheit genüge, wenn nicht das Statut etwas anderes fordert, als die römische Ansicht auf keiner allgemeinen Vorschrift beruht. Da, wo nur für Beschlüsse ¹³⁾ über gewisse Sachen das Gesetz eine größere Mehrheit ¹⁴⁾ fordert, folgt, daß als Regel die einfache Majorität genüge. Wo ein Schluß des ordentlichen Gemeinde-Collegiums zu Stande kommen soll, gelten die allgemeinen Grundsätze vom Collegialgeschäftsgange. Stimmenmehrheit genügt dabei überall, wo nicht eine größere Stimmenzahl gesetzlich gefordert ist ¹⁵⁾. IV. Zu Gemeindeprozeß ¹⁶⁾ bedarf es, wenn nicht besondere Landesgesetze ¹⁷⁾ dies vorschreiben, nicht erst der Ermächtigung der Staatsregierung ¹⁸⁾. Ob ein Gemeindeprozeß geführt werden soll, hat der Gemeinderath zu bestimmen, wenn nicht die Gesetze die Zustimmung des Ausschusses oder der Gemeinde selbst fordern. Auch einzelne Gemeindeglieder können, wenn die Gemeinde den Prozeß nicht anstellen will, auf ihre Gefahr den Prozeß führen, wo ihnen aber, wenn sie siegen, die

11) Lossaeus l. c. I. 3. nr. 75. Kreitmaier Anmerk. zum Cod. Maxim. vol. V. p. 1862. — Auch bei Domkapiteln galt die Ansicht; Kreitmaier l. c. S. 1113. Hänsel II. S. 25.

12) Sachsenspiegel II. 55. Auch die meisten alten Statute kennen diese Regel. s. Bluntzschli II. S. 57. Maurenbrecher I. S. 355. 367. Auch die Lippische Landg.-Ordn. §. 10. fordert nur einfache Mehrheit.

13) Man muß wohl unterscheiden: 1) wie viel Mitglieder gegenwärtig seyn müssen, 2) welche Stimmenzahl zum Beschluß gehört. s. noch Struben rechtl. Bedenken (neue Ausg. I. Thl. S. 11.).

14) Die Vorschriften sind höchst verschieden. Bad. Gem.-Ordn. §. 37. Hannov. Prozeßordn. von 1827 §. 12. Sigmaring. §. 36. Preuß. Landg.-Ordn. §. 66. Weimar. §. 53.

15) Hänsel II. S. 27. s. dort S. 31. über Stimmenzählung.

16) Kori sächs. Proz. S. 38. Weimar. Gesetz von 1775 in Schmidt Samml. IV. S. 125. s. aber jetzt Weimar. Landg.-Ordn. §. 84. Badisches Edikt von 1808 §. 3. Würtemb. §. 56. Baier. Edikt §. 123. nr. 9. Hessisches Edikt §. 75. Frankf. Edikt §. 61. Hannov. Prozeßordn. §. 12. Ueber Verhältnisse in Sachsen: Hänsel Bemerk. II. S. 93. Von Preußen: rev. Städte-Ordn. §. 114. Preuß. Landg.-Ordn. §. 91. Sigmaring. S. D. §. 117. Uebrigens folgt daraus, wenn Landesges. bei Dörfern die Ermächtigung der Regierung fordern, noch nicht, daß sie für alle Gem.-Prozeße nothwendig sey.

17) Diese Ermächtigung fordern die franzöf. Gesetze. Siebenpfeiffer von Rheintaern. II. S. 340; von Oesterreich s. Haimeri die Lehre von den Civilgerichtsstellen. Wien, 1834. I. Thl. S. 168. Daß sich gemeinrechtlich und nach allg. Gründen nicht diese Ermächtigung als nothwendig ergibt. s. Liebe in der Zeitschrift für Rechtspflege in Sachsen. II. Bd. S. 356.

18) Churheff. Verf.-Urk. §. 125. Pfeiffer prakt. Ausführungen. III. S. 344. Bad. Gem. O. §. 124—26. und hiezu Verordn. vom 14. Juli 1834. Kgl. sächs. Städteordn. §. 185. Von den Dörfern Liebe l. c. S. 365.

Gemeindefasse die Kosten zu vergüten hat ¹⁹⁾. Ein einmal als Gemeindeprouzess eingeleiteter Streit kann durch das Abtreten oder den Verzicht Einzelner nicht aufhören, Gemeindeprouzess zu seyn ²⁰⁾. Wichtig wird es auch, dafür zu sorgen, daß nicht durch die Verweigerung der einzelnen Gemeindeglieder, zur Ausstellung eines Syndikats ²¹⁾ zu wirken, die Gemeinde selbst des Rechtsschutzes beraubt werde ²²⁾. V. Die Gemeinde hat die Lokalpolizei, und eine Straf- gewalt zur Handhabung dieser Polizei und zur Erhaltung der Ordnung ²³⁾ in Bezug auf alle nicht besonders erimirte Personen, die sich der Uebertretungen, die zur Kompetenz des Gemeindevorstands gehören, im Gemeindebezirke schuldig machen. VI. Zu den älteren, an manchen Orten in verbesserter Form fortbauernden ²⁴⁾ Instituten der Gemeindepolizei gehören die Rügegerichte, als Ueberbleibsel der alten placita, und als jährliche Versammlungen der ganzen Gemeinde zur Berathung über Gemeindeangelegenheiten und zur Rüge begangener Frevel ²⁵⁾.

§. 128. [§. 116.] Gemeindevermögen.

Sobald, an vielen Orten schon vom XVI. Jahrhundert an, die Gemeindebedürfnisse sich vermehrten, mußte mit dem anfangs wohl im Genuße aller Gemeindeglieder befindlichen Gemeindevermögen

19) Häufel II. S. 93.

20) Kind quæst. III. p. 420. Pufendorf de jurid. german. III. Sect. I. c. 1. Bülow und Hagemann Erörter. II. nr. 50. Ramdohr jurist. Erfahr. II. S. 128. Würtemb. Edikt §. 15—16.

21) Wo neue Gemeindeordnungen bestehen, kann von den Formen des römischen Syndikats keine Rede seyn, sondern es genügt die Vollmacht des Bürgermeisters und jener Gemeindebehörden, deren Zustimmung nach Landesgesetzen nothwendig ist. Volkmann System des sächsischen Civilproz. Seite 202.

22) v. Savigny System II. S. 357.

23) Baier. Edikt §. 67. Württemberg. von 1822 §. 14. Bad. Gem.-Ordn. §. 47—52. Churheß. §. 59—61. Sigmaring. G. O. §. 45—50. v. Wühl Staatsr. II. S. 248. 270. Die Exemption vom Gemeindestrafrecht muß besonders nachgewiesen werden.

24) Würtemb. Edikt §. 96. Hezel Repertor. der württemberg. Gesetze. IV. S. 446—501. Gröschner über die zweckmäßige Haltung der Voßtinggerichte. 1814. Badische Verordn. vom 13. Oktober 1811. v. Schütz über die Rügegerichte in Württemberg. Heilbronn, 1826.

25) Nassauische Landesordn. 1498. Art. 76—80. Würtemb. Rugg. O. von 1495. Wiederrunkelische Ruggerrichtsordn. vom 11. Febr. 1765 in Beckmanns Samml. II. Thl. 68. Heft. S. 182. Everhard in Platts Repert. für peinl. Recht. I. Thl. S. 45. Malblanc de jud. quæ Ruggerrichte voc. Tub. 1773. Weishaar I. S. 311. v. Wühl Staatsr. II. S. 210.

eine Veränderung vorgehen ¹⁾, indem mehr der juristische Charakter der Gemeinde, als einer Einheit im Gegensatz der Genossenschaft der berechtigten Bürger, hervortrat und dadurch eine Art von Vermögen, das ausschließlich zu den Zwecken der Gemeinde bestimmt blieb, sich von dem Vermögen schied, welches zur Nutzung der Bürger bestimmt blieb (Allmendvermögen). Dadurch entstand die Ansicht von Gemeindevermögen ²⁾ im engeren Sinne. I. Jedes Gemeindevermögen, sowohl A) dasjenige, was zur Bestreitung der Gemeindebedürfnisse bestimmt ist und nicht im Genuß Einzelner sich befindet ³⁾, als B) das, welches im Genuße der Gemeindeglieder ist, entweder a) weil die dahin gehörigen Sachen zum Gebrauche der Gemeindegossen bestimmt sind ⁴⁾, oder b) weil die Gemeinde die Benützung den Gemeindegliedern überläßt ⁵⁾, ist nicht als mittelbares Staatsvermögen ⁶⁾, sondern als ein, der moralischen Person, ohne Rücksicht auf die einzelnen Mitglieder, zustehendes Privateigenthum zu betrachten ⁷⁾. Die Verwaltung des Gemeindevermögens ⁸⁾ steht dem Gemeinderathe ⁹⁾ zur Verwendung nach dem Zwecke jeder Vermögensart unter der Aufsicht des Staats ¹⁰⁾ zu. II. Einzelne Gemeindeglieder können sich von diesem Vermögen nichts anmaßen ¹¹⁾. III. Das Gemeindevermögen ist bestimmt, die öffentlichen Bedürfnisse der Gemeinde zu befriedigen, die hierauf bezüglichen Ausgaben zu

1) Bluntschli Rechtsg. II. Thl. S. 60—72.

2) Ein gut gearbeitetes Gesetz über G.-Verm. erging in Zürich am 28ten Juli 1838 (abgedr. im Archiv für Civilpraxis. XXII. S. 80.).

3) Ost patrimonium universit. genannt. Scholz in der Zeitschrift für Landwirthschaftsk. I. Bd. 3. Heft. S. 79. nennt es Gemeindefondergut. Die Sigmaring. G. D. S. 52. nennt es Gemeindegut (im engern Sinn) auch Grundstockvermögen. Die sächs. Landg. D. S. 56. nennt es Stammvermögen der G. s. noch Weimar. Landg. D. S. 29.

4) J. B. Brunnen, Wege.

5) Allmende (S. 129).

6) Klüber öffentl. R. S. 334. v. Mohl Staatsrecht von Württemberg. II. S. 107. v. Rottet const. Staatsrecht. III. S. 65. Sächsische Landg.-Ordn. S. 63.

7) Hannov. Verf.-Urk. S. 48. Braunsch. Verfass.-Urk. S. 45. Badische Gem. D. S. 53. Sigmaring. G. D. S. 52.

8) Sagemann Landwirthsch.-R. S. 158. Badisches Edikt von 1807 S. 2. Preuß. Landrecht I. c. S. 70. Siebenpfeiffer a. a. D. S. 12. Baier. Edikt S. 24—26.

9) Weishaar Würtemb. I. S. 219. Baier. Edikt S. 59. Würtemb. S. 21. Badische Gem. D. S. 42. Ehurhess. Gem. D. S. 63. Sächsische Städteordn. S. 184.

10) Würtemb. Edikt S. 53. Baier. Edikt S. 82. Sigmaring. G. D. S. 53. Preuß. Landgem. D. S. 22. 23.

11) Kreitmaier Anmerkungen zum baier. Landrecht. II. Thl. cap. 1. S. 6. S. 751.

decken; wenn auch zunächst der Ertrag des Vermögens hiezu bestimmt ist, so kann doch auch das Vermögen selbst zur Gründung von dauernden Anstalten für das Wohl der Gemeinde verwendet werden. Selbst die Veräußerung ist gestattet ¹²⁾, wenn sie zum Nutzen der Gemeinde gereicht ¹³⁾. Wegen der Wichtigkeit der Sache reicht nicht der Beschluß des Gemeinderaths hin, sondern es ist die Zustimmung der Gemeinde ¹⁴⁾, oder des Collegiums, welches nach der Verfassung den Gemeinderath controlirt ¹⁵⁾, erforderlich; die Genehmigung der Regierung wird da nöthig, wo das Landesgesetz ¹⁶⁾ dieselbe ausdrücklich vorschreibt, oder überhaupt für alle wichtigeren Gemeindebeschlüsse verlangt. IV. Der Gemeinderath hat die Pflicht, der Gemeinde Rechnung ¹⁷⁾ über seine Verwaltung abzugeben. V. Das Vermögen der in jeder Gemeinde vorhandenen Stiftungen ist kein Gemeindevermögen, sondern nur der Aufsicht der Gemeindebehörden anvertraut ¹⁸⁾. VI. Auch das einzelnen Klassen von Gemeindegliedern oder selbstständigen Gesellschaften zugehörige Vermögen ist kein Gemeindegut. ¹⁹⁾ VII. Wenn innerhalb der Gemeindegemarkung unbebaute Strecken sich befinden [Rehden] ²⁰⁾, so gehören diese zum Eigenthum der Gemeinde ²¹⁾, in so ferne nicht ein Anderer ein Eigenthum daran darthut. Das Nämliche muß auch in Bezug auf die Flecken Rasen, die als Raine an und zwischen Grundstücken sich hinziehen, angenommen werden ²²⁾. Mit Unrecht stellt man oft bei Dorf-

12) Stryk de alienat. bon. civit. in diss. Halens. I. p. 1138. Haubold opusc. II. p. 570. — Die l. 3. cod. de vend. bon. civit. geht nicht auf alle Gemeinden und enthält Normen, die nicht allgemein anwendbar sind. s. darüber Ertius sächs. Civilr. IV. §. 6. Hänsel Bemerkungen II. §. 84. Langen prakt. Erbt. II. §. 14.

13) Z. B. unbrauchbare Gebäude und entfernt liegende Grundstücke.

14) Z. B. in Baden Gem. O. §. 115. Sächs. Städte-Ordn. §. 33. Sächs. Landg. O. §. 62. Weimar. §. 84. Sigmaringen O. D. §. 109.

15) Baier. Edikt §. 25. Würtemb. von 1822 §. 53. 56. Churchessische O. D. §. 80—83. Sächs. §. 111.

16) Bad. O. D. §. 151. Churchess. O. §. 84. Sigmaring. §. 148.

17) Stryk diss. Hal. nr. 22. Bad. Gem. O. §. 127. Church. §. 90. 91. Wie weit ein Gemeindeglied auf Rechnungsstellung klagen kann, Hänsel II. §. 41.

18) Baier. Edikt §. 24. Württemberg. Edikt §. 120—142. Klüber öffentliches Recht §. 254. Weishaar I. §. 304. Preuß. Landg. O. §. 26.

19) Sächs. Landg. O. §. 55.

20) Ueber d. Bedeutung: Weiske Archiv f. prakt. Rechtskunde. I. Hft. §. 119.

21) Mascard de probat. vol I. Concl. 296. nr. 393. Hagemann Landwirthsch.-Recht S. 217. Lessius von Prozeßgebrechen S. 84. Hagemann in Schlüter und Wallis jurist. Zeitung 1827. 18 Hft. S. 2. Hieber gehört auch das Recht der Auen, s. darüber besonders Wenzel das bestehende Provinzialrecht von Schlesien. I. §. 14 und §. 177.

22) Verschiedene Ansichten in Kreitzmaier Anmerk. zum baier. Landr. II. Thl.

gemeinden eine juristische Vermuthung auf ²³), daß diese Güter Eigenthum des Gutsherrn seyen ²⁴). Der Gutsherr muß, wenn er dies fordert, nachweisen, daß das Dorf bloß durch Verleihung der Grundstücke des Gutsherrn entstanden ist, und daß ein Vorbehalt gewisser Strecken als Eigenthum des Herrn vorkam.

§. 129. [§. 117.] Allmendgüter.

Dem Gemeindevermögen im engeren Sinne gegenüber kommt das ganze Vermögen vor, an welchem die Gemeindeglieder den Genuß haben (Allmende). Welches Verhältniß dabei stattfindet, beruht nicht auf einer allgemeinen Regel, da nach der Umbildung der Gemeindeverhältnisse die Trennung des Vermögens vorkam, und verschieden sich ausbildete, je nachdem in einigen Gemeinden ¹) durch die steigenden Bedürfnisse und durch die römische Ansicht von der universitas der Grundsatz siegte ²), daß alles Gemeindevermögen der Gemeinde als moralischer Person gehöre ³), so daß die Nutzungsrechte der Einzelnen nur Concessionen sind ⁴), deren Regulirung von dem Willen der Gemeinde abhängt, während in andern Gemeinden sich die Genossenschaft der Gemeindeglieder ⁵) als nutzungsberechtigt ⁶), in Bezug auf ein gewisses Allmendvermögen als Ganzes genommen, geltend machte ⁷), oder mit dem Besitze gewisser Hofstätten Nutzungsrechte verbunden blieben ⁸). Es muß daher, um das rechtliche Verhältniß der Berechtigten auszumitteln, die be-

Kap. II. §. 13. nr. 8. Obale Grundf. des Landwirthschaftsrechts. IX. cap. 2. §. 268.

23) Zu weit geht Bieliß Comm. VI. §. 54, wenn er dies präsumiren will. s. aber noch Weisse de domin. agror. incultor. infra confin. pagor. Lips. 1805. s. dagegen meine Vorrede zu Scholz Schäfereirecht §. XXI.

24) Richtige Ansicht in Hagemann prakt. Erört. VIII. nr. 6. v. Langen prakt. Erört. II. §. 150.

1) In den Städten trat dies am meisten hervor z. B. wegen der Bertheidigungsanstalten.

2) Bluntschli Rechtsg. II. §. 62 1c.

3) Aus der Geschichte der Gemeinden in Baiern und am Rhein ergiebt sich diese Ansicht als die regelmäßig begründete.

4) Monatschronik der Züricher Rechtspflege. VII. §. 186. Mein Aufsatz in d. Civilarchiv. XXII. §. 93.

5) Nachweisungen in Bluntschli II. §. 73. Von Dorfzergerechtigkeiten Züricher Monatschronik V. §. 213.

6) Römische Analogien führen dabei nicht zum Ziele. s. noch Bluntschli I. Seite 73.

7) Die Berechtigten bildeten dann selbst eine Genossenschaft. Bluntschli II. Seite 83.

8) Z. B. in Württemberg. Ges. vom 9. Dec. 1833 §. 51. v. Mohl II. §. 179; auch in Sigmaring. Gem. D. §. 97.

sondere Art der Entstehung ⁹⁾ und die Fortbildung erwogen werden. Wenn auch in einzelnen durch Gutsherren gebildeten Dörfern die Genussrechte vom Willen des Gutsherrn abhingen, so läßt sich doch keine Vermuthung ¹⁰⁾ dafür aufstellen. Die Benutzung der Allmenden ¹¹⁾ ist wieder verschieden ¹²⁾, entweder so: a) daß sie von der ganzen Gemeinde unvertheilt, z. B. zur Weide benützt wurden ¹³⁾, oder b) daß ein bestimmter Allmendtheil zu jedem in der Markung liegenden Gute gehörte ¹⁴⁾, oder c) daß Allmenden unter die Gemeindeglieder nach Loosen zum Genusse auf eine gewisse Reihe von Jahren vertheilt wurden ¹⁵⁾. Da, wo das obige erste System siegte, können von den Gemeindegliedern keine Privatrechte der Gemeinde gegenüber geltend gemacht werden ¹⁶⁾; die Gemeinde kann die Allmenden immer aufheben, auch die Theilnahme an den Nutzungen

9) Leg. Baiuwar. IX. 14. Burgund. Tit. 31. Wisigoth. X. 9. Grimm Alterthümer S. 497. Latruffe Montmeylian des droits des communes sur les biens communaux. Paris, 1826. II vol. vol. I. p. 34. Auf röm. Ursprung deuten: L. 20. §. 1. D. si servit. vindic. Stellen aus den scriptor. rei agrar. Latruffe l. c. I. p. 21—32. f. noch Raepsaet origine des Belges. II. vol. p. 483—93. f. auch die altenglischen Schriftsteller aus dem XIII. Jahrh.: Fleta in Houard III. p. 554. Britton in Houard IV. p. 248. Anton Gesch. der Landw. II. S. 294, III. S. 345.

10) Eine solche war früh in Frankreich vertheilt. f. dagegen Latruffe Montmeylian. I. p. 48. 88. f. aber auch Troplong in der Revue de legislation 1835. tom. I. p. 8. Vergl. mit Hennequin traité de legislation I. p. 136.

11) Dieser Ausdruck kommt in verschiedenen Sinne vor. Bluntschli I. S. 79. Huzeli in Essai sur l'origine des Waldstätten p. 26. Würdtwein dipl. mog. III. p. 102. Schöpplin Alsat. dipl. I. p. 326. Grimm Alterth. S. 497.

12) In Frankreich heißen sie Communaux. Boubier Cout. de Bourgogne. II. p. 380. Coquille sur les coutumes de Nivernois, chap. 17. cap. 15. Merlin repert. II. p. 592. Commons in England Bracton. IV. 80. Auch vastinae; Miraci oper. diplom. I. p. 197—203. Gruppen obs. rei agrar. p. 56. 57. Auch in deutschen Urkunden Bobreten. Haltungs p. 175. f. noch Hüllmann Städtewesen. II. S. 413. Oft heißt aber allmende auch überhaupt Zuehör der villa. f. Guden syllog. p. 256. Besold doc. Monast. p. 122.

13) Schöpf de bonis univ. quae Aliment. vocant. Tubing. 1740. Württemberg. Ges. in Hezel Repertor. I. S. 4. Correspondenzblatt des landwirthschaftl. württembergischen Vereins von 1822. Oktober-Heft. Sparre Wangenstein S. 27. Das Landrecht der Grafschaft Erbach. Darmst. 1825. S. 352—361.

14) Urk. von 948 in Meichelbek hist. Fris. I. P. II. p. 444.

15) Z. B. in Rheinbaiern. f. merkw. Nachrichten in Siebenpfeiffer Handb. II. S. 123—130. f. auch Intelligenzblatt des baier. Rheinfreies, 1824. S. 56. 87. — Vom Ausdruck: Runne und Weide (Schöpplin histor. zar. bad. V. p. 228. Henneberg. Landesordn. von 1539. IV. Tit. I. cap. 1.) f. Anton Geschichte III. S. 345. Grimm S. 521.

16) Mein Aufsatz im Archiv, XXII. S. 93.

mit gewissen Auflagen zum Besten der Gemeinde belegen ¹⁷⁾, so lange sie aber gewisse Grundstücke als Allmenden behandelt, kann sie nicht beliebig einzelnen bisherigen Berechtigten den Genuß entziehen, und selbst nicht ohne dringende Gründe bei bisher als Allmend behandeltem Vermögen die Benutzung aufheben ¹⁸⁾. Wo nach dem obigen zweiten Systeme bestimmt erworbene Rechte (Einzelner ¹⁹⁾ bestehen, kann ohne ihre Zustimmung das Nutzungsrecht ihnen nicht genommen werden ²⁰⁾.

§. 130. [§. 118.] Theilung der Gemeindegüter.

Bei der Frage über die Vertheilung der Gemeindegüter kommt es darauf an, auszumitteln, in welchem Verhältnisse in der einzelnen Gemeinde das bisher von den Gemeindegliedern benützte Vermögen sich befindet. Da, wo nach dem oben (§. 129.) geschilderten zweiten Systeme ¹⁾, erweislich erworbene Rechte der Einzelnen begründet sind, kann ohne Zustimmung der berechtigten Genossenschaft (wenn sie als Ganzes berechtigt ist) oder aller berechtigten Einzelnen nicht getheilt werden ²⁾, und der Beschluß der Gemeinde kann keine Rechte entziehen ³⁾. Ist dagegen das obige erste System ausgebildet, so ist das Allmendvermögen als Eigenthum der Gemeinde nur ihren Beschlüssen unterworfen ⁴⁾, und es kommt darauf an, ob zum Genuße ⁵⁾, oder zum Eigenthum ⁶⁾ getheilt werden soll. Im zweiten Falle ist die Theilung ⁷⁾ wie eine Veräußerung des Gemeindeguts

17) Preuß. Landg. D. §. 25.

18) Sächf. Landg. D. §. 57. 58. Weimar. Landg. D. §. 31. Preuß. Landg. D. §. 24. Sigmaring. G. D. §. 88. Eurbess. G. D. §. 70.

19) Oft ist der Genuß nach der Größe der Besitzungen regulirt. Hagemann I. c. §. 158. Gaudlitz diss. cap. 4. p. 62. Thomas Fuld. Privatr. I. §. 209. Preuß. Landr. I. Thl. Tit. 22. §. 90. und II. Thl. Tit. VII. §. 29. 30. Struben rechtl. Bedenken IV. §. 300.

20) Darauf deutet Weimar. Landg. D. §. 32.

1) Eine solche Genossenschaft lag in d. Urk. v. 1303 in Rindlinger Münster. Beitr. II. §. 300. und in Heeckern diss. cit. p. 50. zum Grunde.

2) In so fern ist Bluntschli's Ansicht II. Thl. §. 87. richtig. v. Savigny System II. §. 336. 349. generalisirt zu viel.

3) Nur auf diesen Fall kann man die Forderung der Stimmeneinhelligkeit (Runde Beiträge I. §. 25.) beziehen.

4) Mein Aufsatz im Archiv. XXII. §. 95. v. Langen prakt. Erörter. VI. Seite 18.

5) Maurenbrecher I. §. 371. scheint die wenigstens im Süden bekannte Gesetzesprache zu ignoriren.

6) Die Sigmaring. G. D. §. 95. läßt nur zum Genuße theilen.

7) Die neue Gesetze und Literatur: Lippe-Dehmold. Gemeintheilungsd. von 1777 in der Samml. der Landesv. II. Thl. §. 610. Badisches Gef. vom 24. Juli 1810. Hessisch. Gef. in Eigenbrod. III. §. 208.

zu betrachten, und ein Beschluß darüber ist nur unter den Bedingungen ⁸⁾ gültig, unter welchen ein Beschluß über Veräußerung zu Stande kommen kann, in dieser Beziehung wird dann auch die Bestätigung des Beschlusses durch die Regierung ⁹⁾ erforderlich seyn. I. Einzelne Bürger können veranlassen ¹⁰⁾, daß der Gemeinderath über den Gegenstand berathe, und die zur Verhandlung darüber nöthigen Einleitungen getroffen werden. II. Die Bestimmung, ob vertheilt werden soll, ist bei den als Gemeindegut erscheinenden Aemtern eine Gemeindefache, daher auch die Stimmenmehrheit ¹¹⁾ entscheiden muß, wenn nicht die Landesgesetzgebung eine größere Stimmenzahl ¹²⁾ zu dem Beschlusse verlangt. Die Zählung der Stimmen ¹³⁾ geschieht, wie bei andern Gemeindefachen, nach Köpfen ¹⁴⁾, da die bisherige Benutzungsart keine unwiderrüßlichen Rechte ¹⁵⁾ giebt. III. Der Maassstab der Vertheilung ist, wenn nicht das Lan-

Jacobi Beschäft. mit Gemeinheitssth.-Mater. Hann. 1803. Meyer über Gemeinheitstheilungen. Zelle, 1801. III Theile. Hagemann Landwirthschaft S. 166. Zahn Gedanken über Gemeinheitsheil. und Vererb. Berlin, 1806. Niemeier Anleit. zum Verf. in Gemeinheitsheil. Hannover, 1808. Stähle über Markentheilungen. Münster, 1801. Log civilist. Abhandl. S. 245. Klebe Grundf. der Gemeinheitsheilung. Berlin, 1821. Klöntrup alphabetisches Handbuch. II. S. 329. Weichsel Comm. zur preuß. Gemeinheitsheil.-Ordn. Magdeburg, 1824. Derselben Zusätze u. Erläut. zu seinen Grundfagen. Magdeburg, 1827. Neuere Gesetze über den Gegenstand sind: Baiarisches Gesetz vom 17. Dezember 1802, wesentlich geändert 1. Juli 1834. Preuß. Gemeinheitsheil.-Ordn. vom 7. Juni 1821. Hannover. Gesetz über Gemeinheits- und Markentheilung vom 25. Juni 1822. Braunschw. Gemeinheitsheil.-Ordn. vom 20. Dezember 1834. Badische Gemeindeordn. von 1831 S. 92—113. Gothaische Gemeinheitsheil.-Ordn. vom 2. Januar 1832. Königlich sächsisches Gesetz vom 17. März 1832. Churfess. Gesetz vom 24. Oktober 1834. f. über die staatswirthschaftlichen Fragen Nau Lehrb. der politisch. Oekon. II. S. 135 u.

8) Einige Gesetze, z. B. die churfessischen und baiarischen von 1834 fordern noch Einholung besonderer Gutachten von Sachverständigen.

9) Badische G. D. S. 151. Sigmaring. S. 148. Weimar. Landg. D. S. 84.

10) Irrige Voraussetzungen bewogen zur Behauptung, daß jeder Einzelne auf Theilung klagen kann (s. daher irrig in d. sächs. Gesetz S. 133. s. jedoch Maurenbrecher I. S. 371 in not.; zum Theil auch braunschweig. S. 18.); richtig badisches Gesetz S. 111.

11) Hänsel II. S. 86, 89.

12) Z. B. die Hälfte oder 3. Badische Gemeindeordn. S. 104, gothaische S. 3. Churfess. Gesetz S. 14, braunschw. S. 24. Sigmaring. S. 99.

13) Eine neue Gesetzgebung kann zwar staatswirthschaftliche Gründe haben in Bezug auf diese Zählung andere Vorschriften zu geben.

14) Badische Gemeindeordn. S. 99. Sigmaring. S. 101.

15) Auf die bisherige Benutzungsart steht jedoch das braunschw. Ges. S. 26. Auch das baiar. Gesetz von 1834 S. 6. fordert, daß 3 der Größtbesitzten zustimmen.

des Gesetz etwas ¹⁶⁾ Anderes vorschreibt, oder privatrechtlich begründete Antheile an Benutzungsrechten vorliegen ¹⁷⁾, der, daß jedes Gemeindeglied, ohne Rücksicht auf seine bisherige Benutzung, gleiche Rechte ¹⁸⁾ erhält. Die auf den zu theilenden Gütern ruhenden Rechte Dritter müssen gehörig berücksichtigt und abgefunden werden ¹⁹⁾. IV. Steht ein Gemeindegut mehreren Gemeinden in Gemeinschaft zu, so muß zuerst unter den einzelnen Gemeinden, die im Miteigenthum des Guts sich befinden, die Theilung erfolgen ²⁰⁾.

§. 131. [§. 119.] Dorfgemeinde. (Historische Einleitung.)

Die Dorfgemeinden ¹⁾ stammen entweder I. aus den von Guts-herren veranlaßten Ansiedlungen auf den Gütern des Herrn entweder auf den alten Villen ²⁾, oder später als Vereinigungen derjenigen Bauern, die einem Gutsherrn unterworfen waren ³⁾, oder II. es sind freie Ansiedlungen, die entweder aus der Auflösung der alten Marken ⁴⁾ oder Haingeraiden oder aus den alten Oberhöfen ⁵⁾ hervorgingen ⁶⁾. Die Beweise einer Gemeindeverfassung ⁷⁾, insbesondere selbstgewählter Vorsteher ⁸⁾, und autonomischer Gerichte ⁹⁾ von

16) J. B. sächs. Ges. §. 152. 54. Churfürst. Ges. §. 33—40. Hannov. Ges. §. 36. Preuß. Gesetz §. 31. Großherzogl. heßisches §. 96. Braunschweig. §. 54.

17) Bad. G. D. §. 99. Annalen d. bad. Gerichtshöfe. 1833 nr. 58. Sigmaring. Gem.-Ordn. §. 101. Maurenbrecher I. S. 374. generalisirt hier zu sehr.

18) Badische Gemeindeordn. §. 99. 106. Gothaisches Gesetz §. 9.

19) J. B. Hypotheken, Rechte der Gutsherren oder Servituten.

20) Bad. Gemeindeordn. §. 96. Churfürst. Gesetz §. 11. Hildegard Annalen der Rechtspflege in Rheinbaiern. I. Bd. V. Heft. S. 321.

1) Geisfried Gesch. der Gerichtsbarkeit. I. S. 149, II. S. 19. Schildener Guts-Lagh. Cap. XIII.

2) Steiner vom Freigerichte S. 17. Daher der Name Weiler.

3) Zeitschrift: die geöffn. Archive von Baiern. I. Bd. 56 Hft. S. 64. Hieher gehört die oben in §. 120. not. 34. angeführte Schrift von Stettler.

4) Am Niederrhein theilte sich das Land in Honnschaften, und jede hatte wieder ihre Nachbarschaften.

5) Kindlinger Münster. Beitr. I. S. 116. 135—150.

6) Von vielen heutigen Dörfern kommen die Namen schon im IX. und X. Jahrhundert vor. s. Borrebe zum dritten Theile des Codex Laurishamensis. Weiske die Grundlagen der früheren Verfassung S. 36.

7) Universitas in Tolner cod. dipl. pal. p. 58 s. noch Sachsensp. II. 55, III. 79. Schwabensp. cap. 409. Kaiserrecht IV. 9. 11.

8) Urf. von 1259 nos centurio et universitas, s. Günther Codex Rheno-Mosell. II. p. 294, oder scultetus et centuriones in Urf. von 1297 in Günther II. p. 515; auch Dorfgräfe in Bernhard Wetterauische Alterth. I. S. 78. — Manche spricht dafür, den alten decanus als Veranlassung des späteren Dorfvorstehers anzunehmen. Walafrid Strabo de exord. rer. ecclesiast. cap. 31. In der Schweiz kommt als solcher Vorsteher der Amann vor, so daß das nämliche Thal so viele Amänner

Dörfern finden sich schon früh ¹⁰⁾. Im Verhältniß zum Reiche gab es Freidörfer ¹¹⁾, welche wahrscheinlich einst adelichen Familien gehörten und nach dem Aussterben derselben an den Kaiser fielen, und vorzüglich dadurch Vorrechte genossen, daß sie keine Dorfs Herrschaft, sondern die freieste Wahl ihrer Vorsteher, freie Verwaltung ihres Vermögens und die Dorfpolizei hatten. Der Bannzaun ¹²⁾ bezeichnet die Gränze der Dorfs Herrschaft.

§. 132. [§. 120.] Rechtliches Verhältniß.

In Bezug auf die Verfassung der Dörfer ist keine Gleichförmigkeit, da bei den nur von Gutsherren ausgegangenen Ansiedlungen sich mehr die Abhängigkeit von dem Herrn ausdrückte ¹⁾, während jedoch auch manche solcher Gemeinden sich selbstständiger zu freien Gemeinden zu erheben wußten ²⁾. Es bedarf daher überall der Erforschung der besondern Fortbildung der Verhältnisse ³⁾. Regelmäßig hat das Dorf alle Rechte, die einer Gemeinde überhaupt als moralischer Person zustehen; daher haben die Dörfer eigene Vorsteher ⁴⁾,

hatte, als Gemeinden waren. Urf. in Huzeli de l'origine des Waldstätten p. 18.

- 9) Von Dorfsgerichten s. Krenner über Land-, Hofmark- und Dorfsgerichte in Baiern. München, 1793. Seifried l. c. II. S. 401. Mercau Miscellan. II. S. 27. 112. Bodmann rheingau. Alterth. S. 683. Urf. Geschichte von St. Gallen. II. S. 604. Urf. Gesch. vom Buchsgau. S. 102. Mauerer Geschichte des altgerman. öffentlichen Gerichtsverfahrens S. 102. Buchner das öffentliche Gerichtsverfahren S. 143; f. aber würtemb. Landr. I. Tit. 1. V. 2. VIII. §. 8. Preuß. Landr. II. 7. §. 79—86. Der vicarius comitis nach den Capitul. scheint auch schon ein unterer Beamter gewesen zu seyn. Falk Handbuch des schleswig. Privatrechts. II. Seite 271.
- 10) Ein großer Theil der Beamten war freilich bei den Dörfern der ersten Art von den Gutsherren bestellt; dahin gehörten der villicus major (unter Urf. von 1140 in Miraeus I. p. 688), bajulus (bailli) praepositus. f. darüber Brüssel usage des fiefs. vol. 1. p. 421—524 und Kaepsaet supplement à l'analyse p. 93—116.
- 11) Dacheroden Versuch eines Staatsrechts der Reichsdörfer. Leipzig, 1795. Segnis Gesch. der Reichsdörfer Gochsheim, Schweinfurt. 1802. Siebenkees Beiträge zum deutschen Recht. III. S. 128.
- 12) Reinhard juristisch-historische kleine Ausführungen. I. Thl. nr. 1.
 - 1) Oft setzte er den Vorstand. Bei den von Städten abhängigen Dörfern übte die Stadt die Rechte des Gutsherrn aus.
 - 2) Wichtig von den Bernischen Dörfern Stettler Versuch einer Gesch. der Gemeindeverh. S. 30.
 - 3) Gute Darstellung in Bluntschli II. S. 55.
 - 4) Schulzen, Bauermeister. Sachsenspiegel II. 53. Daß Schultheiß ein selbst von der Gemeinde gewählter Beamter war, ist nur für wenige Gemeinden nachzuweisen; meist ist Schultheiß der herrschaftliche Richter. Unger die alldentsche Gerichtsverf. S. 247. Dorfmeier bezeichnet oft in der Schweiz den Vorstand; auch Gogrev. f. Pusendorf de jurid. germ.

Von Verbindung der Personen in Corporationen 2c. 361

[deren Amt oft erblich auf einem Gute ruht ⁵⁾], ein Gemeindecollégium ⁶⁾, und das Recht, Versammlungen zum Behufe gemeinschaftlicher Berathungen zu halten ⁷⁾; bei den Dörfern erhielt sich am längsten die Sitte der Gemeindeversammlungen, in welchen die wichtigsten Angelegenheiten zu berathen sind ⁸⁾, und noch jetzt ist diese Form zur Aeußerung des Gemeinwillens zulässig ⁹⁾, wo nicht das Landesgesetz statt dieser Versammlung ein besonderes Collegium zur Vertretung der Gemeinde wählen läßt ¹⁰⁾. In welchem Umfange die Landgemeinde Gemeinderechte ausübt, hängt davon ab, ob in dem Lande eine für alle Gemeinden geltende Gemeindeordnung ¹¹⁾, oder für die Dörfer eine besondere Landgemeindeordnung ¹²⁾ gegeben ist; im ersten Falle stehen ihnen alle Gemeinderechte zu, in so ferne das Gesetz nicht eine Ausnahme bei Dörfern macht, im zweiten Falle nur so viel Recht, als das Gesetz oder das darin bestätigte Herkommen oder Dorfstatut ihnen giebt. Die geringere Bevölkerung der meisten Dörfer, die Vermuthung für das Daseyn geringerer Intelligenz aller Bewohner, und die von der städtischen Lebensweise verschiedene Beschäftigung der Dörfer erklären es, daß den Dörfern ¹³⁾ weniger

P. III. 5. l. c. 1. §. 6. Eichhorn §. 303. Bodmann rheing. Alterth. S. 564. Nassauische Weisthümer II. S. 156. Struben rechtl. Bedenken. V. nr. 23. Preuß. Landr. II. Tit. 7. §. 46. 72. Eine gute Dorfschultheißenordnung von Nassau von 1465. s. im Dillenburg. Intelligenzblatt 1774. S. 18. s. über rechtl. Verh. der Dörfer Hünfel Bem. zum sächs. Recht. III. S. 114. Allerdings mußte man einst die Urgemeinde von der Dorfgemeinde trennen; unnöthig ist es aber, mit Maurerbrecher II. S. 896. es jetzt noch zu thun, da es nur Dörfer oder Amtsgemeinden giebt. s. Oldenburg. Landgemeinde-Ordnung vom 28. Dezember 1831. §. 127. 143. 144. Auch die Lippische Landgemeinde-Ordn. vom 2. März 1841 §. 21. trennt die Amtsgemeinde von der Dorfgemeinde.

- 5) Landbuch der Mark S. 24. 92. 97. v. Kampß Beitr. zum mecklenburgischen Recht. II. nr. 7. Wersche über niederländische Kolonien. II. S. 1002—24.
- 6) Heimbürgen, Greben, Schöppen, Geschworene. Guden cod. I. nr. 275. Kopp heff. Gerichtsb. I. S. 321. Preuß. l. c. §. 73. Die Einrichtung stammt schon aus den Schöffen des Dorfgerichts nach Sachsenp. II. 55. III. 69.
- 7) Oft Ehehaften genannt. s. Seifried I. S. 183. Bachieri über Ehehaften. München, 1798.
- 8) Bluntschli II. S. 57.
- 9) Noch jetzt sind solche Versammlungen anerkannt in Württemberg, Sigmaringen, Baden, Weimar (S. D. §. 49.), in Preußen (Landg. D. §. 49. aus Weisthürten bestehend, in größeren Gemeinden sind Gemeindeverordnete), in Lippe (Gem. D. §. 10.).
- 10) J. B. in Baiern der Gemeindeausschuß (v. Roy Staatsrecht I. S. 424.), in Sachsen (Landg. D. §. 53.).
- 11) J. B. in Württemberg, Baiern, Baden, Sigmaringen.
- 12) Im Königr. Sachsen, Weimar, Preußen.
- 13) Fritsch de statu et jur. pag. Jen. 1657. Klingner Samml. zum Dorf- und Bauernrecht. IV. Thl. Leipzig, 1749. Sables Grundsätze des Dorf-

freie, selbstständige Gemeindeverwaltung eingeräumt ist ¹⁴⁾. Schon früh galt die Ansicht, daß alle Vorrechte, welche nur als städtische Gewerbsvorrechte gelten ¹⁵⁾, nicht auf Dörfern betrieben werden können, woraus es sich erklärt, daß nur gewisse, auf das Bedürfnis der Dörfer beschränkte Arten der Handwerke auf Dörfern betrieben ¹⁶⁾, auf keinen Fall aber mit den Rechten zünftiger Gewerbe ausgeübt werden dürfen, wenn nicht neue Gesetze ¹⁷⁾ diese Beschränkung aufheben. Ob die Leibzüchter als Mitglieder der Gemeinde ¹⁸⁾ Rechte und Pflichten haben, hängt bei der Repartition der Lasten davon ab, ob sie eine eigene zur Leibzucht bestimmte Rathe besitzen, oder sich Güter vorbehielten ¹⁹⁾. Der Dorfschultheiß muß in Dörfern, welche einen Gutsherrn haben, oder unter einer Gemeindeherrschaft stehen, von dem Gutsherrn oder Gemeindeherrschaft bestätigt werden ²⁰⁾; bei den übrigen Dörfern haben die Observanz und neue Gesetze die Bestätigung der landesherrlichen Oberbehörde gefordert ²¹⁾. Die niedere

und Bauernrechte. Hall, 1780. Eigendruck Samml. bürgerlicher Gesetze. IV. Bd. S. 226. Müller über die vorzüglichsten Pflichten eines Dorfschultheißen. Würzburg, 1794. Nassauisches Gesetz von 1816 in der Samml. II. Bd. S. 76. Baier. Gemeinde-Edikt §. 93—120.

- 14) Daher betrachten auch neue Gemeindeordnungen (Badißes Edikt v. 1807. §. 4. Baier. Edikt §. 8.) diese Ruralgemeinden als die am geringsten bevorrechtete Klasse von Gemeinden. Hieher gehört auch besonders die schwarzburg. Ordn. vom 19. Dezember 1827. Daher ist z. B. wegen Veräußerung die Dorfgemeinde mehr an die Genehmigung der Staatsbehörde gebunden. Bad. Gem.-Ordn. von 1831. §. 151. Ebenso wegen Gemeindeprozeßen. Churchess. Gem.-Ordn. §. 87.
- 15) Kurz Gesch. des österreich. Handels S. 82. und Urk. nr. 42.
- 16) Dreyer spec. priv. opif. fals. meritoque susp. p. 28—37. Gablen Dorfsrecht S. 45. Hagemann Landwirthschaftsrecht S. 69. Kulenkamp Handwerksrecht S. 120. Römer Staatsrecht von Sachsen. II. S. 830. Mecklenburg. Erblande. von 1755. Art. XIV. Herold die Rechte der Handwerker. Leipzig, 1835. S. 51.
- 17) Neue Baier. Gesetze vom 16. März 1801. Hess. Kunstgesetz vom 5. März 1816. Hannover. Gesetz vom 11. August 1819. §. 10—20. Weimar. Kunstordn. von 1821 §. 17. 28. Von Preußen: Vielzig Comment. VI. S. 199. Württemberg. Gewerbsordn. vom 22. April 1828. §. 2. 12. 127. Die geänderte Gewerbsverfassung muß auch die alte Beschränkung der Dörfer ändern.
- 18) Ueber Beitragspflicht der Besitzer adelicher Höfe in Dörfern: Berg jurist. Beobacht. II. S. 245. Von der Frage: wer Mitglied der Dorfgemeinde ist? Hänsel Bemerk. III. S. 116.
- 19) Hundt Rechtslehre von der Leibzucht S. 490. Hornhorst Jahrbücher des Bad. Oberhofgerichts. II. S. 251.
- 20) Hartung de seultet. heimburg. pag. Jen. 1684. Gabte Dorfsrecht S. 15. 19. Struben rechtl. Bedenken. I. nr. 23. Gröndler Polemik I. S. 213.
- 21) Altenburg. Grundgesetz §. 125. 126. Churchess. Gem. D. §. 50. Preuß. Landg. D. §. 73. Ob der Dorfschulze landesherrlicher Unterdienste sey, s. Hagemann Landwirthschaftsrecht S. 26.

Von Verbindung der Personen in Corporationen etc. 363

Dorf- und Feldpolizei übt der Vorstand aus ²²⁾. Zu den Geschäften, bei welchen in Städten die Zustimmung des Ausschusses gefordert wird, verlangt man auf Dörfern die Zustimmung der Gemeindeversammlung ²³⁾, oder des Ausschusses, in so ferne ein solcher zur Controle statt der Gemeindeversammlung besteht ²⁴⁾.

§. 133. [§. 121.] Marktflecken.

Als eine Gemeinde, welche, obwohl ursprünglich nur ein Dorf ¹⁾, mit dem Marktrechte und einigen sonst nur Städten zustehenden Freiheiten beliehen ist, erscheint der Marktflecken ²⁾. Für das Recht der vollständigen Gewerbsverfassung spricht die Vermuthung ³⁾. Der Umfang der übrigen Vorrechte muß von der Gemeinde erwiesen werden, in so ferne sie die sonst nur den Städten zustehenden Verfassungsrechte in Anspruch nehmen will ⁴⁾. Neue Gesetze rechnen diese Art von Gemeinden nach ihrer Größe zu Städten oder Dörfern ⁵⁾.

22) Eine gute Dorfpolizeiordnung für Erfurt in Heinemann statutar. Rechte S. 356. Schwarzburg. Gerichtsordn. §. 11. Hünsl III. S. 122.

23) Ehurheff. Gem.-Ordn. §. 37.

24) Schon im Mittelalter gab es an manchen Orten unter dem Namen Heimbürger ein solches Collegium. Haltaus gloss. p. 856. f. aber andere Bedeutungen in Maurer Gesch. der öffentl. Gerichtsö. S. 137. Gaden S. 22. Klingner Samml. zum Bauernrecht. IV. Cap. §. 16.

1) Daher die Verleihungsurkunde in Leri Geschichte des Lechrains. S. 146. 207. Mon. boic. XIV. p. 272.; vergl. mit I. p. 275. 304. Ist Materialien zur Geschichte von Bamberg. I. S. 72. Oefele script. rer. boic. I. p. 273. Kurz Geschichte des östereich. Handels S. 38. f. noch über die Geschichte Beucker Andreae de origine juris municip. frisc. pag. 188. in not.

2) Auch forum in Urk. Mon. boic. II. p. 203, XV. p. 25, oder Freiheit, Reichbild (selt Handbuch des vaterländischen Rechts. I. S. 25. not.), Wigbold, Flecken; auch unter dem Namen: mercatum. f. Urk. von 1122 in Thuringia sacra p. 697.

3) Belsch, Reichtershofen, Markt- und Landg. Landshut, 1802. Urk. im histor.-diplomat. Magazin. II. S. 321.

4) Pfeffinger Vittr. illustr. II. Lib. 1. Tit. 18. §. 3. Römer Staatsrecht von Sassen. II. S. 828. Westphal Privatr. I. S. 118. Selchow neue Rechtsf. II. S. 187. Klöntrup alphabetisches Handbuch. II. S. 343. v. Kampff mecklenburg. Rechtschr. S. 113. Preuß. Landr. II. Tit. 8. §. 176. Gründler Polemik. I. S. 214.

5) Baier. Gemeinde-Ebitt §. 9. Die Städte sind in drei Klassen (die letzte, welche weniger als 500 Familien hat) getheilt. v. Roy Staatsr. I. S. 408. Nach preuß. Ges. vom 31. Oktober 1841 können in Westphalen die kleineren Städte die Landgemeinde-Ordn. annehmen. Dies ist auch im Königr. Sachsen gestattet (Gesetz vom 7. Nov. 1838.).

§. 134. [§. 122.] Ursprung der Städte.

Wenn auch zur Römerzeit das Daseyn von Orten, welche eine mehr oder minder ausgedehnte Municipalverfassung hatten ¹⁾, in den germanischen Staaten nicht geläugnet werden kann, so schwebt doch darüber ein Dunkel, wie aus römischen Elementen die spätere deutsche Städteverfassung hervorging ²⁾. Wenn es zwar wahrscheinlich ist,

- 1) L. 8. §. 2. D. de censib. l. 9. D. rem ratam hab. *Jak. Encyclopädie* S. 66 über *tabula Heracleens* *Reich de potestat. civil. episcoporum*. in *regno Francor.* Traject. 1838. p. 94. *Beucker Andreae de origine juris municipalis frisiici.* Traject. 1840. pag. 38.
- 2) Von Fortdauer römischer Verfassung (merkwürdig über die Aufhebung im Orient novell. Leonis nov. 46.) in den germanischen Staaten s. *Recherches histor. sur les municipalités.* Paris, 1789. *Wertz hister. Abh. vom Urspr. der Reichsstädte* S. 51—111. *Struben Nebenstunden.* V. Bd. nr. 38. v. *Savigny Gesch. des römischen Rechts.* I. Theil. S. 120—132. *Eichhorn in der Zeitschrift.* I. Bd. nr. 8, II. Bd. nr. 6. *Gemeiner über Ursprung der Stadt Regensburg.* 1817. *Arch. Geschichte des Buchgau* S. 107. — In Bezug auf Italien zeigen den frühen Verfall der römischen Municipalverhältnisse *Garzetti della condizione d'Italia sotto il Governo degli imperat. rom.* II. p. 73. 81—85, und *Vesme (Preischrift) delle vicende delle proprietà in Italia.* Torino, 1835. p. 177—184 (gegen v. *Savigny Gesch. des röm. Rechts im Mittelalter.* I. Thl. S. 396). — S. aber auch *Pagnoncelli sull' antichissima origine e successione dei governi municipali nelle città italiane.* Bergamo, 1823. und *Krit. Zeitschr. f. G. und RW. des Nuel.* IX. B. 3 Hft. s. ferner *Sclopis storia della legislazione italiana.* Torino, 1840 pag. IV. *Morbio Storie dei municipi italiani.* Milano, 1837—40. IV. vol. *Balbo appunti per la storia delle città italiane fino all' istituzione dei comuni.* Torino, 1838. *Cibrario storia della monarchia di Savoia.* Torino, vol. I. p. 133—163. *Von Deutschland* s. v. *Maurer über die baier. Städte unter der römischen und fränkischen Herrschaft.* München, 1829. S. 20.; und die oben in not. 1. angeführte gute Schrift von *Beucker Andreae.* *Von Frankreich:* *Papon histoire generale de Provence.* Paris, 1784. vol. III. p. 480—561. und *Raynouard hist. du droit municipal en France sous la domination romaine et sous les trois dynasties.* Paris, 1829. II vol. *Guizot cours d'hist. moderne.* Paris, 1832. vol. V. — Zur Verfassung von Köln (oben §. 11.) *Respublica Ubio Agrippinens.* ab urbe condita per *Ham. Colonia,* 1747.; noch *Elsen Gründe der Schreinspraxis* S. 30. *Elsen der Kölnische Senat in der mittleren Zeit.* Köln, 1786. Sehr wichtig sind auch die Urkunden, welche *Elsen* in der *hister. Beschreib. des Niederrheins* (in den *Materialien zur Statistik des nieder-rheinischen Kreises*) hat abdrucken lassen. 1r Jahrg. 2r Bd. S. 491 u. *Eichhorn in der Zeitschrift* II. 176. *Hüllmann Städtewesen.* II. Thl. S. 274 ff. *Gaupp über deutsche Städtegründung* S. 210. *Von Aachen:* *Meier Chronik von Aachen* S. 74. 113. S. 118. *Beispiele früher Gemeindeverfassung in Frankreich (1080 in Narbonne)* s. *Brequegnay in Memoires de l'acad. des inscript.* Tom. 43. p. 738. *Verreden zum XI. und XII. Theil des recueil des ordonnances,* und *Hallam geschichtliche Darstellung von Europa.* I. S. 246, und vorzüglich über die Unterschiede von *commune* und *bourgeoisie* in *preface zum XII. vol. des recueil des ordonn.* p. VII. s. noch von *Bildung der communes:* *Mignet de la feodalité des institut. de St. Louis.* I.

Von Verbindung der Personen in Corporationen 2c. 365

daß an den Orten, die mit Municipalverfassung zur Römerzeit oder doch als besetzte Orte vorkommen und früh mit dem Ausdruck: civitas ³⁾, urbs ⁴⁾, oppidum ⁵⁾, vicus ⁶⁾, forum ⁷⁾, bezeichnet werden, am leichtesten sich die spätere Stadtverfassung bilden und da, wo schon zur Römerzeit Municipalverfassung bestand, die Selbstständigkeit erhalten werden konnte, auch später die Erinnerung an

- chap. 10. Die oben angeführten Schriften von Papon und Raynouard, und gut Thierry lettres sur l'histoire de France (Gand, 1827) von S. 129. an, und Hüllmann Städtewesen III. S. 6—38. und S. 525. Taillar de l'affranchissement des communes. Cambrai, 1837; und von Rheims Archives adm. de la ville de Rheims par Varin (von ihm eine gute Vorrede über Schöffenverfassung). Paris, 1839. 2 vol. In Spanien hatte Leon schon 1020 städtische Verfassung, s. Hallam I. c. S. 462. Marina ensayo historico sobre la antigua legislacion p. 77—142, und in der 2ten Ausgabe (mit vielen Zusätzen) vol. I. p. 118 etc., besonders Znaznavar ensayo histor. sobre la legislacion di Navarra. St. Sebast. 1827. III vol. Von italienischen Städten, außer Muratori's u. Sismondi's und den oben am Anfang dieser Note angeführten, noch: Leo über Verfass. der freien lombard. Städte. Rudolstadt, 1820. Raumer über staatsr. Verhältnisse d. ital. Städte. Wien, 1819. v. Savigny Geschichte III. Thl. S. 90. Leo Entwicklung der Verfassung der lombardischen Städte. Hamburg, 1824, und vorzüglich Hüllmann Städtewesen. III. S. 97—524. Eine kostbare Sammlung von alten italienischen Städtestatuten in Monument. histor. patriae in vol. II. Taurini, 1838. Von niederländischen Städten: de Bast, de l'institution des communes dans la Belgique pendant le XII. siecle. 1819. Meyer esprit, orig. IV. p. 35. Hüllmann Städtewesen III. S. 40, und J. van Praet de l'origine des communes flammandes. Gand. 1829, und die oben S. 11. angeführten Schriften von Hieric über Gent und Warnkönig flandrische Staats- und Rechtsgeschichte. I. Thl. S. 317; im 2ten Bd. 1. Abtheil. die Geschichte von Gent und in d. 2. Abtheil. Gesch. v. Bruges; und in den röm., holländ. und fries. Städten vorzüglich die in not. 1. angeführte Schrift von Beucker Andreae. p. 34. Der Ausdruck: libertas romana (in Urk. bei Leibnitz script. I. p. 265.) beweist nicht römische Verfassung; verschiedene Meinungen in Treuer disc. logomach. de civit. mixt. c. 1. §. 8. Schöpfung Alsat. illustr. I. p. 690. Moriz vom Ursprunge der Reichsstädte S. 131. Bondam comm. ad spec. franc. p. 130. Zachariae de libert. rom. Vit. 1797. du Cange glossar. IV. p. 181. Eichhorn in Zeitschrift. II. S. 206. Wigand Geschichte von Corvei. I. S. 253. Wilda de libertate roman. qua urbes German. Hat. 1831. Beucker Andreae de origine p. 341.
- 3) J. B. 853 reganesburg, in Lang regesta vol. I. p. 12; civitas Hamburg. a. 833, Gaupp S. 34; civitas Wimpfen, in Kremer Geschichte des rheinischen Franziens S. 223. not. h; civitas Bamberg, in Schubert Nachtrag zur Gerichtsverf. S. 60; civitas Wirceburg. 915 in Lang reg. I. p. 33. s. überh. Beucker Andreae pag. 190.
- 4) Urbs mosaburg. a. 888 in Lang regest. I. pag. 21. Urkunde von 937 in Voigt Abhandl. S. 273. Heineccii antiq. II. pag. 25. Gaupp S. 30—51.
- 5) Oppidum Frisinga in Urk. von 770 in Meichelbek histor. Frising. I. p. 69. Gut Beucker Andreae p. 374.
- 6) L. 1. 59. D. de censib. Maurer über d. bayer. Städte S. 3. Beucker Andreae p. 176. Hock diss. de potestat. civil. episcop. p. 94.
- 7) Hock I. c. p. 100.

Rom vorschwebte, so ist doch nie nachzuweisen, daß die spätere deutsche Städteverfassung nur die Fortsetzung der römischen war. Man kann nicht verkennen, daß die germanische Stadtverfassung mit ihrem demokratischen Elemente ⁸⁾ ihre Wurzel mehr in den alten Verbrüderungen und Genossenschaften ⁹⁾, den Gilden ¹⁰⁾, in Italien auch die *Motta* ¹¹⁾, hatte. Wohl war in Deutschland die kölnische Verfassung ¹²⁾, als die früheste in jenem Lande ¹³⁾, wichtig geworden, in so ferne sie bald auf andere deutsche Städte ¹⁴⁾ sich verbreitete oder dort Gemeindeeinrichtungen ¹⁵⁾ veranlaßte; römische Formen ¹⁶⁾ mochten auch in Köln vorschweben, oder Veranlassung zur Ausbildung späterer Einrichtungen ¹⁷⁾ geben; allein auch in Köln bewirkten germanische Elemente die spätere Stadtverfassung. Ueberall, wo gewisse Orte als geschlossene Bezirke unter eigenen Magistraten vorkamen, war schon Veranlassung zur späteren Städtebildung gegeben ¹⁸⁾. Da, wo Burgen ¹⁹⁾ gegründet waren, und vorzüglich,

8) Dies ist auch in Bezug auf d. italienischen Städte nachgewiesen in Sclopis storia p. 129.

9) Am besten gezeigt von Cibrario storia della monarchia di Savoia. vol. I. p. 142. und dort im Anhang p. 315. zwei Urkunden von Genua.

10) Hier ist das Gildenwesen wichtig. Wilsa das Gildenwesen im Mittelalter. Halle, 1831. S. 176. Fortuyn de gildarum historia. Amstelod. 1834. p. 118. Birnbaum in der Zeitschrift für ausländische Gesetzgebung. III. S. 41 in not.; und Asch van Wyk de jure et modo, quo in urbe Rheno-Traject. ante annum 1528 eligebantur. Traject. 1839. pag. 39.

11) Sclopis storia p. 126.

12) L. 8. §. 2. D. de censib. Eichhorn in der Zeitschrift. II. S. 233. Gaupp über Städtegründung S. 88. 380. f. aber Hüllmann II. S. 274. Gegen die Fortdauer der römischen Verfassung in Köln Hüllmann II. S. 274. Beucker Andreae p. 342. Asch van Wyk p. 8.

13) Ueber die Frage, in wie ferne die alten Deutschen Städte hatten: Beucker Andreae p. 165. 175.

14) Ob die Köln. Verfassung auf Soest überging s. Eichhorn in der Zeitschrift II. S. 235. Dagegen Hüllmann II. S. 434.; aber auch Beucker Andreae p. 325.

15) J. B. die hurrichter s. Beucker p. 343.

16) Hierher gehört besonders die richerzoechheit in kölnischen Urkunden von 1169, officii de rycherzeggede, und im Stadtrecht von 1258, fraternitas quae vocatur richerzoechheit. In keiner der ältesten Urkunden von Niederich kommt der Ausdruck vor; in der ältesten Urkunde kommen nur vor Senatores magistri civium und judices (Elsen in Materialien I. S. 493) und 1227 das erstemal officii. Elsen I. c. S. 505. Eichhorn in der Zeitschrift II. S. 198. Gaupp S. 90, 221–52. f. andere Erklärung in Hüllmann II. S. 398. Asch van Wyk p. 10.

17) Capit. II. 25. Cap. Carol. M. 803; in Baluz I. p. 393. Carol. Calv. 864; in Baluz II. p. 178. Meriz S. 42. 48. Lehmann speier. Chronik. II. cap. 18. f. zwar Sidon Apollinar. epist. lib. IV. ep. 17. latina jura ceciderunt.

18) Eichhorn in der Zeitschrift. I. S. 225. Gaupp S. 16.

19) Ueber Bedeutung des Wortes f. Beucker Andreae p. 180.

wo Bischöfe 20) ihren Sitz hatten 20a), deren Immunität hier wichtig wurde, konnte die Stadtverfassung sich leicht ausbilden. Immer bedurfte es aber erst eines Zusammenwirkens mehrerer Umstände und an vielen Orten einer Art von Umwälzung, bis die wahre Stadtverfassung sich ausbildete. Während in Italien die Städte sich in den Besitz von Freiheiten setzten, den Mächtigen Trost boten und durch ihre Genossenschaften selbstständige Magistrate sich verschafften, während die Ausbildung der Städteverfassung in Deutschland ruhig bewirkt wurde, und die Kaiser und Landesherren eben so wie in England 21) die Könige die durch Herkommen erworbenen Vorrechte von Städten durch Privilegien schützten, ging in Frankreich 22) die Städtebildung aus einer Art von Revolution hervor, daher das Wort *communia* und *conjuratio* 23) oft als verhasste Worte vorkommen, und mancher Stadt es erst nach vielen Kämpfen 24) gelang, die Anerkennung als Commune zu erlangen; wobei es aber wahrscheinlich ist, daß lange vor der erweislichen Verleihungsurkunde manche Stadt schon die Rechte der Gemeinde ausübte 25). In Flandern 26) hatten kluge Fürsten die Wichtigkeit der Städte, welche überhaupt im Mittelalter als am meisten geeignet erschienen, dem Feudalismus der Macht des Adels entgegen zu wirken, früh erkannt und die Städtebildung begünstigt. Die Veranlassungen zur Bildung mancher deutschen Städte gab eine villa 27), und ein erweitertes Hofrecht 28),

20) Gut die oben angef. diss. Kock de potest. episcop. p. 92.

20a) Eichhorn in d. Zeitschrift. I. S. 226. Gaupp S. 68. Hüllmann III. S. 545. Kock p. 100.

21) Hüllmann Städtewesen III. S. 97. S. 524; vorzügl. Merewether and Stephens the history of the boroughs and municipal corporations of the united Kingdom. London, 1835. III vol. Zeitschrift für ausländische G. und R. B. VIII. S. 35. S. 163, vergl. mit Zeitschrift III. S. 136.

22) Jene französischen Städte, die zur Römerzeit Municipien waren, haben auch in Frankreich keine Urkunden, wodurch sie erst als communes anerkannt wurden. Uebrigens ist wohl zu trennen commune, municipes, bourgeoise. s. am besten Papon histoire de Provence. III. p. 487. Auch die villae legis sind noch keine Communes. Raepsaet supplement à l'analyse p. 355.

23) Script. rer. franc. tom. XV. p. 105. Thierry lettres p. 135. Raepsaet p. 359.

24) An manchen Orten wurde die Commune zweimal aufgehoben und bildete sich dann doch wieder, z. B. in Cambray, Thierry lettres p. 142 etc.

25) van Praet l. c. p. 38.

26) S. oben in not. 2, und vorzüglich Barnkönig Rechtsgeschichte S. 332. 346. Von Gent; Barnkönig II. S. 16; von Brügge S. 100.

27) Beispiele: Rindlinger Münster. Beiträge. I. S. 15. Wigand Geschichte von Corvei S. 115. Von heffischen Städten: Kammel Geschichte von

oder eine Burg ²⁹⁾, und das Interesse der Fürsten ³⁰⁾ selbst, gewisse Ansiedelungen zu begünstigen. Für die Geschichte mancher Städte, insbesondere im Norden, wurden die schon vor der Städteverfassung an manchen Orten begründeten freiwilligen Vereinigungen der Bürger in Gilden ³¹⁾ wichtig. Die in einigen sächsischen Städten ³²⁾ vorkommenden Rolandssäulen beweisen weder ein vorzüglich hohes Alter,

Hessen S. 227; von braunschweigischen Städten s. Geseñius Meierrecht. I. S. 331. Auch München war villa; Lipowsky Urgeschichte von München. München, 1816. Auch Frankfurt war villa, s. Kirchner Geschichte der Stadt Frankfurt. Frankfurt, 1807. II Bde. v. Richard die Entstehung der Reichsstadt Frankfurt. Frankf. 1819.

28) Eichhorn in der Zeitschr. I. S. 232; vorzügl. Beispiel von Münster s. Wilkens Versuch einer Gesch. von Münster. Hamm, 1823. Von Ensisheim (dem Sitz d. alten kaiserl. Landvögte) s. Merklen Ensisheim jadis ville libre imperiale. Colmar, 1840. 2 vol.

29) Weiße Geschichte der sächs. Staaten. I. S. 82. Wigand l. c. S. 219. Hüllmann Geschichte der Städte. III. S. 7. Darauf bezieht sich die Behauptung der Städtegründung durch Heinrich I. s. Spittler in Com. soc. reg. Götting. vol. IX. p. 82. Eichhorn Rechtsgeschichte §. 224a. Wigand l. c. S. 219.

30) Die kleineren Städte erhielten nach dem Muster einer schon blühenden Stadt ihre Verfassung. Von niedersächsischen Städten, Beneke im neuen hannoverschen Magazin 1793. nr. 75—82. Geseñius Meierrecht S. 331; von Sachsen, Weiße l. c. S. 178; s. noch über sächsische Städtegründung Schaumann Gesch. des niedersächs. Volkes S. 542. Zimmermann Verf. einer Entw. der märkischen Städteverfass. Berlin, 1838. 2 Theile; von Baiern, Ischokke bayerische Geschichte. II. Bd. S. 123, und Sammlung der bayerischen Städteprivilegien in Lipowsky bayer. Nationalgarde-Almanach von 1814—16. Iher das Stadtrecht v. München. XXIII.; von Bamberg, Jössl das alte Bamberger Recht S. 49.; von Rothenburg, Benfen histor. Unters. über d. Reichsst. Rothenburg S. 94.; von Württemberg, Jäger schwäbisches Städtewesen des Mittelalters. Stuttgart, 1831. v. Wächter Handbuch des württembergischen Privatrechts. I. S. 28. 36. 42.; von hessischen Städten, Ruchenbecker annal. coll. V. Kepp hess. Gerichtsverf. I. Bd. Beil. S. 1—34; von den Rheingegenden, Bodmann rheing. Alterth. S. 381; von Oesterreich, Kurz österreich. Handel in älteren Zeiten. Vinz. 1822; von Mecklenburg s. v. Kamphs Civilrecht von Mecklenburg. I. S. 152—317; von den märkischen Städten, Wersebe über niederländische Kolonien S. 602. und v. Kamphs Literatur des märkischen Privatrechts S. 162—69; von Pommern Wersebe l. c. S. 638; von den schlesischen Städten, Tschoppe und Stenzel Urkundensamml. zur Geschichte des Ursprungs der Städte. Hamburg, 1832; von der Schweiz, Henke in der Zeitschrift für histor. Recht. III. Bd. nr. 6. Bluntschli Rechtsz. I. S. 123. Recueil diplom. du Canton de Fribourg. 1839. 2 Hfte.

31) J. B. von Schleswig, Staatsbürgerl. Magazin von Jalk. III. Bd. S. 538. Der Gildbruder konnte und mußte gültiger Consacramentale für den andern Gildbruder seyn; jus Slesvic. ant. 2. 3. 4. 27. Rosenvinge de usu juram. II. p. 41. Staatsb. Magazin. V. S. 73.

32) J. B. in Bremen (das deswegen angeführte Diplom von 1111). Lünig Reichsarchiv pars spec. cent. IV. p. 219. ist falsch. Donandt Gesch. des Bremischen Stadtrechts. I. S. 95 not. Niccius von den Stadtgesetzen S. 265. s. Verzeichniß der Städte bei Dreyer in Spangenberg Beiträge zur Kunde der deutschen Rechts-Altenthümer S. 13—20.

Von Verbindung der Personen in Corporationen 2c. 369

noch die Verleihung der Stadtfreiheit ³³⁾. In manchen Städten scheint auch erst aus der Verfassung einzelner Kirchspiele, in welchen die Idee der Gesamtbürgerschaft sich früh ausdrückt ³⁴⁾, allmählig eine Gesamtverfassung entstanden zu seyn ³⁵⁾; daher verdient auch die alle Abtheilung der Städte in Nachbarschaften, die innige Vereinigungen waren, auf das Consacramentalen-Verhältniß wirkten ³⁶⁾, und woraus die Nachbargerichte ³⁷⁾ stammen, eine vorzügliche Beachtung.

§. 135. [§. 123.] Fortbildung der Städteverfassung.

In der Ausbildung der Städteverfassung zeigt sich keine Gleichförmigkeit; nur allmählig und unter Begünstigung mannigfaltiger von den Bürgern benützter Ereignisse erwarben die Städte ihre Vorrechte. I. Während anfangs in den Städten eine höchst verschiedene Bevölkerung vorkam, und allmählig eine Bürgerschaft im Gegensatz der übrigen Städtebewohner sich ausbildete, entstand allmählig die Verschmelzung der verschiedenen Klassen von Einwohnern ¹⁾ der Stadt in eine freie Stadtgemeinde mit Aufhebung aller auf die unfreie Bevölkerung bezüglichen Lasten ²⁾. II. Die Grem-

33) S. verschiedene Meinungen in Haltaus gloss. 1555. Conring de urbib. germ. §. 71. 72. Pfeffinger Vit. illustr. II. p. 283. Riccius specil. p. 264. Eggeling de statutis Rulandinis. Brem. 1700. Hufsch. Culturgeschichte der deutschen Städte S. 112, und Spangenberg l. c. Türk de statutis Rolandim. Rostock, 1824. Heysser Beitr. zur Kunde des deutschen Rechts S. 39. 40. Donandt Gesch. des Bremischen Stadtrechts. I. S. 216. Lappenberg in Berliner Jahrbüchern 1830. S. 477. Man kann nur zugeben, daß zuweilen die Säule als Symbol des Königsbanns galt.

34) J. B. in der Verfassungsurkunde des Niederrheins in Köln (aus dem XII. Jahrh.) bei Elsen in den Materialien I. S. 493.

35) Elsen Schreinspraxis S. 30. und Verfassung des Niederrheins in Köln, in den Materialien zur Geschichte und Statistik des niederrheinischen Kreises. I. Bd. S. 491. Auf diese Art kommen die Pfarrsprengel und Heimschaften vor. s. Hüßmann Städtewesen. II. S. 423 2c.

36) Rosenvinge de usu juramenti. Sect. II. p. 30—40.

37) J. B. in niederländ. Städten, J. B. von Brüssel von 1422 in Lustre van Brabant. II. Deel. p. 42, und andere Urk. in Raepsaet analyse et critique de l'origine et des progrès des droits civils des Belges. Gand, 1824. p. 280.

1) Unter diesen waren auch viele Hörige. s. über die verschiedenen Klassen der Bewohner der flandrischen Städte: Barnkönig Rechtsgeschichte I. S. 348. s. von Ulm: Jäger Ulms Verfassung S. 64. S. 88. Von Bremen: Donandt Geschichte d. Brem. Stadtrechts. I. S. 67. Von Zürich: Bluntschli S. 146.

2) J. B. von Westphalen. s. Mein Aufsatz in v. Savigny's Zeitschrift. II. S. 345. Hüßmann l. c. S. 65. Urk. von 1306 in Niepert Münster. Urk.-Buch S. 485.

tion der Stadt von der Gerichtsbarkeit des Landgerichts und alle Vorrechte wirkten nur auf den städtischen, besonderen Frieden genießenden Bezirk, Weichbild genannt ³⁾. Dies Wort ⁴⁾ läßt sich am besten ableiten aus dem Worte: Wik ⁵⁾, d. h. einem befestigten Plage ⁶⁾, und Bild ⁷⁾, wodurch die städtische Gerichtsbarkeit bezeichnet wurde ⁸⁾. III. Als Beamte im Stadtbezirk kommen vor: a) der Vogt ^{8a)} als der Vertreter kaiserlicher oder landesherrlicher Rechte ⁹⁾. Durch die Bestellung des Vogts behielt der Kaiser ¹⁰⁾ in der nun von dem Gau getrennten Stadt die Rechte, welche einst die

- 3) Hartmann de etymologia voc. Weichbild. Hil. 1719. Gruppen disc. p. 739. Westphalen mon. praef. IV. p. 123. Kindlinger Müntz. Beitr. II. S. 215. Eichhorn Zeitschr. I. S. 221. Wigand l. c. S. 227. Gruppen observ. rei agrar. p. 1.
- 4) Gleichstehend dem Weichbild ist im Dänischen das Wort: Byrid. Staatsbürg. Magazin. V. S. 102. In Frankreich stehen die Worte septena, der, quinte gleich. Thaumassiere Contum. de Berry p. 10. Lauriere gloss. II. p. 348–350. 358. In Flandern banleuca oder banlieu. Barnkönig Rechtsgeschichte I. S. 315. Ven den corpi santi in Italien die Preischrift: delle vicende delle proprietà. p. 273. Leo Gesch. v. Italien. I. S. 312.
- 5) In Urkunde von 1168 von Bremen zuerst, s. noch Urk. in Haltius gloss. p. 2052. und merkw. Urk. von 1252 in Riefert Münst. Urk.-Buch. I. S. 501. s. noch die Meinung von Hüllmann Städtewesen III. S. 281, der es von vicus ableitet, und Laurentbrecher Privatr. II. S. 807 not. Beucher Andreae de orig. juris munic. p. 176. 192 in not.
- 6) In Urk. von Köln in den Materialien l. c. I. S. 495. heißt es: propugnaculum quod dicitur Wichhaus. Wich bedeutet Krieg; auch in holland. Urk. ist Wichhuis ein fester Platz. s. wichtig Verhandelingen der Groninger Genootschap. vol. V. p. 66. in den Anmerkungen. s. noch Phillips I. S. 58 in not.
- 7) Gaupp über Städtegründung S. 98–117. Magdeburg. Weichbild. Art. 9. Grimm Alterth. S. 172. s. jedoch über Bild auch Hüllmann II. S. 207. Ueber Bedeutung von Bild (polsk) s. Börsch Bamberger Stadtr. S. 49.
- 8) Man bediente sich wohl auch des Wortes: Weichbild, um damit das Stadtrecht zu bezeichnen.
- 8a) Struben Nebenstunden. V. Thl. S. 282. Eichhorn in der Zeitschr. II. S. 181. Meper Chronik von Aachen S. 248. Stetten Gesch. von Augsburg S. 251. Richard l. c. S. 29. 61. Hüllmann III. S. 19–22. Kunde s. 727. Hüllmann Städtewesen II. S. 340. s. noch Pfeffinger Vir. II. p. 594. Weiße sächs. Gesch. I. S. 125. Von Ulm: Jäger S. 96. In Urk. auch raewardus genannt. In den Niederlanden der bailli; Barnkönig Rechtsgesch. II. S. 65. Urk. von 1308 in recueil des ordonnances. V. p. 130. Raepsaet origine des Belges. II. pag. 354.
- 9) Es können in Städten auch zweierlei Vögte getrennt werden. Hüllmann II. S. 340. Nach Schubert Nachtrag S. 23. kommt in Bamberg advocatus burgi und advocatus fori vor. s. aber auch vom Untervogt in Ulm: Jäger S. 107.
- 10) In manchen Orten hatte der Bischof das Präsentationsrecht, Börsch Bamberger Recht S. 49; an anderen wählte der Bischof, Koch de potestat. civil. episcop. p. 115.

Comes ausübte ¹¹⁾; b) der Schultheiß ¹²⁾, als Vorstand des Landgerichts und als Stellvertreter des Landesherrn und Vorstand der städtischen Behörde ¹³⁾, und c) in einigen Städten der Burggraf ¹⁴⁾, ursprünglich der oberste Richter und Anführer der Burgministerialen, später mit sehr verschiedener Competenz. IV. Neben diesen Beamten trifft man städtische Behörden ¹⁵⁾, entweder ¹⁶⁾ indem die Uebertragung des Grundeigenthums ein Schöffencollegium forderte, oder die Verwaltung der Stadtgüter und Beforgung der Geschäfte einer Behörde übertragen war, oder die in den Gerichten der Beamten urtheilenden aus der Zahl der Bürger genommenen Schöffen ¹⁷⁾ ein Collegium bildeten. V. In manchen Verhältnissen treten schon alle Bürger als eine Genossenschaft auf, wobei der Ausdruck: universi cives verschiedene Bedeutungen hat ¹⁸⁾. VI. Der in den Urkunden erwähnte aus Bürgern bestehende Rath ¹⁹⁾ kommt zuerst vor als ordentliches, zur Verwaltung ²⁰⁾ des Gemeinvermögens und

11) Bluntschli I. S. 135. 165. St. Genois histoire des avoueries. p. 146.

12) Straßburger Recht in Grandidier hist. II. p. 46. Hermann notices hist. sur la ville de Strassbourg. I. p. 9. Richard S. 58. 61. 66. Eichhorn Zeitschrift I. S. 230. Günther Gesch. von Koblenz S. 50. Ropp Nachr. von heffischen Gerichten. I. S. 325. Hüllmann Städtewesen. II. S. 353. Von Ulm: Jäger S. 158. 182; von den Niederlanden: Barnkönig II. S. 68.

13) Mader ant. Brunsvic. p. 234. Sachsenspiegel III. 64. Magdeburgisches Weichbild Art. 44. Römische Urk. von 1187 über Rechte des Burggrafen, in Elfen Schreinspraxis S. 72. Hüllmann l. c. II S. 343—353. Ueber den Umfang seiner Rechte kommt in den Städten große Verschiedenheit vor. Zöpfl das Bamberger Recht S. 51—57. Auch in den Schweizerstädten kommt scultetus als Vorstand des Rathes vor. Bluntschli I. S. 158.

14) Gaupp S. 179.

15) Hüllmann Städtewesen. II. S. 283. Von den Schöffen in den flandrischen Städten Barnkönig I. S. 377, II. S. 43. 54.

16) Hier ist die Schwierigkeit bei der Geschichte der Städte auch in Italien. Wie weit ging die Gewalt jener electi consules z. B. in Mailand. Urk. von 1093 in Monum. hist. patr. I. p. 708. So ist auch der Ursprung des Wortes: commune schwierig; es kommt in jener Urk. von 1093 vor. s. Sclopis storia I. p. 135. und Graf Balbo appunti per la storia delle città p. 78.

17) Von flandrischen Städten Barnkönig II. S. 55.

18) Hüllmann Städtewesen II. S. 288. Richard Entst. von Frankfurt S. 75. Gemeiner vom Ursprung von Regensburg S. 57. 85. Lancizolle Grundzüge S. 33. s. noch Zöpfl Bamberger Recht S. 59. Bluntschli I. S. 143.

19) Freiburger Recht in Schöpfung V. p. 50. Gemeiner Chronik von Regensburg. I. S. 229. Hontheim hist. Trev. I. p. 483. Straßburg in Grandidier p. 36. Richard l. c. S. 71. 84. Wigand l. c. S. 248. 252. Dohs Geschichte von Basel. I. S. 324. Hüllmann l. c. S. 40. Eichhorn II. S. 175. s. noch Heineccii antiq. II. p. 321. Gaupp S. 198.

20) In der Bezeichnung der städtischen Beamten ist große Verschiedenheit. In

Handhabung der Polizei bestimmtes Collegium ²¹⁾. Die in den Urkunden vorkommenden consules ²²⁾ [mit Unrecht als dem später vorkommenden Bürgermeister gleichbedeutend genommen] sind die Beisitzer dieses Rathes [Rathmannen] ²³⁾. VII. Ein Bürgermeister kommt zwar schon früh ²⁴⁾ als Vorsteher der Stadt vor; allein es ist nicht ersichtlich, ob darunter ein von der Stadt gewählter Vorstand gemeint ist ²⁵⁾, da sich ergibt, daß noch lange der Rath als eine unter der Leitung der landesherrlichen oder bischöflichen Beamten ²⁶⁾ handelnde Behörde erschien. VIII. Die besondere Art der Ausbildung der Verfassung war verschieden, je nachdem a) die Stadt ein bischöflicher Sitz war ²⁷⁾, wo aus der Immunität die Stadtfreiheit hervorging, und durch den Kampf der Bürger mit dem Bischofe sich fortbildete ²⁸⁾, oder b) ob die Stadt auf eine Burg sich gründete,

Würzburger Urk. aus dem XII. Jahrh. kommen immer vor: Vicedominus und Scultetus. Ludewig script. Wirceb. p. 993. in Urk. von 1161. (Lang regest. I. p. 243.) kommt außer den beiden auch comes urbanus vor. In Aachener Urk. j. B. 1249 (in Günther cod. Rheno-Mosell. II. p. 237.) scultetus iudices scabini. In Andernach. Urk. von 1287 scabini majores in Günther II. p. 463. In Worms. Urk. 1316. (in Moriz S. 185.) im Anh. Schultheiß, Greven und Richten; von Mainz, f. Senkenberg medit. III. p. 474. Guden cod. dipl. II. p. 436. 460. In den niederländischen und friesischen Städten kommt Aldermanus vor. f. Urk. in Monum. Groningan. p. 36. 39. In Zurich kommt ein Rath schon 1111, sicherer 1190 in Urk. vor, f. Bluntzschl I. S. 140. Von Bamberg f. Zöpfl S. 75.

- 21) Merkw. ist cap. 1. de immunit. eccles. in 6to, wo bei den städtischen Beamten in regno Franciae geredet wird von communiae scabini seu consules et alii domini temporales. Donandt Gesch. I. S. 151.
- 22) Die Bedeutung wechselt auch in verschiedenen Ländern. f. Hüllmann Städtewesen. II. S. 258. 297. 301, III. S. 256.; von Frankreich: Papon hist. de Provence. III. p. 498—561.; von Friesland: Mon. Groning. inedita. I. p. 36. 53, vorzüglich III. p. 628; von Bremen: Donandt I. S. 121. In Italien zeigt sich gleichfalls, daß Consules die Mitglieder des Rathes bedeutet. Die älteste Urkunde ist von Orvieto von 975, von Pisa 1017. f. noch Morbio storie dei municipi ital. volume Ferrara etc. p. 220. Sclopis storia p. 135. C. Balbo appunti p. 83. Cibrario storia della monarchia. I. p. 158.
- 23) In Lüb. Urk. (Dreyer Einl. in die Lüb. Verordn. S. 679.) kommt vor: consules veteres et novi. f. noch Urk. in Tröltzsch Annal. I. S. 217. f. Hüllmann S. 13. Wigand S. 231. 326. Richard S. 21. 29. 43.
- 24) Von Worms: Moriz im Urkundens. 150.; von Ulm: Jäger S. 126.
- 25) In Italien war der podestà der Hauptvorstand, aber häufig war er kein Bürger. f. Brunetto Latinis (Lehrer von Dante) Schrift in biblioth. de l'ecole de chartes. vol. II. Heft 4. S. 313.
- 26) J. B. wegen des Präsidiums des Vogts im Rath. Jäger Ulms Verfassung S. 104. Donandt Gesch. des Brem. Stadtr. I. S. 288. Von Schöffen als Beisitzer des Vogtgerichts: Donandt I. S. 87.
- 27) Daß die Bischöfe auch über die Städte Gewalt bekamen, weiß ihr Vogt den Grafenbann erhielt, f. Eichhorn in der Zeitschrift I. S. 214. Gamp S. 215. Lev von lombardischen Städten S. 83. Hüllmann III. S. 545.
- 28) Moriz vom Ursprung S. 55. 59. Lehmann Chronik. IV. cap. 2.

wo der Burggraf Hauptperson war ²⁹⁾, und das Bedürfniß der Burg schon die Bildung eines eigenen Stadtgerichts erzeugte ³⁰⁾, oder c) ob die Stadt ursprünglich eine Villa war, wo der Scultetus am wichtigsten wurde ³¹⁾, und wobei wieder gesehen werden muß, ob die Stadt auf eine Reichs-Villa sich gründet oder nicht ³²⁾.

§. 136. [§. 124.] Begründung der vollständigen Stadtverfassung.

Die Begründung der vollständigen Stadtverfassung geschah erst:
I. als es den Städten gelang, von den herrschaftlichen Beamten sich loszumachen, entweder indem einige Städte die Vogtei an sich brachten ¹⁾ oder das Schultheissenamt ihnen verpfändet ²⁾ wurde, oder als wenigstens der Rath bewirkte, daß jene Beamte nicht mehr den Vorsitz in dem Collegium führten ³⁾. Noch wichtiger wurde es, als II. der Rath ⁴⁾, der als das ordentliche Collegium der Stadt die Rechte der Gemeinde vertrat, selbstständig in ihrem Namen handelte ⁵⁾, und die Gerichtsbarkeit an sich brachte ⁶⁾. Daß das Schöffencollegium neben dem Rathe bestand, ist gewiß ⁷⁾, und nur allmählig er-

29) Urf. von 1265 von Nürnberg, hist. Norimb. p. 154. Uebrigens ist wichtig, ob in einer Stadt nur ein Burggraf war, oder auch ein bischöflicher Beamter, z. B. von Straßburg. Grandidier histoire tom. II. p. 66. Die Haupturkunde vom kölnischen Burggrafen in Elafen Schreinspraxis Seite 72.

30) Am reichlichsten ist eine Urkunde von 1321, wodurch Bozum zur Stadt erklärt wurde.

31) Das Verzeichniß der Bambergischen Sculteti beginnt mit 1124 in Schubert Nachträge zum historischen Versuch S. 145.

32) S. noch Gaupp S. 194. Hüllmann III. S. 536.

1) Datt de pace publ. p. 8. nr. 85. Kethmeier Braunschweig. Chronik S. 1614. Landbuch der Mark S. 32. Langenmantel Hist. des Regiments in Augsburg S. 12. Weiße Staatsrecht von Sachsen S. 188. f. über das Schicksal dieser Vogtverhältnisse von Ulm merkwürdige Urf. von 1255 in Senkenberg med. VI. p. 385, f. noch Jäger Ulms Verfass. S. 260; von Augsburg: Braun Geschichte der Bischöfe von Augsburg. II. Thl. S. 127.; f. von Münster wichtige Urf. von 1173 in Riefert Münster. Urf. 357.

2) J. B. in Frankfurt im XIII. Jahrh. Richard I. c. 143—152; von ähnlichen Käufen in Magdeburg: Gaupp das alte Magdeb. Recht Seite 136.

3) Dies war in Zürich, Bluntschli I. S. 158.

4) Ueber den Ausdruck: Weisheit in d. Urf. Verhandel. der Groninger Genootschap. vol. V. p. 8—15.; über Wittheit f. Hüllmann II. Seite 458.

5) Wenn die Stadt durch ihren Rath Statute entwerfen ließ (deutlich 1160 in Pisa), war ihre Selbstständigkeit schon anerkannt. Noch bestimmter zeigt das Recht Krieg zu führen, z. B. in Italien, die Selbstständigkeit. Sclopis storia I. p. 124.

6) Bluntschli I. S. 166.

7) Gaupp das alte Magdeburg. Recht S. 141. Jäger S. 262. Von Bamberg Böpfel S. 76.

folgte an manchen Orten ⁸⁾ die Vereinigung ⁹⁾. III. Auf die weitere Ausbildung der Verfassung hatte der Umstand Einfluß, ob allmählig die Handwerker mächtiger wurden ¹⁰⁾, und die Zünfte als eigene Corporationen sich ausbildeten, die auch Einfluß auf Stadtrecht erhielten. Dadurch entstand an manchen Orten ein Gegenrath ¹¹⁾: a) von dem engen Rath ¹²⁾, der das eigentliche ordentliche gebietende (häufig nur aus den rathsfähigen Bürgern ergänzte) Collegium blieb ¹³⁾, und b) von einem weiten [großen, äußeren] Rath ¹⁴⁾, als einem aus den Bürgern überhaupt (insbesondere den Handwerkern) hervorgegangenen Collegium zur Controle des engen Rathes, und berechtigt, bei bestimmten Geschäften in Verbindung mit dem engen Rathe zu berathen ¹⁵⁾. IV. Ein neuer Schritt zur Selbstständigkeit war geschehen, als an die Spitze der städtischen Verwaltung ein von der Bürgerschaft gewählter ¹⁶⁾ Bürgermeister ¹⁷⁾

8) Hüllmann Städtewesen II. S. 455. Donandt Gesch. von Bremen. I. S. 130. Früh bemerkt man, daß für die Entscheidung der kleinen Civilfälle ein besonderes Niedergericht bestand; darauf beziehen sich die vinders. Warkönig II. S. 71.

9) S. über städtische Gerichtsbarkeit Hef. in Hiesert Münster. Urkundenbuch S. 309. und in Meier Denkrück. Gesch. III. Thl. S. 71. Urk. von 1196. 1298 in St. Genois index chronol. des chartes de Lille p. 492. 775. f. Raepsaet analyse de l'origine des Belges. I. p. 308. Wie jedoch häufig die Städte, wenn sie auch eigene Gerichte hatten, in Verbindung mit dem öffentl. Landgerichte blieben, zeigt eine Urk. von 1527 in der Zeitschrift: die geöffneten Archive für Geschichte Baierns. II. Jahrgang. 68. Heft. S. 130. Gut über die allmähliche Ausbildung der städtischen Gerichtsverf. Hef. die Gerichtsverf. von Schleswig S. 154.

10) Richard Gesch. von Frankfurt S. 185. Bluntshli I. S. 324—26.

11) Ochs Geschichte III. S. 528. Urkunde von 1364 Kurz Geschichte S. 241; 1362 von München Eutner in histor. Abh. der Akademie (1813.) S. 523; 1362 (Trier) Hontheim II. p. 227; 1370 von Köln: Elsen der Kölnische Senat S. 28. f. Urk. in securis ad rad. nr. 129.

12) In München bestand 1362 ein consilium principale, ein secundarium und ein consilium majus; das letzte bestand 1380 aus 203 und im Jahre 1383 aus 1102 Köpfen. f. Eutner S. 523. Neben den Schöffen findet man in den niederländischen Städten früh choremanni. f. darüber Birnbaum in der Zeitschrift für ausländische Gesetzgeb. I. S. 144 162, II. S. 41. Warkönig Nechtsgeschichte I. S. 368.

13) Hüllmann Städtewesen II. S. 449. III. S. 301.

14) Hüllmann III. S. 308. Der Ausdruck: wittigsten (f. auch not. 6.) scheint in Urkunden den weiten Rath anzudeuten. f. Lappenberg Programm zur dritten Secularfeier der bürgerchaftl. Verf. Hamburg, 1828. S. 16. 51.

15) Die Sitte, die aus dem Rathe eben ausgetretenen Mitglieder in wichtigen Fällen wieder beizuziehen, kommt schon früh vor. Ausgänger genannt in oberhein. Stat. Papelier de mandato p. 63. Hermann notices II. p. 13. (in Straßburg alte Herren); in Basel ersten Rath, f. Ochs I. S. 367. f. noch Dreyer Einl. in das Lüb. R. S. 68.

16) In Lübeck wurde er immer nur auf ein Jahr gewählt. Cod. Lub. III. art. 242. In Hach das alte Lübsche Recht S. 469. In manchen Städten schuf die Energie und Klugheit eines Mannes die neue Stelle, z. B. in

kam, welcher Vorstand des Rathes war, die laufenden Geschäfte besorgte und die Rathsbeschlüsse vollzog. V. Durch den Grundsatz¹⁸⁾, daß nur in der Stadt eine vollständige Gewerbs- und Zunftverfassung stattfinden könne, durch die steigende Blüthe des Handels und Gewerbsfleißes, durch die Anerkennung der Stadt als juristische Person [auch mit dem Rechte des Siegels]¹⁹⁾, durch ihre politische Stellung, welche das Lehenswesen bedrohte, und durch ihre Autonomie, so wie durch den Erwerb vieler Rechte, die sonst nur die Landesherren oder der Kaiser ausübten²⁰⁾, erschien die Stadt als die freieste, mächtigste und selbstständigste Corporation²¹⁾.

§. 137. [§. 125.] Reichsstädte. Freie Städte.

Veranlaßt durch die alte Eintheilung in *civitates praefectorias* und *regales*, obwohl daraus nicht eine ursprünglich verschiedene Verfassung zu folgern ist¹⁾, entstanden aus einigen Städten, über welche die Vogtei keinem Landesherren eigenthümlich überlassen wurde²⁾,

Zürich (1336), Bluntschli I. S. 325. In Bamberg kommt erst 1326 sicher ein Bürgermeister vor. Zöpfl S. 79.

- 17) Der Ausdruck *Magistri consulum*, Bürgermeister, kommt freilich früh vor, allein er deutet nicht immer auf den spätern Bürgermeister. s. über *magistri consulum* Beucker *Andreae* p. 360. f. Grashof orig. Muehlhus. p. 90. Wolf Geschichte von Heiligenstadt S. 21. Oft bedeutet der Ausdruck, z. B. in Römischer Urkunde, die Vorstände der einzelnen Aemter, oft auch die consules. s. noch Wilba Bildwesen S. 188. In Frankfurt kommt erst 1304 ein Bürgermeister vor s. Richard S. 182; von österreichischen Städten Kurz Gesch. des Handels S. 240. s. noch Hontheim hist. Trev. II. p. 465. In dem alten Rütthenischen Recht (in Eosmann S. 17. 23. 35.) kommt schon ein Borgermeister vor. In Regensburg zuerst 1243. s. Gemeiner Chronik I. S. 348. Von Ulm: Jäger S. 268. In Bremen kommt erst 1349 ein selbstständiger Bürgermeister vor. Donandt I. c. I. S. 288. s. noch Monum. Groning. inedit. III. p. 628.
 - 18) Urk. von 1337 in Ludewig rel. Ms. tom. IV. p. 41.
 - 19) In den großen Städten im XIII. Jahrh. Dreyer Einleit. S. 40. In Niederlanden eben so, z. B. Löwen 1282. Miraei opera. II. p. 1334. f. Haepsaet p. 384, vorzüglich im Supplement p. 275. s. noch Schwabenspiegel cap. 283.
 - 20) J. B. Zoll, Münzrecht.
 - 21) v. Lancizolle I. c. S. 53—68. Die beste Entwicklung der Städte-Verfassung seit dem XVI. Jahrh. aus Quellen in Bezug auf die belgischen Städte s. in Cachard *Précis du regime municipal de la Belgique avant 1794*. Bruxelles, 1834.
- 1) Struben Nebenst. I. Thl. nr. V. s. alter Kunde S. 426. Morig vom Ursprung der Reichsstädte S. 19. 20. 32. 50. 152.
 - 2) Eichhorn III. S. 275. Geschichte der Reichsstädte überhaupt, s. Pfeffinger Vittr. ill. II. p. 775. Geislor de civit. munic. in imper. etc. Lipsiae, 1778. Haus de habitu ant. munic. prov. med. aev. Mog. 1791. Lehmann Chronik von Speier. Buch VI. Morig vom Ursprung der Reichsstädte. Frankfurt. 1756.

oder denen die Erhaltung in den behaupteten Vorrechten und in der Freiheit von der landesherrlichen Gewalt gelang³⁾, oder aus Reichs-Willen die unter dem unmittelbaren kaiserlichen Schutze blieben⁴⁾, Reichsstädte, von welchen einige noch den Titel Freistädte⁵⁾ führten⁶⁾. Kaiserliche Privilegien und Reichthum einiger Städte, sich die Freiheit zu erkaufen⁷⁾, vermehrte die Zahl der Reichsstädte, deren Verfassung selbst verschieden war⁸⁾. Im Verhältniß zum Reiche stand ihnen Reichsstandschaft und wegen der Unmittelbarkeit die Landeshoheit zu⁹⁾. Die gesetzgebende Gewalt¹⁰⁾ übte jede Reichsstadt aus; mit Unrecht hatte oft der reichsstädtische Magistrat sich die oberste Gewalt zugeschrieben, während doch nur der Gemeinde als solcher die Rechte zustanden und der Magistrat nur das zur Ausübung gewählte Collegium war¹¹⁾. Während seit 1803¹²⁾ und 1806 die Reichsstädte untergingen, wurden vom deutschen Bunde vier freie Städte¹³⁾ anerkannt, welche, keiner Landeshoheit unterworfen, im unmittelbaren Bundesverbande so stehen, daß der Stadt mit dem Rechte der Selbstregierung und Gesetzgebung Stimmrecht auf dem Bundestage zusteht.

3) Merkw. Verhandl. über Trier in Hontheim hist. tom. II. p. 535. (Trier konnte sich nicht behaupten als Reichsstadt.) Heinzeii ant. II. p. 345. Menschlagers Erläut. der goldenen Bulle S. 301.

4) Von Eufischheim im Elßas s. Nachweisung in Merklen's (s. oben §. 134. not. 29.) Schrift vol. I. p. 240.

5) Urkunde von 1276 in Senkenberg. sel. tom. II. p. 593. Prieser diss. de civitat. imperial. praes. Ulma. Helmst. 1774. §. 12. 13. Häberlin Repertor. des Staatsrechts. IV. Thl. S. 604. Eichhorn Rechtsgesch. III. S. 279.

6) Unrichtig spricht man von gemischten Städten. Lehmann Speier. Chronik S. 285. Häberlin l. c. S. 605.

7) Pfessinger Vitr. l. c. p. 813.

8) Woelkern de const. civ. imp. Altorf, 1787. Moritz Einleit. in d. Staatsv. d. oberrhein. Reichsstädte. Frankf. 1785. II Bde. Moser von d. reichsst. Regim. Verf. Stuttg. 1772. Abele von Verb. des Magistr. und der Bürgerschaft in Reichsst. Leipzig, 1780. Wegelin thesaur. diss. sel. de liber civ. Lind. 1770. Moser reichsst. Magazin. Frankf. 1774. Jäger jurist. Magaz. Ulm, 1790. VI Bde. Eisenhart Anleit. S. 78—88.

9) Westphäl. Friede. Art. VIII. §. 4.

10) Felz de jure legislat. territor. civitat. imper. Argent. 1701.

11) Eisenhart Anleitung S. 215. Nach dem Hamb. Hauptreß von 1712 Art. 1. ist die höchste Herrschaft inseparabili nexu bei dem Rathe und der erbgekauften Bürgerschaft. Bunk Handb. der Hamb. Verfassung und Verwaltung. Hamb. 1828 S. 24.

12) Reichsdeputat. Abschied von 1803. §. 27.

13) Wiener Congressacte Art. 46. Hamburg. Rath- und Bürgerschuß vom 27. Mai 1814. Frankfurter Constitut. Ergänzungsbacte vom 17. Juli 1816. Villers constitutions des trois libres villes etc. Leipz. 1814. Müller Einleit. zum Studium der Verfassungsgesch. der freien Städte. Hamb. 1825. Klüber öffentl. Recht §. 178 a. b. Maurenbrecher deut-

§. 138. [§. 126.] Bildung der Stadtgemeinde.

In ihrer Stellung zu anderen Gemeinden (Dörfern und Marktflecken) erscheint die Stadt ¹⁾ als diejenige Gemeinde, welche städtische Vorrechte erworben hat. Dies kann durch Verleihung oder durch Verjährung geschehen seyn ²⁾. Zu den städtischen Vorrechten ³⁾ gehören das Recht der eigenen Verfassung mit selbstgewählten Behörden, die ausschließende Befugniß der Betreibung der bürgerlichen Nahrung und das Marktrecht. — Schon die Umwandlung des Kriegswesens seit dem XVI. Jahrhundert, noch mehr das Streben in den letzten Jahrhunderten, eine gewisse Gleichheit aller Unterthanen einzuführen ⁴⁾, die Beschränkung der Autonomie der Städte und ihrer polizeilichen Rechte, wirkten auf die allmähliche Untergrabung der Selbstständigkeit und der Bedeutung der Städte. Immer mehr fiel die alte Bedeutung der Städte, die besondern Schutz gewährten, durch viele Privilegien ausgezeichnet waren, weg, da die Privilegien eingeschränkt oder aufgehoben wurden ⁵⁾. Die Gewerbefreiheit, oder doch die neue Gewerbeverfassung, welche auch auf dem Lande alle Gewerbe gestattete, hob ein wichtiges Vorrecht der Stadt vor dem Dorfe auf ⁶⁾, und so hat der Begriff der Stadt in manchen Ländern nur eine historische Bedeutung ⁷⁾; allein immer bleibt da, wo die angedeuteten Veränderungen nicht so einwirkten, die rechtliche Bedeutung der Stadt im obigen Sinne ⁸⁾, und selbst nach den neuern

sches Staatsr. §. 169. 172. Zacharia deutsches Bundes- und Staats-R. S. 440.

- 1) Hessel com. de iuribus civitatum med. in german. Alt. 1793. Eisenhart Versuch einer Anleitung zum deutschen Stadt- und Bürgerrecht. Braunschw. 1791. Haubold Lehrbuch S. 460.
- 2) Viele alte Städte können keine Urkunde nachweisen, in welcher sie förmlich als Städte anerkannt wurden; aber sie können nachweisen, daß sie in einzelnen Fällen von der Regierung als Städte behandelt wurden.
- 3) Rechte, die im röm. Recht einer civitas eingeräumt sind, werden auch unsern Stadtgemeinden zuerkannt. Eisenhart Anl. S. 142—44.
- 4) v. Lancizolle über Städtewesen S. 110.
- 5) J. B. Gerichtsbarkeit.
- 6) Weiskhaar württemberg. Privatr. I. S. 287. v. Lancizolle S. 93. 136. Sparre Wangenstein Entw. einer Gemeindeordn. S. 2.
- 7) J. B. in dem französischen Municipalwesen. S. von Württemberg v. Rohl Staatsr. II. S. 185. — Der Art. 663. des Code civil nimmt Rücksicht auf den Unterschied von Stadt und Dorf; leider weiß man aber in Frankreich häufig nicht, was dahin gehört.
- 8) Jede Gesetzgebung wird die Stadtgemeinde an manchen Punkten (wegen innerer Verschiedenheiten) anders organisiren, als die Dorf-Gemeinde. s. noch Dahlmann Politik I. S. 218—240.

Gemeindeordnungen ²⁾) bleibt die Bedeutung der Stadt als die einer besonders bevorrechteten Art der Gemeinde im Gegensatz der Landgemeinden.

§. 139. [§. 127.] Verfassung der Stadt.

Jede Gemeinde, welche nachweisen kann, daß ihr Stadtrecht entweder vermöge einer Verleihungsurkunde ²⁾), oder vermöge unvor-
denklicher Verjährung zustehe, hat außer den Rechten, die aus dem Wesen der Gemeinde fließen, noch folgende Rechte: 1) das Recht, eine selbstgewählte städtische Behörde zu haben, das ordentliche aus den von der Gemeinde gewählten Mitgliedern bestehende magistratische Collegium, an dessen Spitze als Director der Bürgermeister ²⁾) steht, ist der Magistrat ³⁾) [innere Rath], mit allen Rechten, die dem ordentlichen Gemeindecollégium zustehen. 2) Der äußere Rath ⁴⁾), wo er besteht, erscheint nur als die controlirende Behörde und Repräsentant der Bürgerschaft in corpore. Die Zuziehung des äußern Rathes

2) Preuß. Städteordn. vom 19. September 1808 und die revidirte von 1833. Darüber Kammer über preuß. Städteordn. (Leipzig, 1827) und die dadurch veranlaßten Schriften von Streßfuß, Horn, Thiel. Versuche Metakritik dieser Schriften. Leipzig, 1826. v. Lancizolle S. 132. Wittenstein die preuß. Städteordn. Berlin, 1829. Reichard histor.-pol. Ansichten von der Bildung der Städteverf. Leipzig, 1830. Baier. Gemeinde-Edict §. 45—92. Weimar. Städteordn. vom 21. Dezember 1810. Nassauische Verord. vom 15. Juni 1816. In manchen Ländern giebt es auch Stadtordnungen für einzelne Städte. Die Hannover. Städte-Ordnungen, z. B. für Einbeck vom 5. Januar 1819, für Verden vom 12. Februar 1820, für Lingen vom 2. Januar 1824. s. überh. die neuen Gemeindegesetze oben in §. 121 not.; und dazu mecklenburg. Verf. Urk. für die Stadt Parchim und die für Schwerin von 1832. — Altenburg. Stadt-Ordn. vom 17. Juni 1831. Altenburg. Grundges. §. 115. Das baier. Ges. vom 1. Juli 1834. §. 1. gestattet kleinern Städten und Märkten, in die Klasse der Landgemeinden zurückzutreten. s. noch von Sachsen Müllhauser Staatsr. von Sachsen S. 247.

1) Ehemals des Kaisers oder des Landesherrn, jetzt der obersten Staatsgewalt. Preuß. Landr. II. Thl. Tit. 8. §. 27.

2) Auch genannt Aman (Aur. Geschichte von St. Gallen. I. S. 455.), oder Rathemeister. Schultes Koburg. Landesgesch. II. S. 167. Preuß. Städte-Ordn. §. 178.

3) Eranten Nebenstunden V. S. 453. Eichenhart l. c. S. 50—58. Runde §. 433—36. Preuß. Städteordn. §. 140—182. Baier. Edict §. 46. 55. Hänsel Bemerk. zum sächs. Civilrecht. II. S. 231.

4) Dieser gehörten auch in der älteren Verfassung die Genannten; von Wien: Rauch script. III. p. 48. Bürgerordnung von 1548. Stadtrecht von Enß s. Kurz Geschichte S. 247. und Urk. nr. 32. — Gemeiner Chronik von Regensburg. I. S. 324. Eichenhart §. 42. Wenz Euleit. l. c. S. 306. Runde §. 434. An ihre Stelle traten in neuen Verträgen die Stadtverordneten. Preuß. Städteordn. §. 69. 124. 183. In Baiern Edict §. 74. Gemeindebevollmächtigte. Hänsel II. S. 237. Altenburg. Stadt-Ordn. §. 71.

zu den Beschlüssen des Magistrats über die gewöhnlichen Verwaltungsangelegenheiten ist nicht nothwendig; soweit die Zustimmung der Stadtverordneten (Ausschusses) zu Beschlüssen gefordert wird (§. 126.), ist auch die Inziehung des äußeren Rathes nothwendig. 3) Eine Concurrenz der ganzen Bürgerschaft zu Gemeindefchlüssen ist da, wo ein äußerer Rath besteht, nicht anzunehmen, wenn nicht das Ortsstatut für gewisse Gegenstände den Beschluß der Bürgerversammlung fordert. 4) Das Recht der Ortspolizei ⁵⁾, ausgeübt vom Magistrate, steht der Stadt zu. 5) Das Recht, Statute ⁶⁾ zu machen (wenn nicht größerer Umfang erwiesen werden kann), geht auf jeden Fall darauf, Anordnungen über Ortspolizei und Gewerbsausübung zu treffen. 6) Wo ein Kämmerervermögen ⁷⁾ vorkommt, ist darunter das eigentliche zur Bestreitung der Ausgaben und Lasten der Stadtgemeinde bestimmte Vermögen verstanden ⁸⁾; wo ein Kämmerer aufgestellt ist ⁹⁾, verwaltet er dies Vermögen unter Aufsicht des inneren Rathes. 7) Die Stadt hat das Marktrecht als die Befugniß, Wochen- und Jahrmärkte zu halten ¹⁰⁾. 8) Alle anderen Rechte, welche außer der Rathsverfassung, dem Marktrecht, der vollständigen Gewerbsverfassung und der Localpolizei von einer Stadt, als ihr zustehend, behauptet werden, müssen speziell nachgewiesen werden; insbesondere ist dies auch in Ansehung der Gerichtsbarkeit der Fall ¹¹⁾. Die der Stadt zustehende Gerichtsbarkeit ist nach den

5) Nettelstadt in den Hallischen Anzeigen 1761. Eisenhart S. 125. 133. Weiße Staatsrecht von Sachsen S. 189. In welchem Umfang die Localpolizei der Stadt zusteht, ist in neuen Gem.D. sehr verschieden bestimmt; von Sachsen s. Wilhauser S. 267.

6) In den älteren Zeiten kamen hier die Burkoeren (Gruppen obs. rei agrar. p. 39.) oder Burspraken vor. (Ueber Ableitung des Wortes: Eichhorn Rechtsgeschichte S. 284. not. d. Anderson Hamb. Privatr. I. Thl. S. 497. Hudtwalker crim. Beitr. II. S. 28. Hudtwalker im neuen Archiv des Criminals. VI. S. 417.) Eine Sammlung mecklenburg. Bursprachen in v. Kamphs Civilrecht von Mecklenburg. II. S. 244—340. Städtische Burspraken — Duve Zeitschrift für Hannover. 36. Heft. S. 165. Hamburg. Bursprake von 1594, herausgeg. von Anderson, 1810. Vom Statutenrechte der Städte: Altenburg. Grundgesetz S. 120. u. oben S. 22.

7) Preuß. Landr. I. c. §. 115. Hänsel II. S. 243.

8) Eisenhart S. 139. Preuß. Landr. S. 138—158.

9) Eisenhart S. 148. Altenburg. Stadt-Ordn. S. 90. 103.

10) Schilling Lehrbuch des deutschen Stadtrechts. II. S. 281. Hänsel II. S. 223. Dies Recht der Jahrmärkte ist eine Auszeichnung der Stadt.

11) Eisenhart S. 108. Gut Falk Handb. der Gerichtsverf. von Schleswig S. 159. 173. Fast in jedem Stadtr. hat sich die Gerichtsbarkeit derselben eigenthümlich ausgebildet. Von Sachsen s. Weiße Gesch. von Sachsen II. S. 170. Wilhauser I. S. 267. Eine gemeinrechtliche Vermuthung läßt sich nicht aufstellen.

Regeln der Patrimonialgerichtsbarkeit zu beurtheilen. 9) Jedes städtische Archiv hat mit einem gerichtlichen Archive gleiche Rechte ¹²⁾, in so fern die allgemeinen Vorschriften über Haltung der Archive beobachtet werden ¹³⁾. Die fiscalischen Rechte können ohne einen erwiesenen besondern Erwerbungsgrund einer Stadt nicht zugesprochen werden ¹⁴⁾, und selbst die mit lübischem Recht bewidmeten Städte haben sie nicht ¹⁵⁾, da diese Bewidmung nur vom Privatrechte zu verstehen ist.

§. 140. [§. 128.] Gewerbsvorrechte.

Als Grundsatz der Städtefreiheit galt immer, daß nur in der Stadt eine vollständige bürgerliche Nahrung ¹⁾, wohin man alle Arten von Handwerken, das Bierbrauen und die Handlung zählte, betreiben werden könne, insbesondere bezog sich dies auf die günstig zu betreibenden Handwerke; darauf bezogen sich auch zunächst die Stadtfreiheiten ²⁾, welche die Dörfer beschränkten Gewerbe zu betreiben ³⁾. Fast überall haben neue Gesetze dies geändert ⁴⁾. Auf jene alten Verhältnisse bezogen sich als Freiheiten einiger Städte die Bannmeile ⁵⁾ und das Meilenrecht ⁶⁾, als das Recht, im bestimmten

12) Nov. 15. Cap. 5. Neues Lehrgebäude der Diplomatik (übers.) I. S. 84. Faulhaber über die Geschichte des Kanzlei- und Archivwesens der Reichsstädte. Kempten, 1798. Preuß. Landrecht. II. Thl. Tit. 8. §. 136. Spangenberg vom Urkundenbeweise. II. S. 42.

13) S. jedoch Eisenhart S. 159. Haubold sächs. Privatrecht S. 160. Pfessinger Vitr. illustr. III. p. 1512. In manchen Städten wird das sogenannte Archiv so von Aufwändigen besorgt, daß man auf ein solches Archiv nicht viel bauen darf.

14) J. B. durch unvordenkliche Verjährung.

15) Böhmer de jure fisci civitat. med. vi concessis jur. Lub. non comp. Gott. 1757.

1) Heineccii ant. german. II. p. 346. Kindlinger Münster. Beitr. II. S. 230. Eisenhart Anleit. S. 198.

2) Kurz Geschichte l. e. S. 81. s. noch Entm. Recht Lib. V. Tit. 5. Cap. 2.

3) Ueberall waren jedoch einige Gewerbe auch auf den Dörfern zugelassen, besonders solche, die man auch dort am nöthigsten brauchte, z. B. Schmiede s. oben §. 132 not. 8.

4) Die Gewerbefreiheit mußte dies ändern; das ausführlichste (Uebergangs-) Gesetz ist d. kgl. sächs. vom 9. Oktober 1840.

5) Gruppen observ. rei agrar. P. XXX. Preuß. Landrecht II. Thl. Tit. 8. §. 90. Bielitz Comment. VI. S. 197.

6) Sachsenspiegel III. 66. Banleuca in Urk. von 1356 in Lünig XVI. p. 490. Eichhorn §. 247, 312. Urkund. in Meichelbek hist. Fris. II. p. 81. Hormayr histor. Taschenbuch 1812. S. 54. Kurz l. e. S. 98. Hüllmann III. S. 116. Schaumburg Einleit. zum sächs. Recht. I. Thl. S. 156. Urk. im histor.-diplom. Magazin für Deutschland. II. Band. S. 318. Häntzel Bemerk. II. S. 223.

Von Verbindung der Personen in Corporationen etc. 381

Umfreise um die Stadt zu verhindern, daß keine der städtischen Nahrung schädliche Anlagen gemacht würden; daher entstanden Handelsprivilegien ⁷⁾ und Zollfreiheiten ⁸⁾. Die Befugniß zur Ausübung solcher Rechte muß von der Stadt, die sich darauf beruft, speziell erwiesen werden ⁹⁾.

§. 141. [§. 129.] Vorstädte.

Entstanden entweder als freiwillige, in der Folge erst mächtiger gewordene Ansiedelungen auf einer an eine Stadt gränzenden Villa ¹⁾, oder veranlaßt durch die Ansicht, daß man die Personen ²⁾, welche in den Schuß der Stadt sich begaben, aber nicht die nöthigen Eigenschaften hatten, nur in beschränkten Schuß nahm, bildeten sich Vorstädte, deren Verhältniß zur Stadt verschieden war, je nachdem sie selbstständiger sich begründet hatten, oder der Stadt incorporirt wurden ³⁾. Im zweiten Falle macht die Vorstadt eine Gemeinde mit der Stadt aus. Wenn die Vorstadt nicht als besondere Gemeinde gilt, verbinden die städtischen Statute auch die Vorstädte ⁴⁾.

7) Dahin gehört das Recht eigener Handelsrichter (Handgrafen). s. Gemeiner l. c. I. §. 280. 296. Rauch script. III. p. 70. Kurz Gesch. S. 249.; dahin das Markt-, Straßenzwang-, Stapelrecht u. a., s. unten bei dem Handelsrechte.

8) Hüllmann III. §. 120.

9) Preuß. Landr. II. Thl. Tit. 8. §. 90.

1) Laffaulx Lügelsoblenz, ein histor. Versuch. Coblenz, Jahr XI. (Der Republik.) Geschichte der Vorstadt Au bei München, in Lipowsky Urgesch. von München S. 208.

2) Dreyer Einleit. in die Lüd. Verordn. S. 78. Bodmann in Siebenkees Beitr. zum deutschen Recht. III. S. 81.

3) Fritsch de jure suburbior. Jen. 1674. Wiesand de jure suburbior. Lips. 1756. Eisenhart S. 248. Kunde §. 450. Preussische Städte-Ordn. §. 7.

4) Schmid de stat. civ. quatenus incolae suburbior. oblig. Gen. 1755. Riccius von den Statuten S. 465.

II. Hauptabtheilung.

Von den Objecten der Rechte.

§. 142. [§. 130.] Domänen. — Befriedete Sachen.

Zu den öffentlichen Sachen ¹⁾, d. h. denjenigen, die aus staatsrechtlichen Gründen nicht im Eigenthum von Privatpersonen seyn können ²⁾, und wieder verschieden darnach sind, ob in ihnen ein wahres Eigenthum des Staats und mit Befugniß die Einkünfte zu ziehen stattfindet, oder ob den Unterthanen Nuzungsrechte überlassen sind, gehören auch die Domänen ³⁾, deren Begriff selbst wieder verschiedenen sich ausbildete. Unbezweifelt hatten die regierenden Familien großes Grundeigenthum, das Stammgut der Familie war ⁴⁾. Dazu kamen theils durch Kauf oder Heirath, theils durch Eroberungen, theils durch Erwerbung von Vogteien, oder Reichspfandschaften, theils durch heimgefallene Lehen, theils Einziehung von Gütern, insbesondere auch von ausgestorbenen Familien große Güter ^{4a)}, die zur Bestreitung des Regierungsaufwands in der älteren Bedeutung ⁵⁾,

1) Ueber Anwendung römischer Begriffe: Thomasius de rer. divis. in jur. germ. Halae, 1721. Baier. Landr. II. C. 1. §. 1—5. Curtius fäch. Civilrecht. II. S. 17. Oesterr. Gesetze §. 287—290. Maurenbrecher Lehrbuch des deutschen Privatr. §. 175. Maurenbrecher Staatsrecht §. 201.

2) In diesem Sinne braucht die rein französische Gesetzesprache (Code Civil. art. 558. 59.) den Ausdruck: domaine public. Gut Laterrriere Cours de droit public et administratif. p. 130 etc. Heneguin traité de législation. Paris, 1838. I. p. 109.

3) Auch Kammer- oder Kasten Güter genannt, ursprünglich dominium. Hebe Capit. IV. C. 24. und Urk. in Schannat Vind. II. p. 122. Hüllmann Finanzgeschichte S. 1—36. Hüllmann Geschichte der Domänenbenützung in Deutschland. Frankfurt a. D. 1807. f. überhaupt Frisii jura domanial. Francof. 1701. Destouches Beurtheilung der Domänenrenten. München, 1768. Schreber Abhandl. von Kammergütern und Einkünften. Leipzig, 1743. Hagemann Landwirthsch. Recht S. 128. Klüber öffentl. Recht §. 252. Ueber Geschichte der Domänen f. vorzüglich Pastoret in preface zum recueil des ordonnances. vol. XV. P. IV. f. noch Roell de domaniis. Amstelod. 1831.

4) v. Mehl Staatsrecht von Württemberg. I. S. 537. 2te Aufl. I. S. 225. Pfister geschichtl. Entw. des Staatsrechts des Großherz. Baden. Heidelberg, 1836. S. 141. v. Mey bair. Staatsr. I. S. 140.

4a) Am ersten war Streit bei heimgefallenen Gütern (z. B. auch durch Confiskation), ob sie dem Regenten zur freien Verfügung zustünden. f. neuer Fall in Frankreich: le droit 1842. nr. 24.

5) v. Mey Staatsrecht I. S. 140. Von Frankreich f. Laterrriere Cours I. c. p. 114.

also auch zur Erhaltung des Ansehens der regierenden Familie, aber auch zur Bestreitung der Staatsausgaben bestimmt waren. Im Kampfe mit den Ständen wurde die Ansicht gegründet ⁶⁾, daß von diesen Gütern nichts zum Schaden des Landes veräußert werden sollte ⁷⁾, ohne daß dadurch von den Regenten anerkannt war, ein Mitelguthum daran den Ständen zu bewilligen. Dagegen bildete sich immer mehr die Ansicht, von den Domänen als Staatsguthum ⁸⁾, jedoch so, daß nach altem Staatsrechte die Verfügung des Regenten zur Bestreitung seiner persönlichen Ausgaben ebenso wie der Staatslasten, aber auch die Ansicht von der Unveräußerlichkeit der Domänen ⁹⁾ feststand. Als später die Ansicht von dem Staate sich änderte, als immer mehr, z. B. durch Säkularisation, neue Güter zu den Staatsgütern kamen, wurden die Streitigkeiten über die wahre Natur der Domänen im Gegensatze der im vollen Eigenthum der Regenten befindlichen Chatoullgüter ¹⁰⁾ häufiger. Die wahre Natur der Domänen kann nur durch Erforschung ¹¹⁾ erkannt werden, wie die einzelnen Güter zu dem Staate gekommen sind. In den neuen Verfassungen ¹²⁾ steht die Domänenfrage mit der Civilliste im Zusammenhange. In welchem Umfange die Domänen nun als Staatsgut anerkannt sind, hängt von der Art, wie die Verfassungsurkunde sie dem Staate überließ, ab. ¹³⁾ — Der Begriff befriedeter Gegen-

6) Moser von den deutschen Reichsfürstenthümern. I. Buch. cap. 27.

7) So entstanden die Revocationen, durch die ein Regent die Concessionen des Vorgängers widerrief. In Frankreich schon 1318. Laferriere p. 115.

8) v. Rohl I. c. S. 226. Roell diss. p. 41. Pfeiffer Gesch. der landständ. Verfass. in Kurhessen. Kassel, 1834. S. 88. Arctin constit. Staatsrecht. II. S. 311.

9) Tenzel de doman. princ. in alien. Erfurt, 1728. Wedekind de doman. dom. territ. Heidelb. 1773. Scheidemantel Repertor. I. S. 712. Klüber I. c. S. 253. Struben rechtl. Bedenken. II. nr. 1. Kreitmaier bayer. Staatsr. S. 410. Hagemeyer meklenb. Staatsrecht S. 149.

10) Rivinus de bon. princip. patrim. Lips. 1737. Hofmann de patr. princ. priv. Jenae, 1727.

11) Ueber Domänen in Oesterreich Springer Statistik I. S. 183. Trennung der Domänen in Preußen: Bornemann system. Darst. des preuß. Civilr. IV. S. 441.

12) In diesen ist selbst wieder große Verschiedenheit. Ueber die Domänenfrage Maurerbrecher Grundr. des Staatsr. S. 371. Z. B. in Baden Verf.-Urk. S. 59. werden die Domänen als Patrimonial-Eigenthum des Regenten erklärt, aber der Ertrag derselben zur Bestreitung der Staatslasten belassen. In Baiern Verf.-Urk. III. S. 1. 2 sind sie als Staatsguthum erklärt. f. v. Roy Staatsr. I. S. 142. f. noch württemberg Verf.-Urk. S. 102—109. v. Rohl I. c. S. 226. und S. 636. Von dessen Weiß Verfassungsrecht S. 192. Von Frankreich gut Laferriere p. 117—130.

13) Roell diss. p. 81—99. Klüber öffentl. Recht. S. 470—82.

stände ¹⁴⁾, d. h. solcher, bei welchen wegen des besonderen Schutzes, unter dem sie stehen, jede Verletzung härter gestraft wird, erhielt im Mittelalter dadurch Bedeutung, daß selbst bei dem sonst erlaubten Fehderechte gewisse Gegenstände vor Gewaltthätigkeiten geschützt waren, und Frieden hatten, so daß die hier geschehene Verletzung, wenn sie auch sonst nur als Frevel erschienen wäre, unter Friedensbruch gehörte ¹⁵⁾. Auch in manchen geltenden Landesgesetzen ¹⁶⁾ äußert die alte Ansicht ihre Ueberbleibsel dadurch, daß Beschädigungen solcher Gegenstände, z. B. der Pflüge ¹⁷⁾, oder die an besiedelten Orten geschehenen Verletzungen, z. B. in Mühlen ¹⁸⁾, Burgen ¹⁹⁾, Rathshäusern ²⁰⁾ und Gerichtsorten, härter bestraft werden ²¹⁾, oder daß aus der Verletzung des Rechts auf Frieden, z. B. Hausfriedens ²²⁾, ein eigenes Verbrechen entsteht.

§. 143. [§. 132.] Eintheilungen und besondere Bezeichnungen der Sachen nach deutschem Rechte, und zwar von Eintheilung in unbewegliche und bewegliche Sachen.

Eine wichtige Abtheilung ¹⁾ der Sachen ist im deutschen Rechte die in unbewegliche und bewegliche Sachen, in so ferne die ersten als dasjenige Vermögen betrachtet wurden, welches unter dem besonderen

14) Leg. Sal. XVII. §. 20, XXIV. §. 1. Baiuvar. VIII. 2. Longob. I. 19. §. 4. Sachsenspiegel II. 13. Schwabenspiegel C. 195. Selchow de rel. jur. man. (in elect. p. 320.) f. noch Reichsabschied von 1442. §. 8. Ref. d. Pol. von 1548. Tit. VI. Schröder Abh. I. S. 403. Maanenbrecher I. S. 407.

15) Selchow diss. cit. §. 13. Albrecht von der Gewer S. 18.

16) Besonders vollständig Haderer Landgerichtsordn. in Spangenberg Samml. der hannov. Gesetze. IV. Bd. 3te Abth. S. 91. Erläuter. zum badischen Strafedict §. 83—89. Oldenburg. Strafgesetzbuch §. 453.

17) Frick de arator. sanititate. Helmst. 1761.

18) Eminghaus de molendin. sanititate. Jenae, 1758. Hamburg Stadtbuch. I. Thl. Tit. 28. Art. 12.

19) Nassauische Burgfriedensordn. von 1548 in Dillenburger Intelligenzbl. 1774. S. 657. Neue württemberg. in Hezel Repertor. VII. Thl. S. 474.

20) Wiesand de sanititate curiar. Lips. 1761.

21) Eichhorn Privatrecht S. 394.

22) Capit. Sax. von 797. Cap. 8. und merkw. Stadtrecht von 1212 in Hermann's Taschenduch 1812. S. 50. Cropp in Hudtwalker crim. Beitr. II. Seite 19.

1) Am längsten hat sich noch diese Ansicht im englischen Rechte erhalten, wo noch jetzt real property auf Liegenschaften, und personal property (Chattel) auf bewegliche Sachen sich bezieht. Humphrey observ. on the actual state of english law of real property. London, 1827. Zachariae in der Zeitschrift für ausländ. Gesetzb. I. S. 69. Cruise a digest. of the laws of England respecting real property. London, 1835. VII vol.; und Burge Comment. on colonial laws. vol. II. p. 1—61.

Schutze des Volksrechts und unter der Garantie der Gemeinde war, und an dessen Besitz die wichtigsten öffentlichen und Familienrechte geknüpft waren; daher auch verschiedene Grundsätze über Erwerbung, Formen, Verfolgung des Rechts und über Verfügung und Erbfolge bei unbeweglichen Sachen im Gegensatz von den beweglichen stattfanden. I. Für die beweglichen Sachen sind in den Rechten die Ausdrücke: Habe [fahrende Habe, auch *flithwar* ^{1a)} oder *Redegut* ²⁾, auch *bostaff* ³⁾, *Bereitschaft* ⁴⁾, *Gereide* ⁵⁾ genannt], gebraucht ⁶⁾. Beziehung auf Erbfolge und eheliche Güterrechte ⁷⁾ veranlaßte ⁸⁾ hier, daß man manche ihrer Natur nach bewegliche Sachen ⁹⁾ durch Gewohnheit oder Gesetz zu den unbeweglichen zählte ¹⁰⁾. Je mehr sich das bewegliche Vermögen ¹¹⁾ vermehrte und oft nur den Hauptreichtum ausmachte, desto wichtiger wurde es, manche Arten von Mobilien als unbeweglich zu erklären ¹²⁾. Eine Gleichförmigkeit kam darüber schon im Mittelalter nicht vor ¹³⁾; man darf auch das, was nach Statuten in Ansehung einiger Verhältnisse, z. B. wegen Erbfolge, oder nur gewissen Personen gegenüber ¹⁴⁾, als unbeweglich

- 1a) J. B. im Rigiſchen Recht. II. 24. In latein. Urk. iſt der Ausdruck: *catalla* für beweglich häufig (daher noch in England *chattel*).
- 2) Im liefländiſchen Nitterrecht in Delriſch S. 163. ſ. noch Puſendorf obs. III. p. 459.
- 3) J. B. in nordiſchen Urk. Westphalen mon. III. p. 2163, IV. p. 1762. Jütiſches Lombuch I. 6, und ſtaatsbürgerl. Magazin von Jalt II. S. 333. ſ. noch Roſenvinge S. 69. und ſtaatsb. Magazin. V. S. 103.
- 4) J. B. in Bamberg, Jöſſl Bamberger Recht S. 195.
- 5) Köln. Rechtsordn. Tit. II. art. 3.
- 6) Urk. in Tolner Cod. dipl. pal. p. 104. Sachsenspiegel I. 29. 34. 52. ſ. noch Grimm Alterth. S. 564.
- 7) S. Schmittener deutſches Güterrecht der Ehegatten S. 87—110.
- 8) S. Schwabenspiegel Cap. 268. 270. Augsb. Statute in Balch IV. S. 257. Tengler Laienspiegel Fol. 35.
- 9) Waaren bei Handelsleuten, Schiffergeräthe bei Schiffen. Kölner Stadtrecht Art. 2. Daniels von Teſtamenten S. 50. Kölner Rechtsordn. II §. 3. VIII. Berg und Jülich Cap. 95. Trier. Landrecht VII. Heſſ. Gerichtsordn. von 1497. Cap. 33. Orth Anmerkungen zur Frankfurt. Reform. I. Fortſetzung. S. 231. Raſenellenbogensches Landr. II. Thl. Tit. 1. Art. 6. ſ. noch Voet de distinct. rer. immobil. et mobil. Ultraj. 1666. Reden de diff. bon. mobil. et immobil. Brem. 1713.
- 10) Am Niederrhein wird das Vermögen in Gereides und Ungereides (auch Erff) eingetheilt; Aachener Statute in Noppii Chronik. III. Bd. S. 137. Neuß von der ehelichen Gütergemeinschaft S. 152.
- 11) Von einem Unterschiede von beſonders erkennbaren Sachen und Anderen jütiſches Rom. II. 94. Staatsbürgerl. Magazin. V. S. 104.
- 12) S. meinen Artikel: bewegliche Sachen in der Halliſchen Encyclopädie (von Erſch und Gruber). IX. S. 873.
- 13) Merkwürdig heſſ. Gerichtsordn. von 1497. Cap. 33.
- 14) J. B. in der Schweiz wurden dem Grundherrn gegenüber Häuser, die ſonſt als beweglich galten, zu den Liegenſchaften gerechnet, Bluntschli I. S. 262.

erklärt ist, nicht in Ansehung anderer Verhältnisse, z. B. in Bezug auf Verpfändung, als solches betrachten ¹⁵⁾. Alle diese Ansichten, wodurch Gegenstände, die gemeinrechtlich nicht Mobilien sind, doch im deutschen Sinne dazu gezählt werden, müssen nur als partikularrechtliche beurtheilt werden ¹⁶⁾, so daß gemeinrechtlich nur die römischen Bestimmungen gelten. II. Ueber die Frage: ob gewisse bewegliche Sachen rechtlich als untrennbares Zubehör von unbeweglichen Sachen zu betrachten sind? entscheidet römisches Recht; der Satz, daß beim Verkaufe von Häusern das, was niet-, nagel-, band- und mauerfest ist, als Pertinenz zu betrachten ist, kann in so ferne entscheiden ¹⁷⁾, als die Vermuthung dafür spricht, daß Sachen, auf welche dieser Satz paßt, als mitverkauft zu betrachten sind. III. Aus dem Satz: Was die Fackel verzehrt, ist Fahrniß ¹⁸⁾, läßt sich gemeinrechtlich nicht ableiten, daß Gebäude zu den Mobilien im deutschen Sinne gehören, sondern nur, daß an einigen Orten ¹⁹⁾ ehemals Häuser als Mobilien betrachtet wurden, und vorzüglich, daß einige Statutarrechte in Bezug auf Erbfolge auch Häuser nach dem Rechte der Mobilien vererben ließen ²⁰⁾.

15) Orth Anmerk. zur Frankfurt. Reform. I. Forts. S. 231. Zangen Beiträge zum deutschen Rechte. I. S. 15.

16) Es kam auch im Mittelalter vor, daß jemand mit Zustimmung seiner Verwandten ein Immobile als beweglich erklärte. Urk. von Dreper in Siebenkees Beitr. zum deutschen Rechte. III. S. 8.

17) Orth Anmerk. zur Frankfurt. Reform. I. S. 387. Curtius sächs. Civilrecht. II. S. 8. Thomas Fuldisches Privatrecht. II. S. 137. Kreitmaier Anmerk. zum baier. Landrecht. II. Thl. S. 910. und von holländischen Statuten s. rechtsgeleerde observatien tot de Groot. II. pag. 59. Paulsen Schleswig. Privatrecht S. 44. Gröndler Polemik I. S. 232. Oesterreich. Civilges. §. 297. s. viel in Maurenbrecher I. S. 403.

18) Sachsenspiegel II. 21. 53. Jütisch Leubuch. I. 6.; von Hessen s. Senkenberg de jur. priv. Hass. p. 59. Zangen Rechtsörter. II. S. 175. Von württembergischen Gegenden: Fischer Geschichte der Erbfolge in Urk. S. 117. s. aber Phillips deutsches Privatr. I. S. 129.

19) Auch da häufig nur in der älteren Zeit. Rosenwinge Grundriß S. 69. Staatsbürgerl. Magazin. V. S. 62. Nach der Beschaffenheit der Häuser in der alten Zeit waren sie auch in der Schweiz zu den beweglichen Sachen gerechnet, Bluntschli I. S. 262, was aber später aufhörte S. 416.

20) Mogen de aedific. et arborib. rad. jur. germ. non inter res immob. ref. Giess. 1759. Fischer l. c. S. 285. Eisenhart Sprichwörter S. 189. s. noch Hohnhorst Jahrbücher des Oberhofgerichts. II. S. 292. Paulsen S. 44 not. 3. Gröndler Polemik. I. S. 233.

§. 144. [§. 131.] Bezeichnungen und verschiedene Arten unbeweglicher Sachen.

I. Ein Hauptunterschied der unbeweglichen Sachen ist der in Stamm-, Erb-, Stockgut¹⁾, als das in einer Familie in Erbgang gekommene Gut, das in der Familie erhalten werden soll, und daher in Bezug auf Veräußerung besonderen Beschränkungen unterworfen ist, und welches, in so ferne mit dem Besitze des Familien-Stammguts gewisse Pflichten verbunden sind, eigenthümlich vererbt wird — im Gegensatz des wohlgewonnenen Guts²⁾, worüber der Eigenthümer frei verfügt. Auf die erste Art bezieht sich der Ausdruck: terra salica³⁾. II. Die Bezeichnungen des unbeweglichen Guts sind am häufigsten: Eigen⁴⁾, Erbe⁵⁾, Erb und Eigen⁶⁾, haereditas⁷⁾, proprium⁸⁾ sors⁹⁾; allein die Bedeutung dieser Ausdrücke wechselt, da sie oft auf alle Liegenschaften, oft nur auf die in Erbgang gekommenen (Erbgüter)

- 1) S. unten von der Veräußerung der Erbgüter. s. noch Phillips Grundf. des deutschen Privatrechts. I. S. 229.
- 2) So unterscheidet auch das französ. Recht propres et acquets. s. vorzüglich Lauriere glossaire du droit françois. II. p. 245, auch bien avitins oder papeaux genannt. Laboulaye histoire du droit de propriété p. 371. und von England Burge Commentar l. c. II. p. 61.
- 3) Lex Sal. Tit. 62.; auch terra aviatica in Leg. Ripuar. Tit. 56. Biarda Geschichte des salischen Gesetzes S. 246—51. s. aber Müller der lex Salica Alter S. 158.; am besten Guerard in der bibliothèque de l'école des chartes. Paris, 1841. Novembre p. 113 bis 124. Uebersetzung von terra salic. ist am Niederrhein die Sohlstätte. Berg und Jülich. Polizeiordn. von 1557, Cap. von Erbtheilung.
- 4) Als unbewegliches Gut; Sachsensp. I. S. 52. Schwabenspiegel C. 379; verschieden gebraucht, ob es alle Immobilien oder die Stammgüter bedeutet, Dreyer de restrict. fac. alienandi p. 34. Walch vom Nacherrecht S. 36. s. über Bedeutung von Eigen: Gaupp schles. Landrecht S. 101. Eydow Erbrecht S. 33. 183. Keine Rezens. von Gaupp schles. Landrecht in d. Heidelberg. Jahrbüchern Jahrgang 1822. Heft 2. S. 146. Sehr häufig bedeutet Eigen jede Liegenschaft. Der Gegensatz — oder der beigefügte Zusatz giebt Aufschluß über den Sinn. Pauli Darstellung des Rechts der Erbgüter S. 16.
- 5) Bedeutet oft alles Vermögen (Sachsensp. I. 5.), oder alle Immobilien (Schwabenspiegel Cap. 268.); Hamburg. Recht von 1270. P. VI. Art. 1. Verdens. Statute in Vogt monum. I. P. III. p. 279. oder alle durch Erbgang gekommene Güter. Schwabensp. Cap. 296. Windesor Statute II. Tit. 1. Art. 5. Suerin ant. Art. 16. s. überhaupt Eichhorn S. 354 und S. 451. Eydow Erbrecht S. 33. Barnkönig flandrische Rechtsg. III. S. 68.
- 6) Dies bezeichnet wohl regelmäßig ererbtes Eigen.
- 7) Leg. Saxon. XV. 2. 3. XVII. Griesinger l. c. S. 77. 187.
- 8) Capitalar. quae pro leg. hab. cap. 6.
- 9) Leg. Burg. Tit. 14. cap. 5. und Vesme (Preisdrift) delle vicende della proprietà p. 163.

sich beziehen; der Ausdruck: *alod* ¹⁰⁾ bezeichnet oft alles, von allen Lasten freie liegende Vermögen einer freien Person ¹¹⁾, oft den Gegensatz ¹²⁾ von *acquisitum*, und oft den Gegensatz von *beneficium* oder *feudum* ¹³⁾. So bezeichnet auch *haereditas* oft alle *Immobilitäten* ¹⁴⁾, oft den ganzen Nachlaß ¹⁵⁾, und häufig die Stammgüter ¹⁶⁾. *Ehtwort* bezeichnet zuweilen das frei eigene Gut ¹⁷⁾, aber noch öfter ein Recht an Gemeinde-Gütern ¹⁸⁾, oder Antheil am Wald, und noch mehr an der gemeinen Mark mit allen Rechten, die an die Genossenschaft geknüpft waren ¹⁹⁾. Manche Ausdrücke ²⁰⁾ sind nur Verstärkungen des Wortes: freies Eigen.

- 10) S. Spelmann glossar. p. 27.; sehr gut Thaumassiere du franc-alleu §. 1. Biarda Geschichte des salischen Gesetzes S. 247. Meyer esprit, origine. I. vol. p. 71. Griesinger in Fortsetzung v. Danz Handb. X. Band. S. 100–107. Raepsaet origine des Belges. II. pag. 211. Grimm Alterthümer S. 492. Vesme Preischr. p. 162.
- 11) Leg. Longob. II. Tit. 8. Art. 9. Marculf I. 12. II. 7.
- 12) Leg. Sal. 62. Ripuar. 56. du Cange sub voce: proprium. Ludewig rel. MS. II. p. 462. Merkwürdig ist in einer Urkunde von 999 der Ausdruck: *Alodis curialis, levalis*. s. Raepsaet l. c. II. p. 219.
- 13) Capitul. I. 126. Capitul. von 822. Cap. 6.
- 14) Befeler die Lehre von den Erbverträgen. I. S. 15.
- 15) Leg. Sal. Tit. 62. Saxon. VII. 1.
- 16) Leg. Burgund. Tit. 14. §. 7. Tit. 60. Leg. Anglor. Tit. 13.; in diesem Sinne heißt auch das französ. Wort *heritage* das Stammgut.
- 17) Wigand Gesch. von Cerrei. II. S. 151. Wigand Archiv für Geschichte von Westphalen. I. Bd. 4tes Heft. S. 109.
- 18) Schaten Annal. Paderborn. II. p. 207. s. noch Urk. in Wenk heftige Landesgeschichte. II. Thl. Anhang. S. 167. Scheidt vom Adel, want. p. 363. 430.
- 19) Urk. in Halkaus glossar. p. 252. s. noch Löw über Markgenossenschaften Seite 77.
- 20) J. B. in dem Worte *Torsachteigen*. s. Dreyer de cespitalit. requis. pag. 38. (es bedeutet entweder das im echten Eigenthum besessene Gut oder Grundeigenthum überhaupt, nie aber Erbeigen). Pauli l. c. S. 20.; auch *Dorslachtegen* in Urk. in Niesert Münster Urk. S. 87. Dreyer Samml. von Abhandl. I. S. 445. Kindlinger Münster Beitr. III. S. 292. 336. 364. Müller vom Güterwesen S. 162. Grimm Alterth. S. 493. Im Süden kommt noch jetzt *Indeigen* vor (ein von keinem Lehns- oder Grundherren abhängiges Eigenthum). Ledig-Eigen in der Schweiz, Bluntschli I. S. 263. Das *Salmann-eigen* bedeutet entweder ein Grundstück, für das ein Salmann bestellt war, oder eine besondere Lebensart. Befeler von den Erbverträgen. I. S. 273. s. Heumann opusc. I. p. 289, und Lipowsky in akademischen Abhandl. X. Bd. S. 297. s. jedoch Albrecht von der Sewer S. 252.

III. Hauptabtheilung.

Von besonderen Zeitverhältnissen.

§. 145. [§. 133.] Vom Dreißigsten.

Veranlaßt durch altreligiöse Ansichten und Gebräuche ¹⁾ entstand im deutschen Rechte die Vorstellung, daß der Verstorbene bis zum 30sten Tage nach dem Tode als fortlebend betrachtet ²⁾, und daß daher in erbchaftlichen Verhältnissen ³⁾ nicht der Todestag, sondern der 30ste Tag nach dem Tode als entscheidend angenommen wird, und die Erben vor Ablauf der 30 Tage nicht ihr Erbrecht verfolgen können ⁴⁾. Diese einst zwar allgemeine Ansicht gilt jetzt nur mehr partikularrechtlich ⁵⁾, und wird dann in Erbchaftsverhältnissen einflußreich ⁶⁾.

§. 146. [§. 134.] Besondere Zeitberechnungen.

Als eigenthümliche alte deutsche Zeitrechnungsarten kommen vor:

- 1) die nach Wintern ¹⁾ [womit man das ganze Jahr bezeichnete],
- 2) die Rechnung nach Nächten ²⁾, und 3) die aus der ehemaligen

- 1) Can. 24. C. XIII. Q. 2. Capitul. reg. VI. c. 198. Dreyer de usu jur. anglosax. p. 109. 188. Nach der alten Sitte (noch an katholischen Orten) hielt man am 7ten und 30sten Tage nach dem Tode Seelmessen.
- 2) Sachsensp. I. 22, III. 15. Schwabensp. C. 261. Hamb. Statute von 1270 (in Anderson I. S. 48). Jütisches Lombuch I. 3. 26. Berf Brem. Güterrecht S. 59. 66.
- 3) Horn de die tricesimo. Viteb. 1695. 1719. Schröter Abhandl. I. S. 379. Hufeland Beitr. V. S. 68. Eydow Erbrecht S. 316.
- 4) Wichtig wegen Fruchtberechnung. s. noch Kind quaest. I. p. 401. Haubold Lehrb. S. 388. Eubische Statute Lib. II. Tit. 2. Art. 27. Eulm. Recht Lib. III. Tit. 10. Cap. 11. Statute in Walsch Beiträgen. V. S. 9. 10, VI. Thl. S. 232, VII. S. 262. Frankfurt. Reformat. VII. Thl. Tit. 2. §. 3. Im Nigischen Kidderrecht Cap. 20. Randt fest genannt. Dies gilt noch jetzt in Liefeland s. v. Bunge das livl. Privatr. II. Thl. S. 329. 382. Sehr gut darüber in den Verhandl. der Groninger Genootschap. vol. V. in den Anmerk. p. 161—65. — Auch in Frankreich kam das Institut vor. Lauriere glossaire. vol. II. p. 153.
- 5) S. noch Suttinger Consuet. pag. 145; auch Henneberg. Landesordn. Buch III. Tit. 3. Cap. 8. §. 2.
- 6) Sachs. Handb. des Weimar. Rechts S. 441.
- 1) Jütisches Lombuch I. 7. Lackmann de comput. annor. per hiemes. Kil. 1744. Jalt Handb. des holstein. R. IV. S. 20.
- 2) Tacit. Germ. c. 11. Caesar de B. G. VI. 18. Lex Sal. Tit. 43. §. 4. Alem. Tit. 36. Ripuar. Tit. 66. Capit. VI. cap. 211 a. 803. C. I. Art. 33. Sachsensp. I. 67. Hamburg. von 1270 in Anderson I. S. 76. s. noch Westphalen mon. praef. III. p. 139.; oude Friesche Wetten. I. p. 43. Swartzenberg Charterboek I. p. 723. Buddens de ritu noct. in jud. comp. in opusc. I. p. 27. Halsema in Groninger Verhandl. II. p. 100. Jalt I. c. S. 22.

Berechnung der Gerichtsfristen ³⁾ entstandene sächsische Frist ⁴⁾, als die Zeit von 6 Wochen und 3 Tagen. Damit hängt auch die Ansicht zusammen, daß der Ausdruck: Jahr und Tag die Zeit von 1 Jahr, 6 Wochen und 3 Tagen bezeichnet ⁵⁾. Gemeinrechtlich gilt diese Berechnung wohl nicht mehr, sie kann aber in rein deutschen Rechtsverhältnissen noch durch Gewohnheit einzelner Gegenden sich fortdauernd erhalten haben, was als partikularrechtlich nachgewiesen werden muß ⁶⁾. Der Ausdruck: Jahrschar ⁷⁾ bezeichnet oft eine Jahresfrist, oft aber einen Inbegriff mehrerer Jahre ⁸⁾.

§. 147. [§. 135.] Verschollenheit.

Durch den deutschen Gerichtsgebrauch ¹⁾ hat sich das Institut der Verschollenheit ²⁾ ausgebildet. Als verschollen gilt derjenige, welcher von seinem Wohnorte so lange, ohne Nachricht von seinem Leben und Aufenthalte zu geben, abwesend ist, daß der erfolgte Tod des Abwesenden als wahrscheinlich angenommen werden kann ³⁾. Dies wird entweder begründet a) durch den Ablauf einer gewissen Zeit [nach Landesgesetzen von 10, 15, 20 Jahren] ⁴⁾, in welcher der

3) Gebauer de comit. veter. germ. p. 21. Kepp Hess. Gerichtsverf. I. S. 439. Grimm Alterthümer S. 221.

4) Wildvogel de termino Saxon. Jen. 1700.

5) Wiesand de orig. anni Saxon. ejusque usu. Vit. 1796. Hauhold de origin. usucapion. p. 59. Wald vom Nötherrecht S. 268. f. auch Brever Rechtsfälle. III. S. 203. Grimm S. 223. und Albrecht von der Gewer S. 115. Weiske Privatr. nach Sachsenspiegel S. 83. Falk Handb. IV. S. 20.

6) Schäfer gemeinnützige jurist. Beobachtungen. I. Thl. nr. 2. Zangen Beiträge zum deutschen Rechte. I. Thl. S. 99.

7) Bremische Ordeel von 1303 in Delrichs S. 128, auch S. 359. 548. Hamburg. Recht von 1270. VI. 15.

8) Bildemeister Beitr. zur Kenntniß d. vaterländ. Rechts. I. Thl. S. 78—84.

1) Eine Andeutung schon in Leg. Longob. Luitprandi. III. 4.

2) Link, quando absens hab. pro mort. Alt. 1727. Schott de cit. edictal. in haered. absent. Lips. 1791. Schott comm. de haered. absent. Lips. 1792. Wiener Vormundschaftsrecht S. 85. Köstlin krit. Verf. über Recht und Unrecht nr. 8. Haase über Edictalkationen und Edictalprozeß S. 101. Stübel de indole et vi declarat. pro mortuo. Lips. 1830. Noessing de absent. secund. Codic. civ. Groning. 1836.

3) Pfeiffer praekt. Ausführungen. IV. Bd. S. 352.

4) Einige Juristen, z. B. Ludewig in d. gelehrten Anzeigen. II. Thl. St. 214. S. 928. wollen 30 Jahre gemeinrechtlich annehmen; wegen Einflusses der Kriegsverhältnisse ist die Zeit oft noch kürzer bestimmt. In den Partikularrechten ist große Verschiedenheit. Preuß. Landrecht. I. Thl. Tit. 1. §. 35, II. Thl. Tit. 18. §. 821. Preuß. Ges. über Todeserkl. der Militärpersonen v. 13. Jan. 1817. Bernemann Darst. des preuß. R. I. S. 233. Hannövr. Ges. v. 11. April 1818. Hess. Ges. in Eigenbrod Samml. III. Thl. S. 437.; ältere Landesgesetze von Hessen: Cassel vom 9. Februar 1787. Nassauische vom 21. Mai 1781, und darüber Gluch Entscheidungen des Oberappellations-Gerichts Gießen 1842. 1. S. nr. 22. Zuldische von

Abwesende Nachricht von seinem Leben und Aufenthalte den Verwandten oder der Obrigkeit zu geben unterlassen hat; b) wenn ein Abwesender, obwohl er noch nicht 20 Jahre lang abwesend war, inzwischen das 70ste Jahr ⁵⁾ seines Alters erreicht hat; c) wenn eine Person, die in nächster Todesgefahr erweislich stand, eine gewisse Zeit hindurch vermisst wird ⁶⁾. Daß durch den Ablauf der eben angegebenen Zeit Verschollenheit oder selbst eine rechtliche Vermuthung des Todes begründet werde, ist nur durch Partikularrechte bestimmt; das gemeine Recht ⁷⁾ kennt keine bloß auf den Ablauf einer gewissen Zeit gegründete gesetzliche Vermuthung des Todes eines Abwesenden in der Art, daß alle Wirkungen wie bei einem erwiesenermaßen Todten eintreten sollen; allein in so ferne kann man sich auf das Gewohnheitsrecht ⁸⁾ berufen, daß, wenn nicht das Landesgesetz oder die Landesgewohnheit einen andern Termin vorschreibt, bei Abwesenden, die das 70ste Jahr ⁹⁾ zurückgelegt haben, auf Antrag ein Verschollenheitsverfahren eingeleitet werden darf. I. Dies kann von dem Richter nur geschehen auf Antrag der Interessenten ¹⁰⁾, welche auf die lange Abwesenheit einer Person, von deren Leben keine Nachricht da ist, sich berufen ¹¹⁾. II. Gemeinrechtlich kann nun auf solchen Antrag nur als Art der Vermögenscuratel eine cura absentis richterlich angeordnet ¹²⁾, und eine öffentliche Vorladung

1775. Von Oesterreich. Civilgef. §. 24. Wagner adeliches Richteramt. III. S. 84. Winimarter Handbuch I. S. 124. Braunsch. Ges. vom 5. Januar 1824. Bremisches Gesetz vom 3. Juli 1826. Von Würtemberg: Weishaar II. S. 357. Reyscher würtemb. Privatr. I. S. 150. Von Holstein: Falk Handbuch IV. S. 89. Von der Schweiz: Monatschronik f. Züricher Rechtspflege. IV. Bd. S. 165. Luzerner Civilgesetzb. art. 13. 193. Pfyster Comment. I. S. 29. u. Weimar. Gesetz vom 1. März 1839.
- 5) Abgeleitet aus Psalm 90, Vers 10. Schon Carpzov jurispr. for. p. III. const. 15. def. 57. Hommel septuagen. absens factus quand. mort. praesum. Lips. 1751. Haase l. c. S. 109. Auch v. Savigny System II. S. 18. erklärt die Rücksicht auf 70 Jahre für altes Gewohnheitsrecht.
- 6) Bielez Comm. zum preuß. Landrecht. I. Thl. S. 261.
- 7) Man gründet sich oft auf Analogie von L. 56 D. de usufructu und fordert 100 Jahre. s. aber Glück Comment. VII. S. 494.; jedoch in den franz. Code civil Art. 129. ist die Ansicht übergegangen. Im Weimar. Ges. v. 1839. §. 7. wird, wenn der Abwesende 100 Jahre alt ist, er ohne öffentliche Vorladung für todt geachtet, bis das Gegentheil bewiesen wird.
- 8) S. oben not. 5. s. noch Thibaut Pandekten §. 122. Pfeiffer Ausführungen IV. S. 364.
- 9) Auf Schwabens. c. 385 (der aus Sachsenspiegel I. 42. zu erklären ist), darf man sich nicht berufen. Gröndler Polemik I. S. 235.
- 10) Nie von Amtswegen. s. auch preuß. Landr. II. Tit. 18. §. 824.
- 11) Auch der Eid kommt hier als Beweismittel vor. Wiesand diss. §. 14. Haase S. 108. Weimar. Gesetz §. 15.
- 12) Jangen Beitr. z. deutschen Rechte. II. S. 72. Engau de cura absentium p. 1. Hänsel Bemerk. III. S. 506.

an den Abwesenden erlassen werden ¹³⁾. Soll eine andere Curatel, die eigentlich eine provisorische Succession des nächsten Erben wäre ¹⁴⁾, eintreten, so muß dies Verhältniß als partikularrechtlich zulässig dargestellt werden ¹⁵⁾. Das Recht, eine dem Abwesenden angefallene Erbschaft anzutreten, kann dem Curator nicht gegeben werden ¹⁶⁾. III. Bleibt die Vorladung ¹⁷⁾ fruchtlos, so kann auf neues Andringen nach Erwägung aller Umstände richterlich Todeserklärung ausgesprochen werden, welche jedoch vorerst nur provisorisch dem nächsten Erben Genussrechte gegen Caution giebt ¹⁸⁾. Soll die Todeserklärung dem nächsten Erben definitive Erbrechte geben, so muß das Recht hiezu im Landesgesetze oder in der Landesgewohnheit begründet werden, oder es muß der Fall eintreten, daß das Gericht nach allen von den Interessenten nachgewiesenen Umständen den gelieferten Beweis des Todes des Abwesenden als rechtlich genügend betrachten darf ¹⁹⁾. IV. In Bezug auf die Wirkung, welche der Todeserklärung beizulegen ist, kommt es darauf an, welche Fassung das Landesgesetz hat, und zwar, ob man die gesetzliche Vermuthung des Todes nur so auslegen muß, daß von der Zeit der Erklärung an der Verschwundene nicht mehr lebt, so daß aber nicht daraus folgt, daß er auch bis dahin noch lebe ²⁰⁾, oder ob dadurch festgesetzt wird, daß nach Eintritt eines gewissen Termins der Tod, und bis dahin die Fortdauer des früheren Zustandes (also das Leben) zu vermuthen ist ²¹⁾. Wenn die erste Ansicht nicht klar als durch das Gesetz vorgeschrieben erscheint, so muß die zweite Ansicht, als die am meisten der Natur rechtlicher Vermuthungen entsprechende, angesehen werden ²²⁾. V. Tritt eine Parthei auf, welche von der Behauptung,

13) Schon die Art des in der Ladung zu drohenden Präjudizes hängt davon ab, welche Wirkung das Landesgesetz der Todeserklärung beilegt. Siehe v. Vangerow Leitfaden I. S. 58. vergl. mit v. Savigny II. S. 18.

14) Sie findet sich an vielen Orten. Pufendorf observ. IV. obs. 84. Carpzov jurispr. for. p. III. coast. 15. del. 48. Crell quando curator absent. haereditas a success. excludat. Viteb. 1737. §. 4.

15) Pfeiffer prakt. Erört. II. nr. 5. IV. Bd. S. 353.

16) Heise und Erpp Abhandl. II. S. 170. Pfeiffer prakt. Ausf. IV. S. 361. Klach Entscheidungen I. S. 146.

17) Schott diss. cap. 2. §. 6. Biener process. sax. §. 284. Kori summar. Proz. S. 279. Haase S. 114.

18) Bremisches Gesetz §. 18. Die französische Vorschrift (Code art. 127—9.), nach welcher, je länger der Verschwundene wegbleibt, der Umfang der Rechte der Interessenten steigt, ist gewiß weise.

19) Glück Comment. VII. S. 495. Gesterding Ausbeute I. S. 342.

20) Heise u. Erpp Abhandl. II. nro. 5. Züricher Monatschronik V. S. 87.

21) Schlickeberg-Holstein. Anzeiger 1838. S. 210. Falf Handb. IV. S. 89.

22) Schauberg Beitr. zur Kunde der Züricher Rechtspflege. II. S. 47.

daß der Abwesende zu einer bestimmten Zeit noch lebte, oder in einem gewissen Zeitpunkte schon todt war, einen rechtlichen Anspruch ableitet, so muß ein Rechtsstreit eingeleitet und der Behauptende da, wo die obige erste Meinung angenommen ist, zum Beweise ²³⁾ der Behauptung angehalten werden, wogegen nach der zweiten Meinung der gesetzlichen Vermuthung gemäß verfahren wird. VI. Wenn auch eine Todeserklärung erfolgt, so ist nicht anzunehmen, daß alle rechtlichen Folgen des natürlichen Todes eintreten ²⁴⁾, sondern nur, daß das zurückgelassene Vermögen des Abwesenden den berechtigten Erben ausgehändigt wird ²⁵⁾, und zwar (nach Verschiedenheit der Landesgesetze) mit oder ohne Caution, oder nur so, daß ihnen der Nießbrauch des Vermögens gegeben wird. VII. Kehrt der Verschollene zurück, so kann ihm auch das Recht, die Rückgabe seines Vermögens zu fordern, nicht abgesprochen werden ²⁶⁾. Der in der Zwischenzeit, vermöge der gerichtlichen Anordnung, im Genuße Befindliche, muß als gutgläubiger Besitzer behandelt werden ²⁷⁾. VIII. Die Todeserklärung bewirkt für sich noch nicht die Trennung der Ehe des Verschollenen ²⁸⁾, sondern der Ehegatte, welcher sich wieder verheirathen will, hat ein weiteres Verfahren zu veranlassen, worauf Ehescheidung erklärt werden kann. Bei Forensen kann die in dem Lande, in welchem sie Güter besitzen, gegen sie ausgesprochene Todeserklärung ²⁹⁾ nicht auch auf die Rechte, welche der Abwesende vor der Entfernung an seinem Wohnorte hatte, wirken ³⁰⁾, oder denjenigen Schaden, welche darauf rechtliche Ansprüche haben.

23) Pfeiffer prakt. Ausführ. IV. S. 367. Verglichen mit Heise und Cropp Abh. II. S. 140. Glück Erl. der Pand. 33. Bd. S. 291. Rolley vermischte Aufg. S. 84. Pfeiffer prakt. Ausf. IV. S. 367. Reyscher I. S. 149.

24) S. besonders die in not. 2 angeführte Diss. von Stübel u. Hänsel Bem. zum sächs. Civilr. III. S. 502.

25) Hänsel III. S. 501—3.

26) Kind diss. S. 17. Trachimus de mortuis rediivis. Lips. 1732. Zangen Beitr. S. 99. Preuß. Landr. S. 847—53. Hänsel l. c. S. 502. Reyscher S. 151. Paulsen schleswig. Privatr. S. 320.

27) Bremisches Ges. S. 25. s. jedoch Weimar. Gesetz S. 29.

28) Oesterreichisches Gesetzbuch S. 112—13. Zeiller Comment. I. S. 289; und viel in Wagners Zeitschr. für österreichische Rechtsgel. 1826. Juni nr. 21. Juli nr. 28.

29) Schott diss. cit. cap. 1. Brehm progr. dispunct. jur. civ. spec. II. Lips. 1810. p. 4. Haase S. 106.

30) Es entscheidet hier auch die prozessual. Rücksicht von der Rechtskraft ausländischer Urtheile. Ueber Wirkung auf ausländ. Güter überh., s. Haase S. 143—50.

*) Von der Wirkung auf Verjährung, Zangen S. 101.

II. B u c h.

Von den dinglichen Rechten und von den Beschränkungen durch Regalität oder Oberaufsichtsrechte des Staats in Bezug auf Sachen.

I. A b t h e i l u n g.

Vom Eigenthum und der Erwerbung desselben.

§. 148. [§. 136.] Historische Einteilung in die Lehre vom Eigenthum.

Daß das deutsche Recht eben so wie das römische die Vorstellung eines Eigenthums als eines Rechts absoluter Verfügung über eine körperliche Sache kannte, ist nicht zu bezweifeln ¹⁾, obgleich die juristische Auffassung erst spät in den Quellen ²⁾ vorkommt. Die Verschiedenheit der Ausbildung des römischen und deutschen Rechts ³⁾, der innige Zusammenhang des Privatrechts mit dem öffentlichen Rechte im deutschen Rechte ^{3a)} erklärt, wie man darin zu einer eigenthümlichen Ansicht, theils in Bezug auf die Gegenstände, theils in Bezug auf die Personen, die des Eigenthums fähig waren, kam, und in der ersten Rücksicht das Eigenthum an Liegenschaften ⁴⁾ von dem an beweglichen Sachen trennte, das Erste, als durch seine Dauer und erkennbares Hervortreten ausgezeichnet, als das unter Volkrecht

1) Untersuchungen über deutsches Eigenthum von Dief in Erich u. Grubers Encyclopädie. XXVI. Bd. S. 480. Firkler in Weiske's Rechtslexikon IV. S. 168. Duncker in der Zeitschr. für deutsches R. II. Bd. S. 187.

2) Die Bezeichnungswaise war Eigenschaft in Urk. Haltans gloss. p. 285; auch Eigendom, Urk. in Westphalen II. p. 84—91. III. p. 578. 582. f. noch Grimm Rechtsalterth. S. 492. Pütter die Lehre vom Eigenthum nach deutschem Rechte. Berlin, 1831. S. 37. Duncker in der Zeitschrift II. S. 187. Der Ausdruck: *proprietas* (z. B. in Urk. v. 1275. Mon. boica XVI. p. 297.) ist schon römisch.

3) Gaupp in der Zeitschrift für deutsches Recht. I. S. 93.

3a) Laferriere *histoire du droit français*. p. 133.

4) S. oben §. 143. und Brackenböst in der Zeitschrift für deutsches R. III. Seite 8.

vorzugsweise stehende Hauptvermögen ansah, an dessen Besitz die wichtigsten Verhältnisse des öffentlichen Rechts und der Familie geknüpft waren, daher sich auch besondere Formen der Erwerbung ⁵⁾ auf dies Eigenthum bezogen; wogegen zwar auch bewegliche Sachen im Eigenthum waren ⁶⁾, dabei aber jene aus der Natur des Grundeigenthums erklärbaren Eigenthümlichkeiten wegfelen und insbesondere der Schutz gegen Dritte eine Beschränkung erlitt (§. 153.). In Bezug auf die Subjecte waren des vollen Eigenthums an Grundstücken nur Freie fähig ⁷⁾. Wenn es auch wahr ist, daß in manchen Verhältnissen, in denen das spätere Recht Eigenthum annahm, nur von Gewere im rein deutschen Rechte die Rede ist, und insbesondere in Bezug auf fahrende Habe Gewere den wichtigsten Rechtsschutz hatte ⁸⁾, so kann man deswegen doch nicht das ganze deutsche Sachenrecht auf die Gewere bauen ⁹⁾, da man leicht erkennt, daß auch der Deutsche in der Eigengewere ¹⁰⁾ das Verhältniß des Eigenthums ¹¹⁾ andeuten wollte. Auch zeigt sich — freilich nur auf andere Art ausgebildet — ein dem römischen dinglichen Rechte ¹²⁾ vergleichbares Verhältniß, das insbesondere durch Auflassung begründete Rechte in Bezug auf fremde Liegenschaften ¹³⁾ gewährte. Der Begriff eines echten Eigenthums ¹⁴⁾ erhielt seine Bedeutung durch den deutschen Grundsatz, daß nur der Freie des Grundeigenthums fähig war, und als Herr ¹⁵⁾ desselben ¹⁶⁾ zugleich das Eigenthum

5) Unten §. 160.

6) Dirf l. c. §. 495. Brackenhöft in der Zeitschrift V. S. 133.

7) Dirf l. c. §. 482. u. Duncker S. 191.

8) Damit hängt die Lehre von der Vindication zusammen.

9) Darauf stellt alles Phillips deutsches Privatrecht. I. S. 226. vergl. mit Maurenbrecher I. S. 441.

10) Sachsenspiegel II. 44. Brackenhöft im neuen Staatsbürgerlichen Magazin von Falk. IV. S. 149., vergl. mit S. 99. 225.

11) Kespöer Beitr. zur Kunde des deutschen Rechts. S. 51. Beseler die Lehre von den Erbverträgen. I. S. 69. 75—78.

12) Gaupp in der Zeitschrift l. c. S. 88 bis 96. Dirf l. c. §. 481.

13) Wichtig bei Hypotheken, Reallasten.

14) Ueber Vergleichung mit dem römischen domin. quiritar. Möser patriot. Phantasien. IV. 43. Klöntrup Handb. I. S. 281. Eichhorn §. 57. Beseler S. 78. Ueber Ausbildung von zweierlei Eigenthum, Preisschrift von Vesme: delle vicende della proprietà in Italia. Torino, 1836. pag. 162.

15) Herrschaft. Urf. in Haltaus gloss. p. 903. f. noch Biener de natura domini German. p. 26. Erfgund, auch Edelherd im Griechischen. Halsema in den Groninger Verhandelingen. II. p. 340—48. f. auch franchisia in Miraei oper. dipl. I. p. 437.

16) In französischen Urkunden deutet darauf das franc-alieu. Boubier Cout. de Bourgoigne. vol. I. p. 833. Ferriere Corps et Compil. des Com-

aller über und unter der Oberfläche desselben befindlichen Sachen hatte, daher auch damals viele Rechte ¹⁷⁾, woraus später Realien wurden, als Ausflüsse des echten Eigenthums ¹⁸⁾ vorkamen, wogegen das abgeleitete Eigenthum dasjenige war, bei welchem durch Verleihung des echten Eigenthümers Jemand die vollen Benutzungsrechte eines Guts (im lehen = oder hofrechtlichen Verhältnisse) erhielt.

§. 148a. Eigenthum nach dem heutigen Rechte.

Je mehr das römische Recht sich verbreitete, desto mehr wurden die alten Verhältnisse unter römische Formen gebracht, und gemeinrechtlich bildet das römische Recht die bei uns anwendbare Norm in dieser Lehre, so weit nicht Partikulargesetze Ausnahmen erzeugen. Die Umwandlung der politischen Verhältnisse bewirkte den Untergang des alten echten Eigenthums, das entweder in das Verhältniß der Gutsherrschaft oder in Ansprüche auf Reallasten überging, und in den Vorrechten adelicher Güter ¹⁾ noch Spuren seiner Bedeutung hat. Abweichungen von dem römischen Eigenthum kommen nur vor in so ferne der Begriff des Eigenthums bei uns auch auf Rechte ausgedehnt ist ²⁾, die Befugniß des Eigenthümers auf das unbeschränkteste durch Anerkennung fremder Rechte an seinem Eigenthum mit

ment. sur les Cout. de Paris. vol. I. p. 1007. Coquille sur le Cout. de Nivernois. Chap VII. Basnage sur les Cout. de Normandie. I. p. 159. Raepsaet orig. des Belges. II. p. 213–30. Merlin repert. vol. V. p. 320. Thaumassiere du franc-alleu, hinter seinen Coutum. de Berry. In alten Urk. (Thaumassiere Cout. de Berry p. 55.) kommt francum allodium sine censu vor, und in den englischen das Boldland in Legibus Eduardi II. (in Wilkins leges p. 49. f. Wilkins glossar. pag. 391. Blakstone Commentar. book. II. cap. 2–6. Meyer esprit II. p. 291–300. Reeves history of the english law. I. p. 5. Millar engl. Verf. I. S. 90. Von Glandern Wärfönig land. Rechtsg. III. S. 69., wo oft das alleu noble v. alleu roturier unterschieden ist; von Frankreich f. noch Guérard Cartulaire de l'abbaye de St. Pere de Chartres I. p. XXII. u. XCVIII.

- 17) Daher enthalten die alten Urkunden bei dem Verkauf einer Villa den Zusatz: cum omnibus pertinentiis, pratis, pascuis, silvis, venationibus, piscationibus, molendinis; 3. B. Urkunde von 795 in Bondam Charterboek van Gelderland p. 7. f. noch Urk. von 747 in Schöpslin alt-sat. dipl. I. p. 16. 36. Urkunde von 708 in Grandidier histoire de l'église de Strassbourg. vol. I. in Urk. nr. 58.

- 18) Dirl I. c. S. 495.

- 1) In den alten castris erhielten sich viele Rechte des echten Eigenthums. Rheden diss. de accessionibus praecipue fundi romani, accedente comparatione cum pertinentiis castrorum german. Gott. 1823.
- 2) Baier. Landrecht. II. Tbl. cap. 2. §. 2. Preuß. Landr. I. Tbl. Tit. 8. §. 1. f. darüber und über Vergleichung mit röm. Eigenth. Bornemann System des preuß. R. II. S. 2. Oesterreich Gesetzb. §. 353. Zeillers Comment. II. S. 100. Auch in neuen Verfassungsurk. findet sich dieser Sprachgebrauch.

Vom Eigenthum und der Erwerbung desselben. 397

Vorbehalt seiner Proprietät anerkannt ist ³⁾, zugleich aber das Eigenthum bei uns vorzüglich durch öffentlich rechtliche Vorschriften beschränkter als das römische ist (§. 149.). Als Ueberbleibsel der alten Ansicht von der Investitur erscheint auch die Einrichtung, nach welcher durch Eintragung in öffentliche Bücher ein dingliches Recht begründet wird ⁴⁾.

§. 149. [§. 136a.] Beschränkungen des deutschen Grundeigenthums.

Die Art des Zusammenhangs des Grundeigenthums mit öffentlichen Verpflichtungen, die Schließung der Gemeinden, die allmähliche Bildung neuer Communalverhältnisse, das Bedürfnis des Schutzes, die Art der Gründung mancher Gemeinden, z. B. in Städten, die Ausbildung der polizeilichen und Regalitäts-Verhältnisse erzeugten eine Masse von Lasten, die die Freiheit des deutschen Grundeigenthums auf eine dem römischen Rechte freilich unbekannte Art beschränken; dahin gehören A. die Staatslasten, und zwar: 1) Naturallasten, z. B. Lieferungen, 2) Landesfrohn, 3) Einquartierungspflicht, 4) Steuern; B. polizeiliche Beschränkungen ¹⁾; C. Beschränkungen durch Ausübung von Regalien ²⁾; D. Beschränkungen durch Familienrechte: 1) bei Stamm- und Familiensideikommissen, 2) Retracte; E. Beschränkungen durch nachbarliche Verhältnisse ³⁾; F. Beschränkungen durch Lasten, die auf dem Gute ruhen, entweder a) als Folgen des Gemeindeverbandes ⁴⁾, oder b) vermöge Einverleibung eines Guts in eine staatspolizeilich = geschützte Verbindung ⁵⁾, oder c) als Folgen lehens-, schutz- oder gutherrlicher Verhältnisse, d) oder ohne Daseyn eines grundherrlichen Verhältnisses zum Vortheile eines Privatmannes, entweder a) an die Dauer der Lebenszeit des Berechtigten gebunden ⁶⁾, oder β) als ewige Last ⁷⁾. *]

3) Dies wird wichtig in Bezug auf das getheilte Eigenthum.

4) Mein Aufsatz im Archiv für civil. Praxis XVIII. S. 178. XIX. S. 159. u. Zeitschr. f. österr. Rechtsgelehrs. 1839. Heft 9. S. 177. Ueber Anwendung des röm. Unterschiedes von dinglichem und persönlichem Rechte im deutschen Rechte, Bornemann in Hans Beitr. S. 389. u. in Bornemann Darstellung des preuss. Rechts. I. S. 401. bes. S. 408., und in Bezug auf französ. Recht: Koppert das französ. Recht. I. S. 61.

1) z. B. durch Baugesetze.

2) z. B. Pflicht, das Salpetergraben zu dulden. Der Leinpfad.

3) z. B. bei gewissen Servituten, oder bei dem Nachbarschafts-Retract.

4) z. B. Communfrohn.

5) z. B. bei Deichband, Brandasscuranz.

6) Leibzucht.

7) Bei Census-Zehenden.

*] S. noch Koppert im Archiv für civil. Praxis. VIII. Thl. S. 57.

§. 150. [§. 137.] Ansichten des deutschen Rechts von
der Gewere. Historische Einleitung.

Die Ansicht von dem Besitze bildete sich bei den Germanen in der Gewere ¹⁾ (*saisine* ²⁾) so aus, daß man nur die physische Verbindung zwischen der Person und einer Sache berücksichtigte und zuerst in der Gewere das Verhältniß erkannte, nach welchem eine Person die Möglichkeit hat, jeden Angriff auf die unter ihrer Herrschaft stehende Sache physisch abzuwehren, so daß nur eine faktische Gewere als Gewere galt ³⁾, bei Liegenschaften ⁴⁾ auch anerkannt war, wenn jemand nur die Herrschaft darüber erworben hatte, ohne daß man eine ununterbrochene Gegenwart des Besitzers bei der Sache forderte ⁵⁾,

1) Ueber die verschiedenen Bedeutungen: Gruppen deutsche Alterth. S. 47. Kopp Nachrichten von hessischen Gerichten. I. S. 32—41. Grimm Alterth. S. 555. 602. Groninger Verhandl. vol. V. p. 255. Albrecht die Gewere S. 17—19. Phillips Privatrecht. I. S. 118. Neue Aufl. S. 373. Maurerbrecher I. S. 442. Owers jurist. Zeit. 1830. April. nr. 30. Tübingen Zeitschrift V. S. 52. Gans Zeitschrift für preuß. Recht. I. Bd. S. 231. Zöpfl Rechtsgeschichte II. S. 165. Reyscher Beitr. zur Kunde des deutschen Rechts S. 55. Beseler über Erbverträge. I. S. 22—37. Gaupp in der Zeitschrift für deutsches R. I. Bd. S. 96. Brachtenhöst in der Zeitschrift. III. Bd. S. 120. V. Bd. S. 133.

2) Das in den alten französischen und englischen Urkunden vorkommende *saisine* ist unser deutsches Wort: Gewere. s. Stellen in meiner Schrift: der gemeine deutsche Prozeß. 4r Beitrag. Bonn, 1826. S. 197. Neue Aufl. 1840. S. 286. s. besonders Beaumanoir Cout. de Beauvoisis cap. 32. Leges Normano. in Ludewig rel. VII. p. 317. Bracton de legib. Angl. lib. IV. de assisia novae disseysinae. Lauriere glossaire II. p. 341. Cowell instit. jur. angl. lib. II. Tit. 2. §. 42. P. de Fontaine conseil (aus dem XIII. Jahrhundert) chap. 32. Eine sehr gute Darstellung der Lehre von der *saisine*, besonders nach dem neu aufgefundenen Pariser MS.: Livre de justice et de plet, hat geliefert Klimrath in der Revue de legislat. Paris, 1835. vol. II. p. 356—400. Rigaud in Foelix Revue de legislation. 1842. p. 35.

3) Urk. von 1495 in Wolf Geschichte des Eichsfeldes, Urkundenbuch S. 145. Urk. in Fischer Erbschaftsgeschichte S. 277. Senkenberg selecta. V. p. 600. Diese Gewere heißt auch ledigliche. Sachsenspiegel I. 34—54. Schwabenspiegel c. 337. s. über den Ausdruck Eichhorn Rechtsgeschichte §. 355 not. f. aber Cropp l. c. S. 237. Albrecht S. 8.

4) Der Ausdruck bezeichnet auch oft die Umzäunung der Grundstücke oder den geschlossenen Hofraum; daher ist der Ausdruck: *intra septa*, aut *clausuram* gleich mit: in seinen Werten. Hütten. Stadtrecht in Cosmanns Material. S. 53. Urk. in Haltaus glossar. p. 2033. Cropp in Hüttenwaller crim. Beitr. II. S. 17. Wigand Fenzgericht S. 320. Sachsenspiegel III. 8. Hamburg. Stat. von 1270. XI. 2. Leg. Brunsvic. in Leibniz scriptor. III. p. 441. Bremische von 1303 in Oelrichs p. 105. Albrecht S. 12. Kunde ebel. Güter-R. S. 16. Ist bedeutet auch Were den Schutz und die Aufsicht über eine Person. Drever Abhandlungen nr. 3. s. aber Albrecht S. 13. s. auch Pauli Abhandl. aus d. Lüneb. Rechte. III. Thl. S. 98.

5) Gaupp l. c. S. 96. Brachtenhöst in d. Zeitschrift. III. S. 2.

wogegen bei fahrender Habe die Gewere an die faktische Verbindung der Person mit der Sache geknüpft war. Die Gewere der beweglichen Sachen ⁶⁾ stand auch demjenigen zu, der diese Sachen innerhalb seines gewerten (befriedeten) Bezirkes der ihm gehörigen Liegenschaft hatte ⁷⁾. Das Verhältniß der Gewere wurde bei steigender Bildung später juristisch aufgefaßt als das Verhältniß eines gesetzlichen (durch Volksansicht und Bedürfniß allmählig ausgebildeten) Schutzes gegen Angriffe auf eine Sache, deren Gewere bei dem Angegriffenen angenommen wurde. Man kam zur Annahme von Fällen, in welchen jemand auch ohne faktische [hebende ⁸⁾] ledigliche ⁹⁾ Gewere dennoch als in Gewere befindlich betrachtet und darin geschützt wurde [juristische, ideelle Gewere nach neuerem Sprachgebrauch ¹⁰⁾]. Dies kam vor 1) in so ferne der Eigenthümer einem Andern die Gewere und Benutzung einer Liegenschaft überließ ¹¹⁾; 2) in so ferne jemand durch die auf eine gewisse Weise und zwar insbesondere durch Auflassung ¹²⁾, später wohl auch durch Uebergabe der darauf bezüglichen Urkunde ¹³⁾ geschehene Bestellung eines Rechts an fremden Liegenschaften eine Gewere seines Rechts und damit ein dem römischen dinglichen Rechte ähnliches Recht erhielt ¹⁴⁾, oder 3) der Eigenthümer einen Andern in die Gewere eines Guts oder

-
- 6) Der Gebrauch von Familien- oder Hausmarken zur Bezeichnung des Besitzes an Sachen ist sehr alt. Falk Handb. des schlesw. R. IV. S. 250.
 - 7) Erpp I. c. S. 234. Albrecht S. 19. Phillips I. S. 130. Diese Ansicht galt ebenso in Frankreich. Stellen in der Revue I. c. p. 394. Bradenhöft in der Zeitschrift. III. S. 9. in not.
 - 8) Richtsteig d. Lehenrechts art. 29. Saupp S. 104.
 - 9) Sachsensp. I. 34. II. 57. Saupp S. 103. Albrecht S. 8.
 - 10) Albrecht I. c. u. Phillips I. S. 373. sprechen von juristischer, Saupp S. 102. von ideeller Gewere; f. auch in Frankreich von saisine de droit Revue pag. 381.
 - 11) Bei dem Lehen- und Zinsmann, wo von Ruzgewer im Gegensatz von Eigengewer gesprochen wurde. Schwab. Lehenr. c. 44. Urk. von 1373 in Guden sylloge p. 632. Heumann p. 203. Richtsteig c. 16. 21. Sachsensp. II. 44.; von Frankreich: Revue p. 365. 393.
 - 12) Meine Schrift: der gemeine deutsche Prozeß. IV. S. 287. 290. Bradenhöft in Zeitschr. III. S. 18.
 - 13) Urk. von 1207 in Schöpflin alsat. diplom. I. p. 450. Dunter in d. Zeitschrift II. S. 62.
 - 14) Es hängt dies mit d. System d. deutschen Klagen zusammen. Saupp I. c. S. 111. Bradenhöft in d. Zeitschr. V. S. 133. Albrecht S. 97. 126; vergl. mit Phillips Privatrecht I. S. 135. Maurenbrecher I. S. 223. — f. überhaupt Sachsenspiegel II. 43. 44. III. 38. Richtsteig I. 23. Schwabenspiegel cap. 123.; vermehrter Sachsensp. I. cap. 14. dist. 6, cap. 26. dist. 2, cap. 36. dist. 3. Sächs. Reichsbild 60. Haubold de orig. usucap. p. 26. Eichhorn Rechtsgeschichte §. 355., Privatrecht §. 154. Wigand Femgericht S. 326.

einer Universalität von Sachen aufnahm¹⁵⁾, insbesondere durch Erben eines Zinses¹⁶⁾, oder 4) als das Gesetz jemandem, der nicht faktische Gewere hat, dennoch Gewere vermöge Annahme der ipso jure eintretenden Fortsetzung einer fremden Gewere zuerkennt¹⁷⁾, oder 5) an ein richterliches Urtheil¹⁸⁾, welches Gewere überträgt, dieselbe geknüpft wird¹⁹⁾. Die rechte Gewere^{19a)}, welche nur in Bezug auf Liegenschaften oder eine Universalität von Sachen überhaupt eintrat²⁰⁾, war das Verhältniß, welches denjenigen, bei welchem die faktische oder vom Gesetze angenommene Gewere bestand, gegen jenen Anspruch auf die in rechter Gewere befindliche Sache schützte²¹⁾. Die Wichtigkeit der faktischen Gewere und ihr Zusammenhang mit dem Frieden bewirkte, daß man demjenigen, dessen faktische Gewere verletzt wurde, ein Mittel gab, ohne Rücksicht auf seine Rechte zum Besitze, gegen Angriffe der Gewere, die als Friedensverletzungen galten, bei Gericht geschützt zu werden²²⁾. Mit diesen Ansichten stimmte das canonische Recht überein²³⁾, welches gleichfalls ein Schutzmittel gegen Angriffe auf Besitz²⁴⁾, ohne Rücksicht, wie der Besitz erworben wurde, in der Spolienklage zu dem Zwecke gab, daß der Spolirte²⁵⁾ vor allem wieder in seinen

15) Bei Erbvertrag.

16) Schwabensp. c. 311. Albrecht S. 182. Brackenhöst in dem neuen staatsbürgerl. Magazin. IV. S. 150 not.

17) Dies tritt ein bei dem Erben s. unten §. 114.; und Rigaud in Foelix Revue 1842. p. 35.

18) Albrecht S. 39. Brackenhöst in Zeitschrift III. S. 23.; von Frankreich: Klimrath in Revue p. 386.

19) Ob es möglich ist, auf einige Fälle erschöpfend die jurist. Gewere zurückzuführen — gegen Albrecht s. Gaupp S. 109.

19a) Sachsenspiegel II. 44. Schwabenspiegel c. 129. Albrecht Seite 104. Meiske Privatrecht nach dem Sachsensp. S. 74. 77. Unterholzner Verjährungslehre I. S. 72—79. Phillips S. 432.

20) In nordischen Statuten heißt dies Lawhærd. Zütisches Lawbuch I. 42.; altes seeländisches Recht. III. 8.; schonisches IV. 17. Roseneinge S. 90. Paulsen im staatsbürgerl. Magazin. V. 105—9. Brackenhöst im staatsbürgerl. Magazin. IV. S. 100. In den französischen Rechtsquellen kommt ebenso die vraie saisine vor. Klimrath in der Revue p. 368. 371—75. p. 395, daß nur bei Immobilien und Universalität von Sachen vraie saisine Statt fand.

21) Brackenhöst in d. Zeitschrift III. S. 13.

22) Baier. Rechtsbuch von 1340. Tit. 16. Art. 19. 21. Meine Schrift: der deutsche Prozeß. IV. S. 288.; von Frankreich: Klimrath in Revue pag. 381.

23) Meine Schrift S. 289.

24) Schon 1170 kommt bei Meichelbeck hist. Frising. (Hf. Theil.) p. 562. ein Besitzprozeß privata quaestione proprietatis vor.

25) Meine Schrift S. 290.

Besitz gesetzt werden sollte ^{25a)}, als auch beide Rechte selbst in Familienrechten eine Gewere annahmen ²⁶⁾, und überhaupt eine Gewere auch bei Rechten schützte ²⁷⁾, welche einen ewigen Charakter hatten und entweder mit Grund und Boden zusammenhingen, oder moralischen Personen zustanden, woraus die späteren Juristen die *quasipossessio iurium* bildeten ²⁸⁾. Die Rücksicht endlich, nach welcher überall im deutschen Rechte der durch Alter geheiligte Zustand geschützt wurde, erzeugte auch den Schutz, welchen in Besitzfreiheiten das Alter im Besitze fand ²⁹⁾.

§. 151. Heutiges Recht in der Lehre vom Besitze.

Die Vorschriften des römischen Rechts bilden zwar jetzt das anwendbare Recht auch in der Lehre vom Besitze; allein die Ansichten des alten deutschen Rechts über Gewere dienen noch immer zur Erklärung: 1) der Ansichten, auf welchen im Strafrechte noch der Unterschied von dem eigentlichen Diebstahl und Unterschlagung ¹⁾ beruht; 2) sie erklären das Verhältniß der *quasipossessio* in der Anwendung auf Rechte, die das römische Recht nicht kannte, aber in dem in §. 150. angegebenen Sinne durch possessorisches Rechtsmittel geschützt werden ²⁾; 3) sie dienen dazu, die wahre Natur mancher deutschrechtlichen Institute ³⁾ oder Sätze zu erklären, welche als

25a) Belehrend sind hier auch die Vorschriften in den außerdeutschen Rechtsquellen über die *assisia de nouvelle disseisine*. Bracton oben not. 2. Phillips englische Reichs- und Rechtsgeschichte. II. S. 150.; ebenso die *complainte*, *reintegrande*. Besonders das *applegement*, Lauriere glossaire. I. p. 55.; und wichtig ist das Verhältniß der *recreance*, Lauriere II. p. 287.; schon in *Cout de Champagne* (aus d. XIII. Jahrh.) in le *Grand Cout. de Troyes*. II. p. 357. s. besonders Klimrath in der *Revue* p. 371. 381.

26) Sachsenspiegel I. 25. c. 14. X. de vest. spoliat. Geiger in d. Zeitschr. für Civil-R. XIII. S. 277.; vergl. mit Duncker in d. Zeitschr. für deutsches Recht. III. S. 33.

27) Patronats-Zehentrecht s. Duncker I. c. S. 39–48.

28) S. auch Reichsabschied von 1548. §. 59. Landfrieden von 1548. Eingang §. 1.

29) Beweise schon in *lex Baiuvar.* Tit. 16. c. 1. §. 2.; in d. *legib. Walliae* Ausg. v. Wotton p. 130. Neue Ausgabe (*ancient laws* p. 789) von französ. Rechtsquellen *Revue* p. 366. 393. Meine Schrift: der Prozeß IV. S. 292. c. 9. X. de probat. In dem *coutumier inedit de Picardie* (par Marnier, Paris, 1840.) p. 42. wird gefordert *bonne saizine de si long tems, que il n'etoit memoire du contraire*.

1) Zusammenhängend mit der Verletzung der Gewere bei Diebstahl und dem dieblichen Behalten.

2) Ueber den Umfang ist freilich noch immer Streit, s. Duncker I. c. S. 49.; über Anwendung auf Familienverhältnisse, s. auch Falf Handbuch IV. Seite 49.

3) J. B. bei den Realkasten. Erbverträgen.

Mittermaier, Privatrecht. I. 6te Aufl.

Ueberbleibsel der deutschrechtlichen Ansichten über Gewere vorkommen ⁴⁾; 4) vorzüglich erklärt sich aus dem deutschen Rechte die Ausbildung der possessoriischen Prozesse und zwar des Spolienprozesses ⁵⁾, und der Art, wie in dem jüngsten und dem ertentlichen Besitzprozesse ⁶⁾ manche Bestimmungen vorkommen ⁷⁾.

§. 152. [§. 137a.] Von dem Rechte zu pfänden.

Als Ausfluß der schon im altdeutschen Rechte leitenden Ansicht ¹⁾, daß auch da, wo jemand Eigenmacht gegen Andere, die sein Recht verletzen, anwenden darf, sie nur beschränkt so weit zulässig ist, als dadurch weiteren Verletzungen entgegengewirkt werden soll, kam im alten deutschen Rechte ²⁾ als Art der Pfändung ³⁾ auch diejenige vor ⁴⁾, welche im Zusammenhange mit der Gewere ⁵⁾ als Recht

- 4) J. B. bei Eigenthumsklage wegen Mobilien, bei der Investitur, bei der Testamentsvollstreckung, bei Erbverträgen.
- 5) Meine Schrift: der gemeine Prozeß. IV. S. 387. Spangenberg Comment. zur hannov. Prozeß-Ordn. II. S. 116. 128. f. auch Falk Handb. des holftein. Privatr. IV. S. 46. Bornemann preuß. Civilt. I. S. 468.; vgl. mit Höpfer d. Besitzrechtsmittel u. Besitzprozesse. Leipz. 1841. S. 54.
- 6) Meine Schrift S. 299 ff.
- 7) Was in den neuen Gesetzgebungen über Besitz vorkommt (s. Nachweisungen in meiner Schrift S. 302—315. und Bornemann preuß. Civilt. I. S. 445—529.) beruht häufig auf einer Nachbildung des französischen Rechts ohne klare Vorstellung der deutschen Bedürfnisse. Die ganze Lehre könnte in einem Gesetzbuche sehr vereinfacht werden.
- 1) Wilsa l. c. S. 194. Auch Maurenbrecher I. §. 194. Neyscher l. c. stellt es mit der Selbsthilfe zusammen.
- 2) Leg. Salic. X. 3. Wisigoth. VIII. Tit. 3. Cap. 13. Burgund. XIII. 1. Longob. I. 23. §. 1. Leg. Angl. Inae. 49. Sachsenpiegel I. 27. 28. 47. II. 47. III. 20. Schwabenspiegel c. 225. Sächsisches Leuebuch III. 50. Emerich Frankenber. Gewohnheiten in Schminke II. p. 751. Albrecht von der Gewer S. 21. Phillips I. S. 167. Weiske Grundl. der deutschen Verfassung S. 47. (Auch in den altfranzösischen Quellen [z. B. Beaumanoir chap. 52.] kommt dies Recht vor. Stellen in Revue de legislation. 1835. p. 394.). Puchta über gerichtliche Klagen der Landeigenth. S. 451. Neyscher württembergisches Privatrecht. I. Seite 218. Maurenbrecher I. S. 417.; vorzüglich Wilsa in der Zeitschrift für deutsches Recht. I. Bd. 2. H. S. 167—320. f. auch v. Bunge holländisches Privatrecht. I. S. 249—54.
- 3) Das alte Münchner Stadtrecht kennt als Acten: die Pfändung des Gutsheeren, des Hausherrn wegen Miethzinses, des Gastwirts und die Pfändung wegen Beschädigung. Auer Münchener Stadtr. Art. 66. 68. 70. 100. 110.
- 4) Hommel de pignorat. et custod. anim. paup. fac. Lips. 1774. Trotz jur. agrar. belg. I. p. 651—83. Bauer obs. circa pignor. priv. Lips. 1810. Rühr Haushaltungsrecht VI. Bd. Seite 846. Klingner Samml. II. S. 257. Gablen Dorfrecht S. 300. Orth Anmerk. zur Frankfurt. Reform. 3te Fortsetzung. S. 636. Hoynek de Papendrecht de inclus. animal. Lugd. 1817. Münter Weidrecht §. 188. Georg inst. jur. forest. p. 64. Klöntrup Handbuch III. S. 171. Hagemann Landwirtschaftsrecht S. 596.

des Besitzers von Grundstücken sich ausbildete, fremde Thiere, die darauf Schaden anrichteten, und Personen, welche die Gewere insbesondere durch Beschädigung verletzten, zu pfänden. Durch spätere Rechtsansichten zwar modificirt, insbesondere auch in der dem rein deutschen Rechte unbekannten Richtung anerkannt, daß Pfändung ein Mittel zum Schutze im Besitze sey ⁶⁾, hat sich vermöge allgemeiner Gewohnheit ⁷⁾ das Pfändungsrecht ⁸⁾ erhalten, als die Befugniß desjenigen, der den Schaden leidet oder damit bedroht wird, bei widerrechtlichen Beschädigungen auf Grundstücken und bei Besitzstörungen die schädliche Sache, oder überhaupt eine dem Beschädigten gehörige bewegliche Sache in der Absicht wegzunehmen, sich den Ersatz des Schadens dadurch zu sichern, oder die Nachtheile künftiger Besitzstörungen oder Verletzungen abzuwenden ⁹⁾. Dies Recht findet Statt: 1) bei Beschädigungen von Grundstücken durch Thiere, oder Anmaaßungen von Personen, Rechte auf fremden Grundstücken auszuüben ¹⁰⁾, oder in so ferne das auch ohne jene Absicht geschehene Betreten ¹¹⁾ des fremden Grundstücks das rechtliche Interesse des Besitzers jenes Grundstücks verletzt ^{11a)}. 2) Das Mittel dient auch zur Erhaltung im Besitze und zur Begründung der Unterbrechung der Verjährung ¹²⁾. 3) Ausgeübt wird sie an schädlichen Thieren oder an anderen dem Beschädigten gehörigen beweg-

5) S. zwar dagegen Wilba S. 174. s. aber auch Falk Handb. IV. S. 150. Phillips I. S. 410.

6) Wilba S. 250. Maurenbrecher I. S. 418 not.

7) Henneberg. Landesordn. von 1539. 2tes Buch. Tit. 8. Cap. 11. Statuta Verd. Art. 113. in Pufendorf obs. I. adp. p. 113. Hildesheim. Polizeiordn. Art. 97. Braunschw. Landtagsabschied von 1597. Art. 14. Würd. Landrecht in Oelken corp. const. III. nr. 86. §. 12. Baier. Landr. II. Thl. cap. 6. §. 24.; von Meßlenburg Kampf Civilrecht II. S. 223.

8) Auch in neuen Gesetzen anerkannt. Preuß. Landr. I. Theil. Tit. 14. §. 413 1c. s. darüber Bornemann preuß. Civilr. I. S. 435. Oesterreich. Gesetzb. §. 1321. Oldenburg. Ges. vom 24. Nov. 1821. Selbst in Frankreich (mettre en fourrière) Toullier droit civil. XI. vol. pag. 350. Auch das großh. hessische Feldstrafgesetz vom 21. September 1841. § 18. 19. erkennt die Pfändung an.

9) Puchta gerichtl. Klagen S. 453. Wilba S. 265.

10) J. B. Servituten, oder bei Jagdrecht.

11) Mit Unrecht nahm ich früher Pfändung wegen bloßen Betretens aus; Wilba S. 269.; da, wo das bloße Betreten eine Polizeistrafe oder Recht ein Pfandgeld zu erheben berechtigt, tritt auch Pfändung ein. s. noch Maurenbrecher I. S. 422.

11a) Es genügt, wenn der schadende Gegenstand nur auf dem Gebiete des Pfändenden sich befindet. Wilba S. 281.

12) Kind quacst. II. 37. Preuß. Landr. §. 413. Wilba S. 252.

lichen Sachen ¹³). 4) Nur auf frischer That, so lange das schädliche Thier oder der Beschädiger sich noch innerhalb der Gränzen des Grundstücks befindet, ohne Gewaltthätigkeiten ¹⁴), und mit möglichster Schonung am Orte der Beschädigung, jedoch auch mit dem Rechte, den ertappten Störer oder das schädliche Thier zu verfolgen ¹⁵), darf die Pfändung geübt werden. 5) Die Pfändung darf nicht weiter ausgedehnt werden, als der Zweck der Pfändung fordert ¹⁶), z. B. nicht bis zur Wegnahme der ganzen Heerde, wo es nur auf Beweis oder Unterbrechung der Verjährung ankommt ¹⁷). 6) Die Ablieferung der gepfändeten Sache an das Gericht ¹⁸), oder z. B. des gepfändeten Viehes an die öffentlichen Pfandställe ist nur da nothwendig, wo das Gesetz oder der Ortsgebrauch dies verlangen ¹⁹). Auch die Anzeige der Pfändung bei Gericht kommt nur partikularrechtlich vor. 7) Der Pfändende ist nicht schuldig, das Pfand eher herauszugeben, bis er wegen seines Schadens und etwaigen Kosten (auch für die Fütterung, wenn ein Thier gepfändet wurde,) befriedigt ist oder genügende Sicherheit hat ²⁰). 8) Das Recht, Pfandgeld als eine Art Strafe des Gepfändeten zu fordern ²¹), muß durch Gewohnheit oder Gesetz dargezogen werden ²²). 9) Durch die Pfändung wird der Beweis für die Rechtsansprüche des Pfändenden erleichtert, vorzüglich indem für den Pfändenden eine rechtliche Vermuthung ²³) entsteht, daß die Beschädigung von dem Gepfändeten oder von dem gepfändeten Thier verübt wurde, der

13) J. B. der Jagdsinte. s. noch Münter Weiderecht §. 197. Puchta Seite 453.

14) Struben rechtl. Bedenken. V. 95. Hagemann S. 598. Wilsa S. 281.

15) Kreitmayer Anmerk. zum bair. Landrecht. II. Bd. S. 1274. Gute Bemerkungen Puchta S. 453.; und Wilsa S. 283. 284.; aber auch Maurenbrecher I. S. 421. not. 1.

16) Puchta S. 45.

17) Da, wo die Beschädigung so groß ist, daß die ganze schadende Heerde nothwendig ist zur Deckung des Schadens, ist auch Wegnahme der Heerde erlaubt. Maurenbrecher I. S. 421.

18) Der Reichsabschied von 1442 (neue Samml. I. S. 170.) fordert dies bei Pfand wegen Schuld. Der Schwabenspiegel c. 225. schreibt auch bei Thierpfändung die Ablieferung des Thiers bei Gericht vor; allein nach gemeinem heutigen Rechte besteht diese Ablieferungspflicht nicht. Wilsa S. 298—302.

19) Struben II. 61.; neue Ausgabe III. S. 306. Münter §. 188. Hagemann §. 321. Meyser S. 220. not. 9. Maurenbrecher I. S. 422.

20) Leiser jus Georgic. Lib. II. Cap. 11. Haukefeld sächs. Privatrecht. §. 167. Hagemann Landwirtschaft §. 323. Meyser S. 220.

21) S. zwar Phillips S. 413. Puchta S. 456.

22) Wilsa S. 303—307.

23) Der Gepfändete mag durch Gegenbeweis die Vermuthung zerstören.

Umfang der Beschädigung und die Größe des Schadens müssen aber bewiesen werden ²⁴⁾; zugleich dient dem Pfändenden die weggenommene Sache für den Rechtsanspruch, indem er die Sache zum Zwecke der Befriedigung zurückbehalten kann ²⁵⁾. 10) Bei Pfändungen wegen Schadens kann der Pfänder verlangen, daß die gepfändete Sache zum Erfatze des Schadens, der Fütterungs- und Aufbewahrungskosten verwendet werde ²⁶⁾. 11) Der Gepfändete hat kein Recht, gegen den rechtmäßig Pfändenden Widerstand zu brauchen, oder das Pfand wieder dem Andern abzunehmen, oder Gegenpfändung zu üben ²⁷⁾.

§. 153. [§. 138.] Eigenthumsklage bei beweglichen Sachen. Historische Einleitung.

Auch das deutsche Recht erkennt, daß da, wo eine bewegliche Sache aus der Gewere des Besitzers kommt, der Besitzer einen Schutz durch Klagen erhält ¹⁾, entweder in so ferne er sie gegen denjenigen, der aus einem Vertrage die Sache zurückzugeben schuldig ist, durch eine persönliche Klage ²⁾ [Forderung] verfolgt, oder wegen verletzter Gewere auf Buße klagt ³⁾, oder eine mit der römischen dinglichen zu vergleichende Klage ⁴⁾ gegen den dritten Besitzer (der ihm nicht aus dem Vertrage haftet) anstellen will, und dabei entweder mit einer gewissen Form ^{4a)} [Anebang — Anfang ⁵⁾] ver-

24) Kreitmaier Anmerk. I. c. §. 1277. Puchta §. 453.

25) Wilsa §. 313.

26) Leiser jus Georg. II. c. 11. nr. 28. Puchta §. 455.

27) Albrecht von der Gewer §. 22. Hagemann I. c. §. 324. f. zwar Phillips §. 412. f. aber Wilsa §. 291—94.

1) Die Ansicht, daß das deutsche Recht bei Mobilien kein wahres Eigenthum gekannt habe, ist als irrig allgemein erkannt.

2) Sachsenspiegel II. 60. Hamburger Stat. Art. 123. Saupp in der Zeitschrift für deutsches Recht. I. §. 119. Brackenhöft in d. Zeitschrift für deutsches Recht. V. Seite 137.

3) Eropy in Hudtwalker Beitr. II. §. 235.

4) Brackenhöft I. c. §. 135. meint, daß es gar keine wahre Klage gewesen sey.

4a) In Frankreich hieß dies: Die Sache comme emblee fordern, f. Klimath in der Revue de legislation I. c. p. 397. f. Somme rural liv. I. chap. 43.

5) Nichtsteig Landrecht cap. 11. 16. Gruppen Alterthümer §. 102. Nichtsteig I. cap. 11. Alt Eulm. N. III. 127. 131. Berger de contravindicat. in suppl. ad elect. disc. p. 1809. Schöppensprüche in diplomat. Beitr. zum schlesischen Recht. VI. p. 129. f. noch Goslar. Recht in Bruns Beitr. §. 200. Mainzer in Siebenkees Beitr. I. §. 54. Hüneburg. Stat. in Dreper Nebenkunden §. 381. Hallaus pag. 25. Dreper in Spangenberg Beitr. zur Kunde deutscher Alterthümer §. 47. Eropy

bindet oder nicht 6). Eine solche Klage gegen den dritten Besitzer stand insbesondere demjenigen zu, dessen Gewere durch Diebstahl oder Raub verletzt war 7), oder welchem sonst die Sache gegen seinen Willen wegkam 8). Dagegen hatte diese Klage da eine Beschränkung, wo jemand eine Sache, die er selbst freiwillig aus seiner Gewere gelassen hatte 9), in Anspruch nehmen wollte, und nur in so ferne kann man sagen, daß die Eigenthumsklage 10) bei Mobilien nicht zulässig war 10), weil, nach den damaligen prozeßualischen

in Hudtwalcker's criminal. Beitr. II. S. 284. Grimm Alterth. S. 588. Albrecht von der Gewer S. 81. Phillips Privatrecht S. 195. 201. Neue Ausg. I. S. 418. Maurenbrecher Privatrecht I. S. 259. Neue Ausg. I. Seite 501.

6) Gaupp I. c. S. 111. Brackenhöft S. 138.

7) Hier war es wichtig, das diebliche Behalten von dem wahren Diebstahl zu trennen. Ueber die alten Formen: Leg. Ripuar. XXXIII. XLVII. 2. Burgund. XVI. 1. Bajuvar. XV. XVI. XVII. Leg. Wisigoth. V. Tit. 4. Art. 8. Von der Pflicht der Gemeinde dem Diebe zu folgen, Decret. Childebert. 595. cap. 11. Leg. Salic. XXXIX. Ripuar. XLVII. Leg. Aethelstani in Wilkins Leg. Anglosax. pag. 63. Judicia civilat. London. in Wilkins p. 68. und senatuscons. de monticulis Walliae in Wilkins p. 125. Phillips Versuch S. 195—207. Vom intertorare, Decret. Childebert. Art. 3. Leg. Sal. 49. Ripuar. XXXIII. Wiarda Geschichte des sal. Gesetzes S. 235. Regge Gerichtsweisen der Germanen, S. 224. du Cange voce intertorare. Ruepp de vindication. mobil. pag. 18. Denyssen de paroemia: mobilia non habent sequelam p. 65.; von späterer Fortdauer s. Kaiserrecht II. 92. Bondam Comm. ad jus Caesar. pag. 218. Coutumes d'Orleans. Art. 379.

8) J. B. wenn er die Sache verlor oder das Thier sich verlor. Bluntschli I. Seite 418.

9) Sachsenspiegel II. 60.

10) Gundling de rei vindic. ex jur. rom. et patr. Halae, 1726. Stein Betrachtungen über verschiedene Rechtsmaterien. II. S. 188. Curtius de rei vindicat. arcis limit. circumscript. Jenae, 1794. Rumpf de rei vindicat. ex jure hamb. Gott. 1764. Gütschow de studiis lubee. promov. commerc. §. 10. Wiese über die Vindication nach Lüb. und Rostok. Recht in seinen jurist. Abhandlungen nr. 8. Carstens Beiträge zum Lüb. Recht. I. Thl. nr. 8. Haffe in der Zeitschrift für geschichtliche Rechtswissenschaft I. Thl. nr. 2. Eildemeister Beiträge zum vaterländischen Rechte. II. Thl. nr. 3. Ruepp de vindicat. rer. mobil. german. Paris, 1823. Heineken de paroem. jur. germ. Hand muss Hand wahren, ex jur. stat. Brem. Gott. 1823. Appelius im Rhein. Museum. IV. Bd. S. 52. Pöhl's Rechtsfälle aus dem Gebiete des Handelsrechts. Hamburg, 1837. III. Heft nr. 1. Destraix de la revindication des meubles. Strassbourg, 1839. Gaupp in der Zeitschrift für deutsches Recht. I. S. 111.

10) Diese Beschränkung findet sich auch in den Rechten anderer Völker, z. B. in Frankreich, wo der Satz gilt: Les meubles n'ont point de suite, oder en fait de meubles possession vaut titre. s. darüber Bourjon droit commun de la France I. p. 145. Coutum. de Paris art. 170. Ferrière Corps et Compil. de Comm. II. vol. pag. 1168. Cout. d'Orleans art. 447. Pothier Comm. sur les Cout. d'Orleans II. pag. 337. Cout. d'Anjou art. 421. s. auch vom niederländ. Recht,

Ansichten ¹¹⁾, die Klage wegen verletzter Gewere nicht begründet werden konnte, da der Kläger die Sache freiwillig aus seiner Gewere gelassen hatte ¹²⁾, seine Gewere also nicht verletzt war ¹³⁾, und er, welcher dem Andern, dem er die Sache freiwillig gab, Vertrauen schenkte ¹⁴⁾, gegen ihn auch die persönliche Klage ¹⁵⁾ anstellen konnte ¹⁶⁾. Es scheint, daß man bei den Mobilien das

Ghewiet inst. jur. belg. I. pag. 203. 385.; von Holland, de Groot inleiding pag. 124. van Kessel theses, thes. 183. 184. 203. 204. Heusden de effectu rei vind. ob paroem. mobil. non hab. seq. Traj. 1800. Denysen de paroemia mobil. non habent etc. Lugdun. 1799.; von England, Blakstone Comm. II. 30. Houard ancienn. loix I. diss. prélim. p. 31. von Amerika, Kent Comment. on Americ law II. p. 261.

- 11) Von der dabei vorkommenden Prozedur: Eichhorn Privatr. §. 168. Heinen de paroemia I. c. pag. 5—15. Sachsenspiegel II. 36. 60. vergl. I. 7. 15. II. 60. III. 4. 22. Vermehrter Sachsensp. IV. cap. 13. Magdeburg. Weichbild 130. Richtsteig I. 11. 17. Schöppensprüche in diplom. Beitr. VI. p. 99—107. Haubold de orig. usuc. pag. 31—37.; auffärend sind auch angelsächs. Ges. Leg. Lothar. et Radric. 7. 16. Leg. Jnae. 35. 75. Haubold I. c. p. 38. Haffe in der Zeitschrift. I. Band. nr. 2. Gildemeister Beiträge zur Kenntniß des vaterländischen Rechts. II. S. 161. Eichhorn §. 361. b. Stat. von Leobschütz in Böhme Beiträge zum schles. R. I. S. 4. Hamburg Stat. von 1292 in Anderson I. S. 302. Stat. von Löwenberg in Homper Ueberf. S. 97. von nord. Stat. staatsbürgerl. Mag. V. S. 104. In den holländ. Stat. v. B. von Harlem 1245 (Mieris I. p. 221.), v. Delft von 1246 (Mieris I. p. 234.), heißt es: poterit se tertio excusare. Stadtrecht von Harlem 1245 in Mieris Charterboek I. p. 221.; von Delft von 1246 in Mieris I. p. 234.; von Almar von 1254 in Mieris I. p. 289. s. noch Stadtr. von Arkes 1281 in d'Achery III. p. 608. Art. 24. 25. Von der Prozedur in Frankreich Revue de legislation p. 397. Ueber die verschiednen Fälle in der deutschen Prozedur s. Saupp S. 134. Bradenhöft S. 139—156. Ueber Prozedur in Bamberg s. Jöppl das Bamberger Recht Seite 202.
- 12) Eropp in Hudtwalcker Beitr. II. S. 296. Sachsenspiegel II. 60. Bremisch. Recht in Delrichs S. 124. 157. Hamburg von 1270. IX. 21. Das Rechtsbuch nach Distinction (Ausgabe von Orloff) S. 256. Eropp I. c. Seite 300.
- 13) Eropp I. c. S. 241. Ueber das Verfahren bei der Eigenthumsklage nach Wallis'schen Gesetzen Leg. Walliao, edit. Wotton p. 215 und nach der neuen (1841) Ausgabe: ancient laws p. 121. 197. s. Zeitschrift für ausl. Rechtswissensch. XIV. S. 350.
- 14) Oft ausgedrückt durch den Rechtsatz: Hand muß Hand wahren, oder wo jemand seinen Glauben verloren hat, muß er ihn wieder suchen.
- 15) Ueber Haftung des Commodatars Sachsensp. III. 5. 22. Alt Eulm. R. V. 3—5. Maurenbrecher doctr. jur. germ. de culpa. pag. 77.
- 16) Mit Unrecht sucht Eichhorn im Privatrechte (3te Auflage S. 462.) darzu thun, daß erst später die Ansicht von der Ausschließung der Eigenthumsklage entstand. — Nach Eichhorns Ansicht (in der ersten Aufl.) wäre die Vindication auch nach Sachsensp. II. 60. nicht ausgeschlossen; s. aber richtig Eropp I. c. S. 286—298. (vermehrt. Sachsensp. IV. 13. dist. 13.). Albrecht S. 87. und Tönsen Grundr. des allgemeinen Privatrechts S. 435. Jöppl Rechtsgeschichte II. S. 172. Gegen die Ansicht Albrechts von der Gewer S. 88. s. Saupp I. c. S. 134.

Band zwischen dem Berechtigten und der Sache nur da begründet annahm, wo jemand die Sache inne hatte ¹⁷⁾, der Kläger also sich nicht beschweren konnte, wenn er selbst das Band freiwillig aufgab. Ein solches freiwilliges Aufgeben der Gewere wurde bei der Leihe und dem Pfandvertrag angenommen ¹⁸⁾; es scheint aber, daß man als ein solches Aufgeben es nicht ansah, wenn jemand die Sache einem Andern gab, um vorübergehend mit der Sache etwas im Interesse des Hingebenden vorzunehmen, z. B. bei dem Handwerker ¹⁹⁾, oder dem Diensthoten ²⁰⁾; nach einigen Statuten mochte später auch bei dem, welcher eine Sache deponirt hatte ²¹⁾, sein Aufgeben angenommen werden; dagegen ist es eine zu künstliche mit der Natur der deutschen Gewere nicht zu vereinigende Ansicht, wenn man auch da kein solches Aufgeben annimmt, wo die Zeit vorüber war, während welcher der Andere die Sache behalten durfte ²²⁾, oder wo der verstorbene war ²³⁾, dem er die Sache anvertraute ²⁴⁾. Allmählig scheint in den Städten die Begünstigung des Handels auch auf die Ansicht geführt zu haben, daß der Eigenthümer selbst die ihm gestohlene Sache nicht von dem Dritten fordern konnte, wenn dieser sie auf offenem Markte ²⁵⁾, oder von einem geschwornen Mäkler kaufte ²⁶⁾,

17) Gaupp S. 122.

18) Darauf geht zunächst Sachsensp. II. 60. und so findet sich der Satz in den alten Stadtrechten, Hamburg von 1270 in Anderson I. S. 89. Bremisch. Ordel 58. Statut von 1433 in Delrichs S. 527.

19) Bremisches Ordel nro. 105. Lübisches Recht III. Tit. 8. art. 17. Hamburger Rechtsfälle S. 29.

20) Sachsenspiegel III. 6. Cropp I. c. S. 242. Phillips I. c. S. 426.

21) Eine Gleichförmigkeit bestand nicht. f. Cropp I. c. S. 235. Hamburger Rechtsfälle S. 35. 43. Brackenhöft S. 153. Schon darin, daß der Depositar, wenn er veruntreute, nur des dieblichen Behaltens schuldig war, liegt ein Grund, auch das depositum als Art des freiwilligen Aufgebens der Gewere zu betrachten.

22) Brackenhöft I. c. S. 165. auf Sachsenspiegel III. 22.; allein richtiger Gaupp S. 130.

23) Brackenhöft S. 165. 166. bezieht sich auf Schwabensp. cap. 253. nr. 4. 5. Sachsensp. II. 60. §. 2.; allein f. dagegen Cropp I. c. S. 68. 297. Gaupp S. 126.

24) Aus dem neu aufgefundenen MS. livre de justice et plet. (f. darüber und andre alt französische Quellen Allmuth in der Revue I. c. p. 397—400.) ergibt sich im wesentlichen die nämliche Ansicht, wie sie bisher im Texte als die deutsche aufgestellt wurde.

25) Rechtend. Nuyrechts §. 77—81.; noch wichtiger sind hier holländische Statute: Privil. von Dordrecht in Wall Privil. van Dordrecht. VI. p. 1334.; von Haag in Riemer beschr. van den hage. II. pag. 61. rechtsgeleerde observatie tot de Groot inleiding. II. p. 75—78.; f. auch die nordischen Stat. Rosenveinge S. 91., staatsbürgerliches Magazin V. S. 107.; von England, Cowell instit. jur. anglie. Lib. II. Tit. 6.; von Frankreich, Revue p. 399. Die Art, wie er es auf dem Markte kaufte, ist wichtig nach Sachsenspiegel II. 36. §. 4.

oder bei Sachen, die über die See in die Stadt gebracht waren 27). Die Verbreitung des römischen Rechts bewirkte in manchen Statuten auch noch andere Modificationen des Satzes: Hand muß Hand wahren, indem man a) entweder bei gewissen Arten von Geschäften 28), wodurch jemand freiwillig die Sache aus der Gewere ließ, den Satz nicht mehr annahm, oder b) verordnete, daß nur gegen Erstattung des Kaufpreises der Vindicant die Sache vom Besitzer zurückfordern konnte 29). Ziemlich durch das neu ausgebildete Verfahren der alte Prozeß verdrängt wurde, desto mehr mußte auch das alte Institut sich verändern 30).

§. 154. [§. 138^a]. Ausbildung der Lehre in Particularrechten.

I. Durch den Sieg des römischen Rechts und durch das Wegfallen der alten Ansichten von der Gewere, und die geänderten prozeßualischen Ansichten ist der deutsche Satz: Hand muß Hand wahren, selbst an Orten, wo der Sachsenspiegel im Ansehen geblieben ist 1), gemeinrechtlich untergegangen, so daß nur römisches Recht auch in dieser Lehre die Regel bildet, jedoch noch häufig an einzelnen Orten das deutsche Recht wenigstens modificirt sich erhielt. II. Wenn das Landesgesetz 2) die Beschränkung der Vindication bei Mobilien ausspricht, so muß geprüft werden, in welchem Sinne dies vorkommt,

26) Schweizer Statute in Bluntschli I. S. 419.

27) J. B. bei Sachen, die über Sand und See in eine Stadt kommen. Hamburg. Recht von 1270 bei Anderson I. S. 70.

28) J. B. Lübfisch. R. v. 1240 Art. 143. Albrecht von der Gewere S. 93.

29) Nach dem alten Schleswiger Stadtrecht Art. 18. kann vom redlichen Besitzer die Sache nur gegen Erlegung des halben Kaufpreises vindicirt werden. Merkwürdige Modification in Statuten von Staffelar v. 1264 in Charterboekje van Gent. p. 155.

30) J. B. in der Schweiz, Bluntschli Rechtsg. II. S. 103. Escher in Schaumburg Beitr. zur Kunde d. Züricher Rechtspflege. I. Bd. S. 29. u. dort S. 49. Bluntschli's Bemerkung; f. v. d. Ostseeprovinzen, wo sich deutsches Recht erhielt, v. Bunge livländ. Privatr. I. S. 231.

1) Carpzov P. II. const. 26. def. 5. Kind quaest. for. III. p. 114. Sache Handbuch des Weimar. Privatrechts S. 267. Als gemeines Recht will Pöhlis im Handelsrecht I. S. 262. diese Regel aufstellen.

2) Lübf. Stat. III. Tit. 3. Art. 2. Rostok. Stadtr. III. Tit. 2. §. 2-4. Hamburg. II. Tit. 2. Art. 7. Vergl. mit Hamburg. Fallitenordn. Art. 25. von Bremen f. Ordel in Delrichs S. 124. 127. von Oldenburg, Halem oldenburg. Privatr. II. S. 27. Eulmischer Recht. Lib. III. Tit. 5. Bismärker Recht von 1498. Art. 69. (herausgegeben von Lappenberg S. 42. Gelrische Land en Stadtrechten. III Doel. Tit. 2. §. 2. (Ausgabe Venlo, 1740.) p. 144.; von Holstein Paulsen S. 47.

entweder A. in dem reinen deutschrechtlichen Sinne mit der Regel: Hand muß Hand wahren ³⁾, in der Art, daß nur da, wo jemand die Sache freiwillig aus seiner Were ließ, die Eigenthumsklage wegfällt, B. so daß auch in diesem Falle nur der gutgläubige Besitzer geschützt wird ⁴⁾, oder C. daß jeder gutgläubige Besitzer einer fremden Sache, ohne Rücksicht, wie sie der Eigenthümer verlor, Schutz erhält ⁵⁾, oder D. daß der Besitzer die Sache nur herauszugeben braucht, wenn ihm der Kaufpreis erstattet wird ⁶⁾. Wo nun die Vindication nach dem obigen deutschen Sage gilt, muß sie auch in dem rein deutschen Sinne angewendet werden ⁷⁾, in so ferne nicht erweislich an dem Orte durch Gesetz oder Gewohnheit ein aus dem römischen Rechte entlehntes Erforderniß beigelegt wurde, daher es auch auf bona fides des Besitzers nicht ankömmt ⁸⁾. Dem deutschen Sinne gemäß kann die Regel: Hand muß die Hand wahren ¹⁾ nicht so weit gehen, daß sie auch den Besitzer da schützt, wo er eine ihm gestohlene oder geraubte Sache vindicirt ⁹⁾; 2) der Begriff des Diebstahls muß dabei in dem deutschen Sinne genommen werden ¹⁰⁾, und daher kann auch die Eigenthumsklage nicht stattfinden, wenn der Eigenthümer durch Unterschlagung oder Betrug von Seite desjenigen, dem er sie anvertraute ¹¹⁾, seine Sache verlor. 3) Dagegen paßt die Regel bei der Vindication aller Mobilien, welche der Vindicant freiwillig aus seiner Gewere ließ ^{11a)}, und zwar, wenn sie der Vindicant einem Andern geliehen, verpfändet, in Commission ge-

3) J. B. in Bremen, Oldenburg.

4) Dies zeigt sich z. B. auch in der Schweiz, Bluntschli in Schauberg Beitr. S. 49. fordert bona fides; s. dagegen Escher l. c. S. 38.

5) Nach dem neuen Luzerner Civilgesetzbuch art. 256. ist der redliche Besitzer, wenn er sie gegen Entgelt an sich gebracht hat, gegen Eigenthumsklage geschützt.

6) J. B. nach dem neueren Lüdischen Rechte Lib. III. Tit. 4. art. 9. Dies gilt auch in Zürich s. Bluntschli II. S. 103.

7) Gründler Polemik I. S. 245. Maurentbrecher I. S. 508.

8) Escher l. c. S. 38. Heineken diss. p. 49. In Hamburg ist nach Statut. II. Tit. 2. §. 2. bona fides gefordert. Gries Comm. zum Hamburg. R. I. S. 213.

9) Weil schon nach dem rein deutschen Rechte die Vindication hier stattfand. §. 153. not. 6. Cropp in den criminal. Beitr. II. S. 232. Heineken diss. pag. 34. Curtius pag. 17.

10) Hamburger Rechtsfälle l. c. S. 67.

11) Bedenklicher ist es, wenn der Betrug angewendet wurde, um den Eigenthümer zu bewegen, die Sache einem Andern zu geben. s. Fall in Prijs und Cropp Abh. II. S. 286. u. Gries Commentar I. S. 203.

11a) Heineken p. 36. Curtius diss. §. 9. Eichhorn S. 445. Wildemeister II. S. 164. Carstén S. 226. Heineken p. 30.

geben hat; ob sie auch Anwendung findet bei Sachen, die jemand depouirt ¹²⁾ oder einem Handwerksmanne ¹³⁾ anvertraut hatte, hängt von dem Landesgesetze oder der Ortsgewohnheit ab ¹⁴⁾. 4) Der dritte Besitzer ist auch in den bezeichneten Fällen geschützt ¹⁵⁾, wenn er die Sache nur im Civilbesitze ohne detention ¹⁶⁾ hat, und wenn er die Sache auch nicht als Eigenthümer, sondern nur als Pfandgläubiger besitzt ¹⁷⁾. 5) Die Art, wie der jetzige Besitzer die Sache erwarb, ist gleichgültig ¹⁸⁾, in so ferne nicht aus der Fassung des Statuts sich ergibt, daß man nur den redlichen Besitzer schützen will; 6) der Besitzer braucht auch gegen Erstattung des Kaufpreises die Sache nicht herauszugeben ¹⁹⁾, wenn nicht das Ortsstatut die Klage nur auf diese Weise beschränkt. III. In mehreren Orten gilt auch die Vorschrift ²⁰⁾, daß das auf öffentlichem Viehmarkte gekaufte Vieh vom redlichen Besitzer entweder gar nicht oder nur gegen Erstattung des pretium vindicirt werden kann. IV. Als eine schon früh begründete, jedoch nicht gemeinrechtliche Gewohnheit ²¹⁾ gilt, daß von dem Inhaber privilegirter Leihhäuser ²²⁾, vorzüglich wenn derselbe alle polizeilichen Vorschriften beobachtete, eine in einem solchen Leihhause verpfändete Sache nur gegen Erstattung des auf dieselbe hingeliehenen Geldes gefordert werden kann ²³⁾. V. In den

12) Hier ist zwar viel Streit. Eropf l. c. §. 249. 263. Heineken p. 29. Gildemeister §. 166. Phillips Privatr. I. §. 426. Heise und Eropf Abhandl. II. §. 289. f. aber auch Escher l. c. §. 42.

13) Auch hier ist Streit. Eropf l. c. §. 247. Gildemeister §. 179. Escher l. c. §. 40. Bluntschli Rechtsg. II. §. 103.

14) Wo schon im alten Rechte ein Fall nicht zu denjenigen gerechnet wurde, bei denen das Recht freiwilliges Aufgeben aus der Gewer annahm, ist auch jetzt die Klage zuzulassen.

15) Nach dem Hamburg. Recht muß der Vindicant beweisen, daß ihm die Sache auf eine zur Vindication berechtigende Weise abhänden kam, f. Heise und Eropf Abh. II. §. 148. in not.

16) Rumpf §. 32. Heineken p. 40.

17) Eichhorn §. 448.; f. aber Curtius §. 7. Rumpf §. 27. Heineken p. 7. Carstén II. §. 224.

18) Bei der Schenkung zweifelt man oft, weil hier der Andere de damno vitando streite.

19) Dies ist zwar nach Statuten, (f. zuvor note 6.) Curtius §. 26. Rumpf §. 46. Rheden de statut. ad mercatur. §. 41. Gildemeister §. 171. Heineken p. 54.

20) J. B. nassauische Verordnungen in Verordnungsamml. I. §. 68.

21) S. frühe Statute, z. B. von 1338 in Mieris Charterboek II. p. 611. und rechtsgeleerde observat. tot de Groot. II. p. 80.

22) Ueber die Geschichte der Leihhäuser, die in Italien durch die Geistlichkeit in das Leben gerufen wurden (in Orvieto 1464 mit päbstl. Bewilligung) Morichini degl' istituti di publica carità. Roma, 1835. p. 175.

23) Berg Handbuch des Polizeirechts I. Bd. §. 379. V. Bd. §. 461. 962. Münchner Leihhausordnung von 1754 in Kreitmaier Samml. der General.

neueren Gesetzgebungen ²⁴⁾ äußert die deutschrechtliche Ansicht ihre Wirkung durch Beschränkung der vindication von Mobilien entweder so, daß der redliche Besitzer, wenn er die Sache auf Versteigerungen, oder von einem zu dieser Art des Verkaufs befugten Gewerbsmann, oder von demjenigen erwarb, dem sie der Kläger zum Gebrauche oder zur Verwahrung gab, gar nicht ²⁵⁾, oder nur gegen Erstattung des Kaufpreises herauszugeben braucht ²⁶⁾, oder daß überhaupt der Besitz der beweglichen Sache als Rechtstitel in der Art gilt, daß der Besitzer gegen die vindication geschützt ist, und nur bei gestohlenen und verlorenen Sachen der Besitzer erst noch Verjährung braucht, um ganz sicher zu seyn, aber auch da der redliche Besitzer, der die Sache auf dem Markte, oder in öffentlicher Steigerung, oder von einem berechtigten Kaufmann kaufte, nur gegen Erstattung des Kaufpreises herauszugeben schuldig ist ²⁷⁾.

§. 155. [§. 139.] Gesamteigenthum.

Nur um die von manchen Juristen aufgestellten Ansichten kennen zu lernen, ist anzuführen, daß man im Gegensatz des römischen Miteigenthums, bei welchem das Eigenthum Mehreren in der Art zusteht, daß jeder Einzelne zu bestimmten intellectuellen Theilen Eigenthümer der Sache ist, ein Gesamteigenthum ¹⁾ aufgestellt hat, als ein Eigenthum, welches Mehreren in der Art zusteht, daß jeder

Seite 579. Oldenburgische vom 1. Mai 1769 in Oethen Corp. Suppl. III. p. 152. Preuss. vom 12. März 1787 in Heyde Repertor. der Pol. Ges. I. S. 128. Carlsruher Ordn. vom 12. Dec. 1812. Darmstädter von 1807. Ordnung für Leihhaus zu Güstrow von 1810 in Both Gesetzsaml. II. S. 292. Berliner Leihhausordnung vom 25. Februar 1834. Gotha'sche Leihhausordn. vom 16. März 1836. §. 14.

24) Gönner Archiv für Gesetzgebung. I. Bd. nr. 26. Zeillers Commentar zum österr. Recht. II. Thl. S. 134.

25) Oesterreich. Civilgesetzb. 367. Pratobevera Material. IV. S. 225. Winwarter preuss. Landrecht. I. Thl. Tit. 15. §. 42. 43.; auch das Bernische Civilgesetzb. Art. 402. nimmt dies an.

26) Preuss. Landrecht §. 44. Bornemann system. Darstellung. II. S. 255—262.

27) Dies ist System des Code civil. art. 2279. f. Bauer de vi et effectu poss. rer. mobil. Gott. 1813. Dupont de praescript. pag. 16—21. Planck Lehre von der Verjährung nach franz. R. S. 24—59. Planck die Lehre vom Besitz nach französ. R. S. 15. f. die oben in §. 153. not. 9. angeführte Abh. v. Dostraix. Ueber den Sinn des Wortes: volé ist viel Streit, f. neuere Entsch. Gazette des trib. 1834. nr. 2636 — in dem Journal: le Droit nr. 330. Annalen der bad. Gerichtsh. 1837. nr. 16. 17.

1) Senkenberg prim. lin. condomin. pro indiv. Gott. 1796. Cramer Reglar. Nebenstunden. III. Thl. S. 113. Biener de natur. et indole domin. I. cap. 3. pag. 50. Weichsel theoret. praktischer Grundr. über gemeinschaftl. Eigenthum S. 77. Gröndler Polemik I. S. 247.

in Bezug auf das Ganze Eigenthümer ist, und nur durch das Eigenthum des Andern beschränkt wird ²⁾. Dem Charakter des römischen Eigenthums widerspricht ein solches Eigenthum ³⁾; es läßt sich aber auch kein Bedürfnis nachweisen ⁴⁾, das Gesamteigenthum in das Recht aufzunehmen ⁵⁾, da die Verhältnisse, welche man dahin rechnet, weit einfacher auf andere Art sich erklären lassen, und die Annahme eines solchen Eigenthums führt leicht zu irrigen Folgerungen.

1) In manchen Fällen ist nur eine Gesamtgewere in so ferne da, als eine Person mit eventuellen Rechten ⁶⁾ in die Gewere von einer andern Person aufgenommen wird, oder als eventuelle Rechte der nächsten Erben vorkamen ⁷⁾, oder einer Person eventuelle Lehenrechte ⁸⁾ eingeräumt waren. 2) Völlig grundlos ist die Annahme des Gesamteigenthums bei der ehelichen Gütergemeinschaft ⁹⁾. 3) Wenn Mehrere auf gleiche Art zur Ausübung gewisser Rechte im Ganzen berechtigt sind ¹⁰⁾, so paßt ohnehin kein Begriff des Eigenthums. 4) In den meisten Fällen, wo man Gesamteigenthum annahm, ist eine moralische Person die wahre Eigenthümerin ¹¹⁾, oder es ist die Sache ein Eigenthum mehrerer Gemeinden ¹²⁾. — Die

2) Dirl in der Hallischen Encyclopädie, Bd. 26. S. 492. definiert es als das einer Mehrheit von Personen als juristische Einheit zustehende Eigenthum.

3) Hesse Revision der Lehre von der ehel. Gütergemeinschaft S. 20. Daß auch d. preuß. Landr. I. Tit. 17. nur an das römische Miteigenthum dachte, s. Bornemann II. S. 2.

4) Beseler über Erbverträge I. S. 75. 77. Maurenbrecher I. S. 453. Bluntschli I. S. 83. Gut Runde deutsches eheliches Güterrecht S. 153. Auch die Jurisprudenz anderer Länder fand die Annahme eines solchen Gesamteigenthums nicht für nöthig.

5) Der Ausdruck: mit sammt der Hand kommt in Urk. vor, z. B. 1330 in Schöttgen und Kreißig script. rer. tom. III. p. 689 Eöln. Stadtr. von 1347. Art. 9.

6) Z. B. bei Erbvertrag. Phillips Privatr. I. S. 233. 305.

7) Hier hat vorzüglich Fischer in der Geschichte der deutschen Erbfolge I. S. 51. ganz irrig von Gesamteigenthum gesprochen s. S. 157.

8) Urk. (wo Samt vorkommt) von 1307 in Boehmer observ. jur. foudal. pag. 288. Weber Handbuch des Lehenrechts. IV. S. 79. Albrecht von der Gwer S. 193. Dirl l. c. S. 494.

9) Davon unten bei der Gütergemeinschaft.

10) Z. B. bei Jagdrecht.

11) Z. B. bei Gemeinbegütern.

12) Hierher gehören die Güter, welche einst im gemeinschaftlichen Eigenthum der großen Associationen waren, s. darüber Stiegly Darst. der Eigenthumsverh. an Wald und Jagd S. 13. Z. B. noch Ueberbleibsel davon in Rheinbaiern bei den Haingeraden. Darstellung der rheinbaierschen im baierschen Intelligenzblatt des Rheintreises 1827. S. 176. S. 243. 466. — 1828. S. 328. — 1829. S. 12., so auch bei den Ganerbschaften, z. B. im Elsaß und Rheinbaiern, dort hat manche Ganerbschaft 6000 Morgen; s. Abhandlung im Intelligenzblatt des baiern. Rheintreises 1819. nr. 26.

Wirkungen dieses Gesamteigenthums ¹³⁾ sind nach der Ansicht der Vertheidiger desselben, daß 1) jeder Gesamteigenthümer das Recht auf das Ganze hat, 2) keiner ohne den anderen über die Sache verfügen kann, 3) daß kein Gesamteigenthümer allein die Theilung fordern kann, 4) daß, wenn Einer wegfällt, entweder die Erben desselben oder nach der Behauptung Anderer die übrigen Genossen, als an die Stelle tretend, die Gemeinschaft fortsetzen.

§. 156. [§. 140.] Ober- und Nuzzeigenthum.

Nach der Art, wie in dem alten Rechte an das echte Eigenthum sich politische Rechte und eine gewisse Art von Herrschaft knüpften, war es begreiflich ¹⁾, daß der echte Eigenthümer die Gewere des Guts mit dem vollsten Benutzungsrechte (Nuzzgewer) einem Andern übertrug, während er der Herr des Guts blieb, Rechte, die an die Herrschaft geknüpft waren, sich vorbehielt, und durch den Anspruch auf gewisse auf dem Gute (gleichsam dinglich) ruhende Leistungen die Eigengewere behielt ²⁾. Vorzüglich kam diese Ansicht getheilter Gewere im Lehenrechte und im Colonate vor ³⁾. Als man nun nach Verbreitung römischer Ansichten deutsche Verhältnisse gerne in römische Formen brachte ⁴⁾, und die dem römischen Rechte nachgebildeten Klagen *actiones utiles* nannte, und bei dem Lehenmannne, dem man eine *vindicatio* zugestand, von *vindicatio utilis* sprach ⁵⁾, entstand bei den Glossatoren ⁶⁾ der Sprachgebrauch, ein *dominium utile* anzunehmen, das zuerst im Lehenrechte angewendet, aber bald

und 1824. nr. 14. ferner bei Hubmannschaften; so enthält die Leidsfählerhube 496 Morgen Ackerlandes und 300 Morgen Wald, daran participiren 55 Theilnehmer; die Acker werden auf 12jährigen Genuß vertheilt; es gehören hieher auch die Erbsengüter, s. bairisch. Intelligenzblatt 1824. Nro. 20.

13) Danz Handbuch II. S. 499. Maurendrecher I. S. 453.

1) Phillips Privatrecht I. S. 535. Bluntischli I. S. 93.

2) Albrecht von der Gewere S. 75. und S. 283. Nach Grimm Alterthümer S. 562. soll Inwerts eigen das Obereigenthum bezeichnen. Falk in den Rieker Blättern 1819. 2. Heft. S. 43. Phillips Privatrecht I. S. 238. Brackenhöft in Falks neuem staatsbürgerlichen Magazin. IV. Band. Seite 167. 179.

3) Schon die Glossatoren reden davon. Bulgarus war der Erste. s. Stellen in Dieß des gemeinen in Deutschland gültigen Lehenrechts. Halle, 1823. S. 31. Lang Comm. de domin. util. nat. ind. atque histor. Gott. 1703. Krug de natura domin. direct. et util. Lips. 1828.

4) Eichhorn S. 565. Insbesondere wirkte hier der Uebergang des Begriffs von Gewere in andere Rechtsverhältnisse.

5) II. Feud. 26. §. 21. II. Feud. 8. §. 43. Pütz Lehenrecht S. 93.

6) S. oben not. 3. Maurendrecher I. S. 522.

auch auf andre Verhältnisse ausgedehnt wurde ⁷⁾, wo Güter oder Rechte an Andere verliehen wurden. Ein entschledener Gerichtsgebrauch ⁸⁾ nahm dies Institut des getheilten Eigenthums an, welches nach der in der Fortbildung des Rechts herrschend gewordenen römischen Ansicht von Eigenthum als dasjenige Verhältniß erscheint, bei welchem zwei Personen als Eigenthümer der nämlichen Sache in der Art betrachtet werden, daß der Eine das Nutzungsrecht und die Proprietät, der Andere die übrigen Theile der Proprietät der Sache hat ⁹⁾. Das Obereigenthum ist der Inbegriff von Prioritätsrechten auf eine von einem Anderen vermöge seines Nuzueigenthums benützte Sache mit dem eventuellen Rechte des Heimfalls des Guts an den Obereigenthümer in gewissen Fällen, verbunden mit vindication; Nuzueigenthum ist dagegen das Recht auf eine einem Andern als Obereigenthümer gehörige Sache, welches nicht bloß alle Nutzungs-, sondern auch gewisse durch das Recht des Obereigenthümers begränzte Prioritätsrechte mit Verfügungsrecht über die Substanz der Sache gewährt. Der Begriff dieses getheilten Eigenthums, den auch die neuesten deutschen Gesetzgebungen ¹⁰⁾ anerkannt haben, ist im deutschen Rechte nicht aufzugeben ¹¹⁾, da er durch kein anderes Verhältniß erklärt werden kann, und man zu irrigen Folgerungen gelangt, wenn man das Verhältniß des Nuzueigenthümers nur als Pacht ¹²⁾,

7) Verschiedene Ansichten in Buddäus, in Zeperni's Samml. von Abhandlungen. IV. nr. 4. Ulrich de nat. et ind. dom. util. Marb. 1801. Thibaut civilist. Verf. I. nr. 3. Berg. jurist. Beobachtungen. I. Thl. nr. 20. Radihn Miscellen. nr. 1. Weber Handb. des Lehenrechts. I. S. 8. Duncker in der Zeitschrift für deutsches R. II. Bd. S. 177. Auch die Kammergerichtsordn. von 1521. Tit. 32. Art. 2. redet vom dominio directo.

8) Beseler von den Erbvertr. I. S. 79. Gröndler Polemik I. S. 248.

9) Interessant sind die Verhandlungen, warum man bei Abfassung des preuß. Landrechts das getheilte Eigenthum beibehielt. Bornemann IV. S. 74.

10) Baier. Landrecht I. c. cap. 2. §. 2. Preuß. I. Tit. 8. §. 20. XVIII. §. 1. Wechsel rechtshistor. Unters. über gutsherrliche Verh. II. S. 103. Deffert. Ges. §. 357. Baier. Edict über gutsherrl. R. vom 26. März 1818. §. 4. Hess. Edict vom 5. November 1809. §. 10. nr. 8. Badisch. Landrecht von 1809. §. 544. d. §. 577. a. Würtemberg. Pfandgesetz von 1825. Art. 9. Bremische Erbordnung von 1834. §. 14. Mecklenburg. Gesetz über Stadtbuch von 1829. §. 45. Weimar. Verordn. vom 12ten März 1841. §. 42. über Vollziehung des Hypothekengesetzes.

11) Auch die französ. Praxis sprach von seigneur util. Lauriere gloss. II. pag. 306.

12) S. zwar Vollgraff im Beilagenheft z. IX. Bd. des Archivs. S. 127. Zedersen in dem staatsbürgerl. Magazin. VIII. S. 55. f. dagegen Bradenhöft I. c. S. 169. Am bedeutendsten sind die Einwendungen gegen das getheilte Eigenthum bei Duncker in der Zeitschrift für d. Recht. II. Bd. S. 177 ff.

oder als bloßen Nießbrauch¹³⁾ betrachtet; auch ist nichts gewonnen, wenn man das Nuzseigenthum als eine besondere deutsche Art der dinglichen Rechte aufstellt¹⁴⁾. Richtiger behält man den durch eine entschiedene Praxis¹⁵⁾ anerkannten Begriff des getheilten Eigenthums bei¹⁶⁾. Aus der bloßen Pflicht zur Leistung eines ewigen Zinses wegen des Besizes eines Grundstücks kann noch nicht auf Theilung des Eigenthums geschlossen werden¹⁷⁾. II. Der Obereigenthümer hat 1) Verfügungsrecht über sein Eigenthum, 2) Recht auf Heimfall, wenn das Recht der zum Nuzseigenthum Berechtigten erloschen ist, 3) Recht auf Caducität nur dann, wenn dies für gewisse Fälle im Vertrage bestimmt wurde, 4) Recht der Vindication des Guts von dem unberechtigten Besitzer¹⁸⁾, 5) Recht der Intervention überall, wo sein Recht von dem Nuzseigenthümer gefährdet wird¹⁹⁾, 6) Recht auf die im Vertrage für die Gutsverleihung bestimmten Leistungen²⁰⁾. III. Der Nuzseigenthümer²¹⁾ hat 1) das Recht vollständiger Benützung der Sache, 2) Recht der Verfügung über die Substanz, in so ferne nur nicht das Recht des Herrn, die Sache einst in der verbliebenen wesentlich unveränderten Form und unverschlechtert zu erhalten, verletzt wird²²⁾, in so ferne selbst das Recht der Veräußerung und der Belastung des Nuzseigenthums, jedoch so, daß der Obereigenthümer dadurch nicht leiden kann²³⁾, 3) das Recht der Vererbung, 4) das Recht, die Sache so lange zu behalten, bis Gründe vorkommen, unter welchen vertragsmäßig die Erlöschung seines Rechts eintritt, 5) das Recht der gerichtlichen Verfolgung der Sache, wie dies dem

13) Brauer Erläuterungen des badischen Lehenrechts. I. Thl. S. 447.

14) S. zwar Eichhorn Privatrecht S. 407. und Puchta die gerichtlichen Klagen der Landeigenthümer S. 288.; vorzüglich Duncker S. 205.

15) Es ändert nichts, daß das römische Recht dies Verhältniß nicht kennt. Zuviel Werth legt auf diesen Umstand Thibaut Verjüngte I. nr. 3. f. aber Paulsen hofsteinich. Privatre. S. 47. Beseler S. 79. Brachtenhöft l. e. Seite 174.

16) Selbst in Bezug auf Wahlen ist das Verhältniß wichtig, s. dänisches Gef. über die ständischen Verh. v. 15. Mai 1834. §. 2.

17) Bittwarter Handb. des österr. bürgerl. Rechts. II. S. 104.

18) Maurenbrecher I. S. 526. läugnet dies; allein da, wo der Nuzseigenthümer etwas widerrechtlich veräußerte, giebt doch die Praxis dem dom. dir. sicher die vindicatio.

19) Archiv für civil. Praxis. II. S. 260.

20) Daß Leistungen stattfinden müssen, gehört nicht zum Wesen des getheilten Eigenthums.

21) Kreitzmaier Anmerkungen zum bayer. Codex. II. S. 845.

22) Preuß. Landrecht. I. Thl. Tit. 18. §. 6—9. Badisch. Landrecht 577. a. d. Erfurt. Entsch. des badischen Civilrechts S. 100.

23) Daher hören die Lasten auf, wenn das Nuzseigenthum erlöscht.

Vom Eigenthum und der Erwerbung desselben. 417

Eigenthümer zusteht, daher auch die Befugniß zur Anstellung der Eigenthums- und Besiz-Klagen, die sich auf das verliedene Gut beziehen.

§. 157. [§. 141.] Eigenthumsverhältnisse bei Erbgütern.

Erbgut ¹⁾ bedeutet im deutschen Rechte ein unbewegliches, von Blutsfreunden in aufsteigender Linie herkommendes, bei einer Familie in Erbgang gekommenes Gut ²⁾, mit der Wirkung der Unveräußerlichkeit ³⁾, wenn nicht Consens der Erben ⁴⁾ hinzukommt. Das System der Erbgüter entwickelte sich schon früh ⁵⁾ durch die Sitte aus der Innigkeit der Familienverbindung im deutschen Rechte ⁶⁾ und dem Zusammenhang gewisser Familienrechte und Pflichten mit dem Besitze gewisser unveräußerlich bei der Familie ⁷⁾ zu erhaltenden Immobilien ⁸⁾. Bei Veräußerungen von Erbgütern an die Kirche

- 1) Auch Stammgut oder Stofgut, z. B. am Niederrhein; s. überh. Dreyer de restricta facult. alienand. bon. haeredit. ad mob. non pert. Kil. 1751. Ludovici de nat. bon. avit. Marb. 1746. Hellfeld de restrict. illustr. alien. facult. maxime quoad allod. Jenae, 1747. Walsch vom Näherrecht S. 353. Stein Betrachtungen über einzelne Rechtsmat. II. Bd. nr. 2. 3. Schrader Handbuch des holsteinischen Rechts. II. S. 68. Schröter Abhandl. II. S. 162. Hagemann Archiv. VI. Bd. S. 259. Biener de bon. avit. sec. leges sax. Lips. 1805. Hornthal, das deutsche Stammgut. Göttingen, 1818. Pauli Darstellung des Rechts der Erbgüter nach Lüb. R. Lübel, 1837.
- 2) Laubgut bezeichnet in Oldenburg. Gegenden (Halem Oldenburg. Privatr. II. Thl. S. 56.) den Gegensatz von Erbgut.
- 3) Sachsenspiegel I. 21. 52, sächs. Reichsbild Art. 20. 64. 65. Jütisch. Lowbuch I. 34. Grief. Gesetze in Biarda Asegabuch S. 115. Brokmänner Wilt. S. 67. Lüb. Stat. von 1266. in Dreyer Abhandl. I. S. 446. Dortmund in Wigand Gesch. S. 298. Soester R. in Eminghaus mem. p. 182. Hamburger von 1270 in Anderson S. 31. Jus Stadens. von 1279 in Pufendorf obs. adp. I. p. 172.
- 4) Ausschließung des Weiberstamms vom Stammgut ist kein wesentliches Merkmal (s. zwar v. Kamphs Jahrbücher Heft 92. S. 268.), obwohl nicht selten Vorzug des Mannsstamms vorkam. In Urkunden findet man häufig auch Weiber als einwilligend; wichtig Landrecht von Seeland von 1256 in Mieris Charterboek I. p. 307.
- 5) S. zwar Eichhorn Privatrecht S. 401.; vergl. mit Rechtsgesch. 4te Aufl. S. 75.; vorzüglich Beseler von den Erbverträgen S. 48. 51. Bluntschli I. S. 91.
- 6) Leg. Saxon. Tit. 15. Griesinger in der Fortsetzung von Danz. X. Bd. S. 96. s. aber Beseler S. 61.
- 7) Haffe im rhein. Museum. II. B. 2. S. 179. Verf. Bremische Güterrechte der Ehegatten S. 48. 190. Gaupp schlesisches Landrecht S. 98. Donandt Gesch. des Brem. Stadtrechts. II. S. 102.
- 8) Von der Allgemeinheit des Erbgutsystems Lauriere glossaire II. pag. 206. 244. Haersma de origine testamentifact. apud Fris. p. 9—11. und meine Rezens. in den Heidelberger Jahrbüchern 1829. S. 145. Am ersten war (durch das verbreitete römische Recht) in Italien das System der Erbgüter verschwunden.

scheint zuerst die Sitte Einwilligung der Verwandten nicht gefordert zu haben ⁹⁾. Die Ableitung aus einem allen Verwandten zustehenden Familieneigenthum ist grundlos. Auf die erst von dem letzten Besitzer erworbenen Immobilien ¹⁰⁾ ist der Begriff von Erbgut eben so wenig als auf bewegliches Gut ¹¹⁾ zu beziehen. Als Erbgut galt das durch Intestaterbfolge von einem Ascendenten Herkommende, ob auch das durch Anfallstitel von Todeswegen von einem Ascendenten Erworbene dazu gehörte, ist sehr zweifelhaft ¹²⁾. Daß unter den nächsten Erben nur Descendenten verstanden ¹³⁾ werden sollten, wird durch die germanische Familienverbindung, durch die Formeln der Consenserholung ¹⁴⁾, und durch die Ausdehnung der Retractrechte widerlegt. Eine gemeinrechtliche Ansicht über Beschränkung des Einspruchsrechts auf gewisse Grade der Verwandten läßt sich nicht nachweisen ¹⁵⁾. Nur der Consens der zur Zeit der Veräußerung nächsten Erben wurde erfordert ¹⁶⁾, und zwar nur derjenigen, die damals zunächst zur Erbfolge berechtigt waren ¹⁷⁾. Die Sitte, zu den

9) Lex Alam. Tit. 1. Es kommen aber auch Urk. vor (Neugart Cod. nr. 111. 170.), wo man zur größeren Sicherheit den Consens der Verwandten einholte.

10) S. zwar anderer Meinung in Waleh de jure libror. bona retrahendi in opusc. II. p. 307. (wegen Sachsenspiegel I. 21. 34. 52.) und Urkunde z. B. in Ludewig rel. Ms. I. p. 245. II. p. 305. Eydow S. 183. nimmt an, daß diese Rechte der Erben bei allen Immobilien (auch den nicht ererbten) vorkamen; aber er sieht selbst (S. 184.), daß die auf den Sachsenspiegel bald folgenden Quellen die Beschränkung auf ererbte Immobilien kennen. s. noch Gaupp schlesisches Landrecht S. 102—113. Siehe noch meine Rezens. in d. Heidelberger Jahrbüchern 1829. nr. 10. Was zu Erbgut gehörte, Pauli S. 24.

11) Vorzüglich Dreier de restricta facult. alien. p. 27.; s. zwar Lübisches Recht. I. Tit. 10. Art. 6. Bunkau bibl. jur. lib. p. 65. Pauli S. 43. s. aber auch v. Bunge Privatr. der Ostprovinzen. I. S. 157.

12) Für die Ausdehnung: Bruns exhib. quaest. ex quibus titulis acquiritur colligi possit natura honor. avitor. sec. jus lubee. Lubee. 1819. p. 18. s. andere Meinung in Hagemann Archiv. VI. Thl. Seite 90. 120. Am wichtigsten ist die Forderung bei Pauli S. 54—61., dessen Gründe (nach den Urkunden und dem Geiste des deutschen Erbrechts) gegen die Ausdehnung sprechen.

13) Dies behauptet Griesinger l. c. S. 106. 184. s. aber Gaupp S. 110. s. aber Beseler S. 51. vergl. mit Maurenbrecher l. S. 457.

14) Z. B. nach Urkunde in Vog hinter Ortloff Coburg. Statuten S. 61—63. In einer Urk. von 1296 in Thuringia sacra p. 367. consentiren die haeredes immediati, d. h. Kinder, und die mediati, z. B. Brüder.

15) Aus den von Eydow S. 198. gesammelten Stellen folgt, daß man oft in der größten Ausdehnung Consens der Erben erholte; allein es läßt sich daraus keine gemeinrechtliche Sitte ableiten.

16) Eichhorn Rechtsgesch. II. §. 359. Albrecht von der Gewer Seite 227. s. aber Eydow S. 212—219.

17) Pauli S. 141.

wichtigern Handlungen die Verwandten beizuziehen, bewirkte, daß man zu Veräußerungen, um sie sicher zu stellen, lieber möglichst viele Verwandte beizog. Die Nothwendigkeit der Consenserholung der nächsten Erben trat bei allen Arten von Veräußerungen ¹⁸⁾, und zwar außer dem Verkauf auch bei Verpfändung, Bestellung von Renten und Vergabung auf den Todesfall ein; Grundsatz war es aber, daß bei Veräußerungen wegen ehelicher Noth ¹⁹⁾ des Veräußerers die Einsprache der Erben wegfiel. Die Sitte der Veräußerer, die Erben durch Fluchformeln ²⁰⁾ von dem Angriffe abzuschrecken, kirchliches Uebergewicht ²¹⁾, und die Umwandlung der Verhältnisse in den Städten, wo man Veräußerungen nicht erschwerte, und wo die fahrende Habe für den Verkehr eine größere Bedeutung erhielt, und später römisches Recht, veränderten die alte Ansicht ²²⁾ von Einspruchsrechten der Verwandten. Gemeinrechtlich ist darnach das Erbgutsystem weggefallen. In Ländern des sächsischen ²³⁾ und des fränkischen ²⁴⁾ Rechts ²⁵⁾ erhielt sich in einigen Statuten ²⁶⁾ das System am längsten. Wo es noch vorkommt, tritt auch das Recht der nächsten Erben ein, eine ohne ihren Consens geschehene Veräußerung der Erbgüter zu revociren ²⁷⁾. An vielen Orten ist an die

-
- 18) Saupp schles. Landr. §. 101.; vorzüglich Pauli §. 103 1c.
 19) Schon Lex Saxon. Tit. XIII. XV. Urf. von 1298 in Kuchenbeker annal. hass. collat. VIII. 299. Urf. von 1302 in Duellii hist. equit. teut. III. p. 58. und noch Stellen in Haltaus gloss. p. 256. f. Eydmow §. 223., der in Bezug auf Sachsenspiegel es bezeugt. — f. noch Alt Lüb. Recht Art. 28. Hamburg. R. von 1292. Art. 14. f. noch Berk Brem. Güterrechte §. 51. Gut Pauli §. 115.
 20) J. B. in Urf. von 753 in Rij Urkunden des Niederrheins §. 5. Griesinger l. c. IX. §. 44. X. §. 248.
 21) Biener de natura domin. german. pag. 36. f. auch Albrecht §. 228.
 22) Ueber spätere Veränderungen Pauli §. 181.
 23) Sächs. Constitut. von 1572 p. II. const. 12.
 24) v. Kamphs Jahrbücher, Heft 92. §. 276.; f. vom Niederrhein Maurenbrecher I. §. 458.
 25) Daß es auch in schwäbischen Gegenden (f. zwar Maurenbrecher I. §. 459. not. 6.) sich erhielt, zeigt das Schweizer Recht im Erbrechte, Bluntschli II. Seite 329.
 26) Pufendorf obs. III. nr. 72. IV. nr. 68. Brem. Ordoel. 54. in Pufendorf II. p. 89. Butjadinger Landrecht §. 16—18. Lüneburg. P. IV. Tit. I. P. VI. Tit. I. Lübck. Stat. I. Tit. 10. §. 2. 6. Hagemann Essl. Stadtrecht §. 79—82. Hamb. Stadtbuch. III. Tit. I. §. 4. 6—9. Würder Landrecht, Oetken corp. const. III. nr. 86. §. 3. nr. 87. Art. 64. 65. und in Sachsen, Haubold Lehrb. §. 396. Curtius II. §. 164. Auch in den Ostseeprovinzen kommt das System noch vor. v. Bunge I. Seite 156.
 27) Movius ad jus lub. L. III. Tit. 7. art. I. Hagemann Archiv. VI. nr. 7.; über altes Recht Pauli §. 129.

Stelle dieses Rechts das Retractsrecht getreten; in einem ausgedehnteren Sinne, als schon im Mittelalter das Verhältniß vorkam, darf es dann nicht angenommen werden ²⁸⁾, wenn nicht eine weitere Ausdehnung im Statutarrechte bewiesen wird. Die Formen ²⁹⁾, unter welchen das System gilt ³⁰⁾, sind höchst verschieden in Particularrechten bestimmt; da, wo die nächsten Erben nur mehr Retracts- oder Vorkaufrechte haben ³¹⁾, ist anzunehmen, daß dadurch das weitere Einspruchsrecht im alten Sinne verdrängt worden ist.

§. 158. [§. 142.] Familienfideikomnisse und Verhältniß zu den Stammgütern.

Während im allgemeinen das Erbgutssystem immer mehr verschwand, erkannten manche Familien die Wichtigkeit gewisse Güter bei der Familie zu erhalten und gegen das einbrechende römische Recht dies zu bewirken ¹⁾, indem entweder durch Familienherkommen ein Gut als Stammgut erhalten, oder vorzüglich bei dem Adel, vermöge der Familienautonomie ²⁾, die durch das römische Recht bekannt gewordene Form der Fideikomnisse benützte, um Familienfideikomnisse zu gründen und dadurch das Familieninteresse zu befördern ³⁾. Auf diese Art muß man unterscheiden: I. Erb- und Stammgüter ⁴⁾, d. h. Güter, welche in einer Familie vermöge Gesetz oder Herkommen so erhalten werden müssen, daß, wenn nicht dringende Nothwendigkeit eintritt, sie unveräußerlich in der Familie erhalten werden sollen.

28) Hagemann pract. Erörterungen VII. Bd. nr. 35.

29) In manchen Orten, z. B. in Sachsen, ist es nur auf Veräußerung inter vivos beschränkt.

30) In manchen Orten ist das alte System nur stehen geblieben im Verfallensschaftsrecht und im Fallrecht; s. auch Ueberbleibsel in Nassau, Rahmer Sammlungen merkw. Entscheidungen. nr. 11. 12.

31) Eichhorn Rechtsgech. §. 571. Die neueste Aufhebung des Erbguttsystems ist die von Bremen, s. Bremische Erbkordn. v. 1834. Art. 12.

1) Beseler von den Erbverträgen. II. Bd. 2. Thl. S. 76.; C. v. Salza Seite 9.

2) Comm. ab Oettingen de fideicommiss. famil. p. 27. Richter (eigentlich Bodmann) tent. de fideicommiss. famil. illustr. et nob. Germ. Mogunt. 1730. pag. 30. Eichhorn §. 540. Poße von Sonderung der reichsständischen Staats- und Privatverlassenschaft S. 41. Beseler l. c. Seite 76. 85.

3) Man sprach hier von Erhaltung des Familienglanzes.

4) Der Ausdruck wird zwar oft gleichbedeutend mit Familienfideikommiß gebraucht; allein mit Unrecht. Moser Familienstaatsrecht I. S. 838. Eichhorn Privatr. S. 859. Maurenbrecher I. S. 459. II. 754. u. Schenk de Schweinsberg de honor. stemmatic. et fideicommiss. fam. orig. Marb. 1829. v. Salza S. 32.

II. Familienfideicommiss⁵⁾, d. h. Güter, welche vermöge ausdrücklicher Anordnungen in der Familie unveräußerlich, so lange die Familie, oder die nach der Stiftungsurkunde Verufenen vorhanden sind, erhalten werden müssen. Sie müssen unterschieden werden von den römischen fideicommissis perpetuis⁶⁾, welche nur vier Generationen hindurch dauern. Die Erb- und Stammgüter⁷⁾ gründen sich auf Landesgesetz⁸⁾, oder auf das in einer Familie erhaltene Herkommen, das durch besondere Familien-Dispositionen⁹⁾ anerkannt seyn kann. I. Familienfideicommiss¹⁰⁾ werden begründet¹¹⁾ entweder durch eine letztwillige oder andere einseitige Anordnung des Stifters,

- 5) Knipschild de fideicomm. famil. nobil. sive de bon. quae pro famil. nob. Arg. 1626. Ulm. 1693. Hellfeld de fideicomm. famil. illustr. eorumque jur. si alien. Jen. 1779. Mellmann Sel. cap. doctr. de fideicomm. fam. ex jur. Megap. Alt. 1793. Erhard de fideicomm. fam. Lips. 1806. Auersperg Anleitung zur gerichtl. und außergerichtl. Behandlung der Fideicommiss. Prag, 1794. Vogelhuber Versuch über die Fideicommiss in österr. Staaten. Wien, 1808. Pfeiffer verm. Abhandl. über Gegenstände des deutschen und römischen Privatrechts. (Marburg, 1803.) Nr. 1. Rosham Entw. der rechtl. Verh. der deutschen Geschlechtsfideicommiss. München, 1816. Kall obs. de fideicomm. famil. Dan. Havn. 1819. Dalwigk Versuch einer Darstellung. Bielefelden, 1822. III. Thl. Bollgraff vermehrte Abhandl. im Gebiete des Grim., Staats- und b. Priv. R. (Marburg, 1822.) nr. 2. Steinacker de jure fideicommiss. famil. sec. leg. sax. Lips. 1834. Wildner das Fideicommissrecht nach dem österr. Gesetz. Wien, 1836. E. v. Salza und Lichtenau die Lehre von Familien-, Stamm- und Geschlechtsfideicommissen. Leipzig, 1838. Bessler die Lehre von den Erbverträgen. II. Bd. 2. Thl. S. 75. Gesetze, bair. Landrecht. III. Thl. Cap. X. und dazu neue bairische Gesetze vom 28. Juli 1808, vom 22. December 1811, vom 26. Mai 1818. Preuß. Landrecht II. Thl. Tit. 4. Darüber und über spätere preuß. Gesetze Bornemann syst. Darstellung. VI. S. 548. Österreich. Ges. S. 618. ic. Badisch. Landr. S. 577. C. a. Hannov. Gesetz über Famil.-Fideikommiss. vom 13. April 1836. Braunschweig. Gesetz vom 28. März 1837.
- 6) L. 67. §. 6. L. 69. §. 3. D. de legatis I. L. 5. Cod. de verb. et rer. sign. nov. 159. c. 23. Dalwigk l. c. S. 14. Rabin Miscellen nr. 35. vorzüglich Pfeiffer prakt. Ausföhr. III. S. 53. v. Salza S. 37.
- 7) S. noch Rohrer Handb. des deutschen Privatrechts. S. 197. 218.
- 8) J. B. im Herzogthum Bremen. Brem. RitterD. von 1677. revid. 1738. f. Pufendorf obs. III. adp. p. 33. und IV. adp. nr. 1. f. noch Beispiele in v. Kampe Jahrbücher, Heft 920. S. 278 u.
- 9) Wichtiges Beispiel in der Familie Schenk v. Schweinsberg. f. in der Schrift oben not. 5. Das Herkommen kann aber auch sonst als vorhanden erwiesen werden.
- 10) Sie bestehen gemeinrechtlich nur in liegenden Gütern Steinacker l. c. p. 12. f. zwar Winkler opusc. II. p. 60. Nach preuß. R. können Grundstücke und Capitalien (aber nicht andre Mobilien, auch nicht bloße Häuser) Gegenstände zu Familien-Fideicommissen seyn, Bornemann VI. S. 550. Bei Capitalien wird es oft schwierig, zu erkennen, ob Familienstiftung (Bornemann VI. S. 541. 550.), oder Famil.-Fideik. da seyn soll.
- 11) Knipschild cap. XVI. Dalwigk S. 94. Wildvogel de fideicommiss. convent. 1710.

oder durch eine Vertragsform¹²⁾, entweder durch einen Erbeinsetzungs-Vertrag oder durch einen gültigen autonominischen Familienbeschluß¹³⁾. So weit der Stifter den Act, durch welchen er das Familienfideikommiß begründet, einseitig widerrufen kann, kann er auch das Familienfideikommiß widerrufen¹⁴⁾. II. Um allen Einwendungen vorzubeugen, wurde zwar häufig die kaiserliche oder landesherrliche Genehmigung eingeholt¹⁵⁾; war aber nicht wesentlich nothwendig¹⁶⁾. Nur particularrechtlich ist, was wegen dieser Genehmigung¹⁷⁾ und wegen einer gewissen Größe des Vermögens¹⁸⁾ als Bedingung der Errichtung oft vorgeschrieben ist. Daß das Familienfideikommiß auch in öffentliche Bücher eingetragen werden müsse, ist nur particularrechtliche Vorschrift¹⁹⁾. III. Nach gemeinrechtlicher Ansicht²⁰⁾ können, wenn nicht ein Landesgesetz entgegensteht²¹⁾, auch nicht-adeliche Familien solche Familienfideikommiße errichten. IV. Ein ipso jure eingetretenes Wiederaufleben der Fideikommiße des ehemaligen Reichsadels durch die Bundesacte kann in Ländern, wo Familienfideikommiße gesetzlich aufgehoben wurden, nicht behauptet werden²²⁾. V. Grundsatz ist, daß die Benützung des Fideikommißes

12) v. Salza S. 29. Beseler I. c. S. 85 n.

13) Wo man auf Familienobservanz sich beruft, liegt eigentlich ein Stammgut zum Grunde. Knipschild IV. nr. 74. VI. nr. 99. Rodmann pag. 53. Hönners Rechtsfälle II. nr. 18. Maurenbrecher I. S. 461.

14) Kall diss. I. c. p. 139. 145. Oesterreichisches Gesetzbuch §. 628. Wagner Zeitschrift 1826. Heft 7. S. 48.

15) Knipschild I. c. VI. nr. 26. Eichmann de confirm. division. illustr. partim necess. partim proficua. Jen. 1772. Hellfeld diss. §. 53. 59.

16) Runde §. 696.

17) Etet ausführl. polit. und rechtl. Mat. XIII. S. 180. Demuth de Confirm. fideic. famil. Lips. 1804. Dalwigk I. c. S. 59. Geiger u. Glück Rechtsf. II. Bd. S. 101. Steinacker p. 24.

18) Preuß. §. 51. Bad. Landrecht 577. c. d. Baier. Edikt von 1818. §. 22. v. Salza S. 80. Weim. Ges. v. April 1833. Hannov. Ges. v. 13. April 1836. §. 30. 36. 39. Die Particularn. gebieten die Rechte der Miterben und der Gläubiger zu berücksichtigen; baier. Edikt §. 20. 21. 26. Die Rücksicht auf eine gewisse Größe des Vermögens wurde in Oesterreich schon 1763 vorgeschrieben. Winwarter Handbuch III. S. 122. Braunschweig. Gesetz §. 24.

19) Baier. Edikt §. 22. Hannov. Gesetz I. c. §. 36. Ueber Preußen Bornemann VI. S. 553.

20) Knipschild Cap. III. §. 32. Baier. Landr. §. 5. Dalwigk S. 155. Steinacker p. 15. Beseler S. 90. v. Salza S. 82. Preuß. Landrecht II. Tit. 4. §. 47. In Preußen wollte man keine Beschränkung auf Adel anerkennen. Bornemann VI. S. 552. Gegen Annahme von Aufzueithum Maurenbrecher I. S. 464. v. Salza S. 163., der einen ususfruct. german. annimmt. s. andre Meinung Maurenbrecher I. S. 466. Gründler Polemik I. S. 256.

21) Baier. Edikt. §. 1. Badisch. Landr. 577. c. d.

22) v. Hohnhorst Jahrbücher des kaiserlichen Oberhofgerichts. I. S. 280. s. darüber oben §. 23.

einem (nach der Stiftung berufenen) Familienglieder zusteht. Sein Recht ist Eigenthumsrecht ²³⁾, jedoch beschränkt durch Veräußerungsverbot und das eventuelle Recht der Anwärter ²⁴⁾. Der Umfang seiner Befugnisse kann verschieden seyn, je nachdem in den Landesgesetzen ²⁵⁾ die Ansicht von einem Miteigenthum ²⁶⁾ oder einem Obereigenthum ²⁷⁾ der Anwärter angenommen ist. Gemeinrechtlich ist er Eigenthümer, jedoch mit der oben bezeichneten Einschränkung ²⁸⁾. VI. Die übrigen Familienglieder haben nur eine Anwartschaft ²⁹⁾, welche, wenn die Reihe sie trifft, sich in der Art verwirklicht, daß sie jetzt erst die widerrechtlichen Veräußerungen angreifen können, vorher aber weder dies Recht, noch ein Recht, Rechnungsablegung zu fordern, haben. Die Praxis giebt den Anwärtern das Recht, bei Gericht zur Sicherstellung ihrer eventuellen Rechte Maßregeln zu fordern ³⁰⁾. VII. Da ein Fideikommißbesitzer kein freies Verfügungsrecht über das Gut hat, so kann er auch keine das Gut beschwerende Schulb machen ³¹⁾, und es gelten daher nur als Fideikommißschulden ³²⁾ alle vom Stifter oder in dem Errichtungsvertrage auf den Gütern radizirten, oder zur Erfüllung einer Fideikommißlast nothwendigen, oder zum Besten des Fideikommißes verwendeten Schulden. Größere Befugnisse Fideikommißschulden zu machen, hat der Besitzer nur, soweit die anwendbare Analogie der Lehensschulden auf die Schulb paßt, oder das Landesgesetz ³³⁾, oder die Stiftungsurkunde das

23) Bodmann p. 81. Hall p. 71—87. Baier. Landrecht §. 13. Dalwigk §. 70. Pfeiffer §. 4. Nach preuß. R. (Bornemann VI. §. 560.) giebt man ihm nutzbares Eigenthum.

24) Pfeiffer §. 7. Hall pag. 108—121. Dalwigk §. 67. Bollgraf §. 108.

25) Preuß. §. 73. Bornemann V. Seite 550. spricht von Obereigenthum. Destr. §. 630. Baier. Edikt §. 43.

26) J. B. nach Rohlers Ansicht im Privatfürstenrecht §. 199.

27) Destr. Gesetz. §. 629—30. Winiwarter Handbuch III. §. 125.

28) v. Salza §. 153.

29) Steinacker p. 8.

30) Böhmers Rechtsfälle. II. Thl. p. 113. nr. 18. Salza §. 154.

31) Baier. Landrecht §. 19. Preuß. §. 87. Desterreich. §. 635. Badisches Landrecht §. 577. c. q. Dalwigk §. 78. Bodmann p. 89.

32) Baier. Landr. §. 19. Knipschild Cap. XI. Baier. Edikt §. 56. Bad. Landr. §. 577. c. p. Brauer Erläut. I. §. 452. Hannov. Ges. §. 35. Braunschweig. §. 22.

33) Das Familieninteresse selbst fordert oft Aufnahme von Darlehen. Neue Gesetze gestatten bis zu einer gewissen Summe das Fideikommiß zu beschweren. Preuß. Landrecht §. 87. Gut Bornemann VI. §. 561. Dalwigk §. 84. Destr. Gesetz. §. 635. Winiwarter III. §. 131. Probetabern Materialien II. §. 199.

Recht giebt, solche Schulden zu machen. Wo auch Fideikommißschulden befugter Weise gemacht und die zur Errichtung vorgeschriebenen Erfordernisse ³⁴⁾ beobachtet sind, kommt es darauf an, ob sie aus der Substanz oder den Einkünften des Fideikommißes zu bezahlen sind ³⁵⁾. VIII. Da der Fideikommißbesitzer einseitig keine Rechte den vom Stifter berufenen Nachkommen entziehen kann, so ist auch jede Veräußerung des Fideikommißes oder eines Theiles desselben nichtig, und berechtigt den nächsten Fideikommißnachfolger, sobald er zur Succession kommt, zur Revocation ³⁶⁾, ohne daß er den Kaufpreis dem Besitzer zu erstatten schuldig ist ³⁷⁾. Auch die Allodialerben des Veräußerers haben das Revocationrecht ³⁸⁾. IX. Das Fideikommiß behält seine Eigenschaft, so lange eine Person von dem Stamme lebt ³⁹⁾, welcher vom Stifter zur Succession berufen ist. Der letzte Besitzer kann jedoch nur auf den Todesfall mit Sicherheit über das Fideikommiß frei verfügen ⁴⁰⁾; daß er auch inter vivos verfügen kann, ist nur richtig, wenn die Rechte der Nachgeborenen nicht im Wege stehen ⁴¹⁾. X. Der Verzicht eines Fideikommißberechtigten wirkt nur für seine Person, und kann den nach der Stiftung berufenen Nachkommen ⁴²⁾ nicht schaden ^{42a)}. XI. Geht man von der Absicht ⁴³⁾ der Stifter aus, die Dauer des Fideikommißes zu verewigen und zum Besten aller nachfolgenden Generationen die

34) J. B. wegen Bezeichnung der Anwärter.

35) Oesterreich. Gesetzb. §. 642. Winivarter III. S. 140. Preuß. §. 104—114. Bornemann S. 502.

36) v. Salza S. 154. In Preußen ist durch Gesetz von 1807 manche Einschränkung der Fideikommißbesitzer gemacht worden.

37) Bodmann pag. 150. Zwielerin Nebenstunden I. nr. 3. Nettelblatt Exerc. acad. nr. 22. Stryk diss. Halens. II. nr. 28. Dalwigk S. 75. Vollgraff S. 116. Baier. Landrecht 23. 24. Baier. Edikt §. 52. Winivarter III. S. 124.

38) Hieher wird die Controverse aus dem Lehenrechte II. Feud. 45. oft gezogen, s. darüber Vermehren Erinnerungen aus dem Lehenr. Jena, 1827. nr. 2. Volley Entw. von Gesetzen für das Königreich Würtemb. Seite 20. 108. Wichtig ist hier das hannov. Gesetz von 1836. §. 35.

39) Willenberg de jure ultimi gent. suae. Jen. 1735. Broches sel. obs. XVI. Kunde §. 696. Pfeiffer S. 41. Vollgraff S. 119. Bodmann diss. p. 156.

40) Vollgraff S. 121. Dalwigk S. 105.

41) v. Salza S. 234.

42) v. Salza S. 180. Oesterr. Gesetzb. §. 632. Winivarter III. S. 127.

42a) Verstoß von den Wirkungen eines Erbverzichts in Absicht der Nachkommen. Halle, 1778. Pfeiffer S. 21. Vollgraff S. 191. Karp merkwürd. Civilrechtspr. nr. 1. v. Salza S. 287.

43) v. Salza S. 220.

lebenden zu beschränken, daß aber auch die Nachgeborenen ⁴⁴⁾ berufen sind, und, wenn die Reihe sie trifft, ihre Ansprüche geltend machen, so muß man die Aufhebung des Familienfideikommisses auch mit Consens aller lebenden berechtigten Familienglieder läugnen; allein die Praxis ⁴⁵⁾ und neue Gesetzgebungen ⁴⁶⁾ erkennen das Recht dieser Aufhebung unter gewissen Bedingungen, und zwar muß bei der Veräußerung ein Curator nasciturorum ⁴⁷⁾ aufgestellt, der Consens aller lebenden Interessenten ⁴⁸⁾ und die Bestätigung der Veräußerung durch die oberste Gewalt erholt werden ⁴⁹⁾. Nur da, wo das Landesgesetz ⁵⁰⁾ oder die Landesobservanz diese Ansicht bestätigen, kann sie als gültig betrachtet werden. In neuerer Zeit kam selbst eine gesetzliche Aufhebung aller Familienfideikommissse vor ⁵¹⁾.

§. 159. [§. 143.] Beschränkungen der Veräußerungen an gewisse Personen.

Aus der alten Ansicht vom Verhältniß der Fremden zur Gemeinde (§. 107.) entstanden nach Landesrechten die Verbote der

- 44) Die große Frage ist: ob auch alle Nachgeborenen, die noch gar nicht concipirt sind, nach deutsch. R. jura haben? In einer Urkunde von 1260 in Wigand Archiv für Geschichte. II. S. 70. wird nachgeborenen Kindern kein Recht zur Umstoßung eingeräumt. s. noch Beseler l. c. S. 45. v. Salza Seite 159.
- 45) Angeblich wegen I. 120. §. 1. D. de legat. I. L. 2. Cod de fideic. fideic. fam. Erl. 1794. Lochner, kann eine mit Einwilligung aller Interessenten geschehene Veräußerung von den nachgeborenen Kindern aufgehoben werden? Bamberg, 1795. (Von Vertauschung s. Junge de mutat. fideic. fam. Alt. 1799.) Struben rechtliches Bedenken. III. 38. IV. 76. Runde S. 696. Öänner Beiträge zur Jurisprudenz der Deutschen. S. 132—140. Dalmwig S. 101. Ropp Handbuch des heftischen Rechts. III. Thl. in Borr. S. X. Steinacker fasc. II. p. 16. Gründler Polemit I. S. 259. v. Salza S. 220.
- 46) Baier. Edikt §. 97. Badisches Landrecht §. 577. c. 5. Braunschweig. Gesetz §. 24.
- 47) Kayf Civilrechtspr. l. c. nr. 1.
- 48) v. Salza S. 224.
- 49) Brauers Erläut. I. S. 456. Eichhorn S. 872. Spangenberg in der neuen Ausgabe von Struben rechtl. Bedenken II. S. 111.
- 50) In Preußen wurde (Edikt vom 9. Oktober 1807) die Aufhebung d. Familienfideikommissse durch Familienschluß gestattet.
- 51) Baier. Gef. vom 28. Juli 1808. Kleins Annalen XXV. S. 233. Öänner Beiträge zur Jurisprudenz der Deutschen. S. 129. 191. Rive über die Aufhebung der Fideikommissse als Folge des franzöf. Gesetzb. Köln, 1822. s. noch Winawarter III. S. 122. In Preußen ist durch Cabinetsordre vom 16. Januar 1836 (s. von Rumpff Jahrbücher, Heft 92. S. 126.) der Ritterschaft in den Rheinlanden die Errichtung von Familienfideikommissen wieder gestattet, jedoch mit der Pflicht, die Stiftung mit dem Zwecke der Sorge für die ausgeschlossenen Verwandten zu vereinigen. s. über den Gang d. preuß. Gesetzg. Bornemann VI. S. 549.

Veräußerung des Grundeigenthums an Fremde ¹⁾, oder wenigstens Beschränkungen derselben ²⁾. Nur in der noch an einigen Orten vorkommenden Marklosung zeigen sich Ueberbleibsel der älteren Ansicht. Durch die Nachteile der häufigen Veräußerungen des Eigenthums an Geistliche, und die Gefahr, daß dadurch Güter den gemeinen Lasten entzogen würden, wurden ³⁾ Amortisationsgesetze veranlaßt ⁴⁾, durch welche Veräußerungen an geistliche Corporationen und ähnliche Anstalten (tote Hände) ganz oder unter Bedingungen verboten wurden ⁵⁾. Alle diese Beschränkungen sind nur particularrechtlich.

§. 160. [§. 144.] Uebertragung der Immobilien durch Investitur. Historische Einleitung.

Der innige Zusammenhang, welchen der Besitz des Grundeigenthums bei den Germanen mit dem Genuße aller politischen Rechte und mit gewissen Verpflichtungen hatte ¹⁾, läßt vermuthen ²⁾, daß schon früh nach dem Interesse, das die Gemeinde an der Kenntniß der Veränderungen im Besitze jenes Eigenthums hatte, mit verschiedenen Symbolen ³⁾ die Uebertragung des Grundeigenthums an einen

1) Tröltzsch Anmerk. und Abhandl. I. S. 127. Gildemeister Abhandl. vom Handfesteurecht von Bremen S. 57. Balch vom Nöherecht. S. 101.

2) Riccius von den Stadtgesetzen S. 567.

3) Frühe Beispiele in Lünigs Reichsarchiv. Spic. eccl. cont. II. Tom. XX. pag. 51. Griesinger in Fortsetzung von Danz Handbuch IX. Bd. S. 52. Kopp de testam. sub dio. p. 200. Bremische Stat. Donandt Gesch. von Bremen. II. S. 341.

4) Schweder de stat. alienat. bon. immoh. in eccles. Tab. 1723. Wedekind de leg. amort. in duc. Jul. Mont. Heid. 1777. Ruining de leg. amort. Düsseld. 1787. Mosham über die Amortisationsgesetze, besonders in Baiern. Regensburg, 1798. Riccius Entw. von Stadtgef. 574 von Württemberg. Weishaar II. S. 3.; von Oesterreich, Wimmwarter Handbuch II. S. 193. f. über die Geschichte Préface zum recueil des ordonnances vol. XV. p. XII.

5) J. B. daß ein Retract eingeführt wurde in Gef. vom 3. Dec. 1726 in Westphalen. Cöln. Oefftenfamm. II. St. 256. S. 22.

1) Albrecht von der Gewer S. 64. Eichhorn Staats- und Rechtsgesch. §. 59. Phillips I. S. 173. Reyscher Beitr. zur Kunde des deutschen Rechts S. 54. Bessler von den Erbverträgen S. 20. Mit Unrecht leitet Laferriere histoire du droit françois p. 133. das Institut aus dem Lehensrechte ab.

2) S. zwar Bessler v. d. Erbvertr. I. S. 38.; aber Bluntschli Rechtsgesch. I. S. 88. Eichhorn Rechtsg. §. 59. Phillips I. S. 388. (dessen Erklärung kaum zu billigen ist). Laboulaye histoire p. 374.

3) Leg. Sal. Tit. 48. 49. Ripuar. Tit. 60. Eecard ad leg. sal. p. 92. 158. Wierda Geschichte S. 242—245. Eichhorn §. 57. 59. Wigand das Jemgericht S. 320—27. Gruppen deutsche Alterthümer S. 51. Westphalen mon. II. praef. 29. Dreper Einl. in Lüb. VerD. S. 287.

Andern vor der Gemeinde vorgehen mußte. Nur diese war eine legitima traditio ⁴⁾, die nur mit wenig Ausnahmen ⁵⁾ überall vorgenommen werden mußte, und in der symbolischen Tradition ⁶⁾ des Grundstücks bestand, worauf erst die vestitura ⁷⁾ als die förmliche Einweisung in den Besitz erfolgte ⁸⁾. In welcher Zeit schon und mit welcher Nothwendigkeit der Act der Tradition ⁹⁾ vor Gericht vorgehen mußte, ist ungewiß. Im Mittelalter ¹⁰⁾ war schon die Nothwendigkeit der Uebertragung des Grundeigenthums im Volksgerichte — durch Auflassung ¹¹⁾ [Schöpfung ¹²⁾] und später vor Ge-

Dannreuter de tradit. jur. symb. Altorf, 1748. Spangenberg Beiträge S. 37—40. Reyscher S. 55. Beseler S. 23.; darauf gehen die Worte: effestucatio, scotatio, adramitio, resignatio. Grimm Alterth. S. 121. 187. 554. Gruppen deutsche Alterthümer cap. 1. Mabillon act. Benedict. tom. IV. in vita S. Fulradi nr. 19. Ueber adramitio Pardessus in den articles sur les Olim. p. 26. (gegen Beugnot. in d. Note zur Ausgabe les Olim. I. p. 948. und über alte Formen: Pardessus in der biblioth. de l'ecole de chartes. II vol. 5. Heft. S. 425.

- 4) So heißt sie im Capitul. I. a. 819. cap. 1.
- 5) Eine Ausnahme war bei Uebertragung an die Kirche Lex Alam. I. (wo Schrift nothwendig war). Ueber andere Fälle, wenn der Uebertragende außerhalb der Grafschaft war, siehe im Capitul. I. anno 819. cap. 6. V. 819. Albrecht S. 64. Phillips I. S. 175. Beseler S. 825. Bluntschli I. Seite 90.
- 6) Beseler I. S. 22., wie weit eine Urkunde genügte. Beseler S. 44. und Bradenhöft in der Zeitschrift für deutsches R. III. S. 13.
- 7) Urk. von 973 in Neugart Cod. nr. 749.; diese vestitura geschah auf dem Grundstück, s. Bluntschli I. S. 91.
- 8) Ueber II. Feud. 2. Phillips in der Tübinger Zeitschrift. V. S. 61. Reyscher S. 55.
- 9) Reyscher S. 57. Beseler S. 22. 38.
- 10) Can. 2. X. de consuet. Sachsenspiegel I. 52. III. 4. Schwabenspiegel Cap. 318.; sächs. Reichsbild Art. 20. 60. Hamburg. Stat. von 1292 in Anderson I. S. 260. Justit. lubec. in Westphalen III. p. 622. Jus zusat. ant. art. 115. Stat. Verdens. in Voigt mon. I. pag. 279. Jütisch. Lomb. I. 37. 38.; hiezu Bluting in Westphalen Mon. III. p. 2158. Brookes sel. Obs. nr. 82.; von verschiedenen Formen s. Westphalen Mon. II. praef. p. 19. III. praef. p. 122—138. Kopp spec. de testam. germ. p. 133. Stiernhoek de jur. Sueon. p. 234. Groning. Verhandel. II. pag. 391. Dreyer de usu jur. anglos. p. 112. u. 3. von Arr Geschichte von St. Gallen. II. S. 605. Dohs Geschichte von Basel. II. S. 383. Versche Geschichte der niederländisch. Colon. I. S. 864—70. Heumann opusc. p. 289. Lang baier. Jahrb. S. 386. Von Flandern (wo auf altes sächsisches Recht hingewiesen und effestucatio und werpitio gefordert wird), Barnkönig Rechtsgesch. III. S. 80 u.
- 11) Sande de effestuc. Arnheim, 1613. Schubart de resign. domin. judicial. Jen. 1681. Klein de resign. jud. in diss. nr. 8. Glüster Tract. vom Verlassungsrecht. Hamburg, 1703; s. die zuvor angeführten Alterthümer von Gruppen. Verpoorten de investit. allodior. ejusque orig. Coburg. 1715; neue Ausg. (cura Conradi) Helmst. 1743. Siehe noch Martini von der Verlassung unbeweglicher Güter, in gelehrten Beiträgen zu den Meissenburg. Anzeigen. 1770. nr. 22. 26. Bestineller de invest. allod. Vit. 1738. Bauer opusc. I. nr. 24. Schröter Abhandl.

richtschöppen allgemein anerkannt, und es scheint, daß die Uebertragungssymbole ¹³⁾ verschieden waren ¹⁴⁾, je nachdem vollkommen freies oder unter Einfluß des echten Eigenthümers das unvollkommene Eigenthum jemanden übertragen wurde ¹⁵⁾. In den Städten scheint die Eintragung der Erwerbung in öffentliche Bücher ¹⁶⁾ schon früh vorgekommen zu seyn. Auch hier blieb noch die Ansicht, die zwei Geschäfte der Tradition und die vestitura zu trennen ¹⁷⁾; allein was einst vor der Gemeinde vorging, kam nun schon gewöhnlich vor das Gericht, und häufig wurde die Besitzübertragung außergerichtlich vorgenommen, worauf erst die Contrahenten vor Gericht kamen und den Schutz des vorgenommenen Geschäftes suchten ¹⁸⁾. Man faßte bald alle Acte (die Tradition und die vestitura) als ein Ganzes auf, und die gerichtliche Auffassung ¹⁹⁾ erschien dann als der Act, wo-

I. S. 437. Berger de utilitat. usucapion. in proband. dominio in locis in quib. resignat. Lips. 1710. Decker de invest. Sax. Francof. 1772. Daniels de adhaered. de infin. contr. ad stat. Col. Col. 1784. Asher obs. in doct. de invest. allod. Bonn, 1820.

12) Westphalen monum. IV. p. 3119. Spangenberg Beitr. S. 43. Notheninge Grundriß S. 23. 47. 109. Ralk staatsbürg. Magazin. V. S. 103. Brackenhöft im neuen staatsbürgerl. Magazin. IV. S. 101. Paulsen holsch. Privatrecht S. 91.

13) Urk. in Kindlinger Münster. Beitr. III. nr. 107. s. noch Stellen in Cropp in Hudtwalker crim. Beitr. II. S. 24. Utrecht S. 67. s. noch Heberleibsch Lüneburg. Stat. II. Tit. 3. Haderer Landgerichts-Ordn. II. Tit. 11. Hahnus pag. 100. Häufig geschah es von der Kanzel herab; select. jurid. rostock. Fasc. I. Sp. 12. pos. 2. Nach Nassau. Landesordin. von 1498. Art. 47. mußten alle Käufe über Immobilien drei Sonntage verkündet werden.

14) Es scheint auch nach dem Stande der Personen. In Urkunde von 1202 in Miraei oper. dipl. I. pag. 296. wird more nobilium, und in Urk. ibid. p. 262. jure rituque populari tradit.

15) Kreyßer S. 58. Es wirkte dies auch auf das Gericht, vor welchem der Act vorging. Bluntschli I. S. 264.

16) Von Köln schon 1056; sicherer von 1220; s. Elafen erste Gründe der kölnischen Schreinspraxis. Köln, 1782. Von Hamburg schon 1270., s. Andersen I. S. 30. Von Magdeburg 1245. Rathmann Geschichte von Magdeburg. II. S. 197. Von Kiel 1261 in Westphalen mon. III. p. 637. Von Lübeck alt. Lüb. Recht Art. 43. 106. 107. s. Brackenhöft im staatsbürgerlichen Magazin. IV. S. 113.; von Wismar, Burmeister Alterth. des Wismar. Stadtr. S. 27. von der Schweiz, Bluntschli I. Seite 417.

17) Alte Urk. in v. Wächter Handbuch des würtemb. Privatrechts. I. S. 303. s. noch Phillips I. S. 389. 90.

18) Hier trat das Friedewirken ein, aber häufig geschah es schon auf dem Grundstück selbst.

19) Die Symbole waren höchst verschieden von traditio, durch einen Zweig, Thürangel, Handschuh u. a., s. Dreyer in Spangenberg Beitr. zur Kunde deutscher Rechtsalterthümer nr. 24. 26—29.; nach Statuten des Freigerichts Peina (in Nolten diatr. de jurib. villie. p. 148.) tritt der Verkäufer im Gerichte vor, greift in des Richters Hut und dann greift der

durch die Gewere übertragen wurde, bei der selbst wieder die rechte Gewere ²⁰⁾ [f. §. 163.] von der Gewere überhaupt zu trennen war. Später faßte man in dem Institut die Ansicht auf, daß Uebertragung des Grundeigenthums nur durch die gerichtliche Mitwirkung entstehe. In manchen Ländern ²¹⁾ kam man, da erst die gerichtliche Fertigung den ganzen Akt vollendete und das Gericht vor derselben über das Geschäft erkannte, zu der Ansicht, daß, so lange dieser gerichtliche Akt nicht vorlag, die Contrahenten selbst von dem Vertrag abgehen könnten, so daß nun zu der Wirksamkeit des Vertrags selbst die gerichtliche Fertigung gefordert, den Contrahenten aber eine gewisse Frist zur Reue gegeben wurde ²²⁾.

§. 161. [§. 144^a.] Heutiges Recht über die Lehre von der Auflassung.

Die Verbreitung des römischen Rechts bewirkte an vielen Orten den Untergang der deutschrechtlichen Ansichten, deren Wichtigkeit man nicht mehr verstand; und gemeinrechtlich muß man annehmen, daß auch zur Uebertragung des Grundeigenthums die gerichtliche Mitwirkung wesentlich nicht mehr gehört ¹⁾. Das deutsche Institut hat

Käufer in den Hut. In Basel (Nöhs Geschichte II. S. 383.) mußte jedes liegende Gut vor Gericht um 1 Pf. 3 Schl. gekauft werden. Von Hessen Kopp hessische Gerichtsverf. I. S. 9.; von der sächs. Aufstippung, Gruppen disc. pag. 562. Haltaus gloss. pag. 68; von der Aufgehung, Haltaus p. 75. In den fränkischen Urkunden ist gewöhnlich die Uebergabe durch die Hand des Richters oder Grafen, f. überhaupt Raepsaet Analyse histor. de l'origine des Belges. I. pag. 365—369. Merkwürdige Berichte der Rellend. Städte von 1589 über die bei ihnen vorkommenden Gebräuche, (in Westphalen mon. I. pag. 2050. u. a.)

20) Vermehrter Sachsensp. I. 25. V. 39. Brackenhöft in der Zeitschrift III. S. 17—23. f. noch Sachsenspiegel I. 25. 29. sächs. Lehenr. c. 41. Albrecht S. 70. Unterholzner von der Verjährung. I. S. 72. Wigand Ferngericht S. 326. Weiske Grundf. S. 78. Brackenhöft l. c. S. 100. 109.

21) Vorzüglich in den schwäbischen und einigen fränkischen Gegenden. Freiburg. Statuten von 1520. Fol. 47. Rakenellenbog. Landrecht. I. Theil. III. Tit. f. 2. Weiskopf würtemb. Priv. III. S. 72. Kayscher Privatr. I. S. 418. Nassau. Verordn. vom 5. Juni 1816. Flach Entscheidung des Oberappellations-Gerichts. I. S. 18. Darmst. Verordn. vom 21. Februar 1770. Mainz. Landrecht. Tit. 24. f. 7. Solm. Landrecht. II. Tit. 11. Pfälz. Landrecht P. II. Tit. 7. Badisches Landrecht. II. Tit. 8. Eine merkwürdige Beschreibung der Verpfändungsform in der Grafschaft Erbach. Landesordn. von 1520. Tit. 9. (in der Ausgabe von Bel S. 94.) und über Fortbildung f. dort S. 378.

22) Gute Entwicklung des Gangs der Gesetzgebung in Württemberg v. Wächter Handbuch I. S. 303. 487.; von Baden, f. Aufz. in den Blättern für Justiz u. Verwaltung. I. S. 22.

1) Mit Unrecht nimmt Gründler Polemik I. S. 262. die Investitur als gemeinrechtlich nothwendig an.

sich jedoch in vielen Statuten ²⁾ erhalten ³⁾, theils weil man die Nothwendigkeit der Publizität zur Erwerbung des Grundeigenthums, um eine Grundlage für die Hypothekenverfassung ⁴⁾ zu geben, erkannte ⁵⁾, theils im Interesse der Steuerverfassung, theils wegen der Interessen der Lehens- und Gutsherren. Selbst in Ländern des sächsischen Rechts ⁶⁾ hatte die blinde Vorliebe für römisches Recht und das Streben römisches und deutsches Recht zu verbinden ⁷⁾, bewirkt, daß man zwar die gerichtliche Auflassung zur Erwerbung des Grundeigenthums forderte, aber sie mehr nur mit der Wirkung zu verpfänden in Verbindung brachte ⁸⁾, übrigens manche Ausnahmefälle zuließ ⁹⁾, in denen das Eigenthum auch ohne Auflassung erworben wird. In anderen Ländern forderte man zwar die Transcription der Uebertragung, aber nur so, daß der, welcher sie unterläßt, Geldstrafe bezahlt, aber das Eigenthum doch erworben hat ¹⁰⁾. In andern Statuten dagegen wurde das Institut mit dem Vertrage

2) Lübfch. Stat. V. Tit. 6. Rostf. III. 6. Mecklenburg. Polizeiordn. von 1516 im Titel; von Verschreibung der Häuser; von den mecklenburgischen Städten, f. v. Kampß II. S. 246. Hamburg. Stadtbuch II. Tit. 1. §. 6. Frankfurt. Reform II. Tit. 3. §. 7. Orth Anmerk. I. S. 302. f. noch Adlersbucht Frankfurt. Privatrecht. I. S. 258—273. Culm. Recht. IV. Tit. 5. Cap. 6. Jellisches Stadtrecht, von Hagemann S. 90—101.; von Sachsen, Hantbold sächs. Priv. S. 191. Schott inst. pag. 253. Sächs. Handbuch S. 265. Eisenach. Stat. IV. Tht. Art. 13. Hanauische Untergerichtsordn. Tit. 5. §. 5. und badiß. Landrecht von 1809. Art. 1583. a. von Hannover. hannov. Privatrecht. II. S. 92.; von Hildesheim, Hardeck das Hildesheimer Stadtrecht S. 130.; von Weiningen, Weining. Privatr. S. 95. gut von Holstein und Schleswig Brackenhöft im staatsb. Magazin. IV. S. 115—147. 152—167.; von der Schweiz, Bluntschli II. S. 93. Monatschronik für Züricher Rechtspflege. II. Bd. S. 239. III. Seite 169. 418.

3) Tenzler Laienspiegel S. 20.

4) Mein Aufsatz im Archiv für civilistische Praxis. XVIII. S. 160. XIX. Seite 151.

5) Neue Gesetze sind: Weimar. Gesetz vom 20. April 1833. Bremische Erb- und Handfessenenordn. vom 19. Dezember 1833. Mecklenburgische Gesetz vom 22. Dezember 1829. Stadtbuchordn. von Lübel vom 6. Juni 1818. Oesterreich. Gesetz. §. 431. und darüber Archiv für civil. Praxis XVIII. Seite 178.

6) Am besten darüber Gottschalk in d. Zeitschrift für Rechtspflege in Sachsen, Neue Folge I. S. 1—26. Eminghaus in dieser Zeitschrift II. S. 224.

7) Noch Carpzov desin. p. 1. const. 28. def. 21. erkannte die Nothwendigkeit der Investitur, ebenso die sächs. Decis. von 1661. (Gottschalk S. 4.). später wirkte mehr röm. R. ein (Gottschalk S. 7.); die Decis. v. 1728 endlich erkannte Investitur als Regel, ließ aber Ausnahmen zu.

8) Eminghaus I. c. S. 231 u. Gottschalk S. 15.

9) Nämlich a) wegen actio publiciana, b) actio negatoria, c) wegen Verjährung. Gottschalk S. 16—24.

10) Dies gilt z. B. in Frankfurt. Bendor Frankf. Privatr. S. 93. Oft ist nach den Landesgesetzen es schwierig zu erkennen, ob Investitur als we-

über liegende Güter und einem in einer gewissen Frist gestatteten Neuerecht der Contrahenten in Verbindung gebracht ^{10a)}). In anderen erkannte man zwar ¹¹⁾ Uebertragung des Eigenthums durch Tradition, ordnete aber die Regulirung des Besitztittels ¹²⁾ durch Eintragung in öffentliche Bücher an. Wenn nun das Landesgesetz nichts anderes vorschreibt, als daß gerichtliche Auflassung ¹³⁾ zur Erwerbung des liegenden Eigenthums nöthig ist, muß das Institut in dem rein deutschen Sinne aufgefaßt werden, und zeigt sich dann auch für eine neue Gesetzgebung als höchst wichtig, vorzüglich in Verbindung mit anderen Einrichtungen ¹⁴⁾. Nach dem Zwecke der Auflassung ist die Vornahme des Actes bei der Obrigkeit und die Eintragung in die öffentlichen Bücher dabei die Hauptsache; ob besondere Förmlichkeiten ¹⁵⁾, oder vorausgegangene Ediktalladung nothwendig sind, wird durch Landesgesetze bestimmt. Auch ist das System, daß derjenige, welchem eine Liegenschaft übertragen wurde, jedoch ohne Investitur, nur ein in der Zwischenzeit durch actio publiciana geschütztes natürliches Eigenthum hat, bloß sächsisches ¹⁶⁾ Recht. Wo nun die Investitur gilt, muß sie 1) vor dem iudex rei sitae vorgenommen werden; 2) sie geht nicht so weit, daß dadurch ein sonstiger Fehler des zum Grunde liegenden Geschäfts gehoben würde, und Eigenthum

sentlich gefordert ist, oder nur eine Anzeige des Vertrags bei Gericht der größeren Ordnung wegen. (s. z. B. in fränk. Orten, z. B. nach Arnold Beitr. zum deutschen Privatr. II. S. 14, S. 310 ic.)

- 10a) J. B. Würtemb. Weiskhaar würtemb. Privatr. II. S. 5. III. S. 9., oben S. 160. not. 22.
- 11) Dies System verdient auch keine Empfehlung. Arch. XIX. S. 151.
- 12) J. B. in Preußen Bornemann System II. S. 227. Die Gesetzgebung wechselte sehr. Nach dem Landr. war diese Regulirung nothwendig. Nach Gesetz vom 31. October 1831 hängt sie nur vom Willen der Berechtigten ab. s. dagegen Bornemann S. 230. Bielzig Comment. zum preuß. Landr. II. Theil. S. 368. Mein Aufsatz im Archiv für civil. Praxis. XVIII. Seite 174.
- 13) Rodde de iurib. emtor. in re immob. necdum resiga. Gotting. 1799. Breuning de effect. domin. ex tradit. extrajud. Lips. 1779. Curtius sächs. Civilrecht. II. S. 112. Westphalen mon. praef. III. p. 121. Brauer's Erläuter. zum badischen Landrecht. III. Seite 483. Eichhorn S. 454. Bess über dingl. Rechte an Liegenschaften. Karlsruhe, 1831.
- 14) Vorzüglich mit Einrichtung der Flurkarten und Kataster. s. Weimarisches Gesetz vom 11. Mai 1839. Eminghaus Zeitschrift für Sachsen. III. S. 66. Senfer Gesetz vom 1. Februar 1841.
- 15) J. B. von Hamburg Kellinghausen über Abschaffung oder Beibehaltung der öffentlichen Verlassungen. Hamb. 1833.
- 16) Curtius sächs. Civilrecht. II. S. 113. Sachsse S. 264. Bauer opusc. I. p. 308. Haubold S. 191. Rumpel S. 95. Der Erfinder dieses domin. bonitarii ist Wernher in disq. de maturand. dom. strob. per usuc. Viteb. 1709. Gottschalk l. c. S. 11. s. aber Eminghaus S. 233.

übertragen wird, wenn das die Uebertragung begründende Geschäft nichtig war ¹⁷⁾; 3) sie wirkt nur auf Uebertragung des dinglichen Rechts an den Erwerber ¹⁸⁾, wogegen die Gültigkeit der persönlichen Verhältnisse unter den Contrahenten durch den Mangel der Investitur nicht leidet; der Erwerber kann gegen den Veräußerer auf die Erfüllung der nothwendigen Investitur klagen ¹⁹⁾. 4) Ob der Käufer, auch wenn noch nicht investirt ist, das *periculum* und *commodum* trage, hängt davon ab, ob man diese Wirkung nur an den Eigenthumsübergang knüpft ²⁰⁾. 5) So lange nicht investirt ist, kann der Veräußerer über die Sache noch in Bezug auf Dritte verfügen ²¹⁾; die von ihm auf die Sache bestellten Hypotheken gelten ²²⁾; wenn an mehrere zu verschiedenen Zeiten veräußert wird, so gilt nur der Investirte als Eigenthümer ²³⁾. 6) Da, wo die Investitur gehörig vollzogen wurde, bedarf es nicht des Beweises der vorgegangenen Uebertragung des Besizes, sondern die Investitur genügt ²⁴⁾ zur Eigenthumsübertragung.

§. 162. [§. 145.] Deutsche Ansichten über Schätze, über *inventio* und andre Occupationsarten.

In Bezug auf die Erwerbsarten gelten gemeinrechtlich die römischen Vorschriften; allein in den Landesgesetzen sind noch häufig manche von dem römischen Rechte abweichende Vorschriften als Ueberbleibsel des deutschen Rechts stehen geblieben, indem nach dem letzteren der Grundsatz galt ¹⁾, daß der Herr eines Bezirks vermöge

17) Eminghaus I. c. §. 234.

18) Hardes das Hildesheim. Stadtr. §. 135. Hagemann Cellisches Stadtr. §. 135. Maurenbrecher I. §. 488.

19) Reinhard de peric. rei vendit. ante resignat. Erf. 1730. Wernsdorf de peric. et commod. rei vend. Vit. 1782. Gottschalk §. 24.

20) Klein dissert. Cap. II. §. 42. Struben rechtliches Bedenken. I. 54.

21) Curtius II. §. 114. Bauer opusc. I. pag. 281. 424 Klein dissert. Cap. III. §. 4. Verpoorten §. 54. f. aber Westphalen mon. III. praef. p. 125.

22) Maurenbrecher I. §. 488. Badisches Landrecht §. 1583 a. Eminghaus Seite 233.

23) Daniels de adhaered. p. 53.

24) Bauer opusc. I. p. 309. II. p. 184. f. Pfeiffer practische Ausführ. I. §. 158. Weimar. Gesetz von 1833. §. 3. Mecklenb. Gesetz von 1829. §. 3. 10. f. aber Eichhorn §. 454., auch Danz Handbuch des deutschen Privatrechts. II. §. 489. f. noch die im Text angenommene Meinung in Phillips I. §. 392. Bluntschli II. §. 94.

1) Die altfranzösischen Rechtsquellen sind darüber besonders deutlich: Beaumanoir Coutumes chap. 52. livre de justice et plet in der Revue de legislation 1835. pag. 394. f. noch Phillips Privatr. I. §. 130.

seiner Gewere alle innerhalb seiner Were vorhandenen Mobilien sich aneignen durfte ²⁾). Daraus erklärte sich: 1) das Strandrecht ³⁾, das dem Herrn der Küste und an andern Orten den Küstenbewohnern als Occupationsrecht in Ansehung der gestrandeten Sachen zustand, woraus später der Bergelohn ⁴⁾ sich entwickelte, nach welchem die Küstenbewohner von dem Geborgenen, d. h. dem durch ihre Thätigkeit Geretteten, einen Theil als Lohn fordern konnten. Das Grundbruchrecht ⁵⁾ bezog sich auf das Recht der Uferereignthümer, die auf Flößen gestrandeten Güter als Eigenthum zu behalten, während das Strandrecht ⁶⁾ an Meeresufern ausgeübt wurde, und selbst das Recht, gestrandete Menschen als Hörige zu behandeln, enthielt. 2) Die Rechte auf Bienen sind zwar ebenfalls nach römischem Rechte zu beurtheilen ⁷⁾; allein die obige Ansicht von der

2) In Frankreich kommen interessante historische Untersuchungen über die in diesem §. angegebenen Verhältnisse bei der Erörterung des droit d'epave abgeleitet von (expavescere) vor, ursprünglich nur auf verirrte Thiere gehend, allmählig auf alle herrenlosen Sachen ausgedehnt, z. B. Bienen, Schäge (auch unter den Namen: Spavia, Escaeta, Trova); etwas ähnliches war bei den Angelsachsen (s. Wilkins pag. 103.). In England kommt der Name Waivia für solche Verhältnisse vor. Bracton leg. Angl. I. cap. 12. nr. 10. Cowell instit. II. tit. 1. §. 45. s. préface zum vol. XV. des recueil des ordonnances p. XXXI. Die beste Erörterung in Bouhier Coutumes de Bourgogne vol. II. p. 261—282.; auch noch Coquille zu Cout. de Nivernois chap. I. art. I. Lauriere glossaire I. p. 414. und Merlin repert. IV. p. 818.

3) Schon L. 2. Cod. de naufrag. deutet auf die Fiscalität: Biarda offriest. Geschichte. V. S. 258. Jütisch. Lombuch. III. 61. Schuback de jur. lit. Grett. 1750. Merreau Miscellan. I. nr. 18. v. Rappz Lit. des Völkerrechts S. 226. Cantriu vom Wasserrecht. III. Thl. S. 97. Dreyer Spec. quo pact. quib. lubec. circ. inhum. jus naufrag. prospect. Bützow. 1762. In Urk. heißt dies Strandrecht auch Varrek. Raepsaet origine des Belges. II. pag. 176.; vom Norden s. Rosenvinge Grundriß §. 48. 98. Aufhebung des Strandrechts, Reichsabsh. von 1559. §. 35. s. über heutiges Recht Falk Handb. des schlesw. Rechts. III. Seite 427—34.

4) Schon Hamb. Stat. von 1270. XIII. 20. Strandordn. für Schleswig u. Holstein vom 30. Dezember 1803. Schrader Handbuch II. S. 21. Paulsen S. 82. Büsch Darstellung der Handlung. I. S. 386. II. S. 453. Jacobsen über Contracte in Betreff von Bergelohn. Altona, 1821. Eröpp I. c. S. 52. Häufig werden jetzt besondere Contracte über den Lohn geschlossen. Rechtsfälle aus dem Gebiete des Handelsrechts. Hamb. 1836. I. Thl. S. 129.

5) In latein. Urk. laganum genannt. Muratori antiqu. Ital. Tom. II. pag. 14. Fischer Geschichte des deutschen Handels. I. S. 728. Kurz Geschichte des österreich. Handels S. 153.

6) Alewyn de jure rerum naufragarum inprimis secundum leges belgicas hodiern. Amstelod. 1824. und Pardessus collection des lois maritimes I. p. 313—18.

7) Daher das Recht des Eigenthümers den Bienenschwarm zu verfolgen. Gröndler I. S. 268. Hagemann pract. Erört. VII. S. 370. Babilisches

Gewere, und die Vorstellung, daß die Bienen zu den wilden Thieren gehören ⁹⁾, bewirkte den Rechtsatz, daß Bienen von ihrem Eigenthümer auf fremdem Grund nicht verfolgt, sondern vom Eigenthümer des Orts, an welchem sie sich niederlassen, erworben werden können. Nur in Particularrechten ⁹⁾ gilt noch dieser Satz. Das Recht, Bienen zu halten, wenn nicht Landesgesetze es beschränken ¹⁰⁾, ist gemeinrechtlich an keine landesherrliche Erlaubniß gebunden ¹¹⁾, und auch bei der Anlegung einer Bienenstelle braucht der Eigenthümer keine Entfernung von einer andern Bienenstelle zu beobachten ¹²⁾, wenn nicht Landesobservanz eine Entfernung ausdrückt ¹³⁾. 3) In Bezug auf die Schäge gilt römisches Recht; in einigen Landesrechten ¹⁴⁾ hat sich die Ansicht ausgebildet, daß Schäge zu den Regaz-

Landrecht von 1809. Art. 564. a. Busch Handb. des deutschen Bienenrechts. Arnstadt, 1830. Oesterreich. Gesetzbuch §. 394. Winivarter II. S. 139. wo nach zwei Tagen der Herr des Mutterstocks den Schwarm nicht mehr vindiciren kann. — In Preuß. Landr. §. 118—26. gilt die röm. Rechtsansicht, Bornemann II. S. 17.

- 8) Verschiedene Ansichten in leg. Baiuw. XXI. §. 8. Leg. Wisig. VIII. Tit. 6. cap. 1. Schwabenspiegel C. 374. Leg. Scaevae in Westphalen IV. pag. 2075. Magdeburg. Reichsbild. 119. 120. Neumünster. Kirchsp. Gebr. Art. 61. Jütisch. Lowbuch. III. 40. Rechtbuch Ruprecht. Art. 122. Oesterreich. D. in Weingarten I. p. 178. f. Westphäl. Beitr. zum Nutzen und Vergnügen, 1773. St. 34. Die vollständigen Bestimmungen über Bienenrecht f. im Westerwolder Landrecht von 1470, in den Groninger Verhandlungen. Vol. IV. im Anhang S. 25. und S. 79. Das französ. Recht rechnete Bienen zu den epaves. f. Etablissements de St. Louis. Chap. 165. Bouteillier somme rural. Tit. 35. und Bouhier cout. l. c. II. pag. 263. Haubold S. 407. Von Bienen nach deutschem Recht, Biener diss. jur. rom. et germ. de apib. Lips. 1773. Schröter Abhandl. I. S. 425. Bülow und Hagemann Erörter. II. nr. 7. V. S. 260. VI. Zbl. nr. 7. VII. nr. 122. Noë Meurer Herfürcht (Ausgabe von 1560.) S. 52. 67.

- 9) Paulsen hofstein. Privatr. S. 79. u. Stat. in not. 8.

- 10) J. B. von Oldenburg, Halem Oldenburg. Privatrecht, I. S. 77.

- 11) Hagemann Erört. II. S. 117.

- 12) Hagemann Erört. VI. S. 52.

- 13) J. B. im Wigenmühlenrecht, im vaterländ. Archiv, III. S. 113.

- 14) Goll an thes. jur. germ. regal. adnum. Alt. 1743. Leges Normannor. Lib. II. cap. 18. Nachr. vom ältesten Zustand von Suevian S. 477. Regalität wird behauptet 1474. in baier. Landtagshandlungen. VII. Bd. S. 449. Fessler Latens. F. 21. 6. Werns. Ref. L. VI. p. 2. T. 21. Oesterr. Ordn. unter d. Ens in Weingarten fasc. I. p. 183. Nürnberg. Ref. Tit. 25. f. neues Oesterreich. Gesetzb. art. 158. Jütisch. Lowbuch II. 13. Schröter hofstein, Recht, II. S. 233.; von holländischen Statuten: de Groot Inleiding p. 136. und Observationen zu de Groot. I. 45.; daher Pflicht der Anzeige des gefundenen Schages. f. preuß. Landr. I. Tit. 9. §. 74. Aus dieser Pflicht ist keine Regalität zu folgern, da sie auch oft wegen herrschaftlichen Verkaufrechts vorkommt. Württemberg. Reg. Blatt 1820. S. 96. f. noch über Schäge Winivarter Handb. des österr. Civilges. II. S. 158. u. Auf.

lien gehören, obwohl weder das Lehenrecht ¹⁵⁾, noch der Sachsen-
spiegel ¹⁶⁾ diese Regalität beweist. Dagegen war oft die Meinung
verbreitet ¹⁷⁾, daß das, was Niemanden gehört, Regal sey; aber
diese Ansicht kann nur da angenommen werden, wo speziell ein Ge-
setz dies ausspricht, daher 4) auch dem Staate kein Recht ¹⁸⁾ an
den öde liegenden Grundstücken ¹⁹⁾ zusteht. 5) In Ansehung des Hin-
dens ²⁰⁾ verlornen Sachen kann ein Eigenthumsrecht des Finders
nur angenommen werden, wenn die Verjährungszeit ²¹⁾ abgelaufen
ist, oder das Landesgesetz dem Finder größere Rechte einräumt ²²⁾.

in v. Kampß Jahrbücher, Heft 61. S. 1. u. in Dolliners Zeitschr. für
öfterr. R. 1836. nr. 37. Gut Bornemann System II. S. 32–42.

- 15) II. Feud. 56. Pfeffinger Vit. III. p. 1464.; merkw. die französ. Be-
stimmungen: Loisel instit. I. pag. 328. Boubier Coutum. l. c. II.
p. 264. Préface du recueil des ordon. p. XXXIII. Raepsaet orig.
des Belges. II. p. 172.
- 16) Sachsenspiegel I. 35.; über d. richtigen Sinn Meyer Geschichte der Berg-
werkverf. S. 3.; jähf. Const. 53. P. II. Curtius II. S. 93. Köchy
civil. Erört. I. Thl. S. 265. Falk Handb. III. S. 426. bezweifelt jene
Auslegung.
- 17) J. B. im Jütischen Lombuch III. 61. ausgesprochen, s. aber Paulsen
S. 76.
- 18) Struben rechtl. Bedenken. II. 73. (neue Ausg. II. S. 435.) Hagemann
prakt. Erört. II. nr. 27. Gründler I. S. 266.
- 19) Kulase, auch Kulise genannt, vry Geschichte des Buchsgau. S. 93.
Cropp I. c. S. 51. in not.) s. Bersebe niederläncl. Colon. I. S. 135.
Freib. Stat. von 1520. Fol. 88. Krause de eo quod just. est circa
praed. desert. Vit. 1724. Haubold S. 170. Miniwarter II. S. 141.
Oesterreich. Ges. S. 387. Hauer Gesetze im Unterhansfach. II. S. 97.
Rassau. Reichthum. II. S. 1. Weimar. Gesetze in Schmidt Samml. I.
S. 109. Hagemann Landwirthschaftsrecht S. 217. Eigentrod Samml.
heft. Verordin. III. Thl. S. 235. Ortloff Privatrecht S. 305.
- 20) Die Pflicht des Finders zur öffentlichen Bekanntmachung ist früh aner-
kannt. Sachsenspiegel II. 29. 37. Verm. Sachsenspiegel IV. cap. 13.
dist. 12. Sörliger Lehenrecht, in Jevernik Miscell. I. S. 76. Nicht-
steig I. 12. Westerwolder Landrecht in Groninger Verhandl. im
Anhang vol. IV. S. 23. 77. Dreyer de usu jur. Anglos. pag. 139.
Bondam ad spec. franc. p. 108. Brem. Stat. von 1803 in Oelrichs
p. 136. Cropp in Hudtwalker crim. Beitr. II. S. 45. Albrecht von der
Gewer S. 122. Unterholzner von der Verjährung I. S. 82. Jütisch.
Lombuch II. 112. Paulsen S. 80. Eulm. Recht. III. Tit. I. cap. 2.
Nürnberg. Ref. XXV. Schrader Lehrbuch. II. S. 113. Haubold Lehr-
buch S. 181.
- 21) Oesterr. Gesetzb. S. 388–94. und gute Abhandlungen in Wagners Zeit-
schrift 1826. 8. S. 51. 1827. 6. Heft S. 299. 1831. 12. S. 298.
Miniwarter II. S. 142. Badisches Landrecht von 1809. S. 717. a. Braun-
schweig. Gesetz vom 15. April 1824.
- 22) J. B. in Preußen, wo man dem Sachsenrechte folgt, und dem Finder,
wenn er der Obrigkeit anzeigt, und wenn in bestimmter Zeit (Preuss.
Landr. S. 31–42.) der Eigenthümer nicht erscheint, wenigstens einen Theil
zubilligt, Bornemann II. S. 22–27.

§. 163. [§. 146.] Deutschrechtliche Verjährung.

1. Aus den ältesten deutschen Rechtsquellen ¹⁾ läßt sich nur darthun, daß eine Erßigung als Erwerbsart dem deutschen Rechte ²⁾ fremd war, und daß erst allmählig das Bedürfniß der Sicherstellung des Eigenthums zu Ausschließung von Ansprüchen in gewissen Fällen führte, und später eine Ausdehnung erfolgte. Aus den Rechtsquellen des Mittelalters zeigt sich, daß die schon früh vorkommende ³⁾ Frist von Jahr und Tag zur Ausschließung von Ansprüchen angewendet wurde, in so ferne bei Veräußerung der Immobilien durch die Auflassung der Investirte nach Jahr und Tag die rechte Gewer erhielt ⁴⁾, und dadurch das Recht der eigenen Vertheidigung gegen fremde Ansprüche bekam, ohne der Veriretung durch seinen Auctor zu bedürfen. Dies war aber keine erwerbende Verjährung, sondern bewirkte nur Erlöschung der Klagen Dritter. In diesem Sinne kannte auch das sächsische Recht das Erlöschen gewisser Klagerrechte wegen Nichtausübung in Jahr und Tag. Es läßt sich aber nicht nachweisen, daß bewegliche Sachen nach dem Mittelalter durch einjährige Verjährung erworben wurden ⁵⁾, sondern auch hier kommt nur Erlöschen vom Klagerrechte vor. Eine Anwendung hatte diese Frist von

1) Leg. Salic. 47. §. 4. 48. c. 2. redet von einjähriger erlöschender Verjährung nur in einem Falle. s. noch Riccius de praescript. germ. vet. et hod. Frek. 1738.

2) Auf einige Gesetze wirkte wohl römisches Recht ein. Leg. Wisigoth. X. 2. Burgund 79. c. 2—5. Decret. Childeberti anno 595. cap. 3. Capitul. V. 389. Leg. Longobard. II. tit. 35. Unterholzner Entw. der gesammten Verjährungslehre. (Leipzig, 1828.) I. Thl. S. 67—72.

3) Oben not. 1. s. noch Grimm Alterthümer S. 223. Albrecht von der Gewer S. 115.

4) Sachsenpiegel II. 6. 44. Magdeburgisches Recht in Gamp, Seite 233. Goslar. Recht in Leibniz script. III. pag. 494. Stat. Susat. Art. 61. Rigensia Art. 5. Haubold de orig. et latit. usucapion. pag. 21.; auch in Haubold opusc. academ. vol. II. pag. 37. Schröter Abhandl. II. S. 136. Brehmer de annali juris lubecens. praescript. p. 33. Daher versprach auch in Urk. gewöhnlich der Verkäufer nur Gewer von Jahr und Tag, z. B. Westphalen mon. II. p. 145. Unterholzner I. c. I. S. 73. Nach dem Sächsischen Lowbuch erhielt man durch dreijährigen Besitz die Lowhäd (was nicht ganz mit der deutschen rechten Gewer zu vergleichen ist). Paulsen S. 101. Brachtenhöst im Staatsbürgerl. Magazin. IV. S. 101. Brachtenhöst in der Zeitschrift für deutsches Recht. III. S. 17—23. Phillips I. S. 434. Maurerbrecher I. S. 492. In den französischen Rechtsquellen aus dem XIII. Jahrhundert ist die saisine von Jahr und Tag ohne Rücksicht auf die Investitur als Erwerbgrund entschieden anerkannt. Klimrath in Revue de legislation 1835. II. p. 364—71.

5) Dies in der Encyclopädie I. c. S. 492.

Jahr und Tag, wenn jemand eine Sache fand ⁶⁾, und gehörig angezeigt hatte, und der Eigenthümer Jahr und Tag sich nicht meldete, oder in so ferne jemand, welcher gewisse Rechte auf eine Sache oder Ansprüche auf die Freiheit einer Person geltend machen wollte, dies binnen Jahr und Tag thun mußte ⁷⁾; daraus erklärt es sich, daß nach dieser Zeit die fahrende Habe eines in einer Stadt Verstorbenen von fremden Erben ⁸⁾ nicht mehr abgefordert werden konnte, daß nach Jahr und Tag der in einer Stadt entflohene Hörige von seinem Herrn nicht mehr vindicirt ⁹⁾, und nach Jahr und Tag der Retract nicht mehr ausgeübt werden konnte ¹⁰⁾, und daß zu Gunsten des auf fremdem Grunde Bauenden eine Verjährung eintrat ¹¹⁾. II. Eine Spur, daß die Frist von 30 Jahren, 6 Wochen und 3 Tagen die Erbansprüche auf Liegenschaften, die als erblose der Richter in Beschlag genommen hatte, ausschloß, kommt als erlöschende Verjährung im sächsischen Rechte vor ¹²⁾. III. Alle diese Verjährungsfristen führten nur auf erlöschende Verjährung ¹³⁾, wobei es auch auf bona fides nicht ankam ¹⁴⁾; allein der Gerichtsgebrauch scheint in Sachsen bald allgemeiner die Fristen zu allgemeinen Erfindungszeiten ¹⁵⁾ gemacht zu haben, und zwar die Frist von Jahr und Tag ¹⁶⁾

6) Böttiger R. in Zeperni Miscellaneen I. S. 76. Rechtsbuch Ruprechts von Freisingen S. 124. Bremisches Recht in Pufendorf obs. adp. II. p. 62. s. jedoch Unterholzner I. S. 83.

7) Westphalen monum. I. praef. p. 114. und p. 2016. Schröter Abh. II. S. 147. Ropp hessische Gerichtsverf. I. Thl. S. 30.

8) Sachsenspiegel I. 28.

9) Schon leg. cit. in not. 1. und noch jus Susat. ant. art. 149. jus Slesvic. art. 88. und Stat. in Schröter II. S. 125. Dies war allgemein germanische Ansicht. Loisel instit. coutum. I. pag. 29.; von Schottland: regia majestas. II. Chap. 12. Art. 17.

10) Unten bei Retract. S. 289.

11) Apenrader Stadtr. bei Dreyer Samml. verm. Abh. III. S. 1390.

12) Sachsenspiegel I. 29. Der Sinn der Stelle ist zwar sehr bestritten. Albrecht von der Werder S. 116. Eydom Erbrecht S. 300. Dieß in der Hall. Encyclop. Band XXVI. S. 493. Schlessisch. Landr. I. 28. 1. — Schwabenspiegel c. 287. vergl. mit Haubold diss. cit. S. 3. s. Stellen, wo in andern Rechten schon frühe Frist von 30 Jahren und Tag vorkommt in Grimm Alterth. S. 224.

13) Haubold diss. de orig. et fatis usucap. rer. mobil. saxon. Lips. 1797. Eichhorn Rechtsgef. S. 357. Privatrecht S. 174.

14) Haubold diss. cit. p. 57. Heineccii elem. jur. II. Tit. 4. S. 120. Westphal de indole bonae fidei in praescript S. 21. s. jedoch Pufendorf obs. Tom. I. adp. p. 23. not. Das alte Eulm. Recht V. 53. sagt aber schon: sag ihm sein Gewissen, daß er Recht dazu hab.

15) Unterholzner I. S. 79.

16) Haubold diss. pag. 65. Nach ihm kommt sie in Fachsius diss. II. in Zobel diff. jur. p. II. p. 206. zuerst vor.

für Erwerbung der fahrenden Habe ¹⁷⁾, indem man die auf rechte Gewere sich beziehende Frist aus ihrem Zusammenhang riß, und die von 31 Jahren, 6 Wochen, 3 Tagen für die Immobilien. IV. In den Städten ¹⁸⁾ entstand früh theils die im sächsischen Rechte vorkommende Verjährung von Jahr und Tag, theils noch die Ansicht, daß die von außen über Land und See hereingebrachten Gegenstände ¹⁹⁾ in der Frist von Jahr und Tag verjährt werden ²⁰⁾. V. Die Spuren der sogenannten unvorbenklichen Verjährung finden sich schon früh ²¹⁾ in den Rechtsquellen des Mittelalters ²²⁾, und sie beruht auf dem deutschen Grundsatz: den durch Alter und unvorbenklichen Besitz ²³⁾ geheiligten Zustand zu schützen ²⁴⁾. VI. Im XV. Jahrhundert hatte schon überall das römische ²⁵⁾ Recht über Verjährung auf die Statuten gewirkt ²⁶⁾.

- 17) Sachsenspiegel I. 28. Im Süden kam Verjährung schon früher vor. Schon allgemeiner nach baier. Rechtbuch von 1340—46, in Heumann opusc. p. 102. Unterholzner S. 74. not. Gegen den im Ausland Befindlichen lief die Frist erst von der Zurückkunft an, s. die holländischen Statute, z. B. Stadtrecht von Heusden von 1395, Rotterdam von 1340, siehe rechtsgeleerde observatien zu H. de Groot. II. p. 80. IV. p. 236. s. auch Brehmer diss. de annal. praescript. p. 27.
- 18) Merkw. Aussprüche in Vernichte Bulle von 1218. Art. 22. Harlemer Stadtr. von 1245 (in Mieris Charterboek I. p. 221.). Der Art. 34. des alten Seester Stadtr. bezieht sich auf das durch Investitur erworbene Eigenthum. —
- 19) S. aber wegen der über Land und See gebrachten oben §. 153.
- 20) Hamb. Stat. von 1270 in Andersen I. S. 73. Stat. Rigens. 1270. art. 93. Stat. Stad. 1279. P. VII. cap. 7. Stat. Lubec. von 1240. art. 159. (Brokes adp. p. 57.) und Cod. (in Brokes p. 112.) art. 313. Haubold p. 53. Brehmer de annal. jur. lubec. praescript. Jen. 1823. s. noch Unterholzner I. S. 81.
- 21) Älteste Spur in den alten wallischen Gesetzen vom König Hoel. 15. ancient laws and institutes of Wales. London, 1841. p. 789.) Wer per tres generationes das Land besitzt, ist gegen alle Ansprüche sicher.
- 22) Jütisch. Lombuch I. 46. 56. 58. Von nordischen Statuten Ahlefeld Laurig de praescript. immemor. Hav. 1821. Goldue Bulle c. 8. Unterholzner I. S. 517. Wichtig auch Beaumanoir Coutumes chap. 24. Bezüglich gehören hieher die Weisthümer, die Alles auf altes Herkommen bauen, s. Auszüge aus Grimm's Weisthümern in Buchla's (in not. 24. erwähnter) Schrift S. 9—12.
- 23) Daß man richtiger von unverdenklichem Besitz sprechen muß, s. gut Monatschronik für Züricher Rechtspflege. IX. Bd. S. 200. Bluntschli Rechtsgeschichte II. S. 115.
- 24) Im canon. II. f. c. 26. X. de verh. signific. c. 1. de praese. in 6to. Das Institut fand um so leichter Eingang, da man im röm. R. einiges Ähnliche fand. Buchla der unvorbenkliche Besitz des gemeinen Rechts. Heidelberg, 1841; vergl. mit v. Savigny System IV. S. 506. Nach d. Zeitschrift für sächsische Rechtspflege. III. S. 81. soll in Sachsen die Verjährung von 31 Jahren, 6 Wochen die Stelle der unvorbenklichen Verjährung vertreten.
- 25) Daraus erklärt sich das Schwanfen der Statute über die Zeit der Verjährung, s. Riccius de praescript. Cap. XIII. §. 5. s. noch Schwaben-

§. 164. [§. 146^a.] Heutiger Zustand der Lehre von der Verjährung.

Seit der Verbreitung des römischen Rechts entscheidet gemeinrechtlich nur die römische Verjährung; allein als Ueberbleibsel des älteren deutschen Rechts, oder veranlaßt durch dasselbe, kommen als deutschrechtliche Arten der Verjährung vor: I. die nur durch Gerichtsgebrauch ¹⁾ ausgebildete, in Ländern des sächsischen Rechts geltende Verjährung von Jahr und Tag für Mobilien ²⁾; II. die in den nämlichen Ländern geltende, gleichfalls nur durch den Gerichtsgebrauch durch Ausdehnung von Stellen, die von erlöschender Verjährung sprachen, entstandene Verjährung von 31 Jahren, 6 Wochen, 3 Tagen zur Erwerbung von Immobilien und dinglichen Rechten ³⁾; III. die einjährige Verjährung ⁴⁾, welche in vielen niederdeutschen Handelsstädten bei Mobilien durch Gerichtsgebrauch eingeführt ist ⁵⁾. Alle diese Verjährungsarten haben die nämlichen

Spiegel cap. 269. Saarbrücker Landrecht von 1340. Cap. III. Art. 4. In dem friesschen Rechtsbuch (aus d. Ende des XV. Jahrh.) jurispr. frisiac. Leuwarden, 1835. vol. II. p. 10. kommt schon die römische Verjährung vor. — Merkwürdig ist die Verjährung in Holstein und Schleswig, wo man vierfache Verjährungssysteme unterscheiden kann. Paulsen S. 95—107.

26) In Holland war keine erwerbende Verjährung bekannt; durch Praxis entstand die Ansicht, daß der dritte Theil eines Jahrhunderts die Verjährungszeit sey, de Groot Inleiding tot de holland. Rechtsgeleerdheit p. 155. Auch im Norden kommt Verjährung erst spät vor. Rosenvinge §. 100. Merkw. über England Bracton Lib. II. cap. 22.

1) Schon umständlich erörtert in Sauer tract. de praescript. Francf. 1582. p. 82. s. auch Habeler Landrecht. P. II. Tit. 18. Brückner Handb. d. Gothaischen Privatr. S. 246. In den sächsischen Ländern, welche fränkisches Recht hatten, gilt die römische Verjährung, z. B. in Weiningen. Rumpel Handb. des Weining. Privatrechts S. 94.

2) Maurenbrecher I. S. 494. Im revidirten Eulmschen Rechte III. cap. 1. wird schon bei beweglichen Sachen Verjährung von Jahr und Tag mit bona fides und justus titulus gefordert. — Im alten Eulm. Recht V. 53. werden bei beweglichen Sachen 3 Jahre gefordert. s. aber Glosse zum revidirten Eulm. Recht.

3) Schott inst. jur. sax. p. 210. Haubold diss. p. 71. Bauer opuscul I. p. 308. Kori Theorie der Verjährung §. 17—21. Unterholzer S. 92. Haubold Lehrbuch des sächs. Privatrechts, §. 185.

4) Lüb. Statut III. 6. Art. 3. VI. Tit. 5. Art. 5. Klostof. Stadtrecht I. Tit. 8. Art. 1. Lüneburg. Stat. II. Tit. 9. Eulm. Recht Lib. III. Tit. 2. Cap. 1. Nürnberg. Reform. Tit. XVI. Art. 9. Auch in Lübel ist übrigens diese einjährige Verjährung nur Werk des Gerichtsgebrauchs. Mevius ad jus lub. Lib. I. Tit. 8. Art. 22. nr. 38. Haubold diss. p. 53. Brehmer diss. p. 54.

5) Beneke de praeser. German. annal. Giess. 1740. Schoene diff. jur. brem. et annal. circa praeser. Bremen, 1743. Stürmer de praeser.

Wirkungen, welche bei der römischen *usucapio* ⁶⁾ eintreten, und alle römischen Erfordernisse sind darauf anwendbar ⁷⁾, insbesondere werden diese auch bei der sächsischen Verjährung von 31 Jahren verlangt ⁸⁾. IV. Die in einigen Städten bei den über das Meer hereingekommenen Sachen geltende einjährige Verjährung ⁹⁾ fordert aber weder *titulus*, noch *bona fides*. V. Einjährige Verjährung bei einigen Servituten kommt ebenfalls in einigen Städten vor ¹⁰⁾. VI. Eine Ansicht des sächsischen Rechts ist es, daß die Verjährung das in der Zwischenzeit wegen Mangels der Investitur begründete natürliche Eigenthum von Liegenschaften in volles bürgerliches verwandelt ¹¹⁾, so daß es der Auflassung nicht bedarf, und der, welcher den durch Verjährungszeit fortgesetzten Besitz auch ohne Nachweisung eines Erwerbsmittels darthut, selbst die Lehensreichung verlangen kann ¹²⁾. VII. Die Vorschrift, daß der Käufer von Immobilien, deren Eigenthum er durch Investitur erwarb, nach Jahr und Tag von allen Ansprüchen befreit ist, hat zwar an den meisten Orten, wo auch das System der Investitur stehen blieb, sich verloren, indem die Auflassung, ohne Rücksicht auf die hinzukommende Zeit von Jahr und Tag, Eigenthum überträgt ¹³⁾, kommt aber noch in einigen Statuten vor ¹⁴⁾, und hat dann auch die Wirkung, die Ansprüche wegen der von den Statuten anerkannten stillschweigenden und der (nicht in-

annal. Altona, 1747. Schröter Abhandl. II. S. 119. Tröltzsch Anmerk. und Abhandl. I. S. 131. Heineccius de praescrip. annal. jur. Lub. Halae, 1734, und Unterholzner am a. D.

- 6) Haubold sächs. Privatrecht S. 186. Kori Theorie §. 61—67. Eichhorn S. 460. Paulsen S. 98. Auch im esthländ. Landr. gilt diese einjährige Verjährung u. fordert röm. Erfordernisse. v. Bunge liöländ. Privatr. I. S. 230.
- 7) Stein Abhandlungen aus Lübb. R. II. Thl. nr. 1. S. 15. Carstens Beiträge zum Lübb. Recht. II. S. 97. Guischow de studiis lubec. prom. p. 9. Paulsen S. 99. s. jedoch Gröndler I. S. 271. Maurendrecher I. S. 517.
- 8) Rind var. jur. observ. sylloge. Lips. 1812. obs. 1. und Steinacker de vi et indole praescription. rerum immob. saxon. Lips. 1837.
- 9) Stryk de praescript. rer. per mare adlata. secund. stat. Hamburg. Hal. 1748. s. auch v. Bunge I. c. S. 230.
- 10) S. unten §. 166. Brehmer diss. p. 57.
- 11) Haubold Lehrbuch §. 185.
- 12) Gottschalk in der Zeitschrift für sächs. Recht, neue Folge I. S. 24. und Ausschreiben des sächs. Oberappellations-Gerichts vom 6. August 1836.
- 13) Weimar. Gesetz vom 20. April 1833. §. 1. 2. Mecklenburg. Gesetz vom 23. December 1829 über Stadtbuchserdn. §. 8—10. Sehr gut in der Bremischen Erborden. v. 19. Dec. 1833. §. 21. 35—67.
- 14) Hamburg. Stadtbuch. II. Tit. 8. §. 6. Rostok. III. Tit. 6. Lübb. Recht. III. Tit. 6. §. 3. V. Tit. 6. §. 1.

scribirten) Privathypotheken auszuschließen¹⁵⁾; sie hat auch in manchen Orten die Einrichtung veranlaßt¹⁶⁾, daß gerichtliche Edictallösungen erlassen werden, und dann nach Ablauf von Jahr und Tag die Ansprüche Dritter erlöschen. VIII. Für Institute, welche rein deutsch sind, und bei denen das alte Recht immer die einjährige Verjährung zur Ausschließung von Ansprüchen zuließ, muß dies noch jetzt angenommen werden¹⁷⁾. IX. Die auch in den Reichsgesetzen¹⁸⁾ anerkannte sogenannte unvordenkliche Verjährung kann überall angewendet werden¹⁹⁾, wo nicht das Verhältniß oder der Zustand von der Art ist, daß ein rechtlicher Entstehungsgrund desselben undenkbar ist, oder ein absolut verbietendes Gesetz entgegensteht, und ist eben sowohl in privatrechtlichen als in öffentlichrechtlichen Verhältnissen anwendbar²⁰⁾. Zur Begründung bedarf es nur der Nachweisung²¹⁾, daß ein Zustand während des letzten Menschenalters bestanden, und daß auch in Bezug auf das vorletzte Menschenalter die Erinnerungen der Menschen darauf führen, daß kein anderer Zustand dort bestanden habe²²⁾.

§. 165. [§. 147.] Deutsche Eigenthümlichkeiten bei einigen Erwerbarten. Insbesondere vom Ueberhang der Früchte.

Auch in Ansehung der Inselbildung, Alluvionen, Früchteerhebung u. a., ist das römische Recht gemeinrechtlich anwendbar; allein als Ueberbleibsel alter Gewohnheiten oder aus der Ausdehnung des

-
- 15) Senkenberg sel. jur. III. pag. 545. Heise und Erpp Abhandl. I. Seite 394.
 - 16) J. B. im sioländ. Landrecht v. Bunge l. c. S. 216.
 - 17) Bei Nöhrerecht s. unten. Unterholzner II. S. 290.
 - 18) Reichsabsch. von 1548. §. 56. Absch. von 1576. §. 104. Westphälischer Friede. V. 27.
 - 19) Unterholzner I. S. 523—532. Pfeiffer, praktische Erörterungen. II. Thl. nr. 1. Wallis und Schlüter jurist. Zeitung. 1829. nr. 5. 6. Schelling Preisschrift l. c. S. 105. Keyser württemberg. Privatrecht. I. S. 200.
 - 20) Zu eng faßt v. Savigny System IV. S. 510. die Wirkung dieses unvordenklichen Besitzes. s. richtiger Buchsta der unvordenkl. Besitz S. 24.
 - 21) Buchsta S. 26—53. vergl. mit v. Savigny IV. S. 524. u. Bluntschli II. Seite 114.
 - 22) Ueber Ansichten neuer Gesetzbücher: von Preußen s. Grävell Lehre vom Besitz und Verjährung S. 194. s. aber auch Bielig Commentar II. S. 557. Weichsel die erwerbende Verjährung S. 126.; und besonders Bornemann Darstellung II. Thl. S. 212. Von Oesterreich Zeißler Commentar IV. S. 254. Von Frankreich s. zwar Code 690. Toullier droit civil. vol. III. p. 391. Pohnhorst Jahrbücher II. S. 252.

Regalitätsprinzips kommen doch Abweichungen nach einigen Landesrechten vor, indem I. Inseln oft zu Regalien gerechnet werden ¹⁾; nur darf dies nicht als gemeinrechtlich angenommen werden, da das oft angeführte Reichsgesetz nur ein Rechtspruch über einen einzelnen Fall und kein Reichsgesetz ist ²⁾. II. Ebenso ist nur in einigen Ländern die Alluvion als Verrecht des Fiskus anerkannt ³⁾. III. Bei der Fruchteerhebung ⁴⁾ wurden im Mittelalter die *fructus industriales* schon vom Augenblicke an, als die meisten zu ihrer Erzeugung erforderlichen Arbeiten vollendet sind, als erhoben angesehen, jetzt gilt aber diese Ansicht nur mehr als Gewohnheit in einigen Ländern ⁵⁾. IV. Als eine theils aus nachbarlichen Verhältnissen, theils aus der Heiligkeit der Bere und der Gränze, theils aus der Ansicht, den Nachbar, der durch den nahen Baum Schaden leidet, zu entschädigen, erklärbare ⁶⁾, einst allgemeine Gewohnheit darf betrachtet werden ⁷⁾, daß der Nachbar die auf seinen Grund herübergefallenen

1) Angeblioh nach Const. R. Adolphs von 1293 bei Goldast Const. I. p. 815. f. auch in Eminghaus Corp. Jur. Germ. vol. I. p. 13. und Pertz mon. II. p. 461. Drews de insulis earumque jure. Gron. 1776. Gerßlacher Handbuch N. S. 2219. Sachsenp. II. 56. Haubold S. 250.; sächs. Elbstrom-Uferordnung vom 7. Aug. 1819. §. 13. Dammert Beiträge zum Strombaurecht S. 11. Rousseau Beitr. zur Leich- u. Flußbaugesetzgebung S. 7. In Oesterreich (Gesetzbuch §. 407. 408.) gehören Inseln in schiffbaren Flüssen dem Staate. f. Wagners Zeitschr. 1831. 25 H. S. 107.

2) Engau cuiusdam insular. in flumin. natar. compet. domin. Jen. 1751. Gröndler I. S. 273.

3) J. B. in Holslein und Schleswig. Viel in Falk Handbuch III. S. 424.

4) Sachsenpiegel II. 58. III. 76. Schwabenspiegel cap. 344. Zültsches Lombuch II. 72. (f. zwar darüber Paulsen S. 90.) Zülscher Erbfolgegesetz. S. 281. Daß dies nicht bloß sächsisches Recht war, beweist der Tract. de iuribus incorporal. bei Weingarten Fascic. II. p. 177, wo noch im XVII. Jahrhundert in Oesterreich die Gewohnheit galt. Ludwig Misc. II. pag. 1203. Veilhoelter diss. quatenus usufr. morte fruct. extinct. fruct. in haered. Alt. 1802. Wernsdorf an ex legibus sac. fruct. industr. max. lab. peracto usufruct. etc. Vit. 1795. Haubold S. 183. Schrader Handbuch II. S. 127. Maurenbrecher I. S. 515. Der Satz gilt noch in Liesland f. v. Bunge I. S. 228.

5) S. noch Sachs Handbuch §. 254. Aus der alten deutschen Ansicht erklärt sich II. Feud. 28. §. 3.

6) Champ in der Tübinger krit. Zeitschr. III. Bd. 26 Hest S. 253., und IV. Bd. 36 Hest S. 496. f. aber auch Grimm IV. Bd. 18 Hest S. 171. Maurenbrecher I. S. 516.

7) S. Sachsenpiegel II. 52. Magdeburg. Weichbild. 125. 126. Zül. Lomb. I. 53. Vermehrter Sachsenpiegel cap. 45. dist. 14. Augsb. Stat. von 1276 in Walch IV. S. 286. Schweizerstat. in den Eidgenoss. Land R. II. Thl. S. 654. Landbuch von Glarus S. 97. Landbuch von Appenzell (Innerrhoden) 1828. Art. 155.; vorzüglich Bluntschli II. S. 101. Pfarrer Luzernisches Gesetzbuch. II. S. 87. Westerwolder Landrecht von 1470. c. 8. Art. 9. Niederland. Stat. in Troitz jur. agr. helg. II. p. 449.

Früchte oder sogar die überhängenden für sich wegnehmen darf. Es kam aber schon früh verschieden, entweder a) das Recht des Ueberfalls, nach welchem der Nachbar nur die auf seinen Grund herabgefallenen Früchte nehmen darf, oder b) das Recht des Ueberhangs vor, nach welchem der Nachbar die an den überhängenden Aesten wachsenden Früchte nehmen darf ⁹⁾. Wie weit das Recht geht, hängt von Localgewohnheit ab. Da das im römischen Recht gegebene Rechtsmittel ⁹⁾, wodurch der Eigenthümer der Früchte die Gestattung der Auffammlung der herabgefallenen Früchte auf dem Grunde des Nachbars fordern kann, nicht als unanwendbar im gemeinen Rechte nachzuweisen ist ¹⁰⁾, so muß der, welcher die Früchte von den Bäumen des Nachbars sich zueignen will, das Recht hiezu nach dem Localgesetz ¹¹⁾, oder nach der Gewohnheit ¹²⁾ nachweisen. Da, wo das Recht des Ueberhangs oder Ueberfalls gilt, ändert es nichts, ob das Grundstück, worauf Früchte hängen oder fallen, der Gemeinde gehört ¹³⁾.

- Französische Stat. in Fournel traité du voisinage I. pag. 140., und Basnage Comm. zu art. 608. der Cout. de Normandie; eben so in italienischen Statuten, z. B. Stat. terrae Montis S. Mariae, Cassiano 1555. Lib. V. p. 52. f. Granff. Ref. II. Thl. Tit. 13. §. 2. Baier. Landr. II. Thl. cap. 3. §. 18. 19. Bonner Schützenordn. in Rölln. Ediktsamml. II. S. 397. u. Stat. ang. in Krebs de ligno et lapid. p. 48. Zangen von der Junstfähigkeit der Schäfer S. 116. Steinen westphälische Geschichte. III. Thl. S. 1353. Ropp Handbuch des heffischen Rechts. I. Thl. S. 465. Grimm in der Zeitschr. für histor. Rechtswissenschaft. III. Bd. nr. 11, und hiezu Rezension in Heidelberg. Jahrb. 1823. nr. 7. S. 106. Wildvogel de eo quod just. est circa arb. Jen. 1737. Hildebrand de fruct. in alien. praed. Alt. 1746. Krause de jure in arb. vicin. Viteb. 1765. Prosch die Rechte der Nachbarn. Schwerin, 1826. S. 57. und Grimm Alterth. S. 551.; von Württemberg Weidhaar II. S. 56. Auch in Preuß. Provinzialr., z. B. dem von Berg §. 29. ist d. Ueberfall anerkannt, besonders westrhein. Provinz R. §. 12. 13.
- 9) Z. B. nach Magdeburg. Weichbild Art. 125.; f. noch merkwürdig vollständiges Statut darüber im Werthheimer Stadtrecht von 1466, abgedruckt in meinen Beitr. zum deutschen Privatrechte S. 23. f. auch noch Statute in rechtsgelehrte observat. zu de Groot Inleiding vol. III. p. 154. Orth Anmerk. zur Granff. Ref. III. Forts. 578. Sachs. Handb. S. 465. Schweinfurter Ordnungen (1720) pag. 82.
- 10) L. un. D. de glande legend. Wildvogel de eo quod justum est circa arbor. cap. III. §. 9. Thibaut Pandekten §. 587.
- 11) S. zwar Kunde §. 276. Gründler I. S. 275. Auch Maurenbrecher I. S. 268. nannte den deutschen Grundsatz einen gemeinrechtlichen, thut es aber nicht mehr in der 2. Aufl. S. 516. f. aber Eichhorn Privatr. §. 171. not. 6.
- 12) Auch neue Gesetze (preussisch. Landrecht I. Thl. Tit. 9. §. 289. Oesterreich. Landr. §. 422. f. dazu Winwarter II. S. 183.) erkennen das Recht des Ueberfalls. Ueber französ. R. (wo viel Streit ist) f. Zacharia Handbuch II. S. 38. not. Brauer Erläuter. II. S. 512.
- 13) Bei der Allgemeinheit der Gewohnheit nach dem deutschen Rechte kann man keinen strengen Beweis fordern.
- 13) Maurenbrecher I. c. S. 516. An manchen Orten gilt aber in Bezug auf

II. Abtheilung.

Von den Dienstbarkeiten.

§. 166. [§. 148.] Deutschrechtliche Abweichungen.

Wenn zwar auch gemeinrechtlich in der Lehre von den Dienstbarkeiten das römische Recht angewendet werden muß ¹⁾, so ist doch unverkennbar, daß bei dieser Anwendung mehrere deutschrechtliche Ansichten, die in der Fortbildung des Rechts entstanden, Modificationen erzeugt haben, welche gekannt seyn müssen. I. Schon daraus, daß vor Verbreitung des römischen Rechts in Deutschland vielfache Belastungen des fremden Eigenthums vorkamen, welche nicht als wahre Reallasten aufgestellt werden können, vielmehr als Dienstbarkeiten bestellt wurden, die aber nicht zum Vortheile bestimmter Grundstücke, sondern zum Vortheile von Corporationen ²⁾, oder von Familien gereichten, folgte in der Anwendung eine Modification der römischen Begriffe. Diese Verhältnisse dauern auch fort, sie passen aber nicht unter die römischen Prädialservitute, auch gewährt das römische Recht durch die Vorschriften über Personalservitute, wenn man deren Zahl als geschlossen annimmt ³⁾, keinen Anhaltspunkt, so daß man eine Erweiterung des römischen Begriffs zugeben muß ⁴⁾. II. Manche zwar dem römischen Rechte bekannte Dienstbarkeiten kommen bei uns in so verschiedenen Modificationen nach dem Bedürfnisse, wofür sie bestellt sind, vor, daß bei Anwendung des römischen Rechts überall zunächst die besondere Art ⁵⁾, welche nach der Bestellung

Gemeindegrund eine abweichende Gewohnheit. Krebs de ligno et lap. p. 49., und weitt. Handtuch von Uri (Zürich, 1823.) 1. Bd. S. 152. Darauf deutet auch das Sprichwort: Allmendgut ist nicht Nachbargut. s. auch badisches Landrecht Art. 680. a.

1) S. überhaupt Klügel de different. jur. rom. et german. inprim. saxon. in materia de servitut. Viteb. 1791. Seuffert civilist. Erörterungen S. 70.; civilist. Archiv. III. S. 318. Gut Schuster über das Baurecht, Verlethungsrecht, Gebrauch der Dienstbarkeiten. Prag, 1819. Phillips Privatre. I. S. 578.

2) J. B. zum Vortheile eines Klosters oder einer Gemeinde.

3) Die Meinungen sind verschieden; aber folgt man der richtigen Ansicht von v. Wangerow, Leitsaden I. S. 627, daß auch sonstige röm. Realservituten als Personalservituten bestellt werden können, so läßt sich wohl helfen, nur entsteht die Schwierigkeit wegen der Dauer der Servitut, wo man die Analogie vom usufr. der moralischen Person annehmen müßte, und daher zu einer dem deutschen Rechte widersprechenden Beschränkung kommen würde.

4) S. daher die richtigen Bemerkungen in Bluntschli Rechtsgesch. II. S. 108.

5) J. B. es giebt Braut-, Kirch-, Leichenwege. Bluntschli II. S. 111.

zum Grunde liegt, erwogen werden muß. III. Der Satz, daß das Bedürfniß des berechtigten Grundstücks das Maasß der Servitut bestimmt, paßt nur bei Realdienstbarkeit, während bei anderen, die zum Vortheile einer moralischen Person ⁶⁾ gereichen, das Bedürfniß des Berechtigten entscheidet ⁷⁾. IV. Schon vor der Verbreitung des römischen Rechts ⁸⁾ kam in Deutschland das Verhältniß vor, in welchem ein dem römischen *ususfructus* ähnliches, aber doch davon vielfach abweichendes, Recht bestellt wurde. Diese Rechte blieben auch nach Einführung des römischen Rechts stehen, und dies veranlaßte oft die Aufstellung eines deutschen Nießbrauchs ⁹⁾. Dahin rechnete man die Fälle a) des aus dem *mundio* fließenden Nießbrauchs des Ehemanns in Bezug auf die Güter der Frau, b) die Leibzucht des überlebenden Ehegatten, c) den Nießbrauch der Eltern, d) das Recht am Leibgebing, e) das Verhältniß der Interimswirthschaft, f) die Leibzucht, g) *Apanage*. Richtig ist dabei nur, daß bei diesen Verhältnissen einige von dem römischen *ususfructus* ¹⁰⁾ abweichende Bestimmungen vorkommen; allein jedes dieser Verhältnisse ist wieder eigenthümlich ¹¹⁾ und man kann nur erklären, daß der Richter da, wo sie vorkommen, sie nicht als reinen römischen *ususfructus* behandeln, sondern die besondere Natur des Verhältnisses zum Grunde legen muß. V. Die römischen Grundsätze über Servituten ¹²⁾ müssen auch in so ferne beibehalten werden, als man noch jetzt annehmen muß, daß Servituten nicht im Thun bestehen können ¹³⁾. Die entgegengesetzte Meinung ¹⁴⁾ ist dadurch entstanden, daß man die Reallasten unter den Begriff von Servituten zu stellen suchte, was zu irrigen Folgerungen führt. Auch kann man

6) J. B. bei dem Weiderecht einer Gemeinde.

7) Reyscher würtemb. Privatr. II. S. 39.

8) In alten Quellen kommt das Wort *usuaria* auch *lidoleip* vor. Auch im Mittelalter zu rechten Leib, Falkenstein Cod. dipl. ant. Nordgav. pag. 151.

9) Schwarzenberg de usufructu juris german. Cassel, 1841.

10) Auch d. röm. R. kannte ja schon Modificationen.

11) Eichhorn Privatrecht S. 176. Maurenbrecher I. S. 563.

12) Schon in Urk. von 1304 in Guden III. pag. 18. werden römische Serv. bestellt.

13) Gerhard de serv. in faciend. Jen. 1710. Literatur in Glück Comment. X. Thl. Seite 7 1c. Pfeiffer vermischte Aufsätze, 4tes Stück, Seite 227. Hupfeld servit. in faciend. consistere nequit etc. Marb. 1817. Gröndler I. S. 279. Maurenbrecher I. S. 565. Spangenberg prakt. Erdr. I. S. 328. Bluntschli II. S. 109. Reyscher II. S. 40.

14) J. B. in Puchta v. den Klagen der Landeigenthümer S. 243.

bei solchen im Thun bestehenden Verhältnissen nicht von deutschen Servituten sprechen, weil man dadurch den Begriff von Servitut selbst zerstören und auf Verhältnisse anwenden würde, in denen keine Beschränkung des fremden Eigenthums liegt. VI. Nicht als Servituten, sondern als gesetzliche im öffentlichen Interesse aufgelegte Beschränkungen des Eigenthums erscheinen ¹⁵⁾ die durch Bauordnungen und andere Polizeigesetze eingeführten Bestimmungen über die Vergitterung der Fenster, über gewisse Entfernung bei Anlagen. VII. In Ansehung der Verjährung ¹⁶⁾ ist nur als particularrechtliche Abweichung anzuführen: a) die in Sachsen vorkommende Verjährung von 31 Jahren, 6 Wochen, 6 Tagen für Erwerb und Verlust von Servituten ¹⁷⁾, und b) daß in mehreren niederdeutschen Städten einige auf Gebäude sich beziehende Dienstbarkeiten in Jahr und Tag erworben werden können, in so ferne der seit Jahr und Tag bestehende Zustand von Gebäuden nicht verändert werden darf ¹⁸⁾. VIII. Einer gerichtlichen Bestätigung bedürfen Servituten gemeinrechtlich nicht; und nur dann kann Investitur gefordert werden, wenn das besondere Landesrecht dies vorschreibt ¹⁹⁾, was häufig in der Consequenz der Grundsätze ²⁰⁾ von der Investitur vorgeschrieben ist, und eigentlich überall gefordert werden sollte, da Servituten dingliche, den Werth

15) Weishaar würtemb. Privatrecht. II. Thl. S. 55. Puchta von den gerichtlichen Klagen in Streitigkeiten der Landeigenth. S. 191. 257.

16) Das Schweizer Recht kennt keine Verjährung der Servituten, s. gute Bemerkungen Bluntzsch II. S. 113.

17) Curtius sächs. Civilrecht. II. S. 526. Kind var. juris observ. syllog. Lips. 1812. obs. 1. s. noch über besondere Verjährungszeiten Paulsen holslein. Privatr. S. 108.

18) Im Lübck. Recht. I. Tit. 8. Art. 2. Meusching de servit. in gen. et spec. de aldif. leg. jur. luhec. Helmst. 1763. Stat. Verd. 96. in Pufendorf I. adp. p. 169. Bremens. in Pufendorf II. p. 48. Kestf. Stat. I. Tit. 8. §. 2. Vergl. III. Tit. 12. §. 13. s. von der Stadt Oldenburg, Halcm Oldemb. II. S. 34.; auch in den holländischen Städten kommt diese einjährige Verjährung sehr häufig vor. s. Statute in rechtsgeleerde observat. zu de Groot vol. III. pag. 161. Verschied. n. in Keller opusc. II. pag. 31., und Glarner Landbuch S. 101.

19) Schon Freiburger Stat. von 1520. Fol. 36. Augsb. Bauordn. in Suder S. 56. Weishaar würtemb. Privatr. II. S. 54. Streit nach sächs. R. Hausold Lehrb. S. 200. In Oesterreich war diese Eintragung schon immer gefordert. Zeiller Comment. II. S. 302.

20) Kleins Annalen der Gesetzgebung. XV. S. 36. Oesterr. Gesetzb. §. 481. Protokvera Materialien zur Gesetzkunde. VIII. Band, S. 336. Winwarter Handb. II. S. 280. s. aber von Gönner Comment. zur baier. Hypothekenerdn. I. Thl. S. 262. II. Bd. S. 192., und Zweibrüder Entwurfe zur verbess. Hypoth. D. S. 54.; auch Entwurf des Gesetzes von Geneva von 1827 sur l'acquisition et conservation des droits reels, art. 57., und Genfer Gesetz sur la publicité des droits immobiliers vom 28. Juin 1820 art. 7. Archiv für civil. Praxis. XIX. S. 156.

der Liegenschaften, worauf sie ruhen, sehr vermindernde Rechte sind, so daß nur durch Kenntniß dieser Lasten ²¹⁾ auch der wahre Zustand und Werth der Immobilien beurtheilt werden kann. IX. Wo auch die gerichtliche Eintragung vorgeschrieben ist, muß in der Consequenz der Lehre von der Investitur (§. 161.) dieß nur auf die Existenz des dinglichen Rechts wirken, und das Verhältniß unter den Contrahenten bleibt doch gültig, wenn auch keine Eintragung erfolgte. Wenn eine Servitut durch Vertrag bestellt, aber gerichtlich bestätigt wird, muß dieß (auch ohne Nachweisung besonderer Tradition) zur Bestätigung des dinglichen Rechts genügen ²²⁾. X. Als Entscheidungsnormen der Dienstbarkeiten gelten auch die Baustatuten ²³⁾, die landwirthschaftlichen Statute ²⁴⁾ und Weisthümer. XI. Auf die Staatsrechtsdienstbarkeiten ²⁵⁾, nach welchen ein Staat in seinem Gebiete zu Gunsten eines anderen Staats etwas leiden, unterlassen oder thun muß, läßt sich die Analogie der römischen Privatrechtsservituten nicht anwenden.

§. 167. [§. 149.] Deutsche Arten.

I. Das römische Recht, so weit es allgemeine für alle Servituten geltende Grundsätze aufstellt, muß zwar auch auf Servituten angewendet werden, die das römische Recht nicht enthält; allein hier

21) Preuß. Landr. I. Thl. Tit. 22. §. 18—22. 49. s. darüber richtig Bornemann Darstellung IV. S. 557. 69. Brem. Erborn. §. 35. Auch in der Schweiz wählt man oft die Eintragung in öffentl. Bücher der Sicherheit wegen. Bluntschli II. S. 112.

22) Dieß folgt aus Analogie des Sages v. §. 161. nr. 7.

23) S. alte Straßburger Bauordn. hinter Mollinger de pariete commun. Arg. 1743. Amberger von 1552 in Schenk Samml. I. S. 71. Augsb. in Huber Statut. S. 56. Würzburger in Scheidt thes. I. S. 3390.; von Hüpfow in Schott Samml. II. nr. 7. Hannover. Stat. in Hagemann Erdr. V. nr. 53. Michaelis zusammengelesene allgemeine Baurechte. Braunschweig, 1781. Berliner Bauobservanzen in Rathis Monatschr. II. S. 357. Mainzer Bauordn. in Mainzer Landesordn. Tit. 7. 8. s. noch Balch Beiträge. VIII. S. 205.; vorzüglich gehören noch hieher die Bauordnungen von München (schon im alten Stadtrecht) Auer das Stadtrecht von München, p. XCV. bis CXX.; — und von Geist der alten Baurechte Bluntschli II. S. 98. s. noch Scholz das Baurecht und d. Rechte in Beziehung auf Gebäude. Braunschw. 1839.

24) J. B. auch Gddingsprüche in Klöntrup alphabet. Handb. II. S. 125., und oben §. 22. Hier sind auch die neuen Sammlungen der preuß. Provinzialrechte wichtig; s. rev. Entw. des Provinzialr. v. Berg §. 17—20. Westrhein. Provinzialr. §. 8—22. Ostrhein. Provinzialr. S. 6. S. 168.

25) Sönnerr Entw. des Begriffs und der rechtl. Verh. der Staatsrechtsdienstbarkeiten. Erlangen, 1800. Schmidt Lehrbuch des Staatsrechts, Seite 165—168. Maurenbrecher Staatsr. §. 60. not.

wird vorzüglich die Beachtung der einzelnen Particularrechtsnormen, insbesondere auch die Ortsgewohnheit, wichtig. Darum entscheiden bei Servituten der Häuser besonders die Bauordnungen, namentlich wegen der Brandmauern und Communumauern ¹⁾, wegen des Rechts, höher zu bauen ²⁾, wegen des Winkelrechts ³⁾. II. Besonders reich ist das deutsche Recht an sogenannten gesetzlichen Servituten, als den durch das Gesetz selbst ausgesprochenen Einschränkungen des Eigenthums, oder Verpflichtungen des Eigenthümers, sich gewisse Beschränkungen gefallen zu lassen; sie sind entweder im öffentlichen Interesse als Ausflüsse der Polizeigewalt a) zum allgemeinen Besten ⁴⁾, oder b) zum Vortheile einer Gemeinde ⁵⁾, oder c) zum Nutzen einzelner Personen angeordnet. Nur in Ansehung der letzten können wahre Servituten entstehen, in so ferne es von dem Nachbar, zu dessen Besten etwas eingeführt ist, abhängt, eine Abänderung sich gefallen zu lassen, und entweder durch Vertrag oder Verjährung seine Liegenschaft mit einer Servitut zu belasten, während die sub a) und b) bemerkten wahre Polizeivorschriften sind, bei welchen das öffentliche Interesse die Last dem Andern auflegt, ohne daß durch den Verzicht des Nachbarn etwas geändert werden kann. III. Eine gesetzliche Servitut besteht vermöge einer entschiedenen ⁶⁾ allgemeinen Rechtsansicht in so ferne, als der Eigenthümer ⁷⁾ eines Grundstücks da, wo für seinen Nachbar das diesem gehörige Grundstück unbrauchbar seyn würde, fordern kann, daß sich der Andere gegen Entschädigung eine Servitut gefallen lasse, wodurch der Gebrauch des Grundstücks möglich wird. IV. Außerdem giebt es, jedoch nur particularrechtlich

1) Lüb. Recht. III. Tit. 12. Art. 9. Rostok. III. Tit. 12. §. 7. Mevius ad jus lub. p. 640. Ulmische Bauordn. Tit. 6. Amberger in Schenk S. 84. Orth Anmerk. zur Frankf. Reform. III. Thl. S. 410. Halem Ostenburg. Privatrecht II. S. 35., und rechtsgelehrte obs. zu de Groot III. p. 158. Von München Auer p. CXI. s. noch Scholz Baurecht Seite 174.

2) Selchow elect. jur. nr. 1. Orth Anmerkungen I. c. S. 431. Scholz Seite 200.

3) Ulm. Bauordn. Tit. 9. Nürnberg. Reformat. Tit. 26. Mainzer, Tit. 7. §. 37. Eisenach. Stat. III. Thl. Art. 4. S.

4) J. B. Leinpfad.

5) J. B. wegen gewisser Bauanordnungen, wegen Baumpflanzung.

6) Schon in alten Ehestandsordn. von 1435. §. 54. (in Veri Geschichte des Lehnrechts. II. S. 141.) kommt dies vor.

7) Die l. 12. D. de religio. darf nicht als singuläre Vorschrift und isolirt aufgefaßt werden. s. Evers Themis I. S. 94. Puncta von den Klagen der Landeigenthümer S. 224. Böle im neuen Archiv für preuß. Recht u. Verfahren (Arnberg, 1834) I. Thl. nr. 2. Bornemann preuß. R. IV. Seite 551.

begründet, gesetzliche Servituten, die zum Besten des Nachbarn eingeführt sind. Dahin gehört 1) das Recht der Anwenne⁸⁾, als das Recht, auf dem Grundstück des Nachbarn mit dem Pfluge umkehren zu dürfen⁹⁾. 2) Das Recht, zu fordern, daß die durch ihren üblen Geruch¹⁰⁾ dem Nachbar lästigen Theile eines Gebäudes nur in gewisser Entfernung von dem Gebäude angelegt werden¹¹⁾. 3) Das Recht, zu fordern, daß Anlagen, wodurch ein schon vorhandener Brunnen verunreinigt oder unbrauchbar gemacht würde, entfernt werden¹²⁾. 4) Das Recht, zu verlangen, daß Bäume nur in bestimmter Entfernung¹³⁾ von der Gränze der zwei Nachbarn gepflanzt werden. 5) Das Recht, die Anlegung¹⁴⁾ von gewissen Zäunen bis zur bestimmten Entfernung zu beschränken¹⁵⁾. 6) Das Recht, zum Behufe des Baues oder der Ausbesserung eines Gebäudes das fremde

- 8) S. altes Weisthum in Senkenberg corp. I. P. II. p. 55.; auch in den erwähnten Ehehabsordn. bei Lori §. 54. Klöntrup I. S. 70. Thomas Fußb. Privatrecht I. S. 259. Preuß. Landrecht I. Tit. 8. §. 118. Es heißt dies Recht auch Tretrecht. Bluntschli II. S. 111. Im Provinzialrecht von Berg ist dies Recht §. 27. ausgeschlossen; ausführl. Bestimmungen im revid. Eichsfelder Provinzialr. Motive S. 186.
- 9) Aus alten nachbarlichen Verhältnissen erklärt sich überhaupt viel im alten deutschen Rechte. Merlin repertoire sub voce: voisinage. Fournel traité du voisinage, nouv. edit. Paris, 1812. 2 vol. und Prosch die Rechte der Nachbarn. Schwerin, 1826.
- 10) Sachsenspiegel II. 51. Magdeb. Weichbild Art. 122, z. B. heimlich Gemach 3 Fuß. Amberg. Statut. in Schenk I. S. 96. Von München Auer S. CI.
- 11) Glück Commentar. X. S. 137. Mit Unrecht nimmt Maurenbrecher I. S. 244 dies als gemeinrechtliche Vorschrift an.
- 12) Dies findet sich in allen rheinischen Provinzialr. Bergisches §. 21. 22.
- 13) Altes Weisthum in Senkenberg corp. jur. I. P. II. p. 56. Statute in Wald Beiträgen. VIII. S. 217. Trier. Verordn. von 1737 in der Trier. Chronik, 1820. S. 63. Glarner Landbuch S. 97. Bonnisches Statute in Köln. Edict S. II. S. 396. Rohr Haushaltungsrecht S. 762. Von rhein. Provinzialr. westrhein. §. 10. Es kommt auf die Beschaffenheit der Grundstücke und der Bäume an, z. B. Rußbaum in Entfernung von 16 Fuß. s. noch Bluntschli II. S. 101.
- 14) Krebs de ligno et lapide p. 334. Bülow und Hagemann prakt. Erört. I. S. 178. V. S. 114. Preuß. Landrecht I. Thl. Tit. 8. §. 149—184. Code civil art. 648. Struben V. 134.
- 15) Das ältere deutsche Recht enthält viele Bestimmungen über Zäune, durch welche der Eigenthümer die Gränze seiner Here bezeichnete. Grimm Rechtsalterth. S. 549. Merkow. französ. Statute, z. B. Cout. de Boulleinois. art. 321. Cout. de Bretagne art. 408.; holländische Stat. in Trotz jur. agrar. belg. II. pag. 433.; auch noch Fournel traité de voisinage. I. pag. 277. Preuß. §. 151. Ueber die Gemeinschaft eines auf der Gränze von zwei Grundstücken stehenden Zauns: Wendehagen Bauernrecht in Spangenberg Beitr. S. 201. Klöntrup alph. Handb. II. S. 125. Schmidt Abhandlungen. I. Thl. S. 110. Hagemann Landwirthschaftsrecht S. 298. Fournel traité II. p. 120. Preuß. §. 174. Code 670—73. Hier wird der unter Napoleon gearbeitete Entwurf des Code rural mit den trefflichen Observations der Gerichte und den Entschlüssen der Sachverständigen wichtig.

Grundstück betreten zu dürfen [Hammerschlagsrecht] ¹⁶⁾. 7) Das Leiterrecht ¹⁷⁾, als die Befugniß, zum Behufe eines Baues des eignen Gebäudes, auf dem fremden Gute Baugerüste aufzustellen. 8) In Bezug auf die Wegegerechtigkeit entscheiden, wenn auch im allgemeinen die römischen Vorschriften über iter, via, actus anzuwenden sind ¹⁸⁾, zunächst die Localordnungen ¹⁹⁾, und besonders die deutschen Ausdrücke, in so ferne daraus das Bedürfniß, für welches der Weg bestellt wurde, erkannt werden kann ²⁰⁾. 9) In Bezug auf Licht-, Fenster-, Ausichtsrecht entscheidet, wenn kein Localgesetz etwas anderes bestimmt, das römische Recht ²¹⁾; allein eben hier hatte das deutsche Recht schon früh abweichende Ansichten, indem man möglichst das Interesse des Inhabers eines Gebäudes, Licht und freie Aussicht zu haben ²²⁾, begünstigte; in Andern mehr das Interesse, daß der Nachbar nicht auf das Gut des Anderen sehen könne, hervorhob, und so das Eigenthumsrecht beschränkte ²³⁾, während man in Andern zwar das nothwendige Licht, aber nicht die Aussicht geben wollte ²⁴⁾, andere Statute mehr die Freiheit des Eigenthümers des Gebäudes, beliebige Anlagen zu machen, zu Grunde legten ²⁵⁾. Auf diese Art kommen sehr verschiedene Beschränkungen des Licht- und Fensterrechts vor ²⁶⁾, und zwar entweder a) als das Recht, zu for-

16) Klöntrup II. S. 135.

17) Es heißt in französ. Coutumes tour d'echelle, auch echellage. Lauriere glossaire p. 400. und Merlin repert. XIV. p. 49. Dies steht auch im Provinzialr. v. Berg §. 28.

18) Es kommt darauf an, ob man sie als nur aus dem römischen Sprachgebrauch; oder aus der Natur der Sache hervorgehend, ansehen will. v. Bangerow Leitfaden I. S. 655. Jurist. Zeitung für Hannover 1839. S. 85.

19) Hierher gehören wieder Weisthümer, Wegeordnungen und Dorfverordnungen. s. merkw. Vanderhagen Bauernrecht I. c. S. 202.

20) J. B. ob Fußweg für Einzelne oder für Gemeinden, ob Weg für Kirchengang, ob Bahrweg nur bei Beerdigungen zu gebrauchen. Bluntschli II. Seite 410.

21) v. Bangerow I. S. 656—62. Scholz Baurecht S. 168.

22) J. B. selbst Aussicht auf die Uhr u. A. s. gut Bluntschli II. S. 100.

23) Dies war z. B. in großen Städten mit ihren engen Gassen der Fall; so erklärt sich das Genußheiterrecht von Paris und daraus Code civil. art. 678.

24) Daher trennt auch der Code civil 675—78 jours (als Lichtfenster) von vnes (Aussichtsfenster). s. noch Rosshirt das französ. und badiische Civilrecht. I. Thl. S. 133. Eine solche Unterscheidung ist schon in l. 12. Cod. de aedif. privat. Auch die alte Münchener Bauordnung (Auer S. CIV.) geht davon aus.

25) Dies trat in den späteren Bauordnungen mehr hervor.

26) Ballehe in Gesterding thes. jur. lub. I. p. 114. Lüh. Recht III. Tit. 12. Art. 13. Nürnberg. Reformat. XXVI. Art. 3. Hamburg. II. Tit. 20. Art. 8. Orth Anmerk. II. S. 524. Rainer I. c. §. 34. 35.

bern, daß der Nachbar in seine an das Grundstück des Anderen gränzende Mauer keine Fenster baue ²⁷⁾, oder b) nur Fenster, um sich Licht zu verschaffen ²⁸⁾, aber keine Aussichtsfenster, oder c) keine Fenster anders baue, als nur in einer gewissen Entfernung vom Boden auf, oder nur mit Gittern versehen ²⁹⁾, d) oder als das Recht, in einer fremden Wand ein Fenster zu haben ³⁰⁾. e) An manchen Orten bezeichnet man aber auch damit das Recht, zu fordern, daß der Nachbar nicht durch zu naheß Anbauen das Licht dem Nachbar verbaue ³¹⁾. Bei der Beurtheilung der einschlägigen Fragen kommt es auf die Localbauordnungen ³²⁾ und auf den ihnen zum Grunde liegenden Geist an; so weit diese keine Einschränkungen enthalten, muß es, da das spätere römische städtische Baugesetz ³³⁾ nicht ein gemeines Recht begründet ³⁴⁾, jedem Eigenthümer vermöge seines Eigenthumsrechts ³⁵⁾ erlaubt seyn, in seinem Gebäude Fenster nach dem Eigenthum des Nachbarn hin anzulegen, und zwar auf jeden Fall Lichtfenster ³⁶⁾, und ebenfalls Aussichtsfenster ³⁷⁾, wenn kein nachbarliches Gebäude gegenüber steht, oder dasselbe so entfernt ist,

Den eidgenöss. Landr. II. S. 582. Augsburger, in Huber S. 58. Schröter Abhandl. II. S. 145. Nishelmann, das Fenster- und Lichtrecht. Kofst., 1803. f. noch Griesinger de servitute luminum cap. 6. Rechtspr. des Oberappellations-Gerichts zu Parchim nr. 13. Hagemann Erört. VI. nr. 13. Fahne das Fenster- und Lichtrecht. Berlin, 1835. Pfeiffer pract. Ausföhr. IV. Bd. nr. 1. Ueber diese Dienstbarkeit nach badischem Recht f. Annalen der badischen Gerichtshöfe 1837. nr. 7. 1839. nr. 10. 1841. nr. 51.

27) In einigen Statuten, z. B. in Statut. von Iserlohn (MS.) gilt es als Zeichen der Erwerbung des Fensterrechts, wenn jemand während der Verjährungszeit die Flügel oder Läden seines Fensters auswärts aufschlagen durfte; Fensterrecht enthält dort auch das Recht, zu verlangen, daß der Grund des Nachbarn unter dem Fenster 7 Fuß weit ungebaut bleibe. f. noch viele Vorschriften im oßrheini. Provinzialr. S. 10.

28) So erklärt sich auch art. 677. des Code civil.

29) Dies gilt auch im Code art. 676. und im preuß. Landrecht. f. gut über preuß. Bestimmungen Bornemann II. S. 242—249.

30) Z. B. nach dem österreich. Gesetzbuch S. 488. Winwarter II. S. 290.

31) Diese kennt auch das römische Recht, wenn man der l. 12. Cod. de aedif. priv. folgt. Glud X. S. 122.

32) S. oben S. 166. not. 25. Von Frankfurt Bender Frankf. Privatrecht S. 136; von Kurheffen Pfeiffer pract. Ausf. IV. S. 11.

33) L. 12. 13. Cod. de aedif. priv.

34) L. 12. ist nicht glossirt. Gekörding Ausbeute III. S. 460. Pfeiffer l. c. Seite 10.

35) Gewiß nach dem, abgesehen von der l. 12. Cod., geltenden römischen R. Pfeiffer S. 4. Winwarter Handb. II. S. 290.

36) Dies muß selbst nach l. 12. Cod. zugestanden werden. Die Pflicht, Fenster zu vergittern, ist nur particularrechtlich.

37) Pfeiffer l. c. S. 27, über Bedeutung: offene Fenster; Pfeiffer S. 19.

daß es nicht innerhalb des durch die Localbauordnung ³⁸⁾ vorgeschriebenen Raumes steht, in welchem kein Aussichtsfenster angelegt werden darf, wenn nicht das Recht hiezu durch eine Servitut erworben wird. Eben so kann auch das Bauen auf seinem Eigenthum nicht verwehrt seyn ³⁹⁾, obwohl Fenster des Andern verdunkelt werden, wenn nicht ein Localbaugesetz ⁴⁰⁾ es verbietet ⁴¹⁾, oder der Andere die Servitut erworben hat, dies zu hindern. V. Bei manchen Beschränkungen, die ein Eigenthümer dulden muß, liegt die Pflicht in einer Observanz, die in einer ganzen Gemeinde gilt, wo dann jeder, der in der Gemeinde Grundstücke besitzt, der Last unterworfen ist ⁴²⁾.

§. 168. [§. 150.] Weiderechtigkeit.

Die Weideservitut ¹⁾ [Hutrecht], als das dingliche Recht, Vieh auf dem Grundstücke eines Andern Futter suchen zu lassen, verschieden von dem Tristrecht ²⁾, kommt in sehr verschiedenen Verhältnissen vor, 1) entweder in so ferne sie als Recht eines Grundstücks auf ein anderes Grundstück, oder 2) einer moralischen Person auf gewisse Grundstücke zuseht, 3) insbesondere einer Gemeinde durch den Gutsheeren gestattet ist ³⁾, oder 4) eine Familie oder eine Person Weiderecht für ihr Vieh hat, oder 5) dem Weideberechtigten auf der ganzen

38) Die Vorschrift der l. 12. Cod. de aedif. entscheidet hier nicht, aber Localgesetze bestimmen einen Zwischenraum; von Kurhessen Pfeiffer IV. S. 28; v. Frankfurt Wender S. 138.

39) Pfeiffer IV. S. 30. 44.

40) Pfeiffer l. c. S. 31. Gesterding Ausbeute III. S. 457. Hier werden auch die Baugesetze wegen der Höhe des Baues wichtig.

41) Vom Reichtum Gesterding Ausbeute III. S. 391.

42) Dahin gehörten manche Arten der Weide, und die Pflicht, das Aehrenlesen auf den Aekern nach der Aerndte zu dulden. Fiskal Polizeirecht II. §. 1068. Hagemann Landwirthsch. S. 220. v. Oesterreich Winwarter Handb. der Gesetze. II. S. 188. In Frankreich heißt es: droit de glanage (schon in alten Urk. anerkannt, s. von 1232 in Miraei op. P. III. p. 379). Fournel traité de voisinage. II. p. 95.

1) Leiser jus Georg. Cap. 10. p. 577. Rohr Haushaltungsrecht. I. Thl. Buch VI. Klingner Samml. zum Dorf- und Bauernrecht. II. Cap. 1. Raempfe de servit. pascend. Witeb. 1791. Strampfer Abhandl. vom Hutrecht. Erlang. 1798. Münter, das Weiderecht. Hannov. 1804. Hagemann Landrecht S. 551. Nassau. Weisthum. III. Thl. S. 186. Föhr über Weidgang und Weidgerechtigkeit, nach den im Rheinlande bestehenden Gesetzen. Köln, 1818. Hauser Gesetze im Unterhandelsfache. IV. Seite 43.

2) D. h. dem Rechte, Vieh über eines Andern Grundstück treiben zu dürfen.

3) Weisses de dominio agror. incultor. p. 29. s. noch die Schrift: über die Rechte der Erbherrschaften in der Lausig S. 36.

Gemarkung einer Gemeinde Weiderecht zusteht. Auch bei den Weiderechten, welche die Gutsherren ⁴⁾ auf den Grundstücken der Gutsunterthanen in Anspruch nehmen, kann man sie nicht als eine von selbst sich ver- stehende Befugniß der Gutsherren betrachten ⁵⁾, sondern der Letzte muß nachweisen, daß er die Weideservitut bei der Gutsverleihung sich vorbehalten oder sonst erworben habe. Auf gleiche Art kann die Gemeinde, welche Weiderechte auf den Grundstücken der Gemeindeglieder in Anspruch nimmt, diese nur erlangen ⁶⁾, wenn entweder alle Grundeigenthümer einwilligten, oder wenn die Gemeinde die Weideservitut erwarb. Steht jemand das Weiderecht auf der Gemarkung einer Gemeinde zu, so ist die Letzte nur dann als verpflichtet zu betrachten, wenn das Recht in Bezug auf das Gemeindevermögen in Anspruch genommen wird ⁷⁾. Die einem Berechtigten zustehende Weideservitut schließt I. den Eigenthümer des dienenden Grundstücks nicht von dem aus dem Eigenthum fließenden Rechte aus, gleichfalls die Weide zu benützen ⁸⁾, wenn nicht der Eigenthümer darauf verzichtet, oder der Servitutsberechtigte das Verbotungsrecht (speziell erworben hat ⁹⁾. II. Ueber den Umfang des Weiderechts entscheidet die besondere Verabredung, und so weit diese mangelt, der bisherige Befitzstand und die bisherige Art der Cultur. Ist das Weiderecht auf Brachfeldern ¹⁰⁾ besonders erworben, so kann die

4) Hieher gehört auch die Frage über Entstehung der Dörfer. s. oben §. 130. und die oben §. 128. not. 16. 1c. berührte Controverse.

5) Das dominium directum begründet kein Weiderecht. s. Streitigkeiten in Annalen der badischen Gerichtshöfe 1833. S. 26. 61. 1834. S. 119.

6) Annalen l. c. 1833. S. 142. Weishaar württemberg. Privatr. II. S. 67. vgl. mit Volley in d. Beilage zu Sarvey Monatschrift. II. Bd. S. 50.

7) Daher muß man sich hüten, solche Prozesse als wahre Gemeindeprozeße zu behandeln. Annalen der badischen Gerichte 1840. nr. 47. s. zwar dagegen nr. 10.

8) Dies ist das jus compascendi, wohl zu trennen von der servitus compascendi, d. h. dem Rechte, wenn der Eigenthümer des Grundstücks Weide ausübt, dann auch mit weiden lassen zu dürfen; hier ist nur eine servitus conditionata da, in so ferne die Servitut nur ausgeübt werden kann, wenn auch der Eigenthümer die Weide ausübt. s. Weichsel Grundf. über gemeinschaftl. Eigenthum. Servituten S. 143.

9) L. 6. Cod. de servit. L. 13. §. 1. D. Commun. praedior. Rivinus de aequali jure domin. et servient. praedii, si pascua non sufficiant. Lips. 1738. Glück Comment. X. S. 180. Hagemann pract. Erört. VI. S. 75. Seuffert civil. Erört. S. 73. Reyscher würtemb. Privatr. II. Seite 45.

10) Die bloß bisher factisch bestehende Brache giebt noch keine Zwangsrechte auf Weidehaltung. s. über Weide im Brachfelde Hagemann Landwirthschaftsr. S. 559. Goldmann die Gesetzgeb. des Großherz. Hessen in Bezug auf Befreiung des Grundeigenthums S. 11. — Das Besämerungsrecht ist dem Eigenthümer auch in Brachfeldern nie verwehrt. Hagemann

Brache nicht vermindert oder aufgehoben werden, wenn dadurch das Weiderecht leiden würde. III. Die Weideservitut ist so auszulegen, wie sie am wenigsten das Eigenthumsrecht des Grundeigenthümers beschränkt; daher der Weideberechtigte keine andere Benutzung des Grundstücks¹¹⁾ als nur die Weide durch das Vieh sich anmaßen, und der Grundeigenthümer jeden mit der Weide vereinbarlichen insbesondere landesüblichen oder durch die Culturgeetze gestatteten Nutzen¹²⁾ aus seinem Grundstück ziehen und die Cultur auch verändern darf, wenn dadurch nur nicht die Weide auf eine dem Weideberechtigten erweislich schädliche Weise beschränkt wird. Der Grundsatz, dem Eigenthümer die Ausübung seines Culturrechts, so weit er sich dabei nicht ausdrücklich beschränkte, möglich zu machen, muß entscheiden¹³⁾. IV. Auch da, wo die Weide unbestimmt verliehen ist, werden durch den bei allen Servituten geltenden Grundsatz¹⁴⁾ gewisse Grenzen der Servitut gezogen, und zwar a) darf da, wo das Weiderecht einem Gute zusteht, nur so viel dem Weideberechtigten eigenthümlich gehöriges¹⁵⁾ Vieh¹⁶⁾ ausgetrieben werden, als mit dem zur landwirthschaftlichen Benutzung des herrschenden Grundstücks gehörigen Viehstande im Verhältniß steht, daher nur so viel als mit dem von diesem Grundstück gewonnenen Futter durchwintert werden kann¹⁷⁾, wobei b) auf

pract. Grörter. V. S. 58. Berg jurist. Beobacht. IV. nr. 13. sächs. Gesetz von 1828. §. 46—48. Von Preußen Bornemann Darstellung IV. S. 582. Schon früh schränkte man in manchen Ländern, z. B. in Preussischen, durch Gesetz vom 17. Mai 1778 (s. in Fölz l. c. S. 16.) die Brache ein, und gestattete den Uebau ungeachtet der Weide. s. Nassau. Verordn. vom 7. November 1812. §. 1. s. über die Rücksichten des Gesetzgebers bei solchen Einschränkungen Rau Lehrbuch der polit. Oeconomie, 2te Ausg. S. 115—17.

11) Daher nicht Gras mähen, oder bleichen. Winwarter das österr. Recht. II. S. 299.

12) Glück Comment. X. S. 172. Scuffert Beitr. zur Rechtsanwendung in Baiern. 1836. S. 123. Rind quaest. for. II. qu. 33—38. 40—42. Hankel Lehrbuch S. 201. Preuss. Landrecht. I. Thl. Tit. 22. §. 80. Puchta von den Klagen der Grundeigenthümer, Seite 248. Das Recht, Bäume auf dem Grundstück zu pflanzen, hat er. Rind Samml. von Rechtsfällen, 18 h. S. 12.

13) Scholz Schäfererecht S. 198—205. Wie weit der Eigenthümer Gebäude errichten darf, s. Scholz Baurecht S. 154. Oft kann durch Vernachlässigung der Sachverständigen die Weide beschränkt werden. Bornemann IV. Seite 582.

14) Servitute civiliter est utendum. s. jedoch Scholz Schäfererecht S. 52.

15) Also kein fremdes Vieh. Klein Rechtsfälle III. S. 77. Gröndler Poletnik I. S. 283. not. 18. Oesterr. Gesetzb. §. 499.

16) Ob die jungen Lämmer mitgezählt werden, Glück X. S. 179. Gröndler I. S. 289.

17) Baier. Pol. Ordn. von 1616. Buch III. Tit. 14. §. 2. Hagemann l. c.

die zum berechtigten Grundstücke erst nach der Zeit der Erwerbung der Servitut hinzugekommenen Grundstücke keine Rücksicht genommen werden kann ¹⁸). Wo aber das Weiderecht ohne Rücksicht auf ein bestimmtes berechtigtes Gut zusteht, paßt nicht der Durchwinterrungsmaassstab, sondern es entscheidet die Versährung über den Umfang ¹⁹), so wie auch der obige Maassstab nicht bei der Koppelhut paßt ²⁰). c) Wo die Weide nicht auf bestimmte Vieharten beschränkt ist, kann jede Gattung ausgetrieben werden ²¹), wenn sie nur nicht unrein, oder ungesund, oder auf den bestimmten Plätzen ²²) der Cultur schädlich ist. In Bezug auf die Weidezeit entscheidet die Verabredung und die Art, wie die Weide bestellt wurde, ob sie insbesondere als Koppelweide ²³), und auf welchen Grundstücken sie verliehen ist ²⁴). d) Die Weide kann, wenn nichts anderes bestimmt ist, nur zu den offenen Zeiten ^{24a}) ausgeübt werden, deren Bestimmung von Localgesetz oder Gewohnheit abhängt; bei dem Mangel einer Vorschrift ist aber die Weide da als ungeeignet anzunehmen, wenn dadurch das belastete Grundstück in seiner Fructification beeinträchtigt würde ²⁵). V. Die

§. 565. Kind quaest. II. nr. 42. Preuß. §. 90. Pufendorf obs. I. obs. 123. IV. 109. Struben rechtl. Bedenken. IV. §. 300. Hagemann Landw. §. 565. Glück §. 173. Weichsel §. 160. f. aber auch §. 170. Sächsisches Gesetz vom 4. Oktober 1828. §. 17. Meiste Archiv für pract. Rechtskunde. Jwidau, 1834. 26 f. §. 7. Biniwarter II. §. 298.

18) Preuß. §. 91—94. Gröndler Polemik I. §. 282.

19) Hagemann Erörter. IV. §. 280. Scholz Schäferrecht §. 124.

20) Scholz §. 73. f. noch von Preußen Bornemann IV. §. 579. not.

21) Kind quaest. IV. c. 64. Baier. Landr. II. Thl. cap. 8. §. 13. nr. 1. Preuß. §. 99.

22) Es kommt also wohl darauf an, ob auf Wiesen oder unbedauten Plätzen Weide geübt wird. Nur im ersten Fall können Gänse und Schweine ausgeschlossen werden. Glück §. 172.

23) Sie ist diejenige, welche an Gräsern stattfindet, welche der Eigenthümer des Bodens Preis giebt; (sie heisst im fränk. R. vaine pature) im Gegensatz der pature grasse [fetten], die an Gräsern stattfindet, die der Eigenthümer einsammeln könnte. Föliz I. c. §. 21 1c.

24) Also ob auf Aedern oder Wiesen. Scholz Schäferrecht §. 210.

24a) Früher war offene Zeit bei Wiesen von Michaelis bis Georgi oder bis 1. April; allein je mehr man die Bedeutung der Cultur einsah, desto mehr beschränkte man die Zeit. f. Scholz §. 211. Von Württemberg Rep. f. 11. §. 47. Von Preußen Bornemann IV. §. 580. f. über Weidezeit im Mittelalter Anton Geschichte der Landwirtschaft. III. §. 353. f. noch baier. Gesetz vom 15. März 1808. Hessische Ges. in Eigenbrod III. §. 330. Nassau. Culturverordn. in den Samml. I. §. 187. Weimar Ges. vom 3. April 1821. §. 10. Haubold Lehrb. §. 195. Braunschw. Gesetz vom 26. März 1823.

25) Eurtius II. §. 513. Haubold §. 194. Preuß. §. 108. Württemberg. Gesetz vom 9. April 1828. Art. 2—3. Kind quaest. II. c. 58. Rünter §. 63. 91. Strampfer vom Hutrecht §. 17. 18. Hagemann Landwirthsch. §. 132.

Dauer der stipulirten Weidezeit muß nach der Rechnungsart beurtheilt werden, die zur Zeit der Bestellung der Servitut galt; hier wird der Einfluß des alten und des verbesserten Kalenders in so ferne wichtig ²⁶⁾, als im Julianischen Kalender das Sonnenjahr zum Grunde gelegt und zu 365 Tagen, 6 Stunden angenommen wurde, während in der Wirklichkeit das Jahr nur 365 Tage, 5 Stunden, 49 Minuten hat, so daß schon im XVI. Jahrhundert die Differenz 10 Tage betrug, worauf erst verbesserte Kalender entstanden ²⁷⁾. Wo nun nach dem alten Kalender Weiderechte erworben wurden, entsteht zwar eine die Culturbefugniß des Eigenthümers 12 Tage länger hindernde Differenz ²⁸⁾; allein nur da, wo Landesgesetze bestimmt den verbesserten Kalender als entscheidend über Anfang und Ende der Weide einführen, oder wo erst nach dem eingeführten verbesserten Kalender das Weiderecht bestellt wurde, darf nach dem neuen Kalender gerechnet werden ²⁹⁾, während sonst das erworbene Recht nach dem alten Kalender ³⁰⁾ zu beurtheilen ist. Die Begünstigung der Cultur berechtigt den gemeinrechtlichen Richter nie, wenn nicht ein Landesgesetz vorhanden ist ³¹⁾, die erworbenen Weiderechte einzuschränken oder den Weideberechtigten zur Ablösung ³²⁾ der Dienstbarkeit zu nöthigen.

26) Schmidt öffentliche Rechtsprüche S. 331.

27) Und zwar der von Alois Lilius verbesserte und 1581 vom Papst Gregorius bekannt gemachte Kalender *Cherubin Bullarium magnum*. II. p. 455. Wiedeburg de imperfectione Calendar. Gregor. Jen. 1723; hier der (1699 v. Prof. Weigel verbesserte) neue Kalender, in welchem nach dem 18. Februar 11 Tage ausgelassen wurden. s. noch Walters Lehrbuch des Kirchenrechts S. 687. Revischer S. 47. Scholz S. 212.

28) Virpische Berorten. vom 2. September 1802. Höfger öffentliches Anrecht, daß man Hütungstermine nach dem alten Kalender bestimmt. Wiedeburg, 1799. Zacharia Annalen I. S. 250. Rind quaest. II. p. 132.

29) Schuster über den Mißbrauch der Weidegerechtsame auf fremden Grundstücken. Hannover, 1824. Spangenberg in der neuen Ausgabe von Struben rechtl. Bedenken. I. S. 366.

30) Bülow und Hagemann Erört. III. S. 182.

31) Ueber die Begünstigung der Ablösung der Weideservituten nach neuen Gesetzen s. Elosen kritische Zusammenstellung der bayerischen Landculturgesetze. München, 1818. Baier. Culturedict. Entw. in bayerischen Landtagsverhandlungen von 1822. Beil. I. Bd. S. 178. Nassau. Culturoorden. a. D. Weimar. Berordn. vom 3. April 1821. Klebe Grundsätze der Gemeinheitstheilung S. 194. Jersiner nähere Beleuchtung des Jehend- und Tristzwanges. Tübingen, 1819. Preuss. Gesetz vom 14. September 1811. §. 11. Württemberg. Schäfergesetz von 1828. §. 8—9. Königl. sächs. Ablösungsordn. §. 101—131. Coburg. Gesetz über Ablösung der Weide vom 24. October 1835. s. aut über Ablösung Nau Lehrb. der polit. Oeconomie S. 119. 120. Ruff über die Ablösung der Servituten und ihre Entschädigung. Magdeburg, 1835.

32) Neuere Gesetze: Württemberg. Gesetz vom 9. April 1828. Weidhaar würt-

§. 169. [§. 150 a.] Koppelweide.

Aus den alten Verhältnissen der Flurgemeinschaft ¹⁾, aus der Bildung vieler Dorfgemeinden durch Zersplitterung großer Landesgemeinden, so wie bei manchen Dörfern aus ihrem Ursprung durch Concessionen der Gutsherren, vorzüglich aus der untermischten Lage der Felder der Gemeindemitglieder und dem Interesse, sie für die gemeinschaftliche Heerde zur Weide benützen zu können, erklärt sich die Koppelweide ²⁾, d. h. die mehreren Berechtigten auf den nämlichen Grundstücken zustehende Weiderechtigkeit. In sehr vielen Fällen ist diese gemeinschaftliche Koppelweide (Weidgang) nicht als wahre Dienstbarkeit, sondern nur als nachbarliche Vergünstigung, oder als eine auf unbestimmte Zeit eingegangene Vereinigung zu betrachten ³⁾. Die Koppelhut überhaupt umfaßt 1) den Fall, wo mehrere Eigenthümer aneinander gränzender Grundstücke einander wechselseitig aus nachbarlicher Freundschaft die Weide gestatten. 2) Den Fall, wo jeder der zur Koppelhut berechtigten Nachbarn durch eine Servitut das Recht hat, sein Vieh auf dem Grundstück des Anderen weiden lassen zu dürfen (servitus compascui). 3) Wenn Mehrere auf dem Grundstücke eines Dritten Weiderechte haben ⁴⁾. 4) Wo Mitglieder einer Gemeinde a) auf Gemeindegründen, b) auf Grund-

temberg. Privatrecht. II. §. 71. Gothaisches Gesetz vom 2. Januar 1832 über Ablösung der Huten und Besömerung. Königl. sächs. Gesetz über Ablösung vom 17. März 1832. §. 101 ic. Coburg. Gesetz über Ablösung vom 16. August 1835. §. 18. Kurhess. Gesetz vom 5. October 1834.

- 1) Hier ist aufklärend das Verhältniß der französischen und niederländischen pature und parcours, s. le Grand Comm. sur le Cout. de Troyes II. p. 297. Merlin repert. vol. IX. 19, XIV. p. 428. Raepsaet analyse II. pag. 361. Föliz Abhandl. über Weidgang S. 5—35; gute Notizen in der Proposition zur Aufhebung dieser Verhältnisse in der französischen Deputirtenkammer vom 20. Fevrier 1836; und der darüber erstattete Bericht vom 17. Juni 1836. Sehr wichtig ist die aus uralter Zeit in Spanien noch bestehende Koppelhut unter dem Namen Mesta Asso y Manuel instituciones del derecho civil de Castilla (Madrid, 1806.) I. p. 132 x.
- 2) Schon der Name in Urkund. von 1018. Acta Acad. Theol. Pal. III. p. 134. Anton II. §. 293. Münter in Hagemann Archiv. VI. §. 13. Münters Weidrecht S. 162. Hagemann Landwirtschaft S. 568. Haubold S. 208. Preuß. §. 135. Eckardt an detur compascuum ex praes. famil. revoc. Jen. 1784. Klöntrup III. §. 60.
- 3) Föliz I. c. §. 8. In Frankreich hatte das Ruralgesetz vom 28. Septbr. 1791 einen großen Theil dieser Koppelweiden abgeschafft und andere sehr beschränkt Föliz S. 34—42.
- 4) Häufig Koppelhut im engeren Sinne. s. noch überhaupt Scholz Schäferrecht Seite 62.

stücken eines Dritten, oder c) auf der ganzen Dorfsflur Weiderechte haben ⁵⁾, so daß im letzten Falle mehrere Miteigenthümer auf den ihnen gemeinschaftlichen Grundstücken die Weide haben. 5) Wo die Genossen zweier benachbarten Gemeinden, wenn das Vieh aus natürlichemtrieb zur gewöhnlichen Weidezeit aus einer Markung in die andere übertritt, ohne Pfändung aus nachbarlicher Freundschaft es dulden ⁶⁾. 6) Wo zwei benachbarte Gemeinden das wechselseitige Recht haben, daß das Vieh der Gemeindeglieder auf den nicht bebauten Fluren der andern Gemeinde und so wechselseitig weiden darf ⁷⁾. Ueberall bedarf es der genauen Prüfung, ob in dem einzelnen Falle eine wahre Dienstbarkeit, oder nur ein Präcarium begründet ist ⁸⁾. Eine juristische Vermuthung existirt nicht ⁹⁾. Wo mehrere Berechtigte in Gemeinschaft Weiderechte hatten, steht jedem die Aufhebung des Verhältnisses nach den Regeln frei, wie man eine Gemeinschaft aufheben kann ¹⁰⁾. Wer die ihm zustehende Servitut behauptet, hat sie zu beweisen ¹¹⁾, und der Umstand, wie bisher die Weiderechte besessen wurden, so wie der erweisliche Ursprung des Verhältnisses, leitet bei der Beweisführung.

§. 170. [§. 151.] Schäfereirecht und ähnliche Berechtigkeiten.

Der Vortheil der Schäferei hatte in manchen Ländern die Versuche der landesherrlichen Kammern und der Gutsherren veranlaßt ¹²⁾,

- 5) Hagemann Landwirthsch. §. 301. Glück Comm. X. S. 181. Mäler Geschichte der Rechtspflege S. 273—89. Hieher gehört die Ueberrifft; sehr gut im Luxemburger Landsbrauch. XVIII. 21.
- 6) Dies ist das westphälische Pfahlbauernrecht (auch Gahrweide). Klöntrup Handb. der Rechte von Ostpreußen. III. S. 60.
- 7) Dies erklärt sich häufig daraus, daß einst mehrere Dörfer bei den ursprünglichen Ansiedelungen zu einer Gemeinde gehörten. Dies heißt in Frankreich *parcours* im engeren Sinne.
- 8) J. B. häufig in den Fällen nr. 4. — am meisten im Fall nr. 5.
- 9) Darüber ist viel Streit. s. Thibaut Pand. §. 751. Münter §. 3. Glück S. 185—87. Scholz S. 67. Gröndler Polemik I. S. 286. Das preuß. Landr. §. 135—37. vermuthet für Dienstbarkeit.
- 10) Föliz S. 8. Kurhessisches Gesetz vom 23. October 1834. Hier wird auch die Frage wichtig, ob der Eigenthümer dann sein Grundstück einzäunen darf. Föliz S. 37. s. jedoch Scholz S. 65.
- 11) Carpzov P. II. const. 4. def. 14, const. 11. def. 9. Weichsel S. 140. Handbold Lehrbuch §. 195.
- 12) Weisshaar württemberg. Privat. II. S. 60. Scholz in dem jurist. Magazin (neue Folge). Braunschweig. 1836. I. Bd. S. 50. Scholz das Schäfereirecht nach gem. R. Braunschw. 1837 und von Württemberg v. Wächter Handb. I. S. 151.

dies Recht als ausschließendes für sich in Anspruch zu nehmen und zwar als Ausfluß der Grundherrlichkeit und des Obereigenthums, während auch die Gemeinden ²⁾ häufig die Versuche machten, vermöge ihres Markungsrechts die Schäferei als ein Gemeinderecht auf der ganzen Markung zu fordern. Die Folgen dieser Ansichten waren, daß in einigen Ländern ³⁾ nicht bloß die Schäferei als Vorrecht gewisser Personen aufgestellt, sondern auch vielfache Beschränkungen eingeführt wurden, z. B. daß man einzelnen Grundeigenthümern gar nicht gestattete, Schafe zu halten, oder sie nöthigte, dieselben dem aufgestellten Hirten zur Aufsicht zu übergeben ⁴⁾. So entstanden mancherlei Rechtsverhältnisse, bei welchen der nämliche Ausdruck, z. B. Schäfereigerechtigkeit, verschiedene Bedeutungen hat ⁵⁾. Alle diese Einrichtungen können nur da gelten, wo sie durch Landesgesetze oder rechtlich verbindliche Gewohnheit begründet sind. Bei dem Mangel derselben muß nach den Grundsätzen von dem Eigenthums-Rechte I. jeder, er mag Gutsherr oder Gemeinde seyn, beweisen, daß der Behauptende gegen die Eigenthümer der Grundstücke, auf welchen die Schafweide in Anspruch genommen wird, die Schäferei-Gerechtigkeit ⁶⁾, und in welchem Umfange er sie erworben habe ⁷⁾.

2) Weishaar II. §. 67.

3) Altenburg. Landesordnung von 1789. Tit. 80. Baier. Polizeiordn. von 1616. III. Tit. 14. §. 3. 4.; von der Mark, Scheplitz Consuet. I. p. 446. Pommer. Schäfereiordnung von 1569 in Dähner Samml. III. §. 845. Von Schlessen Benzel schles. Provinzialr. I. §. 10 u. §. 147. Fißcher Polizei- und Cameralrecht. II. §. 767. Hagemann Landwirthsch. §. 585. f. aber Freiheit in Sachsen: Kind quæst. II. p. 149. f. noch Klein merkwürdige Rechtsprüche. III. §. 55. Würtemberg. Gesetz vom 9. April 1828 über das Schäfereiwesen.

4) Polizeiliche Rücksichten wirkten dabei oft mit. Braunschweig. Landesordn. Art. 67. Scholz I. c. §. 59.

5) Sie bezeichnet entweder die Befugniß, ausschließend in einer Markung Schafheerden zu halten, oder das Recht, auf fremden Grundstücken Schafe weiden zu lassen. Scholz §. 50. Bornemann Darstellung IV. §. 584. Rappacher würtemb. Privatr. II. §. 48. Davon verschieden ist das Uebertriebsrecht, bei welchem auswärtige Gutsherren oder Gemeinden die Schafe in gewissen Zeiten über die Grundstücke in der Markung treiben dürfen. Das Recht der Wanderheerden bezieht sich nur auf Betreibung in der Zeit, wo die Heerde von der Winter- zur Sommerung auf ihrem Wege Grundstücke betritt. — Ausführliche Nachrichten über d. Schäfereig. in den Motiven zum revid. Provinzialr. v. Eichsfeld §. 190—206.

6) Kößig in Webers öconom. Samml. Leipzig, 1810. nr. 2. Decon.-jurist. Traktat von der Schäfereigerechtigkeit. Berlin, 1793. Preuß. Landrecht §. 146. In Hannover schließt d. Schäfereiberechtigte den Eigenthümer aus, auf eignen Grundstücken Schafe zu halten; jurist. Zeitung für Hannover 1841. §. 33.

7) Scholz §. 52. Raurenbrecher I. §. 578. Weishaar I. §. 64. Gröndler Polemik I. §. 287. Merkhw. von Preußen Bornemann IV. §. 585.

II. Ebenso steht jedem Grundeigenthümer ⁸⁾ die Befugniß zu ⁹⁾, Schafe in beliebiger Zahl zu halten, und auf eigenen Grundstücken weiden zu lassen, in so ferne er zu diesen Grundstücken gelangen kann, oder nicht das Recht eines Dritten ihn von diesen Grundstücken auszuschließen entgegensteht. III. Das Schäfererbschaftsrecht ¹⁰⁾, d. h. die Befugniß, die Schafehaltenden und die Weide Nütznutenden von der Führung, Aufsicht und Pflege der Schafe, selbst auch von der Benutzung des Feldbüngers auszuschließen, muß, wenn es bestehen soll, rechtlich nachgewiesen werden. IV. Wenn die Gemeinde das Recht der Schafweide auf den Grundstücken hat, auf welchen auch einem Andern, z. B. der Gutsherrschaft, das Weiderecht zusteht, so muß das Weiderecht der Herrschaft und das der Gemeinde so ausgeübt werden, daß beide nebeneinander bestehen können ¹¹⁾. V. Auch da, wo nach Landesgesetzen das Recht, Schafe in beliebiger Zahl unter eigenem Schäfer zu halten, Vorrecht gewisser Personen ist, schließt es nicht das Recht aller Uebrigen aus, einige Schafe absondert zu halten ¹²⁾, und einen eigenen Hirten zu mietzen, in so ferne dadurch nicht ein in dieser Beziehung erworbenes Recht eines Andern verletzt wird ¹³⁾. VI. Der Hordenschlag oder das Pferdrecht ¹⁴⁾, als die Befugniß, Schafe mittelst Hordenschlags zum Behufe des Düngens auf Grundstücken lagern zu lassen, kann auf verschiedene Weise entweder als Ausfluß des Weiderechts, oder als ein besonders erworbenes Recht begründet seyn; allein häufig kommt es so vor, daß die Eigenthümer von Grundstücken, oder auch Gemeinden ^{14a)}, von den Besitzern von Schafheerden fordern können, daß

8) Ebenso einer andern Person, wenn sie die Schafe im Stalle hält oder auf fremden Grundstücken zu weiden ein Recht hat.

9) Scholz I. c. S. 50. Scholz Schäfererbschaftsrecht S. 44. Renscher S. 49.

10) Scholz S. 54. Hier übernimmt der Stabberedrigte auch Verbindlichkeiten. Gut Scholz Schäfererbschaftsrecht S. 14. 54. Maurenbrecher I. S. 756.

11) Klein Rechtsprüche I. c. III. S. 55. v. Kamph Rechtsprüche S. 123. v. Ende jurist. Abhandl. nr. 14. Struben Bedenken. I. nr. 122, II. 75, IV. nr. 117, V. 63. 87. Kamdohr jurist. Erfahr. III. S. 601. Preuß. §. 149. Ostpreuß. LK. Zus. 85. Weimar. Ges. von 1821. §. 5—8. Geuffert Beiträge zur Lehre vom Weiderecht. Würzburg, 1822.

12) v. Kamph mecklenburg. Civilrecht. II. Thl. S. 442.

13) Jurist. Zeitung für Hannover 1841. S. 86—97.

14) Klingner Sammlung. II. S. 107. Weisph. Privatrecht. I. nr. 30. Weisph. württemberg. Privatrecht. II. S. 76. Rührer Polizeirecht. II. S. 777. Hagemann S. 593. Preuß. §. 157. Ostpreuß. Landrecht, Zusatz 86. Weimar. Gesetz I. c. §. 9.

14a) Es kommt auch z. B. im Badischen vor, daß die Gemeinden, die das Pferdrecht haben, zum Vortheil der Einzelnen, die dafür bezahlen, pferden lassen.

sie ihre Schafe auf den Aedern des Berechtigten zur Bedüngung lassen ¹⁵⁾, in welchem Falle keine Servitut mehr paßt. Der Eigenthümer eines Grundstücks, auf welchem ein Anderer Schafweiderecht hat, kann nicht fordern, daß der Weideberechtigte das Grundstück pferche ¹⁶⁾; jeder Eigenthümer kann aber auf seinen eigenen Ländereien den Hordenschlag ¹⁷⁾ ausüben, wenn er nur zu seinen Ländereien gelangen kann, ohne fremde Grundstücke zu berühren, oder wenn er das Recht, über diese zu treiben, erwarb ¹⁸⁾. Auch kommt Pferchrecht so vor, daß die einzelnen Eigenthümer der Grundstücke, die solche besperchen lassen wollen, dafür etwas an die Gemeinde bezahlen, welche oft das Pferchrecht in der Feldmark versteigert ¹⁹⁾. VII. Wenn jemand die Stabgerechtigkeit mit der Pferchbenutzung hat, so müssen dem Berechtigten die Schafe zum Pferchen überlassen werden ²⁰⁾.

§. 171. [§. 152.] Beholzungsrecht. Mastrecht.

I. Das Beholzungsrecht ¹⁾, als das Recht, aus fremden Waldungen den Holzbedarf zu befriedigen (verschieden von dem Rießbrauch an Waldungen, sowie von dem Rechte der Gemeinbeglieder, Holzgaben aus Gemeindewaldungen zu erhalten), kommt entweder als Realdienstbarkeit, oder als Recht moralischer Personen, insbesondere auch von Gemeinden vor. Das Recht muß immer 1) so ausgeübt werden, daß man die forstwirthschaftlichen Forderungen ²⁾ in Bezug auf Benutzung des Waldes zunächst berücksichtigt. 2) Wenn über den Umfang des Rechts nichts bestimmt ist, so entscheidet nur das Be-

15) Raurenbrecher I. §. 755. Reyscher II. 49.

16) Hagemann pract. Erörter. VII. §. 41. Auch dem Pächter, dem Weiderecht vorpachtet ist, steht deswegen noch kein Pferchrecht zu. Weidhaar II. Seite 77.

17) Der Hordenschlag wurde schon früh von Gutsherrschaften als ihr Vorrecht behauptet (faldagium, faudrage in Urkund.); du Fresne Glossar. sub voce: faldagium. Merlin repert. V. pag. 104. Gruppen Obs. rei agrar. pag. 36.

18) Hagemann l. c. §. 41.

19) Pferchgesetze in Hugel Repertorium des württemberg. Rechts. V. §. 41 f. noch Reyscher II. §. 50.

20) Scholz §. 63. f. noch Scholz Schäfererecht §. 163.

1) Rohr Haushaltungsrecht. VII. c. 2. Pufendorf obs. I nr. 124. Hagemann §. 267. Preuß. §. 197. Malblank de jure lignand Tub. 1811. Hagemann Erörterungen. V. §. 101. 111. Schilling Forst- und Jagdrecht §. 172; sächs. Mandat vom 30. Juli 1813. §. 19—30.

2) Von neuen Forstordnungen f. badische vom 15. November 1833. §. 108. Code forestier du pays de Vaud vom 12. Juni 1836. §. 203.

bedürfniß der eigenen Haushaltung des Berechtigten ³⁾. 3) Wenn kein Unterschied wegen der Art des Holzes gemacht ist, so geht das Recht darauf, Bau- und Brennholz zu holen ⁴⁾. Eine Ausdehnung auf Holz zu Schnittwaaren, Gerüststangen, Umzäunung ist nur zulässig ⁵⁾, wo das Recht hiezu besonders nachgewiesen wird. 4) Wenn die Dienstbarkeit auf eine bestimmte Holzart geht, so dauert das Recht so lange fort, als diese Holzart im Walde sich befindet und forstmäßig abgegeben werden kann ⁶⁾. 5) Geht das Recht auf Bauholz, so kommt es darauf an, welche Gebäude des Berechtigten zur Zeit der Bestellung der Servitut bestanden, und darauf, in welchem Umfang das Holzbedürfniß bisher verstanden wurde ⁷⁾. 6) Der Holzberechtigte kann nicht den Bedarf für vergangene Jahre nachfordern, wenn ihm nicht das Recht, eine bestimmte Quantität Holzes zu fordern, zusteht ⁸⁾. 7) Der Waldeigenthümer kann nicht gehindert werden ⁹⁾, zweckmäßige Culturveränderungen im Walde vorzunehmen. 8) Wenn nichts anderes bestimmt oder herkömmlich ist, kann der Servitutsberechtigte nur fordern, daß ihm das abzugebende Holz forstmäßig von dem Eigenthümer angewiesen ¹⁰⁾ werde. 9) Auf das Recht, Windbrüche ¹¹⁾, Fallholz u. a. aus dem Walde zu nehmen, ist aus dem Beholzungsrechte nicht zu schließen. 10) Wenn kein bestimmtes Maasß für den Holzbezug verabredet ist, so kann der Eigenthümer von der Mitbenutzung des Waldes für sein Bedürfniß nicht ausgeschlossen werden ¹²⁾. Wenn der Wald so angegriffen ist, daß er nicht mehr hinreicht, um Holzbedürfnisse des Waldeigenthümers und Servitutsberechtigten zu befriedigen, so tritt Ermäßigung ein ¹³⁾. Soweit durch Verschul-

3) Pufendorf obs. I. nr. 124. Preuß. Landrecht §. 203—209. Bad. Forstordn. §. 107.

4) Preuß. Landrecht §. 201.

5) Bad. Forstordn. §. 115.

6) Bad. Forstordn. §. 111.

7) Preuß. Landr. §. 209. 210. Bornemann Darstellung IV. S. 591. Ganz Beiträge zur Revis. d. preuß. Gesetzg. I. S. 321.

8) Urtheil des Kammergerichts s. Bornemann IV. S. 589.

9) Bad. Forstordn. §. 111.

10) Bad. Forstordn. §. 106. Schmidlin Handbuch der würtemb. Forstgesetze. II. Thl. §. 402. Reyscher II. S. 51.

11) Ayrer de eo quod justum est circa arbores turb. dejeet. Vit. 1716. Gründler Polemif I. S. 292. Hagemann pract. Erörter. V. S. 111. Bad. Forstordn. §. 117.

12) Nach dem allgemeinen Grundsatz von den Servituten. s. badisch. Forstordn. §. 107.

13) Glück Erläuter. der Pandecten. X. S. 183. Malblank de jure ligandi pag. 23. Zeitschrift für das Recht in Kurhessen. II. S. 168.

derung des Waldeigenthümers die Ausübung der Servitut unmöglich gemacht wird, hat der Berechtigte ein Klagerrecht gegen den Waldeigenthümer ¹⁴⁾. II. Das Eichelleserecht ¹⁵⁾ muß als Servitut ¹⁶⁾ speciell erworben werden, und ist sonst ein Ausfluß des Waldeigenthums ¹⁷⁾. III. Das Mastrecht ¹⁸⁾ ist die Befugniß, durch Schweine in dem fremden Wald Eicheln aufweiden zu lassen. Der Waldeigenthümer kann, wenn kein Ausschließungsrecht von dem Servitutsberechtigten erworben ist, von der Mitbenutzung der Mast und von dem Rechte, seinen Antheil an der Mast zu verpachten, nicht ausgeschlossen werden ¹⁹⁾. Bei dem Mangel anderer Bestimmungen kann der Mastberechtigte nur seine eigenen zum Gutshaushalt nöthigen Schweine eintreiben, darf aber, wenn er keine Schweine eintreibt, die zur Mast gehörigen Gegenstände nicht einsammeln ²⁰⁾. Man unterscheidet volle, halbe, viertel Mast ²¹⁾, nach dem Verhältnisse des Vorraths, und wenn Mast überhaupt bestellt ist, so findet das Recht bei voller und halber Mast statt ²²⁾. Der Mastberechtigte muß sich nothwendige forstwissenschaftliche Beschränkungen immer gefallen lassen ²³⁾. Ueber alle diese Servituten entscheiden die Forstordnungen ²⁴⁾, Markenordnungen ²⁵⁾ und besondere Mastord-

14) Wichtige Bemerk. in Sans Beitr. zur Revis. der preussischen Gesetze. I. Seite 324.

15) Ederichsrecht auch genannt und Buchnüsse umfassend. Badische Forstordn. §. 129.

16) Hertel de eo quod just. est circa jus gland. legend. Jen. 1736. Nassau. Weisthum. I. S. 235. Schröter Abhandl. I. S. 408. Hagemann Landrecht S. 341.

17) Gründler Polemik I. S. 293.

18) Grimm Alterth. S. 522. Löw über Markgenoss. S. 168. Schröter jurist. Abhandlungen. I. S. 415. Pufendorf I. nr. 122. Schilling Forstrecht S. 177. Nassau. Weisthum II. S. 332. Hagemann Landrecht S. 343, 347. Preuß. §. 187. Bad. Forstordn. §. 126.

19) Bad. Forstordn. §. 127. Trunk Forstlehrbuch §. 98. Schilling Lehrbuch des Forstrechts S. 178.

20) Preuß. Landrecht §. 192. Bad. Forstordn. §. 126. Spangenberg in der Ausgabe von Struben rechtl. Bed. I. S. 299.

21) Sprengmast nennt man es, wenn nur hie und da ein Baum mit Edern behangen ist. Schilling Lehrbuch S. 177.

22) Struben rechtl. Bedenken. IV. nr. 25. f. noch IV. Bd. nr. 74. (Ausg. von Spangenberg I. Thl. S. 294, 299.) Gründler Polemik I. S. 295. Wenn nur auf volle Mast die Verleihung geht, ist sie nicht auf halbe auszudehnen. Struben l. c. S. 298. f. wichtig Pfeil in Sans Beitr. I. S. 328.

23) Preuß. Landrecht §. 196.

24) Vorschriften in Braunschweig. Forstordnungen vom 8. Juni 1678. Cap. V, und oben not. 2.

25) Piper vom Markenrecht S. 93, und Markenordn. von 1585, in Sethe

nungen ²⁶⁾. IV. Wenn sämmtlichen Mitgliedern einer Gemeinde als solchen Beholzungsrechte zustehen, so muß man unterscheiden, ob diese in Ansehung der anderen Eigenthümern zustehenden Waldungen, oder in Bezug auf Gemeinewaldungen begründet sind. Im ersten Falle ist die Gemeinde der Servitutsberechtigte, im zweiten Falle paßt die Analogie der Benutzungsrechte der Gemeindegüter nur da, wo die Gemeinde nach dem Herkommen und mit Rücksicht auf die forstwirtschaftliche Schonung des Waldes die Holzgaben anweisen läßt ²⁷⁾. V. Wo das Recht auf Holztag besteht, ist darunter nur das Recht, Raß- und Beschoß zu nehmen, zu verstehen ²⁸⁾.

III. A b t h e i l u n g.

V o n d e n R e a l l a s t e n.

§. 172. [§. 153.] Historische Einleitung.

Das deutsche Recht ¹⁾ kennt Lasten, welche ewig auf einem Grundstücke so ruhen, daß jeder Besitzer desselben zum Vortheile einer Privatperson (physischen oder moralischen) etwas zu leisten hat. 1. Die erste Spur solcher Verpflichtungen, welche Reallasten heißen ²⁾, mochten schon in den Zehenden ³⁾ liegen, welche früh in manchen Kreisen den in den kirchlichen Verband tretenden Gutsbesitzer trafen;

von der Natur der Leibgewinnsgüter S. 116; merkwürdig ist auch ein Schöffenweisthum von 1260, in Bondam Charterboek pag. 545.

26) S. Verzeichniß in Georg. instit. jur. forest. pag. 90.

27) Dies Verhältniß (welches in Frankreich affouage heißt) ist regulirt im Code forestier Art. 81. 103. 105. Foelix Code forestier annoté p. 466, und gute Erörterung in der Encyclopedie de droit par Sebire. Paris, 1837. I. p. 298.

28) Schmidlin Handbuch S. 296. 304. Meyser II. S. 52.

1) Spuren der Reallasten im röm. R. in L. 7. D. de public. Tit. Cod. XII. 51. L. 2. Cod. sine censu. L. 1. §. 3. D. de via publ. Dunfer die Lehre von den Reallasten in ihren Grundzügen. Warturg, 1837. Seite 59.

2) Eichhorn Einleitung in das deutsche Privatrecht S. 160—163. Seuffert: das Baurecht, die Reallasten und das Nöherrecht. Würzburg, 1819. Schwarz das Institut der Reallasten. Erlangen, 1827. Albrecht von der Geyer S. 166. 167. Hänsel Bemerk. und Excurse zum sächsisch. Civilr. III. Bd. S. 1. Puchta von den gerichtlichen Klagen der Landeigenthümer S. 275. u. 2te Ausgabe S. 305. Dunfer in der in not. 1 genannten Schrift. Meyser würtemb. Privatr. I. S. 449. Phillips Privatr. I. S. 616. Maurenbrecher I. S. 689. Bluntschli Rechtsgefch. II. S. 116.

3) Es wird unten sich ergeben, daß decimae auch als weltliche Gutsabgaben früh vorkommen. s. über Ursprung der Reallasten Maurenbrecher I. Seite 706.

nicht weniger gehörten dahin II. die von dem echten Eigenthümer bei Verleihung des Nuzzeigenthums oder Zinsguts dem Besizer desselben auf ewige Zeiten aufgelegten Lasten. In Zeiten, in denen baares Geld selten war, und die Möglichkeit, durch Handwerker gewisse Dienste ⁴⁾ sich zu verschaffen, nicht leicht vorkam, erklärte sich leicht die Sitte, gewisse Leistungen des Besizers eines übertragenen Guts, oder bei Verleihungen von Rechten zum Vortheile von Grundstücken, statt des Kaufpreises auf das Gut auf ewige Zeiten zu legen. III. Ein anderer Grund lag in dem Verhältnisse der Ansehlungen im Mittelalter ⁵⁾, insbesondere auch in Städten ⁶⁾, in welchen der auf den Grund und Boden eines Anderen Bauende zum ewigen Zins von dem Gute sich verpflichtete. IV. Die Schutzverhältnisse des Mittelalters, die über große Bezirke sich erstreckten, und wo jeder im Bezirke sich Ansehende die Schutzverhältnisse durch ewige Leistungen anerkannte ⁷⁾, erzeugten neue Lasten der Gutbesizer, und V. die Sitte, nach welcher die als öffentliche Lasten auf Güter anfangs gelegten Pflichten allmählig ⁸⁾ von den Herren als zu ihrem Vortheile gereichende Lasten gefordert wurden, vermehrte ihre Zahl. Vorzüglich VI. wurde Rentenkauf ⁹⁾ einflussreich. Daß allen diesen Belastungen des Guts ein Verhältniß zum Grunde lag, welches dem im heutigen Rechte als dinglich bezeichneten Rechte entspricht, erklärt sich 1) durch die im deutschen Rechte überhaupt vorkommende Ansicht, nach welcher an den Besitz von Grundstücken die wichtigsten Pflichten geknüpft waren, und jeder Besizer des Grundstücks durch die Uebernahme des Besitzes auch die darauf ruhenden Lasten übernahm; 2) daraus, daß der Pflicht zur Leistung ein fortdauerndes Verhältniß der Herrschaft des zur Forderung der Last Berechtigten, oder seine Schutzherrlichkeit, oder die von ihm geschehene Verleihung des Rechts für die Last ¹⁰⁾ entsprach, und daher der Besizer, indem er den der Reallast ent-

4) Wichtig in Bezug auf die Entstehung der Frohnen.

5) Brackenhöft im neuen Staatsbürgerl. Magazin. IV. S. 211.

6) Besonders klar wird dies auch aus französ. Städteurk. z. B. von 1177, 1194 in Thaumassiere Coutumes anciennes et nouv. de Berry pag. 72. 75 etc. und Thaumassiere nouveaux Comm. sur les Cout. (im Anhang pag. 20.) Brackenhöft S. 211, und unten S. 175.

7) Brackenhöft l. c. S. 207.

8) Unten bei der Geschichte der Frohnen.

9) Unten davon. s. auch Paulsen S. 112 und Auer Stadtrecht von München S. CXXXVI.

10) Fall im neuen Staatsbürgerl. Magazin. I. S. 246.

Wittermaier, Privatrecht. 1. ste Aufl.

sprechenden Vortheil bezog ¹¹⁾, auch die Pflicht zur Erfüllung der Leistung anerkannte; 3) daß viele dieser Reallasten auf allen in einem gewissen Gebiete ¹²⁾ liegenden Grundstücken ruhten und so jeder in diesem Kreise Grundstücke Erwerbende auch der Last sich unterwarf; 4) vorzüglich wurde durch die Auflassung ¹³⁾, durch welche Reallasten bestellt wurden, theils ein solches inniges, dem zur Erhebung der Leistung Berechtigten die Gewere des Rechts sicherndes Band zwischen ihm und der Sache, worauf die Last lastete, und dadurch ein ewiges, d. h. so lange die Sache vorhanden war, dauerndes Verhältniß begründet ¹⁴⁾, theils war dadurch eine Deffentlichkeit des Verhältnisses gesichert ¹⁵⁾, nach welcher die Last als unzertrennlich mit dem Grundstücke verbunden erklärt war. Im Leisten des ewigen Zinses ¹⁶⁾ vom Gute lag ohnehin schon das immer sich wiederholende äußere Zeichen, das den Berechtigten, der Zinsgewer ¹⁷⁾ hatte, mit der Sache dauernd verband. Da das römische Recht diese Verhältnisse nicht kannte, so war es begreiflich, daß über die Natur derselben viele Streitigkeiten entstanden, indem man A. entweder den Charakter eines Forderungsrechts zum Grunde legte ¹⁸⁾, jedoch in einer Mischung mit dinglichem Recht [daher dingliche Forderungsrechte] ¹⁹⁾, oder B. einen dinglichen Charakter als Hauptmerkmal auffaßte, und zwar a) entweder diese Lasten als *servitutes*

11) J. B. wenn er das Weiderecht ausübte, wofür er Weidezins leisten mußte.

12) Ganze Dörfer waren z. B. bederpflichtig.

13) Die Anwendung derselben ergibt sich aus vielen Urk. s. Auer Münchener Stadtrecht S. CXXX. s. Duncker S. 65.

14) Albrecht S. 166—182. Phillips I. S. 616. Duncker in der Zeitschrift für deutsches Recht. II. Bd. S. 39. Zeitschrift für Recht in Kurheßen. II. S. 160 in not.

15) Was jetzt die Eintragung in öffentliche Bücher leistet, gewährte damals die Investitur.

16) Schwabenspiegel c. 311. Kaiserrecht II. 37. Albrecht S. 182. Bradenhöft I. c. S. 150 in not.

17) Phillips I. S. 608. Beispiel der Uebertragung der Gewere durch Urkunde giebt Duncker in der Zeitschrift I. c. S. 62 in not.

18) Dies geschah auch von dem Verfasser in frühern Auflagen. — s. noch jetzt Bollgraf im Beilagenbeste zum Archiv S. 167. Puchta I. c. S. 277. Hänsel Bemerk. I. c. S. 2. Kunde Rechtslehre von der Leidsucht S. 385. s. aber Kunde Grundf. des Privatr. S. 278 (7te Aufl. in not. 7.) Winter in Prätodovera Materialien zur Gesetzkunde. VIII. S. 62. s. auch Puchta S. 306. Heysser I. S. 451.

19) Wichtig ist es, daß in einzelnen Ländern oft manche scheinbare Reallast doch nur persönliche Natur hat und als Pachtzinsling vorkommt (z. B. im Zusammenhang mit veräußerten Domänen). s. daher die Streitigkeiten in Schleswig zwischen Burchardi (in Falk staatsbürgerl. Magazin. VII. S. 145.) und Federsen (ibid. Bd. VIII. S. 55.).

in faciendo ²⁰⁾, oder b) als eine eigene Art der dinglichen Rechte ²¹⁾ neben Servituten und Pfandrecht aufstellte, oder C. eine Unterscheidung der mit Proprietätsrechten an dem Gute verbundenen von den ohne diese Rechte vorkommenden Reallasten machte ²²⁾; oder D. das Recht auf die Realleistung als Pertinenz des Rechts an dem pflichtigen Grundstücke ansieht ²³⁾; oder E. sie in drei Klassen 1) nach Analogie der Emphyteuse, 2) der Servituten, 3) der reinen Forderungsrechte theilte ²⁴⁾, oder F. das Grundstück als den Schuldner ansieht, so daß der Besitzer nur das Gut repräsentirt ²⁵⁾. Am richtigsten erkennt man schon nach dem oben in Bezug auf rein deutsches Recht entwickelten Zusammenhang mit der Gewere, in Uebereinstimmung mit der Ansicht des canonischen Rechts ^{25a)}, und nach der durch den Gerichtsgebrauch ²⁶⁾ anerkannten Dinglichkeit, die Reallasten als besondere Arten des dinglichen Rechts. Der gemeinschaftliche Charakter dieser Reallasten ^{26a)}, deren Arten wieder ihre be-

- 20) Schon in Carpzov defin. I. c. 28. def. 54. s. noch Maurenbrecher I. S. 692. Neuerlich noch von Zacharia. Welche Rechte hat der Gläubiger einer vorbehaltenen Rente? Heidelberg, 1828. S. 10.
- 21) Paulsen S. 114. Weidhaar württemberg. Privatr. II. S. 81. Fall im neuen staatsbürgerl. Magazin. I. S. 246. Bradenhöft I. c. S. 215. s. jedoch Maurenbrecher I. S. 693.
- 22) J. B. Eichhorn S. 434.
- 23) Albrecht S. 166. und in der Rezens. in Richters Jahrbücher. III. S. 313. s. aber Auer I. c. S. CXXXIX.
- 24) J. B. Seidensticker de oneribus realib. Gott. 1830.
- 25) S. Duncker S. 93. Bluntschli I. S. 117; vergl. mit Phillips I. S. 622. Maurenbrecher I. S. 694.
- 25a) v. Savigny Recht des Besitzes S. 477. Duncker in der Zeitschrift S. 47.
- 26) Die französischen und holländischen Schriftsteller nahmen häufig die Grundsätze von der actio hypothecaria an. J. B. bei Pothier, Loyseau, Schraessert. Auch von den deutschen Juristen sprach Carpzov (defin. p. I. const. 28. def. 54.) von der actio hypothecar.; allein am gewöhnlichsten war es, die Analogie der Servitutsklagen anzuwenden. Franzke var. resol. p. 81. Schmidt Lehrbuch von den Klagen. S. 471. Glück Comment. X. Thl. S. 243; s. auch Boehmer de action. Sect. 2. Cap. 2. §. 44. Hauschild von den Frohndiensten S. 37. s. auch bair. Landr. II. Thl. Cap. 8. §. 16.
- 26a) Der Ausdruck: onera realia findet sich schon bei Carpzov (und in Part. II. Gothaische Gerichtsordn. p. I. cap. 37. §. 6. Erl. sächs. Prozeßordn. Tit. 39. §. 11. Tit. 42. §. 6; auch in neueren Gesetzen, Preuß. Hypothekenordn. I. §. 48. 49. Baier. Hypothekenordn. von 1822. §. 22. Württemberg. Priorit. Gesetz Art. 7. Bremische Erbordn. vom 19. Dec. 1833. §. 53. Das badiische Landrecht von 1809. §. 710 a. nennt die Reallasten Erbdienstbarkeiten. s. besonders Hannover. O. vom 23. Juli 1833. §. 11. über erbliche Uebertragung von Gütern unter Vorbehalt einer Abgabe. Das Weimar. Pfandgesetz vom 7. Mai 1839 §. 24. spricht von Reallasten. In Frankreich kommt der Ausdruck: droit reel vor. Loisiel instit. coutum. II. p. 243. Ordonnance civil. von 1661. tit. 18. art. 1.

sonderen Merkmale haben ²⁷⁾, liegt in der Verpflichtung, nach welcher jeder Besitzer ²⁸⁾ eines Grundstücks, worauf die Last haftet, zur Leistung derselben, so lange sein Besitz dauert, schuldig ist; keine Analogie eines römischen Verhältnisses erklärt die Natur der Reallasten ²⁹⁾; bei allen Reallasten unterschied man oft, nach der Art ihrer Entstehung, zwei Hauptarten, aufgelegte [constitutiva onera] und vorbehaltenne [reservativa] ³⁰⁾. Die Ersten sind solche ³¹⁾, welche der Grund-, Schutz- oder Gerichtsherr, den im Subjectionsverhältnisse zu ihm stehenden Gutbesitzern auflegte. Die Zweiten sind diejenigen, welche entweder a) bei Hingabe seines Eigenthums an Andere von dem ursprünglichen Eigenthümer als Gegenleistung der Verleihung, oder b) von einer Person für ein auf ewige Zeiten verliehenes Recht dem Beliehenen bestimmt wurden (s. unten §. 176.).

§. 173. [§. 153 a.] Rechtliche Natur der Reallasten und Arten derselben.

Reallast im engeren Sinne ist jene Verbindlichkeit, die auf einem Gute so ruht, daß sie auf jeden Besitzer desselben als solchen übergeht, so daß derselbe zu gewissen ewig wiederkehrenden, in Privatrechtsverhältnissen vorkommenden, zum Vortheile einer physischen oder moralischen Person begründeten Leistungen verbunden wird, und für alle zur Zeit seines Besizes fällig werdenden Leistungen haftet ¹⁾. Sie muß unterschieden werden a) von allen durch staatsrechtliche Verhältnisse ²⁾ oder den Gemeindegenuß begründeten Lasten, oder b) von polizeilichen Einschränkungen ³⁾, oder c) den nur unter ge-

27) Unterholzer Verjährungslehre. II. S. 237. 300. 382.

28) In der prozessualischen Durchführung zeigt sich klar, wie wenig die Idee der Personifizirung des Grundstücks ausreicht.

29) Daß man die röm. actio confessoria und negatoria auch hier anwende, beweist nur, daß die Praxis römische Klageformen aufsuchte. Maurenbrecher I. S. 693.

30) Veranlaßt durch die Ansichten über reservatio servitutis Hänsel vom Auszug S. 27.

31) Ueber den wahren Sinn ist freilich große Verschiedenheit der Ansichten; s. Duncker von den Reallasten S. 185. Phillips I. S. 616. Maurenbrecher I. S. 724.

1) S. noch Kori System des Concurses S. 261. Ueber den Umfang des Begriffs von Reallast ist viel Streit. Maurenbrecher I. S. 690. Hänsel Bemerkungen III. S. 11. Brackenhöft I. c. S. 194.

2) J. B. Steuern oder Landfolge.

3) S. oben §. 149. in der Lehre vom Eigenthum.

wissen Bedingungen zu zahlenden nicht ständigen Leistungen ⁴⁾, d) von den Einschränkungen des Dispositionsrechts über Eigenthum ⁵⁾, oder e) den auf bloßem Aufenthalt in einem Kreise ohne Rücksicht auf einen Gutsbesitz ruhenden Verpflichtungen ⁶⁾. Auch alle diese Verhältnisse hat man zuweilen als Reallasten im weitern Sinne aufgefaßt ⁷⁾; zur Reallast im engeren Sinne gehören ⁸⁾ aber nur 1) die Grundzinsen, 2) Zehenden, 3) Frohnen, und zwar nur in so ferne die Verpflichtung dazu auf dem Besitz von Grundeigenthum ruht ⁹⁾. Die Reallast enthält 1) eine Leistung zum Besten einer gewissen berechtigten, entweder physischen oder moralischen Person ^{9a)} überhaupt, oder in so ferne diese Person ein gewisses Amt bekleidet ¹⁰⁾, oder

4) J. B. Wittum.

5) J. B. Näherrecht.

6) Daher gehören auch die Bannrechte, die ich sonst hieher rechnete, nicht hieher. In dem Werke von Phillips: Grunds. des d. Privatrechts. Berlin, 1829. I. Thl. S. 297. werden die Bannrechte doch hieher gerechnet, weil die Gewere sich durch einen Bann fundirte; allein das Grundmerkmal der Reallast, daß sie auf jeden Gutsbesitzer übergeht und auf Gutsbesitz ruht, kommt doch nicht bei Bannrecht vor, und der Begriff von Gewere ist hier zu weit ausgedehnt; in neuer Ausgabe I. S. 635. kommt Phillips selbst zur andern Ansicht. Maurenbrecher I. S. 710. Hänsel III. Seite 13. Reyscher I. S. 443. Dunfer S. 239.

7) Ueber den Umfang der Reallasten ist keine Gleichförmigkeit. Phillips I. S. 631. rechnet dahin 1) staatsrechtliche, 2) kirchenrechtliche, 3) privatrechtliche und zwar a) Renten, Leibzucht, Apanage, Wittum, bäuerliche Zinsen und Dienste, Ritterdienste. Reyscher I. S. 449. rechnet außer den Diensten, Zehenden und Zinsen noch dazu Handlohn, Weglöse, Sterbefall, Leibzucht, Wittum, Apanage. Maurenbrecher I. S. 709. trennt Reallasten, die sich nicht auf Herrschaft des Berechtigten gründen a) gekaufte Renten, b) Deichlast, c) Siellast, d) Leibzucht, e) Apanage, f) Wittum; v. Reallasten, die auf d. Guts- oder Schutzherrlichkeit des Berechtigten sich gründen. 1) Zehenden, 2) Grundzinsen, 3) Dienste, 4) Sterbefall, 5) Lehenwaare. Dunfer nennt S. 61. Reallast, jede Verpflichtung einer unbeweglichen Sache, wodurch dieselbe als Subject einer zum Besten einer Person oder eines Grundstücks vorzunehmenden Leistung erscheint, und deht (S. 175 1c.) den Kreis der Reallasten sehr aus, jedoch schließt er Andere, die Maurenbrecher aufnimmt, aus. Die Wissenschaft gewinnt aber durch das Generalisiren nicht; manche dahin gerechnete Arten sind höchstens nur unter Umständen Reallasten, z. B. Leibzucht, Apanage; — bei manchen, z. B. Näherrecht, liegt keine Leistung des Besizers zum Grunde. Laudemium, Wittum könnte man unter Umständen zu Reallasten rechnen, allein die Leistungspflicht hängt dabei von so vielen besonderen Bedingungen ab, daß es besser ist, sie abgesondert bei andern Lehren zu behandeln.

8) Auch das bad. Landr. 710 a. rechnet nur Zehenden, Zinsen und Frohnen hieher. Auch Hänsel I. c. S. 16. kommt doch selbst zur Beschränkung des Begriffs.

9) Einige Frohnen ruhen nur auf dem Aufenthalt in einem gewissen Bezirk — hier paßt nicht Reallast. Brackenhöft I. c. S. 16.

9a) Daher ist auch die Deichlast nicht Reallast im eigentlichen Sinne.

10) J. B. wenn Zehenden oder Zinsen als Einkünfte einer Pfarrei bestimmt sind.

ein berechtigtes Gut besitzt. 2) Sie trifft den Besitzer eines pflichtigen Guts als solchen, ohne daß es nöthig ist, daß der einzelne sie speziell erst übernehme. 3) Der Berechtigte muß sich in so ferne zur Sache activ legitimiren, als er nachweist, daß er noch das berechtigte Gut besitzt, oder das Amt bekleidet, an welches das Recht geknüpft ist ¹¹⁾, und liefert eben so die passive Legitimation dadurch, daß der von ihm in Anspruch Genommene Besitzer des pflichtigen Grundstücks ist. 4) Der Berechtigte kann über die vermöge der Reallast des pflichtigen Grundstücks ihm gebührenden Leistungen verfügen; jedoch nur so lange sein Verhältniß zu dem Amte oder Gute dauert, woran das Recht geknüpft ist, und ohne das Recht selbst zum Nachtheil seiner Nachfolger aufgeben zu können ¹²⁾. 5) Das Recht auf die Reallasten, als Ganzes genommen, kann, wenn das Recht an ein gewisses Gut geknüpft ist, nur mit diesem Gute veräußert werden ¹³⁾. 6) Der Berechtigte hat, in so ferne er nur Reallasten zu fordern hat, keinen Anspruch auf das pflichtige Gut. Die nur als Ausflüsse des Obereigenthums oder des Erbzins- oder Meierverhältnisses zu fordernden Leistungen kommen nur im Zusammenhange mit diesem Verhältnisse in Betrachtung ¹⁴⁾, und sollten nicht als Reallasten aufgestellt werden ¹⁵⁾, so wie auch aus der Leistungspflicht gewisser Reallasten kein Schluß auf Guts- oder Schutzherrlichkeit des Berechtigten folgt ¹⁶⁾. 7) Das Verhältniß ist als ein dingliches zu betrachten, daher auch dem Berechtigten zur Verfolgung seiner Rechte alle possessorischen Rechtsmittel zustehen ¹⁷⁾. 8) Die Klage ist eine dem deutschen Verhältnisse entsprechende selbstständige Klage, welche in allen Beziehungen wie eine dingliche zu behandeln ist ¹⁸⁾, ohne daß man nöthig hat, römische Klagsformeln

11) Hänsel Bemerkungen III. S. 5.

12) Hänsel l. c. S. 6.

13) Hänsel S. 7.

14) So wenig die Römer den canon und laudemium bei der emphyteusis als Reallasten hervorheben; denn in diesen Verhältnissen ist der Canon nur eine der Wirkungen des Hauptverhältnisses.

15) Daß emphyteut. Canon nicht dahin gehört Duncker S. 191. Ueber Unterscheidung bei dauerl. Lasten Duncker S. 199.

16) Daher ist zu zweifeln, ob Maurenbrecher's Ansicht, (S. 723.) der Lebenden, Grundzinsen unter Reallasten stellt, die auf Guts- oder Schutzherrlichkeit sich gründen, richtig ist. Wie viel Zinsen und Lebenden sind unabhängig davon!

17) Andre Ansichten, wenn man von den Obligationen ausgeht. s. jedoch auch Buchta S. 311.

18) J. B. wichtig wegen des Gerichtsstandes. s. wegen des Besuchs Buchta

anzuwenden ¹⁹⁾. Ganz ungeeignet ist die Anwendung der Analogie der *Actio in rem scripta* ²⁰⁾. Die Klage geht da, wo die Last mit den auf den Grundstücken gewonnenen Früchten zusammenhängt, gegen jeden (selbst bloßen Detentor), der die Früchte des Guts bezieht ²¹⁾; bei den übrigen Lasten nur gegen den im eigenen Namen Besitzenden. 10) Der Pflichtige haftet nur als Besitzer des pflichtigen Guts, wird also frei von der Zahlung durch Aufhebung des Guts ²²⁾.

§. 173 a. Von den Realrechten.

Das deutsche Recht kennt auch Realrechte ¹⁾, d. h. Befugnisse, welche an den Besitz eines gewissen Grundstücks geknüpft sind. Eine Art davon kannte schon das römische Recht in den Realservituten, von denen aber die deutschen Realrechte dadurch sich unterscheiden, daß die Ersten auf den unmittelbaren Vorthell des herrschenden Grundstücks, z. B. seiner besseren Benutzung, sich beziehen, während dies bei den deutschen Realrechten nicht eintritt. Die Letzten sind 1) entweder Rechte, welche dem Besitzer eines Grundstücks Anspruch auf die aus Reallasten fließenden Leistungen geben ²⁾, oder 2) sie sind Pertinenzien der Grundstücke, auf welchen das Recht ruht ³⁾,

von den gerichtl. Klagen §. 302. 316. f. über die Klagen überhaupt Dunker §. 109.

19) Die Praxis hat zwar häufig *actio confessoria* und *negator. utilis* angewendet; die *negatoria* ist als Eigenthumsklage, um die Freiheit von Reallasten zu vertheidigen, angewendet. Daß man *act. confessor. util.* in der Praxis anwendet, ist nicht zu läugnen, Maurenbrecher I. §. 697; allein es ist nicht nothwendig. Aus l. 6. §. 2. d. si servit. vind., worauf Dunker §. 189. etwas baut, folgt nur, daß der Servitutsberechtigte die Servitutsklage auch auf Realisirung der zur Servitutsausübung nöthigen Handlungen des Pflichtigen habe; über *actio negat.* da, wo Reallasten in öffentliche Bücher eingetragen werden müssen, Auer Stadtr. v. München §. CXCVIII.

20) S. zwar Eichhorn Privatrecht §. 425. Senffert §. 71. f. aber Maurenbrecher I. §. 694.

21) Maurenbrecher §. 697.

22) Schraessert de censu p. 204. — In Frankreich hieß dies *droit de deguerpissement*. f. Merlin unter diesem Worte und Foelix und Honrion traité des rentes foncières pag. 261. f. noch Dunker §. 78. Maurenbrecher I. §. 695.

1) Maurenbrecher Privatr. I. §. 769. Reyscher württemberg. Privatr. I. §. 423. Phillips I. §. 633.

2) J. B. das Gut A hat das Recht von dem Besitzer des Guts B Groshen zu fordern.

3) J. B. bei Jagd- oder Fischereirechten, die einem Gute anleben. Mit Unrecht will Albrecht in Richters krit. Zeitschrift 1839 §. 318. alle Realrechte darauf zurückführen, f. Maurenbrecher §. 770.

oder 3) sie kommen ohne alle Beziehung auf die ihnen entsprechenden Reallasten, und ohne innere Beziehung auf den Vortheil des Guts nur so vor ⁴⁾, daß der Besitz des Grundstücks, worauf das Recht haftet, nur eine der Bedingungen ist, welche zur Ausübung des Rechts gehört, daher auch oft neben diesem Besitz noch eine besondere persönliche Eigenschaft nachgewiesen werden muß ⁵⁾, die der Ausübende besitzen soll. Zu diesen Realrechten im engeren Sinne gehören: 1) die Realgewerbe ⁶⁾ [§. 523.], 2) die Zwangs- und Bannrechte [§. 528.], 3) in staatsrechtlichen und kirchlichen Verhältnissen die Patrimonialgerichtsbarkeit und das Patronatsrecht ⁷⁾. Diese Realrechte setzen 1) nicht einen bestimmten Verpflichteten ⁸⁾, gegen den sie Rechte gewähren, eben so wenig 2) eine bestimmte Sache voraus, deren Besitzer verpflichtet wird ⁹⁾; 3) sie gehen mit dem Gute, auf welchem sie ruhen, auf jeden Besitzer desselben über; 4) können nicht von dem berechtigten Grundstücke ohne neue Concession ¹⁰⁾ auf ein anderes übertragen werden ¹¹⁾; 5) sie wirken nur da, wo der, welcher sie ausüben will, das Gut, worauf das Recht haftet, schon im Besitze hat, und nur für die zur Zeit seines Besitzes erwachsenen Fälle der Ausübung ¹²⁾; 6) der Berechtigte hat zum Schutze der Realrechte auch possessorische Rechtsmittel ¹³⁾.

§. 174. [§. 154.] Allgemeine Rechtsgrundsätze.

Das Recht auf eine Reallast, als Ganzes genommen, wird 1) nach dem Rechte der Immobilien beurtheilt ¹⁾; daher auch in

4) Hierher gehören auch die Realgemeinderechte, z. B. in Württemberg. Rev. würtemb. Bürgergesetz von 1833. art. 50. 51. Reyscher Privatrecht I. Seite 430.

5) Z. B. um ein Gewerbeamt auszuüben — oder Adel, um Patrimonialgerichtsbarkeit auszuüben.

6) S. Reyscher in der Zeitschrift für deutsches Recht. V. S. 53. Seuffert Blätter für Rechtsanwendung in Baiern. V. S. 1 u. S. 184.

7) Maurenbrecher I. S. 788.

8) Z. B. bei Gewerbeämtern.

9) Maurenbrecher I. S. 771.

10) Diese wird oft durch die Regierung ertheilt.

11) Reyscher in der Zeitschrift. V. S. 59.

12) Zwar Reyscher würtemb. Privatrecht. I. S. 426. s. aber Maurenbrecher I. Seite 773.

13) Phillips I. S. 633.

1) Clem. I. de verb. sign. Auer Münchener Stadtr. S. CXXX. Buntschli I. S. 416. 421. Glück Erl. der Pand. II. S. 487. Hänsel Bem. III. S. 28. Badisch. Landr. von 1809. §. 526 a. — Ganz anders ist das Verhältniß der Grundrenten in den französischen Gegenden geworden, wo

Bezug auf Verpfändung ²⁾ die Grundsätze von den Immobilien anzuwenden sind, und zwar so lange nicht ein Ablösungsvertrag zu Stande gekommen ist ³⁾. 2) Derjenige, welcher Anspruch auf Reallast hat, kann auch der possessorischen Rechtsmittel zum Schutze des Besizes sich bedienen. Dies folgte schon aus den Grundsätzen von der Gewer ⁴⁾, welche der Berechtigte erhielt ⁵⁾, und in dem canonischen Rechte ⁶⁾ den Schutz des Besizes bei den auf Grund und Boden radicirten Rechten bewirkte ⁷⁾, woraus nach Verbreitung des römischen Rechts die Ansicht sich begründete, daß bei diesen Rechten eine quasipossessio ⁸⁾ stattfinde ⁹⁾, was auch die Reichsgesetze ¹⁰⁾ anerkannten. Der durch die Praxis der älteren deutschen Rechtsansichten ausgebildete ordentliche und jüngste Besitzprozeß ¹¹⁾ gewährt den nöthigen Schutz; allein man wendete bald auch die römischen Interdicte an, und wer sich derselben bedient, muß freilich auch

sie jetzt als mobilisirt erscheinen und nicht mehr als dingliche Rechte gegen jeden dritten Besitzer, wenn er sie nicht übernahm, zu verfolgen sind. Foelix et Henrion traité des rentes foncières. Paris, 1828. p. 136. Archiv für Civilr. in Rheinpreußen. VIII. S. 71, X. S. 117. — Archiv merkw. Rechtsfälle der rheinheff. Gerichte. II. S. 1. Urtheil des Zweibrücker Appellationshofs vom 11. April 1836; und Zacharia, welche Rechte hat der Gläubiger einer vorbehaltenen Rente? Heidelberg, 1828.

- 2) Wichtig wegen Inscription in Hypothekendbücher, wo diese bestehen.
- 3) Boff über die dingl. Rechte an Liegenschaften. Carlsr. 1831. S. 26.
- 4) Dunker von den Reallasten S. 96. Derselbe in der Zeitschrift. II. S. 40.
- 5) Schon in einem Rechtspruch von 1230 (in Thaumassiere Cout. de Berry p. 209.) wird über das possessorium mit Vorbehalt der proprietas bei einem Streit über census entschieden. s. noch Urk. in Dunker Zeitschrift S. 41. Eichhorn S. 425. s. zwar irrige Unterscheidungen in Seidensticker de onerib. real. p. 34—40. Auch das ältere französ. Recht nahm bei droits reels ein possessor. an. Coutume de Paris, Art. 98. Ordonn. civil. von 1667. Tit. 18. Art. 1. Bouhier Cout. de Bourgogne II. p. 376; das neuere französische Recht (Plant; die Lehre vom Besitz S. 171.) hat aber eine andere Ansicht.
- 6) C. 6. 19. X. de praescript. c. 31. X. de decim. c. 2. de restit. spol. in 6to.
- 7) Dunker in der Zeitschrift S. 51. In den Olim. (Ausgabe von Beugnot vol. I. p. 370.) wird die Befugniß zugesprochen: quia fuerunt in saisina percipiendi denarios.
- 8) Schon 1170 (bei Meichelbek hist. Fris. I. Urk. Buch p. 562.) wird d. possessio decimat. geschützt.
- 9) Ueber d. Ursprung dieser quasipossessio hat Vernachlässigung des deutschen Rechts zu manchen irrigen Ansichten geführt. s. Peermant in Rinde's Zeitschrift XII. art. 6 u. 9; vergl. mit Geiger in Rinde's Zeitschrift XIII. S. 277. Dunker in der Zeitschrift für deutsches Recht. II. S. 49.
- 10) Reichsabsch. von 1548 §. 50. 59. Reichsabsch. von 1576 §. 104. Westphäl. Friede. V. 47.
- 11) Auch Spolienklage findet Anwendung; schon Duranti specul. jur. lib. IV. p. 2. tit. de rest. spol. spricht von spoliis bei diesen Rechten. Dunker von den Reallasten S. 106. Dunker in der Zeitschrift I. c. S. 98. Höpfer die Besitzrechtsmittel und Besitzprozeß. Leipzig, 1841. S. 60.

die im römischen Rechte vorgeschriebenen Erfordernisse dieser Klagen beobachten ¹²⁾. 3) In Bezug auf Besitzwerb und Verlust entsteht die Schwierigkeit, daß man so oft Analogien römischer Institute irriger Weise anwendete ¹³⁾. Erworben ist der Besitz von Reallasten zwar noch nicht durch den Besitz des Guts, worauf das Recht ruht, wohl aber wenn auch nur einmal die Pflicht wirklich geleistet wurde ¹⁴⁾; der Besitz geht verloren, wenn die Leistung von dem Pflichtigen bestimmt so verweigert und dem Rechte des Andern widersprochen wird ¹⁵⁾. Bei Reallasten, die zu ihrer Begründung Eintragung in öffentliche Bücher fordern, beginnt der Besitz nicht vor der geschehenen Eintragung. Der Besitzverlust aber ist unabhängig von der Eintragung ¹⁶⁾. 4) Die Pflicht, Reallasten zu leisten, ist unzertrennlich von dem pflichtigen Grundstück; daher auch durch die Subhastation die Rechte auf Reallasten nicht erlöschen ¹⁷⁾. 5) Da die Rechte auf Reallasten zu den Immobilien gehören, so muß, wenn in einem Landesgesetze zur Erwerbung des Eigenthums an Liegenschaften die Auflassung oder Eintragung in öffentliche Bücher gefordert wird, auch behauptet werden ¹⁸⁾, daß die Dinglichkeit einer Reallast erst durch die bei dem Eigenthumserwerb vorgeschriebene Eintragung begründet werde. Um dies Recht von einem Berechtigten auf einen Andern so zu übertragen, daß es gegen jeden Dritten wirkt, ist da, wo Invesitur im Landesgesetze gefordert ist, auch die Trans-

12) Duncker in der Zeitschrift S. 92; vergl. mit Höpfner l. c. S. 52. Seuffert in den Blättern für Rechtsanwendung 1841. S. 41.

13) Rosshirt im Archiv für civil. Praxis. VIII. S. 63. Duncker Zeitschrift S. 57. Seuffert in d. Blättern f. Rechtsanw. S. 37. Die Schwierigkeit liegt darin, ob man die Grundsätze von Besitz von Liegenschaften, oder von Dienstbarkeiten, und welcher Art dieselben, anwenden will.

14) C. 31. X. de decim. Duncker in der Zeitschrift S. 58.

15) Nach bayer. Civilgesetzb. II. cap. V. §. 9. nr. 3. geht Besitz hier erst durch Verweigerung der Leistung und Requiescenz verloren. Dies behauptet auch für gemeines Recht Hommel rhaps. II. obs. 422. Rosshirt im Archiv S. 72. f. dagegen aber Duncker in der Zeitschrift II. S. 78—82.

16) Auer Münchener Stadtrecht S. CXIX.

17) Handold Lehrbuch des sächs. Privatrechts S. 532. Cod. Judic. bavar. cap. 18. §. 7. nr. 8. Kreitzmaier Anmerk. dazu S. 590. Maurenbrecher I. S. 606. Hänsel Bemerk. III. S. 14. Hänsel die Lehre von dem Auszug. Leipzig, 1834. S. 135. 177.

18) Voss über die dingl. Rechte S. 87. 92. f. noch über Eintragung der Lasten in öffentl. Bücher: Preuss. Hypothekenordn. Zbl. 1. 48. 49. Bayer. Hypothekenordn. §. 135. Pratoberera Material. VIII. S. 334. Gönner Comment. zur bayer. Hypothekenordn. II. S. 192, und viel Brachtenhöft in dem neuen staatsbürgerlichen Magazin. IV. S. 219. Falk im neuen staatsbürgerl. Magaz. I. S. 247.

scription in dem öffentlichen Buche ¹⁹⁾ der Reallasten nothwendig. 6) Die Bestellung einer Hypothek für Reallast wirkt auf die Rückstände und auf die Vorzugrechte im Concurse ²⁰⁾. 7) Im Prozesse werden die Rechte auf Reallasten als ewige betrachtet, bei welchen (z. B. wichtig wegen der Werthsberechnung bei Appellationen) der Betrag der jährlichen Leistung nicht berücksichtigt wird ²¹⁾. 8) In Bezug auf die Art der Haftung mehrerer verpflichteter Besitzer des Guts, worauf eine Reallast ruht, kann eine solidarische Haftung derselben nicht angenommen werden ²²⁾; jeder haftet nur pro rata, wenn nicht besondere Gründe die Solidarität nachweisen ²³⁾. 9) Waren die Güter, welche jetzt von Mehreren besessen werden, früher, als die Reallast aufgelegt wurde, Theile eines einzigen pflichtigen Guts, so kann der Umstand der späteren Theilung des Hauptguts nur dann dem Realberechtigten sein Recht, sich für das Ganze an jeden einzelnen Theilhaber zu halten, entziehen, wenn nachgewiesen wird, daß die Repartition der Last mit Consens des Realberechtigten geschehen ist. Da wo ein Vorträger (Einsammler) für die Beträge aller Pflichtigen bestellt ist, deutet dies immer auf die fortdauernd solidarisch auf allen pflichtigen Theilen haftende Last. Bei Reallasten, deren Leistung mit dem Betrag der Früchte des Guts im Verhältniß steht, geht bei der Theilung des Guts die Last auf jeden Besitzer eines Theils über ²⁴⁾, der dann nach Verhältniß der auf seinem Antheil gewonnenen Früchte zu leisten hat ²⁵⁾. 10) Zur Einklagung der einzelnen verfallenen Rückstände gegen den ehemaligen Gutsbesitzer oder seine Erben genügt die Nachweisung, daß die eingeklagten Rückstände zur Zeit seines Gutsbesitzes fällig geworden sind ²⁶⁾. 11) Berechtigt zur Klage ist der Realberechtigte nur ²⁷⁾ wegen solcher

19) Dunker von den Reallasten S. 162. und Auer Münchner Stadtrecht Seite CLXXXIV.

20) Dunker von d. Reallasten S. 6. Ueber Verhältniß der Reallasten zu inscripten Hypotheken, Hänsel III. S. 26.

21) Archiv für civil. Praxis. VIII. S. 121. In Landesgesetzen kommen jedoch verschiedene Ansichten vor.

22) Franzke var. res. I. cap. 6. (mit Berufung auf c. 6. X. de rel. dom.)

23) Hänsel die Lehre von dem Auszug S. 142. s. jedoch unten §. 177. nr. I.

24) Z. B. bei Zehenden ist die Theilung leicht begreiflich.

25) Wenn wegen eines gewissen Rechts die Reallast aufgelegt ist, geht die Last auf den über, welcher das entsprechende Recht, z. B. Weide, ausübt.

26) Denn mit dem Aufhören des Gutsbesitzes erlöscht auch die Verbindlichkeit zur Fortleistung.

27) Hänsel III. S. 7. Michaelis in den Schunkischen Jahrbüchern. XXII. Bd. Seite 123.

Leistungen, die unter seinem Vorfahrer fällig, aber nicht von diesem beigetrieben wurden, so weit eine Nachforderung überhaupt zulässig ist, und der Vorgänger seinen Anspruch ihm übertrug. 12) Bei der Frage über Haftung des Gutbesizers für Rückstände²⁸⁾ des Vorgängers entscheidet die Auffassung der Natur der Reallasten²⁹⁾. Nichtiger kann die Haftung nicht angenommen werden³⁰⁾, angenommen wenn der beklagte Besizer Universalnachsfolger des Vorgängers ist, oder die Rückstände des Vorgängers in das Hypothekenbuch eingetragen wurden³¹⁾. Auf keinen Fall paßt eine Haftung wegen der bei dem Vorgänger verfallenen Frohnen oder Zehenden³²⁾. 13) Im Concurse des Gutbesizers müssen die Leistungen aus Reallasten wie andere laufende Abgaben prästirt werden; ein Vorzugsrecht im Concurse kann aber nur da, wo Landesgesetze es aussprechen, angenommen werden³³⁾.

§. 175. [§. 155.] Grundzinsen. Geschichtliche Einleitung.

Schon in den zur Römerzeit¹⁾, zwar damals als Steuer vorkommenden, Verhältnissen des census²⁾, als einer auf Grund und

28) Aeltere Juristen, z. B. Franzke var. res. I. res. 3. nr. 12. wegen Analogie von L. 7. D. de publican. L. 36. D. de jur. fisci, verteidigen ausgedehntes Klagerrecht wegen Rückständen. s. auch Streitmaier Anmerk. zum bair. Landrecht. IV. S. 490.

29) Die strenge Ansicht über Haftung nehmen an: Phillips I. S. 626. Dunfer S. 166. Bluntshil II. S. 117. Keyser I. S. 451. und überhaupt noch Auer Münchner Stadtrecht. p. CXXXI.

30) Maurenbrecher I. S. 606. Gröndler I. S. 298. Urtheil des Oberappellationsgerichts Cassel in der Zeitschrift für kurfess. Recht. I. S. 252.

31) Boehmer jus eccles. Lib. II. Tit. 26. §. 24. Orth Anmerkung zur Frankfurt. Reform. II. Thl. S. 392—397. Weichsel Unterf. über die gutsherrl.-bäuerl. Verh. I. S. 98. Bouhier Cout. de Bourgogne II. pag. 339. Eichhorn S. 426. Badisch. Landrecht von 1809. §. 710 f—g. Rori Concurseprozeß S. 264. Die unrichtige Anwendung d. Grunds. von d. actio hypothecar. erzeugte oft die Annahme der unbedingten Haftung für Rückstände. Schrassert de censu p. 122. Streitmaier Anmerk. II. Seite 1540.

32) Bei den ersten entscheidet der Zusammenhang mit der Persönlichkeit des Besizers, bei den zweiten der Zusammenhang mit den Früchten des Jahrs. s. auch Bluntshil II. S. 118. s. noch bair. Landrecht. II. Thl. cap. 10. §. 4. — s. noch Spring Zehendrecht Cap. IV. §. 11. Adlersdydt Frankf. Privatrecht I. S. 286.

33) Schweppe System des Concurse S. 70. Eichhorn §. 164. s. aber Mevius dec. IV. nr. 403. Gmelin Ordnung der Gläubiger S. 124. Hünzel III. S. 25. Gröndler S. 299. Dunfer S. 173. Einert Erörterung einzelner Materien des Civilrechts (Dresden, 1840.) nro. 1.

1) De Vesme Preischrift delle vicende della proprietà p. 26; und derselbe in der Preischrift über die Abgaben in Gallien, übers. von Laboulaye in der Revue bretonne 1840. Tom. II. p. 21.

2) Hüllmann deutsche Finanzgeschichte S. 148. Eichhorn Rechtsgeschichte

Boden ruhenden Abgabe, fand sich Veranlassung, solche Abgaben auch in privatrechtlichen Verhältnissen aufzulegen, entweder für den Schutz oder zur Anerkennung der Herrschaft, welcher man sich unterwarf, oder theils als eine (dem Kaufpreise ähnliche) Vergeltung für ein erworbenes Recht, oder für eine Sache, oder doch für die Nutzung derselben. Oft wurde auch für ein Kapital nach Regeln des Rentenkaufs ein solcher Zins bestimmt. Auf diese Art kommen ebenso auf dem Lande ³⁾ für die Gutsverleihung ⁴⁾ Grundzinsen in einem Theile der Früchte [champart] ⁵⁾, wie in den Städten ⁶⁾ als Kaufschilling vor; besonders häufig war die Sitte gegen Grundzins Bauplätze den Bürgern zu überlassen ⁷⁾. Man bemerkt aber ebenso, daß oft aus dem census, als öffentlicher Abgabe, allmählig ein mehr grundherrlicher Zins wurde ⁸⁾, oft ganze unbebaute Districte ⁹⁾ an eine Gemeinde zum Bau gegen Grundzins verliehen, in andern Fällen Allen, die sich auf Grund und Boden eines Andern ansiedelten ¹⁰⁾, Zins ¹¹⁾ aufgelegt, und für Verleihung gewisser Rechte ¹²⁾

§. 88. 171. Census bezeichnet oft alle Arten von Leistungen eben so an den Regenten als an den Grundherren, s. Capit. a. 789. Art. 16, Cap. 805. Art. 22, Cap. III. a. 812. Art. 11, Cap. 869. Tit. 36. Art. 30, Capit. Carol. Calvi. 865. Tit. 37. Art. 18. Montesquieu esprit des loix. lib. 30. chap. 14. Henrion de Pansey diss. féodales I. pag. 262. Préface zum Vol. 16 des recueil des ordonnanc. pag. 29.

3) J. B. locaria und solaria, s. Penney von der Landknechtsleihe S. 390, oder medema und tributum; Urkunde von 1083 in Günther Cod. Rhen.-Mosell. p. 148.

4) Neugart Cod. dipl. I. p. 510.

5) Bon Campi pars abgeseitet. Schon viel darüber in Beaumanoir cout. de Beauvoisis chap. 30. 51. s. noch préface de recueil des ordonn. vol. XVI. p. XXIV. Loisel instit. cout. II. p. 124. Raepsaet origine II. p. 419. Birnbaum von den Lehenden S. 130 not. s. noch Merlin repert. voce: champart und terrage, und Duvergier continuat. du droit civil françois par Toullier. vol. XVIII. p. 166. s. besonders Guerard im Cartulaire de l'abbaye de St. Pere de Chartres p. CLIII. campipars agrarium und terragium sind gleich gebraucht.

6) Von Ulm, Jäger Geschichte von Ulm S. 33; von Osnabrück, Acta Osnabrug. I. p. 113.

7) Dies ist der census areas (Wortzins) schon in Stadt Freiburg von 1120 in Schreibers Urkundenbuch I. S. 3. s. noch Duncker S. 86. Müller lex Salica p. 164 und v. Gent Urk. in Barnkönig handr. Rechtsgef. Bd. III. nr. 89.

8) In Bezug auf den Königszins in Bremen s. Donandt Gesch. des Bremischen Stadtrechts I. S. 73.

9) Bersebe über die niederländischen Colonien I. S. 144. Urk. in Guden Cod. dipl. I. p. 381.

10) Von Städten, Moser die bauerl. Lasten in Württemberg S. 222.

11) S. Dreyer Einleit. in Lüb. Verordn. Origin. Guelsc. III. p. 785. Ludewig rel. MS. Tom. V. pag. 3. Gruppen orig. hannov. C. 2. §. 16.

census bestimmt wurde¹³⁾. Nicht selten entstanden census dadurch, daß die Grundeigenthümer, selbst ganzer Bezirke¹⁴⁾, von dem Kriegsdienst sich durch Uebernahme von Zinsen frei machten. Auch mußte der Schuß¹⁵⁾, den jemand genoß, durch das äußere Zeichen des census anerkannt werden, daher häufig Eingeseffene¹⁶⁾ eines ganzen Bezirks¹⁷⁾ Zins bezahlen mußten, und selbst der Königszins¹⁸⁾ und Gräfschaf¹⁹⁾ dahin gehört. Nicht weniger findet man Entstehungsgründe von census in der Gerichtsverbindung gewisser Güter²⁰⁾, oder in alten Vogtverhältnissen²¹⁾, oder in der ehemaligen Pflicht der Eingeseffenen, den Landesherrn oder Richter, der zu gewissen Zeiten kam, um Gericht zu halten, zu verköstigen²²⁾, und darin, daß man für gewisse ertheilte Befreiungen census stipulirte²³⁾. Ueberall aber lehrt die Geschichte, daß der Ausdruck census ebenso grundherrliche Abgabe, als die den Kaufpreis vertretende ewige Leistung bedeutete²⁴⁾. Bei dieser Verschiedenheit können Grundzinsen²⁵⁾

- p. 122. Landbuch der Mark. S. 99. 135. Versche I. S. 360. Albrecht von der Sewer S. 175.
- 12) J. V. Hühnerzins für Weide, f. Weisthum in Senkenberg Corp. iur. Germ. I. P. II. p. 57; vorzüglich für Holzrechte, f. Urk. in der Schrift: die geöffneten Archive für die Geschichte Baierns. II. Jahrgang. 68. Heft Seite 176.
- 13) Beispiele conventioneller Grundzinsen in Ur Geschichte von St. Gallen. I. Thl. S. 312—316. Lennep von der Landsiedelleihe. S. 168—172. Lang histor. Entwurf der deutschen Steuerverfass. S. 133. Buri von den Bauerngütern S. 105. Anten Geschichte der Landwirtschaft. II. S. 193. III. S. 156. Bodmann rheingauische Alterthümer S. 707.
- 14) Urkunden gesammelt von Eigentrod über die Natur der Bedeabgaben Seite 65. 102.
- 15) C. 8. X. de privil. Tit. X. de censibus. Bochner de var. censuum significat. et jur. Malae, 1722, und in exerc. ad Pand. II. pag. 494.
- 16) J. V. Hädelers Landrecht. II. Tit. 26. in Pufendorf obs. I. adp. p. 31.
- 17) Nach Urk. von 1221 in Lang regesta II. pag. 118. bezahlten alle Einwohner einer Pfarrei einen census. Auch in Frankreich mußten ganze Städte census bezahlen. Préface zum recueil vol. XVI. pag. 30.
- 18) Pufendorf obs. II. nr. 59. Westphalen mon. IV. praef. pag. 98. Pratz Herzogth. Bremen und Verden. V. Samml. S. 391. Versche I. c. S. 357.
- 19) Westphalen mon. praef. IV. p. 100—102. Versche I. S. 147.
- 20) Daher Mahlschuld, f. Röser Osnabr. Gesch. III. S. 138.
- 21) Fünf Geschichte von Rabburg S. 19. 99. Besonders ergibt sich aus Schweizer Urk. (Bluntschli I. S. 276.), daß Jastnachtshuhn häufig als Vogtleistigkeit aufgelegt wurde.
- 22) Sensburg Untersf. des Ursprungs alter Abgaben S. 64. 72.
- 23) Daher gerba libertatis in Urk. von 1221 in recueil des ordonn. vol. XI. pag. 322. Ueber Ausbildung des Census auf Thaumassiere nouveaux Comm. sur les Cout. de Berry (im Anhang, wo er vom franc-alleu spricht) p. 20; auch Thaumassiere Cout. ancienn. et nouv. de Berry p. 528.
- 24) Census in franzöf. Urk. bedeutet am häufigsten die Abgabe an den Seigneur, Guerard Cartulaire I. c. p. CLII; ebenso in den Niederlanden

nicht als nothwendig feudale Lasten vermuthet werden, obwohl sie häufig diese Natur an sich tragen. Auch wurden die nämlichen Namen für höchst verschiedene Verhältnisse gebraucht ²⁶⁾, was insbesondere bei dem Worte: Becte der Fall ist, das zwar in sehr vielen Fällen auf eine Steuernatur ²⁷⁾ der Abgabe deutet, allein auch sehr oft gleichbedeutend mit Gült (praecaria) ist, und eine conventionelle Grundabgabe bezeichnet ²⁸⁾, so daß sich keine juristische Vermuthung ²⁹⁾ für die eine oder die andere Eigenschaft aus dem Namen ableiten läßt ³⁰⁾.

Barnkönig ständr. Rechtsgesch. III. S. 70 1c.; wichtige Urk. von der Schweiz Bluntschli I. S. 278.

25) Sie kommen oft bei ganz Freien vor. Heineccii ant. Goslar. III. p. 307. Ludewig script. rer. hamb. II. p. 402. Art. Gesch. von Et. Gallen. I. Seite 322.

26) Selbst reine Steuern werden oft in Urkunden Gülten genannt. Urk. in dem historischen Bericht von der kaiserl. Vogtei in Schwaben. 1755. Beilage Nr. 52. 75.

27) Diese nimmt an Eigenbrod über die Natur der Bedeatgaben. Gießen, 1826. Lünzel von den bäuerl. Lasten in Hildesheim S. 187. Moser die bäuerlichen Lasten in Württemberg S. 217. Welter im Staatslexicon II. S. 314. Chauffour de la Bethe et de son origine. Colmar, 1829.

28) Gensburg von den alten Abgaben S. 37. Scherz glossar. Lang Geschichte der Steuerverfassung S. 45. und viele Urk. in Kauters Commiss.-Bericht der württemberg. Kammer über den Gesetzes-Entwurf in Betreff der Beden S. 10—32. Reyscher würtemb. Privatr. S. 437.

29) S. auch Reyscher die grundherrlichen Rechte des württembergischen Adels S. 83. f. württembergisches Gesetz vom 27. October 1836 über die Beden und alten Abgaben und die darüber stattgefundenen Verhandlungen.

30) Von Grundzinsen, Cencii de censib. Lugd. 1658. Franzke var. resolut. Lib. I. res. 1. Martini de jur. censuum. Colon. 1660. Henne de natur. et indol. censuum. Erford. 1764. Schrassert de censu dominic. et convention. Harderov. 1724. Westphal deutsches Privatrecht. I. nr. 35. Hagemann Landwirthschaft S. 473. Pauer Gesetze im Unterthansbuch in Oesterreich. I. Thl. S. 115. Eurtius säch. Civilrecht. I. Thl. S. 285. Orth Anmerkungen zur Frankfurt. Reform. II. Thl. S. 425; für Württemberg, Magazin für württemberg. Schreiber. 1797. I. Heft. nr. 4. Weishaar württembergisches Privatrecht. II. Thl. S. 45—60. Baier. Landrecht. IV. cap. 7. §. 33. Preuß. Landrecht. I. Thl. Tit. 18. §. 813, II. Thl. Tit. 7. §. 472—494. Batisches Landrecht §. 710. f. a. Heinemann, die statutar. Rechte für Erfurt. S. 254. Thomas Fuld. Privatrecht. I. S. 266.

* Höchst belehrend sind die französischen Untersuchungen über cens, der zwar in der Regel eine in recognitionem dominii zu leistende, also feudale Abgabe bedeutet (Merlin repertoire vol. II. p. 112—138.), aber auch oft als nicht feudal und rein conventionell vorkommt (Code rural. Paris, 1773. vol. I. pag. 122). Renten bezeichnet regelmäßig die nicht gutherrlichen Abgaben, und zwar heißen die nach Art des deutschen Rentenkaufs bestellten Renten rentes constituées (Merlin rept. vol. XI. pag. 365.), und die deutschen Grundrenten heißen rentes foncieres. Merlin XI. pag. 419. — Gute Erörterungen über census f. in Loisel instit. Cout. vol. II. p. 115. Lauriere glossaire unter den Worten: cens, rentes. Coquille

§. 176. [§. 156.] Heutiges Recht. Begriff und Arten der Grundzinsen.

Grundzinsen ¹⁾ sind ewig wiederkehrende, in Geld oder Naturerzeugnissen bestehende Leistungen, die in bestimmten regelmäßigen Zeitabschnitten zu liefern sind, und die als unveränderliche Last auf dem Besitze eines gewissen pflichtigen Guts ruhen. Nach der geschichtlichen Entwicklung (§. 175.) kommen feudale (die Steuernatur an sich tragende), oder rein privatrechtliche Grundzinsen vor; die Ersten sind solche, welche für Rechte begründet wurden, die nur in den öffentlichen Rechtsverhältnissen des Mittelalters, insbesondere den damaligen Subjection- und Schutzverhältnissen ihren Ursprung hatten, und mit den geänderten staatsrechtlichen Verhältnissen untergingen, so daß dem Grundzins keine Gegenleistung mehr entspricht ²⁾. Die Zweiten sind überall vorhanden, wo der Grundzins ohne Zusammenhang mit den Subjection- und Schutzverhältnissen des Mittelalters einem Gute aufgelegt und für eine von dem Gutsbesitzer noch fortdauernd von dem Zinspflichtigen bezogene Gegenleistung gegeben wird ³⁾. Daraus, daß der Grundzins vertragsmäßig festgesetzt wurde, folgt nichts für die privatrechtliche Natur ⁴⁾. Am meisten ist die oben

Coutum. de Nivernois p. 87. 119. Ferriere corps et compilation des Comment. de la Cout. de Paris. tom. I. p. 1059. Ueber die rentes: Ferriere l. c. tom. I. p. 1075, II. p. 45. 439. Basnage Cout. de Normandie. I. p. 86. 93. Ferriere hist. du droit françois p. 137 etc. — s. noch gut Foelix et Henrion traité des rentes foncières. Paris, 1828. Dard de la législation ancienne et nouvelle sur les rentes. Paris, 1828. — Die neuesten Gesetzgebungen über Grundrenten sind 1) die niederländische im neuen bürgerlichen Gesetzbuch. Buch II. Tit. VIII, insbesondere nach der Revision von 1834. Tit.: van Grondrenten in tienden Art. 822—837. In der offiziellen Ausgabe von 1837 art. 784—802, und die interessanten Verhandlungen in Voorduin Geschiedniss tom. III. p. 531, und Asser het nederlandsch Wethoek pag. 279; 2) das Gesetzbuch des Cantons Tessin art. 1016—22.

- 1) Paulsen holslein. Privatr. S. 115. Hänsel Bem. zum sächs. Civilr. III. Seite 191.
- 2) Meyser württemberg. Privatr. I. S. 484. Eine Warnung, nicht zu viel aus der Behauptung von der Feudalität abzuleiten, in Jahrbüch. Schrift von den Souveränitätsrechten der Krone Württemberg S. 80.
- 3) Dies tritt ein entweder bei Gutsverleihungen gegen Zins, oder bei dem vermöge Rentenkauf aufgelegten Zins, oder bei dem für ein fortdauerndes Recht, z. B. Weiderecht, gegebenen Zins. s. noch Meyser S. 485.
- 4) Man denke nur an die durch Uebermacht oder im Druck alter Verhältnisse erzwungenen sogenannten Conventiionen. v. Wächter würtemb. Privatr. I. S. 152.

§. 172. angegebene Eintheilung in aufgelegte ⁵⁾ und vorbehaltenne ⁶⁾, Keallasten bei den Grundzinsen wichtig, bei welchen die Eintheilung am häufigsten, obwohl in verschiedenem Sinne gebraucht ⁷⁾, vorkommt. Hier entscheidet die Rücksicht, ob der Grundzins auf die oben §. 172. angegebene Weise vom ehemaligen Gerichts-, Schutz- oder Grundherrn aufgelegt wurde, oder dadurch entstand, daß der, welcher ein Recht auf ewige Zeiten verlieh, eine von dem Besitzer des Guts für dies Recht zu leistende Zinsabgabe sich bestellte. Allein diese Eintheilung gewährt juristisch keinen Vortheil, da man daraus, ob ein Zins aufgelegt oder vorbehalten ist, keinen Schluß ableiten darf, daß er deswegen feudals- oder privatrechtlicher Natur ist ⁸⁾, da auch bei vielen Grundzinsen sich nicht mit Sicherheit nachweisen läßt, ob er als vorbehaltner oder aufgelegter vorkommt ⁹⁾, und da viele Grundzinsen, welche durch den Rentenkauf entstanden, weder in die Klasse der vorbehaltenen, noch die der aufgelegten zu rechnen sind.

§. 177. [§. 157.] Natur der Grundzinsen.

Der Grundzins (census) muß nach den Grundsätzen von den Keallasten beurtheilt werden, ohne daß aus dem Daseyn der Last, die auf einem Gute ruht, die Vermuthung eines getheilten Eigenthums oder eines gutherrlichen Verhältnisses überhaupt oder einer Unfreiheit folgte ¹⁾. Nie dürfen die Vorschriften, welche über Leistung der als Folge von gutherrlichen Verhältnissen vorkommenden Abgaben

5) Beispiele in Lennep von der Landstedeleihe S. 166, und in Cod. prob. 229. 375. 260. 314. Sorber de censu constitut. seu mut. palliat. Jen. 1764. Buri l. c. S. 110.

6) Guden cod. dipl. I. nr. 36. 105. 163. 194. Tom. II. nr. 21. 38. 63. Lennep von der Leihe zu Landstedelei S. 164, und in Cod. probat. nr. 274. 378. Buri von den Bauerngütern S. 109. Franzke var. res. p. 6. Zoll de censu reservat. Rinteln, 1705. Joachim de censu constitut. et reserv. Lips. 1727. Runde §. 105. Schrassert pag. 77. Das Wort: reservativus census wird oft nur von dem census gebraucht, welchen der Herr eines Grundstücks bei der Verleihung des domini utilitatis des fundus an einen Anderen dem Beliebenen auflegte. Der Ausdruck Grundzins geht häufig auf diesen cens. reserv. Grimm Alterth. S. 384.

7) Ueber verschiedene Ansichten: Schrassert de censu p. 24. Eichhorn Privatr. §. 252. Maurenbrecher I. S. 724 und S. 740. Phillips I. S. 616. Hänsel Bemerk. III. S. 192. Weishaar II. S. 80. Duncker S. 185. Brackenböst im neuen Staatsbürgerl. Magazin. IV. S. 223—27.

8) Mit Recht erklärt sich Maurenbrecher I. S. 742 gegen jede solche Vermuthung, s. auch Reyscher I. S. 786.

9) J. B. bei dem Wortzins.

1) Reichel rechtshistorische Unters. über die gutherrl.-bäuerl. Verhältnisse S. 35. 188.

(Canon bei Emphyteuse) gelten, auf die als reine Reallasten vorkommenden Grundzinsen angewendet werden ²⁾). Auch gehört das Verhältniß nicht in das Bauernrecht, indem ebenso von adelichen und städtischen Besitzungen Grundzinsen bezahlt werden. Ueber den Umfang des Rechts geben die Weisthümer, Gültbriefe und Zinsbücher ³⁾ Aufschluß ⁴⁾. 1) Die Zinspflicht ruht auf dem ganzen Gute; der Gült Herr kann zwar die Theilung des zinspflichtigen Gutes nicht hindern ⁵⁾, allein er kann fordern, daß sein Zinsrecht nicht leide: wird daher das Gut getheilt und ist nichts besonderes mit dem Zins Herrn verabredet, so bleibt jeder Theil des pflichtigen Guts für den ganzen Zins verpflichtet ⁶⁾, ohne daß jedoch der neue Besitzer eines Theils mit seinem übrigen Vermögen zu haften nöthig hat. Ist der Zins nur als pars quota der gezogenen Früchte bestellt, so geht die Pflicht auf jeden neuen Theilhaber nach Verhältniß der auf seinem Theil wachsenden Früchte über ⁷⁾. Mit Zustimmung des Zins Herrn kann, wenn nicht Ablösung des Zinses erfolgt, entweder die ganze Zinslast auf einen Theil so übernommen werden, daß dem Zins Herrn neue Sicherheit bestellt wird ⁸⁾, oder es kann ein Vorträger bestellt werden ⁹⁾, der auf Gefahr und Kosten der übrigen Theilhaber den Grundzins sammelt und dem Zins Herrn abliefern, ohne sich der Einrede der Vorausklage bedienen zu können. 2) Auch das Gültrecht ist untheilbar ¹⁰⁾, daher der Zinspflichtige nicht genöthigt werden

2) Dies wird z. B. wichtig bei der Frage, welche Wirkung die Nichtleistung des Zinses hat.

3) Schrassert de censu p. 26.

4) Gute Vorschriften im Rainer Landrecht Tit. 29. Badisches Landrecht §. 710. f. c. Bayer. Landrecht l. c. §. 33.

5) Franzke var. resol. p. 88. Weishaar würtemb. Privatrecht. II. S. 83. Bad. Landrecht §. 710. f. i. Brauers Erläuter. I. Bd. S. 559. Auer Mündmer Stadtrecht. S. CLXVII. Gut holländ. Zivilgesetzb. Art. 786.

6) Maurerbrecher I. S. 744. Bad. Landr. §. 710. f. i. Hannov. Verordn. vom 23. Juli 1833 §. 13. über erbliche Uebertragung. Großh. hess. Verordn. vom 9. Februar 1811 in Goldmann die Gesetzgebung des Großh. Hessen. I. S. 178.

7) Hier entscheidet Analogie der Zehenden. Preuss. Landr. II. Thl. VII. §. 474. Gröndler Polemik I. S. 301.

8) Dies schreibt vor das in not. 7 erwähnte hessische Gesetz. Wichtig ist noch die durch neue Expropriationsgesetze oft nothig werdende Abtretung eines Theils eines Grundstücks. Hier muß bei dem Vertrage der Abtretung das künftige Verhältniß regulirt werden. Der Zins Herr darf nicht dadurch leiden, Goldmann Ergänzung und Fortsetzung der Schrift: die Gesetzgebung S. 20.

9) Dies ist das gewöhnliche in Baden. f. Landrecht §. 710. f. i. und Würtemberg Neujähr I. S. 454 und S. 489.

10) Schrassert p. 111, und umständlich Loisel instit. coutum. II. p. 115. Ferrière Corps de comment. I. p. 1003.

kann, in mehrere Hände die Zinsen abzuliefern ¹¹⁾. 3) Oft muß der Zinsherr bei der Ablieferung dem Zinsmanne etwas leisten, z. B. an Speise oder Getränk, jedoch muß dies Recht speciell vom Zinsmanne bewiesen werden ¹²⁾; wird es bewiesen, so erscheint es als eine Gegenleistung. 4) Der Grundzins besteht in einer festen, unveränderlichen Abgabe, die vermöge des ursprünglichen Vertrags auf jeden Gutsbesitzer übergeht, daher das Recht der Erhöhung des Zinsquantums dem Zinsherrn selbst bei vorbehaltenen Zinsen im Falle der Erneuerung des Vertrags nicht zusteht. Von dem was bei grundherrlichen Prästationen gilt, wo nach Heimfall des Guts der Herr das Gut wieder verleiht ¹³⁾, und die Bedingungen der künftigen Verleihung festsetzen kann, kann kein Schluß auf reine Reallasten gezogen werden.

§. 178. [§. 158.] Namen der Zinsen und Vorsichtsmaaßregeln bei Beurtheilung des Verhältnisses.

Nach der obigen (§. 175.) geschichtlichen Entwicklung ergibt sich, daß Grundzinsen ¹⁾ sehr verschiedener Art mit dem nämlichen Namen bezeichnet wurden. Selbst in verschiedenen Ländern in Deutschland kommen verschiedene Bedeutungen vor. Bei manchen Abgaben ²⁾ liefert jedoch der Name wenigstens eine, jedoch nicht als juristisch aufzustellende Vermuthung für ihren feudalen Ursprung, z. B. bei Bogtzinsen ³⁾, oder für ihre rein privatrechtliche Natur ⁴⁾. Ein Theil

11) Badisches Landrecht §. 710. f. k. Hannov. Verordn. l. c. §. 11.

12) S. Grimm S. 395. Merkwürd. Tyrol. Landesordn. von 1536. VI. Thl. Richard von den Bauerngütern in Westphalen S. 225. Quistorp Beitr. zur Erläut. verschied. Rechtsmat. nr. 44. Ob dies Recht durch Verjährung erworben werden kann, Struben de jure villicar. access. obs. 18. Schon in den alten Urkunden kommt diese Verköstigungspflicht vor. Bluntschli l. S. 280.

13) Raurenbrecher l. S. 744. Hagemann Landwirthschaftsrecht S. 480. f. zwar Eichhorn S. 644; aber richtiger Meyser l. S. 488.

1) Der Ausdruck Gült bezeichnet in der Regel den in Naturalien, das Wort Stift den in Geld zu leistenden Zins. Baier. Landr. IV. cap. 7. §. 9. Badisch. Landr. von 1809 §. 710. f. a.

2) Z. B. Erbzins bedeutet im Norden oft den von dem dominio utili zu zahlenden Zins. Curtius l. S. 285, II. S. 177 — und schlechter Zins deutet auf reines Zinsgut, das dem Pflchtigen gehört. — (Jedoch auch anders z. B. in Erfurt.) Heinemann die statut. Rechte S. 226. Hünsl Bemerk. III. S. 195. Der Ausdruck Erb bezieht sich auch oft auf das Erbe, d. h. liegende Gut.

3) Auch Hutzins (da am Rhein Hutz und Bogt gleichbedeutend sind). f. noch Moser die bäuerl. Lasten S. 212. — Interessante Verhandlungen in den württembergischen und badischen Kammern über die Gesetzesentwürfe, über alte Abgaben. Auch Bieshaber (abgeleitet von Weisen, d. h. Recht sprechen) deutet auf Schutzverhältniß.

der Zinsen hat seinen Namen nur von der Zeit der Leistung ⁵⁾, ohne daß daraus etwas für die Natur der Zinsen folgt. Ein Theil der Zinsen hat seinen Namen von der besonderen Art der Leistung ⁶⁾, oder von dem Rechte, für welches Zins bezahlt wird ⁷⁾, oder von dem Inhalte des Verhältnisses, so daß ein Theil der Früchte des Guts als census gegeben wird ⁸⁾. Hühner waren eine vorzüglich gewöhnliche Prästationsart, allein ihre Leistung deutet nicht auf eine bestimmte Natur des Zinses; das Gohhuhn ⁹⁾ deutete auf Anerkennung gaugräßlicher Gerichtsbarkeit. Auch aus dem Namen Pfacht ¹⁰⁾ darf nicht auf die Natur einer Pacht geschlossen werden, da Pfacht nur census bezeichnet. Weisat ¹¹⁾ war ursprünglich nur eine freiwillige kleine Gabe in Naturalien, wurde aber später ein mäßiger census, z. B. in einem Huhn bestehend. Mit Unrecht hat man aber das Leisten eines Huhns ¹²⁾ als Zeichen von Hörigkeit betrachtet; das Rauchhuhn ¹³⁾ galt als eine gewöhnliche Landesabgabe ¹⁴⁾, die (ohne Rücksicht auf Hörigkeit) für Schutz gegeben

- 4) J. B. Theiltraube. — Bodenzins hat dagegen verschiedenen Sinn. Orth Anmerk. II. S. 432. Buri von den Bauerngütern S. 593.
- 5) J. B. Martinsgänse, Fastnachtshühner, Osterfeier. Ueber Lieferungszeit der Hühner merkw. Hofrecht in Strodtmann jus. cur. lit. S. 134, und Richard l. c. S. 264. Martini war ein alter üblicher Termin, s. Kindlinger Geschichte von Bollmessen nr. 45.
- 6) J. B. der Hausenzins, Heinemann stat. Rechte S. 262.
- 7) J. B. Blasenzins, Pufendorf obs. III. 89; von Vogezinsen, Lang baier. Jahrbücher S. 327; von Urbarzins, Weissbar II. S. 46.
- 8) J. B. der Medema (auch Medum), d. h. der 7te Theil d. Früchte, s. auch Kopp Lebensproben. I. S. 284. Kenney von der Leihe zu Landfiedelrecht S. 409; von medietariis, Kenney S. 205, 405.
- 9) Klöntrupps Dönabrück. Gewohnheiten. II. S. 103.
- 10) Urf. in Senkenberg select. jur. V. 6. 26. Westphalen mon. III. pag. 1634.
- 11) Haltungs glossar. p. 2064. Spieß Aufklärung in Geschichte und Diplom. S. 37.
- 12) Deinklein de praestat. gallinarum. Alt. 1731. Bodmann rheingauische Alterthümer S. 384. s. noch Grimm S. 374. über den Sinn des Sprüchworts: Keine Henne fliegt über die Mauer. Grimm l. c. S. 376. Eisenhart deutsches Recht in Sprüchwörtern S. 392. Fuchenhuhn ist Abgabe, die als Schutzgeld für jeden mündigen Sohn bezahlt wurde. Spieß archival. Nebenarbeiten. I. S. 53. Von Brautbühnern (s. kleine Schriften I. S. 75).
- 13) Schneidt de focagio in thes. jur. franc. I. p. 1167. Westphalen mon. II. p. 2289, III. p. 1549. Drever Miscellaneen S. 65. Drever Abhandl. II. S. 740, III. S. 1407. Bodmann in Siebenkees Beiträge zum deutschen Rechte. V. nr. 1. Moser die kaiserlichen Lasten S. 212.
- 14) Kindlinger Münster. Beiträge. II. nr. 53. Anton Geschichte der Landwirtschaft. III. S. 415. Heinemann stat. Rechte S. 262. Kenschler württemberg. Privatr. I. S. 496.

wird. Das Rauchhuhn kommt am gewöhnlichsten als ein Schußgeld vor ¹⁵⁾, auch bei völlig freien Gütern ¹⁶⁾. Im Gegensatz von Hofstattzins, der von der area selbst gegeben wird, wird Rauchhuhn von dem Ueberbau prästirt ¹⁷⁾. Auch das Fastnachtshuhn ¹⁸⁾ ist kein Zeichen der Leibeigenschaft, häufig aber der Vogtelverhältnisse ¹⁹⁾; es wurde auch von ganz freien Gütern gegeben ²⁰⁾.

§. 179. [§. 159.] Leistungsart.

Der Zins wird 1) in der verabredeten oder durch Herkommen begründeten Quantität und Qualität geliefert, und zwar werden, wo die Leistung in Naturalien besteht, die auf dem Gute erzeugten, so wie sie der Gutbesitzer von dem Gute gewinnt, geliefert ¹⁾. 2) Ueber die Zeit der Lieferung des Zinses entscheiden Verträge oder Herkommen ²⁾, und der Zinsherr hat, wenn mora eintritt, die Wahl, Naturallieferung oder baare Zahlung nach dem am Verfalltage bestehenden mittleren Marktpreise zu verlangen ³⁾. Rückstände an Naturalzinsen braucht der Zinsherr, wenn sich der Preis später vermindert, nicht mehr in natura anzunehmen ⁴⁾. 3) Wo die Zeit der Lieferung

15) Ueber die Natur des Schußgeldes s. histor. Entw. in v. Kamptz Jahrb. der Gesetzg. Heft 109. nr. 1.

16) Auf Gerichtsunterwürfigkeit kann aus dem Leisten eines Huhns nicht nothwendig geschlossen werden. Scheplitz Consuet. March. pag. 75. Meißner Einleitung in die peinliche Gerichtsbarkeit S. 463.

17) Gensburg von alten Abgaben S. 26.

18) Bodmann vom Vögte S. 63 und 139.

19) Bruchsal. Amtsdordn. von 1471 (in der Samml. I. S. 44). s. überhaupt Urk. in Rindlinger Münster. Beitr. II. nr. 157. Kenepp von der Leihe zu Landsiedelrecht S. 389. 397. 551. Thomas Fuld. Privatr. I. S. 270. Rindlinger Geschichte der Hörigkeit S. 198. 203. Schneidt thes. jur. franc. I. p. 1414. Die Schweizer Rechtsquellen deuten bei Fastnachtshuhn immer auf Vogtrecht Blunischli I. S. 276.

20) Urkunde in der Zeitschrift: die geöffneten Archive. I. Bd. 1. Hft. S. 96.

*) An mehreren Orten wurde der Zinsmann dadurch, daß zur Zinszeit seine Frau in den Wochen lag, von Zinsentrichtung frei (Bodmann rheingauische Alterthümer S. 381—384). In mehreren bairischen Gegenden galt dies nur bei Rauchhuhn, nicht aber bei dem Fastnachtshuhn.

1) Struben rechtl. Bedenken. V. nr. 44. Ramdohr jurist. Erfahrungen. III. S. 76. Preuß. S. 475. Hagemann pract. Erörter. VII. nr. 75; s. jedoch auch Hänsel Bem. III. S. 201. Kopscher I. S. 488; von der Leistung der Zinsschweine, s. Pufendorf obs. IV. 224.

2) Hagemann Landwirthschaftsrecht S. 477. Merkwürdig über die Zeit, wann jede Zinsart zu leisten ist, in einem 1490 gedruckten Buche: Ordnung und Unterweisung, in Geseñius Meierrecht I. Bd. Beilage I. S. 3.

3) Pufendorf IV. 184. Overbel Kredit. V. nr. 276. Richard von den Bauerngütern S. 260. Preuß. Landrecht §. 479. Maurenbrecher I. Seite 745.

4) Hommel rhapo. vol. I. nr. 196.

fest bestimmt ist, wird der Pflichtige in mora versetzt, wenn er auch nicht besonders von dem Herrn zur Leistung gemahnt ist ⁵⁾. 4) Geliefert wird auf eigene Kosten und eigene Gefahr ⁶⁾ des Pflichtigen an den Wohnort des Zins Herrn ⁷⁾, oder an den durch Vertrag oder Herkommen bestimmten Ort. Die entgegengesetzte Ansicht, daß der Zins Herr den Zins holen muß ⁸⁾, gilt nur da, wo sie durch Herkommen festgesetzt ist, und ist nur aus irriger Ansicht von der Personifizierung des Grundstücks oft generalisirt worden ⁹⁾. Wenn das Zinsrecht einem gewissen berechtigten Gute anhebt, so braucht der Zinsmann auch nur auf dies Gut den Zins zu bringen. 5) Wenn in den Zinsregistern bei den Zinsarten Geldsummen als Surrogate angegeben sind, so ist nur dann Verwandlung der Naturallieferung in Geldsurrogat anzunehmen, wenn die gebrachten Ausdrücke sich nur so auslegen lassen, daß man eine wahre Novation annehmen kann ¹⁰⁾. 6) Ein Nachlaß wegen Unglücksfällen findet ohne besondere Verabredung ¹¹⁾ oder Landesgesetze ¹²⁾, welche einen Nachlaß festsetzen, bei den Grundzinsen nicht Statt ¹³⁾, ausgenommen wenn das Verhältniß der Zeitpacht zum Grunde gelegt ist ¹⁴⁾. Das, was

5) Der Sachsenspiegel I. 54. bezieht sich auf den Fall, wo Rutzherzins herkömmlich war. Hänsel Bem. III. S. 199.

6) Richard S. 251.

7) Hofrecht in Strodtmann S. 110. Baier. Landrecht IV. Cap. 7. §. 9. Bei manchen Zinsarten mußte nach dem Sachsenspiegel I. 54. der Zins Herr den Zins holen, s. daher noch Hommel rhaps. I. nr. 140, und Eichhorn S. 618. Zu viel folgert aus dem Sachsenspiegel Hänsel in den Bemerk. III. S. 198. Bei dem gutherrlichen census galt die Regel in Frankreich, daß der Pflichtige den Zins bringen muß. Préface au recueil des ordonnances vol. 16. p. 32. Loisel instit. Coutum. II. p. 116. Ueber die alte Sitte, wenn der Zins Herr in mora accipiendi war, s. Grimm S. 389.

8) Darauf bezieht sich der Gatterzins, den der Herr an einem gewissen Gatter zu holen hatte. Weishaar würtemb. Privatr. II. S. 84. Grimm S. 389. Abhandlung im allgemeinen Anzeiger der Deutschen 1828. nr. 205. 219. s. aber auch Nürnberg. Reform. XXIII. und Westenrieder glossar. p. 185. Neufcher württemberg. Privatr. S. 489.

9) J. B. von Dünker von den Realasten S. 89.

10) Thomas Fuldishes Privatrecht I. S. 275.

11) Uebri gens kommt schon in alten Urkunden, z. B. aus dem X. Jahrhundert in Günther cod. I. pag. 95, Stipulation des Nachlasses vor.

12) Hessische Verordnungen vom 20. April 1759 in Lennep S. 434. Braunschweigische Verordnungen von 1740 in Struben de jur. villic. C. IV. §. 5. Badisches Landrecht §. 710. f. l. Zürcher Polizei- und Cameralrecht I. §. 1270.

13) Weishaar württemberg. Privatr. II. S. 83. Hänsel Bem. III. S. 201. Maurenbrecher I. S. 745. s. noch hannov. Verordn. vom 23ten Juli 1833. §. 15.

14) Buri von den Bauerngütern S. 271. Lennep S. 433. Gail. obs. II.

in Landesgesetzen auf die, bei hofhörigen, Meier- oder sonst im grundherrlichen Verbaude stehenden Gütern vorkommenden Zinsarten sich bezieht, kann nicht auf reine Grundzinsen angewendet werden ¹⁵). Auch kann daraus, daß an landesherrlichen Steuern ein Nachlaß bewilligt wurde, kein Schluß gezogen werden, daß auch ein Nachlaß vom Zins eintreten muß ¹⁶).

§. 180. [§. 160.] Rechte des Zinsherrn wegen Nichtleistung des Zinses.

In Ansehung aller Zinsstrafen gilt die Regel, daß gemeinrechtlich der Zinsherr wegen Nichtleistung oder Verspätung der Leistung nur das allgemeine Mittel der gerichtlichen Klage auf Erfüllung hat. 1) Ein Recht, den säumigen Zinsmann vom Gute zu vertreiben, kann bei den reinen Grundzinsen, wo dem Herrn gar kein Eigenthum am Zinsgut zusteht, nicht zugegeben werden. Rechnet man hieher auch den gutsherrlichen Canon, so kann der Zinsherr gegen den Säumigen nur in so ferne an das Gut sich halten, als ihm aus grundherrlichem Verhältnisse die Abmeierung erlaubt ist ¹). 2) Den Rutscherzins ²), der [im Gegensatze des Fahr- ³) oder Gefahrzinses,

obs. 23. nr. 25. Mevius decis. IX. dec. 84. Schraessert de censu p. 147. Runde §. 516. Mylius de remiss. merced. propter sterilit. Lips. 1740. Preuß. Landrecht §. 488. 492. Keyserer württemberg. Privatr. I. §. 488.

15) S. noch Kind quaest. III. nr. 13. Brauer's Erläuter. I. §. 558. Noltens diatr. de jure villicor. p. 52. Eichhorn §. 251. not. d.

16) S. zwar Gröndler Polemik I. §. 305.

1) Franzke var. res. I. qu. 7. Buri §. 124. Lennep von der Landsiedelleihe §. 454. Weishaar württemberg. Privatr. II. §. 83. Westphal deutsches Privatrecht. I. §. 395. Runde §. 514. Preuß. Landr. I. Thl. Tit. 18. §. 818. Baier. Landrecht IV. cap. 7. §. 33. Bad. Landrecht §. 710. f. h. Brauer's Erläuterungen. I. §. 558. Der Satz: qui negligit censum, perdat agrum (Loisel instit. cout. II. p. 128.) geht nur auf gutsherrlichen census, darauf geht auch Kaiserrecht II. 99. Auch in Frankreich Ancien coutumier de Picardie par Marnier Paris, 1840 p. 96. bezog sich der Verlust des Guts zur Strafe nur auf den gutsherrlichen Zins. f. von der Schweiz Bluntschli I. §. 279. Das holländische Gesetz art. 785. giebt dem Zinsherrn kein Recht auf das Gut.

2) Schon in Urf. von 773 bei Neugart Cod. dipl. nr. 55. kommt Rutscherzins stipulirt vor. Sachsenspiegel I. 54. Heinocc. antiq. III. pag. 307. Ropp Lehensproben I. §. 309. Buri von den Bauerngütern §. 125. Lennep von der Landsiedelleihe §. 462. Hallwachs de cent. sublimi. p. 85. Thomas Fuld'sches Privatrecht I. §. 272. Fink, von Rabburg §. 99; von Holstein, f. Staatsbürgerl. Magazin III. §. 702. Klingner Samml. zum Bauernrecht. I. §. 141. Beyer de censu promovibil. Jen. 1726. Ayres de censibus mor crescent. Goett. 1744. Richard kleine jurist. und histor. Ausf. I. Thl. nr. 4. §. 27. Wersche niederl. Colon. I. §. 360. Auch in Holland kam er häufig vor: rechtsgelerde

wobei der Zinsmann wegen mora das Gut verliert] die Verdoppelung des zur rechten Zeit nicht bezahlten Zinses zu verlangen berechtigt, kann der Zinsherr nur da verlangen, wo diese Zinsart speziell bedungen, oder bei dem Hofe hergebracht ist ⁴⁾. 3) Das nach älterem Rechte allgemein zustehende Selbstpfändungsrecht ⁵⁾ des Zinsherrn kann, wenn nicht das Landesgesetz oder die Landesgewohnheit dies Recht anerkennt, nicht mehr ausgeübt werden, da es eine Art von Selbsthilfe enthält, die durch die späteren Reichsgesetze aufgehoben ist. 4) Der Zinsherr hat gemeinrechtlich ⁶⁾ keine Vorzugsrechte im Concurse ⁷⁾.

§. 181. [§. 161.] Zehenden. Historische Einleitung.
Ursprung der Zehenden.

Aus der geschichtlichen Entwicklung ¹⁾ der Zehenden ergibt sich, daß man eben so wenig von der Ansicht ausgehen darf, daß die

- observat. vol. IV. pag. 137. Schrassert p. 143. f. auch von Frankreich Urk. von 1079 in recueil des ordonnances IV. p. 46; von 1220 in recueil. vol. 12. pag. 206. Beaumanoir cout. de Beauvoisis chap. 30. Grumm S. 387. Nach einem Urtheil in dem Olim. (edit. par Beugnot vol. I. p. 662.) wird bezeugt, daß die duplicatio census allgemeine Gewohnheit bei den Bauern, aber nicht bei den Bürgern war.
- 3) Schwab. Lehenrecht c. 125. §. 3. Urk. in Haltans gloss. p. 439.
- 4) Es muß das Ganze nach den Regeln von der Conventionalstrafe beurtheilt werden. Orloff Privatrecht S. 418.
- 5) Sachsenspiegel I. 51. Schwabenspiegel I. 333. Penney von der Landesherrschaft S. 458. Albrecht von der Gewer S. 159.
- 6) Nach Landesgesetzen kommen solche Vorrechte vor, f. Weishaar würtemb. Privatr. II. S. 48. Würtemb. Priorit. Gesetz von 1825. Art. 4. Buri Abhandl. von den Bauerngütern S. 85. Struben de jur. villic. C. 4, §. 9. Mainzer Landrecht Tit. 22. §. 2. Preussisches Landr. II. Tit. 7. §. 493.
- 7) S. Smelin Ordn. der Gläubiger §. 288. Dabelow Concur. der Gläubiger S. 607. Gluck Erläuter. 19ter Thl. S. 58, 248. Eichhorn S. 426. Maurenbrecher I. S. 745. Merkwürdig ist, daß man z. B. in München wegen ewiger Zinsen keine Vorzugszinsen gestattet. Auer Münchner Statut. S. CLXV II.
- 1) Ueber Geschichte der Zehenden f. Selden history of tythes in operib. T. III. p. 1096; d'Outrepoint essai histor. sur l'origine des dixmes. Bruxell. 1780 und Gegenschrift: Utrecht, 1784. f. von den Zehenden in Frankreich: Theorie des loix politiques de la monarchie franç. vol. V. p. 49. Duperray traité hist. et chronol. des dixmes. Paris, 1719. 2 vol. Fremiauville traité de l'origine des dixmes. Paris, 1762. le Maire traité des dixmes. Paris, 1731; und wegen guter historischer Forschungen: Alteserra de origine feudor. cap. 5. Coquille questions. qu. 89. Bouhier Coutum. de Bourgogne. vol. I. pag. 809—832. Coquille Coutumes de Nivernois p. 159. Basnage Comment. sur les Cout. de Normandie in Oeuvres vol. I. p. 20—30. Bourjon droit commun de la France. I. p. 311. Loisel institutions. I. pag. 301; von Niederlanden: Ghewiet instit. de droit belgique.

Zehenden nur als Steuern aufgelegt wurden ²⁾, als davon, daß alle Zehenden geistlichen Ursprungs seyen ³⁾, oder daß sie nur als weltliche Gutsabgaben erscheinen ⁴⁾. In der letzten Beziehung findet man schon in der Römerzeit ⁵⁾ an einigen Orten Grundstücke erwähnt, auf welchen die Last der decimae ruhte. Früh deuten auch Urkunden auf das Daseyn weltlicher als Gutsabgaben aufgelegter Zehenden ⁶⁾. Aus den Capitularien läßt sich nur ableiten, daß die christliche Kirche früh es an Ermahnungen an die Christen, Zehenden zu geben, nicht fehlen ließ, daß auch die fränkischen Könige diese Ermahnungen unterstützten, ohne daß sich erweisen läßt, daß in der fränkischen Zeit die weltliche Gesetzgebung eine allgemeine Zehendenpflicht auflegte und mit weltlichen Mitteln schützen wollte; selbst da,

I. p. 130. Wichtige Schrift von Raepsaet: defense de Charles Martell avec precis de l'origine des dimes. Gand. 1806, und Barnkönig Rechtsgeschichte von Flandern. I. S. 443; von England: Blackstone Comment. Book. II. cap. 3, und die oben angeführte Schrift von Selden und in neuerer Zeit vorzüglich Eagle treatise on the law of tithes. London, 1831. Tomlins law dictionary. Neue Ausg. 1835. voce: tithes. und Cruise laws on real property (4. edit. by White. Lond. 1835.) vol. III. p. 37; von Holland f. de Groot inleiding lib. II. Theil 45. und rechtsgeleerde observat. zu de Groot II. pag. 136, IV. 247. f. von den Zehenden in Deutschland: Meinders de orig. et jur. decim. in ant. Saxon. in seinem Tractat. de statu relig. et reipubl. sub Carol. M. p. 349. Treitlinger de decimar. secularium in German. orig. et jur. Argent. 1784. Bodmann rheingauische Alterthümer S. 868. Lennep von der Landsteelethe, Seite 468. Schott juristisches Wochenblatt. Jahrg. IV. nr. 25. Geschichtlicher Ueberblick über den Naturalzehend in Baiern. München, 1802. Birnbaum, die rechtliche Natur der Zehenden. Bonn, 1831. Zachariae, die Aufhebung, Ablösung der Zehenden. Heidelb. 1831. Geffen do juris decimandi in Brabant orig. Sylvaeducis, 1839.

- 2) J. B. nach der von Kottet auf dem Landtage in Baden von 1831. 1833.
- 3) Zu viel baut auf geistlichen Ursprung J. Boehmer Jus eccles. Prot. III. Lib. 3. Tit. 30. Struben Nebenstunden. V. Thl. nr. 35. f. dagegen vorzüglich die Dissertatio de origine et ratione decimar. in Germania. Gott. 1749, und in G. L. Boehmer elect. jur. civ. III. p. 64, und in Pufendorf animadv. p. 236, (streitig ist noch, ob Böhrmer, oder Berger, oder Pufendorf ihr Verfasser ist). Bersebe Geschichte der niederländischen Colonien. I. S. 403. In der morgenländischen Kirche ist der Zehend nicht im Gebrauche. Wagner Zeitschrift für österreichische Rechtsgelchrtheit 1826. S. 234. f. noch für den geistlichen Ursprung Walter im Kirchenrechte §. 201. 252 ff. und Grimm Alterth. S. 392.
- 4) Daher geht auch Birnbaum (in der Schrift oben not. 1.) zu weit. f. Reyscher die grundherrlichen Rechte des württembergischen Adels S. 91.
- 5) Besonders Birnbaum l. c. S. 46, verglichen mit Garzetti della condizione d'Italia sotto il Governo dei Romani II. p. 218, und de Vesme Preisschrift; vicende delle proprietà p. 26.
- 6) Darauf deutet schon c. 68. C. XVI. qu. 1. und Beispiele aus Urk. in Raepsaet defense p. 27. Frühe Spur gutscherrl. Zehenden in leg. Wisigoth. X. Tit. 1. cap. 19.

wo die Könige als Eroberer den Eroberten Zehenden auflegten ⁷⁾, deutet dies nur auf die Einschärfung einer dem Christen in Bezug auf die Kirche obliegenden Pflicht ⁸⁾. Was nun von Zehenden in Capitularien vorkommt ⁹⁾, bezieht sich darauf, daß theils die Kirche von den Colonen der Kirche solche Abgaben bezog ¹⁰⁾, theils die fränkischen Könige ¹¹⁾ von den zu ihren Domänen gehörigen Vätern ¹²⁾ Zehenden zum Besten der Kirche anwiesen, theils überhaupt die Kirche durch fromme Ermahnungen ¹³⁾ die Christen zum Leisten von Zehenden zu bestimmen suchte, und daß diese Ermahnungen von den Königen eindringlicher unterstützt ¹⁴⁾ und allmählig in Gebote verwandelt wurden, als die Kirche mit steigender Macht ¹⁵⁾ allmählig eine allgemeine Zehendpflicht zu ihrem Besten behauptete und selbst alle weltlichen Zehenden für Unrecht zu erklären suchte ¹⁶⁾. In den einzelnen Ländern gelang der Kirche die Begründung der allgemeinen Zehendpflicht nur langsam und auf sehr verschiedene Weise ¹⁷⁾.

7) Hieher gehört das Gebot Karls des Großen an die Sachsen Capitul. de part. Saxon. c. 17. f. Boehmer de orig. dec. §. 16 bis 18. Birnbaum I. c. S. 253. Wigand Archiv für Geschichte Westphalens. VII. Bd. I. S. 68.

8) Merkwürdig ist der Brief von Alcuin in Petz thesaur. nov. tom. II. p. 4. f. König in Scholz Zeitschrift für Landwirthschaftsrecht. II. Bd. S. 171. Möser Sénabr. Gesch. I. S. 225.

9) Manche Capitularien, die man anführt, z. B. Capit. von 779, deuten auf eine schon begründete Pflicht, Zehenden an die Kirche zu geben. Birnbaum S. 198.

10) Z. B. nach Capit. von 794 (zu Frankfurt). Birnbaum S. 157.

11) Ueber das Mährchen wegen der Usurpation von Carl Martell: Raepsaet defense p. 21. Vergl. mit Birnbaum S. 127.

12) Birnbaum S. 179.

13) Capitul. von 77. cap. 7. Boehmer diss. §. 14. 15. Raepsaet defense pag. 26.

14) Birnbaum Seite 198. Steiner in Lipperts Annalen des Kirchenrechts. I. Bd. 1. Heft. S. 77.

15) Berufung des Can. 26. X. de decim. auf göttliches Obergenthum. Birnbaum S. 207.

16) Durch das Concil. von Lateran (1078). Eichhorn Rechtegeschichte §. 325. Dinzenhofer de decimis. Vindob. 1779. pag. 33. Birnbaum Seite 226.

17) In Italien selbst waren anfangs Zehenden nicht häufig. de Vesme delle vicende p. 219. Am meisten scheinen die Bischöfe sich Zehenden angemaßt (f. Urf. in Monum. hist. patriae. Taurini. vol. I. p. 7.), aber auch schon große Zehenden besessen zu haben, z. B. Urf. von 898 in Monum. hist. patriae I. p. 90. In Spanien kommen erst seit dem XII. Jahrh. Zehenden häufiger vor. Marina ensayo histor. sobre la legislacion vol. II. p. 50.

§. 182. [§. 162.] Zehendwesen im Mittelalter und Fortbildung desselben.

Während auf einer Seite die als weltliche Gutsabgaben begründeten Zehenden ¹⁾ fortbauerten und neue Gutsverleihungen unter Zehendlast hinzukamen ²⁾, zugleich die Adellichen oft Zehenden ³⁾ von der Kirche erwarben ⁴⁾, erlangten zwar die Geistlichen wieder neue Zehenden, die ihnen die Weltlichen verliehen ⁵⁾; allein ihre Versuche, eine allgemeine Zehendpflicht zum Besten der Kirche zu begründen, gelangen ihnen nicht überall ⁶⁾. Die Geschichte lehrt, daß an manchen Orten die Kirche ihr Zehendreht nur sehr unvollkommen geltend machen konnte ⁷⁾, während an andern die Naturalleistungen in Geldabgaben verwandelt wurden ⁸⁾; unter den Geistlichen selbst war zwischen den Bischöfen und Pfarrern Streit über das Recht zum Zehendbezug ⁹⁾, in manchen Gegenden wurden kirchliche Zehenden

1) Guden cod. dipl. I. pag. 382. Vogt mon. inedit. p. 20. Schaten annal. Paderborn. p. 177. Ludewig rel. Ms. IV. p. 211. Senkenberg sel. jur. et hist. VI. pag. 151. Leukfeld annal. Halberstad. p. 649; von den salicis decimis, Urkunde in Hontheim hist. trev. I. pag. 231. Günthor cod. mos. p. 97. 374. 436. Beweise weltlicher Zehenden Birnbaum S. 245. Barakönig Rechtsgeſchichte von Flandern S. 443. Raepsact defense p. 45.

2) Daher Sachsenspiegel I. 2, II. 48. 58.

3) Brüssel des siefs I. p. 836. Thaumassiere Cout. de Berry p. 383. 389. Bouhier Cout. de Bourgogne I. p. 811. Aus den franzöf. Urf. ergibt ſich, daß die Kirche oft Zehenden von Gutsbeſitzern bezog, welche in einer fremden Kirche eingepfarrt waren (merkfw. Urf. in dem cartulaire de l'abbaye de St. Pere de Chartres [edit. Guerard. Paris, 1840] I. p. 38.), daß die Kirche oft Zehenden zu Lehen gab (dimes infeodées), aber auch häufig von Weltlichen Zehenden übertragen erhielt (Guerard in den prolegom. zum cartulaire p. CXVI.).

4) Oft werden Zehenden als Zubehörungen von Landgütern aufgeführt. Urf. von 855 in Schaten Annal. Paderborn. II. pag. 143. Harenberg antiq. Gandersheim. p. 672. Die ältesten Zehend-Ordnungen ſind von 1288 und 1299 in Mieris Charterboek I. p. 473 und 617.

5) Urf. in Mieris Charterboek I. p. 71. pag. 253. de Groot inleiding p. 392. Birnbaum S. 189.

6) Der Reichstag von Selnhauſen bewies, daß in Deutschland der Papst seine Ansprüche nicht durchſetzte. Birnbaum S. 221.

7) v. Friesland Oude friesche Wetten I. pag. 116. ſ. noch Wenk heſſiſche Landesgeſchichte I. S. 127. II. 327. Krenner rheiniſch. Franzen Seite 309.

8) J. B. in Münsterland Wigand Archiv I. c. VII. S. 81. Wigand Geſch. von Corvei S. 89. Röſer patriot. Phantaſ. IV. S. 350. Klöntrupp Osnabrück. Gewohnheiten. III. S. 329. ſ. noch Röſer Osnabrück. Geſch. II. Thl. S. 111.

9) Insbesondere ſcheinen Annahmungen der Biſchöfe früh vorgekommen zu ſeyn. Wichtige Urf. vom Münsterland Wigand Archiv VII. Seite 70.

selten ¹⁰⁾, und in den wendischen Ländern konnte die Zehendpflicht am wenigsten einheimisch werden ¹¹⁾. Durch die Reformation litt das Zehendwesen noch mehr. Die Umgestaltung der Ansichten in protestantischen Orten über Beitragspflicht der Gemeinden ¹²⁾ für die Pfarreien bewirkte, daß die Zehenden als kirchliche Steuern seltener wurden ¹³⁾. Dagegen entstand eine neue Art von Zehenden ¹⁴⁾, welche an manchen Orten von den Landesherrn vermöge ihrer freilich nicht begründeten Regalität von den Neubrüchen in Anspruch genommen wurde ¹⁵⁾. Auf diese Art läßt sich ¹⁶⁾ weder eine juri-

10) *Recht*, über Zehendgeschichte von Schleswig, Wimpfen in *Salf's staatsbürgerlichem Magazin* I. S. 829, X. S. 581. Paulsen *hollsteinisches Privatrecht* S. 112. Von Tyrol merkwürd. Napp in der *Zeitschrift für Tyrol* V. S. 88.

11) Daher Seltenheit der Zehenden in Mecklenburg. v. Kampff *mecklenburg. Erbk.* II. S. 288.

12) Wichtige Bemerk. in *Salf's neuem staatsbürgerlichem Magazin* I. S. 331.

13) S. über die Ansichten in den Bauernkriegen Artikel II. der Bauernschaft (in Sarterius *Berf. einer Geschichte des Bauernkriegs*) S. 383: „nichts desto minder wollen wir den rechten Kornzehend zugeben; dem nach man soll in Gott geben.“ Sarterius S. 384. Besonders empörte man sich gegen den kleinen Zehend. *Tyroler Landesordn.* von 1590. I. Buch. Tit. 6. Senkenberg *corp. jur.* I. p. II. p. 66.

14) Nicht selten wurden von dem nämlichen Gute kirchliche und weltliche Zehenden geleistet. *Berfete niederländische Colonien* I. S. 149. in not.

15) Zacharia *Schrift über die Zehenden* S. 21, besonders wichtig in der Pfalz; von Württemberg *Reyscher* I. S. 91.

16) Von den Landeszehenden. *Bambergsche Zehendordnung* vom 16. Juni 1593. *Ansbachische* vom 17. Juli 1665. *Burgburg.* vom 16. Juni 1706. *Waldeckische* vom 18. Juli 1718. *Calenberg.* J.D. von 1718. *Bremische* von 1743. *Paderborn.* *Zehendordn.* von 1741. *Wigand Provinzialr.* I. S. 289. *Würtemb.* vom 27. Juni 1618. s. noch *Hezel Repertor. der württemberg. Ges.* IV. S. 438. *Reyscher württembergisches Privatrecht* I. S. 507. *Bapreuthische* von 1666. *Lippische* von 1771. *Braunschweig-Lüneb.* von 1709. *Baier. Landesordn.* von 1553. Tit. 16. *Landrecht* von 1616. Tit. 28. *Baier. Landrecht* von 1753. II. *Thl.* cap. 10; von *Österreich*: s. *tractat. de jurib. incorporal.* Tit. 6, in *Weingarten fasc.* III. p. 173. *Walter hinter Suttinger cons.* p. 1022, und spätere *Gesetze in Hauser Ges. im Unterthansfach.* IV. S. 170; s. noch von *Österreich* *Ollenthal*, der Zehend nach canon. und österr. Recht. *Wien*, 1823; und *Tausch Rechtsfälle.* *Wien*, 1837. 3. Heft S. 468; von *Gallizien* s. *Wagner Zeitschrift* 1826. nr. 45; von *Nassau*, *Ordn.* von 1771 in *Wiesthum von Nassau* I. S. 49. 77; von *Hessen*, *Eigenbrod Samml.* III. S. 435. *Preuß. Landr.* II. *Thl.* Tit. XI. *Abzchn.* 11. *Badißches Landrecht* §. 710. a. a. *Zehendordnung für Salzburg* vom 17. Februar 1823. Viele *Zehendordnungen* aus *Franken* in *Arnold Beitr. zum deutschen Privatrecht* II. Bd. S. 35. 67. 221. und die ausführl. *Eichstädtsche* von 1709 in *Arnold* II. S. 369. Vorzüglich sind die *Sammlungen der preuß. Provinzialrechte* wichtig. *Revid. Entw. des österr. Provinz. R.* §. 230—248. *Motive* S. 96. *Zusammenstellung der in d. österr. Theilen geltenden Provinzialrechte* §. 951—998. *Revid. Entw. des Provinzialrechts des Herzogth. Cleve* §. 47—146. *Revid. Entw. des Provinzialr. des Herzogth. Berg* §. 448—473. *Motive* S. 110. *Provinzialrecht von Eichsfeld* §. 295—301. *Motive* S. 271. *Provinzialrecht von Halberstadt*

fische Vermuthung für einen bestimmten Ursprung oder eine gewisse Natur der Zehenden ¹⁷⁾, noch eine allgemeine Zehendpflicht ¹⁸⁾ begründen.

§. 183. [§. 163.] Zehendreht. Arten der Zehenden.

Zehenden ¹⁾ sind jährliche Abgaben, welche, in einem gewissen verhältnißmäßigen, und zwar gewöhnlich im 10ten Theile der auf einem pflichtigen Grundstücke wirklich erzeugten Früchte bestehend, von einem Gutsbefitzer als reale Lasten an Andere geleistet werden ²⁾. Sie können bei allen Arten von Gütern, sowohl Bauern- als adelichen Gütern ³⁾, vorkommen, müssen aber von dem, der Zehenden fordern will, durch einen besonderen Rechtstitel begründet werden, welcher entweder in der allgemeinen Zehendpflichtigkeit ⁴⁾ (wenn das

und Hohenstein §. 119—148, wo nach den Motiven S. 171. sich ergibt, daß im Hohensteinischen nur wenige Zehenden und diese als reine Reallasten vertragmäßig vorkamen.

17) Häufig ruhen große Lasten auf dem Zehendreht. Daß an manchen Orten (schon Hofrecht von Eberheim in Schilter Comm. jur. feud. p. 593.) der Zehendherr vertragmäßig gewisse Verpflichtungen übernahm, z. B. einen Stier zu halten (s. auch Hofredel von Altdorf von 1439 in Grimm Meisthümer I. S. 12. Pufendorf obs. III. obs. 209.), und daß ein Theil des Zehends zum allgemeinen Besten, z. B. zur Verpflegung von Armen verwendet werden mußte, s. Bodmann rheingauische Alterthümer S. 871. Noch wichtiger ist die Last des Kirchenbaues. Nach dem Provinzialr. des Großherzogth. Berg §. 462. 463. muß der zum großen Zehend Berechtigte Neubau und Reparatur des Kirchenschiffs, der kleine Zehend-Berechtigte den Bau des Chors übernehmen.

18) S. daher die Vermuthung für die Zehendfreiheit in Sachsen. Curtius I. S. 287. Haubold Lehrb. S. 560. Hänsel III. S. 203.

1) Soll der Begriff des Zehenden auch auf Blutzehend ausgedehnt werden, so muß man sagen: daß er in einer pars quota von Sachen besteht, die bei der auf dem pflichtigen Gut bestehenden Wirthschaft erzeugt werden, s. Ortloff Privatrecht S. 421. Ueber Zehendreht überh. Spring nützliche Vorstellung und Ausübung des Zehendrechts. Nürnberg, 1708. Hahn de jure decimar. Helmst. 1750. Schoepf de decimis. Tübing. 1755. Bernble Zehendreht. Inspruk, 1646. Schweser kluger Zehendbeamte. Nürnberg, 1789. Scherer rechtliche Bemerkungen über das Zehendwesen. Mannheim, 1793. Müller, über die wirthschaftliche und rechtliche Nutzung des Zehends. Nürnberg, 1819. Wagner das Zehendrecht in seinem ganzen Umfang (in Bezug auf Preußen) 1815. Hünge in den Annalen der niedersächs. Landwirthschaft. 1800. St. I. S. 139. Schein Handbuch von dem Zehend und Zehendreht. Grätz, 1820. Hagemann Landwirthschaftsrecht S. 485.

2) Die neueste Gesetzgebung des holländ. Civilgesetzb. von 1834 stellt Grundzinßen und Zehenden (784) unter den gleichen Gesichtspunkt.

3) Hagemann Landwirthsch. S. 485 not. Hänsel Bemerk. III. S. 205.

4) Man trennt hier generelles Zehendreht, wenn es auf alle Arten von erzeugten Früchten, vom speziellen Recht, wenn es nur auf gewisse Fruchtarten geht; und universelles, wenn es auf den ganzen Umfang einer Feldmark geht, während particulares nur das bezeichnet, welches auf einzelne Grundstücke geht.

Landesgesetz sie anerkennt) und einer begründeten Universalzehndherrschaft, oder in einem privatrechtlichen Erwerbstitel liegt. 1. Vorzüglich bedeutend ist der Unterschied geistlicher ⁵⁾ und weltlicher Zehnden, wobei eine doppelte Begriffsbestimmung eintritt, je nachdem man darauf sieht, ob Weltliche oder Geistliche die Zehndberechtigten sind, oder ohne Rücksicht auf den jetzigen Besitzer des Rechts nur die ursprüngliche Natur und den Zweck und die darauf ruhenden Lasten des Zehnds berücksichtigt ⁶⁾. Die Eintheilung wird wichtig wegen der Rechtsnormen, nach welchen der Zehnd zu beurtheilen ist ⁷⁾, wegen der Verschiedenheit der Veräußerungsbesugniß und wegen der darauf ruhenden Lasten, insbesondere der Kirchenbanlast ⁸⁾. Eine Vermuthung für den geistlichen Zehnd läßt sich nicht aufstellen ⁹⁾. II. Der weltliche Zehnd ist wieder a) entweder eine von einem Gutsherrn bei Gutöverleihung aufgelegte Abgabe ¹⁰⁾, so daß er wie sonst der Canon erscheint, und hier nur im verhältnißmäßigen Theil der gewonnenen Früchte besteht, oder b) er ist eine Art von Grundzins, der ohne Rücksicht auf Gutsherrlichkeit aufgelegt ist; oder c) er trägt den Charakter einer durch landesherrliches Machtgebot aufgelegten Abgabe an sich ¹¹⁾. III. Eine schon früh ¹²⁾ vorkom-

5) Ulrich de different. decimar. secul. et eccles. Marburg, 1769. Scheerer Zehndrecht §. 9—22.

6) Die Verfolgung der geschichtlichen Ausbildung der Zehnden in jedem Lande ist hier wichtig. In manchen Ländern geistlicher Fürsten, z. B. in Eichsfeld, standen doch die Zehnden nicht dem geistlichen Oberhirten als solchen, sondern als dem weltlichen Landesherrn zu. Provinzialrecht von Eichsfeld Seite 272.

7) Der geistliche ist nach dem canon. R. zu beurtheilen. Wenn Zehndordnungen in einem Lande gelten, so muß geprüft werden, von wem sie ausgegangen sind und auf welche Arten der Zehnden sie sich beziehen.

8) Daß die Grundsätze, welche bei dem geistlichen Zehndrechte gelten, nicht auf weltliche Zehnden anzuwenden sind, ist anerkannt. Carlen von den Laienzehnden, oder ob ein decimator laicus zur Concurrenz. Würzburg, 1788. v. Preuschen Erört. der Frage: ob Laienzehnden zur Reparatur. 1816. v. Dahwig pract. Erört. Hannov. 1827. S. 235.

9) Dies folgt aus der Geschichte der Zehnden §. 181. 182. s. noch Maurenbrecher Privatre. I. S. 730. s. zwar Grüntler I. S. 307.

10) Duncker von den Reallasten S. 224.

11) Z. B. bei den als Novalzehnd entstandenen Zehnden. Unten §. 182.

12) Schon in Urkunde von 1307 in Würdtwein dioec. Mog. II. p. 572. Anton Geschichte der Landwirthschaft. III. S. 176—179. In Urkunde von 1256 in Meiert Münster. Urkundenbuch S. 430. wird überall decima magna et minuta unterschieden; s. noch Urk. in Fink Geschichte von Rabburg S. 100. und rechtsgeleerde observ. zu de Groot. vol. IV. p. 247. In französisch. Urk. heißt er oft decimula Guerard Cartulaire de l'abbaye de St. Pere p. CXVI.

mende Abtheilung ist die in großen und kleinen Zehend ¹³⁾; zum ersten werden alle Getreidearten ¹⁴⁾, oft ausgedehnter ¹⁵⁾ Alles, was Halm und Stengel treibt, in Weingegenden auch der Weinzehend ¹⁶⁾ gerechnet, oft auch Heuzehend ¹⁷⁾, wogegen alle anderen Fruchtarten zum kleinen Zehend gehören. Der Ortsgebrauch ¹⁸⁾ entscheidet über den Umfang, und als entschieden darf nur angenommen werden, daß alle Getreidearten zum großen Zehend, alle Baumfrüchte, Gemüsearten und Wurzelgewächse im Zweifel zum kleinen Zehend gehören ¹⁹⁾, wohin auch die Früchte zu rechnen sind, die nach eingeerntetem Getreide auf den Feldern als Nach- oder Schmalfaat den nämlichen Herbst hindurch gezogen werden ²⁰⁾. IV. In Ansehung der Ausdehnung unterscheidet man Schlep-, Streu- ²¹⁾, fliehenden, stehenden ²²⁾ Zehenden. V. In Ansehung des

- 13) Im Mittelalter ist Zehend von den vier Getreidearten der eigentliche. Halkaus gloss. p. 93. In Frankreich heißt der kleine Zehend dixime menu et verte. Loisel institut. I. p. 303.
- 14) Tract. de jur. incorp. Tit. 6. §. 2. Scherer l. c. §. 24. Lenney von der Landstebelleise S. 479. Preuß. §. 876. 910. Baier. Landrecht l. c. §. 2. Müller Zehendreht S. 26. 91. Brauers Erläuter. zum badischen Landrecht. I. Thl. S. 531. Hagemann Landwirthsch. S. 492.
- 15) J. B. in Württemberg, Weishaar II. S. 86.
- 16) Badisches Landrecht §. 710. c. f.
- 17) Müller l. c. S. 27. Thomas Fuld. Privatrecht I. S. 299.
- 18) Das badische Landrecht §. 710. c. f. rechnet nur Früchte, die ihrer Natur nach zum Handel ins Große tauglich sind, zum großen. Anwendung dieser Ansicht auf Kartoffel s. Hohnhorst Jahrbücher l. S. 276; vom Heuzehend, Hohnhorst II. S. 281. Die Auslegung der Stelle des badischen Landrechts ist wichtig z. B. bei Eichorienwurzel. Es kommt nur darauf an, ob die Frucht in ihrem natürlichen (nicht verarbeiteten) Zustand zum Handel im Großen taugt. Annalen der badischen Gerichte 1838. nr. 49.
- 19) Nassauische Zehendordn. (im Weisthum III. S. 77.) beruft dafür sich auf Herkommen. Dies Herkommen ist höchst verschieden, z. B. nach Provinzialrecht des Herzogth. Berg §. 451. werden nur die Halmfrüchte zum großen Zehend gerechnet. Im Provinzialrecht von Eichsfeld §. 297. ist die Zehendpflicht ausgedehnt auf Kartoffel, Kohl, Rüben. In d. ostrhein. Provinzialr. §. 951—962. ist fast in jedem District ein anderes Herkommen.
- 20) S. auch v. Zurborn Zeitschrift für Theorie und Praxis des bair. Rechts. I. Bd. 3. Heft. S. 294. — Bei manchen Fruchtarten, z. B. Kartoffeln u., waren die früheren Ansichten, so lange der Bau der Fruchtart noch seltener war, andere, als sie jetzt seyn müssen. Hünfel Bemerk. III. S. 220. Auch nach bair. Landr. p. II. cap. 10. §. 11. werden Tabak, Hopfen nur zum kleinen Zehend gerechnet. Blätter für Rechtsanwendung 1841. S. 323.
- 21) Pufendorf animadv. nr. 72. 73. Pufendorf obs. I. nr. 112, II. nr. 32. Ramdohr jurist. Erfahr. III. Seite 1190. Ortlöff Privatrecht S. 420.
- 22) Schmidt hinterlassene Abhandl. II. S. 404. Hagemann Landwirthschaftsrecht S. 497. Müller Zehendreht S. 3; bei stehendem Zehend darf der Pflüchter nicht früher die Frucht vom Acker fortbringen, als bis die Ausdehnung nach der Anzeige geschehen ist, wogegen bei dem fliehenden

Alters trennt man alten und neuen, und nach Beschaffenheit der Lieferung Natural- (auch Garben-) oder Sackzehend ²³⁾. VI. Der in Urkunden vorkommende: oechtum ²⁴⁾ und Schmalz- zehend ²⁵⁾ bezeichnet den kleinen Zehend, aber auch häufig den Blutzehend ²⁶⁾, welcher vom jungen zur Haus- und Feldwirthschaft gehörigen Vieh, oft noch ausgedehnter von esbaren Producten des Viehes gegeben wird ²⁷⁾. Das Recht, Blutzehend zu fordern, muß von demjenigen, der ihn fordert, speciell dargethan werden ²⁸⁾, da es aus dem Zehentrecht überhaupt nicht folgt. Ist ein solches Recht erwiesen, so ist der Pflichtige nach dem Herkommen ²⁹⁾ mancher Orte häufig verbunden, nicht willkürlich die bisherige Art der Bewirthschaftung auf eine Weise zu ändern, durch welche das Recht des Zehendberechtigten unmöglich gemacht wird ³⁰⁾. Bei dem Blutzehend darf von dem Rechte auf den Zehend von einer Thierart nicht auf allgemeine Blutzehendpflicht geschlossen werden ³¹⁾, auch geht

Zehend der Pflichtige die Frucht wegbringt, wenn nicht Auszehnung in gewisser Zeit erfolgt. s. noch Gröndler Pol. I. S. 308.

- 23) Sackzehend hat zweifache Bedeutung, entweder ist er eine gewisse Quantität ausgedroschener Früchte, die statt des in Garben zu erhebenden Zehenden vom Zehendpflichtigen jährlich gegeben wird, oder er bezeichnet das zu Geld fixirte Surrogat für Naturalzehend. Manrenbrecher I. S. 732. Reinhard jur. hist. Ausführungen. I. S. 356. Allgemeinheit des Sackzehends in Tyrol. Landesordn. von 1536. Thl. 6. Boehmer diss. de orig. decim. §. 28. Struben rechtl. Bedenken. IV. nr. 113. Paffen- dorf II. 137, III. 132. Schorch nov. collect. respons. I. nr. 15. Lennep von der Landsiedelleihe S. 478—479. Hagemann pract. Erörter. VII. S. 134. Pfortzehend ist der, welcher von dem Pflichtigen dem Herrn in das Haus (an die Pforte) zu liefern ist. Cramer Beglar. Nebenstunden IX. 2.
- 24) Von Ocht (etwas aufgehendes) Urkunde in Lennep Landsiedelleihe S. 480, und Cod. probat. pag. 709. Vogt mon. ined. II. p. 37. 230. Wer- sebe niederländ. Colon. I. 150.
- 25) Longolius Vorrath allerlei brauchbarer Nachrichten. 6. Thl. S. 4. Wer- sebe I. S. 151.
- 26) Hagemann Landwirthschafter. S. 488.
- 27) Gerken Stiftsbibliothek S. 422—441. Westphalen mon. ined. II. p. 2059. Sachsenspiegel II. 48. Anton Geschichte III. S. 180. Hagemann Land- wirthsch. S. 488. Lennep von der Landsiedelleihe S. 477. Klontrupp Handbuch I. S. 173. Merkwürd. Urkunde von 1258 in Günther Cod. II. pag. 292.
- 28) Baiarisches Landrecht §. 2. Müller Zehendrecht S. 100. Das canonische Recht c. 2. 10. 22. 28. X. de decim. geht zwar auch darauf — was aber nicht auf Latenzehend anwendbar ist. Hänsel Bemerkungen III. Seite 223.
- 29) Wo dies nicht besteht, entscheiden die unten §. 187. anzugebenden Grund- sätze über Cultureränderung.
- 30) Günther rechtl. Bemerk. Helmsf. 1802. I. Bd. S. 16. Spangenberg pract. Erörter. I. nr. 35.
- 31) Mein Artikel in der allgemeinen Encyclopädie von Ersch und Gruter

das Recht nur auf das auf dem Hofe gezogene Vieh ³²⁾. Der Bienenzehend ³³⁾ ist eine Art von Fleischzehend, und muß besonders erworben werden; er besteht dann gewöhnlich im 10ten Korbe ³⁴⁾.

§. 184. [§. 164.] Zehendpflichtigkeit.

Nach den Zeugnissen der Geschichte läßt sich für keine Art von Zehenden gemeinrechtlich eine Vermuthung der Zehendpflicht aufstellen ¹⁾, und überall kommt es auf die Landesgesetzgebung und die Art der Fortbildung derselben an ²⁾. Der Richter hat die Zehenden als Reallasten zu betrachten. Nach den Grundsätzen, welche überhaupt in Bezug auf Erwerbung von Privatrechten gelten, muß auch die Erwerbung des Zehendrechts beurtheilt werden ³⁾. Am meisten hat noch in den Landesgesetzen sich die Ansicht durch Herkommen und später durch Gesetz ausgebildet, daß für die Pflicht, den großen Zehend zu leisten, die Vermuthung spreche, daß aber der kleine Zehend nur da zu leisten sey, wo er durch Herkommen hergebracht ist ⁴⁾. I. Von der an einem Orte in der Art begründeten Zehendpflicht, daß der Ortspfarrer ein Zehendrecht gegen alle Gutsbesitzer in dem Pfarrbezirke hat ⁵⁾, folgt noch kein allgemeines auch andern Personen zustehendes Zehendrecht. II. Wenn der Zehend als weltliche Gutsabgabe in Anspruch genommen wird, so kommt es darauf an, ob in dem Lande als gesetzlich oder herkömmlich eine allgemeine Zehendpflicht begründet ist oder nicht. Im ersten Falle ⁶⁾ muß derjenige, welcher zehendfrei seyn will, beweisen, entweder daß sein

XI. Nr. C. 105. Bremer Zehendordn. §. 38; viel über Herkommen dabei in Hezel Repertorium der Polizeigesetze in Württemberg. VI. C. 480.

32) Hagemann Landwirthsch. C. 489.

33) Bülow und Hagemann Erört. II. C. 101, und VII. C. 372.

34) Der Blutzehend ist in manchen Staaten in neuester Zeit aufgehoben. Nassauisches Gesetz vom 3. September 1812. §. 40. Bad. Gesetz vom 28. December 1831.

1) Maurenbrecher I. C. 730; diese Ansicht gilt in Holstein, Mecklenburg, Sachsen. In Oesterreich erklärt eine Hofentschließung vom 23. August 1793 bestimmt, daß man von der Vermuthung der Zehendfreiheit ausgehen müsse. Tausch Rechtsfälle III. C. 475—486.

2) Dies zeigt z. B. von Oesterreich Tausch in den Rechtsfällen. III. C. 488.

3) Tausch l. c. C. 476.

4) Dies ist die Ansicht der Gesetze in Baiern. Scuffert Blätter für Rechtsanwendung 1841 nr. 21. und 1842 nr. 3. Ebenso anerkannt im Provinzialr. des Herzogthums Berg §. 452. s. auch osthein. Provinzialr. §. 956.

5) Dies spricht das baier. Gesetz §. 5. aus.

6) In Württemberg: Weishaar l. c. C. 85. Reyscher I. C. 510; in Baden: bad. Landrecht §. 710. a. a.

Grundstück in einer zehendfreien Gemarkung liegt, oder daß er die Zehendfreiheit besonders erworben habe. III. Ist keine allgemeine Zehendpflicht begründet, so muß der Herr das Recht, welches er anspricht, sowohl in Bezug auf gewisse Grundstücke als auf bestimmte Fruchtarten darthun. IV. Wer das Recht zum großen Zehend nachweist, hat deswegen noch kein Recht auf den kleinen Zehend ⁷⁾, ausgenommen wenn eine allgemeine Zehendpflicht dargethan, insbesondere auch wenn der Zehend als geistlicher in Anspruch genommen wird. V. Wenn das Herkommen ⁸⁾ als Begründungsart der Pflicht anerkannt ist, so kann daraus, daß herkömmlich von einigen geringern Früchten Zehend gegeben wurde, noch kein Herkommen gefolgert werden, daß in dem Ortsbezirke von allen geringern Früchten Zehend zu geben war ⁹⁾. VI. Ruht universale Zehendpflicht auf einer Gemarkung, so spricht die Vermuthung dafür, daß auch jedes einzelne in dieser Gemarkung liegende Grundstück zehendpflichtig sey ¹⁰⁾. Für eine solche Universalität des Rechts spricht auch, wenn dargethan wird, daß alle vom Zehendherrschaft als pflichtig angesprochenen Grundstücke zu einem Gute gehörten, welches der Herr mit Auflegung der Zehendlast an Bauern auf Colonatrecht hingab. VII. Ueber das Daseyn des Zehendrechts entscheiden auch Dorfsbeschreibungen und Erbreger ¹¹⁾; und durch Zehendsteine wird dargethan, daß das Zehendrecht nur in dem innerhalb der Steine gelegenen Bezirke begründet sey ¹²⁾. VIII. Aus dem Umstande, daß in einer Pfarre die Zahl der zehendpflichtigen Ländereien entschieden die größere ist, läßt sich da, wo nicht universelle Zehendpflicht dargethan wird, keine juristische Vermuthung für allgemeine Zehendpflichtigkeit aufstellen ¹³⁾. IX. Bei dem vom Pfarrer geforderten Zehend liefert der Umfang der Pfarrpfarre auch Vermuthung

7) Baier. Landrecht I. c. §. 25. Preuß. Landr. §. 875. Wigand Provinzialrecht von Paderborn I. S. 294. 390.

8) Was darunter zu verstehen ist, Seuffert Blätter für Rechtsanwendung 1812 S. 31.

9) Seuffert I. c. S. 36. und von Duprel Rechtsfälle VIII. S. 287. 300. 370.

10) Ramdohr jurist. Erf. III. Thl. S. 1177. Struben rechtl. Bedenken V. S. 48. f. auch Hauer Ges. im Unterthansfady. IV. S. 174—181. in Vergleichung mit Suttinger consuet. austr. p. 909.

11) Scholz neues juristisches Magazin. I. Bd. 46 Heft. nr. 4.

12) Krebs de ligno et lapide. Pars II. p. 224. Preuß. Landr. §. 866.

13) S. zwar Ramdohr jurist. Erfady. III. S. 1177. Bremische Zehendordnung §. 1.

für die Gränze der Zehndflur ¹⁴⁾, welche übrigens nur auf die zur Beackerung bestimmten und gebrauchten Ländereien sich bezieht ¹⁵⁾. X. Dadurch, daß in einer Markung in besonders begränzten Bezirken Zehnd erhoben wird, entsteht keine allgemeine Zehndpflicht der Markung ¹⁶⁾. XI. Die Regel: clericus clericum non decimat, bezieht sich nur auf Grundstücke, die ad dotem ecclesiae innerhalb des Pfarrbezirks gehören ¹⁷⁾. XII. Die Zehndfreiheit, welche in einem Bezirke, zur Zeit als derselbe einem andern Lande einverleibt wurde, rechtlich bestand, dauert fort, wenn nicht eine neue Gesetzgebung die noch auf dem alten Gesetze beruhende Freiheit aufhob ¹⁸⁾.

§. 185. [§. 165.] Ausübung des Zehndrechts.

1) Der Zehnd wird von jedem zur Erhebung der Früchte berechtigten Inhaber des zehndpflichtigen Guts, ohne Rücksicht auf seine Religion ¹⁾, gefordert ²⁾. 2) Der Zehndpflichtige ist schuldig, die Trennung der Früchte von dem Boden vorzunehmen; nur bei einigen Arten von Früchten geschieht die Auszählung nach Herkommen schon vor dieser Trennung ³⁾. 3) Die Früchte werden vom Eigenthümer des Bodens zu der durch die landwirthschaftlichen Rücksichten bestimmten Zeit der Reife geärndtet, worauf dem Zehndherrs die Aerndte zum Behufe der Auszählung angezeigt ⁴⁾ und ihm überlassen wird, auf eigene Kosten und Gefahr den Zehnd heimzuführen ⁵⁾. 4) Der Zehndpflichtige stellt die Garben auf dem Felde auf ⁶⁾, und hat kein Recht, selbst Zehndgarben anzuweisen, sondern er zeigt dem Zehndherrs oder dem bevollmächtigten Sammler die

14) Gruppen observ. rei agrar. p. 22.

15) Hagemann pract. Erörter. V. S. 106.

16) Badisches Landrecht §. 710. a. c.

17) Horn de clerico clericum non decimante. Viteb. 1727. Hänsel Bemerk. III. S. 204.

18) Kayscher würtemb. Privatr. I. S. 510. not. 1.

1) Dies folgt aus der Natur der Reallasten. Eichsfelder Provinzialrecht §. 295; andere Entscheidung im preuß. Landr. I. c. §. 872.

2) Vaterl. Landrecht §. 4. Hagemann Landwirthsch. S. 485. Hänsel Bemerk. III. S. 207.

3) J. B. in Würtemberg bei manchen Futterkräutern Kayscher I. S. 513.

4) Vaterl. Landrecht §. 14. Preuß. §. 901. Rheinh. Provinzialrecht Seite 365.

5) Pufendorf animadv. nr. 75. Badisches Landrecht §. 710. c. o.

6) Hagemann S. 265. Hänsel Bemerk. III. S. 216. Paderborn. Zehndordn. von 1741. §. 8. Wigand Provinzialr. von Paderborn. I. S. 204. Ueber Erhebung des Traubenzehnds weilt. rheinisches Provinzialrecht §. 236—244.

Aufstellung an, indem er ihn zur Auszehndung auffordert 7). Er hat dann die durch Gesetz oder Herkommen bestimmte Zeit 8) zu warten; ist der Herr in mora accipiendi, indem er nicht auszehndet, so zehndet der Pflüchtige selbst aus, d. h. er bestimmt die Zehndgarben, läßt sie auf dem Felde liegen und führt die übrigen Früchte heim. 5) Der Zehndherr kann nicht fordern 9), daß der Zeitpunkt abgewartet werde, in welchem auch auf andern Grundstücken der Markung die Früchte der Art reifen, sondern muß die Auszehndung vornehmen, sobald ihm die Meldung von Seite des Pflüchtigen, dessen reife Früchte separirt wurden, den Zeitpunkt anzeigt. 6) Der Zehndherr kann mit dem Auszählen anfangen 10), wo er will, und von einem Acker des nämlichen Besitzers auf den anderen mit den nämlichen Früchten bebauten fortzählen 11). 7) Wenn nicht so viel herauskömmt, als die pars quota beträgt (z. B. nicht 10 Garben), so ist gemeinrechtlich der Rest nicht zehndfrei, sondern das Recht verhältnißmäßiger Theilung und daher auch Anrechnung zum Fortzählen für das nächste Jahr erlaubt 12); in so ferne nicht das Orts = Herkommen dies Fortzählen ausschließt 13). Bei dem Blutzehnd darf regelmäßig von Jahr zu Jahr fortgezählt werden 14).

7) Eichstädter Zehndordn. §. 14.

8) Schon in alten Zehndordn. und Weisthümern (z. B. von 1555 in Wigand Archiv. III. Bd. 48. Heft. S. 227.) sind 24 Stunden bestimmt, f. noch in Oesterreich Tract. de jur. incorp. Tit. 6. §. 7. (2 Tage lang), Bauer Gelege IV. S. 198. Tausch Rechtsf. III. S. 485. in not.; in Preußen (Landrecht §. 902.) 12 Stunden, f. auch Lipp. Zehndordn. §. 1; weill. Brem. Zehndordn. §. 25, 76. Schon nach Art. von 1299 in Mieris Charterboek I. p. 617. gilt die Zeit von 24 Stunden, f. noch de Groot Inleiding p. 398, noch Grimm S. 209. 393. 589; auch das neue holländ. Gezeq. art. 529. fordert 24 Stunden.

9) S. darüber Böhmers Rechtsfälle. III. nr. 231. Pufendorf animadv. nr. 72. Schmidt Abh. II. 113. Hänsel III. S. 217. Es entscheiden hier besonders die Feldordnungen.

10) Preuß. Landr. §. 896. Baier. Landrecht §. 13. Eichstädter Zehndordn. v. 1709 §. 5. in Arnold Beitr. II. S. 373.

11) Lipp. Zehndordn. §. 3—5. Baier. Landrecht §. 13. Preuß. §. 896. Badisch. §. 710. eq. Eichstädter D. §. 6. Eichsfelder Provinzialr. §. 303. Nürhein. Provinzialr. §. 983. f. noch Wagemühlentrecht in Mascov. notit. jur. Brunsvic. pag. 23. im Anhang. Weinbart von den Befugniss des Zehndherrn von einem Acker auf den anderen auszugehen. 1743. Scherer Zehndr. S. 37. Thomas Fuld. Privatrecht S. 303. Führer meierrechtl. Verf. in Lippe S. 143.

12) S. daher auch Preuß. Landr. §. 808. Hänsel III. S. 217. Cramer Beglar. Nebenst. XII. 2. Selschow Rechtsfälle II. 39.

13) Spring Zehndr. §. 2. 4. Baier. Landr. von 1616. Tit. 28. Art. 3. Baier. von 1753. II. Thl. cap. 8. §. 13. Bad. Landrecht §. 710. c. r.

14) Müller Zehndrecht S. 100. Lippische Zehndordn. §. 10—12. Führer

8) Den in einem Jahre nicht gelieferten Zehend in dem folgenden zu fordern, steht dem Zehendberechtigten nur zu, wenn den Zehendpflichtigen eine Schuld trifft, daß im vorigen Jahre nicht ausgezehndet werden konnte ¹⁵⁾. 9) Die Zehendlast ruht zunächst auf den Früchten, und auf Grund und Boden nur, in so ferne die Last auf jeden Besitzer übergeht ¹⁶⁾. 10) Wenn der Zehend immer gleichförmig binnen rechtsverjährter Zeit in Geld oder Früchten gegeben wird, so entsteht daraus eine Zehendgült ¹⁷⁾. 11) Wird der Zehend verpachtet, so liegt dem Geschäftse eigentlich ein Verkauf einer res sperata zum Grunde; der Zehendpächter (eigentlich Käufer) kann, wenn der Vertrag keine andere Norm enthält, keinen Nachlaß fordern ¹⁸⁾ wegen Unfälle, welche die Früchte treffen, und die Forderung des Herrn geht nur auf die Leistung des im Pachtvertrag bedungenen Quantum, ohne daß er dies abändern kann, so lange die Zeit des Pachtvertrags dauert ¹⁹⁾. Bei dem Kartoffelzehend liegt dem Zehendherrs die Ausrobungspflicht bei seinem Zehendantheil ob ²⁰⁾. Eine Strafe trifft den Zehendpflichtigen wegen Nichtentrichtung des Zehends nicht ²¹⁾.

§. 186. [§. 166.] Umfang des Zehendrechts und Quantum.

1) Wenn neue, bisher nicht gebaute Früchte gebaut werden ¹⁾, so kommt es darauf an, welcher Grundsatz der Zehendpflicht in dem

§. 146. Hagemann Landwirthsch. R. S. 488. Ramdohr jur. Erfahr. III. S. 1183—1185.

15) Wohl da nicht, wo der Zehendherr säumig in der Auszahlung war, s. noch Duncker von den Reallasten S. 227.

16) Hiese Handbuch des Kirchenrechts. II. S. 784. s. jedoch Eichhorn S. 620. Aus dem canon. R. c. 21. X. de decim. ist nichts abzuleiten. Gründler Polemik I. S. 312. Hänsel III. S. 205. Es muß bemerkt werden, daß an manchen Orten bestimmt in den Gesetzen ausgesprochen ist, daß der Zehend auf dem fundo hafte. Z. B. in Bayreuth Gesetz von 1746 in Arnold II. S. 222. Dann muß freilich diese Ansicht befolgt werden.

17) Reinhard jurist. Ausf. I. Bd. S. 355. Brauers Erläuter. zum badischen Landrecht. I. Thl. S. 637. Ausführliche Vorschriften darüber im revid. Entw. des Provinzialr. des Herzogthums Cleve S. 58.

18) Weishaar würtemb. Privatr. II. S. 101. — An manchen Orten haben die Zehendpflichtigen bei Zehend-Verpachtungen ein Näherrecht. Klein Rechtsprüche III. 4.

19) Ueber Zehendverpachtungen, Müller S. 77. Schönjahn über das Recht des Zehendherrs, den Zehend zu verpachten. Wolfenb. 1806. Frezel Repertor. württemberg. Gesetze. VI. S. 447 u.

20) Hagemann pract. Erörter. VII. S. 229. Edln. Berordn. vom 17. Sept. 1771. s. jedoch Hänsel III. S. 220.

21) Dies folgt aus der Natur des Zehends als Privatrechtslast. Alte Zehendordn. bestimmen freilich oft Strafe. Tausch Rechtsf. III. S. 487.

1) Brever Rechtsfälle VI. Thl. S. 147. Hofmann diss. solani tuberos.

Landes gilt. Da, wo eine Universalzehendpflicht begründet ist, die großen und kleinen Zehend umfasst, wird jede neu gebaute Frucht auch zehendpflichtig seyn ²⁾. Wenn nach Feldsturen die Zehendherrschaft getheilt, und allgemeine Zehendpflicht im Lande ausgesprochen ist, werden die im Sommerfeld gebauten Früchte dem Herrn des kleinen Zehend, und die im Winterfeld gebauten dem Herrn des großen Zehend gehören ³⁾. Geht die Zehendpflicht nur auf den großen Zehend, so kann eine neue Frucht nicht zehendpflichtig seyn, wenn sie nicht entschieden ⁴⁾ als Art der Früchte erscheint, die nach ihrer Beschaffenheit zum großen Zehend in dem im Lande gesetzlichen oder herkömmlichen Sinne gehören, oder wenn nicht universelle Zehendpflicht begründet ist. Neue bisher nicht gebaute Früchte, die ihrer Natur nach zu den Früchten gehören würden, die in dem Lande als Früchte des kleinen Zehends betrachtet werden, sind da nicht pflichtig ⁵⁾, wo der kleine Zehend nur, so weit er herkömmlich ⁶⁾ ist, gefordert werden darf. 2) Wenn auch seit dem Anbau einer neuen Fruchtart der Zehendherr ein Geldäquivalent statt Zehend erhielt, so kann er doch die Naturalauszehndung später fordern, wenn nicht die Zehendpflichtigen specielltes Recht auf Leistung in Geld erwarben ⁷⁾. 3) Wenn in den Brachfeldern Früchte gebaut werden, so

escul. jur. quaedam. Tubing. 1774. Cramer Reglar. Nebenstunden. XII. Tbl. S. 25. 58. Schorch neue Samml. von Gutachten S. 105. Andreer Meinung Schmidt hinterlassene Abh. II. Bd. S. 100. Canaagieser Dec. VII. p. 74. Schon eine Urkunde von 1245 in Günther Cod. Rheno-Mos. II. p. 204. beweist die Ansicht, daß man bei Cultureeränderungen nur darauf sah, wenn der Beschaffenheit der Frucht nach, ohne Rücksicht auf die bisherige Cultur, der Zehend von einer Frucht gebührt.

- 2) Man muß darnach sehr vorsichtig seyn, aus alten Zehendordnungen, die in Ländern entstanden, wo eine solche Universalzehendpflicht behauptet wurde, zu viel zu schließen; man erklärte dann freilich alle neuern Früchte in solchen Ländern für zehendpflichtig. In der nämlichen Gegend war große Verschiedenheit, z. B. in Köln waren Kartoffel zehendpflichtig erklärt; eben so in der Herrschaft Dierdorf; in Agbach waren sie es nicht. In Trier nur da, wo nach Herkommen die Pflicht zum kleinen Zehend alle geringern Früchte umfaßte. Zusammenstellung des osirhein. Provinzialr. S. 956—60.
- 3) Von Württemberg, Weißhaar II. S. 94. Kepscher würtemb. Privatr. I. S. 515. Bad. Landr. §. 710. c. h.
- 4) Die Vorschrift des badischen Landrechts 710 c. 1. ist nicht gemeinrechtlich.
- 5) Seuffert Beiträge zur Rechtsanwendung in Baiern. 1836. nr. 52. f. jedoch strengere Grundsätze über Zehendpflicht neuer Früchte in Risnet über Wirkung der absoluten namentlich pfarrlichen Großzehendrechte. Regensburg, 1841.
- 6) Daß Herkommen entscheidet auch hier am meisten. Annalen der badischen Gerichte 1838 nr. 49.
- 7) Hagemann pract. Erört. VII. S. 228. Gründler Polemik I. S. 313.

ist da, wo Universalzehendpflicht begründet ist, auch die Brachfrucht pflichtig ⁸⁾; ist dies nicht der Fall, so muß der Umstand, daß nur in dem bisher zustehenden Umfang das Recht auszuüben ist ⁹⁾, der Forderung des Zehendherrs entgegenstehen ¹⁰⁾. 4) Früchte von Grundstücken, die Gartenrecht haben ¹¹⁾, sind allgemein in Deutschland, wenn auch in dem Bezirke überhaupt Universalzehendpflicht besteht, nicht zehendpflichtig ¹²⁾. Die Anlegung von Gärten war freilich in manchen Orten gesetzlichen Beschränkungen unterworfen. Wo diese nicht bestehen, muß die Anlegung von Gärten dem Culturberechtigten freistehen ¹³⁾. 5) In Ansehung des Quantums besteht zwar in der Regel der Zehend im 10ten Theile; allein nicht nothwendig, da auch der 4te und 6te Theil ¹⁴⁾ eben sowohl, wie der 11te ¹⁵⁾, 20ste und selbst 60ste Theil ¹⁶⁾ vorkommt. Da der Zehend vom wirklichen Erzeugnisse des Guts (dem Bruttoertrage des Feldes) genommen wird, und der Zehendherr nichts zu den Cultur-, Saat- und Aernbtkosten und den Grundsteuern beiträgt ¹⁷⁾, so besteht

8) In so ferne haben Pufendorf obs. II. obs. 157. §. 5, Barthel de decimis Sect. II. §. 1, Eichhorn S. 621, Recht.

9) Scherer Zehendrecht S. 81. Wigand Provinz.-R. von Paderborn. I. S. 289. Maurenbrecher I. S. 736.

10) Landesgesetze sprechen oft Befreiung für die Brachfrucht aus. Preuß. Landr. §. 880. Hannov. Verordn. vom 16. August 1802 in Spangenberg Samml. IV. S. 358. Aus den rhein. Provinzialrechten ergibt sich, daß überall das Herkommen entschied. An manchen Orten mußte für die neue Fruchtart eine Geldentschädigung gegeben werden. Eichsfelder Provinzialr. §. 299.

11) Pufendorf obs. IV. nr. 138. Hauer Gesetz im Unterth. IV. S. 189. Eisenhart deutsches Recht in Sprüchwörtern S. 228. Hagemann Landwirthschafter. §. 135. Kerscher württemberg. Privatr. I. S. 510. Scholz das Gartenrecht S. 22. Provinzialr. des Herzogth. Berg §. 457.

12) Was in Landesgesetzen über Zehendfreiheit mancher neuen Fruchtarten vorkommt, ist nur particularrechtlich. Berg Handbuch des Polizeirechts. VII. Thl. S. 278.

13) Ueber solche Beschränkungen s. Maurenbrecher I. S. 480.

14) Ulrich differ. decimar. §. 29. Böhmer de orig. et rat. dec. §. 13. 14. Struben rechtl. Bedenken. IV. nr. 169. Scherer Zehendrecht §. 35. Bremische Zehendordn. von 1743 §. 21. Beispiele in dem osthein. Provinzialr. §. 230. Trier. Verordn. vom 2. October 1731 §. 2. 3.

15) Vorzüglich bei den niederländischen Colonisten üblich. Eolking de Belgis in Germ. Sect. II. Cap. 3. §. 7. p. 185. Versesde niederländische Colonien. I. S. 146, daher auch in Holland häufig der 11te Theil: rechtsgeleerde observ. zu de Groot III. p. 179.

16) J. B. in Ansbach, Müller vom Zehendrecht S. 5; von Holstein Fall staatsbürgerl. Magazin. I. S. 829.

17) C. 26. 28. 33. X. de decim. In einigen Ländern verpflichtet das Gesetz den Zehendberechtigten zur Grundsteuer beizutragen; J. B. Nassau. Gesetz vom 10. Februar 1809 §. 16. Zusammenstellung der osthein. Provinzialr. Seite 363.

meistens die Leistung eigentlich ¹⁸⁾ im dritten Theil des reinen Ertrags.

§. 187. [§. 167.] Collision mehrerer Zehendherren, und Einfluß der Culturveränderung.

I. Mehrere Zehendherren ¹⁾ können in der nämlichen Gemarkung das Zehendrecht A. entweder in Gemeinschaft ausüben, oder B. jeder ein abgesondertes Recht haben; und zwar 1) so, daß Einer das universelle Zehendrecht, und ein Anderer neben ihm nur auf gewisse Grundstücke oder gewisse Früchte das Zehendrecht hat; oder 2) so, daß jeder der Zehendberechtigten den Zehend von dem nämlichen Grundstück und den nämlichen Früchten in Anspruch nimmt; oder 3) daß Einer das große, der Andere das kleine Zehendrecht hat; oder 4) jeder Zehendberechtigte nur auf bestimmte Bezirke beschränkt ist. Der Hauptgrundsatz ist, daß der Zehendpflichtige nie wegen des nämlichen Grundstücks von den erzeugten Früchten doppelt zehendpflichtig seyn kann ²⁾. Der Besitzer des Grundstücks kann daher durch das Zusammentreffen mehrerer Zehendberechtigten nicht leiden; in dem obigen ersten Falle ³⁾ hält sich jeder Zehendherr an die Früchte und an diejenigen Grundstücke, die ihm pflichtig sind; im zweiten Falle ⁴⁾ kommt es darauf an, ob der Universal- und der Particular-Zehendherr neben einander im Besitze des Zehendrechts sind, in welchem Falle nach dem Verhältnisse, das durch Vertrag oder Herkommen besteht, der Zehend unter ihnen getheilt wird ⁵⁾, oder ob der Particularzehendherr den Universalzehendherrs von dem Bezuge ausgeschlossen hat ⁶⁾; im dritten Falle ⁷⁾ übt jeder sein Recht in Ansehung aller Früchte aus, welche in den Umfang seines Rechts fallen, je nachdem die Früchte zum großen oder kleinen Zehend

18) Vgl. Handbuch der Staatswirtschaft. III. S. 368. Verhandlungen der zweiten Kammer der Landstände in Baden 1819. IV. Heft. S. 167. Bei schlechten Aeckern wird die Last noch drückender. s. darüber die Verhandl. der Kammer in Baden (1831. 1833), und in Württemberg (1835. 1836.).

1) Schweizer der fluge Zehendbeamte cap. 6. §. 8. Scherer Zehendrecht Seite 42—45.

2) Meyser S. 514. und Maurenbrecher I. S. 739.

3) Weishaar würtemb. Privatr. II. S. 89.

4) Hänsel Bemerk. III. S. 209.

5) Es giebt in Baden viele Orte, wo ein Zehendherr von dem Grundstücke 1. ein anderer 2 Zehend hat.

6) Da im Zehendrechte so vielfach das Herkommen entscheidet, so erklärt sich auch das Vorkommen dieses Verhältnisses leicht.

7) Weishaar II. S. 90.

gehören; im vierten Falle hält sich jeder an den Bezirk, der ihm zehendpflichtig ist. II. Da das Zehendrecht nur ein hypothetisches ist, nämlich dann wirksam wird, wenn zehendbare Früchte gewonnen werden ⁸⁾; da der Grundsatz der Freiheit des Eigenthums der entscheidende ist, und der Zehendherr kein Recht auf ein Handeln, nämlich auf das Anbauen bestimmter Fruchtarten hat; da auch cano- nisches Recht ⁹⁾ nur da Anwendung findet, wo in Bezug auf geist- liche Zehenden Universalzehendpflicht gilt, und Zehenden nicht als Dienstbarkeiten zu betrachten sind, so muß der Grundsatz entschei- den ¹⁰⁾, daß der Zehendpflichtige als Eigenthümer oder Culturbe- rechtigter des Grundstücks nicht gehindert werden kann, die ihm als nützlich erscheinenden Culturveränderungen zu machen ¹¹⁾, wenn auch dadurch der Zehendberechtigte leidet ¹²⁾. Wird eine neue Frucht gebaut, so entscheiden die im §. 186. aufgestellten Grundsätze. Der Zehendberechtigte, der nach der bisherigen Cultur ¹³⁾ Zehend bezog, behält sein Recht, welches sogleich wieder ausgeübt werden kann, wenn die pflichtigen Früchte gebaut werden. Auf jeden Fall muß man doch das Recht der Cultur-Veränderung dann anerken- nen ¹⁴⁾, wenn nachzuweisen ist ¹⁵⁾, daß nach richtigen landwirth- schaftlichen Grundsätzen die bisherige Culturart dem Eigenthümer nachtheilig ist. Diese Grundsätze sind zwar an vielen Orten ¹⁶⁾ wegen

8) Unterholzner v. d. Verjährung II. §. 237. n.

9) Diese Handb. des Kirchenr. II. §. 789.

10) Oesterreich. Ges. in Hauer Ges. IV. §. 207. Müller Zehendrecht §. 30. Von Baiern: Beiträge zur Rechtsanwendung in Baiern 1836. nr. 3. Seite 26. — Das neue holländische Gesetzbuch §. 789. erkennt klar das Recht der Veränderung an. Die frühere Zeit erkannte das Recht zur Culturveränderung an. Merkwürd. Urtheil von 1362 in Hist. Gesch. von Rabburg §. 101, und ein Hagergerichtsprotocoll von 1715 in Nol- ten diatr. de jur. villicor. p. 123.

11) Die älteren Juristen waren weit mehr als spätere günstig der Freiheit der Zehendpflichtigen, s. B. Baron Schmid semicentur. cont. 29. nr. 7. Chlingensperger disput. de decimis (Ingolst. 1694) pag. 93.

12) Strenge Grundsätze gegen Culturveränderung: Preuß. Landr. §. 885. Pufendorf Obs. III. nr. 202. Struben rechtl. Bed. III. nr. 77. Eich- horn §. 254. Spangenberg pract. Erört. I. nr. 35. Gröndler Polemik I. §. 315. Maurenbrecher I. §. 738. Hänsel Bemerk. III. §. 208. Kopsch würtemb. Privatr. I. §. 512.

13) Das Recht der Zehendpflichtigen, Gärten anzulegen, beschränkt Scholz im Gartenrecht §. 20. Das Recht, auf zehendpflichtigen Grundstücken zu bauen, wird beschränkt in Scholz Baurecht §. 151.

14) Die Bremer Zehendordn. §. 4. 6. fordert Einwilligung des Zehendherrn.

15) Juristische Zeitung für Hannover 1830. nr. 5. §. 71.

16) In der Eichstädter Zehendordn. von 1709 (in Arnold Beitr. II. §. 377.) §. 12. soll sogar, wenn jemand die Cultur ändert, und nun keine zum großen Zehend gehörige Früchte baut, dennoch der Zehend dem Herrn

irriger Ausdehnung der Natur des Zehendrechts sehr beschränkt worden, so daß die Culturveränderung zum Nachtheil des Zehendherrschaft unterlag; allein nur da, wo und soweit solche Beschränkungen gesetzlich eingeführt sind, können sie die Freiheit des Zehendpflichtigen hindern.

§. 188. [§. 168.] Neubruchzehend.

Aus dem Rechte, den Zehend von den auf gewissen in einem bestimmten Bezirke liegenden Grundstücken gebauten Früchten zu ziehen, folgt noch nicht nothwendig auch das Recht, den Zehend von Früchten in Anspruch zu nehmen, die auf Grundstücken wachsen, welche bisher nie gebaut wurden. Aus dem canonischen Rechte ¹⁾, welches das geistliche Universalzehendrecht auch auf terra novalis ²⁾ ausdehnt, ist nichts zu folgern ^{2a)}, wenn von weltlichen Zehenden die Rede ist. Seit dem XVI. Jahrhunderte hatten an vielen Orten aus Mißverständnissen ³⁾ die Regenten den Neubruchzehend ⁴⁾ als

gereicht werden, der bisher großen Zehend bezog. Eben solche strenge Vorschriften siehe in dem Ausbachischen Gesetz von 1772 über Fruchtwechsel in Arnold Beiträge. II. S. 131. Nach dem Provinzialr. v. Elvez §. 72. 73. wird es ganz dem Zehendpflichtigen überlassen, welche Cultur er einführen will; er darf nach §. 76. zwei Jahre den Acker ruhen lassen; läßt er ihn länger liegen, so darf der Zehendherr ihn bauen. Wenn der Pächter Veränderungen vornimmt, die Production zehendbarer Früchte verhindert, so muß er nach §. 78. den Zehendherrschaft entschädigen. s. auch strenge Grundf. im Halberstäd. Provinzialr. §. 121. — Die Stelle des bayer. Landr. II. cap. 10. §. 11. ist sehr verschieden ausgelegt und verliert ihre Härte durch Vergleichung mit §. 3 u. 25.

1) C. 21. X. de Verb. Signif.

2) Man unterschied in Deutschland schon früh Neubruch (Rottland), d. h. ein Grundstück, das seit Menschengedenken kein Gegenstand einer landwirtschaftlichen Bearbeitung war, vom Aufbruch, d. h. dem seit langer Zeit unbenutzt gelegenen Grundstück.

2a) Schon früh war Streit, Urf. von 1086 in Günther Cod. Rhen.-Mos. p. 151 und 1063, in Houthem hist. Trev. I. p. 405; französ. Coutumes nennen die terra novalis: rompiez. Coquille Cout. de Nivernois p. 161. Anten Geschichte der Landwirthschaft. III. S. 179.

3) Hiezu trugen bei die irrige Meinung von der Regalität aller herrenlosen Landereien, ferner das Wildbannrecht, das durch Cultivirung von Grundstücken litt, und die Ansicht, daß ohne landesherrliche Erlaubnis Niemand oder Gründe cultiviren dürfe, endlich auch bei Protestanten die Veränderung des canon. Rechts. — s. gut Ausbacher Berorden. von 1700 in Arnold Beitr. zum deutschen Privatr. II. S. 56.

4) Tract. de jur. incorpor. Tit. 4. §. 5. nennt sie Gründe, alda zuer weder Furch noch Strang noch Gräben gesehn, noch nie was gebaut werden. In Frankreich hieß dies Land rompiez, rapticia. s. Lauriere gloss. p. 34. s. noch bayer. Landr. §. 10. Preuß. §. 890. s. noch Hedderich de eo quod just. est circa noval. decim. in Germ. Bonn. 1782. Weber de decim. nov. Bamberg, 1793. Böhmer de orig.

Regale ⁵⁾ erklärt; allein diese Ansicht ist gemeinrechtlich unbegründet ⁶⁾, und wo sie auch vorkommt, kann sie nicht auf Ländereien angewendet werden, die im Eigenthum einer Gemeinde oder einer Privatperson sind, und ebensowenig auf Grundstücke, die bisher als Wiesen benutzt waren, und erst neu mit zehendbaren Früchten angebaut werden ⁷⁾. Wenn nun in Bezug auf die Zehendpflicht von Neubrüchen in einem Lande keine besonderen Vorschriften bestehen, so entscheidet 1. bei weltlichen Zehenden der Grundsatz der Zehendfreiheit ⁸⁾, da die Zehendpflicht nur auf die bisher bebauten Grundstücke ging, und die Ansichten über geistlichen Zehend nicht auf den weltlichen anzuwenden sind; fordert der allgemeine Zehendherr auch Zehend von Neubrüchen ⁹⁾, so hat er dies besonders nachzuweisen.

II. Wenn dem Fiskus in dem Lande Neubruchzehendrechte zustehen,

dec. §. 30. 31. Runde Beiträge zur Erläuterung rechtlicher Gegenstände. I. Thl. nr. 14. Scherer S. 27. Müller S. 97. f. noch badisch. Landrecht §. 710. b. c. Brauers Erläut. I. Bd. S. 528. f. noch badisches Landr. 710. b. c., welches nur einen ein Menschenalter hindurch dauernden Anbau fordert. Brauer Erläuter. I. S. 528. v. Hohnhorst Jahrbücher des badischen Oberhofgerichts. I. Thl. S. 82.

- 5) J. B. in Württemberg seit päpstlicher Bulle von 1480; allein erst 1522 wurde Neubruchzehend als Regal förmlich erklärt. Reyscher württemberg. Privatr. I. S. 507. Weishaar II. S. 57; in henneberg. Landsordn. von 1539 V. Buch. 28 Cap.; in Hessen f. Eigenbrod Verordn. II. S. 61; in Calenberg und Grubenhagen f. viel in Struben rechtl. Bedenken. I. nr. 100; v. Baden, drittes Constitutionsedict §. 46. Lit. 6, viertes §. 18. Lit. 6. Bülow und Hagemann Erörterungen III. nr. 33. Ramdohr jur. Erfahrungen. III. S. 1185. Pfeflinger Vitriar. illustr. Lib. III. Tit. 18 §. 73. Repertorium des Staatsrechts. IV. S. 880. Als Regal ist ferner der Neubruchzehend noch erklärt im Halberstädtischen Provinzialr. §. 122. (wichtig Motive dazu S. 191.). f. ferner in Ansbach (Arnold Beitr. zum deutschen Privatr. II. S. 56. 149.); in Bayreuth (Arnold II. S. 229.). In Eichstädt (Arnold II. S. 376.) waltete die Idee des geistlichen Zehenden vor. Die Regalität dieses Zehend besteht ferner noch in Köln (Verordn. v. 24. December 1793), in Bendorf, in Agbach (f. osthein. Provinzialr. S. 362.). Im Frierischen (Verordn. v. 1731), gehört Rovalzehend dem Pfarrer. In Eichsfeld (Provinzialr. §. 301. u. wichtig Motive zum Provinzialr. Seite 281.) wurde vom Neuland nie Zehend gegeben. Ueber Neubruch in Oesterreich, Tausch Rechtsfälle III. Seite 479.
- 6) Bülow und Hagemann pract. Erört. III. S. 200. Gans Zeitschrift für Hannover. I. Bd. III. Heft. S. 555. Hänsel III. S. 212. Maurenbrecher I. S. 733.
- 7) Die wichtigste Erklärung, was Neubruch ist, findet sich in Ansbacher Verordn. von 1584 (in Arnold Beiträge II. S. 10.), wonach nur terrae incultae, wilder Bergwald, unfruchtbare Gründe, Fölzer, die bei Menschengedenken nicht gebaut und genossen worden, Neubruch sind, wenn sie mit dem Pflug umgebrochen werden.
- 8) S. van Leuwen censura for. II. cap. 24. nr. 14, und Schorer in annot. zu de Groot p. 396. Gründler S. 321. Hänsel III. S. 213.
- 9) Auch Vastina in Urk., f. Gruppen obs. rer. agrar. p. 69.

so kommt es darauf an, ob er den Zehend jure territoriali oder als allgemeiner Zehndherr bezieht ¹⁰⁾. III. Fordert jemand von Neu-gerenth Zehend aus dem Grunde seines allgemeinen Zehndrechts, so muß er dies allgemeine Zehndrecht in dem Bezirke, in welchem das neu gebaute Land liegt, beweisen ¹¹⁾. IV. Wird Zehend von Aufbrüchen gefordert, in so ferne ein früher cultivirtes, längere Zeit aber nicht bebautes, oder bisher nur als Wiese benutztes Land in Cultur gebracht wird, so übt derjenige, welcher zur Zeit des früheren Anbaues den Zehend von dem Grundstück bezog, das Recht wieder aus ¹²⁾, in so ferne sein Zehndrecht auch auf die Art der Früchte sich bezog, welche jetzt gebaut werden, und nicht erwiesen wird, daß das Grundstück früher schon die Zehndfreiheit erworben habe. Aus dem westphälischen Frieden ¹³⁾ läßt sich nichts ableiten, da die Stelle nur den Schuß der Besitzrechte derjenigen Stiftungen ausspricht, die das Recht auf Neubruch erworben hatten, und da sie auf gemeines Recht ¹⁴⁾ verweist ¹⁵⁾.

§. 189. [§. 169.] Frohnen. Historische Einleitung.

Die heutigen Frohndienste sind erst allmählig aus verschiedenen ¹⁾ Verhältnissen und Gründen entstanden ²⁾, und zwar sind ³⁾ dabei

10) Wichtig wird dies wegen der Zehndfreiheit, die gegen das Zehndrecht in Betrachtung kommen darf. s. noch Ansbacher Berordn. von 1584 in Arnold II. S. 11, und über Zehndfreiheit Arnold S. 60.

11) Dieser Beweis mißlingt häufig, weil es nicht genügt, wenn nur die Zehndpflicht eines ganzen Bezirks erwiesen wird, sondern auch, daß die Zehndpflicht alle nicht bloß bisher cultivirten Ländereien umfaßte.

12) Spangenberg in der neuen Ausgabe von Struben rechtl. Bed. I. S. 402. Wichtige Bemerkungen in Arnold Beiträge II. S. 59.

13) Westphal. Friede Art. V. §. 47. Gerstländer Handbuch X. Bd. S. 2212. Samhaber de normis pacis Westphal. de jure decimar. noval. Wirceb. 1789. s. noch Munde §. 512.

14) Was darunter zu verstehen ist, s. Brauers Abhandl. zur Erlaut. des westphäl. Friedens, 2r Bd. S. 447; dagegen Repertorium des Staatsrechts I. c. S. 886. Hünzel Bemerk. III. S. 214.

15) Was von Freijahren des Novalzehends vorkommt, ist nur particularrechtlich. In Hessen-Darmstadt (Bes. vom 7. Febr. 1821) ist dieser die landwirtschaftliche Industrie hindernde Zehend aufgehoben. s. noch Rüdiger Archiv für die neueste Gesetzgebung. III. S. 335. In Baden ist der Neubruchzehend durch Gesetz vom 28. Dec. 1831 aufgehoben.

1) Es ist daher vergeblich, aus einem Entstehungsgrunde alle Frohnen abzuleiten, wie Kindsinger (Münster. Beitr. II. S. 58. Gesch. von Westmessen. I. S. 60. Geschichte der Hörigkeit S. 204.) sie aus den Hofdiensten, die zum Haupthofe geleistet wurden, ableiten will; während Richard sie aus den Edelvogteien (Richard von den Bauerngütern S. 75. 200.), und Ditz (Handbuch V. S. 203.) aus einem Dienstvertrage ableiten. s. noch über Ursprung: Römischer Rechte d. grundherrl. Adels S. 72.

2) Franzöf. Autoren leiten die Frohnen aus dem römischen Rechte ab, z. B.

1) die vermöge einer Pflicht des öffentlichen Rechts zu leistenden Dienste [servitia] ⁴⁾ von den durch den Gemeindegenuß aufgelegten, und 2) wieder von den an einen Privatfrohnherrn zu leistenden Diensten zu trennen. Unter den Ersten finden sich früh schon wahre Unterthandendienste ⁵⁾ [angariae, parangariae], theils ursprünglich als Reichsdienste, theils an Beamte, theils dem Territorialherrn zu leistende Dienste; und zwar gehörten dahin ⁶⁾ theils die Landfolge, d. h. die im öffentlichen Interesse zu fordernden Unterthandendienste, theils die Burgfesten, theils die Herrendienste, welche von den Bauern häufig statt der Steuern geleistet wurden. Bei den Diensten der dritten Art ⁷⁾ kamen früh a) Dienste im Verhältnisse zum Haupthofe, oder b) gutsherrliche Dienste vor, aber auch c) rein conventionell für gewisse Verleihungen übernommene Dienste, die um so leichter zu einer Zeit entstanden, wo man statt des Verleihungspreises oder statt Geldes persönliche Dienste stipulirte ⁸⁾. Der Verfall

Guyot des siefs. Tom. I. p. 228. f. auch Cujaz ad Tit. Cod. de agricolis. Loisel instit. Cout. II. p. 422. f. aber Boubier Cout. de Bourgogne II. p. 329. Einen Einfluss auf die Ausbildung der Lehre von den Frohnen hatte aber römisches R. in Tit. Cod. de agricolis et censit. Lehrreich sind die französischen Untersuchungen über Geschichte der Frohnen in Boubier Cout. de Bourgogne II. p. 327—347. Basnage Cout. de Normandie I. p. 94. Coquille Cout. de Nivernois p. 129. Argentré ad Consuet. Briton. p. 1341. Lauriere glossaire du droit françois pag. 292. In den Urkunden kommen als Dienste früh vor: gestum auch herbergamentum als Pflicht der Bauern dem Herrn und seinen Leuten auf der Reise Wohnung zu geben, past (Beförderung des Herrn), brennaticum (Hundefütterung), corvedae (eigentliche persönliche Frohnen), bium (Ochsen zur Bearbeitung des Landes des Herrn zu stellen; schon in Urf. von 1086); f. darüber Guerard Cartulaire de l'abbaye du St. Pere p. CXLIX. u. CLVI.

- 3) Wigand, die Dienste, ihre Entstehung, Natur, Arten und Schicksale. Hamm, 1828.
- 4) In früheren Urkunden wohl getrennt vom gemeinen Dienste der Hörigen (opus), Wigand S. 35, allein später überhaupt für Frohne gebraucht.
- 5) Capitul. Carol. Magn. I. p. 1. VII. 367. Capitul. Carol. Calvi. Tit. 23. §. 14. Edict. Pistense §. 29. Leg. Visigoth. V. Tit. 5. §. 3. Capit. de villis, Cap. 3; über angariae f. du Cange sub voce: parafredi angariae s. parangariae. Hüllmann Finanzgeschichte S. 95, und Dreyer Abhandlungen I. S. 425. Préface zum recueil des ordonnances vol. XVI. p. 113, und merkw. über angar. Constit. regn. Siculi lib. I. tit. 47, II. 32, III. 10. 60. Ueber die große Zahl der Frohnen in Italien: Cibrario opuscoli p. 225.
- 6) Wigand Provinzialrecht von Naderborn. I. S. 245. Wigand Provinzialrecht von Minden. I. S. 370. Lünzel die bäuerl. Lasten S. 147.
- 7) S. des. Hünfel Erturste III. S. 229.
- 8) Urf. von 1037 in Hontheim hist. Trev. I. p. 372. Dunfer 221. Leg. Baiuvar. Tit. I. C. 13, und die Auszüge aus alten Dienstregistern bei du Cange sub voce: carropera; vorzüglich frühe Spuren der gutsherrlichen Frohnen sind in Böhmen, Hayek ad annum 752 edit. Dobner. II. p. 272. Voigt Geist der böhmischen Gesetze S. 38.

öffentlicher Verhältnisse ⁹⁾, Annäherung, nach welcher das, was dem Beamten vorher geleistet wurde, jetzt ohne Beziehung auf dies Verhältniß gefordert war, und Ausdehnung der Hörigkeit bewirkte im Mittelalter ¹⁰⁾ Zusammenwerfen der zuvor getrennten Arten der Dienste und Vermehrung derselben ¹¹⁾ vorzüglich dadurch, daß der Landesherr häufig auch der Gutsherr war. Der Umstand, daß die Vogteien allmählig erblich wurden, und dadurch die Vogtdienste ¹²⁾ in den Besitz gewisser Familien kamen, daß häufig bei Ueberlassung der Güter statt der Abgaben Dienste bedungen wurden ¹³⁾, daß auch der gemeine Landfolgedienst mit der höheren Gerichtsbarkeit häufig in die Hände von Privatpersonen, insbesondere adelicher Familien kam ¹⁴⁾, vermehrte die Dienstpflicht. Auch die Erscheinung, daß für Verleihung von Rechten ¹⁵⁾, oder für Uebernahme öffentlicher Pflichten durch den Adel, dieser häufig von den gemeinen Gutbesitzern Dienste sich versprechen ließ ¹⁶⁾, und im Laufe der Zeit man die anfangs bitt-

9) Senßburg vom Ursprung aller Abgaben S. 19. Ebel über den Ursprung der Frohnen und die Aufhebung derselben. Gießen, 1823. S. 59. 66. f. auch Merlin repertoire vol. III. pag. 237. Raepsaet origine des Belges vol. II. p. 519.

10) Der Landdienst dauerte noch im Mittelalter fort. Westphalen mon. ined. praef. Tom. IV. p. 102 (Borchwere, auch mene Landwere genannt). Westphalen l. c. T. II. p. 52. 58. 442. 449. p. 2030. Wersebe Geschichte niederländ. Colonien. I. S. 367.

11) Wigand S. 53. 61. 70. Von verschiedenen Diensten im Mittelalter, Grimm S. 350—57.

12) Vorzüglich wichtig ist hier die Benützung der Dienstregister. J. B. das registrum Prumiense in Hontheim hist. Trev. I. p. 609. Hofordmung von Märsmanster von 1144 in Schoepflin Alsat. dipl. I. p. 225. f. noch Dienstregister in Leukfeld annal. Poeldens. adp. 2. p. 242. f. noch Nachrichten von Frohnen im Mittelalter in Nachr. von dem ältesten Zustande von Savarien S. 556. Penney von der Landsiedelei S. 483. Bodmann rheingauische Alterthümer S. 772. Buri Abhandl. von den Bauerngütern S. 40. Beiträge zur Geschichte der Frohne und Scharwerk in Baiern. Frankf. 1799. Troitz jur. agrar. Belg. T. II. p. 244. Zachariae Geist der deutschen Territorialverfassung S. 237. Hüllmann deutsche Finanzgeschichte S. 93. Hüllmann historische Untersuchung über Naturaldienste der Gutsunterthanen. Berlin, 1803. Anton Geschichte der Landwirthsch. II. S. 186, III. S. 140. Wigand Provinzialrecht v. Paderborn II. S. 267.

13) Gruppen discept. for. p. 1005. Urk. in Senkenberg sel. jur. et hist. p. 340. Pistor rer. germ. II. p. 689. Schöttgen und Kreißig diplomatische Nachlese P. XI. S. 134.

14) Bouhier l. c. II. p. 328. Klöntrupph alph. Handbuch I. Bd. S. 261. Buri von den Bauerngütern S. 73. Hagemann Landwirtschaftsrecht S. 439 not.

15) J. B. für Beholungsrechte, Frohnfuhren.

16) Landbuch der Mark Brandenburg S. 21. 45. Wersebe Geschichte der niederländ. Colonien. I. S. 157, 367.

welse bewilligten Dienste, z. B. bei Reisen des Herrn, allmählig in Frohnen verwandelte ¹⁷⁾, erklärt die Entstehung mancher Frohnen. Im einzelnen Falle wird es bei der Dienstpflcht ¹⁸⁾ freilich oft schwierig auszuscheiden, was als landesherrlicher oder nur schutzherrlicher oder gutsherrlicher Dienst geleistet wurde ¹⁹⁾; besonders wird dies bei den Herrendiensten wichtig, die sehr häufig statt der Steuern aufgelegt wurden ²⁰⁾. Einfluß des Adels auf die Gesetzgebung, grundlose Vermuthungen von der ursprünglichen Unfreiheit der Bauern, die irrige Ansicht von der Verbindung des Frohnrechts mit der Gerichtsbarkeit ²¹⁾ bewirkten die Vermehrung des Drucks der Frohnen. Für die Frohnpflichtigen wirkte ²²⁾ auch der Umstand nachtheilig, daß allmählig seit dem dreißigjährigen Kriege die Adlichen von dem flachen Lande weg, mehr in die Städte zogen, und ihre Güter verpachteten, und daß die alten Schöffengerichte, welche das Maasß der Frohne billig in einzelnen Fälle regulirten, verschwanden, und die gewöhnlichen Gerichte, vorzüglich die Patrimonialgerichte, nach starren Formen oder irriger Analogie urtheilten.

§. 190. [§. 170.] Arten der Frohnen.

Im heutigen Rechte muß man unterscheiden I. die Landesfrohn^{en} ¹⁾, welche vom Unterthanen, als solchem, zum Besten des

17) S. Weisthum der Althauslauer Mark von 1570, verglichen mit den älteren in Dalwitz Cranien zum deutschen Privatrecht. I. S. 25. 58. f. noch von den Bittdiensten, Lünzel die bauerlichen Lasten S. 144.

18) S. gute Darstellung der Frohnen in Baiern, in Lang Geschichte Ludwig des Bärtigen S. 258. Schon 1416 lösten die Kammerbauern die Frohnen in Geld ab.

19) S. Art. 7. der Art. der Bauerschaft in Sartorius Geschichte des Bauernkriegs S. 387. Ueberall war jedoch der Adel wegen der Frohne mit dem Regenten im Streit. f. Tyroler Landesordn. von 1536 Tit. 6. Von Baiern, f. Landesordn. von 1474 und Erklärung der Landesfreiheit von 1508. 16. f. Nibler die Edelmannsfreiheit in Baiern S. 17. 18.

20) Lünzel I. c. S. 149.

21) J. B. in Baiern: baier. Landrecht II. Thl. Cap. 11. §. 6. Heller von Hellersberg über die Verh. zwischen Gerichtsbarkeit und Scharwerk in Baiern. Nürnberg, 1798. Beitrag zur Geschichte der Frohne und Scharwerk in Baiern. Frankfurt, 1799.

22) Ebcl S. 51.

1) de Berger de jure ordin. imper. territor. circa operas subditor. Jenae, 1729. Bucher de function. public. seu operar. territorial. indole. Rintel. 1785. Klüber öffentliches Recht des deutschen Bundes §. 382. Badisches 66 Constitutionsedict von 1808 §. 16. Weishaar würtemberg. Privatrecht I. S. 265. Haubold Lehrbuch S. 545. Pagemann Landwirthsch. S. 429—433.

Staats²⁾; II. die Gemeindefrohnen³⁾, welche als Folge des Gemeindeverbandes, von jedem Gemeindegliede, zum Besten der Gemeinde, geleistet werden; III. die Herrenfrohnen⁴⁾ (Frohnen oder Dienste im engeren Sinne). I. Zu den Landesfrohnen gehören die Gerichtsfolge⁵⁾, als die Pflicht (nach der älteren Ansicht), dem Gerichte zu folgen, wenn ein Verbrecher verfolgt wurde; obwohl es jetzt mehr auf die Pflicht, eingezogene verdächtige Personen zu transportiren und obrigkeitliche Maasregeln zu unterstützen, bezogen wird⁶⁾. Die Landfolge⁷⁾, im engeren Sinne, als Ueberbleibsel des alten Grafs- und Heerdienstes [auch Reis⁸⁾ [raisa⁹⁾], Landhobe¹⁰⁾ genannt], bezieht sich auf die Pflicht zu Kriegsdiensten, Kriegsführen, Vorspann und Diensten zum Straßenbau, wobei auch oft die Pflicht, an dem Baue fester Burgen Dienste zu thun, vorkam¹¹⁾. Erst mit Ausbildung der Landeshoheit entstand die Ansicht von Staatsfrohnen [auch oft Landfolge im weiteren Sinne¹²⁾ genannt], welche der Landesherr in dieser Eigenschaft zum öffentlichen Besten in Anspruch nehmen kann. Gemeinrechtlich läßt sich über den Umfang der Pflicht zur Landfolge im engeren Sinne nichts bestimmen¹³⁾, und es entscheidet das Landesherkommen oder die Convention, während die Staatsfrohne von der Regierung kraft öffentlichen Rechts¹⁴⁾ nach dem Bedürfnisse aufgelegt wird. Seit Einführung der stehenden Heere, der Gend'armrie und

2) Wo *angariae* in Urk. vorkommt, ist Landesfrohne gemeint. Franke var. res. p. 281.

3) Weichhaar l. c. §. 394. Badisches Edict l. c. S. 38. Sie bestehen auch da, wo die übrigen Frohnen gesetzlich aufgehoben sind.

4) Ueber Ursprung des Wortes Frohne: Behr über die Bedeutung des alt-deutschen Wortes *Fron*. Gera, 1795. Weichsel Charakteristik I. Lieferung S. 42 in not. Gründler Polemik I. S. 322.

5) Sachsenspiegel l. 70. Hauschild Gerichtsverfassung der Deutschen S. 169.

6) Gruppen discept. p. 849. Boehmer de centena sublim. §. 42. Schröter Abhandl. I. S. 341.

7) Struben rechtl. Bedenken II. 8. 9, III. 143. Bülow und Hagemann l. S. 122. Eichborn Privatrecht S. 604.

8) Schannat Sammlungen alter Documente Seite 66. Hallaus glossar. pag. 1543.

9) Urk. in Schöttgen und Kreißig Diplom. II. p. 591.

10) Struben de jure villie. Cap. V. p. 176.

11) Burchwerk genannt. Glasey anecd. pag. 97. Westphalen mon. Tom. II. p. 2042, auch Burgfesseln genannt.

12) Maurenbrecher l. S. 749. nennt sie uneigentliche Landfolge.

13) Schröter Verhandl. l. S. 342. Häberlin Repertor. des Staatsrechts. III. S. 62. Gablen Vorfrecht S. 161.

14) Wegen die wahre Staatsfrohne kann keine Befreiung Einzelner ohne Gesetz geltend gemacht werden. Pfeiffer pract. Erörter. I. S. 267.

Veränderung des Steuersystems änderte sich auch die Ansicht von den Staatsfrohnern, deren Aufhebung ohnehin die neuere Gesetzgebung aus der Ueberzeugung beabsichtigt, daß alle solche Arbeiten leichter und besser durch freiwillige Lohnarbeiter besorgt werden ¹⁵⁾. II. Zu den Gemeindefrohnern gehört auch die Pflicht zum Bau der Gemeindefrohnwege, Uebernahme von Wachen, Bothengänge u. a. ¹⁶⁾. Die Gemeindefrohnern als genossenschaftliche Lasten werden nach den Gemeindeordnungen und nicht nach den allgemeinen Frohnengesetzen beurtheilt. III. Die Frohnern im engeren Sinne (Dienste) ¹⁷⁾ sind diejenigen körperlichen Dienstleistungen, welche einem Verpflichteten zum Vortheile einer Privatperson (physischen oder moralischen), oder einer Familie obliegen. Sie kommen entweder a) als Feudalleistungen vor, welche durch das alte Subjectionöverhältniß entstanden sind, häufig durch Leibeigenschaft, Hörigkeit oder Schutzherrlichkeit, oder auch dadurch, daß die kraft öffentlichen Rechts zu gewissen Leistungen Berechtigten später zu ihrem Privatvortheil diese Dienste verlangten, oder b) sie sind privatrechtlich Begründete, so daß ihnen eine noch fortdauernde Gegenleistung, die der Pflichtige bezieht, entspricht, entweder indem Frohne bei Güterverleihung als eine der Leistungen des Besitzers, oder statt des Kaufpreises bei Bewilligungen von Rechten bestellt wurde ¹⁸⁾. IV. Sie sind nach der Beschaffenheit des Frohnberechtigten Guts-, Amts- oder Familienfrohnern, und nach Beschaffenheit des Verpflichteten entweder dingliche [Realfrohnern ¹⁹⁾], welche auf einem gewissen Grundstücke lasten, oder persönliche ²⁰⁾, welche ohne Rücksicht auf den Besitz eines ge-

15) Hessisches Gesetz vom 8. April 1819 über Aufhebung der Staatsfrohnern und Edel's Schrift I. c. S. 107. Badisches Gesetz über Aufhebung der Staatsfrohnern vom 28. Mai 1831.

16) Thomas Fuld'sches Privatr. I. S. 323. Sachs weimarisches Privatrecht Seite 354.

17) Frohnern bedeutet zwar oft die landwirthschaftlichen Dienste, u. Dienste die körperlichen Leistungen anderer Art; allein diese Unterscheidung ist nicht allgemein, wie Maurenbrecher I. S. 747. anzunehmen scheint. Im Süden ist das Wort Frohne, im Norden Dienst gewöhnlich.

18) J. B. Forst, oder Weidrechte, f. über die Vermuthung, ob Frohnern gutherrlich oder vogteilich sind. Reyscher Rechte des gutherrlichen Adels Seite 76.

19) Das badische Recht unterschied wählende von den säßigen Frohnern. Bad. Edict f. 17. Brauers Erläuterungen I. Bd. S. 572.

20) Weisshaar I. S. 262. Hannov. Gesetze der bauerl. Verhältnisse in Lingen vom 9. Mai 1823 §. 4. über die praesumptio f. Bouhier Cout. de Bourgogne II. p. 333. Zu den persönlichen gehören auch Hausgenossenfrohnern. Hänsel Bemerk. III. S. 231.

wissen Guts einer Person obliegen. In der letzten Beziehung kommen besonders Frohnen vor, welche jedem, der in einer gewissen Gemeinde, oft allgemeiner in einem gewissen Bezirke wohnt, obliegen, und zwar entweder a) gleichheitlich, so, daß jeder Bewohner die nämliche Last hat, oder b) nach der Größe ihrer Besitzungen ²¹⁾. V. In Rücksicht des Umfangs kommen bestimmte und gemessene vor ²²⁾, d. h. solche, bei welchen auf rechtsgültige Weise durch Geseh, Vertrag oder Herkommen Gegenstand, Art, Dauer und Wiederholbarkeit bestimmt ist, im Gegensatz der ungemessenen, bei welchen diese Bestimmung fehlt (§. 195.). Noch kommt die Abtheilung in ordentliche oder außerordentliche ²³⁾, und Spann- oder Handdienste vor ²⁴⁾.

§. 191. [§. 171.] Natur der Frohnen.

Frohnen ²⁵⁾ sind die zu gemeinen körperlichen Diensten verpflichtende Leistungen, welche gewisse Berechtigte von einzelnen Gutsbesitzern vermöge ihres Gutsbesitzes in gewissen regelmäßig wiederkehrenden Zeiten, oder bei bestimmten Veranlassungen mit keiner, oder unverhältnismäßig niedriger Entschädigung zwangsweise fordern können ²⁶⁾. Sie kommen 1) weder bei allen Bauerngütern, noch bloß bei Bauerngütern vor ²⁷⁾, und beweisen 2) auch nicht, daß der zur

21) Liegt die Frohnlast im Zusammenhang mit der Qualität als Gemeindeglied dem Bewohner ob, so ist auch in dem letzten Falle die Frohne als persönlich zu betrachten. Meyscher würtemb. Privatr. I. S. 459.

22) *Streit de oper. rusticor. determin. et indetermin. Erf. 1709. Hochner de operar. indetermin. et determin. Lips. 1720. Pertsch de division. oper. in determinat. et indetermin. Jenae, 1731. Struben rechtfl. Bedenken IV. nr. 195. Kind quaest. I. Cap. 70. II. nr. 32. Richard von den Bauerngütern S. 272.*

23) *Paier. Landrecht I. c. §. 3. Bauer Ges. im Unterthanesfach I. S. 88. Thomas Juid. Privatrecht I. S. 334. Weiphal deutsches Privatrecht I. Seite 353.*

24) Dahin gehören die unten §. 193. 194. genannten. *Curtius sächs. Civilrecht I. S. 291. Bülow und Hagemann Erörter. III. nr. 58.*

25) *Engelbrecht de operis rusticor. Helmstad. 1675. Deneken Dorf- und Landrecht. II. Theil. Struben de jur. villie. cap. 5. Reineccii med. leg. in rem rusticam et fabrilem. Hamburg. 1744. Klingner Samml. I. Thl. Cap. 15—18. Hauschild Abhandl. von Bauern und deren Frohndiensten. Dresden, 1771. Lahn Abhandlungen von den Frohndiensten. Frankf. 1760; neue Ausgabe von Ruhn. Weissenfels, 1795. Fiedler pract. Abhandl. über den leibeigenen Knechtstand. Wien, 1781. Etlicher pract. Handbuch für Richter und Advokaten S. 210—319. Wetherlin Darstellung der Grundsätze, nach welchen Frohndienste auszutheilen sind. 1798.*

26) Nur die vom Gutsbesitzer als solchem zu leistenden Frohnen sind wahre Reallasten.

27) *Franzke var. res. II. p. 278. Maurenbrecher Privatrecht I. S. 748.*

Frohneforderung berechnigte Herr Gutsherr ⁴⁾ oder Leihherr ⁵⁾ des Pflüchtigen ist. 3) Sie bestehen in gemeinen körperlichen Diensten, zu deren Verrichtung keine Gewerbskenntnisse gefordert werden. 4) Jede Dienstpflicht muß von demjenigen, welcher sie fordert, und zwar in der Art bewiesen werden, daß sie ihm gegen die bestimmten Pflüchtigen, von welchen er sie fordert, zustehe ⁶⁾. Dienstregister, Hofrechte, Lagerbücher und Urbarien dienen zum Beweise, wenn sie als öffentliche Urkunden oder als Beweise von Conventionen erscheinen ⁷⁾. Dienstordnungen ⁸⁾, Eigenthumsordnungen ⁹⁾, Landtagsrezeßse, sind die Entscheidungsquellen in Dienstsachen ¹⁰⁾. Bei der

Wie viele Bürger in kleinen Städten sind einem Frohnheeren pflüchtig, s. auch Hänfel Bem. III. S. 232. Frohnen heißen in Oesterreich und Tyrol Roboten, in Niederdeutschland Dienste. Die französischen Coutumes, nach welchen auch Adelige frohnpflüchtig seyn können (Bouhier coutum. II. p. 345.) zeigen, daß Frohne und Bauernstand nicht im nothwendigen Zusammenhang stehen.

- 4) Struben rechtl. Bedenken V. nr. 4.
- 5) Klöntrup alphabet. Handbuch I. S. 261. Nur bei Personalfrohnen ist Vermuthung ihres Zusammenhangs mit der Hörigkeit vorhanden.
- 6) Haubold Lehrbuch S. 536.
- 7) Etrudmann pract. Beitr. zur Kenntniß des Osnabrückischen Eigenthumsrechts XX. S. 156.
- 8) Von Pommern, Dähnert Samml. III. S. 873. Balthasar de hom. propr. pag. 331. Arndt Versuch einer Geschichte der Leibeigenschaft S. 184. Westpreuß. Provinzialr. S. 391—396. Von der Mark, Scheplitz consuet. p. 403. Mathis juristische Monatsschrift III. S. 67. Von Mecklenburg, Dienstfuhrordn. vom 6. April 1704. ErblandesB. S. 363—364. Von Hessen, Grebenordn. von 1739. Von Lippe, Dienstordn. von 1664. Braunschweigische von 1722. Von Schlesien, Robotordn. von 1562, und später in Weingarten fasc. III. pag. 354. Von Böhmen, diplomat. Beiträge III. S. 16—22. VI. Thl. S. 65. Hildesheim. Dienstordn. in d. Samml. Hildesheim. LandesB. I. S. 233. Von der Lausitz, Unterthanenordn. vom 4. Juli 1651, s. Versuch einer Darstellung der in der Lausitz vorkommenden Rechte der Herrschaften S. 39. Von Schlesien, Wenzel schles. Provinzialr. I. S. 16. Waldekische Dienstordn. von 1742. Weimar. Frohngefeze in Schmidt Samml. III. S. 413. Von Oesterreich, Tract. de jur. incorp. Tit. V. und spätere Gefetze in Hauer Gef. im Unterthansfach I. S. 61—109. In Oesterreich ergingen schon von 1771 an wichtige Robotpatente zur Regulirung des Frohnenwesens, s. Springer Statistik des österr. Kaiserstaats. I. S. 309—12; und über Gallizien (auch historisch) Orbadt die Frohnpatente Galliziens. Wien, 1838. Von Paderborn, Wigand Provinzialrecht I. S. 249. Von Minden, Wigand Provinzialrecht von Minden. I. S. 375. Vom Königreich Sachsen, Gef. vom 13. August 1830. Vom Großherzogthum Hessen, Goldmann die Gesetzgebung des Großh. Hessen S. 110.
- 9) Münster. Eigenthumsordn. Tit. 7. Reßlinghauser Eigenthumsordn. Tit. 6. Ravensburg. cap. V.
- 10) Von Landesgesetzen, s. von Baiern, Landr. II. Thl. c. 11; Preußen, Preuß. Landrecht II. Thl. Tit. VII. Abschn. 6; von Baden, Constitut.-Edict VI. von 1808 S. 16—17; von Sachsen, Curtius I. S. 280.

Beurtheilung der Entscheidungsquellen muß den Frohnregistern, in so ferne sie die von den Pflichtigen anerkannten Verzeichnisse enthalten, mehr Werth als den Frohnbüchern beigelegt werden ¹¹⁾. 5) Wenn die Fröhner von dem Herrn gewisse Vergütungen (an Geld oder Naturalien) fordern, so muß dies von ihnen besonders erwiesen werden, da die Frohndienste regelmäßig unentgeltlich geleistet werden ¹²⁾, wo aber fortdauernd regelmäßig solche Gegenleistungen vorkommen, steht den Frohnpflichtigen ein Recht darauf zu. Mit den Frohnen stehen auch die in manchen Landesgesetzen vorkommenden polizeilichen, gemeinrechtlich nicht begründeten Vorschriften im Zusammenhange, nach welchen der Bauer, welcher eine gewisse Hufenzahl besitzt, Pferde halten muß ¹³⁾, und sie nicht abschaffen darf ¹⁴⁾. Auch in kleineren Städten kommen als Ueberbleibsel der alten Vogtei oft Frohnen vor ¹⁵⁾. Die Frage, ob für das Recht des Gerichtsherrn oder Gutsherrn Frohnen zu fordern die Vermuthung spricht ¹⁶⁾, hat keinen Werth, da jeder, der Frohne fordert, sein Recht hiezu speciell erweisen muß.

§. 192. [§. 172.] Grundsätze der Ausübung.

Durch Hofrechte und anerkannten Gebrauch haben sich die Grundsätze ¹⁾ gebildet, 1) daß alle Frohnen nur auf vorgängiges Ansagen geleistet werden ²⁾, 2) mit den eigenen von den Pflichtigen mitzubringenden Werkzeugen ³⁾, für deren Verlust, wenn nicht eine

Haubold Lehrbuch S. 531—546; von Württemberg, Weishaar I. S. 261—273. Hezel Repertorium I. S. 486. Kerscher württemberg. Privatr. I. S. 459; von Nassau, Weisthum I. S. 201; von Fulda, Thomas Syst. des Fuld. Privr. I. S. 260. Neue Gesetze haben fast überall die älteren vielfach modificirt.

11) Ebel vom Ursprung S. 52. 65.

12) Kind quaest. II. qu. 14.

13) Weimar, Gesetze in Schmidt Samml. I. S. 193.

14) Sächs. Pol. D. von 1589 Art. 40, f. noch Lahn von den Frohndiensten S. 13; über den Satz: der Bauer frohnt nur, wie er bespannt ist, f. Lahn S. 33. Cramer Weglar. Nebensünden. V. Thl. 2. Abschn. S. 66. Thomas Fuld, Privatrecht I. S. 430. Hänsel Bemerk. III. S. 259. Maurenbrecher I. S. 752. not. 14. Lahn S. 20.

15) Struben rechtl. Bedenken I. nr. 177. Gatten S. 188. Lahn S. 7. 16) Kunde §. 491. Eichhorn S. 608.

1) Kind quaest. II. qu. 9. 25. Preuß. §. 332—333. Haubold S. 539. Baier. Landrecht §. 7. Ähnlich waren die Vorschriften über Frohnen in Frankreich, f. Bouhier Cout. II. pag. 336—342.

2) Hänsel Bemerk. III. S. 244. Wigand Provinzialrecht von Minden. I. S. 384. Kerscher I. S. 461.

3) Mathis juristische Monatsschrift. III. S. 80. Hagemann Landwirthsch.

Schuld des Frohnherrn vorliegt, sie keine Entschädigung fordern können. 3) Fuhrfrohn müssen mit dem eigenen Vieh und Geschirr des Pflüchtigen geleistet werden ⁴⁾; 4) nur an Werktagen mit den an jedem Orte herkömmlichen Ruhestunden ⁵⁾, 5) so daß die Zeit zum Hin- und Hergehen in die bestimmte Frohnzeit eingerechnet wird ⁶⁾, jedoch mit Rücksicht darauf, ob über die Stunden etwas bestimmt ist, oder nicht ⁷⁾; 6) die Pflüchtigen brauchen nicht nachjuden, oder Entschädigung zu leisten, wenn sie zur Frohne sich gehörig eingefunden haben, und ein nicht ihre Person betreffender casus die Leistung der Frohne hinderte ⁸⁾; 7) die Pflüchtigen sind nicht schuldig, in eigener Person Frohne zu leisten, daher sie auch an ihrer Stelle andre taugliche Personen senden können ⁹⁾; 8) sie können die herkömmlichen Vergütungen und Verköstigung verlangen ¹⁰⁾; 9) die Dienste bestehen in der Regel nur in Arbeiten, welche zur Landwirthschaft gehören ¹¹⁾; 10) der Dienst kann, wenn er zu einem bestimmten Gute gehört, nicht ohne dasselbe an Andere veräußert oder abgetreten werden ¹²⁾; wenn der Dienst nicht nothwendig zur Bewirthschaftung eines berechtigten Guts gehört, darf der Herr den Dienst an Andere verpachten oder abtreten, wenn nur dadurch nicht die Lage der Pflüchtigen erschwert wird ¹³⁾. 11) Einen

§. 436. Richard §. 311. Preuß. Landr. §. 358. Kind quaest. II. pag. 82. Hänsel III. §. 247.

4) Bülow und Hagemann Erört. III. nr. 58.

5) Hauer Ges. I. §. 72. Schorch collect. I. nr. 123. Kind quaest. IV. 58. Lennep von der Landstebelleihe §. 489. Baier. Landrecht I. c. §. 7. Preuß. §. 361—365. Richard von den Bauerngütern §. 294.

6) Hagemann Landwirthsch. §. 436. Leyser med. vol. VI. sp. 417. Berger Suppl. ad elect. disc. P. II. Tit. 5. p. 180. Sommer Darstellung der Rechtsverhältnisse der Bauerngüter in Westphalen §. 194. Richard I. c. §. 296. Wigand Provinzialr. von Minden I. §. 389. Provinzialr. von Westpreußen §. 394.

7) Hagemann Erörter. VII. §. 326.

8) Wernher obs. VII. obs. 171; f. jedoch vol. I. P. IV. obs. 69. Broekes ael. obs. nr. 369. Münster. Eigenthumsordn. II. Tit. 7. §. 17. Rathis Renatschr. III. §. 72. Richard §. 306.

9) Kind quaest. II. qu. 11. Preuß. §. 353, Wigand Provinzialrecht von Minden. I. §. 387.

10) Hofrechte in Schilter de eur. domin. in corp. feud. pag. 365. Baier. Landrecht §. 12. Preuß. §. 419. Pufendorf observ. I. nr. 121. Wigand Provinzialr. von Paderborn I. §. 256.

11) Hagemann Landwirthsch. §. 437. Kind quaest. II. qu. 9.

12) Wernher Suppl. nov. P. VIII. nr. 333. Richard von den Bauerngütern §. 285. Struben de jur. villic. cap. 5. §. 19. Buri Erläuterungen des Lehenrechts §. 753. Buri von den Bauerngütern §. 71.

13) Ludolf obs. III. obs. 245. Cramer Beclar. Nebenstunden Th. 24.

Dienstzwang, um die Säumigen mit Gewalt zur Arbeit anzutreiben, hat der Frohnenherr gemeinrechtlich nicht ¹⁴⁾, ausgenommen in so fern er als Gutsherr die Ausübungsbefugniß wegen Frohngeldern ausüben kann, oder wo er zugleich Patrimonialgerichtsherr ist, und in der gesetzlichen Weise die Vollstreckung gegen die Säumigen verfügt. 12) Ein Recht der Vermehrung der Frohne wegen der Vergrößerung des berechtigten Guts oder des Bedürfnisses desselben läßt sich nicht annehmen, wenn nicht die Frohne so bestellt ist, daß ihr Umfang von dem Bedürfnis des Berechtigten abhängt ¹⁵⁾. 13) Haben die Pächter nach bestimmten Orten Frohnfahrten zu leisten, so können sie zu Rückladungen für den Herrn nicht angehalten werden, wenn dies nicht durch Ortsgesetz, Vertrag oder Herkommen festgesetzt ist ¹⁶⁾.

§. 193. [§. 173.] Jagdfrohne. Frohndienste.

Bei Jagdfrohnen ist zwar von manchen Juristen ¹⁾ eine Regalität aus unrichtiger Ansicht von dem gemeinrechtlich nicht begründeten Jagdregal behauptet worden ²⁾; allein diese Dienste sind richtiger nur durch Leibeigenschaft, Gutsherrlichkeit oder Vogtei begründet worden ³⁾. Gemeinrechtlich muß daher angenommen werden, daß jeder, welcher solche Frohnen fordert, sein Recht hiezu speciell

nr. 4. Gablen S. 189; f. jedoch Eichhorn S. 609, gut Wigand Provinzialr. von Minden. I. S. 377.

14) Schepflitz Cons. p. 409. Lauhu S. 7. Renscher I. S. 462.

15) S. zwar Gablen Dorfrecht §. 353. 387; allein richtiger Kind quaest. for. III. 33. Pufendorf obs. I. obs. 121. Gründler I. S. 329.

* Von Trennung der Frohnenkünden. Struben rechtl. Bedenken V. nr. 49. Richard I. c. S. 299. Eurtius S. 300.

** Von Ausdehnung der Frohne auf Accessionen, f. Pufendorf obs. I. nr. 121.

*** Ob Frohnen auf dem Gut, oder der Person, oder dem Besitze haften, f. Buri von den Bauerngütern S. 73.

**** Ueber Collision mehrerer Frohnberechtigten: Hänsel Bemerk. III. S. 250.

16) Motive zum Halberstäd. Provinzialrechte S. 153. f. jedoch preuß. Landrecht §. 406.

1) Winkler superior. territor. sous operar. venat. princip. a subdit. debit. Lips. 1786.

2) Reichardt de operis venatic. Jen. 1770. Seuffert oper. venator. ad territor. quatenus refer. Wirz. 1790. f. noch von Württemberg. Weishaar I. S. 263. f. noch v. Kamptz mecklenburgisches Ewtsrecht. II. Seite 207.

3) Richtig Renscher über die grundherrlichen Rechte S. 75. f. Gründler I. Seite 330.

erweisen muß ⁴⁾, und wo dies geschehen ist, können auch diese Dienste nicht als ungemessene gelten ⁵⁾; daher Art und Zeit von dem Fordernden zu erweisen ist. Auch als Landesfrohne kann die Jagdfrohne selbst in Ländern, in welchen das Jagdregal besteht, gemeinrechtlich nicht betrachtet werden ⁶⁾; auch Landesgesetze ⁷⁾ erklären sich gegen diese Ansicht, und die alten Frohnbücher schweigen ganz von den Jagddiensten ⁸⁾. Nur die zur Vertilgung wilder Thiere, z. B. der Wölfe, angeordnete Streiferei ist früh schon ⁹⁾ und auch in neuen Gesetzen ¹⁰⁾ als eine allgemeine Unterthanenpflicht ausgesprochen ¹¹⁾, ohne daß man die Pflicht gemeinrechtlich begründen kann. Eben so muß das Recht auf Hundefüttern ¹²⁾, oder auf Jagdablager ¹³⁾, d. h. auf die Pflicht, dem Jagdherrn Nachtlager und Speise zu verabreichen, speciell bewiesen werden. Eines solchen Beweises bedürfen auch die Forstdienste ¹⁴⁾, bei welchen, selbst wenn sie rechtlich begründet sind, die Dienstpflicht, wenn der Forstgrund später erweitert wird, auf den Zuwachs des Forsts nicht erstreckt werden kann ¹⁵⁾.

§. 194. [§. 174.] Baufrohn. Wachfrohn.

Baufrohn ¹⁾ gehören zu den außerordentlichen, und müssen von dem, welcher sie fordert, besonders dargezogen werden. Werden

- 4) Hagemann pract. Erört. V. Thl. S. 186. Auch aus dem Jagdregal lassen sie sich nicht ableiten. Hänsel Bemerk. III. S. 296.
- 5) S. jedoch Ramdohr jurist. Erf. I. S. 350.
- 6) S. jedoch Eichhorn S. 605; und von Württemberg Keyserer württemberg. Privatr. I. S. 460. v. Wächter Handb. I. S. 120.
- 7) J. B. Resolution S. Georgs in Braunschweig von 1682. Seuffert diss. cit. pag. 40. Kreitzmaier Anmerk. zum baier. Landr. II. S. 1593.
- 8) Ebel S. 48.
- 9) S. Capit. Ludovic. Pii 821. cap. 4. Seuffert diss. pag. 13—25. Fritsch corp. jur. forest. P. III. app. 19 et 20. pag. 204. Thomas Fulb. Privatrecht I. S. 358.
- 10) Von Baden, Zink Repert. badischer Ges. S. 196; selbst in Frankreich, Merlin repert. II. p. 234.
- 11) In allen neuen Gesetzen äußert sich das Streben nach Beschränkung oder selbst Aufhebung dieser Jagdfrohn. Württemberg. Verordn. v. 19. April 1815, s. auch in Hezel Repertor. VII. S. 304. Großherzogth. hess. Ges. vom 6. März 1824 §. 1.
- 12) Bönners Rechtsfälle I. S. 217. Hezel Repert. würtemb. Ges. II. S. 388. Thomas Fulb. Privatrecht. I. S. 356. Lennep von der Landfrohne S. 493; von solchen Diensten s. Grimm S. 352.
- 13) Hagemann pract. Erört. V. S. 182.
- 14) Ramdohr jurist. Erf. I. S. 348. Hagemann LandwirthschaftsR. S. 443.
- 15) Hagemann pract. Erörter. IV. Bd. nr. 54.
- 1) Reineccii de odio operar. aedilit. Erf. 1730. Hagemann pract. Er-

sie zum Besten eines gewissen Guts geleistet, so enthalten sie die Pflicht zur Wiederherstellung und Besserung alter Gebäude ²⁾; ob zur Erbauung neuer Gebäude Pflicht da ist, ist in den Gesetzen verschieden bestimmt ³⁾; im Zweifel bezieht sich die Frohne auch auf bloße Veränderungen, welche an dem Gebäude zu machen sind ⁴⁾. Auch geht die Pflicht nur auf Gebäude, die mit der landwirthschaftlichen Benutzung des berechtigten Guts in Verbindung stehen ⁵⁾. Die Art der Arbeiten, die Entfernung, wie weit her die Materialien geholt werden müssen, und die Zeit sind durch Herkommen oder Statute verschieden bestimmt ⁶⁾. Auf keinen Fall kann die Baufrohne in einem größeren Umfange, als sie bisher immer geleistet wurde, verlangt werden ⁷⁾. Die Frohne zum Baue von Gefängnissen oder zu Kirchen kann nur aus dem Gesichtspunkte einer Landes- oder Communitatsfrohne gefordert werden; es muß aber das Recht zur Forderung speciell nachgewiesen werden, wenn kein Landesgesetz da ist. Als außerordentliche Frohnen gelten auch die Wachfrohnen ⁸⁾.

§. 195. [§. 175.] Ungemessene Frohnen.

Es ist wahrscheinlich, daß anfangs, wo mehr das Vertrauen und Herkommen entschieden, keine festen Verabredungen über Umfang der Frohne vorkamen, sondern das Bedürfniß des berechtigten Guts entschied; allein deswegen bestand nicht bloße Willkür, indem, wenn auch keine feste Verabredung da war, die Sitte und das Urtheil der Schöppen, welche zu entscheiden hatten, das Maas der Dienste auch bei scheinbar ungemessener Frohne immer mit billiger Rücksicht auf das Herkommen und das Bedürfniß festsetzte ¹⁾. Schon die alten

örter. I. nr. 41. 42. Mathis jur. Monatsschr. III. S. 81. Kunde §. 496. Hänsel Bemerk. III. S. 284.

2) Kind II. qu. 26–30. Haubold Lehrbuch Seite 538. Baietisches Landrecht §. 11.

3) Preussisches Landrecht §. 370. Haubold l. c. Hagemann Landwirthsch. S. 442.

4) Hänsel III. S. 287; weiter geht Hagemann Landwirthsch. S. 413.

5) Balthasar de oper. subdit. cap. 7. Klingner Samml. cap. XII. Leiser jus Georg. I. c. 7. nr. 41.

6) Preussisches Landrecht §. 369–409. Hagemann Landwirthschaftsrecht. Seite 442–445.

7) Pufendorf obs. III. obs. 121.

8) Hüblmann deutsche Finanzgesch. S. 97. Weishaar würtemb. Privatr. I. S. 297. Weber von den Rittergütern S. 220. Haubold Lehrbuch §. 166. Hänsel III. S. 291.

1) So erklärt sich die Verschiedenheit der Ansichten. Richard von den Bauerngütern S. 271. Bodmann rheingauische Alterthümer S. 774. f. zwar

Dienstregister ²⁾ als Aufzeichnungen des alt herkömmlichen Maaßes enthalten Fixirung der Dienste. I. Eine Vermuthung für die ungemessene Frohne ³⁾ ist nach der Art, wie sich die Frohnen später ausbildeten, wo das Streben nach Fixirung überall eintrat, nicht anzunehmen, wo nicht ein Landesgesetz diese Vermuthung ausdrückt ⁴⁾. Wer daher ungemessene Frohne fordert, muß dies Recht beweisen; hat er es aber erwiesen, so müssen die Pflchtigen, welche ein bestimmtes Maaß behaupten, den Gegenbeweis führen, wobei jedoch der Richter immer das Herkommen, wie es bei dem berechtigten Gute stattfand, zu beachten hat. II. Selbst wo man von der Vermuthung ehemals sprach, rechnete man darauf, daß Landesgebrauch das Maaß geben würde ⁵⁾, und Praxis und Gesetze erkennen ⁶⁾, daß auch bei ungemessener Frohne nicht die Willkühr des Frohnherrn eintrete, sondern über Quantität und Qualität das Herkommen und richterliche Ermäßigung, mit Rücksicht auf die Pflchtigen, welchen die nöthige Zeit zur Bestreitung eigener Wirthschaft gelassen werden muß, entscheiden müssen. III. Wenn auch ungemessene Frohnen vorkommen, so entscheidet bei den gutherrlichen immer das Bedürfniß des Guts, zu dessen Bestem sie geleistet werden ⁷⁾; und bei allen übrigen Frohnarten entscheidet außer der Rücksicht auf das Bedürfniß und bisheriges Herkommen auch der Landesgebrauch in der Art, daß unge-

Wigand von den Diensten S. 92 not. Maurenbrecher I. S. 748. Kersch über die grundherrl. Rechte S. 79.

2) Auszüge in Buri Abhandl. von den Bauerngütern S. 48—50. f. auch Raepsaet origine des Belges. II. pag. 415.

3) Sie ist oft durch die irrige Behauptung von der Unfreiheit der Bauern entstanden. f. Buri von den Bauerngütern S. 44 bis 53. Kunde S. 409. Hauschild von den Frohndiensten S. 69. Glücks Erläuter. der Pand. II. Thl. S. 156.

4) J. B. im baier. Landrecht I. c. §. 7.

5) Scheplitz consuetud. Marchic. II. p. 15.

6) Beyer delin. jur. germ. I. c. 5. §. 14. Ludolf obs. 105. §. 2. Mevius decis. P. IV. nr. 133. Struben de jure villicor. cap. V. §. 15. 16. Pauer Gesetze im Unterthansfach S. 72. 88. Grolman de mutat. operar. cap. II. §. 19. Cramer opusc. T. III. p. 591. Wernher observ. P. VI. nr. 373. Kunde S. 500. Hagemann Landwirthsch. S. 455—458. Preuß. Landrecht §. 314—322. Haubold Lehrbuch S. 540. Hänsel Bemerk. III. S. 297; auf ähnliche Art erkannten auch die französ. Coutumes, daß der Richter überall das Interesse der Frohnpflchtigen berücksichtigen und die unbestimmte Frohne ermäßigen soll. Bouhier Cout. II. pag. 335.

7) Mevius dec. P. IV. nr. 131. Leyser spec. vol. VI. pag. 418. Kreitmayer Anmerk. zum baier. Landrecht. II. S. 1601. Schrift über die Rechte der Herrschaften in der Laufs S. 41.

bräuchliche Frohnen nicht zu leisten sind ⁸⁾). Richterliches Ermäßigungsrecht ist überhaupt hier anerkannt ⁹⁾).

• §. 196. [§. 176.] Begründungsarten der Reallasten.

Die Bestellung der Reallasten, als solcher, so daß sie auf jeden Gutsnachfolger übergehen, I. durch bloßen Vertrag, in so ferne dazu nicht andere Verhältnisse hinzukommen, läßt sich nicht begründen ²⁾). Dies folgt ebenso aus den über Forderungsrechte gemeinrechtlich geltenden römischen Grundsätzen über den Uebergang der Verträge ²⁾) auf jeden Dritten, als aus den Grundsätzen von der Bestellung der Servituten. Wenn man die Analogie der letzteren entscheiden läßt, müßte doch eine Quasitrabition hinzukommen, ausgenommen, wenn das Landesgesetz auch bei Servituten diese Tradition nicht fordert. Nach dem vor Verbreitung des römischen Rechts geltenden deutschen Rechte ³⁾) wurden Reallasten durch den Vertrag nur bestellt, wenn durch die hinzukommende Auflassung die Gewer begründet wurde. Durch Verbreitung des römischen Rechts ist zwar die alte Auflassung als gemeinrechtliches Institut verschwunden, und wird selbst bei der Uebertragung des Eigenthums und bei Hypotheken nicht mehr nach gemeinem Rechte gefordert; allein daraus folgt nicht ⁴⁾), daß jetzt der bloße Vertrag zur Begründung einer Reallast genüge, die immer ihre deutschrechtliche (nicht nach römischen Grundsätzen zu beurtheilende) Natur beibehält. Wenn auch die alten Formen der Investitur verschwunden sind, so ist doch die rechtliche Idee dieses Instituts ge-

8) Gemmer von den Bauerngütern S. 195. Eichhorn S. 610.

9) Daher wird angenommen, daß, wenn das pflichtige Gut nicht mit der bisherigen Frohnenlast befallen kann, die hohe Frohne richterlich herabgesetzt werden kann. Gail obs. II. obs. 62. nr. 12. Kind quaest. II. 10. Haubold S. 541. Preuß. Landrecht II. Thl. Tit. 7. §. 435--462.

1) Kind quaest. II. cap. 71. Zachariae liber quaest. v. 23; s. jedoch gegen die Ansicht von Kind: Hänsel die Lehre von dem Auszug S. 22. f. noch hannov. Verordnung vom 23. Juli 1833 §. 9. Duncker von den Reallasten S. 128.

2) Es kommt hier viel darauf an, ob man die Reallasten als dingl. Obligationen oder eigene dingl. Rechte betrachtet; s. daher verschiedene Ansichten: Maurenbrecher I. S. 698. Seidensticker de oner. real p. 21. Hänsel Bemerk. III. S. 17. 20. 204. 238. Puchta von den Klagen S. 306.

3) Weichsel rechtshistor. Unters. von gutherrl. Verh. S. 198. Eichhorn S. 416; s. aber auch Albrecht von der Gewer S. 187, und Phillips Grundsätze I. S. 629.

4) Mit dem bloßen Vertrage begnügen sich jedoch Phillips Privatr. I. S. 629. Maurenbrecher I. S. 699.

blieben, nach welcher durch die Publizität ⁵⁾, die in derselben liegt, und die bei uns durch Eintragung des Rechts in öffentliche Bücher ⁶⁾ bewirkt wird, ein auf jeden nachfolgenden Gutsbesitzer verpflichtendes Verhältniß begründet wird. Außer dieser durch Eintragung der geschlossenen Verabredung in die öffentlichen Bücher begründeten Reallast kann man eine Bestellung einer solchen nur annehmen, wenn der frühere Eigenthümer eines Grundstücks bei der ursprünglichen Verleihung des Guts sich das Recht, eine Leistung von jedem nachfolgenden Gutsbesitzer zu fordern, vorbehalten hat ⁷⁾, und durch Erneuerung des Vertrags jeder nachfolgende Gutsbesitzer das Gut auch mit darauf ruhenden Lasten übernimmt ⁸⁾. Die Bestellung einer Hypothek für die Reallast genügt nicht, die Last selbst gegen jeden Gutsbesitzer zu begründen ⁹⁾. Bei Verträgen, die mit Gemeinden über Reallasten abgeschlossen und mit allen nöthigen Erfordernissen der Bestellung von Reallasten versehen werden ¹⁰⁾, kommt es darauf an, ob die gehörig vertretene Gemeinde für alle Gemeindeglieder den Vertrag schloß, oder nur die Einzelnen den Vertrag eingingen. Wo das Landesgesetz die Bestellung von Reallasten überhaupt untersagt, kann der Vertrag und die Eintragung in öffentliche Bücher keine Reallast begründen ¹¹⁾. II. Da die Verjährung nicht als eine bei allen Rechten geltende Erwerbsart erklärt ist, das deutsche Recht keine Erfindung der Reallasten kannte ¹²⁾, und es an bestimmten Analogien des römischen Rechts für die Reallasten fehlt ¹³⁾, so kann man die Verjährung ¹⁴⁾ als Erwerbungsgrund der Reallasten

5) Ueber die Bedeutung derselben Archiv für Civilpraxis. XVIII. S. 178. XIX. S. 159. Zeitschrift für österr. Recht 1839. II. Bd. S. 177.

6) Hünfel Bemerk. III. S. 20. Puchta Seite 308. Schwarz von den Reallasten S. 55. Runde von der Leibzucht S. 418. Preuß. Landrecht I. XX. §. 16—19. Zeitschrift für kurbess. Recht, 2tes Heft S. 162. s. zwar dagegen Dunfer von den Reallasten S. 135. Es kommt jedoch wohl auf die Art des Buches an; bloße gerichtliche Confirmation des Vertrags genügt nicht.

7) Die Lehre von der reservatio einer Last (analogisch, wie bei Servituten), kann hier bedeutend werden. Hünfel Bemerk. III. S. 17. Hünfel vom Auszug S. 27. s. aber Dunfer S. 132.

8) S. zwar Dunfer S. 129. 132.

9) Dunfer S. 8 u. 131.

10) Bouhier Cout. de Bourg. II. p. 351. Hünfel Bem. III. S. 238.

11) J. B. in Frankreich, Württemberg, Baden.

12) S. daher richtig Paulsen hollstein. Privatrecht S. 116.

13) Daß auch nicht die Analogie der Servitut für Verjährung der Reallasten anzuführen ist, wurde schon bemerkt.

14) Sehr viele Schriftsteller nahmen die Verjährung auch hier an. Anton Faber Cod. Lib. IV. Tit. 24. def. 5. Carpov jurisprud. for.

nur in so ferne annehmen, als eine unvorbenkliche Verjährung begründet werden soll ¹⁵⁾, oder das Landesgesetz oder entschiedene Landespraxis die Verjährung als Erwerbungsgrund der Reallasten aufstellt, oder diese Lasten nach Analogie der Servituten zu behandeln gebietet ¹⁶⁾, oder überhaupt nach dem Landesgesetze die Regel gilt ¹⁷⁾, daß alle dinglichen Rechte ¹⁸⁾ durch Verjährung in einer gewissen Zeit begründet werden können. Auf die Unterscheidung, ob die Real-last mit Proprietätsrechten verbunden ist oder nicht ¹⁹⁾, kommt nichts an. Selbst wenn das Proprietätsrecht durch Verjährung erworben ist, folgt noch nicht ²⁰⁾, daß auch gewisse Reallasten in einem bestimmten Umfang durch Verjährung ²¹⁾ erworben sind. Auch die Annahme der 30jährigen Verjährung, in so ferne durch sie die actio negatoria ausgeschlossen würde, rechtfertigt sich nicht ²²⁾. Bei kirchlichen Zehenden ²³⁾ tritt noch die Eigenthümlichkeit ein, daß die Verjährung von Zehenden durch Laien gegen die Kirche unzulässig ist ²⁴⁾; da jedoch das Lateranensische Concilium in Deutschland nie allgemeinen Eingang gefunden hat, so erklärt es sich, warum man

P. II. const. 2. def. 2. Schraessert de censu. pag. 88. f. auch französ. Coutumes, welche Servituten-Verjährung annehmen (weil man Censur den Immobilien gleichstellte). Ferriere Corps et Comp. des Commentateurs vol. II. p. 330. Von den Neueren f. Maurenbrecher I. S. 701. Seidensticker p. 21. (jedoch mit Unterscheidungen). Hänsel Bemerk. III. S. 22. 239. Puchta S. 309. Michaele in den Jahrbüchern von Schunk. XII. Bd. S. 127. f. noch Dunfer von den Reallasten S. 143.

15) Seidensticker p. 29. Maurenbrecher I. S. 701. Dunfer S. 148.

16) Die Servituterverjährung nimmt an Reyscher I. S. 454. Nach der Zeitschrift für d. Recht in Kurhessen, II. S. 162, wird vom Oberappellationsgericht in Cassel 30jähr. Verjährung angenommen.

17) J. B. in Sachsen in 31 Jahren, 6 Wochen, 3 Tagen. Haubold Lehrbuch Seite 547.

18) S. von den Frohnen: Kaestner de oper. rustic. earumque per praescript. acquisit. Lips. 1735. Seger de oblig. rustic. ad oper. per praescript. acquisit. Lips. 1769. Kind quaest. II. qu. 7. Haubold S. 547; allen diesen Schriftstellern schwebten aber Particularrechte vor, f. zwar noch Gabke BauernR. S. 380. Hagemann Landwirthsch. S. 435. Hänsel Bemerk. III. S. 239.

19) Darauf legen Werth: Eichhorn Privatr. §. 163. 164. Brünter Polkmit I. S. 333, vergl. mit Hänsel III. S. 24. und Dunfer S. 141.

20) Puchta S. 309.

21) Aus d. l. 20. Cod. de agric., woraus auch Bonhier Cout. de Bourgogne II. p. 330. die Verjährung der Reallasten ableitet, läßt sich nichts folgern. Unterholzner Lehre von der Verjährung. II. S. 297.

22) S. zwar Dunfer S. 145. Für die Begründung des possessoriums wird freilich die lange dauernde Leistung wichtig, aber nicht für das Recht selbst.

23) Thibaut über Weitz und Verjährung S. 115. Eichhorn S. 422. f. noch Reichel, die erwerbende Verjährung. Magdeburg, 1825. S. 68. Unterholzner von der Verjährung. II. S. 237. S. 301.

24) C. 6. X. de praescript.

40jährige Verjährung auch bei kirchlichen Zehenden zuläßt ²⁵⁾. Ist von weltlichen Zehenden die Rede (wenn überhaupt landesgesetzlich die Verjährung dabei anerkannt ist), so genügt die ordentliche Verjährung ²⁶⁾ gewiß auch da, wo der ursprünglich als kirchlicher begründete Zehend in der Folge in weltlichen sich verwandelt hat ²⁷⁾. Da, wo auch Verjährung von Reallasten vorkommt, kann die Verjährung gegen eine ganze Gemeinde nicht angenommen werden, wenn auch gegen noch so viele Gemeindeglieder als singuli die Verjährung begründet wurde ²⁸⁾.

§. 197. [§. 177.] Verwandlung der Naturallasten in Geld.

Gülten, Zehenden und Frohnen sind in natura zu leisten, und können nicht einseitig in Geldabgaben verwandelt werden ¹⁾. Nur ein Vertrag, durch welchen der Realberechtigte und die Pflichtigen über die künftige dauernde Verwandlung der Naturalabgabe in Geldabgabe in der Art übereingekommen sind, daß als Surrogat der ursprünglichen Naturalleistung die Geldleistung eintreten soll, giebt den Pflichtigen das Recht zur Leistung in Geld ²⁾. Die bloße noch so lange Leistung des Geldäquivalents für die Naturallast schließt den Berechtigten, wenn er nicht durch einen Vertrag gebunden ist, nicht aus, wieder die letzte zu fordern ³⁾, ausgenommen, wenn die Pflichtigen nachweisen, daß

25) Hagemann Landwirthsch. S. 499. Auf jeden Fall gilt die 40jährige Verjährung unter Protestanten. Boehmer jus eccl. I. c. §. 37. Daß man aber aus C. 6. X. de praeser. nicht die allgemeine Zulässigkeit dieser Verjährung anwenden dürfe s. Dunfer S. 143.

26) Boehmer I. c. Lib. III. Tit. 30. Wernher obs. tom. III. P. III. obs. 72. Scherer vom Zehendreht §. 72. Hauer Gesetze IV. S. 175. Struben rechtl. Bedenken. I. Thl. nr. 102. Baier. Landrecht. II. Thl. c. 10. §. 7. Ramdohr jurist. Erfahr. III. S. 1178. Preuß. Landr. II. Thl. Tit. 11. §. 801. s. aber Dunfer von den Reallasten S. 143.

27) Unterholzner von der Verjährung, II. Seite 230. Vergl. mit Dunfer Seite 166.

28) Wernher obs. Tom. I. P. IV. obs. 217. s. jedoch Zeitschrift für Recht in Kurhessen, 2tes H. S. 165.

1) Buri Abhandlung von den Bauerngütern S. 63. Kind quaest. Tom. II. qu. 17. Bülow und Hagemann Erört. III. nr. 34. Richard von den Bauerngütern S. 317. Hagemann Landwirthsch. Seite 463; dagegen aber Grohman de operar. debitar. mutat. Giess. 1734. P. II. c. IV. Struben de jur. villic. c. V. §. 20.

2) S. noch oben §. 179. nr. 5, §. 185. nr. 8. §. 186. nr. 2. Maurenrecher I. S. 704. Dunfer von den Reallasten S. 160.

3) Spangenberg zu Struben I. nr. 251 in not. Strudmann pract. Beiträge zur Osnabrück. Eigenth. D. Beitr. XX. S. 145. s. noch Buri von den Bauerngütern Seite 67. Bedmann von dem Besthaupt Seite 253. Runde §. 361.

sie nie zu Naturalleistungen verpflichtet waren. Geht man von der Ansicht aus, daß das Recht der Leistung in Natur eine *res merse facultatis* sey, so kann man die Verjährung als Begründungsart der Verzwandlung ausschließen ⁴⁾; allein ist ununterbrochen und gleichförmig in der nämlichen Summe die Geldleistung 30 Jahre lang eingetreten und hat der Realberechtigte dagegen nie protestirt, ist auch nicht aus den Umständen darzuthun, daß der Herr nur vermöge Gefälligkeit sich mit der Geldleistung begnügte, so läßt man die Verjährung als Grund zu ⁵⁾, um die Naturallast in Geldabgabe zu verwandeln. Nur als particularrechtliche Vorschrift kommt die vor, daß die Herrschaft nicht mit einigen Unterthanen auf Geld und mit anderen auf den Naturaldienst verabreden darf ⁶⁾. Wenn durch die Erlassung der Pflicht für Einen den übrigen Frohnpflichtigen des nämlichen Frohnberechtigten seine größere Verbindlichkeit weder unmittelbar noch mittelbar auferlegt wird, so hängt die Unterhandlung des Frohnnehrens mit jedem einzelnen Pflichtigen von dem freien Willen der Herrschaft ab ⁷⁾.

§. 198. [§. 178.] Erlöschung der Reallasten.

Eine besondere Erlöschungsart kann I. die Consolidation werden, wenn das berechtigte und das pflichtige Gut in einer Person eigenthümlich vereinigt wird ¹⁾, und zwar so, daß die Reallast nicht wieder auslebt, wenn auch das belastete Gut wieder verkauft wird ²⁾. II. Der Untergang des Grundstücks, worauf die Last haftet, ist Tilgungsgrund der Reallasten, wenn dies Grundstück gänzlich in seiner

4) Pufendorf obs. I. obs. 111, II. 137. Wernher obs. p. VI. obs. 109. Hänsel Bemerk. III. S. 210.

5) Haubold Lehrbuch S. 512. Preuß. Landrecht. II. Thl. Tit. 7. §. 421—431. f. auch Wiese Handbuch des Kirchenrechts. II. S. 784. Stengel Beitr. zur Justizverfassung. IV. S. 133. Eichhorn S. 609. Unterholzer von der Verjährung. II. S. 210, und Eyangenberg in der neuen Ausgabe von Struben. I. S. 390, f. Wallis und Schlüter jurist. Zeitung 1829. nr. 5. 6. Maurenbrecher I. S. 705. Gröndler Polém. I. S. 338. vgl. mit Pöffe Abhandl. II. S. 86; und Zeitschrift für das Recht in Kurhessen. II. S. 164.

6) Baietisches Landrecht. II. Thl. cap. 11. §. 8. Pufendorf obs. I. 121. Overbel Meditat. IX. Bd. nr. 452. Richard von den Bauerngütern Seite 325.

7) Stengel Beiträge XI. S. 302. Thomas Fuld. Privatr. I. S. 314.

1) Eichhorn §. 167, f. jedoch Zweifel bei Hänsel Bemerk. III. S. 33. Wenn nach bairischem Landr. §. 710. c. h. (Bräuers Erläuterungen. I. Band. S. 549) die Reallast im Falle der Trennung der Güter wieder ausleben soll, so ist dies nur particularrechtlich.

2) Maurenbrecher I. S. 695 in not.; vergl. mit Dunfer S. 149.

bisherigen Beschaffenheit aufhört³⁾. III. Durch vertragmäßige Ablösung hört ebenso die Last auf. IV. In Bezug auf die Aufhebung der Reallasten durch Verjährung muß berücksichtigt werden, daß es hier auf Forderungen ankommt, welche nicht auf einmal fällig, sondern in gewissen Zeiten immer wiederkehrend begründet werden⁴⁾. Darnach muß man unterscheiden 1) die Erlösung des Rechts, einzelne fällig gewordene Prästationen zu fordern, 2) die Erlösung des Rechts auf Leistung der Reallast überhaupt. Für die erste gilt die Regel, daß das Recht auf die einzelne Leistung so weit untergeht, als das Recht der Klage (von der Zeit des Verfalls der Leistung an) verjährt ist⁵⁾; dagegen läßt sich gemeinrechtlich nicht behaupten⁶⁾, daß die Verjährung überhaupt Tilgungsgrund des Rechts selbst sey. Ist seit unvordenklicher Zeit⁷⁾ die Reallast nicht ausgeübt, so entsteht dadurch die Tilgung derselben. Dagegen kann die während einer sonst zur Verjährung hinreichenden Zeit eingetretene Nichtausübung des Rechts⁸⁾ die Reallast nicht tilgen. Auch durch die Nichtanstellung der Klage während 30 Jahren (*actio confessoria utilis*) kann man nicht das Recht, Reallast überhaupt zu fordern, als verjährt ansehen⁹⁾. Soll daher eine Erlösung von Reallasten durch Verjährung angenommen werden, so muß durch Landesgesetz¹⁰⁾ oder Landespraxis dies begründet werden. Wo nun das Landesgesetz¹¹⁾ oder das Landesherkommen die Analogie der Servituten bei den Reallasten zum Grunde legt, werden auch diese Lasten nach den Grundsätzen von der Verjährung der Servituten erlöschen. Wenn jedoch das Landesgesetz¹²⁾ oder die Praxis die erlöschende Verjährung zuläßt,

3) Hänsel von dem Auszuge S. 174. Reyscher I. S. 458. Nicht auszu-
dehnen auf den Fall, wo es Zeitweise unbrauchbar gemacht ist, s. hannov.
Verordn. vom 23. Juli 1833 S. 15.

4) L. 7. §. ult. D. de praescript. 30 annor. Unterholzner von der Ver-
jähr. II. S. 319. Boehmer jus eccl. Prot. Lib. III. Tit. 30. S. 41.
Scherer Zehendr. S. 70. Puchta Klagen S. 310.

5) Thibaut Besitz und Verjährung S. 157. s. jedoch Eichhorn S. 107.

6) Da kein Gesetz die Extinctivverjährung allgemein bei allen Rechten als
Tilgungsgrund anerkennt. Phillips I. S. 630.

7) Maurenbrecher I. S. 703.

8) Es ist ja auch bei Servituten der non usus nicht allgemein als Tilgungs-
grund erklärt. Gluck IX. S. 377. X. S. 267. Warum überhaupt Analogie
der Servituten hier nicht paßt, s. Spangenberg practische Erörterungen. I.
Seite 328.

9) S. zwar Duncker S. 156.

10) Z. B. bair. Landrecht II. cap. 4. §. 8. Mainzisches Landrecht Tit. 29.

11) Z. B. badisches Landrecht §. 710. e. c. Von Württemberg Reyscher I.
Seite 457.

12) Ueber Verjährung der Zehendfreiheit s. Müller Zehendr. S. 7. Preuß.

ohne etwas Näheres zu bestimmen, muß man annehmen, daß eine *usucapio libertatis* durch 30jähriges Erhalten in der Freiheit gegen die Forderung nothwendig sey ²³⁾. Da die Frohne nur auf Aufjagen geleistet ²⁴⁾ zu werden braucht, so gehört zur Erlöschung ²⁵⁾ des Frohnenrechts durch Verjährung noch die Nachweisung, daß der Berechtigte die Verjährungszeit hindurch öfter in der Lage war, Frohne zu fordern ²⁶⁾, und daß er sie doch nicht forderte.

§. 199. [§. 179.] Einfluß neuer Gesetze.

Die Einsicht, daß diese Lasten der Güter eben sowohl Beschränkungen der Freiheit als verderbliche Hindernisse besserer Cultur sind, und zum großen Theile durch Verhältnisse entstanden, welche lange verschwunden sind, hat das Streben neuerer Gesetzgebungen veranlaßt, diese Hindernisse möglichst zu entfernen. Während in den Ländern, wo das französische Recht eingeführt wurde, die Rücksicht auf die Feudalität der Lasten zu einer Aufhebung der Reallasten führte, bei welcher man von einer zu weit getriebenen Vermuthung der

Landrecht I. Thl. Tit. 10. §. 510, II. Thl. Tit. 11. §. 670. Sauer Ges. im Unterthanensach. IV. S. 214. Baier. Landrecht II. cap. 10. §. 22. Rameoher jurist. Erfahr. III. S. 1182. Badisches Landrecht §. 719. f. 1. Brauer Erl. I. S. 550. Hohnhorst Jahrbücher II. Seite 95. 276. Bek und Lauteren Erbacher Landrecht S. 374; gute Erörterungen in den französischen Autoren, s. Bouhier Coutum. de Bourgogne vol. I. pag. 824. Rebuffus de decimis quaest. 13. nr. 55. Argentré ad Consuet. Briton. p. 1013. Ferriere Corps de Commentateurs vol. II. p. 514, und von Erlöschung der Zinspflicht *Coris advers. tractat.* III. Pars 2. cap. 9. Leiser Jus Georg. Lib. I. cap. 18. nr. 79. Schrassert p. 34. Hagemann Landwirthsch. S. 483. Die französischen Coutumes erkennen, daß gutherrlicher Census nie durch Verjährung, wohl aber die rentes foncières erlöschen. Ferriere corps et compil. II. p. 379. 503.

- 13) Maurenbrecher I. S. 703. Gründer Pelemit I. S. 339. Von Baden, Hohnhorst Jahrbücher des Oberhofgerichts. III. S. 155; von Hessen, Fopp Materialien der Gesetzgebung in Hessen. IV. S. 169; von Hannover, Wallis jurist. Zeitung für Hannover. 1827. nr. 6. S. 91. 100. Spangenberg pract. Tract. I. S. 335. f. noch Analogien L. 7. Cod. de praescrip. 30 annor., und Duncker von den Realasten S. 156. — Ueber L. 14. Cod. de fund. patrim. vergl. mit L. 9. §. 3. Cod. de episc. Unterholzner von der Verjährung. II. S. 320.
- 14) Seger diss. cit. Poffe Abhandl. aus dem Staats- und Privatrecht. II. Heft. S. 56. Gottschalk disc. for. T. II. cap. 6. Handold Lehrbuch S. 542. Baier. Landrecht II. cap. 11. §. 15.
- 15) Anerkannt ist es, daß durch bloßen Nichtgebrauch Frohne nicht erloscht. Nave de praescript. §. 116. Gaden Dorf- und Bauernrecht §. 384. f. jedoch Hommel obs. 33. nr. 5. Böhmer Rechtsf. II. Pars I. Consult. 23. nr. 26. Hymen Beitr. zur jurist. Literatur. V. S. 391.
- 16) Berger Oecon. Jur. I. 2. 8. pag. 40. Schmidt öffentl. Rechtsprache Seite 323.

Feudalität ausging und Privatrechte verletzte, strebte die deutsche Gesetzgebung ¹⁾, indem sie das Privatrecht ehrte, theils eine allmähliche Umgestaltung, theils Aufhebung der Lasten auf dem Wege der Ablösung zu bewirken. I. Man unterschied bei den Grundzinsen diejenigen, welche als feudal entstanden vermuthet werden durften ²⁾, und deren Aufhebung die Gesetzgebung so aussprach, daß die Entschädigung der Berechtigten von dem Staate übernommen wurde, von anderen privatrechtlich begründeten Abgaben. II. Bei den letzteren regulirte das Gesetz ³⁾ den Ablösungsmaassstab, indem es die Ablösung den Pflichtigen überließ und die Berechtigten zwang, gegen den gesetzlichen Maassstab die Ablösung zu gestatten. III. Bei den Zehenden ⁴⁾ wurde dieser Grundsatz ebenfalls angenommen, jedoch so, daß in manchen Staaten ⁵⁾ selbst der Staat einen Theil zur Ablösungssumme beitrug ⁶⁾. IV. Bei den Frohnen ⁷⁾ wurden entweder alle

- 1) Goldmann, die Gesetzgebung des Großherzogthums Hessen in Beziehung auf Befreiung des Grundeigenthums. Darmstadt, 1831; und Ergänzung und Fortsetzung. Darmstadt, 1841. Notiz im Staatslexikon. I. Bd. S. 131. Vergl. mit Wohl Polizeiwissenschaft II. S. 125. Gut Hau Lehrbuch der polit. Oeconomie, 2te Ausg. 2r Bd. S. 69 bis 112.
- 2) Daher das badische Gesetz über die alten Abgaben vom 14. Mai 1825. Großherz. hess. Gesetze über Beden u. A. (Goldmann S. 55). Goldmann Ergänzung. S. 38. Würtemb. Gesetz vom 27. Oct. 1830; und darüber Neyscher würtemb. Privatr. I. S. 492. v. Wächter Handb. I. S. 997—1001.
- 3) Baiarisches Edict über die gutsherrlichen Rechte vom 26. Mai 1818. Württembergisches vom 18. November 1817 §. 15. E. Preussisches Edict vom 25. Sept. 1820 §. 4—43. (Sommer von den Bauerngütern S. 197.) Hessische Verordn. in Eigenbred Samml. III. S. 226, IV. S. 53. Weimar. Ges. vom 11. Mai 1821. Bad. Ges. vom 5. October 1820 u. 30. August 1821; vorzügl. baier. Edict vom 8. Februar 1825 im Regier. bl. nr. 7. Churhess. Ges. vom 23. Juni 1832. Großherz. hessisch. Gesetz vom 29. Januar 1836. Königl. sächs. Gesetz vom 17. März 1832; Hannövr. Ablösungsordn. vom 23. Juli 1833. Braunschweig. Ablösungsordn. vom 20. December 1834. Coburg. Ablösungsordn. vom 6. August 1835. Großherz. hess. Gesetz vom 27. Juni 1836 über Ablösung der Grundrenten. Hess. Gesetz vom 9. August 1836; und vorzügl. Goldmann Ergänzung S. 31. 121.
- 4) Baiarisches Edict vom 28. Juli 1808. Hessische Verordnung vom 15. Aug. 1816 in Eigenbred Samml. III. S. 236. Goldmann die Gesetzgebung S. 63. und Ergänzung S. 41. Württemberg. Edict vom 18. November 1817 §. 19. Neyscher würtemb. Privatr. I. S. 517. Preuss. Gesetz vom 25. Sept. 1820, §. 33. 34. 44. Preuss. vom 7. Juni 1821. Forstner nähere Beleuchtung des Zehend- und Triftzwangs. Tübingen, 1819. Riehe Grundsätze der Gemeinheitstheilungen S. 224—233. Hau Lehrbuch II. S. 100—112.
- 5) Z. B. badisches Gesetz vom 15. November 1833. Vogelmann die Zehend- ablösung im Großherzogth. Baden. Carlsruhe, 1838.
- 6) Hieher gehören auch Gesetze, wodurch die Staatscasse zu geringen Pro- centen Capitalien den Pflichtigen zur Ablösung leiht. Z. B. großherzogl. hess. Gesetz vom 27. Juni 1836.
- 7) Wessfeld über die Abstellung der Herrrendienste. Lemgo, 1773. Neuer Ab- Wittermaier, Privatrecht. 1. ste Aufl.

oder die leibeigenschaftlichen ohne Entschädigung aufgehoben ⁹⁾, oder die allgemeine Ablösbarkeit gegen gewisse ständige Abgaben ⁹⁾ ausgesprochen, oder die völlige Aufhebung mit Unterscheidung der persönlichen und dinglichen Frohnen ¹⁰⁾ so erkannt, daß der Staat einen Theil und die Pflichtigen den andern Theil der Entschädigungssumme übernahmen ¹¹⁾. Am allgemeinsten wurde die Verwanblung ungemessener Frohne in eine gemessene geboten ¹²⁾, und die Bestellung neuer Frohnen untersagt ¹³⁾.

IV. Abtheilung.

Von den Beschränkungen, welche durch Regalität oder Oberaufsichtsrechte des Staats in Bezug auf Sachen begründet sind.

§. 200. [§. 257.] Historische Einleitung über die Ausbildung der Regalität.

Aus der geschichtlichen Entwicklung ¹⁾ der Rechte, welche in den heutigen Staaten als Regalien häufig vorkommen, ergiebt sich, daß schon früh in Bezug auf gewisse Gegenstände, die zur allgemeinen Benutzung gehörten, eine gewisse Gemeinsamkeit hatten ²⁾, und nicht in dem Eigenthum von Privatpersonen waren, die Regenten Rechte ausübten, die in der Folge leicht die Veranlassung zur Aus-

handlung über Herrendienste und deren Aufhebung. Celle, 1803. Rau Lehrbuch II. S. 95; merkwürdig wegen Vergleichung auch französischer Decrete, s. Merlin repert. vol. III. pag. 239.

8) J. B. westphäl. Decret vom 12. Dec. 1808. Hannö. Ges. für Lingen vom 31. Mai 1823 §. 4.

9) J. B. in den meissen der in not. 3 angeführten Ablösungsgesetze, und württemberg. Gesetz vom 28. Oct. 1836. s. noch Altenburg. Ablösungsgesetz vom 23. Mai 1837.

10) Bei den persönlichen rechtfertigt sich die Annahme eines geringeren Ablösungsmaassstabs und der größere Staatszuschuß. Rau l. c. S. 97.

11) Badisches Frohnen gesetz vom 28. Dec. 1831, auch nach würtemb. Frohnen gesetz werden solche Zuschüsse vom Staate gegeben. s. überh. über würtemb. Gesetzgebung in Bezug auf Frohnen, Reyscher würtemb. Privatr. I. Seite 465—480.

12) Baietisches Gesetz vom 31. August 1808 u. Verf.-Urk. IV. §. 7. Grandauer in Zuerlein's Beitr. zur Gesetzgeb. 1. Bd. 2. Hest. nr. 10.

13) S. schon badisches Constitut.-Edict von 1818. §. 17.

1) S. Hüßmann Geschichte des Ursprungs der Regalien in Deutschland. Frankfurt, 1806. Montag Gesch. der Staatsbürgerl. Freiheit. I. S. 285. s. eine originelle aber historisch unrichtige Ableitung der frühesten Regalität in Röser Denabr. Geschichte S. 52, vergl. mit Grimm Mithr. Seite 247.

2) Ausgedehnte Waldungen und Flüsse.

bildung von Regalien werden konnten. Darauf führte I. schon der Umstand, daß die fränkischen Könige ³⁾ in den ehemaligen römischen Provinzen die von den römischen Kaisern ausgeübten Rechte gleichfalls in Anspruch nahmen, und überhaupt bei den Eroberungen oder Niederlassungen der Germanen manche Gegenstände, die nicht sogleich in Privateigenthum übergingen, in Besitz genommen wurden. II. Die großen Domänen, auf welchen die Könige die Rechte ⁴⁾ ausübten, welche jeder Freie auf seinem Grundeigenthume auszuüben befugt war, veranlaßten später an manchen Orten die Regalität. III. Vorzüglich bildete sich immer mehr die Ansicht aus, daß gewisse Gegenstände eben wegen der Gemeinsamkeit ihrer Benutzung und wegen der Gefahr der Angriffe auf dieselbe in besonderen Schutz genommen und unter den Frieden gestellt werden mußten ⁵⁾; darauf führte der Bann ⁶⁾, nach welchem der König ⁷⁾, oder die Landesherren gewisse Gegenstände unter ihren besonderen Schutz nahmen, Verbote deswegen erließen ⁸⁾, Strafe ⁹⁾ den Uebertretern drohten und die Strafgeelder einzogen ¹⁰⁾. IV. Die Kaiser übertrugen ihre Rechte der Oberaufsicht und des Banns ¹¹⁾ an einzelne Adelige, die aber bald die Gegenstände in Ansehung derer sie Schutzrechte hatten, selbst als ihnen ausschließlich zustehend zu betrachten versuchten. V. Die Ausbildung des Lehenswesens ¹²⁾ bewirkte, daß die Lehensherren immer mehr

3) Hüllmann Gesch. S. 70; f. über älteren Zustand der Regalien: Anton Geschichte der Landwirthschaft. I. S. 459. Eichhorn S. 58. 172. 199.

4) J. B. Jagd, Fischerei. Stieglitz geschichtl. Darstellung der Eigenthumsverh. an Wald und Jagd. Leipzig, 1832. S. 231.

5) J. B. Waldungen. f. überh. v. Mory Lehrbuch des bairischen Staatsr. I. Seite 144.

6) Spelman glossar. pag. 61. Grupos observ. rei agrar. diss. prael. p. XXVII. Montag Geschichte der Staatsbürgerlichen Freiheit. I. S. 28. Hüllmann deutsche Finanzgesch. S. 153. Bodmann rheingauische Alterth. S. 580. Meyer esprit I. p. 45. Grimm Alterth. S. 732. Wöser patriot. Phantas. III. S. 351; von Wöringen Beitr. zur Gesch. des deutschen Strafrechts S. 139. Stieglitz l. c. S. 232.

7) Das Wort hannum bedeutet oft so viel als imperium; Urk. von 1118 in Guerard Cartulaire de l'abbaye de St. Pere de Chartres pag. CXXXIII.

8) Guerard l. c.; auch in Italien hatte hannum diese Bedeutung. Bando hieß das Verbot oder Gebot unter Strafe oder auch die verwirkte Strafe. Cibrario opuscoli p. 261.

9) Das Königsbann betrug 60 Schilling. Sachsenspiegel II. 61. Wilsa das Strafrecht der Germanen. Halle, 1842. S. 469.

10) Bannum bezeichnete auch den gebannten Ort, den Niemand betreten durfte. f. noch Guerard p. CXXXIV.

11) J. B. in Bezug auf Jagd.

12) Laferriere hist. du droit françois p. 208, und Winspeare storia degli abusi feudali. Napoli, 1811. I. p. 20.

Rechte, die sonst jeder Privatmann hatte, als Ausflüsse ihrer Lehnsherrlichkeit ¹³⁾ behaupteten. VI. Die Dynasten versuchten die Rechte, die sie als große Gutseigenthümer wie andere Freie ausübten, als Herrscherrechte ¹⁴⁾ geltend zu machen. VII. Die mächtigeren Fürsten setzten sich in den Besitz, die Rechte des Kaisers gleichfalls in ihrem Lande als Rechte ihrer Herrschaft auszuüben. VIII. Die Ansicht, daß alle herrenlosen Sachen dem Landesherrn gehörten ¹⁵⁾, fand immer mehr Eingang, je mehr man oft durch Berufung auf mißverständene römische Stellen ¹⁶⁾ von Seite der Juristen die Ansicht ¹⁷⁾ vertheidigte ¹⁸⁾. Je mehr die gemeine Freiheit unterging und neue Ständeverhältnisse sich bildeten ¹⁹⁾, desto mehr konnten nach dem ohnehin in sehr verschiedenem Sinne gebrauchten ²⁰⁾ Ausdruck: Regalien, alle Rechte der Landesherren, wodurch die Eigenthums-, Gebrauchs- und Occupationsrechte der Bürger beschränkt wurden, Regalien heißen. Auf die Ausbreitung der Regalitäts-theorie hatte die Berufung auf das über die Rechte der Kaiser in Italien aufgenommene Weisthum ²¹⁾ viel beigetragen und die Stelle ²²⁾ in der

13) Hier sind wichtig die Aufzählungen der *droits du haut justicier* in den französ. coutumes.

14) Daher *fiscalia*, gleichbedeutend mit *regalia*. Hontheim hist. Trevir. I. pag. 258. In Urf. Ottonis I. von 953 kommt schon *nostra regalitas* vor, s. aber du Fresne voce: *regalia*, und Struben Nebenstunden I. nr. 2. §. 6. In einer Urf. von 1195 in *monumenta historiae patriae*. August. Taurin. 1836. vol. I. p. 1025. wird ein Dynast vom Kaiser investirt, *cum districto et regalibus et omni honore super suos homines*. Von der Ausbildung dieser Herrenrechte Bollgraf im Beilagenhefte des civilistischen Archivs S. 115—122.

15) In Frankreich wurde der Ausdruck: *epaves* (anfängs verwirrte Thiere bezeichnend) später auf alle herrenlose Sachen ausgedehnt. Guerard Cartulaire p. CLV. In Italien wurden als *jura domini eminentis* die Regalitätsgegenstände aufgeführt. Cibrario opuscoli p. 277.

16) Z. B. wegen *alluvio*.

17) Zu den irrigen Ansichten jener Zeit gehörte auch die Ansicht, daß die deutschen Kaiser das römische Reich fortsetzten. Pütter spec. jur. publ. med. aev. de institutione imperii sub Carol. M. et Ottone. Gott. 1784. Pütter spec. jur. publ. medii aevi, pag. 192.

18) S. noch über Ursprung der Ansicht der Regalität von *bona vacantia*. Falk Handbuch des holsteinischen Privatrechts. III. S. 423. s. noch Zitzsch Leubuch III. 61.

19) Den Bauern gegenüber wurde z. B. von dem Obereigenthümer die Jagd sich vorbehalten.

20) Der Ausdruck bezeichnete alle Rechte des Kaisers, oder alle fisciatischen Rezipungen der Könige, oder die durch den Investiturstreit mit dem Papst bedeutend gewordenen Rechte der Kaiser in Bezug auf Bisthümer. In diesem letzten Sinne kommt *regale* vorzüglich von Seite der Könige Frankreichs vor. Brussel usages des fiefs vol. I. p. 23, und Lauriere glossaire du droit français voc. *regale*.

21) Die *Constitutio Friderici I. de regalibus*. Muratori antiq. Ital. IV.

goldenen Bulle, welche den Besitzstand der Churfürsten in Bezug auf gewisse Regalien festsetzte, gab noch mehr Gelegenheit, die Regalitätstheorie zu erweitern. Conventionen ²³⁾ und Weisthümer ²⁴⁾ bestimmten in einzelnen Territorien die Rechte der Landesherren. Eine Gleichförmigkeit über den Umfang kam nicht vor ²⁵⁾; je länger sich die gemeine Freiheit in einem Lande erhielt ²⁶⁾, desto beschränkter war der Kreis der Regalien ²⁷⁾, unter welchen man allmählig auch die aus der Landeshoheit fließenden Aufsichtsrechte begriff.

§. 201. [§. 258.] Fortbildung der Regalität und vorzüglich Einfluß der Theorie von dem dominium eminens.

Die Verbreitung der Regalität konnte seit dem XVI. Jahrhunderte ¹⁾ noch leichter geschehen, da unter dem Schutze des Herkommens die Regenten die Rechte, welche sie im gewissen Maaße und an einigen Orten hergebracht hatten, bald als allgemein und als

p. 307. Radevicus de gestis Frideric. Lib. II. c. 4. II. Feud. 56. Bertram in Jevernik's Samml. des Lehenr. I. Thl. nr. 9. Raumer Geschichte der Hohenstaufen. V. S. 474. Webers Handbuch des Lehenrechts. II. S. 184—188. Biener de natura et indole domini in territor. German. p. 91. f. noch Eichhorn Privatrecht S. 647. Winspeare degli abusi feudali in not. p. 10. Ueber das Weisthum auf Ronfal. Felde: Forti delle Istituzioni civili I. p. 284—89.

22) Goldene Bulle c. 9. Pfeffinger Vitriar. illustratus Tom. III. pag. 1099. 1363. Ludwig Erläut. der goldenen Bulle. I. S. 806. Mien-schlager Erläut. S. 188. Manche Nachrichten über Regalität im Mittelalter in Anton Gesch. II. S. 80. 235. III. S. 429.

23) Merkwürd. Beispiel von 1260 in Bondam Charterboek der Hertogen van Gelderland p. 543.

24) J. B. Weisthum von 1302; über die landgräflichen Rechte im Buchsgau in J. v. Arx Geschichte der Landgrafschaft Buchsgau. (St. Gallen, 1819) S. 93, wo die Schöppen dem Landgrafen zusprechen: Recht über Flußbett, Jagd, Bergwerk, Schatz, und Mulsaf, d. h. unangebaute Grundstücke; f. andere solche Weisthümer in Reinhard de jure forestal. german. p. 204. Weisthum in Senkenberg corp. jur. germ. I. P. II. pag. 63; in Ropp Nachrichten von den geistlichen und weltlichen Gerichten in Hessen. I. Thl. in Beil. S. 136. Weisthum von 1454 in Schneiders Erbkaisische Historie S. 303. Grimm Alterth. S. 248. Rechnung im Usterbach (über Fischerei) in Grimm Weisthümer I. S. 23. Deffnung von Burgau in Grimm I. S. 201 (über Jagd). Weisthum von Sachsenheim von 1449 in Grimm I. S. 453.

25) Mit Unrecht glaubt Seidensticker de fundam. et limit. juris sup. potestatis circa adespota §. 58, daß in den ursprünglich wendischen Gegenden die Regalität früher und strenger sich ausgebildete. f. dagegen v. Kampß Beitr. zum Mecklenburg. Civilrecht. II. S. 96.

26) Am merkwürdigsten von Friesland bis ins XV. Jahrh. Halsema in den Groninger Verhandelingen II. pag. 275.

27) Gute Bemerkungen in Pütter Beitr. zum deutschen Staats- und Fürstenrecht. I. Thl. S. 129. 172.

1) Ein Verzeichniß der Regalien in Tenglers Laienspiegel S. 20 b.

Hoheitsrechte hergebracht behaupteten. Seit dem XVI. Jahrhunderte ²⁾ hatte sich auch die Ansicht vom Oberaufsichtsrechte des Regenten immer mehr ausgebildet; durch die Sorge für Landeswohl-
fahrt ³⁾ und für den Bauernstand, der unter besondere Obergewalt-
schaft gestellt wurde, suchte man polizeiliche Anstalten ⁴⁾ zu rechtfer-
tigen, die man bald um so mehr als Ausflüsse der Regalität betrach-
tete, je mehr man die wohlbegründeten Schutzrechte der Regenten
mit der Regalität verwechselte ⁵⁾. Auf den Landtagen wurzelte die
Ansicht von der Regalität noch tiefer, da die Regenten dem Adel,
der hätte widersprechen können, manche Vorrechte, als Rechte der
Rittergüter, anerkannten, und dagegen die Landstände dem Regenten
seine behaupteten Rechte zugestanden. Von Rechten der Gemein-
freien war ohnehin immer weniger die Rede. Allmählig kamen dazu
noch die schon früh verbreiteten grundlosen Vorstellungen von dem
angeblichen Rechte des Regenten auf alle herrenlose Sachen ⁶⁾, wo-
hin man auch Wild, Fische u. a. rechnete, und von dem Staats-
obereigenthum. Bei diesem Obereigenthum (*dominium eminens*), das
früh als gleichbedeutend mit dem Inbegriff der Bann- und Regali-
tätsrechte aufgefaßt wurde, muß eine zweifache Bedeutung unter-
schieden werden; 1) diejenige ⁷⁾, nach welchem der Staat als Eigen-

2) Ein merkwürd. Verzeichniß der großen Zahl von Hoheitsakten, die in einzelnen Herrschaften vorkamen s. in Bellgraf die deutschen Standesherrn S. 275, und in Beilagen nr. VII. u. VIII.

3) Wichtig bei dem Forstregal. Perneder in des Lehenrechts kurzer Ber-
teutschung (Ingolstadt, 1544), Vol. 4. zählt zu den Regalien alle rich-
reiche Wasserströme, Bergwerk, Fischzoll, Salzart.

4) Z. B. die Einschränkung der Waldeigenthümer. Eichhorn S. 548.

5) Dies geschieht erst noch in neuer Zeit; z. B. von Haller Restauration der
Staatswissenschaft, II. S. 273—291.

6) S. §. 200. not. 12. Biener *de natura domini* p. 84—89. Seiden-
sticker *comm. de fundamento jur. supr. potest. circa adespota*.
Goett. 1789. Bülow und Hagemann *practische Erört.* II. Bd. nr. 27.
Pütter Beitr. zum deutschen Staats- und Fürstenrecht, II. S. 208; vor-
züglich gegen dies Recht Voss über das Staateigenthum in deutschen
Reichsländern Seite 67. Maurentrecher *Grundsätze des Staatsrechts*
S. 364. not. f.

7) Vorzüglich behauptet von Fischer in der Schrift: Erbschaft. Verwendungs-
recht ohne Besitzergreifung S. 13, und in seinem Kameral- und Polizei-
recht, II. Thl. S. 388. s. verschiedene Vorstellungen in Hert *de superio-
ritate territor.* in opuse. vol. I. Tom. II. pag. 127. Hare Beiträge
über den Unterschied der Oberherrschaft und des Eigenthums. Jena, 1766.
Pütter Beitr. I. Thl. nr. 6. und 9. Biener *de natura et indole do-
mini in territor. germ. ejusque effectibus*. Hal. 1780; auch Biener
Comm. de orig. jur. P. II. vol. 2. pag. 211. Zentner *de differen-
tiis jurium imperii ac domini. eorumque effectibus in reg. territ.*

thümer des Bodens des ganzen Staatsgebiets und die Unterthanen nur als Eigenthümer der Oberfläche, oder (nach einer andern Ansicht) selbst nur als Nießbräucher desselben betrachtet werden ⁸⁾; 2) diejenige, nach welcher dem Staate die Befugniß zusteht, in Fällen des dringenden Staatsbedürfnisses das Eigenthum der Bürger gegen Entschädigung in Anspruch zu nehmen. In dem ersten Sinne giebt es kein solches Eigenthum ⁹⁾, die Geschichte beweist den Irrthum der Voraussetzung, daß alles Land dem Regenten bei der ersten Occupation zugehört habe ¹⁰⁾, da vielmehr überall schon Privateigenthum an Grund und Boden so alt wie der Staat ist, und da geschichtlich nachgewiesen ist, wie erst später die Regenten in den Besitz der Regalitätsrechte kamen; dagegen ist es richtig, daß immer neben dem Privateigenthum ein großer Theil des Landes als Gemeingut ¹¹⁾ und gleichsam als Eigenthum des ganzen Volkes betrachtet wurde, worauf später in manchen Staaten die Rechte des Volkes auf die Regenten übergingen, was die Regalität erweiterte. In dem zweiten obigen Sinne: als Nothrecht des Staats, das jedoch wieder an gewisse Gränzen gebunden ist, kann das dominium eminens nicht geläugnet werden ¹²⁾.

§. 202. [§. 259.] Hoheitsrechte. Regalien.

Nach den älteren Vorstellungen wurden die aus dem Wesen der Staatsgewalt abgeleiteten Ausflüsse unter dem gemeinschaftlichen Ausdrucke Regalien ¹⁾, wie die in keinem inneren Zusammenhange mit der Staatsgewalt stehenden nuzbringenden Rechte des Staats,

Heidelberg, 1793. Runde §. 101. 6. Schmid Lehrbuch des Staatsrechts. I. S. 28.

- 8) Fischer erbbschaftliches Verwendungsrecht S. 17. 31. 59. führt als Gründe selbst die Investitur, dann die Beschränkung der Testamentsfreiheit an.
- 9) Gegen dies Staatsobereigenthum s. Posse über das Staatseigenthum in den deutschen Reichslanden. Kofst., 1794. s. noch Klüber öffentl. Recht §. 337. Gründler Polemik I. S. 338.
- 10) Gut Falk Handb. des holstein. Privatr. III. Thl. S. 463.
- 11) J. B. in Urk. bei Westphalen Monum. II. pag. 386. wird von einer Strede gesagt: Commune totius terrae.
- 12) S. Klüber öffentl. Recht §. 551. Maurenbrecher Staatsrecht §. 60. 181.; sein Privatrecht §. 221. Jöfsl Grundsätze des Staatsrecht §. 144. Die Lehre selbst gehört in das Staatsrecht.
- 1) Sixtinus de regalibus. Mühlh. 1602. Bock de regal. Tubing. 1608. Jargow Einleit. zur Lehre von den Regalien. Kofst., 1726. (noch in Pütters Liter. des Staatsrechts, III. Thl. S. 294.). Klübers Literatur §. 1079.

begriffen; die Juristen stellten dann eine Abtheilung ²⁾ in wesentliche (unverleibbare), höhere, und in zufällige (verleibbare), auch niedere Regalien auf. Richtiger unterscheidet man seit der Ausbildung besserer Begriffe die Hoheitsrechte ³⁾, d. h. die aus der Staatsgewalt fließenden, zur Erreichung des Staatszwecks nothwendigen Befugnisse der Regierung von den eigentlichen Regalien (oft auch nutzbaren Regalien) im engeren Sinne, d. h. den von der Staatsgewalt erworbenen, jedoch zum Wesen derselben nicht gehörigen Befugnissen. In Ansehung der nämlichen Gegenstände, an welchen Regalität vorkommt, kann man unterscheiden: 1) die Rechte der eigentlichen Regalität, in so ferne die Staatsgewalt das Recht der Bürger, an gewissen Gegenständen Eigenthum = oder andere ausschließende Gebrauchrechte zu erwerben, von der Verleihung der Regierung abhängig zu machen, befugt ist ⁴⁾; 2) das Recht der Regierung, den Gebrauch gewisser Gegenstände einer bestimmten Obergewalt ⁵⁾ der Regierung zu unterwerfen ⁶⁾. Ueber den Umfang der Regalien ⁷⁾ geben Provinzialverfassungen ⁸⁾, Landtagsrecessse und Conventionen ⁹⁾

2) Meuser de distinct. regalum in essentialia et accidentalia. Goetting. 1755. Müler öffentl. Recht §. 98—102.

3) Göttinger Staatsrecht §. 273. Jung Lehrbuch der Finanzwissenschaft, §. 136. Himmelfrich Vers. einer Entwicklung des Begriffs und der rechtl. Verhältnisse der Regalien und Souveränitätsrechte. Hirteln, 1808. Maurerbrecher Staatsrecht S. 383. Jöppel Staatsrecht §. 60 u.

4) J. B. da, wo Jagdregal besteht.

5) Mein Aufsatz im Archiv für civil. Praxis. XXIII. S. 129.

6) Merkwürdig ist die Gesetzesprache der französischen Gesetzgebung in Bezug auf gewisse Gegenstände. Man spricht dabei von *domaines* und unterscheidet *domaine nationale* (auch *eminent*), was alle Sachen umfaßt, die nicht im Privateigenthum sind, verschieden von *domaine public*, d. h. den Gegenständen, welche, ohne Jemanden zu gehören, dem öffentlichen Dienste der Gesellschaft gewidmet sind. Die Sprache in den französischen Gesetzen ist oft unglücklich gewählt, und durch Redactionsfehler sind z. B. im art. 535. des Code Civil *bona vacantia* und Erbschaften, wo kein Erbe da ist, zur *domaine public* gerechnet; s. dagegen richtigen Sinn in 714. 538. 540.; gut darüber Lasserrière *cours de droit public et administratif*. Paris, 1841. p. 127—174.

7) S. auch preuß. Landr. II. Tit. 14. §. 24. Im badißchen *Lebensedict* (5tes Constitutionsedict) §. 5. niedere Herrlichkeiten genannt, s. jedoch merkwürd. Unterscheidung der *regalia majora et minora* im 4ten Constitutionsedict §. 16. 17. s. überh. Mirus die Hoheitsrechte in den deutschen Bundesstaaten. Augsburg, 1840.

8) Preuß. Landrecht I. c. §. 34. Hier sind die Provinzialrechte des preuß. Staats wichtig. Eine ausführliche Aufzählung, welche Regalien seien, im badißchen 7ten Organisationsedict §. VII. Auch die Verwaltungsorganik. geben darüber Aufschluß, z. B. in Nassau, Verordn. Samml. I. S. 11—13. Aufzählung aller Regalien von Hessendarmstadt, siehe Eigenbrod Samml. II. S. 260 bis 307; von Mecklenburg, Hagemeyer mecklenburg. Staatsrecht S. 225. In Württemberg (Wohl Staatsrecht II.

Aufschluß. Aus den bisher begründeten Rechten des Oberaufsichtsrechts des Staats über die Benutzung gewisser Gegenstände ¹⁰⁾, daher auch aus der Unterwerfung der Berechtigten unter gewisse Steuern ¹¹⁾, oder aus bisher ausgeübten landespolizeilichen Beschränkungen ¹²⁾, folgt eben so wenig ein Beweis der Regalität eines Gegenstandes, als daraus, daß gewisse Berechtigte Abgaben an den Staat bezahlen müssen ¹³⁾, oder aus Anordnungen der Landesherren, wo sie als Grund- oder Gutsherren gewisse Rechte einseitig mit Widerspruch der Pflichtigen behaupteten.

§. 203. [§. 260.] Erwerbung von Rechten der Privatpersonen an Regalien.

Die Geschichte der Entwicklung der Regalität lehrt, daß die Regalien im engeren Sinne nur allmählig und verschieden durch ein Zusammenwirken vielfacher Verhältnisse, die nicht überall gleiche Kraft hatten, in verschiedenen Ländern aus dem Kampfe mit der Freiheit des Privatrechts hervorgingen. Darnach spricht für solche Regalien keine Vermuthung, und der Fiscus, wenn er die Regalität eines gewissen Gegenstandes behauptet, muß auch den Beweis der Behauptung führen, wenn nicht von einem wahren Hoheitsrechte ¹⁾, oder von einer vermöge der Oberaufsichtsrechte oder der landesherrlichen Polizeirechte ²⁾ ausgeübten Befugniß die Rede ist, oder das Landesgesetz oder eine unbestrittene Convention ³⁾ das Regal anerkennt. Von jeher wurde auch in den Staaten, in welchen die Regalität sich ausbildete, anerkannt, daß dieselbe veräußerlich ⁴⁾ (verleihbar) wäre, und in so ferne können auch den Privatpersonen als wahre Privatrechte ⁵⁾ erscheinende Befugnisse in Bezug auf die dazu

(S. 825.) wird der Ausdruck Regalien in einem engeren als dem gewöhnlichen Sinne gebraucht.

9) Wichtig sind hiezu die neueren Conventionen mit den Landesherren.

10) J. B. in Bezug auf Wasserrecht.

11) J. B. Forstkämter.

12) J. B. bei dem Mühlengewerbe.

13) J. B. für das Recht, auf Domainialgründen Marmor zu brechen.

1) J. B. bei Gerichtsbarkeit.

2) J. B. bei dem Jagdrechte.

3) J. B. mit den Landständen in alten Landesvergleichen.

4) Die Erwerbstitel sind verschieden; Belehnung war ein früh vorkommender. Vgl. Lehrbuch des Lehenrechts S. 38. Gerstlacher Handbuch der deutschen Reichsgeetze. IX. S. 1646, und badisches Landesedict S. 5. Anerkannt ist die Verleihbarkeit auch im preuß. Landr. II. Thl. Tit. 14. §. 26.

5) Mein Aufsatz im Archiv für civil. Praxis. XXIII. S. 131.

gehörigen Gegenstände zustehen 6). Diese Rechte können entweder dadurch begründet seyn, 1) daß bei der Ausbildung der Regalität in dem Lande diese nur in einem gewissen Umfange dem Staate zuerkannt wurde 7), und die Privatpersonen 8) ihre früher schon begründeten Privatrechte im Uebrigen beibehielten 9), oder 2) nachdem bereits die Regalität begründet war, Privatpersonen Rechte an den zur Regalität gehörigen Gegenständen durch Verleihung des Staats oder durch Verjährung erwarben. 1) Der Privatmann, welcher ein Recht an Gegenständen der Regalität erwarb, hat daran ein wahres Privatrecht, das daher auch bei den ordentlichen Gerichten des Staats 10) gegen Jeden, welcher dasselbe nicht anerkennen will (sei es der Staat oder ein Privatmann), klagbar verfolgt werden kann 11). 2) Da man gewohnt war, die Regalität als Beschränkung der Freiheit des Eigenthums zu betrachten, so entstand in der Praxis die Anwendung der Servitutsklagen 12) zum Schutze gegen unberechtigte Eingriffe 13). Das den Privatpersonen an solchen Gegenständen zustehende Recht ist ein eigenthümliches, das unter kein römisches Verhältniß gestellt werden kann. Auch die Analogie einer Servitut paßt darauf nur uneigentlich; allein es kann dieser Gesichtspunkt da passend seyn, wo der Eigenthümer eines Grundstücks die Ausübung des Rechts von Seite des mit dem Regale Beliehenen als eine Last dulden muß 14). Mit Unrecht nimmt man aber oft da eine Servitut an, wo das Recht nur als Ausfluß des Miteigenthums vorliegt 15). Es bedarf bei der rechtlichen Beurtheilung dieser Ver-

6) Ueber die Stellung dieser Rechte ist viel Streit. Der Verfasser suchte einst das Recht als absolutes Forderungsrecht darzustellen. Mein Versuch einer wissenschaftlichen Behandlung des deutschen Privatrechts S. 40. f. noch Maurenbrecher Privatr. I. S. 583.

7) Z. B. häufig bei der Jagd.

8) Z. B. der Adel.

9) Z. B. bei dem Vergreute.

10) Mein Aufsatz im Archiv S. 132. und die Schrift: Trennung der Justiz von der Administration S. 252.

11) Jargow von den Regalien. Lib. II. Cap. 11. §. 10. Werthof de alienatione et concess. furum quae vocari solent regal. Helmst. 1697. f. auch Klüber öffentl. Recht §. 276.

12) Dies thut Gail obs. II. obs. 66. Zasius de action. pag. 28. Fritsch Corp. jur. forestal. I. p. 84, II. p. 188; daher nahm man actio confessoria an. f. Boehmer de action. sect. II. cap. 2. §. 18. Schmidt von den gerichtlichen Klagen §. 471. Maurenbrecher I. S. 586.

13) Wichtig wegen der actio negatoria utilis. Puchta von den gerichtlichen Klagen S. 269.

14) Z. B. bei der Jagd. f. noch Mein Aufsatz im Archiv S. 140.

15) Wichtig z. B. bei der Kuppeljagd wegen der Verjährung, f. v. Kampe Jahrb. der Gesetzgebung in Preußen, Heft 113. S. 88.

hältnisse einer genauen Prüfung, wie in dem einzelnen Falle das Recht erworben wurde. Auch hier hat man oft mit Unrecht die Natur eines Privilegiums und daher auch das Recht der Regierung der Einziehung desselben da angewendet ¹⁶⁾, während oft ein Recht des Privatmanns vorliegt, indem er gegen die Versuche der Regierung, die Regalität im Lande auszudehnen, sich sträubte. Die den Privatpersonen an den Regalitätsgegenständen zustehenden Rechte, wenn sie auch privatrechtliche Natur haben, sind aber solche, bei welchen das höhere öffentliche Interesse das Obergaufsichtsrecht des Staats über die Ausübung der Rechte rechtfertigt und in so ferne die Staatsregierung dieselbe den administrativen (begreiflich nach den Fortschritten und Ortsverhältnissen auch wechselnden) Anordnungen und Beschränkungen unterwerfen kann, über deren Zweckmäßigkeit nicht die Zivilgerichte zu entscheiden befugt sind ¹⁷⁾. 3) Der Satz ¹⁸⁾, daß da, wo Abstufungen bei Rechten an Regalien vorkommen, im Zweifel nur die niedere Gattung als verliehen angenommen werden darf, ist nur gegründet, wo das in Streit begriffene Recht nur durch die Verleihung des Regenten erworben wurde, und wenn erweislich zu der Zeit, als der Privatmann sein Recht durch Verleihung erhielt, bereits im Lande die bezeichneten Abstufungen vorkamen, und aus der Fassung der Verleihung sich nicht ergibt, daß das Recht unbeschränkt verliehen war ¹⁹⁾. 4) Die Verjährung, und zwar die unvordenkliche ²⁰⁾, begründet gegen den Fiscus bei nutzbaren Regalien Rechte der Privatpersonen ²¹⁾. Soll aber das Recht gegen einen Privatmann erworben werden, so kann auch die gewöhnliche Verjähr-

16) Dies kann allerdings im einzelnen Falle begründet seyn, und in so ferne ist Maurenbrecher Privatrecht I. S. 58 b. beizustimmen; aber nur wo erweislich ein Privilegium vorliegt.

17) Mein Aufsatz im Archiv I. c. S. 142. Pfizer über die Gränzen der Verwaltungsjustiz S. 264. Funke über Verwaltung S. 55. 69.

18) Eichhorn S. 266.

19) J. B. wichtig bei der Jagd.

20) C. 26. X. de Verb. Sign. Leyser medit. spec. 458. Cocceji de praescript. iminem. Cap. IV. Thomasius de praescript. regal. ad jur. subdit. non pertinet. Hal. 1696. Kreitzmaier Anmerkungen zum bayerischen Landrecht. II. S. 1097—1101. Häberlin Repertor. des Staatsrechts. IV. S. 419. Archiv für civil. Praxis. VII. S. 259. Thibaut über Besitz und Verjährung S. 182. Pfeiffer pract. Ausf. II. S. 103. Schelling von der unvordenkl. Verjährung S. 109. Neues Archiv für preussisches Recht. I. Bd. 1. Heft. S. 359. Gröndler Polemik II. S. 360. Wichtig Bornemann Darstellung II. S. 212.

21) Eben bei den Regalien zeigen die Weisthümer (Buchs von dem unvordenkl. Besitz S. 4 ff.), daß man von der Unvordenklichkeit des Zustandes das Recht abhängig machte.

rung bei Streitigkeiten der Privatpersonen unter sich entscheiden ²²⁾. 5) Die Meinung, daß ein Privatmann das Recht zur Anstellung possessorischer Rechtsmittel, insbesondere des *possessorii summarisimi*, wegen Regalien nicht habe, beruht auf einer irrigen Präsumtion für den Fiscus ²³⁾, und auf einer Verwechslung der an nützlichen Regalien den Privatpersonen zustehenden Rechte mit anderen Verhältnissen. Zum Schutze der Ersten findet jedes possessorische Rechtsmittel Statt ²⁴⁾, während bei wahren Hoheitsrechten des Staats, oder um die nothwendigen administrativen Anordnungen des Staats abzuwenden, kein Rechtsmittel zulässig seyn kann ²⁵⁾. 6) Nur soweit, als ein an Regalitätsgegenständen einem Privatmanne zustehendes Recht von der Regierung so verliehen ist, daß man erkennt, daß die Regierung sich nicht der Mitausübung begeben wollte, oder als durch Verjährung diese Ausübung begründet wird, kann eine der Regierung zustehende Mitausübung angenommen werden.

§. 204. [§. 261.] Rechtsverhältnisse in Bezug auf Forsten. Historische Einleitung.

Die Geschichte lehrt den Irrthum der Ansicht, daß alle Waldungen Gegenstände des landesherrlichen Forstregals waren, indem vielmehr viele Waldungen ursprünglich die Zubehörungen der Landgüter waren, oder zum Eigenthume der Gemeinden oder großer Associationen gehörten ¹⁾. Schon früh findet man aber auch Waldungen,

22) Unterholzner von der Verjährung. II. S. 419—422.

23) Petermann de valore possessor. summariss. contra princip. Lips. 1731. Goekel possess. summ. an et quatenus advers. principem. Erlang. 1798. Danz summar. Proj. S. 74. Schorch neue Samml. aus-erlesener Gutachten S. 25. Klüber §. 276. Archiv für civilist. Praxis. VII. S. 260 in not. Pfeiffer pract. Erört. III. S. 348.

24) Heerwart in Vinde's Zeitschrift. XII. S. 295—297. s. jedoch Junke über Verwaltung S. 69.

25) Mein Aufsatz im Archiv. 23. Bd. S. 163; und Davill traité du cours d'eau I. p. 416. s. noch I. 1. §. 2. 5. D. uti possid.

1) Leg. Ripuar. Tit. 42. Baiuvar. Tit. 21. §. 11. Burgund. Tit. 13; über Geschichte des Forstrechts, s. Hüllmann Geschichte der Regalien S. 24, in der Finanzgeschichte S. 41. Anten Geschichte der Landwirtschaft. I. S. 142. 462. Kopp gründlicher Bericht von dem uralten Reichskönigsforst zu Dreieichen. Offenbach, 1736. Buri behauptete Verrechte der alten königl. Bannforsten, insbesondere des Wildbanns zu Dreieichen. Wüdingen, 1742. Stifter Forst- und Jagdhistorie der Deutschen, vermehrt von Franken. Leipzig, 1754. Grimm Alterth. S. 247 u. 581. Etieglis geschichtl. Darstellung der Eigenthumsverh. an Wald und Jagd. Leipzig, 1832. Widemann gesch. Einl. in d. Forstwissenschaft. Tüb. 1837 in Schmitlin Handb. der württemberg. Forstgesetzgebung. Stuttg. 1822.

die nicht im Privateigenthume waren, vielmehr entweder als Gemeingut der Nation erschienen, oder als Zubehörungen der großen Domänen der fränkischen Könige besessen wurden ²⁾, von denen sie aber wie die Waldungen anderer Privateigenthümer behandelt wurden. In Ansehung der Forste, die in keinem Privateigenthume waren, kam aber schon früh eine Art von Oberaufsicht ³⁾ von Seite der Könige vor ⁴⁾. Die dazu angestellten Beamten (forestarii) wachten über die Verletzungen des Waldes und über die allmählig vorkommenden Ausrodungen. Man erklärte in dieser Beziehung Waldungen als unter Bann (Verbot, arrestum) stehend, und behandelte sie daher als geschlossen (forestae). Die Regenten gaben bald das Schutzrecht über große Waldungen adelichen Familien zu Lehen ⁵⁾, und die Lehens- und Grundherren sinnen an auch Waldungen, die bisher im Eigenthum oder Benutzungsrechte von Privatpersonen waren, sich unter verschiedenen Titeln anzueignen. Vorzüglich bedeutend wurde hier die Erklärung eines Waldes als Bannforst ⁶⁾. Es gab nämlich große Districte, in welchen vorzüglich Waldungen, jedoch auch andere von Waldungen umschlossene Ländereien sich befanden ⁷⁾. Die Könige erklärten ⁸⁾ allmählig diese Districte in Bezug auf die Jagd als geschlossen ⁹⁾, sprachen dadurch aus, daß niemand als sie die Jagd darin ausüben sollte; sie übten zugleich Gerichtsbarkeit und Pflanzungsrechte, und die Oberaufsicht über die Benutzung der Waldungen aus, und bestraften die Störungen ¹⁰⁾. Die Geschichte der einzelnen

Gute Nachrichten über Ausbildung des Forstregals in Frankreich in Préface zu vol. XV. des recueil des ordonnances des rois de France p. 35—40. s. auch noch Bouhier Cout. de Bourgogne vol. II. p. 377; auch Coquille Coutumes de Nivernois p. 174.

2) Leg. Ripuar. Tit. 76. in legib. longob. Rotharis VI. 98. kommt silva defensiva vor. Stieglitz S. 40.

3) Vom Schutze der Waldungen überhaupt durch Gesetze, Edict. Clotar. I. a. 615. cap. 21. Stieglitz diss. de jure venat. p. 8.

4) Capitul. Carol. M. a. 802. Cap. 39. Capit. de villis Cap. 36. Cap. II. a. 813. Cap. 18. Nachr. vom Zustand von Savoyen. S. 15. du Fresne sub voce: forestum. Ein Verzeichniß der fränkischen Bannforste s. auch in Kremer rhein. Franzen S. 214.

5) Urk. v. 1202 in du Cange sub voce: forestaria Custodia.

6) Es scheint, daß dies nicht ohne Nachahmung von Seiten der Grafen blieb, Capit. Ludovici Pii 819. Cap. IV. 7. v. 819. 822.

7) Urk. v. 1000 in Lünig specul. eccles. P. II. C. 4. s. voce: Würzburg. pag. 934. Würdtwein, Subsidi. dipl. III. p. 373. Meyer Geschichte der Bergwerksverfassung. S. 4—12. Anton Geschichte der Landwirtschaft. II. Seite 321.

8) J. B. im Speffart, Odenwald.

9) Phillips Privatre, I. S. 563. Stieglitz S. 47. 80.

10) Cum collaudatione istius regionis potentum in der Schenkungsurkunde

Gegenden zeigt ¹¹⁾, wie im Mittelalter ein großer Theil von Waldungen in den Händen der Grundherren war, und den Eingefessenen einer Gegend nur Nutzungsrechte zustanden ¹²⁾, was noch mehr daraus sich erklärte, daß auch die Vogteiherrn sich Vorrechte wegen der Jagd anmaßten, und bei den Güterverleihungen die echten Eigenthümer das Waldbrecht sich vorbehielten, und den Bauern nur Nutzungsrechte einräumten. Ueberall aber dauerte noch das Eigenthum der Privatpersonen und Gemeinden an vielen Waldungen fort, und die alten Markenverhältnisse ¹³⁾ sprechen klar gegen das Forstregal. Mehrere Dynastien gelangten allmählig in den Besitz von kaiserlichen Baunforsten ¹⁴⁾; andere Dynastien machten Versuche, wie die Kaiser, die in ihrer Herrschaft gelegenen großen Waldungen in Forste [foresta] ¹⁵⁾ zu verwandeln, und ließen sich selbst Privilegien ertheilen ¹⁶⁾, oder schloßen Conventionen mit den Eingefessenen ¹⁷⁾, durch welche Forstrechte anerkannt wurden. Die immer mehr eingesehene Nothwendigkeit, der Holzverwüstung vorzubeugen, brachte schon früh dahin, den Wald unter Frieden, vorzüglich auch oft gegen Schaden durch das weidende Vieh, setzen zu lassen ¹⁸⁾, und Schutz der Regenten oder der Adlichen dafür zu verlangen. Gegen die Annahme eines Forstregals im Mittelalter sprechen selbst die Rechtsbücher ¹⁹⁾, in welchen das Waldeigenthum der Privatpersonen an-

Carl des Großen an Cénabrück, in Mösler Cénabr. Geschichte S. 338. Stifter Forst- und Jagdgeschichte S. 80. s. ähnliche Urk. in Chapeauville hist. Leodiens. Lib. II. c. 59. Schaten Annal. Paderborn. I. p. 555. Schoepflin hist. Zaring. Bad. V. nr. 14.

11) Merkw. über die Schweiz: Zeitschrift für vaterländ. K. Bern, 1840. III. Bd. S. 8.

12) v. Wächter Handb. des würtemb. Privatr. I. S. 118. Ueber die Stelle im Zitißch. Leubuch I. 53, und die Ausdehnung der landesherrl. Walbrechte in Holstein, Falk Handb. III. S. 466.

13) Stieglic S. 125.

14) Stieglic S. 97—103.

15) Wohl so viel als arrestum; auch wenn Fischereirecht verliehen wurde, hieß es forestum. Urk. in Merlin repert. V. p. 269.

16) Viele Beispiele in Halkmann Finanzgeschichte S. 48. In Urk. von 1000 giebt der Kaiser wegen eines Waldes jura forestorum imperialium, in Lang regesta I. p. 49; von dem merkwürdigen Comitatus nemoris in acta Acad. Theod. palat. Vol. III. p. 264.

17) J. B. in Urk. von 1260 in Bondam Charterboek pag. 512. sagen die Schöppen: quod potest dominus de Valkenbork inhannire seu ad pacem ponere silvam super omnes forestarios ne aliquis seceat eam.

18) In einer Markenordnung von Dieren von 1403 heißt es: Zoe leggen sy den Bosch in Vreden vor alle eerkawige Beesten peerden koeen.

19) S. Sachsenspiegel II. 61, und dazu Stifter Jagdgeschichte S. 103. Stieglic S. 119. Hier zeigt sich freilich große Verschiedenheit zwischen Sachsen- und

erkannt ist, und Bannforste als Ausnahmen erscheinen. Häufig wendeten sich auch Corporationen in den Zeiten des Hausrechts an Aeliche, um von ihnen Schutz gegen fremde Eingriffe in den Wald und Aufrechterhaltung des Waldfriedens durch Zwang zu erhalten ²⁰⁾.

§. 205. [§. 262.] Fortbildung der Ansicht von Forstregal.

Die Ausbildung der Landeshoheit und die Einsicht in die Wichtigkeit des Schutzes der Forstwirtschaft gegen Leichtsin, Unverstand und Frevel erzeugten das Einschreiten des Staats in Bezug auf die Waldbenutzung und veranlaßten ¹⁾ Forstordnungen ²⁾. Das Oberaufsichtsrecht über Gemeindewälder, zu welchen vorzüglich auch Waldungen gehörten, hatte sich immer mehr ausgebildet und bewirkte die strenge Bewachung der Benutzung der Gemeindewaldungen. Die Vormundtschaft des Staats wurde seit dem XVI. Jahrhundert sehr ausgedehnt und die Art, mit welcher man von Seite der Regenten den gemeinen Bauernstand betrachtete, gab leicht Veranlassung, unter dem Vorwande der Holzverwüstung und um dem Holzmangel vorzubeugen, das landesherrliche Aufsichtsrecht an manchen Orten so weit auszudehnen ³⁾, daß Niemand, auch in seinen eigenthümlichen Waldungen, ohne Anweisung durch den landesherrlichen Förster, Holz zu fällen befugt wäre. Die Klagen über die wachsende

Schwabenspiegel. Nach dem ersten gab es nur drei Bannforste, der zweite (cap. 236. bei Laßberg) spricht schon allgemein von den Bannforsten der Herren. Von den Reichsforsten s. Pfellinger Vitr. illustr. III. pag. 1363—1388.

20) Man nannte dies oft forstliche Obrigkeit — Forstherrlichkeit, was aber kein Forstregal und kein Waldeigenthum gab. Nur erhielt gewöhnlich der Schutzherr zur Vergeltung einzelne Forstrechte und die Strafgelder.

1) Die ältesten Forstordnungen kommen in den Urbarien vor, z. B. von Mauerer Münster von 1141 in Schöpslin alsat. dipl. I. p. 229. Ein altes Forstweisthum von Montjoie in Nitz Urk. und Abhandl. zur Geschichte des Niederrheins. I. Heft. S. 130. s. auch viel von den Forstverh. im Mittelalter in Lang Geschichte Ludwig des Bärtigen S. 200.

2) S. Forstordn. vom Rheingau von 1487 in Bodmann rheingauische Alterthümer S. 486; eine Nassauische von 1465 in Dillenburgischen Intelligenznachrichten 1774 S. 6. 17; eine Baldordnung von Lorch in Dahl Urkundenbuch. II. Thl. S. 64. Waier. von 1484 in Haggi die ersten Ansichten von den Waldungen und Forsten. München, 1804. I. Heft. S. 106. Alte Forstgesetze in Meyer Zeitschrift für das Forst- und Jagdwesen in Baiern. II. Jahrg. 55 Heft. nr. 1. 65 Heft. nr. 1. Weisthümer des Forstings auf dem Harz, gesammelt in Leibniz Script. rer. Brunsvic. T. III. nr. 21. Wesser in Meyer Geschichte der Bergwerksverfassung Seite 154—180.

3) Gothaische Landesordn. von 1560 Tit. XXXV. Anhaltische Landesordn. von 1572 Tit. XXI. Braunschweig. Forstordn. von 1591 Art. 6. Eichhorn R. G. §. 548.

Thenerung des Holzes veranlaßten neue Forstordnungen, bei denen man die Bewirthschaftung aller Waldungen immer mehr von der Anordnung der Forstkämter abhängig machte ⁴⁾. In den Bauernkriegen waren die Klagen der Bauern über den Druck in Bezug auf die Forstcultur schon allgemein ⁵⁾. In der Zwischenzeit hatte das Jagdregal sich allgemeiner ausgebildet, und da es gewöhnlich wurde, den landesherrlichen Jägern auch die Beforgung des Forstwesens zu überlassen, so brachte bald der Zusammenhang der Jagd und der Forstcultur noch allgemeiner die Ansicht von einem Forstregale hervor ⁶⁾. Die Verwechslung der Aufsichts- und Polizeirechte des Staates über Waldungen mit dem Forstregale beförderte die Ansicht von dem Daseyn des letzteren, um so mehr als immer mehr Waldungen in das Eigenthum des Staates übergingen ⁷⁾, und man auch dies Staatseigenthum ⁸⁾ mit der Regalität verwechselte.

§. 206. [§. 263.] Forsthohheit. Forstpolizei. Unterschied von dem Forstregal.

Aus der Betrachtung der Entwicklung der Forstverhältnisse ergibt sich, daß kein Forstregal gemeinrechtlich gilt, man mag darunter die Befugniß der Staatsregierung verstehen, alle auch auf dem Eigenthum der Privatpersonen stehenden Bäume als Eigenthum des Staates zu behandeln ¹⁾, oder Forstregal als die Befugniß des Staates erklären, daß alle Privatpersonen als Eigenthümer oder Nutzungsberechtigthe von Waldungen ihr Recht nur nach den Anweisungen ausüben können ²⁾, welche die landesherrlichen Forstbeamte erlassen.

4) In Württemberg ergibt sich dies aus dem Gange der Forstgesetzgebung, die schon 1495 (1514 erste Forstordnung) beginnt. v. Wächter Handb. I. S. 123 u. S. 477.

5) Denn unsere Herren, heißt es in den Artikeln der Bauerschaft (Cartorinus Gesch. der Bauernkriege S. 348.), haben ihnen alle Hölzer allein zugeeignet, und wenn der arme Mann was bedarf, muß er's um's zwei Geld kaufen.

6) Wottmann'ser notwendige Kenntnisse und Erläuter. des Forst- und Jagdwesens. München, 1780. S. 74. 89.

7) Z. B. durch das Aussterben adelicher Familien, oder durch Heimfall von Lehen.

8) Maurenbrecher Staatsrecht S. 370.

1) Eigenbrod Samml. II. S. 267. Maurenbrecher Staatsr. S. 370.

2) So kam man in einzelnen Ländern zur Vorschrift, daß ohne Anweisung der landesherrlichen Förster kein Baum gefällt werden durfte. Baiersche Forstordn. von 1616 Art. 76. Würtemb. Jagd- und Forstordn. P. I. Tit. 13. pag. 146; P. II. Tit. 1. Communorden. Cap. III. Abschn. 7. §. 20. Nassau. Jagd- und Forstordn. §. 38. s. Fischer Cameral- und

Nur die Verwechslung der Schutz- und Aufsichtsrechte des Staates über Waldungen konnte zu solchen irrigen Ansichten führen. Dagegen steht dem Staate die Forsthoheit ³⁾ zu, als der Inbegriff der Rechte der Staatsgewalt, gesetzliche Bestimmungen über Bewirtschaftung der Waldungen, Schutz und Beaufsichtigung der verschiedenen Berechtigungen zu erlassen und polizeiliche Oberaufsicht über die Einhaltung dieser Vorschriften anzuordnen. Diese wird gerechtfertigt ⁴⁾ in Bezug auf die Erhaltung und zweckmäßige Benützung aller in dem Staatsgebiete befindlichen Waldungen, durch die Rücksicht auf die Nachtheile des Holzmangels, durch die Eigenthümlichkeiten der Holzproduction ⁵⁾, durch die leicht vorkommende Nachlässigkeit oder unzuweckmäßige Behandlung der Waldungen durch Privatpersonen, und durch die Wichtigkeit der Forstcultur zur Abwendung mancher schädlichen Elementarereignisse. Sie umfaßt ⁶⁾: 1) das Recht der Gesetzgebung in Forstfachen ⁷⁾; 2) der höchsten Aufsicht

Polizeirecht. II. Thl. S. 825. Braunschweig. Forstordn. vom 8. Juni 1768. Cap. III. §. 19.

3) Etieglitz S. 215.

4) Hundeshagen Lehrbuch der Forstpolizei. Tübingen, 1831. Pfeil Forstpolizeihre. Berlin, 1831. Seutter über den Bestand und die Behauptung des Forstregals. Leipzig, 1824. Schenk Handbuch des Forstrechts. Gotha, 1825. S. 83. Wedekind Anleitung zur Forstverwaltung. Darmst. 1831. Widemann forstl. Blätter für Würtemb. Tübingen, 1830; und gut Kassehofer Ideen über Forstverwaltung in der Berner Vierteljahrsschrift 1839 I. Heft S. 1-75.

5) Noth Polizeiwissenschaft II. S. 173. 203.

6) Stifter Forst- und Jagdgeschichte S. 5. Hagemeyer mecklenburg. Staater. S. 243. v. Kampp mecklenb. Civilr. II. S. 115. Spangenberg von der forstl. Herrlichkeit und Gerechtigkeit 1511. Beck de jurid. forestal. von der forstlichen Obrigkeit. Nürnberg, 1733; vermehrt von Klingner. Nürnberg, 1784. Frankfurt, 1767. Mettelblatt Abhandl. von der Forsthoheit und daraus entspringenden Einschränkungen des Waldeigenthums, in d. Samml. jur. Abhandl. nr. 8 Weber (praes. Biener) de suprema principis in silvas inspectione legib. patriis illustr. Lipsiae, 1796.

7) Forstordn. s. in Fritsch Corp. juris venator. forest. Rudolst. 1765, cum praef. Stryk. Lips. 1702; hierzu auch Fischer Polizei- und Cameralrecht. II. S. 787. Müllenkampff Samml. der Forstordn. verschiedener Länder. Mainz, I. Thl. 1791; fortgesetzt von Moll. Salzburg. II. Thl. 1796; von sehr ausführlichen oder neuern Forstordn. sind merkwürdig: Pfälzische Forst-, Wald-, Jagdordn. vom 1. Sept. 1711 in Jansen Materialien S. 209; eine bayerische von 1616; braunschweigische vom 8ten Juni 1668; Cölnische in der Edictensamml. I. S. 206, und von 1759 in der Samml. I. S. 173; von Oesterreich, s. Gesetze in de Lucca polit. Codex XII. Bd. S. 410; von Württemberg, Schmidlin Handb. d. würtemb. Forstgesetzgeb. Stuttg. 1822. v. Wächter Handb. I. S. 476. Von Sachsen (schon Forstordn. v. 8. Sept. 1560.) Römer Staater. II. Thl. S. 786. Agl. sächs. Gesetz über Waldbenutzungen vom 30. Juli 1813. Waldeckische Forstordn. von 1801; von Nassau, Weisthum II. S. 189. 199, und Forstfrevelordn. vom 9. November 1817 in Verordn. Samml. II. S. 176; von Baden, Gef. vom 21. Febr. 1810, und von Aeltner Darstellung der

über das Forstwesen ⁸⁾, daher auch das Recht der Anordnung von Forstämtern; 3) die Forstpolizei; 4) die Forstgerichtsbarkeit. — Die Forstpolizei ⁹⁾, als Ausfluß der obersten Landespolizei, hat dafür zu sorgen ¹⁰⁾, daß durch zweckmäßige Anordnungen den Gefahren, deren Abwendung im öffentlichen Interesse notwendig wird, vorgebeugt und die Beobachtung der Forstgesetze gesichert werde. So weit die Forsthoheit und Forstpolizei eine Einwirkung des Staats fordert, ist auch die Beschränkung der Waldeigenthums- und Benutzungsrechte der Privatpersonen durch Vorschriften des Staats gerechtfertigt ¹¹⁾. Größere Rechte als die der Forsthoheit und Forstpolizei können auch nicht daraus abgeleitet werden, daß der Landesherr in einem Forste ¹²⁾ Jagdrechte hat ¹³⁾, oder Forstgerichtsbarkeit ausübt ¹⁴⁾. Die Forstgerichtsbarkeit ¹⁵⁾ erscheint als ein Theil der Gerichtsbarkeit überhaupt; allein nach den Verhältnissen der früheren Zeit stand sie demjenigen zu ¹⁶⁾, welcher in einem Forste den Vann zu handhaben hatte. In dieser Gerichtsbarkeit liegt das Recht der

badisch. Forstadministration. Carlér. 1820. Zeitiges Forstgesetz v. 15. Nov. 1833. Preuß. Forstinstruct. v. 11. Aug. 1814; für Rheinbairern Verordn. vom 15. Dec. 1814, u. baier. Forststrafgesetz in Siebenkneifer Handb. V. S. 83. Hessische Gesetze in Eigendred Samml. II. S. 321. Erfurtische vom 29. November 1811. Weimar. vom 13. April 1821. Neuer franz. Code forestier vom 1. August 1827 est commenté; gut Code forestier annoté par de Vaux et Faelix. Paris, 1817. 2 Vol. Ueber den Geist der französischen Forstgesetzgebung gut Laferrrière cours de droit public. p. 154—167. Neueste Forstgesetze sind: badisches Forstgesetz vom 15. November 1833; Waaäländisches vom 12. Juni 1835; Luzernisches Forstgesetz vom 3. Juli 1835. Züricher Forstgesetz vom 29. September 1837. St. Gallener Forstordn. vom 14. Juni 1838. Solothurner Forstordn. vom 7. Januar 1839 und k. österr. Waldordn. vom 19. October 1839 für Tyrol und Berarlsberg.

8) Man nennt oft (aber sehr uneigentlich) die Forsthoheit auch Forstregal.

9) Mantzel de provident. publica circa silvas et arbores. Rostok, 1759. Berg Handbuch des Polizeirechts. III. S. 345. Hagemann Landwirthschaftsrecht S. 355.

10) Hugel Grundr. der Forstpolizei. Heilbronn, 1802. Schenk Handbuch S. 413. Jurist. Magazin von Scholz. Braunschweig, 1835. I. Heft. Seite 15.

11) In dieser Beziehung wird auch häufig der über die Beschränkung erhobene Streit kein Civilproceß sein können. Mein Aufsatz im Archiv für civil. Praxis. XXIII. S. 140—144.

12) Der Ausdruck: Forst beweist nichts für das Regal. Fritsch corp. jur. for. pag. 2; viel in Georg instit. jur. for. pag. 6. s. aber Eichhorn S. 676. Es kommt selbst in Urkunden Forstwald vor. Hallaus glossar. p. 478. Forstrecht heißt auch in Urk. 3. B. in Hand metropol. Salisburg. II. p. 367. eine Abgabe für den Gebrauch des Waldes.

13) Struben rechtl. Bedenken. I. S. 128.

14) Stifter S. 181. Vietsch §. 21.

15) Gründer Polemik II. S. 356.

16) Stiegitz S. 217.

Entscheidung über Waldfrevel und das Recht, die Strafgeelder zu beziehen ¹⁷). Der Ausdruck: forstliche Obrigkeit ¹⁸) bedeutet in den Urkunden oft so viel als die Forstgerichtsbarkeit, aber auch oft die heutige Forsthoheit. Bei den aus älterer Zeit stammenden Forsthoheitsrechten der Adellichen darf man nicht immer auf einen Feudalismus schließen, da häufig in der nämlichen Person, z. B. des Besitzers einer villa, die Rechte einer Forsthoheit und des Waldberegenthums vereinigt waren ¹⁹). Auch da, wo neben den Regenten gewissen Personen, z. B. den Standesherrn, die Forstpolizei und Forstgerichtsbarkeit zusteht, bleiben sie immer der obersten Forsthoheit des Landesherrn unterworfen ²⁰).

§. 207. [§. 264.] Ausflüsse der Forstgerechtigkeit.

Der Ausdruck: Forstrecht (Forstgerechtigkeit) bedeutet in den Rechtsquellen entweder das Recht der eigenen Verwaltung des Forstes durch die von dem Forstberechtigten angestellten Beamten verbunden mit der Forstgerichtsbarkeit über Forstfrevel, oder das Recht eines Waldberegenthümers, ohne Anweisung der landesherrlichen Forster Holz zu fällen, oder die Befugniß, in fremden Waldungen das Beholzungsrecht oder einzelne Forstnutzungen auszuüben ¹). Das

17) Dies wird auch zuweilen forstliche Obrigkeit genannt. Schon im Reichsdeputationsabch. von 1600 S. 37.

18) Beck von der forstl. Obrigkeit Seite 8—12. Fischer Cameralr. S. 1260. Biener l. c. pag. 141. Struben rechtl. Bedenken. I. Thl. S. 126, II. Seite 395.

19) Biener de natura domini p. 141.

20) Bayer. Declarat. über Standesherrn von 1807 E. S. 12. Die deutsche Bundesacte art. 14. sichert den Standesherrn die Forstgerichtsbarkeit zu; allein hier ist nicht die gewöhnliche Gerichtsbarkeit gemeint. Man sprach hier auch oft von dem niedern Forstregal. Stiegitz S. 217. f. noch von Bayern; Wendt Handb. des bayer. Civilprocesses. III. Bd. S. 303.

Ueber Forstrecht: Noë Meurer Forst- und Jagdrecht. Frankfurt, 1576. Marb. 1618. Krebs de ligno et lapide. Aug. Vindob. 1700. Colon. 1756. Reinhard de jure forestal. German. Franc. 1738. Pietsch Versuch eines Entwurfs der Grundf. des Forst- und Jagdrechts. Leipzig, 1779. Fischer Cameralrecht II. S. 792. Vöttiger Beitr. zur Erläut. des Forstrechts. Gießen, 1802. Georg. institution. jur. forest. Germ. Prof. 1806. Moser, das Forstrecht. Bayreuth, 1806. Schilling Lehrbuch des gemeinen in Deutschland gültigen Forst- und Jagdrechts. Dresden, 1822. Edenk Handbuch über Forstrecht und Forstpolizei. Gotha, 1825. Behlen und Lauroy Handbuch der Forst- und Jagdgesetzg. des Großh. Baden. Mannheim, 1827. Als Theil des Werks: system. Samml. der Forst- und Jagdgesetze der deutschen Bundesstaaten. f. auch 2ten Thl. Hadamar, 1828 (Nassau. Gesetze enthaltend) gut. Schörf, die Forstverfassung, Forstrecht und Forstpol. in Oesterreich. Wien, 1835. III. Bd.

1) Sie heißen Forstrechtssame, z. B. in der Schweiz; auch Forstberechtigungen.

Particularrecht und der Umfang, in welchem die Staatsgewalt ihre Forsthoheit hergebracht hatte, bestimmt den Sinn, in welchem der Ausdruck zu nehmen ist ²⁾. Die Forstberechtigungen sind entweder als Dienstbarkeiten oder als precär verliehene Rechte zu betrachten ³⁾. I. Der Waldeigenthümer ⁴⁾ hat die Befugniß zur Ausübung aller Nutzungen, welche die Waldcultur gewährt, in so ferne nicht einem Andern eine dieser Nutzungen besonders zusteht; daher hat der Waldeigenthümer auch die Mast und das Eicheldejerecht ⁵⁾. II. Ist ein Nießbrauch an Waldungen bestellt ⁶⁾, so entscheidet der Grundsatz, daß das stehende Holz nicht als Frucht, sondern als Substanz erscheint ⁷⁾ und der Nießbräucher, wenn der Wald zur Holzzucht bestimmt ist ⁸⁾, forstwirtschaftlich das Recht des Holzschlags hat, und selbst mit dem Rechte des Holzverkaufs, immer aber die bisherige Waldwirtschaft, z. B. wegen der Schläge, und die forstwirtschaftlichen Beschränkungen beobachten muß. III. Wenn ein vom Eigenthum des Grundstücks getrennter Nießbrauch bestellt wird, so gehört auch das Mastungs- und Eicheldejerecht, wenn es nicht besonders einem Andern verliehen oder vom Eigenthümer vorbehalten war, dem Nießbräucher ⁹⁾. IV. Wo ein wahrer Forstgrund existirt, kann das Daseyn von Hut- und Weidenservituten im Walde den Forstberechtigten nicht hindern, Schonungen und Zuschläge anzulegen ¹⁰⁾, und Sachverständige bestimmen dann die Grenzen, wie die Waldbenutzung ohne wesentliche Beschränkung des begründeten Weiderechts auszuüben ist. V. Die Befugniß des Waldeigenthümers, eigene Forstbeamte anzustellen, besteht überall, wo nicht das Landesgesetz ausdrücklich die Bewirtschaftung aller Waldungen landesherr-

2) Bei dem Adel kam häufig der Ausdruck in dem obigen ersten Sinne vor.

3) Von Forstberechtigungen s. Annalen der badischen Gerichte 1839. nr. 46.

4) Mohr Haushaltungsrecht Buch VII. Cap. 2. Fischer Cameralrecht II. S. 321. Hagemann Landwirthschaftsler. S. 333—342.

5) Neß Meurer Tit. XI. Cramer Meßlarische Nebenstunden V. Thl. S. 37. Schröter Abhandl. I. S. 408. Schilling Jagdrecht S. 121. Bornemann Darstellung des preuß. R. IV. S. 589. And. Meinung Riccius von der Jagdgerichtigkeit e. III. §. 6.

6) Laspres im Archiv für civil. Praxis nr. 4. Vergl. mit Code civil. art. 590—594.

7) Weiske Archiv für pract. Rechtskunde in Sachsen. I. Thl. S. 11.

8) Hier wird der Unterschied von *sylva caedua et non caedua* wichtig. Laspres S. 79, vergl. mit Weiske S. 5.

9) v. Kamph mecklenburg. Civilrecht. II. S. 137.

10) Hagemann pract. Grdrt. II. S. 223, IV. S. 269, V. S. 273. Gründler Polemik II. S. 358.

lichen Förstern unterwirft, oder wo, wenn auch dies vorgeschrieben ist, der Forstberechtigte nicht das Recht der selbstständigen Bewirthschaftung des Waldes erworben hat ¹¹⁾. VI. Die Forstgerichtsbarkeit folgt nicht aus dem Waldeigenthum oder aus dem Forstrechte, sondern muß besonders erworben seyn ¹²⁾.

§. 208. [§. 265.] Charakter der Particularforstgesetzgebung.

Der Charakter der Forstgesetzgebung ¹⁾ besteht darin, in Erwägung der Wichtigkeit der Waldungen und des schädlichen Einflusses gewisser Benutzungsarten der Forste nach den Forderungen der obersten Forstaufsicht Bestimmungen zu geben, welche dahin streben: A. die Ausübung des Forstrechts an solche Gränzen zu binden, daß auf eine nachhaltige, forstwirtschaftliche Weise der Wald benutzt werde, B. daß alle schädlichen, eigenmächtigen Culturveränderungen vermieden werden, C. daß alle leicht einschleichenden und oft gleichgültig behandelten Mißbräuche, welche der Forstwirtschaft schaden, beseitigt, D. alle Hindernisse einer gehörigen Forstcultur entfernt, und E. die der Forstcultur leicht gefährlichen Waldnebenbenutzungen unter gehörige Aufsicht gestellt, F. daß alle feuergefährlichen Einrichtungen entfernt und G. die in Bezug auf Wälder vorkommenden Berechtigungen Dritter an gehörige Gränzen gebunden werden, H. daß da, wo die unzumessige Forstbenutzung nachtheilige Elementarereignisse herbeiführen könnte, den Gefahren vorgebeugt werde. Aus der ersten Rücksicht ergeben sich die Vorschriften a) über das Alter des zu hauenden Holzes ^{2a)}, b) über die Zeit der Holzfällung ²⁾,

11) Böhmers Rechtsfälle nr. 120. Hagemann Landwirthsch. R. S. 37. Badisch. 7tes Organ. Edict S. 22.

12) Struben rechtl. Bedenken. I. nr. 155. Pufendorf de jurisdict. german. pag. 638. Fischer Cameral- und Polizeirecht. II. S. 812. v. Ende jurist. Abhandl. nr. 5.

¹⁾ Von der Berechtigung des Heidelbeerenspülens siehe Hagemann pract. Erört. V. Band. S. 98. Von den verschiedenen Arten der Forstjense, s. Hagemann Erörterungen. VII. S. 60.

1) Treffliche Worte über die Vortheile einer größeren Achtung der Freiheit des Eigenthums in Forstverhältnissen s. von Pfeil in Gaus Beitr. zur Revision der preuß. Gesetzgebung. I. Bd. 48 Hft. S. 308. und Kasphofer in der Berner Vierteljahrsschrift. I. Thl. S. 16.

1a) Moser Forstrecht S. 36. Georg. inst. jur. for. pag. 78. Bad. Forstgesetz S. 10.

2) Zwischen Michaelis und Georgi nach sursächz. Forstordn. §. 25; nach preuß. Landr. I. Thl. Tit. 8. §. 95. vom October bis März; s. auch Ostpreuß. Landrecht Zusatz 11; nach braunschweig. Forstordn. Cap. III. §. 1.

c) über die zu belassende Höhe ³⁾ der Baumstämme, um Holzverschwendung vorzubeugen, d) und über die Zeit des Abführens des gefällten Holzes aus dem Walde ⁴⁾. Aus der zweiten Rücksicht folgt die Einschränkung ⁵⁾ in dem Rechte, einen Holzgrund umzutoben und in Ackerland zu verwandeln; aus der dritten folgt die Aussicht über Streurechen ⁶⁾, Grasabschneiden ⁷⁾, Ausreutung der Gebüsch ⁸⁾, Auslesen des dürren Holzes ⁹⁾, und die Bestimmung von Waldwegen ¹⁰⁾. Die Folge der vierten Rücksicht ist die möglichste Beschränkung der Weide in Waldungen ¹¹⁾, und das in neuerer Zeit mit Recht begünstigte Bestreben, den Wald von Servituten, insbesondere von Weide zu befreien [zu purificiren] ¹²⁾. Aus der ad II. bezeichneten Rücksicht wird oft nothwendig, zur Abwendung von Bergstürzen, Schneelavinen und ähnlichen Ereignissen,

vom 1. September bis 2. März; s. noch Cöln. Forstordn. §. 26; bayerischer Unterwald im Hofmarkrecht S. 272. Moser S. 36; nach badiſch. Forstgesetz §. 15. vom Anfang September bis Ende April.

- 3) Nur 1 Schuh über der Erde. Ehurfälz. Forstordn. §. 22. Preuß. Landrecht I. c. §. 93. Bad. Forstgesetz §. 19. Wichtig ist aber, daß in Gebirgsgegenden das Localinteresse andere Vorschriften als in der Ebene fordert. s. gut Tyroler und Vorarlberger Waldordn. II. Thl. §. 19.
- 4) Georg. instit. jur. p. 83. Cöln. Forstordn. §. 44. Ehurfälzische Forstordn. §. 45. Weimariſche Forstordn. §. 44. Badiſches Forstgesetz §. 28. Westphal deutsches Privatrecht. II. Thl. nr. 84. Moser Forstrecht S. 103. Tyroler Waldordn. II. §. 20.
- 5) Ehurfälz. Forstordn. §. 10. Braunsch. Forstordn. Cap. 4. §. 19. Hagemann Landwirthsch. S. 334. Schilling Forstrecht S. 63. 125, und Gesetze in Georg. instit. p. 78.
- 6) Moser S. 25. 63. Bad. Forstgesetz §. 41—43. Ueberall ist daher der Gebrauch eiserner Rechen untersagt. Tyroler Waldordn. II. §. 23.
- 7) Moser S. 62. Georg. p. 84, und dort Gesetze, s. auch Preuß. Landrecht §. 91. Bad. Forstgesetz §. 39.
- 8) Georg. p. 87.
- 9) Moser S. 103. Gesetze in Fischer Cameralrecht. II. S. 833. Cölnische Forstordn. §. 44. Weimar. §. 50. Georg. pag. 81. Thomas feld. Privatrecht. II. S. 170. Bad. Forstgesetz §. 119. Scholz neues jurist. Magazin. I. Heft. S. 29.
- 10) Tyroler Waldordnung I. §. 15.
- 11) Gesetze in Fischer Polizei- und Cameralrecht §. 1281. 1299, dazu Cölnische Forstordn. §. 51. Braunsch. Forstordn. Cap. VI. Pölz. Forstordnung §. 58. Moser Forstrecht S. 56. Georg. instit. pag. 84. 99. Badiſches Forstgesetz §. 32—38. Gut Tyroler Waldordn. I. §. 8—12.
- 12) Baier. Gesetze vom 18. Januar 1805, 13. December 1811; gut Wendi Handb. des bayer. Proj. III. S. 272; königl. sächs. Mandat vom 20ten Juli 1813. Nassau. Culturverordn. in der Samml. I. S. 189. Weimar. Ges. vom 3. April 1821 §. 23—26. Preuß. Ges. vom 7. Juni 1811 §. 181. Hazi die ächten Ansichten der Waldungen. I. Heft. S. 75—94. Pfeil über Befreiung der Wälder von Servituten. Jülichau, 1821. Bad. Forstgesetz §. 134. Hier ist auch das französ. System des cantonnement wichtig, bei welchem das Nutzungsrecht in Eigenthum eines Theils des Waldbodens verwandelt wird. L'attribution cours I. p. 138.

die Bewirthschaftung des Waldes noch an strengere Vorschriften zu binden ¹³⁾).

§. 209. [§. 266.] Aufsicht über Waldnebenbenutzungen.

Zu den Waldnebenbenutzungen gehören auch: 1) das Kohlen-, Pottasche- und Kienrußbrennen ¹⁾, 2) das Harzscharren und Theerschwelen ²⁾, das Terpentin sammeln ³⁾. Wenn das Waldeigenthum zu steht, stehen auch diese Nutzungen zu; von anderen Personen können sie nur durch Verleihung des Forstberechtigten erworben ⁴⁾, müssen immer unter besonderer Aufsicht ⁵⁾ ausgeübt werden und unterliegen besonderen polizeilichen Beschränkungen.

§. 210. [§. 267.] Umfang der Verbindlichkeit der Forstordnungen insbesondere auf Waldeigenthümer.

Der Umfang, in welchem die Vorschriften der Forstordnungen verpflichten, wird durch die Fassung der Gesetze bestimmt. Wenn darüber keine Vorschrift vorliegt, so ist anzunehmen, daß zunächst die Forstordnung nur in den Waldungen des Staats anzuwenden ist, und dann besonders die Art der Forstgerechtigkeiten der Privatpersonen an Staatswaldungen bestimmt; allein die Ausdehnung auch auf andere Waldungen rechtfertigt sich durch nachstehende Rücksichten. I. Bei Gemeinde- und Stiftungswaldungen wird aus dem landesherrlichen Oberaufsichtsrechte über das Gemeindevermögen, zu dessen vorzüglichsten Bestandtheilen Waldungen gehören, eine Beschränkung der freien Ausübung des Forstrechts in einigen Beziehungen gerechtfertigt ¹⁾. Die Bewirthschaftung durch eigene von der Corporation

13) Gute Vorschriften in der Tyroler Waldordn. I. §. 17.

1) Stifter Forst- und Jagdhistorie S. 190. Gothaische Forstordn. c. II. Churpfälz. Forstordn. §. 65. Cöln. Forstordn. §. 39. Westphäl. §. 32. Bad. Forstgesetz §. 60—68. Weiske Archiv für pract. Rechtsk. I. Heft. S. 81. Tyroler Waldordn. II. art. 32.

2) Baier. Verordn. von 1763 in der Generaliensamml. von 1771. S. 469, und baier. Verordn. vom 11. Dezember 1799. Pfälz. Forstordn. §. 55. Bad. Forstgesetz §. 49—51. Königl. sächs. Mandat vom 30. Juli 1813 §. 32. Weiske Archiv für pract. Rechtskunde. I. Heft. S. 79. Tyroler Waldordn. II. 22.

3) Tyroler Waldordn. II. art. 22.

4) Krebs de ligno et lapide P. I. class. 4. sect. 6. Georg instit. p. 79. Moser S. 112; von Württemberg, Hezel Repertorium I. S. 322, und rheinbair. Gesetz vom 10. Januar 1814 §. 42. in der Samml. der Verordn. I. S. 299.

5) Georg. instit. p. 89. Moser S. 111.

1) Preuß. Ges. in von Kampff Annalen der Staatöw. 1819. II. Band.

angestellte Förster bleibt die Regel; allein diese richten sich nach den allgemeinen Forstgesetzen des Landes, und die obere Verwaltungsbehörde hat über das Bedürfnis der Gemeinden zu entscheiden. II. In Bezug auf Waldungen der Privatpersonen muß der Grundsatz der Freiheit des Eigenthums auch bei dem Waldeigenthum entscheiden ²⁾, und die in Forstordnungen enthaltenen Beschränkungen verpflichten den Privatwaldeigenthümer nicht weiter ³⁾, als ausdrücklich das Landesgesetz die Ausdehnung auf Privateigenthümer ⁴⁾ ausspricht. Zwar sucht man diese Ausdehnung durch die Besorgnis ⁵⁾, daß der Eigenthümer, um schnell durch Holzschlag zu gewinnen, sich zu einer nachtheiligen Forstbenutzung, und selbst zum Aufgeben der Forstcultur verleiten lassen könne, und daß daher Holzmannel entstehen würde, zu rechtfertigen; allein schon an sich beruht diese Ansicht, bei der man zuviel generalisirt, auf irrigen Voraussetzungen, und kann um so weniger gemeinrechtlich gelten, je mehr sie den Grundsatz der Freiheit des Eigenthums verletzt ⁶⁾. Eine Ausdehnung der Forstordnungen auf Privatwaldungen ist daher nur anzunehmen ¹⁾ so weit das Landesgesetz ⁷⁾ ausdrücklich die Ausdehnung ausspricht, ²⁾ oder in so ferne von allgemeinen polizeilichen Anordnungen ⁸⁾,

§. 670. Bad. Forstgesetz §. 73–87, und badische Verordn. vom 11ten Febr. 1836. Baatländische Forstordn. §. 105–169. Tyroler Waldordn. II. §. 7–35.

2) Krebs de ligno et lapide pag. 215. Hagemann Landwirtschaftsrecht §. 334, f. aber Struben rechtl. Bedenken. IV. S. 103. Säuling Forst- und Jagdrecht S. 60.

3) Tramer von rechtlicher Vereinbarung des Waldeigenthums-Beholungsrechts und forstlicher Herrlichkeit, in Weglar. Nebenstunden. V. Tbl. S. 37. Reinhardt de jure privator. circa silvas inprimis caeduas admod. restrict. Erf. 1732. Kunde §. 144. Fischer Polizei- und Eimeraldrecht §. 1272.

4) Nur auf Bauern beschränken es Struben rechtl. Bedenken. II. nr. 102. Eichhorn Seite 678. In Particularrechten ist große Verschiedenheit. v. Kampe mecklenburg. Civilr. II. S. 125–137.

5) Hundeshagen Lehrbuch der Forstpolizei S. 412. Schenk Handbuch S. 533. Bedekind Anleitung S. 126. Arnberger die forstpolizeil. Beaufsichtigung der Waldungen der Privatpers. Carlsruhe, 1838.

6) Badische Ständeverhandlungen der zweiten Kammer von 1831 Heft 26. S. 409, und Heft 28. S. 369. Kisthofer in der Berner Vierteljahrsschr. Seite 68.

7) Haubold Lehrbuch S. 234. f. auch Nassauische Forstverordn. vom 9ten November 1817 §. 16. nr. 15. in der Samml. II. S. 183; von Hessen, Eigenthum Samml. I. S. 121. Großh. hess. Verordn. vom 20sten Januar 1838.

8) J. B. in Bezug auf Feuergefährd. bad. Forstgesetz 69. 88.

welche nicht bloß bessere Waldbewirthschaftung, sondern Abwendung von Gefahren für fremde Rechte bezwecken, die Rede ist, oder 3) in Bezug auf den Umfang der Berechtigungen der Privatpersonen in Waldbungen das Forstgesetz entscheidet ⁹⁾, wenn nicht eine besondere Norm unter den Contrahenten vorhanden ist. Vorzüglich haben die Forstgesetze ¹⁰⁾ noch das Recht der Privatwaldeigenthümer, den Wald auszuroden und die Cultur zu verändern, beschränkt ¹¹⁾, und an die Genehmigung der Forstbehörde gebunden; allein auch diese Beschränkung kommt nur da vor, wo sie das Landesgesetz besonders ausspricht, und wird auf jeden Fall nur bei größeren Waldbflächen ¹²⁾ in den Forstgesetzen ausgesprochen. Ohne ein ausdrückliches Landesgesetz kann aber die Verpflichtung der Privatwaldeigenthümer, das Holz nur auf vorgängige Anweisung landesherrlicher Förster zu fällen, nie angenommen werden.

§. 211. [§. 268.] Markenverhältnisse.

Als Ueberbleibsel der alten Ansiedelungen, bei denen gewisse Strecken, insbesondere Waldbungen, ungetheilt von den sich niederlassenden Gemeinden besessen wurden ¹⁾, erscheinen die an einigen Orten noch vorkommenden Märkerschaften ²⁾, welche als moralische Personen das Eigenthum gewisser Waldstrecken haben, und unter der Aufsicht eines

9) J. B. Nießbrauch.

10) In neuen Gesetzen tritt immer mehr die Rücksicht der Freiheit hervor, so weit nicht forstpolizeiliche Gründe Einschränkung gebieten. Baier. Gesetz vom 26. April 1825; s. preuß. Gesetz zur Beförderung der Landcultur vom 14. September 1811 §. 4. s. aber Bielig Commentar II. S. 141. Elosen krit. Zusammenst. der baier. Culturgef. S. 177. Pfeil Grundsätze der Forstwirtschaft, in Bezug auf Nationalöconomie. Jülichau, 1822. Hundeshagen Encyclop. der Forstwissenschaft. I. S. 836—841. Schenk Handbuch S. 84.

11) Badisches Gesetz vom 28. Dec. 1831. Bad. Forstordn. §. 87—93. Baatland. Forstordn. §. 169. Züricher Forstgesetz §. 33. St. Gallener Forstordn. §. 11. 15. 26—32. Tyroler Waldordn. I. §. 35—38.

12) J. B. in Code forestier 223, nur bei Waldbungen von wenigstens vier hectares; nach rheinbaier. Gesetz vom 15. December 1814 bei Flächen von 20 Morgen. Nach badischem Forstgesetz §. 90. bei Flächen von 25 Morgen.

1) Die Geschichte lehrt daß oft die ganze Mark ursprünglich nur eine Gemeinde bildete, und erst allmählig die Mark in mehrere Gemeinden sich zersplitterte, wogegen an andern Orten schon ursprünglich mehrere Gemeinden ungetheilt das Waldbrevier behielten. s. noch leg. Baiuwar. XXI. 11. Burgund. XLIX. 3.

2) Oben §. 120. not. 11. in der Lehre von den Gemeinden; sie finden sich in Westphalen, am Niederrhein und in Hessen. s. Münsterisches Provinzialr. von Schlüter I. S. 73; von Tellenburg ibid. Schlüter II. S. 24.

Holzgrafen ³⁾, der aber nicht Herr der Mark ist ⁴⁾, sondern nur außer der Aufsicht ein gewisses Richteramt und bestimmte Nuzungen ausübt, nach einem gewissen Verhältnisse als Corporationen Holzgerichte ausüben ⁵⁾. Die Stelle des Holzgrafen ⁶⁾ ist häufig erblich bei gewissen Familien oder Gütern ⁷⁾. Nicht unwahrscheinlich ist es, daß an manchen Gegenden die ursprünglich als große Landsgemeinde vorkommende Mark später nur mehr auf die gemeinschaftliche Benutzung des ursprünglich der Gemeinde gehörigen Waldes beschränkt wurde ⁸⁾. Die Mark ist als moralische Person die Eigenthümerin des Markbodens ⁹⁾. Die Markgenossen (Einmärker, Erberen) ¹⁰⁾ als Mitglieder des Markvereins haben Holzfallungs- und andere Rechte ¹¹⁾, wogegen Ausmärker Servituten haben können ¹²⁾. Das Verhältniß der Markgenossenschaft ist entweder so regulirt, daß jede Gemeinde einen Antheil an der Mark hat, und jedes dazu gehörige Gemeindeglied Markenrechte nach der von der Gemeinde bestimmten Ordnung ausübt, oder daß an ein gewisses in der Mark liegendes Gut das Markenrecht geknüpft ist ¹³⁾. Gewöhnlich ist jeder Markt-

Strußmann Osnabrück. Markenrecht in Schlüter Beitr. zum hannov. Landesrecht. Celle, 1833. I. Bd. S. 1–64. Maurenbrecher Privatrecht I. Seite 375.

- 3) Schon in Urk. von 1197 in Wigand Gesch. von Corvei. II. Bd. im Anhang nr. 5. kommt Holzgrafen vor, s. auch 1261 in Falke tradit. corbeiens. p. 852. s. Lottmann de jure Holzgrav. praes. in episcopat. Osnabrug. Lemgo, 1770. Piper Beschreibung des Markenrechts S. 28. v. Löw über Markgenossensch. S. 47. 126. Stieglicz S. 124.
- 4) Nipper Osnabr. Gesch. I. Thl. Abschn. I. §. 13. Klöntrup alphab. Handbuch. II. Thl. S. 184.
- 5) Solche Marken fanden sich auch im Mittelalter noch am Niederrhein. Urk. von 1220 in Günther Cod. Rheno. II. pag. 142. von 1271, ibid. II. pag. 372.
- 6) Auch dieser kommt in Urkunde von 1271 in Günther Cod. II. pag. 372. vor.
- 7) Lottmann l. c. thes. I. Es giebt auch Marken, die keinen Holzgrafen haben, daher Freimarken. In mehreren Marken wird er gewählt; diese heißen Wahlmarken.
- 8) Ueber Markenverh. wichtige Urk. in Niefert Münsterisches Urkundenbuch. II. S. 128 ff.
- 9) Maurenbrecher I. S. 377. s. jedoch v. Löw S. 41.
- 10) Hierzu am erläuterndsten Urk. von 1521 in Niefert II. S. 138. s. jedoch v. Löw v. d. Markgenoss. S. 23. 71.
- 11) Klöntrup von den Erberen. Osnabr. 1783; derselbe im alphab. Handbuch. II. S. 313. Piper III. Abschn. von Kramware und Drostware, Urk. in Niefert II. S. 125. Mit Unrecht nahm man oft die Markgenossen als Servitutsberechtigten an. Schlüter Münster. Provinzialr. I. Seite 76.

12) v. Löw S. 124. Stieglicz S. 131.

13) Auch darüber herrscht große Verschiedenheit. v. Löw S. 25. 77. 88.

genosse befugt, sein Vieh in der gemeinen Mark weiden zu lassen ¹⁴⁾, wobei häufig die Observanz vorkommt, daß derjenige, welcher mit seinen Privatgrundstücken an die offene Mark gränzt, diese Gründe zur Abhaltung des Viehs einfriedigen muß ¹⁵⁾. Die Befugniß jedes Markgenossen in der Mark, sich beliebig der ihm bequemen Wege zu bedienen, ist als Ausfluß der Genossenschaft, nicht als Servitut zu beurtheilen ¹⁶⁾. Ueber das Verhältniß der Rechte der Markgenossen entscheiden Markenordnungen ¹⁷⁾ [auch Büschföhren ¹⁸⁾ an manchen Orten genannt] und Gddingsprüche ¹⁹⁾. Die Mark hat eine auf Marksachen bezügliche Gerichtsbarkeit, die sie in Märterdingen (Holzdingen) ausübt ²⁰⁾. Ähnlichkeit mit den Marken haben auch die Walderbschaften ²¹⁾.

§. 212. [§. 269.] Forstverhältnisse bei Meiergütern.

Da, wo Waldungen zu einem Gute gehören, das von einem Meier oder Eigengehörigen besessen wird, kann das gutherrliche Verhältniß auf eine zweifache Weise einwirken, 1) in so ferne der Gutseigener dem gutherrlichen Oberaufsichtsrechte bei der Holzfällung unterworfen ist, und 2) häufig ein Mitnutzungsrecht dem Gutsherrn gestatten muß ¹⁾. Es entscheiden hier im Zweifel die Meier- und Eigenthumsordnungen ²⁾. Betrachtet man die Bäume wie andere

14) Struckmann in der jurist. Zeitung für Hannover 1836 S. 55.

15) Struckmann l. c. S. 56. und 1839 S. 81.

16) Wichtig wird dies, wenn eine Mark getheilt wurde. Struckmann in der jurist. Zeitung für Hannover 1830 S. 166.

17) Oben §. 110. 112. s. auch Spellerwald Ordele von 1465, bei Piper vom Markenrecht S. 157; die Holztingsinstruction von 1590 in Lodtmann de jur. Holzgrav. in adp. nr. 1, und den Entwurf der Dsnabr. Holzgrafeninstruction von 1671 in Lodtmann l. c. nr. II. pag. 87, und Urk. in Niesert II. S. 137—150; über Holznutzung Schlüter l. c. I. S. 40.

18) Im Berg- und Jülichischen heißen die Marken Büsche, s. Jülichische Polizeiordn. von 1558 in Piper Markenrecht S. 166. (Ich besäße Büschföhren von Erkelenz aus dem XV. Jahrhundert.)

19) Merkw. Beispiel von 1768 in der juristischen Zeitung für Hannover 1836 Seite 57.

20) Piper vom Markenrecht Abschn. V.; vorzügl. Urk. von 1491 in Niesert II. S. 131. Klöntrup alphabetisches Handbuch. II. S. 178. v. Löw Seite 191.

21) Z. B. in der Grafschaft Sayn, s. viel in Schmidt hinterlassene Abhandl. II. Bd. S. 305.

1) Struckmann in pract. Beitr. zur Kenntniß des Dsnabrück. Eigenthumsr. IV. Beitrag.

2) Münster. Eigenthumsordn. II. Theil. Tit. 3. Münster Erbpachtordn. II. Thl. Tit. 3. Dsnabr. Eigenthumsordn. Cap. XV. §. 11. 12. Entwurf der Lüneburg. Meierordn. Cap. 1. §. 7.

Vertinenzien³⁾ des Gutes, und nimmt man an, daß die Nutzung aus Waldungen zu den Befugnissen des Nutzungsberechtigten gehören, so muß dem Meier auch die Benutzung der Bäume zu seinem Gebrauche allein zustehen, und das Mitbenutzungsrecht der Guts Herren kann nur in so ferne angenommen werden⁴⁾, als dasselbe in Landesgesetzen oder besonderen Verabredungen begründet ist. Heringziehen irriger Ansichten über die Beschränkung der Rechte der Meier am Gute erzeugten häufig die Meinung von dem Rechte der Guts Herren⁵⁾. Der Bauer hat daher die Fällung des Holzes auch ohne gutherrliche Anweisung, wenn ihm nur nicht forstwidriger Holzschlag vorgeworfen werden kann⁶⁾, und der Guts Herr muß sein Mitbenutzungsrecht⁷⁾, also das Recht des Herrn, Bäume, die auf den Gründen der Gutsleute stehen, zu fällen, speziell erweisen⁸⁾, und wo auch dies Recht vorkommt, muß das eigene Bedürfnis des Colonen immer vor dem Rechte des Guts Herrn begünstigt werden⁹⁾. Aus den Rechten, welche dem Guts Herrn vermöge der Oberaufsicht, um unforstwirtschaftlicher Behandlung entgegenzuwirken, zustehen, folgt noch kein Mitbenutzungsrecht¹⁰⁾.

§. 213. [§. 270.] Jagdgerechtigkeit. Historische Einleitung.

Die Geschichte beweist nicht, daß je ein Jagdregal gemeinrechtlich anerkannt gewesen sey. Jeder echte Eigenthümer des Waldes hatte auch die Jagd¹⁾, in Gemeindewaldungen galt Koppeljagd²⁾;

3) Particularrechte verfügen freilich anders, Struben rechtliche Bedenken II. nr. 115, III. nr. 115. Pufendorf obs. IV. nr. 38. 178. Bulow und Hagemann pract. Erörterungen. II. Bd. nr. 34. Von neuen Gesetzen s. preuß. Gesetz über die bäuerl. Verhältnisse vom 25. Sept. 1820 S. 54. Haunov. Ges. für Lingen vom 9. Mai 1823 S. 18. Geseius Meierrecht I. S. 99, II. S. 161. 175. Bulow und Hagemann II. nr. 25. Koppelniederächs. Archiv. II. Bd. S. 306.

4) Handb. jurist. Erfahr. III. S. 104. Struckmann l. c. S. 11.

5) Gut Sommer in dem neuen Archiv für preussisch. Recht, I. Thl. S. 695, II. Thl. S. 280.

6) Hefrecht von Vrede in Strödtmann de jure curiali p. 80. Hofrecht von Vohn in Strödtmann pag. 30. Engberts de jure curiali litonico pag. 44.

7) Es konnte freilich durch Gewohnheit leicht sich bilden. Struckmann Seite 13.

8) Struckmann S. 16.

9) Hagemann pract. Erört. VII. nr. 31.

10) S. noch über die Rechte der Guts Herren Schlüter Provinz. von Münster. I. S. 519. Wigand Provinziale. von Minden. I. S. 152.

1) Leg. Ripuar. XLII. Leg. Sal. XXXVI. Römer Denabreit. Geschichte.

nur in den Waldungen, die zu den königlichen Domänen gehörten ³⁾, und in den großen Waldungen, die nicht im Eigenthum von Privatpersonen oder Gemeinden waren ⁴⁾, und welche die Könige als Bannforste erklärten, übten dieselben ⁵⁾ ein ausschließendes Jagdrecht aus. Allmählig zeigt sich schon eine Verschiedenheit in Deutschland ⁶⁾, und in den Ländern, in welchen das Grundeigenthum früh sehr zersplittert wurde, wo eine große Zahl kleiner Dynastien sich erhob, konnte am ersten die Bedeutung der Jagd als Zubehör des echten Eigenthums verschwinden, die kaiserlichen Beamten und Dynasten maßen sich mehr die Jagd an, während da, wo das Grundeigenthum weniger zersplittert wurde, die Jagd mehr ihren alten Charakter beibehielt ⁷⁾. Ueberall aber kommt noch in Urkunden die Jagd als Zubehör der Güter erwähnt vor, und wurde als solche mit den Gütern übertragen ⁸⁾, selbst die Koppeljagd dauerte fort ⁹⁾, und mit echtem Eigenthum galt die Jagd regelmäßig verbunden ¹⁰⁾. Auch die deutschen Rechtsbücher ¹¹⁾ beweisen die Ansicht von der Freiheit der Jagd, und die Stelle des Lehenrechts, welche eine Anordnung in

I. Abschn. V. §. 32. Röser patr. Phantas. IV. Thl. nr. 43. Hüßmann Geschichte der Regalien S. 23. Hüßmann Finanzgeschichte S. 44. Anton Geschichte der Landwirtschaft. I. Thl. S. 147. Eichhorn N. O. §. 58. Gegen das Jagdregal spricht auch die Art, wie der Sachsensp. II. 61. von den Bannforsten spricht.

2) Leg. Bajuwar. Tit. 21. Stieglitz de jure venat. exercend. in German. usque ad secul. XVI. obtin. Lips. 1828. pag. 9.

3) Leg. Ripuar. tit. 56.

4) Stieglitz pag. 14.

5) Capit. de villis. c. 36. Capit. Carol. M. a. 802. c. 39.

6) Sehr gut die histor. Entw. in v. Kamptz Jahrbüchern der preuß. Gesetzgeb. Heft 113. S. 4.

7) Daher ist in den Ländern des sächs. R. das Jagdrecht als Vorrecht der Großen noch etwas Außerordentliches, während im Süden (Schwabensp. C. 236.) es schon häufig vorkommt.

8) Daher heißt es: Cum pertinentiis, pratis, pascuis, silvis, venationibus, piscationibus, s. j. B. Schannat. tradit. fuld. p. 246. Hund metropol. Salisburg. I. pag. 93. Schaten annal. Paderborn. P. I. p. 354. Mader antiq. brunsvic. C. IV. nr. 3. p. 108. Guden cod. dipl. III. pag. 1020. Würdtwein nov. dipl. subs. VI. pag. 315. Schoepflin hist. Zaring bad. V. nr. 14. s. noch Raepsaet origine des Belges. vol. II. p. 471.

9) Schannat hist. fuldens. cod. prob. p. 147. Von den Marken s. v. Löw S. 62. 184.

10) Klöntrup alphabet. Handbuch. I. S. 328. Verhandelingen van het Groninger Genootschap. II. p. 275.

11) Sachsenspiegel II. 61. Schwabensp. Cap. 356; s. jedoch über Verschiedenheit beider not. 7.; merkwürdig sogenannter verm. Sachsensp. Cap. 31. in diplomat. Beitr. II. Bd. 1. Thl. S. 37, und altes Rechtsbuch in Evangelenberg Beiträge zu deutschen Rechten S. 219. s. noch Stieglitz pag. 88, und Stieglitz S. 153.

Bezug auf die Haltung des Friedens enthält, beweist nichts für das Jagdregal ¹²⁾. Die Geschichte lehrt aber auch, daß die Kaiser schon früh die großen Waldungen, welche nicht im Eigenthum von Privatpersonen oder Corporationen ¹³⁾ waren, wegen der Jagd als Bannforste erklärten ¹⁴⁾, und dadurch auch diejenigen, deren Grundeigenthum von solchen Forsten umschlossen war, von dem Jagdrechte selbst auf ihrem Grundeigenthum ausschloßen. Allmählig ließen auch manche Dynasten durch kaiserliche Privilegien Waldungen unter Adnigsbann zu Bannforsten erklären ¹⁵⁾, und suchten auch ohne solche Privilegien die in ihren Gebieten liegenden Waldungen durch Hülfe dieses Banns, den sie ausübten, selbst in Forste zu verwandeln und in Bezug auf das Jagdrecht zu schließen ¹⁶⁾. Daraus, daß in Urkunden die Jagd bei Gutsübertragungen nicht besonders erwähnt wurde ¹⁷⁾, folgt nichts, da man nur da, wo der Verleihende die Jagd sich ausdrücklich vorbehielt ¹⁸⁾, die Mitabtretung der Jagd als ausgeschlossen ansehen darf. Auch folgt daraus, daß bei Bewiedmung von Städten ¹⁹⁾ die Landesherren einen Theil der Jagd der Stadt verliehen, nichts, da sich dies auf Grundeigenthum bezog, das zu den Domänen der Regenten gehörte. Je mehr die Zahl der Freien sich verminderte und der Adel vorzugeweiße echtes Eigenthum hatte und da, wo er Güter unter Colonatrecht den Hörigen verlieh, die Jagd als Zubehör des echten Eigenthums ²⁰⁾ sich vorbehielt ²¹⁾, desto mehr konnte die Ansicht von einem Vorrechte des Adels in Bezug auf Jagd sich ausbreiten, wozu noch kam, daß häufig die Bögte

12) II. Feud. 27. §. 5. Stieglitz p. 48. Eben in Italien zeigten die Urk., daß häufig die Jagd völlig frei war, und nur an einigen Orten die Regenten ausschließende Jagdrechte hatten.

13) J. B. der Märkerschaften, die immer auch die Jagd in der Mark hatten. Stieglitz S. 133.

14) Schannat Annal. Paderhorn. pag. 365. Tolner cod. dipl. pal. p. 21. Acta Acad. Theol. Palat. III p. 133. Stifer Jers- und Jagdhüterie S. 109. Stieglitz p. 25. Stieglitz S. 47. 73.

15) Stieglitz pag. 30.

16) Senkenberg select. jur. I. p. 204. Stieglitz p. 36.

17) Beispiele in v. Kampp Jahrb. 5. 113. S. 10.

18) Urk. in v. Kampp S. 15.

19) Urk. in v. Kampp S. 8.

20) So erklärt es sich, daß überall auf den Willen und Herrschaften der Adel das Jagdrecht ausübte.

21) Merkw. Urk. von 1231 in Miraei opera. Tom. 1. pag. 255. s. auch pag. 312. 319. 384. Bei Lehnverleihungen galt der Grundsatz, daß der Lehnbesitzer das Jagdrecht habe. Bouhier Cout. de Bourgogne. vol. II. p. 395. s. auch Loisel instit. coutumières. vol. I. p. 327.

auf den Gütern, über die sie die Vogtei hatten, das Jagdrecht sich anmaßten ²²). Das Jagdrecht der Landesherren dehnte sich vorzüglich dadurch aus, daß sie auf den Gütern der Klöster ²³) und da, wo sie Grundherren waren, auf den Gütern ihrer Bauern, Jagdrechte ausübten. Ein wichtiges Verhältniß war im Mittelalter noch der Wildbann ²⁴), welcher entweder das in Bezug auf den Vannforst dem Kaiser oder einem Dynasten zustehende Recht bedeutete, oder auf die Ansicht des Mittelalters sich bezog ²⁵), nach welcher Gegenstände, die einen besondern Frieden erhalten und gegen Frevel geschützt werden sollten, unter den Königsbann gestellt wurden, so daß dies auch in Bezug auf die Jagd, oft selbst nach der Convention der jagdberechtigten Corporationen mit mächtigen Dynasten um Schutz zu erhalten, eintrat, wo dann Wildbann dies Schutzrecht oder das Recht bezeichnete, die Strafe des Königsbanns anzuwenden ²⁶). Bald aber bezeichnet Wildbann nur mehr das Jagdrecht ²⁷).

§. 214. [§. 271.] Fortbildung des Jagdregals.

Erst seit dem XVI. Jahrhunderte hatte die Ausbreitung der Regalitätsansichten überhaupt auch die Ansicht bewirkt, daß das Jagdregal bestehe. Die Sitte, unter den fürstlichen Rechten auch den Wildbann aufzunehmen ¹), und in den Lehenbriefen die Jagd besonders zu erwähnen ²), weil man durch die landesherrliche Bestätigung gegen das einbrechende von den Juristen leicht für die Fürsten gedehnte fremde Recht sich sicher stellen wollte, bewirkte leicht, daß man in der Folge auf ein Jagdregal sich berufen konnte. Die Art, wie der Bauernstand betrachtet wurde, veranlaßte leicht die An-

22) Wächter würtemb. Privatr. I. S. 118.

23) Urk. in Falk Handb. des holstein. Privatr. III. S. 453.

24) Köfer Osnabrück. Gesch. I. Thl. S. 358. s. auch Phillips Privatr. I. S. 566. Stieglitz S. 48.

25) In Urk. von 1392 heißt custodia ferarum et venationum quod vulgante dicitur Wiltpann. Guden cod. dipl. III. 9. Senkenberg sel. jur. I. pag. 205. 207. Urk. von 1202 in Günther Cod. II. pag. 74. Verfm. über Wildbannsgesetze und Wildhuben Dahl Gesch. von Lorsch S. 229. in Urk. S. 60.

26) Daraus, daß oft die Jagd oder Wildbann jus regale heißt, folgt nichts für die Regalität. J. B. in Urk. in Lindenbrog script. p. 142. Leibnitz script. rer. brunsvic. T. III. p. 215. s. auch Stifter Forst- und Jagdgeschichte S. 163.

27) Urk. in v. Rammß Jahrbüchern S. 15.

1) J. B. im würtemb. Herzogsbrieft von 1495. Wächter Handb. I. S. 119.

2) v. Rammß Jahrb. S. 21.

sicht ³⁾, daß Bauern nicht zu jagen befugt wären ⁴⁾. Dabei aber war immer noch das Jagdrecht der Adellichen auf ihren Gütern ⁵⁾, bei deren Uebertragung man oft die Jagd sich besonders vorbehielt ⁶⁾, anerkannt, und an manchen Orten erhielt sich selbst das freie Jagdrecht allen Eingefessenen eines Bezirks ⁷⁾. Am wichtigsten wurde es, daß die Regenten oft aus sehr schwachen Gründen ⁸⁾ die hohe Jagd als Regale in Anspruch nahmen ⁹⁾. Der Adel mußte nun zu Conventationen sich verstehen, und an manchen Orten gab er um so lieber auf den Landtagen ¹⁰⁾ nach, als wenigstens die niedere Jagd des Adels anerkannt wurde. So schwiegen die adelichen Stände leichter zu den Versuchen der Regenten, ein Jagdregal zu begründen, um so mehr, als man strengen Beweis des zustehenden Jagdrechts von dem Adel forderte ¹¹⁾, und es diesem oft schwierig wurde, diesen Beweis zu führen ¹²⁾. Man fing zugleich an, dem Ausdruck Wildbann einen anderen Sinn unterzulegen, während die Juristen ¹³⁾ durch die Behauptung, daß alle herrenlosen Sachen dem Regenten zustünden, die Ausbildung ¹⁴⁾ des Jagdregals begünstigten. Durch die Reformation kam das Jagdrecht auf den Klostergütern in die Hände

3) Anhalt. Polizeiordn. von 1572 Tit. XXII. Gethaische Landesordn. von 1589 Tit. XXXIV. v. Kamptz Mecklenb. Civilr. II. S. 154—59.

4) Tengler Laienspiegel Fol. XXI. sagt: „Dieweil die Kaiser dem Rittermäßigen Adel von Ergeßlichkeit halber als Regalien verlehnen das sie mit hunden und federspiel Weidwerk zu treiben haben, so gestemt doch solchs den geistlichen in kainen weg, noch den Pauern.“

5) Häufig bezog sich dies auch auf die Klostergüter, wenn die Adellichen die Bögte waren.

6) Stieglitz Seite 183, s. noch Weiße in der 2ten Ausgabe von Zacharia's Lehenrecht von Sachsen S. 55.

7) J. B. in Tyrol, Vorarlberg, im Schwarzwald. s. noch v. Wächter I. Seite 120.

8) J. B. mit Berufung auf alte Lehenbriefe.

9) Wichtig von der Mark v. Kamptz S. 31.

10) In Baiern wurde 1487 nur Hasen und Füchse dem Adel zu jagen erlaubt (Krenner Landtagshandl. X. Bd. S. 95.), aber schon 1493 (Krenner l. c. IX. Band. S. 242.) wurde das ganze kleine Weidwerk ihnen gestattet. Merkwürdig Normans Nüßgantscher Landbrauch Tit. 95, und Loreler Landesordn. von 1536 Buch VI. Tractat. de jure incorpor. (v. Zeiter reich) Tit. 9. 10; von Holstein, Privilegien der Schleswig-Holstein. Ritterschaft S. 263. Von der Mark Scheplitz Cons. pag. 468; von Mecklenburg, Erblandesvergt. Art. XVI. §. 293—306.

11) Von der Mark v. Kamptz Jahrb. S. 37.

12) Eichhorn RechtsG. §. 548.

13) S. die Ansichten der älteren Juristen in Fritsch corp. venator., J. B. S. 115. 213; s. noch Heig quaest. jur. civil. et sax. P. I. qu. 15. §. 62. s. noch merkw. die Gutachten und Anfragen von 1579 in Lütke Deduction nr. 10. s. noch Stieglitz S. 237.

14) Ros Meurer Forstrecht Tit. 20.

der Regenten auch da, wo sie es bisher noch nicht ausübten. Die Verwechslung von Jagdhohheit und Jagdpolizei mit Jagdregal begünstigte die Meinung von dem Daseyn des letztern. Ueberall aber ergibt sich, daß auf eine höchst verschiedene Weise in den einzelnen deutschen Ländern dies sogenannte Regal sich ausbildete ¹⁵⁾.

§. 215. [§. 272.] Umfang des Jagdregals. Jagdhohheit.

I. Gemeinrechtlich kann ein Jagdregal in der Art, daß dem Regenten das ausschließende Jagdrecht in allen Waldungen zustünde, und Niemand selbst auf eigenem Grund und Boden die Jagd ausüben kann, wenn er nicht einen gültigen Rechtstitel für sein Jagdrecht aufweisen kann, nicht angenommen werden, da weder ein gemeinrechtlich begründetes Herkommen, noch ein Gesetz des gemeinen Rechts dies Regal begründet ¹⁾. Wenn auch Jagdregal in einem

15) In vielen deutschen Staaten ist allerdings das Jagdregal anerkannt; allein die Betrachtung der preussischen Provinzialrechte zeigt die Verschiedenheit des Verhältnisses. Nach dem revidirten pommer'schen Provinzialr. §. 342. haben die Rittergüter ohne besondere Verleihung die hohe, mittlere und niedere Jagd. Nach dem westpreuss. Provinzialr. §. 577. haben die Rittergüter und die Immediatsstädte die ganze Jagd. Nach ostpreuss. Provinzialr. §. 33. haben die adelichen Güter nur die mittlere und niedere Jagd. Nach dem Provinzialr. von Kellinghausen §. 27. ist die Jagd nicht Regal. Die hohe Jagd gehört den Standesherrn und Allen, die sie auf ihren Gütern besitzlich hergebracht haben. Im Provinzialr. des Herzogth. Berg §. 551. ist jeder im Besitzstand zu schützen, der Jagd am 20. Juli 1828 befaß. Nach dem schlesischen Provinzialrechte (Wenzel, das jetzt bestehende Provinzialr. I. Thl. §. 24. u. §. 221.) steht den Rittergütern die hohe und niedere Jagd auf der ihnen unterworfenen Feldmark zu.

^{*)} Für die Regalität der Jagd:

(in Hütter Literat. des StaatsR. III. Thl. §. 626.) Link de jur. venand. regalibus justo adscripto. Arg. 1722. de Ludewig diss. jur. rom. et germ. in venatu ejusque regali. Hal. 1730. Lütke gründliche Gewährung des Jagdregals. Celle, 1751. Ickstadt de eo quod jur. natur. circa venat. jur. est. Wirceburg, 1736. Idem de possess. vel quasi regal. in specie regal. venand. jur. subdit. advers. territ. dom. Wirceb. 1736. Stifter Forst- und Jagdhistorie Cap. IV. §. 1, Cap. V. §. 15. Cramer Beclar. Nebenstunden. Thl. 69. §. 23. Schnaubert Erl. des Lehens. §. 154—158.

Gegen das unbedingte Jagdregal:

Wilderbel gründliche Deduction gegen die vermeintliche Regalität der Jagden. Celle, 1723; vermehrt 1741. Riccius von der Jagdgerechtigkeit Cap. 1. Struben vindic. jur. venand. nobil. german. Hildesh. 1739. Struben Nebenstunden I. nr. 2. Seidensticker de fundam. jur. supr. insp. circa adspot. §. XIX. Runde Grundsätze §. 148. Weber Handbuch des Lehensrechts. II. Bd. §. 265—278. Bollgraf vermehrte Abhandl., hauptsächlich in dem Gebiete des Criminal. Privatr. Warburg, 1822. I. Bd. §. 9—16. Eichhorn Einleit. §. 282.

1) v. Kampff meßlenburg. Civilr. II. §. 154, und die oben §. 214 not. ^{*)} genannten Autoren, auch Eichhorn §. 284. Phillips Privatr. I. §. 609. Maurenbrecher I. §. 593.

Landes besteht, so folgt daraus noch nicht, daß die ganze Jagd Regal sei, da sich eine Abtheilung in hohe und niedere Jagd ausbildete (§. 216.), und aus dem Bestehen des hohen Jagdregals nicht folgt, daß auch die niedere Jagd Regal sei. II. Dagegen steht der Regierung, ohne daß es erst einer besonderen Nachweisung bedarf, das Jagdhoheitsrecht ²⁾ zu, als die Befugniß der obersten Gewalt, Aufsicht über die Ausübung der Jagd zu halten, und die Berechtigten an gewisse Gesetze ³⁾ und Beschränkungen zu binden; daher Jagdordnungen zu erlassen, die Ausübung der Jagd der Aufsicht landesherrlicher Beamten zu unterwerfen, und Jagdsfrevel zu bestrafen. Im Zusammenhange damit steht auch das Jagdpolizeirecht, das, ohne alle Beziehung auf die Existenz eines Jagdregals, sich durch die Rücksicht auf die vielfachen Collisionen rechtfertigt, in welchen das Interesse des Jagdberechtigten mit dem des Forstberechtigten und vorzüglich der benachbarten Grundeigenthümer kommt ⁴⁾, woraus sich die Befugniß rechtfertigt, die Ausübung der Jagd an gewisse Zeiten zu binden, und andern Beschränkungen im öffentlichen Interesse, vorzüglich wegen der öffentlichen Sicherheit, zu unterwerfen. III. Von dem nach Urkunden Jemand zustehenden Wildbann ⁵⁾, in so ferne darunter

2) Jargow von den Regalien S. 506. Klüber öffentl. Recht §. 367. Striegis S. 238. 43.

3) Solche Ordnungen in Fritsch corp. jur. venat. forest. Rudolst. 1765. und in Verbindung mit den Forstordnungen s. noch dess. Jagdgesetze in Eigendrod Samml. III. Thl. S. 291; neue Jagdsfrevelordnungen, s. Nassauische von 1810 in d. Samml. der Verordnungen. II. S. 184. Erfurtische vom 29. Dec. 1811 Tit. III. Weimariische vom 13. April 1821; von Württemberg, s. Hezel VII. S. 205.

4) Daher kommen Jagdgesetze auch von Ländern vor, wo kein Jagdregal gilt, z. B. in der Schweiz, s. Jagdgesetz von Luzern vom 4. Herbstm. 1831, wo jedem Landbesitzer auf seinem Grund und Boden, und jedem Andern Jagd erlaubt ist, wenn er ein Jagdpatent hat. Nach dem Jagdgesetz von Genf vom 29. December 1837 darf Niemand auf fremdem Eigenthum jagen ohne Erlaubniß des Eigenthümers. Diese Einwilligung wird präsumirt in Waldungen und Sümpfen, aber jeder muß sogleich auf Erfordern des Eigenthümers sich zurückziehen. Auf öffentlichen Straßen, Spaziergängen darf gar nicht gejagt werden. Nach art. 4. ist die Jagd mit Schießgewehr selbst dem Grundeigenthümer an Orten verboten, die von fremden Wohnungen nicht 100 Toises entfernt sind; vom 1. März bis 1. September ist Jagd mit einigen Ausnahmen verboten. Nach art 17. braucht jeder Jäger (ausgenommen der Eigenthümer auf seinem Boden) ein Jagdpatent. Nach dem Gesetze von Solothurn vom 10. Juni 1840 ist die Jagd an ein Jagdpatent geknüpft, das nur für eine gewisse Zeit gelöst werden kann. s. Jagdgesetze von Rheinbaiern in Siebenpfeiffer Handbuch V. S. 209.

5) Stijer Forst- und Jagdgeschichte §. 22—102; über Bedeutungen von Wildbann, s. Weber Handbuch des Lehenrechts. II. S. 297. Eisenhart deutsches Recht in Spruchwörtern S. 205. Georg. inst. jur. forest.

das Recht verstanden wird, die Jagd zu schützen, Jagdgesetze zu geben, und gegen die Uebertreter aufrecht zu erhalten⁶⁾, darf nicht auf das Jagdregal geschlossen werden, eben so wenig als man daraus, daß oft dem Regenten auf seinen Domänen oder vermöge specieller Titel Jagd auf Privatgrundstücken zusteht, dies Regal ableiten kann. IV. Wenn in einem Lande Jagdregal eingeführt ist, muß jeder Privatmann, welcher Jagdgerechtigkeit ausüben will, nachweisen, daß er dies Recht durch Verleihung oder Verjährung erworben, oder in dem Besitze des Jagdrechts, auch nachdem das Jagdregal im Lande eingeführt wurde, sich erhalten habe. IV. Wo aber auch in dem Lande kein Jagdregal gilt, kann man doch nur annehmen, daß die Grundeigenthümer das Recht der Jagd auf ihren Grundstücken haben⁷⁾, in so ferne nicht ein Jagdrecht in größerer Ausdehnung vermöge Herkommens so eingeführt ist, daß jeder ein allgemeines Jagdrecht auf allen nicht eingezäunten Grundstücken Anderer hat [freie Pürsch]⁸⁾. In solchen Bezirken, wo kein Jagdregal gilt, kann die Jagdgerechtigkeit auf fremdem Grund und Boden häufig als Servitut vorkommen. VI. Wenn in einem Fall Zweifel entsteht, ob ein Jagdberechtigter die hohe oder nur niedere Jagd hat, kommt es darauf an, ob in dem Lande das Jagdregal begründet ist⁹⁾ oder nicht. Im letzten Falle hat jeder Jagdberechtigte

pag. 125. v. Kampff mecklenburgisches Civilrecht. II. §. 183. f. noch §. 213 not. 18.

- 6) Stifter Forst- und Jagdhistorie Cap. I. §. XV. und Beck von der forstl. Obrigkeit §. 13 und 215.
- 7) Dies ist wenigstens die Grundansicht des älteren deutschen Rechts. Im Münsterschen ist die Jagd kein Regal. Schlüter Münster. Provinzialr. I. §. 91. Auf dieser deutschen Ansicht beruht das für Rheinpreußen ergangene Jagdgesetz vom 17. April 1830. Darnach hat der Grundeigenthümer das ausschließende Jagdrecht auf eignem Grund und Boden, und zwar 1) wenn er einen zusammenhängenden Flächenraum von 300 Morgen hat, oder 2) wenn er oder seine Familie vor 1798 das ausschließende Jagdrecht hatte, oder 3) auf Grundstücken, die mit Mauern, Hecken, Zäunen umgeben sind, 4) die Jagd auf allen Grundstücken unter 300 Morgen und die nicht zu den vorigen Ausnahmen gehören, soll zum Vortheil der Grundeigenthümer verpachtet werden.
- 8) An einigen Orten hat sich ausgedehnte Jagdfreiheit erhalten. Merkwürdig von den friesischen Gegenden Westerwoolder Landrecht im Anhang zu den Groninger Verhandeln. vol. IV. pag. 83. Vergleichen mit dem alten Landrecht ibid. pag. 28; vom Lande Habeln f. priv. in Spangenberg Corp. Const. IV. Bd. 3. Abth. §. 198. 201. Vom Schwarzwald f. Hezel Repertor. Würtemb. Verordn. VII. Seite 511, und noch II. §. 406. f. noch von freier Pürsch Stiegitz §. 139.
- 9) Ueber Länder, wo Jagdregal besteht, f. Röser von Landeshoheit in weltlichen Sachen. IX. Thl. §. 78—129. Corp. const. Marchie. Tom. IV. Abth. 1. nr. 47. p. 692. Preuß. Landr. II. Thl. Tit. 16. §. 39. Badisches 76 Organisationsedict §. 23; von Mecklenburg, Jagemeister Staatsrecht §. 243; mecklenburg. Rechtsprüche III. §. 125; von Hol-

unbeschränkt die ganze Jagd. Im ersten Falle kann man nur dann annehmen, daß nur das niedere Jagdrecht dem Berechtigten zustehe ¹⁰⁾, wenn er sich für sein Jagdrecht auf eine landesherrliche Verleihung seines Rechts beruft, und wenn zur Zeit, wo er die Verleihung erhielt, bereits in dem Lande der Unterschied von hoher und niederer Jagd galt, und die Art der Verleihung nicht darauf schließen läßt, daß das ganze Jagdrecht habe übertragen werden sollen. VII. Die Ansicht, daß der Adel auch da, wo das Jagdregal existirte, jagdberechtigt sey, konnte durch das bei dem Adel erhaltene echte Eigenthum entstehen ¹¹⁾, und daß bei der spätern Ausbildung des Jagdregals in manchen Staaten die Regenten wenigstens die Jagdrechte des Adels anerkennen mußten. Der adeliche Gutsbesitzer muß, wenn das Jagdrecht ihm bestritten wird, entweder nachweisen ¹²⁾, daß auch nach Ausbildung des Jagdregals in dem Lande die Jagdrechte des Adels anerkannt worden seyen, oder daß jene Art der Jagd, welche der Adelige in Anspruch nimmt, kein Regal geworden sey ¹³⁾, oder daß der Adelige sonst das Jagdrecht durch Verleihung oder unvordenkliche Verjährung erworben habe. Wo das Jagdrecht des Adels als Vorrecht adelicher Güter anerkannt ist, erstreckt es sich nur auf die zustehenden Güter, wenn sie auch in Colonats- oder Meierverhältnissen an Bauern verliehen sind ¹⁴⁾.

stein, Ralf Handb. III. S. 453; von Baiern, Kreitmaier Anmerk. zum baier. Landrecht. II. Thl. S. 936, und baier. Ordnungsordnung von 1616; von Württemberg, v. Wächter Handb. I. S. 119, und S. 479. Newschers Privatrecht. I. S. 432; von Oesterreich, Jagdordnung vom 29sten Februar 1786 in de Luca polit. Codex. III. Bd. S. 169; und in Wilmwarter Handb. II. Seite 93. Ueber die verschiedenen Provinzen von Oesterreich, Springer Statistik von Oesterr. II. S. 411; von Sachsen, Römer Staatsrecht. II. S. 86. Hauke S. 253; von Hannover, Kammer jurist. Erfahrungen. II. Bd. S. 472; von Preußen, Landrecht II. 16 Tit. §. 39–42. Art. 19. §. 21. 25., und über Entstehung dieser Sage v. Kampff Jahrb. Heft 113. S. 61–66; über neue Gesetze Bornemann II. Seite 20.

10) Preuß. Landr. I. c. §. 41. Etengel u. Eisenberg Beitr. I. S. 234. Kreitmaier Anmerk. zum baier. Cod. II. S. 941. Gröndler Polemik II. S. 372.

11) Stiegitz S. 277.

12) Pufendorf obs. I. nr. 28. 150. 228, II. nr. 36, IV. nr. 270. Struben rechtl. Bedenken. I. 153. Bülow und Hagemann praktische Erörterungen. I. nr. 10. Kammer l. c. Fischer Polizeirecht I. c. II. S. 330. Gröndler II. S. 375.

13) Verhandlungen in der Mark s. v. Kampff Jahrb. I. c. S. 68 u.

14) Hagemann Landwirtschaftsrecht S. 360.

*) Jagdrecht-Literatur: ältere Juristen in Fritsch corp. jur. venat. for. I. c. und die oben §. 206. not. 5. angeführten Schriftsteller, s. noch Hahn histor. jurist. Ausführung v. Jagd- und Forstrecht in Pistor. amoenit. hist. jur. Tom. 6. p. 1459. Riccius Entw. von der in Deutschland üblichen Jagdgerechtigkeit. Nürnberg, 1736. Frankfurt,

§. 216. [§. 273.] Hohe, niedere und Mitteljagd.

Zwar schon früh veranlaßt ¹⁾, auch in älteren Urkunden nach dem Ganzeistyl üblich ²⁾, jedoch ohne die Absicht, eine practische Eintheilung zu begründen, wurde erst später ³⁾ die Eintheilung der Jagd in hohe und niedere practisch bedeutend ⁴⁾ im Kampfe der Fürsten mit dem Adel, um für die Regalität der Ersten eine rechtliche Gränze zu finden, und durch Berufung auf Hoheitsrechte die hohe Jagd als Regal geltend zu machen ⁵⁾. Sie wurde in vielen Ländern gesetzlich, und zwar mit der Absicht, den Umfang der Jagdgerechtigkeit zu bezeichnen ⁶⁾. Ueber den Umfang entscheidet nur das Particularrecht ⁷⁾. Hirsche, Lammhirsche, Lammwild, Auerhähne Auerhühner und Fasanen gehören gewöhnlich zur hohen Jagd ⁸⁾, an

1722. Nohr Haushaltungsr. VII. Buch. Cap. III. v. Beust von der Jagd- und Wildbannsgerechtigkeit. Jena, 1744. Fisker Polizei- und Cameralrecht. II. S. 846. Hagemann Landwirthschaftsrecht Seite 357. Moser Forstrecht Cap. VI. VIII. Georg. instit. jur. forestal. pag. 36. 90. 100. 125. und Schilling's oben angeführtes Forst- und Jagdrecht. Dresden, 1822. Sahn das preuß. Jagdrecht. Breslau, 1836.

1) Leg. Baiuvar. Tit. 20. §. 7.

2) Du Fresne Gloss. sub voce: ferae forest. Kettner ant. Quedlinb. p. 568. Gerken dipl. veter. March. II. p. 493. Weber Handb. d. Lehenr. II. Thl. S. 281. Anton Geschichte. II. Thl. S. 351. Stieglitz S. 187.

3) Die Zeit, in welcher die Abtheilung practisch vorkam, ist in den einzelnen Ländern sehr verschieden. s. zwar in bair. Verordnung von 1487 (in Kremer Landtagshandl. X. S. 94.) kommt großer und kleiner Wildbann vor. Bergisches Ritterrecht in Lacombet Archiv für Niederrhein. I. Heft. S. 93. 103; allein in den meisten Ländern kommt die Eintheilung erst im XVII. Jahrh. vor. s. von der Mark v. Kampff Jahrb. I. c. S. 32.

4) Stifer Forst- und Jagdhistorie S. 289—303. Pfeiffinger Vitriar. illustr. L. III. Tit. 18. pag. 1365. Reinhard Anmerkung über die Frage: Ob die Eintheilung der Jagden in hohe und niedere alt oder neu sey; in Schott jurist. Wochenblatt. I. Thl. S. 324. Riccius Entwurf von der Jagdgerechtigkeit Cap. IV. Pufendorf Obs. I. 228, II. 50. Reinhard de jure forest. German. Sect. 2. C. 2. §. 9. Stieglitz S. 279.

5) Ueber die Gründe gut v. Kampff Jahrb. Heft 113. S. 40.

6) Urf. von 1417 in Frank Altes und Neues Mecklenburg. VIII. S. 162. spricht von Jachten högest und niedest. Hier ist aber noch keine Absicht, dadurch etwas über d. Jagdregal zu bestimmen.

7) Nach dem pommerischen Provinzialrecht §. 338. wird die Jagd in hohe, mittlere und niedere getheilt. Zur mittleren gehören Rehe, Schweine, Birkhähne und Haselhühner. Ebenso giebt es die dreifache Jagd nach dem westpreuß. Provinzialr. §. 581. 597. Nach dem Halberstädtischen Provinzialr. §. 151. giebt es nur hohe und niedere Jagd. In Ostpreuß. Provinzialr. §. 35. giebt es auch mittlere Jagd. Im Provinzialr. des Herzogth. Berg §. 553. gehören zur hohen Jagd Fasanen, Schwarzwild und Hirsche. Mittlere Jagd giebt es nicht. In der Mark wurden auch anfangs Rehe und Schweine als Gegenstände hoher Jagd vindicirt; allein man fand davon ab, und so gehören in der Mark zur hohen Jagd Hirsche, Schwäne, Trappen. v. Kampff Jahrb. S. 41.

8) Sächs. Verordn. von 1717 im Cod. Aug. P. II. pag. 611. Weimarische

manchen Orten auch wilde Schweine, alle anderen Thiere dagegen zur niederen Jagd. An manchen Orten ⁹⁾ hat sich der Begriff der Mitteljagd gebildet, wohin Rehwildpret, Birk- und Haselhühner (oft auch Schweine) gerechnet werden. Wo keine Mitteljagd gesetzlich gilt, gehört das dahin gezählte Wild zur niederen Jagd ¹⁰⁾. Von jeher wurden einige, z. B. reisende wilde Thiere gar nicht zum jagdbaren Wilde gezählt ¹¹⁾, daher ihr Fang allgemein erlaubt und oft selbst geboten war ¹²⁾. Da, wo man behauptet, daß gewisse Thiere, z. B. Fasanen, speciell von der Jagd ausgenommen seyen, muß dieser Vorbehalt speciell nachgewiesen werden ¹³⁾; obwohl häufig, eben in Bezug auf Fasanen, eigene Bestimmungen gelten ¹⁴⁾. Der Vogelfang gehört zur Jagd ¹⁵⁾. In Bezug auf die Gränze zwischen Fischerei und Jagd bei einigen Thieren, z. B. wegen Silber und Fischotter, fordert gemeinrechtlich ¹⁵⁾ die Consequenz der Rücksicht

Verordn. von 1821 §. 5. Kreitzmaiers Anmerk. zum baier. Landr. II. S. 939. Fischer Cameralr. II. S. 853. Preuß. Landr. §. 37. Denabr. Unterhaltungen von 1770, Stück II. S. 176. Georg. instit. jur. p. 131. Mejer Forstrecht S. 88. In Mecklenburg gehört nur der Hirsch zur hohen Jagd. v. Kamptz Civilrecht. II. S. 148. S. 164.

9) Z. B. in Sachsen, Haubold Lehrbuch §. 236; auch in Weimar. Verordn. §. 5. Ueber die Gründe der Entstehung der Mitteljagd s. v. Kamptz Jahrb. S. 52.

10) Sackendorf, deutscher Fürstentaat. III. Thl. Cap. 3. Abschn. 5. §. 3. Cammegiesser Decis. T. II. decis. 250. nr. 6. Churpälz. Verzeichniß in Janßen Materialien S. 269. Pufendorf obs. IV. p. 270. v. Kamptz Jahrb. Seite 53.

11) Preuß. Landrecht §. 33. 34.

11a) Merkm. Schultes Coburg. Landesgeschichte S. 158.

12) Z. B. in Sachsen, Chladenius de jure phasianior. ejusque hanno. Vitae. 1752. Haubold Lehrbuch S. 257. In Braunschweig bestimmt ein Gesetz vom 28. Oct. 1835, wie weit das Recht, Fasanen zu schießen, begründet sey.

13) Im preuß. Landr. §. 37. werden Fasanen zur hohen Jagd gerechnet. In Schlessen (Wenzel Provinzialr. S. 224.) bestehen eigene Verordnungen, nach denen zur Anlegung einer Fasanerie besondere Concession gehört, aber Niemand Fasanen schießen darf, der nicht eine Fasanerie an dem Orte hat. In der Mark hatte der Kurfürst erst 1678 Fasanen von fremden Orten auf seine Domänen verpflanzt, und so diese Thiere als ein ihm eigenthümliches Jedermisdepret erklärt, was in spätere Verordnungen übergieng. v. Kamptz Jahrb. S. 46—49.

14) Bichel de aucupio ejusque jure. Helmst. 1670. Rohr Haushaltungsrecht VII Cap. 12. Hagemann Landwirthschafter. S. 372. Pfessinger Vitr. illustr. III. p. 1082. Niccius von der Jagdgerechtigkeit Seite 9. Weber Handbuch des Lehens. II. S. 290.

15) In Landesges. ist Verschiedenheit. Tractat. de juribus incorp Tit. X. §. 5. Baier. Jagdordnung Cap. 13. 16. Kreitzmaier Anmerk. S. 939. Runde Beitr. zur Erl. rechtl. Gegenstände. II. Bd. nr. 11. Preussisches Landr. I. Thl. Tit. 9. §. 172. Georg. inst. p. 133. Hessische Gesetze

auf den regelmäßigen Aufenthaltsort dieser Thiere und darauf, daß sie nicht weidmännisch gefangen werden, so wie die Pflicht, jeder Ausdehnung des Jagdregals entgegenzuwirken, diese Thiere nicht als Gegenstände der Jagd zu betrachten ¹⁶⁾).

§. 217. [§. 274.] Charakter der Jagdgesetze.

In den Jagdordnungen einzelner Länder zeigt sich die gemeinsame Rücksicht, zu verhindern, daß nicht durch unweidmännisches Fangen die Fortpflanzung der Thiere gehindert, und muthwillig die Jagd verschlechtert werde; daraus erklären sich die Vorschriften: a) daß in der Hegezeit nicht gejagt werde ¹⁾, mit gewissen Ausnahmen ²⁾. Bei Bestimmung der Hegezeit entscheiden aber auch polizeiliche Rücksichten ³⁾, welche ohne alle Rücksicht auf das Bestehen des Jagdregals für alle gelten, welche die Jagd ausüben wollen, und sich daraus erklären ⁴⁾, daß die Jagd durch das Verfolgen des Wilbes und das Betreten von Feldern, den Besitzern der Grundstücke, so lange die Erndte noch nicht eingebracht ist, leicht nachtheilig werden kann. Gewöhnlich ist die Hegezeit für die hohe Jagd vom 1sten Februar bis 15ten Juni, und für die niedere vom März bis August ⁵⁾. b) Daher sind gewisse Fangarten ⁶⁾ ganz verboten, z. B. Selbstgeschosse zu legen, Fallen, Gruben.

in Eigenbrod Samml. III. S. 297. Nassau. Verordnungen von 1816 in der Sammlung II. S. 184.

- 16) Schon Rosé Meurer im Jagd- und Forstrechte Fol. 68. Runde Beitr. S. 459. Daß sie nicht zur Jagd gehören s. gute Abh. in der hannover. jurist. Zeitung 1835 nr. 8.

^{*)} Ueber die Bedeutung von stracker Jagd s. Bülow und Hagemann Erört. III. Bd. nr. 7.

- 1) Gesetze in Fischer Pol.- und Cameralr. II. S. 862. s. schon mecklenburg. Pol.-Ordn. vom 2. Juli 1572. Anhalt. Landesordn. von 1572. Tit. 22. Nicolovius (Sahme) de venat. tempor. foet. ferar. prohibit. Regiom. 1743. Preuß. Landr. §. 45. Eölnische Jagdordn. §. 2. 4. Weimarische Verordn. §. 4.
- 2) So z. B. sind oft Rehe das ganze Jahr erlaubt; preuß. Landr. II. Thl. Tit. 16. §. 51; so darf auch zur Hegezeit ein Fethase geschossen werden. Weimar. Verordn. §. 7. Mecklenburg. Landesvergleich. §. 299.
- 3) Westphal deutsches Privatrecht. II. nr. 56. Berg Polizeirecht III. Band. S. 378. Georg. inst. jur. forest. pag. 91. Moser Forstrecht S. 90. 115. Hess. Ges. in Eigenbrod Samml. III. S. 292.
- 4) Daher enthalten selbst die Jagdgesetze der Länder, in welchen kein Jagdregal vorkommt, Bestimmungen über Jagdzeit. 3. B. Luzernisches Jagdgesetz von 1831 §. 11. und die oben in §. 215. not. angeführten Gesetze.
- 5) Nach ostpreuß. Provinzialr. §. 36. vom 1. März bis 20. August, ebenso nach westpreuß. Provinzialr. §. 586.
- 6) Leiser jus Georg. Lib. III. cap. 12. Baier. Jagdordn. Cap. 22. Fischer Cameralr. II. S. 869. Preuß. Landrecht I. c. §. 58.

Auch das Recht zu verlapfen muß besonders erworben seyn 7). Die Wildbahn 8), auf welcher Jagd ausgeübt werden darf, umfaßt nicht [schon wegen der Gefahr für Menschen 9)] die gewöhnlichen Landstraßen und Wege innerhalb der Stadt oder dem Dorf, eben so nicht die mit Zaun, Mauer oder Heege eingeschlossenen Grundstücke, Gärten und Dorfs- und Ortsberinge; sie umfaßt aber auch Grundstücke, die keine Wäldungen enthalten, aber innerhalb der Bahn liegen, wenn sie nur nicht Gartenrecht haben 10).

§. 218. [§. 275.] Ausflüsse der Jagdgerechtigkeit.

Der Jagdberechtigte hat das ausschließliche Recht der Ausübung der Jagd, jedoch nur in Ansehung der Thierarten, die zu der von ihm erworbenen Jagdgerechtigkeit gehören, und nur innerhalb seines Jagdreviers. Er kann darnach alle, nur nicht jagdordnungswidrigen, Anstalten zur Erwerbung der Thiere treffen 1), auch Personen zur Ausübung der Jagd anstellen. Nach einem allgemeinen 2) Herkommen 3), das auch in den Landesgesetzen 4) anerkannt ist, hat

7) Schon Gothaische Landsordn. von 1591 Tit. 34. Preuß. Landr. §. 60. Weimar. Verordn. §. 7.

8) Georg. inst. jur. pag. 126. Meier Forstrecht S. 86. Fritsch de jure hortic. §. 17. Leiser jus Georg. III. cap. 7. Kreitmaier Anmerk. zum baier. Landrecht. II. S. 975. Nassau. Gef. von 1816 §. 22. in der Samml. II. S. 184. Meiste Archiv für pract. Rechtskunde. I. S. 92.

9) Gewöhnlich bestehen auch eigene Bestimmungen, daß nicht zu nahe an Festungswerten gejagt werde.

10) Scholz Zeitschrift für Landwirthschaftsrecht. I. S. 19.

1) Pufendorf Animadvers. nr. 70. Struben rechtl. Bedenken. II. Band. nr. 57. Hagemann Landwirthschaft S. 368.

2) Ein solches Herkommen findet sich auch außer Deutschland. Von Frankreich schon in Bouteiller somme rural. Lib. I. Tit. 36. p. 251. anerkannt. s. noch Bouhier Cout. de Bourgogne. vol. II. pag. 397.

3) Leg. Salic. Tit. 36. §. 5. Longobard. I. Tit. 22. §. 6. Baiuw. Tit. 21. §. 1. Sächsenp. II. 61. Schwabenp. Cap. 356. Stiber Forst- und Jagdhüter. S. 126. 310. Anton Geschichte der Landwirthschaft. II. Seite 356.

4) Preuß. Landrecht. I. Thl. Tit. 9. §. 130—140. Sachsen, Querfurt. Forst- und Jagdordnung. XII. §. 18. 19. Ostpreuß. Landr. Zusatz 14. In österreich. Jagdorden. (Winwarter Handbuch I. S. 94.) ist keine Jagdfolge erlaubt. Dagegen gilt sie in Weiphalen. Schlüter Provinzialr. I. S. 6. II. S. 5. In dem Halberstädtischen Provinzialr. §. 150.; im ostpreuß. Provinzialr. §. 39. In Neulinghausen, Provinzialr. §. 59., ist die Jagdfolge verboten. In Lingen und Tellenburg §. 12. ist sie allgemein üblich. Ebenso nach dem Provinzialr. der Grafschaft Mark §. 45. Nach Provinzialr. vom Herzogth. Berg §. 570. findet Jagdfolge nur beschränkt Statt. Allgemein in d. Privatrevieren nach d. Eichsfeld. Provinzialr. Motive S. 11.

jeder Jagdberechtigte das Recht der Jagdfolge⁵⁾, d. h. die Befugniß, das auf seinem Jagdrevier angeschossene Wild in den fremden Jagdbezirk hinüber zu verfolgen und dort zu ergreifen, sobald nur ein wahrer Act der Occupation des Thiers nachgewiesen werden kann⁶⁾. Es liegt weniger eine Ausübung der Jagd auf dem fremden Revier als vielmehr eine Fortsetzung und Vollendung der auf eigenem Revier angefangenen Occupation des Wildes in der Art zum Grunde, daß dies Wild dem Occupationsrechte Anderer entzogen ist⁷⁾. Schon als reciproke Servitut und als altes, im Mittelalter selbst in der Ausdehnung auf Bannforste begründetes Jagdherkommen⁸⁾ rechtfertigt sich diese Jagdfolge, der auch nicht das Jagdregal entgegensteht⁹⁾. Diese Jagdfolge bezieht sich ebenso auf das Recht, aufgeheftes Wild, so lange die Hunde daran bleiben, zu verfolgen, als darauf, das angeschossene Wild in dem fremden Revier zu ergreifen¹⁰⁾. Mit dieser Jagdfolge hängt auch zusammen, daß nach alter Gewohnheit¹¹⁾ der Jagdherr fremde Jagdhunde, die in seinen Bezirk hinüber Wild verfolgen, nicht tödten darf. Beschränkungen¹²⁾ der Jagdfolge durch Landesgesetze oder Ortsgewohnheit müssen von dem, der sich darauf beruft, bewiesen werden.

-
- 5) Nieper de sequela venatoria. Gotting. 1789. Griebner de eo, quod circa feras ex custodia dilapsas just. est. Lips. 1702. Mylius an in Saxon. venand. jure gaudent jus feram vulner. perseq. Lips. 1776. Riccius von der Jagdgerechtigkeit Cap. VIII. Bülow und Hagemann practische Erörterungen. I. Bd. nr. 11. Georg. inst. jur. for. p. 139. Moser Forstrecht S. 93. Hagemann S. 370. Struben rechtl. Bedenken. II. nr. 140. Kamdohr juristische Erfahrungen. II. Bd. S. 478—481. Schilling S. 146. Stieglitz S. 294. Urtheil des sächsischen Appellationsgerichts in der Zeitschrift für Rechtspflege in Sachsen. III. S. 260.
- 6) Elvers Themis I. Bd. 3. Heft S. 554; merkw. Fall in d. franz. Gazette des Tribun. 1829. nr. 1099; und von den Rheinprovinzen Rystrecht v. 1841 in v. Rumpß Jahrb. Heft 115. S. 281.
- 7) Gute Darstellung der Verhandl. über Jagdfolge in der Mark in v. Rumpß Jahrbüchern. Heft 113. S. 94—110.
- 8) Sachsensp. II. 61. Magdeburg. Jagdordn. vom 6. März 1649. Scheplitz Consuet. March. I. pag. 469. Völzgraff Abhandl. I. S. 23—25; und merkwürd. Urf. von 1247 in Günther Cod. Rheno. II. pag. 219.
- 9) Stieglitz l. c. S. 294. Gründler II. S. 386.
- 10) v. Rumpß Jahrb. S. 98.
- 11) Sachsenspiegel II. 61, und Elvers in dem in not. 6. angeführten Aufsatze.
- 12) 3. B. daß über die Landesgränzen hinüber keine Jagdfolge auszuüben ist. Hagemann practische Erörterungen. VII. S. 245. Landesgesetze bestimmen auch die Zeit, in der das Thier verfolgt werden darf. Runde Privatr. §. 159. b. Sächs. Handbuch des Weimariischen Rechts, Seite 322. f. noch Schenk Handbuch des Forstrechts S. 432. Eine Beschränkung der

§. 219. [§. 276.] Verhältniß des Jagdberechtigten zu benachbarten Grundeigenthümern.

Die Gefahr ¹⁾, welche der übermäßige Wildstand der Landescultur benachbarter Grundeigenthümer bringt ²⁾, begründet ³⁾ die Befugniß der Grundbesitzer, Mittel zum Schutz gegen den Schaden, der durch das Wild entstehen kann, anzuwenden ⁴⁾. 1. Die Vorliebe für die Jagd und die Ausdehnung der Regalität ging so weit, daß häufig durch Landesgesetze ⁵⁾ den Grundbesitzern jede Nothwehr gegen das beschädigende Wild verboten und ihnen höchstens gestattet wurde, durch kleine Hunde das Wild abzutreiben; allein gemeinrechtlich ⁶⁾ kann, wenn nicht ein Landesgesetz ⁷⁾ entgegensteht, dem Grundeigen-

Landesgesetze ist es, daß man in fremden Bezirk hinüber die Schußwaffe nicht mitnehmen darf. v. Kamptz Jahrb. S. 109. Preuß. Landr. §. 133.

- 1) Seuffert de damno per ferarum ineursus in agros dato. Wircb. 1788. Hildebrand de conservat. ferar. nociv. Altorf. 1709. Noth Haushaltungsr. VII. Cap. 7. Niccius von der Jagdgerechtigkeit Cap. IX. §. 19. Zufällige Gedanken über den Begriff vom Jagdregal und Wildschaden. Frankf. 1791. Weber Abhandl. über Einführung einer Wildsteuer. Nürnberg. 1794. Struben rechtliches Bedenken. II. nr. 37. Meiners und Spittlers histor. Magazin. IV. Bd. 26 St. S. 269. Meisers Forstarchiv. VII. Bd. S. 1. Kunde §. 160, und übrige Literatur in note. Nach österreich. Jagdordn. von 1786 §. 15. sollen alle Wildschäden nach Maasß des erlittenen Schadens vergütet werden.
- 2) Leider hat fast überall die Jagdlust zu viel die Freiheit des Privatrechts beschränkt; daher erklärt sich auch das an manchen Orten (Scheplitz Consuet. p. 473.) vorkommende Verbot des Hundehaltens der Bauern; ähnliche Vorschriften in Normann rügian. Landbrauch S. 22.
- 3) Leg. Ripuar. Tit. 82. Salicor. Tit. 10. §. 5. 7. Saxon. Tit. 13. Sachsenspiegel II. 40. 62. Beschwerden über Wildschaden kommen schon früh vor, z. B. auf dem bayer. Landtag von 1301 in Brenners Landtags-handl. XIII. S. 171.
- 4) Tyroler Landesordn. von 1536. I. Buch. 7r Thl. Georg. inst. pag. 93. Moser Forstrecht S. 91. 95.
- 5) Heber die Härte der alten würtemb. Gesetze, v. Wächter Handbuch I. S. 121. u. 482.
- 6) Laurentz I. S. 599. not. 12. verneint dies Tödtungsrecht nach den Grundf. von Pfändungsrecht. Man denke aber an den Firsch oder das wilde Schwein, und versuche dies zu pfänden.
- 7) Die Verhandlungen mancher Ständerversammlungen lehren, wie man nicht immer durch reine Rechtsätze sich leiten läßt. Nur das sächsische Strafgesetzbuch art. 278. erklärt bestimmt, daß die Wilddiebstahlsstrafe nur die Grundbesitzer trifft, welche bei erlauter Abwehr des Wildes das zufällig erlegte Wild nicht binnen 12 Stunden dem Jagdberechtigten anzeigen. Das Töden ist darnach nicht strafbar (Günther Anmerkungen S. 118.). In dem meßenerischen Gesetz vom 8. März 1841 über Wilddieberei §. 14. sind als erlaubte Mittel zur Verschreckung nur Anstellung von Wächtern, Aufstellung von Scheuchen, Benützung von Hunden mit angebundenen Ketten, Abfeuern blindgeladener Pistolen genannt. f. auch

thümer die Befugniß, durch jedes Mittel, so weit dasselbe nur Vertheidigung enthält, und nicht mit dem animus lucri faciendi, und nicht mit Ergreifung des Wildes ausgeübt wird, den Wildschaden abzuwehren, nicht verweigert werden. Schießgewehr hiezu, in so ferne nicht durch andere geringere Mittel die Abwehr möglich war, anzuwenden, kann nur da strafbar seyn, wo ein specielles Strafgesetz dagegen existirt. II. Die Grundeigenthümer haben aber auch die Befugniß, von dem Jagdherrn den Ersatz des durch das Wild verursachten Schadens zu fordern ⁹⁾. Für die Begründung der hiezu nöthigen Klage kann die Analogie der actio de pastu ¹⁰⁾ nicht entscheiden, sondern nur in so ferne die Schadensklage wegen unrechtmäßiger Handlung sich begründen läßt, kann auch Wildschadensklage zulässig seyn. Während manche neuere Gesetzgebung ¹¹⁾ im Interesse der Begünstigung der Grundeigenthümer von dem Jagdherrn den Ersatz eines jeden Scha-

Kunde §. 160. s. aber Eichhorn S. 720. Preuß. Landr. I. Tit. 9. §. 149. 150. Feuerbachs Thémis S. 151. Baier. Mandat vom 9. Aug. 1826. §. 1—3.

8) Leider zeigt auch hier die Geschichte der Gesetzgebung mancher Länder, wie hart man von Seite der Juristen war, z. B. in Württemberg v. Wächter I. S. 484. In Baiern zeigt die Geschichte der Gesetzgebung (v. Wendt Handb. des baier. Civilprocesses III. S. 306.), daß man den Unterthanen nur da, wenn sie alle zulässigen Abwehrmittel fruchtlos anwendeten, Anspruch auf Ersatz geben wollte.

9) Scheplitz Cons. pag. 469. Fritsch consil. 3 et 4. in Corp. jur. forest. Struben rechtliches Bedenken. II. nr. 51. 57. Bülow und Hagemann Erörterung. III. S. 29. Kamdohr jurist. Erfahr. II. S. 479. Abhandl. von den höchst schlimmen Folgen des übertriebenen Jagdweßens in Deutschland und den hierüber angenommenen Grundsätzen der Reichsgerichte. Ulm, 1795. s. heßische Gesetze in Eigendruck Samml. III. Thl. S. 300—315. Nassauische vom 21. Mai 1811 und 10. Januar 1815 in Verordnungsamml. I. S. 182. Weimarisches vom 19. Januar 1819. Württemberg. vom 13. Juni 1817. s. auch ausführl. Bestimmungen im revidirten Entwurfe des Herzogthums Westphalen §. 18—30. (dazu wichtig Motive S. 6.). Baier. Wildmandat vom 9. August 1810; von Württemberg v. Mohl württemberg. Staatsrecht. II. S. 656. — Preuß. Landr. §. 141—150. und dazu Gesetz von 1811. Großh. heß. Gesetz vom 6ten August 1810 und dazu Goldmann Ergänzung seiner Schrift: Die Gesetzgebung S. 10. Altenburg. Patent vom 12. Januar 1838. — Im Königreich Sachsen gilt noch das Patent des Generalgouverneurs vom 9. April 1814 (wieder publizirt in dem Gesetzblatt von 1840. S. 298.) und dazu Erläuterung vom 3. November 1840, nach welcher der von Roth-, Damm- und Schwarzwild, auch von Rehen verursachte Schaden auf bebauten Ländereien, an Gärten, Feldern und Weinbergen vergütet wird, und dazu die ausführl. Erörter. in den Motiven zu dem Entw. jenes Gesetzes.

10) J. B. wie Hildebrand de conserv. forar. nocivar. §. 13. thut.

11) Badisches Gesetz über Ersatz des Wildschadens vom 31. October 1833 §. 1; nur ein ganz geringer Schaden (der unter 40 Fr. beträgt) wird nach §. 13. nicht ersetzt.

denß fordert, ohne daß die Nachweisung übermäßiger Hegung des Wildstandes verlangt wird, und darnach keinen Unterschied zugebt, ob der Schaden durch Streif- oder Standwild gestiftet wurde ¹²⁾; andere Gesetzgebungen ¹³⁾ dagegen die Verfolgung des Wildschadens auf manche Weise beschränken: muß man gemeinrechtlich ¹⁴⁾ die Klage auf Ersatz überall zugeben, wo die Bedingungen der Schadensklage vorhanden sind; darnach kann der bloße Besitz des Jagdrechts, zu dessen Ausübung ein Wildstand besteht, kein Grund seyn, der den Jagdherrn zur Haftung verpflichtet ¹⁵⁾, sondern es muß ein Mißbrauch in der Ausübung des Jagdrechts nachgewiesen werden, und zwar, daß der Jagdberechtigte entweder übermäßig ¹⁶⁾ Wild gehegt, oder Wild aus fremden Jagdrevieren angelockt habe, und daß durch das Standwild Schaden ¹⁷⁾ entstanden sey. Wenn nicht das Landesgesetz ¹⁸⁾ einige Thiere, für die der Jagdherr nicht haften darf, ausnimmt, so muß die Haftung bei dem durch jedes Wild verursachten Schaden angenommen werden. Die Verpflichtung zum Ersatz fällt weg ¹⁹⁾, wenn 1) entweder ein Verzicht ²⁰⁾ darauf, oder 2) Vernachlässigung von Vorsichtsmaßregeln nachzuweisen ist, zu denen der Grundeigentümer durch Landesgesetz oder Vertrag verpflichtet war, oder 3) der Schaden durch Wechsel-

12) Diese Ansicht wird auch als die richtige vertheidigt von Pfeiffer practische Erört. III. Thl. nr. 5, und Puchta von den Klagen der Grundeigentümer S. 409.

13) Braunschweig. Gesetz vom 16. September 1827, verglichen mit Verhändl. der Kammer 1833. Anl. II. zu nr. 38. S. 586, und Gesetz vom 11. Mai 1835. Die königl. sächs. Gesetzgebung s. oben not. 9. nimmt den Grund der Haftung nur in der Thatfache, daß der Jagdherr Wild auf Grundstücken aufkommen läßt, wo es seiner Natur nach nicht hingehört.

14) S. die in note 9. angeführten Schriften, vorzüglich Hagemann practische Erört. III. S. 42.

15) Urtheil des Dresdener Oberappellations-Gerichts in der Zeitschrift für sächs. Rechtspflege I. S. 254.

16) Mit Unrecht will Waldek in der Controversenentscheidung des Oberappellationsg. Wolfenbüttel nr. 4. schon für jeden etwas beträchtlichen Schaden haften lassen, weil dieser den übermäßigen Wildstand beweise.

17) Ueber den Maßstab des Ersatzes Hartig Forst- und Jagdstaatsrecht S. 243. vergl. mit Pfeiffer III. S. 101. Ueber Art der Abschätzung großh. hess. Gesetz v. 1810. §. 13. und Instruction vom 8. Januar 1813.

18) J. B. das in not. 9. erwähnte Gesetz hat aus dem in not. 13. angeführten Grunde Schaden durch Hasen nicht vergüten lassen. Dagegen den durch Hebe verursachten Schaden.

19) Braunschweig. Gesetz §. 42.

20) J. B. wenn Abjacenten dadurch auf ihr Recht verzichteten, daß sie durch Holzschädigungen abgefunden wurden. Vielzig Comm. zum preussischen Landrecht. II. S. 184. Sachse Handbuch S. 348. Von den Communitwischungen nach würtemb. Ges. vom 18. Januar 1817. s. Hezel Repert. VII. S. 170.

wild verursacht wurde, und in der letzten Beziehung den Jagdherrn kein Vorwurf trifft ²¹). III. Eine Verbindlichkeit der Grundeigenthümer, ihr Eigenthum zu umzäunen, giebt es gemeinrechtlich nicht, der Jagdberechtigte kann aber auch den Grundeigenthümer nicht hindern, zur Abwehr des Wildes seine Felder zu umzäunen ²²), wenn dies nur nicht auf eine dem Wilde gefährliche Weise geschieht.

§. 220. [§. 277.] Verhältniß zu dem Waldeigenthümer.

Das Zusammentreffen der Rechte des Jagd- und Forstberechtigten auf dem nämlichen Orte erzeugt häufig Collision der Rechte ²³), wobei Jedem die Ausübung seiner Befugnisse, so weit die des Anderen daneben bestehen können, zusteht ²⁴). Der Forstberechtigte kann für seine Forstcultur verlangen, daß er alle im Interesse dieser Cultur ²⁵) nothwendigen Anstalten ²⁶) treffen darf ²⁷), wogegen der Letztere Handlungen des Forstberechtigten verhindern kann, wodurch ihm die Ausübung der hergebrachten Jagd unmöglich würde ²⁸). Mit Unrecht hat man die Pflicht zum Ersatze des Schadens, den das Wild im Walde gestiftet hat, ausgeschlossen ²⁹), da vielmehr auch das Waldeigenthum wie anderes Eigenthum geschützt seyn muß, und die Haftungspflicht wenigstens überall begründet ist ³⁰), wenn in neu besaamten und angepflanzten Districten Schaden durch das Wild ver-

21) S. noch Annalen des Advokatenstandes in Hannover, 56 Heft S. 13. Ein königl. sächs. Gesetz vom 4. Mai 1830 gebietet zur Verhütung des Wildschadens die Reduction der Zahl des Wildes in den königl. Reviere.

22) Auch dies Recht war in alter Zeit oft sehr erschwert; von Württemberg v. Wächter I. S. 121. in not.; besser war schon d. Jagdordn. in Baiern von 1616. s. noch Scholz das Baurecht S. 157. und Herz jurist. Beobacht. I. S. 239.

1) Daher erhielt schon im Mittelalter häufig der Waldeigenthümer zur Entschädigung Deputatwild; s. Anton Geschichte der Landwirthschaft. II. Seite 353.

2) Schilling Jagdrecht S. 118. Georg. inst. jur. forest. p. 127.

3) Pietzsch Grundr. des Forst- und Jagdr. II. Abschn. §. 48. Hartig Forst- und Jagdstaatkr. S. 225.

4) Ueber den Satz: Wer kann jagen, darf auch hagen, s. Noë Meurer Tit. 12.

5) Von Zuschlägen und Schonungen, Bülow und Hagemann II. Bd. S. 221, s. noch Eigenbrod Hess. Verordn. III. S. 303. Nassau. Verordn. in der Samml. I. S. 182. Das Recht des jagdberechtigten Forstbesizers, seinen Forst in verjüngte Hege umzuwandeln, ist in Preußen anerkannt. Wenzel schles. Provinzialr. I. S. 221.

6) Schilling S. 118.

7) Dies ist gesetzlich nach dem braunschweig. Gesetz vom 16. September 1827 §. 41. Ebenso in dem königl. sächs. Gesetz vom 3. November 1840.

8) Nassau. Gesetz in Verordn. Samml. I. S. 182. Badisches Gesetz über Wildschaden §. 12.

ursacht wird. Eine Ausnahme in Bezug auf die Haftung muß durch das Landesgesetz begründet seyn ⁹⁾. Das Recht des Forstberechtigten, den Wald zu extirpiren, wurde zwar früher oft wegen ungenügenden Hereinziehens der Servitutengrundsätze bezweifelt, muß aber richtiger als begründet behauptet werden ¹⁰⁾, in so ferne aus der Art, wie die Jagd auf dem in Frage stehenden Grundstücke erworben wurde, sich ergibt, daß der Waldeigenthümer rechtlich die Duldung der Jagd als Last seines Bodens übernommen habe ¹¹⁾. Auf den Waldeigenthümer, auf dessen Boden ein Anderer die Jagd hat, kann, wenn er oder sein Förster eine Schießwaffe im Walde führt, das Gesetz nicht angewendet werden, welches Schießwaffen in fremden Revieren zu tragen verbietet ¹²⁾.

§. 221. [§. 278.] Verhältniß mehrerer Jagdberechtigter.

I. Wenn Mehrere auf dem nämlichen Jagdbezirk Jagdrechte haben, und zwar bei der Koppeljagd ¹⁾, so steht jedem dieser Berechtigten das Recht zu, ohne Zuziehung des Andern, die ganze Jagd ungetheilt auszuüben, ohne daß das gefangene Wild gemeinschaftliches Eigenthum aller Koppeljagdberechtigten wird ²⁾. Sie ist ein Ausfluß des Miteigenthums, Dritten gegenüber aber ein ausschließendes Jagdrecht, das allen Besitzern der verschiedenen Gutsantheile ohne Rücksicht, ob ihr Gut adeliches Gut, oder ein anderes ist ³⁾, in Ansehung aller jagdbaren Thiere ^{3a)} zusteht. II. Die Klapperjagd ⁴⁾ kann einseitig einem Koppeljagdberechtigten ohne Zustimmung

9) S. zwar Zeitschrift für sächs. Rechtspflege. I. S. 255.

10) Fritsch Consil. V. im Corp. jur. forest. p. 55–71. Gröndler Po. temif II. S. 392.

11) Krebs de ligno et lapide. P. I. Class. 4. Sect. 16. p. 142.

12) Auch der Forstberechtigte muß ja für sein Recht Schutz haben. Urtheil des Geh. Obergerichtes in Berlin von 1810 in Ulrich und Semmer neues Archiv für preuß. R. VII. S. 273. und schon VI. S. 345.

1) Homburg de jur. convenat. Helmstad. 1710. Fritsch in opusc. T. II. p. 3. Auch im Corp. jur. for. tract. VII. Schneider de jur. prae. circa venat. Halae, 1715. Struben vindic. jur. venand. Cap. III. f. Stöber Forst- und Jagdhistorie S. 323–327. Weimariſche Geſetze in Schmidt III. S. 229.

2) Preuß. Landr. I. Thl. Tit. 19. §. 158–169. Meſer Forſtrecht S. 96. Georg. p. 140. Hagemann Landwirthſchaft S. 307. Schilling Jagdrecht S. 142. Hagemann pract. Erört. I. S. 88.

3) Gut über Koppeljagd v. Kampff Jahrbücher Heft 113. S. 88–93.

3a) Also nicht in Bezug auf Thiere, welche einem oder dem andern Miteigener eigenthümlich gehören. v. Kampff S. 92.

4) D. h. die, wobei das Wild durch starkes Geköse aufgeschreckt und an einen gewissen Ort, wo die Schützen sich befinden, getrieben wird.

der übrigen Berechtigten nicht zugestanden werden ^{4a)}); sie kann aber von dem zur niedern Jagd Berechtigten auch ohne Erlaubniß des zur hohen Jagd Berechtigten ⁵⁾ geübt werden ^{5a)}. Da, wo die Koppeljagd, wie z. B. oft bei dem Adel auf den Feldmarken ihrer Gutsleute vermöge des Besizes eines gewissen Guts zusteht ⁶⁾, kann das Jagdrecht nur mit dem Gute verpachtet, und darf nicht abgetrennt an Andere überlassen werden ⁷⁾. III. Wenn ein Jagdherr in dem nämlichen Bezirke die hohe, ein anderer die niedere Jagd hat ⁸⁾, so hält sich jeder nur an das zu seiner Jagd gehörige Wild. Da, wo jemand die Jagdgerechtigkeit inne hat, steht dem Landesherrn, wenn er das Recht hiezu nicht speciell erworben hat ⁹⁾, kein Recht der Mit- oder der Vorjagd zu ¹⁰⁾. Die Gnadenjagd, welche von dem Jagdherrn nur auf Widerruf und auf Bitte einem Andern überlassen ist, richtet sich nach den Grundsätzen vom praecarium ¹¹⁾, oder enthält oft eine Bestandjagd.

§. 222. [§. 279.] Historische Einleitung in die deutschen Ansichten über Wasserrecht.

Das Daseyn eines alle Flüsse und Bäche umfassenden Wasserregals läßt sich im deutschen Rechte nicht beweisen. Unter den Zubehörungen der Landgüter werden vielmehr schon früh ebenso wie

4a) Kind quaeest. II. p. 196.

5) v. Kamphs Jahrb. S. 86.

5a) Daß die Klapperjagd jedem Jagdberechtigten zusteht, s. Biel (Bastineller) de modo venandi vulgo Klapperjagd. Viteb. 1724. Stifer Forst- und Jagdhist. S. 334. Eöln. Forstordn. §. 25. Fischer Polizeir. II. Seite 859. Moser Forstrecht S. 98, 117. Hagemann Landwirthschaft Seite 365.

6) Hagemann pract. Erört. VII. nr. 25.

7) Hagemann Landwirthsch. S. 366.

8) Leiser jus. Georg. III. Cap. 12. nr. 15. Kreitmaier Anmerk. zum baier. Landr. II. S. 942. Baier. Jagdordn. Cap. 2.

9) Sie kommt vor in Pommern, Engelbrecht del. stat. Pom. pag. 117; von Sachsen, Römer Staatsrecht III. Thl. S. 783. s. noch Fischer Pol. Recht. II. S. 856. s. noch Vorbehalt von 10 Tagen Vorjagd in Coburg durch Mandat vom 28. Januar 1821.

10) Preuß. Landr. I. Thl. Tit. 9. §. 159—164. Kreitmaier Anmerk. II. Thl. S. 947. Weber Handbuch des Lehens. II. S. 291. Eisenberg u. Stengel, Beiträge zur Justizverfassung. I. S. 236. Georg. inst. jur. p. 141. Schilling Jagdrecht S. 144. s. jedoch Stifer Jagdhistor. S. 321—323. v. Kamphs Jahrb. S. 87.

11) Harprecht de venat. precariis in diss. acad. vol. II. nr. 61. Fritsch in adp. II. ad tract. VII. Hübner de venat. precar. Lips. 1776. Stifer Forst- und Jagdhistorie S. 328—334. Kreitmaier Anmerk. zum baier. Landrecht. II. S. 943. Fischer Pol. und Cam. R. II. S. 857. Schilling S. 138.

im Mittelalter gewöhnlich die *aquarum decursus* aufgeführt ¹⁾, wohin ebenso die Quellen, als Bäche und andere zu den öffentlichen Flüssen nicht gehörigen Gewässer gezählt wurden. Dessenartige Flüsse dagegen waren freilich nicht ein Privateigenthum, sondern Gemeingut der Bewohner eines Bezirks. Bald aber machten die Regenten das Recht auf solche Flüsse als ein Regale geltend ²⁾. Es wurzelte immer mehr die Ansicht eines Schutzes der Regenten über öffentliche Ströme, in so ferne die Vorstellung verbreitet war, daß das Wasser des Reiches Straße sey ³⁾, und in schiffbaren Flüssen die Reisenden ebenso wie auf den Landstraßen Gerecht und Schutz bedürften. Dies Schutzrecht war um so bedeutender, als die Flüsse manche Einkünfte den Regenten vorzüglich durch die Zölle brachten; daher es in Weisthümern wichtig wurde, zu bestimmen ⁴⁾, wem diese Rechte an Gewässern zustünden. Die Gerichtsbarkeit, welche den Regenten in Ansehung der Flüsse zustand ⁵⁾, veranlaßte später die Ansicht von der Regalität. Auch scheinen die Regenten früh den Bann, der in Bezug auf Bannforsten begründet wurde, auch auf jene Gewässer ausgedehnt zu haben, welche durch Bannforste liefen ⁶⁾. Das Feudalsystem des Mittelalters ⁷⁾ begünstigte auch die Behauptungen der Könige und Dynasten, daß die Flüsse Theile ihres Eigenthums seyen ⁸⁾, was bald auch auf alle Gewässer ausgedehnt wurde ⁹⁾. Dadurch wurde

1) Ueber die Bedeutung des Ausdrucks: *aquarum decursus* s. Biener de natura domini p. 114 not. Urk. in Haltius gloss. p. 1545; und in Xpex oudheden van het Gooregt in Groningen p. 209.

2) Am vollständigsten über Wasserregal in den französischen Schriftstellern s. Bouetier somme rural. Lib. I. Tit. 73. 85. Bouhier Cout. de Bourgogne II. p. 392. Loisel instit. Coutum. I. p. 275. Coquille Coutumes de Nivernois p. 172. Basnage Comm. sur les Cout. de Normandie I. p. 72. und p. 312.

3) Anton Geschichte der Landwirtschaft. II. Bd. S. 359. Sachsenspiegel II. art. 66.

4) Daraus erklärt sich die 1158 in der bekannten Constitutio Friderici de regalibus (Radevicius de gestis Friderici I. Lib. II. Cap. 5. und II. Feud. 56.) vorkommende Zuerkennung: omnem utilitatem ex decursu fluminum.

5) Raepsaet origine des Belges. vol. II. p. 512.

6) Daraus erklärt sich, daß in den Forstordnungen oft vom Recht auf das Wasser die Rede ist.

7) Daviel traité de la législation et de la pratique des cours d'eau. Paris, 1837. I. p. 25.

8) S. die in not. 3. angeführten Autoren und Daviel l. c. vol. II. p. 12.

9) So kommen namentlich in Frankreich und Italien schon früh (z. B. Urk. v. 14. November 1481.) Wasserrechtsverleihungen der Regenten an andere auch in Bezug auf nicht öffentliche Flüsse vor. s. Mantelli Jurisprudenza del Codice civile. Alessandria, 1839. vol. I. p. 45.

bewirkt, daß die Landesherren häufig über die Flußnutzungen verfügten¹⁰⁾, und Verleihungen des Wassergebrauchs machten. Die im longobardischen Lehenrechte¹¹⁾ vorkommende Rechtsansicht, Einkünfte aus öffentlichen Strömen zu den Regalien zu rechnen, stand selbst mit dem Feudalsystem im Zusammenhang; sie erhielt neue Bestärkung, als man anfangs, daß, was im römischen Rechte *res publica* war, zu den Rechten der Regenten zu zählen; zugleich verwechselte man bald die Schutzrechte der Regenten mit ihren Regalien; die Gutsherren betrachteten die Ausflüsse des echten Eigenthums als ihnen zustehende und den Bauern nicht mitverliehene Rechte¹²⁾, und rechneten zu ihren vorbehaltenen Rechten insbesondere auch die auf die Gewässer; die Juristen begünstigten gerne die Regalitätstheorie¹³⁾. Ueberall aber bemerkt man nach den Weisthümern¹⁴⁾ die Verschiedenheit der Ansichten, aus denen sich zwar häufig die Versuche der Herren, den Gebrauch des Wassers durch die Unterthanen zum Fischen¹⁵⁾ von sich abhängig zu machen, aber kein Beweis ergibt, daß andere als schiff- oder floßbare Wasser Regalien wären, so daß auch gemeinrechtlich die Annahme eines Wasserregals nicht begründet werden kann¹⁶⁾. Verschieden davon ist das der Staatsgewalt zustehende Wasserhoheitsrecht, gerechtfertigt schon dadurch, daß eine zweckmäßige Aufsicht über willkürliche, ebensowohl dem Gebrauchs-

10) J. B. in der Eulmisch. Handfeste 1233. (Spangenberg) Beiträge zum deutschen R. S. 209.

11) II. Feud. 56.

12) Merkm. daher über die Prätenstionen französ. Gutsherren Merlin repert. vol. XII. p. 172. und oben not. 3.

13) Merkm. die Ansichten Noë Meurer's Wasserrecht. Frankfurt. 1570; auch in Fritsch Corp. jur. Auv. p. 951. f. auch Auszüge in Eichhorn's Rechtsgef. IV. S. 417. f. auch H. Tenzler Laienspiegel Fol. XX. b. f. noch Böle im Archiv für preuß. Recht. II. Bd. S. 632.

14) Weisthum von 1456 in Grimm I. S. 383. (wo der Bannwasser erwähnt wird). Weisth. v. Hirschhorn in Grimm I. S. 445. Dreifacher Wildbann in Grimm I. S. 499., wo von Bässern, die im Wildbann liegen, die Rede ist. Weisthum von Lauteren in Grimm I. S. 773.

15) Bei der Vorschrift darüber ist gewöhnlich zuerst die Regalität erwähnt. In Württemberg klagten die Stände schon 1514, daß man ihnen die gemeinen Bäche entziehe. v. Wächter Handb. I. S. 130.

16) S. verschiedene Ansichten (wo freilich häufig verschiedene Begriffe verwechselt werden) in Jargow von den Regalien C. II. §. 4. Sixtinus de regalibus L. II. Cap. 3. nr. 30. Noë Meurer's oben angeführte Schrift. Fritsch *jus fluviale varior. auctorum in unum Volum. coll.* Jenae, 1772. Beyer *de jure aquatico Gelrorum Traject.* 1761. Winkler *de jure circa flumina.* Kil. 1758. v. Cantrijn Abhandl. vom Wasserrechte, sowohl dem natürlichen als positiven deutschen. Bd. I—IV. Halle, 1789. Kunde §. 102.

rechte der Uebrigen, als der Schifffahrt und den benachbarten Grundeigenthümern leicht gefährliche Benutzung des Wassers, so wie die Aufsicht über die Interessen der Landwirthschaft wie der Fabrikunternehmungen ¹⁷⁾ bei der Benutzung des Wassers nothwendig wird ¹⁸⁾). Dies enthält ein Obergewaltrecht über alle Flussnutzungen, das Recht, gewisse Ordnungen für den Gebrauch des Wassers vorzuschreiben, und zu fordern, daß zur Errichtung größerer auf den Wassergebrauch sich beziehender Anstalten die Einwilligung der obersten Gewalt ¹⁹⁾ erholt werde, so wie den Inbegriff der Anordnungen zur Sicherung der angrenzenden Güter gegen Beschädigungen. Auch in Bezug auf die nicht öffentlichen Gewässer hat in manchen Ländern die Gesetzgebung Verfügungen erlassen ²⁰⁾, die häufig nur aus dem Wasserpolizeirechte ²¹⁾ des Staats sich erklären, der im allgemeinen Interesse die bestehenden Rechte auf eine solche Weise zu regeln bezweckt, daß für die übrigen Bürger keine Nachtheile sich ergeben, und die verschiedenen Interessen zweckmäßig vereinigt werden ²²⁾, während in manchen Fällen der Gesetzgebung auch daraus hervorgeht, daß die Regalität im Lande auch auf Bäche ausgedehnt wurde ²³⁾.

17) In dieser Beziehung verdient der französ. Gesetzesentwurf über Wasserrecht mit dem guten Berichte v. Rauter in der Zeitschrift für ausländ. Rechtswissensch. XI. nr. 1. u. ein umfassendes belgisches Gesetz über die Wasserpolizei in der Maas v. 1841. (Moniteur Belge 1841. nr. 310.) Beachtung.

18) S. Rousseau Beiträge zur Deich- und Flußbaupolizeigesetzgebung. Nürnberg, 1820; daher erkennt die französ. Ordonnance des eaux et forêts vom August 1669, daß nur mit Erlaubniß des Staats in öffentlichen Flüssen irgend etwas gebaut werden könne; für das Studium des Wasserrechts ist überhaupt diese sehr vollständ. französ. Ordonn. höchst wichtig. Commentar hiezu von Jousso. Paris, 1782. s. noch preuß. Landrecht. II. Tbl. Tit. XV. §. 62. Ausführliche Vorschriften über Wasserrechte im Königreich Italien sind in einem Gesetze vom 20. Mai 1806.

19) An manchen Orten ist die Concession zum Wassergebrauch an gewisse Abgaben gebunden; z. B. in Nassau: Nassau. Verordn. Samml. I. S. 11; von Hessen, Eigendrod Samml. II. S. 264. Goldmann die Gesetzg. des Großh. Hessen S. 85 und Ergänzung S. 55.

20) Wasserordn. von 1525 über kleine nicht schiffbare Flüsse der Grafschaft Mark. Berken Bemerkungen über den Wasserbau S. 8; so existirt eine Badordn. vom 7. Dec. 1737 für den Speiterbad.

21) David I. c. I. p. 21.

22) Von Oesterreich, Winwarter Handbuch. II. S. 113, vergl. mit österr. Gesetzbuch §. 413., u. Wildner über das Recht der Wasserleitungen als Anhang zu seinem Werke: das österreichische Fabrikrecht. Wien, 1858. Ein Gesetz des Cantons Zürich vom 21sten März 1836 erklärt die Benutzung der Gewässer zur Betreibung von Wasserkraften als Regal des Staats. Der Staat verleiht dem, der ein Wasserwerk anlegen will, in einem bestimmten Umfang die Wasserkraft. Vom Wasserpolizeirecht im Königr. Sachsen: Meiste Archiv II. S. 15 u.

23) Nach d. österr. Provinzialr. §. 1019. werden auch Bäche in Triest, in Sayn Altkirchen als Staatseigenthum nach Herkommen angesehen. In

§. 222 a. [§. 280.] Rechtsverhältniß in Bezug auf öffentliche Flüsse.

Als Gegenstände, die nicht im Privateigenthum sich befinden, erscheinen die öffentlichen Flüsse. Während das römische Recht ¹⁾ bei der Bestimmung, was flumen publicum ist, auf die Stärke und die stete Dauer der ordentlichen Wasserströmung Rücksicht nimmt, so daß dadurch das Wasser eine res extra commercium wird, hat das deutsche Recht ²⁾ schon im Mittelalter den Charakter der Defensivität in dem Merkmal gefunden, daß der Fluß schiff- oder flossbar ist ³⁾. Ueber den Sinn, in welchem die Wirkung dieser Defensivität aufzufassen ist ⁴⁾, besteht aber wieder viel Streit ⁵⁾, indem man entweder solche öffentliche Flüsse als Theile des Staatseigenthums in der Art ansah ⁶⁾, daß Niemand ohne besondere Verleihung des Staats Nutzungen von dem Flusse ziehen kann, und das Staatseigenthum des Wassers so eine Quelle von Einkünften wird, oder daß die öffentlichen Gewässer nur Gegenstände sind, die nicht im Privateigenthum erscheinen ⁷⁾, vielmehr zum allgemeinen Nutzen bestimmt sind, und der Staat, als Bewahrer der öffentlichen Interessen, diesen gemäß die Gebrauchsrechte anordnet. Wenn auch die

Rheinbairern ergingen Verordn. von 1816 und bes. vom 25. September 1823, durch welche sehr viele Bäche als flossbar, jedoch nur wegen Holzflosserei in Scheitern, und jene Bäche dann als Staatseigenthum erklärt wurden. (Siebenpfeiffer Handbuch IV. S. 201—204.)

- 1) L. 1. §. 1. §. 2—4. D. de flumin. Elvers Themis, neue Folge. Gött. 1841. I. Bd. 3tes Heft. S. 429. Unterholzner die Lehre von den Schuldverhältnissen. II. S. 161. Scholz Baurecht S. 206. Ueber Anwendung der römischen Begriffe s. d. hessische Rechtsfreund 1838 nr. 45.
- 2) Sachsenspiegel II. 28. Noch II. Feud. 56.
- 3) Preuß. Landr. II. Tht. Tit. 15. §. 38. Code civil. art. 538. Daviel traité I. p. 12. Eurtius sächs. Civilr. II. S. 19. Struben rechtl. Bedenken. II. nr. 88. Damert Deich- und Strombaurecht. I. S. 4. 5. v. Kampz meßlenburg. Civilr. II. S. 101.
- 4) In Provinzialrechten ist häufig bestimmt, welche als öffentliche Flüsse angesehen werden sollen (mancher Fluß erst von einer bestimmten Stelle an, weil er dort erst schiffbar wird). Mevib. westpreuß. Provinzialr. §. 532. Provinzialr. des Herzogth. Berg §. 478. Die Rücksicht auf den Besitzstand wird häufig entscheiden. Hagemann pract. Erört. I. S. 52.
- 5) Mein Aufsatz im Archiv für civil. Praxis. XXII. S. 149.
- 6) Der französi. Code civil art. 538. nennt öffentliche Flüsse dependances du domaine public. Ueber den ungeeigneten Ausdruck Laferriere Cours. pag. 132.
- 7) In diesem Sinne faßt das österreich. Civilgesetz. §. 287. den Charakter des öffentlichen Flusses auf.

erste Ansicht mehr der alten Feudalität entspricht ⁸⁾, so ist doch die zweite, als die dem römischen Rechte und den richtigern staatsrechtlichen Vorstellungen am meisten entsprechende, zum Grunde zu legen ⁹⁾. Um zu erkennen, ob ein Fluß im heutigen Sinne ¹⁰⁾ als öffentlicher zu betrachten ist, kann es nicht auf die Merkmale ankommen, von deren Daseyn der römische *flumen publicum* abhängt, es entscheidet vielmehr die Rücksicht, ob der Fluß schiff- oder flossbar ist; allein als flossbar ¹¹⁾ erscheint nicht derjenige, in welchem nur einzelne Hölzer durch die Gewalt des Wassers fortgeschwemmt werden, sondern nur derjenige, wo Flöße, nämlich zusammengefügte Holzbalcken, als Tragungsmittel zum Transport von Personen oder Sachen auf dem Wasser gebraucht werden. Die Eigenschaft des öffentlichen Flusses ¹²⁾ wirkt dann auch auf die Arme des schiffbaren oder floss-

8) *Daviel traité* I. p. 13.; und von den verschiedenen Arten der Gewässer: *Henequin traité* I. p. 106.

9) Mein Aufsatz im Archiv S. 149.

10) Ueber die Anwendung des römischen Rechts ist viel Streit, s. *Fritsch jus fluviat.* pag. 1037. *Sippmann jus maritimum*. P. II. Cap. V. nr. 10—20. v. *Cancrin* vom Wasserrechte S. 37—39. *Rülow* und *Hagemann pract. Erörter.* I. S. 47. *Gefardung* im Archiv für civilist. Praxis. III. Bd. S. 60. Ueber Wasserrecht überhaupt: *Verken* einige Bemerkungen über die beim Wasserbau in Gebirgsgegenden vorkommenden Rechtsfragen. *Essen*, 1819; s. noch *Basnage Coutum. de Normandie* vol. I. pag. 312. in *Merlin repert.* vol. II. p. 22, III. p. 248, XII. p. 168. *Toullier droit civil*. III. p. 72—83. *Cheviet institut. du droit belgique* I. p. 183. *Fournel les loix rurales dans leur ordre naturel.* (Edit. par *Rondoneau*.) Paris, 1823. Tom. I. p. 297—329, und *Fournel traité du voisinage* Vol. I. p. 319. *Günther de jure aquarum*. Lips. 1827—28. I. II. IV. *Romagnosi della condotta delle acque secondo le dottrine del Pechio etc.* Milan. 1822—26. VI. vol. s. noch *Kori* im Archiv für civil. Praxis. XVIII. nr. 2. *Böle* im Archiv für preuss. Recht. II. Bd. S. 627. *Manuale teoret. prat. sull' uso delle acque.* Milano, 1836. *Vom Wasserleitungsrecht* Abh. des H. *Romagnosi*, übers. von *Nietuhr*. Halle, 1840. *Elvers* in der in not. 1. eben angeführten Schrift, und dort von S. 567. an über Wasserrecht in Italien. Gute pract. Notizen über Wasserrecht in dem observat. zum französ. *Projet de Code rural*. Paris, 1810. u. in vol. III. p. 639. und über heutiges franz. R. *Daviel traité des Cours d'eau*. Paris, 1837. 2 vol. Ueber Fehler der französ. Gesetzgebung: *Dizionario amministrativo*. Torino. 1841. tom. I. p. 95.

11) *Daviel traité* I. pag. 29. *Garnier regime des rivieres* I. p. 22. et *supplém.* p. 15. *Proudhon du domaine public*. III. 222. *Archiv für civil. Praxis*. XIII. S. 136. s. aber wegen Rheinländern die *Vererben*. eben in not. 23. zu §. 222. Im *Codice Civ. di Sardegna* art. 420. sind *fiumi e torrenti* überhaupt als Gegenstände des *dominio publico* erklärt; s. aber auch art. 469. Im *Geichtbuche von Parma* von 1820. art. 397. sind nur schiffbare Flüsse als Sachen des Staats erklärt.

12) *Romagnosi* l. c. vol. I. p. 64.

baren ¹³⁾ Flusses ¹⁴⁾. Wenn die bisher nicht schiffbaren Gewässer schiffbar gemacht werden sollen, so können dies Privatpersonen nicht hindern ¹⁵⁾; die Adjacenten sind wegen der bisher ihnen privatrechtlich zustehenden Wasserbenutzung zu entschädigen ¹⁶⁾, der Fluß wird aber dann ein öffentlicher ¹⁷⁾. Gräben oder Kanäle, in welche Ufereigenthümer Wasser aus öffentlichen Flüssen ableiten, werden dadurch nicht Theile des öffentlichen Eigenthums ¹⁸⁾. Werden Kanäle von einzelnen Privatpersonen durch ihr Grundeigenthum angelegt, um sie zur Schifffahrt bloß zu ihrem Privatgebrauch zu benutzen ¹⁹⁾, so werden sie dadurch kein Staatseigenthum. Wo Kanäle im Interesse der allgemeinen Schifffahrt angelegt werden sollen, bedarf es der Concession des Staats ²⁰⁾; der Kanal wird dann, wenn auch dessen Erbauung Privatgesellschaften überlassen wurde, nicht wie ein Privateigenthum betrachtet ^{20a)}, sondern erscheint wie eine öffentliche Straße, deren Gebrauch durch die von dem Staate getroffenen Anordnungen bestimmt wird. Der Charakter des öffentlichen Flusses als natürliche Straße auch für den großen Verkehr, als besonders wichtige Kraft für die Industrie erzeugt das Recht der Staatsgewalt, durch Gesetze und Verordnungen die Verwaltung der Gebrauchsrechte des Wassers zu ordnen und die Wasserpolizei auszuüben ²¹⁾. Während der gewöhnliche Wassergebrauch ²²⁾ auch zur Bewässerung der Wiesen ²³⁾ allen Anliegern ²⁴⁾ zusteht, darf nichts geschehen, wodurch die Ausschließung von dem gemeinen Gebrauch begründet, oder der Wasserstand wesentlich beeinträchtigt ²⁵⁾,

13) Laferriere Cours de droit public. p. 135.

14) Merlin XII. p. 170. Romagnosi I. pag. 81. Daviel traité I. p. 37. Bouthier sur les coutumes de Bourgogne I. chap. 52. nr. 75.

15) Laferriere Cours p. 483.

16) Heber den Fall, wenn der Fluß nur von einigen Stellen an schiffbar ist, Merlin repertoire vol. XII. p. 169. Daviel I. p. 36.

17) Daviel I. p. 159. Dagegen zwar Merlin repertoire, sub voce: riviere §. 2. Dies Entschädigungsrecht ist anerkannt im franz. N. über peche fluviale von 1829. art. 3.

18) Preuß. Landr. §. 39. 42. Struben II. nr. 88. Brauer Erläuterungen I. Seite 392. Daviel I. p. 38.

19) Daviel I. p. 28. f. über die Canäle Laferriere Cours p. 490.

20) Daviel I. p. 154.

20a) Daviel I. p. 178.

21) Laferriere Cours de droit public. pag. 483. Soweit die Regierung diese Verwaltungsbefugnisse geltend macht, ist der Streit darüber kein Privatrechtsstreit. Archiv für civil. Praxis. XXIII. S. 166.

22) Darauf bezieht sich der usus publ. l. 1. D. de damno infecto. Evers S. 431.

23) L. 17. D. de servit. praed. rustie.

24) Evers S. 444.

25) L. 1. p. D. de flumin. Evers S. 440.

oder der Schifffahrt Nachtheil ²⁶⁾ gebracht werden könnte. Anlagen an dem Flußufer und Benutzung des Wassers hiezu können nur durch Concession ²⁷⁾ des Staats gerechtfertigt werden, unterliegen aber immer der Verfügung der Administration, welche die Unterdrückung oder Veränderung des Werkes im öffentlichen Interesse fordern kann ²⁸⁾. Entfernter liegende Grundbesitzer ²⁹⁾ haben nur Befugnisse zum Wassergebrauch, wenn ihnen die dazwischen liegenden Eigenthümer die Befugniß zum Flusse zu gelangen eingeräumt haben, oder wenn das Landesgesetz ³⁰⁾ eine gesetzliche Dienstbarkeit den dazwischen liegenden Eigenthümern auferlegt ³¹⁾.

§. 222 b. [§. 280.] Privatflüsse. Quellen.

Auch in Ansehung der nicht schiff- oder flossbaren Flüsse und Bäche steht dem Staate, wenn nicht das Landesgesetz demselben größere Rechte einräumt ¹⁾, die Befugniß zu, im Interesse der Industrie und des Ackerbau's, Obergewalt über Wasserbenutzung auszuüben, und vermöge des Wasserpolizeirechts die Anlagen zum Wassergebrauch zu reguliren ²⁾. Diesen im öffentlichen Interesse erlassenen Anordnungen ³⁾ ist auch jeder Privatmann unterworfen ⁴⁾.

26) L. 1. p. §. 1. D. ne quid in flum. publ.

27) Ueber den Charakter der Rechte, welche die Ufereigenthümer in dieser Beziehung erlangen, ist auch in den neuen Gesetzen keine Bestimmtheit. Nach dem römischen Rechte erwarb Jemand größere Rechte (usus privatus), als der usus publicus gab, durch Concession und durch die Länge der Zeit des Gebrauchs; l. 7. D. de divers. temp. praescript. l. 2. D. commun. praedior. tam urban. l. 1 §. 23. l. 2 D. de aqua et aq. pluv. arc. Elsev's S. 431. 444; und über französ. Ansichten: Mein Aufsatz im Archiv XXIII. S. 153. Daviel traité l. p. 297.

28) Laferriere Cours p. 484.

29) Elsev's Themis S. 445.

30) Dies war schon als altes Recht in Italien anerkannt. Für die Lombardei, durch Gesetz vom 20. April 1804 und 20. Mai 1806; für Sardinien Codice civile von 1837 art. 616. (f. Meine Uebersetzung in der Zeitschrift f. ausländ. Rechtswissensch. X. Bd. S. 335.); für Parma, Codice civile art. 535—538. Manuale sull' uso delle acque pag. 88—96.

31) Vorzüglich ist hier die Art interessant, wie in d. Lombardei und in Sardinien eine bestimmte Wasserkraft verkauft wird (durch bocca fassata) f. Codice civile di Sardegna art. 640—43., und am besten Biagini in den Annali di Giurisprudenza. Torino, 1838. pag. 80—105. f. nach Elsev's S. 591. Mein Aufsatz im Archiv S. 159.

1) S. eben §. 222. not. 23. In der Schweiz ist das Recht der Regierung überhaupt über die Wasserkräfte zu verfügen und sie an Private zu verkaufen, ausgedehnt. f. Züricher Gesetz vom 21. März 1836. Thurgauisches Gesetz vom 2. October 1832. art. 17—24.

2) Ueber den Sinn dieses Rechts Laferriere Cours p. 484.

3) Ein wichtiger Gesetzesentwurf ist der französ. von 1835. f. Rauter in der Zeitschrift für ausländische Gesetzgeb. XI. S. 40. 50.

4) Daviel traité II. p. 64. 82. Mein Aufsatz im Archiv. XXIII. S. 160.

Die aqua profluens ⁵⁾ solcher Gewässer ist ^{5a)} eine res communis, aber so, daß die Ufereigenthümer zwar nicht ein Eigenthumsrecht am Bache ⁶⁾, aber doch vermöge der Gemeinschaft ⁷⁾ ein Gebrauchsrecht des Wassers in der Art haben, daß zwar das Wasser, sobald dasselbe nicht vom Eigenthümer des Bodens, worauf es als Quelle entsprang, occupirt wurde, als ein natürliches Ganze gedacht werden muß, und zum allgemeinen Gebrauche bestimmt ist, jeder Ufereigenthümer aber das Wasser da, wo es an seinem Grundstück vorbeifließt, als eine Zubehör desselben ansehen ⁸⁾, und die Wasserkraft für sich benutzen ⁹⁾, darüber verfügen kann, und zwar so, daß sein Recht bis in die Mitte des Wasserbeets reicht ¹⁰⁾. Jeder Ufereigenthümer kann anderen Personen nicht das Wasserschöpfen verwehren ¹¹⁾, auch keinen Gebrauch von dem Wasser machen ¹²⁾, wodurch der Fluß oder Bach als solcher aufhörte, oder anderen Ufereigenthümern ihr Recht auf die Wasserkraft entzogen oder durch Verunreinigung ^{12a)} der Gebrauch des Wassers gehin-

5) L. 2. §. 1. D. de divis. rer.

5a) Häufig sind Bäche schon von alter Zeit her im Eigenthum einer oder mehrerer Gemeinden, welche dann auch die Wasserbenutzungen reguliren.

6) Foucart in der Revue de legislation 1836. p. 194.

7) Im jur. prov. terrae Scaniae (in Westphalen monum. IV. p. 2076.) heißt es omnis aqua nullo manufacto aggere, sed naturalibus tantum contenta littoribus aequitate juris omnibus est communis etc. s. noch Henneberg. Landesordn. IV. Buch. 2. Tit. Kap. 1. §. 3.

8) L. 1. §. 1. D. de flumin. Code civil. art. 644.

9) Ueber die Art des Eigenthumsrechts ist viel Streit. Nach Gesterding im Archiv für civil. Praxis. III. S. 60. hat der obere Eigenthümer das nächste Recht. Nach Günther Progr. (s. oben §. 222a. in not. 2.) hätte jeder Adjacent volles Eigenthum. Andere sprechen von communio der Benutzungsrechte. Claproth Vorträge und Entsch. von Rechtsfällen. II. nr. 95. Hommel rhapsod. obs. 231. Behmer nov. jus controuv. nr. 14. Hagemann Landwirthsch. §. 143. s. noch Hagemann practische Erört. I. S. 58. 64. IV. S. 12. Archiv für civil. Praxis. XVIII. S. 43. Scholz Baurecht S. 211. Funke über Verwaltung S. 95. Rosp. hirt das französ. und bad. Civilrecht. Heidelb. 1842. I. S. 105. u. 108. Daviel traité II. p. 27. Mein Aufsatz im Archiv I. c. S. 155. Wildner in dem oben §. 222. angeführten Werke S. 313. u. 316.

10) Usque ad filum aquae, nach dem Ausdruche alter Juristen. Daviel I. c. II. p. 31.

11) Ebenso hat auch jeder das Recht Vieh zu tränken, jedoch immer nur, wenn er nicht Rechte des Ufereigenthümers, z. B. wegen des Weges verlegt. Daviel II. p. 35.

12) S. zwar (wegen L. 21. D. de aqua L. 10. Cod. de servit. und wegen des Satzes: qui jure suo utitur etc.) Fritsch jus fluviat. p. 1459. v. Cancrin Wasserecht II. S. 152—158. Gesterding im Archiv für civil. Praxis. III. S. 60. s. aber Hagemann Erörter. VI. S. 85. Daviel II. p. 100. 263. Archiv für civil. Praxis. XVIII. S. 43. Ent über Rechte der Ufereigenthümer: Provinzialr. von Berg art. 495 bis 507.

12a) Provinzialr. von Berg art. 508.

dert würde ¹³). Er muß vielmehr da ¹⁴), wo das Wasser sein Grundstück verläßt, ihm wieder seinen natürlichen Lauf verschaffen ¹⁵). Dagegen hat er als Eigenthümer das Recht des Fischfangs, das Recht, das Wasser zur Bewässerung seiner Grundstücke ¹⁶), und zur Betreibung seiner Anlagen, Fabrikgebäude u. A. zu benutzen ¹⁷). Jeder Ufereigenthümer ist dabei den polizeilichen Anordnungen des Staats ¹⁸) unterworfen, bei denen eben so wie bei den von den Gerichten zu erlassenden Urtheilen über Wasserberechtigungen es auf Vereinigung der Interessen des Ackerbau's mit der Industrie ¹⁹) ankommt ²⁰). Das Recht zu Anlagen, wodurch im größeren Maasse, als oben angegeben wurde, der Ufereigenthümer das Wasser benutzt, kann er erwerben durch Bewilligung aller anderen Ufereigenthümer, deren Rechte theilhaftig sind ²¹), oder durch die Verjährung ²²). Der Ufereigenthümer kann auch die Benutzung der Wasserkraft andern Personen einräumen ²³). Verläßt der Fluß sein altes Beet,

13) Ueber das Recht Schlenken anzulegen Fritsch corp. jur. fluviat. p. 1159. v. Cancrin v. Wasserr. I. S. 245. Holland, Statute in Micris Charterb. IV. p. 900. 1052, u. regtsgeleerde observ. zu de Groot III. p. 222.

14) Ueber die Natur des Eigenthumsrechts der Adjacenten s. noch Kori im Archiv XVIII. S. 45. Böle im Archiv für preuß. R. II. S. 837. Manuale sull' uso delle acque p. 20. p. 115. f. Fälle von Streitigkeiten der Wasserberechtigten, in Sartorius und Zurborn Samml. merkw. Fälle in Baiern. II. S. 73. Beitr. zur Rechtsanwendung in Baiern von Seuffert I. Bd. S. 62.

15) Code civil. Art. 644. f. zwar Berken l. c. S. 21. Malleville analyse raisonné. vol. II. ad Art. 644. Merlin repert. III. p. 249. Toullier droit civil. vol. III. pag. 67. Fournel loix rurales. vol. I. pag. 321—324. Daviel II. p. 264.

16) Schon in alten Urk. ist dies Recht regulirt, z. B. Urk. von 1227 in Lang regest. II. p. 166; omni serua tertia ist das Wasser ad irrigandum terram gestaltet; f. noch nassauische Wässerungsordnung im nassauischen Weisthum. III. S. 191. v. Cancrin Wasserrecht II. S. 158. Wichtig sind die Entw. in Romagnosi vol. 2. p. 121—210. Daviel traité II. p. 90. 109, und gut über die Wässerungsrechte Manuale sull' uso delle acque p. 131. 145.

17) Daviel traité II. p. 93.

18) Daviel traité II. p. 51.

19) Franz. Code civil. art. 645. Wildner S. 341. Am besten sind die Vorschriften im Codice di Sardegna art. 551—560. Gut sind hier auch die Vorschläge, die im französ. Gesetzentw. von 1835 (s. oben not. 3.) von der Commission gemacht wurden.

20) Ueber d. rechtl. Schutzmittel der Ufereigenthümer s. Unterholzner v. d. Schuldverh. II. S. 164. f. aber auch Mein Aufsatz im Archiv l. c. S. 150. u. 165; u. von Frankreich Laferriere Cours p. 487. Wildner l. c. S. 322. 329.

21) Jedoch unbeschadet der Rechte Dritter, die nicht den Vertrag mit schloßen. Daviel II. p. 76. Mein Aufsatz im Archiv S. 164.

22) Es kommt darauf an, ob nur der Schutz für eine durch langen Gebrauch begründete Anlage gesucht oder eine eigentliche Servitut begründet werden kann. Clevés S. 431. 445. 516.

23) Es kann hier wieder ein Verkauf der Wasserkraft oder eine Servitut be-

so erhalten die Ufereigenthümer das Eigenthum dieses Beetes ²⁴). Die obern Ufereigenthümer können auch gemeinschaftlich zu ihrer Wiesenbewässerung einen Kanal anlegen und das Wasser benutzen, ohne daß die untern Ufereigenthümer sich beschweren können, wenn nur dem Wasser da, wo es ihre Grundstücke berührt, der natürliche Lauf gelassen ist ²⁵). In Bezug auf Quellen gilt der Satz, daß jeder Eigenthümer des Bodens, auf welchem die Quelle als ein durch die Natur auf dem Grundstück eröffnetes Wasser entspringt ²⁶), vermöge seines Eigenthums, auch das Quellwasser beliebig benutzt ²⁷), ohne daß er den Nachbarn, auf deren Grundstücken die Adern, welche die Quelle ernähren, entspringen, verwehren kann, diese Adern zu durchstechen, und der Quelle ihren Zufluß zu entziehen ²⁸), in so fern nicht die von dem Andern erworbene Servitut dies Recht beschränkt ²⁹). Hat der Eigenthümer das lebendige Wasser auf seinem Eigenthum nicht benutzt, so muß der untere Eigenthümer das im natürlichen Lauf abfließende Wasser nach einer natürlichen Dienstbarkeit ³⁰) dulden ³¹), woraus aber nicht folgt, daß er auch Anlagen des oberen Eigenthümers dulden muß, wodurch der raschere, dem untern schädliche Abfluß des Wassers auf das untere Grundstück bewirkt wird ³²), ausgenommen wenn der obere Eigenthümer ein Dienstbarkeitsrecht auf solche Anlagen erworben hat ³³). Dagegen kann der obere Eigenthümer, auf dessen Grundstück die Quelle ent-

gründet seyn. Elvers S. 445. Hier würden Bestimmungen, wie sie in Italien bestehen, wichtig seyn. Mein Aufsatz im Archiv S. 157.

24) L. 7. §. 5. D. de acquir. rer. domin. Elvers S. 430. Daviel II. p. 50.

25) Arrêt d. Cassationshofes v. 11. April 1837 im Journ. des tribun. nr. 155.

26) L. 21. D. quod vi aut clam. Portio enim agri videtur aqua viv. l. 6. Cod. de serv. et aqua. Elvers S. 417. Köstlin l. c. S. 107. Bildner S. 310.

27) Hagemann pract. Erörter. VII. S. 209. Archiv für civil. Praxis. XVIII. S. 41. Romagnosi vol. 1. pag. 92. Daviel II. p. 336. Code civil. art. 641. 44. Manuale sull' uso delle acque p. 123.

28) L. 21. §. 24. D. de damno infecto. L. 1. §. 12. D. de aqua et aq. pluv. arc.

29) Elvers S. 418.

30) Daviel II. p. 340. Manuale p. 25.

31) Dies ist aber nicht auf andere nicht natürlich abfließende Wasser auszu-
dehnen. s. noch über die verschiedenen Wasser Elvers S. 419. s. Fälle in
Fournel traité du voisinage vol. I. p. 339. Ueber die Anwendung der
hierher gehörigen L. 2. §. 6. D. de aqua et aquae pluv. arc. s. Toul-
lier droit civil. vol. XI. pag. 391. s. aber Pardessus traité des ser-
vitudes nr. 92. Grenier regime des eaux. nr. 113. s. noch Bielek
Comment. zum preuß. Landrecht. II. S. 144.

32) L. 3. pr. D. de aqua et aq. pluv. arc. l. 8. §. 6. L. 10. D. si ser-
vit. vind. Hagemann VII. S. 274.

33) Daviel II. p. 358. Romagnosi IV. p. 224.

sprang, wenn er das Wasser nicht benutzte, und der untere Eigenthümer Anlagen macht ³⁴⁾, um das ihm zugeflossene Wasser zu benutzen, diese Benutzung später nicht hindern ³⁵⁾, wenn der untere Eigenthümer ein Recht darauf durch Vertrag oder Verjährung erworben hatte ³⁶⁾.

§. 223. [§. 281.] Rechtsverhältnisse bei Wasser- und Uferbau.

Die anliegenden Ufereigenthümer haben die Befugniß ¹⁾, zum Schutze ihres Eigenthums gegen die Gewalt des Wassers Anstalten zur Wiederherstellung der Ufer im vorigen Zustande und zum Schutze der Ufer gegen Ueberschwemmungen zu machen. Die Art der Anlagen wird nur beschränkt durch die Rücksicht, daß nicht der Schifffahrt oder den Rechten anderer Grundeigenthümer geschadet werde. Bei der Frage: wie weit eine Verpflichtung zu gewissen Schutzarbeiten bestehe? muß man den Wasserbau von dem Uferbau unterscheiden. Die Verpflichtung, die Kosten des Wasserbaues zu übernehmen, wird darnach bestimmt, wer der Eigenthümer des Flusses oder Baches ist, daher bei schiff- oder flossbaren Flüssen dem Staate die Pflicht des Wasserbaues obliegt ²⁾. Dieser Wasserbau ³⁾ umfaßt alle Verrichtungen und Arbeiten, welche in und an Flüssen zur Herstellung der Strombahn oder Erhaltung des Flusses in seiner gewöhnlichen Benutzung nothwendig werden, oder auf die Beförderung der Schifffahrt und Entfernung von Hindernissen derselben sich beziehen. Ueberall, wo diese allgemeinen Interessen, die sonst durch das Wasser gefährdet wären, durch Wasserbau geschützt werden sollen, trifft die Baulast allein den Staat bei öffentlichen Flüssen ⁴⁾. Bei dem

34) L. 7. Cod. de servit. et aqua. Kori im Archiv. XVIII. S. 42.

35) Daviel II. p. 342.

36) Nach dem Code civil art. 643. kann auch der obere Eigenthümer der Quelle ihren Lauf nicht verändern, wenn das Wasser einer Gemeinde das nöthige Wasser verschafft. Daviel II. p. 365. Das gemeine deutsche Recht kennt diese Vorschrift nicht. s. noch Beitr. zur Rechtsanwendung in Baiern. I. S. 60.

1) Tit. Dig. de ripa munienda. Eleers S. 516—523.

2) Daviel I. p. 245, und gut Pfeiffer pract. Grödt. III. S. 122. 126.

3) Sächs. Mandat, Elb-, Ufer- und Dammerdn. vom 7. August 1819. Siehe darüber Meiske Archiv. II. S. 21. Weimar. Ges. über Wasser- und Uferbau vom 15. Mai 1821.

4) Sächs. Ges. §. 2. B. f. über Entschädigung derjenigen, welche Land zu solchen Bauten abtreten; sächs. Mandat §. 3. Weimar. §. 12. Sächs. Handbuch S. 332.

Uferbau dagegen, d. h. den Anlagen, welche zur Sicherung der Ufer oder entfernter Grundstücke vor der Gewalt des Wassers an oder auf dem Ufer gemacht werden, läßt sich zwar gemeinrechtlich eine Verbindlichkeit des Ufereigenthümers zum Uferbau nicht nachweisen; allein schon früh entstand durch Gewohnheit an vielen Orten die Ansicht, daß der Ufereigenthümer, so weit sein Grundstück am Wasser hinzieht, zum Uferbau pflichtig sey ⁵⁾. Wie weit diese Verpflichtung noch besteht, hängt von dem Landesgesetze ⁶⁾, oder dem Gewohnheitsrechte ⁷⁾, oder den Conventionen der Grundeigenthümer ab. Nach den Landesgesetzen werden auch die hinter dem unmittelbar am Ufer liegenden Grundstücken gelegenen Grundstücke als beitragspflichtig erklärt, wenn sie erweislich durch den Bau vor Ueberschwemmung geschützt werden ⁸⁾; wo nur die an dem nämlichen Uferabrisse liegenden Grundstücke durch einen gewissen Bau geschützt werden sollen, wird auch nur ihnen die Baupflicht aufgelegt ⁹⁾. Ist der Uferbau nur veranlaßt durch Unterlassung eines Wasserbaues, der anderen Personen oblag, oder durch Vornahme eines solchen Baues wegen eines gewissen Nutzungszwecks, so muß nur der Wasserbaupflichtige den Uferbau übernehmen ¹⁰⁾. Das große öffentliche Interesse, welches der Staat an Landwirthschaft und dem Wohlstande der Bürger nimmt, bewirkt, daß auch durch die Gesetze mancher Staaten bei dem Uferbau ¹¹⁾ eine Beitragspflicht der Gesamtheit zu den Kosten des Baues anerkannt ¹²⁾ und nur von den zunächst theilhaftigen Uferbesitzern ein Präcipualbeitrag gefordert wird. Der

5) Von der Schweiz, wo diese Pflicht Schwellenpflicht heißt, s. Zeitschr. für vaterländ. Recht in Bern. III. Thl. S. 434.

6) S. v. Cancrin vom Wasserrechte. II. S. 101—162. Fritsch jus fluviat. p. 992. Kreitmaier Anmerk. IV. S. 779. Hagemann Landwirthschaftsk. S. 305. Preuß. Landrecht. II. Thl. Tit. 15. §. 44.

7) Provinzialr. von Berg §. 509.

8) Weimar. Ges. §. 6. 7.

9) Sächs. Mandat §. 2. A. h. a.

10) Weimar. Ges. §. 9. 10. Pfeiffer pract. Erört. III. S. 130.

11) Preuß. Ges. in Heyde Repertorium der Polizei-Verordn. III. Thl. Seite 1—236. Deich-, Ufer-, Graben- und Wegeordn. an der Oder, vom 23sten Januar 1769. Wasser- und Uferordn. für die Muhl in der Grafschaft Mark vom 10. März 1781; für den Rheinstrom im Herzogthum Cleve, vom 2. December 1774; auch abgedruckt im westrheinf. Provinzialr. S. 84. Niedersordn. vom 6. März 1769 *ibid.* S. 110; von Schlesien, Ward- und Hegungsordn. von 1763 in Wenzel schlesf. Provinzialr. I. Seite 215. 482. Babilische Rheindeichordn. von 1779 in Hofmann Samml. auserlesener Landesgef. IV. Bd. nr. 1. Hessische Ges. in Eigenbrod Samml. hessischer Verordnungen. III. Thl. S. 117; von Frankreich Daviel I. p. 267.

12) Pfeiffer pract. Erört. III. S. 127.

nachtheilige Einfluß, welchen der Uferbau, wenn er nicht zweckmäßig geführt wird, leicht auf die Schifffahrt und auf die benachbarten Grundstücke haben kann, bewirkt ¹³⁾, daß die Landesgesetze häufig jeden Uferbau von der Genehmigung der Behörde, welche die Wasserpolizei auszuüben hat, abhängig machen, damit den allgemeinen Interessen kein Nachtheil zugeht, und die theilhaftigen Grundeigenthümer ihre Einsprüche geltend machen können ¹⁴⁾.

§. 224. [§. 282.] Rechtsverhältnisse bei Deichen.

Als größere Anstalten, durch Anlegung wohlverwahrter Erdwälle zur Sicherung hinter ihnen liegender Grundstücke, das über die gewöhnlichen Ufer hinaufsteigende Wasser abzuhalten, kommen schon früh ¹⁾ und zuerst ²⁾ durch Warfen ³⁾ veranlaßt, und Anfangs in freiwilligen ⁴⁾, durch Noth und Bedürfnis erzeugten Vereinigungen bestehend, größere gesellschaftliche Deichverbindungen (Deichband) in Niederdeutschland vor, bei welchen ehemals die Unterscheidung eines natürlichen und eines bürgerlichen Deichbandes gemacht wurde ⁵⁾. Das zweite nahm man an, wenn die Deichpflichtigen eines gewissen Districts den Bau der Deiche oder Sicherungswerke vermöge Gesetzes

13) Tit. Dig. ne quid in flum. publ. v. Cancrin Wasserrecht I. Seite 158. Daviel I. p. 343.

14) Daviel I. p. 341, und über Vereinigung der l. I. §. 6. 7. D. ne quid in flum. publ. u. l. 1. Cod. de alluvion. Daviel II. p. 256.

1) Tacitus Annal. Lib. XIII. C. 53. Wie weit die Römer Deiche und eine Deichpolizei kannten s. Hurgonje de jure circa agger. aquarumque curam. Trajecti, 1837. p. 8—12.

2) Streift ist, wann zuerst in Niederdeutschland Deiche vorkommen; s. Hackmann de jure agger. cap. II. Präl. Altes und Neues. IV. Bd. S. 368. Trotz jura agrar. helg. I. p. 33. Schleswig-Holstein. Magazin. XII. S. 267. Verhandelingen van Groninger Genootschap. II. p. 481—561. Hannov. Magazin 1766. Stück 38. Halem Oldenburg. Geschichte. I. Thl. S. 41. 212. Wicht ostfriesisches Landrecht S. 872. Eelking de Belgis Secul. XII. Sect. I. Cap. 8. Meyer esprit et origine des inst. judiciair. T. IV. pag. 31. Wersebe über die niederländ. Colonien. I. Thl. S. 10, II. Thl. S. 1055. Freese Ostfries- und Hartlingerland. Aurich, 1796. I. Thl. VII. Abschn. Beispiele früh vorkommender Deiche s. in Urk. von 1190 von Flandern in Warfonia fland. Rechtsgeisch. 2ter Thl. Urkundenbuch S. 82. Urk. von 1155 von Utrecht in Kluit histor. Comit. Holland. II. pag. 167; von Deichen im VII. Jahrh. in Friesland spricht nach Urk. Güttermann in der Hallischen Encyclopädie. XXIII. S. 338.

3) Hunrich pract. Anleitung zum Deichbau. I. Thl. S. 81.

4) Bremisches Gutsherrenrecht art. 13. in Pulendorf Obs. IV. adp. p. 71. v. Ende jurist. Abhandl. nr. IV.

5) Hagemann pract. Erbst. V. Bd. S. 265. Hunrich Deichrecht S. 150. Dammert I. S. 50. Schon Sachsenspiegel II. 56. deutet auf ein natürliches Deichband.

oder Vertrags oder Herkommens zu übernehmen verpflichtet sind, während das Erste zwischen den Deichpflichtigen und solchen Grundbesitzern stattfindet, deren Ländereien bei einem wirklich entstandenen oder drohenden Deichbruche der Gefahr der Ueberschwemmung ausgesetzt seyn würden. Wichtig wurde dieser Unterschied in Ansehung der Concurrenz zu den Kosten, indem bei dem natürlichen Deichbände nur jene Grundbesitzer beitragspflichtig sind, deren Grundstücke durch die Anlegung des Deichs vor Schaden bewahrt worden sind. Die Unterscheidung hat aber jetzt wenig Bedeutung mehr, da immer entweder eine Convention der Deichpflichtigen vorhanden, oder die Deichpflicht die Folge des Gemeindeverbandes und landesherrlicher Verfügungen seyn wird 6). Beweise, daß schon früh förmliche Deichgenossenschaften und Deichbeamte vorkamen, liegen vor 7). Der Ehylbau bezieht sich auf die schon früh 8) vorkommenden Ehyhle, d. h. Schleusen, und die dabei befindlichen Abzugs-Gräben, welche zur Ableitung des hinter dem Deiche sich sammelnden Regen- und Schneewassers dienen, zugleich auch in gewissen Fällen das Binnenland mit Fluthwasser zu bewässern gebraucht werden; daher auch Ehyhlachten und Schleusencommunen entstehen, so daß alle, welche nach einer und derselben Schleuse abwässern, auch in der Art in der Commun vereinigt sind, daß sie auch zu der nämlichen Schleuse und Ehyhle beitragen 9). Die nächsten Entscheidungsnormen geben überall die Deichordnungen 10), welche häufig nur eine Sammlung

6) Wilda in Weiske's Rechtslexikon. III. S. 283.

7) A. B. in der oben not. 2. angef. Urk. von 1155, wo *conjurati*, quos *Heimrat* vocant, erwähnt werden. Auch *scabini de aggere* in Urk. von 1256 in Mieris Charterboek I. p. 308.

8) Schon im J. 970. Giese L. c. S. 323. Höchst interessant wegen der geschichtlichen Ausbildung und der Urkunden Papst de hydrarchia Byleveld. Trajeeti, 1836.

9) Hackmann de jure aggerum p. 437. Bremische Deichordnung cap. 17. §. 5. 6. Dammert Deichrecht I. S. 64. Kunte §. 114 b. §. 1196, und von Holstein staatsbürgerl. Magazin. III. Bd. S. 264; von Eldenburg gut v. Huneich Entw. S. 197—278.

10) Die ältesten Deichordnungen sind schon aus dem XIII. Jahrhundert, z. B. eine friessche vom Humsterland in den Groninger Verhandlungen im Anhang. III. P. XXXIII. s. noch Biarda Afegabud Vorrede Seite XXXV III. Vorzüglich in der oben in not. 8. angeführten Diss. von Pabst und Deichrechte von 1317 in Driessen monum. Groning. I. p. 78. s. auch noch alle Deichrechte von 1449 in Velrichs bremische Gesetzbücher S. 567. s. noch in dem not. 6. angeführten Werke von Pabst. Die wichtigste und vollständigste ist die Bremische vom 29. Juli 1743. s. noch friessche Deichordnung von 1515, vom 13. Juli 1608; die geltende hinter Wichts Offrief. Landrecht. Des Alten Landes Deichorden. bei Hackmann de jure agger. in mantiss. nr. 1. Lüneburg, Elb-Deichorden. vom sten

der aus der Natur des Deichwesens allmählig entstandenen oft sehr alten Gewohnheitsrechte sind, und in so ferne eine Art Weichhümer bilden, aber auch oft aus Conventionen oder aus Anordnungen der obersten Gewalt hervorgingen ¹⁾).

§. 225. [§. 283.] Verfassung des Deichbands.

Das Oberaufsichtsrecht des Landesherrn ¹⁾), welches häufig, obwohl uneigentlich, ein Deichregal ²⁾) genannt wird, besteht in Bezug

September 1664, und erst. Alb. Deichordn. vom 12. Juni 1748; für Lauburg 1599. 1628. 1656. 1752. Oldenburgische vom 6. Mai 1681 in Oetken Corp. Constit. P. II. S. 256. Die unten angeführte Schrift von Hunrich Entwurf, enthält eigentlich das geltende oldenburg. Deichrecht. Dykrecht van Salland in Pasendorf Obs. IV. p. 416. Articuli spadelandici in Hackmann mantiss. nr. II. s. auch Corpus statutor. Slesvic. vol. I. p. 390. Eiderstedische Deichordn. von 1595 in Hackmann nr. IV. Schleswig-Holstein. Deichordn. in Stapelholm von 1625 in Hackmann nr. VI. Stapelländische von 1625 in Rohr Haus- haltungsrecht Seite 1203. Süderdithmarsische von 1643 in Rohr l. c. S. 1217, und in Corp. constit. holsat. vol. II. IV. Thl. S. 911. Lübeckische und Hamburg. von 1774. Allgemeines Deichreglement für Holstein und Schleswig vom 6. April 1803. Preuss. Deichordn. für die Saal- deiche vom 9. September 1778; für Ostpreußen vom 12. April 1787; für die Altmark vom 20. December 1695 und 1. September 1776.

11) S. Gesetze von Holland in Hurgonje diss. p. 43-49.

* Ueber Deichrecht überhaupt:

Dreyers Miscellan. zum deutschen Recht nr. I. Hackmann de jure aggerum. Stade, 1690. Petiscus (Petit) allgem. Grundr. von der Deich- und Dammrechtswissenschaft. Celle, 1767. Von Hunrich Entwurf des jetzigen Deichrechts in den Marschländern von Oldenburg. Bremen, 1768. Wellmann Einleitung in das gemeine und Schleswig-Holstein. Damm-, Deich- und Sühlfrecht; Altona, 1795. Heincken tentamina jur. aggeral. reipubl. Bremens. Gott. 1774. v. Cancrin Abhandl. vom Wasserrechte. I. Thl. 2. Abhandl. §. 26. 34. 86. Bülow und Hagemann pract. Erört. I. Bd. nr. 3, II. nr. 1, III. nr. 1, V. 51. Dammert das Deich- und Strembaurecht nach allgem. positiven und hannöv. Landesr. Hannover, 1816. II Thle. Kunde in der 7ten Auflage der Grundr. des deutschen Privatrechts §. 113-123. Die oben angef. dissertat. von Hurgonje de jure circa agger. aquarumque curam. Traj. 1837 und Wilda in Weiske Rechtslexikon. III. S. 280.

** Zum Verstehen des Technischen beim Deichbau gehören:

Brahm Anfangsgründe der Deich- und Wasserbaukunst. Altona. 1745. von Hunrich pract. Anweisung zum Deich-, Sichel- und Schleusenbau. Bremen, 1770. II Thle. Benzler Verikon der beim Deichbau u. Deichrechte vorkommenden einheimischen und fremden Wörter. Leipzig, 1792. Wolters allgem. Grundzüge zum ordnungsmäßigen Verfahren in Deichsachen. Glückstadt, 1795. Büsch Uebersicht des gesammten Wasserbaues; 2te Ausgabe von Wiebeking. Hamburg, 1804. Börm Abriss der Deichkunde. Altona, 1812.

1) Hagemann Landwirthsch. S. 300. Berg Handb. des Polizeirechts. III. Bd. Seite 100.

2) v. Ende jurist. Abhandl. S. 28-31. s. aber Hackmann de jure agger. pag. 80-97.

auf das Deichwesen in dem Rechte, Deichgesetze zu erlassen, Beamte anzustellen, über die Zweckmäßigkeit des Baues Vorschriften zu geben, und Oberaufsicht über die Ausübung der Gesetze, verbunden mit der nöthigen Gerichtsbarkeit, zu führen ³⁾. Die eigentlichen Deichbeamten ⁴⁾ sind die Deichgrafen ⁵⁾, Deichgeschworne, welchen, als einer Art sachverständiger Schöffen ^{5a)}, die Deichschau, und die Aufsicht über das Deichwesen obliegt, und oft ein Richteramt in Deichfreiheiten zusteht. Das Deichband bildet eine Genossenschaft ⁶⁾ aller zur Erhaltung einer bestimmten Deichstrecke und gewisser zum Schutze der in jener Strecke gelegenen Grundstücke nothwendigen Stromwerke verpflichteten Grundeigenthümer ⁷⁾. Der Deich selbst wird als ein Ganzes betrachtet, so daß Niemand ein Privateigenthum daran hat; in so ferne kann man ihn zu den bonis publicis rechnen ⁸⁾, daher auch kein Einzelner ohne Erlaubniß des Staats den Deich zur Bebauung benutzen kann ⁹⁾. Die Rücksicht, daß nur durch gemeinschaftliches Zusammenwirken aller Betheiligten der kostspielige Deichbau möglich wird, bewirkt, daß jeder Einzelne, der auch selbst auf eigene Kosten Dämme anlegt ¹⁰⁾, deswegen nicht vom Deichband, in welchem sich sein Grundstück befindet, frei wird ¹¹⁾.

3) Einen Begriff von Deichband (Deichacht) stellt Brem. Deichordn. c. XIII. §. 4. auf. s. noch Dammert I. c. I. S. 46.

4) Häufig war ihr Amt erblich in alter Zeit. Hackmann de jure agger. Cap. XII. nr. 88. Selchow braunschw. Privatrecht §. 638–648; über die Geschichte dieser Beamten gut Hurgronje p. 52 u.

5) Sie kommen schon früh vor. Cassel. Samml. ungedr. Urkunden S. 71. s. überh. Hackmann Cap. XII. Dammert I. S. 35. Pufendorf Obs. IV. pag. 73. Brem. Deichordn. Cap. VII. §. 2. v. Hunrich Entw. Seite 75.

5a) Hurgronje diss. p. 106. Von der Gerichtsbarkeit derselben in früherer Zeit, Hurgronje p. 191.

6) Viel Streit ist, ob darauf die Grunds. von der Universitas anzuwenden sind. Pufendorf Obs. II. obs. 104. Runde §. 114. Petiscus Deichrecht S. 183. Wolters §. 9. Spadelandrecht in Corp. Const. Slesvic. I. p. 390.

7) Ueber die Natur dieser Genossenschaft im Mittelalter Hurgronje p. 89.

8) Hackmann de jure agger. C. 11. nr. 14. Pufendorf I. nr. 216. Runde Grunds. §. 120. v. Hunrich Entw. S. 116.

9) Ueber die Grasnutzung auf den Deichen s. Schlüter und Ballis jurist. Zeitung 1826. 16. Heft S. 25.

10) v. Hunrich Seite 272. Bremische Deichordnung II. §. 13. Runde §. 114 a.

11) Man unterscheidet Hauptdeiche (Winterdeiche), welche das dahinter liegende Land wider die höchsten Fluthen bei Herbst- und Frühlingsstürmen schützen sollen; Sommerdeiche, welche nur gegen den gewöhnlichen Ueberlauf des Wassers oder schnelle Sommerfluthen schützen; Binnen- deiche, welche hinter dem Hauptdeiche an besonders gefährlichen Stellen angelegt werden; Ehur- (Kai) Deiche, welche nur, bis der Hauptdeich wieder gebaut wird, einseitigen angelegt werden; Schaardeiche, die kein Vorland haben und dem Strom unmittelbar ausgesetzt werden.

§. 226. [§. 284.] Ordentliche Deichlast.

Zur ordentlichen Deichlast ¹⁾ gehört die gehörige Unterhaltung eines jeden Deichtheils im schaufreien Zustande in der Art, daß jeder Deichgenosse zu den Leistungen, welche wegen der Erhaltung des Deichs überhaupt nothwendig und nicht erst durch außerordentliche Ereignisse veranlaßt werden, beitragen muß ²⁾. Diese ordentliche Last trifft als Genossen alle Besitzer, deren Grundstücke in der Deichstrecke liegen, so daß keine Immunität (weder der Kirche noch des Standes eines Gutsbesizers) von dem Beitrage befreit ³⁾. Wenn auch das Land vom Deichbände eingeschlossen ist, so tritt doch dann die Deichlast nicht ein, wenn das Land seiner Lage nach, z. B. wenn es hoch liegt ⁴⁾, der Ueberschwemmung nicht ausgesetzt ist. Die Deichlast ist eine auf den Grundstücken, welche durch den Deich gegen die Gefahr des Wassers geschützt werden, haftende Reallast ⁵⁾, und trifft ohne Rücksicht des Standes den Gutsbesitzer ⁶⁾, und zwar denselben, welcher die Nutzungen vom Gute zieht ⁷⁾; die Last ist selbst unzertrennlich ⁸⁾ vom Gute, daher kein Besitzer sich der Last entziehen kann. Auch nicht einmal unwordentliche Verjährung befreit ⁹⁾; und selbst Verträge, welche zwischen den Deichpflichtigen und anderen Personen wegen Deichlast geschlossen werden, können zwar unter den Contrahenten wirken, gehen aber das Deichband nichts an ¹⁰⁾. Gewöhnlich war in früherer Zeit der Deich ausgemessen, und jedem Deichgenossen ¹¹⁾

1) Hagemann Landwirtschaftsrecht S. 310. Dammert Deichrecht I. S. 23.

2) Wilsa I. c. S. 286. In manchen Deichordnungen ist die Gränze von ordentlicher und außerordentlicher Deichlast durch eine gewisse Betragssumme des Beitrags bestimmt.

3) Hackmann cap. 10. nr. 213. Brem. Deichordn. IV. §. 2. v. Cancrin I. S. 148. v. Hunrich Entw. S. 4.

4) Hackmann nr. 24. Runde §. 115. v. Cancrin I. S. 150. Petit I. c. Thes. 16.

5) Schmidt Abhandl. I. Bd. nr. 55. Bülow und Hagemann pract. Erörterungen. II. S. 3. Hackmann de jure agger. p. 233. Runde §. 117. Dammert I. c. I. S. 281, II. S. 23—27. Schleswig-Holstein. Deichregeln §. 9. 10. v. Hunrich Entw. S. 22. f. noch über den Sinn des Ausdrucks: Reallast, Duncker von den Reallasten S. 184. Maurentzacher Privatr. I. S. 716.

6) Controversen in Hackmann Cap. X.

7) Hagemann Landwirtschaftsrecht S. 308. Von der Concurrenz der Guts Herren f. Bülow und Hagemann practische Erörter. II. S. 3. Dammert I. S. 74. 142, II. S. 22.

8) Hagemann Landwirtschafts. S. 309.

9) Hackmann Cap. 10. nr. 189—204. v. Hunrich S. 6.

10) v. Hunrich S. 23. v. Cancrin I. S. 129. Wilsa I. c. S. 287.

11) Brem. Deichordn. Cap. V. §. 3, Cap. VI. §. 4. Elbdeichordn. v. 1748

wurde nach Verhältniß des deichpflichtigen Landes ein zu unterhaltender Deichtheil zugewiesen (Deichkabel, auch Deichpfand), während an anderen Orten eine Art von Deichsociety nach dem Communionsfuße besteht, nach welcher der Deichbau auf Kosten des ganzen Deichbandes aus einer Deichkasse betrieben, und die Kosten dann verhältnißmäßig ausgetheilt werden ¹²). Das Verhältniß ist in dem letzten Falle wieder verschieden, je nachdem man nur auf die Größe, oder auch auf die Güte des Bodens des deichpflichtigen Landes Rücksicht nimmt ¹³). Diese letzte Rücksicht entspricht mehr den richtigen Grundsätzen von Vertheilung der Last, wobei noch auf die Größe der Gefahr zu sehen ist, welchem das Grundstück im Falle des Deichbruchs nach seiner Lage ausgesetzt sein würde ¹⁴). In der älteren Zeit war der Communionsfuß noch selten und kommt erst in neuerer Zeit, auch als der zweckmäßigste anerkannt, mehr vor ¹⁵). Uebrigens umfaßt das Deichband nur cultivirte Ländereien ¹⁶). Einige Personen sind servitutis jure deichpflichtig ¹⁷).

§. 227. [§. 285.] Außerordentliche Deichlast.

Alle größeren Unternehmungen, welche die Kräfte des einzelnen Deichhalters übersteigen, und daher auf Kosten des ganzen Deichbandes angelegt und unterhalten werden müssen, gehören zur außerordentlichen Deichlast ¹); dahin gehört die Herstellung der Grundbrüche, die Erhöhung der Deiche, die Anlage von Thur- und Rothdeichen ²) und alle zur Sicherung der Deiche mehr oder minder gehörigen Stromwerke, als Stafen, Grundbetten ³). Insbesondere muß dann in solchen Fällen nicht bloß das Deichband, in dessen Bezirk die Arbeit fällt, sondern auch manches benachbarte Deichband beitragen

§. 23. Schleswig. Deich-Regl. §. 15. 35. Dammert I. §. 34. v. Cancrin I. §. 149.

12) §. vorzüglich Dammert II. §. 4—14. Von Oldenburg v. Hunrich Entw. Seite 2.

13) Hackmann Cap. 10. nr. 224. Petit elem. thes. 5. 9. 17. v. Cancrin I. §. 151. Runde §. 117. not. k.

14) Bismann in d. Beitr. zur Technologie und Oeconomie. III. §. 319.

15) Runde Oldenburg. Chronik §. 77. Wilda §. 202.

16) Hackmann de jur. pag. 131.

17) Dammert II. §. 19.

1) Hagemann Landwirthschaftsr. §. 310. Bremische Deichordnung cap. XIII. §. 1. 2. Schleswig. Reglem. §. 31. 32. Dammert I. §. 33. Wilda I. c. §. 289.

2) Dammert I. §. 16.

3) Hackmann de jure cap. XIV. §. 13. 14. Pufendorf Obs. III. nr. 124. Dammert I. §. 17—19.

[Beihülfe genannt] ⁴⁾; und hier entscheiden theils Gewohnheit, theils abgeschlossene Recess, theils Bestimmungen der obersten Deichbehörde. In Ansehung der Stromwerke und der zum Schutze des Deiches gehörigen Banten und Uferwerke kann man diese Schutzwerke nicht als Accessorien der Deichkabel, vor welcher sie liegen, sondern des ganzen Deichkörpers betrachten ⁵⁾. Daher kann man auch die Pflicht des Beitrags zur Erbauung solcher Werke nicht als eine ordentliche Deichlast darstellen, da offenbar solche Werke selten nur zum Schutze des Deiches, wovor sie angelegt sind, gereichen, vielmehr als Uferbauten zu betrachten sind, und auf mehrere und entferntere Punkte sichernd wirken ⁶⁾; daher man sie richtiger nach den Regeln beurtheilt, die für die Beihülfsarbeiten gelten; und höchstens die Unterhaltung der bereits angelegten Werke könnte als ordentliche Deichlast betrachtet werden ⁷⁾. Die Bedeutung der außerordentlichen Deichlast, in so ferne sie in der Beihülfe besteht, kommt da vor, wo nach dem alten Systeme genau bestimmt ist, welchen Deichtheil jeder Genosse erhalten muß. Bei dem Communionsfusse wird die Frage über Beihülfe wichtig, in so ferne auch andere nicht zum Deichbände gehörige Personen (auch ganze benachbarte Deichbände) theils wegen übernommener Verpflichtung, theils wegen des Landesgesetzes schuldig sind, zu den Kosten für außerordentliche Deicharbeiten beizutragen ⁸⁾. Zur Anlegung der Schleusen und Syhle tragen nur diejenigen in der Regel bei, deren Land dadurch entwässert wird ⁹⁾. Im Falle eines Deichbruchs, oder wenn beim Giegang der Deich in Gefahr ist, werden als Nothhülfe außerordentliche Hülfsdienste ¹⁰⁾ und die Pflicht, die nöthigen Materialien herzugeben, gerechtfertigt ¹¹⁾, so daß

4) v. Hunrich S. 28. Pufendorf I. 193, II. 104, III. 134. Runde S. 118. Von den Braaden, v. Hunrich S. 132.

5) Hackmann cap. XIV. §. 14. Lüneburg. Deichordn. §. 24. Pufendorf II. nr. 104. Bülow und Hagemann Grörl. II. S. 14.

6) S. v. Ende jurist. Abhandl. nr. IV. §. 15. Dammert I. S. 19. Pufendorf III. 130. §. 4. obs. 133. §. 5. Braunschweig, Lüneburg. Annalen. Jahrg. VI. S. 470—83. Runde §. 119 a. Wilda l. c. S. 269.

7) Bülow und Hagemann II. S. 6.

8) Dammert II. Thl. S. 65. und Wilda in Weiske S. 290.

9) Bremische Deichordn. Cap. 17. §. 5. Elb-Deichordn. von 1748. §. 21. Dammert I. S. 64.

10) Bremische Deichordn. cap. XIII. Schleswig-Holsteinisches Deich-Reglem. §. 31. 32. Elb-Deichordn. von 1664 §. 8. 9. Dammert I. Seite 56. Hackmann cap. 10. §. 210. v. Hunrich S. 35. Runde §. 118. Wilda Seite 290.

11) Ramdohr jurist. Erfahrungen. II. S. 423.

alle Einwohner der von der Gefahr bedrohten Gegend zur Nothhülfe und zum Wachen verpflichtet sind. Die Bestimmung über die Nothwendigkeit der Nothhülfe und ihre Leistung steht unbedingt der oberaufsehenden Behörde zu.

§. 228. [§. 286.] Ausübung der Deichaufsicht und Zwangsmittel.

Zur Bewirkung der nöthigen Aufsicht, und zur erforderlichen Anweisung der Arbeiten, tritt die jährliche Deichschau ein ¹⁾, und zwar die Vorschau im Frühling, um den Deichhaltern die entstandenen Beschädigungen zu bemerken, und Wiederherstellung aufzugeben, und die Nachschau im Herbst, um zu untersuchen, ob die von der Vorschau erteilten Vorschriften erfüllt worden, und um die Säumigen zu den Deichstrafen anzuhalten, deren Betrag gewöhnlich in die Deichbandscasse fällt. Der Grundsatz der Reallast der Deichpflicht bewirkt die Strenge, daß derjenige, welcher seiner Pflicht nicht nachkömmt, nach dem Sage: wer nicht kann deichen, der muß weichen, seinen Deichantheil verliert ²⁾, wo dann nach älteren Deichgesetzen ³⁾ das Spadelandrecht (Spadenrecht) eintritt, nach welchem mit gewisser Felerlichkeit der Deichtheil des Unvermögenden mit den dazu gehörigen Grundstücken als herrenlos erklärt ⁴⁾, und demjenigen zuerkannt wurde, der den Spaden zog, und die Deichlast übernehmen wollte. Es kann jedoch diese Strenge nur da eintreten, wo besondere Statute sie begründen. Das Recht des Grundbesizers durch Dereliction seines Grundstücks der Deichpflicht sich zu entziehen, kann nur da geläugnet werden ⁵⁾, wo das Gesetz diese Befugniß entzieht ⁶⁾. Zu

- 1) Hackmann de jur. agger. cap. XII. Elb-Deichordn. von 1664 Art. 8—10. Bremische Deichordn. cap. 8. Dammert I. S. 60. v. Hunrich Seite 96.
- 2) Hackmann Cap. XV. §. 18—45. Pufendorf Obs. IV. obs. 161. §. 1—5. v. Ende Abhandlungen nr. 4. §. 13. Hagemann Landwirthschaft. S. 310. Wilda S. 288.
- 3) Bicht Ostrief. Landrecht S. 574. not. Freese Friesland S. 249. Delrichs Samml. der Bremischen Gesetzbücher S. 587. Halem Oldenburgische Geschichte. I. Thl. S. 211.
- 4) Hackmann de jur. agger. pag. 318. 454. Pufendorf Obs. IV. obs. 161. Bremische Deichordn. cap. IX. §. 10. Elb-Deichordn. von 1752. §. 13. Bülow und Hagemann Erört. S. 18. v. Hunrich Oldenburg. Deichrecht S. 7. Dammert Deichrecht I. S. 126; dies Recht ist an mehreren Orten abgeschafft, z. B. in Oldenburg, Runbe §. 117. not. c.
- 5) Duncker von den Reallasten S. 183. Wilda S. 289.
- 6) J. B. in der Bremischen Deichordn. cap. IX. §. 10. Zuviel generalisirt hier Dammert I. S. 127.

den Vorrechten des Deichwesens gehören der Deichfriede ⁷⁾, vermöge dessen die Excesse gegen Deicharbeiter und Beamte und das Beschädigen der Deiche streng bestraft werden, und das Vorzugsrecht der zum Deichbau dargeliehenen Gelder ⁸⁾, das übrigens durch Particularrecht begründet seyn muß, wenn es gelten soll.

§. 229. [§. 287.] Rechte am Vorland und am Deichkörper.

Alles zwischen dem Strom und dem Deiche liegende Land heißt ¹⁾ Außendeichsland, Vorland, Butenland, wogegen die durch den Deich vor Ueberschwemmung geschützten Ländereien Binnenland heißen. Man betrachtet das Vorland als accessorium ²⁾ des Binnenlandes. Jede Deichlabel gehört als Antheil zu dem Gute ihres Deichhalters, dem sie zugewiesen ist. Bei herrenlosen Deichen und deren Arten, Kiez- und Brakdeichen muß die ganze Deichsocietät die Unterhaltung übernehmen ³⁾. Wenn die bisherigen Deiche nicht genug sichern, so muß oft ein neuer Deich landeinwärts angelegt werden [Einlage genannt] ⁴⁾, wodurch die zwischen dem Strom, aber vor dem neuen Deiche liegenden Ländereien [ausgedeichte Ländereien] ⁵⁾ der Gewalt des Stroms Preis gegeben werden. An mehreren Orten erhält der Besitzer derselben vom Deichbände keine Entschädigung ⁶⁾, was jedoch da, wo nicht ein Gesetz entgegensteht, nach allgemeinen Grundsätzen nicht angenommen werden darf ⁷⁾, und

7) Hachmann XVI. nr. 3—20. Bremische Deichordn. cap. XV. §. 1. Eib-Deichordn. von 1664 §. 29. Pufendorf T. II. Obs. 190.

8) Bremische Deichordn. cap. 14. Runde §. 122.

* Von Deichstrafen s. Bremische Deichordn. Cap. 9. 11. 16. Lüneburg. Deichordn. von 1664 §. 15—17. Bülow und Hagemann Erörter. II. Bd. S. 36—40. Dammert I. S. 62.

1) Dammert Deichrecht S. 8.

2) Cramer Beglar. Nebenstunden. IX. S. 109. Wernher Obs. vol. III. P. IV. Obs. 131. Bülow und Hagemann III. S. 5. Dammert I. e. Seite 9.

3) Bülow u. Hagemann Erörter. III. S. 19. Brem. Deichordn. Cap. 12. Kiez- und Brakdeiche entstehen, wenn zwei Nachbarn über die Grenzen streiten und dadurch ein Deichtheil, um den sich Niemand annehmen will, liegen bleibt.

4) v. Hunrich Entw. S. 138.

5) Dammert II. Thl. S. 27.

6) Bremische Deichordn. cap. XIII. §. 6. s. jedoch Schleswig. Deich-Reglem. §. 28. 29. Halem de jure eliminator. eorumque indemnizat. Hafniae. 1777. v. Cancrin I. S. 155.

7) v. Hunrich Oldenburg. Deichr. S. 147. Nüßrief. Deichr. Cap. 5. §. 5. Hachmann de jure agger. cap. VI. Bülow und Hagemann Erörter. III. S. 26. V. Bd. S. 267. Berg Pelzeir. III. S. 107. Dammert Deichrecht II. S. 28—31. Runde §. 121. not. g.

nur dann, wenn die Rettung des ausgebeichteten Landes unmöglich gewesen wäre, und die Zurüdlegung des Deichs aus Noth geschieht, paßt es, wenn man keine Entschädigungspflicht annimmt ⁸⁾. Wird ein vor einem Hauptdeich entstandener Anwachs mit einem neuen Deiche eingefast, so entsteht eine Bedeichung, wodurch neues Deichband veranlaßt werden kann ^{8a)}.

§. 230. [§. 288.] Floßgerechtigkeit.

1. Bei dem Floßrechte ¹⁾ muß man unterscheiden 1) die Floßgerechtigkeit ²⁾ im engeren Sinne als das Recht, das Wasser mit in Balken zusammengefügtten Holzstücken als Transportmitteln, von Personen oder Sachen, zu befahren. 2) Das Recht zu flößen, d. h. einzelne Holzstücke das Wasser herabzuschwemmen ³⁾. Die Floßbarkeit des Wassers in der Art, daß das Wasser so viel Kraft hat, Flöße als Transportmittel zu tragen, macht dasselbe zu einem öffentlichen ⁴⁾. Die Floßgerechtigkeit im engern Sinne muß in Ländern, in welchen die Regalität soweit ausgebehnt, oder wo der Fluß als öffentlicher anerkannt ist, durch landesherrliche Erlaubniß ⁵⁾ erworben werden; ihre Ausübung ist in jedem Falle wegen des Einflusses auf Uferbau, auf Mühlen und Schifffahrt immer der Oberaufsicht der Landespolizeibehörde ⁶⁾ und den besonderen Vorschriften über die Ausübung des Floßrechts unterworfen ⁷⁾. II. Auch das Recht zu flößen kann

8) Bida §. 292.

8a) v. Hunrich §. 151. Hackmann cap. V. nr. 65.

1) Schon in Urkunde von 1258 in Samml. verm. Nachr. zur sächsischen Geschichte Bd. VI. nr. 4. §. 221—272.

2) Fritsch de jure Grutiae in collect. oper. T. I. nr. 16. Maupinot de jure Grutiae. Argent. 1750. Dürr de jure Grutiae. Mogunt. 1762. Rohr HaushaltungsR. Bd. VIII. Cap. 4. Fischer Cameral- und Polizeir. III. Thl. Seite 113. Krebs de ligno et lapide. Pars I. Class. 6. Sect. II. Weiske in Martin's Jahrb. der Gesetzgebung und Rechtspflege für Sachsen Bd. III. Heft 2. nr. 8.

3) Dies heißt französisch flottage a buches perdues.

4) Daviel traité I. p. 29.

5) Preuß. Landrecht II. Thl. Tit. 15. §. 49. Badisches 7tes Organisationsedict §. 25. Von Sachsen: Römer Staatsrecht II. §. 795. Haubold Lehrbuch §. 232. v. Cancrin II. §. 109. v. Kamph mecklenburg. Civilrecht II. §. 102. Von Würtemberg: v. Mohl Staatsr. II. §. 807.

6) Nouveau Beiträge zur Deich- und Flußbaugesetzgebung §. 116. Fleuri-geon code administrat. T. II. pag. 86. Georg. instit. jur. forest. pag. 89.

7) Bayer. Forstordn. Art. 45. Decon. Forstmagazin von Stahl. I. Band. §. 151. VIII. Bd. nr. 1. Cramer Obs. jur. univ. T. I. obs. 194. Fischer l. c. §. 114—116. Struben rechtl. Bed. II. Thl. nr. 88. Pagemann pract. Erört. VI. §. 342.

in Bächen und nicht öffentlichen Wassern nicht beliebig ausgeübt werden, da dadurch die Eigenthumsrechte der Ufereigenthümer verletzt würden; es bedarf daher der Zustimmung der letzteren ⁸⁾ oder einer besonderen Concession des Staats ⁹⁾. III. Wo Jemand das Recht zu flößen erworben hat, ist er den besonderen Bedingungen der Concessionen und den allgemeinen Floßordnungen unterworfen, und muß in jedem Fall, wenn er das Flößen vornimmt, rechtzeitig dies den Betheiligten, die dadurch in Schaden kommen können, anzeigen ¹⁰⁾; auch muß er allen durch Ausübung des Rechts den Adjacenten oder den zur Flußnutzung Berechtigten zugehenden Schaden vergüten ¹¹⁾, wenn nicht die Beschädigten durch eigene Versäumung der nöthigen Anstalten der Schaden traf ¹²⁾.

§. 231. Leinpfad.

Eine schon im Mittelalter ¹⁾ anerkannte Dienstbarkeit, die im öffentlichen Interesse der Schiff- und Floßfahrt begründet wurde, ist die des Leinpfades ²⁾, nämlich eines gewissen Raums ³⁾, den die Ufereigenthümer zum Besten der Schiff- und Floßfahrt frei lassen müssen, so daß die Schiffer auf diesem Wege Schiffe ziehen und Schiffe befestigen, Waaren ausladen und alles auf die Ausübung der Fahrt Nothwendige vornehmen dürfen ⁴⁾, was aber nicht auf ein Recht Anderer, z. B. der Fischer ⁵⁾, den Raum für sich zu benutzen, ausgedehnt werden darf. Eine Pflicht der Ufereigenthümer,

8) Daviel I. p. 281.

9) Beispiel in Daviel I. p. 270.

10) Daviel I. p. 271. Dies wird wichtig, damit z. B. die Müller die nöthigen Vorkehrungen treffen können, z. B. wegen der Floßfischen.

11) Fritsch V. Sect. I. nr. 8. v. Cancrin II. S. 123.

12) Eßer im öconomischen Forstmagazin. VIII. S. 123. Württembergisches Gesetz in Hezel Repertor. II. S. 351. v. Cancrin II. S. 124. Daviel I. pag. 274.

1) Schen in Urk. von 1376 in Hontheim hist. Trevir. II. p. 267.

2) Biener de semita naut. in ripis flumin. navig. Lips. 1787. Preuß. Landrecht. II. Thl. Tit. 15. §. 56—60. Preuß. Strom-, Wasser- und Uferordnung für die Mark vom 10. März 1781. §. 42—51. Wasserordn. für den Rheinstrom §. 65—73; sächs. Elbstromuferordn. §. 12. Code Napoleon Art. 650. Französl. Ordonn. des eaux et forêts. Tit. 28. Art. 7. Merlin repert. V. p. 619; französisches Decret vom 22. Jan. 1808, und Elbschiffahrtordn. in Eminghaus corp. jur. II. p. 727. 739.

3) Ueber Anwendung des römischen Rechts §. 4. 5. Inst. de rer. divis. Versch. Ansichten Isambert de la voirie. nr. 120. 141, und Daviel traité I. p. 66.

4) Daviel I. p. 68.

5) Pardessus traité des servitudes nr. 139. Daviel I. p. 70.

an den nicht schiff- oder flossbaren Wassern den Leinpfad zu benutzen⁶⁾, kann nicht nachgewiesen werden.

§. 232. [§. 289.] Fährgerechtigkeit.

Die Fährgerechtigkeit¹⁾, als die Befugniß, Menschen oder Sachen gegen ein gewisses Fährgeld über das Wasser zu bringen²⁾, ist eine Flußbenutzung³⁾, welche jedoch wegen der Gefahr für die Menschen, die sich der Fährre bedienen müssen, wegen der Nothwendigkeit einer Aufsicht, und wegen des Zusammenhanges mit öffentlichen Straßen, immer der Polizei des Staats unterworfen ist⁴⁾. Die Fährgerechtigkeit in öffentlichen Flüssen kann nur vermöge landesherrlicher Erlaubniß oder vermöge gültigen Rechtstitels ausgeübt werden⁵⁾. Sie steht auch unter landesherrlicher Aufsicht⁶⁾; der Fährberechtigte kann aber andere Anwohner des Flusses nicht abhalten, zu ihrem Privatgebrauche Fahren oder Brahmern sich zu halten⁷⁾; er hat aber dann ein Widerspruchsrecht, wenn fremde Personen oder Sachen über den Strom von Unberechtigten gegen ein Fährgeld gefahren werden sollen⁸⁾. Auch kann der Fährberechtigte, wenn ganze Gemeinden ein Recht auf unentgeltliches Uebersetzen oder

- 6) Daviel II. p. 42. Die Lehensherren prätendirten zwar auch im Mittelalter eine Art von Leinpfad.
- 1) Schon in einer noch ungedruckten Urkunde von 1325 wird vom Erzbischof Heinrich 20 nautis haereditariis zu Bonn am Rheine, wie es heißt, sicut hactenus fuit a tempore, cujus memoria non existat, observatum, eine Art von Fährordnung gegeben. In Frankreich machten die Lehensherren das Recht geltend, daß nur sie die Concession zur Anlegung einer Fährre geben konnten. Noch die Ordonnance des eaux et forêts Tit. 27. art. 41. deutet darauf. Erst die Revolutionsgesetzgebung hob dies alte Recht auf. In Holstein und Schleswig kommt Fährgerechtigkeit schon im XIII. Jahrhundert als Ausfluß landesherrlicher Verleihung vor. Falk Handb. III. §. 455.
- 2) Meier de jure ripaticorum seu de jure habendi pontonem in flum. publ. Erf. 1714. Rohr Haushaltungsrecht Buch VIII. c. 7. Hauschild de jure trajiciend. flum. Lips. 1827.
- 3) Ueber die polizeilichen Rücksichten dabei, Rousseau Beiträge zur Deich- u. Flußbaugesetzgebung S. 121.
- 4) In Frankreich ist dies anerkannt. Laferriere Cours de droit public. pag. 170.
- 5) Preuß. Landrecht II. Thl. Tit. XV. §. 51. Römer Staatsrecht von Sachen. II. Bd. S. 800. Hommel Rhapsod. obs. 599, vorzüglich Hagemann pract. Erört. VI. Bd. S. 345. Daviel I. pag. 198.
- 6) Daher giebt es eigene Fährordnungen, s. Fischer Polizei- und Cameralrecht. III. Thl. S. 81. s. noch Weiske Archiv 26 Heft S. 24.
- 7) Preuß. Landrecht I. c. §. 50. Hagemann I. c. S. 346-350.; auch anerkannt im Provinzialrecht von Berg §. 479.
- 8) Elvers Themis Heft 3. S. 543.

geringere Gebühren haben, die, zur Erreichung des Zwecks Unterschleife zu entfernen, nöthigen Controlmaassregeln verfügen ⁹⁾. Die Ufereigenthümer von Wassern, die nicht schiff- oder flossbar sind, können nicht bloß zu ihrem Privatgebrauche, sondern auch um damit Fährgehalt zu erwerben, Fahren anlegen, wenn dies nicht durch ein Landesgesetz untersagt ist ¹⁰⁾.

§. 233. [§. 290.] Fischereigerechtigkeit. Historische Einleitung.

Jeder echte Eigenthümer hatte ursprünglich das Fischereirecht ¹⁾ auf seinem Eigenthum ²⁾, und zwar galt die Regel, daß, so weit ein Fluß die Besigung bespülte, auch der Ufereigenthümer das Recht zur Fischerei hatte ³⁾. Wenn auch zuweilen im Mittelalter die Fischerei zu den Regalien gezählt wird ⁴⁾, so bezieht sich dies nur auf öffentliche Flüsse, und auf die Fälle, wo sich die Lehens- und Grundherren in den Besitz solcher Vorrechte zu setzen wußten. Regelmäßig wurde auch im Mittelalter Fischerei mit zu den Zubehörungen der Landgüter gerechnet ⁵⁾; im Gemeindewasser zu fischen, war als Recht aller Gemeindegossen anerkannt. Die Rechtsbücher ⁶⁾ wissen noch nichts von einem Fischereiregal. Allein bald entstand die Ansicht von diesem Regal in mehreren Staaten, und zwar indem man von dem Zusammenhang der Fischerei mit der Jagd ⁷⁾ ausging, und

9) Urtheil des rheinischen Appellationsgerichts von 1832 in den Motiven zum Bergischen Provinzialr. S. 115.

10) J. B. in Frankreich behauptet man, daß diese Ufereigenthümer kein Recht haben, — obwohl dies streitig ist, da das Gesetz nur von schiff- und flossbaren Flüssen spricht. — Daviel II. p. 44. s. aber Laferriere p. 170.

1) Strafen gegen Fischdiebstahl kommen zwar vor. Leg. Ripuar. Tit. 42. Leg. Sal. Tit. 36. Leg. Sal. ref. Tit. 35. §. 1.

2) Daher wurden piscatoria oft als Zubehörungen von villae aufgeführt. Urf. von 1066 in du Cange sub voce: piscatorium.

3) Anton Geschichte der Landwirthschaft. I. Thl. S. 162. Hüllmann Geschichte der Regalien S. 33. Hüllmann deutsche Finanzgeschichte S. 64.

4) J. B. in Urkunde von 948: omnem piscationem ad regalitatem nostram pertinentem in Heda hist. episcop. Ultraj. pag. 87; auch in Mieris Charterboek I. pag. 42, und Urf. von 871 in Hontheim hist. Trevir. Tit. I. p. 214.

5) Urf. in Leibnitz script. rer. Brunsvic. T. I. p. 103. Hand metropol. Salisburg. T. I. p. 13. ibid. Tom. III. p. 247. Gudon cod. dipl. T. I. p. 13. Pistor. script. rer. T. III. p. 828.

6) Sachsenspiegel II. 28.; vergl. jedoch mit Schwabenspiegel c. 236, der schon vom Bann über Fische spricht.

7) Ertter Forst- und Jagdgeschichte S. 283. 300. Hüllmann Geschichte der Regalien S. 85. Es kommt daher selbst foresta aquarum vor, s. Struncken rechtl. Bedenken. II. Bd. S. 329. Insbesondere wurde Fischerei in

die Verletzung der letzteren auch auf die erste ausdehnte⁸⁾. In den öffentlichen Flüssen suchten die Dynasten die Fischerei theils als Ausfluß ihres Obereigenthums, theils ihrer Lehensherrlichkeit anzusprechen. Während in andern Wassern zwar die Fischerei frei war, suchte man doch von Seite der Herren auch oft solche Wasser als Bannwasser zu erklären und dadurch die Fischerei an sich zu ziehen⁹⁾. Im XVI. Jahrhundert kämpften schon die Ansichten der Regalität (auch abgeleitet vom Rechte über herrenlose Sachen) mit dem Herkommen¹⁰⁾, welches für die Freiheit der Fischerei sprach, und insbesondere anerkannte, daß die Uferbewohner so weit fischen dürfen, als der Fluß ihre Besizung bespült¹¹⁾. In den erlassenen Fischereiordnungen¹²⁾ suchte man immer mehr Regalitätsansichten geltend zu machen. Vielfach machte man Beschränkungen. So war es eine gewöhnliche Ansicht, daß nur Einheimische und Eingeseffene fischen dürften¹³⁾, und in einigen Statuten wurde das Recht nur auf Fischerei mit Angel und Hammen eingeschränkt¹⁴⁾. Die Ansicht der polizeilichen Oberaufsicht, um der Verödung der Bäche durch zu vieles Fischen zuvorzukommen¹⁵⁾, findet sich schon früh¹⁶⁾.

Wassern, die durch die Bannforste liefen, als Vorrecht des Forstherrn angesehen. v. Wächter würtemb. Privatr. I. S. 130.

- 8) Urkunde von 1024 in Lünig specil. eccl. Tom. III. Tit. Ellwangen, nr. VIII. p. 120, und Urk. bemerkt in Hüllmann Gesch. S. 36; f. auch Pfeffinger Vitriar. illustr. Tom. III. p. 1077. 1080. 1085. 1368. 1384.
- 9) Die Weisthümer (Grimm Alterth. S. 249.) enthalten Anerkennungen des Herkommens. Ghewiet instit. du droit belge I. p. 246. Merlin repertoire. IX. p. 150. Boubier Cout. de Bourgogne II. p. 394.
- 10) Tenglers Laienspiegel Fol. XXII. Das Fischereirecht des gemeinen Mannes zeigen Verordn. von 1525 in Berken vom Wasserbau S. 9, auch in Normann Klugian. Landbrauch Tit. 11. wird über die Beschränkung der Rechte des gemeinen Mannes geklagt, f. auch Weisthümer in Grimm Alterthümer S. 106. 249.; und oben in not. 14. S. 222.
- 11) S. Henneberger Landesordn. v. 1539 Buch IV. Tit. 2. c. 1. S. 3.
- 12) Eine Fischereiordnung von 1484 kommt in Baiern vor in Krenners Landtagshandlungen VIII. Bd. S. 396. Weimar. Fischereiordn. von 1589 in Schmidt Samml. III. S. 187. Die erste würtemb. Fischereiordn. ist von 1493. v. Wächter I. S. 131.
- 13) Sülzische Polizeiordn. im Titel: von Verwüstung der Fischerei; f. auch Anhaltische Landesordn. Tit. XXIII.
- 14) S. die zuvor angeführten Gesetze und vorzügl. Tyroler Landesordn. von 1536 Buch I. Tit. 7. Voet ad Pand. Lib. 41. Tit. 1. nr. 6. Dies Recht, mit Angel zu fischen, war selbst in Frankreich anerkannt. Boubier Cout. II. p. 394.
- 15) Dies giebt schon an die Tyroler Landesordn. von 1536. — Sehr weitläufig erklärt sich schon die bayerische Landesordnung von 1553 Buch V. Tit. 9. vorzüglich Art. 7.: wer und wie man die gmain Wasser fischen mag.
- 16) Auch hier entscheiden besonders Provinzialrechte. f. Zusammenstellung der

§. 234. [§. 291.] Fischereiregal und Fischerei-Hoheitsrecht.

I. Ein Fischereiregal kann gemeinrechtlich nur in so ferne anerkannt werden ¹⁾, als in einem öffentlichen Flusse ²⁾, der im Staats-eigenthume ist, Niemand Fischereirecht ohne Erlaubniß des Staats zustehen kann, so daß nur derjenige Fischerei in solchen Flüssen hat, welcher das Recht durch landesherrliche Verleihung oder durch Verjährung ³⁾ erwarb. Der Staat kann dann die Fischerei in einem öffentlichen Fluß ⁴⁾ einem Privatmann verleihen, z. B. verpachten, in welchem Falle der Berechtigte ein Klagerrecht gegen jeden Störer hat. In den zur Schifffahrt dienenden Kanälen steht die Fischerei denjenigen zu, welchen der Kanal gehört ⁵⁾. II. Wenn Gutsherren ein Vorrecht in Bezug auf Fischerei, so daß sie Andere ausschließen können, behaupten, so liegt ihnen der Beweis ihres Rechts ob. III. In allen Privatgewässern steht Ufereigenthümern als Ausfluß ihres Eigenthums am Wasser, jedem bis zur Mite des Wasserbeets, das Fischereirecht zu ⁶⁾, und in Gemeindegewässern steht es der Gemeinde zu, so daß der Fischfang nach den Regeln von den Gemeinbenutzungen zu beurtheilen ist ⁷⁾. Bei solchen Privatgewässern

österreich. Provinzialrechte §. 1019. Provinzialrecht des Herzogthums Berg §. 482—494. (Motive S. 114.) Eichsfelder Provinzialr. §. 24 u. Motive S. 5. Provinzialr. v. Wittgenstein S. 143.

- 1) Struben rechtl. Bedenken. II. Bd. nr. 87. V. Bd. nr. 17. Randoehr jurist. Erfahr. II. S. 60.
- 2) Moser von d. Landeshoheit, in Ansehung der Erde u. des Wassers. Cap. 22. S. 240. v. Cancrin Wasserrecht. III. Bd. S. 71. Rohr Haushaltungsrecht Buch VIII. cap. 5. Fischer Polizei- und Cameralrecht. III. Bd. S. 117. Römer Staatsrecht von Sachsen. II. Thl. S. 804. Kreitzmaiers Anmerk. zum bayerischen Landrechte. II. Bd. S. 985. Preuß. Landrecht. II. Thl. Tit. 15. §. 73. von Kampff Mecklenburg. Erblr. II. S. 106.
- 3) Alte Gewohnheiten haben sich oft noch erhalten, z. B. das Recht, mit der Angel zu fischen. Hagemann Landwirthschaftsrecht S. 376. s. jedoch würtemb. Verordn. in Hezel I. S. 415.
- 4) Nach dem Provinzialr. v. Berg §. 482. ist die Fischerei in öffentlichen u. in wilden (d. h. nicht im Privateigenthum befindlichen) Wassern ein Regal. Daß in Sachsen das röm. R. in dieser Lehre nicht anwendbar ist, s. Zeitschrift f. Rechtspflege in Sachsen. Neue Folge. I. S. 281.
- 5) Zeitschrift für Sachsen I. c. S. 282. Daviel traité I. p. 211.
- 6) Preuß. Landrecht. I. Thl. Tit. 9. §. 177. In Holstein besteht noch jetzt kein Fischereiregal. Paulsen holstein. Privatrecht S. 78. Vom Rechte, Fische zu vendiciren, im Tract. de jur. incorporalib. Tit. X. §. 3. Preuß. Landrecht I. c. §. 178—182. s. auch Pufendorf animadvers. nr. 51. 52. Daviel II. p. 245. Mit Unrecht spricht Proudhon du domaine public, nr. 1247., von einem jure servitutis zustehenden Rechte.
- 7) Nach bayer. Polizeiordn. von 1616 Buch IV. Tit. 9. Art. 7. nur ein fischer, der mit dem nächst liegenden Anstößer Banne, Weid, Trist und Tradt genießt. Beschränkung in dem Bergischen Provinziale. §. 486—88.

ist, wenn kein Vorbehalt gemacht war, in der Verpachtung des am Ufer liegenden Grundstücks auch das Fischereirecht begriffen ⁸⁾, wie es der Eigenthümer selbst ausüben kann. Der Ufereigenthümer kann aber auch sein Fischereirecht ohne das Grundstück Anderen ⁹⁾ verpachten ¹⁰⁾. IV. Unabhängig von einem Fischereiregal ¹¹⁾ besteht ein Fischereihochheitsrecht ¹²⁾, in so ferne der obersten Gewalt ein Oberaufsichtsrecht über Fischerei und die Befugniß zusteht, Fischereiornungen ¹³⁾ zu geben, an welche jeder gebunden ist, der nicht als Privateigenthümer in eingeschlossenen Privatgewässern fischt. V. Die Rechte, welche ein Privatmann in Bezug auf Fischerei hat, sind entweder aus dem Eigenthumsrechte an dem Wasser, oder aus dem Gemeinderechte abzuleiten, oder sind Folgen einer Gewerbsverleihung, oder als Servituten zu beurtheilen ¹⁴⁾. VI. Bei der Koppelfischerei hat jeder Berechtigte den Fischfang unbeschränkt ¹⁵⁾, wenn nur nicht dem Mitberechtigten die Ausübung seines Rechts unmöglich gemacht wird. VII. Der Fischereiberechtigte kann alle zur Ausübung des Fischfangs nothwendigen Anstalten treffen ¹⁶⁾, eben so von allen

8) Daviel II. p. 249.

9) Daviel pag. 250. Ehemals bezweifelte man es oft aus Gründen des Lehenrechts.

10) Ein Recht eines Jeden, in Privatgewässern mit der Angel zu fischen, wenn es auch in öffentlichen Flüssen erlaubt ist, kann man nicht zugeben, wenn nicht das Landesgesetz oder die Ortsgewohnheit dies Recht anerkennt. Daviel II. p. 251.

11) Der Krebsfang wird als ein Theil des Fischereirechts angesehen. Provinzialrecht von Berg S. 485.

12) Berg Handbuch des Polizeirechts. III. Bd. S. 380. Hagemann Landwirthschaftsrecht S. 377. Georg. instit. jur. forest. p. 132. Rousseau Beiträge zur Flußbaugesetzgebung S. 142. Maurenbrecher Privatrecht I. Seite 600.

13) Sie sind gewöhnlich mit den Forst- oder Jagdordnungen verbunden; bedeutendere Fischereiornungen sind: die sächsische vom 10. März 1577. 1686 und 2. November 1711; die bayerischen in der Landesordnung von 1553. V. Buch. 9. Tit.; Polizeiordn. von 1616 Buch IV. Tit. 9; Oesterreich. Ges. in de Luca polit. Eoder. II. Bd. S. 119; Ehursfütz. Wald- und Forstordn. IV. Thl.; Eölnische Forst- und Jagdordn. Cap. III.; Nassauische, im Nassauischen Weisthum. II. Bd. S. 27—31; Hesseudarmstädtsche, in Eigenbrod Samml. III. Bd. S. 315; Preuß. Fischereiordn. für die Ehurmark vom 5. März 1690; Preuß. Landr. I. Thl. Tit. 9. S. 176, II. Thl. Tit. 15. Neue Fischereirevelordn. sind eine Erfurtische vom 29. November 1811 Tit. IV. und eine Nassauische von 1816 in der Samml. II. Bd. S. 186.

14) Davon hängt auch die Beantwortung der Frage ab, ob das Fischereirecht durch non usus untergehe. Hagemann praktische Erörterungen. VII. Seite 328.

15) Hagemann I. nr. 12.

16) J. B. Recht Röhne zu halten, Nege zu stellen.

anderen Personen die Unterlassung von Handlungen fordern ¹⁷⁾, welche die Fischerei unmöglich machten, oder wesentlich beeinträchtigen; er kann Entschädigung fordern, wenn ihm sein Fischereirecht durch neue Veranstellungen entzogen wird ¹⁸⁾, oder durch schuldhafte Handlungen Schaden zugeht ¹⁹⁾. Dagegen kann er nicht die Ausübung anderer Wasserberechtigungen am nämlichen Gewässer hindern ²⁰⁾, und ist den staatspolizeilichen Anordnungen wegen Regulirung der verschiedenen Rechte unterworfen.

§. 235. [§. 292.] Inhalt der particularrechtlichen Fischereiordnungen.

Was in den Fischereiordnungen vorkommt, erklärt sich aus dem Streben, theils der muthwilligen, ohne Maaß geübten Fischerei entgegenzuwirken, theils gewisse Nachtheile und Störungen, welche die Fischerei leiden kann, zu verhindern. Aus der ersten Rücksicht erklärt sich a) das Verbot des Fischfangs in der Zeit, in welcher der Fisch im Laich oder Brüten ist ¹⁾; daher b) das Verbot des Gebrauchs

17) J. B. wegen des Ablassens des Wassers bei Mühlenreparaturen. Rühr Haushaltungsrecht S. 1255. Klagner Samml. zum Bauernr. IV. S. 481. Pfälz. Ordn. §. 110. Köln. J. 13. Baier. Pol. V. Art. 12.

* Merkwürdig ist auch die französ. Ordonnance des eaux et forêts Tit. 31, welche als noch gültig neu publizirt wurde. Von Frankreich überhaupt Fleurigeon Code adm. II vol. p. 175. Merlin repertoire. IX. p. 150. Das neue französische Gesetz vom 15ten April 1829 erkennt in allen fließenden, nicht schiff- und flossbaren Wassern jedem Ufereigenthümer bis zum Thalwege das Fischereirecht zu, betrachtet aber die Fischerei in allen schiffbaren und flossbaren Flüssen als Recht des Staats. s. überhaupt Daviel traité I. p. 203. In Rheinbavern gelten noch die französischen Gesetze aus der Revolutionszeit, welche die Feudalrechte abschafften und in nichtschiffbaren Gewässern den angrenzenden Uferbesitzern die Fischerei gestatten, in schiffbaren Flüssen die Fischerei als Recht des Staats erklären, und nur mit der Angelfauna zu fischen erlauben. s. Gesetze in Siebenstücker Handb. der Verwaltung von Rheinbavern. IV. S. 268. In Rheinpreußen hebt das Gesetz vom 23. Juni 1833 das Gesetz des Generalgouvernements von 1814 auf, und stellt die früheren Gesetze her.

18) J. B. wenn das nichtöffentliche Wasser schiffbar gemacht wird.

19) J. B. wegen Beschädigung der Neze durch Schiffsahrt. Daviel I. pag. 363.

20) J. B. wegen Wiesenwässerung, oder wenn Mühlen errichtet sind. Maurerbrecher I. S. 601.

1) Verschieden nach der Beschaffenheit der Fische. Nach Brandenburg. Fisch. ordn. ist das Fischen vom Peterstag in der Fasten bis Pfingsten verboten; s. noch sächs. Fisch. ordn. Art. 20. Köln. J. D. §. 10. Rühr Haushaltungsrecht Seite 1252. s. noch von Sachsen Weiske Archiv II. Heft. Seite 26.

zu enger Reize ²⁾; c) das Verbot, Fische, die nicht ein gewisses Maas haben, zu fischen ³⁾; d) Verbot gewisser schädlicher Werkzeuge, wodurch der freie Strich der Fische verhindert, und der Fluß gesperrt würde ⁴⁾, so wie das Verbot gewisser Arten ⁵⁾ von Reusen. Aus der zweiten Rücksicht erklären sich die Vorschriften, a) daß keine Enten an dem Flusse gehalten werden sollen ⁶⁾, weil sie die kleinen Fische holen; b) daß kein Hanf oder Flachs im Bache geröstet werde ⁷⁾, weil dies theils der Gesundheit schädlich seyn, theils die Fische leicht zerstören soll; c) daß zur Zeit, wo der Laich sich an das Ufer legt, kein Vieh an das Wasser getrieben werden soll ⁸⁾. Alle diese Vorschriften sind jedoch nur particularrechtliche. Soweit nicht ein Landesgesetz oder eine Polizeiverordnung ⁹⁾ eine solche Vorschrift enthält, tritt auch keine der genannten Beschränkungen ein ¹⁰⁾.

§. 236. [§. 293.] Mühlenanlegung. Historische Einleitung.

Mühlen wurden schon früh als Anstalten betrachtet, die eines besonderen Schutzes bedurften, und daher zu den befriedeten Sachen gezählt wurden ¹⁾. Das Recht zur Anlegung von Mühlen hatte aber jeder an eigenem Wasser oder am gemeinen Flusse, wobei jedoch schon früh darauf gesehen wurde, daß durch die Anlegung Niemand

2) Georg. inst. jur. forest. p. 135. Brandenburg. Fischordn. Art. 3. Sächf. §. 3. Provinzialr. des Herzogth. Berg §. 489.

3) Schon Henneberg. Landsordn. I. c. cap. 2. will, daß Forellen, die mit beschlossener Faust, mit Kopf und Schwanz fütgehen, wieder ins Wasser geworfen werden; die bair. Landsordn. von 1558 gibt Zeichnungen an. f. auch Ordonnance des eaux. Art. 12.

4) Preuß. Landr. I. Thl. Tit. 9. §. 187.

5) Brandenburg. Fischordnung Cap. ult. Rohr Haushaltungsrecht §. 1249.

6) Leiser jus Georgic. C. XIV. nr. 39. Preuß. Landr. I. c. §. 189. Gothaische Fischordn. §. 14.

7) Pfälzische Waldordnung §. 117. Eölnische Jagdordn. Cap. III. §. 17. 18.; gut darüber Daviel traité I. p. 286.

8) Fisch. Polizeirecht I. c. §. 123.

9) Manche Vorschrift ist auch Ausfluß der Gesundheitspolizei; z. B. daß keine giftige oder betäubende Mittel in das Wasser geworfen werden dürfen. Bergisches Provinzialr. §. 491.

10) Das französ. Gesetz vom 15. April 1829 enthält einige Vorschriften über Fischereipolizei, überläßt aber die Hauptsache den Verordnungen. Eine solche ist die vom 15. December 1830. f. noch Daviel traité I. p. 285.

1) Leg. Salior. Tit. XXV. Leg. Wisigothor. VII. Tit. 2. §. 12. Merkw. ist das Capitul. Dagoberti. capit. tit. 83. de eo qui aliq. claus. fec., über Rücksichten bei Mühlenanlegung f. Anton Gesch. der Landwirthsch. I. Thl. §. 396.

geschadet werde ²⁾. Seit dem XII. Jahrhunderte wurden nun Mühlen als vorzügliche Nutzungen des Wassers angesehen ³⁾, und daher nicht selten zu den Regalien gerechnet ⁴⁾, in so ferne alle Wassernutzungen aus öffentlichen Flüssen dahin gehörten, und für die Anlegung der Mühle häufig ein census bezahlt werden mußte ⁵⁾. Auch äußerte sich schon bald das Interesse der Grundherren, welche Mühlen häufig als Bannmühlen angelegt hatten ⁶⁾, darin, daß nicht zur Beeinträchtigung ihrer Mühlen neue angelegt würden; daher oft die Entfernung einer Mühle von der andern bestimmt stipulirt wurde ⁷⁾, und die früh vorkommenden Mühlenordnungen ⁸⁾ im grundherrlichen Interesse gegeben sind. Die alten Ansichten über Mühlenfrieden erhielten sich auch noch im Mittelalter ⁹⁾. Je mehr in einigen Ländern sich die Feudalität ausbildete, desto mehr suchten die Landes- und Gutsherren ¹⁰⁾ die Ansicht geltend zu machen, daß ohne ihre Erlaubniß keine Mühle an Wasseru, deren Eigenthum sie behaupteten, angelegt werden dürfe ¹¹⁾. Wie häufig Mühlen als gewöhnliche Wassernutzungen erschienen, deren Benutzung von demjenigen abhing, welcher überhaupt Rechte an dem Wasser hatte, worauf er die Mühle anlegte, ergibt sich aus der zahlreichen Anführung von Mühlen unter den Zubehörungen der Landgüter ¹²⁾. Am allgemeinsten kann man annehmen, daß schon am Ende des

2) Leg. Aleman. Tit. 83.

3) Daher werden sie im Mittelalter von den Juristen II. Feud. 56. zu den Regalien gezählt, in so ferne von einer Wassernutzung an öffentlichen Flüssen die Rede ist.

4) J. B. Urk. in Tolner cod. diplom. palat. p. 54. Leukfeld annales Walkenried p. 362. Meibom scriptor. rer. Tom. III. p. 209. 212.

5) S. Hüllmann Gesch. des Ursprungs der Regalien S. 39. Anton Gesch. I. c. II. S. 269, III. Bd. S. 238.

6) Monum. boica. vol. VIII. p. 133. Von Bannmühlen in Holstein, Galt Handb. III. S. 457.

7) Urk. in Dreyer cod. dipl. pomeran. I. 65. Westphalen monum. ined. III. vol. p. 1524. über Mühlenregal der Gutsherren in Frankreich Bouhier Cout. de Bourgogne vol. II. p. 351, und von den Niederlanden Raepsaet origine des Belges II. p. 446.

8) Urk. von 1191 in Genois index chronol. MS. pag. 488. Auch Urk. u. Houard Coutumes Anglo-Normandes II. p. 539.

9) Sachsensp. II. 66. Bern. Sachsenspiegel IV. Buch. Cap. 31.

10) Sehrreich sind darüber die französl. Coutumes, z. B. de Troyes Art. 179. Nivernois Tit. 16. Art. 2. Loisel instit. coutum. I. p. 280. f. 102. Merlia repertoire VIII. p. 423.

11) Daviel traité II. p. 123.

12) Urk. in Herrgott cod. prob. genealog. habsburg. T. II. pag. 2. Günther Cod. Rheno-Mosellan. pag. 49. Hund Metropol. Salisb. T. III. p. 247. Scheid orig. Guelfic. T. III. p. 673. Kremer orig. Nassov. T. II. p. 212.

Mittelalters anerkannt war, daß an öffentlichen Flüssen Mühlen nicht ohne Erlaubniß des Landesherrn angelegt werden dürften, woraus man in manchen Ländern im XVI. Jahrhundert ein Mühlenregal ableitete ¹³⁾, und zwar entweder auf alle Arten von Mühlen auch an nicht öffentlichen Gewässern ausdehnte, um so mehr als man das landesherrliche Obergewaltrecht und die Mühlenpolizei mit dem Mühlenregale verwechselte, oder als man selbst von einem Mühlenregal, ohne Beziehung auf Wassernutzungen vielmehr als von einem eigenen für sich bestehenden Rechte sprach ¹⁴⁾.

§. 237. [§. 293 a.] Rechte, Mühlen anzulegen.
Mühlenregal.

Gemeinrechtlich kann ein Mühlenregal so, daß ohne landesherrliche Erlaubniß Niemand selbst auf eigenem Grunde und an Privatwasser eine Mühle anlegen dürfe, nicht dargethan werden ¹⁾. Wird in dieser Ausdehnung das Regal behauptet, so muß es, wo kein Landesgesetz ²⁾ dasselbe begründet, bewiesen werden. I. Zur Anle-

- 13) Sixtinus de regalib. Lib. II. c. 3. nr. 65. Ziegler de juribus majestatis. Lib. II. c. 15. §. 32. 36. 40. Hering de molendinis eorumque jure. Francof. 1663. Reinhardt de eo, quod circa molendina exstruct. atque bannum justum est. Gott. 1740. Wernher observat. P. II. obs. 382.
- 14) Daraus erklärt es sich, warum z. B. in Calenberg nach dem Sondersheim. Landtagsabschied von 1601 art. 13. Niemand Wasser- oder Windmühlen ohne landesherrliche Erlaubniß anlegen soll.
- 1) Berger oecon. jur. II. 1. 5. Hommel rhaps. I. 216. Hagemann Landwirthschaftsrecht S. 392. Struben rechtl. Bedenken. V. Bd. nr. 85; f. jedoch Westphal deutsches Privatrecht. II. Thl. nr. 52. Kreitmaier Anmerk. zum bair. Landrecht. II. Bd. S. 1421. Römer Staatsr. von Sachsen. II. Bd. Seite 801. Nassauisches Weisthum. II. Bd. S. 352. Kramer de jure principis circa molas praes. in terr. episcop. Osnabrug. Gott. 1774. Stryk dissertat. Halens. Tom. I. nr. 26. Quistorp rechtliche Bemerkungen. I. Thl. nr. 5. Schorch consil. Erford. resp. 273. Klein merkwürd. Rechtsprüche. I. Thl. nr. 38. v. Rammpe mecklenburg. Civilrecht. II. S. 105. Röser Osnabrück. Phantaz. II. Thl. nr. 72. Preuß. Landr. II. Thl. Tit. XV. §. 229; jedoch neues preuß. Gesetz vom 28. October 1810. Ueber das Verhältniß dieses preuß. Gesetzes zu ältern Provinzialgesetzen s. Benzel schlesisches Provinzialrecht I. Seite 217.
- 2) J. B. von der Mark. Scheplitz Consuet. March. p. 526. Hessen, Mühlenordn. von 1753 §. 1. Gesetze in Fischer Cameral- und Polizeirecht. III. Thl. S. 49. Pufendorf obs. II. 45, III. 162, IV. 232. Struben rechtl. Bedenken. II. 48, V. 85. Ramdohr jurist. Erfahr. III. Bd. S. 329—335. Hagemann pract. Erörter. VII. 15. Oldenburg. Gesetz vom 27. Februar 1814; von Sachsen Weisth. Archiv II. Heft. Seite 29. In Mecklenburg besteht kein Mühlenregal. Elvers pract. Arbeiten nr. IX. S. 209. f. noch überhaupt Scholz das Baurecht S. 124.

gung der Mühlen an öffentlichen Flüssen ^{2a)} bedarf es einer Concession der Staatsregierung ³⁾, welche vor der Verleihung ⁴⁾ die Interessen sowohl derjenigen, welche an dem nämlichen Flusse schon Mühlenrechte oder das Recht der Anlage anderer Werke mit Benutzung der Wasserkraft erworben haben, als auch der benachbarten Grundeigenthümer berücksichtigt ⁵⁾, und darnach den Umfang des Mühlenrechts bestimmt ⁶⁾. II. An den nicht schiff- oder flossbaren Wassern kann der Eigenthümer eines ihm allein ⁷⁾ zufließenden Wassers unbedingt eine Mühle anlegen; an Bächen, an welchen die Ufereigenthümer ein zur Benutzung des Wassers berechtigendes beschränktes Eigenthumsrecht haben, kann eine Mühle, weil sie immer mehr oder weniger auf die Rechte aller Adjacenten einwirkt, nicht beliebig angelegt werden ⁸⁾. Es muß daher das Recht der Mühlenanlage an solchen Wassern gerechtfertigt werden durch das Eigenthumsrecht desjenigen, der die Mühle anlegen will, an dem Wasser, oder durch die Zustimmung der theilhaftigen Ufereigenthümer, die entweder das Mühlenrecht als Dienstbarkeit oder als precäre Befugniß verwilligen, oder die Wasserkraft verkaufen können. In wie ferne die Staatsregierung auch gegen den Willen der Ufereigenthümer Anlage einer Mühle gestatten kann ⁹⁾, oder ob auch derjenige, welcher die Zustimmung der Theilhaftigen erhält, noch außerdem die Concession der Regierung nachsuchen muß, hängt von

2a) L. 50. D. de acquir. rer. dom. L. 4. D. de flumin.

3) Biener de indole dominii p. 123. 124. Maurentrecher Privatrecht. I. Seite 634. Oesterr. Mühlenordnung vom 1. Dec. 1814.

4) Daviel traité I. p. 350. s. auch Rauter rapport. p. 50. n. projet. art. 51.

5) Gute Vorschrift, worauf die Regierungsbehörden zu sehen haben, in Frankreich in einer Ministerialinstruction vom 14. thermidor Jahrs IV. in Daviel traité im Anhang; und in Siebenkneffer Handb. d. Verf. von Rheinbairern. IV. S. 272.

7) Wenn daher das Wasser auf beiden Seiten durch seine Grundstücke fließt.

8) Daviel II. pag. 134. s. die obige (not. 5.) Ministerialinstruction in Frankreich.

6) Daviel I. p. 353. Nach der österr. Mühlenordn. v. 1814. §. 2. soll Jeder Anlage einer Mühle fordern können, wenn dadurch ein Vortheil für das Publikum erreicht wird, wenn die Anrainer des Flusses nicht der Beschädigung ausgesetzt, und in der bisherigen Benutzung des Wassers nicht gehindert werden.

9) Hier trat in neuerer Zeit, z. B. in Frankreich, aus zu großer Begünstigung der Interessen der Fabriken die Ansicht ein, daß die Regierung wegen öffentlichen Nutzens die Grundeigenthümer zwingen könne (siehe auch Bericht in der 2ten Kammer in Paris von 1834), wichtiger dagegen Cormenin questions de droit administr. 3. edit. II. p. 26. Daviel traité II. p. 151—157. Vergl. mit Laferriere Cours p. 488. Ueber die Rücksicht auf die Rechte Dritter, Daviel II. p. 161. Willener in den oben angeführten Werke S. 332.

dem Vorkommen des Mühlenregals in dem Lande, und von dem Umfange ab, in welchem in dem Lande sich das Wasserpolizeirecht¹⁰⁾ ausbildete. III. Ein richtiges Kennzeichen, ob in einem Lande Mühlenregal besteht, liegt darin, wenn für das Recht der Anlegung einer Mühle an den Landesherrn ein Mühlenzins¹¹⁾ bezahlt werden muß (der jedoch nicht mit einer zu zahlenden Gewerbesteuer verwechselt werden darf). IV. Ein landesherrliches Mühlenoberaufsichtsrecht rechtfertigt sich aber immer aus den Grundsätzen von der Wasserpolizei, da eine Mühle so vielfach auf die Nutzungen anderer Interessenten an dem Wasser einwirkt¹²⁾. V. Daraus, daß in einem Lande nur aus Rücksichten der Gewerbspolizei die Mühlenanlage an die Einholung polizeilicher Erlaubniß zum Mühlengewerbe gebunden ist, darf kein Mühlenregal abgeleitet werden. VI. Da, wo wegen der Wassermühlen ein Mühlenregal besteht, kann dies nicht auf Dampf- oder andere Mühlen ausgedehnt werden. VII. Die Normen der Beurtheilung geben die Mühlenordnungen¹³⁾.

§. 238. [§. 294.] Rechtsverhältnisse bei Anlegung der Mühlen.

Ohne Rücksicht auf das Daseyn eines Mühlenregals müssen nach den zuvor aufgestellten Grundsätzen bei jeder Erbauung von Mühlen, wegen des Einflusses, den jede Mühlenanlage auf den Wassergebrauch hat¹⁾, die Interessenten, welche am nämlichen Wasser

10) Darnach sind die Rücksichten auf Fischfang, Gewerksbedarf und Landwirtschaft u. s. w. möglichst zu vereinigen.

11) Runde §. 103. Maurenbrecher I. S. 637. und Scholz Baurecht S. 218.

12) Berg Polizeirecht III. S. 462. Nouveau Beiträge zur Flußbangesetzgebung S. 36. Fleurigéon code administratif. I. p. 308.

13) Mühlenordnungen ältere in Beyer Schauplag der Mühlenbaukunst. IIter Thl., und Zischer Polizeirecht. III. Thl. S. 49. Zweckmäßige neue Gesetze sind: Waldeckische Mühlenorden. vom 29. Juli 1811. Hessisches Gesetz vom 15ten Mai 1819, und Badische Mühlenordnung vom 18ten März 1822.

* Ueber Mühlenrecht s. Rohr Haushaltungsrecht Buch IV. c. 11. Beyer theatrum machinar. molarum, oder Schauplag der Mühlenbaukunst. Dresden, 1767. (Mühlenrecht im 2ten Theile). Schilling Handbuch des Mühlenrechts. Leipzig, 1829.

1) Beyer Schauplag der Mühlenbaukunst. II. Thl. S. 139. Stürmer de litibus circa quantitatem et stagnationem aquae in alveo molar. componend. Altorf. 1800. Biener progr. ad leg. novam de jure aedificandar. molar. Lips. 1803. 1804. Klingner Samml. zum Bauernrecht. IV. Bd. S. 396. Bülow und Hagemann pract. Erörter. IV. Thl. nr. 1. Pfotenbauer, einige Begriffe und Grundsätze für Juristen, welche Mühlenprozesse zu entscheiden haben, in Zacharia Annalen der Rechtsgelehrsamkeit. II. Thl. S. 143. Reingruber über den Wirkungskreis eines bayerischen Landgerichts. I. Thl. S. 506. Van de Lande de molend. aquam in

Nutzungen haben, eben so wie die Adjacenten ²⁾, beigezogen werden. Einen rechtlichen Grund des Widerspruchs gegen eine Mühlenanlage giebt nicht die Rücksicht, daß die bisherigen Mühlenberechtigten am nämlichen Flusse durch die Concurrenz ³⁾ leiden ⁴⁾, sondern gegen Mühlen an öffentlichen Flüssen ist nur dann ein Widerspruch rechtlich begründet ⁵⁾, wenn durch die neue Anlage die anliegenden Grundstücke wegen Ueberschwemmung in Gefahr gesetzt, oder die erworbenen Rechte der Ufereigenthümer verletzt, oder durch die Anlage die Ausübung der Rechte der bisher am nämlichen Wasser liegenden Mühlenberechtigten wesentlich gehindert würde. Bei Mühlen an nicht öffentlichen Flüssen entscheiden nicht bloß die angegebenen Rücksichten, sondern noch die, daß die Rechte der Ufereigenthümer auf die Wasserbenutzung insbesondere wegen Bewässerung ihnen nicht auf eine ihnen Schaden bringende Weise ⁶⁾ beeinträchtigt werden und die benachbarten Grundstücke ⁷⁾ nicht durch verursachte Ueberschwemmung leiden. Die Behörde ⁸⁾ bezeichnet nach Erwägung aller dieser Verhältnisse die Höhe des Wasserspiegels ⁹⁾, worauf der Mühlenberechtigte Anspruch hat. Diese Höhe des Wasserstandes wird durch Verträge, rechtskräftige Urtheile oder den Besitzstand, und wenn diese Normen mangeln, durch die Rücksicht bestimmt, die Interessen der Bodencultur und anderer Stauberechtigten mit denen des Müllers zu vereinigen ¹⁰⁾. Hier wird die richtige Legung des Fachbaums ¹¹⁾

vicina praedia derivant. Groning. 1812. Scholz Baurecht S. 220. und preuß. Gesetz vom 15. November 1811. Gesessammlung S. 352.

2) Badische Mühlenordn. §. 1.

3) In so ferne nicht in dem Lande ein Zunftzwang besteht, welcher respectirt werden muß.

4) Daviel I. p. 351.

5) Daviel I. p. 353.

6) Daviel II. p. 137. s. andre Ansicht in Proudhon du domaine public. nr. 1093.

7) Die oben liegenden Eigenthümer leiden Schaden durch Anstalten, welche das Wasser zurückdrängen und daher Austretung bewirken; die unten liegenden können beschädigt werden, wenn das Wasser schnelleren Lauf bekommt. Daviel II. p. 140. 163.

8) Gut über die Rücksichten, welche die Obrigkeit zu nehmen hat, v. Kampey Jahrbücher Heft 96. S. 483.

9) Daviel II. p. 162. Hierher gehört die Setzung des *repaire* nach französl. Rechten. Daviel II. p. 166.

10) Wenzel schles. Provinzialr. I. S. 219.

11) *Biler de arbore et palo molendinario*, Erf. 1759. Liebknecht de eo, quod circa palos terminal. aquar. et molend. necessar. est. Giessen, 1728. Beyer Schauplatz I. S. 13. 28. 31. v. Cancrin Abhandl. vom Rechte des Eich- und Sicherpfahls. Gießen, 1788, und in den kleinen technologischen Werken. II. Bd. S. 106. Pfotenhauer l. c. S. 154.

wichtig, d. h. derjenigen Schwelle, welche unmittelbar vor den Gerinnen einer Mühle quer über den Mühlgraben gelegt ist und worauf Griesssäulen und Schuttbretter stehen. Je höher der Fachbaum liegt, desto mehr wird das Wasser gestaut. Zum Maasstabe bei Streitigkeiten über die Höhe des verliehenen Wasserspiegels dient der unter amtlichem Ansehen gelegte Eich- oder Sicherpfahl ¹²⁾, der die Absicht hat, den höchsten Stand des Wasserspiegels zu bezeichnen, auf den der Müller das Wasser im Mühlenkanal spannen darf. Der Fachbaum muß mit dem Eichpfahl wagrecht liegen, und nur einen Zoll (Zehrzoll) darf er erhöht werden ¹³⁾.

§. 239. [§. 295.] Rechtsverhältnisse bei Ausübung des Mühlenrechts.

Der Mühlberechtigte muß sein Recht innerhalb der Grängen ausüben, in welchen ihm das Recht verliehen worden ist, und ist verantwortlich für den Schaden ¹⁾, welchen er den Ufereigenthümern oder anderen Mühlenberechtigten durch schuldhaftige Anlagen oder Vernachlässigungen verursacht ²⁾. Daher darf er nicht einseitig an dem Fachbaume etwas ändern ³⁾, oder die Zahl der Gänge verändern, oder neue Räder anlegen, während er sonst Veränderungen anbringen darf, die nur die innere Verbesserung des Gewerbs bezwecken ⁴⁾; er darf aber das Wasser nicht über die Gebühr hemmen oder spannen ⁵⁾, weil alle diese Handlungen das Verhältniß der Wasserbenutzung ändern würden. Eben so darf er nicht über die ihm verliehene Wasserhöhe etwas sich anmaßen, und ist für den

Rousseau Beitr. zur Flussbaugef. Seite 106. Badische M. D. §. 13. Speierische Bachordn. vom 7. Dezember 1737. Churheff. Berordn. vom 29. Dezember 1820 und 31. Dezember 1824. Scholz Baurecht S. 220.

12) Pfotenhauer l. c. S. 149. Bad. M. D. §. 13. Gute Anweisung in der schles. Mühlenordn. vom 28. August 1777 (auch abgedruckt in Wenzel schles. Provinzialr. S. 507.) und darüber Wenzel S. 219.

13) Auch bei Hauptreparaturen sind alle Interessenten beizuziehen. Pfotenhauer l. c. S. 164. Bad. Mühlenordn. §. 2. Scholz S. 223.

1) So lange er nur seines verliehenen Rechts sich bedient, wenn auch Andere Nachtheil haben, ist er nicht verantwortlich. Gut Argentré Comm. sur la Coutume de Bretagne art. 596. Daviel l. p. 355.

2) Daviel II. p. 163.

3) Ayres de jure principis circa molas. §. 7. Rohr Haushaltungsrecht l. c. Cap. 11. §. 19. Klingner Samml. IV. S. 371. Reingruber l. c. I. S. 508. Württemberg. Mühlenordn. §. 3. in Hezel Repertor. III. Seite 328.

4) Scholz S. 224.

5) Badische Mühlenordn. §. 12. nr. 5.

Schaden verantwortlich, der dadurch Anderen erwächst ⁶⁾. II. Der Mühlenberechtigte in öffentlichen Flüssen darf nichts vornehmen, was Nachtheil für die Schifffahrt und ihre Anstalten erzeugen würde ⁷⁾. III. Wenn mehrere Mühlenberechtigte an dem nämlichen Wasser liegen, so entscheidet über den Umfang des Rechts eines Jeden der Inhalt der Verleihung, insbesondere wie seine Wasserbenutzung regulirt wurde ⁸⁾. Im übrigen gilt zwischen mehreren Mühlenberechtigten der Grundsatz der Gemeinschaft der Benutzungsrechte; der obere Müller kann darnach durch Zusehung der Schützen vor seinem Gerinne das Wasser so lange anhalten, bis er das zur Bewegung seiner Mühle nöthige Wasser gesammelt hat, d. h. er darf stauen ⁹⁾, und der untere Müller muß, wenn er es hindern will, ein Verbielungsrecht, das er aus einem speziellen Titel erworben hat, nachweisen ¹⁰⁾. Immer muß die Benutzung des Wassers so geschehen, daß die übrigen Theilhabenden denjenigen Vortheil vom Wasser ziehen, der unbeschadet des Gewerbestandes der Müller möglich ist ¹¹⁾. Im Zweifel giebt der Besitzstand und das Herkommen die Norm. Der obere Müller darf sich das zum unentbehrlichen Bedürfniß nöthige Wasser verschaffen, muß aber dann, wenn er selbst nicht mahlt, die Schutzbretter aufziehen, um dem unteren Müller das Wasser nicht aufzuhalten ¹²⁾. IV. Bei drohenden Ueberschwemmungen und großer Wasserhöhe muß der Müller alle Mühlischützen und die Fluthschleuße aufziehen ¹³⁾. V. In Bezug auf die Pflicht, den Bach zu reinigen ¹⁴⁾, damit nicht wegen der Vernachlässigung Schaden entstehe, vertheilt sich dieselbe zwischen den Ufereigenthümern, welche von

6) Daviel II. p. 356. Dubreuil analyse de la legislation sur les eaux nr. 185.

7) Daviel II. p. 359.

8) Daviel II. p. 166.

9) Pfotenhauer l. c. S. 156. Kreitmair Anmerk. zum bair. Landrechte. II. Thl. Cap. 8. §. 18. nr. 3. Rehr HaushaltungsR. l. c. §. 26. Bülow und Hagemann pract. Erörter. IV. Bd. nr. 1. Hagemann LandwirthschaftsR. S. 397. Bad. Mühlordn. §. 12. nr. 9. Kambohr jurist. Erfahr. III. S. 749.

10) Scholz Baurecht S. 225.

11) Bad. Mühlordn. §. 11.

12) Würtemb. MühlD. §. 13. s. viel in Merlin répert. vol. VIII. p. 442. s. noch zum Theil preuß. Gesetz über die Vorfluth, vom 15. Nov. 1811. s. noch interessante Fragen in Daviel II. p. 182.

13) Beyer Schauplay II. Thl. S. 12. 42. Würtemb. MühlD. §. 7. Bad. MühlD. §. 12. nr. 13. Daviel II. p. 186.

14) Daviel II. pag. 291—293. Churchs. Ges. vom 28. October 1834. §. 10.

dem Wasser auch Vortheil ziehen und zwischen den Mühlberechtigten ¹⁵⁾, worüber Verabredung, Polizeigesetze ¹⁶⁾, oder Herkommen entscheiden. Nur so weit der Müller durch Vernachlässigung einer ihm deswegen obliegenden Pflicht Anderen Schaden verursachte, ist er verantwortlich. VI. In Ansehung des Rechts der Ufereigenthümer, zur Bewässerung ¹⁷⁾ ihrer Grundstücke das Wasser zu benutzen ¹⁸⁾, müssen diese aus dem Eigenthumsrechte fließenden Befugnisse zu dieser Benutzung neben den Rechten der Mühlberechtigten bestehen ¹⁹⁾; jeder übt seine Rechte aus, und zwar der Mühlberechtigte innerhalb der Gränzen der erhaltenen Verleihung, und der Wässerungsberechtigte so, daß er keinen unwirthschaftlichen und überflüssigen Gebrauch von dem Wasser macht ²⁰⁾. Um Collision zu vermeiden, ist die Vereinigung der verschiedenen Interessen ²¹⁾ nothwendig, und hiezu dient die durch die Behörden ²²⁾ zu bewirkende Bestimmung gewisser Tage ²³⁾, an welchen die Wässerung durch die Adjacenten ausgeübt werden darf ²⁴⁾. Es entscheiden hier auch die Vorbehalte, welche bei der Anlegung der Mühle die Ufereigenthümer zu ihrem Vortheile machten ²⁵⁾. VII. Der Mühlenkanal kann entweder Eigenthum des Mühlberechtigten seyn, oder es steht ihm das Recht darauf nur vermöge einer erworbenen Dienstbarkeit zu ²⁶⁾.

15) Stürmer de litibus circa quantitatem. p. 17. Württemberg. MühlO. §. 10—12. Scholz S. 226.

16) J. B. in Frankreich Gesetz vom 14. Floréal Jahr XI.

17) S. schon Vorschriften in legibus terrae Scaniae in Westphalen monumentum. IV. p. 2077. f. noch Beyer Schauplatz. II. Thl. S. 144. 201. Stürmer de litibus p. 7. 10. Klingner Samml. IV. S. 375. Badische Mühlordn. §. 11.

18) Das kurheff. Gesetz vom 28. Oct. 1834 §. 11. giebt den Wiesenbesitzern das Recht, das Wasser zur Wässerung von Sonnabend 6 Uhr Abends bis Sonntag um 6 Uhr zu benutzen.

19) Daviel traité II. p. 103.

20) Scholz S. 226.

21) Nämlich die des Ackerbaues und der Industrie.

22) Dies können administrative oder richterliche Behörden seyn. Daviel II. p. 57. p. 578.

23) Nach einem bayerischen Gesetz vom 12. November 1762 ist die Wässerung den Adjacenten nur an Sonn- und Feiertagen und am Vorabend derselben erlaubt, f. noch Elosen Zusammenst. der bayer. Culturgeetze S. 190—200. Bad. Mühlordn. §. 11. Merlin répert. vol. VIII. pag. 444. Houard diction. de droit normand. voce: prise d'eau. Manuale sull uso delle acque p. 143.

24) Ueber den Fall, wo der Adjacent eine auf seinem Grundstück liegende Mühle einem Andern verkaufte. Daviel II. p. 116.

25) Ros Meurer in Fritsch Corp. jur. p. 1041.

26) Daviel traité II. p. 407.

Eine Vermuthung spricht für das Erste nicht ²⁷⁾. Durch die erlangte Dienstbarkeit und das Recht auf Wassergebrauch schließt der Mühlberechtigte die Ufereigenthümer von ihren Wässerungsrechten nicht aus ²⁸⁾.

§. 240. [§. 296.] Anlegung von Schiff- und Windmühlen.

Die Anlegung von Schiffmühlen ¹⁾ wird wichtig, weil dadurch leicht der Uferbau eben so wie der benachbarte Ufereigenthümer leidet, daher der Consens des letzteren und der oberpolizeilichen Behörde nothwendig ist, und der Schiffmüller gewisse Lasten übernehmen, auch allen Anordnungen der Behörden, welche im Interesse der Schifffahrt nothwendig werden, zu jeder Zeit sich unterwerfen muß ²⁾. Die Erbauung von Windmühlen ³⁾ steht jedem auf seinem Grundeigenthum frei ⁴⁾, wenn kein Landesgesetz Beschränkungen ausspricht ⁵⁾. Es darf aus dem Regal der Wassermühlen nicht auch auf Windmühlregal geschlossen werden ⁶⁾; gegen die benachbarten Eigenthümer muß der Windmüller gewisse Abhaltungsbrechte zu erwerben suchen, z. B. daß der freie Windzug nicht durch neue Anlagen gehindert werde ⁷⁾.

27) Die Vermuthung des Eigenthums war in Frankreich von alten Juristen allgemein aufgestellt, z. B. Henrys (*Oeuvres de Henrys revues par Bretonnier* II. p. 825.), und noch neuerlich behauptet. Garaiier *traité des rivières* II. p. 229, und *Alth.* in den *arrets et décisions de la cour de Colmar* 1833 64 Hest. p. 211. Auch in Deutschland fand sich die Ansicht, daß der Mühlkanal *accessorium* der Mühle sei. Hering *tract. et resp. jur.* II. p. 131.

28) Daviel II. p. 412—416. f. noch v. Cancrin vom Wasserrecht. II. S. 156. Scholz S. 228.

1) Pfotenhauer I. c. S. 154. Rittinger *Samm.* IV. S. 504; sächs. *Strombauordn.* §. 11.

2) Daviel I. p. 354.

3) Sie kommen schon früh vor, s. Anton *Geschichte der Landwirtschaft* II. S. 266, III. S. 241. f. C. 23. X. de *decimis*, und *Urf.* in *Raepsaet origine des Belges* II. p. 439.

4) Hertel de *jure molendinor. pneumaticor.* Jen. 1793. *Preuß. Landr.* II. *Thl.* Tit. 15. §. 247. *Oesterreich. Gesetze* in de Lucca *polit. Coder.* XII. Bd. S. 658. *Mecklenburg. Landrecht* in *Westphalen monum.* IV. Seite 726.

5) Merkwürdige Urkunde von 1581 in Teschenmacher *Annal. Cliviae cod. dipl.* pag. 23. Pufendorf *obs.* IV. nr. 232. Eisenhart *deutsches Recht in Sprüchwörtern* S. 188. Nach d. jurist. Zeitung für Hannover 1840 Hest 1. S. 116. wurde angenommen, daß im Herzogthum Bremen keine Windmühle ohne landesherrliche Concession angelegt werde.

6) S. gegen d. Windmühlenregal auch Oloers *pract. Arbeiten* S. 219.

7) Bülow und Hagemann *pract. Erörter.* IV. nr. 2. Hagemann *Landwirthschaftsrecht* S. 396. Wo aber ein Windmühlenregal besteht, kann der

§. 241. [§. 296 a.] Bergwerksrecht. Historische Einleitung.

Es finden sich zwar schon ¹⁾ zu Carls des Großen Zeit Spuren, daß die fränkischen Könige Bergwerke auf ihren Domänen bauen ließen ²⁾; allein dies deutet nicht auf ein Bergregal; vielmehr galt der Grundsatz, daß auf eigenem Grund und Boden jeder Privateigenthümer Erz graben könne, damals noch unbestritten ³⁾. Von Otto dem Großen an (nach manchen Nachrichten schon von Heinrich I. an) im Jahre 968, als am Rammelsberg ⁴⁾ die reichen Silbergruben den hohen Werth des Bergbaues zeigten und diese Art von Bau eifriger betrieben wurde, kamen die Versuche der Kaiser, das Bergwerksregal, jedoch in einer verschiedenen Bedeutung, zu behaupten ⁵⁾, schon häufig vor, und kaiserliche Verleihungen sind nicht selten ⁶⁾. Obwohl zwar noch immer die Bergwerke als Zubehörungen von Landgütern vorkamen ⁷⁾, auch die Landesherren auf ihren Kammergütern, ohne kaiserliche Verleihung, den Bergbau ⁸⁾ betrieben,

Windmüller die Begränzung von Hindernissen des Windzugs fordern. Urtheil in d. jurist. Zeitung für Hannover 1840. I. S. 122. Merlin répert. VIII. p. 421. f. auch dort alte französ. Coutumes über das Pflanzen der Bäume.

- 1) Vom Bergbau bei den alten Deutschen: Tacitus annal. XI. 20. Reusch origin. metallifodinar. in germ. Helmstad. 1725. f. Engels über den Bergbau der Alten in den Ländern des Rheins und der Lahn. Siegen. 1808. f. noch über Tacit. German. Cap. 5.; vergl. mit Cap. 43. und Tacit. annal. XI. c. 20. Mühs Erl. der Schrift von Tacitus S. 183.
- 2) Capitul. de villis. Cap. 28. 62. Schon Otfried im Evangelio erwähnt der Bergwerke. Die älteste Erwähnung eines behaupteten Bergregals der fränkischen Könige kommt unter Dagobert I. vor. Préface zum vol. XV. des recueil des ordonnances p. XXXIV. Die Urk. ist von 635 (in recueil de Duchesne I. p. 585.)
- 3) Anton Geschichte der Landwirthschaft. I. S. 167. Hüllmann Geschichte der Regalien S. 69. Eichhorn Rechtsesch. §. 58. not. c.
- 4) Bruns Beitr. zur kritischen Bearbeitung ungedruckter Handschriften. I. Stück S. 19. Meyer Geschichte der Bergwerksverfassung im Mittelalter. Eisenach, 1817. S. 5.
- 5) Hund metrop. Salish. T. III. p. 247. Hund baier. Stamentbuch. P. II. p. 29. Schaten annal. Paderborn. pag. 786. Pistor. script. III. p. 829. Meineccii ant. Goslar. II. p. 132.
- 6) Urkunden in Hontheim hist. Trev. I. p. 588. Martene mon. veter. I. p. 1002. Meichelbek hist. Frising. II. p. 81. Meyer Geschichte der Bergwerke S. 58. Hüllmann Geschichte der Regalien S. 66; viele hier oft gerechnete Urkunden sind aber unächt. f. Ludwig Erläuterung der goldenen Bulle. I. S. 806.
- 7) Leukfeld antiq. Groning. p. 175. Sperges tyrol. Bergwerksgeschichte S. 33. Kienlinger Münzler. Beitr. III. S. 63. Leukfeld annal. Walhenried p. 240. Schannat trad. Fuld. pag. 299. Den Grund, warum unter den Zubehörungen der Landgüter nicht öfter Metalle aufgeführt werden, giebt an: Biever de natura dominii. p. 146 in not.
- 8) Von Baiern, f. Peri Sammlung des baier. Bergrechts §. VI. VII.

so werden doch seit Friedrich I. die Erklärungen der Kaiser unterschiedner ⁹⁾, daß nur sie Bergwerke verleihen könnten, und die Landesherren mußten, um Streitigkeiten zu entgehen, der Sicherheit wegen Belehnungen sich ertheilen lassen ¹⁰⁾. Auch da, wo Bergwerke von Privatpersonen betrieben wurden, bemerkt man schon, daß davon an den Landesherren ein Theil der Ausbeute bezahlt werden mußte ¹¹⁾. Wenn auch die goldne Bulle ¹²⁾ unter die hergebrachten Rechte der Kurfürsten das Recht auf Gold- und Silbergruben zählt, so ist doch damit nicht der Bergbau als Eigenthum der Fürsten erklärt ¹³⁾, sondern nur die Befugniß der Regenten, gewisse Rechte, insbesondere bestimmte Abgaben, von den Bergbautreibenden ¹⁴⁾ zu fordern. Auch die Stelle in dem Sachsenspiegel ¹⁵⁾ deutet nur auf solche Rechte ¹⁶⁾, nicht aber auf Bergregal in dem Sinne ¹⁷⁾, daß alle Bergwerke ein Eigenthum der Fürsten gewesen seyen. Es ist aber richtig, daß man oft das Bergregal in einem mehr fisciatischen Sinne auffaßte; man verwechselte die landesherrlichen Oberaufsichtsrechte über Bergbau mit dem Bergregal; das frühe Entstehen von landesherrlichen Bergämtern ^{17a)} bewirkte eine Ausdehnung der landesherrlichen Rechte in Bezug auf den Bergbau. Das Lehenswesen, die Benutzung des häufig mißverstandenen römi-

9) Friedrich I. ließ den Bischof von Trient fisciatisch belangen. Sperges tyrol. Bergwerksgeschichte 4r Abschn. S. 41—44; sehr lehrreich sind die Urkunden wegen der Verleihungen an Minden. Wöber Osnabrück. Geschichte. III. S. 112. In Urkunden von 1189 (Heinecc. ant. Goslar. I. p. 19.) heißt es: cum omnis argenti fodina ad iura pertinet imperii inter regalia nostra comparata.

10) J. B. für Baiern 1219 in Vori Sammlung S. VIII. nr. 6; für Sachsen 1185. Klogisch Ursprung der Bergwerke nr. X.

11) Richtige Hrk. von Italien in Cibrario delle finanze della monarchia di Savoia disc. II. p. 66. 67.

12) Goldne Bulle IX. §. 1. Mlenischlager Erläuterung der goldenen Bulle S. 189. Ludwig Erläut. I. S. 834.

13) Dies ergibt sich besonders aus der Geschichte des böhmischen Bergbaues, der immer noch in den Händen von Privaten war. Beiste in seinem Rechtslexikon I. S. 936. Freileben der Staat und der Bergbau S. 23.

14) Ueber die Rechte der Dynasten, Biener de natura domini. p. 149.

15) Sachsenspiegel I. 35. Schwabenspiegel Cap. 222.

16) Weiske l. c. S. 937. Auch die Geschichte des Bergregals in Frankreich spricht gegen die gewöhnliche Meinung vom Bergregal. s. besonders Ordon. von Charles VI. von 1413. s. noch Laferrriere Cours p. 497.

17) Im Sachsenspiegel I. 35. heißt es ja: Silber soll auch Niemand auf eines andern Mannes Gute ohne des Eigenthümers willen brechen. Diese Stelle spricht klar gegen die gewöhnliche Ansicht vom Bergregal.

17a) Karsten Grundriß der deutschen Bergrechtlehre S. 13.

schen Rechts ¹⁸⁾, die Verusung auf das Münzrecht ¹⁹⁾, mit welchem man Bergregal in Zusammenhang stellte, die Verbreitung der Theorie von den herrenlosen Sachen vermehrten die Ansicht von der Regalität des Bergbaues, welche jedoch selbst nicht in Ansehung aller, sondern nur der edeln Metalle geltend gemacht wurde ²⁰⁾. Die wahre Bedeutung des sogenannten Bergregals wurde aber bald in der Art anerkannt, daß man von Seite der Regenten die Bergwerke als freies Gut in der Art erklärte ²¹⁾, daß die Eigenthümer des Bodens, worauf Fossilien sich befanden, zum Besten Aller, welche Erze suchen und Bergbau treiben wollten, beschränkt wurden, daß sie, wenn ein Anderer Bergbau treiben will, dies nicht hindern können, während zugleich der Regent, als Landesherr, durch Gesetze die Betreibung regulirt, durch Beamte beaufsichtigen läßt, und gewisse Abgaben sich von den Bergbautreibenden vorbehält; daher die sogenannten Freierklärungen ²²⁾ nicht als Ausfluß der Gnade des Regenten als Vergeigenthümsherrn, sondern als Bestätigungen des durch Herkommen gebildeten Rechtszustandes zu betrachten sind ²³⁾. Eine Entwicklung der rechtlichen Verhältnisse bei dem Bergbau und Sammlungen der darauf sich beziehenden Gewohnheitsrechte ²⁴⁾ kamen zuerst in Mähren ²⁵⁾, in Böhmen ²⁶⁾, in Sachsen ²⁷⁾ und Steyermark vor ²⁸⁾.

18) Ein Bergregal kannten zwar die Römer nicht, allein die römischen Kaiser suchten die Bergwerke in eroberten Provinzen als ihr Eigenthum zu erklären. Glabe röm. Bergrecht. Freiburg, 1805.

19) Eichhorn Rechtsgeschichte S. 297. 362.

20) Selbst in Frankreich, wo die Regalität doch weit genug ausgedehnt wurde, erkannte man dem König nur Regal auf Gold und Silber zu, und die übrigen Erze gehörten den Grundeigenthümern. s. Loisel instit. coutum. I. pag. 282. Coquille zu den Coutumes de Nivernois art. 2. Basnage Cout. de Normandie I. pag. 325. Bouhier Cout. de Bourgogne II. pag. 268. Merkwürdig ist, daß auch in Frankreich die Gutsherren die Erze und Mineralien als epaves (s. oben S. 162 not. 2.) sich zu eignen wollten.

21) Weiske I. c. S. 938.

22) Schon alte Freierklärung von König Wenzel zu Böhmen 1280. s. Meyer Geschichte S. 97; s. noch Biedermann de jurib. europaeorum metallic. p. 5. not. 2. Karsten S. 27.

23) Freisleben I. c. S. 16.

24) Alles deutet nach der Fassung der alten Bergordn. (s. Freisleben S. 24.) darauf, daß man nur das Gewohnheitsrecht bestätigen wollte.

25) Das sächsische Bergrecht (nach Klossch Geschichte S. XII. zwischen 1080—93; nach Boigt Geschichte der böhmischen Münzen S. 60. 1253 gesammelt), abgedruckt in Dobner mon. hist. Boemiae. Tom. IV. pag. 205. 227. Klossch Ursprung der Bergwerke nr. 1. Boigt Geist der böhmischen Gesetze S. 83—104. Karsten S. 11.

* Ueber Geschichte des Bergrechts: außer den schon genannten

§. 242. [§. 296^b.] Fortbildung des Bergregals.
Berggesetzgebung.

Die Versuche der Kaiser und der Landesherren, ein Bergregal in der Art zu begründen, daß Niemanden als dem von ihnen Belehnten das Eigenthum ¹⁾ an den als Regal bezeichneten Fossilien zuzufinde, lassen sich historisch nicht begründen, und führten zu keiner gemeinrechtlichen Anerkennung des Bergregals in dem Sinne, daß alle Fossilien im Eigenthume des Regenten seyen; allein jene im vorigen §. geschilderte mit der Freierklärung zusammenhängende Ansicht kann als die gemeinrechtliche angesehen werden ²⁾. Die Landesherren hoben nämlich früh die Beförderung des Bergbaus und die Nothwendigkeit der Oberaufsicht über denselben hervor, dehnten dies über das ganze Staatsgebiet in der Art aus, daß jeder, um den Bergbau zu treiben, Erlaubniß vom Landesherren zu verlangen berechtigt erklärt wurde, und der Landesherr als oberster Bergherr sich das Recht vorbehielt, demjenigen, der nach gewissen Formen Erz gefunden, und sich bei dem Bergamt um Bestätigung gemeldet hat, das Recht des Bergbaus in einem gewissen Umfange zu sichern, jedoch mit dem Vorbehalte, Abgaben von den Bergbauenden zu fordern und ihren Bau der

f. Omelin Beitr. zur Geschichte des deutschen Bergbaues. Halle, 1788. Klosssch Ursprung des Bergw. in Sachsen. Chemnitz, 1764. Spergeß tyrol. Bergwerksgesch. Wien, 1765. Lori Samml. des bair. Bergrechts. München, 1794. Steinbeck Entw. einer Gesch. der sächs. Bergwerksverf. Berlin, 1827. v. Sternberg Umriss einer Geschichte der böhmischen Bergwerke, 2 Theile. 1836. 1837.

26) Schreiter Beiträge zur Geschichte der alten Wenden. Juidau, 1807 S. 49–58. Die Stadt Iglau war schon 799 wegen der Bergwerke gebaut. s. noch Bergrecht des König Wenzel von 1295. f. Grimm über die böhmische Bergwerksbelehnung. Prag, 1801. Peithner Geschichte der böhmischen Bergwerke S. 29.

27) Auf d. Jas Frieberg. ist zwar schon in d. culm. Handsche 1232 verwiesen, allein es besteht keine frühe Aufzeichnung des Freiburger Rechts. Weiske Rechtslexikon S. 934. Weiße Geschichte der sächsischen Staaten. I. S. 91, II. S. 164. Merkwürdig ist das schlesische Geldrecht, f. Gaurp in den schlesischen Provinzialbüchern von 1828. Febr. S. 97 ff., und Gaurp schles. Landrecht S. 229, 230.

28) Bergbrief des Bergrichters Schladamig in Steier von 1308. f. Lori Samml. der bair. Bergg. S. 4.

1) Der in den Urkunden vorkommende Ausdruck: unser (d. h. des Landesherrn) Bergfreies deutet darauf, daß die Landesherren kein Eigenthum aller Fossilien hatten, daß aber der Landesherr ein Recht der Ertheilung der Erlaubniß ausübte, Bergbau zu treiben.

2) Freisleben S. 16. 22. Dort zeigt er auch, wie wenig aus den Belehnungen mit Bergrecht (als einer Form, die die Dynasten sich gefallen ließen, um im Besitz ihrer Regierungsrechte zu bleiben) für das Bergregal folgt.

Aufsicht landesherrlicher Bergämter zu unterwerfen. Obwohl diese Rechte nicht ein Regale im gewöhnlichen Sinne und ein Eigenthum des Regenten an allen Fossilien enthielten, so gewöhnte man sich doch bald daran, diese Befugnisse als ein Bergregale aufzustellen, da zur Betreibung des Bergbaus die landesherrliche Erlaubniß nothwendig war. Die Berghoheit ³⁾ bezieht sich dann auf die Ausflüsse der Staatsgewalt, welche das Recht der Bergwerksgesetzgebung und obersten Aufsicht über die Betreibung des Bergbaus enthalten. Ein Ausfluß dieser Hoheit waren die aus Bergrechtsgewohnheiten ⁴⁾ entstandenen, unter dem Namen: Bergordnungen ⁵⁾ vorkommenden Sammlungen von Gesetzen, welche für alle Bergbautreibenden verbindlich erklärt wurden. Es fehlt auch nicht an staatswirtschaftlichen und landespolizeilichen Gründen, um die Zweckmäßigkeit des Bergregals nachzuweisen ⁶⁾. Die Wichtigkeit des Bergbaues, die Eigenthümlichkeit des unter der Erdoberfläche fortlaufenden Gesteins, die nicht eine parallele Abgränzung mit dem oberen Grundeigenthum

3) Maurenbrecher Staatsrecht S. 394.

4) Außer dem Tylauischen Bergrechte, auf welches schon in alten Bergordnungen hingewiesen wurde (Wagner Corp. jur. p. XX.), ist wichtig: das Bergrecht König Wenzels von 1295 (gesammelt vom Juristen Urhevelanus), s. Grumm über die böhmische Bergwerksbelehnung. Prag, 1804. S. 10; gedruckt in Wagner corp. jur. met. XI. s. darüber Boigt Geist der böhmischen Gesetze S. 113; abgedruckt auch in Peithner Versuch über die Geschichte der böhmischen Bergwerke Seite 291. Goslarische Bergrechte von 1186. s. Bruns Beitr. zu den deutschen Rechten des Mittelalters S. 175. Meyer Geschichte S. 35. Wiener hercynisches Archiv 28 Heft. nr. 2. Goslarische von 1271 in Wagner corp. jur. P. XXX, und p. 1002. Freiburgische von 1294 in Alogisch Geschichte S. 221; von 1384 ibid. nr. II. Steyerisches von 1308 in Leri Samml. S. 4.

5) Eine sächsische Bergordnung ist von 1497. Köhler Versuch S. 49. Eine merkwürdige Siegenische Bergordnung vom XV. Jahrhundert ist abgedruckt im Dillenburger Intelligenzblatt 1774 S. 38. Die Mutter aller Bergordnungen und höchst vollständig ist die 1548 publicirte Joachimsthalische. s. darüber Sternberg Umriss der Geschichte. II. S. 291. Im XVI. Jahrhundert gehören noch sächsische vom 12. Juni 1589; Bergordnung von Rattenberg von 1463 in Leri S. 57; Salzburgische von 1532 in Leri S. 199; Oberpfälzische von 1518 in Leri S. 245; Schlackenwalder Zinnbergwerksordnung von 1548; niederösterreichische von 1553; braunschweigische von 1593; gräflich Hohnsteinische von 1576; Frierische von 1564.

6) Gute Darstellung in Freiesleben S. 21—38. Auch in Frankreich erkannte die assemblée constituante (wo interessante Verhandlungen, insbesondere die Darstellung von Mirabeau vorkamen), die Nothwendigkeit, die Bergwerke zur disposition de la nation, wie es im Decret vom 12ten Juillet 1791 heißt, zu stellen. s. Laferriere Cours du droit public. p. 498 etc. Delbecque traité sur la législation des mines et minières. Bruxelles, 1836. vol. I. p. 1—20.

möglich macht ^{6a)}), der Zusammenhang des Bergbaues mit der Landesindustrie, die gerechte Besorgniß, daß leicht ein Raubbau getrieben, oder der Bergbau schnell liegen gelassen werde, weil er für den Augenblick nichts erträgt, die Erfahrung, daß der Bergbau so leicht auf eine für Menschen gefährliche Weise betrieben werden kann, rechtfertigt ein unmittelbares Einwirken der Landesherren in der Art, daß jeder Bergbautreibende nur unter besonderer Aufsicht von landesherrlichen Bergämtern Bergbau treibe, und an Berggesetze in der Ausübung seines Rechts gebunden sey ⁷⁾). Nur können diese Gründe nicht für das Daseyn eines Bergregals in dem Sinne, daß alle Bergwerke Eigenthum des Regenten seyen, etwas beweisen, sondern nur dafür, daß der Bergbau unter besonderer Aufsicht der Regierung betrieben und an gewisse polizeiliche Beschränkungen gebunden werde ⁸⁾), deren Umfang freilich verschieden ist ⁹⁾). Ueberall entscheiden über

6a) Ueber die besondere Natur des Bergwerkeigenthums s. Hennequin traité de législation. Paris, 1841. vol. II. p. 299.

7) Gründe für die Regalität, s. in Horn de regali metallifodinarum jure. Viteb. 1746. Biener de natur. et indole domin. in territor. german. pag. 143. Pütter Beiträge zum deutschen Staats- und Fürstenrecht. I. Thl. S. 203. Wagner über den Beweis der Regalität des deutschen Bergbaues. Freiburg, 1794. Rinmann allgem. Bergwerkslexikon übers. Leipzig, 1808. I. Band. S. 551. 569. Aufsätze im bergmännischen Journal 1788. 2r Band. Seite 709. Essler über die Bergwerke in Deutschland. Gießen, 1803. des Champs quæst. jur. met. pag. 35. Heron de Villefosse de la richesse minérale, considerations sur les mines et salines. Paris, 1810. Tom. I. P. IV. p. 449. Karsten Archiv für Berg- und Hüttenwesen. I. Bd. I. Hft. nr. 1. Delebecque traité sur la législation des mines. vol. I. p. 35 etc.

8) S. auch Karsten S. 9.

9) Zur Vergleichung interessant sind die Gesetze außer deutschen Staaten: französische Gesetze vom 27. März und 12. Juli 1791, vom 13. Pluviose l'an IX., vom 18. Messidor IX., vom 21. April 1810 (dies ist das Hauptdecret), vom 3. August, 18. November 1813. Code des mines. Liege, 1811. s. noch Merlin rept. VIII. pag. 195; über französische Bergwerksverfassung s. Karsten Archiv für Bergbau- und Hüttenkunde. Breslau, 1818. I. Bd. nr. 1. Am besten sind die französischen Bergwerksgesetze mit der Discussion darüber dargestellt in Locré législation civile commore. crimin. Tom. IX. p. 107—647. Martin die in den preussischen Rheinprovinzen geltenden Bergwerksgesetze 1836. Delebecque traité sur la législation des mines et minieres en France. Die (s. oben not. 6.) franz. Gesetzgebung schwankte selbst über die Principien. Nach dem Code civil art. 552. mußte man den Begriff des Eigenthums auch auf Bergwerke ausdehnen; der Hauptfehler im Gesetze von 1810 war, daß man das Eigenthum am Bergwerke als ein ewiges wie das übrige Eigenthum erkannte, und eine propriété souveraine erschuf. Laferrrière Cours p. 500; über den Geist des Gesetzes von 1810 Delebecque vol. I. p. 345—69. Im Jahre 1840 suchte man einige Fehler des Gesetzes zu verbessern. Das Gesetz vom 27. April 1838 geht schon mehr von dem öffentlichen Interesse, und davon aus, daß der mit der Con-

die Bergrechtsverhältnisse eigene Bergordnungen, von welchen manche subsidiarische Kraft haben ¹⁰⁾. Ein gemeines Bergrecht, als ein *ius non scriptum*, woraus die Bergordnungen entstanden sind und noch ergänzt werden müssen, kann nach der Art, wie das Gewohnheitsrecht das Bergrecht ausbildete, nicht bezweifelt werden ¹¹⁾.

cession Bergbau zu treiben Beliehene die Pflicht übernimmt, den Berg zu bauen; das Gesetz ordnet eine Vereinigung der concessionnaires an, um gemeinschaftlich gewisse Arbeiten zu betreiben, und erlaubt denjenigen, die sich nicht unterwerfen will, seines Rechts. In Belgien (wichtig über die Geschichte des Bergrechts in jenem Lande Delebecque vol. I. p. 125—251.) wurde durch Gesetz vom 2. Mai 1837 ein *eignes conseil des mines* (statt des französ. conseil d'état) getätet, welches das Daseyn der Erfordernisse vor Bewilligung der Concession gehörig prüft. — Merkw. ist das Genfer Gesetz von 1839, welches vom System der Freiheit des Eigenthums ausgeht, den Bergbau auf fremdem Eigenthum von der Erlaubniß des Eigenthümers abhängig macht, und die Einwirkung des Staats nur auf die Prüfung beschränkt, ob Gefahr für das Publikum durch einen Bergbau entstehe. (s. interessante Verhandl. in *Recueil des seances du conseil representatif* 1839. pag. 57—84.)

10) J. B. die Joachimsthalsche in Sachsen.

11) S. Beyer *otia metallica*. P. 1. nr. 2. cap. 4. Meyer bergrechtliche Beobachtungen S. 33. Karsten S. 4.

* Sammlungen von Bergordnungen in: Ursprung und Ordnungen der Bergwerke im Königreich Böhmen, in Sachsen, Oesterreich, Leipzig, 1616. Deuser *corp. jur. metallici*. Lips. 1624. Fori Sammlung des bayerischen Bergrechts. München, 1764. Wagner *corp. jur. metall. recent. et antiquior*. Lips. 1791; s. noch österreichische Bergwerksgesetze in de Luca Justizcodex. V. Bd. S. 228. Winigarter Handbuch. II. S. 101. Sächsische Gesetze bemerkt in Handb. Lehrbuch S. 206. Wegen ihrer Vollständigkeit und Deutlichkeit ist merkwürdig die Cölnische vom 1. Januar 1669; neuere Bergordnung s. bayerische vom 6. Mai 1784. Preuß. Landr. II. Theil. Tit. 16. Hessisch. Gesetz vom 4. Oct. 1815 in Eigensrod Sammlung. IV. S. 219.

** Zum Bergrechte gehören:

S. Span *speculum juris metallici*. Dresd. 1698. Span *Bergurtheile*. Wolfenbüttel, 1636. Schönberg *Berginformation*. Leipz. 1693. Hertwig *neues und vollkommenes Bergbuch* 1743. Beyer *otia metallica*. Tom. III. Niv. 1748. Baufe *Einführung zu den in Deutschland üblichen Bergrechten*. III Theil. Leipzig, 1740. Lobethan *Einführung zum Bergwerksrechte*. Halle, 1777. des Champs (*praes. Triller*) *de quibusdam jur. metall. capitib.* Viteb. 1783. Köhler *Versuch einer Anleitung zu den Rechten und der Verfassung bei dem Bergbau in Churachsen*. Freiberg, 1786; neue Ausgabe 1824. v. Cancrin *Grundsätze des deutschen Berg- und Salzrechts*. Frankfurt, 1790. Meyer *bergrechtliche Beobachtungen bei ergangenen gerichtlichen Erkenntnissen*. Leipzig, 1803. Reppmann (*praes. Hühner*) *quaest. jur. metall.* Lips. 1802. Wenk *de dominio partium metallici*. Lips. 1814. Tausch *Handbuch des Bergrechts in Oesterreich*. Klagenfurt, 1817. Faber *princip. jur. metallici hungarici*. Posen, 1816. Schulz *Handbuch des preussischen Bergrechts*. Offen, 1820. Jung *Bergrecht in den österreichischen Staaten*. Wien, 1822. Hafe *Commentar über das Bergrecht, mit steter Rücksicht auf die vornehmsten Bergordnungen*. Sulzbach, 1823. Karsten *Grundriß der deutschen Bergrechtslehre, mit Rücksicht auf die französ. Gesetzg.* Berlin, 1828. Schmidt *Versuch eines*

§. 243. [§. 297.] Verleihung der Bergwerksgerechtigkeit.
Freierklärung.

Die früh vorkommende ¹⁾, nicht erst aus einer Gnade der Regenten erklärbare Freierklärung der Bergwerke ²⁾ muß im Zusammenhange mit der landesherrlichen Einwirkung auf Bergbau betrachtet werden ³⁾, und hat den Charakter, daß der Bergbau im ganzen Lande, soweit nicht Ausnahmen vorkommen, in so ferne als freies Gewerbe erscheint, als jeder nach eingeholter Zustimmung der Bergbehörden nach gewissen Fossilien suchen, und wenn er sie gefunden, unter Beobachtung bergrechtlicher Vorschriften Bergbau treiben darf ⁴⁾, und selbst ein Recht hat, zu verlangen, daß er mit dem Bergeigenthum in einem gewissen Felde beliehen werde. Aus dem Daseyn dieser Freierklärung folgt aber noch nicht ein Bergregal, das dem Regenten ein Eigenthum auf alle Fossilien in dem ganzen Lande einräumt, sondern nur ein Bergregal in dem zuvor (§. 242.) bezeichneten Sinne. Häufig wurde das Bergregal ⁵⁾ auch an Corporationen oder große Grundeigenthümer ⁶⁾ voraus in gewissen Districten, nicht selten zugleich mit dem Districte, verliehen (Specialverleihung), was gewiß oft dadurch geschah, daß man das factisch schon lange herkömmlich geübte Recht nur bestätigte. Der Belehnte erhält dann das Bergregal nach lehenrechtlichen Grundsätzen als dominium utile, hat aber deswegen noch kein Eigenthum an den Fossilien seines Districts; er ist aber Bergherr ⁷⁾, hat als solcher die Rechte aus dem Berg-

böhmischen Bergrechts. Prag, 1833. Freisleben Darstellung der Grundlagen der sächs. Bergwerksverfassung. Leipzig, 1837. Freisleben der Staat und der Bergbau. Leipzig, 1839, und Weiske in seinem Rechtslexikon. I. S. 931.

1) S. bayerische Freierklärung von 1393 in Leri Samml. Einleitung S. XX.; sächsische von 1529 s. Köhler Versuch einer Anleit. S. 70.

2) Weiske im Rechtslexikon S. 938.

3) Sehr interessant ist das privilegium Culmense von 1250; in Lemann das alte culmische Recht S. 7., nach welchem der Orden der Dänen das Bergregal hatte, aber dennoch die Freierklärung bestand. s. noch Meyer Geschichte S. 97. Freisleben S. 21 u. Weiske l. c. S. 939.

4) Meyer Geschichte der Bergwerke S. 97. 109. Berg Handb. des Polizeir. III. S. 391. Köhler Versuch S. 70. Karsten S. 27. 30.

5) Eigentümliche Verhältnisse in Böhmen, wo den böhmischen Grundherren vom Herrenstande und der Stadt Prag besondere Bergrechte verliehen sind. s. Jung österr. Bergrecht S. 27.

6) Meyer Bergstaatsrechtl. (in otis metall.) c. 8. §. 13. Lit. b. Beispiele von Sachsen in Köhler Versuch S. 64, und von Bayern in Leri Samml. §. 27. Meyer bergrechtliche Beobachtungen S. 8. Karsten S. 26.

7) Preuß. Landr. §. 106—108. Hake Comment. S. 67—71. Gut Freisleben der Staat S. 18. Weiske l. c. S. 940.

regal in dem Sinne, wie das Regale der Regierung zusteht, bleibt jedoch der Berghoheit des Staats immer noch unterworfen, muß auch die in dem verlichenen Districte schon begründeten Rechte auf Vertreibung des Bergbaus anerkennen, und die Folgen der Freierklärung des Bergbaus werden dadurch nicht ausgeschlossen. Die Verleihung kann auch nur auf gewisse regale Fossilien, oder nur auf einzelne Ausflüsse des Bergregals, z. B. der Zehenden, beschränkt seyn (im letzten Fall *concessio minus plena*). In einigen Ländern kommt die Specialverleihung ⁸⁾ (Erbverleihung) noch in dem Sinne vor, daß der Verlichene das erblich ertheilte Recht auf Gewinnung benannter regaler Fossilien in einem bestimmten Reviere erhält, ohne zugleich die übrigen aus dem Bergregale fließenden Rechte zu erlangen; der Verlichene bedarf aber dann nicht für die einzelnen Gruben einer Wirthung und Bestätigung ⁹⁾.

§. 244. [§. 298.] Umfang des Bergregals. Bergwerksgut.

Ueber den Umfang des Bergregals ¹⁾ entscheidet in jedem Lande vorzüglich das Gesetz oder Herkommen. I. Im Zweifel kann es nur in Bezug auf wahre Metalle angenommen werden ²⁾; auf die durch gemeines Graben oder Steinhauen gewonnenen Mineralien wird das Bergregal nicht ausgedehnt ³⁾. Die in dem Lande entscheidenden Normen vorkommender Ausdrücke sind besonders zu beachten ⁴⁾.

8) S. Nimmann Bergwerkslexikon II. Seite 836. Köhler Versuch S. 62. v. Cancrin Bergrecht I. S. 74. Meyer bergrechtl. Beobachtungen S. 9. Karsten S. 25.

9) Beyer Bergstaatsrechtslehre Cap. 8. §. 13. Cap. 9. v. Cancrin von der Natur der Bergverleihung §. 10. 11.

1) Man theilte dies ehemals in hohes und niederes. Lynker de jure minar. Jen. 1695. II. Staudacher de regali mineral. medior. et inferior. jure. Jen. 1783. Kreitzmaier Anmerk. zum bayer. Landrechte. II. S. 775. f. noch Wönners Rechtsfälle. II. Bd. nr. 1.; eine weite Ausdehnung in Fischer Polizeir. III. §. 1317. Die Unterscheidung vom hohen und niedern Bergregal hat nur eine practische Bedeutung noch bei der Beurtheilung der Specialverleihung. Freiesleben S. 54.

2) Krebs de ligno et lapide. P. II. Class. 3. Sect. 3. §. 8. (pag. 29.) Eichhorn S. 663. Hake Comm. S. 47. Einige ältere Juristen wollten nur auf Metalle, aus welchen Münze geschlagen wird, das Regal einschränken. f. aber Krebs l. c.

3) Schon die im Mittelalter vorkommenden Urkunden, die immer nur von Metallen (Erzen) sprechen, zeigen dies.

4) Mineralien, Fossilien, Metalle sind nicht gleichbedeutend. Weiske l. c. S. 942. sagt: Regal ist, was vor dem Feuer besteht. f. noch Freiesleben Seite 54.

II. Aus dem bloß zufälligen Umstande, daß auch bei anderen Fossilien eine bergmännische Bearbeitung angewendet wird, kann eben so wenig ein Bergregal in Bezug auf diese Fossilien abgeleitet werden ⁵⁾, als aus dem Bergpolizeirechte ⁶⁾ des Regenten oder der Gewerbspolizei ⁷⁾, auch nicht aus dem Umstande ⁸⁾, daß in einem Lande landesherrliche Bergverleihungen in Bezug auf gewisse Gegenstände vorkommen, oder Abgaben von mehreren Bergbauenden gegeben werden.

III. Steinkohlen ⁹⁾ werden zwar oft zu den Regalien gerechnet, allein der Fiscus, welcher die Regalität behauptet, kann nicht vom Beweise freigesprochen werden, da schon die vegetabilischen Bestandtheile der Steinkohlen gegen die Annahme des Bergregals sprechen ¹⁰⁾. Das nämliche tritt bei Schwefel ¹¹⁾ und Braunkohlen ein ¹²⁾. IV. Der Umstand, daß einige mineralische Bestandtheile im Torf vorkommen, kann kein Regal des Torfs begründen ¹³⁾, obwohl häufig wegen

5) Daher geht auch Kunze Grundf. §. 163. zu weit; f. zwar auch badisches 76 Organisationsedict §. 27.

6) Berg Handbuch. III. §. 406.

7) J. B. bei Ziegelbrennereien. Hagemann practische Erörterungen. V. Seite 195.

8) Nach dem franzöf. Decret vom 21. April 1810 werden mines, minieres und carrieres unterschieden. Nach Art. 1. gehören zu den mines (bei welchen ein Bergregal auf gewisse Art existirt) Gold, Silber, Kupfer und alle Erze, Schwefel, Erd- und Steinkohlen, Harz, Alaun. Zu den minieres gehören Eisensufen, Feuersteine, Torf; zu carrieres Schiefer, Marmor, Kalk. f. Karsten §. 65. In den preuß. Provinzialr. ist große Verschiedenheit über den Umfang des Bergregals. Nach westpreuß. Provinzialr. §. 603. sind die im preuß. Landr. II. Tit. 16. §. 69—71. genannten Fossilien als Rechte des Grundeigenthümers erklärt. Eisenerz gehöre dem Grundeigenthümer. Nach dem schlesischen Rechte (Benzel schles. Provinzialr. I. §. 24.) gehören alle Metalle und Halbmetalle, auch Schwefel, Alaun, Steinkohlen zu dem Bergwerksregal; allein der Grundeigenthümer hat das Recht des Witbaus zur Hälfte.

9) Jargow von den Regalien. II. Buch. Cap. 6. §. 8. Ludewig gelehrte Anzeigen. II. §. 702. Dornfeld de jure circa lithranaces. Lipsiae, 1742. Aufsätze im bergmännischen neuen Journal, von Hofmann 1810. III. Bd. §. 495, IV. Bd. nr. 1. Wenk de domin. partium met. p. 7. not. 12. Umfassendes braunschweigisches Gesetz v. 13. Juni 1823, wo das Regale der Stein- und Braunkohlen anerkannt ist.

10) Schon Horn in jure feudal. cap. 9. §. 17. Struben rechtl. Bedenken. II. §. 289. Hagemann Landwirthschaftskr. §. 237.

11) Staudacher de regal. p. 105. Kreitmaier Anm. §. 778. f. auch in Preußen §. 71.

12) Auch in Preußen I. c.

13) Preuß. Landr. §. 73; nassauisches Gesetz vom 16. Oct. 1809 (in Berordn. Samml. I. §. 157); f. noch Kapf rechtliche Unters. der Frage: ob der Torf zu den Regalien gehöre? Lübingen, 1769. Mütter Erörterungen I. c. III. Samml. 18 Hft. §. 51. Breuning in Siebenkees Magazin des deutschen Rechts. I. §. 121. Segnitz de jure fodendi turfam lutosam inter regal. haud referend. Lips. 1802. Tröstich Anmerk. und Abhandl. I. §. 308. Benzel schles. Provinzialr. I. §. 25.

des Torfgrabens polizeiliche Beschränkungen vorkommen ¹⁴⁾. V. Ein Salpeterregal ^{14a)}, welches überall, wo Salpeter sich findet, z. B. selbst in Wohnungen der Privatpersonen, den Staat berechtigt, kann gemeinrechtlich weder aus dem Bergregal, welches ja kein Eigenthum an den Fossilien enthält, noch aus dem sogenannten jure armorum abgeleitet werden ¹⁵⁾. Die regalen Fossilien bilden das Bergwerksgut im engeren Sinne ¹⁶⁾; allein das Bergwerkseigenthum des Einzelnen erstreckt sich nicht bloß über sie, sondern über das ganze verlehene Grubensfeld, und umfaßt auch Gegenstände, die zwar auch anderen als bergmännischen Zwecken dienen können, aber doch zum Betriebe des Bergbaus erworben sind, z. B. Wasserzuströme ¹⁷⁾, Plätze zu Pochwerken, Halben, Wege und Stege ¹⁸⁾.

§. 245. [§. 299.] Arten der Erwerbung des Bergeigenthums, insbesondere Recht zu Schürfen.

Das Bergwerkseigenthum wird da, wo der Bergbau frei erklärt ist, nur erworben, wenn derjenige, welcher es nachsucht, die Existenz

14) Solche gelten noch in Frankreich: Delebecque traité II. p. 420. f. noch die obige Nassauische Verordnung von 1809; und östreich. Provinzialr. §. 1051—53. Hitzers van Rozenburg de condit. agror. e quibus cespites bitumin. Amstelod. 1840.

14a) Staudacher l. c. pag. 99. 103. Gockel de regal. fodendi nitrum. Altorf, 1740. Pütter in Erörterungen zum Staats- und Fürstenrecht. III. Bd. I. Heft. S. 27. Spittler Geschichte von Hannover. I. S. 440. Merkwürdig von Frankreich Merlin repert. vol. XII. pag. 343. Berg juristische Beobachtungen. I. S. 318. Gesetze von Oesterreich, wo Salpeterregal gilt in de Lucca politischer Codex. VIII. S. 145. f. Gesetz vom 21. December 1807. Baiersche Gesetze (ältere bei Kreitmayer l. c. Seite 778.); neue vom 3. Juli 1803, 6. Juli 1813; mehrere Gesetze in Fischer Polizeirecht. III. S. 883. Preuß. §. 66. In Württemberg war dies drückende Regal schon im XVII. Jahrhundert anerkannt. v. Wächter Handb. I. S. 486.

15) Die Aufhebung dieses Regals ist in neuerer Zeit erfolgt, in Hessen-Darmstadt durch Gesetz vom 2ten Juni 1821 §. 40; in Baden durch Gesetz vom 17ten November 1820.

* Vom angeblichen Marmorregal: Hofmann de regal. marmor. jur. Tub. 1757. Hofmann flores sparsi in jus marmor. reg. Turing. 1758. Wenk de domin. part. pag. 7. Schulz S. 75.

** Vom Alaun: Stengel und Eisenberg Beiträge. IV. Band. Seite 120.

*** Von Pottasche: Jahrbücher für deutsche Rechtsgelehrte, herausgegeben von Kreuß und Geuffert. V. Stück. S. 407.

16) Ueber die Bedeutung dieses Ausdrucks: Freiesleben der Staat S. 48—53.

17) Reinhard de jure aquar. metall. Erford. 1730. Freiesleben §. 11. Das Sprüchwort sagt: Mühlen und Teichen müssen dem Berge weichen.

18) Weiske S. 949.

eines noch im Bergfreien liegenden Minerals darthut ¹⁾. Hierzu bedarf es eines Auffuchens der Mineralien durch das Schürfen ²⁾, d. h. die Handlung, durch welche Jemand das im Berg verborgene Bergwerksgut durch Entblößung nachweislich und zugänglich macht und zur Gewinnung die nächste Anstalt trifft ³⁾. Jeder, welcher vom Bergamte einen (auf gewisse Districte gestellten) Schürfszettel ⁴⁾ erhält, hat das Recht, überall auch auf fremdem Grund ⁵⁾ und Boden, nur mit Ausnahme einiger Orte ⁶⁾, Erz aufzusuchen ⁷⁾. Der Schürfer muß, wenn er kein Erz findet, wieder den Ort ebenen ⁸⁾, den Schurf aber offen lassen, wenn er einen Gang gefunden hat ⁹⁾. Der Schürfer, welcher Erz gefunden hat, erwirbt Hinderrechte ¹⁰⁾, vermöge welcher er fordern kann, daß ihm vor Allen der Bau auf das entdeckte Werk in einem gewissen Umfange ¹¹⁾ verliehen werde, und zwar so, daß er den Vorzug vor Allen hat, die erst später finden, obgleich sie frühere Schürfszettel haben ¹²⁾. Ohne das Schürfen kann auch Bergcigenthum erworben werden, wenn jemand eine in das Freie gefallene Grube wieder aufnimmt und zu ihrem Bau

1) Joachimsth. Bergordn. II. Art. 1. Rinnmann Bergwerkslexikon. II. Bd. S. 845. Köhler Anleit. S. 97. Preuß. Landrecht I. o. §. 141—148.

2) Schürfen heißt Auffuchen der Lagerstätte der Fossilien über Tag; im engeren Sinne jene Art, wo Löcher an mehreren Stellen bis auf festes Gestein gegraben werden, um zu untersuchen, ob sich ein Gang vorfindet. Vom Freischürfen bair. Bergordn. Art. 6. Meyer bergrechtl. Beob. S. 79. Hake S. 100.

3) Freiesleben S. 71.

4) Nothwendig, damit der Schürfende sich legitimiren könne, und damit ihm der Schurf von einem Andern, der einen Schurfzettel hat, nicht weaggenommen werden kann. Karsten S. 82. Weiske S. 942. Nach vielen alten Bergrechten war ein Schurfzettel nicht nothwendig.

5) v. Cancrin Grundsätze des Bergrechts §. 107. Schulz S. 32. f. noch über die sächs. Bergwerksverfassung S. 92—105. Herder de jure quadraturae. p. 16—23. Der Grundeigenthümer bedarf keines Schürfscheins. Karsten S. 318. allein aus Vorsicht, um Andere auszuschließen, nimmt er einen solchen.

6) Z. B. an Kirchhöfen, besäeten Aedern, in Gebäuden; Schulz preussisches Bergrecht S. 30. Hake S. 102.

7) Preuß. §. 142. Hake S. 96—102. Karsten S. 77.

8) Karsten S. 319.

9) Preuß. §. 152.

10) Bair. BergO. Art. 2. Preuß. §. 151. Hake S. 105. Karsten S. 81. 83. 92.

11) Dieser ist verschieden nach Landesgesetzen. Preuß. §. 156. Karsten Seite 81.

12) Auch wenn der Bergmeister den ersten Hinder zurückweist und einen spätern annimmt, behält doch der erste Hinder sein Recht. Span Bergurtheil S. 62.

sich meldet ¹³⁾). In Bezug auf das Recht des ersten Finders sagt man: er habe das Alter im Felde ¹⁴⁾).

§. 246. [§. 300.] Muthung. Bestätigung. Berg-
eigenthum.

Der Finder hat, um das Bergwerkseigenthum zu erlangen, in bestimmter Zeit die Muthung ¹⁾) vorzunehmen, d. h. das auf die nachgewiesene Besitzergreifung und Aufschließung des bergfreien Guts gegründete Gesuch bei dem Bergamte um Bestätigung im Besitze und Eigenthum an dem aufgeschlossenen Bergwerksgut ²⁾). Der Muther, welcher das gefundene Object und den Ort des Fundes bestimmt angeben und nachweisen muß, daß er den Gang entblößt ³⁾) habe, kann die Bestätigung seines Rechts, wenn nicht sehr erhebliche Hindernisse im Wege stehen ⁴⁾), verlangen. Selbst wenn Hindernisse da sind, muß doch das Bergamt die Muthung annehmen ⁵⁾) (auf Recht und Unrecht). Kann die Verleihung in den ersten 14 Tagen nicht vorgenommen werden, so gestatten die Bergämter zwei oder dreimal eine Erlängung ⁶⁾) der Muthung auf eine anzugebende Zeit. Sind diese Fristen verstrichen ohne erfolgte Belehnung, oder hat der Muther die Lagerstätte eine gewisse Zeit ⁷⁾) unbelegt gelassen, so fällt sie in das Freie zurück. Die Muthung ist auch nöthig, wenn jemand eine in das Freie gefallene Zeche wieder aufnehmen und bauen will ⁸⁾).

13) Karsten S. 181.

14) *Viez de jure seniorat. metall. in tractat. ad metall. effod. concess.* Erford. 1727. Wagner Bergwerksverf. §. 11. 12. Herder *de jure quadrat.* §. 19. Köln. Bergordn. III. Thl. Art. 1. Preuß. Landr. §. 154. Meyer bergrechtl. Beobachtungen S. 84. s. aber auch Weiske l. c. S. 945. Freiesleben S. 72.

1) Joachimsthal. BergD. II. 2—4. Hertwig Bergbuch, s. voce: Muthen. Schönberg Berginformation S. 65. Köhler Versuch S. 99. Preuß. Landr. §. 158—168. Hafe S. 112. Karsten S. 89.

2) Freiesleben S. 74. Weiske l. c. S. 946.

3) Entblößen heißt die über der Lagerstätte befindliche Erde und Gestein wegräumen. Nimmann Bergwerkslexikon. II. S. 552. Er soll hier die Erstsenz des begehrten Minerals in der ganzen Erstreckung, welche er als sein Eigenthum fordert, nachweisen. Karsten S. 101. 105. Ueber die Bedingung des Entblößens ist Verschiedenheit in den Berggesetzen, weil nach alten Berggesetzen man erst die Muthung nach der Entblößung einlegte, was aber in der Folge an den meisten Orten sich änderte.

4) Steinbel in Karstens Archiv für Bergbau- und Hüttenkunde. III. Band. I. H. nr. 1. Karsten S. 92. Freiesleben S. 75.

5) Karsten S. 62. Weiske S. 947.

6) Joachimsthal. Bergordn. II. 30.

7) Verschieden nach Particularrechte, z. B. in Preußen 6 Wochen.

8) Karsten S. 181.

Nach Bergwässer⁹⁾, namentlich durch Stollen erschotene oder sonst für den Bergbau gewonnene, müssen, wenn sie Andere benutzen wollen, gemuthet werden. Wenn mehrere Funder da sind, so erhält, wenn sie in gehöriger Entfernung eingeschlagen haben, jeder das Recht auf den Platz, wo er einschlug; treffen aber die Funder am nämlichen Plage zusammen, so entscheidet die Rücksicht, wer zuerst entblöste, und dann, wer zuerst muthete¹⁰⁾. Nach geschehener Muthung tritt Untersuchung des Bergamts in Bezug auf das Daseyn der vorgeschriebenen Erfordernisse ein¹¹⁾, wenn der Muther um die Bestätigung seines Rechts nachgesucht hat¹²⁾, worauf Vermessung¹³⁾, förmliche Verleihung¹⁴⁾ mit Angabe des Umfangs des Bergwerkseigenthums¹⁵⁾ und Eintragung in die Bergbücher¹⁶⁾ eintritt. Der Beliehene erhält ein wahres Eigenthum¹⁷⁾, das jedoch eigenthümlichen Beschränkungen in so ferne unterworfen ist, als der Bergwerkseigenthümer das Object zu keinen andern als bergmännischen Zwecken gebrauchen kann, in der Verfügung über das gewonnene Erz durch das Vorkaufsrecht des Staats beschränkt ist, und durchaus nach Vorschrift der Berggesetze und unter Aufsicht der Bergbehörden zu bauen verpflichtet ist, und selbst durch nicht gehörigen Gebrauch sein Eigenthum verlieren kann^{17a)}.

9) Hartwig Bergbuch s. voce: Wasser, und Karsten S. 174. Weiske S. 947.

10) Preuß. §. 159—168. Hake S. 121.

11) Schulz S. 36—41. Hake S. 127. Wichtig ist, welche Behörden ursprünglich die Bestätigung gaben. Freiesleben S. 75. in not.

12) Köhler Anleitung S. 106. Struben rechtl. Bedenken. IV. nr. 38. Dörring de different. nonnullis jur. feudal. emphyteut. et metallici circa met. sadin. Marb. 1785.

13) Karsten S. 154.

14) Karsten S. 98. Freiesleben S. 76. Weiske S. 948.

15) Ueber die Art der Bestimmung s. Karsten S. 116.

16) Joachimsthal. Bergorden. II. 9. Horn de libro metallico. Viteb. 1706. Moschisch Abhandl. v. Bergbuch 1780. Köhler Anleitung S. 78. Meyer bergrechtl. Recb. S. 153. Hake S. 136. Karsten S. 192. Nach österr. Gesetzen (Mandat vom 14. October 1831) giebt erst die Belohnung das Recht zum Bergbau.

17) Häufig spricht man dabei von einem domin. utilit.; allein dies führte auf ein domin. directum des Staats, was aber nicht existirt. s. zwar Maurenbrecher I. S. 346. Verschiedene Ansichten: Biedermann §. 10. Wenk de domin. part. metall. p. 20. Karsten S. 52. 223. de Champs de quibusdam jur. metall. p. 82. Horn de regal. metallit. jure §. 22. Herder de jure quadrat. §. 16. Wähler Abhandlung über die Frage: ob der bisher im Lehenrecht übliche Sprachgebrauch vom domin. util. etc. Wetterhagen, 1785. Haubold Lehrbuch §. 269. Meyer bergrechtl. Recb. S. 174. Hake S. 120. Maurenbrecher Private. §. 252 a. Freiesleben Darstellung S. 82. Weiske l. c. S. 948.

17a) Unters. über die Natur des Eigenthums an mines in Wolowski Revue

§. 247. [§. 305.] Umfang des Vergeigenthums.

Um die Ausdehnung des verliehenen Grubensfeldes genau zu kennen, bedarf es der Nachweisung der dem Eigenthümer des Verliehenen zu setzenden Gränzen, innerhalb welcher er zum Abbau berechtigt ist, was schon wegen des rechtlichen Nebeneinanderbestehens mehrerer Nachbarn und Berge wichtig wird ¹⁾. Hierzu ist bergmännische Vermessung ²⁾ nothwendig ³⁾. Die älteste Vermessungsart war die nach Lehen ⁴⁾, d. h. ein 7 Lachter langes und ebenso breites Quadrat. Der Verliehene erhielt deren regelmäßig sieben ⁵⁾. In den spätern Gesetzen ist Verschiedenheit. — Die Breite des verliehenen Feldes wird durch die Vierung ⁶⁾ bestimmt. Es wird nämlich deshalb $3\frac{1}{2}$ Lachter in das Hangende und $3\frac{1}{2}$ Lachter ins Liegende, jedoch so vermessen, daß man an den Saalbändern des Ganges ⁷⁾ anhält, die Mächtigkeit desselben also nicht mit berechnet.

de legislation 1836. vol. IV. p. 130.; und die oben in §. 242. not. 6a. angeführte Abh. von Henequin.

- 1) Freisleben der Staat S. 82.
- 2) Herder de jure quadr. §. 6. Schulz S. 39—41. Karsten S. 154. Dalwigk pract. Erört. nr. 2. Weiske S. 949.
- 3) Freisleben Darstellung S. 85. Hufe §. 205.
- 4) Rutenberger Bergordn. von 1280. III. §. 1. In den lateinischen Quellen kömmt der Ausdruck: laneus vor.
- 5) Die Vermessung ist verschieden, je nachdem die Erzlagerräume in Gängen oder Flözen, oder Lagern, oder Stöcken besteht. Freisleben der Staat Seite 84.
- 6) Joachimsthaler Bergordn. II. 77. Schönberg Berginform. I. Thl. S. 32. Hertwig Bergbuch S. 407. Köhler Versuch S. 111. 161. Rinmanns Bergwerklexikon. I. S. 164, II. S. 668. 752. 773. Herder de jure quadrat. Viteb. 1802. Lempe im Magazin für Bergbaukunde. VI. Thl. nr. 11. S. 173. Cöln. Bergordn. V. art. 3. 5. Baier. Bergordnung art. 59—61. Preuß. Landr. §. 352. Meyer bergrechtl. Beob. S. 17. 50. 109. Karsten S. 135. 146. Weiske S. 950.
- 7) Gang ist ein im Gebirge abgesonderter und mit Fossilien anderer Art, als die sind, woraus das Gebirge besteht, ausgefüllter Raum, welcher in die Länge und Tiefe nach unbekannten Gränzen das Gebirge durchschneidet. Flöz ist eine (in Flözgebirgen vorkommende) gleichförmig auf dem Erdboden hin sich ausbreitende Masse von Mineralien, die mit der Gesteinlagerung gleiche Richtung hat, s. Schulz Bergrecht S. 6. Meyer l. c. S. 113. 127. Schacht heißt im Bergbau jener Bau, welcher von der Oberfläche der Erde durch das Gestein gesenkt wird, um Wetter (Luft und Licht) einzuschaffen, und Erz zu Tage zu fördern. Stollen sind die gleich einem Kellerhalse in das Gebirg getriebenen, mit Tragwerk versehenen Oeffnungen. Zeche heißt das wirklich bebaute Bergwerk. Saalband ist jene Steinart, welche den Erzen auf den Gängen die Einfassung giebt, so daß sie damit wie mit einem Bande umfungen sind. Hangen des ist der Theil des Gebirgs, der auf dem Gange liegt, und der Theil, auf welchem der Gang gleichsam aufliegt, heißt Liegendes.

Nach Bergwässer⁹⁾, namentlich durch Stollen erschotene oder sonst für den Bergbau gewonnene, müssen, wenn sie Andere benutzen wollen, gemuthet werden. Wenn mehrere Finder da sind, so erhält, wenn sie in gehöriger Entfernung eingeschlagen haben, jeder das Recht auf den Platz, wo er einschlug; treffen aber die Finder am nämlichen Orte zusammen, so entscheidet die Rücksicht, wer zuerst entblöste, und dann, wer zuerst muthete¹⁰⁾. Nach geschehener Muthung tritt Untersuchung des Bergamts in Bezug auf das Daseyn der vorgeschriebenen Erfordernisse ein¹¹⁾, wenn der Muthet um die Bestätigung seines Rechts nachgesucht hat¹²⁾, worauf Vermessung¹³⁾, förmliche Verleihung¹⁴⁾ mit Angabe des Umfangs des Bergwerkseigenthums¹⁵⁾ und Eintragung in die Bergbücher¹⁶⁾ eintritt. Der Belehene erhält ein wahres Eigenthum¹⁷⁾, das jedoch eigenthümlichen Beschränkungen in so ferne unterworfen ist, als der Bergwerkseigenthümer das Object zu keinen andern als bergmännischen Zwecken gebrauchen kann, in der Verfügung über das gewonnene Erz durch das Vorkaufsrecht des Staats beschränkt ist, und durchaus nach Vorschrift der Berggesetze und unter Aufsicht der Bergbehörden zu bauen verpflichtet ist, und selbst durch nicht gehörigen Gebrauch sein Eigenthum verlieren kann^{17a)}.

9) Hartwig Bergbuch s. voce: Wasser, und Karsten S. 174. Weiske S. 947.

10) Preuß. J. 159—168. Hake S. 121.

11) Schulz S. 36—41. Hake S. 127. Wichtig ist, welche Behörden ursprünglich die Bestätigung gaben. Freiesleben S. 75. in not.

12) Köhler Anleitung S. 106. Struben rechtl. Bedenken. IV. nr. 38. Dörring de different. nonnullis jur. feudat. emphyteut. et metallici circa met. fodin. Marb. 1785.

13) Karsten S. 154.

14) Karsten S. 98. Freiesleben S. 76. Weiske S. 948.

15) Ueber die Art der Bestimmung s. Karsten S. 116.

16) Joachimsthal. Bergordn. II. 9. Horn de libro metallico. Viteb. 1706. Klossch Abhandl. v. Gegenbuch 1780. Köhler Anleitung S. 78. Meyer bergrechtl. Beob. S. 153. Hake S. 136. Karsten S. 192. Nach österr. Gesetzen (Mandat vom 14. October 1831) giebt erst die Bezeichnung das Recht zum Bergbau.

17) Häufig spricht man dabei von einem domin. utili; allein dies führte auf ein domin. directum des Staats, was aber nicht existirt. s. zwar Maurerbrecher I. S. 546. Verschiedene Ansichten: Biedermann §. 10. Wenk de domin. part. metall. p. 20. Karsten S. 52. 223. de Champs de quibusdam jur. metall. p. 82. Horn de regal. metallit. jure §. 22. Herder de jure quadrat. §. 16. Köhler Abhandlung über die Frage: ob der bisher im Lehenrecht übliche Sprachgebrauch vom domin. util. etc. Wetterhagen, 1785. Haubold Lehrbuch S. 269. Meyer bergrechtl. Beob. S. 174. Hake S. 129. Maurerbrecher Privatr. J. 252 a. Freiesleben Darstellung S. 82. Weiske l. c. S. 948.

17a) Unterf. über die Natur des Eigenthums an mines in Wolowaki Revue

• (engerechtigkeiten 2)), als Inbegriff der dem Einbringer der Stollen zustehenden Vorrechte, setzen einen Stollen voraus, der von einem Andern als dem Grubeneigenthümer, aber zum Besten eines oder mehrerer Grubeneigenthümer getrieben wird. Um als Erbstollen 3) zu gelten, muß er wenigstens eine Tiefe von 10 Rachter und einer Spanne [Erbteufe] 4) von der Dammerde an gerechnet einbringen. Es können auch mehrere Stollen in dasselbe Gebirge eingebracht werden, und zwar theils von verschiedenen Seiten, theils von verschiedener Teufe. So lange sich ein Stollen im freien Felde befindet, hat er für seine Höhe seine Vierung wie ein Gang, und kann die in demselben befindlichen Erze abhauen 5). Kömmt der Stollen in ein bereits einem Andern verliehenes Feld, so darf ihn der Eigenthümer desselben am Fortbauen nicht hindern, er muß ihm auch erlauben, Richtsücher abzusenken 6). Der Stöllner darf sogar die Schächte der Grube benutzen 7). Der wenigstens mit der Erbteufe in ein fremdes Grubenfeld eingebrachte Stollen genießt a) den Stollenhieb, d. h. er kann das bei dem Forttreiben des Stollens ihm entgegenstehende Erz für den Umfang des Stollens $\frac{1}{2}$ Rachter hoch und $\frac{1}{2}$ Rachter breit für sich wegnehmen 8). Ein Recht auf die Vierung hat er hier nicht. Träfe der Stollen, indem er Flügelörter treibt, auf zwei Gänge in demselben Grubenfelde, so kann er nur mit einem den Stollenhieb nehmen. b) Das Stollenneuntel 9) erhält der Stöllner von dem gewonnenen Erze der Grube, wenn er mit ihr durchschlägig geworden ist, und ihr Wasser benimmt und Wetter bringt. Hat der Stollen diese Erfordernisse nicht, oder hat er, ohne durchschlägig geworden zu seyn, doch eine Grube vom Wasser befreit, so erhält er das halbe Neuntel. c) So lange der Stöllner die Stollen im Felde einer

2) Joachimsthaler Bergordn. P. II. Art. 1. Köhler Versuch S. 161—166. Preuß. Landr. §. 352—383. Schulz S. 53—55.

3) Hinmann Bergwerkslexikon. II. S. 564. Meyer bergrechtl. Beobachtungen S. 96—112. Hake S. 292. Nach der Rutenberger Bergordn. von 1280. II. a. 4. wird stollo haereditarius genannt quia quasi perpetuus propter diuturnitatem est.

4) Karsten S. 369. Weiske S. 965.

5) Lempe im Magazin S. 180. Herder de jure quadr. §. 87. Hake Seite 336.

6) Karsten S. 363. Hake S. 299.

7) Karsten S. 363. 367. Hake S. 299.

8) Köhler Versuch S. 168. Preuß. Landr. §. 405. Meyer S. 100. Karsten S. 370. Weiske S. 966.

9) Meyer S. 102. Hake S. 303. Sächsische Stollenordnung von 1748 §. 11.

Grube forttreibt, erhält er auch von derselben den vierten Pfennig ¹⁰⁾, der in dem Beitrage des vierten Theils der Kosten zur Betreibung des Stollens ¹¹⁾ besteht. Die Grube kann aber auch nach Uebereinkommen den vierten Theil der Arbeit und Auslage in natura geben. Kann oder will der Stöllner den Stollen nicht weiter forttreiben, erklärt er dies dem Bergamt, läßt er ihn dann verstußen, d. h. an dem Orte bis zu dem er vollständig hergestellt ist, ein Zeichen einhauen, und erhält er den Stollen nebst Lichtlöchern bauhaslig, so behält er sein Recht am Stollen; der verstußte Stollen kann von Andern gemuthet und fortgetrieben werden, ohne daß jedoch der erste Stöllner sein Recht verliert ¹²⁾. Wenn ein Stollen schon Rechte hat, und ein Anderer einen noch tieferen Stollen macht, so wird dadurch der Erste enterbt ¹³⁾, d. h. er verliert seine Stollengerechtigkeit, und es erklärt sich daraus, daß ein Stollen nur so lange die Vortheile erhält, als er wirklich das leistet, wofür er Vortheile bekommt.

§. 249. [§. 301.] Bergamtsverfassung.

Die Bergarbeit wird nach Schichten ¹⁾ (d. h. achtstündigen Zeiträumen) ausgetheilt. Zur Ausübung der Oberaufsicht ist das Land in Bergreviere abgetheilt, in welchen Bergämter sich befinden ²⁾, denen alle Bergbautreibenden unterworfen sind. Diese Bergämter kommen theils als Polizei-, theils als Verwaltungsstellen, theils als Gerichtsbehörden, und zwar wieder mit streitiger und freiwilliger Ge-

10) Joachimsthaler Berggebräuche appendix ad P. II. Art. 31. Baier. Bergordn. Art. 70. Cöln. B. D. VI. 16. Preuß. §. 409.

11) Von Stollenrechten überhaupt Joachimsthaler B. D. II. 93; sächs. Bergordn. von 1589 §. 77—83; sächs. Stollenordnung vom 12. Juni 1749. Cöln. B. D. VI. Art. 1. Baier B. D. Art. 67. 68. Köhler Versuch S. 166. Preuß. Landr. §. 383—404. Hake Comm. S. 279.

12) Preuß. Landr. §. 236—38. Baier. B. D. §. 82. Hake S. 328. Hat der erste Stöllner nicht verstußen lassen und nicht fortgebaut, so kann jeder Andere, wenn der Stollen freigefahren ist, zum weitem Fortbetriebe damit sich beehren lassen. s. noch Weiske S. 967.

13) Joachimsth. B. D. II. Art. 98. Cöln. Bergordn. VI. 9; sächs. Stollenordn. Art. 20. Köhler Versuch S. 183. Preuß. Landrecht §. 457. Meyer bergrechtl. Beobachtungen S. 105. Hake S. 320. Karsten Seite 389. Weiske S. 967.

1) Joachimsthal. B. D. II. 39. Cöln. B. D. VII. 15. Baier. B. D. Art. 49. Köhler Versuch S. 149.

2) Von Sachsen, Köhler l. c. S. 72. Baier. Gesetz vom 29. Septbr. 1808. Von Preußen, Rumpf, der preuß. Staatssecretär S. 346, und Schulz preussisches Berggr. S. 46. 102. Von Nassau, Berordn. Samml. II. Bd. S. 2. 11. 21.

richtbarkeit, vor ³⁾). Wesentlich sind als Bergbeamte ⁴⁾): a) der Gegenschreiber ⁵⁾ (Bergschreiber), welcher das Gegenbuch führt; b) der Schichtmeister ⁶⁾, welcher als Factor der Gewerkschaften die Deconomie der anvertrauten Grubengebäude, die Anschaffung der Materialien besorgt, Zuhufen sammelt und Rechnung stellt; c) der Steiger ⁷⁾ (verschieden benannt), welcher die Aufsicht über die Vergarbeit führt, und die Arbeiten austheilt. Die Vergarbeiter ⁸⁾ (Knappen) stehen häufig unter sich in gesellschaftlicher Verbindung.

§. 250. [§. 302.] Eigenlehner.

Eigenlehner ¹⁾ sind diejenigen, welche ein ihnen verliehenes Bergwerkseigenthum durch ihre eigene Arbeit und Auslage bauen und benutzen. Jetzt wird es ihnen auch gestattet, besondere Vergarbeiter anzunehmen. Die Eigenlehner dürfen nicht mehr als 8 seyn ²⁾. Sie sind als durch einen Vertrag verbundene Miteigenthümer einer untheilbaren Sache zu intellectuellen Theilen anzusehen ³⁾. Von der Gewerkschaft sind sie schon dadurch unterschieden, daß bei ihnen das eigentliche Kurenverhältniß nicht angewendet wird ⁴⁾. Da durch Eigenlehner vorzüglich neue Berggebäude begonnen werden, so genießen

- 3) Gute Darstellung der Wirksamkeit der Bergbehörden in Sachsen, Lehmann in der Zeitschrift für Rechtspflege und Verwaltung in Sachsen. I. S. 385—440.
- 4) Von andern Bergbeamten, z. B. vom Zehndner, Joachimsth. B. D. I. 4. Köhler S. 83. Vom Bergmeister, Joachimsthal. I. 2. Köhler S. 72.
- 5) Joachimsthaler B. D. I. 9. Span Bergrechtsp. P. I. C. 17. Meyer bergrechtl. Beob. S. 154—164.
- 6) Meyer l. c. Seite 164—169. Preussisches Landr. §. 310—321. Hafe Seite 189.
- 7) Eöln. Bergordn. Thl. VII. Art. 1—12. Hafe S. 187.
- 8) Rinmann Bergwerkslexikon. I. S. 673. II. Thl. S. 379. Eöln. B. Ordn. Thl. II. Hafe S. 174.
- 1) Streit, ob Eigenlehner oder Eigenlöhner zu schreiben, Reppmann quaest. jur. metallic. p. 24. Eigenlöhner leitet man oft davon ab, daß sie sich selbst auslöshen, und von Andern nicht Arbeitslohn erhalten. Eigenlehner aber (auch Einspänige) heißen sie, weil sie ihr eigenes Leben bauen, weil sie allein und nicht mit andern zusammen, wie bei einer Gewerkschaft belehnt sind. Weiske S. 953.
- 2) Nach der sächs. Bergordn. von 1509 sollten nicht mehr als höchstens 4 seyn; allein dies wird nicht mehr beobachtet. Es kann jetzt auch nur Einer seyn.
- 3) Köhler Versuch S. 143. Rinmann Bergwerkslexikon. II. S. 433. Wenk de dominio partium metallic. pag. 15. Biedermann, de juribus singularibus *avraggyv* metallicorum. Lips. 1810. Sächs. Bergordn. von 1509 Art. 16. 126. Karsten S. 238. Wie weit noch jetzt mit Vortheil durch Eigenlöhner Bergbau betrieben wird, Freiesleben S. 175.
- 4) Weiske l. c. S. 953.

sie manche Begünstigungen. Sie haben das Recht der eigenen Verwaltung, stehen jedoch in soweit unter der Aufsicht der Bergämter, als sich diese auf zweckmäßigen Bergbau bezieht. Sie können Einen unter sich wählen, dem sie die Leitung übertragen ⁵⁾. Dieser heißt Lehenträger oder Vorsteher eigener Lehen, und vertritt die Stelle des Schichtmeisters. Die Eigenthümer legen ohne Zuziehung des Bergamts die Zusage unter sich um; wegen Rückständen kann kein Restitutionsverfahren angestellt werden. Die Eigenthümer können die Zeche mit Beilarbeit bauen, d. h. es genügt, wenn das Berggebäude täglich mit einer 4stündigen Schicht belegt wird ⁶⁾. Dagegen sind die Verbindlichkeiten und Rechte in Bezug auf den Bergheeren die nämlichen, wie bei den Gewerken ⁷⁾.

§. 251. [§. 303.] Gewerkschaften.

Die Erfahrung, daß der Bergbau mit Vortheil durch vereinigte Kräfte betrieben werden kann, veranlaßte früh bergmännische Genossenschaften ¹⁾ [Gewerkschaften ²⁾]. Diese sind größere Vereine, welche den Bergbau betreiben, und zwar so, daß mehr als acht Theilnehmer da sind, und die Betreibung des Baus nach Kuren ³⁾ geschieht; d. h. nach intellectuellen Theilen des Miteigenthums, indem das Berggebäude der Gewerkschaft zum Behufe der Vertheilung der Zusage und Ausbeute intellectuell getheilt wird ⁴⁾. Die Gewerkschaft wird jetzt als eine Gesellschaft beurtheilt; nach dem älteren Rechte, nämlich vor Ausdehnung des römischen Rechts auf Bergrecht, betrachtete man die Gewerkschaft als eine Corporation ⁵⁾.

5) Biedermann p. 43.

6) Sächs. Bergordn. 1609. Art. 126.

7) Biedermann pag. 56—69.

1) Freiesleben der Staat S. 125. Sternbergs Umriss. II. S. 102. 205. Weissé l. c. S. 955.

2) Schmidt de origine et jure societatis metall. Gewerkschaft. Lips. 1778. Köhler Anleit. S. 143. Bergmännisches Taschenbuch 1799 S. 99. Wagner hursäch. Bergwerksverf. S. 50. Preuß. Landrecht §. 181. Cöln. Bergordn. III. Thl. Art. 18. Reppmann quaest. p. 29. Biedermann de jure singul. p. 16. Karsten S. 239.

3) Ueber Ableitung des Wortes; Wenk de dominio partium. pag. 17. Mit Unrecht betrachtet man die Gewerkschaft, die nur eine Gesellschaft ist (Reppmann quaest. p. 20), als universitas, wie J. B. Schmidt diss. cit. p. 22. thut. Wichtig über die Theilung in Kuren, Freiesleben der Staat S. 127.

4) Hake §. 223.

5) J. B. in Sachsen noch im XVII. Jahrhundert. Schmid Bergprozeß Seite 33.

Auch jetzt kommen noch mehrere Verhältnisse vor, welche die Gewerkschaft nicht als reine Gesellschaft darstellen, indem die Gewerken in Gewerkschaftsangelegenheiten dritter Personen weder pro rata noch in solidum haften, und nicht als Einzelne von dritten belangt werden können ⁶⁾. Kure ist das durch die Corporationsmitgliedergesellschaft erlangte Recht. — Je nachdem man den Gewerken ein condominium wie einer Gesellschaft beilegt, oder sie als Corporation ansieht, wird auch die Frage ⁷⁾: ob sie durch Stimmenmehrheit zum Veräußern der Kure u. genöthigt werden können? ⁸⁾ zu entscheiden seyn. Der Vorsteher der Gewerkschaft ist der Schichtmeister ⁹⁾, der unter der Aufsicht des Bergamts die Zeche verwaltet, die Anschaffung der Materialien besorgt, die Zubeße einnimmt und Rechnung stellt. Die Gewerke können nicht nach Gutdünken den Betrieb der Zeche leiten. Um als Gewerke zu erscheinen, muß man in das Gegenbuch eingetragen seyn ¹⁰⁾; die Gewerken wählen ihren Schichtmeister gewöhnlich aus den ihnen von dem Bergamte vorgeschlagenen Personen. Sie können durch Stimmenmehrheit Beschlüsse fassen, wo aber die Stimmen nach der Anzahl der Kuren, die jeder Gewerke hat, gezählt werden ¹¹⁾. Die Zustimmung der Gewerken ist nöthig ¹²⁾, wenn es sich um wesentliche Veränderungen oder Unternehmungen, um das Aufgeben der Zeche, Vergleichsabschluß, Führung eines Processes u. handelt. Die Wichtigkeit des Bergbaues rechtfertigt den Grundsatz, daß jeder Grundeigenthümer den zur Ausfüllung des Grubenbaues und der damit zusammenhängenden Anstalten zum Haldensturze und zur Anlegung von Wegen nöthigen Grund gegen Entschädigung ¹³⁾ abtreten muß ¹⁴⁾, wodurch eine servitus

6) Richtige Bemerk. von Weiske l. c. S. 129. Freiesleben (d. Staat) S. 129. nennt sie Actiengesellschaften.

7) Schulz preuß. Bergr. §. 45. Meyer bergrechtl. Beobachtungen S. 147. 168. Karsten S. 252.

8) Pufendorf Obs. III. obs. 111. 149. Hake Comment. S. 167—169. Weiske S. 955.

9) Meyer S. 164. Hake S. 189.

10) Hake §. 276.

11) Meyer S. 147. Schulz. §. 45. Karsten S. 250. Weiske S. 957.

12) Reppmann quaest. p. 38.

13) Wenn nicht im Landesgesetz speciell ausgesprochen ist, daß die Erbkuxe statt der Entschädigung dienen soll. v. Cancrin Zusätze zu Meyers Bergbaurechtslehre S. 149, und Gluck und Geiger Rechtsfälle. I. Bd. nr. 33. Man vergißt hier leicht, wie sehr im Bergwesen die alten Verhältnisse sich änderten. Karsten S. 323—326.

14) Hake Comm. S. 359; viel in Wagner corp. jur. met. im 3ten Register, sub voce: Bergtheile. Karsten S. 327.

necessaria entsteht ¹⁵). Zur Entschädigung war durch die Gewohnheit die Erbkure bestimmt, nach welcher der Grundeigenthümer zum Theilnehmer an den möglichen Vortheilen des Unternehmens gemacht, und die Ueberlassung des Terrains als die von ihm zu leistende Zuhufsumme betrachtet wird ¹⁶). Nicht weniger muß der Grundeigenthümer den zur Abfuhr der Mineralien nöthigen Grund überlassen ¹⁷). Die Erbkure gehört als Pertinenz zum Gute ¹⁸), und zwar hat derjenige, welcher das nughare Eigenthum des Guts hat, auch das Recht auf die Kure, welche zu seinem Vortheil von der Gewerkschaft gebaut wird (s. §. 253.). Die Gewerken haben auch auf das zum Bergbau nöthige Wasser Anspruch ¹⁹), und haben Begünstigung wegen des nöthigen Holzes ²⁰). In Bezug auf die Wasser hat das Bergrecht den Grundsatz aufgestellt, daß der Bergbauende eben so die nöthigen Wasser aus dem Regalsflusse und nicht öffentlichen Wassern, so lange Niemand an dem Wasser Rechte erlangte, als auch da, wo Jemand schon Rechte erwarb (z. B. Mühlenberechtigte), gegen Entschädigung fordern kann ²¹).

§. 252. Verhältniß der Gewerkschaft zu Dritten.

Wenn eine Gewerkschaft ¹) Schulden ²) hat, so gelten als Bergschulden nur diejenigen ³), die in einer unmittelbaren Beziehung auf die Zeche ihren Grund haben, und die Gläubiger können sich dann nur an die Kuren, nicht aber an die Gewerken und deren Vermögen halten. Als Bergschulden gelten darnach 1) rückständiger Lohn der Bergarbeiter, 2) Pochwerks- und Hüttenkosten, 3) Abgaben an den Bergherrn, 4) Beiträge an die Stölkner, 5) aus Berg-

15) Wie weit dies paßt s. Freisleben S. 94.

16) Freisleben S. 95. Weiske S. 900. Nach manchen Bergordn. kann der Grundeigenthümer zwischen Entschädigung (nach dem Grundsatz der Erpropriation) oder Erbkure wählen.

17) Preuß. Gesetz vom 27. Oct. 1804. Hake S. 367.

18) Preuß. Landr. §. 120. Hake S. 361.

19) Reinhard de jure aquar. metallicar. Erf. 1730. Hake Commentar Seite 370.

20) Wagner corp. jur. metall. Abs. Register, s. voce: Holz. Hake S. 373.

21) Die ganze Lehre ist in den Bergordnungen ungenügend erörtert. s. Joachimsthaler Berggebräuche art. 104. II. Die beste Darstellung von Lehmann in der Zeitschrift für Rechtspflege in Sachsen, II. S. 63—69.

1) Man spricht auch von Zechen, was oft soviel als Genossenschaft, oft auch das Berggebäude bedeutet.

2) Hake §. 309.

3) Karsten Bergrechtslehre §. 303. Weiske S. 958.

cassen an die Zeche vorgeschossener Verlag, 6) Forderungen Dritter wegen vorgeschossener Betriebscapitalien oder zum Betriebe gehöriger Materialien. — Nach dem Bergrechte wird in Bezug auf Bergschulden das Bergvermögen von dem übrigen Vermögen der Gewerkschaften getrennt, und die Schuld wird nur durch die Zeche befriedigt, ohne daß der Gläubiger sich an das übrige Vermögen oder an die Person des Schuldners halten konnte ¹⁾. Klagt ein Gläubiger wegen einer Bergschuld, ohne Zahlung zu erhalten, so kann die Grube subhastirt oder dem Gläubiger nach dem Taxwerthe zugesprochen werden, so daß er sie statt der Gewerkschaft forttreibt, und dieser, die sich nun auflöst, den etwaigen Ueberschuß auszahlt ²⁾.

§. 253. [§. 306.] Rechte der Bergbeliehenen an ihren Kuren.

Der mit dem Rechte zum Bergbau Beliehene hat ein wahres Bergeigenthum, welches wegen der strengen Beobachtung der Berggesetze, denen der Beliehene unterworfen ist, wegen der Pflicht des ununterbrochenen Baues und wegen der besonderen Verlustarten als ein beschränktes Eigenthum erscheint ³⁾, ohne daß man nöthig hat, dies Recht des Bergbeliehenen ein dominium utile oder bloßes Nießbrauchsrecht, oder ein emphyteutisches Recht an ihren Bergtheilen zu nennen ⁴⁾. Obwohl das Berggebäude der Gewerkschaft in 128 Kuren zerfällt (§. 251.), so vermehrt sich noch die Zahl von Kuren durch die Freikuren ⁵⁾, d. h. solchen, die zum Vortheil von bestimmten Grundstücken oder juristischen Personen so gebaut werden, daß sie keine Zubeße geben, wohl aber die Ausbeute erhalten ⁶⁾. Solche Kuren bleiben als untrennbare Zubehörungen bei dem, welchem sie gegeben werden. Sie sind Kirchen-, Stadt- und Knap-

4) Dies hängt mit alten Begünstigungen des Bergbaues zusammen. Meyer S. 73. Baier. Bergordn. von 1784 art. 106. Preuß. Landr. II. 16. §. 292. Weiske Seite 957. Ueber den Einfluß der Grundsätze von den Actienvereinen auf die Frage s. Freisleben der Staat S. 139.

5) Sächs. Mandat über Bergfreitigkeiten von 1713 §. 26.

1) S. oben §. 246. Vom Unterschiede des Bergbaues von jedem anderen vollen Eigenthume, Karsten S. 62. 223.

2) S. oben §. 246. Note 17.

3) Rinmann Bergwerkslexikon. II. Seite 844. Röhrer Seite 185. Karsten S. 242.

4) Eine Art davon ist die Holzkuze. Einert diss. jur. met. de partib. metall. circa lign. Lips. 1778.

schafstürken. Die Grund = Erbkure [Nkertheil] ⁵⁾ kömmt gesetzlich demjenigen zu, auf dessen Grund und Boden sich der Grubenacht befindet. Der Grundeigenthümer muß sich dafür das Stürzen der Halben, das Bauen der Rauen, Anlegen von Wegen für die Zeche gefallen lassen ⁶⁾. I. Die Kure der Gewerken wird als unbeweglich betrachtet ⁷⁾. II. Die Kure ist wie ein anderes Grundeigenthum frei veräußerlich. III. Durch die bergrechtliche Erwerbung der Kure wird der Erwerber Mitglied der Gewerkschaft, und nimmt dadurch an den Rechten und Verbindlichkeiten Theil, welche aus der Gewerkschaft fließen. Die Kure ist zugleich ein besonderer mit dem Bergwerkseigenthum nicht identischer Vermögenstheil ⁸⁾. IV. Alle Verträge, die das Eigenthum der Kuren betreffen, müssen in das Bergbuch eingetragen werden ⁹⁾; jede Veräußerung der Kure bedarf noch einer Zugewähr im Gegenbuche, welches als Berg = Hypothekenbuch gilt ¹⁰⁾. Nach älterem Rechte wurde der Grundsatz der Invesitur angewendet ¹¹⁾, so daß nur derjenige, welcher im Gegenbuche als Eigenthümer der Kure eingetragen war, als solcher galt. Nach neuem Rechte läßt man den Eigenthumbeweis auch gegen das Gegenbuch zu ¹²⁾. V. Nach altem Rechte ging das Eigenthum der Kure ipso jure auf die Erben über ¹³⁾; jetzt nimmt man wohl richtiger an, daß die im Lande geltenden Grundsätze über Erbschaftsantritt auch auf die Succession in Kuren anwendbar sind ¹⁴⁾. Die Eintragung der ererbten Kure in das Gegenbuch innerhalb einer gewissen Zeit bei Verlust der Kure ist erst durch spätere Landesgesetze

5) Joachimsthaler Bergwerksgesetz, adpond. zu Thl. II. art. 1. Cöln. Berg. ordn. III. 19; baier. art. 8. Rinnmann II. S. 560. Lehmann bergrechtl. Gedanken vom Erbkur 1753.

6) Freisleben §. 19.

7) Preuß. Landrecht §. 253. Hafe Comm. S. 87. Handels Lehrb. S. 279. Karsten S. 247.

8) Meyer Beob. S. 149. Weiske S. 956.

9) Köhler Versuch S. 198. Wenk de dominio pag. 26. Karsten S. 281.

10) Joachimsthaler B. D. II. 73. Preuß. Landr. §. 325. Cölnische B. D. VIII. 16. Meyer Beob. S. 185. Hafe S. 200.

11) Sächs. BergD. von 1589 art. 12. Weiske S. 962.

12) Meyer S. 199. Schmid Archiv Heft I. S. 181. Hafe S. 212. Span Bergurtheile nr. 283. f. überhaupt Lehmann in der Zeitschrift für Rechtspflege S. 395.

13) Span Bergurtheil tit. X. §. 3.

14) Hanbold §. 257. Baier. B. D. Art. 95. f. aber Span Bergurtheile nr. 362. Meyer l. c. S. 191. Wenk de dominio pag. 50. Hafe S. 221. Weiske S. 962.

vorgeschrieben worden. VI. Die Kuren werden als ein besonderes, mit dem übrigen Vermögen nicht zu vermischendes Recht betrachtet, daher die Generalhypotheken des Civilrechts und die allgemeinen stillschweigenden Hypotheken nicht auf das Bergvermögen wirken ¹⁵⁾. VII. Der Verleger kann wegen rückständiger Zubeße seine Befriedigung aus den Kuren verlangen, und sich hiezu Pfandrecht vorbehalten. Auch jeder Gewerke kann wegen einer Civilschuld seine Kure durch Eintragung in das Gegenbuch verpfänden ¹⁶⁾, wobei es darauf ankommt, ob die Zeche oder nur gewisse Kuren verpfändet sind; im letztern Falle erhält der Gläubiger nur die Ausbeute aus den ihm verpfändeten Kuren ¹⁷⁾. VIII. An der Kure kann auch ein Nießbrauch bestellt werden ¹⁸⁾, wobei selbst die Frage entsteht, ob dem Nießbräucher die Ausbeute ¹⁹⁾, oder nur die Zinsen von der Ausbeute ²⁰⁾ zufallen. Nimmt man die Kure als ein nutzbringendes Recht, als dessen unmittelbarer Nutzen die Ausbeute erscheint, so hat der Nießbräucher auf die Ausbeute selbst Anspruch ²¹⁾. IX. Die Verjährung des Civilrechts wird auch auf Erwerbung der Kuren angewendet ²²⁾. X. Wird eine Kure verkauft, so haben die anderen Gewerken das Vorkaufsrecht ²³⁾.

§. 254. [§. 307.] Auftheilung der Lasten und des Gewinns.

Die Beiträge zum Bergbau werden von jedem Gewerken pro rata seiner Kuren gegeben, nachdem der Schichtmeister die Beiträge

15) Hafe Comm. §. 231. 239. s. aber Horn de hypoth. legali in port. met. §. 10. Pufendorf obs. IV. nr. 14.

16) Meyer bergrechtl. Beob. §. 187. Preuß. Landr. §. 328. Schulz §. 68. Karsten §. 290.

17) Sächs. Mandat über Bergstreitigk. von 1713 art. 27.

18) Haestner de usufructu partium metallicar. Lips. 1744. Meyer bergrechtl. Beob. §. 1 und 185.

19) Dies behaupten zwar Eisenhart de regali metallifodina. jure. Cap. 4. §. 17. Meyer Beob. §. 3. Man beruft sich auch auf L. 7. §. 13. 14, u. L. 9. §. 2. D. solut. matrim. Hier zeigt sich der Irrthum der röm. Ansicht, daß die Mineralien nachwachsen. Henequin traité de législation I. pag. 303. s. dort auch viel über die Verh. bei dem Bergnießbrauch.

20) Sächs. Constit. 25. P. II. Preuß. Landr. I. Thl. Tit. 21. §. 37. Hafe Comm. §. 275.

21) S. noch Gründler Polemik des germanischen Rechts. II. §. 449. Weiske Seite 964.

22) Span Bergurtheile nr. 360. Meyer Beob. §. 196. Wenk de dominio p. 57. Hafe §. 224. Karsten §. 299.

23) Wenk l. c. pag. 33.

vierteljährig berechnet hat ¹⁾). Solche Beiträge (genannt Zubeußen) werden so lange gegeben, bis die Zeche reinen Gewinn bringt ²⁾). Fängt die Zeche zu ertragen an, so wird, ehe von einer Zeche Ausbeute gegeben wird, jedem Gewerken vierteljährig seine Zubeußen heimbezahlt (Verlag erstattet); es muß dann in der Casse so viel baarer Vorrath da seyn, daß dadurch die Ausgaben für das nächste Quartal gedeckt sind, und erst das darnach Uebrigbleibende (Ausbeute) wird nach der Kurenzahl vertheilt ³⁾).

§. 255. [§. 308.] Besondere Verlustarten.

Nach dem Grundsatz, daß dem Belieheneen das Bergwerksgut verloren geht, wenn er die im Betrieb des Bergbaues bestehende Bedingung unerfüllt läßt ¹⁾), erlöscht das Recht des Belieheneen an seinem Bergtheile a) durch Nichtbezahlung von vier Terminen Quatembergeldern ²⁾), b) durch Raubbau ³⁾), welcher vorhanden ist, wenn unwirtschaftlich, ohne Rücksicht auf die Zukunft und so gebaut wird, daß man einen Theil der Mineralien ungewonnen stehen lassen muß, c) durch unterlassenen Betrieb ⁴⁾), wenn der Beliehene, ohne Fristen zu suchen, und ohne gesetzliche Entschuldigungen, nicht gehörig ununterbrochen forsbaut, und die Reviergeschwornen zu gewissen Zeiten die Zeche nicht mit Arbeit belegt finden, wo dann Freifahren ⁵⁾) eintritt, und die Zeche aufläßig wird. Das Freifahren besteht in einem durch Bergbeamte an Ort und Stelle vorge-

1) Joachimsthal. B. D. II. Art. 63—65; sächs. BergD. von 1589 Art. 37. 38. Köln. B. D. Thl. VIII. Preuß. Landrecht §. 274. 296. Köhler Versuch Seite 203.

2) Karsten S. 254.

3) Diez de proventus partium metallicarum Erford. 1729. Köhler S. 207—9. Hafe S. 273.

1) Freiesleben der Staat S. 105.

2) Sächs. BergD. Art. 24. Wagner kursächs. Bergwerksverfassung S. 107. Köhler S. 118. Wenk de dominio partium pag. 36. Diez wird jedoch nur eintreten, wo das Particularrecht es auspricht. Preuß. Landrecht §. 105. Karsten S. 223. Gut überh. Weber in der Zeitschrift für Rechtspflege in Sachsen. Neue Folge. II. S. 42.

3) Preuß. Landr. §. 206—9. Hafe S. 256. Karsten S. 223.

4) Sächs. BergD. von 1589. Art. 23. Schönberg pag. 8. p. 114. Hertwig Bergbuch, sub voce: bauhafterhalten. Diez de jure senioratus p. 25. Köhler Versuch Seite 152. Wenk de domin. pag. 35. Hafe Seite 251—291.

5) Joachimsthaler Berggebräuche P. II. ad art. 6. §. 2. Diez de probatione desertionis metallifodinarum, vom Freimachen. Lips. 1727. Hertwig Bergbuch sub voce: Freimachen. Minnmann Bergwerkstatuten. II. S. 839. Hafe S. 381. Karsten S. 225. Meißte S. 959. Freiesleben Seite 105.

nommenen Augenschein, wodurch der Beweis über das Daseyn der Bedingungen des Verlusts der Zeche geführt wird. Es kann auf Antrag der Bergbehörde oder eines Dritten, der die Zeche muthen und fortbauen will, eintreten ⁶⁾. d) Wenn der Gewerke mit Zahlung der Zusage nach Ablauf des dritten Quartals im Retardat bleibt ⁷⁾. Die Strenge wird dadurch gemildert, daß, wenn der Gewerke sich zuvor noch anhängig macht, d. h. abschlägig etwas bezahlt, er dadurch den Verlust der Kuxe abwendet, aber die rückständige Zusage nachzahlen muß, und davon selbst durch Lossagen von der Kuxe nicht frei werden kann ⁸⁾. Der Theil des säumigen Gewerken accrescirt dann den übrigen Gewerken ⁹⁾, und kann, wenn die Gewerken nicht Gebrauch machen wollen, von anderen Personen erworben werden, die sich bei dem Bergamte melden ¹⁰⁾, und den alten Gewerken die vorhandenen Erze und Zeug belassen müssen, ohne daß sie die darauf haftenden Schulden zu übernehmen brauchen ¹¹⁾. Wenn eine Grube aufläßig geworden ist ¹²⁾, so fallen die Gegenstände des Bergwerkseigenthums im engeren Sinne in's Bergfreie; die Räume ¹³⁾, für welche der Grundkur gegeben wird, erhält der Eigenthümer wieder. Andere Gegenstände des Bergwerkseigenthums im weiteren Sinne — Hochwerke, Gezeug, fallen nicht in das Bergfreie ¹⁴⁾, sondern verbleiben den früheren Gewerken, wenn sie nicht von den Gläubigern in Anspruch genommen werden.

6) Freiesleben Darstellung §. 22.

7) Joachimsthaler Bergordn. II. 11; sächs. Bergordn. Art. 38. Köhler Versuch S. 203. Wenk de dominio pag. 64—67. Meyer bergrechtl. Beobacht. S. 210. Preuß. Landr. §. 280.

8) Hertwig Bergbuch, sub voce: Anhängig machen.

9) Sächs. Bergordn. Art. 62. Wenk p. 33.

10) Böhm. Bergordn. III. 10. Wenk pag. 33. Jung, österreich. Bergrecht Seite 59.

11) Joachimsthaler B. O. II. 72. Preuß. Landr. §. 290.

* Vom Verluste des Rechts eines auf einen ganzen District Beliehenen. Meyer Beobacht. S. 23.

** Von bergrechtlichen Klagen. Meyer S. 214. Hafe S. 404; über alte Gebräuche bei Klageanstellung s. Klossch Abh. vom Gegenbuche S. 9.

12) Ueber die rechtlichen Folgen der Auflässigkeit, s. Freiesleben der Staat Seite 109.

13) Freiesleben §. 22.

14) Span Bergurtheile nr. 125—127.

Mittermaier, Privatrecht. I. 1te Aufl.

§. 256. [§. 309.] Bergfreiheiten und Vorrechte.

Die Begünstigungen des Bergbaues beziehen sich a) auf Vorrechte zum Betrieb des Bergwerks, z. B. nach Landesgesetzen ¹⁾ Walbungen kaufen zu dürfen, b) auf Befreiungen der Bergörter ²⁾, c) auf die Bergwerksarbeiter, z. B. in Bezug auf Soldatenstand, Frohndienste u. a. ³⁾; d) auf das Vorrecht eigener Berggerichte ⁴⁾, e) und eines besonderen Bergprozesses ⁵⁾, f) auf das Recht der Gewerken, daß sie wegen Verbrechen ihres Bergtheils nicht verlustig werden ⁶⁾, g) daß wegen aller gemeinen Schulden der Gewerke nicht auf Bergtheile angeklagt werden kann ⁷⁾, h) daß bei einem Concourse über einen Gewerken sein Bergwerkseigenthum nicht zur Masse gehört, sondern ein besonderer Bergconcourse eröffnet wird ⁸⁾. Allein alle diese Vorrechte müssen durch ein besonderes Gesetz oder Privilegium begründet seyn, wenn sie wirken sollen.

§. 257. [§. 310.] Vorbehaltene Rechte des Bergherrn.

Ursprünglich kam als Reservat des Landesherrn der Frohntheil vor ¹⁾, d. h. die dritte Schicht der Zeche, wozu aber der Landesherr die Kosten hergeben mußte. Daraus wurde der Zehend ²⁾, der vom königlichen Zehendner (Urbürer) eingenommen wurde. Als die noch am häufigsten jetzt vorkommenden Vorbehalte des Landesherrn sind zu erwähnen: a) das schon früh ³⁾ in Urkunden erwähnte Vor-

1) Jung Österreich. BergM. S. 80.

2) Z. B. Steuerfreiheiten, Marktfreiheiten; s. Köhler Vers. S. 133. Meyer Gesch. der Bergw. Verfass. S. 124. Hafe S. 172.

3) Vielzig von den Rechten und Befreiungen, welche Bergleute und Bergbautreibende genießen. Dresden, 1794.

4) Schon 1271 kommen solche am Harz vor. Meyer Geschichte S. 65. Ueber die jetzige Einrichtung der Berggerichte s. Engelbrecht de judiciis metallicis. Jenae, 1740; und meine Schrift: der gemeine deutsche Prozeß. Bonn, 1822. II. Heft. S. 33. Schulz preussisches Bergrecht S. 104. Lehmann in der Zeitschrift für Rechtspflege in Sachsen. I. S. 391.

5) Köhler Versuch S. 261. Hafe S. 405.

6) Sächs. Bergordn. von 1589 Art. 1.

7) Span. Bergurtheile Tit. 11. §. 1. Bayer. Bergordn. Art. 106. Meyer Beobacht. S. 73. Hafe S. 237.

8) Köhler Vers. S. 296. Meyer S. 28. Hafe S. 242.

1) Meyer bergrechtl. Wech. S. 231.

2) R. Wenzels altes Bergrecht Lib. I. cap. 2. Meyer l. c. S. 232. Hafe S. 60. Freiesleben der Staat S. 27. Weiske S. 966.

3) Wenzels Bergrecht von 1280 l. Cap. 21. Meyer Geschichte der Bergwerksverfass. S. 129.

kaufrecht ⁴⁾, jedoch mit verschiedenem Umfang, b) der Berggehend ⁵⁾, von allen Zechen die Ausbeute zu geben. Abgaben der Bergbeliehenen an den Landesherrn sind: a) das Quatembergeld ⁶⁾, b) Lade- und Waaggeld ⁷⁾, c) der Schlägeschaz ⁸⁾. Das Recht auf solche Leistungen der Bergbeliehenen muß vom Fiscus speciell dargethan werden.

§. 258. [§. 311.] Salzregal. Historische Einleitung.

Ein Salzregal ¹⁾ ist der frühern Zeit unbekannt; noch im Mittelalter kommen Salinen als Zubehörungen des Grundeigenthums vor ²⁾, und die Geschichte der bedeutendsten deutschen Salzwerke ³⁾ zeigt, daß Privatpersonen Inhaber der Salzwerke waren, und zwar gewöhnlich in sehr bevorrechtete Gesellschaften vereinigt ⁴⁾, das Salzwesen betrieben. Ueber Salzquellen verfügten jedoch oft die Kaiser ⁵⁾,

4) Köhler Versuch S. 127. Rinmann Bergwerkslexikon. II. S. 621. Wenk de dominio p. 8.

5) Beyer otia metall. P. I. pag. 229. Köhler Vers. S. 108. Meyer bergrechtl. Beobacht. S. 237. Preuß. Landr. §. 98.

6) Breuning de pecunia recessuali seu canone trimestri. Lips. 1766. Köhler S. 117. Wenk p. 37. Preuß. Landr. §. 103. Hafe S. 63.

7) Köhler S. 126.

8) Köhler I. c.

1) Jung de jure salinarum tum veteri tum hodierno. (Gotting. 1743. Cap. III. §. 7.) Anton Geschichte der Landwirthschaft. I. S. 483. Lori Samml. des bayer. Bergrechts S. VII. Hülmann deutsche Finanzgeschichte S. 61. Derselben Geschichte der Regalien S. 62. Montag Geschichte der staatsbürgerlichen Freiheit. I. S. 297.

2) Pistor. script. rer. germ. T. I. p. 469. Schannat tradit. Fuldens. p. 137. Meichelbek hist. Frising. T. I. p. 147.

3) Becker's Lübeck. Geschichte. I. Thl. S. 392. Ropp Beiträge zur Geschichte des Salzwerks in den Eoden bei Allendorf an der Werra. Marb. 1788, und dazu Schminke monum. hass. I. nr. 2. Hondorf Beschreibung des Salzwerks zu Halle; vermehrt von Dreihaupt. Halle, 1749. f. noch darüber von Kampff die Provinzial- und statutarischen Rechte in der preuß. Monarchie. Berlin, 1826. I. Thl. S. 321. Vom Salzwerke zu Cassendorf bei Soest f. westphäl. Magazin. I. Bd. 36 Hest, S. 149. Von der Saline zu Lüneburg f. Jung de jure Salinar. Cap. IV. Förster Beschreibung des Hallischen Salzwerks. Halle, 1793. Der gewerkschaftlichen Saline bei Lauditz und Köschau Privilegien, herausgegeben von Trebra. Leipzig, 1808. f. noch von Koch-Sternfeld die deutschen Salzwerke im Mittelalter und Betrachtung über das Salzregal. München, 1836. Gut über die Salinen in Westphalen Seiberg d. Statutar- und Gewohnheitsr. v. Westphalen S. 334.

4) In Urk. von 1246 wird den coactoribus salis in Berl ihr Recht jure haereditario bestätigt. Seiberg S. 334. In Urkunde von 1371 in Kuchenbecker Annal. coll. XI. pag. 112. heißt es: Die Bauerschaft, die man nennt die Pfänner. Von der Stadt Salzkotten, Wigand Provinzialr. von Paderborn. II. S. 358.

5) Anton Geschichte II. S. 370.

und in Städten, die auf königlichen Willen angelegt wurden, mußten die Salzbeerbten (Salzjunker) manche Abgaben geben, so wie sie auch für ihre Rechte den Schutz des Regenten bedurften. Häufig versuchten später auch die Landesherren, neben den Pfannen der Salzbeerbten mehrere für sich setzen zu lassen ⁶⁾. Je mehr man anfangs Salinen unter den Bergwerksrechten zu begreifen, und mit diesen zu verwechseln ⁷⁾, je mehr man, obwohl mit Unrecht, im Lehensrechte ⁸⁾ und in der goldenen Bulle ⁹⁾, welche nur begründete Besitzrechte anerkannte, Beweise für die Regalität der Salzwerke finden wollte, desto häufiger verbreitete sich die Meinung von einem Salzregal ¹⁰⁾.

§. 259. [§. 312.] Jetzt bestehende Verhältnisse.

Obwohl noch im XVI. Jahrhunderte an manchen Orten die Landesherren selbst von den Pfännern Salzwerke pachteten ¹⁾, und die Berechtigten im Besitze blieben, so wirkten doch die zuvor angeordneten Ursachen immer mehr auf die Verbreitung der Ansicht vom Salzregal ²⁾, und an manchen Orten konnten die Berechtigten gegen die Eingriffe der Regenten sich nicht mehr erhalten ³⁾. Eine solche Regalität in Bezug auf Salz ist gemeinrechtlich nicht nachzuweisen, findet sich jedoch in vielen Landesgesetzen ⁴⁾, und zwar kommt ein

6) J. B. in Allendorf, Kopp Geschichte I. c. S. 27.

7) J. B. Urk. in Schöttgen et Kreysig diplom. Tit. II. p. 588.

8) H. Feud. 56. f. darüber Pütter Beiträge zum deutschen Staats- und Fürstenrecht. I. S. 207. Jung de jure salinar. Cap. III. §. 11.

9) In Cap. IX. und darüber Jung de jure salin. Cap. III. §. 13. Pfeffinger Vitriar. illustr. T. III. p. 1444. In Böhmen erklärte der Kaiser schon 1575 alle Salzwerke als Regalien.

10) Auch in Frankreich war immer Streit, ob Salinen, insbesondere Salzquellen, zu den mines zu rechnen seien. Delebecque traité II. pag. 4. Erst 1839 wurde ein Gesetzesentwurf vorgelegt, und durch Gesetz vom 17. Juni 1840 wurde nun erklärt, daß auch auf Salzwerke das Gesetz von 1810 anzuwenden sey, und daß es auch zu Benutzung von Salzquellen einer Regierungsconcession bedürfe.

1) J. B. 1586 der Landgraf von Hessen von den Pfännern die Saline von Allendorf, f. Kopp Gesch. I. c. S. 56.

2) Lynker de juribus minerar. thes. 29. Staudacher de regali minerar. jur. p. 97. Bausse instit. jur. metall. p. 55. Wenk de domin. partium met. p. 5. in not.

3) Förster Beschreibung und Geschichte des Hallischen Salzwerks. Halle, 1793.

4) S. von Sachsen, Römer Staatsrecht von Sachsen. II. Bd. S. 689; und besonders Freiessen der Staat S. 49; von Baiern, Kreitzmaier Grundriss des bayerischen Staatsrechts S. 372—376; von Baden, 7tes Organisationsedict von 1807 §. 27. 28; von Nassau, Verordnungsammal. I. S. 337; von Hessen, Eigenbrod Samml. II. Bd. S. 223; Preuß. Landr. II. Thl. Tit. 16. §. 71; von Oesterreich, Weinwarter Handb. II. S. 101; von Württemberg, v. Mohl württembergisches Staatsrecht. II. S. 890.

zweifaches Regale ⁵⁾ vor, a) daß kein Privatmann ohne landesherrliche Erlaubniß Salzwerk betreiben darf, b) daß Niemand als der vom Staate Berechtigte Salz verkaufen darf. Selbst da, wo eine Regalität in Bezug auf Steinsalz angenommen ist ⁶⁾, kann es nicht, wenn nicht andere Umstände die Ausdehnung rechtfertigen, auf die Salzquellen ausgedehnt werden ⁷⁾. An einigen Orten erhielten sich die alten Pfännerschaften, die auf ähnliche Art, wie die Gewerkschaften, ihr Recht in Gesellschaft nach bestimmten Antheilen (Pfannen) ausüben, und zwar so, daß nach 111 Pfannen getheilt wird. Oft ist an ganze Städte zur Emphyteuse (erbfließende Siedensgerechtigkeit) die Salzgerechtigkeit verliehen ⁸⁾.

V. Abtheilung.

Vom Pfandrecht.

§. 260. [§. 180.] Historische Einleitung.

Das Bedürfniß führte auch im deutschen Rechte schon früh ¹⁾ zur Anwendung der Verpfändung fahrender Habe ²⁾ und zur Pfand-

5) Engelbrecht de jure salinar. vulgo Sälzensalzwerk. Helmstadt, 1667. 1751. Jung de jur. salinar. Gott. 1743. v. Cantriu Grundsätze des deutschen Berg- und Salzrechts. Frankfurt, 1790. Hezel de salinis earumque inspectione magistrat. comp. Alt. 1751. Fischer Polizei- und Cameralr. II. §. 882. Rodbek de jure regio salinar. earumque infeudatione. Lips. 1791. Langsdorf von den Rechten des Landesherrn auf Salzquellen, als Anhang zur Anlegung und Verbesserung der Salzwerke. Gießen, 1781.

6) Schon die Stelle in der goldenen Bulle (f. §. 258. not. 9.) und ihr Zusammenhang deutet darauf. Manche (z. B. Jung de jure salinar. Cap. III. §. 13.) verstehen die Stelle nur von decimis ex salinis.

7) Kunde Grundsätze §. 176.

8) Jaeger de emphyteusi salinar. praesertim. Halensi Suev. Erl. 1760. Arnold de emphyteus. Germanica inprimis quoad bona salinar. Lips. 1720. Wigand Paderborn. Prov. II. §. 360. Husnagel Beleucht. der Rechtsverh. in Bezug auf die Saline zu Hall. Tübingen, 1827. Die Statuten der Sälzer v. Werl in Seibertz Statutarrecht. Seite 339.

1) Leg. Alem. 86. C. 2. Fris. IX. §. 2. Wisigothor. V. Tit. 6. §. 3. Longob. II. 21. §. 1. f. darüber Meier Comm. zum württemberg. Ges. I. Thl. §. 42. Marcull form. adp. C. 50. f. von den Rechtsbüchern Sachsensp. II. 24. 36. 60, III. 5. Schwabensp. C. 247. Heinccii elem. jur. germ. I. p. 596—604.

2) In den Urkunden kommt Pfand, Bedde, Sazung promiscus oft vor; allein Bedde bedeutet auch überhaupt Versprechen (daher vadium f. not. 3.) Grimm §. 601. 618. f. aber auch Phillips deutsches Privatr. I. §. 265. Ausdruck Sazung (im sog. vermehrten Sachsenspiegel, III. 1. 22.) Albrecht von der Sewer §. 15. f. noch Paulsen kölneisches Privatrecht Seite 117.

bestellung an Liegenschaften³⁾; allein das deutsche Recht kannte ursprünglich kein der römischen Hypothek ähnliches Verhältniß, sondern nahm an, daß nur derjenige Sicherheit habe, der die ihm verpfändete Sache in seiner Gewalt hatte⁴⁾. I. Die Verpfändung fahrender Habe geschah mit Uebertragung der Gewere der Sache auf den Gläubiger, der die Pfandsache in seine Gewahrsam erhielt⁵⁾, und dadurch zwar nicht das Recht bekam, die Sache zu seinem Nutzen gebrauchen, wohl aber, wenn er nicht bezahlt wird, sie verkaufen zu dürfen⁶⁾. Mit Unrecht spricht man von der Uebertragung des Eigenthums an der Sache auf den Pfandgläubiger; ein solches Eigenthum kann auch nicht aus dem im deutschen Rechte vorkommenden Saße abgeleitet werden, daß der Gläubiger die Gefahr trug, welche die Pfandsache traf⁷⁾, und daß die Forderung auch erlosch, wenn die Pfandsache unterging⁸⁾. Wurde die Schuld nicht bezahlt, so konnte der Gläubiger das Pfand versteigern lassen; nur allmählig scheint der Satz, daß dies durch den Richter geschehen mußte, eingeführt worden zu seyn⁹⁾. II. Für die Verpfändung der Liegenschaften

3) Sehr erläuternd sind die alten französ. und englischen Rechtsquellen; man unterschied darin *vadium mortuum* aut *vivum*. Sehr beschrend sind die altenglischen Gesetze bei Glanvilla in Howard I. p. 538. f. auch Blackstone Comment. II. Cap. 10. f. auch *Leges Normanor.* Lib. II. Cap. 20. Am besten über Fortbildung des englischen Pfander. Borge on conflict of laws III. p. 161. 246. *Regia majestas* III. Cap. 5. Littleton in Howard I. p. 406; und altfranzös. Gesetze, Merlin repert. V. p. 411. In den alten französ. Gesetzen heißt das Pfand *Gage*, mit Unterschied von *visgag* und *mortgage*. *Routeiller somme rural.* Lib. I. cap. 25. *Loisel institut. coutum.* II. pag. 91. Auch *gageria* genannt. f. *Olim.* vol. II. pag. 33. Verpfänden hieß *engager une chose*. *Etablissemens et Coutumes de Normandie par Marnier* p. 115. *Lauriere glossaire* p. 518, und von niederländischen Quellen: *Patou Comm. sur les Cout. de Lille.* III. p. 24. In den nordischen Gesetzen heißt das Pfand *vaeth*, und die Uebertragung des Guts an den Pfandgläubiger hieß *waethskötning*. *Schönische Ges.* IV. 17. *Nosvinge Grundriß* §. 23. 61.

4) Pfand kommt darnach von *fahen* (fassen) her.

5) *Baier. Landr.* bei Heumann opusc. p. 113. Man unterschied fressende Pfänder (wenn Thiere verpfändet wurden) und *Risien*. (auch *Schrein*.) Pfand. *Altes Münchner Stadtrecht* art. 58. 197. *Freiberger Statute* I. 30. f. *Albrecht* S. 133.

6) *Albrecht* S. 134. *Münchner Stadtrecht* art. 42. 93.

7) *Sachsensp.* III. 5; vergl. mit *Schwabenspiegel* c. 258; *seg. verm. Sachsensp.* III. 1. §. 11. *Maurenbrecher* I. S. 649.

8) *Cropp in Hudtwalkers crim. Beitr.* II. S. 239. *Albrecht* S. 135. f. aber auch *Maurenbrecher doctr. jur. german. de culpa* p. 69—75. f. jedoch *Paulsen im Staatsbürgerl. Magaz.* V. S. 111.

9) *Altes Münchner Stadtrecht* art. 102—104. f. jedoch *Statute in Albrecht* S. 153. u. *Maurenbrecher* I. S. 650.

entschied der Grundsatz, daß bei jeder Veräußerung des Grundeigenthums Auflassung nothwendig war, die Verpfändung aber als eventuelle Veräußerung erschien, daher es nothwendig war, daß der Pfandgläubiger unter Formen, welche zur Veräußerung des Eigenthums gehörten ¹⁰⁾, die Gewer der Pfandsache selbst ¹¹⁾ erhielt. Der Gläubiger erhielt dadurch das Grundstück in seinen Besitz, benutzte es, bezog die Früchte so lange, bis der Schuldner bezahlte ¹²⁾. Eine besondere Ausbildung erhielt dies Pfandrecht in dem Institute der Pfandschaften ¹³⁾, bei welchem der Gläubiger, als Pfandbesitzer, die ihm überlieferte Pfandsache mit dem unbeschränkten Genuß- und Verfügungsrechte über die Sache erhielt ¹⁴⁾, der Schuldner aber (Pfandherr) Eigenthümer blieb und den Rückfall der Pfandsache fordern konnte, sobald er den Pfandschilling und die Reclamationen ersetzte, so daß er sein Eigenthum, eigentlich Einlösungsrecht, an Andere übertragen konnte und sicher war, daß es durch keinen Ablauf der Zeit getilgt wurde ¹⁵⁾. Die Anwendung dieses Instituts war um so beliebter insbesondere auch bei Reichspfandschaften ¹⁶⁾, je mehr dabei der sonst bei Verpfändung nothwendige Consens der nächsten Erben, der Stände bei öffentlichen Pfandschaften unnöthig wurde ¹⁷⁾. Von diesem Pfandschaftsbesitz ¹⁸⁾ war verschieden das

10) Sachsensp. I. 8, II. 24. Sächs. Lehenr. Cap. 59. Brackenhöft im neuen Staatsbürgerl. Magazin. IV. S. 231.

11) Albrecht S. 142; über alte Pfandurk. f. Spangenberg vom Urkundenbeweise. I. S. 399—406, II. Thl. S. 237. — In Urk. wird auch von der Pfandgewer gesprochen. f. Haltaus h. v. Brackenhöft l. c. S. 233. Versch. Formen Donandt Gesch. des Brem. Stadtrechts. II. S. 317. Götsche Goslar. Stadtr. S. 19—28. S. 241.; und von Wismar Bürgermeister Wismar. Alterth. S. 33. In den Ausdrücken der alten Statuten: vor Schult setzen, vorsetzen, äußert sich schon die Vorstellung einer reinen Verpfändung. f. noch Brackenhöft l. c. S. 233.

12) Ueber das Recht des Gläubigers, daß ihm das Pfand, wenn die bedungene Zeit vorüber war, heimgeschlagen wurde, f. Warnkönig flandrische Rechtsgesch. III. S. 86.

13) Es fand sich vorzüglich im fränkischen Rechte, namentlich am Niederrhein. f. gut darüber Luxenburger Landsbräuch. V. Art. 4. Jülich. Landr. cap. 103. Trier. Landr. XIV. 2. Es hatte sich bis zur neuesten Zeit erhalten, und lehrreich ist die Darstellung in den Motiven zum revid. Bergischen Provinzialr. S. 12—24. Es bildete sich dort die Pfandschaft zum unberechneten Genuße auf gewisse Jahre (z. B. 29 Jahre), so daß, wenn die Einlösung nicht im letzten Jahre vor Ablauf der bedungenen Zeit angekündigt war, die Pfandschaft für eine gleiche Reihe von Jahren stillschweigend erneuert galt. Nach der Erfahrung wurde selten eingelöst.

14) Maurenbrecher Privatrecht I. S. 666.

15) Solmssches Landr. II. §. 18. Wildenburg. II. §. 14.

16) Scheidemantel Repertorium. IV. S. 147.

17) Maurenbrecher I. S. 661.

18) Ein solcher liegt häufig zu Grunde, wenn die Sache dem Pfandgläubiger

obwohl ähnliche Institut des Verkaufs auf Wiederverkauf ¹⁹⁾, bei welchem der Pfandgläubiger zwar auch den vollen Genuß der Sache erhielt, aber die Sache nicht beliebig, sondern erst dann veräußern konnte, wenn der für die Ausübung des Wiederverkaufs gesetzte Termin verstrichen war, ohne daß der Schuldner die Schuld abgetragen hatte ²⁰⁾. Die häufigste Form, in welcher der Zweck der Verpfändung erreicht wurde, war der Rentenkauf (s. unten §. 283.). Daß der Gläubiger, welchem die Gewer der Sache übertragen war, alle Nuthungsrechte an der Sache ausübte, ist aus Urkunden ²¹⁾ ersichtlich, und zeigt sich besonders aus den Rechten desjenigen, der Reichspfandschaften inne hatte ^{21a)}. III. Erst die Einsicht in die Unbequemlichkeit dieser körperlichen Uebertragung ²²⁾ der Sache führte dazu, a) entweder durch das Setzen eines Census von der Sache den Gläubiger in die Were (Besitz) der Sache aufzunehmen, und ihm dingliches Recht einzuräumen ^{22a)} [Wedbeschat ²³⁾ genannt], oder b) daß der Schuldner die von ihm versetzten Güter wieder von dem Gläubiger sich leihen ließ, und dafür einen Zins bezahlte ²⁴⁾. Vorzüglich bestand das neuere Institut darin, daß der Schuldner, der die Pfandsache im Besitze behielt, durch gerichtliche Auflassung dem Gläubiger ein dingliches Recht an der Sache [Gewer] einräumte, nach welchem der Gläubiger gegen jede weitere Verpfändung der Sache sicher gestellt, und zur Veräußerung im Falle der Nicht-

zum Genuße übertragen wurde. Urk. in Guden Cod. dipl. II. p. 1031. Honthelm hist. Trevir. I. p. 825. Ludewig rel. MS. VI. p. 1031. s. noch Auszüge in Meiers Gedanken von der Rechtmäßigkeit des 6ten Zinsthalers S. 69. Fischer Geschichte des Handels. I. S. 293. Sommer in von Kampff Jahrb. XI. Bd. S. 61, und Sommer von den Bauerngütern S. 49.

19) Urk. in Haltius gloss. p. 291. Ut. Eulm. Recht. V. 74.

20) Berg- und Jülich. Landr. Cap. 109. Maurenbrecher I. S. 558.

21) Potgiesser de indole et nat. pignoris p. 217. s. noch Berg juristische Beobacht. II. nr. 24.

21a) Urk. in Günther Cod. Rhen. Mos. II. p. 383, III. pag. 149. 162. Albrecht Seite 143 (wichtig wird die übertragene Pfandherrschaft wegen Ausübung von Hoheitsrechten). Spangenberg l. c. I. Seite 405. Bluntschli II. S. 122.

22) Albrecht S. 147. spricht hier von der neuern Satzung.

22a) Hamburg. Statut. von 1270 in Anderson S. 70. s. noch Gaupp von deutscher Städteverfassung S. 128.

23) Häufig bezeichnet dies Wort überhaupt die Verpfändung. Hamburg. Statut. von 1270 in Anderson I. S. 29. Eölnische Statuten Art. 134. Elafen Gründe der Schreinspraxis S. 118, und Urkund. in den Materialien zur geistlichen und weltlichen Statistik. I. Jahrgang II. Bd. S. 511.

24) Urth. Anmerk. zur Frankfurt. Reform. I. S. 386.

zahlung der Schuld zur bedungenen Zeit berechtigt wurde ²⁵⁾. Ueber die Verpfändung wurde ein gerichtlicher Pfandbrief ausgestellt ²⁶⁾. Es scheint, daß eine Modification dieser der römischen Hypothek ähnlichen, aber doch vielfach von ihr verschiedenen, Verpfändung ²⁷⁾ auch darin lag, wenn der Schuldner den Kaufbrief seiner Liegenschaft dem Pfandgläubiger übergab ²⁸⁾. Eine besondere Form war die, daß der Eigenthümer einer Liegenschaft sich für den künftigen möglichen Fall eine Handfeste, d. h. Urkunde bei Gericht ausstellen ließ, durch welche bezeugt wurde, daß er eine Rente aus seiner Liegenschaft einem Andern verkauft habe, wobei anfangs der Gerichtsprocurator als der fingirte Käufer der Rente eingetragen, und, wenn der Eigenthümer wirklich Geld brauchte, die Urkunde dem Pfandgläubiger eingehändigt wurde ²⁹⁾. Die Uebertragung der Pfandsache zum Genuß oder Eigenthum auf Wiederkauf an den Gläubiger erhielt sich bis in das späte Mittelalter; aber bald wurde die Form der Bestellung des Pfandrechts bei Gericht ³⁰⁾ durch Investitur ³¹⁾, oder auch nur durch Einschreibung in öffentliche Bücher, am häufigsten. IV. Eine nach deutschem Gewohnheitsrechte vor der Einführung des römischen Rechts nicht selten in Pfandverträgen vorkommende Bestimmung war ³²⁾, daß, wenn in gewisser Zeit die Schuld

25) Darauf beziehen sich schon d. Urk. in Burmeister Wismar. Alterthümer S. 33. Diese neue Form fand sich auch in der Schweiz im XV. Jahrh. Bluntschli II. S. 122.

26) Baier. Rechtsbuch von 1340 XVII. Art. 2. Statut. von Stade 1279. edit. Grothaus pag. 62. Brem. Stat. Ordecl. 50 in Delrichs S. 523; alte Hypothek. Briefe von 1379—89 in Schenkli Auszüge aus Amberg. Verlagsbriefen 2te Abth. S. 24. 25. Dreyer Einleit. in die Lüb. Verordn. 71. Pöfsselt in Falks staatsbürgerl. Magazin. I. Bd. S. 711.

27) Darauf scheint auch die Bestellung als Walfogut oder Kistenspfand zu deuten. Gruppen deutsche Alterthümer S. 99. Gruppen de uxore theotisca. pag. 131; von Bremen Statut. in Pufendorf Obs. II. adp. p. 78, und Gruppen p. 135. Kistenspfand bedeutet gewöhnlich nur das Pfand an Mobilien — wenn es nicht zum freisenden Pfand gehört, Walfogut l. c. und Groninger Verhandel. vol. V. pag. 75. in der Anmerkung.

28) Huber Augsburger Statutarrecht S. 71. 106. Gönners Vorträge S. 95.

29) Dies galt in Bremen. Gildemeister Abhandlungen aus dem Handfestenrechte von Bremen 1794. Statut. Verdens. Art. 40, und Gruppen orig. et antiq. hannov. p. 279. Gute histor. Nachrichten in den Berichten von 1833 über die Bremische Handfestenordn. f. Archiv für civil. Praxis. XVIII. S. 190.

30) Baier. Landr. in Heumann opusc. p. 150.

31) In Orth's Anmerk. zur Frankf. Reform. I. S. 432. kömmt vor, daß der Pfandschuldner die Sache aufgegeben hat (wie bei der Investitur).

32) J. B. Urk. von 1158 in Meichelbek hist. Fria. I. p. 561. Ludewig

nicht getilgt wurde, die Sache dem Gläubiger eigenthümlich zufallen sollte. V. Daraus, daß in einigen Fällen die Pfandbestellung unter der Form des Kaufs mit dem Rechte des Wiederkaufs geschah, oder bei Uebertragung zu Pfandbesitz der Gläubiger ausgedehnte Rechte erhielt, folgt noch nicht ³³⁾, daß in allen Fällen der deutsche Pfandgläubiger das Eigenthum des Pfandes erworben habe, obwohl es richtig ist, daß der Sache nach die Pfandgläubiger wie Eigenthümer handelten, selbst Hypotheken auf ihre Pfandsachen bestellten, weil die Pfandschuldner die Sache nicht mehr einlösten ³⁴⁾. VI. Bei Beurtheilung von Pfandverträgen, die vor der Verbreitung des römischen Rechts ³⁵⁾ in Deutschland errichtet wurden ³⁶⁾, entscheiden die Gesetze, welche zur Zeit der Bestellung galten, bei deren Anwendung jedoch die Sätze leiten: a) daß, wenn auch in der alten Bestellungsurkunde über das Wiedereinlösungsrecht von Seite des Schuldners nichts bestimmt ist, dies Recht doch immer stattfinden muß ³⁷⁾, weil es auch im Mittelalter (wenn es nicht ausdrücklich in der Urkunde ausgeschlossen, oder an eine gewisse Zeit gebunden war) immer galt, und b) daß, wenn auch in der alten Bestellungsurkunde die *Lex commissoria* festgesetzt war, das römische, durch Reichsgesetze ³⁸⁾ eingeschränkte Verbot dieses Nebenvertrags angewendet

rel. MS. II. pag. 218. f. Riccius num pactum commissor. in German. inval. Jen. 1743.

- 33) Riccius de dominio pignor. germ. Goth. 1747. Consilia frat. Becmannor. II. Dec. 68. Henne de domin. pignor. Erf. 1773. Hellfeld opusc. nr. 8. Heineccii elem. jur. germ. I. pag. 596. Selbst die Idee eines widerrechtlichen Eigenthums läßt sich nicht erweisen. Rosenvinge Grundr. §. 61; staatsbürgerl. Magazin. V. S. 111.
- 34) Wichtige Zeugnisse in den Motiven zum Bergischen Provinzialrechte Seite 14.
- 35) Vom deutschen Pfandrecht überhaupt: Pottgieser de indole et natura pignor. german. Marb. 1722. Asrer different. jur. rom. et german. circa pign. Gott. 1742. Tröltzsch Anmerk. und Abhandl. I. Thl. S. 138. Riccius num pactum commiss. in German. in usu valuit. Jon. 1743. Walch de contr. pignor. Hamburg. Jen. 1769.
- 36) Eine Art des alten Pfandvertrags ist die Versehung des Landes auf Todschlag, so daß der Gläubiger sich allmählig aus den Früchten der Sache wegen des Kapitals bezahlt machen kann. Möser patriot. Phantaf. II. S. 103. Hagemann in Gans Zeitschrift für Hannover. I. Bd. nr. 1.
- 37) Pottgieser de indole pag. 261. Biener de natura domin. german. pag. 16. Nach in d. Lurenburger Landeskrauch V. 4. ist die Unverjährbarkeit ausgesprochen. f. jedoch über heutiges Recht Glück Commentar XVI. S. 206.
- 38) Reichspolizeiordn. von 1577 Tit. 20. §. 5. Thibaut Pandecten §. 796. Die Veranlassung des Reichsgesetzes bezieht sich freilich auf die Bedinge der Juden.

werden muß. War in alten Urkunden die Pfandsache auf Wiederverkauf übergeben, so darf, wenn nicht die im einzelnen Falle nach der Absicht der Contrahenten zum Grunde liegende Natur des unbedingten Kaufs erwiesen wird ³⁹⁾, das Recht der Wiedereinlösung der Pfandsache den Nachkommen des Verpfänders nicht genommen werden. Auch da, wo aus früherer Zeit die Uebertragung der Sache zu Pfandbesitz vorkommt (oben not. 13.), darf man dies Institut nicht unter die Grundsätze der römischen Antichrese stellen ⁴⁰⁾, sondern muß es nach seiner deutschen Natur beurtheilen, was besonders wichtig bei Hypotheken wird, welche die Pfandbesitzer auf die Pfandsache eintragen ließen ⁴¹⁾.

§. 261. [§. 181.] Fortbildung der Pfandverhältnisse seit Verbreitung des römischen Rechts.

Mit der Verbreitung des römischen Rechts wurden überall die Hypotheken des römischen Rechts bekannt, und die römischen Titel der Bestellung der Hypothek wurden nun gemeinrechtlich. Die alte deutsche Form der Ueberlassung der Sache an den Pfandgläubiger zur Nutzung wurde nun gewaltsam unter die Grundsätze der römischen Antichrese gestellt ¹⁾, und die Rechnungsablage über die Nutzung gewöhnlich zur Pflicht gemacht ²⁾. Allein man fühlte an den meisten Orten den Widerspruch des römischen Pfandsystems mit den Forderungen des Credits ³⁾, und da das System der Investitur und

39) Man muß nur erwägen, wie wenig in alter Zeit die Ausdrücke streng abgewogen wurden.

40) Dies geschah freilich in der Fortbildung des Rechts durch die Gesetzgebung einzelner Orte. So ergingen auch z. B. in Aachen Gesetze, daß Versatzverträge nur auf 14 Jahre gültig seyn sollten. s. richtig Maurenbrecher I. S. 559.

41) Hier entsteht Schwierigkeit in Ländern, wo der französ. Code civil gilt, der nach art. 2118. 2119. Hypotheken nur auf Grundstücke u. Nießbrauch zuläßt, Antichrese aber nur als persönliches Recht auffaßt. Nun ist es bekannt, daß die Pfandbesitzer, die oft seit Jahrhunderten im Besitze waren, Hypotheken eintragen ließen, was die Gerichte früher thaten. s. deswegen Verhandlungen der Provinzialstände in d. Motiven zum Berg. Provinzialr. S. 15 u.

1) Habeler Landger. Ordn. von 1583 Tbl. II. Tit. 8. Berg- und Jülich. Rechtsorden. Cap. 103. Nassau. Weisthum I. S. 186.

2) An manchen Orten wurde sogar die Antichrese verboten; schon im XVI. Jahrh. Kagenellenbog. Landr. II. Tit. 6. §. 6. In Bawreuth durch Gesetz von 1731 in Arnold Beiträge II. S. 218. s. noch Nassau. Contractenorden. §. 32. An manchen Orten, z. B. im Kulm. Recht. IV. 1. 9. bildete sich der Satz, daß der antichresische Pfandgläubiger die Nutzungen nicht zu verrechnen brauche.

3) v. Sönnner Commentar zur baier. Hypothekenorden. I. S. 25.

Eintragung der Eigenthumsübertragungen in öffentliche Bücher an sehr vielen Orten sich erhielt, so konnte leicht die Consequenz ⁴⁾ und die Erkenntniß des Vorzugs des deutschen Rechts dazu führen ⁵⁾, auch die Eintragung der Hypotheken in die öffentlichen Bücher zu verlangen ⁶⁾, woraus das System der Ingrossation entstand ⁷⁾.

- 4) Mit Unrecht leugnet Köshirt in seiner Zeitschrift. I. Hft. S. 30, daß die Hypothekengesetzgebung, welche Publicität fordert, aus den Grundsätzen über Ingrossation hervorging. s. dagegen Mein Aufsatz im Archiv für civil. Praxis. XVIII. S. 151.
- 5) Eine gute Entwicklung wie im Hennegau das alte deutsche Pfandsystem im Kampfe gegen röm. R. lange sich erhielt und sich fortbildete s. in Archives de droit et de legislation. Bruxelles, 1837. I. pag. 83. und pag. 139.
- 6) Freiburger Statuten von 1520 Tit. 41. Reformat. des bairisch. Landr. von 1518 Tit. 28. Art. 6. Geschichte in Wiltner der bair. Sautproceß. Landeshut, 1814. S. 47—71. Hagemann Zeilsches Stadtrecht S. 92; von Sachsen, sächs. Constit. 23. von 1572; erläut. Proceßordn. Tit. 44. Gottschalk disc. II. C. 14. Handold Lehrbuch S. 212; über Verh. des römischen und deutschen Rechts in d. Zeitschrift für Rechtspflege in Sachsen. III. nr. XIII.; von Franken, Weber Grundsätze des Bamd. Landrechts. II. Bd. I. Abth. S. 163. Ansbacher Amtsordn. von 1608 Tit. 19. (in Arnold Beitr. zum deutschen Privatre. II. S. 17. mit Arnolds Comment. über Fortbildung des Rechts). Castellsche Hypoth. Ordn. von 1804 in Arnold II. S. 289. Cölnische Rechtsordn. XIII. Trier. Landr. XIII. Mainzer Landr. XIX.; von Frankfurt, Orth Anmerk. zur Reform. I. Forts. S. 382; von Holstein und Schleswig, Berordn. vom 31sten Januar 1656, 10. September 1734, 12. Juni 1739, 2. September 1768. Schrader Lehrbuch. II. S. 259, und Posselt im staatsbürgerl. Magazin von Jask. I. Bd. nr. 23, II. nr. 3. Hannov. Magazin von 1823. nr. 28—30. Jensei im staatsbürgerlichen Magazin. V. S. 667, VI. S. 456, VII. S. 205, besonders Bradenhöft in Jask. neuem staatsbürgerlichen Magazin. IV. Bd. S. 230, V. Bd. S. 1—170; von Hessen, Kopp Handbuch V. S. 366. Lippische Hypothekenordnung von 1771 in der Landesverordnung. II. Bd. S. 398; von der Rheinpfalz, Bruchsal. Amtsordn. vom 2. Januar 1772 §. 165; von Nassau Contract- und Hypothekenordn. vom 21. März 1774; von Kempten, Jahrb. der Gesetzgebung in Baiern. II. S. 85; von Ulm, Stadtbuch. IV. Thl. Tit. 1; von Augsburg, Huber Statutarrechte von Augsburg. S. 151—166. Solmsches Landrecht. II. Tit. 15. Kagenellenbogner Landrecht. I. Thl. Tit. 6; von Frankfurt, Orth Anmerk. I. Forts. S. 387. Adler. sucht Frankf. Privatre. I. S. 131; Bender Frankf. Privatre. S. 112; von Württemberg, Reinhard Comment. I. S. 121—132; von Braunschweig, Liebhaber Einleit. in die Braunschweig. Rechte. II. S. 214; von Hannover, über die Lage des dortigen Hypothekenwesens. Jurist. Zeitung für Hannover 1832. S. 23. 1834. S. 108. 1837. §. 1. S. 33. 1838. S. 49. 65. Ein Ueberbleibsel des altheutschen Pfandrechts im Lande Hadeln s. jurist. Zeitung l. c. 1840 Seite 1. 17; von Oldenburg, Halem Oldenb. Privatrecht. I. S. 131; von den Vorrechten im Erfurthischen (einem merkwürdigen Hypothekeninstitute) Heinemann Statutarrechte von Erfurt S. 50. 483. Hanauische Untergerichtsordn. Tit. V. §. 13—18; von Mecklenburg, Prehn de praerogat. nomin. in tabulis publ. rel. Butzow, 1798. Walch de jurib. creditor. inscriptor. Jen. 1791. Eschenbach Beiträge zum mecklenburgischen Recht. I. nr. 6. Rettelshadt zu von Kamphs Civilproceß S. 330. v. Kamphs mecklenburgisches Civilrecht. II. S. 304. Erbsächische Hypothekenordn. von 1740

In den Städten kam es am häufigsten vor ⁹⁾, auf dem flachen Lande häufig nur bei den Bauern ⁹⁾, und vorzüglich bewirkten entweder das grundherrliche Verhältniß oder die Lehensconsense ¹⁰⁾, häufig aber auch allgemeiner ein gewisses Bevormundungssystem auch bei freien Gütern die Einholung des gerichtlichen Consenses und die Eintragung der Hypotheken in öffentliche Bücher ¹¹⁾. An einigen Orten erhielt sich die alte Schöffengerichtsverfassung in der Anwendung auf Hypotheken so, daß die Schöffen selbst für die Zulänglichkeit der von ihnen bestellten Hypothek haften mußten ¹²⁾. In Bezug auf das Pfandrecht gelten nun gemeinrechtlich folgende Sätze: I. In Bezug auf das Kaufpfand entscheidet das römische Recht ¹³⁾, nur in Particularrechten kommen einige Abweichungen vor ¹⁴⁾ und Modificationen bei Verpfändung der Pfänder in Leihhäusern (s. oben §. 154). II. In Bezug auf Immobilien kann das Ingrossationsystem nicht als gemeinrechtlich geltend angesehen werden, sondern römisches Recht entscheidet. Wo jedoch auch die Vorschrift der Ingrossation der Hypotheken eingeführt ist, ohne daß vollständige, die römischen Grundsätze aufhebende, Hypothekenordnungen (§. 261.) vorkommen, bestehen neben der deutschen Vorschrift die römischen Bestimmungen über Hypotheken, insbesondere über die General- und die gesetzlichen Hy-

und 1776 in Bef. und Lauteren Erbach. Landr. §. 484. Castellische Hypothekenordn. vom 2. Januar 1804; von Hamburg, Gries Comment. zum Hamb. Stadtr. von 1603, herausgegeben von Westphalen. (1837) I. p. 240 ff.

- 7) Schweder de auctor. publica ad pign. seu publ. hyp. constit. Tübing. 1716. Boehmer exercit. ad Pand. III. 60. Harprecht de pignore publico in seiner dissert. acad. I. nr. 27. Smelin von Aufträgen über Verträge. Tüb. 1790. §. 116. Puchta Anleitung zum vorrichtigen Creditiren auf unbewegliche Güter. Erlang. 1815. Glück Comment. XVIII. Bd. §. 293. Eichhorn Privatr. §. 187.
- 8) J. B. von mecklenburg. Städten: von Wismar, v. Kampff Civilr. I. Thl. §. 254; v. Ribnitz in v. Kampff §. 333.
- 9) J. B. in Baiern nur bei Unregelmäßigkeiten.
- 10) J. B. in Bamberg, wo nur bei Lehensgütern bis zum dritten Theil des Werths Verpfändung nach eingeholtem lehensherrlichen Consens zulässig war. s. Weber Grundf. des bamberg. Landrechts. II. Bd. I. Abtheilung §. 163. Weber über baier. Creditwesen §. 25—44. Von Bayreuth Arnold Beitr. II. §. 220 in not.
- 11) Gut von Kampff Jahrbücher der preussischen Gesetzgebung. Heft 73. Seite 264.
- 12) Dies erhielt sich bis jetzt in dem Trierischen, s. osthein. Provinzialr. §. 72 und §. 184—212; und Motive dazu §. 36—40. u. §. 82.
- 13) Maurenbrecher I. §. 655 b.
- 14) J. B. da, wo sich die Beschränkung der Verfolgung der Mobilien gegen Dritte erhielt, woraus Code civil art. 2076. — Eine (nicht lobenswerthe) Beschränkung der Kaufpfänder enthält Code civil art. 2072.

potheken ¹⁵⁾, welche keiner Eintragung bedürfen. Darnach bezieht sich das Ingrossationsystem, wenn nicht das Landesgesetz etwas Anderes vorschreibt, nur auf die vertragmäßigen Hypotheken und zwar wieder verschieden; entweder 1) so, daß ohne die Eintragung in die öffentlichen Bücher die vertragmäßige Hypothek gar nicht als solche gilt ¹⁶⁾, oder 2) daß sie durch die Eintragung den Vorzug vor den nicht eingetragenen Hypotheken erhält ¹⁷⁾. Wenn Zweifel vorkommen, in welchem Sinne das Landesgesetz die Inscription der Hypotheken fordert, ist die letzte Ansicht, da sie am wenigsten von dem römischen Recht abweicht, als vorhanden anzunehmen. Dies System der Ingrossation ist ein sehr ungenügendes ¹⁸⁾ und den Credit nicht sicherndes, indem das ganze auf geheimes Pfandsystem berechnete römische Hypothekenrecht neben der Inscription fortbauert, und so generelle und gesetzliche Pfandrechte fortbestehen und der Gläubiger, welcher seiner erlangten Eintragung vertraut, und manche Erfindung unterläßt, die er sonst vorgenommen haben würde, mehr als nach dem reinen römischen Hypothekensystem getäuscht werden kann. Wo nun in einem Lande das Ingrossationsystem vorgeschrieben ist, gelten folgende Regeln: I. Eine öffentliche Hypothek im Sinne des deutschen Rechts wird nur durch die gehörige Eintragung der Hypothek in die dafür bestimmten Bücher begründet ¹⁹⁾. II. Zur gültigen Ingrossation einer Hypothek gehört die auf die Erklärung des Schuldners ²⁰⁾, daß er eine Hypothek bestellen wolle, gebaute richterliche Prüfung ²¹⁾, welche auf die Fähigkeit des Schuldners die

15) Heise und Cropp jur. Abh. I. S. 389. 404.

16) J. B. in Sachsen, Haubold Lehrbuch S. 213; von Weimar (bis zur Einführung der neuen Hypothekenerdn.) Sachs Handbuch S. 290; von Frankfurt, Adersflucht S. 395. s. noch Detloff Privatr. S. 409; und die oben in not. 6. angeführten Statute, vergl. auch Maurenbrecher I. S. 665.

17) Walch de jurib. creditor. inscript. in opuse. tom. III. pag. 435. Staatsbürgerl. Magaz. I. S. 715. Dies System gilt im Livländischen in mehreren Gegenden von Hannover (Grese hannover. Privatr. II. S. 143.), auch die Bayreuther Landesconsitut. von 1722 in Arnold Beiträge II. Seite 207.

18) Reff über das deutsche Credit- und Hypothekenwesen. Götting. 1831. 2 Thle. Puchta der Dienst der deutschen Justizämter. II. Thl. S. 562. Kunde patriot. Phantasien S. 235. Mein Aufsatz im Archiv. XVIII. S. 153. Odier des systemes hypothécaires p. 15—20.

19) Sie ist daher wohl von der römischen hypoth. publica zu unterscheiden.

20) Schweder diss. §. 2. Halem Oldenburg. Privatrecht. I. S. 138. 142. Staatsbürgerl. Magazin. I. S. 722. Eichhorn S. 479.

21) Hanauische Untergerichtsbödn. Tit. V. §. 13—18. Puchta Handbuch des gerichtlichen Verfahrens in nicht streitigen Rechtsfällen. II. S. 164 u. 434.

Hypothek zu bestellen, die nöthige Legitimation, die Gültigkeit des Geschäfts, bezogen wird ²²⁾, verbunden mit richterlicher Bestätigung und Eintragung in das Pfandbuch. III. Die *Causae cognitio* ²³⁾ des Richters geht, wenn nicht das Landesgesetz die Haftung ausdrücklich so weit ausdehnt, nicht darauf, zu sorgen, daß die Pfandsache auch den angegebenen Werth habe, oder darauf, erst im Interesse des Gläubigers besondere Erkundigungen anzustellen, sondern nur darauf, daß der wahre rechtsverbindliche Consens der Parthelen, eine öffentliche Hypothek zu bestellen vorhanden, und der Schuldner rechtlich befugt ist, eine Hypothek auf die Sache zu geben, sowie darauf, ob bereits andere Hypotheken, deren Daseyn der Richter aus den ihm amtlich vorliegenden Acten ersehen konnte, auf der Sache ruhen, und endlich darauf, daß alle gesetzlichen zur Bestellung der öffentlichen Hypothek gehörigen Förmlichkeiten beobachtet werden. IV. Der Zweck der Ingrossation ²⁴⁾, jedem Interessenten durch die Einsicht des Buchs die Möglichkeit zu gewähren, vom Stande des Vermögens sich zu überzeugen, und Gewißheit der Hypothekbestellung und ihres sichern Datums zu geben, verlangt, daß die Ingrossation, wenn sie in Ansehung gewisser liegender Güter wirken soll, auch nur da, wo die Güter liegen, (in foro rei sitae) geschehe ²⁵⁾, wo daher Specialhypotheken bestellt werden sollen, während Generalhypotheken auch in foro domicilii des Schuldners eingetragen werden können. V. Die bloße gerichtliche Confirmation einer vorher bestellten außergerichtlichen Hypothek kann, wenn der Schuldner nicht in diese Bestätigung willigt, nicht eine öffentliche Hypothek im Sinne des deutschen Rechts begründen ²⁶⁾. VI. Die Gegenwart des

Glück Commentar. XVIII. Seite 293. Staatsbürgerliches Magazin Seite 735.

22) Haubold Lehrbuch S. 213. Schweder S. 19. Eichhorn S. 480. f. aber Schirach Beitr. zur Anwendung des Rechts S. 186; vergl. mit Eminghaus in der Zeitschrift für Rechtspflege in Sachsen. II. S. 239.

23) Puchta Dienst der deutschen Justizämter. II. S. 564—73. Für den Werth der verpfändeten Sache zu sorgen, hat der Richter keine Pflicht, wenn ihm nicht das Landesgesetz dies speciell vorschreibt.

24) Heise und Erpp I. S. 387.

25) Pufendorf animadv. nr. 98. Spangenberg in der neuen Ausgabe von Struben I. S. 418. Hannov. Verordn. über Bestellung der Hypotheken vom 13. Juni 1828 S. 1—3. f. Mein Aufsatz im Archiv für civil. Praxis. XVIII. S. 193.

26) Hagemann pract. Erört. IV. 59. Pufendorf observ. II. 159. Struben rechtl. Bedenk. II. S. 45, in neuer Ausg. I. S. 420. f. jedoch andre R. in Schirach S. 182.

Schuldners bei der Ingressation ist in so ferne nothwendig ²⁷⁾, als dadurch die Absicht, eine öffentliche Hypothek bestellen zu wollen, begründet wird, was jedoch auch durch glaubhafte öffentliche Urkunden geschehen kann. VII. Die römische *hypotheca quasi publica* kann da, wo Ingressation vorgeschrieben ist, nicht als gerichtliche öffentliche Hypothek gelten ²⁸⁾, behält aber doch den Vorzug vor den gemeinen außergerichtlichen Hypotheken. VIII. Die Vorzugrechte der Hypotheken der Zeit nach werden nur durch das Datum der Eintragung bestimmt ²⁹⁾. IX. Die ingrossirte Hypothek gilt so lange ^{29a)}, als bis sie gehörig in dem Buche gelöscht ist ³⁰⁾. Als neuere Gesetzgebungen, welche zwar das Ingressationssystem verbessert, und selbst mit größerer Ausdehnung auch auf die geschlichen Hypotheken zum Grunde legen, erscheinen die Nassauische ³¹⁾, Lübetische ³²⁾, Oldenburgische ³³⁾, Mecklenburgische ³⁴⁾, königlich sächsische ³⁵⁾, hannoversische ³⁶⁾, Bremische ³⁷⁾, Braunschweigische ³⁸⁾. Sie führen übrigens nicht consequent die Grundsätze von Publicität und Specia-

27) S. vorige Note; gut hannov. Verordn. I. c. §. 4.

28) Von der *hypotheca quasi publica* s. Weishaar würtemb. Privatrecht. II. S. 77. Sachsse Weimar. Privatrecht S. 291. v. Kamys mecklenb. Privatrecht. II. S. 316. Berg jurist. Beob. I. nr. 17. Sammlung der Abh. aus den schleswig-holstein. Anzeigen. I. S. 120, staatsbürgerliches Magazin. I. S. 757. Scholz jurist. Magazin neue Folge. Braunschw. 1835. I. Heft S. 31.

29) Scholz Concuratrecht in Schleswig S. 90.

29a) Ueber d. Einfluß des Sages: Hand muß Hand wahren auf das Pfandrecht s. Hamburg. Stadtbuch. II. Thl. Tit. 4. §. 2. Staatsbürgl. Magazin. I. S. 734. Curtius de rei vindic. pag. 49. Walch de contr. pign. Hamburg p. 50.

30) Staatsbürgl. Magazin. I. S. 749.

31) Nassau. Contractenorden, vom 21. März 1774 und Erl. vom 5ten Juni 1816. s. Archiv für civil. Praxis, XVII. S. 155. 441.

32) Lübeck. Schuld- und Pfandprot. Reglement für die Capiteldörfer vom 22. Februar 1799. Lübeck. Stadtbuchordnung vom 6. Juni 1818.

33) Hypoth. D. vom 11. Oct. 1814. s. darüber Siegen jurist. Abh. S. 324. und Runde patriot. Phantas. S. 235.

34) Ges. vom 12. Nov. 1819 (für die ritterschaftl. Güter) und für d. Städte. Verordn. vom 16. April 1828, und Gesetz von Mecklenb. Schwerin vom 22. December 1829.

35) Gesetze vom 4. Juni 1829 über sillschw. Hypoth. u. andre Theile des Hypothekenwesens.

36) S. darüber Archiv für civil. Praxis, XVIII. S. 193. Es erging dort ein Gesetz vom 13. Juni 1828, das als ungenügend sich bewährt; jurist. Zeitung für Hannover. XII. S. 33. XIII. S. 49.

37) Brem. Erb- und Handfestenorden, vom 19. December 1833, wo das alte Institut (§. 260.) der Handfesten verbessert wurde, indem nun Pfandbriefe au porteur entstanden.

38) Braunschweig. Rescript vom 3. März 1842 über Einrichtung der Hypothekenbücher.

istät durch, und lassen die römischen Vorschriften noch neben der In-
groffation fortbestehen.

§. 262. [§. 181 a.] Hypothekensystem nach den neuesten
Gesetzgebungen.

Erst in neueren Hypothekenordnungen ist auf eine consequente
Weise für die Begründung des Realcredits gesorgt ¹⁾, indem die Ge-
setzgebung von dem Grundsatz ausgeht, daß nur das in dem Hypo-
thekenbuche Eingetragene gilt, daher keine andere Hypothek als solche
besteht, als die in dem Buche eingetragene und nur so weit sie es
ist; dadurch ist der Gläubiger, wenn er eine solche eingetragene Hy-
pothek hat, sicher, daß ihm kein fremder Anspruch auf die Sache,
wenn ein solcher nicht in dem Buche eingetragen war, schaden, und
daß ohne sein Wissen keine ihm nachtheilige Veränderung vorgehen
kann; zugleich kann Jeder, welcher dem Eigenthümer einer Liegen-
schaft ein Darlehen geben will, aus dem Buche alle Verhältnisse er-
sehen, deren Kenntniß ihm möglich macht, genügend über das Daseyn
der Sicherheit durch die Hypothek zu urtheilen. Eine solche Hypo-
thekenverfassung beruht auf den Grundsätzen der Publicität und Spe-
cialität. Nach dem Prinzip der Publicität ²⁾ erwirbt nur jene
Pfandbestellung die Rechte einer Hypothek, welche in dem Hypothe-
kenbuche eingetragen ist, so daß nur durch die Eintragung der Gläu-
biger gesichert wird; daher kann auch nur dasjenige, was im Buche
stand, gelten; jede Veränderung muß eben so in das Buch eingetra-
gen werden, und jeder Interessent muß durch Einsicht in das Buch
sich die Möglichkeit verschaffen können, das Immobilienvermögen des
Schuldners und in wie ferne es ihm Sicherheit gewähren kann, zu

- 1) v. Kamphs Jahrbücher der Gesetzgebung. XV. Bd. S. 119. von Sönnner
Comment. zur baier. Hypothekenordn. I. S. 56. Pratobevera in den
Materialien zur Gesetzkunde in Oesterreich. VIII. Bd. S. 314. v. Be-
ber über das baier. Credit-, Schulden- und Hypothekenwesen. Sulzbach,
1819. Ein guter Aufsatz in von Kamphs Jahrbüchern der Gesetzgebung
Heft 73. S. 274. f. noch über die Fortschritte der Hypothekengesetzgeb.
Meine Aufsätze in dem Archiv für civil. Praxis. XVIII. nr. VII. und
XVII. IX. Bd. nr. VI. Odier des systemes hypothecaires. Geneve,
1840. Beidtel Betrachtungen über Gegenst. der Einleihegesetzgebung S. 22.
- 2) v. Sönnner Commentar. I. S. 76, und S. 270. Pratobevera l. c. Seite
344; zum Theil gegen die Publicität f. Mayer in d. Einleit. zum Com-
ment. S. 17. f. aber Grenier traité des hypoth. vol. I. im Vorwort
P. IV. f. Troplong in der preface zu seinem Werke: des privileges
et hypothèques. Paris, 1833. IV vol. — Mongalvy memoire sur les
moyens de mettre à l'abri de tout recours etc. Paris, 1834. Wo-
lowski Revue de legislation I. Heft. p. 35, II. Heft. p. 276.

beurtheilen. Nach dem Prinzip der Specialität ³⁾ können generelle Hypotheken nicht mehr stattfinden, und nur auf bestimmte Güter und wegen genau bestimmter Summen dürfen Eintragungen zugelassen werden. Eine auf diesen Grundlagen beruhende Hypothekengesetzgebung schließt alle Bestimmungen des römischen Hypothekenrechts aus, welche mit den zuvor aufgestellten Grundsätzen unverträglich sind. Eine genügende Sicherheit giebt aber die Hypothekengesetzgebung nur dann, wenn sie zugleich in Verbindung steht mit der Bestimmung der Civilgesetzgebung, daß alle dinglichen Rechte an Liegenschaften nur durch Eintragung in zweckmäßig eingerichtete Grundbücher bewahrt werden ⁴⁾. Zugleich muß auch die Gesetzgebung über Ehre und Vormundtschaft ⁵⁾ und die Prioritätsordnung mit dem Hypothekenrechte in Harmonie gebracht werden ⁶⁾. Unter dieser Voraussetzung ist aber jede Besorgniß ⁷⁾ wegen der Nachtheile der Hypothekenordnung ungegründet ⁸⁾; und der Bedenklichkeit, daß der übertrieben begünstigte Realcredit dem Handelscredit schade, wird durch eine zweckmäßige Wechselordnung vorgebeugt. Von den neueren Hypothekenordnungen können nur die preussische ⁹⁾, österreichische ¹⁰⁾, bayerische ¹¹⁾, wür-

3) v. Sönners Vorträge S. 117. Grenier l. c. P. XXV. u. vol. I. p. 122. s. zwar Koshirt in der Zeitschrift. I. Heft, S. 44. 63.

4) Mein Aufsatz im civ. Archiv. XVIII. S. 161, XIX. S. 151, vergl. mit dem Zweibrücker Gutachten S. 50; und v. Kampp Jahrbücher der Gesetzgebung, Heft 97. nr. 1. Je mehr das Grundeigenthum vertheilt ist, desto schwieriger ist eine Hypothekengesetzgebung. Neugebauer über die Möglichkeit einer einfachen Hypothekenordn. Hamm, 1821. v. Kampp Jahrbücher Heft 73. S. 253. Wie langsam die Regulirung des Hypothekenwesens in den einzelnen Provinzen Preussens vor sich geht, s. aus dem Generalberichte des Justizministers in v. Kampp Jahrbüchern Heft 98. S. 95. u. Generalberichte für 1839 S. 117. Eine wesentliche Verbesserung des französischen Systems wurde in Baden bewirkt, wo das Landrecht von 1809 art. 1583 a. die Eintragung des Kaufs in das Grundbuch als wesentlich zur Begründung des dinglichen Rechts erklärt; und gut Bekk über die dinglichen Rechte an Liegenschaften, insbes. über die Bewahrung derselben durch Eintragung. Karlsruhe, 1831. Vergl. mit Koshirt das französische und badische Civilrecht. I. S. 144.

5) Wichtig wegen der stillschweigenden Hypotheken.

6) Meine Recens. in den Heidelberger Jahrbüchern 1823 S. 1076.

7) S. J. B. Zweifel in der Schrift: Ueber die Publicität der Hypothekenbücher und den nachtheiligen Einfluß auf den Handel. Nürnberg. 1819.

8) Weber über das Creditwesen S. 250. v. Sönners Comm. I. Thl. S. 42. Pratobevera VIII. S. 323.

9) Preuss. Hypothekenordn. vom 20. Dezember 1783. Preuss. Landr. I. Thl. Tit. XX. und Neugebauer Samml. der Verordnungen, die sich auf preuss. Hypothekenordn. beziehen. Hamm, 1822; (voraus gingen preuss. Verordn. von 1718.) Hypoth.- und Concursordnung von 1722, und schließl. von 1750.) Hofmann Repertor. samml. das Hypothekenwesen betreff. preuss. Verordn. Jülichau, 1805. Merkel Commentar zur allgemeinen Gerichts-

tembergische ¹²⁾, das weimarische ¹³⁾, und mehrere schweizerische Gesetze ¹⁴⁾ als vollständige mehr oder minder die Grundsätze der

Depos.- und Hypothekenordn. Breslau, 1817. II Bde. s. noch die Auf-
sätze in v. Kamptz Jahrbüchern Heft 73. S. 260. v. Sethe in Simon
und Strampf Zeitschrift für wissenschaftliche Bearbeitung. I. Bd. 28 S.
S. 358. Archiv für civil. Praxis. XVIII. S. 172. Preuß. Gesetz vom
16. Juni 1822 über Einführung der Hypothekenordnung in der Provinz
Sachsen, und 31. März 1834 über Einführung in Westphalen. Darstel-
lung des preussischen Hypothekenrechts in Bornemann Darstellung. IV.
S. 267—410. Immer mehr wird in Preußen eingefehen (Generalbericht
des königl. Justizministers von 1839 S. 123.), daß die (war im J. 1831
erlassene) gesetzliche Verbindlichkeit der Berichtigung des Besitztitels wieder
hergestellt werden möge.

- 10) Zwar existirt noch keine allgemeine Hypothekenordnung, allein in einzelnen
Provinzen giebt es solche Ordnungen, wenigstens Vorschriften über Inta-
bulirung, und das Civilgesetzbuch ist dem Grundsatz der Publicität ange-
paßt. s. Protobevera Materialien. VIII. S. 315—326, und Schein Ab-
handl. von der Grundbuchsführung und den bei Uebertragung dinglicher
Rechte erforderl. Vorrichtungen. Grätz, 1820. In den Provinzen ist die Ein-
richtung sehr verschieden. Landtafel heißt das öffentliche Buch für die
ständischen Güter, Grundbuch für die nicht ständischen. Landtafelpatent
für Oesterr. unter der Enß vom 24. November 1758; für Oesterr. ober
der Enß vom 3. October 1754. s. noch Winwarter Handbuch der Justiz
und polit. Gesetze. Wien, 1835. II. Bd. S. 117. Winwarter das österr.
bürgerl. Recht. II. Bd. S. 219. und neue Ausg. II. Bd. S. 231.
Ezihal Anl. zur gleichförm. Anlage der Grundbücher. Wien, 1830, und
Lit. im Archiv für civil. Praxis. XVIII. S. 180. Gute Darstellung des
lombard. venet. Hypoth. Systems in der Zeitschrift für österr. Rechtsge-
lehrs. 1839, S. 65. III. (dort auch S. 83.), wie in Italien röm. Hypoth.-
System modificirt war.
- 11) Baier. Hypothekenordn. vom 1. Juni 1822, und Instruction über Vollzug
des Hypothek. Ges. vom 13. März 1823; hiezu baier. Entw. 1819 im
Auszug im Archiv für civil. Praxis. III. S. 247. v. Sönnner Vorträge
über Gesetzgebungsgegenst. an die 2te Kammer. München, 1820. Seite
77—193. Welsch Bedenken über das Prinzip der Specialität. München,
1819. Püchta Worte der Erfahrung für das Prinzip der Specialität.
Erlangen, 1819. Verhandl. über Hypoth. Gesetz in Landtagsverhandlun-
gen von 1822 III. Bd. S. 119, IV. 1—267, VI. 270, X. 355, XL 66;
Beilagenband II. S. 103, III. S. 283. v. Sönnner Comm. über das
Hypothekengesetz für das Königreich Baiern. München, 1823. s. noch
Archiv für civil. Praxis. XVIII. S. 181. Lehner, Lehrb. d. baier. Hyp.-
Amts-Ordn. Sulzbach, 1837.
- 12) Vom 15. April 1825. Verhandlungen über dies Gesetz in der Kammer
der Landstände. s. 3tes Beilagenheft der ständischen Verhandl. Würtem-
berg. Instruction vom 14. Dezember 1825. Neues württemberg. Gesetz
vom 21. Mai 1828. (Hufnagel) Vortrag zur Belehrung der Gemeinde-
räthe über das Pfandgesetz. Tübingen, 1825. Wapser Commentar des
neuen württemberg. Pfandgesetzes. Stuttgart, 1825. I. Thl. Seeger aus-
führl. Erläuter. des Pfand- und Prioritätsgesetzes. Stuttgart, 1825—27.
II Thle. Weishaar würtemb. Privatr. 3te Ausg. II. S. 478 u. Bolley
Bem. zu dem württemberg. Pfandgesetze. Stuttgart, 1827. Hofacker Jahr-
bücher IV. S. 245. Knapp Zusammenstellung der Gesetze und Verordn.
über das in Württemberg geltende Pfandrecht 1838. Reyscher das würt-
temberg. Privatr. II. Thl. S. 73. und v. Wächter Handbuch des würt-
temberg. Privatrechts. I. Bd. 2te Abtheil. S. 972 bis 995.
- 13) Hypoth.-Ordn. vom 6. Mai 1830 und ausführl. Instruction vom 12ten
Mai 1841.
- 14) Hieher gehören: Bernisches Civilgesetz. von 1825 S. 424. 480. (Archiv

Publicität und Specialität consequent durchführende Ordnungen betrachtet werden ¹⁵). Das französische Hypothekensystem ¹⁶) ist gleichfalls auf diese Grundsätze gebaut, allein nicht consequent wegen des Fortbestehens mehrerer stillschweigender Hypotheken, wegen der Zulässigkeit von Generalhypotheken durchgeführt, und entbehrt einer zweckmäßigen Grundlage durch vollständige Vorschriften über die Nothwendigkeit der Eintragung aller Veränderungen des Grundeigenthums und darauf haftender Lasten in die öffentlichen Bücher ^{16a}). Die Sicherheit leidet auch durch das Daseyn richterlicher Pfandrechte, ferner durch die ungenügende Einrichtung der Hypothekenbücher und die Vorschriften über die Besorgung der Geschäfte ¹⁷). Wesentliche

XIX. S. 127); von Luzern Gesetz vom 6. September 1831, und Luzernisches Civilgesetzbuch von 1838 II. Thl. Titel IV. art. 364. Et. Galienische Hyp. D. vom 19. November 1831; von Appenzell außer Rhoden Gesetz vom 30. Juni 1835. Hyp. D. des Cantons Freiburg vom 23ten Juni 1833. Civilgesetzbuch von Tessin von 1837 art. 1142tc. Solothurn. Hypothekenordn. vom 23. Februar 1838.

- 15) Von neuen Entwürfen zu Hypoth. D. deutscher Staaten (s. die großh. hessische im Archiv. XVIII. S. 434. 438. Ein neuer großh. hess. Entw. ist von 1836. Sehr wichtig ist von Entwürfen der Genfer Entw. von 1827. Archiv XVIII. S. 446, XIX. S. 135.

- 16) Merlin repertoire vol. III. sub voce: hypothèque. Guichard legislation hypothécaire. Paris, 1810. Grenier traité des hypothèques. Rom. 1822, 2 vol. s. noch Zacharia Handbuch. II. S. 57. Schon ein (leider wieder im April 1674 zurückgenommener) Edict vom März 1673 (abgedruckt in Grenier traité II. pag. 514.) führte Publicität ein. In einigen Coutumes, z. B. in denen von Vermandois, Senlis, Perrone, Laon, Rheims, Amiens, galt schon immer Publicität in den Insinuationen vest et de vest, nantissement, saisine. — Erst Edict vom Junius 1771 (auch in Grenier II. p. 506.) gab eine Art von Publicität durch öffentliche Bekanntmachung und Lettres de Ratification. In der Revolution drang endlich das System der Publicität und Specialität durch; s. Gesetze vom 9ten Messidor Jahr III. und 11ten Brumaire VII. Ueber das ältere französ. Hypothekenrecht ist noch gut Basnage traité des hypothèques in seinen Werken (Rouen, 1778.) im Anhang. s. noch im Archiv für civil. Praxis. XVIII. S. 413. Im Großherz. Baden gilt zwar die franz. Gesetzgebung, allein es bestehen dort manche Verbesserungen der französischen Hypotheken-Gesetzgebung, z. B. dadurch, daß alle Eigenthumsveränderungen von Liegenschaften in die Grundbücher eingetragen werden müssen, daß in Baden die Gemeinderäthe das Pfandgeschäft besorgen. Vell über die Rechte an Liegenschaften insbes. über Bewahrung ders. durch Eintragung. Karlsruh, 1831; und Nachrichten im Archiv für civil. Praxis. XVIII. S. 452.

- 16a) Bei den Beratungen über die Vorschläge des Ministers 1841 waren die Ansichten sehr getheilt. Viele Gutachten erklärten sich dagegen wegen Unmöglichkeit bei der unendlichen Zerstücklung des Grundeigenthums in Frankreich, s. über diesen letzten Punkt Memoires de l'Academie tom. II. 2 serie 1839 p. 283. Ein guter Cataster erleichtert die Ausführung der Verschrift der Transcription.

- 17) Ueber Mängel des französischen Hypothekensystems: Jourdan in der Thémis ou bibliothèque du Jurisconsulte livraison 25. pag. 210, und Tom. VII. 2 Livr. pag. 53. v. Ramm Jahrbücher Bd. XV. S. 119. Delebecque de rerum immob. alienat. publicitate ad regimen hy-

Verbesserungen des französischen Systems finden sich an der niederländischen ¹⁸⁾ und württembergischen Gesetzgebung ¹⁹⁾.

§. 263. [§. 192.] Einrichtung der Hypotheken. Verschiedene Arten der Hypothekenbücher.

Nach dem Grundsatze des Schutzes des Kreditors sind die neue Hypothekenordnungen beziehen, I. auf Immobilien mit der ihnen gleichgeachteten Rechte ¹⁾, welche der freien Verfügung des Eigenthümers unterworfen sind ²⁾, Gegenstände von Hypotheken II. auf durch wirkliche Inscription in Bücher, welche die genaue Angabe der zu verpfändenden Immobilien mit dem Verthe der Sache ³⁾, auf alle Laſten der Sache und hypothecirten Schulden enthalten ⁴⁾, eine ein-

pothec. hab. Leodii, 1823. r. Gönnert, Schrift: über die zweckmäßige Einrichtung der Hypothekenbücher §. 11, und im Comment. zur bayer. Hypothekenordn. I. S. 33—42. *Précis des Decourcements de créancier de préter sur hypothèques et d'acquérir des immeubles.* Paris, 1823. Gazette des tribunaux 1828 nr. 991. 1000. f. noch Stagen über französische Hypothekenwesen und Vorschläge der Verbesserung von Foelix in den Annales de législation et de jurisprudence 1829 p. 165 etc. und in der Zeitschrift für aush. Rechtswissenschaften II. St. nr. 2. Mongalvy und Wolowski's eben angeführte Aufsätze: *Revue encyclopéd.* Novembre 1832 p. 273 etc., und wichtig: Entwurf zu einem verbesserten Hypothekengesetz für Rheinbaiern. Zweibrücken, 1835. *Ueber des systemes hypoth.* pag. 65—97.; nat. über die neuen Verordnungen: *Revue de législat. par Wolowski* 1841. II vol. p. 203. u. 1442. p. 200.

* Ueber engl. und amerikan. Pfandreht: f. Story Comment. on equity jurisprudence. Boston, 1826. II. p. 270. *Burge Comment. on Conflict of laws.* III. pag. 161. 246; nat. Kent Comment. on American law (4te Ausg.) vol. IV. p. 126 etc.

18) Niederländ. Civilgesetzb. art. 1202; und Asser bei nederländisch burgerlik Wetboek. Gravenhagen, 1838. pag. 421; nat. die Verhandlungen der Generalstaaten in Voorduin Geschiedenis en begripen de nederlandsche Wetboeken. Utrecht, 1637. IV. vol. p. 422.

19) Hypothekengesetz vom 2ten Mai 1836.

1) Puchta Anweisung zum vorf. Creditiren S. 35. 164. Bayer. Hypothekenordn. §. 3. Gönnert Commentar S. 116. Mayer S. 27. Eben diese Ansichten in Ulm. Stadtr. IV. Tit. I. Art. 13. Eichf. erl. Preß. L. XLIV. §. 2. Curtius II. S. 572. *Reyher württemb. Pfandreht.* II. S. 84. Ausführl. Weimar. Hyp. L. §. 14—26.

2) Ueber Verpfändung der Lehen: Kobs de pecunia mututicis. esp. 6. v. Familien-Fideicommissen. Kobs l. c. pag. 105. *Bürtemberg. Hyp. L.* Art. 7. Mayer Comm. I. S. 101. Weimar. Hyp. L. §. 16—19; und Instruction §. 123—125.

3) *Bürtemberg. Hyp. Ordn.* §. 12. Mayer Comment. S. 209. *Stagen* S. 96. Die Angabe des Werthes bedarf es keineswegs, wo die Hypothekenbehörde für die Zulänglichkeit der Hyp. haften muß, oder wenn es der Gläubiger verlangt. Weimar. Hyp. L. §. 263—270. *Instruction* §. 126—140. *Reyher* II. S. 105.

4) Gönnert über die zweckmäßige Einrichtung des Hypothekenbuchs. München, 1823. Puchta a. a. D. S. 34. Bayer. Hyp. Ordn. §. 24. 120. Bayer. Ges. vom 13. März 1823 §. 4—24. *Poffelt im Staatsbürgerl. Magazin.* I. S. 726.

dingliches Recht entstehen ⁵⁾. Auch alle Veränderungen ⁶⁾, die mit der Sache oder der Hypothek vorgehen, fordern die Eintragung ⁷⁾. Zur Sicherung der Rechte in Fällen, wo die Einschreibung noch nicht sogleich geschehen kann, sind Protestationen ⁸⁾ und Vormerkungen ⁹⁾ eingeführt. Dem Beamten, welcher die Eintragung in die Bücher besorgt, liegt die Prüfung aller Verhältnisse ob ¹⁰⁾, von welchen die Gewißheit des Willens des Schuldners, eine Hypothek zu bestellen, die Fähigkeit über die Sache zu verfügen, das Daseyn des Pfandrechts titels abhängt, und wodurch die Absicht der Contrahenten, daß die Hypothek als Hypothek in der verabredeten oder durch das Gesetz bestimmten Weise wirksam werde, erreicht wird. Die Einrichtung des Hypothekenwesens ist verschieden ¹¹⁾; A. nach der Art der Behörden, welchen die Besorgung der Geschäfte übertragen ist, und zwar a) je nachdem das gewöhnliche Gericht ¹²⁾, oder b) der Gemeinderath ¹³⁾, c) oder eine eigene Hypothekenbehörde ¹⁴⁾ die Führung der Hypothekenbücher besorgt. B. Darnach, ob das Buch nur reines Hypothekenbuch ist ¹⁵⁾, oder mit dem Grundbuche ¹⁶⁾ verbunden ist,

5) Baier. Hyp.D. §. 9. 10. Sönnner Comm. §. 138; von Sachsen, Kind qu. I. nr. 27. Haubold §. 212.

6) Baier. Hyp.D. §. 34—38.

7) Daher muß auch jede Cession in das Buch eingetragen werden. Siehe Puchta Anl. §. 345. Schrader Lehrbuch III §. 164. Haubold §. 216. Baier. Hyp.D. §. 53. Sönnner Comm. §. 434. Curtius de finib. exc. leg. Anastas. Lips. 1789. Schrader l. c. Puchta §. 351. Sönnner §. 438. Meßlenb. Hyp.D. §. 22. Weimar. Hyp.D. §. 72—84. u. §. 271—77.

8) Preuß. Hyp.D. II. §. 289. Puchta Anl. §. 374. Grävell systemat. Entw. der Theorie der Hyp. Protestat. Berlin, 1815. v. Kampp Jahrbücher der Gesetzgebung im V. Bd. §. 113, und VI. Bd. §. 257; besonders Band 25. Heft 49. §. 201. Baier. Hyp.Ordn. §. 27. Sönnner Comm. §. 299. Bornemann Darstellung IV. §. 344 u. Weimar. Hyp.-Ordn. §. 246.

9) Preuß. Landrecht §. 424. Oesterreich. Gesetzbuch §. 453. Merkel Comm. II. §. 314. Baier. Hyp.D. §. 30. Sönnner Commentar. §. 323.

10) Ueber die Rücksichten bei der Eintragung, Meyßner II. §. 104—109. Weimar. H. D. §. 226—62. Ueber die Vermuthung, daß sie vorgenommen worden sey, Mayer Comment. I. §. 311.

11) Archiv für civil. Praxis. XVIII. §. 171. s. auch Puchta in Linde's Zeitschrift für den Proceß. IX. Bd. 26. Heft. nr. 6.

12) J. B. in Baiern, in Oesterreich, in Preußen s. noch Pratobevera VIII. §. 380, und Archiv für civil. Praxis. XIX. §. 144; ebenso in Weimar. Hyp.D. §. 61.

13) J. B. würtemb. Hyp.D. §. 136; in Baden, in Nassau, in der Schweiz. s. Archiv l. c. §. 149. Diese Einrichtung ist die zweckmäßigste. Meyßner II. §. 107.

14) J. B. in Frankreich. s. dagegen Archiv XIX. §. 146. Von den Hypothekenbewahrern in Frankreich, Frey Frankreichs Civil- und Criminalverfassung. Mannheim, 1842. §. 333.

15) J. B. in Baiern.

in welches dann alle Uebertragungen des Eigenthums an Liegenschaften eingetragen werden müssen. C. Darnach, ob die Eintragungen nach der Person der Besitzer ¹⁷⁾ oder nach den zu verpfändenden Liegenschaften ¹⁸⁾ geschehen, so daß jede zu verpfändende Sache auch ihr Folium (Realfolium) in dem Buche erhält. Auch liegt eine Verschiedenheit darin, ob die Hypothekenbehörde bei der Eintragung auf die Regulirung des Besitztittels zu sehen hat ¹⁹⁾ oder nicht. Consequent nach dem Grundsatz von der Investitur ist es, wenn nur derjenige eine Hypothek auf Liegenschaften bestellen kann, welche ihm im Grundbuch als Eigenthum zugeschrieben sind ²⁰⁾. Die größte Sicherheit würde da begründet seyn, wo die Hypothekenbehörde auch für die Zulänglichkeit der ausgestellten Sicherheit haften müßte ²¹⁾. IV. Die Hypothekenbücher müssen öffentlich seyn, d. h. zur Einsicht jedem, der es verlangt, offen stehen; die deutschen Hypothekengesetze fordern die Nachweisung eines Interesse, welches der Einsiehende an der Einsicht des Buches hat, ohne daß es nöthig ist, das Interesse streng zu beweisen ²²⁾. Die Ingrossationsbücher ²³⁾ enthalten alle

- 16) J. B. in Oesterreich Pratobera VIII. S. 327. f. noch Puchta Dienst der deutschen Justizämter. II. S. 577. 585. Ueber den Zusammenhang der verschiedenen Bücher f. Brackenhöft im staatsbürgerlichen Magaz. V. S. 20. Weimar. Hyp.D. f. 14. 86. 206.
- 17) J. B. in Frankreich; f. auch würtemb. Hyp.D. f. 159. Gründe für und wider die Anlegung der Bücher nach Namen im staatsbürgerl. Magazin. V. S. 703—711. Die Weimar. Hyp.D. f. 201. gestattet Personal- und Realhypothekenbücher. Nach Instruction f. 29. entscheidet die Landesregierung, wo die einen oder anderen eingeführt werden sollen. Ueber die Art der Anlegung f. Weimar. Instruction f. 34—99.
- 18) J. B. in Preußen, Baiern. Hypothekenordn. f. 129. Pratobera Mat. VIII. S. 330. f. noch Vorschläge in v. Kampz Jahrb. Heft 73. S. 242.
- 19) S. über die preuß. Gesetzgebung, wo anfangs diese Regulirung vorgeschrieben, durch Kabinettsordre vom 31. October 1831 nicht allgemein gefordert war. Müllers Archiv für die neueste Gesetzgebung. II. Band. 18 Hft. S. 1. Sethe in Simons Zeitschrift. I. Band. 28 Hft. S. 358. Archiv für civil. Praxis. XVIII. S. 175. f. oben f. 262. not. 9. Jedoch auch Motive zum osth. Provinzialr. S. 33.
- 20) Weimar. Hyp.-Ordn. f. 14.
- 21) Dies galt zum großen Vortheil für den Credit jener Gegend in osth. Landestheilen, wo die Schöffengerichte auch für die Zulänglichkeit hafteten. Die Commission nahm dies wieder in den Entwurf des osth. Landr. f. 75—78. auf, und rechtfertigte es in den Motiven S. 36—39.
- 22) Baier. Hyp.-Ordn. f. 24. 25. Gönner Comm. I. S. 271. f. noch österreich. Gesetzbuch f. 443. Pratobera Mat. S. 375. Württemberg. Hyp.-Ordn. f. 61—64. Mayer Comment. I. S. 345. Geiger Erläuter. S. 217. Die Weimar. Hyp.D. f. 207. giebt das Recht zur Einsicht der Bücher allen bei der Einzeichnung unmittelbar Betheiligten, und allen Dritten, die ein durch bestehende Rechtsverhältnisse begründetes Interesse nachweisen können.
- 23) Sie kommen zwar nach preuß. Hyp. R. vor, sind aber nach neueren Ge-

Urkunden, von denen in das Hypothekenbuch nur der wesentliche Inhalt summarisch bemerkt wird. Von den Recognitionsscheinen²⁴⁾, d. h. den Certificaten über die im Buche geschehene Einschreibung, sind die Hypothekenbriefe zu trennen²⁵⁾. V. Die Eintragung der Hypothek verlangt regelmäßig die vorausgehende Vernehmung des Schuldners, und genaue Prüfung von Seite der Unterpfandsbehörde²⁶⁾. VI. Die Vormerkung²⁷⁾ (Pränotation) ist zulässig, wenn es noch an den zur definitiven Eintragung des Pfandrechts nothwendigen Erfordernissen fehlt, z. B. wenn der Gläubiger schon eine glaubwürdige, einen Titel zum Pfandrecht begründende Urkunde besitzt, aber es der Urkunde an einigen Förmlichkeiten fehlt²⁸⁾, oder wenn der Pfandrechts-titel noch nicht ganz reif ist, oder ein Mangel in Bezug auf das Object der Unterpfandsbestellung da ist²⁹⁾. Dadurch erhält der Vorgemerkte ein bedingtes Pfandrecht, welches, wenn die Forderung definitiv gerechtfertigt ist, und alle Mängel gehoben sind, von dem Zeitpunkt der Vormerkung an wirkt³⁰⁾. Die Vormerkung hat aber auch eine Bedeutung, um Rechtsansprüche dritter Personen gegen die Wirksamkeit einzutragender Hypotheken sicher zu stellen³¹⁾. VII. Die Protestation³²⁾, als ein auf einen dinglichen Rechtstitel

fahrungen als unnöthig befunden. v. Rapph Jahrbücher Heft 32. Seite 259. v. Gönner Motive zur Hyp.D. S. 106.

24) Baier. Hyp.D. §. 170. Hieher gehören auch die Informativ-Unterpfands-scheine nach würtemb. Hyp.D. §. 174.

25) Württemberg. Hypoth.-Ordn. §. 191. v. Gönner Commentar. II. S. 313.

26) Baier. Hyp.D. §. 105. v. Gönner II. S. 69—84. Württemberg. Hyp.D. §. 173. Hypoth. Ges. von 1828 §. 31—32. Protobevera S. 364.

27) Baier. Hyp.D. §. 30. 106. 108—14. Württemberg. Hyp.D. §. 32. 35. 80. v. Gönner Commentar. I. S. 308, II. S. 86. Oesterreich. Civilgesetz. §. 453. Weimar. Hyp.D. §. 68—71. §. 278—298.

28) Ueber die Unbestimmtheit der baier. Vorschrift. Seuffert Beitr. zur Rechtsanwendung 1836 I. Thl. S. 223.

29) S. überhaupt Aufsätze in Wagners Zeitschrift für österr. Rechtsgelehrsamkeit 1828 S. 94, 1830 S. 119, 1832 S. 99. Die Vormerkung ist übrigens sehr verschieden verstanden, und zwar oft so ausgedehnt, daß jede über die Zuständigkeit der Forderung beigebrachte Forderung schon Recht der Vormerkung begründe. (Dies System ist nachtheilig s. Beitel Betrachtung über Civilgesetzgebung S. 27.) Richtiger bedarf es immer einer Urkunde, die einen Pfandrechts-titel gewährt. Winiwarter das Oesterreich. bürgerl. Recht. II. S. 247.

30) Das französische Recht kennt das Institut nicht. s. über die Nothwendigkeit und Art der Durchführung rapport über das Genfer Project pag. 22.

31) J. B. Eigenthums- oder Nutzungsrechte auf eine Sache. Weimar. Hyp.-Ordn. §. 130—145.

32) S. oben not. 8. Protobevera S. 349 und S. 355—362. Württemberg.

oder auf ein obwohl nur persönliches, jedoch die Wiedererlangung eines Guts bezweckendes Recht ³³⁾ sich gründender Widerspruch gegen eine mit einer Liegenschaft oder einem eingetragenen Posten vorzunehmende Verfügung, kann zum Schutze gegen den Inhaber einer Forderung oder zur Sicherung gegen dritte Erwerber vom dritten Interessenten, oder von dem Schuldner, oder einem Gläubiger ausgehen, fordert aber Bescheinigung des Rechts ³⁴⁾, daß, obgleich es noch nicht klagbar ist ³⁵⁾, doch überhaupt gesetzlich begründet seyn muß, um die Vornahme jeder Veränderung, wodurch dem Protestirenden Nachtheil zugehe, zu verhindern.

§. 264. [§. 183.] Titel zur Bestellung der Hypothek.

Im Widerspruche ¹⁾ mit dem Grundsätze der Publicität des Hypothekensystems stehen stillschweigende (oder gesetzliche) Hypotheken, weil sonst der Zweck der Eintragung der conventionellen Hypotheken und die Sicherheit vereitelt wird ²⁾, welche dem Gläubiger gewährt werden soll, daß nur das im Buche Eingetragene ihm nachtheilig seyn kann. Selbst bei den Hypotheken der Ehefrauen und der Mündel ist die Aufstellung einer stillschweigenden Hypothek nicht notwendig ³⁾, da die Gesetzgebung für diese Personen auf andere Weise hinreichend sorgen kann. I. Schon in Ländern ⁴⁾, wo das römische Recht als das gemeine Recht galt, überzeugte man sich früh von der Unver-

§. 74—88. In Preußen trennt man 1) protestatio de non amplius intabulando, 2) prot. pro conservando jure, 3) pro servando loco. Strampf Zeitschrift für preuß. Recht. II. Heft. nr. 8, und Seuffert Blätter für Rechtsanwendung 1836 S. 369. f. noch Bornemann Darstellung IV. S. 349.

33) In dieser Ausdehnung nimmt es mit Recht die württembergische Hypothekenordnung Art. 75. an. Mayer Commentar S. 371. Seeger Erläuter. Seite 244.

34) v. Sönnner Comment. S. 300.

35) Seeger Erläut. S. 248.

1) Foelix in den Annales de legislation pag. 220. Wolowski revue de legislation I. vol. §. 4. p. 226. Odier des systemes hypoth. p. 86. Dort auch Nachweisung, daß die franzöf. Vorschriften, um Nachtheile zu beseitigen, ungenügend sind.

2) Das französische Recht kennt noch gesetzliche Hypotheken ohne Eintragung. Vertheidigung derselben in Troplong préface I. p. 62, und Zweibrücker Entwürfe S. 93—107; und in den Annalen der badischen Gerichtshöfe 1840 nr. 3.

3) Mein Aufsatz im Archiv. XIX. S. 166—176.

4) Die röm. gesetzl. Hypotheken fanden schon früh Eingang, das Freiburger Stat. von 1520 Fol. 42. nennt sie verschiegentlich Pfand, und im Stuttgarter Stadtrecht von 1492 kommt schon gesetzl. Hypothek eines Vermiethers von Gebäuden vor.

träglichkeit ⁵⁾ der stillschweigenden Hypotheken mit einem consequenten Ingrossationsystem, und kam daher entweder a) zum Versuche der völligen Aufhebung der Legalhypotheken ⁶⁾, oder b) einzelner Arten derselben ⁷⁾, oder c) zu der Vorschrift, daß jede solche Hypothek nur gelte, wenn sie in das Buch eingetragen würde ⁸⁾. — II. Die neuen Hypothekenordnungen ⁹⁾ haben mit wenigen Ausnahmen ¹⁰⁾ die Aufhebung der gesetzlichen Hypotheken in dem Sinne, daß sie ohne Eintragung wirksam seyn sollten, ausgesprochen; allein es wurden in dem Sinne Legalhypotheken beibehalten, daß gewisse Personen Titel zur Bestellung einer Hypothek in der Art durch das Gesetz erhalten, daß sie befugt sind, diese Hypotheken auch ohne Einwilligung des Schuldners in die Hypothekenbücher eintragen zu lassen, und daß dann die eingetragene Hypothek von der Zeit ihrer Eintragung an wirksam werde. Damit stehen dann die gesetzlichen Einrichtungen ¹¹⁾ in Verbindung, welche bezwecken, daß die Hypotheken, z. B. für die Pupillen, sicher eingetragen werden, und die Bestimmungen, daß jede Legalhypothek nur für gewisse Summen eingetragen werde; hierbei sucht das Gesetz auf die großen Nachteile Rücksicht zu nehmen, welche für den Credit des Schuldners entstehen, wenn zu große Summen wegen solcher Hypotheken eingetragen werden, daher eine zweckmäßige Reduction der Summe nothwendig wird ¹²⁾. III. Die ohnehin nicht zu billigende richterliche Hypo-

5) Griebner de incommod. hyp. tac. Lips. 1731; idem de arg. quae pro hyp. tac. adferuntur. ibid. — idem de incommod. hyp. tac. in re pup. Lips. 1733. Baierische Landtagsverh. III. S. 246 ff. Gönners Comment. S. 147. 182.

6) J. B. in Sachsen durch Prozeßordn. von 1724 Tit. XLV. jedoch Wiederherstellung 1734. s. Meißner vollständ. Darstell. der Lehre vom Pfandrecht. II. S. 351. Haubold S. 221. Im Königreich Sachsen erfolgte endlich die Aufhebung der gesetzlichen Hyp. durch Gesetz vom 4. Juni 1829.

7) J. B. in Ulm l. c. Art. 15; in Sachsen, Curtius II. S. 592. Haubold S. 208. Nürnberg. Reform. XXII. 2. Focke adumbr. jur. merc. brem. p. 66.

8) Eöln. Rechtsordn. XIII. Remptische Landtafelordn. S. 55. Sachsen gotha. Prozeßordn. I. Thl. Cap. 37. Art. 4. Schrader Lehrb. III. S. 120. Lippe-Dehm. S. D. S. 7.

9) Preuß. Landrecht S. 412. Preuß. S. D. S. 55. Eine Zusammenstellung der gesetzl. Hypoth. nach Preuß. R. in Bornemann Darstellung IV. Seite 275—287. v. Oesterreich, Civilg. S. 450. und Biniwarter II. Thl. Seite 234—39. Baier. Hyp. D. S. 12. v. Gönners Comment. S. 182. Welfenburg. S. D. S. 15. Oldenburg. S. D. S. 13. S. 17. Würtemb. Hyp. D. S. 2. Weimar. S. D. S. 32—55. und S. 369.

10) In Frankreich, in Baden.

11) Archiv XIX. S. 174.

12) Baier. Hyp. D. S. 19. 20. Württemberg. S. 28—43. s. noch Grenier traité discours prélim. P. XVII. Weimar. S. D. S. 51.

thet ¹³⁾ des französischen Rechts kommt in den deutschen Hypothekenordnungen nicht vor, während dagegen Einige ¹⁴⁾ derselben jedem Gläubiger, wegen rechtskräftig entschiedener Forderungen, zu deren Vollzug ihm Immiffion in die Güter des Schuldners erkannt wurde, einen gefeßlichen Hypothektitel geben.

§. 265. [§. 184.] Specialität der Hypothek.

Der Grundsatz der Specialität fordert die Verbannung aller Generalhypotheken ¹⁾, weil sonst der Zweck der Hypothekenverfassung nicht erreicht werden kann, wenn nicht das Hypothekenbuch klar zeigt, welche Sachen, deren Umfang und Werth der Gläubiger erkennen kann, für ihn haften, und wenn nicht ersichtlich ist, wie weit die Sache mit Hypothek belastet ist; daher also auch die zu versichernde Forderung bestimmt angegeben wird. Generalhypotheken befördern die Täuschungen und sind selbst unnöthig ²⁾. Darnach kann nur auf bestimmte ³⁾, zur Zeit der Verpfändung unter dem Vermögen begriffene Gegenstände eine Hypothek erworben werden, nie auf zukünftige Vermögenstheile ⁴⁾. Die Hypothek wirkt darnach auch nur so weit sie in dem Buche eingeschrieben ist, was aber nicht hindert, daß der Gläubiger eine Mehrheit von Specialhypotheken bestel-

13) Archiv für civil. Praxis. XIX. S. 163. Odier p. 89. Auch in den Annalen der badischen Gerichte I. c. 1840 nr. 3. werden die Nachtheile der richterl. Hypothek zugegeben.

14) J. B. preuß. Gerichtsordn. I. XXIV. §. 110. 116. L. §. 448. Baier. Hyp. D. §. 12. nr. 12. Gönnner Commentar I. S. 206. Weimar. Hyp. D. §. 48. Ueber Undeutlichkeit im preuß. R. Bornemann Darstellung IV. Seite 289.

1) Schon früher erklärten einige ältere Geseze die Generalhypotheken für unzulässig. Nördlinger Stat. in Eröltzsch Anmerk. I. S. 146. Ulm. Stat. I. c. Art. 30. Nassau. Contracten-Ordn. §. 43. Sachsengotha. Proj. I. c. §. 15. Cöln. RechtsD. XIII.

2) Mein Aufsatz im Archiv. XIX. S. 159.

3) Baier. Hyp. D. §. 11. 19. Gönnner Comm. S. 164. 241. Landtagsverhandl. III. S. 33. Oldenburg. H. D. §. 17. Kayscher würtemb. Privatr. II. S. 98. Die Weimar. Hyp. D. §. 5. hebt die Generalhypotheken auf; nach §. 374 können sie als einfache Privilegien in ein besonderes Register eingeschrieben werden. Nach §. 386. können im ganzen Mobilienvermögen solche Pfandrechte, die als Privilegien wirken, bestellt werden.

4) Preuß. H. D. §. 165. Mecklenburg. §. 15. Würtemberg. H. D. §. 10. Gute Bemerkung in Wächter Handbuch I. S. 979. Baier. H. D. §. 11; auch Code Civil Art. 2129. spricht dies aus, allein nicht consequent. f. Art. 2130. 31, und dazu Grenier traité I. pag. 133. Das neue Frankf. Gesez vom 10. Januar 1837 hebt die Hypothekarverschreibungen auf Immobilien, die nicht bestimmt bezeichnet sind, und die Generalhypotheken auf.

len ⁵⁾), nämlich für die nämliche Forderung die Hypothek auf so viele Güter eintragen läßt, als ihm nach seinem Rechte haften sollen ⁶⁾); nur wird es, wenn der Gläubiger eine Gesamthypothek erlangen will, nothwendig, daß die Gesamthaftung bei jeder einzelnen Hypothek ersichtlich sey ⁷⁾. Ist die Forderung auf diese Art mit ungetheilter Summe auf mehrere Sachen eingeschrieben, so hat, wenn das Landesgesetz nichts Anderes bestimmt ⁸⁾, der Gläubiger das Recht, zu wählen, welche der ihm haftenden Liegenschaften er zuerst angreifen will, und zwar so, daß er den ganzen Erlös aus der zuerst versteigerten Liegenschaft fordern, und wenn er dadurch nicht befriedigt wird, die anderen Liegenschaften angreifen kann; er kann aber auch seine Befriedigung aus allen in der Gesamthypothek ⁹⁾ begriffenen Gütern fordern, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob die nämliche Sache noch anderen eingeschriebenen Gläubigern haftet, weil sein dingliches Recht auf alle Sachen geht, in Bezug auf welche es eingetragen ist, und zwar gilt dies auch, wenn eine der Liegenschaften, auf welcher die Gesamthypothek haftet, in die Hände dritter Besitzer kam ¹⁰⁾. Die mit Nachhypotheken eingetragenen Gläubiger können sich nur an das, was von der Sache, die ihnen nach der Eintragung haftet, noch übrig bleibt, wenn nicht das Landesgesetz auf andere Weise für sie sorgt ¹¹⁾, oder der Fall des Concurse eintritt ¹²⁾. Auch da, wo Generalhypotheken noch bestehen, haben neuere Gesetze ¹³⁾ wenigstens die Wirksamkeit dieser Hypothek so be-

5) Preuß. F. D. §. 159—162. Merkel Comment. II. S. 214—236. Puchta §. 139. Gönnert Comm. S. 176. Mayer Comm. S. 172—186.

6) Ueber Eintragung gesetzlicher allgemeiner Hypotheken. Gönnert Comment. I. Seite 172.

7) Dies wird wichtig wegen der Asterhypotheken s. Winwartter österreich. Civilgesetzb. II. S. 245.

8) Die Hypothekenordnungen schwanken hier. s. noch Bezzel über Anweisung von Forderungen, die auf mehreren Immobilien eingetragen sind. Nürnberg. 1829. Baier. Prioritätsgesetz §. 19. Würtemberg. F. D. §. 98. 99. Badische Prozeßordn. §. 897. 99. s. noch Bell die dingl. Rechte an Liegenschaften S. 49. — S. noch Zeitschr. für österr. Rechtsgelehrsamk. 1836. nr. 12. 16. S. 181; v. 1837 6. F. nr. 19.

9) Supet im Archiv für civil. Praxis. XVIII. nr. 14. und gut Winwartter österreich. Civilgesetzbuch. II. S. 253.

10) Ueber verschiedene Fälle Winwartter II. S. 254.

11) Die Rücksicht der Billigkeit erzeugte in den neuen Hyp. D. andre Ansichten, z. B. in Würtemberg. F. D. §. 99. Reyscher würtemb. Privatrecht. II. S. 113. Weimar. Gesetz über die Vorzugsrechte §. 63—73.

12) Gut Winwartter I. c. S. 255. und Reyscher I. c. S. 112.

13) Z. B. Oldenburg. Hyp. D. §. 51. Braunschweig. Gesetz vom 26. März 1823 §. 3. s. noch Archiv für civil. Praxis. XVIII. S. 428.

beschränkt, daß sie dritten Besitzern der in der allgemeinen Hypothek begriffenen Sachen nicht schaden soll.

§. 266. [§. 185.] Rechtsverhältniß.

I. Durch Einschreibung in das Hypothekenbuch entsteht das dingliche Recht, und der Hypothekengegenstand ist von jetzt an unter Wachsamkeit der eingeschriebenen Creditoren gestellt; allein der Eigenthümer der verpfändeten Sache verliert dadurch nicht das Recht, über die Sache zu verfügen ¹⁾, wenn dadurch nur nicht die Sicherheit des eingetragenen Gläubigers verletzt wird. Der Schuldner kann innerhalb dieser Gränze auch Veränderungen mit der Sache vornehmen und Lasten auflegen, die aber dem Gläubiger nicht schaden können ²⁾. II. Weitere Hypotheken auf die nämliche Sache einzuräumen, ist der Schuldner nicht gehindert ³⁾; einige Gesetze gehen selbst so weit ⁴⁾, daß sie einen Vertrag, daß kein weiteres Unterpfand bestellt werden soll, als nichtig erklären; auf keinen Fall wirkt ein solcher Vertrag ohne Eintragung in das Buch auf dritte Erwerber ⁵⁾. III. Der Eigenthümer der veräußerten Sache kann dieselbe veräußern ohne Zustimmung des Gläubigers; allein die Hypothek besteht fort, der Gläubiger, der von der Veräußerung durch die Behörde in Kenntniß gesetzt werden muß, hat auch vorzugsweise das Recht auf den Erlös zur Befriedigung seiner Forderung ⁶⁾. IV. Der Vorzug unter mehreren Creditoren richtet sich blos nach der Zeit der Eintragung ⁷⁾, und zwar, wenn nichts anderes im Gesetze bestimmt ist ⁸⁾, so, daß die unter gleichem Datum eingetragenen Gläubiger auch gleiche Rechte genießen ⁹⁾. V. Die Hypothek haftet auf der

1) Preuß. Landrecht §. 20. 438. Baier. Hyp.D. §. 44. 45. Gönnert Comment. I. §. 389. Reyscher II. §. 110. Weimar. Hyp.D. §. 25.

2) J. B. wegen Dienstbarkeiten gut Weimar. Hyp.D. §. 119—121.

3) Weimar. Hypoth.-Ordn. §. 252. Reyscher Privatr. II. §. 110.

4) Preuß. Landr. I. Thl. Tit. 20. §. 439. Württemberg. Hyp.D. §. 91. Seeger §. 288.

5) v. Gönnert Comment. I. §. 390.

6) Weimar. Hyp.D. §. 118. 301—2.

7) Preuß. Hyp.-Ordn. §. 8. 30. 168. In Preußen entscheidet die Stunde der Eintragung. Merkel Comm. II. §. 164. Baier. H. D. §. 59—61. v. Gönnert §. 480.

8) J. B. in Preuß. H. D. Tit. II. §. 8. 30, 168. f. von Rammß Jahrb. 17. Heft. §. 110, Heft 21. §. 61. Weimar. H. D. §. 150.; Ausnahme tritt ein, wenn mehrere Hypotheken ausdrücklich als gleichzeitig in einem Tage eingetragen wurden.

9) J. B. in Baier. §. 59, auch in Frankreich Code civil 2134. 2147. Württemberg. §. 97. Pratobevera VIII. §. 374.

ganzen Sache ¹⁰⁾, auf ihren Zubehörungen ¹¹⁾, auf dem Zuwachs, und auf den Früchten, so lange sie noch nicht abgetrennt oder bezogen sind ¹²⁾; sie haftet für das Capital, jedoch (um unbestimmte Summen zu vermeiden) für Zinsen nur dann, wenn die Forderung als verzinslich im Buche eingetragen ist ¹³⁾, und immer nur beschränkt für den Zinsenrückstand ¹⁴⁾. VI. Die Hypothek geht gegen jeden dritten Besitzer der Sache ¹⁵⁾; nach dem Grundsatz der Publi- cität und Specialität können die römischen auf die Existenz nicht ein- getragener Hypotheken sich beziehenden römischen Vorschriften über die actio hypothecaria nicht angewendet werden; daher kann der eingetragene Gläubiger sogleich gegen den dritten Besitzer der Sache klagen; und dieser, da er das Daseyn der Hypothek hinreichend aus dem Buche ersehen konnte ¹⁶⁾, kann auch, wenn er ausgedeutet wird, nicht die exceptio vorschützen, daß der ursprüngliche Schuldner zuerst ausgedeutet werden soll ¹⁷⁾; allein seine Haftung geht nur so weit, als das Gut reicht, und die Forderung des Gläubigers hiedurch ver- sichert wurde. Der dritte Besitzer kann sich nur dadurch befreien, daß er die rückständige Forderung des Gläubigers bezahlt ¹⁸⁾. VII. Die Eintragung in das Buch kann zwar kein ungültiges Geschäft gültig machen ¹⁹⁾, auch kann es dem Inhaber solcher Rechte, die zu ihrer Sicherstellung überhaupt, oder dem in Frage stehenden Pfand- rechte gegenüber, der Eintragung nicht bedurften, keinen Nachtheil

10) Preuß. Landrecht §. 443—492. Gut Bornemann Darstellung IV. S. 356. Ueber den Umfang der Hypotheken Baier. P. D. §. 35—41. v. Önnner S. 354—378.

11) Mayer Comment. S. 317. Weimar. P. D. §. 85.

12) Würtemberg. §. 49.

13) S. jedoch Bornemann l. c. S. 364.

14) Code civil art. 2151. Belf über dingliche Rechte an Liegenschaften S. 161. Baier. P. D. §. 42. v. Önnner S. 384. Würtemberg. Hyp. D. §. 53. 54. Mayer S. 326. Die Beschränkung äußert sich z. B. darin, daß nur für zwei Jahre Zinsen die Hypothek haftet, ausgenommen, wenn der Rückstand im Buche eingetragen wird. Weimar. Hyp. D. §. 93. Auch die Erhöhung des Zinsfußes muß eingetragen werden.

15) Baier. P. D. §. 26—54. v. Önnner S. 443. Würtemb. §. 53. 54. Wei- mar. P. D. §. 108.

16) Ob er wirklich Kenntniß davon hatte oder nicht, ist dem Gläubiger gegen- über gleichgültig.

17) Baier. P. D. §. 57. v. Önnner Comment. S. 460. Preuß. §. 492. Wür- temberg. §. 116. Weimar. §. 113. Da, wo die Einrede der Vorausklage schon dem Verpfänder zugestanden hätte, z. B. wegen Bürgschaft, hat auch der dritte Besitzer diese Einrede. Würtemb. P. D. §. 116.

18) Würtemb. P. D. §. 117. Reyscher II. S. 117. Weimar. P. D. §. 111.

19) Pratovevera S. 345.

bringen ²⁰⁾, wenn seine Rechte nicht eingetragen waren, der Erwerber der Hypothek muß aber gegen alle Ansprüche Dritter gesichert seyn, welche zur Zeit der Erwerbung aus dem Hypothekenbuche (oder, wo ein Grundbuch besteht, auch daraus) nicht ersichtlich waren ²¹⁾, und die Oeffentlichkeit fordert, daß jede im Vertrauen auf das Hypothekenbuch vorgenommene Handlung in Ansehung desjenigen, der nach den geschehenen Einträgen im guten Glauben handelte, alle jene rechtlichen Wirkungen hervorbringt, welche der Handlung nach jenen Einträgen angemessen sind ²²⁾. VIII. Nur das wirklich Eingetragene kann eine rechtliche Wirkung in Bezug auf Dritte haben ²³⁾, daher auch die Unterlassung der Eintragung der Cession dem Cessionar keine Rechte gegen Dritte geben kann ²⁴⁾. IX. Das System der Publicität fordert, daß ein im öffentlichen Buche (wenn auch mit Unrecht) als Eigenthümer Eingetragener dem Pfandgläubiger ein auch gegen den wahren Eigenthümer gültiges Pfandrecht bestellen kann ²⁵⁾.

§. 267. [§. 185^a.] Verantwortlichkeit der Hypotheken-Behörde.

Die vollständige Sicherheit der Rechte derjenigen, welche in dem Glauben an das Hypothekenbuch handelten, wird durch die Verantwortlichkeit der Behörde bewirkt, welche das Buch führte. 1) Der Umfang der Haftung hängt davon ab ¹⁾, welche Pflichten das Landesgesetz dem Hypothekenbuchführer auflegte, und in welcher Absicht die Partheien Eintragungen in das Buch nachsuchten. Wenn die Eintragung der Hypothek nicht nothwendig zur rechtlichen Gültigkeit der Hypothek war, und nur zum Zwecke geschah, um den vollständigen Beweis durch die öffentliche Urkunde zu erhalten, so haftet der Richter auch nur wegen Versäumniß von Förmlichkeiten, an deren Daseyn der volle Beweis geknüpft war. — War die Eintragung

²⁰⁾ Würtemb. §. 66—70.

²¹⁾ Weimar. §. D. §. 130—145. Mayer Comment. S. 351.

²²⁾ Baier. 25—29. Eigenthumsansprüche Dritter, Vorbehalte, Rückhaltsrechte, Verhältniß des getheilten Eigenthums bedürfen der Eintragung. Weimar. §. D. §. 135. 136.

²³⁾ v. Sönnner Comment. S. 438. Würtemb. §. D. §. 85. Weimar. §. 80.

²⁴⁾ Ueber zulässige Einreden: Baier. §. D. §. 33. 46. v. Sönnner Comm. S. 438. Würtemb. §. 84—88. Seeger S. 264. Mayer S. 394. Weimar. §. 81.

²⁵⁾ Weimar. §. D. §. 14. Württemberg. Pfandgesetz §. 260. u. dazu Wächter Handb. des würtemb. Privatr. I. S. 978. not. 22.

1) Glück Comment. XVIII. Bd. S. 297.

zur Entstehung oder vollen Wirksamkeit der Hypothek notwendig, und zwar in Ländern, wo im Uebrigen das römische Recht gilt und darnach gesetzliche Hypotheken fortbestehen (s. oben §. 261.), so geht die Haftung nur darauf, daß alle Erfordernisse vorhanden seyen, durch welche die Hypothek zu einer gültigen öffentlichen wird, und daß die von dem Buchführer erteilten Zeugnisse und Auszüge treu gegeben, die Eintragungen und Löschungen vollständig und richtig gemacht werden²⁾. Da, wo neue auf Publicität und Specialität gebaute Hypothekengesetzgebungen bestehen (§. 262.), wird die Haftungspflicht noch ausgedehnter³⁾, und tritt bei jedem Schaden ein, der durch irgend eine absichtliche oder durch Nachlässigkeit geschehene Versäumniß einer Pflicht von Seite desjenigen verursacht wurde, dem die Buchführung und Besorgung des Hypothekengeschäftes oblag, daher insbesondere, wenn a) aus unerlaubten oder in materieller oder formeller Beziehung ungültigen Geschäften, oder unzulängliche Urkunden-Eintragungen gemacht wurden, b) das zur Aufnahme in das Buch Angemeldete gar nicht, oder zu spät, oder unvollständig, oder unrichtig eingetragen wurde, c) wenn die Thatsachen und Rechtsverhältnisse, zu deren Erhebung und Beachtung die Behörde hingewiesen ist, bei ihren Beschlüssen nicht erhoben oder nicht beachtet wurden⁴⁾, d) wenn die auf den Grund des Buchs erteilten Auszüge nicht der Wahrheit gemäß erteilt werden, e) wenn die Eintragung einer gehörig dazu geeigneten Hypothek rechtswidrig verweigert, oder f) gesetzwidrig Löschungen bewirkt oder unterlassen werden⁵⁾, g) wenn

2) Sicher an ex confirm. hyp. jud. teneat. §. 111. IX. Croll de act. a credit. advers. mag. VII. 1784. Zink de oblig. magistr. ex cons. in hyp. const. Alt. 1800. Curtius II. S. 606. Boehmer Consult. II. resp. 1256. Orth Annert. zur Frankf. Reform. I. Forts. S. 413. Mayser über die bei gerichtl. Zuschreibung eintretenden Pflichten des Richteramts in Ansehung verschw. Hyp. Leipz., 1819. Mehlend. H. D. §. 41. Weber über Creditwesen S. 156. Geiger und Glück Rechtsf. II. nr. 22. Kapf Rechtspr. S. 58; und badisches Landrecht von 1809 art. 2127 a. Beck die dingl. Rechte an Liegenschaften S. 215. Würtemberg. H. D. §. 223 17. Weimar. H. D. §. 343-47.

3) Preuß. Landr. §. 428. Bernemann Darstellung IV. S. 345. Baiernsche Hyp. D. §. 97. 100. Code civil. art. 2197.

4) Baier. Hyp. D. §. 96. v. Hönnert Comment. II. S. 45. Würtemb. Hyp. Ordn. §. 224. Reyscher II. S. 129.

5) S. noch Kind quaest. III. 23. Thomas fud. Privatrecht. II. S. 258. Rastau. Contravenorden. §. 36. Glück Comment. XVIII. S. 296. Würtemb. H. D. §. 223. von Hönnert Comment. II. S. 37. Protobevera VIII. S. 381. Ueber Bedeutung: ungebührliche Löschung s. Bernemann Darstellung. IV. S. 408.

gesetzliche Formvorschriften, die zur gültigen Errichtung der Hypothek gehörten, nicht beobachtet wurden. Ueberall, wo der Schaden durch Nichtangabe oder Nichtbeachtung von Verhältnissen entstand, um welche der Gläubiger sich selbst erkundigen mußte und konnte, und die nicht zu dem amtlichen Kreise ⁶⁾ der Hypothekenbehörde ⁷⁾ gehörten, tritt eben so wenig Haftung der Behörde ein, als dann, wenn der Schaden nur durch den geringern Werth der verpfändeten Sache entstand, ausgenommen, wenn in Bezug auf die Schätzung, die nach dem Landesgesetz der Pfandbehörde oblag ⁸⁾, eine Schuld nachgewiesen werden kann, oder wenn das Landesgesetz auch für die Zulänglichkeit der Hypothek haften läßt ⁹⁾. Die subsidiarische Klage gegen den Beamten, durch dessen Schuld ¹⁰⁾ Schaden geschah, fordert die Nachweisung, a) daß der Schaden bereits eingetreten, b) daß der Kläger ihn durch Schuld der Behörde, und zwar als Folge einer rechtswidrigen Handlung oder Unterlassung erlitten habe, und c) daß diejenigen Personen, welche zur Leistung der Verbindlichkeit oder zu Schadenersatz zunächst verbindlich waren, ausgeklagt wurden, und der Nachtheil nicht abgewendet war. Die bloße Nachlässigkeit des Gläubigers, welcher der Behörde traute, befreit diese nicht von der Verantwortlichkeit, wenn sie eine Schuld trifft ¹¹⁾. Wenn das Versehen durch eine collegialisch organisirte Behörde gemacht wurde ¹²⁾, so kommt es darauf an, ob der Schaden nur durch Pflichtverletzung eines Einzelnen geschah, in welchem Falle

6) Hier wird es wichtig, ob das Buch bloßes Hypotheken- oder auch ein Grundbuch ist. s. noch Mayer II. S. 293—332.

7) Hier kann zwar z. B. wegen Verschweigung der Verhältnisse der Vormundschaft des Schuldners die Behörde als Hypothekenbehörde nicht haften, aber sie haftet, wenn sie in anderer Amtseigenschaft das Verhältniß kannte. s. von Hohnhorst Jahrbücher des Oberhofgerichts in Baden. I. S. 103. Beck's Annalen der kadiischen Gerichte 1833 S. 338. 341.

8) Z. B. in Baden (Landrecht 2127 a), und in vielen Schweiz. Gesetzen. s. im Archiv für civil. Praxis. XIX. S. 127 u. s. gute Bemerk. über die Verantwortlichkeit der Pfandbehörden in v. Kamptz Jahrbüchern Hft. 73. S. 267—274. Oft ist das Gesetz z. B. das bad. Landrecht art. 2127 a. so unbestimmt gefaßt, daß dadurch der Gläubiger leicht getäuscht wird. Es heißt im art. 2127 a., daß ein Zeugniß über den Werth ausgestellt werden muß, den das Gut nach dem geringsten Anschlage der seit Jahr und Tag üblichen Preise bei dem Verkaufe haben würde.

9) S. oben S. 263. not. 21.

10) Ueber den Grad der Culpa. Mayer Comm. II. S. 308. Reyscher II. Seite 131.

11) Weishaar würtemb. Privatrecht. II. S. 202.

12) S. von Langen pract. Erört. II. S. 41, und besondre Vorschriften in d. würtemb. Hyp. O. §. 227—238. Weimar. Hyp. O. §. 345—348.

nur dieser haftet ¹³⁾, oder ob die Versäumniß des Collegiums zum Grunde liegt. Im letzten Falle haften diejenigen Mitglieder, welche durch ihre schuldhafter Weise gestellten Anträge ¹⁴⁾ und durch ihre Zustimmung den schädlichen Beschluß veranlaßten ¹⁵⁾. Auch der Gerichtsherr bei Patrimonialgerichten, oder der Staat bei landesherrlichen Beamten ist haftbar, wenn durch Schuld dieser Beamten ein Schaden entstand ¹⁶⁾.

§. 268. [§. 186.] Realisirung des Pfandrechts.

Die Ansicht des älteren deutschen Rechts ¹⁾ von der Veräußerung des Pfandes, ist zwar durch das später verbreitete römische Recht vielfach verdrängt worden; allein bald überzeugte man sich auch von der Unzweckmäßigkeit mancher römischen Vorschriften über *distractio pignorum*, so daß viele der römischen Formen dabei als unnöthig angesehen wurden, insbesondere a) die *denuntiatio* an den Schuldner ²⁾, b) das Abwarten der zwei Jahre mit dem Verkaufe ³⁾, und c) die Erwirkung des landesherrlichen Rescripts, um die Sache zugeschlagen zu erhalten ⁴⁾. Ueber das Detail der Formen entscheidet das Particularrecht ⁵⁾. Die neuen Hypothekenordnungen bezwecken eine möglichst schnelle Befriedigung der eingetragenen Gläubiger durch Realisirung der Hypotheken zu gewähren. Durch das auf Publizität und Specialität gebaute Hypothekensystem entsteht bei dem Zu-

13) Dies kann z. B. der Actuar seyn. Würtemb. H. D. §. 232.

14) Daher wird der Referent besonders haftbar seyn. Weimar. Hypotheken-Ordn. §. 315.

15) Daher werden die, welche dem Beschlusse nicht beistimmen, ihre Nichtzustimmung urkundlich machen müssen. Würtemb. Hypoth.-D. §. 228. 230. Weimar. §. 346.

16) Urtheile von Baiern in Seufferts Blättern für Rechtsanwendung 1839. S. 353. 397. v. Zuerlein Zeitschrift III. S. 1; von Cassel in Echolz jurist. Magaz. II. Bd. 4. S. 407. Pfeiffer pract. Ausf. II. S. 366. 370. Weimar. Hyp.-Ordn. §. 355. Schwarzburg. Verfass.-Ark v. 1840. §. 63—65. Ueber Begründung der Klage zeigt sich große Verschiedenheit der Ansichten der Gerichtshöfe.

1) Albrecht von der Geuer S. 133. 144. 150.

2) Mevius dec. Tom. II Pars VIII. dec. 268.

3) Glück Comment. XIX. Bd. S. 408.

4) Hofacker princ. jur. civ. Tom. II. §. 1197. Orth Anmerk. zur Frankf. Reform. I. Fortf. S. 372. Haubold S. 231.

5) Kopp hess. Gerichtsverf. I. S. 490. Tröllich Ann. I. S. 171. Lit. Stat. III. Tit. 4. Art. 2. 3. Dreyer Einleit. S. 378. Haderer Landr. in Pufendorf obs. I. adp. p. 16. Orth Anmerk. zur Frankf. Reform. I. S. 372. Weishaar würtemb. Private. II. S. 451. Baier. Landrecht. II. Thl. Cap. 6. §. 12. Curtius II. S. 596. Haubold S. 231. Meisenburg. H. D. §. 23. Baier. Hyp.-D. §. 64.

sammentreffen der Gläubiger eines insolventen Schuldners eine Absonderung der Masse in drei Massen ⁶⁾, 1) in eine Hypothekarmasse, welche aus den Gegenständen besteht, worauf Hypotheken haften, so daß auch nur die inscribirten Hypotheken aus der Sache, worauf sie eingeschrieben sind, getilgt werden; 2) aus der auf den Grund persönlicher Rechte haftenden Masse, in so ferne das Gesetz gewissen Forderungen Privilegien auf bestimmte Sachen giebt; 3) aus der gemeinen Masse, die aus den nicht mit inscribirten Hypotheken beschwerten Gegenständen und demjenigen gebildet wird, was von der Hypothekarmasse nach Befriedigung der Hypotheken übrig bleibt.

§. 269. [§. 187.] Besondere Aufhebungsarten der Hypotheken.

Der Grundsatz, daß nur die gerichtliche Eintragung entscheiden kann, verlangt, daß da, wo eine Hypothekenordnung besteht, die zu jeder Hypothekbestellung Inscription fordert, jede Tilgung einer Hypothek auch im Hypothekenbuche gehörig eingetragen, d. h. die Hypothek förmlich gelöscht werde ¹⁾, so daß dann die sonstigen Aufhebungsgründe des Pfandrechts nur als Titel zur Aufhebung erscheinen. Erst von der Zeit der Löschung an wirkt die Aufhebung auf Dritte ²⁾. Darnach besteht die Hypothek, ungeachtet die Schuld getilgt ist, fort, so lange sie im Buche eingetragen steht, und der im Vertrauen auf diese Eintragung Handelnde ist sicher ³⁾, so wie auch eine Cession des zwar getilgten, aber nicht gelöschten, Rechts gültig geschehen kann ⁴⁾, während durch die gehörig bewirkte Löschung jeder spätere

6) Preuß. Gerichts-Ordn. Tit. 50. §. 489. 524. Weber über Kreditwesen S. 100. v. Sönners Vorträge S. 142. Würtemb. Prioritäts-Ordn. art. 2. Weimar. Gesetz vom 7. Mai 1839 über Vorzugsrechte der Gläubiger. §. 46. 74.

1) Preuß. Landrecht §. 520. Hyp. D. §. 244. Curtius II. S. 621. Puchta Einleit. S. 218. Oesterr. Gesetz §. 469. Baier. Hyp. D. §. 83. Baier. Instruction von 1823 §. 33. Vosselt im staatsbürgerlichen Magazin. I. Seite 749 (merkwürdig über altes Verf. bei Löschungen in Lübek im XVI. Jahrh.) Dreyer Einleit. S. 478; richtig unterscheidet Code civil art. 2157. 2180. die Extinction von der Radiation des hypotheques. Von Preußen, Bornemann Darstellung. IV. S. 389; von Oesterreich, Winivarter II. S. 282. Weimar. Hyp. D. §. 157—199.

2) v. Sönners Comment. S. 576. Fall im staatsbürgerlichen Magazin. I. S. 754 not.

3) Ueber die juristischen Wirkungen dieses Falls. Winivarter I. c. S. 390.

4) Wichtig sind darüber die Verhandlungen in Bornemann Darstellung. IV. S. 391—408.

Pfandgläubiger und jeder dritte an demselben Gegenstand Berechtigte wider das gelöschte Recht sicher gestellt ist ⁵⁾. Die Löschung geschieht auf Antrag der Betheiligten ⁶⁾. Der Gläubiger muß dann, in so ferne der Schuldner die Löschung verlangt, darüber vernommen werden, wenn nicht die Tilgung der Schuld durch Zahlung gehörig bescheinigt ist, oder wenn über die Richtigkeit der vorgelegten Tilgungs-Urkunde Zweifel obwaltet ⁷⁾. Auf Antrag des Gläubigers erfolgt die Löschung, wenn er zugleich die ihm ausgestellte Pfandurkunde zurückgibt ⁸⁾. Auf den Grund eines rechtskräftigen gerichtlichen Urtheils erfolgt die Löschung ⁹⁾, wenn dasselbe entweder die Löschung verordnet, oder das zu löschende Recht für aufgehoben oder ungültig erklärt, oder die Tilgung der in Frage stehenden Forderung als rechtlich geschehen ausspricht. Sobald gelöscht ist, verliert die Hypothek das mit der Zugrossation verbundene Recht. Wenn der Inhaber der Hypothek abwesend ist ¹⁰⁾, so muß von dem, der die Löschung verlangt, auf Edictalcitation angetragen, und ein gerichtliches Erkenntniß bewirkt werden. Eine Löschung, bei welcher nicht alle gesetzlichen Bedingungen erfüllt wurden, entzieht zwar dem Gläubiger nicht sein aus der Eintragung erworbenes Recht; allein er kann davon gegen diejenigen, welche sich erst nach erfolgter Löschung haben eintragen lassen, oder einen schon damals eingetragenen nachrückenden Posten nachher haben abtreten und verpfänden, und die Cession oder Verpfändung im Hypothekenbuche haben vormerken lassen, keinen Gebrauch machen ¹¹⁾. Auf dem Wege der Amortisation kann eine Pfand-Urkunde gerichtlich als kraftlos erklärt und dadurch das Recht zur Löschung bewirkt werden, wenn der Gläubiger die Urkunde verloren zu haben behauptet ¹²⁾, oder wenn alte ungelöschte Hypotheken vorkommen ¹³⁾. Eine eigenthümliche Art der Tilgung der Hypothek

5) Weimar. H. D. §. 198. Bornemann l. c. S. 408.

6) Baier. Hyp. D. §. 158. Württemberg. §. 210. Mayer Commentar. II. Seite 281.

7) Württemberg. art. 213. Weimar. H. D. §. 324—326.

8) Württemberg. Ges. art. 143.

9) Würtemb. art. 214. Weimar. H. D. §. 324.

10) Baier. H. D. §. 159. v. Gönner II. S. 290. Württemberg. §. 214. Weimar. §. 327.

11) Preuß. Hyp.-Ordn. §. 284. 285. f. aber württemberg. §. 222. Mayer II. S. 292. Bornemann IV. S. 408.

12) Würtemb. Hyp. D. §. 211.

13) Haase v. d. Edictalcitation S. 33. Haukefeld Lehrbuch S. 233; über Amor-

nach einigen Gesetzen ¹⁴⁾ ist die, daß die nach einer gewissen Zeit nicht wieder erneuerte Hypothek für erloschen gilt. In Bezug auf die Erlöschung des Pfandrechts durch Verjährung, gilt zwar gemeinrechtlich das römische Recht. Da aber, wo Hypothekenordnungen mit dem Merkmal der Publicität bestehen, kann die Verjährung, die mit der Kraft des öffentlichen Buchs ¹⁵⁾ im Widerspruche stehen würde, nicht bestehen ¹⁶⁾, da, so lange eine im Hypothekenbuche eingetragene Forderung nicht gelöscht ist, auch die Verjährung derselben in Bezug auf das dingliche Recht nicht anfangen kann ¹⁷⁾, wogegen der persönliche Anspruch der Verjährung unterworfen bleibt. Da aber, wo gehörig gelöscht ist, wird die Hypothek ohnehin getilgt, ohne daß es der Verjährung bedarf ¹⁸⁾.

§. 270. [§. 187 a.] Creditverein und Hypothekenbanken.

Als besondere Anstalten erscheinen noch die Creditvereine ¹⁾, welche durch eine allgemeine und solidarische Verbindung der Grundeigenthümer eines Landes oder einer Provinz in der Art entstehen, daß bis zu einem gewissen fixirten Gutswerthe jedem Grundeigenthümer

tification f. v. Gönnert über Staatsschulden S. 255. und Schumm in Hofacker's Jahrbüchern der Gesetzgebung. II. S. 376 bis 385.

14) J. B. nach Code civil art. 2154. Dies hat manche Nachtheile. In Baden ist auch (durch Gesetz vom 19. August 1819) diese Vorschrift aufgehoben. s. zwar Zweibrücker Motive zum Hyp. Entwurf S. 115. Nach Weimar. H. D. §. 186. verliert die Eintragung nach Ablauf von 50 Jahren, wenn sie nicht erneuert wurde, ihre Wirkung.

15) Preuß. Landrecht. I. Thl. Tit. 9. §. 511. Tit. 20. §. 534. Baier. Hyp.-Ordn. §. 31. v. Gönnert Comment. S. 329. s. noch Desserr. Gesetzg. §. 1500. Pratobevera Materialien VIII. S. 201; weniger consequent ist das französische Recht, Code civil art. 2180. s. jedoch Grenier traité vol. II. pag. 454. Zacharia Handbuch. II. S. 152.

16) S. versch. Vorschriften: Würtemb. H. D. §. 73. Mayer Commentar I. Seite 363.

17) Bornemann Darstellung. IV. S. 410. Weimariſche Hypothekenordnung §. 157. 188.

18) In wie ferne doch es noch der Verjährung bedarf s. Reyscher II. S. 125. s. noch franz. Code civil art. 2180.

1) Kraus Staatswirthschaftslehre. V. S. 91. Borowsky preuß. Camera- und Finanzwesen. I. S. 217. Struenſee Abhandl. I. nr. 1. Soden Nationalöconomie. II. S. 439. Fög Revision der Grundbegriffe der Nationalwirthschaftslehre. II. Bd. S. 276. v. Lann, über die Nothwendigkeit eines Creditvereins in Baiern 1818. Rau Lehrbuch der polit. Oeconomie. II. Bd. 2te Ausg. S. 173. Verhandlungen der 2ten Kammer der Landstände in Baiern. 2r Beilagenband S. 176. Baier. Gesetz über den Creditverein vom 11. September 1825. Statuten des Creditvereins vom 25. April 1826. Statut. des Creditvereins im Herzogthum Bremen vom 20ten Januar 1826. Statute des württembergischen Creditvereins von 1827. Die Verwaltungsgrundf. des würtemb. Creditvereins v. 1831. Wolowski revue de legislation. Paris, 1835. I. Bd. I. §. p. 42.

Credit verschafft wird, weil der Creditverein ²⁾ selbst, dem Gläubiger, der einen von dem Vereine ausgestellten Pfandbrief erhält, sowohl für die richtige Zahlung der Zinsen als des Kapitals haftet. Der Credit wird oft noch dadurch erhöht, daß die auszufertigenden Pfandbriefe au porteur lauten, daher wie andere Staatspapiere schnell circuliren können, auch keiner besonderen Cession bedürfen, und durch besondere ausgestellte Zinscoupons die Zinsen leicht erhoben werden können. Von den vielfach möglichen Modificationen dieser Vereine, die auch manche Nachteile haben ³⁾, ist auch dies eine ⁴⁾, wenn damit eine Schuldentilgungsanstalt verbunden ist. — Auch Hypothekencassen gehören zum Theil in die Classe besonderer Creditanstalten ⁵⁾. Hierher gehören ferner die vom Staate anerkannten Vereine, welche nicht bloß dem Grundbesitzer, sondern auch Anderen, welche zu Unternehmungen Geld bedürfen, Darlehen vorschießen und berechtigt sind, zu diesem Behufe eine Bank in der Art zu errichten, daß sie Banknoten, die au porteur lauten, in Umlauf setzen darf ⁶⁾.

2) Statuten des hur- und neumärkischen Creditvereins von 1777 in Bergius Samml. der Landesgesetze. III. 78. Preuss. von 1788. Schlesische Pfandbriefvereinsstatute in Rathis jurist. Monatschrift V. S. 60. Mecklenburg. Creditverein vom 25. Sept. 1818. Statuten in Boccius Repertorium S. 263.

3) Rau l. c. S. 175.

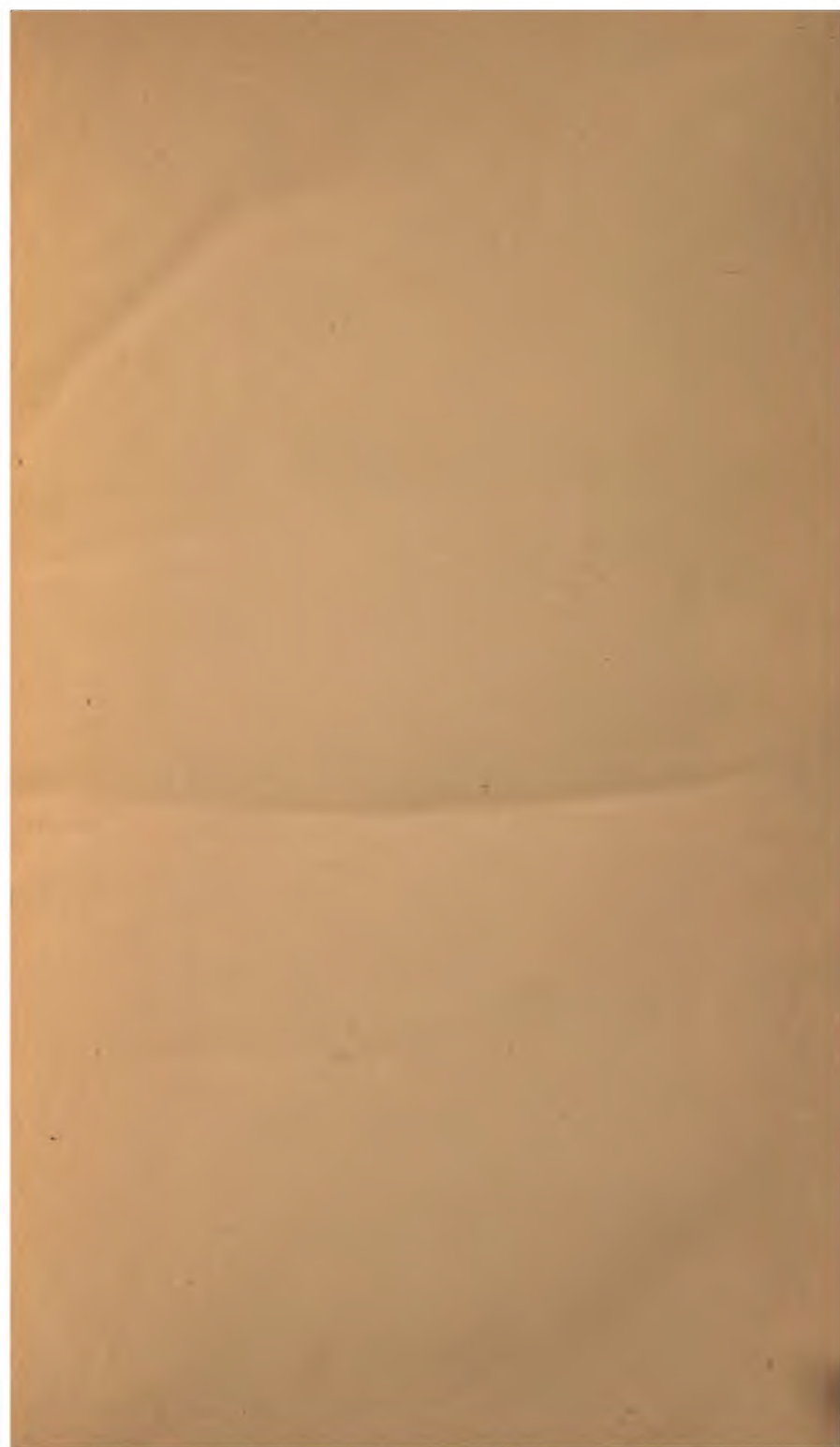
4) Z. B. im Großherzogthum Posen. s. preuss. Gesetzsamml. 1821 S. 217. f. noch Rau S. 176.

5) Z. B. in Hamburg vom 26. März 1783. f. noch Weber über das baier. Credit- und Schuldenwesen S. 265.

6) Baier. Gesetz vom 1. Juli 1834 über Errichtung einer Hypothekenbank. f. Müllers Archiv für die neueste Gesetzgebung. VI. Bd. 28 S. 268.









3 9015 06381 1577

BOUND

FEB 7 1908

UNIV. OF MICH.
LIBRARY

350.943

ME7g

1842

v.1

✓

Mittermaier

Grundsätze des
gemeinen deutschen
privatrechts ...

10098

